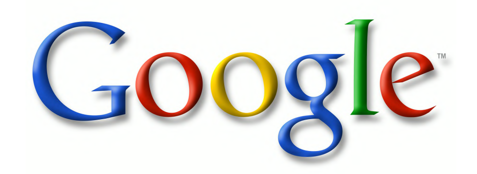
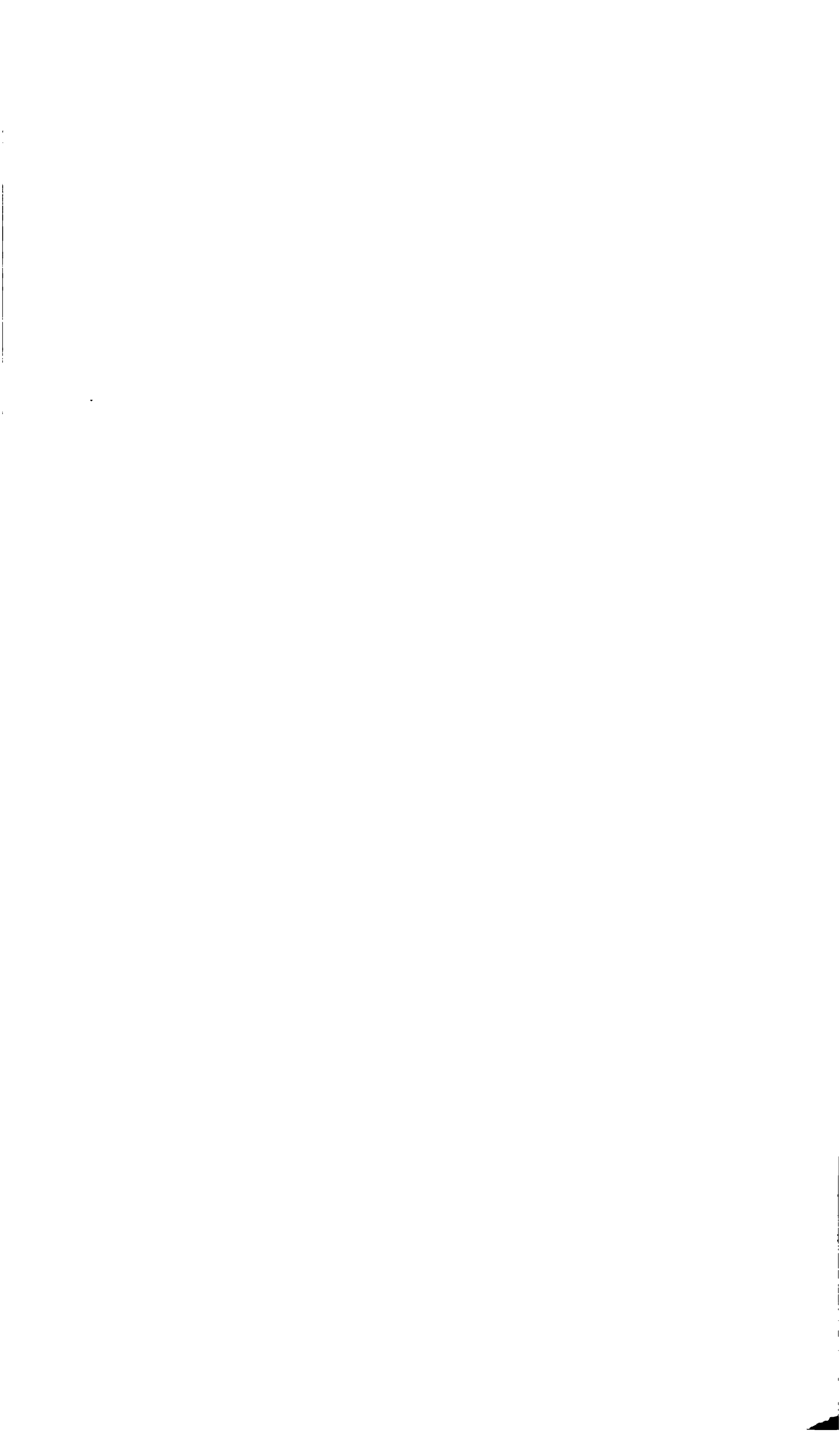
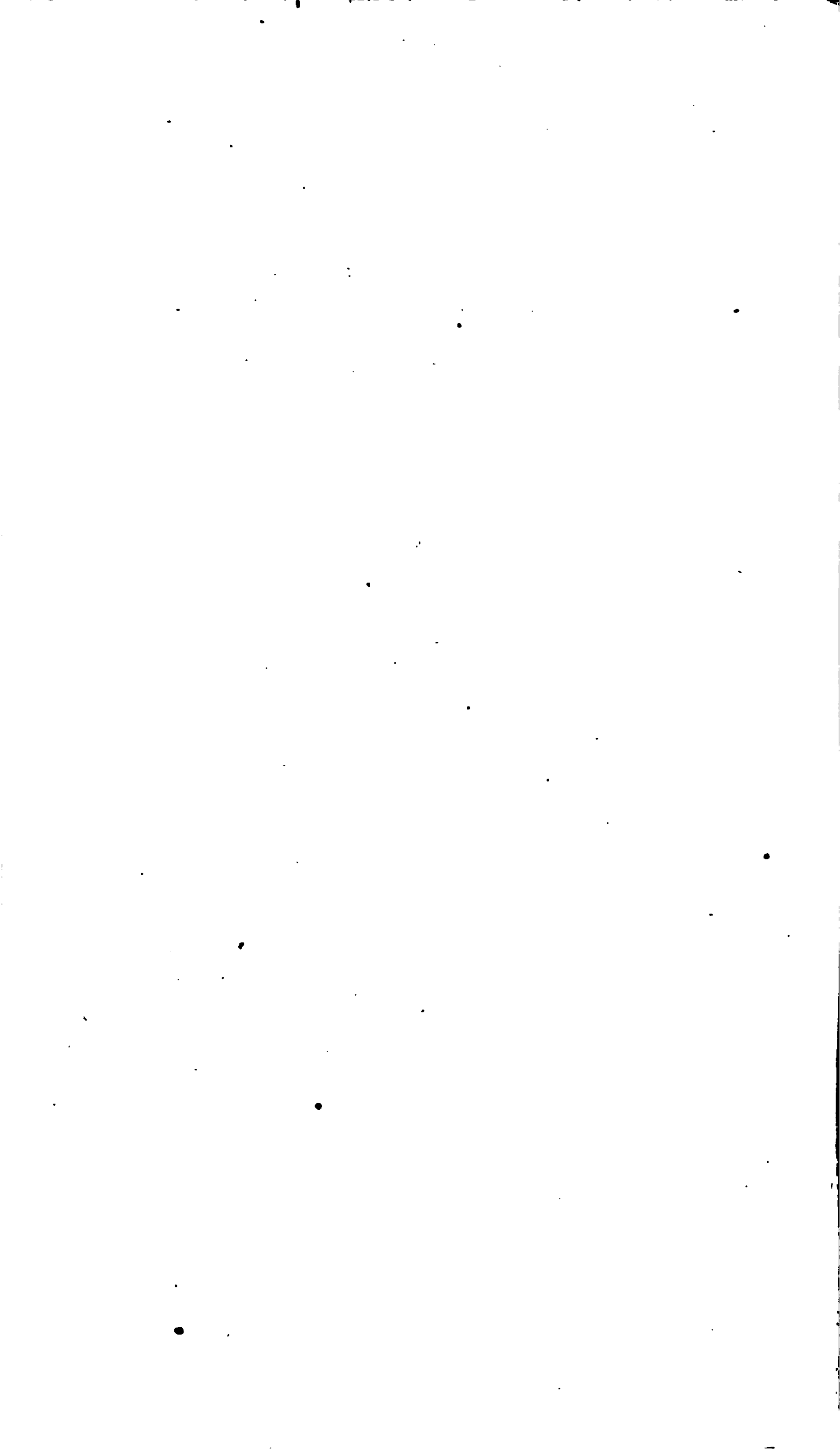





SIGILLVM ACADEMIAE HARVARDIANAE IN NOV ANG
ET
CHRISTO ECCLESIAE
VE RI TAS







Historische

Darstellungen und Charakteristiken,

für Schule und Haus

gesammelt und bearbeitet

von

Prof. Wilhelm Pütz.

Vierter Band.

Die Geschichte der letzten 50 Jahre.

Köln, 1867.

Verlag der M. DuMont-Schauberg'schen Buchhandlung.

Die

Geschichte der letzten 50 Jahre

(1816—1866)

in abgerundeten Gemälden,

für Schule und Haus gesammelt und bearbeitet

von

Prof. Wilhelm Pütz.

Köln, 1867.

Verlag der M. DuMont-Schauberg'schen Buchhandlung.

Vorwort.

Indem der Herausgeber den vierten und letzten Band der „Historischen Darstellungen und Charakteristiken“ dem dritten Bande (1864) erst nach zwei Jahren folgen läßt, kann er nicht verhehlen, daß die Darstellung der neuesten Zeit, wiewohl sie nur 50 Jahre, und nur selbst erlebte Begebenheiten umfaßt, ihm ungleich größere Schwierigkeiten geboten hat, als diejenige einer der früheren drei größeren Perioden der Weltgeschichte. Einmal war er hier viel weniger auf eine gewisse Anzahl von allgemein anerkannten Hauptwerken unserer zahlreichen, verdienstvollen Geschichtschreiber hingewiesen, um denselben einzelne, besonders gelungene Abschnitte unmittelbar und mit wenigen Veränderungen zu entnehmen. Denn gerade die gründlichsten Bearbeitungen der neuesten Geschichte, wie die von Gervinus (bis jetzt 8 Bde.) und „Staatengeschichte der neuesten Zeit“ von verschiedenen Bearbeitern (bis jetzt 10 Bde.), umfassen kaum mehr als den ersten Zeitraum (bis 1830), nur einige den zweiten (bis 1848) und den Anfang des dritten, und sind dabei mit solcher Ausführlichkeit angelegt, daß die aus denselben benutzten Abschnitte in der Regel gänzlich umgearbeitet werden mußten, um einen einheitlichen Maßstab des Umfanges zu gewinnen (vgl. die Uebersicht des Inhaltes). Da es für den dritten Zeitraum fast gänzlich an Hauptwerken fehlte, so sind hier vorzugsweise Monographieen und Zeitschriften, für den „Nachtrag“ selbst die Tagesblätter als Quellen herangezogen worden.

Eine zweite Schwierigkeit bei der Darstellung der nächsten Vergangenheit „für Schule und Haus“ bestand darin, dieselbe fern zu halten von einseitiger Partei-Auffassung, die gerade bei den Ereig-

nissen der Gegenwart am häufigsten hervortritt, und vielmehr überall den festen und sicheren Standpunkt der objectiven Auffassung zu bewahren, wie er für einen Leserkreis geeignet erscheint, der erst die Thatsachen kennen lernen soll, ehe er die sich dem Einflusse der wandelbaren Tagesmeinung schwer entziehenden Reflexionen über dieselben würdigen kann. Die unvermeidliche Folge der großen Maßhaltung, mit welcher demzufolge Lob und Tadel, namentlich über noch lebende Zeitgenossen, hier gespendet wird, muß natürlich die sein, daß die Beurtheilung von Personen und Ereignissen dem entschiedenen Partei-Standpunkte selten genügt und dem Einen zu weit nach rechts, dem Andern zu weit nach links hin sich zu neigen scheint.

Mit Rücksicht auf diese zweifache Schwierigkeit glaubt daher der Herausgeber bei diesem Schlußbande, und namentlich auch für den mit einigem Bedenken hinzugefügten Nachtrag („der Krieg im Jahre 1866"), die wohlwollende Nachsicht der Leser ganz besonders in Anspruch nehmen zu müssen. Seine Arbeit hat keinen weiteren Zweck, als von dieser fünfzigjährigen Periode, welche, neben einem wunderbaren Aufschwunge der geistigen und materiellen Cultur, zugleich eine Reihe von Kämpfen, sowohl um die Erhaltung des politischen Gleichgewichts, als um die Verbesserung der politischen und socialen Zustände innerhalb der einzelnen Staaten, aufzuweisen hat, eine klare, leicht faßliche Uebersicht, in einfacher Form, nach den bewährtesten Quellen und Hülfsmitteln zu geben und damit die Charakteristik der hervorragendsten Persönlichkeiten, theils in besonderen Abschnitten, theils in kleineren, die Erzählung der Begebenheiten unterbrechenden Episoden, zu verbinden.

Köln, 15. August 1866.

Uebersicht des Inhaltes*).

Einleitung.

*) Die mit * bezeichneten Aufsätze sind ganz oder theilweise vom Herausgeber bearbeitet.

Zweiter Zeitraum: Von der Juli-Revolution, 1830, bis zur Februar-Revolution, 1848.

Dritter Zeitraum: Von der Februar-Revolution in Frankreich bis zur Gegenwart, 1848—1865.

Nachtrag.

Einleitung.

1. Charakter der neuesten Zeit.

(Nach G. G. Gervinus, Geschichte des 19. Jahrhunderts, mit einem Zusatze nach Friedr. Steger, Drei Bücher neuester Geschichte.)

Dem geschichtlichen Betrachter, der aus den großen Weltbegebenheiten, die an der Scheide des 18. und 19. Jahrhunderts die Menschheit bewegten, herübertritt in die Zustände und Ereignisse des nächsten Menschenalters, fällt die durchgreifende Verschiedenheit der Zeiten ins Auge. Jenes vorhergegangene Vierteljahrhundert (1789—1815) umfaßt eine Masse geschichtlicher Thatsachen von der seltensten Fülle und Größe; sein Inhalt ist eine Umgestaltung der Welt unter neuen Ideen und Thaten, die das Gemüth bis in seine Tiefen erschüttern, die Einbildung mit glänzenden Bildern füllen, den Geist mit den gewaltigsten Aufgaben beschäftigen. Viel scheinloser, darum aber nicht werthloser ist die Geschichte des nun folgenden Zeitraumes. Ihr geht der Thatenglanz großer Kriege und Umwälzungen ab; es ist mehr die Geschichte eines wenig unterbrochenen Friedens. Selbst wo ähnliche Aufstände, Kriege, Verfassungs- und Staatsveränderungen, wie in den Zeiten der französischen Herrschaft, wiederkehrten, schienen es nur noch vorübergehende Nacherschütterungen der großen vorausgegangenen Bewegung zu sein; es mangelten die tiefen und nachhaltigen Leidenschaften in den Massen, wie die starken Grundsätze und kühnen Entwürfe in den Einzelnen, die kurz zuvor die eigenmächtigsten, gewagtesten Bildungen von neuen Staaten und Staatseinrichtungen, von neuer Machtvertheilung in dem Welttheil versucht hatten. Aus der erschöpften Zeit, die nun folgte, hat die Geschichte vorzugsweise eine viel verzweigte Thätigkeit in diplomatischen Künsten zu erzählen, die Ausbeugungen vor allen großen Entschlüssen und Thaten, vor jeder ernsten Verwicklung. Es sind dies die Erscheinungen, welche die politische Erschlaffung einer langen Friedenszeit in den öffentlichen Verhältnissen mit sich bringt; die Segnungen der Thätigkeit der Einzelnen, die nun von vielen Hemmungen befreit ward, liegen daneben. Wissenschaften und Künste, Handel und Gewerbe, die innere Bildung und der äußere Wohlstand

haben diese segenvollen Wirkungen des Friedens im größten Umfange erfahren, der Erfindungs- und Unternehmungsgeist hat eine Epoche neuen Aufschwungs erlebt. Der ausgebreitetere Wohlstand rief in den unteren Ständen neue Bedürfnisse und Ansprüche hervor, und die Bestrebungen, diese zu befriedigen, erschufen jene Systeme des Weltbürgerthums und der Weltrepublik, des Socialismus und der Gütergemeinschaft, die, verwirklicht, den Weg zum ewigen Frieden unter den verbrüderten Völkern bahnen sollten, aber gerade die Keime neuer Erschütterungen enthielten, die zu Ende des nächsten Menschenalters (1848) den fahrlässigen Charakter der Zeit unterbrachen.

Da man endlich die ersehnte Ruhe nach so großen Anstrengungen (wie 1813 und 1815) hergestellt hatte, so war nichts natürlicher, als daß man nun das für die Gegenwart mühsam Erreichte auch für alle Zukunft sicher zu stellen wünschte. Daher stellte man den Grundsätzen der Revolution, des Krieges, der Eroberungen, welche von Frankreich aus die Welt zerrüttet hatten, das Princip der Gegenrevolution, des Friedens, der Erhaltung, der Legitimität entgegen und die Reaction gegen alle Richtungen, die bisher an der Zeit gewesen waren, wurde der Grundsatz fast aller europäischen Regierungen, sie wurde der hauptsächlichste Charakterzug der nächstfolgenden Zeit. Von den romanischen Völkern begonnen, pflanzt der Kampf gegen die Reaction sich zu den germanischen Nationen fort, ergreift die slawischen Stämme, dehnt sich über die europäischen Grenzen nach Afrika und Asien hinüber und setzt die südliche Hälfte der westlichen Hemisphäre in Brand. Es gibt kein Volk, das an diesem Streite nicht handelnd oder leidend betheiligt wäre: nicht die Westküste Afrika's, nicht die polynesische Inselwelt, nicht die Reiche Hinterindiens vermögen sich diesem großen Spiel zu entziehen, selbst die Länder, von denen unsere Väter sich nur Fabeln zu erzählen wußten, stehen nicht mehr außerhalb des Bereiches der Geschichte. Das ist es, was unsere Zeit auszeichnet, daß in jedem Culturvolke das regste, über alle Gebiete des Staats und der Gesellschaft sich ausdehnende Leben herrscht, und daß alle anderen Nationen nach und nach freiwillig oder gezwungen den Culturvölkern assimilirt werden.

Die Vermehrung der geistigen und materiellen Kräfte ist das Ziel unserer Zeit. Je nachdem das eine oder das andere Streben, Geistiges oder Materielles vorherrscht, trennt sich die von 1815 bis 1865 verflossene Zeit in drei Perioden. Die Bewegung der ersten Periode, die von 1815 bis 1830 reicht, ist überwiegend politisch; in der zweiten Periode, die mit 1830 anhebt und mit 1848 abschließt, ist die materielle Entwicklung die bedeutendste. Mit 1848 tritt ein neues Element, der Socialismus, in die Geschichte, und diese dritte Periode dürfte von der Nachwelt die socialistische genannt werden *).

---

*) Steger schrieb dies im Jahre 1850, seitdem hat die materielle Entwicklung erst den höchsten Aufschwung genommen.

2. Die Lage Europa's im Anfange der neuesten Zeit (1815).

(Nach Hermann von Keyserlingh, kritisch-geschichtliche Uebersicht der Ereignisse in Europa seit dem Ausbruche der französischen Staatsumwälzung, und nach Anderen, zum Theil bearbeitet vom Herausgeber.)

Nach dem ersten Sturze Napoleon's I. kehrte Portugal unter den Scepter des Hauses Braganza zurück. Allein in Bezug auf die innere Verwaltung und Verfassung ward nichts verändert. Das Volk versank daher bald wieder in seine alte Unthätigkeit, Schlaffheit und Geistesstumpfheit. Portugal ward von Neuem ein Vasallenstaat Englands, und blieb es.

Auf Spaniens Thron kehrte König Ferdinand VII. aus der bonaparte'schen Haft zurück. Die von den Cortes in Cadix gegebene Verfassung, die allerdings gar nicht für den Bildungszustand und das geistige Bedürfniß des spanischen Volkes paßte, und die königliche Würde und Macht zu einem nichtssagenden Schattenbilde machte, ward vernichtet, ohne daß ein Ersatz dafür gegeben worden wäre; vielmehr wurden die Urheber und Vertheidiger derselben, gerade die tapfersten, edelsten und gebildetsten Männer, und alle die nur irgend in Verdacht standen, Freunde und Anhänger der neuen Ideen, oder der eingedrungenen Fremdherrschaft zu sein, mit blutiger Strenge im Namen eben des Königs verfolgt und bestraft, der durch die heldenmüthige Ausdauer und Standhaftigkeit dieser Männer Thron und Reich wieder erhalten hatte. Dies veranlaßte natürlich Gährungen und gewaltsame Ausbrüche, die nur mühsam unterdrückt wurden, und sich immer von Neuem wiederholten. So mußte Spanien, das durch seinen heldenmüthigen Widerstand zuerst das Zeichen und Beispiel zum Widerstand wider Napoleon's Macht und Herrschaft gegeben hatte, in einen Zustand der Schwäche, Zerrüttung und innern Auflösung versinken, die es ganz bedeutungslos im großen Rathe der europäischen Mächte machte.

Daß Frankreich nach außen ohne Ansehen und Einfluß war, konnte nur als eine natürliche Folge der erlittenen Umwälzung und des Umstandes angesehen werden, daß sich der zurückgekehrte Regentenstamm der Bourbonen nicht sogleich wahrhaft mit dem Volke zu verschmelzen vermochte. Zwar hatte König Ludwig XVIII. eine Verfassung gegeben, die, obgleich sie eine Nachbildung der englischen war, dennoch im Wesentlichen dem Bedürfnisse und den vernünftigen Wünschen des französischen Volkes genügen konnte. Allein sie faßte nicht Wurzel: das Mißtrauen und die rege werdenden Parteien hinderten es. Wenn es die große Mehrheit des Volkes nothwendig beunruhigen und aufregen mußte, daß König Ludwig XVIII. theils stillschweigend, theils laut erklärte, wie er Alles, was seit 1789 ge-

schehen war, als rechtlos betrachte, und nur vermöge seiner Macht-vollkommenheit und besondern königlichen Gnade zu Recht bestehen lasse, so waren die Ansprüche, welche die zurückgekehrten Auswanderer erhoben und geltend machen wollten, keineswegs geeignet, die herrschende Gährung zu beschwichtigen. Denn sie beabsichtigten nichts Geringeres, als die Wiederherstellung des Zustandes von 1789, die Wiedererlangung ihrer alten Güter und Gerechtsame. Auf der andern Seite dagegen waren die zwar nicht zahlreichen, aber doch geistreichen Anhänger des republikanischen Systems nicht weniger unzufrieden mit einer Verfassung, welche sie als ein Geschenk der königlichen Gnade betrachten mußten, und in welcher dem Volke nur einige wenige Gerechtsame sparsam zugestanden wurden. Eben so erklärten sich die zahlreichen Anhänger der Kaiser-Regierung wider dieselbe und ihren Urheber, dem sie es nicht verzeihen konnten, daß er seinen Thron von den Fremden durch das Opfer so vieler Besitzungen, die mit dem theuren Blute des französischen Volkes erworben waren, erkauft hatte, und zugleich die erlittene Demüthigung, so wie die Beeinträchtigung des National-Ruhms nicht verschmerzen konnten. Nur einige Wenige sahen das Heil Frankreichs in Befestigung der neuen Verfassung. Im Ganzen herrschte eine dumpfe Gährung, welche durch die Rückkehr der zahlreichen Kriegsgefangenen, die noch immer mit Leib und Seele dem gestürzten Helden ergeben waren, und sich nur widerstrebend und mit stiller Wuth in die neue Ordnung der Dinge fügten, nur noch vermehrt ward, und jeden Augenblick mit einem Ausbruche drohte.

Auch in Italien erfolgte eine gänzliche Umwandlung, die aber weder den Zeit-Ideen, noch den Wünschen des italienischen Volkes entsprach, und so auch hier Gährung und Unzufriedenheit in den Gemüthern erzeugte. Denn statt daß eine Vereinigung des schönen Landes hätte bewirkt werden sollen, wie man allgemein gewünscht und gehofft hatte, ward die alte Zersplitterung wiederhergestellt. Dazu kam noch, daß auch in Bezug auf die innere Verwaltung und Verfassung der einzelnen italienischen Staaten die alten, abgelebten Formen und Einrichtungen wieder eingeführt, und die neuen, welche unmittelbar, oder mittelbar von der französischen Regierung angeordnet und eingeführt worden waren, abgeschafft wurden.

Das Königreich Neapel und Sicilien bot, seitdem die Revolution eingewirkt, eine gewisse Analogie zu Spanien und Portugal. Das Festland war mehrere Jahre als abhängiges Königthum dem Weltreiche Napoleon's und allen seinen Einflüssen in der Gesetzgebung und Verwaltung unterworfen gewesen; die Insel war zwar den Bourbonen verblieben, aber unter der Hut britischer Bayonnette und zum Nutzen der englischen Seemacht. Lord William Bentinck hatte dort als Oberbefehlshaber durchweg im Gegensatze zu dem heimtückischen Despotismus seines Schützlings, Ferdinand von Neapel, die mittelalterlich parlamentarische Verfassung Siciliens vermittelst der

Reform vom Jahre 1812 eifrigst den Forderungen der neuen Zeit anzupassen gesucht, damit die Sympathieen und materiellen Interessen des südlichen Eilandes ganz an diejenigen Großbritanniens gekettet würden. Seit 1815 beherrschte Ferdinand I., wie er sich nunmehr nannte, beide Königreiche, indem er zugleich alle Verpflichtungen gegen die Insel beseitigte und durch ein geheimes Gelöbniß, in seinen Staaten hinfort keine Verfassung dulden zu wollen, den Argwohn Oesterreichs überwand, das mit der neuen Staatenordnung die Schlüssel von ganz Italien für sich in Anspruch nahm*).

In dem andern italienischen Königreich Sardinien oder „Piemont", folgten auf Karl Emanuel IV. (1796—1802) seine zwei Brüder nach einander, bis im Jahre 1831 die ältere Linie des Hauses Savoyen-Piemont ausstarb und die jüngere (Carignan) folgte. Karl Emanuel IV. hatte im Jahre 1798 die ihm von der französischen Republik abgeforderte Entsagung auf alle seine Festland-Besitzungen unter Protest gegeben und sich auf die Insel Sardinien zurückgezogen. In Folge seiner Abdankung führte sein Bruder Victor Emanuel (1802—1821) den Königstitel auf Sardinien. Dieser kehrte am 20. Mai 1814 nach Turin zurück und wurde sofort den seltsamsten Reactionären zur Beute: er erklärte die Gesetze von 1770 wieder für gültig, alle französischen selbst rückwirkend für ungültig, Bannrechte, Erstgeburtsrechte, Fideicommisse, namentlich aber alle privilegirten Gerichtsstände für wiederhergestellt. Nur die Vermehrung der Steuern und der Polizeigewalt wurde von dem napoleonischen System beibehalten. Das neue Königreich Sardinien ward verstärkt durch das Gebiet der herrenlosen ehemaligen Republik Genua und durch die altpiemontesische (seit 1388) kleine Provinz Nizza, welche geographisch die Fortsetzung des genuesischen Uferlandes bildet, aber bei der schwachen Wassergrenze gegen Frankreich viermal in den Besitz der Franzosen gekommen ist.

Die cisalpinische Republik hatte sich in eine italienische verwandelt, die wieder seit 1805 in ein Königreich Italien umgeformt worden war, das Napoleon als König beherrschte. Er hatte seinen Stiefsohn, Eugen Beauharnais, zum Vicekönig ernannt. Das Land befand sich sichtlich in einem blühenden Zustand und im Fortschreiten, als es in Folge der großen Umwälzung von 1813 und 1814 an Oesterreich zurückfiel, und sich demgemäß aus einem Königreiche Italien in ein lombardisch-venetianisches Königreich verwandelte. Die österreichische Regierung leitete zwar die innere Verwaltung dieses Königreiches mit größerer Kraft und Thätigkeit, als jede andere Regierung Italiens; allein im Ganzen begünstigte sie, in Gemäßheit des ihr eigenthümlichen Charakters, mehr die Wiederherstellung des Alten, als die Beförderung und Aufrechthaltung des Neuen. Dies System erzeugte eine stille Unzufriedenheit und Gährung in den

---

*) Nach Reinhold Pauli, Geschichte Englands seit 1814.

Gemüthern, die bei der ersten günstigen Gelegenheit in einen offenen Aufstand auszubrechen drohte.

Diejenigen Stücke Italiens, welche Oesterreich nicht sich selbst unmittelbar aneignen konnte, besetzte es mit Erzherzögen, die Souveraine hießen. Erzherzog Franz IV., Erbe des als Herzog von Breisgau 1803 gestorbenen letzten Este, stellte sich in Modena ein, dem 1829 durch Erbschaft auch das Herzogthum Massa-Carara anheimfiel; in Parma trat kraft der Verträge mit Napoleon (April 1814) dessen Gemahlin, und seit 5. Mai 1821 dessen Wittwe, die Erzherzogin Marie Luise, in dem blühenden Alter von 25 Jahren, die Regierung an. Lucca, welches kleine Ländchen Napoleon 1805 als eigenes Herzogthum an seine Schwester Elisa, Gemahlin von Felix Bacciocchi, geschenkt hatte, behielt auch jetzt bis zum Absterben der Exkaiserin Marie Luise in Parma seine eigene Herzogin, die Exkönigin von Etrurien, die Infantin Marie Luise. Die Habsburg-Lothringische Linie kehrte in der Person des Erzherzogs Ferdinand III. aus ihrem Großherzogthum Würzburg nach Toscana zurück, wie der fromme Dulder Pius VII. aus der Gefangenschaft nach seinem durch den Wiener Congreß im Norden (durch die Po-Linie) zu Gunsten Oesterreichs etwas verkürzten Kirchenstaate.

In Deutschland war der Rheinbund aufgelöst worden, und man erwartete die Wiederherstellung eines deutschen Reiches, das, mächtig nach außen und frei im Innern, die ihm gebührende Stellung im Rathe der europäischen Hauptmächte einnehmen könnte. Dem stand aber einerseits die selbstsüchtige Staatskunst der auswärtigen Mächte entgegen und andererseits die Eifersucht der deutschen Mächte gegeneinander. Rußland, England, Frankreich sahen nur zu gern aus verschiedenen Gründen in Deutschland einen zerstückelten, ohnmächtigen und schwachen Staat, als daß sie nicht Alles hätten aufbieten sollen, um es zu einem solchen zu machen. Die deutschen Mächte aber hatten die ihnen von Napoleon eingeräumte unbeschränkte Machtvollkommenheit bereits zu lieb gewonnen, als daß sie sich leicht zur Aufgebung derselben hätten entschließen können, was gleichwohl schlechthin nothwendig gewesen sein würde, sofern in der deutschen Kaiserwürde nicht bloß eine leere Würde, sondern auch eine wahre und wirkliche Macht wiederhergestellt werden sollte. Am schwersten aber war die Wiederherstellung der deutschen Kaisermacht mit der Stellung zu vereinbaren, die Preußen in Europa in Folge der Ereignisse von 1813—1815 wieder eingenommen hatte. Denn da es sich wieder zu dem Range einer europäischen Hauptmacht emporgeschwungen hatte, so konnte es nicht freiwillig auf denselben Verzicht leisten, indem es sich Oesterreich unterordnete. Eben so konnte sich Oesterreich Preußen nicht unterordnen. So mußte also entweder eine von diesen beiden Hauptmächten außer dem Vereine, also ihm fremdartig, wo nicht feindlich, bleiben, oder das Ganze aus zwei besondern Reichen, nämlich aus einem norddeutschen mit Preußen,

und aus einem süddeutschen mit Oesterreich an der Spitze bestehen und gebildet werden. Demnach konnte die gewünschte Einheit Deutschlands nicht bewirkt werden.

Nach dem zweiten pariser Frieden war die österreichische Monarchie abgerundeter als je früher; von Allem, was sie im 23jährigen Kriegen verloren hatte, blieben nur die Niederlande, die vorderösterreichischen Besitzungen; ein Kreis von Westgalizien und das Gebiet der freien Stadt Krakau verloren, dafür aber war die ganze ehemalige venetianische Republik, mit Ausnahme der ionischen Inseln, dann Salzburg der österreichischen Monarchie zugefallen, und dies war reichlicher Ersatz für die Niederlande, diese schwache Seite der österreichischen Monarchie, die, eben so leicht anzugreifen als schwer zu vertheidigen, für das allgemeine Wohl der Monarchie sehr wenig beitrugen. Auch die gegenwärtige Abrundung bot gewisse Schwächen dar: der Verlust von Krakau schwächte die militärische Grenze der Monarchie gegen Norden; im Vertrag wegen Salzburgs hatte die österreichische Regierung vergessen, daß Berchtesgaden ein selbständiges Ganze bildet, wodurch es geschah, daß, bei der Besitznahme von Salzburg, Berchtesgaden bei dem Königreich Baiern blieb; die Folge davon ist, daß Salzburg und Tirol durch eine Heerstraße verbunden sind, die durch Baiern führt. In Italien endlich war eine eben solche Unterlassung begangen worden: der Kaiser von Oesterreich war wieder in den Besitz der Lombardei getreten, die seit Karl V. dem Hause Habsburg und seit dem utrechter Frieden der österreichischen Linie des Hauses gehörte; jetzt wo der alte Besitzstand in Italien hergestellt wurde, vergaß man die alten Grenzen der Lombardei herzustellen, denn die Sesia ist die eigentliche Grenze der Lombardei und erst Maria Theresia hatte den Theil der Lombardei östlich von der Sesia während des österreichischen Erbfolgekrieges dem König von Sardinien abgetreten. Man hätte jetzt, da der König von Sardinien nur durch österreichische Waffen den Besitz Piemonts und Savoyens wiedererlangt hatte, diesen abgerissenen Theil der Lombardei um so mehr wieder zurücknehmen können, weil der König von Sardinien durch das Gebiet der Republik Genua ohnedies bedeutend vergrößerten Länderbesitz erhielt, ja, man hätte die alten Grenzen der Lombardei herstellen sollen, weil nur durch den Besitz des Landes bis an die Sesia die österreichische Monarchie eine militärische Grenze gegen Piemont und allenfalls gegen Frankreich erlangte.

Trotzdem war die österreichische Monarchie mächtiger als je, sie war eben so groß als zur Zeit Karl's VI., als derselbe noch Neapel und Sicilien besaß, und war abgerundeter, leichter zu vertheidigen als damals. Die Aufgabe war, den Frieden nach außen zu erhalten, damit die Monarchie sich von den Anstrengungen 23jähriger Kämpfe erholen, zu jenem Reichthum und Wohlstand gelangen könne, dessen Elemente die österreichischen Länder in überreichem Maß besitzen*).

*) Nach Jos. Graf v. Mailáth, Gesch. Oesterreichs, V. 338 ff.

Preußens Wiedergeburt war durch die allgemeine, herrliche Begeisterung des Volkes bewirkt worden, die Unglaubliches geleistet, und sich in fast wunderbaren Großthaten geäußert hatte. Nur eine solche Begeisterung machte es ausführbar, daß der ganz verarmte und auf die Hälfte seines Gebietes beschränkte Staat ein trefflich gerüstetes und eingerichtetes Heer von mehr als 200,000 Mann aufstellen konnte, das in den Schlachten der unsterblichen Feldzüge von 1813 bis 1815 fast allein entschieden hatte. Die natürliche und unmittelbare Folge davon war, daß Preußen die Bewunderung, die Achtung und das Vertrauen der Völker wiedererlangte. Die Augen von Europa und Deutschland waren erwartungsvoll auf Preußen gerichtet. Aber schon hatten die Staatsmänner des rechtlichen und biederherzigen Königs Friedrich Wilhelm III. mit voreiliger Bereitwilligkeit in Folge des Vertrages zu Kalisch Polen an Rußland, Hildesheim und das treue Ostfriesland an Hannover, d. i. an England, überlassen. Dafür mußte nun das preußische Cabinet auf Sachsen als auf eine allein angemessene und genügende Entschädigung Anspruch machen. Es berief sich dabei theils auf das Eroberungs-Recht, und theils auf den Umstand, daß der König von Sachsen für seine dem Reichsfeinde bewiesene Hingebung keine Schonung, vielmehr Strafe verdiene. Dadurch, daß Preußen auf diese Art eine Entschädigung zu nehmen genöthigt war, ward es von der Gunst der übrigen Hauptmächte abhängig, die ihm an materiellen Machtmitteln so weit überlegen waren. Preußen, empfindlich über den Widerstand, den es in seinen Ansprüchen von Seiten Oesterreichs, Englands und Frankreichs fand, warf sich mit unbedingtem Vertrauen in Rußlands Arme, mußte aber bald erfahren, daß es auch von dieser Macht nur kalt und lau unterstützt ward. Daher war es, verlassen und selbst angefeindet von seinen deutschen Mitmächten, ausschließlich auf die eigene Kraft angewiesen. Diese, ihrer ganzen Fülle nach, in Anwendung zu bringen, verordnete Preußens König die allgemeine Waffenpflichtigkeit, und versprach feierlich und förmlich eine zeitgemäße Verfassung.

Die baierische Regierung zeigte immer entschiedener das Bestreben, sich zu einer großen und unabhängigen europäischen Macht zu erheben. Sie hatte Tirol und Salzburg an Oesterreich zurückgegeben, und dafür Würzburg, Aschaffenburg und die Aussicht auf noch anderweitige Entschädigung erhalten. Noch leitete sowohl die äußere Politik, als die innere Verwaltung der kluge und schlaugewandte Montgelas. Allein da seine Verwaltung eben so willkürlich, als gewaltthätig war, so war er beim Volke fast allgemein verhaßt, indem man den Druck seiner Verwaltung ausschließlich ihm, und keineswegs dem gutmüthigen und menschenfreundlichen Könige Maximilian Joseph beimaß; und so ließ sich der Sturz dieses Ministers um so mehr voraussehen, je mehr es bekannt ward, daß der Kronprinz an der Spitze der Gegenpartei stand. Obgleich einerseits

nicht verkannt werden kann, daß Montgelas' Verwaltung in Baiern höchst willkürlich und gewaltthätig gewesen ist, so ist doch auch andererseits gewiß, daß es Baiern hauptsächlich seiner kräftigen und umsichtigen Leitung zu danken hat, daß es nächst Preußen der mächtigste Staat Deutschlands geworden, und zugleich aus dem Zustande der Rohheit und Finsterniß hervorgetreten ist, in dem es sich noch befand, als Maximilian Joseph 1799 zur Regierung gelangte.

Württemberg hatte in König Friedrich einen Fürsten, der durch die Stärke seines Charakters und Willens eher geeignet war, einen großen Staat zu beherrschen, als einen kleinen. Da er dennoch kein Vasall, sondern ein geachteter und wo möglich gefürchteter Bundesgenosse Napoleon's sein wollte, und demgemäß eine unverhältnißmäßige Kriegsmacht aufstellte, so mußte dadurch nothwendig eine unerschwingliche Abgabenlast und ein unleidlicher Druck entstehen, der den König bei seinem Volke um so mehr verhaßt machte, je rücksichtsloser und gewaltthätiger sich sein Regiment in Bezug auf die innere Verwaltung zeigte. Denn kaum hatte er in Folge der Rheinbundsacte die unumschränkte Machtvollkommenheit erhalten, als er die alte württembergische Verfassung, durch welche der Fürst vielfach beschränkt war, vernichtete. In seinem Volke ward jetzt das einmüthige Verlangen laut, von dem tyrannischen Drucke, unter dem es geschmachtet hatte, befreit und dagegen gesichert zu werden. König Friedrich schien Anfangs diesen Geist nicht beachten zu wollen; als er aber erkannte, daß jener sich weder beschwichtigen, noch unterdrücken lasse, so verlieh er seinem Volke aus eigener königlicher Machtvollkommenheit eine neue Verfassung, die inzwischen die einmal entstandene Gährung nicht stillte, vielmehr vermehrte, weil die Wortführer des Volkes die neue Verfassung schlechthin nicht anerkennen wollten, sondern mit Beharrlichkeit die unbedingte Wiederherstellung der alten verlangten. Allein da König Friedrich mit gleicher Starrheit dies Verlangen zurückwies, so entstand ein Hader, dessen Ende Friedrich nicht mehr erlebte. (Das Nähere s. Nr. 3, b.)

Sachsen ward seit der Schlacht bei Leipzig im Namen der Verbündeten Anfangs von Rußland, dann von Preußen verwaltet, und sah der endlichen Bestimmung seines Schicksals durch den Wiener Congreß mit Sehnsucht entgegen. Man mußte nach allen theils ganz, theils halb officiellen Aeußerungen erwarten, daß dies Land mit Preußen werde vereinigt werden. Obgleich das sächsische Volk im Ganzen gewiß nur die Rückkehr seines tugendhaften und weisen Königs wünschte, so würde es sich doch in die Vereinigung mit Preußen, als in eine Nothwendigkeit gefügt haben, wenn sie nur ganz, und nicht halb erfolgt wäre. Allein die Theilung Sachsens brachte einen Riß in Deutschland hervor, der erst durch die Macht der alles heilenden Zeit vernarben konnte.

Hannover kehrte, vergrößert durch Hildesheim und Ostfriesland, und zu einem Königreiche erhoben, an das Haus Hannover

und somit unmittelbar an England zurück, was für Deutschlands innere Vereinigung eben nicht vortheilhaft war, da es dadurch in eine zu nahe Berührung mit diesem Inselstaate und dessen ihm ganz fremdartigen und oft feindlichen Interessen gerieth. Denn die Kriege, die zwischen dem Könige von Großbritannien und andern europäischen Mächten bis dahin geführt worden, wurden fast immer zugleich zu Kriegen mit dem Kurfürsten von Hannover. In Bezug auf die innere Verwaltung zeigte sich, daß die hannöver'sche Regierung mehr darauf bedacht war, das Alte wiederherzustellen und festzuhalten, als fortzuschreiten und das Neue zu befördern. Eine gewisse schonende Milde und Rechtlichkeit, verbunden mit einer starren Unbeweglichkeit, bildeten wieder den Charakter der hannöver'schen Regierung.

In Braunschweig kehrte der Sohn des bei Auerstädt gefallenen Fürsten zurück. Er schloß sich an Hannover an. Auch er suchte mit einer gewissen Härte das Alte wiederherzustellen. Noch entschiedener zeigte dies Streben der Kurfürst von Hessen, dessen unbeugsamer Starrsinn jede Neuerung so entschieden zurückwies, daß er es verschmähte, ein Großherzog nach neuer Weise zu werden, und es vorzog, ein Kurfürst nach alter Art zu bleiben. Er führte das Alte sogar in äußern und unwesentlichen Formen, wie z. B. in Wiederherstellung der Zöpfe, wieder ein.

Hamburg, Lübeck, Bremen und Frankfurt am Main wurden für freie Städte erklärt, theils mit Bezugnahme auf die geschichtlichen Verhältnisse, theils weil man sich über den Besitz dieser für den Handel Deutschlands so wichtigen Städte nicht einigen konnte. Sie sind zu klein, als daß sie irgend eine politische Bedeutsamkeit haben könnten.

Die helvetische Republik verwandelte sich wieder in den Bund der schweizer Eidgenossen, der von allen europäischen Mächten als ein selbständiger europäischer Staat anerkannt, und dem für immer Neutralität zugestanden ward. Im Wesentlichen blieben die Verhältnisse, wie sie durch die Mediations-Acte im Jahre 1803 bestimmt und geordnet worden waren. Leider wurden auch die alten Verträge mit Frankreich erneuert, denen zufolge die freie Schweiz ihre Söhne in französischen Solddienst gab, ungeachtet sich die öffentliche Stimme laut und bestimmt dagegen erklärte.

Das neue Königreich der vereinigten Niederlande ward aus Holland und Belgien gebildet, und dem Hause Oranien übergeben. Seiner geographischen Lage nach sollte es zu Deutschland gehören, dessen militärisches Vertheidigungs-System erst dadurch seine wahre Stärke und Vollendung erhalten haben würde. Als europäischer Staat aber war es offenbar zu schwach, um bloß durch die eigene Kraft seine Unabhängigkeit und Selbständigkeit Frankreich gegenüber zu behaupten. Es mußte sich entweder an den deutschen Bund, oder an England anschließen. In Folge seiner mercantilischen

Verhältnisse und Bedürfnisse hat es sich an England angeschlossen und so stand es Deutschland wo nicht feindlich, doch wenigstens entfremdet gegenüber. Dazu kommt noch, daß der innere Zusammenhang und Bestand des neuen Königreichs nur schwach und lose war, weil es aus ganz fremdartigen, und einander widerstrebenden Bestandtheilen widernatürlich zusammengesetzt worden war. Denn nicht leicht können größere und schroffere Gegensätze gedacht werden, als die sind, welche zwischen den kalt-berechnenden, nüchternen, fleißigen, gewerbsamen und der reformirten Lehre streng ergebenen Holländern, und den feurigen, beweglichen, lebhaften, Genuß liebenden, katholischen Belgiern bestanden. Nicht einmal die Zeit und die verständige Regierung König Wilhelm's I. haben diese Gegensätze mit einander verschmelzen können: so lange sie bestanden, war dies neue Königreich nie wahrhaft mächtig und stark, sondern dem Auseinanderfallen nahe.

England hatte nun den Preis des heißen und gewaltigen Kampfes mit Frankreich, den Alleinbesitz des Welthandels und der Meeresherrschaft, erhalten. Es hatte in Europa weder einen Mitbewerber, noch einen Nebenbuhler in dieser Hinsicht zu besorgen; nur in dem jugendlichen Amerika blühte ihm für die Zukunft ein solcher empor. Daher war es dem britischen Cabinette weit weniger um Begründung einer zeit- und vernunftgemäßen Verfassung und Einrichtung in Europa, als um Behauptung und Befestigung seiner Seeherrschaft zu thun. Demnach sah es die Schwäche der Continental-Mächte nicht nur gern, sondern förderte sie sogar, so weit es dies vermochte. Aus diesem Grunde hatte es zur Wiedereinführung der Bourbonen in Frankreich mitgewirkt, und wirkte im Stillen der Vereinigung Deutschlands entgegen, während es zugleich eifrig für die Errichtung von ihm ergebenen und von ihm abhängigen Vasallen-Staaten, wie es die Niederlande, Hannover, Dänemark, Schweden und Portugal waren, sorgte, und der innern Zerrüttung Spaniens mit geheimer Freude, oder wenigstens mit Gleichgültigkeit zusah. Doch im innersten Herzen des stolzen Insel-Staates nagte der Todeswurm. Dies war das hier herrschende schreiende Mißverhältniß zwischen bitterer Armuth und übermüthigem Reichthume, das immer mehr überhand nahm; die veraltete Form der Parlaments-Wahl, und die dadurch bedingte Abhängigkeit des Parlaments vom Systeme der herrschenden Minister, indem es mehr der Hebel war, dessen sie sich bedienten, um Gesetze zu machen und Auflagen zu erheben, als der Verfechter und Bewahrer der Volksrechte; das zeitwidrige Verhältniß der Katholiken zu der herrschenden hohen bischöflichen Kirche; die schlechte und veraltete Rechtspflege; die unerschwingliche Abgabenlast und unermeßliche Staatsschuld und endlich das immer mehr hervortretende Streben der Minister nach unumschränkter Alleinherrschaft.

Dänemark hatte durch den Verlust Norwegens einen empfind-

lichen Verlust erlitten, der keineswegs durch Schwedisch-Pommern, und später durch Lauenburg, welches es für das an Preußen abgetretene Schwedisch-Pommern erhielt, aufgewogen oder ersetzt worden ist. Dänemark ward dadurch zu einem so schwachen Staate, daß es sein Dasein nicht durch die eigene Kraft, sondern nur durch die Rechtlichkeit, oder gegenseitige Eifersucht der andern europäischen Mächte behaupten kann.

Schweden hatte Norwegen erhalten; allein dies war in keiner Beziehung eine angemessene Entschädigung für Finnlands Verlust, da die Abneigung der Norweger gegen Schweden und der große Starrsinn derselben eine innere Spaltung und Schwäche erzeugte, welche die Macht Schwedens wesentlich lähmte, und durch die es genöthigt ward, sich nur mit sich zu beschäftigen. Auch beobachtete die schwedische Regierung wirklich das ihr durch ihre Lage gebotene und dadurch begünstigte System der Abgeschlossenheit mit großer Klugheit und strenger Folgerichtigkeit.

Rußland hatte so eben den Angriff des vereinten Europa unter Leitung des außerordentlichsten und genialsten Feldherrn des Jahrhunderts zurückgeschlagen, zwar nicht durch die überlegene Tapferkeit und Kriegskunst seiner Feldherren und Kriegsheere, aber doch durch seine eiserstarrte Winternatur. Die natürliche und unmittelbar nothwendige Folge von diesem eben so unerwarteten, als außerordentlichen Ereignisse war, daß es sich an die Spitze Europa's gestellt sah, und gewissermaßen als Frankreichs Erbe betrachten durfte. Es machte nun Anspruch auf eine angemessene Entschädigung für die gebrachten Opfer und für seine zerstörte Hauptstadt, die nur in dem Herzogthume Warschau gefunden werden konnte. Dadurch drang Rußland in Herz und Mark des preußischen Staates gleichsam wie mit einem spitzen Keile ein. Es schien daher, als ob Preußen das nächste und wichtigste Interesse dabei haben müsse, sich dieser Vergrößerung und drohenden Annäherung Rußlands durch Polens Besitz zu widersetzen. Allein Preußen hatte sich der Großmuth Rußlands durch den Vertrag zu Kalisch unbedingt anvertraut. Die Erinnerung an die alte Freundschaft und Dankbarkeit für eine, durch die in Rußland erfolgte Vernichtung des großen französischen Heeres mittelbar bewirkte Befreiung vom französischen Joche kamen hinzu, um alle politische Bedenklichkeiten zu unterdrücken.

Die ottomannische Pforte befand sich noch fortwährend in ihrer alten, wüsten und wilden Anarchie, und ging immer mehr ihrer gänzlichen Auflösung entgegen. Nur durch die gegenseitige Eifersucht der europäischen Hauptmächte ward und wird sie aufrecht erhalten. Der Zusammensturz eines Reiches, das seit mehr als 300 Jahren mit dem europäischen Staatensysteme so eng verflochten war, würde nicht erfolgen können, ohne zugleich einen allgemeinen Krieg zu entzünden, dessen Ausgang und Ende kein sterbliches Auge zu übersehen vermag.

Die Völker fanden sich nur wenig befriedigt durch die Richtung, die sich schon damals in der Politik der europäischen Cabinette offenbarte. Denn bald zeigte sich, daß man nicht an eine zeitgemäße Umgestaltung, an eine naturgemäße Vereinigung der Völker und Länder, an eine Verjüngung der veralteten Zustände und Verhältnisse dachte; wohl aber wurden vielfach fremdartige, ja feindliche und einander entgegengesetzte Bestandtheile mit einander verbunden, wie es sich eben durch den Zufall fügte, oder wie es der Vortheil und das augenblickliche Bedürfniß der Staaten mit sich brachte; man unterhandelte mit besonderer Sorgfalt und Genauigkeit fast ausschließlich um die Seelen- und Quadratmeilenzahl. Die natürliche und nothwendige Folge davon war, daß man einerseits die zum Theile allerdings überspannten und übertriebenen Erwartungen und Ansprüche der Völker nicht berücksichtigen konnte, andererseits dagegen auch die zum Theil wohlbegründeten Ansprüche der Völker unberücksichtigt ließ, was denn natürlich und unvermeidlich Unzufriedenheit bei diesen erregen mußte.

Erster Zeitraum: Von dem Sturze Napoleon's I. bis zur Juli-Revolution 1815—1830.

3. Die ersten 15 Jahre des deutschen Bundes.

(Nach Wolfgang Menzel, Geschichte der letzten 40 Jahre, und Eduard Arnd, Geschichte der letzten 40 Jahre.)

a. Die Reaction in Deutschland 1815—1820.

Napoleon hatte das von Karl dem Großen gegründete römische Reich deutscher Nation zerstört. Der letzte deutsche Kaiser hatte sich Kaiser von Oesterreich genannt und begnügte sich damit auch nach dem Sturze Napoleon's, weil er nicht einmal über die souverainen Mittelstaaten, geschweige über das mächtige Preußen eine kaiserliche Oberhoheit herzustellen vermocht hätte. Das begriffen auch die feurigsten Patrioten jener Zeit, weßhalb sie nicht sowohl auf eine Wiederherstellung der Reichsverfassung und des deutschen Kaisers, als auf eine Stärkung und Erweiterung des deutschen Bundes drangen.

In Oesterreich erlitt das alte Regime durch die großen Erschütterungen der Napoleonischen Zeit keine Aenderung. Kaiser Franz I. hatte seinen Völkern nichts versprochen, brauchte also auch keine Aenderungen vorzunehmen. Alles blieb im alten Geleise. Die Regierung war allmächtig und, trotz mancherlei Corruption in der Beamtenwelt, populär. Die Wiener waren durch Wohlleben, Theater und Spaß aller Art befriedigt; die Provinzen, wenn auch zum Theil verarmt und hart gehalten, doch an stummes Gehorchen längst gewöhnt. Wenn man dem Kaiser Franz I. schwerfälliges Phlegma und seinem ersten Minister, dem Fürsten Metternich, sanguinischen Leichtsinn im bequemen Genuß vorgeworfen hat, so ist doch die Passivität in Oesterreich nicht bloß aus diesen persönlichen Charakterzügen der Regierenden zu erklären, sondern sie lag schon lange im Volke selbst und machte den Regierenden ihr Verhalten leicht. Die nächste Gefahr für Oesterreich lag in der allmählich beginnenden Reaction der böhmischen, ungarischen und italienischen Nationalitäten gegen die deutsche. Unbestritten hatten bisher die Deutschen vorgeherrscht. Die Erschlaffung

und Frivolität des deutschen Charakters aber, wie er sich in Wien kund gab und von da aus verbreitete, konnte das Erwachen des bessern Bewußtseins bei den andern, Oesterreich unterworfenen Nationen um so weniger verhindern, als sich Oesterreich gegen das übrige Deutschland so schroff verschlossen, die Stärkung des deutsch-österreichischen Elements von Preußen, Sachsen und dem deutschen Westen her erschwert und verpönt hatte. Zuerst fingen die Böhmen, später die Ungarn an, ihre Sprache und Alterthümer mit einem Eifer zu studiren, der erst nur eine gelehrte und unschuldige Spielerei schien, bald aber einen politischen Charakter annahm.

Je mehr Oesterreich sich allen patriotischen Hoffnungen in Deutschland versperrte, und den letzten großen Nationalkrieg nur als einen gewöhnlichen Cabinetskrieg, der die Nation nichts angehe, betrachtet wissen wollte, um so mehr war Preußen aufgefordert, im eigenen Interesse alle Herzen zu gewinnen, die sich von Oesterreich abwandten. Ein neues freies Deutschland war der geheime Gedanke, wenigstens das dunkle Gefühl seit dem Wiederauftreten Stein's. Jede Aussicht auf eine bessere Gestaltung und Erweiterung des deutschen Reiches war verschwunden, desto mehr Werth legte man auf die Entwicklung im Innern mittelst einer neuen Verfassung Preußens. Am 22. Mai 1815 hatte König Friedrich Wilhelm III. vom Wiener Congreß aus ein Decret erlassen, worin „eine Repräsentation des Volks“ zugesagt wurde. Allein die dafür thätige Partei am preußischen Hofe wurde mehr und mehr durch russischen und österreichischen Einfluß zurückgedrängt. Schon während des Krieges war der „Rheinische Merkur“, in welchem Görres zu Coblenz am feurigsten für Vaterland und Freiheit, und zwar in preußischem Interesse unter den Auspicien des provisorischen Gouverneurs für die Rheinprovinz, Justus Gruner, geredet, im „Boten aus Tirol“ von Gentz, Metternich's berühmter Feder, heftig angegriffen und als revolutionär verdächtigt worden. Auch aus den ehemaligen Rheinbundstaaten erhoben sich bittere Klagen über den „Merkur“. Denn an einer Erhebung Preußens durch die Begeisterung der deutschen Nation war den ehemaligen Rheinbundstaaten eben so wenig gelegen als Oesterreich. Diesem gemeinschaftlichen Angriffe erlag nun Görres; die preußische Regierung ließ ihn fallen, stellte den „Merkur“ im Juli 1815 unter Censur, und unterdrückte ihn kurz darauf gänzlich. Görres wurde sogar vor Gericht gezogen und mußte sich vor den Assisen von Trier vertheidigen. Er selbst bemerkte damals, es sei doch seltsam, daß ein deutscher und preußischer Patriot, der unversöhnlichste Feind Frankreichs, zu französischen Gerichten seine Zuflucht nehmen müsse, um sich vor denen zu schützen, für die er Alles gethan und geopfert. Unmittelbar darauf, im Spätjahr 1815, schrieb ein preußischer Beamter in Berlin, Schmalz, eine Schmäh- und Anklageschrift gegen den Tugendbund, behauptend, dieser Verein bestehe noch fort und sei durchaus revolutionär. Zwar erließen viele der hochgestelltesten Ehrenmänner der Monarchie, wie

der Geschichtschreiber Niebuhr, der Theologe Schleiermacher ꝛc. Gegenschriften voll edler Entrüstung. Aber der König schlug den ganzen Handel nieder und verbot jedes weitere Schreiben darüber.

Man muß erwägen, daß der König von Natur ein gemäßigter, zurückhaltender, ordnungsliebender Herr war, den sein trübes Schicksal nur zu oft und lange schon in die stürmischen Wogen der Zeit hinausgeführt hatte, und der sich nun Ruhe gönnen wollte, dem daher das Zureden der beiden Alliirten, Rußland und Oesterreich, in jeder Weise besser zusagen mußte, als die ungestümen und überdies unklaren Forderungen der preußischen und deutschen Bewegungspartei, die von ihm einen großartigen Aufschwung, eine neue Begeisterung, und am Ende Kampf für das, was sie die gute Sache nannte, verlangte. Dabei war er wieder zu ehrlich und zu gewissenhaft, um die Getreuen von sich zu stoßen, die ihm in der Noth so große Dienste geleistet hatten. Er behielt also Wilhelm v. Humboldt und Boien unter seinen vertrauten Dienern, und entzog den mürrischen Generalen, die nach Blücher's Beispiel mehr Gewinn für das Vaterland von ihren Heldenthaten gehofft hatten, seine Gunst keineswegs, nahm aber keinen Rath mehr von ihnen an. Fürst Hardenberg würde mit derselben vornehmen Leichtigkeit, mit der er sich früher in eine Nachahmung der patriotischen und liberalen Politik Stein's gefunden hatte, auch jetzt mit den Patrioten gegangen sein, wenn das der König gelitten hätte. Da es dem Könige nicht gefiel, neigte sich Hardenberg alsbald auf die andere Seite.

Die Begeisterung, die auf diese Weise von oben her gehemmt wurde, glühte nun in den untersten Kreisen fort, denen es an jeder Autorität und Erfahrung gebrach, und nahm hier erst den revolutionären Schein an, dessen sich sofort die Feinde Preußens geschickt bedienten, um im Könige vollends den letzten Gedanken an eine Erhöhung Preußens auf Grund der Begeisterung von 1813 auszutilgen. Die von Professor Jahn in Berlin während der französischen Herrschaft eingeführte Turnkunst hatte durch den großen Sieg über Napoleon eine sehr natürliche Verbreitung gefunden. Eine körperlich tüchtige und kriegerische Generation herzustellen und zu erhalten, lag einem Volke, das eben ungeheuere Kriegsanstrengungen gemacht hatte, des Sieges froh war, und das Errungene wahren wollte, sehr nahe. Aber die jungen Männer begnügten sich nicht mit bloßen Körperübungen, sondern bildeten eine Verbrüderung von Stadt zu Stadt und fingen in Prosa und Versen zu politisiren an. In ihrem guten Willen, in ihrer edlen Begeisterung allein sahen sie die Berechtigung zur Kritik des Bestehenden, und in jugendlicher Hitze und Selbstüberschätzung mischten sie Drohungen eines künftigen Umsturzes ein. Ernster und würdiger faßten damals die Studenten ihre Stellung und Mission auf. Die Jünglinge, welche aus dem heiligen Kriege zu ihren Studien zurückkehrten, die dem Tode in's Angesicht gesehen hatten, duldeten die akademische Rohheit nicht mehr, sondern stifteten die sog.

Burschenschaft, eine allgemeine Verbrüderung „christlich-deutscher“ Jünglinge. Als nun im Jahre 1817 das dreihundertjährige Jubelfest der Reformation bevorstand, lud die Burschenschaft von Jena alle andern zu einer Feier auf die Wartburg bei Eisenach ein, auf welcher Luther lange verborgen gelebt und die Bibel übersetzt hatte. Man erkennt aus dieser Wahl, wie die Begeisterung von 1813 bereits von der großdeutschen Ausdehnung auf die kleindeutsche eingeschränkt wurde, und einen einseitig norddeutsch-protestantischen Charakter annahm. Das Wartburgfest fand bei schönem Wetter am 18. October 1817 mit Gottesdienst in aller Ordnung Statt. Alles hatte einen feierlichen und ganz gesetzlichen Charakter. Erst am Schluß, als ein großes „Octoberfeuer“ zu Ehren des Schlachttages von Leipzig auf der Berghöhe angezündet wurde, überraschte Maßmann, ein Student aus Berlin, den versammelten Kreis durch Herbeiholung von Büchern, die er hier verbrannte, wie Luther einst die päpstliche Bulle verbrannt hatte. Es waren zum Theil gehässige Bücher, wie Kotzebue's deutsche Geschichte, die Schrift von Schmalz, andere, die übel gewählt waren, wie Haller's Restauration der Staatswissenschaft, Kamptz' Codex der Gensd'armerie, endlich ganz bedeutungslose. Am meisten Spaß machte, daß Maßmann zuletzt noch einen österreichischen Corporalstock, einen Zopf und einen preußischen Garde-Schnürleib verbrannte, als Sinnbilder einer verhaßten Vergangenheit.

Ein neuer Vorfall führte zu Maßregeln gegen die Presse. Der weltbekannte Theaterdichter und russische Staatsrath August v. Kotzebue hatte sich in Weimar niedergelassen, redigirte ein Wochenblatt im russischen Sinne und schickte dem Kaiser Alexander regelmäßig Bulletins über die deutschen Zustände zu, worin er jede patriotische und freisinnige Regung verdächtigte und die würdigsten Männer verhöhnte. Man entwandte aus der Druckerei ein solches Bulletin und Professor Luden ließ es in seiner „Nemesis“ abdrucken. Die öffentliche Meinung faßte die Berichterstattung Kotzebue's nicht als Phantasiestück, sondern als Amtshandlung auf, bezeichnete ihn als einen russischen Schergen (nicht bloß als Spion), und gab ihn der ganzen Rache des beleidigten Nationalstolzes Preis. Denn man wußte, er sei in der That nicht ohne Einfluß, und was er dem Kaiser Alexander glauben mache, das wisse dieser auch am preußischen Hofe wieder geltend zu machen. Noch in demselben Jahre übergab der walachische Bojar und russische Staatsrath Stourdza dem Aachener Congreß eine Denkschrift, in welcher er den Geist der deutschen Universitäten als revolutionär bezeichnete und strenge Unterdrückung desselben empfahl. Die Burschenschaft von Jena schickte ihm eine Herausforderung zu. Ein dort Theologie studirender Jüngling aber, Sand aus Wunsiedel, wurde von patriotischer Entrüstung über die Macht, welche der frivole Kotzebue in Deutschland noch immer üben durfte, so überwältigt, daß er ihm, der nach Mannheim übergesiedelt war, von Jena aus nachreiste, ihn in seiner Wohnung aufsuchte, und mit einem einzigen

Dolchstoß am 23. März 1819 tödtete. Deutschlands edle Jugend, die ihr Heldenblut eben erst auf den Schlachtfeldern verspritzt hatte, schändete sich jetzt mit hinterlistigem Morde. Die öffentliche Meinung widmete dem Mörder das tiefste Mitleid. Sand stach unmittelbar nach der That sich selbst den Dolch in die Brust, und stieg, als er, nur verwundet, doch nicht starb, im folgenden Jahre mit dem Gefühl, Blut müsse Blut sühnen, mit festem Muthe auf das Schaffot.

Das ungeheure Aufsehen, was dieser Mord machte, und die Fiction, mit der man gleich bei der Hand war, Sand habe im Auftrage einer heimlichen Vehme gehandelt, und es bestände eine weit verbreitete Verschwörung zu Mord und Umsturz, reichten hin, um die patriotische und freisinnige Partei am preußischen Hofe vollends zu discreditiren und dem russisch-österreichischen Einflusse daselbst die letzte Thür zu öffnen. Schon im Frühjahre 1819 wurden in Preußen alle Turnplätze geschlossen, Jahn und die Hauptheilnehmer am Wartburgfest verhaftet und weitläufige Untersuchungen eingeleitet. Ein gar nicht damit zusammenhangender Vorfall, der mißlungene Mordanfall eines Apothekers auf den nassauischen Präsidenten v. Ibell, mußte doch auch dazu dienen, eine unruhige Stimmung in Deutschland zu constatiren, und Maßregeln dagegen zu rechtfertigen.

Am Ende des Juli 1819 versammelten sich deßhalb die deutschen Minister zu einem Congreß in Karlsbad in Böhmen: die Fürsten Metternich und Hardenberg, Graf Rechberg von Baiern, Einsiedel von Sachsen, Winzingerode von Württemberg &c., und verabredeten hier die Maßregeln, welche der Bundestag am 20. September zum Gesetze erhob. Das sind die berühmten Karlsbader Beschlüsse: 1) die Censur wurde verschärft, die Presse aufs strengste überwacht, 2) die Selbständigkeit der Universitäten hörte auf, die Leitung ging vom Senat auf einen Regierungscommissar mit unumschränkter Vollmacht über, der sofort die Burschenschaft auflöste, und aufs strengste verbot, 3) eine Central-Untersuchungscommission wurde zu Mainz niedergesetzt, um die eigentliche Verschwörung zu entdecken, und alle Betheiligten zur Strafe zu ziehen. Bei diesem Anlaß hätte Metternich gern auch die Verfassung der Mittelstaaten beseitigt, und machte desfalls zu Karlsbad Anträge; aber die Regenten der Mittelstaaten hatten von Anfang an die Verfassung als ein Mittel, bei ihren Völkern und in der öffentlichen Meinung populär zu bleiben, und als eine Schutzwehr gegen Oesterreich und Preußen angesehen, waren daher nicht gemeint, sie aufzuheben.

Alsbald begannen die Wirkungen der Karlsbader Beschlüsse. Die Mainzer Commission verfügte viele Verhaftungen und häufte Berge von Acten an, konnte aber die große Verschwörung nicht entdecken, weil es keine gab. Aeußerungen der Unzufriedenheit in Briefen, Reden, Gedichten bei vielen unmündigen jungen Leuten war alles, was sich auftreiben ließ. Die verdächtigen Professoren wurden wenigstens außer Activität gesetzt. So der alte Patriot E. M. Arndt in

Bonn, Fries in Jena. Oken sollte seine Zeitschrift „Isis“ unterdrücken, wollte aber nicht und wanderte mit ihr nach der Schweiz aus. Görres war schon 1817 dem Fürsten Hardenberg mit einer Adresse der Stadt Coblenz, worin die Einführung der versprochenen preußischen Verfassung gefordert wurde, beschwerlich gefallen und hatte im Sommer von 1819 eine flammende Flugschrift: „Deutschland und die Revolution“ herausgegeben, worin er die deutschen Machthaber warnte, nicht so zu verfahren, daß am Ende die wirkliche Revolution hereinbräche. Diese Prophetenstimme, deren Worte erst dreißig Jahre später in Erfüllung gingen, wurde eben, weil die Gefahr noch nicht nahe war, verlacht. Gentz soll damals gesagt haben: „Uns hält's aus“, und Metternich: „Après nous le déluge.“ Dem gegen ihn erlassenen Verhaftbefehle aber kam Görres zuvor, indem er nach Straßburg, später nach der Schweiz flüchtete. Noch mehrere jüngere Männer, Ludwig Follen, Redacteur einer elberfelder Zeitung, damals berühmt als Dichter kühner Freiheitslieder, und viele Studenten wurden verhaftet oder flohen nach der Schweiz oder Amerika.

Der Fürst von Metternich hielt die in Karlsbad gefaßten Beschlüsse noch nicht für hinreichend zur Erreichung seiner Absichten, und lud seine Collegen zu einer Fortsetzung der Berathungen für den Spätherbst nach Wien ein. Am 25. Nov. 1819 ward ein Minister-Congreß in Wien eröffnet. Das Bestreben des österreichischen Staatskanzlers war besonders darauf gerichtet, aus den süddeutschen Verfassungen alles zu entfernen, was seiner Meinung nach an eine wirkliche Volksvertretung erinnerte und dem Begriffe von Landständen zu widersprechen schien. Es wurde von ihm hervorgehoben, daß, da der deutsche Bund, mit Ausnahme der vier freien Städte, aus monarchischen Staaten bestehe, die allgemeine volle Regierungsgewalt in der Person des Souverains vereinigt sein müsse, und derselbe nur bei Ausübung bestimmter einzelner Rechte an die Mitwirkung der Stände gebunden sein könne. Auch wären die Verpflichtungen gegen den Bund, mit oder ohne Zustimmung der Kammern und Stände, unter allen Umständen zu erfüllen. Es wurde in diesem Sinne eine Reihe von Bestimmungen entworfen, deren Gesammtheit unter dem Namen der Wiener Schlußacte bekannt ist, und am 16. Mai 1820 von den Bevollmächtigten der einzelnen Staaten unterzeichnet. Am 8. Juni desselben Jahres ward die Wiener Schlußacte von der Bundesversammlung bestätigt, für ein Grundgesetz des deutschen Bundes erklärt, und ihr gleiche Kraft mit der Bundesacte beigelegt.

b. Das Verfassungswesen in Deutschland.

Während die kleine, aber begeisterte Partei der Patrioten, die von dem großen Siege der deutschen Nation auch einen dauernden Gewinn für dieselbe gehofft hatte, zum Schweigen gebracht, und zugleich die Erwartung, Preußen werde sich eine Verfassung geben

und die erste Stelle unter den constitutionellen Staaten Deutschlands übernehmen, vereitelt worden war, bildete sich das Verfassungswesen in den deutschen Mittelstaaten aus. Die Opposition, welche bisher eine echt deutsche, nationale gewesen war, wurde eine constitutionelle und nahm eine sehr französische Färbung an. Wenige Jahre nach dem großen Siege über das damals allgemein gehaßte Frankreich, wurde alles, was in Frankreich geschah, schon wieder Vorbild für die öffentliche Meinung in Deutschland. Von den vielen Unnatürlichkeiten, welche die Zeit mit sich brachte, eine der größten.

König Friedrich von Württemberg war es, der zuerst begriff, daß sich die von den Rheinbundfürsten bisher genossenen Vortheile nicht besser erhalten ließen, als durch das constitutionelle System, durch gleiches Schritthalten mit Frankreich. Er ließ also Vertreter des mediatisirten Adels wie der Gemeinen (nur nicht der Kirche) nach Ludwigsburg einberufen und machte ihnen die einseitig von seinen Räthen ausgearbeitete Verfassung zum Geschenk, am 15. März 1815. Aber die Versammlung rührte, nachdem der König sich entfernt hatte, die von ihm hinterlassene, in rothen Saffian gebundene Verfassung nicht an, ließ sie liegen und erklärte, sie nehme keine geschenkte und einseitig vom König octroyirte Verfassung an, vielmehr bestehe die altwürttembergische Verfassung, welche der König im Jahre 1806 eben so einseitig aufgehoben habe, noch immer zu Recht. Alle Betheiligten waren fest entschlossen, auf dem „alten Recht" so lange zu bestehen, bis sich der König bequemen würde, ein neues mit ihnen zu berathen, ein Recht, das nur auf Uebereinkunft beruhen und vom König eben so wie von den Ständen beschworen werden sollte. Im ganzen Lande wurde dieser Entschluß gut geheißen, der König mit seinen bisherigen Günstlingen war vollkommen isolirt. Sein eigener Bruder machte Partei gegen ihn. Endlich gab der König nach und ernannte Commissare, die mit einem ständischen Ausschuß die Verfassungsfrage berathen sollten. Aber man kam nicht überein; sei es, daß die Stände ihre Macht überschätzten, sei es, daß der König Zeit gewinnen und die erste Hitze der Opposition verfliegen lassen wollte. Die im October versammelten Stände wurden wieder heimgeschickt. Im December trat eine neue Commission zusammen, aber auch dem vom König dazu ausgewählten freisinnigen Minister von Wangenheim war es nicht möglich, den „Eigensinn des alten Rechts" zu brechen. Sein Nachfolger, Wilhelm I. (reg. 1816—1864), hatte sich als Feldherr im letzten Kriege gegen Frankreich Ruhm erworben, war durch seinen Eifer für eine Deutschland günstigere Abrundung unserer Westgrenze beim zweiten Pariser Frieden in ganz Deutschland, und durch seine constitutionelle Gesinnung in Württemberg insbesondere ungemein beliebt. Daß er mit seinem königlichen Vater lange Zeit in Zwist gelebt, kam ihm um so mehr in der öffentlichen Meinung zu Gute, als er im Jahre 1807 von Paris aus, wohin er dem strengen Vater entflohen war, gegen die Aufhebung der Ver-

fassung ausdrücklich protestirt und die Geheimräthe des Königs dafür verantwortlich gemacht hatte. Aber dem Zustandekommen der Verfassung traten dennoch Hindernisse in den Weg. Der König, an rasches Thun gewöhnt, wollte die bisher vergeblich gepflogene Unterhandlung abschneiden und octroyirte eine Verfassung, deren Freisinnigkeit dem Volke genügen sollte. Wie sehr man aber ständischerseits seine gute Absicht erkannte, so wollte man doch auf der Form bestehen und keine geschenkte Freiheit haben. Die Stände wiesen also auch diese zweite Constitution ab, am 4. Juni 1817. Die Unterhandlungen schleppten sich nun zwei Jahre lang hin. Im Laufe des Sommers 1819 wurde endlich die neue Verfassung fertig und am 22. September von den Ständen zu Ludwigsburg angenommen. Sie war von den Ständen gerade während des Karlsbader Congresses endgültig berathen worden. Jeden Augenblick mußte man von dorther hemmende Befehle erwarten, man eilte also zum Schluß.

In den anderen Mittelstaaten wurden die neuen Verfassungen leichter gegeben, leichter angenommen; alle nach der Schablone der französischen Charte, mit einer Pairs- und einer Deputirten-Kammer, mit vorwiegend monarchischem Schwerpunkt und, falls je die Opposition bedrohlich erschien, mit anticonstitutionellen Bundesmaßregeln im Hintergrunde. Eine seltsame Zwitterschöpfung, aber den Fürsten genügend, um Oesterreich und Preußen gegenüber freisinnig zu erscheinen und doch von der Opposition wenig fürchten zu müssen, und andererseits auch dem Volke genügend, weil die Stände doch alle billigen Wünsche zur Sprache bringen und mit der Zeit die Volksrechte erweitert werden konnten.

Baiern ließ die in Preußen vorherrschende Begeisterung für deutsche Einheit und Verfassung durch Aretin und andere Federn aufs gehässigste bekämpfen. Erst als König Max Joseph die Gewißheit erlangt hatte, Preußen werde gar keine Verfassung geben, warf er sich 1818 in die constitutionelle Bahn, und entließ seinen geliebten Montgelas, dem Wrede und der Kronprinz lange schon opponirt hatten. Aber die baierische Verfassung sollte dem monarchischen Principe in Baiern nicht Abbruch thun. Der König war nicht gesonnen, seinen alten Gewohnheiten zu entsagen und ließ die Verschleuderungen im Hof- und Staatshaushalte fortdauern.

Als im Jahre 1825 König Max starb, bekamen die Baiern in dessen Sohn König Ludwig I. einen genialen und kunstliebenden Herrn, der die Universität Landshut sofort nach München verpflanzte, die schon dort vereinigte altbaierische, mannheimer und düsseldorfer Bildergallerie durch Ankauf neuer Kunstschätze, insbesondere der von den Brüdern Boisserée gesammelten altdeutschen Gemälde und kostbarer Antiken aus Italien, ansehnlich vermehrte und München mit Prachtbauten erfüllte, die nach und nach unter seiner Regierung entstanden, einem neuen Anbau zum königlichen Schlosse, einem neuen

Universitätsgebäude, einer neuen Bibliothek, der die Gemälde umfassenden Pinakothek, der die Antiken aufbewahrenden Glyptothek, einer gothischen Kirche in der Au, der byzantinischen Ludwigskirche ꝛc. Auch baute er bei Regensburg eine sog. Walhalla, bestimmt, die Büsten aller großen Deutschen aufzunehmen. München wurde seitdem eine Heimat der besten und zahlreichsten Künstler Deutschlands, eine Metropole des Kunstschönen, wie Berlin die der Wissenschaft war.

Das allgemeinste Verdienst um Deutschland erwarb sich König Ludwig dadurch, daß er bald nach seinem Regierungsantritt mit Württemberg einen Zollverein abschloß, der in der Folge erweitert werden sollte. Preußen ahmte das Beispiel nach, indem es sich zunächst nur mit Hessen-Darmstadt zu einem ähnlichen Zollverbande einigte; sodann Hannover, Kurhessen und Sachsen, die einen mitteldeutschen Verein bildeten. Im Jahre 1828 kam auf Betrieb des großen Naturforschers Oken die erste Versammlung deutscher Naturforscher in Berlin zu Stande und hier bemühte sich der geniale Freiherr v. Cotta, Deutschlands erster Buchhändler, eifrig um eine Verschmelzung des nord- und süddeutschen Zollvereins zu einem Ganzen, die auch glücklich erreicht, zu Berlin am 27. Mai 1829 unterzeichnet und allgemein in Deutschland mit Jubel begrüßt wurde. Die tiefgesunkenen Hoffnungen auf nationale Einheit lebten wieder auf.

Richteten sich nun auch die Mittel- und Kleinstaaten mit ihren Constitutionen auf einen gemeinschaftlichen Fuß ein, so schlossen sie doch keine engere Einigung unter sich, sondern jeder suchte seine besondere Stütze bei dem oder jenem Großstaat, und jeder sperrte sich vom andern durch Mauthen ab. Die freie Rheinschifffahrt stand in der Bundesacte, wurde aber erst 1831 verwirklicht, weil die undankbaren Holländer, welche allein durch deutsche Kraft vom Joche Frankreichs frei geworden waren, jetzt die Worte der Bundesacte, wonach der Rhein jusqu'à la mer frei sein sollte, nur bis „ans“, nicht bis „ins“ Meer übersetzten.

Die Thätigkeit, welche die Volksvertretungen in den mit Repräsentativ-Verfassungen versehenen deutschen Ländern entwickelten, war bei der Neuheit des Gegenstandes, dem Mangel an Vorbereitung für denselben, dem Vorhandensein entgegengesetzter Meinungen und Ansprüche, nicht von Fehlgriffen frei geblieben und schien dem öffentlichen Wohle nicht die von dieser Staatsform erwarteten Dienste zu leisten. Es ward daher den Gegnern freisinniger Einrichtungen nicht schwer, den König von Preußen, Friedrich Wilhelm III., mit der Ueberzeugung zu erfüllen, daß eine einsichtsvolle und thätige Verwaltung das Glück des Volkes mehr, als die Zuziehung einer Vertretung desselben bei der Gesetzgebung, zu befördern geeignet sei. Hierzu kam der Eindruck der im Namen der constitutionellen Ideen unternommenen Revolutionen in Spanien, Neapel und Sardinien (s. Nr. 7). Es gelang, diesen König, wie die meisten gleichzeitigen Souveraine zu überreden, daß die Einführung des constitutionellen

Systems der Anfang zum Umsturze des Königthums sei, und daß man dem Geiste der Zeit um jeden Preis widerstehen müsse, wenn man nicht Alles auf das Spiel setzen wolle. Durch ein königliches Patent vom 5. Juni 1823 ward die Einführung von Provincialständen für die einzelnen Provinzen Preußens ausgesprochen. Diese Provincialstände besaßen nur eine berathende Stimme, durften nur über die ihnen vom Ministerium vorgelegten Gegenstände verhandeln und ihre Sitzungen waren der Oeffentlichkeit entzogen. In manchen Provinzen waren Standesherren und Rittergutsbesitzer fast so zahlreich wie Stadt und Land vertreten, welche letztere gleichwohl die unermeßliche Mehrheit der Bevölkerung umfaßten. Da die vier Stände in gewissen Fällen gemeinsam beriethen und abstimmten, Standesherren und Rittergutsbesitzer dieselben Zwecke verfolgten und mit einander gingen, unter den städtischen und ländlichen Abgeordneten aber eine gewisse Anzahl, aus diesen oder jenen Gründen, sich auf Seite der beiden ersten Stände schlug, so war die Vertretung der kleinen Minderheit in der Nation fast immer gewiß, in diesen Versammlungen den Sieg über die Vertretung der großen Mehrheit davonzutragen. Von dieser Zeit an sank die von der freisinnigen Partei in Deutschland so lange gehegte Hoffnung, durch Preußens Vorgang und Hülfe die politische Wiedergeburt der deutschen Nation zu bewirken.

---

4. Der preußische Staatskanzler Karl August Fürst von Hardenberg.

(Nach G. G. Gervinus, Geschichte des 19. Jahrhunderts.)

In der Verfassungsfrage wäre ohne Zweifel mit großem Gewichte auf den König zu wirken gewesen, wenn neben ihm ein sittlich ganz unbescholtener Minister gestanden hätte, der ihn mit ehrfurchtgebietender Charakterwürde und Staatseinsicht bei der Stimme des Gewissens hätte fesseln dürfen, der dann den uneigennützigen politischen Geist und die unerschütterliche Festigkeit eines Stein besessen hätte, ohne dessen starre Formen, die an der starren Natur des Königs allezeit zersplittert wären; und wenn im Rücken dieses Ministers noch eine geschlossene Gruppe einträchtiger, auf ein politisches Ziel gelenkter und lenkender Staatsmänner war, die gegen die Partei der Reformfeinde ein hinlängliches Gegengewicht abgeben konnten.

Ein solcher Minister, der jene großen Eigenschaften in einem starken Verbande besessen hätte, war der Staatskanzler von Hardenberg nicht. Ihm fehlte bei den ausgezeichnetsten menschlichen und

politischen Anlagen die beherrschende Macht, welche in einem kräftigen sittlichen Grundsatze, wie in einer festen, unverbrüchlichen Maxime des politischen Handelns liegt. Was in ihm den Mangel des sittlichen Grundsatzes ersetzen mußte, war die entschiedene Milde, Menschenfreundlichkeit und Gutartigkeit seiner Natur, war sein argloses Vertrauen auf die Redlichkeit und Aufrichtigkeit der Menschen, das selbst bei seiner Harthörigkeit ausdauerte, die sonst mißtrauisch macht. Und was für den Mangel des politischen Grundsatzes entschädigen mußte, war seine Treue gegen Fürst und Vaterland, war die vollkommene Liberalität seines Wesens, die in Staat und Regiment mit einem unbezweifelbaren Freisinne, in Sachen des Geldes und Gutes mit verschwenderischem Aufwand und Freigebigkeit zu wirken liebte. Von glänzenden äußeren und inneren Gaben, gesund von Körper, gewandt von Geist, von bestechenden geselligen Talenten, war er von Jugend auf in die Strudel genußsüchtigen Lebens gerissen und, nach eigenem Geständniß, eine Beute seiner Leidenschaften geworden. Durch seinen maßlosen Luxus hatte er schon früher im Dienste des Herzogs von Braunschweig (1782—1790), dessen einfache Hauptstadt in Verwunderung gesetzt und später in Preußen die (sehr gehässig übertriebenen) Vorwürfe der ungemessensten Vergeudung der Staatsgelder auf sich gezogen. Diese Eigenschaften hatten Anfangs den König so abgestoßen, daß er Hardenberg sogar aus seiner Dienststellung in den fränkischen Fürstenthümern (1790—1795) entfernte; später mußte er seine Abneigung gegen die unentbehrliche Persönlichkeit überwinden; zuletzt verwandelte sie sich in gutmüthiges Wohlwollen gegen den liebenswürdigen Mann, der den mürrischen Ernst in ihm zu mildern so geeignet, und seinen Launen nachzugeben so schonend bereit war. Denn ein selbstgestecktes Ziel mit hartnäckigem Eigensinn rücksichtslos zu verfolgen, in dem Streite der Interessen und Parteien mit maßgebenden Entschlüssen voreilig vorzugehen, auf einer Meinung (wie sichere Ueberzeugung sie auch sein mochte) mit eigenliebiger Alleinklugheit zu bestehen, Niemanden lag dies ferner, als Hardenberg. In dieser Beziehung war er das volle Gegentheil von Stein, der jedes „System der Vergleiche, der gegenseitigen Meinungsopfer", als das verderblichste von Allem verwarf. In den verschiedenen Klemmen der äußeren Verhältnisse, in den Jahren 1805 und 1810—12, hätte Hardenberg für sich den Tact des richtigen Handelns und die Sicherheit des Entschlusses schwerlich jemals entbehrt, aber wenn er seine Meinung nicht durchsetzen konnte, so wechselte er mit dem wechselnden Fürsten. War der König auf einem bestimmten Willen der Verneinung angelangt, so hatte der Kanzler keinen eigenen Willen entgegenzustellen; er dachte: „der unbeschränkte Herrscher dürfe Gehorsam auch von seinem ersten Rathgeber fordern". Setzte ihn die ihm auferlegte Rolle in Widerspruch mit sich selbst, und seine Handlungen und seinen Charakter den ungünstigsten Deutungen aus, so gab er Ruf und Namen gleichgültig Preis und

nannte es seine Pflicht, zu schweigen; die Pflicht gegen sich selber, die Treue gegen den eigenen Charakter war der Treue und Pflicht des Dienstes untergeordnet. Diese Gleichgültigkeit gegen Schein und Geltung hatte er in der nicht neidwürdigen Schule der Zeit gelernt, wo dem mächtigen Sieger gegenüber eine leidige Nothwehr zu trügen gebot und lehrte; wo er sich den diplomatischen Ruhm erwarb, durch seine vollendete Täuschungskunst einen Gegner wie Napoleon mit seinen eigenen Waffen besiegt zu haben. In dieser Schule aber hatte er auch dies Laviren von den auswärtigen Dingen auf die inneren zu übertragen gelernt, wo ihm der kurmärkische Adel und sein übermächtiger Einfluß Bedrängnisse und Hemmnisse bereitete. Er setzte ihm dieselbe volksthümliche, folgerichtig fortstrebende, aber verborgene, zaudernde, im Nothfall ausbeugende und zurückweichende Politik entgegen, wie in der Lage nach außen dem auswärtigen Feinde, und mochte auf denselben schließlichen Erfolg rechnen; nicht bedenkend, daß er in dem Kampfe gegen Napoleon, sobald seine Stunde gekommen war, die wohl vorbereitete Nation und die ganze Welt hinter sich haben mußte, in seinem Kampfe gegen die inneren Gegner aber die Regierungen von Europa gegen sich und das unvorbereitete Volk nicht für sich haben werde. Denn die Menge über seine eigentlichen Absichten und Ziele klar und umständlich zu unterrichten, hatte er nie nöthig gefunden; er baute darauf, daß über seine politische Gesinnung kein Zweifel sein könnte. Auch war darüber kein Zweifel bei seinen Freunden, die ihn kannten, und bei seinen Feinden, die ihn mit der Scharfsicht des Hasses durchschauten. Die freisinnige Richtung war in ihm eine Sache der Natur und des unfreiwilligen Triebes. Ein Angehöriger der göttingischen Ritterschaft, hatte er, wie so viele Hannoveraner, in früher Jugend schon mit Vorliebe auf die englischen Staatsordnungen hinüber zu blicken gelernt, hatte die Mängel des alten Verwaltungsschlendrians erkannt und seine neuernde Richtung in seinen Diensten in Hannover und Braunschweig und an der Spitze der Verwaltung der fränkischen Fürstenthümer allezeit gleichmäßig bewährt. Bei dem ersten Angriffe der großen Staatsveränderung in Preußen zu Rathe gezogen, hatte er sich dem Könige gegenüber in einer der Lage und Zeit entsprechenden Stärke und Freimüthigkeit zu einem Parteigänger der Vorsehung bekannt, deren Hand er wirken sah in den großen Zerstörungen der französischen Umwälzung. Er sah den Mittelstand sich emporschwingen zu einem Volkstheile, der alle Bewegungen in der neueren Geschichte bestimmte, er hielt es daher für die Aufgabe des Staatsmannes, in diese große Wendung der Zeitgeschichte entschlossen einzutreten. Den guten Muth, mit dem er dies bei dem großen Verfalle aller Dinge schon in Memel that, hatte selbst Stein 1807 anzuerkennen gehabt; und wie er seit 1810 unter der eisernen Hand Napoleon's, in den unsäglichsten Verwicklungen, bei der Zerrissenheit aller Meinungen, bei der gerechtfertigten Muthlosigkeit und Verzweif-

lung der Besten, bei dem Widerstand der Einflußreichsten nicht verzagte, das hat ihm bei allen Billigen, welche die damaligen Zustände in der Nähe gesehen haben, Dank und Bewunderung verdient. Nach außen bereitete er so im steten Einverständniß mit den Scharnhorst, Gneisenau und Blücher die Mittel des Kampfes und den Geist in der Nation vor, die hernach den Bedrücker stürzten. Nach innen war sein Wille, auf dem Wege der friedlichen Revolution, der Vereinfachung eines unendlich verwickelten Verfassungs- und Verwaltungswesens zu beharren, die Scheidewände zwischen den Ständen ohne jede Halbheit niederzuwerfen. An dieser Richtung hielt er in Gesinnung und Ueberzeugung treuer fest als Stein. Nicht so treu konnte er sie einhalten in seinen amtlichen Handlungen. Und dazu hatte er sich selber den Weg versperrt, als er (1810) in seinen Reform-Edicten zwar die Aussicht gab auf eine zweckmäßige Verfassung und Vertretung, aber versäumte, diese einzige Bürgschaft der ganzen Staatsveränderung zugleich mit seiner Person dem Könige sofort aufzuerlegen. Die gegebene Aussicht auf eine Verfassung wurde als eine eitle Vorspiegelung verdächtigt; würde sie dennoch gewährt, so verwarf sie der Adel im Voraus als ungesetzmäßig, weil eine „gegebene Repräsentation gar keine sei, da jeder neue Regent sich berechtigt glauben werde, wieder eine andere zu geben". So war Hardenberg's Reform, als Anfangs 1811 bei seinen Verhandlungen mit einer Landes-Deputation aus den Provinzen der Bruch mit der adligen Opposition erfolgte, schon im graden Angriffe erschüttert; und ohne jede Stütze hinter sich und unter sich, ohne jeden Halt an dem König, sah er sich zu dem Schaukel-System gezwungen, das er durch die Befreiungskriege herüberzog bis in diese Jahre. Bezeichnete es gleich Anfangs seine schiefe Stellung, daß er 1810 unter dem Patronate Wittgenstein's ans Ruder gekommen war, so war er auch fernerhin genöthigt, in dem Ministerium nach einander die Goltz, die Bottum, die Knesebek, die Altenstein und Beyme neben sich zu dulden, die theils seine alten offenen Feinde waren, theils ihn heimlich untergruben. Wie man ihn 1811 zwischen Feudal- und Vertretungsstaat entscheidungslos hin und her schwanken sah, gaben die Kundigen und Kräftigen schon damals ihre Hoffnungen auf ihn auf. Und als mit seinem Alter seine Schwäche im Zunehmen war, als er die Verschiebung der Verfassungssache im Tone der Ancillon entschuldigte: eine Vertretung müsse „aus Entwicklungen hervorgehen, deren Zeit und Gestalt sich nicht so im Voraus bestimmen ließen", als er mehr und mehr in die Taktik gerieth, sich an die Spitze der Reactionspartei zu stellen, in der Meinung, sie zu leiten, in dem Glauben, seine Saat vor dem Niedertreten zu retten, wenn er mit denen ging, die sie aus der Wurzel zu heben geschäftig waren, da wandten sich die frei und vaterländisch Gesinnten noch erbitterter mit Person und Meinung von ihm ab und fanden ihn zum Schatten seiner selber herabgesunken.

5. Der österreichische Staatskanzler Clemens Wenzel Fürst von Metternich.

(Nach Anton Springer, Geschichte Oesterreichs seit dem Wiener Frieden und desselben Verfassers „Fürst Metternich" in R. Haym's preußischen Jahrbüchern, bearbeitet vom Herausgeber.)

Der berühmteste Staatsmann Oesterreichs im 19. Jahrhundert und zugleich der einflußreichste Lenker der europäischen Politik war der Graf und spätere (seit 1813) Fürst Clemens Wenzel Lothar Metternich-Winneburg, dessen größte Macht keineswegs in seine späteren Jahre fällt, als er gemeinsam mit dem Erzherzog Ludwig und dem Grafen Kolowrat im Namen des Kaisers Ferdinand I. in Oesterreich regierte (1835—1848), sondern so lange er die Gewalt mit Kaiser Franz I. theilte (1809—1835). Doch fehlte viel, daß er die Zügel der gesammten österreichischen Staats-Verwaltung in seiner Hand vereinigt hätte; die eigentliche Administration, das Verfassungswesen, die Finanzkunde blieben ihm stets fremd. Nur die diplomatische Kunst verehrte in ihm einen Meister, nur die Verhältnisse Oesterreichs zu den anderen Staaten reizten seine Aufmerksamkeit, aber gerade in dem Mitrathen über die Angelegenheiten des europäischen Staaten-Systems glaubte Oesterreich seine wesentliche Bestimmung zu erfüllen und so übte Metternich auch auf Oesterreichs Schicksale einen entscheidenden Einfluß. — Kein Staat hat in den letzten Jahrhunderten so viele fremde fertige Kräfte in seinen Dienst gezogen und seinen Bedarf an Feldherren, Diplomaten, Ministern u. s. w. aus einem so ausgedehnten Kreise, weit über die Landesgrenzen hinaus, gewählt, wie Oesterreich. Der heimische Bürgerstand war geistig und social in die engsten Schranken gebannt, die ungarische und böhmische Aristokratie theils zu unabhängig, theils zu ungebildet, um am Hofe zu dienen oder der Regierung vorzustehen. Die Fremden empfahlen sich durch die Freiheit von allen spröden Provincial-Interessen, die unbedingte Abhängigkeit vom Hofe und, was wichtiger ist, sie allein besaßen die Fähigkeit, Oesterreichs weniger durch innere Stärke als durch äußeren Einfluß bedeutsame Macht zu vertreten und zu entwickeln. Zu diesen freiwilligen Oesterreichern gehörte auch die rheinische Familie der Grafen Metternich. Der Staatskanzler war 1773 zu Coblenz geboren, wo sein Vater als kaiserlicher Minister beim niederrheinisch-westfälischen Kreise lebte. Während seiner ganzen Jugend blieb er fern von österreichischen Eindrücken und empfing ausschließlich die Anregungen des rheinischen Lebens, insbesondere verläugnete er nie die Züge des Geistes, der an den kleinen Höfen der rheinischen Kurfürsten waltete. Daher stammt der leichte Lebenssinn, die flüchtige Auffassung des Pflichtmäßigen, die kluge Berechnung der kleinen und persönlichen Lebens-

verhältnisse, die Kunst, kleine Menschen zu behandeln und zu beherrschen. Als geistiger Sohn des 18. Jahrhunderts zeigte er sich in seiner religiösen Nüchternheit und in seinem vornehmen Glauben an den bloß conventionellen Werth sittlicher Grundsätze. Durch seine Vermählung mit der Enkelin des Fürsten Kaunitz (1795) trat er in nähere Beziehungen zur österreichischen Aristokratie, in deren Kreisen er sich aber nie vollständig einbürgerte. Eben so früh und eben so wenig ernst, wie das eheliche Leben, begann er seine diplomatische Laufbahn auf dem Rastadter Friedens-Congresse als Gesandter des westfälischen Grafen-Collegiums. Darauf bekleidete er in rascher Folge die Posten eines österreichischen Gesandten in Dresden (1801), Berlin (1803) und Paris (1806). Seine persönliche Liebenswürdigkeit gewann ihm an den auswärtigen Höfen viele Freunde und bis in die höchsten Kreise Freundinnen (wie Napoleon's Schwester Caroline Murat), seine vornehme Natur, sein glattes, gefügiges Wesen stimmten selbst Napoleon günstig für ihn. Durch unermüdliche Versicherungen von ungetrübter Freundschaft verstand er, Napoleon zu beschwichtigen und die österreichischen Rüstungen (1808) einiger Maßen zu beschönigen.

Zugeben muß man, daß Metternich's Wirksamkeit während der Napoleonischen Periode die wahre Glanzzeit seines Lebens bildet. Die beiden Unterredungen mit Napoleon, im August 1808 in Paris und im Juni 1813 in Dresden, wo Metternich die ganze Wucht roher Zornausbrüche zu tragen hatte und mit bewunderungswürdiger Feinheit und scheinbarer Gelassenheit abprallen machte, sind und bleiben Ehrentage in Metternich's Leben, mag auch nach neueren Berichten die eine und andere dramatische Episode aus der Geschichte verwiesen werden müssen.

Als Graf Stadion nach der Schlacht bei Wagram seine Stelle als Minister der auswärtigen Angelegenheiten niederlegte, übernahm Metternich, der wegen seiner mannichfachen Beziehungen zum französischen Hofe und wegen seiner genauen Kenntniß desselben unentbehrlich schien, dieses Ministerium (8. Oct. 1809), um es erst nach 39 Jahren (13. März 1848) niederzulegen. Wie er seine Stellung benutzte, das Bündniß mit Frankreich auf jede Weise zu befestigen suchte und eine Zeit lang ernstlich zu Napoleon's Fahne sich hielt, wie er sodann gegen das Ende des russischen Feldzuges zu schwanken begann, und auf eine Rückendeckung Bedacht nahm, mit welcher Vorsicht und Gewandtheit, freilich auch mit welcher Doppelzüngigkeit und Zweideutigkeit er 1813 Oesterreichs Sache von jener Napoleon's trennte und in das Lager der Alliirten hinüberglitt, sein Antheil endlich an den Verhandlungen im Jahre 1814 — das alles ist schon so oft und so gut erzählt worden, daß man die allgemeine Kenntniß dieser Ereignisse wohl voraussetzen darf. Stein's oft angeführte Worte über Metternich's Stellung in jener Zeit zeichnen den Fürsten so vortrefflich, daß sie auch hier wiederholt werden müssen: „Metternich erhielt einen Einfluß in dem europäischen Rathe, wozu ihm

weder sein Talent, noch sein Charakter, noch die militärische Stellung seines Landes den Anspruch gab.“ Die Zeit des Wiener Congresses bildet für Metternich zwar nicht den Gipfelpunkt seines Ansehens und seiner Macht — dieser fällt erst 20 Jahre später — wohl aber seines größten reellen Einflusses. Eben aus diesem Grunde aber, weil er die Neuordnung Europa's auf Grundlage der Verträge von 1815 gleichsam als „sein Werk“ ansah, und an ihrer Unverrückbarkeit festhielt, war auch aller Antrieb zu weiterer Entwicklung und schöpferischer Thätigkeit aus ihm verschwunden. Was die Noth der Zeiten entschuldigte, zum Theil sogar rechtfertigte, das bildete sich in ihm, weil der Erfolg dafür sprach, zu förmlichen Grundsätzen aus; er hielt die Politik des Temporisirens, des Hinhaltens und Beschwichtigens für unbedingt berechtigt. Er hatte für die folgenden politischen Thatsachen keinen andern Maßstab, als den ihrer Uebereinstimmung oder ihres Widerspruches mit „seinem Werke“. Die festgestellte Machtvertheilung unversehrt zu erhalten, Unruhe und Veränderungen aus der politischen Welt zu bannen, das war das ausschließliche Ziel der nunmehrigen Geschäftigkeit des Kaisers Franz wie seines ersten Ministers. Dieser ist die Schildwache, welche die europäischen Throne sichert, er und sein Kaiser haben den hohen Beruf, die von allen Mächten festgestellte Ordnung der Dinge, heute in Italien, morgen in Deutschland zu hüten und zu wahren, Oesterreich, oder was in seinen Augen dasselbe war, er, Metternich, „wird unter keiner Bedingung und niemals sein System ändern, niemals dulden, daß Ideologen Europa Gesetze dictiren“, — diese und ähnliche Redensarten bekunden des Fürsten Unfähigkeit, die neuen Aufgaben, welche der Staatskunst gestellt werden, zu lösen. Getragen aber wurde dieser mit jedem Jahre zunehmende Quietismus von den allgemeinen Verhältnissen der Zeit, welche nach 20 stürmischen Jahren nur nach Ruhe sich sehnte, jede leidenschaftliche Erregung scheute und zum bequemen Genusse der wieder gewonnenen Güter sich anschickte. Wenn Metternich kein anderes Verdienst besitzt, so darf er doch auf jenes Anspruch erheben, diese Neigungen in sich verkörpert, sie am offensten ausgesprochen zu haben. Und darin liegt auch sein Recht zur Herrschaft.

Nicht rasch und plötzlich vergeht Metternich's Stern. Im Gegentheil, der Schein unbegrenzter Macht und unantastbarer Stellung fällt in seine späteren Jahre, und auch seine diplomatischen Siege und Triumphe werden noch zahlreich nach dem Wiener Congresse gezählt. Aachen, Troppau, Laibach, Verona zeigten Metternich als den eigentlichen Wortführer der heiligen Allianz, als den Schiedsrichter über Völkerschicksale. Näherstehende ließen sich aber durch den Schein nicht täuschen und bemerkten, daß aus jedem Congresse Metternich's erfolgreicher Einfluß geschmälerter hervorging. Zwar führten österreichische Truppenabtheilungen Spaziergänge in ganz Italien auf, und auch in Spanien kam die Intervention zu Gunsten des

Absolutismus in Geltung, aber Metternich vermochte weder einen italienischen Staatenbund unter Oesterreichs Oberherrlichkeit in das Leben zu setzen, noch den persönlich gehaßten Carlo Alberto von der Thronfolge auszuschließen und machte außerdem schon in Verona die Erfahrung, daß Frankreichs und Rußlands Bereitwilligkeit, ihre besonderen Interessen den Reactionsplänen des Staatskanzlers zu opfern, ihre Grenze erreicht habe. Ja, ihre Zögerung verwandelte sich sogar in den Jahren 1823—1827 in eine offene Begünstigung der von Metternich so sehr gefürchteten Revolution; denn ihnen erschien die griechische Revolution eben so berechtigt, als der innigsten Theilnahme werth.

Das Verhalten Metternich's im russisch-türkischen Kriege 1828 bis 29 und die schlecht verhehlte Theilnahme für die polnische Revolution könnten als Merkmale eines Wendepunktes in dem bis dahin „unveränderlich" behaupteten Systeme gelten. Die Abneigung Metternich's gegen Rußland ist oft als Zeugniß angerufen worden, daß es ihm wahrlich nicht an dem rechten Instinct für Oesterreichs reale Interessen gebrach. Seine orientalische Politik empfing auch von den Feinden des Fürsten das Lob einer correcten, seine Bemühungen, die politischen Folgen des Krieges zu verringern und die Gefahren für die Türkei zu mildern, waren ohne Zweifel aufrichtig gemeint. Vergegenwärtigt man sich aber die Schritte, die er in diesem Sinne unternahm, so steigt der Verdacht auf, als ob er weniger durch die Einsicht, wie verderblich die russische Machterweiterung auf Oesterreich zurückwirken müsse, als durch eine schwächliche Sehnsucht nach Frieden und Ruhe bestimmt worden wäre.

Daß man sich in Wien über die Verlegenheiten des Petersburger Cabinetes freute, ist wahrscheinlich, daß aber Fürst Metternich freiwillig alles, was er seit 15 Jahren über die gemeinsamen Verpflichtungen aller Herrscher der Revolution gegenüber gesprochen und geschrieben, verläugnen, die Unterstützung der Polen durch die österreichische Bevölkerung zulassen, zur Mißtrauen erregenden Neutralität greifen konnte, dies verlangt eine besondere Erklärung. Die österreichische Regierung, Diplomatie und Polizei waren einige Wochen lang paralysirt, sie lenkten nicht die Bewegung, sondern wurden von dem Strome mit fortgerissen. In der theils stammverwandten, theils durch gemeinsame Schicksale befreundeten österreichischen Bevölkerung entflammte ein Enthusiasmus, wie ihn die „Märztage" nicht glänzender und mächtiger offenbarten. Als die Ueberraschung besiegt war, trat die alte Politik in ihre Rechte wieder zurück, und wurde gegen Polen und Polenfreunde eben so gewüthet, wie gegen die Revolutionäre anderer Völker. Es gelang, die äußeren Spuren der Volksbewegung so ziemlich zu verwischen; das aber konnte nicht gehindert werden, daß an der polnischen Revolution das nationale und politische Bewußtsein der einzelnen österreichischen Stämme erwachte, daß von diesem Augenblicke an Gedanken über ihre große

Vergangenheit und unwürdige Gegenwart die Geister der Ungarn, Böhmen, der Westslawen überhaupt erfüllten und Tag für Tag hochfliegende Zukunftspläne geträumt wurden. Die verhängnißvolle Nationalitätspolitik wurde geboren; die Polizei bemerkte wohl bald ihre Segnungen, die eigentliche Regierung blieb aber noch viele Jahre für diese neuen Bewegungselemente blind. Insbesondere Metternich hielt sie seiner Aufmerksamkeit für unwürdig; ihn beschäftigten eben damals die München-Grazer Zusammenkunft (s. Nr. 14), die Wiener Conferenzen, die deutschen, italienischen und spanischen Angelegenheiten, ihn leitete nach wie vor der Glaube, die Wahrnehmung des österreichischen Einflusses in den allgemeinen europäischen Fragen, die Lähmung aller Freiheitsversuche jenseit der österreichischen Grenzen bedinge die dauernde Macht des eigenen Staates. Bald darauf führte der Tod Kaiser Franz' I. andere Interessen in den Vordergrund.

Die Thronbesteigung Kaiser Ferdinand's machte eine Neuordnung des Geschäftsganges unbedingt nothwendig, die leibliche Gesundheit des Herrschers besserte sich zwar von Jahr zu Jahr, die epileptischen Anfälle hörten gänzlich auf, dagegen zeigten sich die geistigen Kräfte in hohem Grade geschwächt. Ohne bis zur eigentlichen Unzurechnungsfähigkeit herabzusinken, konnte doch der Kaiser bei seiner dauernden Zerstreutheit und geringen Auffassungsgabe weder eine selbständige Entscheidung treffen, noch an den Regierungsarbeiten eingehend Theil nehmen. Eine thatsächliche Regentschaft wurde unter dem Namen der Staatsconferenz eingerichtet, in welcher Erzherzog Ludwig als Stellvertreter des Kaisers den Vorsitz führte, Metternich und Kolowrat die gewichtigsten Stimmen besaßen. Immerhin blieb Metternich auch am Abende seines Lebens für Viele eine imponirende Erscheinung, so zunächst für die jüngeren Erzherzöge, die in ihm willig ihren Vormund anerkannten, und seiner Autorität sich unbedingt unterwarfen. Nicht wenig unterstützte ihn die würdige Repräsentation, die er sich bewahrt hatte. Wenige nahten dem Nestor der Staatsmänner Europa's ohne das Vorurtheil, in ihm einen großen Mann zu erblicken. Vortrefflich verstand er es auch, die Meinung, er liebe und würdige die Wissenschaft und Kunst, zu verbreiten. Er war mit zunehmenden Jahren immer zugänglicher geworden, und da er sich gern sprechen hörte, so ermüdeten ihn die Besuche der Fremden — unter ihnen waren Franzosen und Engländer besonders zahlreich — keineswegs. Deutschen berühmten Männern war er schon seltener sichtbar. Auch den Glauben, er kümmere sich um die öffentliche Meinung, er beachte die Stimme der Presse, verstand er (oder seine Freunde) zu nähren. Wie viele Zeitungen, vom Journal des Débats angefangen, das damals alle österreichischen Attachés, ihrem Meister zu Ehren, zu lesen sich verpflichtet fühlten, bis zur augsburger Allgemeinen Zeitung herab, standen in dem Geruche, von ihm unmittelbare Mittheilungen zu erhalten! Dies alles bewirkte noch in der letzten Zeit seines Wirkens eine gewisse Mäßigung des Urtheils über ihn, eine

unfreiwillige Anerkennung seiner Bedeutung. Freilich, wer tiefer blickte, sah einen tauben Mann, für die Interessen der Gegenwart wenig empfänglich, in die Erinnerungen der Vergangenheit eingesponnen, schwatzhaft bis zum Uebermaße und nur aus Gewohnheit noch thätig. In dieser auf äußere Repräsentation beschränkten Thätigkeit traf ihn der Tag des Gerichtes, unvorbereitet und unverhofft. Seine letzten Acte galten dem Zweck, bereits angebahnte Reformen wieder rückgängig zu machen, da man sich „nichts abzwingen lassen dürfe". Die eigene Resignation wurde ihm denn doch abgezwungen. Aber Metternich's Muth war keineswegs gebrochen. Kaum in London angelangt, trafen ihn Beileidsschreiben jüngerer österreichischer Diplomaten, die ihren Entschluß ankündigten, gleichfalls den Staatsdienst zu verlassen. Metternich tadelte ihren Kleinmuth und prophezeite, daß in Oesterreich und Europa in naher Zeit wieder die jetzt verwüsteten Geleise der Politik würden befahren werden. Seine Rückkehr nach Wien und was in Oesterreich seitdem geschah, schien seinen Ausspruch zu bekräftigen. Ja, er erlebte in seinen letzten Tagen noch den Triumph, daß die rathlose Regierung in der italienischen Frage an seinen Orakelspruch appellirte. Welchen Werth sein Rath besaß, darüber haben die jüngsten Ereignisse entschieden. Sollen wir am Schlusse das Urtheil aussprechen, das die Betrachtung seines Lebens in uns hervorruft, so wäre es dieses: Als europäischer Staatsmann steigt und sinkt seine Bedeutung mit dem Werthe, den man den Verträgen vom Jahre 1815 beimißt. Wer in ihnen die dauernde und rechte Grundlage der öffentlichen Ordnung erblickt, muß auch Metternich den Preis der Größe zollen. Wer der entgegengesetzten Meinung ist, kann in ihm nur den gewandten und überaus vom Glücke begünstigten Diplomaten bewundern. Als österreichischen Minister trifft ihn ein härteres Urtheil. Vor Allem damit beschäftigt, sich im Amte und Ansehen zu erhalten, that er nichts, um aus der Macht Oesterreich den Staat Oesterreich hervorgehen zu lassen. Seine Existenz war durch die Dauer jener Macht bedingt und daher hielt er sie mit krampfhafter Zähigkeit aufrecht. Die Verzögerung dieses Prozesses hat aber über Oesterreich ein schweres Verhängniß heraufbeschworen.

---

6. Frankreich zur Zeit der sog. Restauration (1815—1830).

(Nach Karl Hagen, Geschichte der neuesten Zeit und Wilhelm Wachsmuth, Geschichte Frankreichs im Revolutions-Zeitalter, bearbeitet vom Herausgeber.)

1. Ludwig XVIII. *) 1814(15)—1824.

a. Erste Rückkehr der Bourbonen 1814.

Die Stellung, in welche die Bourbonen bei ihrer Rückkehr nach Frankreich (1814) hineingekommen waren, die Aufgabe, welche sie zu lösen hatten, war eine sehr schwierige. Denn sie fanden sich alsobald in einer Welt der schneidendsten Gegensätze: auf der einen Seite die Resultate der Revolution und des Kaiserreiches, welche seit etwa 20 Jahren zur Herrschaft gekommen; auf der anderen die Ansprüche der alten Aristokratie, welche durch die große Staatsumwälzung an Besitz und Rechten verloren hatte und den Umschwung der Dinge sofort zur Wiederherstellung des früheren Zustandes (vor 1789) benutzen wollte. Es wäre nun ihre Aufgabe gewesen, diese beiden einander entgegengesetzten Principien zu versöhnen, das Unhaltbare des alten Regime's gänzlich fallen zu lassen, die Entwicklungen der neuen Zeit, sofern sie bereits in das Leben des Volkes eingedrungen waren, in ihrer Berechtigung anzuerkennen und hiermit das Beispiel zu geben, wie sich die alten Dynastieen, indem sie die Errungenschaften der jüngst vergangenen Periode bestätigten, ein dauerndes Denkmal in dem Herzen des Volkes setzen könnten. Aber die Persönlichkeiten der Bourbonen waren wenig geeignet, eine solche Aufgabe zu lösen.

Das Haupt der Familie, der ehemalige Graf von Provence, jetzt König Ludwig XVIII. war 1755 geboren, also fast ein Sechziger. Man kann nicht sagen, daß er den neuen Ideen unzugänglich gewesen sei, ja schon in der Revolution hatte er seinem Bruder Ludwig XVI. mehrere Rathschläge ertheilt, welche dahin abzielten, mit dem Zeitgeiste sich in Einklang zu setzen und dadurch den Thron vor dem Untergange zu bewahren. Er ward deßhalb von der streng royalistischen Partei nicht selten jakobinischer Sympathieen beschuldigt. Aber Ludwig XVIII. war nichts desto weniger Bourbon und konnte die Grundsätze, in denen er erzogen worden, niemals ganz verläugnen; er sah wohl die Noth-

*) Ludwig, Dauphin (Sohn Ludwig's XV.)
- Ludwig XVI. † 1793.
  - Ludwig (XVII.) † 1795.
  - Marie Therese, verm. mit d. Herz. von Angoulême.
- Ludwig XVIII. † 1824.
- Karl X. † 1836.
  - Herzog von Angoulême † 1844.
  - Herzog von Berry, † 1820.
    - Herzog von Bordeaux Graf von Chambord.

wendigkeit ein, daß man Concessionen machen müsse, aber er wünschte sie auf das möglichst geringe Minimum reducirt. Außerdem war er kein Mann von Geist und Energie. Wie sehr er auch manchmal über die Thorheiten der strengen Royalisten und Aristokraten spottete, so vermochte er sich doch nicht ihren Einflüssen zu entziehen; freilich hatten sie an ihrer Spitze den Bruder des Königs. Dieser, sein muthmaßlicher Nachfolger — denn Ludwig XVIII. hatte keine Kinder, — Karl, Graf von Artois, 1757 geboren, war der vollkommene Repräsentant des alten Regime's. Schon in der Revolution war er der heftigste Feind der neuen Ideen gewesen, und hatte durch sein albernes Benehmen nicht wenig zum Untergange des Königthumes beigetragen. In der Zeit der Verbannung steigerten sich wo möglich diese Gesinnungen; er war der Mittelpunkt der streng royalistischen Partei; um ihn scharte sie sich auch jetzt, weil sie von ihm am ersten die Verwirklichung ihrer Hoffnungen erwartete.

Alle die Männer, welche nach Napoleon's Sturze in Paris von Einfluß waren, stimmten darin überein, daß man die Bourbonen nicht ohne Gewährleistung freier Institutionen zurückrufen dürfe; selbst die Alliirten waren dieser Meinung, da sie sehr gut einsahen, daß nach der Stimmung des französischen Volkes der neue Thron ohne Verfassung sich nicht halten könnte. Der Senat hatte schon am 6. April eine Constitution entworfen, welche dem Kaiser Alexander von Rußland vorgelegt wurde und seine Zustimmung erhielt. Der Graf von Artois wurde durch Alexander gezwungen, diese Verfassung im Namen seines Bruders anzunehmen. Ludwig XVIII. war jedoch keineswegs gesonnen, dieses Versprechen zu halten, wie denn auch der Graf von Artois es wider seinen Willen gegeben hatte; der König wollte überhaupt ohne Bedingungen Besitz vom französischen Throne nehmen, wenn er sich auch die Nothwendigkeit nicht verhehlte, eine Constitution geben zu müssen. Nun wandte sich der Senat und Talleyrand, welcher dessen Seele war, wiederum an Alexander; dieser reiste am 1. Mai zu Ludwig XVIII. nach Compiegne ab, und bestimmte ihn nach einer Unterredung, wenn auch nicht die Verfassung des Senats anzunehmen, so doch wenigstens, eine zu versprechen und zum voraus bestimmte Grundsätze anzugeben, auf welchen dieselbe beruhen solle. Darauf ging der König ein, denn ohne diese Nachgiebigkeit, gab der Kaiser zu verstehen, würde er nicht in Paris einziehen.

Am 4. Juni versammelte der König die Kammern, um die „Charte" zu veröffentlichen. Die Verfassung wurde verlesen und einstimmig, ohne Prüfung und Discussion, durch allgemeinen Zuruf von der Versammlung angenommen. Im Ganzen gab diese „Charte" dem französischen Volke sehr viele Bürgschaften und versprach für die Zukunft eine gedeihliche Entwicklung der politischen Zustände, vorausgesetzt, daß man sie redlich gehalten hätte. Außerhalb der parlamentarischen Wirksamkeit bewährte jedoch die Regierung ihren streng

royalistisch-aristokratischen Sinn. Administrativstellen, wie die der Justiz, wurden meist mit Emigrirten besetzt, und, was die natürliche Folge davon war, diejenigen, welche sie bisher im Besitze gehabt, daraus verdrängt. Die Armee wurde beleidigt: durch die Veränderung der Cocarde, der Fahnen, der Nummern der Regimenter, das Ablegen der Adler; ein großer Theil der alten Soldaten wurde verabschiedet, zwei Drittel der alten Offiziere ebenfalls auf halben Sold gesetzt, „aus Mangel an Geld", wie man vorgab; aber in ihre Stellen traten junge unerfahrene Leute aus den alten aristokratischen Familien ein, und zudem wurden ganz nach der alten Weise drei fremde Regimenter, Schweizer, in Sold genommen. Und um keinen Zweifel übrig zu lassen, daß von nun an der Adel beim Militär bevorzugt würde, im Widerspruch mit der Charte, so erfolgte eine königliche Verordnung, welche besagte, daß künftig die Aufnahme in die Kriegsschulen nur denen gestattet sei, welche einen hundertjährigen Adel nachweisen könnten.

Die neue Regierung hatte bald fast alle Klassen der Bevölkerung beleidigt; die Unzufriedenheit konnte sich zwar nicht in der Presse äußern, denn diese war unter dem Drucke der Censur verstummt; aber nichts desto weniger konnte der Geist des Unmuthes, welcher sich durch die ganze Nation hindurchzog, keinem aufmerksamen Beobachter entgehen. Besonders stark zeigte er sich beim Militär. Insubordinationen, Emeuten fielen nicht selten vor. Vom Militär aus theilte sich die Unzufriedenheit dem Volke mit. Besonders wirkten hier jene verabschiedeten Soldaten des ehemaligen kaiserlichen Heeres, jene Invaliden, die man fortgeschickt mit erbärmlich kleinen Pensionen; sie alle kehrten, den Grimm im Herzen, in ihre Heimat zurück, in die verschiedensten Provinzen des Königreichs; als lebendige Zeugen des ehemaligen kriegerischen Ruhmes wurden sie überall mit Liebe und Begeisterung aufgenommen; als Zeugen bourbonischer Regierungsweise konnte es ihnen nicht schwer werden, die entschiedenste Abneigung gegen diese hervorzurufen. Unter solchen Umständen bedurfte es nur eines kühnen Geistes, der mit gewaltigem Griffe die Leitung der verschiedenen Elemente des Widerstandes an sich zu reißen, in seiner Person sie zu vereinigen verstand. Und das war Napoleon.

b. Die Rückkehr Napoleon's und dessen zweiten Sturz

s. Bd. III, S. 791 ff.

c. Zweite Rückkehr der Bourbonen 1815.

Noch während sich Napoleon auf französischem Boden befand, hatten die Bourbonen wieder Besitz vom Throne genommen. Sie hatten sich inzwischen in Gent aufgehalten, mit Hofhaltung und Ministerium. Bei ihrem Einzuge in Paris wehten nicht, wie das erste Mal, weiße Tücher, schallten keine Vivats; selbst der Einzug

der verbündeten Monarchen, am 10. Juli, wurde ganz anders aufgenommen, wie im Jahre 1814, und der sonst so gefeierte Alexander von Rußland hatte seine Popularität verloren.

Der König glaubte diese unheimliche Stimmung des Volkes zunächst durch die Zusammensetzung des Ministeriums beseitigen zu können. Talleyrand und Fouché, welche die Seele desselben waren, gaben sich Mühe, den Geist der Milde und der Versöhnung walten zu lassen. Es gelang ihnen aber nicht, weil, im Widerspruche mit ihnen, die Ultrapartei, an ihrer Spitze der Graf von Artois, nur daran dachte, die ausgedehnteste Rache an ihren Gegnern zu üben. Als bald darauf, noch unter den Einflüssen des Schreckens, die Wahlen zu den Kammern durchaus im Sinne der Reaction ausgefallen waren, so erkannten Talleyrand und Fouché die Unhaltbarkeit ihrer Stellung. Sie verlangten ihre Entlassung. Der König, welcher ohnedies beide persönlich haßte und nur durch die Nothwendigkeit zu ihnen geführt worden war, gab sie ihnen. Am 24. September trat ein neues Ministerium zusammen, an dessen Spitze der Herzog von Richelieu, ein guter Royalist, stand. Mit dem Ministerium Richelieu wurde auch von Seiten der verbündeten Mächte der zweite Pariser Friede abgeschlossen, s. Bd. III, S. 796.

Die Kammer war, Dank dem schlechten Wahlsystem und dem Schrecken, aus fast lauter Anhängern des äußersten Royalismus und Aristokratismus zusammengesetzt. Man nannte sie nur die „unauffindbare" Kammer (la chambre introuvable). Die Regierung konnte hoffen, daß sie bei den stärksten Maßregeln, welche sie vorschlüge, auf keinen Widerstand stoßen würde; im Gegentheile, in der Regel wurden die Propositionen des Ministeriums noch zu mild gefunden. Zunächst brachte das Ministerium Richelieu drei Gesetzvorschläge in die Kammern, welche angeblich zur Sicherung der öffentlichen Ruhe dienen sollten, die aber im Grunde nur die Rache an den vorzüglich betheiligten Personen der letzten Revolution bezweckten. Sie betrafen: 1) Verbrechen oder Vergehen gegen die Person oder Autorität des Königs, die Personen der königlichen Familie oder gegen die Sicherheit des Staates, 2) Bestrafung aufrührischer Rufe und Handlungen, 3) Einrichtung von Prevotalgerichtshöfen, welche über die Verbrechen des Aufruhrs, der Verbreitung der dazu ermunternden Schriften oder Reden, Aufpflanzung einer anderen Fahne, als der weißen, richten sollten, also über die Gegenstände, welche im zweiten Gesetze verpönt sind. Der Proceßgang gestattet keine Appellation; das Urtheil wird in 24 Stunden vollzogen. Durch diese drei Gesetze war ein furchtbarer Terrorismus heraufbeschworen. Fast die ganze Einwohnerschaft Frankreichs konnte man nach dem zweiten verfolgen; nach dem ersten konnte jeder der Regierung Mißfällige seiner persönlichen Freiheit beraubt werden; und das dritte entzog dem Volke eine Institution, das Geschworenengericht, welches gerade in solchen Zeiten der Reaction am nothwendigsten erscheint. Und in der

That: die Prevotalhöfe — Kriegsgerichte, die man sich scheute, mit ihrem wahren Namen zu nennen — verurtheilten massenweise, nicht etwa bloß gemeines Volk, sondern Männer von Ansehen und Bedeutung. Ney hatte gleich Anfangs von Talleyrand Wink erhalten, außer Landes zu gehen; aber später kehrte er nach Frankreich zurück, wurde jedoch entdeckt und am 19. August gefangen nach Paris gebracht. Zuerst gedachte man ihn vor ein Kriegsgericht zu stellen; aber die Marschälle, aus denen dasselbe bestehen sollte, die alten Waffengefährten Ney's, weigerten sich der Theilnahme. Dann kam der Proceß vor die Pairskammer; diese verurtheilte Ney zum Tode; am 7. December 1815 wurde er erschossen.

Indessen mit diesen Opfern der Rache waren die Ultras noch nicht zufrieden; sie verlangten, daß die ganze Familie Bonaparte für immer verbannt werden sollte, ebenso alle Generale, Marschälle, Präfecten, welche Napoleon am 23. März anerkannt, sodann alle die sogenannten Königsmörder, d. h. diejenigen Mitglieder des Convents, welche für den Tod Ludwig's XVI. gestimmt hatten, sofern sie nicht Ludwig XVIII. treu geblieben. Die Regierung ging jedoch in diesen Vorschlag nur theilweise ein; sie bestätigte nur die Verbannung der Napoleoniden und der Königsmörder.

Ueberhaupt war die Regierung selber mit der Kammer gar nicht zufrieden. Es stellte sich nämlich bald heraus, daß dieselbe nicht sowohl ein royalistisches, als vielmehr ein aristokratisches Gepräge trug. Ihr Plan war offenbar, die alte Ordnung wieder zurückzuführen, wie sie vor der Revolution bestand; und damit vertrug sich weder das constitutionelle Königthum und die daraus erwachsende Macht des Monarchen, noch die Ministerialgewalt, die der Krone zugehörige Besetzung der Richter- und Beamtenstellen. Es kam hinzu, daß die Ultrapartei durch den Grafen von Artois oder den Pavillon Marsan, wie sie von ihrem gewöhnlichen Versammlungsorte genannt ward, einen ungemeinen Einfluß auf die gesammte Staatsverwaltung übte. Artois selber ließ sich zum Oberbefehlshaber der Nationalgarde ernennen. Im Ministerium befanden sich Männer, die weniger auf den König, als vielmehr auf den Grafen von Artois hörten. Ebenso wurden die übrigen Verwaltungsstellen größtentheils nur durch den Pavillon Marsan besetzt; auf Talent und Fähigkeit kam es natürlich nicht an, sondern auf guten Adel und aristokratische Gesinnung.

Durch dieses System der Reaction stieg die Abneigung wider die Bourbonen mit jedem Tage; und es fehlte nicht an sehr bedenklichen Anzeichen. Bereits im Januar 1816 war eine Verschwörung in Lyon entdeckt worden; am 5. Mai machte ein Advocat Didier den Versuch, mittels eines Haufens Bauern der Festung Grenoble sich zu bemächtigen; in Paris wurden im Juni einige Republikaner entdeckt, die auch mit Umsturz der Verfassung umgingen; dann besorgte man einen Aufruhr von Seiten einer Gesellschaft von Patrioten. Alle diese Versuche wurden zwar wieder unterdrückt, und die Rädelsführer hin-

gerichtet. Nichts desto weniger waren diese Erscheinungen beunruhigend genug, um den Unbefangenen auf die Folgen hinzulenken, welche eintreten mußten, wenn das bisherige System länger fortdauere.

Der König, ohnedies schon ärgerlich über die Kammer, wurde in seiner Gesinnung bestärkt von seinem Minister, dem Herzog von Richelieu, welcher zwar ein guter Royalist war, aber keineswegs mit den extravaganten Ansichten der Ultras übereinstimmte; sodann von Minister Decazes, welcher besonders viel beim Könige galt. So entschloß sich denn Ludwig XVIII., am 5. Sept. 1816 die Kammer aufzulösen. Diese Handlung wurde von dem Volke mit der größten Freude aufgenommen, während die Ultras auf das tiefste darüber erbittert waren.

Durch die Auflösung der Deputirten-Kammer hatte sich die Regierung in offenbaren Gegensatz zu den ultra-royalistischen Tendenzen gesetzt; sie sah sich daher gezwungen, sich nach einer anderen Seite hinzuneigen. In Frankreich existirten außer den strengen Ultras im Ganzen drei Parteien: die Napoleonisten, die Republikaner und die Constitutionellen. Die beiden ersten waren von keiner großen Bedeutung: zu den letzteren gehörte aber der größte Theil des gebildeten Frankreich. Doch theilten sie sich wieder in die Entschiedenen oder Independenten, wie sie sich nannten, und in die Doctrinairs. Der Sammelplatz für jene war der Salon Laffitte's; dazu gehörten Mannel, Foy, Béranger, Lafayette, Delessert, Benjamin-Constant. Sie verlangten, daß die Regierung sich ohne allen Rückhalt an das constitutionelle Staatswesen anschließen und in Concessionen immer weiter gehen möchte. Die Doctrinairs, wozu Royer-Collard, Guizot, Villemain gehörten, wurden so genannt, weil sie die Doctrin vom constitutionellen Staatswesen und regelrechter Entwicklung desselben verfolgten; sie stellten indeß zugleich den Grundsatz auf von der Nothwendigkeit einer starken Regierungsgewalt. Es ist daher sehr natürlich, daß die Regierung sich an diese Nuance des Constitutionalismus enger anschloß; denn daß sie nun constitutionel regieren müßte, hatte sie eingesehen, zugleich aber wünschte sie, so wenig wie möglich von ihrer Gewalt aufzugeben.

Die Wahlen zu der neuen Kammer fielen im Allgemeinen im Sinne des Ministeriums aus. Dieses sicherte sich seine Stellung den Ultraroyalisten gegenüber durch ein neues Wahlgesetz, welches allerdings das Wahlrecht und die Wählbarkeit noch durch einen ziemlich hohen Steuercensus beschränkte, aber doch dem bemittelten Bürgerstande Einfluß auf die Wahlen verschaffte und so das Uebergewicht der Aristokratie beseitigte. Dieses Wahlgesetz ging, trotz der Opposition der Ultras, am 5. Februar 1817 in den Kammern durch. Da jedoch bei den neuen Wahlen (zufolge der Charte mußte jedes Jahr ein Fünftheil der Deputirten neu gewählt werden) keineswegs immer Ministerielle, vielmehr Männer von entschieden liberaler Gesinnung gewählt wurden (Laffitte, Casimir-Périer, Dupont de l'Eure, Ben-

jamin-Constant), so näherte sich Richelieu wieder den Ultras und versprach diesen eine Abänderung des Wahlgesetzes. Dadurch entstand eine Spaltung im Ministerium und beide Parteien gaben ihre Entlassung, um dem Könige freie Hand zu lassen. Dieser trug zuerst dem Herzog von Richelieu die Bildung eines neuen Ministeriums auf; allein es gelang ihm nicht, und zugleich sprach sich die öffentliche Meinung so entschieden dagegen aus, daß der König sich bewogen sah, Richelieu am 28. December 1818 zu entlassen, und dafür die Partei des Decazes in das Ministerium zu nehmen. Präsident desselben wurde General Dessolles; die Seele war Decazes, Minister des Innern.

Dieses Ministerium neigte sich nun noch mehr auf die liberale Seite hin. Die Präfecturen wurden in diesem Sinne besetzt, die von der Kammer von 1816 Verbannten großentheils wieder zurückberufen, selbst Preßfreiheit gegeben. Natürlich fehlte es doch nicht an Oppositionen, sowohl von der linken Seite, indem dieser vom Ministerium immer noch nicht genug geschehen war, als von der rechten.

Nachgerade begann aber auch Decazes sich wieder der Reaction zu nähern. Bei den Ergänzungswahlen des Jahres 1819 erhielt die Linke allein 35 Mitglieder, unter denen sich sogar der Abbé Gregoire befand, ein ehemaliges Conventsmitglied und sogenannter Königsmörder. Man versichert, daß die Ultras selber am meisten zu seiner Erwählung mitgewirkt; sie wollten dadurch die Sache auf's Aeußerste treiben. Ludwig XVIII. erklärte Decazes ganz bestimmt, daß er nun ein anderes System befolgen würde. Decazes ging darauf ein; aber er stieß nun bei einem Theile des Ministeriums auf denselben Widerstand, welchen er früher dem Herzog von Richelieu entgegengesetzt hatte; und auch dieses Mal handelte es sich um das Wahlgesetz. Denn als Preis für ihre Unterstützung hatten die Ultras von Decazes ebenfalls die Abänderung des Wahlgesetzes verlangt. Die Spaltung wurde bald offenbar. Decazes bildete ein neues Ministerium unter seinem Namen am 19. Nov. 1819. Aber noch ehe Decazes sein neues Wahlgesetz bringen konnte, erfolgte ein Ereigniß, welches einen vollkommenen Umsturz des Systemes zur Folge hatte.

Am 13. Februar 1820 wurde nämlich der Herzog von Berry ermordet, das einzige Glied der bourbonischen Familie, welches Nachkommenschaft versprach; schon hatte ihm seine junge Gemahlin, eine sicilianische Prinzessin, eine Tochter geboren. Seine Person war eben deßhalb von einer großen Wichtigkeit, und durch seinen Tod wäre, wie es schien, die bourbonische Dynastie in männlicher Linie gänzlich ausgestorben. Diese Betrachtung erzeugte in einem fanatischen Menschen, Louvel, welcher von dem tiefsten Hasse gegen die Bourbonen erfüllt war, den Gedanken, den Herzog von Berry zu ermorden. Als dieser am Abende des 13. Februar das Theater verließ, um in seinen Wagen zu steigen, ergriff ihn Louvel und stieß ihm ein zweischneidiges Messer in die Brust. Der Streich war so sicher geführt, daß

der Herzog von Berry noch in derselben Nacht seinen Geist aufgab. Indessen hatte Louvel seinen Zweck doch nicht vollständig erreicht. Denn die Herzogin von Berry gebar noch am 29. September 1820 einen Sohn, Heinrich, Herzog von Bordeaux. Der Mörder wurde sogleich ergriffen und gefangen gesetzt. Bei dem Verhöre, welches mit ihm angestellt wurde, gestand er Alles, ohne jedoch Reue über seine That zu bezeigen; er freute sich vielmehr über dieselbe. Auch stellte sich bei ihm, wie bei Sand, heraus, daß er keine Mitschuldigen gehabt; vielmehr war der Gedanke allein in ihm entsprungen und allein von ihm zur Ausführung gebracht worden. Er wurde zum Tode verurtheilt und am 6. Juni hingerichtet.

Diese That verursachte natürlich bei allen Parteien die größte Bestürzung. Aber die Ultras benutzten sie sofort, um dem System des Schwankens den Todesstoß zu geben. Decazes konnte sich nicht mehr halten, Artois und die Herzogin von Angoulême drangen so lange in Ludwig XVIII., bis er endlich in die Entlassung desselben willigte. An seine Stelle trat am 20. Februar der Herzog von Richelieu, derselbe, der nicht lange vorher an der Spitze des Ministeriums gestanden. Mit ihm kehrte eine strengere royalistische Haltung in das Ministerium zurück. Auch schien das eben verübte Verbrechen entschiedene Reactionsmaßregeln zu rechtfertigen, und selbst auf die Mehrheit der Kammer glaubte man bei denselben rechnen zu können, da die Meisten nicht die Mitschuld an ähnlichen Verbrechen auf sich laden wollten. So brachte denn Richelieu zunächst drei Gesetze in die Kammern, welche alle darauf abzielten, nicht nur gegen den revolutionairen Geist, sondern gegen die Freiheit überhaupt zu reagiren: 1) die Wiedereinführung der Censur, jedoch bloß für die Journale; 2) Beschränkung der persönlichen Freiheit; 3) ein neues Wahlgesetz. Nach dem zweiten Gesetze sollten die Minister ermächtigt sein, alle der Umtriebe gegen den Staat, den König und dessen Familie Verdächtigen verhaften und ein Jahr lang in Haft behalten zu dürfen, ohne sie den Gerichten übergeben zu müssen. Die Linke gab sich alle Mühe, um diese Vorschläge zu bekämpfen; allein die Minister hatten die Majorität; das Gesetz wurde am 31. März bekannt gemacht.

Der größte Kampf entspann sich jedoch um das Wahlgesetz. Nach dem ministeriellen Entwurf sollten die Wahlen fast ausschließlich in die Hände der Aristokratie kommen. Die Opposition wandte alle ihre Kraft an, um über den ministeriellen Vorschlag den Sieg zu erkämpfen; die glänzendsten Reden wurden gehalten; die drohendste Zukunft in Aussicht gestellt. Die Aufregung herrschte nicht bloß in den Kammern, sie bemächtigte sich auch des Volkes; Massen fanden sich vor dem Locale der Verhandlungen ein, der Dinge wartend, die da kommen sollten. Die Regierung ließ Militär heranrücken; es kam zu blutigen Raufereien, welche Tage lang währten, aber zuletzt doch mit dem Siege der Truppen endeten. Endlich kamen auch die Parlamentsverhandlungen zum Abschluß; die Minister siegten: am

9. Juni wurde das Gesetz angenommen, allerdings nicht ohne einige Modificationen.

Während der Sitzung der Kammern war sowohl in Spanien (1. Januar 1820) als in Neapel (1. Juli) eine Militär-Revolution ausgebrochen, welche die Einführung einer ultraliberalen Verfassung in beiden Staaten zur Folge hatte. Ein Versuch dreier Legionen, dieselbe in Frankreich nachzuahmen, wurde kurz vor dem zum Ausbruche bestimmten Tage verrathen, eine Menge Theilnehmer verhaftet, das Haupt derselben (Nantil) jedoch entkam. Auch der Anschlag eines vormaligen Soldaten (Gravier), die Herzogin von Berry durch Explosion einer Petarde zu erschrecken und zu einer Fehlgeburt zu bringen, mißlang; die Herzogin gebar, wie erwähnt worden, einen Knaben, dem sofort der Titel eines Herzogs von Bordeaux beigelegt wurde und den man schmeichlerisch „das Kind Europa's" nannte, wegen der Verbürgung der Ruhe für die legitimen Throne, die er in sich zu tragen schien. Doch waren Zweifel an der Echtheit seiner Geburt durch ganz Frankreich rege, wie einst bei den Engländern, als Jakob dem Zweiten ein Sohn geboren wurde.

Die Royalisten erhielten nicht nur bei den nächsten Wahlen einen so bedeutenden Zuwachs, daß der König selbst davon überrascht war und zwei Stimmführer der Rechten, Villèle und Corbière, in sein Ministerium aufnahm, sondern sie fanden auch von außen her mehrfache Unterstützung. Die Ostmächte hatten auf den Congressen zu Troppau und Laibach die Unterdrückung des aus der Militär-Revolution hervorgegangenen neuen Staatswesens in Neapel beschlossen und diese durch einen kurzen und leichten Krieg ausgeführt. Nicht minder wurden die Ultraroyalisten sowohl durch die Nachricht von dem Tode Napoleon's (5. Mai 1821) zu ungestümerem Fortschreiten auf ihrer Bahn ermuntert, als durch die zunehmende körperliche Schwäche des Königs und die nicht mehr ferne Aussicht auf die Thronbesteigung ihres Führers, des Grafen von Artois.

Bei der theilweisen Ergänzung des Parlaments durch neue Wahlen hatte sich die Rechte wiederum verstärkt, das Ministerium hingegen bedeutend verloren. Gleich bei der Adresse auf die Thronrede sprach die Kammer mit großer Mehrheit ein Mißtrauensvotum wider das Ministerium aus. Richelieu glaubte, nun noch durch Unterhandlungen mit den Ultra-Elementen seines Cabinetes, Villèle und Corbière, sich halten zu können; allein Villèle hatte schon gleich bei seinem Eintritte in die Verwaltung nicht daran gedacht, dieses Ministerium zu unterstützen, sondern es nur als Brücke für seine eigene Erhebung zu benutzen. Die Unterhandlungen zerschlugen sich; Villèle und Corbière verlangten ihre Entlassung. Jetzt sah Richelieu, und mit ihm der König, ein, daß nichts mehr übrig bliebe, als abzudanken. Er that's, am 13. December 1821. Und nun trat ein streng royalistisch-aristokratisches Ministerium an dessen Stelle. Villèle, der Chef desselben, zeichnete sich eben so sehr durch parlamentarische Ge-

der Herrschaft des Alten über die neuen politischen Ideen des Jahrhunderts.

Je kühner die Reaction voranschritt, desto stärker wuchs die oppositionelle Stimmung gegen die Regierung, und blieb auch nicht ohne Einfluß auf die Kammern, wo sich innerhalb der Rechten verschiedene Parteien bildeten, die keineswegs in der Unterstützung des Ministeriums einig waren. So erlitt dieses eine wiederholte Niederlage bei den Verhandlungen über die von ihm vorgelegten Gesetzentwürfe zur Einführung eines Erstgeburtsrechtes (bei allen Erbschaften von mindestens 300 Franken Grundsteuer), zur Unterdrückung der Preßvergehen und zur Wahl der Geschworenen (bloß aus den Wahlmännern). Ein unzweideutigeres Zeichen vom Umschwunge der öffentlichen Meinung war es, als bei einer Revue der Pariser Nationalgarde, statt des erwarteten: „Es lebe der König!" aus den Reihen derselben der Ruf: „Nieder mit den Ministern!" erscholl, worauf die Auflösung der Nationalgarde erfolgte. Das letzte Mittel, welches Villèle ergriff, um sich zu behaupten, die Auflösung der zweiten Kammer, schlug vollends fehl, denn bei den neuen Wahlen erhielt das Ministerium nur 125 Stimmen (unter 428) für sich. Villèle, der auch am Hofe mit persönlicher Abneigung zu kämpfen hatte, konnte nicht verkennen, daß seine Zeit vorüber sei und nahm seine Entlassung.

b. Das Ministerium Martignac (1828—1829)

war eigentlich nur ein provisorisches, das zunächst den Kammern gegenüber aushelfen sollte, dessen sich aber Karl sobald als möglich zu entledigen gedachte, um dann seinen Günstling Polignac an die Spitze der Geschäfte zu berufen. Martignac ließ sich jedoch nicht irren. Er legte den Kammern mehrere Gesetzentwürfe (namentlich einen über die Aufhebung der Censur) vor, die von der Nation mit Freude aufgenommen wurden, während der König sich nur mit Widerwillen dazu verstand. Im Jahre 1829 trat der merkwürdige Fall ein, daß die Linke und Rechte gegen das Ministerium vereinigt stimmten, natürlich aus entgegengesetzten Beweggründen, indem die Linke weitergehen wollte als das Ministerium, die Rechte nicht so weit. Daher zog dasselbe das mit ungemeiner Sorgfalt ausgearbeitete Gesetz über die längst ersehnte Gemeinde- und Departemental-Ordnung zurück. Das hatte Karl gewünscht und er kam selbst in den Verdacht, daß die Verwerfung der ministeriellen Vorschläge über die Verhandlung des Gesetzes sein Werk gewesen sei. Die Rechte wenigstens handelte auf seinen Befehl und mit seiner Uebereinstimmung. Das Ministerium überlebte den Schluß der Kammersitzungen nur um 8 Tage; seine Verwaltung war nach allen Richtungen hin heilbringend gewesen. Karl aber führte sein längst gehegtes Vorhaben

aus: er ernannte (8. Aug. 1829) ein neues Cabinet, an dessen Spitze der Fürst von Polignac stand.

e. Das Ministerium Polignac (1829—1830)

war ganz der Ausdruck jener ultra-royalistischen Richtung, welche seit der Wiederherstellung der Bourbonen unablässig darauf hingearbeitet hatte, die Dinge auf den Stand vor 1789 zurückzuführen. Fürst Julius von Polignac selbst war eine äußerst unbedeutende Persönlichkeit, ohne alles selbständige Urtheil in politischen Dingen, ein blinder Eiferer für das System der Ultras, ein unbedingter Ausführer des königlichen Willens, dabei mit einer außerordentlichen Meinung über seine staatsmännischen Fähigkeiten begabt, die ihn hinderte, fremdes Urtheil anzuerkennen, wenn es dem seinigen widersprach: daher eigensinnig und starrköpfig, welche Eigenschaften er aber, wie von solchen Naturen zu geschehen pflegt, mit Charakterfestigkeit verwechselte. Polignac erhielt das Ministerium des Auswärtigen; Labourdonnaye das Innere; Bourmont das Kriegswesen, obgleich den Franzosen besonders verhaßt, weil sie seinem Verrathe den Verlust der Schlacht bei Waterloo zuschrieben. Ein Schrei des Unwillens und der Entrüstung ging durch ganz Frankreich, fast durch alle Parteien hindurch. Selbst die entschiedenen Royalisten waren tief betrübt über diese Wahl des Königs. Die Presse begann sofort die lebhaftesten Angriffe auf das neue Cabinet; selbst die gemäßigten Journale stimmten in diesen Ton ein. Zugleich mit der Presse entfaltete das Vereinswesen seine Wirksamkeit. Es bildeten sich keine geheimen Gesellschaften, sondern offene, gesetzliche, unter den Augen der Verwaltung. Von großer Bedeutung war hier die Gesellschaft: „Hilf Dir selbst, so wird Dir der Himmel helfen". Vor Allem dachte man an Steuerverweigerung; überall bildeten sich Steuerverweigerungs-Vereine, welche zunächst den Zweck hatten, diejenigen, welche durch ihre Verweigerung zu Schaden gekommen, gemeinschaftlich zu unterstützen. Und während auf diese Weise die Nation entschlossen schien, etwaigen Gewaltmaßregeln der Regierung den entschiedensten, nachhaltigsten Widerstand entgegen zu setzen, drückte sich die Stimmung des Landes eben so unzweideutig bei den Reisen Lafayette's im südlichen Frankreich aus. Lafayette, dieser Sohn der Revolution, dieser Vertheidiger der Volksfreiheit, der unter allen Wechselfällen des Geschickes sich treu geblieben, wurde auf seiner Reise allenthalben wie ein König empfangen: Triumphbogen wurden ihm errichtet, Bürgerkronen überreicht, ihm das Geleite gegeben, wie einem Herrscher. Alles dies galt natürlich nicht sowohl Lafayette, als vielmehr der politischen Richtung, die er vertrat, den Grundsätzen, welchen er huldigte.

Am 2. März 1830 wurden die Kammern wieder eröffnet. Das Ministerium hatte vergebens versucht, die wichtigsten Männer der

Mehrheit zu sich herüberzuziehen: selber die gemäßigte royalistische Partei wollte mit ihm nichts zu thun haben. Nun glaubte Karl X. es mit Drohungen erzwingen zu können. In der Thronrede warf er der Kammer den Handschuh hin, indem er deutlich genug den Entschluß aussprach, selbst wider die Mehrheit des Parlaments seinen Willen durchzusetzen. Bei diesen Worten gerieth er in so heftige Bewegung, daß ihm der Hut vom Kopfe fiel; der Herzog von Orleans hob ihn auf. Die Kammer antwortete zunächst durch die Wahl des Präsidenten. Drei Männer der linken Seite, Royer-Collard, Casimir Périer und Sebastiani, wurden von ihr vorgeschlagen, der erstgenannte vom Könige ernannt. Darauf berieth sie die Adresse auf die Thronrede. Sie enthielt das stärkste Mißtrauens-Votum wider das Ministerium Polignac, obschon in anständigen Formen. Vergebens setzten sich die Minister dieser Adresse entgegen: alle von ihrer Partei vorgeschlagenen Veränderungen wurden von der Mehrheit verworfen: mit 221 gegen 181 Stimmen wurde die Adresse angenommen. Am 16. Mai wurde die Kammer der Abgeordneten für aufgelöst erklärt, die Wahl-Collegien — vom 23. Juni bis 20. Juli — zusammenberufen, und die Eröffnung der neuen Kammer auf den 3. August verordnet. Die Regierung bot Alles auf, um die neuen Wahlen in ihrem Sinne ausfallen zu machen. Karl X. selbst erließ eine Ansprache an das französische Volk, im Ganzen würdig gehalten, und darauf berechnet, Eindruck zu machen; die Verwaltungs-Beamten wurden aufgefordert, Alles zu thun, um einen erfreulichen Ausgang herbeizuführen. Endlich glaubte der Hof ein Mittel gefunden zu haben, welches alle anderen an Kraft und Erfolg überbieten sollte: den kriegerischen Ruhm. Eben um jene Zeit wurde die Unternehmung gegen Algier begonnen.

Mit dem Dey von Algier bestanden schon seit geraumer Zeit Mißhelligkeiten. Bereits im Jahre 1818 war zwischen ihm und der französischen Regierung Streit entstanden, weil er für die Plünderung eines französischen Schiffes Entschädigung verweigert hatte. Ein fernerer Handel war der mit zwei algierischen Handelshäusern, welche an Frankreich für 7 Millionen Francs Getreide abgeliefert hatten, ohne daß ihnen diese Summe entrichtet worden wäre. Der Dey nahm sich seiner Handelshäuser an und ärgerte sich bei dieser Veranlassung so sehr über den französischen General-Consul, welcher den Forderungen des Dey's allerlei Einwendungen entgegensetzte, daß er ihn mit dem Fliegenwedel ins Gesicht schlug. Der französische General-Consul verließ sofort Algier: der Dey ließ hierauf die französischen Niederlassungen auf seinem Gebiete zerstören. Dies geschah schon im Jahre 1828. Die französische Regierung forderte von dem Dey Genugthuung: sie wurde verweigert. Hierauf ließ sie Algier blokiren, aber ohne irgend einen Erfolg. Jetzt, in dem Augenblicke, wo sie gegen die Freiheiten des französischen Volkes ernstlich vorangehen wollte, glaubte die Regierung, den Krieg gegen Algier mit

aller Kraft betreiben zu müssen. Sie hoffte durch den Glanz des Kriegsruhmes die französische Nation, die so empfänglich für dergleichen Lorberen ist, mit sich aussöhnen und zugleich in den nach Algier entsendeten siegreichen Truppen ein Heer heranziehen zu können, welches bereit sei, alle ihre Entwürfe auszuführen. So wurde denn am 20. April 1830 an den Dey von Algier der Krieg erklärt, und Ende Mai's ging die französische Flotte unter Segel, an Bord 38,000 Mann führend, unter dem Oberbefehle des Kriegs-Ministers, Generals Bourmont, der sich in Algier den Marschallsstab erkämpfen sollte. Die Unternehmung glückte vollkommen. Am 19. Juni wurde die französische Armee von den Arabern, ungefähr 40,000 Mann, in ihrem Lager angegriffen, der Angriff zurückgeschlagen, das Lager der Araber erstürmt und das ganze Heer in die wildeste Flucht gejagt. Am 4. Juli begann der Hauptsturm auf Algier, der mit so großem Erfolge geleitet wurde, daß der Dey sich sofort zur Uebergabe entschloß. Am 5. Juli befanden sich die Franzosen im Besitze der Stadt und Festung: 1500 Kanonen, 70 Kriegsfahrzeuge und ein Schatz von 70—80 Millionen Fr. fielen in ihre Hände. Der Dey wurde auf seinen Wunsch nach Neapel gebracht.

So glücklich nun auch diese Unternehmung gegen Algier ausgefallen war, so täuschte sich doch die französische Regierung ganz gewaltig in den von ihr gehofften Wirkungen. Die Franzosen ließen sich durch den unter der weißen Fahne erworbenen Kriegsruhm nicht irre machen, die inneren Zustände scharf im Auge zu behalten und alle Kräfte anzustrengen, um ihre Freiheit zu behaupten. Die Dankfeste, welche Karl X. zur Feier seines Sieges veranstalten ließ, fanden beim Volke keine Theilnahme. Dagegen betheiligte sich das Volk mit dem größten Interesse an den vorzunehmenden Wahlen. Alle Versuche der Regierung, die Mehrheit der Wahlen in ihrem Sinne ausfallen zu machen, scheiterten an der Thätigkeit der Vereine. Von den 221 Abgeordneten, welche für das Mißtrauens-Votum gegen das Ministerium Polignac gestimmt, wurden 207 wieder gewählt. Ueberhaupt ergaben sich 272 liberale Wahlen, während das Ministerium nur 145 durchbringen konnte.

Die Nation hatte gesprochen. Es fragte sich, ob sich die Regierung eine Lehre daraus nehmen wolle. Die Camarilla drängte den König vorwärts: sie glaubte, jetzt sei der rechte Zeitpunkt gekommen, um rücksichtslose Energie zu zeigen. Die Mehrzahl der Minister war ihrer Meinung. Man wollte vor Allem die Preßfreiheit aufheben, die Kammer noch vor ihrem Zusammentritte auflösen und ein neues Wahlgesetz octroyiren. Am 26. Juli erschienen die desfallsigen Verordnungen im Moniteur. Die erste hob die Gesetze auf, welche die Freiheit der Presse verbürgten, rief die Verfügungen vom 21. October 1814 wieder ins Leben und legte jedem Journale die Bedingung auf, nicht ohne königliche Bewilligung erscheinen zu dürfen. Die zweite Verordnung sprach die Auflösung der Kammer aus, noch ehe

sie zusammengetreten. Die dritte hob das bisherige Wahlgesetz auf und setzte ein anderes an dessen Stelle, wonach die Zahl der Abgeordneten von 430 auf 230 herabgesetzt wurde.

d. Die Juli-Revolution 1830.

Die erste Bewegung gegen die verhängnißvollen Ordonnanzen ging von den Journalisten aus. Die Redacteure der Oppositions-Journale vereinigten sich zur Abfassung eines Protestes, dessen Redaction Thiers, der Redacteur des „National", übernahm. Als dieser am 27. Juli in den liberalen Blättern erschien, wurden deren Officinen sofort von der Polizei geschlossen. Nachdem schon am Abend des 27. einige Ruhestörungen vorangegangen waren, wurde am 28. Paris in Belagerungszustand gesetzt, und schon um 8 Uhr Morgens begannen die Straßengefechte zwischen den von Marmont befehligten Truppen und den Bürgern; die am vorigen Abend begonnene Aufführung von Barricaden wurde rastlos fortgesetzt, die Zöglinge der polytechnischen Schule, deren Beispiel bald die Zöglinge der Rechts- und Medicinschule nachahmten, und eine Anzahl vormals kaiserlicher Officiere und Soldaten stellten sich an die Spitze des Volkes, das ohne rechte Waffen mit heroischer Todesverachtung gegen die Truppen des Königs 10 Stunden lang den Kampf fortsetzte; mehrmals ward das Stadthaus genommen und wieder verloren, bis die Truppen am Abend wegen Mangels an Schießbedarf und an Lebensmitteln es dem Volke überließen. Als sich am 29. Juli der Kampf erneuerte und die Verbarricadirung der Straßen fortwährend zunahm, erfolgte ein offener Uebertritt zunächst zweier Linien-Regimenter zum Volke. Der Kampf um das Louvre und die Tuilerieen dauerte noch bis Mittag fort; als beide Paläste genommen waren und das Gerücht vom Anrücken von 20,000 Bürgern aus Rouen sich verbreitete, befahl Marmont den Rückzug gegen St. Cloud.

Eine Versammlung von Deputirten stellte den 73jährigen Lafayette an die Spitze der Nationalgarde und bildete eine provisorische Regierung. Den wiederholten Anerbietungen Karl's X., die Verordnungen zurückzunehmen und das Ministerium Polignac zu entlassen, wurde ein „Zu spät" entgegnet und der Herzog **Ludwig Philipp von Orleans**, der als freisinniger Freund des constitutionellen Staatslebens die Gunst der öffentlichen Meinung besaß, zum **Statthalter des Reiches** ernannt, um so der beabsichtigten Proclamation der Republik vorzubeugen. Der Herzog überwand seine Bedenken und erschien nicht ohne persönliche Gefahr auf dem Stadthause, nahm aus Lafayette's Hand eine dreifarbige Fahne und zeigte sich dem Volke mit diesem magischen Symbole, das seine Wirkung nicht verfehlte. Am 2. August erklärten Karl X. und der Dauphin ihre Verzichtleistung auf die Krone zu Gunsten des Herzogs von Bordeaux mit Anerkennung der Statthalterschaft des Herzogs von Orleans.

Als sich am Abend desselben Tages das Gerücht verbreitete, Karl werde Rambouillet (in der Nähe von Paris) nicht verlassen, bevor nicht die Thronfolge des Herzogs von Bordeaux anerkannt sei, erhielt Lafayette vom Reichsverweser den Befehl, mit einer aus den Juli-Männern gebildeten sog. „Expeditions-Armee" nach Rambouillet zu ziehen. Obgleich der Commandant (Pajol) dieser seltsam zusammengesetzten Armee, die zum Theil in Omnibus und Fiacres fortgeschafft wurde, keinen erfolgreichen Kampf in offenem Felde gegen die königlichen Truppen zutraute, so verzagte doch Karl und verließ Frankreich zum dritten Male als Flüchtling, um nie dahin zurückzukehren. Die Geschichte der Stuarts hatte ihr vollendetes Gegenbild.

Die Deputirten-Kammer erklärte, ohne Rücksicht auf die bedingte Entsagung Karl's X. und des Herzogs von Angoulême, den Thron factisch und rechtlich für erledigt und ernannte den bisherigen Generalstatthalter zum Könige der Franzosen, der sich als solcher Ludwig Philipp I. nannte. Die Verfassung erlitt einige Modificationen im demokratischen Sinne, aber Vieles wurde in der Eile der Zukunft überlassen, denn die Lenker der siegreichen Partei sahen ein, daß sie möglichst schnell eine feste Gestalt der Regierung herbeiführen mußten, um der Anarchie vorzubeugen. Die Pairs-Kammer, welche weder zur Theilnahme an der Wahl des Königs, noch zur Berathung über die Abänderung der Charte eingeladen worden war, sondern bloß die einfache Anzeige von dem Geschehenen erhalten hatte, nahm alle von der Deputirten-Kammer beschlossenen Veränderungen der Charte an, nur die von jener decretirte Ausschließung der unter Karl X. ernannten Pairs „überließ sie der hohen Einsicht des Reichsverwesers". Am 9. August beschwor Ludwig Philipp vor den versammelten Kammern die veränderte Charte, und am 11. August bestellte er ein neues Ministerium unter dem Vorsitze des Herzogs von Broglie.

---

7. Die Revolutionen in den romanischen Staaten Amerika's und Süd-Europa's.

(Nach G. G. Gervinus, Geschichte des 19. Jahrhunderts, und Friedrich Steger, drei Bücher neuester Geschichte, bearbeitet vom Herausgeber.)

a. Der Abfall des spanischen Amerika.

Das Verhältniß der spanischen Colonieen zum Mutterlande war ein derartiges, daß der bloße Name von Colonieen als wenig passend für dasselbe gelten konnte. Denn sie standen vielmehr als ein unabhängiges Reich nur unter derselben Krone, wie Spanien, hatten

ihre besonderen Gesetze und ihre eigene Regierung in dem sog. Rathe von Indien, in welchem allzeit wohlmeinende, gerechte und mit den amerikanischen Geschäften vertraute Männer saßen. Ja, das Mutterland hatte keineswegs ein besseres Loos, als seine Pflanzlande, und das Regierungssystem brachte Spanien selbst viel größeren Nachtheil, als den Colonieen, die aus einem wilden Naturzustande zu gesellschaftlichem Leben und Selbstgefühle heranwuchsen, während das Mutterland verarmte und zu halber Verwilderung herabsank. Die Beschränkung des Handels zwischen dem Mutterlande und den Colonieen, deren Versorgung von dem Hafen der Stadt Sevilla (seit 1720 von Cadix) ausschließlich betrieben wurde, war unter Karl III. aufgehoben und der Handel mit den Colonieen sieben Haupthäfen Spaniens freigegeben worden, wodurch der Werth des spanischen Handels sich innerhalb 10 Jahren (1778—1788) von 148 Millionen Realen auf 1104 Millionen hob. Mit den Concessionen der Regierung stiegen aber die Forderungen der Colonisten. Dazu kam das Beispiel des Abfalles der Vereinigten Staaten von Nordamerika von ihrem Mutterlande, und daß man bald lernte, auf die Verlegenheiten des Mutterlandes zu speculiren, zwei Umstände, die nachher wesentlich zur Erlangung der Unabhängigkeit beigetragen haben. Auch die plötzliche und gewaltsame Vertreibung der Jesuiten aus allen spanischen Ländern (1767) machte auf das niedere Volk den ungünstigsten Eindruck und beirrte selbst die Unterwürfigsten in ihrem blinden Glauben an die Gerechtigkeit des spanischen Regiments. Da einzelne Aufstände erfolgten, deren Urheber ausdrücklich die Austreibung der Jesuiten zum Vorwande nahmen, so wurden nicht nur Truppen nach Neu-Spanien (Mexiko) geschickt, sondern auch in Venezuela und Neu-Granada Milizen errichtet, in denen alle Freien von 15—45 Jahren dienten und die angesehensten Creolen (in Amerika geborene Spanier) die Officierstellen erhielten. Dies war eine bedeutsame Vorschule für den Befreiungskrieg; denn nun kam ein militärischer Geist in die Colonieen zurück, der seit fast 200 Jahren ausgetilgt war. Auch ward das starke Band zwischen der spanischen Regierung und der Kirche überhaupt in Folge der Jesuiten-Austreibung plötzlich zerrissen, die unbedingte Anhänglichkeit der einflußreichen Geistlichkeit an das Mutterland nahm seit jenem Gewaltschritte ab, und dies war ebenfalls eines der Verhältnisse, die nachher am mächtigsten zur Erreichung der Unabhängigkeit mitgewirkt haben. Zugleich war mit dieser Maßregel die ganze Tradition der Bildung in Amerika zerrissen, die von den Jesuiten begonnene Ausbildung der Indianer gerieth seit dem Verschwinden ihrer Missionen in Verfall, die Studien der Creolen aber nahmen nun eine andere Richtung, der Skepticismus schlich sich ein, und die Missionen der Encyklopädisten verdrängten gleichsam die der Jesuiten und leisteten der Umbildung nicht nur der wissenschaftlichen, sondern auch der politischen Ideen in den höheren Ständen den größten Vorschub, wogegen, wenn die Jesuiten

und ihr Unterrichtsmonopol erhalten worden wären, die Sache der Revolution nicht so bald zur Reife gediehen sein würde. Nun beging Karl III. noch den weiteren Mißgriff, daß er, durch seine bourbonische Verbitterung gegen England, in Frankreichs Gefolge die Revolution in Nordamerika unterstützte, die gerade die beiden Vertreter des Absolutismus sofort mit den furchtbarsten Rückschlägen treffen sollte. Schon erfolgten einzelne unreife Aufstände in den spanischen Colonieen, und wenn diese auch rasch und leicht unterdrückt wurden, so war doch die Idee der Unabhängigkeit nicht mit erstickt, vielmehr drang das Dogma der französischen Republikaner von der natürlichen Gleichheit der Menschen selbst in diese Gesellschaft voller Unterschiede und Kasten, und binnen wenigen Jahren bildete sich bei der schnellen Reifung, die eine Eigenschaft aller Colonisten ist, jene enthusiastische Jugend, die zuerst den Weg vom Reden zum Handeln suchte und es widersinnig fand, daß Länder vom 26fachen Umfange des entfernten Mutterlandes von diesem fortwährend abhängig bleiben sollten, und welche mit eifersüchtiger Scham sahen, daß das ältere spanische Colonieensystem hinter dem jüngern englischen in Nordamerika im Erringen der Unabhängigkeit zurückstehen sollte.

Als die spanische Regierung diese Wirkungen ihrer Reformen mit Schrecken gewahr wurde, suchte sie unter Karl IV. zu spät die erregten Geister wieder zu bannen und machte durch ihre Reactionsversuche die Kluft zwischen Colonieen und Mutterland nur noch weiter. Insbesondere erregte große Unzufriedenheit der Umstand, daß man jetzt die Beamten, selbst zu den niederen und niedrigsten Stellen, welche sonst die Vicekönige und Stadträthe vergeben hatten, in Madrid ernannte und die Stellen möglichst mit Spaniern, und zwar mit solchen zu besetzen suchte, die ihre Aemter zu schmählicher Bereicherung zu mißbrauchen gedachten; bis in die Obergerichte drangen jetzt die nach Gunst und Geld gewählten Leute, die jeder Bestechung zugänglich waren. Die Vicekönige ahmten das von Karl's Minister Godoi gegebene Beispiel nach, jede Stelle, selbst unbesoldete, um namhafte Summen feilzubieten. Das verächtliche Herabsehen der Eingeborenen auf die spanischen Hungerleider, das man bald, in einem plötzlichen Anschwellen des Nationalgefühls, auf alle Europäer übertrug, verbreitete sich schnell wie eine Seuche.

So konnte der Abfall des spanischen Amerika's kein überraschendes Ereigniß sein, und doch war er ungleich schwerer durchzuführen, als der des nördlichen Amerika von England, sowohl wegen des großen Gegensatzes zwischen den gebildeten Vorkämpfern der Freiheit und den indianischen Massen der Bevölkerung, der den Spaniern bis dahin ihre Herrschaft so sehr erleichtert hatte, als weil die Spanier im Besitze alles Einflusses und Ansehens wie aller Aemter noch immer als eine geschlossene und darum überlegene Macht den Colonisten gegenüberstanden. Das verkannten auch die eifrigsten Patrioten

nicht und gedachten deßhalb durch fremden Beistand, der selbst Nordamerika unentbehrlich gewesen war, zu ersetzen, was den spanischen Colonieen an einmüthiger Entschlossenheit in der Bevölkerung fehlte. Insbesondere rechneten sie auf die alte Feindschaft Englands gegen Spanien, die durch den nordamerikanischen Freiheitskrieg nur noch gesteigert worden war. Deßhalb unterhandelte Francisco Miranda aus Caracas schon 1790 mit dem englischen Minister Pitt über einen Aufstandsplan der spanischen Colonieen. Allein seine Hoffnung wurde zuerst getäuscht durch einen neuen Friedensschluß zwischen England und Spanien; dann trug die englische Regierung Bedenken, das revolutionäre System, das man in Europa bekämpfte, in jene Colonieen zu verpflanzen und Nordamerika noch eine so gewaltige demokratische Verstärkung zu geben. Auf diese Weise blieb sie in fortwährender Unschlüssigkeit, bis im Jahre 1808 der Angriff Napoleon's auf Spanien die ganze Stellung Englands zu Spanien von Grund aus änderte und den bisherigen hartnäckigsten Feind der Engländer zu ihrem engsten Bundesgenossen machte. Wenn aber auch jede Aussicht auf äußere Hülfe den Colonisten entschwand, so hatten die Unabhängigkeits-Ideen solche Stärke gewonnen, daß man entschlossen war, auch ohne fremde Mitwirkung, den großen Schlag gegen das Mutterland zu wagen, dessen Kraft des Widerstandes gegen die Ansprüche der Colonieen durch die französische Invasion seit 1808 gelähmt war.

Die günstige Gelegenheit, welche abzuwarten Miranda gerathen hatte, kam im Januar 1810, als die Nachrichten aus Spanien von der Flucht und Auflösung der Centraljunta eintrafen. Die Cortes von Cadix schafften zwar die spanischen Handelsmonopole in Südamerika ab und beschränkten die despotische Macht der Vicekönige, um die Colonieen in ihrer Treue zu erhalten. Die dortigen Spanier aber duldeten nicht, daß diese Vergünstigungen in das Leben treten durften, und darüber brach der Aufstand aus. Caracas erhob sich zuerst am 19. April 1810, am Gründonnerstage. Die spanischen Beamten wurden vertrieben und Junten von Eingebornen gebildet, welche die Frohnden und die Kopfsteuer der Indianer aufhoben und die spanischen Zollgesetze abschafften. Von Caracas zog sich der Aufstand mit gleichem Erfolge nach Neu-Granada. Gleichzeitig, jedoch ohne Verbindung mit Mittelamerika, erhob sich Buenos-Ayres, vertrieb den Vicekönig Cisneros mit den ihm anhängenden Spaniern, errichtete eine selbständige Verwaltung und pflanzte seine Feldzeichen auch in Chile auf. Paraguay, Montevideo, Peru blieben den Spaniern noch treu; der Krieg nahm den grausamsten Charakter an, in Neu-Granada durch Elio, den nachmaligen Würger der spanischen Liberalen, in Buenos-Ayres durch die Gauchos, die halbwilden Hirten der unermeßlichen Ebenen (Pampas). Zu gleicher Zeit brach in den Anden Mexiko's ein furchtbarer Aufruhr aus. Die gedrückten Indianer erhoben sich in Masse mit dem Rufe: „Tod allen Spa-

niern!" und stiegen in einem großen Haufen von 100,000 Bewaffneten in das Thal von Mexiko hinab. Die kleinen Heerhaufen der Spanier wurden bald vertilgt, die Hauptstadt war ohne Vertheidiger, als der Anführer der Insurgenten, Hidalgo, Pfarrer von Dolores, plötzlich den Rückzug antrat. Die Vorstellungen der reichen Creolen, daß ein Sturm auf die Hauptstadt Bildung, Gewerbefleiß und Wohlstand auf lange Zeit vernichten werde, vermochten ihn zu dieser Schonung, die für ihn und die Seinigen verderblich wurde. Denn nun ermannten sich die Spanier, die um ihren Besitz besorgten Creolen vereinigten sich mit ihnen, und Hidalgo's Heer wurde in gräuelvollen Kämpfen vernichtet, er selbst gefangen und hingerichtet. In den wildesten Gebirgen hielten sich einzelne Guerillas, im übrigen Lande war der Aufstand erstickt. — In Mittelamerika gab ein schreckliches Naturereigniß den Spaniern das Uebergewicht wieder. Am 26. März 1812 (einem Gründonnerstage) waren die Einwohner von Caracas zur Feier des Jahrestages der Umwälzung in den Kirchen versammelt, als die Erde in ihren Grundfesten erbebte, entsetzliche Erdstöße die Stadt binnen wenigen Minuten in einen Schutthaufen verwandelten. Ein gleiches Schicksal traf die meisten Städte Venezuela's, der Menschenverlust war schrecklich, in Caracas starb der vierte Theil der Einwohner, eine Truppenabtheilung von 1200 Mann, die eben gegen den Feind auszog, kam nie wieder zum Vorschein. Der Volksglaube erblickte in diesem Naturereignisse eine Züchtigung des Himmels für die Auflehnung gegen die gesetzmäßige Herrschaft und wurde in dieser Anschauung dadurch noch mehr bestärkt, daß ein sonderbares Spiel des Zufalles die von den Spaniern besetzten Gebietstheile verschont ließ. Das Heer ging größtentheils aus einander, die Landschaften ergaben sich den Spaniern, das feste Puerto Cabello öffnete seine Thore ohne Widerstand. Zu Anfang des Jahres 1815 gehorchte Venezuela seinen alten Herren, mit Ausnahme der Steppen am Orinoko, die Paez mit seinen wilden Reitern vertheidigte, und der Insel Margarita. Chile wurde im Winter von 1814 unterworfen, in Mexiko dauerte der Guerillakampf ohne Entscheidung fort, Buenos-Ayres behauptete dagegen seine Unabhängigkeit, Montevideo machte sich 1814 frei, Paraguay entzog sich der Gewalt der Spanier und fiel sogleich unter ein schlimmeres Joch, das der Advokat Dr. Francia als unumschränkter Dictator des Landes ihm aufzuerlegen verstand.

In den Jahren 1815—1817 wogte der Kampf unentschieden hin und her. Beide Parteien schwächte Uneinigkeit. Die Spanier, denen Morillo eine Verstärkung von 10,000 Fußsoldaten und 4000 Reitern zugeführt hatte, theilten sich seit Ferdinand's VII. Rückkehr nach Madrid in die feindseligen Gruppen der Constitutionellen und Absolutisten, die Eingebornen schwächte die gegenseitige Eifersucht der Anführer. So konnte kein Theil die Oberhand gewinnen, doch kamen die Spanier durch eigene Schuld in Nachtheil, vorzüglich durch die Grausamkeit, mit der sie in Venezuela ihre Herrschaft wieder

herstellten. Die äußerste Verzweiflung trieb die Einwohner zu neuen Aufständen, mehrere Siege, welche Paez über Morillo erfocht, eine Niederlage des spanischen Oberfeldherrn auf der Insel Margarita, die Eroberung des reichen spanischen Guyana durch Piar hoben den Muth. Indessen dauerte das Haupthinderniß des Erfolges, die Zwietracht unter den Anführern fort, und es bedurfte neuer Niederlagen, ehe die stolzen Creolen darein willigten, sich ein gemeinsames Oberhaupt zu geben. Sie wählten Simon Bolivar.

Der „Befreier“ (libertador) Südamerika's ist nicht der reine Charakter, als den europäische Lobredner ihn dargestellt haben. Die Fehler seiner Landsleute, Trägheit, Ehrgeiz, Verschlagenheit, waren auch die seinigen, und die Leidenschaftlichkeit der Creolen beherrschte ihn in einem solchen Grade, daß er den Eingebungen der Rachsucht oft nicht widerstand und mehrmals in den schlimmsten Lagen des Vaterlandes statt gegen die Spanier, gegen persönliche Feinde zu Felde zog. Dagegen besaß er alle Eigenschaften des Feldherrn und zeichnete sich durch eine merkwürdige Kunst aus, die Menschen zu gewinnen. Diese Eigenschaften machten ihn zu dem Washington seines Vaterlandes. Eine Verstärkung von 7500 Irländern, Deutschen und Franzosen — in England geworben, die sogenannte Legion — setzte ihn in den Stand, in dem Feldzuge von 1818 Boden zu gewinnen. Er schritt nun zur Constituirung des Staates, berief einen Congreß und legte demselben eine Verfassung vor, die so weise auf die Interessen aller Klassen berechnet war, daß sie für Alle das Band der Einigung wurde. Der eitle Creolenadel ließ sich durch die Errichtung einer ersten Kammer und durch die Einräumung bedeutender Vorrechte gewinnen, der Bürgerstand gefiel sich in der zweiten Kammer, in der gewährten Aussicht auf große Handelsvortheile, die unteren Klassen, die Farbigen und Indianer, erreichten durch Abschaffung der Frohnden und der Sclaverei, was ihnen frommte. Columbia — so nannte sich der neue Staat dem Entdecker Amerika's zu Ehren — wandte nunmehr seine ungetheilten Kräfte gegen die Spanier. Morillo erlitt bei Achagua durch Paez und Bolivar eine Niederlage und mußte sich durch Gegenden zurückziehen, die den Ruin seiner Truppen vollendeten. „Die Gefahren unter den Waffen waren die geringsten,“ sagt er selbst in seinen Denkwürdigkeiten, „allein Wälder und Sümpfe ohne Zahl boten den Soldaten bei jedem Schritte neue lebendige Feinde, welche gegen ihr Leben verschworen schienen. Hier Kaimans und Royas, dort Kariben und Zitteraale, an anderen Orten wilde Thiere, Schlangen und Skorpione, die grausame Schmerzen und oft den Tod verursachen. Die Aufrührer konnten keine nützlicheren Hülfstruppen haben.“ Neu-Granada gewann Bolivar durch die Schlacht an der Brücke von Boyaca (8. August 1819) und schwächte die Spanier dadurch so, daß Morillo einen Waffenstillstand einging, der bis zum Jahre 1821 dauerte. Bolivar brach ihn, indem er zur Eroberung von Maracaibo auszog. Die Feldschlacht bei

Carabobo (24. Juni 1821) entschied für ihn. La Torre, Morillo's Nachfolger, glaubte sich durch Moräste und Berge gedeckt, hatte aber auf seinem rechten Flügel einen steilen Fußpfad übersehen, auf dem die Legion in seinen Rücken vordrang und sein Heer gänzlich sprengte. Columbia war frei, wenn auch die Spanier Puerto Cabello noch bis zum Jahre 1824 vertheidigten.

In den La Plata-Staaten befehligte seit 1815 San Martin mit solchem Erfolge, daß bereits an die Befreiung von Chile und Peru gedacht werden konnte. Zwei Jahre lang machte der bedächtige Feldherr seine Vorbereitungen dazu, indem er aus seinen Gauchos regelmäßige Truppen bildete. Im Jahre 1817 brach er mit diesem „Heer der Anden" auf. Dieser Zug ist der kühnste und gefährlichste, den je ein Heer gemacht hat; der berühmte Marsch Napoleon's über den St. Bernhard läßt sich damit nicht entfernt vergleichen. San Martin mußte sein Heer mit Pferden, Gepäck und Geschütz auf steilen Fußpfaden, durch Schluchten und an Abgründen hinführen, Tage lang in einer Höhe marschiren, welche die des Montblanc übersteigt und das Athmen dergestalt erschwert, daß dem Menschen das Blut aus Mund und Nase dringt, über Gletscher und reißende Gebirgsströme setzen und den fürchterlichen Schneestürmen der Cordilleren trotzen. Er überwand alle diese Schwierigkeiten, obgleich mit dem Verluste eines Fünftheils seiner Mannschaft, und erschien am 28. Januar 1817 in Mariantales jenseits der Anden, den Spaniern so unerwartet, als wäre er vom Himmel gefallen. Der glänzende Sieg von Chacabuco (12. Februar) lieferte ihm Santjago und Valparaiso in die Hände, und im nächsten Jahre entschied das Treffen am Fluß Mappo die Lostrennung Chile's vom Mutterlande. San Martin konnte nach diesen schönen Erfolgen an die Eroberung von Peru denken. Dieses Land zerfällt geographisch in zwei Theile, das Innere und den Küstenstrich, der von dem übrigen Peru durch eine Andenkette abgesondert, sandig und unfruchtbar, jedoch wegen seines blühenden Handels stark bevölkert ist. Diesen letzteren Theil griff San Martin an. Mit wenigen Schiffen, deren Bemannung Engländer und Nordamerikaner bildeten, vernichtete Lord Cochrane die spanische Flotte, warauf San Martin mit Landungstruppen an Bord ging und am 7. September 1820 Pisco einnahm. Ein allgemeiner Aufstand der Peruaner kam ihm zu Hülfe, die Hauptstädte ergaben sich, Lima wurde von den Spaniern freiwillig geräumt. Hier endete San Martin's Glück. Sein Heer verweichlichte in der üppigen Hauptstadt, die Peruaner leisteten keinen Gehorsam, zwischen Landheer und Seemacht brachen Streitigkeiten aus, und so kam es dahin, daß die Hülfe der Columbier in Anspruch genommen werden mußte. Bolivar sagte bereitwillig zu, verlangte aber den Oberbefehl für sich, weßhalb San Martin das Land verließ, in das er erst viel später zurückkehrte, nachdem Peru seine Unabhängigkeit längst erkämpft hatte. Indessen verzögerte sich die Ankunft Bolivar's und seiner Columbier bis zum

Jahre 1823. Die Peruaner waren zu stolz, um ihre Befreiung seiner Hülfe verdanken zu wollen, und mußten erst die empfindlichsten Niederlagen erleiden, ehe sie ihn herbeiriefen. Selbst als er gekommen war (1. September 1823), setzten sie ihre Eifersüchteleien so lange fort, bis der Verlust der Festung Callao, die von den lange ohne Sold gebliebenen Truppen den Spaniern übergeben wurde, sie fast waffenlos machte. Jetzt räumte der Congreß Bolivar die Dictatur ein und stellte ihm Mittel zur Verfügung, den Krieg in das Innere zu tragen. Nach einem gefahrvollen Zuge über die Anden erreichte Bolivar am 1. August 1824 den jenseitigen Abhang des Gebirges und traf am 8. December bei Ayacucho auf die Spanier unter La Serna. Die eisernen Würfel fielen für die Befreiung Peru's. Ein wüthender Bayonnetangriff der Columbier, mit einem Seitenanfall der Reiterei verbunden, sprengte das spanische Heer aus einander. La Serna gerieth in Gefangenschaft, sein Heer schloß einen Vergleich, in dessen Folge es nach Spanien eingeschifft wurde. Ganz Peru fiel den Siegern zu, Callao ausgenommen, wo Rodil so lange sich hielt, bis der größte Theil der Einwohner Hungers gestorben und die Besatzung so geschwächt war, daß den Soldaten die Waffen entfielen. Da ergab er sich. Am 19. Januar 1826 verschwand die spanische Flagge von dem letzten Küstenpunkte der Südsee, wo sie noch geweht hatte.

Nachdem Bolivar als Krieger ein Werk vollendet hatte, das unmöglich geschienen, die Beendigung der spanischen Herrschaft auf dem amerikanischen Continent bis auf wenige verlorene Posten, wollte er nun der Gesetzgeber der neuen Welt werden. Aber mit dem Siege ist er selbst ein anderer geworden. Bis dahin voll Uneigennützigkeit und einsichtiger Fügsamkeit, besteht er nun mit gewaltthätigem Eigensinn auf seiner bolivianischen Verfassung mit Dreikammer-System und lebenslänglicher Präsidentschaft und läßt sich von Gedanken der Herrschsucht bestricken. Er will die drei Reiche Bolivia, Peru und Columbia, also das ganze westliche Südamerika bis auf das kleine Chile, unter seiner Herrschaft vereinigen, die mehr noch der Wahlmonarchie als der Präsidentenschaft gleicht. Schon 1827 fällt Peru, 1828 Bolivia von ihm ab, und zugleich bricht in Columbia, dem Ausgangspunkt seiner Macht, die Unzufriedenheit überall in Aufständen und Complotten aus. Er wird dadurch zur völligen Dictatur, endlich zu monarchischen Plänen fortgetrieben. Nun reißt sich Venezuela 1829 von Columbia und Bolivar los, 1830 unterliegt er in den übrigen Staaten Columbien's, die Gesammtrepublik zerfällt wieder in die einzelnen Staaten und Bolivar, auf dem Punkte aus dem Lande, dem er die Freiheit gegeben, ausgestoßen zu werden, stirbt 12. December 1830.

In Mexiko dauerte der Guerillakrieg der Indianer und Farbigen bis 1817 ohne Entscheidung fort. In diesem Jahre landete der jüngere Mina, voll des kühnen Entschlusses, der Freiheit, die in

Spanien kläglich untergegangen war, auf dem Boden der neuen Welt eine zweite Heimat zu erobern. Ein kühner Zug mitten durch ein feindliches Land führte ihn zu den Guerillas in den Gebirgen; der Aufstand loderte abermals hoch empor — und erlosch eben so schnell wieder. Die Guerillas verließen den tapfern Spanier, der mit seinen wenigen Begleitern erlag und gefangen wurde. Mit seiner Hinrichtung (11. November 1817) schließt der erste Zeitraum des mexikanischen Aufstandes. Die Erhebung der armen Creolen, der Pfarrer, der Farbigen war besiegt, allein nun begann die Empörung der reichen Leute und des Adels. Diese, deren Treue die Herrschaft Ferdinand's VII. allein aufrecht erhalten hatte, erwarteten eine Belohnung ihrer Hingebung und wurden statt dessen von den Spaniern mit dem empörendsten Uebermuthe behandelt. Mit ihnen, und mehr als sie, litt das Land, das schonungslos ausgesogen wurde und für seine nach Spanien wandernden Metallschätze keinen Ersatz erhielt. Die Verschwörung des Adels, welche reißend schnell um sich griff, hatte ihren Mittelpunkt in der Bußgesellschaft des heiligen Philipp von Neri und entzog sich durch die fromme Maske jeder Entdeckung. Der Vicekönig Apodaca war so ganz ohne Argwohn, daß er das Haupt der Verschwörung, Iturbide, mit einem Heer in das Gebirge schickte, wo sich der Guerillaführer Guerrero wieder zeigte. Im Januar 1821 trafen sich die beiden Gegner und verständigten sich im Augenblick. Guerrero stellte seinen Truppen ihren alten Feind mit den Worten vor: „Dieser Mexikaner, den ihr hier gegenwärtig seht, ist der Herr Augustin Iturbide, dessen Degen neun Jahre lang der Sache, die wir vertheidigen, so unheilvoll gewesen ist. Da er heute schwört, die Nationalinteressen zu verfechten, so bin ich der Erste, der sich unter seine Befehle stellt.“ Apodaca war plötzlich ohne Truppen, denn alle Creolen verließen ihn und erklärten sich für die Unabhängigkeit Mexiko's, die Iturbide in einem Manifest, vom Flecken Iguala aus datirt — in dem sogenannten „Ruf von Iguala“, — proclamirt hatte. Am 27. September 1821 hielt er seinen Einzug in die Hauptstadt, wo bald ein Congreß zusammentrat, um die Angelegenheiten zu ordnen. Während aber diese Versammlung berieth, machte der Pöbel der Hauptstadt, von einem Theile des Heeres unterstützt, einen Aufstand und rief Iturbide zum Kaiser aus (18. Mai 1822). Nur ein Jahr hielt sich dieses ephemere Kaiserthum. Noch im December 1822 erhob sich Santa Anna, der Befehlshaber von Veracruz, und es wiederholte sich gegen Iturbide dasselbe Spiel, das er selbst gespielt hatte. Die Generale, welche er gegen Santa Anna schickte, vereinigten sich mit diesem, das Heer fiel ab, und so blieb dem Kaiser nichts übrig, als abzudanken. Ein späterer Versuch, den Thron wieder zu gewinnen, führte ihn auf das Blutgerüste. Durch diese Parteikämpfe begünstigt, behaupteten sich die Spanier in dem Fort von Veracruz San Juan de Ulloa, bis Hunger und Seuchen 1824 sie zur Uebergabe zwangen.

Mit dem Falle von San Juan de Ulloa, Puerto Cabello und Callao hatte die Herrschaft Spaniens ihr Ende erreicht, war die Unabhängigkeit Südamerika's errungen. Indessen gingen die Hoffnungen nicht in Erfüllung, die sich in doppelter Beziehung an die Schilderhebung der Colonieen knüpften. Dieselbe Zwietracht, welche die von Bolivar auf dem Congreß von Panama angestrebte Einigung aller Provinzen hinderte, ließ auch in den einzelnen Staaten keine wahre Freiheit aufkommen. Statt das versunkene Volk zur Bildung heranzuziehen, haderten die intelligenteren Klassen um die Macht und schaarten sich nicht um das Banner des Vaterlandes, sondern um Parteienführer. Nicht weniger wie die Freiheitsfreunde wurden die Kaufleute in ihren auf Südamerika gesetzten Hoffnungen getäuscht. In übertriebenen Erwartungen von den südamerikanischen Reichthümern befangen, hatte der englische Handel Actiengesellschaften für alle möglichen Unternehmungen gestiftet, namentlich viele für Ausbeutung transatlantischer Bergwerke. Fast alle diese Gesellschaften gingen kläglich zu Grunde, und zu spät sah der europäische Kaufmann ein, daß in den Colonieen die beiden Grundbedingungen fehlten, ohne die an kein Aufblühen des Verkehrs zu denken ist: Ordnung und Gesetz. Immer blieb als großes, weltgeschichtliches Resultat der Freiheitskämpfe Südamerika's die Befreiung von der europäischen Herrschaft. Behaupteten sich auch die Engländer, Franzosen und Spanier in mehreren wichtigen Besitzungen jenseits des Oceans, so war doch dem Colonisationssysteme der Todesstoß versetzt, und der Grundsatz der Unabhängigkeit aller Völker hatte einen neuen Sieg erfochten.

b. Die spanische Revolution 1820—1823.

Die Ereignisse in Amerika wirkten ihrerseits bestimmend auf das Mutterland zurück, wie bisher umgekehrt die des Mutterlandes auf die Colonieen; ja, sie brachten dort die Revolution von 1820 zum Ausbruche, die wieder nach Mexiko zurückschlagend die spanische Herrschaft auf dem Festlande Amerika's in ihrem letzten Bollwerke zerstörte.

Der Abscheu gegen den Dienst in Amerika war in dem Spanier, der, in dem Kleinkriege zu Hause, nie gerne über die Grenze seiner Provinz ging, von jeher außerordentlich groß gewesen und hatte sich bei jeder neuen Einschiffung fortwährend gesteigert. Schon waren seit 1811 in neun Jahren 42,000 Mann nach den Colonieen geschickt worden. Wohin waren sie gekommen, daß nun wieder eine größere Ausrüstung als je zu Schiffe gehen sollte? Die Truppen sagten sich es einander, daß sie zur Schlachtbank geführt würden! Fortwährend kamen Verwundete und Kranke nach Cadix zurück und erzählten von den Plagen des Landes, den Gefahren des Klima's, den scheußlichen Barbareien des Krieges; das wirkte immer stärker auf die düsteren Vorstellungen der voreingenommenen Soldaten. Diejenigen, welche

jetzt zur Einschiffung nach Buenos-Ayres bestimmt waren, glaubten, die Regierung wolle sich mehr aus Furcht vor dem Heere ihrer entledigen, als Amerika wieder erobern, was bereits unmöglich geworden schien.

Am Neujahrstage 1820 forderte der Oberst-Lieutenant Riego in der Nähe von Cadix sein Bataillon zur Annahme der Cortes-Verfassung von 1812 auf und mit ihm vereinigte sich der kaum dem Gefängnisse entflohene Oberst Quiroga, der zum Oberbefehlshaber des aufständischen „Nationalheeres" außersehen war; dieser aber versäumte, sich sofort der Stadt und Festung Cadix mit der Marine und all den großen Expeditions-Magazinen zu bemächtigen. Ein Streifzug Riego's durch Andalusien, um die gleichgesinnten Heertheile an sich zu ziehen, enttäuschte ihn bald über die gehoffte Mitwirkung und führte nur zur Auflösung seines kleinen Nationalheeres, dessen Abgeordnete in Cadix vom Volke mit Jubel aufgenommen, aber von dem General Manuel Freire, nach einem schmählichen Blutbade gegen die der Verfassungsfeier harrenden Bürger in Cadix (10. März), eingesperrt wurden.

Doch in dem Augenblicke, wo die Empörung an dem Heerde ihres Entstehens in Andalusien niedergeworfen wurde, war die Verfassung von 1812 in Madrid beschworen worden. Auf die Nachrichten von dem Zuge Riego's durch Andalusien, über welchen die amtliche Zeitung zwei Monate lang nicht ein Wort mittheilte, verbreitete sich die Bewegung gerade in den entferntesten Provinzen, wo man von ihrem Stande am wenigsten wußte, am ersten und ergriff bald auch die Besatzungen im innern Lande, während die große Masse des Volkes ihr Anfangs mit träger Gleichgültigkeit zusah und nur die Mitglieder der geheimen Gesellschaften, die Abgeordneten zu den frühern Cortes, die zahlreichen entlassenen Minister und der mannigfaltige Anhang dieser vielfach verletzten Männer sich einem Aufstande anschlossen, der im Wesentlichen den Charakter einer Soldaten-Empörung trug. Diese Männer knüpfte die gleiche Bildungsstufe und die gleiche Lage mit den Officieren und Militär-Häuptlingen zusammen, einer Klasse, die aus dem Befreiungskriege her von dem größten Selbstgefühl beseelt und in ihren Gefühlen und Interessen am schwersten gekränkt war. Einer dieser Militär-Häuptlinge war Abisbal, der den Oberbefehl des Expeditionsheeres hatte abtreten müssen und seitdem auf Rache sann. Beim Ausbruche der andalusischen Bewegung wiegte er den Hof mit falschen Vorspiegelungen über die eigentliche Stimmung im Heere ein und brachte sich so wieder an die Spitze der Truppen, die gegen die Empörer versammelt wurden; mit diesen rückte er gegen Süden, aber um sich mit den Aufständischen in Andalusien zu vereinigen, statt sie zu bekämpfen. Noch ehe dies möglich, und ohne daß es nöthig ward, hatte die Nachricht von seinem Abfalle den König zur Nachgiebigkeit bewogen, ein Decret vom 7. März verkündete des Königs Entschluß, „da es der allgemeine

Wille des Volkes sei", die (von ihm selbst so schonungslos beseitigte) Verfassung von 1812 zu beschwören, und als er damit zögerte, begab sich der Stadtrath der Hauptstadt in Masse, begleitet von sechs sogenannten „Beauftragten des Volkes", in den Palast, wo der König, unter geheuchelter Freudebezeugung, den verlangten Eid auf die Verfassung ablegte und auf Ersuchen der Anwesenden eine provisorische Junta ernennen mußte, die ihm bis zum Zusammentritt der Cortes zur Seite stehen sollte. Sofort wurden die politischen Gefangenen ihrer Haft entlassen, die Presse frei erklärt, das Heer auf die Verfassung vereidigt, die 1814 hergestellte Inquisition wieder aufgehoben. Die Junta nöthigte den König sogar, sein Ministerium zum größten Theil aus Männern der Cortes von 1812 zu bilden, die aus der Haft der Presidios in Afrika auf den Ministersitz stiegen, dem Könige, der sie früher als Verbrecher bestraft hatte, als unerbittliche Zuchtmeister und Verfassungswächter zur Seite gestellt erschienen und ihm, mit dem Schilde ihrer Verantwortlichkeit gedeckt, die verhaßtesten Gesetze abtrotzten. Kein Wunder, daß der Hof vom Anfang der neuen Ordnung ein Heerd der Gegenverschwörung ward; daher es nicht zufällig war, wenn regelmäßig vor und nach jeder Cortes-Sitzung stets verwegenere Angriffe gegen die neue Ordnung versucht wurden. Der König entzweite sich deßhalb auch mit seinem Ministerium, welches die neue Ordnung sowohl im Innern zu befestigen als nach außen in einem gewissen Ansehen zu erhalten suchte, und ernannte ein zweites Moderado-Ministerium aus so wenig bedeutenden Männern, daß man dasselbe schon von Anfang an als Uebergang zu einem verfassungsfeindlichen bezeichnete. Allein die Hoffnung, daß ihm die damaligen Congresse der Ostmächte (zu Troppau und Laibach) eine baldige Erlösung von der verhaßten Verfassung bringen sollten, ging nicht sofort in Erfüllung, denn eine Invasion in Spanien schien jenen ohne Frankreichs Zustimmung nicht thunlich und zu einer solchen hätte sich die französische Regierung, so lange Richelieu am Ruder war, nicht hergegeben. Vielmehr rieth dieser friedliche Mann zu einer Umbildung der Cortes-Verfassung in eine Art französischer Charte und der König ging scheinbar darauf ein, um des nahen Frankreichs Hülfe zu erhalten, während es ihm doch nur mit der Herstellung des Absolutismus Ernst war. Als aber im März 1822 die Cortes in ihrer ersten Handlung ihr ganzes Parteibekenntniß ablegten, indem sie zu ihrem Präsidenten, so untauglich er war, Riego erwählten, mußte der König jeden Gedanken aufgeben, mit einem reactionären oder auch nur unbedeutenden Ministerium vor dieser Versammlung zu erscheinen und ernannte daher ein drittes Moderado-Ministerium mit Martinez de la Rosa an der Spitze, der durch Bildung und Redegabe, durch Unbescholtenheit, Milde und Wohlwollen des Charakters einer der ersten Männer in Spanien war, aber weniger geeignet, in solchen Zeiten dem Spiele der Ränke und Leidenschaften mit Energie zu begegnen. Der miß-

lungene Versuch einer Gegenrevolution durch einen offenen Angriff der Garden auf die Milizen, der mit der Entwaffnung der Garden endete, führte den Sturz des gemäßigten Ministeriums herbei, das an dem Kampfe ohne Antheil, wie an dem Siege ohne Verdienst geblieben war; der König aber mußte sich den Exaltados in die Arme werfen und bildete aus Freunden Riego's ein neues Ministerium.

Um diese Zeit drängte Fürst Metternich, aus Besorgniß vor neuen Unruhen in Italien, Fürsten und Minister zu dem schon in Laibach verabredeten Congresse in Verona, um die Intervention in Spanien zu beschließen, für welche er den russischen Kaiser Alexander I. bereits gewonnen hatte, während von den beiden westlichen Großmächten die eine (Frankreich) nur halb, die andere (England) gar nicht auf die Interventionspläne einzugehen geneigt war. Allein die französischen Gesandten in Verona, Montmorency und noch mehr sein Nachfolger Chateaubriand, der sich vom russischen Kaiser gewinnen ließ, betrieben ohne und gegen den Willen Villèle's Frankreichs Theilnahme an der Intervention. Ja, nach Chateaubriand's weit aussehenden Plänen sollte die militärische Erstarkung Frankreichs, die der nächste Zweck des Krieges war, nur das Mittel sein, um mit Beseitigung des englischen Einflusses den französischen in Spanien wieder herzustellen, wenn hier die französischen Waffen auf demselben Boden gesiegt hätten, wo Napoleon's Armeen geschlagen worden. Und Chateaubriand sollte sich des Triumphes rühmen, „in sechs Monaten zu vollbringen, was Napoleon nicht in sieben Jahren vermocht", aber dieser Triumph sollte zugleich sein eigener Sturz werden.

Die französische Invasion in Spanien 1823. Das französische Ministerium wurde durch Drohungen royalistischer Kammer-Mitglieder zum Kriege gedrängt, dessen Erfolg um so leichter schien, da Spanien ohne Heer, ohne Flotte, ohne Credit, von England, seinem frühern Bundesgenossen und jetzigen Vermittler, verlassen war. Die spanischen Cortes beschlossen bei diesem Zustande der Vertheidigungsmittel, jede Hauptschlacht zu vermeiden, Madrid Preis zu geben und den Sitz der Regierung nach Sevilla zu verlegen, den eindringenden Feind aber in dem Maße, wie er vorrücke, auf der Seite, in seinen Verbindungen und Zufuhren zu bedrohen, bis der Druck der Invasion das niedere Volk zum Guerillakriege veranlasse. Das französische Heer, 95,000 Mann stark, unter dem Oberbefehle des Herzogs von Angoulême, rückte im April 1823 in Spanien ein. Die Hauptmacht sollte durch einen möglichst raschen Stoß auf den Sitz der Regierung die Befreiung des Königs und dadurch ein schleuniges Ende des Krieges erwirken. Mehr als die Waffen, richtete die Bestechung der Generale aus. Abisbal, der Verräther jeder Sache, welcher als Führer der Reserve die Hauptstadt zu decken hatte, empfing den Preis, den er verlangte; so zogen die Franzosen ohne Widerstand in Madrid ein (23. Mai) und fast ohne Rast weiter gegen Sevilla. Das Exaltados-Ministerium, welches in den Cortes

eine Masse Gegner in Worten, aber zu Handlungen keine Stütze fand, löste sich auf und man drängte dem willenlosen Könige ein neues Ministerium auf, das schon durch seine Zusammensetzung aus allen Parteien den Keim der Auflösung in sich trug. Beim Herannahen der Franzosen flüchteten die Cortes von Sevilla nach Cadix, eine royalistische Verschwörung zur Befreiung des Königes wurde vereitelt und dieser mußte, geleitet von einer Escorte, der sich Riego als Freiwilliger anschloß, sich zur Reise nach Cadix bequemen. Während die Franzosen sich mit ihrer Landmacht in Eilmärschen (100 Stunden in eilf Tagen zurücklegend) Cadix näherten und zugleich eine Flotte vor der Stadt erschien, der die Spanier nur ein Linienschiff und einige Kanonenboote entgegenzustellen hatten, kündigten die spanischen Befehlshaber der abgesonderten Corps im Nordwesten (Morillo) und im Osten (Ballestros) den Cortes den Gehorsam auf und schlossen mit den Franzosen verrätherische Capitulationen ab. Schnell wurden die mangelhaft befestigten Forts, welche Cadix schützen sollten, erstürmt, und gleichzeitig unter den hartnäckigsten Mitgliedern in Regierung und Cortes zwei Millionen vertheilt, „um ihnen die Auswanderung zu erleichtern". Die Cortes genehmigten die Freistellung des Königs und erklärten sich für aufgelöst (28. Sept.). Die Uebergabe von Cadix entschied auch die der übrigen festen Plätze, die noch in spanischen Händen waren; unter den letzten capitulirte Barcelona, wo Mina den Befehl hatte, der allein die Ehre der spanischen Waffen rettete und wenigstens nur eine ehrenvolle Capitulation einging (1. November). — Die Schmeichelei machte den Herzog von Angoulême zu einem großen Heerführer, der die weiße Fahne auf den Säulen des Hercules aufgepflanzt, der in wenigen Monaten einen Krieg in dem Lande beendet habe, wo Ludwig XIV. zehn Jahre mit dem Ruin seiner Finanzen gekämpft, wo Napoleon nach sechs Jahren gescheitert war, weil er die Volksthümlichkeit der Bewegung von 1808, welche die Gefangenschaft des Königs auf französischem Boden zum Grunde hatte, verkannte, während Angoulême die Unvolksthümlichkeit der Bewegung von 1820, die des Königs Gefangenschaft zu Hause zur Folge hatte, scharf durchschaut und auf diese Erkenntniß sein kühnes, aber glückliches Kriegssystem gebaut hätte! Wie aber konnte dem mächtigern Nachbar, der diesmal ganz Europa hinter sich hatte, die hülflose kleine Nation widerstehen, die ohne König, ohne Mittel, ohne Heer und Flotte, ohne Rüstung, ohne Bundesgenossen, ohne Feldherrn war, deren angebliche Retter und Führer treulos das Land verkauften und seine neue Verfassung verriethen?

Die Frucht der Revolution war die Herstellung des Absolutismus mit schärferen Mitteln, aber mit geringeren Erfolgen, als im Jahre 1814. Sobald der König seine Freiheit wieder hatte, war sein erstes Geschäft, ein Decret zu unterzeichnen, welches alle Acte der constitutionellen Regierung für ungültig erklärte, und nun begann eine fast mehr theokratische als absolutische Reaction, die Mahnungen des

Herzogs von Angoulème, der sofort nach Paris zurückkehrte, und des Königs Ludwig XVIII. blieben unbeachtet, denn der Einfluß Frankreichs war bereits durch Rußland ausgestochen, seit der Ankunft des Grafen Pozzo di Borgo als außerordentlichen russischen Gesandten. Wo der König in seinen Zugeständnissen an die Fanatiker nicht weit genug zu gehen schien, obgleich er sich zuletzt (1825) gegen jede Beschränkung seiner Souverainetät durch „Kammern oder ähnliche Einrichtungen" erklärte, da fanden die blutigsten und schroffsten Meinungen eine Stütze an seinem Bruder, dem Thronerben Don Carlos, den die Apostolischen schon jetzt auf den Thron zu erheben gedachten, und der König ließ diesen Anschlägen lange ihren Lauf, um sich mit ihren Wühlereien der Zumuthungen Frankreichs, ein gemäßigtes System zu befolgen, erwehren zu können. Militärisch Sieger, sah Frankreich politisch seine vollständige Niederlage, denn alle Versuche (des Herrn von Chateaubriand), der Wiederkehr jener Zustände vorzubauen, welche die Revolution in Spanien hervorgerufen hatten, blieben vergebens. Und als der König von Spanien mit Frankreichs Hülfe auf seinem absoluten Throne fester saß als zuvor, hob er (29. März 1830) zum Dank das salische Gesetz auf, welches die weibliche Thronfolge ausschließt, und vernichtete so die Rechte, welche dieses Hausgesetz dem französischen Zweige der bourbonischen Familie auf die Nachfolge in Spanien gab. Die Legitimität in Frankreich ließ sich durch ihre Erfolge in Spanien blenden; sie glaubte, „in Spanien Frankreich erobert zu haben", und nachdem sie dort die Verfassung vernichtet habe, auch zu Hause die Charte beseitigen zu können — und sie fiel durch die Juli-Revolution.

c. Die portugiesisch-brasilianische Revolution 1820—1821.

Als gegen Ende des Jahres 1807 ein französisches Heer unter Junot in Portugal einrückte, weil die Regierung sich weigerte, ihrem alten Bundesgenossen, England, die portugiesischen Häfen zu verschließen (s. Bd. III, S. 728), entschloß sich der Prinz-Regent (der nachherige König Johann VI.), nach peinlichem Schwanken, den Sitz des Königthums nach Brasilien zu übertragen — ein Schritt, eben so bedeutungsvoll für die Zukunft Brasiliens, als unheilvoll für das Mutterland. Denn von dem Augenblicke der Uebersiedlung an wandte sich die Sorgfalt der Regierung in dem Maße von Portugal ab, wie sie sich der neuen Heimat Brasilien zuwandte, während England das preisgegebene Mutterland für seine kriegerischen und commerciellen Zwecke ausbeutete (im Jahre 1811 stellte das kleine Portugal 335,000 Mann an Soldaten, Milizen und Landsturm). Schon im Januar 1808 öffnete ein königlicher Beschluß von Bahia aus die bisher allem fremden Handel verschlossenen Häfen Brasiliens, auf Betreiben der Schutzmacht, allen befreundeten Nationen, wodurch Portugal nicht nur die Zölle (1 Mill. Pfund) verlor, sondern auch

viele Portugiesen, die bisher ganz von dem ausschließlichen Handel nach Brasilien gelebt hatten, zu Grunde gerichtet wurden; im Jahre 1810 aber wußte England durch zwei Handelsverträge mit Brasilien das kaum vom portugiesischen Monopole befreite Land unter sein eigenes zu bringen und auch für die Einfuhr englischer Waaren in Portugal einen sehr mäßigen Zoll zu bedingen. Alle Stipulationen dieser Verträge rücken die rohe Selbstsucht, mit der England seinen engsten Verbündeten auszusaugen strebte, noch nicht so sehr ins volle Licht, wie die Auslegungen und Ausführungen, welche ihnen unter dem Drucke des englischen Einflusses gegeben wurden.

Bei der Flucht des Hofes war in Portugal eine Regentschaft an die Spitze der Verwaltung gestellt worden, in welcher der englische Militär-Chef und der englische Gesandte Sitz und Stimme hatten. Nach Herstellung des Friedens war der Oberbefehl in der portugiesischen Armee dem Lord Beresford geblieben, dessen unsinnige Ueberspannung der Kräfte eines so verarmten Landes zu militärischen Zwecken, dessen Bevorzugung der Engländer bei den Officierstellen, dessen strenge und gewaltsame Disciplin gegen die Eingebornen eine allgemeine Unzufriedenheit hervorrief, die sich vom Heere aus über alle Klassen der Bevölkerung verbreitete. Da der Prinz-Regent, der nach dem Tode seiner geistesschwachen Mutter Maria († 1816), ihr als König Johann VI.*) gefolgt war, anstatt nach hergestelltem Frieden nach Europa zurückzukehren, wie er bei seiner Flucht versprochen, den vornehmsten Adel und die reichsten Kaufleute Portugals einlud, mit ihrem Vermögen nach Brasilien überzusiedeln, so erhielt die Unzufriedenheit einen neuen Stachel, die, wie in Spanien, so hier schon früher, im Heere zum Ausbruche kam. Als die brasilianische Regierung zu einem Kriege gegen die Banda oriental (Uruguay) Truppen aus Portugal verlangte, weigerten sich mehrere Regimenter, sich nach Amerika einzuschiffen (1817), doch wurde diese Verschwörung, der es an einem bestimmten Zwecke und einem festen Plane der Ausführung fehlte, mit blutiger Strenge unterdrückt. In den nächsten zwei Jahren stieg das Elend aufs höchste, so daß

---

*) Johann VI., † 1826.

Kinder Johanns VI.:
- Pedro IV. (I.), † 1834.
  - Maria II., † 1858, vermählt mit 1) August v. Leuchtenberg, 2) Ferdinand von Sachsen-Coburg.
    - Pedro V., † 1861. verm. mit Stephanie von Hohenzollern-Sigmaringen († 1859).
    - Ludwig, König seit 1861, Gem. Pia, Tochter des Königs Victor Emanuel II. von Italien.
      - Karl. Alphons.
    - Anna, Antonia, August.
  - Pedro II., Kaiser von Brasilien.
- Therese, Witwe von Don Carlos.
- Maria, Regentin (1826—28).
- Miguel, König v. Portugal (1828—1833).
  - Miguel.

Lord Beresford beim Ausbruche der spanischen Revolution sich zu einer (zweiten) Reise nach Rio Janeiro entschloß und dort Alles aufbot, daß dem Heere der rückständige Sold ausbezahlt würde. Erst fünf Monate nach seiner Abreise erneuerte sich der Militär-Aufstand, zuerst in Porto, dann in Lissabon. In beiden Städten übernahm eine Junta die Regierungsgewalt im Namen des Königs bis zum Zusammentritt der Cortes; beide Junten vereinigten sich zu einer Körperschaft, die Wahlen der Cortes wurden nach Anweisung der spanischen Verfassung (von 1812) vorgenommen und die Gewählten sollten eine neue Verfassung auf den Grundlagen der spanischen entwerfen. Inzwischen traf vom Könige aus Rio die Billigung dieses Schrittes, eine Amnestie für die Empörer und die unerwartete Zusage seiner Heimkehr nach Europa ein.

Ein so unverhofftes Versprechen und die noch überraschendere Ausführung desselben war die Folge einer Revolution in Brasilien. Dieses Colonialland hatte schon unter Pombal's kräftiger Verwaltung einen wesentlichen Aufschwung genommen durch die Abschaffung der Sclaverei der Eingebornen, die er in Gemeinden sammelte und selbst zu Ehrenstellen beförderte, durch Anlage von Ackerbau-Colonieen, Begünstigung von Handels-Gesellschaften u. s. w. Einen ungleich stärkeren und rascheren Umschwung in allen Verhältnissen bewirkte die Ankunft des Hofes in Rio 1808; eine Reihe von obersten Behörden wurde neu geschaffen, die erste (!) Druckerei und eine Zeitung gegründet, ein Theater eröffnet, eine Bank errichtet, Straßen (die wenigstens für Maulthiere gangbar waren) angelegt, selbst Kunst-Akademieen eingerichtet, obgleich noch Volksschulen und die ersten Elemente des Handwerks fehlten. Aber die leichtsinnige Verschwendung des Hofes, welche, trotz der mitgebrachten Schätze (200 Mill. Francs), bald verschiedene directe und indirecte Steuern nöthig machte, die Bevorzugung nicht nur der eingewanderten Portugiesen, sondern auch der Engländer, erzeugten eine solche Mißstimmung der Einheimischen, daß sich schon 1814 in der auf Rio eifersüchtigen Stadt Pernambuco ein Geheimbund bildete zu dem Zwecke, eine republikanische Regierung herzustellen. Der Aufstand kam erst 1817 zum Ausbruche, als die Regierung sich in Krieg mit der Banda oriental einließ und das Land von Truppen entblößte, wurde aber mit leichter Mühe unterdrückt. Als nun im Jahre 1821 die Revolution in Portugal ihren Siegeszug auch über das Meer fortsetzte, wurde in Para und Bahia die künftige portugiesische Verfassung proclamirt und zuletzt ergriff die Bewegung auch die Hauptstadt; der Kronprinz Dom Pedro selbst stellte sich an die Spitze derselben, leistete den Eid auf die von den verbrüderten brasilischen und portugiesischen Truppen verlangte (noch nicht vorhandene) Verfassung für sich und seinen eingeschüchterten Vater, den das freudetrunkene Volk von seinem Landsitze im Triumphe in die Stadt zog und auf den Händen die Schloßtreppe hinauftrug. Der alte Mann, der fast

vor Angst starb, erklärte nun, daß er nebst seiner Familie nach Portugal zurückkehren wolle, mit Hinterlassung Dom Pedro's, der bis zur Einführung der Verfassung an der Spitze der Regierung von Brasilien bleiben sollte. So war Brasilien das einzige Gebiet in Amerika, wo bei der großen Abtrennung des Welttheiles von Europa die monarchische Verfassung und die europäische Dynastie (das Haus Braganza) bestehen blieb, während in den spanischen Colonieen bei der Abwesenheit der königlichen Macht die republikanische Ordnung siegte.

Als nun die Cortes in Lissabon die Aufhebung aller der Centralbehörden in Rio beschlossen, deren Bildung seit 1808 das frühere Colonial-Verhältniß Brasiliens beseitigt hatte, offenbar in der Absicht, das Land wieder zu einer portugiesischen Colonie herabzudrücken, und als ein königliches Decret Dom Pedro nach Portugal zurückberief, da wurde dieser von allen Parteien, welche Brasilien nicht den Republikanern (die in Pernambuco schon eine provisorische Regierung gebildet hatten) anheim fallen lassen wollten, gedrängt, in Amerika zu bleiben und so, wenn nicht seinem Vater, doch sich die Krone von Brasilien zu bewahren. Am 13. August 1822 erklärte er die völlige Unabhängigkeit und Trennung Brasiliens vom Mutterlande; an seinem Geburtstage (12. October) rief ihn der Stadtrath von Rio zum Kaiser aus. Schon (am 5. Juni) hatte er eine verfassung- und gesetzgebende Versammlung berufen, um eine Constitution für Brasilien auf der Grundlage der Volks-Souverainetät zu entwerfen, die am 3. Mai 1823 eröffnet, aber wegen des radicalen Geistes, der in ihr herrschte, bereits am 12. November gewaltsam auseinander getrieben wurde.

Dieser reißende Gang von widerstandslosen Erfolgen wäre nicht möglich gewesen, wären nicht in Portugal die Cortes und die Revolution in den Untergang der Verfassungsherrschaft in Spanien mit gerissen worden. Dieses geschah durch eine von der Königin und ihrem jüngern Sohne Dom Miguel betriebene Gegen-Revolution („Regeneration"), welcher letztere bestimmt war, unter der Regentschaft seiner Mutter, seinen schwachen Vater Johann VI. zu ersetzen, gerade wie in Spanien die Apostolischen dem Könige seinen Bruder Don Carlos unterschieben wollten. So standen sich, wie in Spanien, in schroffem Zwiespalte zwei Regierungen gegenüber: die eine des Königs ostensibel, aber schwach und furchtsam, die andere geheim, aber stark und durch ihre Erfolge kühn. Doch die englische und französische Diplomatie verhinderten es, daß der König dem Complote der Königin erlag, vielmehr mußte der Prinz das Land verlassen und begab sich über Frankreich nach Wien.

Das Verhältniß Portugals zu Brasilien ward (August 1825) so geordnet, daß König Johann VI. Brasiliens Unabhängigkeit anerkannte und „aus freiem Willen" der Oberherrschaft zu Gunsten seines Sohnes entsagte. Ueber die Erbfolge Dom Pedro's war noch

nichts festgesetzt (vielleicht um noch immer eine Aussicht auf die Wiedervereinigung mit Brasilien zu lassen), als Johann VI. starb (10. März 1826). Vier Tage vor seinem Tode hatte er seine dritte Tochter, die Infantin Isabella Maria, die den Ränken ihrer Mutter und ihres jüngern Bruders fremd geblieben war, an die Spitze einer Regentschaft gestellt, bis der gesetzliche Erbe der Krone seine Befehle werde gegeben haben. Nach dem Wunsche der königlichen Familie, nach den Erwartungen Brasiliens verzichtete Dom Pedro auf den portugiesischen Thron, unter vorläufiger Beibehaltung der von seinem Vater eingesetzten Regentschaft, zu Gunsten seiner siebenjährigen Tochter Maria da Gloria, die sich künftig mit ihrem Oheim Dom Miguel vermählen sollte.

d. Die neunmonatliche Revolution in Neapel 1820—1821.

Dem Ausbruche der portugiesischen Bewegung war der Umsturz der bestehenden Ordnung in Neapel schon vorausgegangen. Nicht oft hat ein Land einen grellern Wechsel der Schicksale erfahren, als Neapel unter der Regierung Ferdinand's IV. (reg. 1759—1825), der, zweimal durch die Franzosen vertrieben (1798 und 1806), nach der Flucht Murat's noch einmal (Juni 1815) zurückkehrte und sich nun Ferdinand I., König beider Sicilien, nannte. Im Gegensatze zu der früheren Restauration (seit Juni 1799), die, besonders unter dem Einflusse der Königin Caroline, der Schwester der hingerichteten Königin Marie Antoinette, eine Zeit gräßlicher Rache war und das Land um die Blüthe seiner Bürger, Gelehrten und Krieger brachte, hatte die zweite Restauration (nach dem 1814 erfolgten Tode der Königin Caroline) mehr als irgendwo sonst in Italien die französischen Einrichtungen geschont; doch verstand die Regierung weder das Heer für sich zu gewinnen, indem sie die sicilischen Truppen vor den neapolitanischen (Muratisten) bevorzugte, noch dem über alle Provinzen ausgebreiteten Räuberwesen zu steuern, ja, sie schloß mit einzelnen Bandenführern Verträge, um deren Schaaren im Dienste und Solde des Staates gegen „die öffentlichen Uebelthäter" zu verwenden. Diese verächtliche Schwäche der Regierung machte die Selbsthülfe unerläßlich und als Mittel dazu diente die Verbindung der Carbonari, welche von den Unterrichteten immer als ein Schößling der Freimaurerei angesehen worden ist, nur daß sie ihre Symbole und ihr Ritual statt von der Maurerei, von der Köhlerei nahm; aber darin glich sie wieder den Maurern, daß sie der Kirche gegenüber die Grundsätze der Aufklärung, dem Staate gegenüber die Grundsätze der Freiheit vertrat. Diese friedliche Verbindung, welche bis zur Herstellung der Bourbonen im Wesentlichen gegen die Fremdherrschaft gerichtet, dann aber gleichsam eingeschlummert war, erwachte 1817 zunächst als Gegensatz zu den Räuberverbindungen in den Provinzen. Aber noch war die Carbonarie der Furcht vor

den Räuberbanden nicht erledigt, als schon (1817) die politischen Bestrebungen in ihrem Schooße wieder begannen, die namentlich auf Erringung einer Verfassung gerichtet waren.

Sobald nun das Gelingen der spanischen Revolution bekannt ward, steigerte sich der Zudrang in die Verbindung außerordentlich und das Verlangen nach einer Verfassung war allgemein. Nachdem schon in Avellino die spanische Verfassung, welche freilich fast von Niemand gekannt und nicht einmal in einer Uebersetzung vorhanden war, welche aber damals für die Quelle aller politischen Glückseligkeit galt, proclamirt worden (2. Juli 1820), wurde der König in der Hauptstadt durch einen unblutigen Aufstand, unter Leitung des (ehemals Muratistischen) General Wilhelm Pepe so eingeschüchtert, daß er die Cortesverfassung bewilligte (6. Juli) und zur Bürgschaft für die Einführung derselben Pepe zum Generalissimus des ganzen Heeres erhob. Schnell verbreitete sich die Bewegung auch nach Sicilien und war hier, namentlich in Palermo, von blutigen Scenen des Bürgerkrieges, der Pöbelherrschaft und des rohesten Unfuges begleitet, indem die Bevölkerung wie in einem Athem nach Herstellung der alten Unabhängigkeit und zugleich nach der spanischen Verfassung rief, die früher für beide Reiche war verkündet worden. Die Giunta von Palermo sandte eine Deputation nach Neapel, um ein getrenntes Parlament und einen Bund beider Staaten unter einem Könige und einer Verfassung zu verlangen. Diese Forderungen wurden im Vertrauen auf den Zwiespalt in der sicilianischen Bevölkerung und auf die alte Eifersucht der größeren Städte gegen Palermo zurückgewiesen und Florestan Pepe, der Bruder des Generalissimus Wilhelm Pepe, nach Palermo gesandt, um die Stadt zu unterwerfen, was auch gelang durch den Verrath des 80jährigen Fürsten Paterno, der sich als Haupt der Giunta zum Abschluß eines Friedens ermächtigen ließ und dem Pepe den Einzug in die Hauptstadt eröffnete. Die Giunta wurde aufgelöst und die Wahlen in das Parlament von Neapel ausgeschrieben, aber nur die Beamten wählten und die Gewählten nahmen ihr Mandat nicht an.

Die österreichische Intervention. Sobald die Wirkungen der spanischen Revolution sich nach außen zeigten, nahm Fürst Metternich die Zügel der Gegenrevolution in die Hand, und da die neapolitanische Bewegung Oesterreich in unmittelbarer Nähe berührte, so kündigte er den italienischen Fürsten den Willen seines Kaisers an, die bestehende Ordnung nicht nur im österreichischen, sondern auch im übrigen Italien zu beschützen. Er verpönte den Eintritt in die hochverrätherische Verbindung der Carbonari bei Todesstrafe, unterdrückte die patriotische Gesellschaft in Mailand, welche in ihrem romantischen Organe, dem „Conciliatore", bei scheinbar gefahrlosem Inhalte der Wiedergeburt Italiens vorzuarbeiten strebte, und ließ von den Mitarbeitern derselben den jungen Silvio Pellico, dessen „Francesca von Rimini" das populärste Drama seit Alfieri war, in

S. Margherita einsperren. Zu einer kriegerischen Intervention in Neapel wünschte er aber vorher die Zustimmung der übrigen Großmächte und veranlaßte deßhalb einen Fürsten-Congreß, der, dem in Polen anwesenden russischen Kaiser zu Gefallen, in Troppau, im österreichischen Schlesien, eröffnet, aber bald nach Laibach verlegt wurde, um dem Könige von Neapel die persönliche Theilnahme zu erleichtern. Der König, welcher zufolge der Verfassung nur mit Genehmigung des Parlamentes seine Staaten verlassen durfte, erhielt diese erst, nachdem er versprochen hatte, in Laibach die spanische Verfassung zu vertreten. In seiner Abwesenheit entfernte sich das Parlament durch fernere Abänderungen der Verfassung noch weiter vom monarchischen Princip und arbeitete so Metternich geradezu in die Hand, der nichts mehr fürchtete, als daß das Parlament durch Annahme einer gemäßigten Charte sich die Vermittlung Frankreichs und Englands gewinnen möchte. England, welches der heiligen Allianz kein Schiedsrichteramt in den Verhältnissen der Staaten Europa's zugestehen wollte, hielt sich neutral, und Frankreich, obgleich es galt, die Interessen der bourbonischen Dynastie zu vertreten, ließ sich durch Englands Beispiel bestimmen, sich diesmal noch nicht (wie später gegen Spanien) an den Schritten der Ostmächte zu betheiligen. So wurde denn ohne Schwierigkeit eine Uebereinkunft unterzeichnet (2. Februar 1821), welche dem Könige von Neapel ein österreichisches Heer unter General Frimont zur Verfügung stellte, das schon drei Tage später den Po überschritt. Auf diese Nachricht entbrannte in Neapel für einen Augenblick der stolzeste Kriegseifer, das Parlament verwarf die Anträge des Congresses und stellte, nach der Vorschrift der Verfassung, den Kronprinzen als Regenten an die Spitze des Heeres, um den feindlichen Einfall der Fremden aufs äußerste zu bekämpfen. Doch fehlte es an allen Mitteln zum Kriege und der Regent lähmte insgeheim deren Beschaffung. Dazu beging man zu den vielen geschehenen Thorheiten die sinnloseste von allen: man theilte, gegenüber dem geschlossenen Heere der Oesterreicher von 43,000 alten Soldaten, die halb so große, aller Zucht entbehrende neapolitanische Armee in zwei Theile, unter zwei von einander unabhängigen und noch dazu verfeindeten Generalen (W. Pepe und Carrascosa), wovon das eine die Abruzzen besetzen, das andere den Liris (bei S. Germano) bewachen sollte. Pepe wurde beim ersten Zusammentreffen mit den Oesterreichern (bei Rieti) geschlagen und kehrte nach Neapel zurück, worauf auch das andere Corps sich hinter den Volturno zurückzog. Nach dieser schnellen Wendung der Dinge bat das Parlament den Kronprinzen um Vermittlung bei seinem Vater, der schon in Florenz war, löste sich dann unter Verwahrung gegen die verletzten Volksrechte auf und am 24. März rückten die österreichischen Truppen in Neapel ein. Die Regierung hatte die Nachricht von der inzwischen (10. März) ausgebrochenen Revolution in Piemont so lange verhehlt, bis die Capitu-

lation mit dem österreichischen Heere abgeschlossen war, denn jene würde den Carbonari neuen Muth und der Revolution einen neuen Aufschwung gegeben haben. Stachelte diese Nachricht doch jetzt selbst noch, als sie nach Messina kam, den dortigen Commandanten Rossaroli, die Fahne des Aufstandes zu erheben und die Republik in Sicilien zu proclamiren. Doch eine Landung, die er in Calabrien versuchte, ward vereitelt und Messina verschloß ihm nun die Thore; er mußte, gleich W. Pepe und andern Compromittirten, nach Spanien flüchten. Ferdinand I. kam am 15. Mai wieder in Neapel an, Sicilien erhielt eine getrennte Verwaltung unter einem besondern Statthalter, das neapolitanische Heer ward aufgelöst und das österreichische Heer sollte drei Jahre im Königreiche bleiben, um Alles in Schranken zu halten, ein Theil desselben ging nach Sicilien hinüber, wo die Nationalgarden ebenfalls entwaffnet wurden.

e. Die dreißigtägige Revolution in Piemont 1821.

Als die österreichische Armee nach Mittel- und Unteritalien zog, glaubten auch die Liberalen in Piemont, der rechte Augenblick zur Erkämpfung der Einheit und Selbständigkeit Italiens sei gekommen, indem man die Oesterreicher zum Rückzuge zwinge oder einschließe; auf den Widerstand der Neapolitaner, den Beifall der Lombarden, der Venetianer, der Marken und Legationen glaubte man rechnen zu dürfen. Die jungen verschwörenden Officiere ersahen sich zu ihrem Führer den Prinzen Karl Albert von Carignan, aus der jüngern savoyischen Linie, welcher, bei der Kinderlosigkeit des Königs Victor Emanuel und seines Bruders Karl Felix (des Herzogs von Genevois), der voraussichtliche Thronerbe war und später (1831) wirklich König von Sardinien wurde. Diesen hielten sie für einen Gesinnungsgenossen und sahen in ihm das natürliche Werkzeug zur Wiedergeburt Piemonts, die dann zur Wiedergeburt Italiens führen sollte. Auch lehnte er die Anträge der Verschwornen nicht ab, um ihre Pläne zu erfahren, warnte aber den König und die Minister. Während die turiner Verschwornen mißtrauisch wurden und den Ausbruch des Aufstandes verschoben, proclamirten Graf Palma in Alessandria und Graf Lisio in Pignerol, beide an der Spitze eines Regiments, die spanische Constitution (10. März), drei Tage später (13. März) pflanzte auch die Citadelle von Turin die dreifarbige italienische Fahne auf. In dieser Bedrängniß griff König Victor Emanuel zu dem Auskunftsmittel, welches in diesem Hause eine Art Familien-Ueberlieferung ist: er dankte zu Gunsten seines Bruders **Karl Felix** (reg. 1821—1831) ab, welcher ganz der österreichischen Partei ergeben und damals in Modena, also außerhalb der Gewalt der Aufständischen, war. Der Prinz von Carignan war bis zur Ankunft des neuen Königs zum Regenten ernannt worden. Dieser letztere ward durch Volks-Tumulte zur Bewilligung und Be-

schwörung der spanischen Constitution genöthigt, als aber die Häupter des Aufstandes ihn zur Kriegserklärung gegen Oesterreich drängten, entfloh er nach Novara zum Grafen de la Torre, dem der neue König die Anführung des anti-revolutionären Heeres übertragen hatte, und erklärte von da aus die Niederlegung seiner Regentschaft. Sobald sich nun die Nachricht von dem Unterliegen der Revolution in Neapel und von dem Zusammenziehen eines österreichischen Heeres am Tessino verbreitete, entsank den Truppen der Bewegungspartei alles Vertrauen, und als sie die Oesterreicher in Verbindung mit den Königlichen unter de la Torre auf ihrer rechten Flanke erscheinen sahen, war kein Muth einzelner Führer im Stande, der plötzlichen Auflösung des Revolutionsheeres Einhalt zu thun. De la Torre hielt einen friedlichen Einzug in Turin (10. April) und die wichtigsten Festungen Piemonts blieben von den Oesterreichern besetzt bis zum Herbste 1823. Die meisten der compromittirten Führer zerstreuten sich in alle Welt und suchten zum Theil in Spanien und Griechenland in neuen Kämpfen ihre Kräfte für ihre Grundsätze zu verwenden.

---

8. Aufstand und Wiedergeburt Griechenlands.

(Nach Chr. Aug. Brandis, Mittheilungen über Griechenland, L. Wachler, Vorbereitung und Ausbruch des Aufstandes der Griechen, in Fr. v. Raumer's historischem Taschenbuche, und Heinr. Thiersch Griechenlands Schicksale, bearbeitet vom Herausgeber.)

Seit die Türken Griechenland unterjocht hatten, erwähnt die Geschichte des unglücklichen Landes fast nur, um Befreiungsversuche, ihren unheilvollen Ausgang und ihre schrecklichen Folgen zu verzeichnen. Fremder Hülfe bedürftig, waren die schmählich Unterdrückten immer von Neuem bereit, das Opfer täuschender Versprechungen zu werden. Während die Einen ihren Blick fortwährend auf das glaubensverwandte Rußland gerichtet hatten, wendeten ihn Andere seit dem Ende des 18. Jahrhunderts dem alle Völker zur Freiheit aufrufenden Frankreich zu, und die Regierungen beider Staaten versäumten nicht, die ihnen entgegenkommenden Hoffnungen mittelbar oder unmittelbar durch Verheißungen zu nähren. Rhigas aus Pherä (Velestinos) in Thessalien begrüßte in Napoleon Bonaparte eine neu aufgehende Freiheitssonne und verband sich in Wien mit gleichgesinnten Freunden, um unter den Auspicien des jungen Helden sein griechisches Vaterland vom türkischen Joche zu befreien. Nachdem er (1796) fast alle Griechen in Wien für seine Pläne begeistert hatte, wendete er mit mehreren seiner Genossen sich nach Triest, um dem-

nächst in Venedig mit Bonaparte persönlich zu verhandeln. Sein Plan ward der österreichischen Regierung verrathen, die Rhigas gleich nach seiner Ankunft in Triest verhaften (1798), nach Wien abführen und mit fünf seiner Verbündeten dem Pascha von Belgrad ausliefern ließ. Er starb mit den Worten: „Die Saat habe ich ausgesäet, und die Zeit muß kommen, da mein Volk die süße Frucht ernten wird!" Seine Worte sind wahr geworden; und schwerlich hätte er, auch wenn nicht verrathen, mehr als die Saat ausstreuen können. Rhigas' Kriegslieder sind zunächst diese Saat gewesen; eine größere Kraft der Begeisterung kann den Gesängen des Tyrtäus nicht eingewohnt haben.

Wie oft und schmerzlich Griechenland in seinen Hoffnungen sich auch getäuscht sah, entsagen konnte es ihnen nicht. Während des Wiener Congresses (1814) bildete sich ein Verein der Philomusen oder die attische Gesellschaft, unter deren bald zu 80,000 vermehrten Mitgliedern Graf Kapo d'Istrias als vorzüglich wirksam zu nennen ist und sehr viele Fürsten und Große Europa's, wie auch mehrere Fanarioten und reiche Griechen aufgeführt werden; er bezweckte Veredelung des nur zu lange vernachlässigten griechischen Volkes durch christliche Aufklärung und gesellschaftlich sittliche Bildung vermittelst besserer Unterrichtsanstalten, erweckten Gewerbfleißes und ermunterter bürgerlicher Thätigkeit; die Vereinskasse war in München; auf dem Siegel des Bundes war eine Nachteule und Chiron, der Heldenerzieher, einen Knaben auf dem Rücken tragend, sinnreich abgebildet. Die Theilnahme an diesem Vereine verbreitete sich schnell über ganz Griechenland, wo ähnliche Verbindungen altherkömmlich waren. Drei Griechen von dunkler Abkunft in Constantinopel, Skouphas, Xanthos und der Archimandrit Dikéos, kühn, gewandt und nicht ohne Geist und Erfahrung, Ruhm und Macht erstrebend, stifteten die auf Herbeiführung eines allgemeinen Aufstandes gegen die Türken berechnete Hetairie, welche sie als den Hauptverein und als die Mutter der jeder Aufregung bürgerlicher Unruhen fremden Philomusen geltend zu machen wußten. Diese Umgestaltung einer rein menschenfreundlichen Verbindung zu einem politischen Bunde wurde durch die gereizte Stimmung des Volkes begünstigt. Aus allen Ständen ließen sich Viele in die geheime Gesellschaft aufnehmen und schwuren in einer Kapelle, knieend vor dem Bilde des Auferstandenen, einem Priester den feierlichen Eid der Treue und Beharrlichkeit, des Stillschweigens und des unbedingten Gehorsams gegen die Befehle der Oberen; sie verpflichteten sich, ihr Leben, Vermögen und ihre Kräfte dem Gemeinwohle des Vaterlandes zu widmen. Die drei Bundeshäupter kamen (gegen Ende des Jahres 1815) überein, durch Abgeordnete mit unbeschränkten Vollmachten für das Wohl des Vaterlandes im Auslande zu wirken. Galatis aus Ithaka, glühend von Vaterlandsliebe und scharfsinnig, aber wenig behutsam, wurde (1816) nach Rußland geschickt, gewann in Odessa einige der angesehensten

Kaufleute, zog aber in Petersburg die Aufmerksamkeit der Polizei auf sich und wurde mit zweien seiner Freunde gefänglich eingezogen, jedoch nach dem an den Kaiser erstatteten Berichte entlassen und großmüthig beschenkt. Er fuhr unermüdet fort, in der Moldau, Walachei und Siebenbürgen für den Bund zu werben. Die Zahl der Eingeweihten hatte sich inzwischen unglaublich vermehrt; sie belief sich allein in Constantinopel auf 17,000. Zur leichtern Uebersicht und Verwaltung des Bundes wurden (1818) Ephorien mit eigenen Kassen und ausgedehnten Vollmachten in den Provinzen errichtet, welche mit der in Constantinopel einen regelmäßigen Briefwechsel unterhalten sollten; auch wurde die Nothwendigkeit anerkannt, ein gemeinsames Haupt für den Bund zu suchen. Die Vorsteher vereinigten sich auf Xanthos' Antrag dahin, daß er selbst in Petersburg versuchen solle, entweder Kapo d'Istrias oder Alexander Ypsilantis für diese Stelle zu gewinnen. Der Erstere verwarf den Antrag mit Unwillen; Ypsilantis ließ sich durch die Gefahren, von denen er sein geliebtes Vaterland bedroht sah, bestimmen, den Oberbefehl des griechischen Heeres, welches erst geschaffen werden sollte, anzunehmen und als Haupt des Volksaufstandes sein irdisches und bürgerliches Dasein einzusetzen.

Das fürstliche Geschlecht der Ypsilantis, von den Komnenen abstammend, stand durch Reichthum, hohe Geistesbildung und erfolgreiche Thätigkeit, nicht weniger durch die Mißhandlungen und Leiden, welche türkischer Despotismus über dasselbe verhängt hatte, in allgemeiner Achtung; Alexander's Großvater, zweimal Hospodar der Walachei, wurde als 81jähriger Greis zu Tode gemartert; sein Vater Konstantin, Hospodar der Moldau und späterhin der Walachei, ein Mann von seltener Einsicht und ausgebreiteter Gelehrsamkeit, auch als Schriftsteller berühmt, mußte (1806), um sein Leben zu retten, nach Rußland entweichen und starb (1816) in Kiew. Von fünf Söhnen Konstantin's war Alexander (geb. 1791) der Erstgeborene; er trat (1809) als Officier bei der Leibwache zu Pferde in russische Dienste, zeichnete sich (1812) in dem Feldzuge gegen die Franzosen durch Tapferkeit und Geistesgegenwart aus, und eben so bei dem Angriffe auf Dresden (27. August 1813), wo er die rechte Hand verlor; er wurde (1814) zum Obersten und (1817) zum Generalmajor ernannt. Nie vergaß er seines ihm über Alles theuern Vaterlandes und Volkes und hoffte mit Zuversicht auf die Erlösung desselben aus unwürdiger Knechtschaft; abgebrochene Aeußerungen des Kaisers Alexander und Vertröstungen wegen des künftigen Schicksals Griechenlands scheint seine für das Vaterland stets geschäftige Phantasie allzu günstig gedeutet zu haben. Er trat mit Jakob Rizo, Minister des Hospodars der Moldau, Michael Souzo, in Briefwechsel und gewann den Letztern für sein Vorhaben. Dazu kam Ali Pascha von Janina, der den Plan des Großherrn Mahmud, alle mächtige Lehnsherren zu unterdrücken und zu berauben, längst

durchschaut und sich dagegen zu sichern gewußt hatte; geächtet von der Pforte, erklärte er (23. März 1820), daß er Griechenland vom türkischen Joche befreien wolle. Von allen Seiten erfolgten Zusicherungen starker bewaffneter Aufgebote zum Kampfe gegen die Türken; die Walachei, die Moldau, Bulgarien schienen dem Bunde ganz ergeben zu sein; den Ausschlag gab die Meldung aus Constantinopel, daß die Polizei die Hetairie ahnde und zu verfolgen beginne; um das bedrohte Leben vieler Tausend Brüder zu retten, entschloß sich Alexander Ypsilantis zum Aufbruche und Angriffe.

Der Aufstand der Donaufürstenthümer 1821. Alexander Ypsilantis verließ Kischenef, wohin er sich unter dem Vorwande einer Badereise begeben hatte, hielt am 6. März Abends seinen Einzug in Jassy und erließ am folgenden Morgen einen begeisternden Aufruf an die Hellenen, ihr Joch abzuwerfen, ihr Vaterland und ihren Glauben zu rächen. Sehr viele Freiwillige strömten herbei zur begeisterten Theilnahme am Kampfe fürs Vaterland, und der Hospodar Michael Souzo gewährte alle Unterstützung an Geld, Waffen, Pferden und anderen Bedürfnissen. Ypsilantis eilte (12. März) nach der Walachei, wo nach dem Tode des Hospodars Alexander Souzo (20. Januar 1821) die Hetairisten mit nicht geringer bewaffneter Macht in vollem Aufstande waren. Begleitet von wenigen Waffengenossen, errichtete Ypsilantis aus den sich um ihn sammelnden griechischen Jünglingen die heilige Schaar und zog mit ihnen nach Buchareſt, um den Oberbefehl des dort versammelten Heeres zu übernehmen. Es erwarteten ihn Unordnung, bösartige Umtriebe und schändlicher Verrath; er litt Mangel an allen Lebens- und Kriegsbedürfnissen, sah sich genöthigt, seine gesammte Thätigkeit auf Vertheidigungsmaßregeln zu beschränken, und vermochte nicht einmal, unter den verschiedenen Abtheilungen seiner Kriegsmacht die erforderliche Verbindung zu unterhalten. Auf Befehl der Pforte rückten (gegen Ende April) die Paschas von Silistria und Ibraila mit starker Macht ins Feld, um die Insurgenten zu unterdrücken. Ihr Weg war mit Blut bezeichnet; an den Bäumen der Heerstraßen wurden viele Kinder an den Beinen aufgehängt, eine Menge Bauern an Pfählen gespießt und Tausende von Unschuldigen ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht niedergemetzelt. Die Moldau war vor der Ankunft der Türken schon sittlich besiegt, und Jeder dachte nur auf eigene Rettung. Kaiser Alexander hatte die Handlungsweise Ypsilantis' ohne allen Vorbehalt gemißbilligt, und dieser wurde unter Androhung der härtesten Ahndung aufgefordert, sich sofort zu seinem Regimente zu begeben. Unter so ungünstigen Vorbedeutungen begann der Kampf. Athanasios mit einem Haufen von 200 Mann unterlag (13. Mai) bei Galacz der Uebermacht von 5000 Türken und zog sich auf eine Halbinsel des Pruth zurück. Mit 480 Waffenbrüdern verschanzte er sich, zum Aeußersten entschlossen, schlug in 8 Stunden vier Stürme ab und richtete eine große Niederlage unter 8000

Türken an; bei wiederholten Angriffen rettete sich die Mehrzahl der Griechen, durch den Pruth schwimmend, auf das russische Ufer; Athanasios und 50 Gleichgesinnte beharrten heldenmüthig im Kampfe und opferten ihr Leben dem Vaterlande. Die Russen, auf dem jenseitigen Ufer in Schlachtlinie aufgestellt, waren Zeugen der beispiellosen Tapferkeit und staunten.

Gleich schnell und schauderhaft entschied sich der kurze Kampf in der Walachei. Zwietracht, Verwirrung und Meuterei zerrütteten das Heer der Griechen, zusammengesetzt aus den fremdartigsten Bestandtheilen; die heilige Schaar, treu ihrem Eide und sich würdig des großartigsten Todes erweisend, wurde (19. Juni) aufgerieben. Das Heer war bald aufgelöst; alle Versuche, es zu sammeln, scheiterten; Ypsilantis, begleitet von seinen Brüdern Georg und Nicolaus und einigen Waffengenossen, rettete sich (20. Juni) nach Siebenbürgen. Als Revolutionär wurde er (2 Jahre) in Munkatsch, dann (4½ J.) in Theresienstadt gefangen gehalten; im August 1827 erhielt er auf russische Verwendung die Freiheit unter der Bedingung, in den österreichischen Staaten zu verbleiben, und starb (31. Januar 1828), 36 Jahre alt, in Wien an der Wassersucht. Bei vielem Geiste, bei liebenswürdigen Eigenschaften eines edlen Gemüthes, bei männlicher Gesinnung und immer gleicher Tapferkeit, fehlte ihm die Gewalt eines starken Willens, welcher erfordert wird, um in der Zeit des beginnenden Kampfes und einer neuen Entwicklung der gestörten gesellschaftlichen Ordnung mit Erfolg zu wirken.

Als die Nachricht von diesem Aufstande nach Constantinopel kam, ergrimmte der Großherr Mahmud zur wildesten Wuth und brütete über die blutigsten Rachepläne. Es wurde von der Regierung Mäßigung geheuchelt, Amnestie verkündigt für Alle, welche zu ihrer Pflicht zurückkehren würden, die Griechen entwaffnet. Nun erst erging der großherrliche Befehl an die Gläubigen, sich zur Vertheidigung der Religion zu erheben; Mord der Ungläubigen wurde im ganzen Reiche verordnet: das Morden begann (15. April), und der thierischen Rohheit der unbändigen türkischen Milizen wurde freier Spielraum gegeben. Der durch Tugenden und Verdienste um Staat und Kirche ehrwürdige 74jährige Patriarch Gregorios wurde beschuldigt, die Entweichung oder Rettung des Fürsten Morousi begünstigt oder nicht verhütet zu haben, und an einem vor seiner Wohnung aufgerichteten Galgen aufgeknüpft; drei Tage nachher schleiften Juden seinen Leichnam ins Meer; ein griechisches Fahrzeug fand ihn auf und brachte ihn nach Odessa, wo dem Märtyrer eine glänzende Todtenfeier gehalten wurde. Die Kunde von diesen Schändlichkeiten und frevelhaften Gewaltthaten fachte überall in Griechenland das unauslöschliche Feuer der Verzweiflung an.

Der Kampf in Morea 1821—1823. Während im Norden Ali Pascha von Janina sich mit Hülfe der Sulioten 18 Monate lang im Castell seiner Hauptstadt hielt, bis er sich (20. Januar

1822) ergab und sogleich enthauptet wurde, seine Bundesgenossen, die Sulioten, aber ihre Heimat aufs hartnäckigste vertheidigten und erst nach Erschöpfung aller Vorräthe (2. September 1822) nach Korfu und von da heimlich und vereinzelt nach Mesolongi übersiedelten, um an den ferneren Kämpfen für das gemeinschaftliche griechische Vaterland Theil zu nehmen, — brach auf dem Festlande des eigentlichen Griechenlands der Kampf zunächst im Süden, auf der Halbinsel Morea, aus. Am 22. März drangen Mavromichális, Th. Kolokotrónis, Nikitas, Anagnostarás u. A. mit bewaffneten und unbewaffneten Haufen in Kalamáta ein, und am 23. ergaben sich die Türken. Mit den türkischen Waffen ward ein Theil der unbewaffneten Schaaren bewehrt und am 24. die Eröffnung des Freiheitskampfes durch ein feierliches Hochamt am Ufer des Flusses geweiht. Wie ein elektrischer Schlag verbreitete sich die Nachricht von dem in Kalamáta eröffneten Kampfe durch alle Theile Morea's; von allen Seiten flohen die Osmanen Tripolitza, der Hauptstadt Morea's, und den übrigen festen Plätzen zu; überall rüsteten griechische Krieger sich zu deren Belagerung; zu Anfang April waren fast alle Festen Morea's eingeschlossen.

Th. Kolokotrónis tritt immer entschiedener an die Spitze der Unternehmungen. Aus altberühmtem Klephtengeschlecht hatte er schon früh den Befehl über eine zahlreiche und verwegene Bande geführt; nachher genöthigt, Morea zu verlassen, auf den jonischen Inseln in den verschiedenen Griechen-Corps, zuletzt unter General Church gedient. Sein kräftiger Wille, sein rascher Entschluß, sein Vertrauen zu sich und seinem Stern, seine gebietende Persönlichkeit befestigten das Vertrauen, welches bereits sein Name eingeflößt hatte; sein alter Freund Anagnostarás, sein tapferer Neffe Nikitas und die wenigen Anderen, die gleich ihm auf den jonischen Inseln den regelmäßigen Kriegsdienst gelernt hatten, ordneten sich ihm willig unter.

Als die durch einige Erfolge ermuthigten Griechen sich Tripolitza näherten, ließen die Osmanen durch gefangene Bischöfe und Primaten ihnen Amnestie anbieten, und als der Vorschlag mit Hohn erwidert ward, verlangten die Belagerten freien Abzug für sich und ihre Habe, Lebensmittel und Schiffe. Petróbei Mavromichális, Th. Kolokotrónis u. e. A. sollen für die Bewilligung der Capitulation die ungeheure Summe von 20 Millionen römischer Thaler verlangt haben, eine Summe, von der die Türken in baarem Gelde kaum den hundertsten Theil herbeizuschaffen im Stande gewesen wären. So ward erfolglos vom 7. bis 21. September unterhandelt. Eine kleine Abtheilung griechischer Krieger hatte die Unachtsamkeit der türkischen Wachen benutzt und beim Thore von Nauplia die Mauer kühn erstiegen. Hunderte von Griechen drangen in das gesprengte Thor ein und bemächtigten sich der nahegelegenen Gassen. Am Abend waren die Türken fast aus allen Häusern, in denen sie sich

verschanzt hatten, vertrieben oder in ihnen niedergemetzelt. Angeblich oder wirklich durch fortdauernden Uebermuth gereizt, tödteten die Griechen ohne Erbarmen Männer, Weiber und Kinder. Auch von den vor der Einnahme der Stadt entkommenen Türken kamen bei weitem die meisten um; fast 2000 sollen in einem Hohlwege des Gebirges Mänalio erwürgt, in der Stadt gegen 8000 ermordet worden sein. Noch ehe die zur Verstärkung und Verproviantirung der in Morea belagerten Festungen ausgesandte türkische Flotte erschien (29. August), hatte auch Navarin capituliren müssen (7. August), und die Einwohner der blühenden Stadt Làla in Elis, welche für die tapfersten moreotischen Türken galten, hatten ihre Stadt verlassen, um sich nach Patras zurückzuziehen; die Stadt ward von den Griechen zerstört. Dagegen hielten sich die Festungen Modon und Koron und bildeten später günstige Anhaltspunkte für Ibrahim Pascha's Unternehmungen. Auf der Ostküste Morea's erhielt die Besatzung von Monemvasia (Napoli di Malvasia) und die des starken Nauplia gegen Auslieferung der Waffen freien Abzug (nach Asien). Im Norden Morea's hatten die Türken in Korinth ihre Stadt verlassen und sich in ihre hohe Burg, Akrokorinth, zurückgezogen, wo sie von Hunger bedrängt und ohne Hoffnung auf Ersatz (Ende Januar 1822) capitulirten, der Rest der Besatzung, gegen 600, soll auf der Ueberfahrt nach Asien das Opfer eines furchtbaren Sturmes geworden sein. Doch wurde Korinth von den Türken (Dramali Pascha) wieder gewonnen, von den Griechen zum zweiten Male belagert und durch Vertrag wiedererlangt (Akrokorinth erst am 19. October 1823). Dagegen behauptete sich im Norden Patras, theils durch die Zufuhren der türkischen Flotte (wie Modon und Koron), theils durch die Uneinigkeit zwischen der griechischen Regierung und den Capitäns der einzelnen Eparchien; ein Theil der griechischen Belagerungstruppen ward in das östliche Rumelien geschickt; Kolokotrónis hob die Belagerung auf, zum Theil, um bei der Uebergabe von Nauplia, die damals nahe bevorzustehen schien, gegenwärtig zu sein.

Die Inseln. Auf die drei Felseilande: Hydra, Spezzä und Psara, die, bei einer Volksmenge von kaum 33,000 Einwohnern, gegen 200 größere und viele kleinere Kauffahrer besaßen, waren von Anfang an vorzugsweise die Augen der Hetairie gerichtet. Weniger zwar wie irgend ein anderer Theil Griechenlands empfanden sie den Druck des türkischen Joches: nur 8—900 Seeleute hatten sie zu stellen und auf ihre Kosten zu unterhalten; dem Kapudan Pascha (Groß-Admiral) die Entscheidung über schwerere Verbrechen zu überlassen; von allen übrigen Lasten und von anderen Einmischungen der Pforte waren sie frei. Aber auch diese Abhängigkeit wollten sie nicht länger ertragen, und haben ihren ganzen Wohlstand daran gesetzt, dem freien Griechenland anzugehören. Bewaffnete griechische Schiffe durchkreuzten das Meer von den Dardanellen bis nach Kreta und Kypros, — in diesen ersten Monaten selten ohne

mehr oder weniger reiche Beute zurückzubringen. Als aber eine osmanische Flotte zur Unterjochung Morea's und der Inseln in Constantinopel ausgerüstet ward, segelten die vereinigten Geschwader der drei Inseln, ungefähr 38 Schiffe, ihr entgegen und nöthigten sie, nach Constantinopel zurückzusegeln. Die zum zweiten Male von Constantinopel aussegelnde Flotte zurückzutreiben, gelang dem von Hydra anlangenden Geschwader nicht. Eine dritte Unternehmung der vereinigten Geschwader — dieses Mal über 90 Segel stark — (zu Anfang Juli) war gegen die Türken in Klein-Asien gerichtet, die nach Samos überzugehen sich gerüstet hatten; 9 Transportschiffe wurden verbrannt, und diese Insel, welche die Angriffe der feindlichen Kriegsschiffe aufs nachdrücklichste abgeschlagen hatte, gegen ähnliche feindliche Ueberfälle gesichert.

Die Keime der Unabhängigkeit, die auf den griechischen Inseln längs der asiatischen Küste sich entfalteten, wurden durch das gräßliche Blutbad von Chios erstickt. Samos hatte sich bereits früher erhoben und war im März 1822 im Stande, 3000 Mann nach Chios zu senden, wo Manche ihrer harrten, um die Waffen gegen die Türken zu ergreifen. Die überwiegende Mehrzahl der Chioten hielt es für vermessen und frevelhaft, mit unzulänglichen Kräften einen ungleichen Kampf zu wagen, während 50 Primaten, unter ihnen der Erzbischof Platon, als Geisel in der Gewalt der Türken auf dem Castell sich befanden und eine große Flotte zum Auslaufen in den Dardanellen bereit lag. Der Erfolg rechtfertigte nur zu sehr ihre Befürchtungen. Kaum 20 Tage, nachdem die Samier gelandet, warf die türkische Flotte im Hafen der Stadt Anker (in den letzten Tagen des März 1822), und gleichzeitig ward ein türkisches Heer von dem an der asiatischen Küste gelegenen Tschesme nach Chios übergesetzt. Die Samier zogen sich nach ihrer Insel zurück, und die Chioten, die nicht glücklich genug waren, vorher zu entkommen oder von einigen längs der Küste kreuzenden griechischen Fahrzeugen aufgenommen zu werden, blieben der Wuth eines blutdürstigen Feindes Preis gegeben, der kein Mittel scheute, die in die Gebirge Geflüchteten in seine Gewalt zu bekommen, auch nicht das einer im Namen des Sultans verheißenen, von den Consuln der europäischen Mächte gewährleisteten und dennoch schamlos gebrochenen Amnestie. Fast die ganze männliche Bevölkerung fiel unter dem Schwerte der Türken, Frauen und Kinder wurden nach Klein-Asien und Aegypten geschickt, um als Sklaven verkauft zu werden, in wenigen Tagen sollen 20,000 Personen umgekommen und 45,000 fortgeschleppt worden sein. Die herrliche Insel wurde durch Zerstörung der Wein- und Oelpflanzungen in eine Wüste verwandelt. Diese Greuelscenen in Chios vernahm die ganze gebildete Welt mit dem Gefühle der Entrüstung und sie haben dem Befreiungskriege viele damals noch schwankende Herzen zugewendet. Auch mußte der Kapudan Pascha Kara-Ali sehr bald seine grausame Wortbrüchigkeit büßen. Zu spät zur

Rettung angelangt, sann das vereinigte Geschwader, 56 Segel unter dem Befehle der Nauarchen Miaúlis aus Hydra, Apostólis aus Psara und Andrutzos aus Spetzä, auf Rache. Noch während die türkische Flotte im Hafen von Chios vor Anker lag, zündete Konstantin Kanáris mit seinem psariotischen Brander das Admiralschiff an (6. Juni), auf dem die höheren See-Officiere zur Feier des Bairam sich vereinigt fanden. Nur Wenige entkamen den Flammen.

Die Kämpfe in Mittel-Griechenland 1821—1822. Während im östlichen Mittel-Griechenland Athen, nach 14monatlicher Belagerung der Akropolis, wohin die Türken sich zurückgezogen hatten, durch Capitulation den Griechen in die Hände gefallen war, und die Einfälle türkischer Schaaren in Lokris, Phokis, Böotien zurückgeschlagen worden, ward das westliche Livadien, d. h. das alte Akarnanien, der Hauptschauplatz hartnäckiger und blutiger Kämpfe. Glorreich, wenngleich nicht sieggekrönt war der Zug, den Alex. Mavrokordatos, um den in ihrem Vaterlande eng eingeschlossenen Sulioten zu Hülfe zu kommen, im Juni mit den taktischen (d. h. nach europäischer Art eingeübten) Truppen und Philhellenen unter dem (früher württembergischen) General Normann, mit einer Abtheilung Sulioten und anderer Epiroten unter Markos Bótzaris und mit einer bedeutenden Anzahl Akarnanier und Aetolier unter dem albanesischen Häuptlinge Gogos Bakulas u. e. A. gegen Arta unternahm. Den 16. Juli bei Peta, kaum 1 Meile von Arta, von einer überlegenen feindlichen Macht (gegen 9000 bis 10,000 Mann) Morgens früh angegriffen, durften die Truppen unter General Normann sich bereits des Sieges versichert halten, als Gogos verrätherisch die Flucht ergriff und nun der Feind die von ihm verlassene Stellung im Rücken der Taktiker einnahm. Bald darauf mußten auch die übrigen leichten griechischen Truppen, ihres Anhalts entblößt, weichen. Die Taktiker, von allen Seiten durch die Türken eingeschlossen, bahnten sich zum größten Theile mit dem Schwerte den Weg durch die gedrängten Haufen der Feinde; die Philhellenen und eine kleine Abtheilung der übrigen Taktiker, gegen 150 Mann, bildeten ein Viereck und vertheidigten sich noch zwei Stunden lang, bis fast alle gefallen waren. Die übrig geblieben — gegen 400 Mann waren gefallen — zogen sich nach Mesolongi zurück, wo später General Normann in Folge der bei Peta erhaltenen Wunde starb. Nach der Schlacht bei Peta brach Omer Brioni Bey mit einem Heere von mehr als 10,000 Mann größtentheils auserlesener albanesischer Truppen nach Mesolongi auf. Mavrokordatos, der die große Wichtigkeit dieses Bollwerkes des westlichen Griechenlands zu schätzen wußte, vertheidigte dasselbe mit der äußersten Anstrengung durch wenige Hunderte, unter denen Markos Bótzaris und mehrere ausgezeichnete Philhellenen waren. Bótzaris wußte den Pascha durch geschickte Unterhandlungen hinzuhalten, bis ein griechisches Geschwader von 7 Schiffen und 3000 Mann Landtruppen zu Hülfe erschien; die

Kriegsschiffe der Türken, welche die Stadt von der Seeseite einschlossen, ergriffen aufs eiligste die Flucht, worauf die Festung reichliche Zufuhr aus Morea und den jonischen Inseln erhielt. Nach langem Zögern hatten die Pascha's sich endlich entschlossen, die Einnahme durch Sturm zu versuchen und die Nacht der von den Griechen so hoch gefeierten Weihnachten dazu festgesetzt. Aber bei Zeiten durch Einen, dem auch im türkischen Lager noch griechisches Blut durch die Adern rann, davon benachrichtigt, empfingen die Belagerten den Feind so nachdrücklich, daß er am folgenden Tage seine der Stadt nächsten Trancheen verließ.

Die Constituirung neuer Behörden. Nach zweijährigem Kampfe war es den Griechen gelungen, die bei Ausbruch desselben im Lande sich findenden Türken zu vernichten, die nachrückenden Heere großentheils aufzureiben, mehrere feindliche Flotten stark beschädigt zurückzuschlagen, alle festen Plätze bis auf Koron, Modon, Patras zu erobern, Mesolongi aufs glänzendste gegen einen an Zahl mehr als zehnmal überlegenen Feind zu vertheidigen. Es war ihnen gelungen durch nie gebeugten oder vielmehr immer wiederum mit erhöhter Gewalt gegen den Druck aufspringenden Muth und durch sichtbare Gunst einer höheren Fügung, die ihre Feinde mit Blindheit und Verzweiflung schlug, ihnen selber aber immer von neuem Mittel und Wege zeigte, Versäumtes nachzuholen, die Folgen begangener Fehler abzuwenden. Es galt nun das Errungene zu erhalten und zu sichern.

Schon bald nach dem Ausbruche der Bewegungen fühlte man das Bedürfniß ordnender Behörden. Am 21. Mai 1821 versammelten sich die Primaten verschiedener, keineswegs aller, Eparchien des Peloponnes in einem Kloster bei Tripolitza und wählten eine Central-Behörde für ganz Morea, unter dem Namen Gerusia (Senat), bestehend aus dem einflußreichen Bischof von Vresthéni als Präsident und vier Primaten aus verschiedenen Eparchien. Demetrius Ypsilantis aber nahm für seinen Bruder Alexander und in dessen Namen für sich die Obergewalt in Anspruch und in Folge dieser Zwistigkeiten wurde erst am Ende des Jahres (27. December) die Gerusia für Morea und die drei Inseln Hydra, Spetzä und Psara neu organisirt. Dieser entsprechend bildeten sich in Rumelien zwei Behörden, die eine für das westliche (Mittel-) Griechenland, d. h. für Akarnanien und Aetolien, die andere für das östliche, und zwar für Thessalien, Lokris, Phokis, Böotien und Attika.

Nun fehlte nur noch der Schlußstein des neuen politischen Gebäudes, die Central-Behörde für das befreite Griechenland. Sie einzusetzen, ward eine National-Versammlung nach Argos berufen, und gegen Ende November 1821 trafen nach und nach die dazu Bevollmächtigten aus den vier verschiedenen Theilen des Landes ein; denn die drei Inseln Hydra, Spetzä und Psara hatten sich noch keiner jener drei Gemeinschaften angeschlossen. Bevor noch die Versamm-

lung vollzählig war, beschloß man auf Mavrokordatos' Vorschlag, von dem geräuschvollen und mit Lebensmitteln nicht hinlänglich versehenen Argos nach Epidauros oder vielmehr Piáda, 1½ deutsche Meile nordwestlich vom alten Epidauros, überzugehen, vorzüglich wohl, um dem Einflusse der zur Belagerung von Nauplia versammelten Bewaffneten und ihrer Kapitäne sich zu entziehen. Den 20. December ward die National-Versammlung eröffnet, in vier Klassen getheilt (zu den Deputirten Morea's, des westlichen und östlichen Festlandes kamen die der drei Inseln), ein aus diesen vier Klassen gewählter Ausschuß zur Ausarbeitung eines Verfassungs-Entwurfes niedergesetzt, und der Entwurf bereits am 1. Januar 1822 angenommen und bestätigt. Zwischen zwei obersten Behörden soll die Staatsgewalt so getheilt werden, daß der berathende Körper nicht ohne Zustimmung des aus fünf Mitgliedern bestehenden vollziehenden Gesetze erlassen, dieser ohne Zustimmung jenes weder Verträge abschließen, noch Anleihen contrahiren oder Staatseigenthum verpfänden soll. Die Ernennung von acht Staats-Secretären und den ihnen untergeordneten Beamten, die Leitung der Land- und Seemacht steht dem vollziehenden Körper zu. Alexander Mavrokordatos hatte die Versammlung geleitet und ward zum Vorsitzer der vollziehenden Behörde gewählt. Ypsilantis erhielt, nachdem er den Vorsitz der Gerusia Morea's abgelehnt, im berathenden Körper den Vorsitz. So war denn nun das Gerüste eines Staatsgebäudes aufgeführt, das, gehörig ausgebaut, den Bedürfnissen der nächsten Jahre ganz wohl hätte genügen können. Zunächst nahm die Regierung ihren Sitz in dem kurz zuvor eroberten Korinth.

Leider begannen alsbald Spaltungen der mannichfachsten Art, hauptsächlich zwischen der Partei der sog. Politiker (Mavrokordatos, Kolettis u. s. w.) und der der militärischen Häuptlinge, Kapitanis genannt (Kolokotrónis, Nikitas u. s. w.), jene Partei hieß auch die der Aristokraten, die andere die der Demokraten. Dieser innere Hader ergriff selbst die beiden obersten Gewalten: die ausübende Gewalt suchte im Interesse der Primaten die Macht der Hauptleute zu beschränken; ein Theil der berathenden Gewalt war letztern geneigt. Die auf der National-Versammlung zu Epidauros angenommene Verfassung wurde (zu Astros) einer Revision unterzogen, an welcher auch Abgeordnete des übrigen Thessalien, der Cycladen und Sporaden, von Aegina, Salamis und Kreta Theil nahmen.

Ibrahim Pascha's Einfall in Morea 1824—1825. Wenden wir uns von den unseligen Parteiwirren dem Befreiungskampfe wiederum zu. Nachdem Mesolongi die Angriffe Omer Vrioni's abgeschlagen hatte, rüstete der Pascha von Skodra oder Skutari an der Grenze von Dalmatien, bald darauf auch Omer Vrioni in Epirus neue zahlreiche Heere, und eine stark bemannte Flotte bedrohte die Küsten und Inseln. Omer Vrioni rückte über Arta, der Pascha von Skodra durch das Achelousthal vor. Da faßte Markos Bötza-

ris den kühnen Entschluß, mit einem kleinen Häuflein der Heeresabtheilung des Letzteren entgegenzuziehen, und nachdem er einige Schaaren der ätolischen Bergbewohner an sich gezogen, als der Feind im engen Thale von Karpenitzi gelagert war, Nachts ins Lager einzubrechen: eine der schönsten Waffenthaten des Krieges, zu theuer bezahlt mit dem Leben des jungen Helden (21. August 1823). Omer Brioni vereinigte sich mit Mustai Pascha. Sie rückten gegen Anatolikò vor und nachdem sie anderthalb Monate lang die kleine Inselstadt vergeblich belagert, durch Ausfälle aus Anatolikò und Mesolongi, durch Mangel und Herbstregen großen Verlust erlitten hatten, mußten sie nach dem Norden zurückkehren. Erst in den Jahren 1824 und 1825 erhielt der durch den inneren Parteihader ermattete Krieg wieder eine größere Ausdehnung und Bedeutung. Längst war Mehmed Ali, Pascha von Aegypten, von der Pforte dringend aufgefordert worden, Morea wieder zu erobern und hatte seit Anfang des Jahres 1824 ernstlich gerüstet, auch Kreta sich unterworfen. Fast gleichzeitig war der Kapudan Chosreph Pascha aus den Dardanellen, in der zweiten Hälfte des Juni 1824, mit 200 Segeln und 14,000 Mann Landungstruppen ausgelaufen, hatte die kleine, nur durch Küstenbatterieen vertheidigte Insel Psara angegriffen, die Stadt in Brand gesteckt, geplündert und nachdem die tapfere Besatzung des Klosters St. Nikolaos sich selber zugleich mit Tausenden der Belagerer in die Luft gesprengt, die Einwohner und die auf der Insel angesiedelten Flüchtlinge von Chios und andern Inseln, so weit sie auf den griechischen Schiffen nicht Rettung gefunden, ermorden oder einfangen, hundert größere und kleinere Fahrzeuge theils verbrennen, theils abführen lassen. Die übrig gebliebenen Psarioten fanden in Aegina Zuflucht. Nach zehn Tagen bemächtigte sich Miaulis mit 1000 Seeleuten der Ruinen der Stadt, hieb einen großen Theil der zurückgelassenen türkischen Besatzung von 1600 Mann nieder, vernichtete oder eroberte 23 feindliche Fahrzeuge und führte, da er sich in der verpesteten Luft der Insel nicht halten konnte, 30 Kanonen fort. Da kehrte der Kapudan Pascha zurück, verschüttete den Hafen und verwandelte die Insel in eine Einöde.

Ibrahim Pascha, der Adoptivsohn Mehmed Ali's, war inzwischen mit 54 Kriegsschiffen und einer großen Anzahl von Transportschiffen, 16,000 Mann Landtruppen und 150 Stück Feld- und Belagerungsgeschütz aus dem Hafen von Alexandrien ausgelaufen und ging Mitte August bei Budrùm (Halikarnassos), gegen Kos über, vor Anker. Der ungeheuren vereinigten Flotte wagte Miaulis mit 70 kleinen Segeln sich entgegenzustellen. Nach mehreren unentschiedenen Gefechten gelang es den Griechen, die Fregatte des tunesischen Admirals durch einen Brander in die Luft zu sprengen. Morea noch im Herbst anzugreifen, hielt Ibrahim Pascha, von den kleinen griechischen Schiffen stets umschwärmt, für mißlich. Gegen Ende October ging er mit seinem Heere, das durch Fieber und Ausreißen sehr zu-

sammengeschmolzen war, nach Kreta unter Segel. Miaulis, der mit großer Mühe 45 Segel vereinigt hatte, griff wiederholt die ägyptische Flotte an, bei der eine Anzahl Schiffe des Kapudan Pascha zurückgeblieben war, — mehrere Male ohne bedeutenden Erfolg, bis es den 2. November gelang, die feindliche Flotte zu zerstreuen und viele kleinere Schiffe zu nehmen. Erst nachdem die griechischen Schiffe durch die überhandnehmenden Stürme genöthigt waren, nach ihren Inseln zurückzusegeln, erreichte Ibrahim Ende November Suda.

So hatten die Griechen den schmerzlichen Verlust von Psara durch die Tapferkeit ihrer Seeleute bitter gerächt. Nur ihrer ungeheuren Uebermacht und der vermessenen Sorglosigkeit der Psarioten hatten die Türken ihre Erfolge zu verdanken; die Griechen die ihrigen einer Ausdauer, einem Muthe, einer Gewandtheit, wie sie glänzender in der Geschichte des Seekrieges schwerlich irgendwo sich finden möchte.

Aber zum Unheil von Griechenland standen zwei Männer von großer Beharrlichkeit und Thatkraft an der Spitze der feindlichen gegen sie gerüsteten Streitmassen: Reschid Pascha und Ibrahim Pascha; auch der Kapudan Pascha zeigte in Fortsetzung der Rüstungen größere Thätigkeit, als man hätte erwarten dürfen; die griechische Regierung dagegen einen Mangel an Voraussicht und an richtiger Schätzung ihres Feindes, wodurch diesem ungleich mehr als durch die Masse seiner Streitkräfte die verhängnißvollen Erfolge des Jahres 1825 gesichert wurden. Ibrahim Pascha ging, nachdem er die zwei Wintermonate aufs thätigste benutzt hatte, neue Truppen zu rüsten, die eingebüßten und aufgezehrten Mundvorräthe zu ersetzen, Anfang Februar 1825 von Suda in See und erreichte Modon (10. Febr.), ohne irgendwo auf Widerstand gestoßen zu sein, ohne griechische Kriegsfahrzeuge nur einmal gesehen zu haben.

Nachdem Ibrahim Pascha die Umgegend von Koron und Modon sich völlig unterworfen, war sein Hauptaugenmerk auf die Eroberung von Neókastron (Navarin) gerichtet. In die Festung, auf die Insel Sphakteria und in die gegenüber liegende verfallene Burg von Alt-Navarin (Stanchio) wurden rumeliotische und moreotische Mannschaften geworfen, so viel sich in der Eile sammeln ließen. Aber Sphakteria ward durch eine feindliche Flotte von 70 Segeln bedroht, und zugleich Alt-Navarin und Neókastron von der See- und Landseite mit Ungestüm angegriffen. Ohne alle Zufuhr und Unterstützung von der Seeseite konnten die durch wenige in der Eile aufgeworfene Erdwälle schlecht gesicherten Griechen sich auf der Insel Sphakteria nicht halten; mehrere Landungsversuche der Türken hatten sie nachdrücklich zurückgewiesen, bis es einem Corps von 4000 Mann gelang, festen Fuß zu fassen (27. oder 28. April). Die meisten der Griechen, unter ihnen der edle piemontesische Graf Santa Rosa, fielen zur Seite ihres Führers Anagnostarás, eines der Urheber der Hetairie, fechtend; andere kamen in den Wellen um, indem sie ver-

suchten, schwimmend nach Alt-Navarin zu gelangen. Nachdem durch die Einnahme von Sphakteria und Alt-Navarin, Neókastron seiner Hauptbollwerke beraubt war, konnte dieser Platz, nur durch eine von einem einfachen Steinwalle umgebene Citadelle geschützt, der Tapferkeit seiner Vertheidiger ungeachtet, sich nicht mehr lange halten. Die ganze Besatzung erhielt freien Abzug und ward in Folge langwieriger Verhandlungen nach Kalamáta übergesetzt (23. Mai).

Nachdem Ibrahim Pascha sich Kalamátas und ganz Messeniens bemächtigt und Neókastron erobert hatte, drang er von Messenien aus durch die von Th. Kolokotrónis vertheidigten Pässe nach Arkadien vor. Am 7. Juni rückte er in das unvertheidigte und von seinen Einwohnern verlassene, aber mit Vorräthen wohlversehene Tripolitza ein. Zu Anfang August unternahm er einen neuen Verheerungszug in die Ebene von Messenien. Plündernd und brennend dringt er bis in die Gegend von Monemvasia vor, erwürgt oder macht zu Sclaven 800 Männer, Weiber und Kinder, die in einer verborgenen Höhle bei Kyparissia Zuflucht gesucht hatten; andere 400 in einer Höhle bei Vróntana. Während Ibrahim's Abwesenheit unternehmen die Griechen einen Handstreich gegen Tripolitza, lassen aber dann den mit seinen Taktikern Nachts bis vor die Mauern der Stadt vorgedrungenen Obrist Fabvier im Stich und vereiteln so den Versuch. Den 10. September kehrte Ibrahim mit großer Beute und vielen Gefangenen nach Tripolitza zurück, und unternahm unmittelbar darauf einen neuen Raubzug in die Sumpfebene von Messenien und in die Eparchie von Kyparissia, vorzüglich um sich der Wein- und Oelvorräthe zu bemächtigen. Ende September führte ihm eine osmanische Flotte Verstärkung und neue Vorräthe zu.

Die Belagerung und Erstürmung Mesolongi's 1825—1826. Während in Morea sich nur noch Nauplia und die benachbarte Insel Hydra hielt, waren in Mittelgriechenland noch zwei feste Punkte unbezwungen: Mesolongi und die Burg von Athen. Ibrahim wandte sich nach Mesolongi, vor welcher Stadt schon seit dem April 1825 Reschid Pascha, der geschickteste General der Pforte, lag, mit dem gemessensten Befehle, dieses wichtigste Bollwerk der griechischen Revolution um jeden Preis zu nehmen.

Die Stadt liegt an der nördlichen Küste des Meerbusens von Patras. Das Meer ist eben so seicht wie bei Venedig, Lagunen durchziehen das schlammige Gewässer, so daß keine Flotte sich nahen und keine bei dem damaligen Stande der Artillerie die Stadt beschießen konnte. Die Befestigung nach der Landseite bestand nur aus zwei Gräben mit Mauern von geringer Höhe. Am 2. Aug. 1825 war der Sturm Reschid Pascha's glücklich abgeschlagen worden. Heer und Flotte wurden nun aufgeboten, um die Stadt den Winter hindurch einzuschließen und auszuhungern. Miaúlis aber, der Admiral von Hydra, war mit geringen Streitkräften dreimal so glücklich, sich durch die türkische Flotte durchzuschlagen und die Belagerten mit Lebens-

mitteln zu versehen. Die Bewohner der benachbarten Insel Zante sandten, was sie vermochten, zur Unterstützung hinüber.

Mitten im Winter kam Ibrahim Pascha, um die Belagerung selbst zu übernehmen. Anfangs spottete er über diesen Zaun, den Reschid nicht erstürmen konnte. Die Belagerten sahen, so weit das Auge reichte, auf der Landseite feindliche Gezelte, auf der Seeseite feindliche Wimpel. Reschid's Grausamkeit, der vor ihren Augen einen Priester, zwei Frauen und mehrere Kinder auf türkische Art hatte pfählen lassen, machte sie nur um so mehr entschlossen, auf keine Capitulation sich einzulassen. Ibrahim erhielt auf seine Aufforderung, Dolmetscher und Unterhändler zu den Pascha's zu schicken, die Antwort: „Wir sind ungelehrte Leute, viele Sprachen können wir nicht, aber mit Schwert und Flinte wissen wir umzugehen.“ Ibrahim's Araber und Aegyptier, die noch nie Schnee gesehen hatten, litten durch den Winter; Reschid sah gerne, wie auch Ibrahim's Sturm zurückgeschlagen wurde. Aber der gefährlichere Feind lag auf der Seeseite. Die ägyptische Flotte hatte sich mit der türkischen vereinigt und alle Verbindungen abgeschnitten. Eine der letzten Nachrichten, die herauskam, war ein Brief des schweizerischen Philhellenen Dr. Meyer, der in Mesolongi eine Zeitschrift begründet hatte und nun ein Commando auf den Wällen führte. Man hatte 1740 Todte, alle Häuser lagen in Trümmern, kein Schutz war weder vor den Geschossen noch vor dem Ungestüm des Wetters, man nährte sich von Katzen, Ratten, Mäusen und Seegras, alles lag voll Kranke. Vom 1. April an wurden keine Rationen mehr ausgetheilt. Man hoffte, wenn noch drei Wochen die Nahrungsmittel ausgereicht hätten, die Feinde aufgerieben und im Abzug zu sehen; aber nun war nichts übrig, als Alles auf einen Wurf zu setzen: einen Ausfall der ganzen Bevölkerung, um sich durchzuschlagen oder zu sterben. Dies kam in der Nacht des 22. April 1826 zur Ausführung. Die noch übrigen 3000 bewaffneten Männer, freilich zum Theil Verwundete und Reconvalescenten, sollten den Ausfall machen und mitten durch die Laufgräben und das Lager des Feindes eine Bahn brechen. Dicht hinter ihnen sollten 5000 Frauen und Kinder folgen, die Frauen alle als Männer verkleidet und mit Dolchen versehen, auch die Knaben bewaffnet. Aber ein großer Theil blieb zurück und wollte lieber am heimatlichen Heerde sterben. Es war ein Abschied für immer. Nach Sonnenuntergang wurden Bretterbrücken über die Gräben gelegt, und alle, die hinüberschlichen, legten sich platt zur Erde, bis das Zeichen zum Losbruch gegeben wurde. Der Mond fing an zu leuchten, endlich erscholl der Ruf: „Vorwärts! Tod den Barbaren!“ und der Ausfall erfolgte. Die Palikaren bewährten die alte Tapferkeit, stürmten die Batterieen, tödteten die Artilleristen. Eine Gasse für die Freiheit war geöffnet. Aber jene, welche das Lager durchbrochen hatten, wurden in der Ebene von der Cavallerie überfallen, hier und durch einen Hinterhalt am Fuße des Gebirges; kamen, ins-

besondere von den Frauen, mehr ums Leben, als bei dem Durchbruch durch das feindliche Lager. In jammervollem Zustande erreichten die übrig gebliebenen das Gebirge. Viele erlagen dem Hunger. Eine griechische Jungfrau, die bei diesem furchtbaren Ereigniß ihren kranken Bruder trug, sah in der Ebene einen Türken heransprengen, rasch entschlossen, setzte sie den Kranken nieder, nahm seine Flinte, hielt dem Feuer des Türken Stand, schoß ihn vom Pferde und trug dann ihren Bruder weiter. In der Stadt dauerte das Getöse der Explosionen und des Kampfes die Nacht hindurch. Kephalis sprengte sich und einen Theil der Feinde in die Luft. Ibrahim bekam 3000 abgehauene Köpfe, 3000 Frauen und Kinder wurden in die Sclaverei geführt.

Fünf Monate lang hatte Mesolongi die ganze Last des Angriffes getragen. Die Hoffnung war noch nie so gesunken, man sprach in Griechenland und in Europa von der griechischen Sache als beendigt, und hätten die jonischen Inseln damals eine Zuflucht gewährt, nichts wäre übrig geblieben.

Jetzt wankten auch die unerschütterten Hydrioten. Sie erwarteten für ihre Insel das Schicksal von Psara. Vor ihrer Stadt hielten sie Volksversammlung und berietheu darüber, ihr Vaterland zu verlassen, und nach Amerika zu schiffen; da erhob sich Lazaros Konturiotis, der reichste und geehrteste unter ihnen, der für das Vaterland die größten Opfer gebracht hatte; er sah in der Auflösung von Hydra den Untergang der griechischen Sache kommen und sprach: „Thut, ihr Brüder, was ihr wollt, ich aber und mein Bruder und die zu uns gehören, wir wollen sterben, hier, wo wir geboren worden sind.“ Dies entschied. Alle riefen beschämt und begeistert zugleich: „Auch wir, auch wir!“

Als die Nachricht vom Falle Mesolongi's ankam, war in Epidauros die dritte Nationalversammlung beisammen. Eine halbe Stunde herrschte tiefes Schweigen in dieser Versammlung, dann redete der alte Kolokotrónis tröstende Worte. Die Nationalversammlung richtete an den britischen Gesandten in Constantinopel die Bitte um Englands Vermittlung zur Herbeiführung eines Waffenstillstandes.

Die Theilnahme des Abendlandes an der Befreiung Griechenlands 1826—1827. Die Begeisterung und Ausdauer, welche die Griechen trotz so vieler ungünstiger Umstände an den Tag legten, hatten ihnen die Sympathie der abendländischen Bevölkerung Europa's gewonnen, während die Regierungen gleichgültig, zum Theil feindselig gegen „die Aufständischen“ gesinnt waren. Von Anfang an waren Freiwillige (Philhellenen) aus den verschiedensten Ländern herbeigeeilt, um in den Reihen der Griechen gegen die Türken zu kämpfen, und der erste Grund zu einer regulären Kriegsmacht (den Taktikern) wurde von solchen Fremden gelegt. In einer Zeit der dringendsten Verlegenheiten (Ende 1823) war der Obrist Stanhope

mit einer von dem englischen Griechen-Comite ausgerüsteten Sendung von Geschützen und anderem Kriegsbedarf in Mesolongi eingetroffen. Bald war ihm Lord Byron, der große Dichter und Griechenfreund, gefolgt, um mit seinem Talente und einem Theile seines Vermögens den Griechen Hülfe zu bringen. Seinen Zweck, die verschiedenen einander sich anklagenden Parteien zu versöhnen, zur Bildung geordneter Streitmassen durch eigene und die ihm von deutschen und anderen Griechen-Comites anvertraute Gelder behülflich zu sein und dann zunächst einen Angriff gegen die zum großen Nachtheile der Griechen fortwährend von den Türken besetzte Festung Lepanto (Naupaktos) zu machen, hatte er nicht erreicht, da er schon am 19. April 1824 einem heftigen Fieber erlag, erst 38 Jahre alt. Die öffentliche Trauer dauerte 21 Tage; der Erzbischof von Arta und Mavrokordatos, die Sulioten und die von Byron selbst ausgerüsteten Krieger geleiteten seine Leiche zur Ruhestätte neben den Gräbern von Graf Normann und Markos Bótzaris. Das von ihm gegebene Beispiel aber war von großer moralischer Bedeutung und weckte bald Nacheiferung.

Georg Canning, Premier-Minister Georg's IV. von England, wollte es nicht so weit kommen lassen, daß Metternich's Politik auf dem ganzen Continente triumphire. Kaiser Nikolaus war im December 1825 seinem Bruder Alexander gefolgt, nicht zaghaft wie dieser, voll Thatendrang und geneigt, dem Rufe der Armee und der Geistlichkeit zu Gunsten der Griechen Gehör zu geben. Canning sandte den in Europa angesehensten, den in Rußland willkommensten Mann nach Petersburg, den Sieger im gemeinsamen Kampfe gegen Napoleon, den Herzog von Wellington. Als Mesolongi fiel, hatten schon am 4. April Nikolaus und Wellington in Petersburg das Protokoll unterzeichnet, wodurch diese beiden Mächte sich verbanden, in Griechenland zu vermitteln und dem Kriege ein Ziel zu setzen. Doch mußten die Griechen noch 18 Monate den Kampf weiter führen; dies war ihnen möglich durch die Hülfe der Philhellenen. König Ludwig von Baiern war zur Herrschaft gelangt, der allein unter allen Souverainen Europa's von Anfang an für die griechische Sache eingetreten war. In der Pairskammer zu Paris erhob der Vicomte von Chateaubriand seine Stimme gegen die französischen Officiere, die unter Ibrahim gegen Mesolongi gefochten hatten. Ueberall in Frankreich, Deutschland und der Schweiz bildeten sich philhellenische Vereine. Eynard, der edelgesinnte Genfer, ward der Mittelpunkt des gesammten Philhellenismus. Großartige Geldunterstützungen kamen nach Griechenland; militärische Männer von Rang widmeten der griechischen Sache ihre Dienste. Lord Cochrane, der Admiral, welcher in Südamerika über die Portugiesen und Spanier gesiegt hatte, übernahm den Befehl über die Flotte, Sir Richard Church über die Landtruppen. Diese Männer traten mit ihrer ganzen Autorität gegen das Parteiwesen auf.

Unter der Zustimmung von Cochrane und Church geschah es, daß man auf der Nationalversammlung zu Trözene am 11. April 1827 Kapo d'Istrias, dessen Ansehen eine Bürgschaft für die Ruhe im Innern zu gewähren schien, zum Präsidenten oder vielmehr zum Gouverneur, *Κυβερνήτης*, Griechenlands auf sieben Jahre erwählte. Doch ehe er ankam, fiel das letzte Bollwerk des griechischen Festlandes, die Akropolis von Athen. Reschid Pascha hatte nach Mesolongi's Fall die Feste von allen Seiten eingeschlossen, und alle Kräfte der Griechen mußten aufgeboten werden, um die Akropolis zu entsetzen. Da fiel Karaiskakis, von dem die bewundernden Feinde selber gesagt hatten: „Einen Reschid nur haben die Türken, Einen Karaiskakis die Griechen, zwei kämpfende Löwen, welcher wird den andern niederwerfen?“ Da kämpften Cochrane und Church, alles vergebens; der französische Oberst Fabvier war so kühn, mit 200 Mann, jeder einen Pulversack tragend, durch die Feinde hindurch sich in die Akropolis zu werfen. Aber hier war nicht die Ausdauer wie in Mesolongi, die Akropolis ward am 7. Juni 1827 den Türken eingeräumt. Die griechische Besatzung erhielt einen ehrenvollen Abzug mit Gepäck und Waffen, weil der Seraskier gehört hatte, daß Ibrahim Pascha von dem Isthmus heranzöge, um ihm den Ruhm hier zu entziehen, wie bei Mesolongi.

Unterdessen war das umständliche Geschäft der Diplomaten so weit vorgerückt, daß am 6. Juli 1827 in London nicht nur zwei, sondern die drei großen Seemächte den Pacificationsvertrag schlossen. Der Inhalt war dem des Protokolls von Petersburg gleich: Waffenstillstand sollte geboten, und es sollte dahin gewirkt werden, daß Griechenland sich selbst regiere, jedoch der Pforte Tribut bezahle. Es war eine bescheidene Unabhängigkeit, die man auswirken wollte, eine Stellung, ähnlich wie die der Hospodarate, Moldau und Walachei. Doch dieses Gebot des Waffenstillstandes, in Constantinopel mit Zorn und schnöden Worten abgewiesen, wurde die Grundlage der für Griechenland nahenden Rettung.

Die Schlacht im Hafen von Navarin 1827. Die drei Admirale im Mittelmeer, Codrington, de Rigny und Graf v. Heyden, vereinigten ihre Flotten. Ihre Aufgabe war, keine Fortsetzung der Feindseligkeiten zu dulden. Ibrahim stand im Süden des Peloponnes und zog Verstärkungen aus Aegypten an sich. Die ägyptisch-türkische Flotte lag im Hafen von Navarin und sollte nächster Tage gegen Hydra auslaufen. Da landeten die drei Admirale, sie theilten persönlich dem Pascha ihren Auftrag mit, den Waffenstillstand zu erzwingen. Er versprach, vorläufig Ruhe zu halten, bis er Antwort von Constantinopel hätte. Aber Ibrahim fuhr mit seinen Verwüstungen in Messenien fort. Die Admirale versuchten (17. October) durch einen Warnungsbrief den Pascha von seinem Vorhaben in Messenien zurückzurufen. Ibrahim aber hatte sich am Tage vorher aus dem Lager bei Navarin entfernt, sei es um sich im Golf von

Lepanto mit Reschid Pascha persönlich zu besprechen, sei es um den Zumuthungen der Franken auszuweichen. Daher beschlossen die Admirale, mit der ganzen Flotte in den Hafen einzufahren und unter dem Eindrucke ihrer Gegenwart zu verlangen, daß die Flotten nach Alexandrien und den Dardanellen zurückgesandt und auch die Feindseligkeiten zu Lande eingestellt würden.*) Sie fanden unerwartet die türkisch-ägyptische Flotte im Hafen hufeisenförmig in Schlachtordnung aufgestellt, 130 Segel stark, worunter 89 Kriegsschiffe mit 2438 Kanonen, während die verbündeten Flotten nur 27 Segel mit 1276 Kanonen zählten, deren Oberbefehl der englische Admiral Codrington führte. Kein Schuß, so war befohlen, sollte fallen ohne Veranlassung von türkischer Seite. Während man noch gegenseitig sich aufforderte, das Blutvergießen zu vermeiden, schoß, ungewiß ob mit oder ohne Befehl, die Mannschaft des Kapudan Bei auf das englische Admiralsschiff („Asia"), welches nun erwidernd das feindliche Schiff zerstörte. In dem Knäuel der schwimmenden Festungen ging kein Schuß aus den tausenden von Feuerschlünden verloren. In dem engen Raume, in der Unmöglichkeit zu manövriren und zu fliehen, waren die Türken zur Vertheidigung gezwungen; Disciplin und kalter Muth aber, auf die hier Alles ankam, wo von See- und Kriegskunst nichts anzuwenden war, gingen ihnen gänzlich ab; von ihrem eigentlichen Führer verlassen, geriethen sie bald in die äußerste Unordnung; von einem Theile der Officiere wurden Befehle gegeben, die von den anderen widerrufen wurden. Vier Stunden donnerte die Schlacht, unter dem betäubenden Getöse des Geschützfeuers, das in dem bergumschlossenen Bassin furchtbar hallte, in ununterbrochener Wuth, bis die Nacht dem Kampfe ein Ende machte. Er kostete den Siegern viele Menschenleben und starke Beschädigungen fast aller ihrer Schiffe, den Besiegten 5—6000 Mann und fast ihre ganze Flotte. Es war ein Vernichtungsschlag, wie die Pforte seit dem Tage von Lepanto (1571) keiner getroffen. Der ganze Hafen war mit Trümmern und Wracks bedeckt. Viele der kampfunfähigen Schiffe wurden von den Türken in Brand gesteckt, und die furchtbaren Explosionen währten die ganze Nacht fort. Am Abend kam Ibrahim nach dem Schauplatze der Verwüstung zurück. Als er seine Truppen um die Forts zusammenziehen ließ, glaubten die Admirale am nächsten Tage einen neuen Kampf bestehen zu müssen. Sie ließen dem Pascha sagen: sie seien nicht als Feinde eingefahren und würden noch jetzt den Rest der Schiffe schonen, bei neuen Feindseligkeiten von seiner Seite aber würden auch diese und die Forts zerstört werden und man würde dieses als eine Kriegserklärung des Sultans ansehen. Nun wurde, wie verlangt war, die weiße Flagge auf den Forts aufgezogen; die

*) Der folgenden Beschreibung der Schlacht liegt die Darstellung von Gervinus (VI. 346 ff.) zu Grunde.

μάϑεια) von Europa nichts. Kapo d'Istrias selbst war der altgriechischen Sprache und Literatur unkundig, er sprach das Griechische von Corfu, schrieb es aber nicht, sondern nur französisch. In ihm war derselbe verhängnißvolle Irrthum wie bei Napoleon, an keine Macht der Ideen zu glauben; dieselbe Menschenverachtung wie bei allen Despoten. Wie Napoleon seine Brüder unterzubringen suchte, um sich auf sie zu stützen und sie als Werkzeuge zu gebrauchen, so Kapo d'Istrias. Graf Viaro, sein böser Genius, finster und verhaßt, ward Statthalter für die Inseln, der jüngste, Graf Augustin, für das Kloster erzogen, Statthalter für Rumelien und, wiewohl er nie den Kampf gesehen hatte, Generalissimus, unter dem Ypsilantis und Church dienen mußten.

Er suspendirte, mit Hinweisung auf den Kriegszustand, die Verfassung, wie sie in der Versammlung von Trözene, die ihn berufen hatte, festgestellt war. Er stiftete einen Staatsrath unter dem Namen Panhellenion, in welchem wirklich die bedeutendsten Männer saßen; indessen hatten sie nur eine berathende Stimme. Aber seine Absichten gingen weiter. Eine neue National-Versammlung ward 1829 nach Argos berufen. So viel Vertrauen genoß er damals noch, daß er in dieser Versammlung zwei Drittel der Stimmen für sich hatte und alles durchsetzen konnte. Sie übertrug ihm fast unumschränkte Gewalt. Unter der Herrschaft der Türken bestand die alte Gemeindeverfassung der Griechen. Jede Gemeinde hatte ihre freigewählten Demogeronten und übte auf diese Weise in einem bedeutenden Maße das Recht der Selbstregierung aus. Kapo d'Istrias machte die Demogeronten zu seinen Werkzeugen, indem er gebot, daß ihm erst die Liste der Wahlfähigen vorgelegt werde; nur ein ihm Genehmer durfte gewählt werden. Ueberall stellte er auf französische Weise Präfecten und Polizeidirectoren an. Die National-Versammlung hatte einen unabhängigen Richterstand schaffen wollen. Kapo d'Istrias führte Richter ein, die er einsetzen und absetzen konnte, und errichtete ein Ausnahmsgericht für politische Vergehen, welches ganz im Sinne der Regierung zu urtheilen hatte. Vertraut mit der altvenetianischen Weise zu regieren, errichtete er eine geheime Polizei, die, wie einst in Venedig, der Schrecken der Bürger wurde. Bald war er von Gehülfen und Werkzeugen umgeben, die viel schlimmer waren als er selbst, und Böses anstifteten, das er nicht gewollt. Die besten Männer Griechenlands, wie Demetrius Ypsilantis, wendeten ihm den Rücken; Church und Fabvier nahmen voll Entrüstung ihren Abschied.

So arbeitete Kapo d'Istrias, anscheinend mit Erfolg, daran, aus Griechenland ein Kleinrußland zu machen, vielleicht auch in der Hoffnung, sich selbst und seine Familie für immer im Besitze der Herrschaft zu befestigen. Da kam ein für seine Wünsche gefährlicher Moment. Am 8. Februar 1830 wurde das letzte und endgültige Londoner Protokoll festgestellt. Im Frieden von Adrianopel war für Griechenland die Oberhoheit der Pforte noch vorbehalten, nun aber

ward ausgesprochen, daß Griechenland unabhängig sein solle unter einem eigenen Souverain, der aber keiner von den drei großen Mächten angehöre. Diese Stelle ward dem Prinzen Leopold von Coburg angetragen, dem Fürsten, unter dem Belgien 34 Jahre lang das Glück einer gesetzlichen, gewissenhaften und freisinnigen Regierung genossen hat. Neben diesen Gutes verheißenden Bestimmungen enthielt das Protokoll einige mindergünstige. Das herrliche Kreta, das so viel, wie keine andere Provinz, für die Freiheit geopfert hatte, das eben jetzt wieder im Aufstand und nicht bezwungen war, und Samos, das Eiland, welches von Anfang des Krieges an sich frei erklärt und frei behauptet hatte, wurden dem Osmanen zurückgegeben, unter dem sie in Folge dessen heute noch stehen. Die Grenze auf dem Festlande ward nicht, wie sie jetzt ist, von Arta nach Volo, sondern von der Mündung des Aspropotamos nach Zeituni bestimmt, wodurch die Heimat einiger der tapfersten Stämme wieder unter die Türken kommen sollte.

Es war eine schwere Zumuthung für Kapo d'Istrias, einem fremden Prinzen den Platz einzuräumen, für ihn sollte er die Mühe dieser gefahrvollen Jahre erduldet haben, und doch war er zum Präsidenten auf 7 Jahre erwählt, von denen noch nicht die Hälfte verflossen war. Leopold nahm an. Kapo d'Istrias schrieb voll Feinheit an den Fürsten, und sprach seine Glückwünsche aus, hob aber das Ungenügende der Abgrenzung hervor, bei der Griechenland nie stark und nie ruhig werden könne. Endlich erklärte er es für selbstverständlich, daß Leopold zur griechischen Kirche übergehen müsse. Diese Mittheilungen hatten zur Folge, daß Leopold seine Annahme widerrief.*)

So stand es mit Griechenland, als durch die Juli-Revolution die Diplomatie Wichtigeres zu thun erhielt, als sich mit jenem entfernten Winkel des europäischen Staatensystems zu beschäftigen. Auch blieben die Zahlungen des Anlehens, ohne welche die Regierung nicht bestehen konnte, aus; endlich gewannen die Freiheitsbestrebungen und die revolutionäre Gesinnung in allen Landen an Kraft, so auch die Opposition gegen Kapo d'Istrias. Kolokrotónis und Kanaris waren die einzigen bedeutenden Männer des Befreiungskrieges, welche zu ihm hielten. Die anderen alle waren gegen ihn. Mavrokordatos, dessen Mutter er verbannte, Demetrius Ypsilantis, die Kapitäne von Rumelien mit ihrem volksthümlichen Führer, dem durch Geist und hohe Gestalt imponirenden Johannes Kolettis, der von ihm mit besonderer Mißgunst betrachtete Petros Mavromichalis, Stammfürst der Maina, endlich alle die mächtigen Männer von Hydra waren in der Opposition und hinter dieser antikybernitischen Partei stand noch eine andere Macht. In Nauplia befanden sich (den Botschaftern in Constantinopel untergeordnet) die Residenten der drei Mächte, Mr. Daw-

*) Ueber die Ablehnung Leopold's wegen der ungünstigen Grenzbestimmung siehe das Nähere bei Arendt, das Königthum in Belgien (1856), S. 60 ff.

kins, Baron Rouen und Baron Rückmann, und in den Gewässern Griechenlands die drei Admirale Hodham, Guyon und Ricord. Von diesen waren nur die Russen Rückmann und Ricord für Kapo d'Istrias, die Vertreter Englands und Frankreichs hegten Sympathie mit der steigenden Opposition.

In den ersten zwei Jahren fügte sich alles. Als aber das System sich mehr und mehr entfaltete, da erhob sich die erste laute Stimme dagegen in dem „Courrier de Smyrne", der jedoch, in französischer Sprache erscheinend, in Griechenland wenig wirken konnte. Dann erschien seit 1830 in Nauplia selbst das griechische Oppositionsblatt „Apollon". Der Präsident unterdrückte es, der Redacteur flüchtete nach Hydra und setzte die Zeitung daselbst fort; der Präsident verlangte seine Auslieferung, sie wurde verweigert. So reifte bei den Hydrioten der Entschluß, sich nicht mehr zu fügen. Mit ihnen im Einverständniß handelten die Bewohner von Syra. Die Präfecten des Präsidenten wurden nicht mehr anerkannt und die Einkünfte der Douane von Syra zurückbehalten. Eine ähnliche Erhebung war in der Maina ausgebrochen. Bereits hatte der Präsident zwei Mitglieder der Familie Mavromichalis eingekerkert. Die bei der Insel Poros liegende Flotte sollte auf Befehl des Präsidenten auslaufen, um die Opposition auf Hydra und den anderen Inseln zu bändigen. Miaúlis kam zuvor und nahm mit seinen Seeleuten Poros und die Schiffe in Besitz. Die Vertreter der Mächte sollten ihrer Instruction gemäß nur gemeinschaftlich handeln. Aber Admiral Ricord intervenirte ohne Zustimmung der anderen für Kapo d'Istrias, blokirte den Hafen von Poros und feuerte auf die Hydrioten. Miaúlis, nicht im Stande, sich gegen einen so mächtigen Feind, wie die Russen, zu halten, sprengte die Fregatte „Hellas" in die Luft, mit ihr verbrannten 27 andere Schiffe; er selbst zerstörte die Waffen, mit denen er siegreich gegen die türkische und ägyptische Flotte gekämpft hatte. Kapo d'Istrias bereitete gegen Miaúlis und einige andere Hydräer die Anklage des Hochverrathes vor. Er ahnte nicht, was ihm inzwischen bevorstand. Konstantin und Georgios Mavromichalis kamen nach Nauplia, um sich für ihre gefangenen Angehörigen zu verwenden. Ihre Bemühungen waren vergebens, und auch der russische Resident Rückmann bemühte sich eine halbe Stunde lang ohne Erfolg, den Grafen milder zu stimmen.

Am 9. October, Morgens 6 Uhr, begab sich Kapo d'Istrias, begleitet von einem Veteranen aus Kreta, nach der Kirche. Konstantin und Georgios Mavromichalis, in weite Mäntel gehüllt, gingen an dem Präsidenten vorüber, am Eingange der Kirche blieben sie stehen, plötzlich trat ihm Georgios in den Weg, Konstantin feuerte von hinten ein Pistol nach seinem Haupte, auch Georgios schoß und stieß ihm den Yatagan in den Unterleib. Kapo d'Istrias sank und ward todt in die Kirche getragen. Die Mörder flohen, der kretische Veteran schoß auf Konstantin, warf das Pistol weg, löste ein zwei-

tes, welches traf; Konstantin wankte, ward zu Boden geworfen, von einem Pöbelhaufen mißhandelt und fortgeschleppt. Mit Wunden bedeckt blieb er liegen. Georgios eilte in das Haus des Barons Rouen, um ein Asyl vor der Volkswuth zu finden; dieser lieferte ihn Abends an General Almeida aus gegen die Zusage eines regelmäßigen gerichtlichen Verfahrens. Nach 10 Tagen ward er vor ein Kriegsgericht gestellt. Am 22. October wurde er hinausgeführt zur Erschießung. Vom Fenster seines Gefängnisses aus sah der Vater ihn sterben.

Die Anhänger Kapo d'Istrias gaben die Missethat für das Werk der gesammten Opposition aus. Graf Augustin sagte zu einem Fremden: „Wissen Sie, wer meinen Bruder ermordet hat? Frankreich und England haben ihn ermordet.“ Indessen lieferte die gerichtliche Untersuchung keinen Beweis irgend einer Verschwörung gegen das Leben des Präsidenten, und die Machthaber sahen sich außer Stande, gegen irgend einen von den Führern der Opposition eine Anklage zu formuliren. Einige Wochen nach dem Tode des Präsidenten herrschte in Griechenland tiefe Ruhe.

---

9. Rußland und die Türkei bis zum Frieden von Adrianopel.

(Nach Eduard Arnd, Geschichte der letzten 40 Jahre.)

1. Bis zu Alexander's I. Tod 1825.

Rußland war, wie alle Continentalstaaten, eine Zeit lang durch die Größe und den Glanz des französischen Kaiserreiches verdunkelt worden. Nach Napoleon's Sturz trat es wieder um so bedeutender hervor. Obgleich England und Oesterreich eine größere Ausdauer im Kampfe gegen den Eroberer bewiesen, und das Beispiel einer volksthümlichen Erhebung gegen ihn von Spanien ausgegangen, so hatte der Umstand, daß das Sinken des napoleonischen Glückes auf russischem Boden begann, daß dort sein gewaltiges Heer unterging, Rußland das Ansehen verliehen, das Meiste zu der großen Wendung der Dinge beigetragen zu haben. Der Brand von Moskau hatte in den Augen der Völker für das Zeichen ihrer Befreiung gegolten, und somit Rußland für den stärksten Hebel, der zu dem großen Werke der Erhebung Europa's gegen den allgemeinen Dränger in Bewegung gesetzt worden. Dieser, von den Zeitverhältnissen gegebenen günstigen Stellung Rußland's, entsprach die Persönlichkeit seines Herrschers, des Kaisers Alexander I., der alle Eigenschaften besaß, durch welche besonders der unumschränkte Fürst eines mächtigen Reiches die Theilnahme der Welt auf sich ziehen kann. Er

bewies in der Ausübung seiner Gewalt große Mäßigung, und in seinem allgemeinen wie besonderen Walten eine seltene Milde der Gesinnung, war dabei geistreich, fein, erfüllt von dem rühmlichen Verlangen nach der Liebe der Völker und dem Beifalle ausgezeichneter Geister, und trug schon in seiner Erscheinung als Mensch, von seiner hervorragenden Stellung abgesehen, das Gepräge einer ausgezeichneten Natur an sich. Diese glänzenden und liebenswürdigen Eigenschaften waren aber auch von erheblichen Mängeln begleitet. Es fehlte Alexander I. an festen Grundsätzen. Er hing mehr von äußeren Eindrücken als inneren Ueberzeugungen ab, besaß mehr Reichthum des Gefühls als Stärke des Willens, und neigte sich, selbst nicht vollkommen aufrichtig, zum Mißtrauen gegen Andere hin. Seine vorherrschende Gefühlsrichtung machte ihn den Verlockungen der Schwärmerei zugänglich. Eine gewisse Oberflächlichkeit und Unbeständigkeit in seinem Wesen ließ ihn mehr die Schale als den Kern der Dinge in Betracht ziehen.

Die große thatenreiche Epoche im Leben des Kaisers Alexander war mit dem Sturze Napoleon's beschlossen. Der friedliche Theil seiner Regierung zeichnete sich anfänglich durch mancherlei Verbesserungen in der Gesetzgebung und Verwaltung aus, war aber später vornehmlich auf die Bekämpfung der Revolution und dessen, was in den Augen der Reaction dafür galt, ihrer Meinungen und Thaten, in der Nähe und Ferne, gerichtet. Alexander I. hatte schon in den ersten Jahren seiner Regierung viel für den öffentlichen Unterricht, namentlich die höheren Lehranstalten, durch Berufung fremder Gelehrten, durch Stiftung von Bibliotheken und Museen gethan, und fuhr in dieser Weise nach Beendigung des Krieges fort. Aber allmählich ward in ihm, zum Theil aus eigener Bewegung, mehr aber noch durch fremde Einflüsterung, die Meinung vorherrschend, daß das Bestehen der gesellschaftlichen Ordnung und die Sicherheit der Throne von der Verbreitung der Aufklärung und Begünstigung freier Forschung untergraben werden könne. Der Eingang der fremden Bücher und Zeitungen wurde in Rußland fortan sehr erschwert, ihr Inhalt einer strengen Prüfung unterworfen, und an alle geistige Production der Maßstab des religiösen und politischen Absolutismus gelegt. Ganz und auf einmal ließ sich jedoch der Alexander I. früh eingepflanzte Trieb nach Beglückung und Veredlung der Menschen, der ihn auf dem Wiener Congreß zu einer lebhaften Erklärung gegen den Sklavenhandel veranlaßt hatte, nicht unterdrücken. In den Jahren 1816 und 1817 setzte er die Aufhebung der Leibeigenschaft in den Ostseeprovinzen durch. Obgleich er auch in dem eigentlichen Rußland dem Landvolke einige Erleichterungen seiner dort noch viel härteren Knechtschaft gewährte, so besaß er doch nicht die Kraft und den Muth, hierin eine durchgreifende Veränderung vorzunehmen; selbst auf den von dem Kaiser unmittelbar abhängigen Reichsdomainen, auf welchen viele Millionen leben, blieb die Bevölkerung im Zustande

der Leibeigenschaft, obwohl unter allerdings milderen Bedingungen als auf den Privatbesitzungen. Alexander ließ sich überreden, auf den Reichsdomainen statt der Emancipation die Militär-Colonisation einzuführen.

Die wichtigste Veränderung, die in der äußeren Stellung Rußlands vorgegangen, war die Errichtung eines mit ihm unter demselben Oberhaupte vereinigten Königreiches Polen, wodurch es dem Herzen Europa's näher als bisher trat, und seinen Einfluß auf Oesterreich, Preußen und überhaupt auf Deutschland vermehrte. Alexander I. hatte, sowohl um die Bevölkerung des Königreichs Polen zu gewinnen, als auch um einen ihm rühmlich dünkenden und zugleich, wie er glaubte, gefahrlosen Versuch eines freien Staatslebens anzustellen, diesem Lande eine Verfassung verliehen, die allen Forderungen entsprach, welche an eine constitutionelle Monarchie gestellt werden können. Der Kaiser von Rußland führte in Polen den Titel König, und beschwor die Verfassung, durch die er allein regieren zu wollen erklärte. Die beiden Kammern, Senatoren und Landboten, mußten bei der Abfassung der Gesetze zugezogen werden. Die Aemter des öffentlichen Dienstes standen nur gebornen oder naturalisirten Polen offen. Eine eigene Armee, ein besonderer Schatz, eine von der russischen durchaus getrennte Verwaltung vollendeten dieses Bild eines selbständigen Daseins, mit welchem es dem Kaiser so sehr Ernst war, daß er eine Zeit lang daran dachte, die früher unmittelbar mit Rußland vereinigten Provinzen des alten Polens derselben Einrichtungen theilhaftig zu machen.

Aber Alexander I., der in solcher Weise über Erwarten viel für die Polen gethan, beging den unglücklichen Mißgriff, an die Spitze des polnischen Heeres seinen Bruder, den Großfürsten Konstantin, zu stellen. Dieser konnte und wollte den despotischen Launen und Gewohnheiten, die ihm zur anderen Natur geworden, nicht entsagen, und seine Willkür artete zuweilen in eine wirkliche Tyrannei aus. Obgleich ohne politische Autorität, da er nur mit dem Militär-Commando bekleidet war, griff der Großfürst beliebig in alle Verhältnisse ein, beging zahllose Ungerechtigkeiten und selbst Grausamkeiten und sah deren Verübung seinen Günstlingen und Vertrauten nach. Einige Russen, die der Form nach in Polen naturalisirt worden, regierten, indem sie sich auf den Großfürsten stützten, das Land. Dieser Druck erregte in der Bevölkerung einen immer mehr um sich greifenden Unwillen, der sich auf mehreren Reichstagen in dem Widerstande gegen die meisten von der Regierung ausgehenden Vorlagen und Entwürfe aussprach. Auch entstanden hie und da geheime Gesellschaften, welche sich die Abschüttlung des russischen Joches zur Aufgabe setzten, und in den höheren Klassen ward überhaupt das Streben sichtbar, durch Belebung der nationalen Erinnerungen den Glauben an eine bessere Zukunft zu erhalten. Die dem Kaiser hierüber zukommenden Berichte, einseitig, die Wahrheit entstellend oder übertreibend, nahmen ihn gegen

die Polen ein, indem er die gegründeten Ursachen ihrer Unzufriedenheit nicht anerkennen wollte, und sie der Undankbarkeit und des Parteitreibens beschuldigte.

Einen ganz besonderen Widerwillen erregten in Alexander I. die rasch auf einander folgenden Revolutionen in Spanien, Portugal, Neapel und Piemont, welche durch die bewaffnete Macht vollbracht waren. Bei der nahen Berührung, in welche die liberalen Ideen, selbst unter den verschiedensten Völkern, zu einander getreten, konnten die Vorgänge in Madrid und Neapel einen früher unmöglich gewesenen Einfluß auf ihnen räumlich sehr fern liegende Zustände ausüben. Aus der Besorgniß vor einer solchen Verbreitung entstand der Eifer, mit welchem sich der Kaiser Alexander auf den Congressen in Troppau, Laibach und Verona gegen die im Westen und Süden Europa's eingetretenen politischen Veränderungen erklärte. Er ließ sich vom Fürsten Metternich und dessen politischem Anhange überreden, daß der Volks- und Glaubenskampf der Hellenen derselben Quelle, wie die Militärrevolution in Spanien und Italien, entsprungen wäre, und nahm zuletzt, obwohl nach einigem Widerstreben, die Meinung an, daß der Sultan ein Mitglied der europäischen Herrscherverbrüderung sei, und in der Ausübung seiner Rechte von den übrigen Fürsten unterstützt werden müsse. Das Verhalten Alexander's während der griechischen Erhebung, die das bedeutendste Ereigniß seiner letzten Jahre ist, hat in den Augen der Zeitgenossen die Verdienste verringert, welche er sich um die Befreiung Europa's in den Jahren 1812 bis 1814 erwarb, und seinen Ruf bei der Nachwelt verdunkelt. Er ließ die Gelegenheit unbenutzt vorübergehen, seine Laufbahn auf eine seiner würdige Art zu beschließen.

Die Veränderung, welche allmählich in den Ueberzeugungen des Kaisers Alexander vorgegangen war, trat aber nicht bloß in seinen Beziehungen zum Auslande, sondern auch in den inneren Verhältnissen hervor. Der geringste Verdacht freisinniger Meinungen zog Verfolgungen, Entlassung bei Einheimischen, Verbannung bei Fremden, zu. Selbst die obersten Beamten und nächsten Umgebungen des Kaisers wechselten häufig, und in der Regel war es ein wirklicher oder vermeintlicher Mangel an religiösen und monarchischen Ueberzeugungen, was eine solche Ungunst veranlaßte. Auch in dem persönlichen Wesen Alexander's war ein großer Wechsel sichtbar geworden. Seine frühere Anmuth und Liebenswürdigkeit hatten einer einsamen und verschlossenen Stimmung Platz gemacht. Ein düsterer Lebensüberdruß, mit einer bitteren Geringschätzung der Welt und der Menschen verbunden, schien sich seiner früher so offenen und edlen Natur bemächtigt zu haben. Eine heftige Reizbarkeit wechselte in ihm mit einer tiefen Abspannung, während er die auswärtigen Zustände mit gespanntem Blick, und in der Voraussetzung, überall Spuren der Revolution anzutreffen, verfolgte, ließ er die Zügel in der Leitung der inneren Angelegenheiten fallen, in welche er nur stoß-

und ruckweise, nach Laune und Belieben, eingriff. Eine stumme, aber im Stillen um sich greifende Unzufriedenheit regte sich in der Nation über das von dem Monarchen befolgte Regierungs-System, das Rußland zum Werkzeug einer fremden Politik machte, und den bisherigen Entwicklungsgang aufzuhalten drohte. Diese stille Unzufriedenheit wäre jedoch nie zum Ausbruche gekommen, und, wie so viele andere Klagen, spurlos verhallt, wenn sie nicht in den Reihen des Heeres einen festen Halt gewonnen hätte. Der letzte große Krieg hatte einem Theile des Adels Gelegenheit gegeben, längere Zeit in Deutschland und Frankreich zu weilen, und Vergleiche zwischen der Heimat und dem Auslande anzustellen. Ein Corps von fünfzigtausend Russen hatte einen Theil von Frankreich drei Jahre lang besetzt gehalten. Außerdem war das Reisen, und zwar immer in den am meisten vorgeschrittenen Ländern Europa's, viel häufiger als früher geworden. Bald nach den Feldzügen waren in Petersburg Gleichgesinnte, sämmtlich dem höheren Militär- und Civilstande, mitunter den ersten Familien des Landes angehörig, zu geheimen Gesellschaften zusammengetreten, die anfänglich keine eigentliche revolutionäre, sondern nur reformatorische Zwecke, Abstellung der vielen Mißbräuche, der unbeschränkten Gewalt der Einen, der grenzenlosen Knechtschaft der Anderen verfolgten, allmählich aber in ihren Plänen zu einer entschiedenen Opposition gegen die vorhandenen Zustände übergingen. Die Form dieser geheimen Gesellschaften war ursprünglich, wie fast überall, der Freimaurerei nachgeahmt. Als die Organisation der Carbonaria bekannter geworden, ward dieselbe auch in Rußland von den Unzufriedenen zum Vorbilde genommen. Die „geheimen Gesellschaften“ hatten sich in zwei große Gruppen getheilt, den nördlichen und den südlichen Bund. Die Leiter des ersteren hatten ihren Sitz in Petersburg, die des letzteren in Kiew und Tultschin, weil diese sämmtlich Militärs waren, und zu den Armeen unter Osten-Sacken und Wittgenstein gehörten, die beim Ausbruche des griechischen Aufstandes im Süden gegen die Türkei zusammengezogen worden. Der Nordbund war zur Beibehaltung der Monarchie geneigt, wenn dieselbe sich gewissen Beschränkungen unterwerfen wollte, während der Südbund an eine den Vereinigten Staaten von Nordamerika ähnliche Verfassung dachte. An der Spitze des nördlichen Bundes stand der Garde-Oberst Fürst Sergius Trubetzkoi, die Seele des südlichen Bundes war der Oberst Paul v. Pestel, Adjutant des Generals Grafen v. Wittgenstein, der eine große Menge von Officieren für die Gesellschaft gewann. Es wurde beschlossen, eine große, von dem Kaiser Alexander im Mai 1826 in Südrußland abzuhaltende Truppen-Musterung zur Ausführung der so lange genährten Entwürfe, d. h. der Ermordung des Monarchen und dem Umsturze der bisherigen Regierungsform zu benutzen. Es waren dem Kaiser Alexander einzelne Winke und Warnungen über die nicht bloß die Ruhe des Reiches, sondern sein eigenes Leben bedrohenden Absichten der „geheimen Ge-

sellschaften" zugekommen. Die angestellten Verhaftungen und Untersuchungen hatten aber auf keine bestimmte Spur geführt. Die Kunde von diesen Umtrieben und Gefahren vermehrte Alexander's Mißtrauen und Schwermuth. Im Spätsommer 1825 trat er, um sich von seiner inneren Trauer durch den Wechsel neuer Eindrücke zu befreien, und zugleich durch eine mildere Luft seine zerrüttete Gesundheit wieder herzustellen, eine Reise nach den südlichen Gegenden seines Reiches an. Düstere Ahnungen erfüllten ihn, als er auf einer Anhöhe bei Petersburg seinen Wagen anhalten ließ, und die Stadt noch einmal betrachtete, von der ihm eine innere Stimme sagte, daß er sie nicht mehr wiedersehen werde. In der Stadt Taganrog am asowschen Meere traf er mit seiner Gemahlin zusammen, die er lange vernachlässigt hatte, zu der er sich aber jetzt wieder hingezogen fühlte. Eine Erkältung artete bald in ein Gallenfieber aus, von dem er, ohne den krankhaften Eigensinn, mit welchem er anfänglich jeden ärztlichen Beistand ablehnte, hätte befreit werden können. Als er sein Ende herannahen fühlte, stellten sich seiner erschreckten Einbildungskraft die Umstände dar, welche den Tod seines Vaters, des Kaisers Paul, begleitet, an dem er zwar keine Schuld trug, mit dessen Urhebern er sich aber zu leicht ausgesöhnt hatte. Am 1. December (1825) starb Alexander I. in einem entlegenen Orte seines unermeßlichen Reiches, von dem Mittelpunkte seiner Macht entfernt, von blutigen Erinnerungen verfolgt und inneren Vorwürfen gepeinigt, nachdem er ein hervorragender Theilnehmer an den größten Begebenheiten des Jahrhunderts gewesen, und nach Napoleon's Sturz eine Zeit lang als der Lenker der europäischen Geschicke da gestanden hatte.

2. Kaiser Nikolaus I. 1825 (—1855).

Dem Erbrecht nach hätte jetzt der Großfürst Konstantin*) den Thron besteigen müssen. Derselbe hatte aber im Jahre 1822, bei Gelegenheit seiner Vermählung mit einer jungen Polin, welche den

---

*) Paul, † 1801.

Alexander I., † 1825.	Konstantin, † 1831.	Maria, Großherzogin v. Weimar.	Anna, verw. Königin der Niederlande.	Nikolaus I. † 1855.		Michael, † 1849.
Alexander II., Gem. Maria von Hessen.	Maria, verw. Herzogin von Leuchtenberg.	Olga, Königin von Württemberg.	Konstantin, Gem. Alexandra von Sachsen-Altenburg.	Nikolaus, Gem. Alexandra von Oldenburg.	Michael, Gem. Olga v. Baden.	Katharina, vermählt mit Herzog Georg von Mecklenburg-Strelitz.
Nikolaus, † 1865. Alexander, Wladimir, Alexis, Sergius, Paul.			Nikolaus, Olga, Vera, Konstantin, Dimitri, Wjatscheslaw.	Nikolaus, Peter.	Nikolaus, Anastasia, Michael, Georg.	

Titel Fürstin von Lowicz erhielt, auf die Krone Verzicht geleistet. Als er jetzt die Verzichtleistung nochmals wiederholte und seinen Bruder Nikolaus als Kaiser anerkannte, erließ letzterer am 24. Dec. (1825) ein Manifest an das russische Volk, worin er demselben seine Thronbesteigung ankündigte. Der 26. December wurde zur Ablegung des Eides an den neuen Kaiser bestimmt.

Militäraufstand. Die in Petersburg anwesenden Mitglieder der Verschwörung beschlossen, an dem für die Eidesleistung an den Großfürsten Nikolaus bestimmten Tage loszubrechen. Ihre Absicht war, diesen zu ermorden, für den Augenblick eine Regierung aus ihrer Mitte zu bilden und dann Konstantin gegen Annahme einer von ihnen entworfenen Verfassung den Thron anzubieten. Einige unter ihnen schlugen eine Ausrottung der gesammten kaiserlichen Familie vor. Der neue Kaiser hatte, von der unter einem Theile der Truppen vorhandenen Gährung unterrichtet, verordnet, daß die Regimenter in ihren Kasernen den Eid leisten sollten, um sie nicht in Masse auf einem der großen Plätze der Stadt versammeln zu müssen. Die Regimenter aber, deren Officiere zu den Verschwornen gehörten, kehrten sich nicht an diesen Befehl, sondern verließen die Kasernen mit fliegenden Fahnen und klingendem Spiel, und zogen nach dem Isaaksplatz, wo sie sich in Schlachtordnung aufstellten. Der General-Gouverneur von Petersburg, Graf Miloradowitsch, suchte die Empörer durch begütigende Vorstellungen zur Unterwerfung zu bringen, kam aber bei diesem Versuche um. Als der Kaiser sich zeigte, wurde er mit drohendem Geschrei empfangen, und seine Bemühungen, sich Gehör zu verschaffen, waren vergeblich. Die aufrührerischen Truppen erwarteten den Befehl zu einem allgemeinen Angriffe, der ihnen glücklicher Weise nicht gegeben wurde. Der Fürst Sergius Trubetzkoi, der, nach den getroffenen Verabredungen, den Aufstand leiten sollte, kam nicht zum Vorschein. Unterdessen hatten sich einige Regimenter um den Kaiser versammelt, der eine Zeit lang den Empörern fast allein, von wenigen Generalen und Officieren umgeben, getrotzt hatte. Seine feste Haltung begeisterte die Seinigen, und blieb auch auf die Gegner nicht ohne Eindruck. Endlich erfolgte ein heftiger, aber ungleicher und kurzer Kampf. Die Kürassiere drangen in die durch den Kartätschenhagel erschütterten Reihen der Empörer, die, ohne Führung geblieben, sich auflösten, in den breiten Straßen von der nachsetzenden Reiterei leicht ereilt und gefangen genommen oder niedergemacht wurden. Einige der Häupter des Aufstandes fielen alsbald in die Gewalt der Verfolger. Ihre Aussagen führten auf die Spur der Uebrigen, deren man sich meist noch in derselben Nacht bemächtigte. Einige Wenige entkamen nach Kronstadt und retteten sich auf fremden Fahrzeugen in das Ausland. Die Leichname der Gefallenen wurden während der Nacht in die Newa geworfen.

Der von dem Nordbunde in Petersburg erregte Aufstand war so nach kurzem Kampfe vollkommen besiegt worden. Die vom Süd-

bunde beabsichtigte Bewegung sollte, obgleich derselbe nach einem noch größeren Maßstabe angelegt war, und unternehmendere Mitglieder besaß, noch leichter erstickt werden. Ein von Pestel in die Verschwörung aufgenommener Officier hatte, sei es aus Reue oder Furcht, dem bei der Süd-Armee stehenden General Roth von dem Vorgefallenen Anzeige gemacht. Letzterer sandte alsbald einen Eilboten an den Kaiser Alexander ab, um in dieser Angelegenheit Verhaltungsbefehle einzuholen. Aber Alexander starb gerade um diese Zeit. Doch General von Diebitsch, der des Verstorbenen Adjutant und Vertrauter gewesen, nahm es über sich, der drohenden Gefahr auf eigene Verantwortlichkeit zuvorzukommen. Auf seine Veranlassung wurden an demselben Tage, wo der Aufstand in Petersburg ausbrach, in dem Wittgenstein'schen Armee-Corps zwölf, in dem unter Osten-Sacken sechs Obersten und viele Officiere unteren Grades verhaftet, und damit in den folgenden Tagen fortgefahren. Pestel war einer der ersten, die dieses Schicksal getroffen hatte. Auf allen Punkten des Reiches leisteten jetzt die Truppen dem Kaiser Nikolaus I. den Eid der Treue, und von überall her wurden der Theilnahme an der Verschwörung Verdächtige nach Petersburg gebracht. Auf Befehl des Kaisers ward ein außerordentlicher Gerichtshof zur Untersuchung und Aburtheilung der Schuldigen niedergesetzt, der aus Mitgliedern der drei höchsten Behörden, dem Senat, dem Reichsrath und der heiligen Synode bestand. Nach einer langen Untersuchung sprach dieser Gerichtshof am 24. Juli 1826 das Erkenntniß über die Angeklagten aus. Fünf derselben wurden zum Tode durch Viertheilung, 31 zur Enthauptung, 17 zu lebenswieriger Zwangsarbeit in den Bergwerken zu Nertschinsk, 25 zu einer mehrjährigen Strafe derselben Art und außerdem zu immerwährender Verbannung nach Sibirien, und eine Anzahl Anderer zur militärischen Degradation oder zeitweiligem Exil verurtheilt. Das Schicksal der zu den beiden ersten Kategorieen gehörigen Verurtheilten ward in so fern gemildert, als die Strafe der Viertheilung in die des Stranges, und die Enthauptung in lebenslängliche Zwangsarbeit verwandelt wurde. Zu dieser letzten Klasse gehörte der Fürst Sergius Trubetzkoi, der dem Namen nach an der Spitze des Nordbundes gestanden, am 26. Decbr. von Schrecken ergriffen, statt auf dem Kampfplatze zu erscheinen, sich zu seinem Schwager, dem österreichischen Botschafter Grafen v. Lebzeltern, geflüchtet, am anderen Tage sich zur Untersuchung gestellt, und durch seine Angaben zur Habhaftwerdung seiner noch nicht entdeckten Mitschuldigen beigetragen hatte. In der Nacht vom 24. zum 25. Juli wurden auf dem Glacis der Citadelle Peter Paul in Petersburg fünf Galgen errichtet, an welchen Pestel und vier seiner Mitschuldigen am anderen Morgen um vier Uhr den Tod erlitten. Alle starben mit der größten Standhaftigkeit, und schienen von der Gerechtigkeit ihrer Sache bis zum letzten Augenblicke überzeugt zu sein. Die Regimenter, welche an dem Aufstande des 26. December

Theil genommen hatten, wurden nach dem Kaukasus geschickt. — Der Fürst, welcher jetzt den russischen Thron bestieg, war, wie dies so oft unter den nächsten Verwandten Statt findet, von seinem Vorgänger sehr verschieden, und seine Regierung sollte in mancher Beziehung mit einem anderen Gepräge bezeichnet sein.

Charakter des Kaisers Nikolaus. Nikolaus I. theilte weder die Vorzüge, noch die Mängel seines Bruders. Er war von beschränkterem Geist und kälterem Gefühl, aber festeren und klareren Sinnes. Von weniger wohlwollender Natur und geringerer innerer Beweglichkeit, wurde er weder von philanthropischen und liberalen Bestrebungen, die Alexander's erste Regierungsperiode bezeichnen, ergriffen; noch sollte er später, wie dieser, mystischen und pietistischen Influenzen ausgesetzt sein. Alexander hatte, wenigstens in seiner guten Zeit, vor Allem nach der Liebe der Menschen gestrebt, Nikolaus zog es vor, gefürchtet zu werden. Der Aufstand beim Anfange seiner Regierung, die Gefahr, welche ihn bedroht hatte, die Festigkeit, mit der er widerstanden, der Schrecken, den in den höheren Klassen die an den Schuldigen vollzogenen Straferkenntnisse erregt, entschieden über die Art, mit welcher er fortan die Regierung führen sollte. Unbedingte Herrschaft im Innern und schonungslose Unterdrückung jeder widerstrebenden Richtung, möglichste Vermehrung des Einflusses auf das Ausland bei Erhaltung des Scheines von Mäßigung; Gleichgültigkeit und selbst Mißtrauen gegen intellectuellen und moralischen Fortschritt, aber unausgesetzte Vervollkommnung des stehenden Heeres, als der einzigen sicheren Stütze für den Despotismus, mit sorgfältiger Ueberwachung der Anführer; dies waren die leitenden Grundsätze, welche dem Nachfolger Alexander's I. bei Uebernahme der Regierung vorschwebten, und die er, ohne zu wanken, unverrückt verfolgt hat.

Alexander I. hatte in seinen letzten Jahren sich wenig um die Einzelheiten der Regierung bekümmert, und seine Aufmerksamkeit vorzugsweise auf die auswärtigen Verhältnisse gerichtet. Dadurch waren die ohnedies unvermeidlichen Mängel in der Verwaltung eines so ausgedehnten Reiches noch vermehrt worden. Sein Bruder fand bei seiner Thronbesteigung eine ungeheuere Menge von Mißbräuchen jeder Art vor: Verschwendung in der Hofhaltung, Unterschleife in der Verwendung der öffentlichen Gelder, Bestechlichkeit der Richter, beliebige Anwendung der Gesetze oder offenbare Rechtsverweigerung. Der Kaiser, der von der Größe seines Berufes durchdrungen und von einer festen Gesundheit unterstützt, sich der Staatsgeschäfte mit einem seltenen Eifer, und im ersten Anfange, bevor er sich in sie hineingearbeitet hatte, mit Aufopferung aller Zeit und Kraft annahm, führte in den Zweigen des öffentlichen Dienstes wenigstens so viel Ordnung und Regelmäßigkeit ein, als von dem Bestehen des Ganzen unzertrennlich ist, wenn auch im Einzelnen nach wie vor viele Ungehörigkeiten und Mißbräuche bestehen bleiben mochten.

Russischer Krieg gegen Persien 1826—1828.

Die ersten Verwicklungen mit dem Auslande sollten dem Kaiser Nikolaus von Osten her erstehen. Seit dem letzten zwischen Rußland und Persien in Tiflis abgeschlossenen Vertrage (15. Septbr. 1814) bestanden zwischen beiden Reichen Grenzstreitigkeiten, zu deren Schlichtung in den letzten Zeiten des Kaisers Alexander Bevollmächtigte zusammengetreten waren. Als jedoch die Nachrichten von dem Tode dieses Monarchen und den Unruhen beim Regierungsantritt seines Nachfolgers am Hofe in Teheran einliefen, wollte der Schah Feth Ali, der Rußland von inneren Kämpfen zerrissen glaubte, die von ihm abgetretenen Provinzen wiedererobern. Er ließ die Unterhandlungen abbrechen, und der Thronfolger Abbas Mirza, der kriegerisch und einiger Maßen mit europäischer Taktik und Disciplin bekannt war, erhielt Befehl, in das russische Gebiet einzufallen. Der in den transkaukasischen Provinzen commandirende General Yermoloff hatte, auf keinen Krieg vorbereitet, dem ersten Andringen des Feindes nicht widerstehen können. Als er jedoch einige Streitkräfte zusammengebracht hatte, schlug er die Perser aus Georgien heraus und schickte sich zur Verfolgung der erlangten Vortheile an, als ihm der Oberbefehl abgenommen wurde. Yermoloff, der einer der talentvollsten russischen Generale war, besaß eben deßhalb viele Neider am russischen Hofe, die ihn der Willkür in seinen Anordnungen, der Ueberschreitung seiner Vollmachten, und sogar der Absicht beschuldigten, sich in der ihm anvertrauten Provinz unabhängig machen zu zu wollen. Zu Yermoloff's Nachfolger wurde der General Paskewitsch ernannt, der für einen ausgezeichneten Soldaten galt. Er bewies bei seiner Kriegsführung eben so große Berechnung als Kühnheit, und überwand alle Schwierigkeiten, welche ihm die wilde Beschaffenheit des Landes, der Mangel an Zufuhr und die feindliche Gesinnung eines Theiles der einheimischen Bevölkerung entgegensetzten. Zugleich verstand er die gegenseitige Eifersucht der tatarischen Häuptlinge, ihre Abneigung gegen die persische Herrschaft, und die Hinneigung der armenischen Bevölkerung zu Rußland trefflich zu benutzen. Die für uneinnehmbar gehaltene und von den Persern mit äußerster Hartnäckigkeit vertheidigte Festung Sardar-Abad ward von den Russen erstürmt und das alte berühmte Eriwan entging einem gleichen Schicksale nur dadurch, daß es den Siegern die Thore öffnete. Abbas Mirza sah sich zur Eingehung eines Vertrages mit dem russischen Feldherrn genöthigt, vermöge dessen das ganze Khanat von Eriwan diesseit und jenseit des Araxes, desgleichen das Khanat von Nachitschewan an Rußland abgetreten, eine Kriegs-Contribution von 18 Millionen Silberrubeln erlegt, und außerdem alle in den früheren Friedensschlüssen Rußland gemachten Zugeständnisse (die ausschließende Befahrung des kaspischen Meeres durch russische Kriegesschiffe, der freie Handel mit Persien u. s. w.) erneuert wur-

den. Paskewitsch, dessen Ruf in dem fernen Armenien und am Ufer des Araxes begonnen und später an der Weichsel und in Ungarn sich bewähren sollte, ward von seinem Monarchen mit dem Titel eines Grafen von Eriwan belohnt.

Russisch-türkischer Krieg 1828—1829.

Die russische Politik hatte in Bezug auf die orientalischen Interessen, seit dem Regierungsantritte des Kaisers Nikolaus, eine gänzliche Veränderung erfahren. Dieser Monarch, obgleich seinem persönlichen Charakter nach weniger freisinnig als Alexander I., ließ sich nicht, wie dieser, von eifler Unterstützung der Griechen durch Legitimitäts-Theorien mit Anwendung auf den Sultan abhalten, und trat, um Vorwand zu einem Bruche mit der Pforte zu finden, mit den schon unter Alexander I. an sie gestellten, von ihr aber entweder gar nicht oder immer sehr unvollständig erfüllten Forderungen hervor. In der Moldau und Walachei sollte den russischen Unterthanen für ihre durch die Maßregeln türkischer Behörden seit 1821 erlittenen Einbußen voller Schadenersatz gewährt werden. Die Pforte, welche einen Krieg gegen Rußland so weit als möglich hinausschieben wollte, ging den Vertrag von Akjerman (25. September 1826) ein, vermöge dessen die Hospodare zwar von der Pforte ernannt, aber von ihren Stellen, ohne Zustimmung des russischen Cabinets, nicht entlassen werden sollten. Es war natürlich, daß sie fortan ihre Blicke noch mehr als vorher nach Petersburg richteten, von wo sie Alles zu hoffen, während sie in Constantinopel nichts mehr zu fürchten hatten. Die Russen dachten nur daran, wie sie die ihnen gemachten Zugeständnisse ungebührlich ausdehnen, die Türken, wie sie die geleisteten Versprechungen möglichst unerfüllt lassen könnten.

Die Türkei befand sich in einer gefährlichen Lage. Seit mehreren Menschenaltern war ihre innere Zerrüttung mit der nach jedem Friedensschlusse verminderten äußeren Macht Hand in Hand gegangen. Die früheren Hebel der Größe waren allmählich Ursachen des Verfalles geworden. Die Janitscharen, einst der Schrecken der Christenheit, jagten jetzt dem Sultan mehr Furcht als seinen Feinden ein. Ihre Taktik und Disciplin war nicht nur längst hinter dem europäischen Kriegswesen zurückgeblieben, sondern auch in sich selbst verfallen. Sie hatten schon seit längerer Zeit sich mehr bei Aufständen als in Schlachten hervorgethan. Mahmud II. hatte die Ueberzeugung gewonnen, daß, ohne eine Umgestaltung des Heerwesens, das türkische Reich einer unausbleiblichen Auflösung entgegenging. Er glaubte durch den Vertrag von Akjerman den Krieg mit Rußland hinausgeschoben, und dadurch Zeit zur Bildung einer neuen Streitmacht, als Ersatz für die aufzuhebenden Janitscharen, gewonnen zu haben. Am 28. Mai 1827 erschien ein großherrlicher Hattischerif, durch welchen die Janitscharen zwar nicht aufgehoben, aber die Errichtung eines regelmäßigen Fußvolkes angeordnet, und den Janitscharen befohlen

wurde, von jeder Orta (Bataillon) 150 Mann zur Einstellung in die neuen Truppen abzugeben, zu denen das Versprechen eines erhöhten Soldes alsbald viele Freiwillige herbeizog. Die Janitscharen begriffen, daß dies der Anfang zu ihrer gänzlichen Beseitigung wäre, und glaubten, zu den Waffen greifen zu müssen. Am Abend des 14. Juni begann der Aufstand damit, daß einzelne Haufen in die Paläste mehrerer ihnen besonders verhaßter Großen eindrangen, um sie niederzumachen. Diese waren entflohen, aber ihr Eigenthum ward geplündert oder zerstört. Während der Nacht trafen die Anführer der Janitscharen die Verabredung, am anderen Morgen mit ihrer ganzen Macht auf dem großen Platze Etmeïdan, der alten byzantinischen Rennbahn, zu erscheinen. Aber auch der Sultan hatte seine Maßregeln getroffen. Zuverlässige Truppen waren in einem Uebungslager bei Constantinopel versammelt worden, die mit Tagesanbruch gegen den Etmeïdan vorrückten. Die Janitscharen waren ohne oberste Leitung geblieben, denn ihr Aga hatte sich auf die Seite des Sultans geschlagen. Ueberall von Kartätschen niedergeschmettert, warfen sie sich in ihre Kasernen, wo sie eine Zeit lang einen entschlossenen Widerstand leisteten, bis dieselben in Brand geschossen wurden. Was nicht im Kampfe gefallen oder in den Flammen umgekommen, ward jetzt dem Beile des Henkers übergeben. Acht Tage lang dauerten die Hinrichtungen. Am 17. Juni wurde ein Ferman des Sultans bekannt gemacht, der die Abschaffung des Instituts der Janitscharen erklärte, und jeden mit dem Tode bedrohte, der es wagen würde, fortan noch deren Namen und Kleidung zu tragen. Die Janitscharen hatten über vierhundert Jahre lang gedauert, und früher in vielen Schlachten den Ausschlag gegeben, waren aber zuletzt ausgeartet, und ihre Abschaffung ließ, nachdem die erste dadurch verursachte Bewegung vorübergegangen, keine Lücke zurück.

Mahmud II. that jetzt alles Mögliche, um ein auf europäischem Fuße eingerichtetes Heer in kurzer Zeit aufstellen zu können. Eine Menge fremder Officiere, besonders viele Franzosen, die nach Napoleon's Sturz ihr Glück im Orient versucht hatten, fanden sich in Constantinopel ein und unterstützten den Sultan bei seinem Werk.

Das russische Cabinet suchte indessen um jeden Preis einen Bruch herbeizuführen, um den Türken keine Zeit zur Vermehrung ihrer Widerstandsmittel zu lassen. Es betrieb die Unterhandlungen mit England und Frankreich über Gründung eines griechischen Staates mit mehr Eifer als früher, während es seine besonderen Forderungen an die Pforte erneuerte. Der Feldmarschall Graf von Wittgenstein ward an die Spitze aller in Europa gegen die Türkei zu verwendenden Streitkräfte gestellt, während der durch den glücklichen Feldzug gegen die Perser bekannt gewordene General Paskewitsch, Graf von Eriwan, von Georgien aus das türkische Armenien angreifen sollte.

In ihren Kriegs-Manifesten überboten sich die beiden Mächte in

gegenseitigen Anklagen und Beschwerden, wobei jedoch die Wahrheit von den Türken weniger als von den Russen verletzt wurde. Nikolaus I. erklärte, keine Eroberungen machen, sondern die Pforte nur zur Beobachtung der von ihr seit dem Frieden von Kainardschi mit Rußland eingegangenen Verträge zwingen zu wollen. Mahmud II. dagegen läugnete es nicht, den Vertrag von Akjerman nur in der Absicht abgeschlossen zu haben, um Zeit zu Rüstungen für den Krieg zu gewinnen.

Am 7. Mai 1828 überschritten die Russen den Pruth, und nahmen die Moldau und Walachei, ohne Widerstand zu finden, ein. Die Hospodare unterwarfen sich nach kurzem scheinbaren Widerstreben und blieben an der Spitze der Verwaltung ihrer Provinzen. Erst Ende Mai kam Hussein Pascha in Schumla an, und noch später, im August, setzte sich der Groß-Vezir mit der Hauptarmee in Bewegung. Die Langsamkeit der türkischen Kriegsführung konnte aus dem Umstande erklärt werden, daß der Sultan, seit der Schlacht von Navarin ohne Flotte, seine Hauptstadt und andere verwundbaren Stellen an der Küste zu decken hatte, wo der Feind sonst hätte landen können. Auch bestand sein Heer fast nur aus Neulingen, da die alte Streitmacht, die ihren Schwerpunkt in den Janitscharen gehabt, im vorigen Jahre aufgelöst worden war. Außerdem ging das türkische Reich eben aus einem sechsjährigen, blutigen und kostspieligen Kriege gegen die Griechen hervor. Aber von den Russen, die sich seit Jahren auf diesen Kampf ungestört hatten vorbereiten können, ward in diesem Feldzuge ein auffallender Mangel an Kraft und Einsicht an den Tag gelegt. Zu der Einnahme der kleinen Donau-Festungen Isaktschi, Brailow u. s. w. ward ungewöhnlich viel Zeit gebraucht, und Varna ging, ungeachtet der Kaiser Nikolaus bei der Belagerung persönlich erschien, nur durch den Verrath des türkischen Gouverneurs, der sich durch Geld bestechen ließ, über. Die Absicht der Russen, das verschanzte türkische Lager bei Schumla einzuschließen, mißlang, und aus mehreren einzelnen Gefechten gingen die Türken sogar als Sieger hervor. Die Maßregeln für Verpflegung und Zufuhr waren bei der russischen Armee so schlecht getroffen worden, daß unter den Soldaten ansteckende Krankheiten entstanden und die Pferde in Masse fielen. Die Russen hatten in diesem Feldzuge so wenig ausgerichtet, daß nur ein kleiner Theil ihres Heeres auf dem rechten Ufer der Donau zurückblieb, die Hauptmacht aber die Winterquartiere in der Moldau und Walachei bezog.

In Asien war von Paskewitsch, der ein kühnerer und glücklicherer Feldherr als Wittgenstein war, mit mehr Ruhm und Erfolg gefochten, und unter Anderem die wichtige Festung Kars im türkischen Armenien von ihm eingenommen worden. Aber die Streitkräfte, über welche er gebot, waren zu gering, um etwas Entscheidendes leisten zu können. Die großen Verluste, welche er ungeachtet der davon getragenen Vortheile erlitten, die schwierige Beschaffenheit des Bodens,

und der in jenen Gegenden früh hereinbrechende Winter zwangen ihn, sich bereits im October nach Georgien zurückzuziehen.

Der Kampf brach im folgenden Jahre von Neuem aus und ward diesmal mit größerem Erfolge für die russischen Waffen gekrönt. Dem russischen Heere, welches während des Winters auf wenigstens 150,000 Mann gebracht worden, konnte die Pforte kaum 50,000 Mann regelmäßig eingeübter Truppen entgegensetzen. An Stelle des Feldmarschalls Grafen von Wittgenstein, der sich in den letzten Feldzügen gegen Napoleon ausgezeichnet hatte, aber seitdem sehr gealtert war, erhielt der General von Diebitsch den Oberbefehl über das russische Heer. In Asien commandirte nach wie vor Paskewitsch.

Die Russen trugen jetzt einen Vortheil über den anderen davon. Am 11. Juni 1829 schlug Diebitsch den Großvezier in der Nähe von Schumla. Den 18. Juni ging Silistria über, das im Jahre vorher vergebens belagert worden. Am 20. Juli überstieg Diebitsch den Balkan, und erhielt für diese, bisher von keinem russischen Feldherrn, vollbrachte That, den Grafentitel mit der Bezeichnung: Sabalkanski. Am 20. August zogen die Russen in Adrianopel, der zweiten Hauptstadt des türkischen Reiches, ein. In derselben Zeit hatte Paskewitsch in Asien große Erfolge errungen, und die Hauptstadt des türkischen Armeniens, das schon zu den Zeiten der Römer berühmte Erzerum (arx Romanorum), eingenommen. Die Kraft des Sultans schien endlich gebrochen zu sein. Ganz Europa erwartete in jenem Augenblick die Besetzung Constantinopels durch die Russen, welche, jedenfalls zu einem solchen Unternehmen zu schwach, außerdem durch die Vorstellungen der fremden Diplomatie von jedem weiteren Vorrücken abgehalten wurden.

Eine Eroberung der Türkei lag damals nicht in den Absichten des Kaisers von Rußland, und würde, hätte er sie in das Werk setzen wollen, alle Großmächte gegen ihn vereinigt haben. Der Friede, den er der Pforte bewilligte und der am 14. September 1829 in Adrianopel abgeschlossen wurde, legte derselben, im Vergleich zu dem unglücklichen Ausgange des Krieges, keine übergroßen materiellen Opfer auf, schwächte aber ihr moralisches Ansehen, und gewöhnte die Welt daran, Rußland als den Schiedsrichter in den türkischen Angelegenheiten anzusehen. Der Sultan trat die Städte Achalzik und Achalkalaki sammt ihren Gebieten ab, die bisher zu dem türkischen Armenien gehört hatten, versprach innerhalb 18 Monaten 1,500,000 Dukaten als Entschädigung an russische Privatleute für seit dem Anfange des griechischen Befreiungskrieges durch die türkischen Behörden erlittene Verluste, und 10,000,000 Dukaten als Ersatz für die Kriegskosten zu bezahlen. Auch nahm er den von ihm vorher immer verworfenen Vertrag vom 6. Juli in Betreff Griechenlands an. In Bezug auf die Donau-Fürstenthümer wurden die früheren Verträge erneuert, wodurch Rußland ein Recht der

Einmischung in deren innere Verwaltung, und Gelegenheit zu Beschwerden und Forderungen an die Pforte erhielt. Außerdem ward aber, um den Einfluß des Sultans auf die Hospodare der Moldau und Walachei noch mehr als bisher zu beschränken, festgesetzt, daß dieselben fortan auf Lebenszeit ernannt werden sollten.

---

10. Großbritannien bis zum Tode Georg's IV.

(Nach Reinhold Pauli, Geschichte Englands seit den Friedensschlüssen von 1814 und 1815, bearbeitet vom Herausgeber.)

a. Die letzten Jahre Georg's III. (reg. 1760—1820).

Das Tory-Ministerium Liverpool (1812—1826).

Großbritannien bildete, wie geographisch, so auch geschichtlich, die Uebergangsstufe zu Nordamerika; es war das Vorbild der constitutionellen Gestaltungen in Europa, wie die Wiege der republikanischen in Amerika. Es hielt die Mitte zwischen der demokratischen Richtung der Vereinigten Staaten und der oligarchischen in Frankreich. Ohne der Monarchie zu entsagen, gewährte es den Anblick einer Republik in der Form einer aristokratisch-parlamentarischen Regierung; denn nicht vom Königthum, sondern von der Mehrheit im Parlament gingen die eigentlichen Entscheidungen aus. Die oceanische Lage hatte, wie die nationale Selbständigkeit, so auch die Unabhängigkeit und Eigenthümlichkeit der Entwicklung begünstigt. Daher das thatkräftige Selbstgefühl des Engländers, daher aber auch die Gleichgültigkeit gegen das Fremde und das Behagen an Eigenheiten, selbst wo diese nicht sowohl in Freiheiten als in Wunderlichkeiten bestanden. Die Achtung, welche sich im Allgemeinen dem englischen Charakter zugewendet hatte, galt seiner männlichen Energie, seinem einheitlichen Wollen und Handeln, seinem praktischen Geschicke *).

Durch die ungeheuren Anstrengungen während des zwanzigjährigen Kampfes gegen Frankreich hatte Großbritannien seine Staatsschuld fast auf das Vierfache (der von 1792) vermehrt, so daß deren Verzinsung gegen 32 Millionen Pfund verschlang. Daher drang das Parlament gleich in seiner nächsten Session (1816) auf Ersparnisse und lehnte die von den Ministern beabsichtigte Forterhebung der Einkommensteuer ab, die einst von Pitt ausdrücklich nur für die Kriegsjahre umgelegt worden war. Zugleich richtete die Opposition ihre Angriffe gegen den hohen Präsenzstand der Truppen (176,000 Mann

---

*) Nach Adolf Schmidt in Fr. v. Raumer's historischem Taschenbuch, 3. Folge, 6. Bd., S. 201 ff.

Landtruppen) und gegen die grenzenlose Verschwendung des Hofes, namentlich gegen das unsittliche Leben des Prinz-Regenten, des nachmaligen Königs Georg IV., dessen Civilliste (von 800,000 Pfund) jährlich um eine halbe Million überschritten wurde. Dazu kam eine Stockung des Handels mit dem Ende des Krieges, der bisher zur Verfertigung seiner Werkzeuge jährlich an 50 Millionen eingebracht hatte, und die sanguinischen Hoffnungen, die man auf die Folgen der Oeffnung aller Häfen des Continentes gemacht hatte, zeigten sich bald als täuschend, weil das durch die Leiden des Krieges ausgesogene Festland in seiner Armuth die massenhaft über den Ocean herbeigeführten Waaren nicht bezahlen konnte, deren Preise also nothwendig sinken mußten, so daß die Speculation statt des gehofften Gewinnes nur schwere Verluste hatte. Um das Unglück noch zu erhöhen, brachte das Jahr 1816 eine allgemeine Mißernte, im Westen und Süden Europa's durch unaufhörliche Regengüsse, im Norden und Osten durch hartnäckige Dürre. Die Preise aller Feldfrüchte stiegen rasch auf das Doppelte, ohne daß sichere Aussicht vorhanden war, auch nach Oeffnung der Häfen alsbald hinreichende Zufuhr zu schaffen.

Noch ehe die Noth sich bis zu dieser Höhe steigerte, hatten die am schwersten betroffenen Theile der Bevölkerung Gewaltthätigkeiten begonnen. Zahlreiche Schaaren brodloser Arbeiter durchzogen das Land und zerstörten, trotz der bei den Brod-Unruhen von 1812 auf solche Verbrechen gesetzten Todesstrafe, die Maschinen als die Ursache ihres Unglückes und bemächtigten sich der Vorräthe in Küche und Keller. Alle Mittel der Wohlthätigkeit und Polizeigewalt (Armenhaus und Gefängniß) erwiesen sich ohnmächtig, das Uebel steigerte sich noch, als mit dem Friedensschlusse große Massen, die in Heer und Flotte und den Werkstätten des Staates gedient hatten, verdienstlos wurden und, meistens verwegene Gemüther und der lohnenden Beschäftigung des Friedens entwöhnt, sich den Landstreichern und Dieben zugesellten und als endlich überall Theuerung und Stockung drohten.

Unter diesem Drucke der allgemeinen Noth begann William Cobbett eine radikale Agitation. Er hatte, gestützt auf die Anschauungen, die er als Soldat in Nordamerika gewonnen, schon seit dem Jahre 1802 in einer unter dem Namen des „Politischen Registers" herausgegebenen Wochenschrift die drückenden Korngesetze, das maßlose Anschwellen der Staatsschuld, das als unhaltbar erkannte parlamentarische System immer offener und schonungsloser bekämpft. Zu stolz und ungestüm, um jemals die edleren Kräfte der Opposition für sich zu gewinnen, entwarf er sogleich das äußerste Programm: allgemeines Stimmrecht, jährliche Parlamentswahlen (statt der siebenjährigen), geheime Abstimmung, und stürzte sich, zumal nachdem er 1810 wegen eines Preßvergehens 2 Jahre eingesperrt worden, immer weiter in die Agitation. Was der Staats-

gewalt während des Sommers 1816 nicht gelungen, das vollbrachte Cobbett: er dämpfte die Insurrection, indem er den Arbeitern ernstlich vorstellte, daß ihr Unglück nicht durch die Maschinen verschuldet werde, sondern durch die Mißregierung der herrschenden Klassen, gegen die es nur ein sicher wirkendes Heilmittel gebe, die Parlaments-Reform, und um diese zu erlangen, solle sich jeder an Volksversammlungen und an riesenhaften Petitionen betheiligen. So lenkte er die Bewegung wenigstens in gesetzliche Schranken. Die Minister aber glaubten, besonders da inzwischen ein Attentat auf den Prinz-Regenten, bei dessen Rückkehr von der Parlaments-Eröffnung (1817), geschehen war, sich durch Ausnahmegesetze schützen zu müssen, wie Pitt sie zuerst 1795, als er die Ausbreitung der französischen Revolution nach England befürchtete, gewagt hatte. Das Parlament bewilligte der Regierung die verlangte Suspendirung der Habeas-Corpus-Acte (zunächst bis zum 1. Juli); jene konnte jetzt alle der Verschwörung Verdächtigen ohne Untersuchung einstecken und nach Gutdünken gegen sie auf Hochverrath einschreiten. Dieses Einschreiten geschah zum Theil mittelst verwerflicher Werkzeuge, die zugleich Aufruhrstifter und Spione waren. Als nun auch Verfolgungen der liberalen Presse begannen, begab sich Cobbett zum Entsetzen von Tausenden, die auf seinen Muth geschworen, auf die Flucht nach Amerika, um jenseits des Meeres eine „Geschichte der letzten Tage der englischen Freiheit" zu schreiben.

Besser gestalteten sich die Aussichten im folgenden Jahre (1818). Das Ministerium erkannte, wie es mit seinem Systeme des Druckes nur der erstarkenden Opposition in die Hände gearbeitet habe. Daher gab es selbst die Initiative zur Aufhebung der bisherigen Suspension der Habeas-Corpus-Acte, welche Bill nach dreimaligem Verlesen ohne Widerspruch genehmigt wurde. Zehnmal war in einem Zeitraume von 120 Jahren dieser Freibrief suspendirt, aber niemals die Beendigung der Suspension von dem Ministerium selbst beantragt worden. Daher gelang es diesem, auch eine Bill (Indemnity-bill) durchzusetzen, welche die Minister von aller Verantwortlichkeit wegen des Gebrauches ihrer Macht während der Dauer der Suspension befreite, und die Anklagen, welche der Gemeinderath von London und mehrere Oppositions-Mitglieder gegen dasselbe richteten, wurden mit großer Majorität zurückgewiesen.

Bei der Neuwahl des Parlaments feierte zwar die Opposition in den heftigen Wahlkämpfen, die in den meisten englischen Wahlbezirken Statt fanden, manchen Triumph, aber ihr Antrag auf Ernennung eines Ausschusses, der den Zustand der Nation untersuchen solle, wurde von den Ministern Castlereagh (später Marquis von Londonderry) und Canning mit solchem Erfolge bekämpft, daß er mit 357 Stimmen gegen 178 verworfen wurde, und der Antrag auf Parlaments-Reform, welchen Sir Francis Burdett erneuerte, erhielt nur 58 Stimmen.

Desto heftiger wurde die Reform der arbeitenden Klasse betrieben und die englischen Massen gefielen sich jetzt in dem Namen der „Radikalen" (radical reformers). James Hunt, ein Stiefelwichsehändler von Profession, welcher der Abgott des Pöbels war und fortwährend mit Cobbett in Verbindung stand, hielt schon im Januar 1819, dem Verbote des Magistrates von Manchester zuwider, Aufzüge mit Bannern, welche die Menschenrechte, allgemeines Stimmrecht, Abschaffung der Korngesetze forderten. Als nun im Frühjahre die Stockung in Handel und Gewerbe durch mißliche Conjuncturen des Auslandes wieder bedenklich wurde und immer mehr Hände feiern mußten, begann die Thätigkeit in den Reform-Meetings von Neuem. Ein Baronet aus Staffordshire, Sir Charles Wolseley, welcher behauptete, unter den Erstürmern der Bastille gewesen zu sein, ließ sich von einer Versammlung von 15,000 Menschen unweit Birmingham zum „legislativen Anwalt" der im Parlament nicht vertretenen großen Fabrikstadt wählen, und schwor, demnächst seinen Sitz im Unterhause zu nehmen. Die Arbeiter aus der Gegend von Manchester gedachten, nach dem Beispiele Birminghams, sich ebenfalls einen legislatorischen Anwalt zu wählen. Zu diesem Zwecke versammelten sich am 16. August gegen 80,000 Menschen auf dem damals noch unbebauten Petersfelde (an der Peterskirche zu Manchester), wo auch Weiber nicht fehlten, wie ehedem in Paris und Versailles. Gegen 1 Uhr kam Hunt unter donnerndem Hurrah mit Fahnen und Musik angefahren. Kaum hatte er auf der von zwei Karren gebildeten Tribüne, seinen weißen Hut (in jenen Tagen das Abzeichen volksthümlicher Entschlossenheit) in der Hand, angefangen vor der lautlosen Menge zu reden, als vier Züge Husaren herangeritten kamen und mit flachen Klingen die entsetzten Haufen so aufeinander drängten, daß der dichte Knäuel oft über dem Boden emporgehoben wurde. In 10 Minuten war der Platz gesäubert, Hunt und zehn seiner Genossen wurden verhaftet, aber wegen der allgemeinen Erbitterung über die „Schlacht von Peterloo", wie man „das Blutbad von Manchester" (man weiß nur von 6 Getödteten) zur Verspottung des Militärs nannte, stand die Regierung von einem Hochverraths-Proceß ab und entließ Hunt und Genossen, sobald sie nur der Form wegen einige Bürgschaft gestellt hatten. Während nun die Reform-Meetings in Form von Leichenzügen fortdauerten, wobei die Redner in Trauer, die Banner mit Flor umhüllt erschienen, berief die Regierung schleunigst das Parlament und legte ihm sechs Gesetze („die Knebelbills") vor, welche gegen zukünftige Gefahren des Aufruhrs sicher stellen, namentlich aber das Versammlungsrecht und die Preßfreiheit beschränken sollten. Die Opposition scheiterte mit ihren Gegenanträgen auf Untersuchung der Lage der Fabrikbezirke, und der Minorität blieb nichts übrig, als gegen die sechs Bills, welche heutigen Tages von allen juristischen Autoritäten als die letzte Verletzung der britischen Verfassung gebrandmarkt werden, zu

protestiren. Nach der Annahme derselben wurde das Parlament vertagt und einen Monat später (29. Jan. 1820) starb Georg III., 82 Jahre alt, blödsinnig und erblindet. Seine Regierung (von sechzig Jahren) war die längste und wechselvollste der Dynastie gewesen; sein Eigenwille hatte den Anstoß zur Unabhängigkeit Amerika's gegeben, mit zäher Ausdauer war er dann seinen Unterthanen vorangegangen, um dem geknechteten Europa seine Freiheit wieder zu erringen. Doch der Verfassungsstaat, der so Großes dazu beigetragen, daß unter den Thronen des Welttheiles der englische allein nicht gewankt hatte, schien Jahre lang durch Georg's III. starres Trachten nach dem persönlichen Regimente in seinen Grundfesten bedroht. Die neuen Ideen maßen sich hier noch ohne Erfolg mit den alten Elementen des Staates und der Gesellschaft, die in diesen Landen überaus hartnäckig ihr eigenthümliches Leben bewahrt hatten.

b. Die Regierung Georg's IV. 1820—1830.

aa. Unter dem Ministerium Liverpool, bis 1826.

Der Uebergang der Krone auf den Thronerben (Regent seit 1811) hatte thatsächlich schon vor 9 Jahren Statt gefunden, und so konnte denn von den gewöhnlichen Erwartungen, die einen Thronwechsel zu begleiten pflegen, keine Rede sein; vielmehr führte dieser sofort eine Scene der scandalösesten Art herbei.

Der Proceß der Königin. Georg IV. hatte nach einem wüsten Jugendleben in Trunk und Spiel, mit Weibern und Schmarotzern, im Jahre 1794 die Prinzessin Karoline von Braunschweig geheirathet; aber wie noch vor der Vermählung beide ihre Abneigung gegen einander nicht hatten verhehlen können, so ließ sich nach der Geburt einer Tochter, der Prinzessin Charlotte, der Widerwille zwischen Mann und Weib nicht mehr verdecken; sie verließ den Hof und bezog einen Landsitz, er aber war froh, mit der reichen Dotation (etwa 700,000 Pfund) des Parlaments seine riesenhafte Schuldenlast von sich abwälzen zu können. Nicht nur, daß er sein wüstes Leben fortsetzte, suchte er auch sich seiner Gemahlin ganz zu entledigen und deßhalb ihre Treue zu verdächtigen. Sie beantragte auf den Rath Henry Brougham's beim Unterhause eine Untersuchung, da sie sich von aller Schuld frei wisse; bei dieser kam des Regenten boshaftes Verhalten an den Tag, und die Sympathieen für die Verfolgte wurden immer allgemeiner. Sie verließ endlich England und begab sich auf Reisen nach der Schweiz, Italien und Palästina. Aber auch in der Ferne ließ ihr Gemahl sie von Spionen der gemeinsten Art belauern, um Beweismittel zu einem Scheidungs-Processe herbeizuschaffen. Als sie nun nach der Thronbesteigung ihres Gemahls nach England zurückkehrte, versuchten die Minister, durch Unterhandlungen mit ihrem Vertreter Brougham, eine Ausgleichung,

jedoch mit der Bedingung, daß sie im Auslande leben sollte. Da sie diese Zumuthung zurückwies, so brachte Lord Liverpool die peinliche Bill vor das Oberhaus, demzufolge Karoline von Braunschweig aller Vorrechte als Königin entkleidet und die Ehe mit dem Könige gelöst werden sollte. Obgleich auch ihr die Beweismittel ihrer Untreue, welche die Regierung seit Jahr und Tag hatte sammeln lassen, hie und da unruhige Augenblicke bereiten mochten, erschien sie doch (17. August) vor dem Oberhause unter stets wachsender Theilnahme des Volkes. Mit Hintansetzung jedes Gefühles der Schicklichkeit suchten die Zeugenaussagen die ehebrecherische Schuld der Königin in ihrer ganzen Nacktheit darzuthun, aber die meisterhaften Vertheidigungsreden Brougham's und seines Collegen Denman hatten solche Wirkung, daß bei der dritten Lesung der Bill die Regierung nur eine ganz unbedeutende Majorität (108 gegen 99) erhielt, und da die Königin, falls die Bill an das Unterhaus käme, mit einer Gegenklage drohte, so ließ das Ministerium die Sache fallen, indem es das Parlament plötzlich vertagte. Der Jubel des Volkes, sobald Hof und Ministerium geschlagen, kannte in allen drei Königreichen keine Grenzen, wie bei der Siegesnachricht von Waterloo, denn das Volk wollte die Königin nicht schuldig, nicht verurtheilt wissen, ihm war die gleiche, die größere Schuld des gekrönten Gemahls bekannt. Nachdem dieser Enthusiasmus verraucht war, mußte sie noch die letzte und tiefste Erniedrigung erdulden, die Zurückweisung bei der überaus prachtvollen Krönung des Königs. Der Gram brach ihr Herz und sie starb drei Wochen (7. August 1821) nach der Krönung, nachdem sie beim Abschiede Brougham erklärt hatte, wie gern sie sterbe, denn seit den Jahren der Jugend sei ihr das Leben zur Last gewesen. Das Leichenbegängniß „der mißhandelten Königin von England", wie sie auf ihrem Sarge genannt sein wollte, ging nicht ohne tumultuarische Scenen in der Hauptstadt vor sich. Mit der Einschiffung in Harwich und der Beisetzung in Braunschweig war endlich alles Aergerniß überstanden, mit dem der Leichnam noch die Krone und die Lenker des Staates bedroht hatte.

Die Fragen der äußeren und inneren Politik, welche durch den Schandproceß Monate lang geruht hatten, traten jetzt wieder in den Vordergrund; im Unterhause wurde die Nothwendigkeit der politischen Emancipation der Katholiken schon mit einer Mehrheit von 19 Stimmen anerkannt, aber die Bill im Oberhause verworfen. Vorschläge über Parlaments-Reform, Revision des Zoll-Tarifs, Erleichterung des maritimen Verkehrs konnten jetzt noch nicht durchdringen, aber ganz fruchtlos lief die Session von 1821 doch nicht zu Ende, denn von ihr eben datirt die Taktik der parlamentarischen Reformer, die sich während eines Jahrzehents immer besser bewähren sollte: nicht müde zu werden und immer wieder geduldig dieselben Beweise, dieselben Thatsachen vorzubringen.

Einstweilen beschäftigte die äußere Politik das Parlament mehr

als die innere. Das britische Cabinet, welches sich schon in Aachen dem Ansinnen der heiligen Allianz, allenthalben die legitime Fürstengewalt zu garantiren, entzogen hatte, behauptete auch seine neutrale Stellung, als beim Ausbruche der Revolution in Südeuropa die verfänglichen Anträge aus Petersburg, Wien und Berlin, die alle auf ein gemeinsames Handeln hindrängten, sich erneuerten. England betheiligte sich daher nicht an den Beschlüssen der heiligen Allianz zu Troppau und Laibach und erkannte nur das Interventionsrecht der zunächst betroffenen (der benachbarten) Staaten an, nicht aber das Princip, daß ein europäisches Directorium sich über jede nationale Souverainetät stelle, wie die Ostmächte wollten. Diese negative Thätigkeit war natürlich der liberalen Partei zu wenig und erfuhr im Parlamente heftige Aeußerungen des Tadels. Als nun die Revolution in Spanien ein Einschreiten Frankreichs und dadurch eine Steigerung des französischen Einflusses befürchten ließ, entschloß sich der englische Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Castlereagh, jetzt Lord Londonderry, persönlich auf dem Congresse zu Verona zu erscheinen und dort den Standpunkt zu vertreten, den England gegenüber den Ostmächten eingenommen hatte. Allein übermäßige Anstrengungen, namentlich als Vertreter der Regierung bei den langen, unerquicklichen Debatten im Parlamente, hatten seine Kräfte so erschöpft, daß er in Geistesabwesenheit verfiel und sich am 12. August 1822 mit einem Federmesser die Schlagader aufschnitt. Nur die bereits schwindende Zahl seiner Verehrer bei Hofe und der Regierungspartei hat ihrem Schmerze über das Ende, ihrer Bewunderung über die Leistungen des Mannes freien Lauf gelassen, dessen Festigkeit, die vornehmste Eigenschaft seines Wesens, gleich nachdem er die öffentliche Laufbahn betreten, nicht wenig dazu beitrug, die heimatliche Insel (er war ein Irländer) vermittelst der Union von 1801 zu behaupten und späterhin im Kampfe mit Napoleon besonders hell leuchtete, dessen Sprödigkeit aber wider Alles, was nach Fortschritt, Aufschwung, Wechsel oder Umsturz aussah, während der Friedensjahre nicht eine Spur von dem Freimuthe und von der Reformerkenntniß des jüngern Pitt verrieth.

Georg Canning (geboren zu London 11. April 1770), der eben im Begriffe war, als General-Gouverneur nach Calcutta zu gehen, übernahm am 12. September das Ministerium des Aeußern. Aller Widerspruch gegen seine eigenwillige Persönlichkeit, gegen seine warme Hinneigung zu den Katholiken mußte seiner glänzenden Redegabe, seiner großen Geschäftskenntniß, seiner energischen Auffassung der allgemeinen Weltlage weichen. Als der Congreß in Verona, wo Wellington die englische Politik vertrat, auch ohne Zustimmung Englands die Intervention in Spanien beschloß, ließ Canning andeuten, daß er weiter als sein Vorgänger gehen und schon wegen der commerciellen Interessen nicht säumen werde, die so gut wie unabhängig gewordenen südamerikanischen Colonien anzuerkennen, ein Schritt,

wodurch er sofort des Beistandes der öffentlichen Meinung sicher war. Der Erfolg der französischen Waffen in Spanien, die Möglichkeit, die abgefallenen Colonieen gewaltsam wieder zu gewinnen oder in die unbefugten Hände eines fremden Eroberers zu bringen, endlich die fortdauernde Occupation Spaniens durch französische Truppen beschleunigten die wirkliche Anerkennung ihrer Unabhängigkeit durch England. Die für den Inselstaat stets maßgebenden Handels-Interessen fielen hier zusammen mit der steigenden Abneigung gegen den Absolutismus und überwogen auch zuletzt beim Könige die Intriguen der Ostmächte, welche darauf gerichtet waren, „de faire sauter Mr. Canning." Dieser gewann vielmehr beim Könige so unbedingtes Vertrauen, daß er fortan unbehindert schalten konnte. Stolz, im Angesichte zweier Welttheile, im Angesicht von Freund und Feind daheim und draußen, schrieb Canning einem Freunde in Paris: „Wohlan! die neue Welt ist aufgerichtet, und sie ist unser, wenn wir sie nicht von uns stoßen."

Als im Jahre 1826 in Portugal nach dem Tode Johann's VI. dessen unmündige Enkelin Donna Maria da Gloria folgte, weil ihr Vater Dom Pedro vorzog, Kaiser von Brasilien zu bleiben, und als letzterer seiner Schwester, der Regentin, eine Verfassung einsandte, war Ferdinand VII. von Spanien, der jüngst erst selber noch der Dazwischenkunft fremder Waffen seine Rettung verdankt hatte, der Wortführer der Einmischung in dem Nachbarlande, um keinen Ableger der brasilianischen Constitution in Europa aufkommen zu lassen. Plötzlich (3. December) ersuchte der portugiesische Gesandte Palmella die englische Regierung um Schutz gegen einen Einbruch der Spanier, der vielleicht die Franzosen hinter sich her ziehen könnte. Da zeigte Canning trotz seines Alters und seiner Kränklichkeit, daß er, der bis dahin den Krieg stets zu vermeiden verstanden hatte, auch der Mann sei, sofort den Fehdehandschuh aufzunehmen. In wenigen Tagen waren die Truppen auf dem Marsche zur Einschiffung. Die Expedition, welche schon am Weihnachtstage im Tajo die Anker warf, und rasch, ohne Spanien in den Krieg zu verwickeln, den Einbruch der Insurgenten vernichten half, bildete den Schlußstein zu dem neuen Bau, den er auf beiden Ufern des atlantischen Oceans betrieben. Großbritannien hatte sich wieder zum selbständigen Schiedsrichter in der Welt erhoben und wahrte den Frieden, indem es auch den rauflustigsten Gegnern den Krieg untersagte.

Allgemein erwartete man von Canning, daß er die Frage der Emancipation der Katholiken im Parlamente wieder aufnehmen werde, da er schon im Jahre 1812 diese, damals auch von protestantischen Kreisen begehrte, Maßregel in Anregung gebracht und eine große Majorität im Unterhause für dieselbe gewonnen hatte, während ein ähnlicher vom Marquis von Wellesley im Oberhause eingebrachter Antrag nur vermittelst einer einzigen Stimme war verworfen worden. Auch in den folgenden Jahren waren ein-

zelne Versuche, namentlich von Canning, gemacht worden, den Katholiken den Eintritt in das Parlament oder doch wenigstens in das Oberhaus zu verschaffen, die aber, wenn das Unterhaus sie genehmigt hatte, bei den Lords abgewiesen wurden. Selbst der Vorschlag, den englischen Katholiken das Recht der Wahl für die Landesvertretung zu verleihen, welches ihre irischen Glaubensbrüder bereits seit 1793 besaßen, fand (1823 und 1824) keine Gnade bei der unerbittlichen Orthodoxie. — Was den Continentalmächten um diese Zeit so viel Noth bereitete, der Kampf mit den Geheimbünden, das machte auch dem damaligen Statthalter Irlands, Lord Wellesley (Bruder des Herzogs von Wellington), viel zu schaffen. Denn mit dem Jahre 1823 trat dort die katholische Association ins Leben, geführt von Daniel O'Connell, dessen kräftiger patriotischer Geist von nun an immer unwiderstehlicher an die Spitze der Dinge in Irland drang. Mit einer imposanten Figur, aufgeweckten Gesichtszügen und klangvoller Stimme, mit seinem trefflichen Gedächtnisse und hinreißender Rede, hatte er als Advocat schon bedeutende Triumphe gefeiert, ehe er (1815) den politischen Kampfplatz betrat, zunächst als Haupt eines katholischen Clubs in Dublin. Die Entstehung der katholischen Association veranlaßte das Parlament, um der befürchteten Aufhebung der Union und der Einführung eines exclusiv irisch-katholischen Parlaments vorzubeugen, im Jahre 1826 die Emancipationsbill abermals durchzuberathen, welche aber, vorzugsweise in Folge einer Rede des Herzogs von York (Bruders des Königs), des Thronerben, im Oberhause abermals durchfiel. Unter diesem Eindrucke fielen die Wahlen für das Parlament in England und Schottland im Sinne der protestantischen Reaction aus, während in Irland die katholische Association an den meisten Orten ihre Candidaten durchsetzte. Von dem neuen Parlamente ließ sich also für die Katholiken wenig hoffen, obgleich im Anfange des Jahres 1827 ihr Hauptgegner am Hofe, der Herzog von York, gestorben war. Und wirklich fiel diesmal die Emancipationsbill schon im Unterhause durch, wenn auch nur mit einer Majorität von 4 Stimmen.

Als um diese Zeit der Premier-Minister Earl Liverpool vom Schlage getroffen ward (17. Februar) und sein Zustand rettungslos schien (doch starb er erst 4. December 1828), bot die Tory-Aristokratie Alles auf, den gehaßten Canning, den Freund der Parität, fern zu halten. Doch sein überragender Geist, seine unvergleichliche Beredsamkeit, seine staatsmännische Erfahrung und große Popularität schienen auch dem Könige unentbehrlich, und da er sich weigerte, sich einem anderen Premier unterzuordnen, so blieb nichts übrig, als sich ins Unvermeidliche zu fügen und Canning an die Spitze des Ministeriums zu stellen zu großer Erbitterung der Tories.

bb. Unter dem Ministerium Canning (12. April bis 8. August) 1827.

Da die bisherigen Minister, namentlich der Herzog von Wellington, und Robert Peel, der Minister des Innern, sich dem neuen Premier nicht unterordnen wollten, so kostete es diesem Mühe, ein neues Cabinet zu bilden, wobei es an gehässigen persönlichen Angriffen im Parlamente so wenig fehlte, daß der Herzog von New-Castle den Premier-Minister für den ruchlosesten (the most profligate) Minister erklärte, der je im Amte gewesen, worüber, wie er wissen wollte, nur Eine Stimme sei, von einem Ende des Landes zum andern! Wellington befand sich jetzt in der Opposition und suchte die Verbindung seines Gegners mit den Whigs zu sprengen, indem er die im Unterhause bereits angenommene Kornbill (der zufolge eine Steuer-Scala, die sich nach dem Preise des Getreides richtete, eingeführt werden sollte) vermittelst eines Zusatzantrages, der im Oberhause durchging, so weit vereitelte, daß die Minister das Gesetz fahren ließen.

Einen desto größeren Erfolg erzielte Canning in den letzten Wochen seines Lebens in der äußern Politik, indem er die griechische Frage zur Entscheidung brachte. Nachdem schon am 3. April 1826 zwischen Rußland und England zu Petersburg (wohin Wellington selbst, als eine bei Kaiser Nikolaus beliebte Person, gegangen war, vgl. S. 87) ein Protokoll unterzeichnet werden, welches die Pacification Griechenlands zum Zwecke hatte, gewann Canning durch eine Reise nach Paris auch Karl X. für seinen Plan. Durch den Londoner Vertrag vom 6. Juli 1827 einigten sich die drei Mächte, der Pforte und den Griechen ihre Vermittlung bei Abschluß eines Waffenstillstandes anzubieten. So hoffte er auch hier ohne Krieg, durch gewandte diplomatische Kunst, zum Ziele zu gelangen und bewog zugleich das eroberungssüchtige Rußland, seinem eigenen Beispiele der Uneigennützigkeit zu folgen. Er starb (8. August) vielleicht in dem Selbstgefühle, jene Hoffnung verwirklichen zu können und Griechenlands Knechtschaft ohne die Waffen brechen zu helfen, eine That, von der er schon vor 40 Jahren als Schulknabe in einer Ode gesungen.

Canning betrachtete sich als den vornehmsten Schüler Pitt's, dem er neben vielem Großen auch manche Schwäche abgelernt hat. Wie jener ist er ein Freund der Katholiken-Emancipation und hat erleuchtete Ahnungen über die Wirkungen eines freien Handels, gleich jenem geht ihm die Ehre des Landes über Alles. Seine hohe Begeisterung für die britische Verfassung gilt einem vollkommenen Werke, dem jede Aenderung Nachtheil bringen würde, seitdem der Meister Pitt, vor der Revolution zurückbebend, alle seine großen Reform-Gedanken aufgegeben hat. Daher denn keine Reformbill, keine Concession in Betreff der Corporations- und Testacte, was doch geradezu widersinnig erscheint bei einem Staatsmanne, der den Katholiken die volle bürgerliche und politische Gleichstellung bereiten will. Auch hat er von Pitt die Schwäche überkommen, die seit 100 Jahren in Eng-

land endemisch ist, nämlich sich für unentbehrlich zu halten und dahin zu trachten, in das hohe Amt, das einmal eingebüßt worden, sobald als möglich wieder zurück zu gelangen. Er war gewiß im hohen Sinne der Minister des Friedens, aber nicht des Friedens um jeden Preis, denn den Muth zur That, um den Frieden zu verschaffen und zu erhalten, hat er bewiesen, als er 1808 den Spaniern und 1826 den Portugiesen die Hand bot. Er starb, wie Pitt, in einem Augenblicke, wo draußen entscheidende Ereignisse erwartet wurden, im Innern aber die wichtigsten Fragen, zum Theil noch dieselben wie damals, einer Lösung harrten.

cc. Unter dem Ministerium des Lord Goderich (August 1827 bis Januar 1828).

Der König wählte Lord Goderich, an den schon früher einmal gedacht worden war, um das System Liverpool's möglichst correct fortzusetzen. Da die Pforte, trotz der Collectiv-Note der drei Mächte, jede friedliche Vermittlung schnöde zurückwies, so erhielten die Admirale Codrington, de Rigny und Graf Heyden den Auftrag, Gewalt zu gebrauchen. So kam es zur Seeschlacht bei Navarin 1827 (s. S. 89), welche den Verbündeten, vor allen den Engländern, die sich am meisten ausgesetzt hatten, schwere Opfer kostete, aber die Armada der Osmanen war auch fast gänzlich zerstört worden, wie einst (1571) bei Lepanto. Von den Tories wurde die Siegesnachricht keineswegs mit Befriedigung aufgenommen, sie meinten, man verhindere eine legitime Macht, ihre rebellischen Unterthanen zum Gehorsam zurück zu führen und Codrington habe nur den Russen die Straße nach Constantinopel erkämpft. Das Ministerium, bereits durch einen innern Zwist gespalten, getraute sich nicht mehr, den Türken und den Tories zugleich entgegen zu treten und Goderich gab sein Amt, in welchem er in fünf parlamentsfreien Monaten dem Staate keinen Dienst geleistet hatte, in die Hände des Königs zurück (8. Januar 1828). Georg IV., welcher innerhalb eines Jahres zum dritten Male für ein Ministerium zu sorgen hatte, kehrte rasch zu den Tories zurück und beauftragte den Herzog von Wellington, „endlich eine dauerhafte Regierung herzustellen". Dieser gehorchte, wie ein Soldat seinem Kriegsherrn. Robert Peel übernahm wieder das damals so wichtige Ministerium des Innern.

dd. Unter dem Ministerium Wellington (1828—1830).

Wellington überließ die Fortsetzung des Krieges gegen die Türkei dem russischen Kaiser (s. Nr. 9), die Triple-Allianz blieb zwar erhalten, beschränkte sich aber vorläufig auf eine friedliche Beschützung der Griechen. Desto bedeutender war die gesetzgebende Thätigkeit des Parlaments. Am 26. Februar stellte Lord John Russell den Antrag, die Corporations- und Testacten aufzuheben. Das erstere

dieser beiden Gesetze, bald nach Karl's II. Rückkehr aus dem Exil (s. Bd. III., S. 369) erlassen, forderte von jedem städtischen Beamten den Empfang des Abendmahls nach anglikanischem Ritus, das andere, vom Jahre 1673, verlangte geradezu, daß jeder, der ein öffentliches Amt bekleiden wollte, das Dogma der Transsubstantiation abzuschwören habe (s. Bd. III., S. 376). Diese beiden Gesetze trugen den Stempel einer längst vergangenen Zeit an der Stirn, als die Restauration mit der Revolution gerungen: das eine sollte Krone und Kirche gegen die Umsturz-Theorieen der Sectirer, das andere Kirche und Reich vor den katholischen Absichten der Stuart's sichern. An deren Stelle aber war längst die hannöversche Dynastie getreten und Kraft einer Indemnitätsbill waren seit 1747 die Dissidenten zu einer Reihe von Aemtern zugelassen worden; auch hatten beide Statute in Schottland und Irland nie Geltung gehabt. Die Bill Russell's ging in beiden Häusern um so leichter durch, als die Minister keinen ernstlichen Widerstand versuchten und im Oberhause selbst der Erzbischof von York sich dahin erklärte, daß die Acte nur zu häufig zur Entweihung der heiligsten Vorschriften der Religion (und somit zur gehässigsten Heuchelei) geführt habe.

Dieser Beschluß schien mit Recht nur ein Vorspiel zur Emancipation der Katholiken. Schon am 8. März erneuerte Sir Francis Burdett den Antrag auf Beseitigung aller Rechtsungleichheit der Katholiken und erhielt in dem unter beträchtlichem protestantischen Drucke gewählten Parlamente eine Majorität von 6 Stimmen. Das Oberhaus hatte noch einmal den Muth, die ernste Vorlage, für welche selbst zwei königliche Prinzen (Sussex und Glocester) gesprochen hatten, mit 44 Stimmen zu verwerfen. Als nun Fitzgerald, weil er das Handelsamt übernommen, sich einer Neuwahl in der irischen Grafschaft Clare unterwerfen mußte, faßte Daniel O'Connell den kühnen Entschluß, sich selber zum Abgeordneten für Clare wählen zu lassen, und obgleich Fitzgerald für einen den Katholiken wohlwollenden Protestanten galt, dem selbst die Association bisher nicht das Geringste in den Weg gelegt hatte, so unterlag er doch gegen das Haupt der Association. Da der Schluß der Session herannahte, so konnte der Sieger das Wagniß, seinen Eintritt ins Parlament dem Supremats-Eide zum Trotze zu erzwingen, einstweilen nicht ausführen. Inzwischen erkannte die Regierung, in Folge der zunehmenden Gährung in Irland, daß die baldige Lösung der katholischen Frage das geringere Uebel sein würde, das größere aber sie, wie der in dieser Zeit überaus gereizte und launenhafte König es gewünscht hatte, als offene Frage fortbestehen zu lassen. Der Herzog erwog, daß bei der geringen Stärke der britischen Armee, deren größter verfügbarer Theil (an 30,000 Mann) schon in Irland stand, und in welcher eine große Anzahl Iren dienten, an eine gewaltsame Unterwerfung Irlands nicht zu denken sei, noch weniger an eine Aufhebung der Union, und so blieb ihm, dem in Irland

gebornen protestantischen Tory, nichts übrig als nachzugeben. Nachdem auch der König seine Zustimmung gegeben hatte, daß die Emancipations-Frage von den Ministern in Berathung gezogen werde, ergriff die Regierung selbst die Initiative und kündigte bei der Eröffnung der Session (5. Februar) von 1829 sofort in der Thronrede den großen Umschwung an, indem das Parlament aufgefordert wurde, „die Gesetze revidiren zu wollen, durch welche Sr. Majestät katholischen Unterthanen bürgerliche Beschränkungen auferlegt werden.“ Inzwischen hatten die Gegner der Bill, namentlich der Herzog von Cumberland, der vom Festlande herbeigeeilt war, um Staat und Kirche zu retten, den König so umzustimmen gewußt, daß er die von den Ministern nachgesuchte Entlassung mit schmerzlichem Bedauern annahm. Doch noch in derselben Nacht (4.—5. März) erhielt das Ministerium die Aufforderung, zu bleiben, und die Einwilligung des Königs, mit der beabsichtigten Maßregel fortzufahren. Am Abend des nächsten Tages (5. März) rechtfertigte sich Peel im Unterhause über seine Gesinnungsänderung in Bezug auf die Rechte der Katholiken mit Argumenten, die allein aus der Rücksicht auf die gegenwärtige Lage des Landes entnommen waren, und legte die Vorschläge der Regierung vor, welche dahin gingen: die Acte eröffnet den Katholiken das Parlament, die Staatsämter, mit Ausnahme der Würde des Regenten, der beiden Kanzler und des Vicekönigs, und an die Stelle des Supremat-Eides tritt das Gelöbniß der Treue, mit der Verpflichtung, die bestehenden Staatseinrichtungen zu vertheidigen und die der anglicanischen Kirche nicht zu untergraben. Sowohl im Unterhause als auch im Oberhause (hier trotz fast 1000 Petitionen dagegen und zahlreicher Anträge auf Abänderung) wurde die Bill mit ²/₃ der Stimmen genehmigt. Am 13. April unterzeichnete der König die Acte. Die Schmähungen der Tories gegen den Herzog von Wellington als einen hinterlistigen Heuchler führten sogar zu einem, freilich erfolglosen Duell zwischen jenem und dem Earl von Winchelsea. Auch war lange von einem Ministerwechsel die Rede; aber alle Welt wußte, daß der König zwar über seine Diener zu schimpfen, nicht aber sie zu wechseln liebte, denn der Anstrengung, welche ein so gewagter politischer Act erforderte, war er physisch und moralisch nicht gewachsen.

Uebrigens ließ die berühmte Acte nach anderer Richtung hin noch keineswegs vollständige Toleranz gelten: noch saß der Quäker nicht gegen bloße „Affirmation“ statt des Eides als Mitglied unter den „Gemeinen“; noch war der Jude, da er doch nicht auf den „wahren Glauben eines Christen“ schwören konnte, vom Parlament und jedem öffentlichen Amte ausgeschlossen. Allein der Anstoß, auch diese Schranken der Unduldsamkeit niederzuwerfen, war durch die Katholiken-Emancipation gegeben, wenn es auch noch volle 28 Jahre gekostet hat, bis dem Juden das volle Bürgerrecht eingeräumt wurde.

O'Connell mußte sich einer neuen Wahl unterziehen, da eine wahrscheinlich gegen den großen Agitator persönlich gerichtete Clausel zur Emancipationsbill bestimmte, daß der neue Eid nur von solchen abgelegt werden könnte, die erst nach Unterzeichnung der Bill gewählt worden. Die Wiederwahl ging ohne Schwierigkeit vor sich, und als legaler Vertreter der Grafschaft Clare kündigte „der Befreier", wie ihn seine Nation fortan gern nannte, einen weiteren Kampf an zur Beseitigung alles dessen, was aus der katholischen Insel noch immer ein Land der Knechtschaft machte.

In seiner auswärtigen Politik zeigte sich Wellington wiederholt unschlüssig und zaudernd, wie er mitunter auch auf seinen Feldzügen in grellem Contraste mit der vielbewunderten That gethan. So überließ er Portugal, in welchem Großbritannien doch oft so herrisch ein Schutzrecht geltend gemacht hatte, dem Thronräuber Dom Miguel und begnügte sich, den englischen Gesandten von Lissabon abzuberufen und die in England gelandete Königin Donna Maria da Gloria anzuerkennen; aber für sie das Schwert zu ziehen, sie etwa mit Gewalt auf ihren Thron einzusetzen, das gestattete das Princip der Nicht-Intervention nicht. Auch ließ er portugiesische Truppen, Geworbene und Flüchtlinge, welche von England aus im Dienste ihrer Fürstin auf den Azoren, die ihre Freiheit tapfer bewahrt hatten, landen wollten, daran hindern, was bei den erregten Gemüthern in England und im Auslande als Beweis galt, daß das reactionäre Ministerium Wellington sich der Sache des Usurpators annehme.

Eben so fand man Grund genug, über den Stand der orientalischen Frage Beschwerde zu führen. England hatte fast unthätig oder gar zweideutig zugewartet, während die aufständischen Griechen den Korfioten Kapo d'Istrias, der als russischer Staatsmann tief in die Absichten des Czaren eingeweiht war, zu ihrem Präsidenten machten und die Franzosen eine Expedition nach Morea rüsteten. In den beiden brennenden Fragen, ob Griechenland einen unabhängigen Staat bilden oder gleich den Donau-Fürstenthümern in ein Vasallen-Verhältniß treten, und wie weit nördlich von der Meerenge von Lepanto die Grenze abgesteckt werden sollte, konnte Wellington lange zu keinem Entschlusse kommen, und erst nach dem Frieden von Adrianopel (s. Nr. 9) gab er die Nothwendigkeit zu, ein selbständiges Königreich Griechenland zu gründen, da doch jetzt die Türkei, die er selber schützen zu müssen glaubte, unmöglich als Schutzmacht eingesetzt werden konnte. Unter den „paciscirenden" Mächten bewilligte aber England dem neuen Reiche am wenigsten, sogar Akarnanien wurde, angeblich wegen der Nähe der jonischen Inseln, wenigstens im ersten Vertrage davon abgetrennt, bis Otto von Baiern es später erhalten hat. Der Beschluß dagegen, an die Stelle der provisorischen Präsidentschaft nunmehr einen König zu setzen, ist von Wellington mit um so größerem Eifer gefördert worden, als dazu

Anfangs des Königs Eidam, Prinz Leopold von Sachsen-Coburg (in erster Ehe vermählt mit Prinzessin Charlotte Auguste, welche 1817 gestorben war) auserſehen war.

Inzwischen starb Georg IV., längst physisch ganz entkräftet, am 26. Juni 1830, nachdem er über zehn Jahre König gewesen, über 19 Jahre regiert hatte, freilich ohne jemals im Stande zu sein, den Gang der Dinge zu lenken. Männer, wie Maßregeln wurden ihm aufgedrungen, und stets gab er nach, so bald ihm ein fester Wille entgegentrat. Unpopulär als Prinz und Regent, blieb er es auch, nachdem er gleich bei seiner Thronbesteigung die Scheidung von seinem Weibe begehrt. Durch eigene Schuld hatte er jedes häusliche Glück zerstört, das Vertrauen seiner Angehörigen und Räthe, so wie die Liebe seines Volkes verscherzt. Seit einer Reihe von Jahren hielt ihm auf seiner Villa, wie im Schlosse zu Windsor, seine Freundin Lady Conyngham („die Regnante!") Haus, die Gemahlin eines schottischen Marquis, der seit 1828 zum Verdruß des Ministeriums als Lord Steward erscheint. Den Tag über lag der König unangekleidet im Bette, schlüpfte in den seidenen Schlafrock und bedeckte die Glatze mit einer Sammetmütze, wenn etwa der Herzog von Wellington angemeldet ward, um, so bald der Vortrag beendet war, die unsaubere Flanelljacke und die Nachtmütze wieder anzulegen. Wellington, den er mehr gefürchtet als geachtet zu haben scheint, der mit rauhem Soldatenton viel über ihn vermochte, sagte von dem unglücklichen Fürsten: „Er war die sonderbarste Mischung von Talent, Witz, Possenreißerei, Hartnäckigkeit und Wohlwollen, kurz, eine Verbindung der entgegengesetztesten Eigenschaften mit einem Uebergewichte der guten."

---

11. Arthur Wellesley, Herzog von Wellington.

(Nach den „Grenzboten", bearbeitet vom Herausgeber.)

Der Herzog von Wellington stammt aus einer jener zahlreichen aus England nach Irland eingewanderten protestantischen Familien, die im steten Kampfe gegen die celtische Nationalität und den Katholicismus ein schroffes Torythum einsogen, welches an Unduldsamkeit noch das englische Torythum überbietet. Sein Großvater Richard Colley, dessen Vorfahren im 16. Jahrhundert aus Rutlandshire eingewandert waren, erbte 1728 die Güter und den Namen seines Vetters Garret Wellesley auf Dangan Castle. Arthur war in demselben Jahre (1769) mit seinem großen Gegner Napoleon geboren (30. April oder 1. Mai?), entweder auf dem Familiensitze Dangan Castle oder in Dublin. Sein ältester Bruder, Marquis von Welles-

ley, war später General-Statthalter von Ostindien und Vicekönig von Irland. Arthur erhielt seinen ersten Unterricht in Eaton, wo so viele berühmte Namen der englischen Aristokratie ihre erste Bildung empfangen haben, scheint aber keine besonderen Fähigkeiten an den Tag gelegt zu haben, weßhalb man ihn nach Frankreich auf die Militärschule in Angers schickte. Nach sechsjährigem Verweilen in Frankreich bekam er 1787 ein Fähndrichs-Patent im 73. Infanterie-Regiment. Die freigebige Unterstützung seines Bruders half ihm rasch über die unteren Stellen hinweg — bekanntlich werden die Officierstellen in England gekauft — und nachdem er abwechselnd sowohl in der Infanterie wie in der Cavallerie gedient, wurde er 1793 Major im 33. Infanterie-Regiment, bei welchem er auch als Oberst-Lieutenant und Oberst blieb. Zur Unterstützung der gegen die französische Republik ziehenden Alliirten war der Herzog von York mit einem englischen Hülfscorps in den Niederlanden gelandet. Als Oberst des 33. Regiments trat Wellesley 1794 seinen ersten Feldzug an, und zwar auf demselben Schauplatze, der seinen letzten Sieg gesehen. Die schlaffen Operationen der Alliirten konnten den Ungestüm der französischen Republikaner nicht aufhalten; nach der Niederlage der Oesterreicher bei Fleurus mußten sich die Engländer aus den Niederlanden im strengsten Winter und durch ein ihnen feindlich gesinntes Land nach Westfalen zurückziehen, wo ein preußisches Corps sie endlich aufnahm. Im Frühjahre 1795 schiffte sich das englische Corps, durch Krankheiten und Desertionen geschwächt, in Bremerlehe nach England ein. Oberst Wellesley hatte während des Rückzuges bei mehrfachen Gelegenheiten große Unerschrockenheit und Kaltblütigkeit an den Tag gelegt. Noch im Herbste desselben Jahres erhielt Wellesley mit seinem Regiment eine neue Bestimmung — nach Ostindien, wo er den ersten Grund zu seinem kriegerischen Ruhme legen sollte. Die englische Herrschaft über Ostindien war im J. 1798 gleichzeitig durch Napoleon's Feldzug nach Aegypten und von einheimischen Fürsten, wie dem Nizam von Deccan und Typpo Saib, Sultan von Mysore, bedroht. Es war ein Glück für England, daß es in dem einen General-Statthalter, Marquis Wellesley, einen vollendeten Staatsmann, und in dessen Bruder, dem Obersten Wellesley, einen Soldat besaß, dessen glänzende Begabung hier zum erstenmal an den Tag trat, und schwer in die Wagschale fiel. Kaum konnte dieser sich eine bessere Gelegenheit, seine Tüchtigkeit vollständig an den Tag zu legen, wünschen. Er operirte unter den Augen eines Gouverneurs, dessen Scharfblick im Erkennen von Verdiensten und Raschheit im Belohnen dieses Mal durch die Bande des Blutes einen neuen Impuls erhielten. An vorleuchtenden Beispielen fehlte es nicht, denn unter Lord Cornwallis hatte sich eine treffliche Schule von Officieren herangebildet, die der commandirende General Harris mit Geschick zu verwenden wußte. Schon in den Vorbereitungen zum Feldzuge hatten sich Oberst Wellesley's organisatorische Talente

glänzend geltend gemacht, und seine Division war durch seine Anweisungen in ganz besonders kampftüchtigem Zustande. In der Schlacht von Malavelly erhielt sie die erste Feuertaufe. Mit richtigem Urtheil hatte Typpo Saib seine auserlesensten Truppen ihm entgegengeschickt, denn er konnte hoffen, daß, wenn er das einzige hier befindliche europäische Regiment, das 33., über den Haufen rannte, die einheimischen Truppen, von panischem Schrecken erfüllt, die Flucht ergreifen würden. Aber die Engländer empfingen die Anstürmenden mit einem so wohlgezielten Feuer, daß Alles in Verwirrung gerieth, und ein rascher Angriff der Dragoner die Niederlage vollendete. Bei der nun folgenden Belagerung von Seringapatam entwickelte Oberst Wellesley ebenfalls große Thätigkeit, blieb aber bei der Erstürmung in Reserve, und rückte erst in die Stadt, um dort die Ordnung wieder herzustellen. Nach Beendigung des Krieges — der bekanntlich Typpo Saib Krone und Leben kostete — wurde Wellesley Statthalter von Seringapatam und Mysore, und erhielt zugleich den Oberbefehl über die Occupationstruppen. Einige Monate lang war er auf das Erfolgreichste mit der Einrichtung der neu eroberten, einheimischen Fürsten anvertrauten Provinzen beschäftigt, indem er Beamte und Officiere von jedem Range anstellte, Wege ausbesserte, Communicationen eröffnete, die Beschwerden aller Klassen von Bewohnern anhörte, und ihnen, wenn sie gerecht waren, abhalf. Diese Thätigkeit wurde durch einen kurzen Feldzug gegen einen Räuberhäuptling Dhudiah unterbrochen, der sich mit einer ansehnlichen, aus leichter Reiterei und Artillerie bestehenden Truppe in einer schwer zugänglichen Gegend festgesetzt hatte, alle Unzufriedenen um sich sammelte, und bei dem schwankenden Charakter der orientalischen Verhältnisse leicht so gefährlich werden konnte, wie der kaum vernichtete Feind. Es war der erste Feldzug, den Wellesley allein leitete, und dieser hatte die Genugthuung, nach zwei Monaten anstrengender Märsche und geschickter Manöver den glatt entschlüpfenden Feind zum Stehen zu zwingen, und durch einen einzigen kühnen Angriff zu vernichten. Als Tropäe brachten die siegreichen Truppen die Leiche des in der Schlacht gefallenen Räuberhäuptlings, auf eine Kanone gebunden, mit in das Lager. Der rasche Erfolg dieses an sich unbedeutenden Feldzuges steigerte das Ansehen Wellesley's bei den einheimischen Höfen und bei der britischen Regierung sehr bedeutend.

Nach dem Sturze Typpo Saib's hatten die Engländer in Ostindien nur noch einen Feind zu fürchten, die Mahratten, kriegerische Hindustämme an der malabarischen Küste, unter der nominellen Autorität des Peischwah, aber in Wirklichkeit einer Anzahl fast unabhängiger, mit einander rivalisirender Häuptlinge gehorchend, unter denen Scindiah in Malwah der bedeutendste war, der eine gut disciplinirte und wohl mit Artillerie versehene Heeresmacht von 15- bis 20,000 Mann, von französischen Officieren befehligt, in seinen Dien-

sten hatte. Das ostindische Gouvernement war dem Kriege abgeneigt, aber die Intriguen von Napoleon's Emissären unter den einheimischen Stämmen zwangen es zum Entschluß. Der General-Gouverneur beschloß, Scindiah's Macht zu brechen. Die Leitung der schwierigen Unternehmung wurde dem General Wellesley anvertraut. Mit einem Corps von 40,000 Mann einheimischer und englischer Truppen sollte er seine Bewegungen so combiniren, daß keines seiner Detachements einen Nachtheil erlitt, daß die besonderen Eigenschaften der englischen Truppen auf's beste benutzt, und die Schwierigkeiten indischer Kriegführung durch kluge Voraussicht umgangen, oder durch kühnes Unternehmen überwunden würden. Hier zeigte Wellesley zuerst seine merkwürdige Voraussicht und seine ausnehmenden Fähigkeiten. Der seinen Dimensionen nach so unbedeutende Feldzug gegen Dhundia war ihm eine vortreffliche Schule gewesen, um die Eigenthümlichkeiten der Taktik der Eingebornen, die Nachtheile und Vortheile des Terrains, die Stärke der Forts, den Lauf, die Tiefe und das periodische Steigen und Fallen der Flüsse kennen zu lernen. Nach diesen Beobachtungen hatte er seinen Plan zu einem Mahratten-Feldzuge entworfen. Er wählte eine Jahreszeit, wo die Fuhrten der Flüsse nicht gangbar waren, und wendete dieses Terrainhinderniß zum Vortheil der Engländer dadurch, daß er für tragbare Boote und Schiffbrücken sorgte, welche den Eingebornen fehlten. Am 23. September 1803 stieß Wellesley bei dem Dorfe Assaye auf das ganze Heer der Mahratten des Deccan, 50,000 Streiter mit 100 Kanonen. Er hatte nur 4500 Mann bei sich, aber ohne seine andere unter Oberst Stevenson zur Umgehung des Lagers detachirte Division abzuwarten, begann er sofort die Schlacht, die er allein mit dem Bayonnet gewann. Dieser herrliche Sieg über eine gut disciplinirte, von europäischen Officieren befehligte, und mit einer bedeutenden Artillerie versehene Uebermacht stellte das Uebergewicht Englands in Ostindien auf immer fest. Eine zweite Schlacht von Argaum gegen den Radschah von Berar beendigte den ersten Mahrattenkrieg, aus dem Wellesley nach neunjähriger Abwesenheit, mit unverwelklichen Lorberen gekrönt, zurückkehrte, belohnt mit dem Generalmajors-Patent, dem Comthurkreuz des Bath-Ordens, und dem öffentlichen Danke von König und Parlament. Jetzt erhielt er auch einen Sitz im Unterhause, wurde Secretär für Irland und geheimer Staatsrath, und war für die nächsten drei Jahre meistens im Civilstaatsdienste seines Vaterlandes beschäftigt. Nur eine Expedition nach Bremen, die in Folge von Napoleon's Sieg bei Austerlitz ohne alle Resultate blieb, und eine andere von größerer Erheblichkeit nach Dänemark, fallen in diese Zwischenzeit 1803—1807. Wellesley zeichnete sich während der letzteren durch das glückliche Gefecht bei Kioghe aus, wo er den Dänen 1500 Gefangene und 14 Kanonen abnahm — sein erster Sieg über europäische Truppen; auch übertrug man ihm die Unterhandlungen wegen der Capitulation von Kopenhagen.

Bald (1808) erhielt Wellesley Gelegenheit, zu zeigen, daß er nicht blos mit Halbbarbaren zu fechten, sondern auch die gefürchteten französischen Truppen in offener Feldschlacht zu überwinden verstand. Denn als England sich entschloß, den heldenmüthigen Widerstand der Spanier gegen Napoleon durch ein Hülfs-Corps zu unterstützen, konnte es nicht zweifelhaft sein, daß ein Feldherr von so vorsichtigem und zugleich so kühnem Charakter, wie Wellesley, an dessen Spitze gestellt werden müsse. Wie er der belebende Geist im englischen Heere gewesen, und mit welchen Schwierigkeiten er den fast siebenjährigen Kampf auf der pyrenäischen Halbinsel zu Ende geführt und zuletzt (1814) als Sieger den Boden Frankreichs betreten hat, ist Bd. III. S. 728 ff. erzählt worden. Es sieht fast wie ein Wunder aus, daß ein Feldherr mit einer Armee von selten mehr als 50,000 Mann verläßlichen Truppen sich gegen 250- bis 350,000 Mann der erlesensten Truppen Europa's unter berühmten Feldherren erst behaupten, dann sie angreifen, und sie zuletzt überwinden konnte. Vieles läßt sich jedoch durch die Umstände erklären. Die gewaltigen Armeen Frankreichs ließen sich niemals zu einem Ziele vereinigen. Die Eifersüchteleien der einzelnen Generale verhinderten jedes systematische Zusammenwirken, und die Schwierigkeit der Verpflegung in einem schlecht cultivirten und feindlichen Lande machte das längere Zusammenbleiben einer größern Truppenmasse, als der englische Feldherr ihnen entgegen stellen konnte, unmöglich. Wellington dagegen stand mit einer auf einem Punkte vereinigten Armee in einer centralen Stellung, von wo er sich nach allen Seiten bewegen konnte; während seine Gegner ihre Communication sich nur mit Mühe, und auf Kosten einer bedeutenden Schwächung ihrer Streitkräfte erhalten konnten, bot ihm jeder Hafen zwischen Lissabon und Santander eine sichere Verbindung mit England, und stete Gelegenheit, Zufuhr an Mannschaft und Kriegsvorrath zu erhalten. Dies Alles nimmt jedoch seinen Siegen nur das Wunderbare; und es gehörte sein klarer Blick und sein nicht zu beugender Muth dazu, um alle diese Vortheile, die Niemand sehen wollte, zu benutzen. Er zuerst wies auf die ausgezeichnete Defensivlage Portugals hin; er erkannte zuerst die schwachen Punkte seines Gegners; er flößte zuerst seinen Soldaten Vertrauen in sich und ihre Führer ein. Er führte den Krieg fast auf seine eigene Verantwortlichkeit, säumig unterstützt von dem durch eine factiöse Opposition gelähmten Ministerium, und selbst unter unaufhörlichen Intriguen und Hemmungen von Seite des Volkes, dessen Land er von der Fremdherrschaft befreien wollte.

England und ganz Europa wetteiferten mit einander, die Verdienste des großen Feldherrn zu belohnen. Talavera hatte ihn zum Baron und Viscount Wellington (in der Grafschaft Somerset) gemacht, Ciudad Rodrigo zum Earl, Salamanca zum Marquis, Vitoria zum Herzog; und da er alle diese Würden während seiner Abwesenheit von England erhalten hatte, wurden jetzt, als er zum ersten Male im

Oberhause erschien und mit dem höchsten Range unter den Pairs Englands Platz nahm, alle seine Patente nach der Reihe an einem Tage verlesen. Entsprechend waren die Ehren, die ihm vom übrigen Europa wurden. Noch deutlicher bezeichnet die Höhe, welche sein Ruhm erreicht hatte, die einflußreiche Stellung, die er als Gesandter Englands auf dem Congresse zu Wien einnahm.

Doch noch sollte sein Schwert nicht ruhen. Den Streit der Diplomaten brachte die abermalige Erscheinung Napoleon's in Frankreich zum unerwarteten Ende. Noch einmal rüstete sich Europa gegen den gemeinsamen Feind, aber um den ersten Sturm auszuhalten, waren nur Wellington und Blücher bei der Hand. Wie sie bei Quatrebras und Ligny zurückgedrängt, vereint bei Waterloo dem Gegner die letzte vernichtende Niederlage beibrachten, ist noch nicht vergessen, wohl aber hat man gestritten, wem eigentlich der Lorber für diesen Sieg gebühre. Englische Stimmen haben Blücher einen „beiläufigen Ruhm" als zufälligen Kameraden ihres großen Feldherrn erwerben lassen; aber Wellington hat nie so geringschätzig über die großen Verdienste seines Kampfgenossen geurtheilt. Nicht Engländer allein und nicht Preußen allein haben die große Schlacht gewonnen, eben so wenig Zufall oder Verrath, wie französische Eitelkeit der Welt vorpredigt, sondern die eiserne Festigkeit des Entschlusses Wellington's, von dem Schlachtfelde nicht zu weichen, es koste, was es wolle, die zähe Tapferkeit seiner Truppen, der geschickt geleitete Rückzug der Preußen von Ligny, der durch keine Niederlage und Hindernisse zu dämpfende Schlachteneifer Blücher's, der ihn schon am Tage nach einer verlorenen Schlacht zum Siege eilen hieß, und der letzte, ungestüme Stoß der Preußen auf Flanke und Rücken des schon zerbröckelnden französischen Heeres. So haben Beide gleichen Theil am Siege, der Eine an seiner Vorbereitung, der Andere an seiner Vollendung. Mit Waterloo schließt die militärische Thätigkeit Wellington's, und seine politische, kaum minder bedeutende, beginnt.

Der Antheil, den England an dem großen Kampfe gegen Napoleon genommen, wies ihm bei der nothwendig gewordenen Regelung der europäischen Angelegenheiten eine hervorragende Rolle an. Mit Preußen und Oesterreich vereint, hielt es Frankreich nach dem Frieden besetzt; Wellington war einer der Befehlshaber der Occupations-Truppen, und zeigte als solcher eine so große Versöhnlichkeit und Nachsicht gegen die Franzosen, daß er selbst auf dem Aachener Congreß (1818) die Räumung Frankreichs befürwortete. Trotzdem wußten ihm die Franzosen wenig Dank dafür, und es wurden sogar zwei Mordversuche auf ihn gemacht. Napoleon war niedrig genug, den Urheber des einen derselben, Cantillon, in seinem Testamente zu bedenken. Nach der Räumung Frankreichs wohnte der Herzog als Bevollmächtigter Englands dem Congresse von Verona bei, wo die Propaganda des Absolutismus beschloß, in Spanien zu Gunsten Ferdinand's VII. zu interveniren. Die englische Opposition griff damals Wellington

mit großer Heftigkeit an, weil er entweder diese Verletzung nationaler Unabhängigkeit thätig unterstützt, oder ihr unthätig zugesehen habe, aber er bewies, daß er seinen ihm von Canning gegebenen Instructionen streng nachgekommen sei und von der Intervention abgerathen habe. Mit dem Congresse von Verona schloß seine diplomatische Laufbahn, auf der er, dem systematischen Absolutismus der Continental-Diplomatie gegenüber, als kluger, praktischer Politiker stets zur Mäßigung und Berücksichtigung der gerechten Wünsche der Völker rieth, weil nur auf diese Weise die Ordnung dauernd zu erhalten sei.

In England, wo der Zündstoff nicht minder reichlich aufgehäuft lag, war der Kampf der Parteien nicht weniger lebhaft, als auf dem Festlande. Obgleich der Zustand des Landes gebieterisch Reformen forderte, kannte doch das Tory-Ministerium nur eine reine Repressivpolitik. Der Herzog von Wellington, der als Feldzeugmeister Mitglied des Liverpool'schen Cabinettes war, trug seinen vollen Antheil an der Unpopularität des Cabinettes, denn man wußte, daß er der alten Toryschule angehörte, und sein Charakter als Militär vermehrte nur den Verdacht, daß er die Gewaltmaßregeln der Regierung durch seine Billigung begünstige. Dennoch war er gerade dazu bestimmt, den Uebergang zu veränderten politischen Zuständen anzubahnen, als er nach Canning's zu frühem Tode und Lord Goderich's kurzem Ministerium als Premier vor das Parlament trat.

Drei wichtige Fragen forderten gebieterisch eine gesetzliche Lösung: die politische Gleichstellung der Nichtprotestanten, die Aufhebung der Kornzölle und die Parlamentsreform.

Wellington betrachtete die Katholiken-Emancipation als eine Frage, wobei, so theuer ihm die Herrschaft des Protestantismus im Herzen war, seine persönliche Ueberzeugung sich vor den Forderungen des allgemeinen Wohles beugen mußte. So wie der Herzog einmal seinen Entschluß gefaßt hatte, führte er ihn aufrichtig und vollständig aus, um der Agitation keinen Stoff zu weiteren Fortschritten übrig zu lassen. Der Herzog im Oberhause und Sir R. Peel im Unterhause vertheidigten die beschlossene Maßregel mit männlicher Offenheit und Entschiedenheit, und es war bei dieser Gelegenheit, wo der Herzog, während er die möglichen Folgen des Nachgebens und des Widerstandes abwog, jeden Gedanken an letzteren mit den denkwürdigen Worten zurückwies: „Mylords, ich bin einer von denen, die vielleicht mehr Jahre als die meisten anderen Menschen im Kriege verlebt haben, und hauptsächlich im Bürgerkriege, aber das muß ich sagen, wenn ich dem Vaterlande durch irgend ein Opfer nur einen Monat Bürgerkrieg ersparen könnte, so würde ich gern mein Leben darum geben." Gegen solche Argumente war nichts einzuwenden; die Bill ging in beiden Häusern mit starken Majoritäten durch, erhielt die königliche Zustimmung und wurde Landesgesetz. Der Herzog bezahlte seine patriotische That theuer. Protestantische Vereine

jammerten über die Inconsequenz des großen Herzogs, — der König war verletzt, die Tories dem Ministerium entfremdet. Selbst mit alten Freunden entspann sich so bitterer Hader, daß ein Duell mit Lord Winchelsea, das glücklicher Weise ohne ernstere Folgen blieb, nicht vermieden werden konnte. Vermehrte Popularität entschädigte ihn nicht dafür, die Liberalen schrieben ihren Sieg weniger seinem Entschluß, als dem Andrange von außen zu, und die große Masse des Volkes hatte er in ihrem protestantischen Bewußtsein verletzt.

Der liberal gesinnte König Wilhelm IV. hatte das Ministerium Wellington beibehalten, als in Folge der Juli-Revolution eine gewaltige Agitation im ganzen Lande entstand, und die Führer der Reform-Bewegung mit einer Entschiedenheit auftraten, die ihren festen Willen, ihr Ziel zu erreichen, an den Tag legte. Dieses Mal täuschte sich jedoch der Herzog in seinem Urtheile über die innere Kraft und das letzte Ziel der Bewegung. Er sah nach der Reform nur Anarchie kommen und setzte daher der Reformbewegung den entschiedensten Widerstand entgegen. Daher stieg seine Unpopularität auf den höchsten Gipfel, der Pöbel warf ihn in Piccadilly mit Steinen, und er mußte Apsleyhouse durch eiserne Laden gegen angedrohte Angriffe schützen. Bei der Eröffnung des Parlaments erklärte er ohne Umschweife, daß er jeder Veränderung des Repräsentations-Systems Widerstand leisten werde, so lange er eine Stelle im Ministerium bekleide, und in fünf Minuten war die Frage entschieden. Die Reform siegte, und Wellington hörte auf, Minister zu sein. Die officielle staatsmännische Laufbahn des Herzogs war damit zu Ende. Zwar wurde er noch einmal Minister, als nach Lord Melbourne's Entlassung Sir Robert Peel ans Ruder berufen wurde, aber das Ministerium bestand nur fünf Wochen. Von da an war er der beständige Rathgeber aller Regierungen, ohne eigentlich Mitglied derselben zu sein; in allen Fällen, wo kein Anderer Rath wußte, wurde der Herzog von Wellington in das Cabinet der Königin berufen. Aber er war nicht bloß ein Rathgeber, — er war auch eine Autorität. Er hatte nicht blos das allgemeine Recht, die Wahrheit zu sagen, sondern ihm war auch das Vorrecht vorbehalten, die Krone oder das Parlament zur Anerkennung derselben zu bewegen. Dadurch war er sowohl Peel, wie den Whigs ein unschätzbarer Bundesgenosse im Oberhause, und stets, wenn die Privat-Interessen der Pairie mit den allgemeinen Interessen des Landes in Widerspruch geriethen, erhob er seine gewaltige Stimme, und bewog die Widerwilligen zum Nachgeben. Nur durch seinen Einfluß gelang es, die Getreidebill im Oberhause zur Annahme zu bringen.

Ein gesunder Sinn für das Wahre und Rechte, ein instinctmäßiges Pflichtgefühl war die starke Grundlage des Charakters Wellington's. Nichts war blendend an ihm, sondern alles war schlicht, solid und von nachhaltiger, männlicher Kraft. Enthusiasmus war ihm fremd, und er mißtraute ihm bei Anderen; er meinte, er nehme sich

nur schön im Buche aus; selbst von seinen Soldaten verlangte er „Ruhe im Gefecht, nicht ungestüme Tapferkeit.“ Ueberhaupt war er fern von jeder idealistischen Anschauung, ein reiner Praktiker auch im politischen Leben. Von Wichtigkeit für ihn war seine enge und langjährige politische Freundschaft mit Sir R. Peel. Beider Charaktere und Stellung ergänzten sich gegenseitig. Beide besaßen in einem ausgezeichneten Grade Vorsicht, Berechnung und hohen moralischen Muth. Ohne das Gewicht von Wellington's Namen hätte Peel dem bittern Hasse seiner zahlreichen Feinde kaum widerstehen können, und ohne Peel's umfassenden Geist, ausgebreitete Kenntnisse und feines Gefühl für die Wünsche und Bedürfnisse des Volkes hätte Wellington wohl keinen so außerordentlichen moralischen Einfluß ausgeübt, oder eine so hohe Stellung als Staatsmann eingenommen.

Selten sind ausnehmende Verdienste von ausdauernderem Glücke begleitet worden, als beim Herzoge von Wellington. Kaum in das Mannesalter eingetreten, vernichtete er die gefährlichsten Feinde der englischen Macht in Ostindien, wendete dann sein nur im Kampfe gegen Halbbarbaren geübtes Schwert gegen das gefürchtetste Heer Europa's, besiegte in sieben ruhmreichen Feldzügen nach der Reihe die besten Marschälle des Kaisers, und schlug endlich, 46 Jahre alt, den ersten Feldherrn und Kriegsfürsten der neuern Zeit in einer Schlacht, die der Herrschaft desselben nach kurzem Wiederaufleben auf immer ein Ende machte. Nachdem er für Europa so ausgezeichnete Thaten verrichtet, hängt er sein Schwert ruhig über seinem Heerde auf, und leistet seinem Vaterlande nun im Frieden nicht minder ruhmwürdige Dienste. Obgleich ein Kind der alten Zeit, deren Einrichtungen seinem Herzen theuer geworden, säumte er doch nicht, den Forderungen der neuen Zeit mit voller Hand nachzugeben, wenn sein klarer Blick ihm die Nothwendigkeit zeigte, denn er hatte nie sich, nie den Nutzen einer Partei, sondern stets nur das Wohl des Vaterlandes im Auge. So stand er denn im hohen Greisenalter da als hochgeachteter Schiedsrichter über allen Parteien, als bewährtester Rathgeber seines Fürsten, und stieg, von allen Parteien ohne Ausnahme als der Nationalheld beweint, reich an wohlverdienten Ehren in die Gruft († 14. September 1852).

---

12. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika.

(Nach Eduard Burckhardt, allgemeine Geschichte der neuesten Zeit, mit Zusätzen vom Herausgeber.)

Nach einem glorreichen zehnjährigen Kampfe hatten die nordamerikanischen Colonien ihre Unabhängigkeit von dem englischen

Mutterlande errungen und durch weise Verfassungen ihre innere und äußere Freiheit befestigt. An der Spitze der heranblühenden Freistaaten, die sich bewunderungswürdig schnell entwickelten, standen Männer, gleich ausgezeichnet durch Weisheit und Thatkraft, wie durch republikanische Einfachheit und jegliche Bürgertugend. Unter den Präsidenten Washington (Präsident 1787—1797), John Adams (1797—1801), Thomas Jefferson (1801—1809), Madison (1809—1817), Monroe (1817—1825), Quincy Adams (1825—1829) und Jackson (1829—1837) wurden eine Menge trefflicher Gesetze erlassen, die dem geistigen und politischen Leben der nordamerikanischen Nation einen nie gesehenen Schwung gaben, während glückliche Handelsverträge, verbunden mit einem wohlgeregelten Zollsystem, lebendige Schiffahrt, fortschreitender Anbau und eine großentheils durch Einwanderung vermehrte Bevölkerung das commercielle Leben zu einer staunenswerthen Größe erhoben. Kein Land der Welt hat ein so ausgedehntes Canalsystem erhalten, wie der Continent Nordamerika's, wodurch seine beiden größten Stromgebiete, das des Mississippi und des S. Lorenzo, sowohl unter einander, als mit den Küstenflüssen der östlichen Abdachung, und diese wieder unter einander in Verbindung gesetzt werden, so daß eine Binnenschiffahrt zwischen den großen Seen (durch den 1817 begonnenen und 1825 vollendeten Eriecanal zwischen dem Eriesee und dem Hudsonflusse), dem atlantischen Ocean und (durch den 1828 begonnenen Ohiocanal zwischen dem Eriesee und dem Ohio) dem Golf von Mexico hergestellt ist. In Dampfschiffahrt und Eisenbahnen wurde die neue Welt das Vorbild der alten. Denn während in Europa erst ein vereinzeltes Dampfschiff die Bewunderung auf sich zog, bedeckten sich der Mississippi, Ohio, Illinois, Missouri, Arcansas, Redriver mit Flotillen von Dampfern. Baltimore bildete 1827 die erste Eisenbahngesellschaft, und 1829 fuhr man von New-York nach Philadelphia (100 engl. Meilen) in einem Tage hin und zurück. Die Zahl der Staaten stieg in 40 Jahren (1790—1830) von 13 auf 29, die Bevölkerung um das Dreifache (von 4 auf 12½ Million), der Tonnengehalt der Seeschiffe auf das Sechsfache.

Inzwischen konnten die jungen Freistaaten nur erst nach langem Kampfe einer theilweisen Ruhe genießen. England's engherzige Handelspolitik, vor allen das von Castlereagh mit einer eisernen Hartnäckigkeit behauptete Recht der Matrosenpresse auf amerikanischen Schiffen, entzündete die Flammen eines blutigen Krieges, der am 18. Juni 1812 förmlich zwischen beiden Staaten erklärt ward. Nach mannichfachen Gräueln, die von beiden Seiten geübt wurden und von denen wir nur, als einen ewigen Schandfleck in der englischen Geschichte, die Einäscherung der schöngebauten Hauptstadt Washington durch General Roß (1814) anführen, nach Thaten der ruhmvollsten Tapferkeit, vor allen bei der Vertheidigung von New-Orleans, vor dessen Mauern der Anführer des englischen Belagerungsheeres,

Sir Edward Packenhamm, blieb, wurde endlich am 24. December 1814 zwischen beiden Mächten der Friede zu Gent geschlossen, in welchem die Vereinigten Staaten die Hauptpunkte, die den Krieg zunächst herbeigeführt, fahren ließen, beide Staaten ihre Gefangenen und Eroberungen herauszugeben versprachen und die indianischen Stämme wieder in den Rechts- und Besitzstand von 1811 eingesetzt wurden. Noch ward der Abschaffung des Negerhandels mit einigen Worten gedacht, und die Entscheidung älterer Grenzstreitigkeiten dem Urtheile einer beiden Mächten befreundeten Regierung übertragen. Erst im Jahre 1818 endete ein zu London abgeschlossener Vertrag diese Grenzwirren. Das Hauptverdienst um die Rettung des Vaterlandes gebührte vor allen Heerführern der Union dem so tapferen als umsichtigen General Andrew Jackson, der New-Orleans tapfer gegen die Engländer vertheidigt hatte.

Kaum war die äußere Ruhe hergestellt, als sich auch bald eine in Republiken häufige Erscheinung darstellte: eine große Spaltung unter den Bürgern der Union, die in zwei Parteien, der Demokraten und der Whigs oder Aristokraten, zerfiel; die erste war die Vertreterin des Ackerbaues und des politischen Fortschrittes, die andere die des Handels, der Industrie und des Sclavensystems. Frankreich und England unterstützten die Spaltung nach dem Interesse ihrer Politik. Dennoch gelang es den beiden europäischen Mächten nicht, die beneideten Freistaaten durch eine Trennung zwischen Nord und Süd zu entzweien und gegenseitig zu lähmen.

Gegen die Gewaltthaten der afrikanischen Raubstaaten ließen die amerikanischen Freistaaten im Jahre 1815 eine Flotte auslaufen, welche die Residenz des Dey's von Algier — wie solches früher vom englischen Admiral Exmouth geschehen — durch ein heftiges Bombardement züchtigte, in Folge dessen der Dey die Vergleichsvorschläge annahm und alsbald (1816) den Frieden unterzeichnete. Allein der Plan, durch diese Expedition eine Insel des mittelländischen Meeres zur Unterstützung des amerikanischen Handels mit Europa zu gewinnen, scheiterte an der Eifersucht von Großbritannien, das dagegen energische Einsprache erhob. Inzwischen war schon am 3. Juli 1815 ein Handelsvertrag mit England zu Stande gekommen, welcher basirt auf Grundsätze der Gegenseitigkeit, hinsichtlich der Handels- und Zollfreiheit, den Fahrzeugen der Vereinigten Staaten den freien Zugang in die britisch-ostindischen Häfen eröffnete, ohne ihnen jedoch das Recht des freien Küstenhandels und der Ausladung ihrer ostindischen Waaren, ausgenommen in amerikanischen Häfen, zu ertheilen. Die Staaten der Union wußten aber schon im nächsten Jahre, und noch vollständiger mittelst einer am 1. März 1817 ausgefertigten Bill, durch eine sogenannte Navigations-Acte, die Engherzigkeit der englischen Handels-Principien, zu ihrem Vortheile und zum großen Mißvergnügen des ehemaligen Mutterlandes, zu neutralisiren.

Die Sklaverei ward zwar in den nördlichen Theilen der Union aufgehoben, blieb aber im ganzen Süden, vom 30. Grade nördlicher Breite an, so auch im Missouri-Staate, als unentbehrlich fortbestehen, obschon auch in dem letztgenannten Staaten mehrere Gesetze über eine menschlichere Behandlung der Neger und über den Schutz der Sklaven gegen brutale Willkür erlassen wurden. Freunde der Schwarzen gründeten 1821 an der Westküste Afrika's die Colonie Liberia, zur Aufnahme freigekaufter Sclaven aus Nordamerika und zugleich zu einer Erziehungsschule künftiger Glaubensboten für das innere Afrika bestimmt. Nachdem die ersten Hindernisse, welche das Klima und die Angriffe der Eingeborenen entgegenstellten, besiegt waren, blühte diese Neger-Colonie auf.

Zu der Gunst, welche die Staaten der Union für die gegen das spanische Mutterland aufgestandenen Colonieen bewiesen hatten, gesellten sich noch mehrfache Grenzwirren in Louisiana und den Florida's, um die Regierung Ferdinand's VII. von Spanien immer mehr mit Nordamerika in Zwiespalt zu bringen. Als nun alle Vorstellungen der Union: „daß die beiden Florida's Spanien doch zu nichts nützen, auf die Dauer unerhaltbar und auch in solchem Zustande seien, daß von dort aus den Vereinigten Staaten vielfacher und empfindlicher Schaden zugefügt werden könne," an der Hartnäckigkeit Ferdinand's VII. scheiterten, ließ die Union (1819) mitten im Frieden durch General Jackson das wehrlose Pensacola mittelst eines plötzlichen Angriffes erobern. Das allseitig bedrängte Spanien, dessen Finanzen sich gerade in den ungünstigsten Umständen befanden, mußte sich endlich bequemen, in die völlige Abtretung der beiden Florida's einzuwilligen. Dieser Vertrag verschaffte der Union St. Agostino und Pensacola, zwei neue Ausfuhrhäfen am Golfe von Mexiko und am Canale von Bahama, so wie verschiedene Festungen, welche die Vertheidigungslinie im Süden vollendeten. Uebereinkünfte endlich mit Rußland und England sicherten der Union eine fürderhin unbestrittene Herrschaft am stillen Ocean, und die Grenzen zwischen ihren Besitzungen und denen jener zwei Mächte in diesem Welttheile wurden durch eine, westlich vom Mississippi gezogene, unter dem 49. Grade nördl. Br., bis zu den Rocky-Mountains fortlaufende Linie für immer fest bezeichnet.

Noch ward das Staatsgebiet der Union um diese Zeit durch den Ankauf von 192 Mill. Acres Land (mehr als das Dreifache von Großbritannien) vergrößert, zu deren Abtretung die indianischen Stämme — man kann wohl sagen — diplomatisch gezwungen wurden. Hierdurch ward die Kette der militärischen Posten bis an den Mississippi und Missouri verlängert. Die wichtigste und für die Zukunft erfolgreichste Vergrößerung fand durch eine Niederlassung am oberen Missouristrome Statt, die unter dem Namen Oregon eine neue Bundesprovinz bilden und angeblich die Civilisation der Neger als Hauptzweck verfolgen sollte, eigentlich aber nur dazu be-

stimmt war, die Engländer von der Theilnahme am Pelzhandel im inneren Lande abzuhalten und diesen als Monopol für Nordamerika zu bewahren. Noch verdient die Besetzung Neu-Albions erwähnt zu werden, die, jetzt Brittisch-Columbia geheißen, unter Zustimmung von England und Rußland (des letztern durch den Vertrag vom 17. April 1824) die Herrschaft der Vereinigten Staaten am stillen Meere vollends befestigte.

Die Grundsätze der auswärtigen Politik der Union innerhalb dieses Zeitraumes waren die der vollkommensten Neutralität bei allen amerikanischen wie europäischen Verwicklungen. In dem blutigen Kampfe zwischen Spanien und dessen Colonieen enthielt sich die Union aller bewaffneten Einmischung, wenn sie auch ihre Sympathie für die insurgirten Nachbarstaaten durch Zufuhr von Lebensmitteln und Waffen zu bethätigen suchte. Erst im Jahre 1824 erkannte sie die im spanischen Amerika insurgirten Staaten förmlich an.

In das Jahr 1825 fällt der erhebende Empfang des um die politische Freiheit zweier Welttheile hochverdienten Generals Lafayette, der, wie bekannt, früher für die Unabhängigkeit Nordamerika's ruhmvoll gestritten und jetzt eine Reise über den atlantischen Ocean unternommen hatte, um, ein „Gast der nordamerikanischen Nation“, die früheren Mitstreiter für eine heilige Sache noch einmal zu begrüßen und in der Stadt Camden in Südcarolina den Grundstein zu einem Denkmale zu legen, welches zu Ehren eines deutschen Helden, des Generals Joh. Kalb, der bei jener Stadt im Kampfe (1780) gefallen war, der genannte Staat errichtet hat. Seine Reise durch Nordamerika war der größte Triumphzug, die Fahrten europäischer Fürsten seit undenklichen Zeiten an Herrlichkeit und Würde weit übertreffend. Die ihm in großartigem Sinne geweihte National-Belohnung ehrte gleich sehr den „Helden zweier Jahrhunderte und zweier Welttheile“, wie die nordamerikanische Nation.

Endlich verdient noch der riesenhafte Plan einer rühmlichen Erwähnung, den der edle Präsident der Union, Monroe, in der letzten Periode seiner Wirksamkeit entwarf: die Verbindung des stillen Oceans mit dem atlantischen, zu dessen Verwirklichung ganze Felsengebirge durchschnitten und Seen und Flüsse durch Anlegung schiffbarer Canäle verbunden werden mußten. Ehe noch sein Plan ins Leben eingeführt war, verließ er seine hohe Würde, zu welcher (1825) durch Stimmenmehrheit in einer vielgetheilten Wahl der Sohn des ehevorigen hochverdienten Präsidenten, John Quincy Adams, gewählt ward, ein Mann, gleich ausgezeichnet durch Intelligenz, Willenskraft und Patriotismus, wie durch gemäßigte, politische Gesinnung. Doch die alte staatsmännische Schule, aus der die berühmtesten Parteiführer der Whigs hervorgegangen waren, vermochte das Ansehen nicht mehr zu behaupten, in dem sie zur Zeit ihres Glanzes beim Volke

gestanden hatte. Ihre Traditionen erhielten sich in den sogenannten alten Staaten, die jüngeren Staaten des Westens und ein Theil des Südens entzogen sich einem Einflusse, der ihrem ungeduldigen Vorwärtsdrängen Zügel anzulegen strebte. Quincy Adams vernichtete vollends das Ansehen seiner Partei, theils durch seine aristokratischen Grundsätze, theils durch die Begünstigung, die er durch einen neuen Zolltarif (1828) den nördlichen Industrie-Staaten gegen die südlichen Pflanzer- und Ackerbaustaaten zu Theil werden ließ. Südcarolina drohte schon offen mit Abfall von der Union; hier und in den übrigen Staaten des Südens entstand die Besorgniß, daß die Whigs im Congresse ihre Anträge auf Abschaffung der Sclaverei durchsetzen möchten. Durch diese Antipathieen verstärkt, verdoppelten die Demokraten ihre Anstrengungen und erfochten 1829 einen vollständigen Wahlsieg. General Jackson, dem Volke durch seinen Sieg bei New-Orleans (s. S. 133) theuer geworden, bestieg den Präsidentenstuhl, auf dem, abgesehen von einer kurzen Unterbrechung im Jahre 1841, die Demokraten sich bis zum J. 1860 erhalten haben.



Zweiter Zeitraum: Von der Juli-Revolution 1830 bis zur Februar-Revolution 1848.

13. Frankreich unter Ludwig Philipp, 1830—1848.

(Nach Aug. Ludw. v. Rochau, Geschichte Frankreichs vom Sturze Napoleon's bis zur Wiederherstellung des Kaiserthums, bearbeitet vom Herausgeber.)

Da der Zweck der Juli-Revolution nicht der Umsturz der Verfassung, sondern die Vertheidigung derselben gewesen war, so konnte von Einführung der Republik nicht die Rede sein, sondern es handelte sich nach Beendigung der Revolution nur darum, die Verfassung gegen künftige Verletzungen sicher zu stellen und den erledigten Thron wieder zu besetzen. Nach dem Sturze der alten bourbonischen Dynastie, der auch den Herzog von Bordeaux unmöglich gemacht hatte, war das Haupt der jüngeren bourbonischen Dynastie, der Herzog Ludwig Philipp von Orleans, der nächste Thronfolger. Dieser übernahm am 1. August 1830 aus den Händen der Municipal-Commission die provisorische Regierung, bis eine sog. „Erklärung" der zweiten Kammer ihm auch die definitive Regierung als „König der Franzosen" übertrug. Zugleich enthielt diese „Erklärung" eine Reihe mehr oder minder wichtiger Abänderungen der Charte von 1814, so: das Verbot der Wiedereinführung der Censur, die Bestimmung, daß der König niemals die Gesetze suspendiren oder deren Vollziehung hindern dürfe, die Anerkennung des Rechtes beider Kammern zu Gesetzes-Vorschlägen, welche die Charte von 1814 ausschließlich der Krone vorbehalten hatte, die Oeffentlichkeit der (bisher geheimen) Sitzungen der Pairskammer, die Herabsetzung des die Wählbarkeit bedingenden Alters von 40 auf 30 Jahre, die Verkürzung der Legislatur-Perioden von 7 auf 5 Jahre u. s. w. Diese „Erklärung" der zweiten Kammer wurde erst, nachdem sie vom General-Statthalter Ludwig Philipp (am 7. August) angenommen war, nachträglich, gleichsam aus bloßer Höflichkeit, auch der Pairskammer mitgetheilt, welche den im Palast Bourbon gefaßten Beschlüssen ohne Widerrede und fast ohne Berathung beitrat. Selbst die darin verlangte Ungültigkeit aller während der Regierung Karl's X. vorgenommenen Pairs-Ernennungen wurde nur schwach beanstandet

Stammtafel des Hauses Orleans.

Ludwig Joseph Philipp Egalité † 1793.

- **Ludwig Philipp I., König 1830—1848, † 1850.** Gem. Maria Amalie von Sicilien.
  - **Ferdinand,** Herzog von Orléans, † 1842.
    - Ludwig Philipp, Graf von Paris, Gem. Isabella von Montpensier.
      - Amalie.
    - Robert, Herzog von Chartres, Gem. Francisca von Joinville.
      - Marie.
  - **Ludwig** von Nemours, Gem. Victoria von Sachsen-Coburg.
    - Ludwig, Graf von Eu, Gem. Isabella von Brasilien.
    - Ferdinand, Herzog von Alençon. Margaretha, Blanca.
  - Clementine Gem. August, Prinz von Coburg.
  - **Franz** von Joinville, Gem. Francisca von Brasilien.
    - Francisca, Herzogin von Chartres.
    - Peter, Herzog von Penthièvre.
  - **Heinrich** von Aumale, Gem. Karoline, Prinzessin von Salerno.
    - Ludwig, Prinz v. Condé. Franz, Herzg. v. Guise.
  - **Anton** v. Montpensier, Gem. Luise, Infantin von Spanien.
    - Isabella, verm. mit dem Grf. v. Paris. Amalia, Infantin v. Spanien, Christina, Infantin von Spanien, Ferdinand, Inf. v. Span., Maria de las Mercedes, Infantin v. Spanien.

und schließlich mit den Worten gutgeheißen, „daß man die Entscheidung über diesen Punkt der Weisheit des Fürsten anheimstelle". Am 9. August wurde die „Erklärung" der zweiten Kammer und der zustimmende Beschluß der Pairskammer dem General-Statthalter vorgelesen, von ihm genehmigt und beschworen.

Schon von Anfang an sah der neue König der Franzosen zwei Parteien in unversöhnlicher Feindschaft ihm gegenüberstehen: die Karlisten und die Republikaner. Eine Anzahl karlistischer Mitglieder beider Kammern verweigerte demselben den Eid, andere Karlisten leisteten zwar den Eid, um ihre Sitze in den Kammern zu behaupten, arbeiteten aber darum nicht weniger planmäßig auf den Umsturz der revolutionären Regierung hin. Die Republikaner ihrerseits waren mit geringeren Mitteln eben so thätig für den nämlichen Zweck. Uebrigens erfreute sich Ludwig Philipp, inmitten aller Feindseligkeit des Parteigeistes und trotz der drückenden Lage des Volkes in Folge der Störung des Geschäftslebens durch die Revolution, in den ersten Monaten seiner Regierung einer großen Popularität. Seine Zugänglichkeit, seine einfache häusliche Sitte blieben nach seiner Thronbesteigung dieselben, wie zuvor und wurden ihm von der öffentlichen Meinung hoch angerechnet. Seine Söhne besuchten auch jetzt noch die öffentlichen Schulen, die früher niemals einen Prinzen unter ihren Zöglingen gezählt hatten; den König selbst sah man im bürgerlichen Rocke mit dem Regenschirm in der Hand durch die Straßen von Paris wandeln, immer bereit zu einem freundlichen Worte, zu einem Händedruck gegen Jedermann. Seine Geistesgegenwart, seine Redefertigkeit, der vertrauliche Ton seiner Unterhaltung, seine Kenntniß des kleinbürgerlichen Lebens und seine stete Bereitwilligkeit, auf die Interessen desselben einzugehen, waren eben so viele wirksame Mittel, sich die Volksgunst zu erwerben, deren eifriger und erfolgreicher Gebrauch ihm bald den Namen eines „Bürgerkönigs" erwarb.

Der nächste Gegenstand, welcher die neue Regierung beschäftigte, war der Proceß gegen die Exminister Karl's X. Vier derselben: Polignac, Peyronnet, Chantelauze und Guernon-Ranville waren auf der Flucht nicht so glücklich gewesen, wie ihre Collegen, die unerkannt und unaufgehalten über die Grenze gekommen waren. Die Regierung ließ die ohne ihr Zuthun und zu ihrem großen Bedauern gefangen genommenen Urheber des Staatsstreiches nach dem Schlosse Vincennes abführen, aber, um die Todesstrafe von ihnen abzuwenden, sich durch die zweite Kammer auffordern, einen Gesetzentwurf auszuarbeiten und der National-Vertretung vorzulegen, nach welchem die Todesstrafe überhaupt, als dem humanen Geiste des Jahrhunderts widersprechend, einstweilen wenigstens für politische Verbrecher abzuschaffen sei, also für Handlungen, deren Verdienst oder Schuld von wechselnden Ereignissen, ja sogar von der wandelbaren Meinung des Tages abhange. Dieses Verfahren setzte die Masse des pariser Volkes, welches eine dem Verbrechen der Exminister

und den zahlreichen Opfern der Revolution entsprechende Sühne verlangte, in die wildeste Bewegung. Man zog nach Vincennes, um an dem Fürsten Polignac und seinen Collegen Volks-Justiz zu üben, allein der Commandant des Schlosses, General Daumesnil, erklärte, als seine gütlichen Vorstellungen bei der von Leidenschaft berauschten Menge kein Gehör fanden, er werde sich eher mit den Gefangenen in die Luft sprengen, als sie ausliefern. Darauf kehrte der tobende Zug nach Paris zurück, um unter den Fenstern des Palais royal und vor den Ohren des dort beim Könige versammelten Ministerrathes sein Mordgeschrei gegen die Gefangenen von Vincennes zu wiederholen. Zur Beschwichtigung der Volksaufregung erließ der Präfect des Seine-Departements, Odilon Barrot, eine Proclamation, in welcher unter anderen besänftigenden Worten auch ein ausdrücklicher Tadel des auf Abschaffung der Todesstrafe gerichteten Kammerbeschlusses enthalten war. Diese Proclamation erregte natürlich den Unwillen nicht nur der Kammer, sondern auch des Ministeriums, das, als der König nicht in die Absetzung Odilon Barrot's, als eines wegen seiner Popularität unentbehrlichen Mannes, willigen wollte, seine Entlassung gab (mit Ausnahme Dupont's de l'Eure, der den Odilon Barrot beim Könige vertheidigte). Die schwierige Aufgabe, unter diesen Umständen ein neues Cabinet zu bilden, löste der dem Könige persönlich befreundete Lafitte, der sich lediglich durch eigene Energie von den untersten bis auf die höchsten Stufen der gesellschaftlichen Leiter emporgeschwungen hatte. Er selbst trat an die Spitze des Cabinets mit dem Portefeuille der Finanzen, Marschall Maison übernahm das Auswärtige, Dupont de l'Eure die Justiz, Montalivet das Innere, Marschall Gérard den Krieg, General Sebastiani die Marine und Mérilhou den öffentlichen Unterricht.

Unter dem Ministerium Lafitte
(2. November 1830 bis 13. März 1831).

Der Proceß gegen die Exminister Karl's X. wurde vor dem Pairshofe unter zunehmender Aufregung der Pariser Bevölkerung verhandelt. Am 21. December, an welchem Tage das Urtheil gesprochen werden sollte, war der Palast Luxembourg von einer drohenden Volksmenge umgeben, aber von 30,000 Mann Linientruppen und Nationalgarden unter dem Commando Lafayette's abgesperrt. Nachdem die Verhandlungen geschlossen waren, ließ man die Angeklagten in einem Wagen unter Bedeckung von 200 Mann Cavallerie auf Nebenwegen nach Vincennes in Sicherheit bringen. Die Berathungen des Pairshofes dauerten viele Stunden. Unmittelbar nach erfolgter Beschlußfassung entfernten sich die meisten Mitglieder desselben in größter Eile und in mannichfachen Verkleidungen. Der Kanzler Pasquier verkündete in dem verödeten Sitzungssaale bei halb verloschenen Lichtern das Urtheil, welches die Exminister wegen

Unterzeichnung der königlichen Verordnungen vom 25. Juli (s. S. 47) des Verrathes schuldig erklärte und zu lebenslänglicher Gefangenschaft verurtheilte. Während der folgenden Nacht hatte Paris das Ansehen einer Stadt im Belagerungszustande, und innerhalb der Nationalgarde schienen zweierlei Parteien, eine republikanische und eine regierungsfreundliche, darauf gefaßt zu sein, im nächsten Augenblicke ins Handgemenge mit einander zu gerathen. Doch Lafayette's Name und Stellung verhinderte jede ernstliche Störung des öffentlichen Friedens.

Um diese Zeit begannen die Interessen der einheimischen Politik gegen die der auswärtigen Angelegenheiten in den Hintergrund zu treten. Der Sieg der Revolution und die Thronbesteigung Ludwig Philipp's hatte das seit Napoleon's Sturze herrschende Princip der Legitimität bis in seine Grundlagen erschüttert. Dennoch zeigten sich die europäischen Mächte, im Bewußtsein, daß auch in ihren Ländern sich eine Menge Zündstoff aufgehäuft, der sich ohne Mühe zum gewaltigen Brande anfachen ließ, bereitwillig, die neue Regierung in Frankreich anzuerkennen, besonders da diese das Princip der Nichtintervention ihrerseits scharf betonte und allen fremden Staaten die nämliche Unabhängigkeit und Integrität zugestand, die sie für sich in Anspruch nahm. Rußland dagegen zögerte nicht nur, sondern machte auch Anstalten zu feindseligen Maßregeln, doch begnügte sich der Czar Nikolaus zuletzt damit, dem Bürgerkönige bei dessen Anerkennung den üblichen Titel eines „Bruders“ zu versagen. Spanien ließ sich erst durch Drohungen zur Anerkennung zwingen, indem die französische Regierung, allerdings auf Kosten des Grundsatzes der Nichtintervention, einem bewaffneten Einfalle geflüchteter spanischer Liberalen in ihr Heimatland thätigen Vorschub leistete, weßhalb Ferdinand VII., feig wie immer Angesichts der Gefahr, sich vor dem Anfangs mit Uebermuth behandelten Julikönigthum demüthigte.

Das Verfahren der französischen Regierung Spanien gegenüber mochte indessen eine Entschuldigung finden in der inzwischen ausgebrochenen belgischen September-Revolution (s. Nr. 16). Diese galt, trotz der Verschiedenheit der Motive und des Charakters, für eine Tochter der französischen Revolution, die Belgier wurden, als ein sprachverwandtes Volk, für halbe Franzosen angesehen, und man zweifelte keinen Augenblick, daß der Losreißung Belgiens von Holland die Vereinigung desselben mit Frankreich folgen werde, für welches man bei den Belgiern die wärmsten Sympathien voraussetzte. Ludwig Philipp, der wohl einsah, daß die vier Mächte, welche das Königreich der Niederlande geschaffen hatten, um keinen Preis eine Vereinigung Belgiens mit Frankreich zugeben würden, lehnte die desfallsigen Anträge sowohl für sich ab, als für seinen zweiten Sohn, den Herzog von Nemours (den der belgische Congreß mit der Mehrheit einer einzigen Stimme zum Könige der Belgier gewählt hatte);

und zwar, wie er selbst ohne Umschweife erklärte, im Interesse des Weltfriedens.

Im Anfange des Jahres 1831 hatte sich die legitimistische Partei von ihrem Julischrecken so weit wieder erholt, daß sie ihre Stärke zu versuchen wagte, und zwar durch eine prunkvolle Feier des Todestages des Herzogs von Berry (14. Februar). Die darüber erbitterte Volksmasse brach in die Kirche St. Germain l'Auxerrois ein, zertrümmerte Altar, Kanzel, Beichtstühle und Heiligenbilder und stürmte am folgenden Tage die Wohnung des geistlichen Oberhirten von Paris, des Erzbischofs Quélen, der schon in den Julitagen einen Angriff bestanden hatte. Ludwig Philipp wurde um so leichter der Mitverantwortlichkeit für jene Gewaltthaten, welche die Regierung nicht verhindert hatte, beschuldigt, als er dem Tumulte ein Zugeständniß dadurch machte, daß er die bourbonischen Lilien, die mit den Kreuzen auf den Kirchen zerstört worden waren, aus seinem Wappen entfernte. Der Liberalismus sah darin einen neuen Beweis des Bruches mit einer verhaßten Vergangenheit, der dem Könige zum Verdienste angerechnet wurde. Die Kammer von 1830, deren Rechtsbeständigkeit von Anfang an zweifelhaft gewesen war, hat, abgesehen von den oben (S. 132) angeführten Veränderungen der Charte, keine wesentlichen Neuerungen beschlossen. Sie wurde am 20. April 1831 aufgelöst, um einer nach dem neuen Wahlgesetze zu wählenden Volksvertretung Platz zu machen.

Als im Anfange des Jahres 1831 in Modena, Bologna und Parma Aufstände ausgebrochen waren (s. Nr. 20), in denen das französische Volk eine neue Wirkung der Juli-Revolution erblickte, und Oesterreich in entschlossenem Tone den Grundsatz der Nichteinmischung für Italien verwarf, glaubte auch das französische Ministerium, mit einziger Ausnahme des Minister-Präsidenten, zu Gunsten Italiens nicht länger auf dem Grundsatze der Nichtintervention bestehen zu müssen und Lafitte, der sich schon mit Ludwig Philipp wegen Kaufs eines Forstes entzweit hatte, nahm von dieser Inconsequenz Grund oder Vorwand zum Austritte aus dem Ministerium, welches seinen Namen geführt hatte.

Unter dem Ministerium Casimir Périer

(13. März 1831 bis 11. October 1832).

Der Nachfolger Lafitte's war Casimir Périer, seinem Vorgänger verwandt durch seine bürgerliche Stellung an der Spitze eines großen Bankhauses, aber durch die schroffsten Gegensätze des Charakters und der Politik von ihm getrennt. Er besaß Willenskraft und staatsmännisches Talent in weit höherem Grade. Im Gegensatze zu der Milde und Anspruchslosigkeit seines Vorgängers, war er leidenschaftlich, jähzornig, herrisch und bemächtigte sich als Minister-Präsident einer Machtvollkommenheit, vor welcher sich die Kammer und der König beugten und deren kraftvolle Handhabung vom Aus-

lande alle mögliche Achtung und Schonung erzwang. Er erklärte sofort vor den Kammern sich gegen jede propagandistische Politik, wie sie, trotz des Grundsatzes der Nichtintervention, unter Lafitte in Bezug auf Italien und Polen geübt worden war. Die italienische Revolution unterlag dem Einschreiten Oesterreichs nach einigen Gefechten, bei denen der Prinz Louis Bonaparte, der nachmalige Kaiser der Franzosen, sich mit seinem Bruder zum ersten Male in einer revolutionären Rolle versuchte.

Als aber Belgien, von Holland angegriffen, französische Hülfe begehrte, ließ die französische Regierung sofort 50,000 Mann unter Marschall Gérard in Brüssel einrücken, um „die von den fünf Mächten anerkannte Unabhängigkeit und Neutralität des neuen Königreiches zu vertheidigen und die Beschlüsse der Londoner Conferenz in Kraft zu erhalten", worauf die Holländer das belgische Gebiet ohne Verzug räumten. Nichts desto weniger ward die auswärtige Politik der Regierung in der zweiten Kammer vielfachem und strengem Tadel unterworfen, nicht nur wegen Polens und Italiens, sondern auch wegen Belgiens, welches durch die französische Politik einem „englischen" Prinzen ausgeliefert und wegen seiner Ansprüche auf Luxemburg und Limburg im Stiche gelassen worden sei. Doch wurde ein Antrag auf förmliche Untersuchung abgelehnt.

Die wichtigste innere Angelegenheit der Kammer-Verhandlungen war die schon 1830 angeregte Abschaffung der Erblichkeit der Pairswürde, welche in der zweiten Kammer mit 386 gegen 40 Stimmen angenommen wurde, aber, um sie in der Pairskammer selbst durchzusetzen, ernannte der König auf einmal 36 neue Pairs, und daß diese Vorsicht keine überflüssige gewesen, zeigte sich nur zu deutlich bei der Abstimmung, die trotz der beträchtlichen Verstärkung der Regierungs-Partei nur eine Majorität von 34 Stimmen für die Abschaffung ergab. Darauf erklärten 13 Pairs ihren Austritt aus der ersten Kammer, die von jetzt an immer mehr den Charakter einer bloßen Regierungsmaschine annahm.

Während die letzte Hälfte des Jahres 1831 ohne ernstliche Störungen der öffentlichen Ruhe in der Hauptstadt verlief, kam es in mehreren großen Provincialstädten zu mancherlei Unruhen, meist durch rein örtliche Verhältnisse veranlaßt, so in Straßburg wegen des Eingangszolls auf Schlachtvieh, in Marseille wegen einer Procession, in Lyon wegen des Nothstandes der Seidenweber u. s. w. Alle diese Aufstände hatten keine politische Bedeutung. Dagegen machte die legitimistische Partei einen Versuch, den Herzog von Bordeaux als König Heinrich V. zu proclamiren. Dessen Mutter, die Herzogin von Berry, von dem im Schlosse Holyrood in Schottland weilenden Exkönige Karl X. zur Regentin während der Minderjährigkeit ihres Sohnes ernannt, landete zuerst in der Nähe von Marseille, und als die Verschworenen hier die gehoffte Unterstützung der Bevölkerung nicht fanden, reiste die Herzogin unerkannt zu Lande

nach der Vendée, wo verwegene Parteigänger der vertriebenen Königsfamilie vereinzelt oder in kleinen Gruppen eine Art Krieg gegen die neue Ordnung der Dinge führten, der sich von Straßenraub kaum unterscheiden ließ. Der Irrthum, daß die Polizei in einer anderen Dame, die auf dem Schiffe der Herzogin zurückgeblieben war, diese selbst zu erkennen glaubte, bewirkte, daß alle gegen die Herzogin gerichteten Nachforschungen aufgegeben wurden und diese die Vendée ohne Aufenthalt und ohne Schwierigkeit erreichen konnte. Aber hier zeigte sich ihr Anhang den königlichen Truppen gegenüber so schwach, daß die Herzogin, in wechselnden Verkleidungen von Schloß zu Schloß, von Hütte zu Hütte fliehend, froh sein mußte, sich in Nantes bei zuverlässigen Freunden dem Auge der unermüdlichen Polizei zu entziehen, bis sie nach 4 Monaten durch einen getauften Juden, Namens Deutz, (für ½ Million Franken) verrathen und gefangen auf ein Schloß bei Bordeaux gebracht wurde, von wo man sie später, nach der Geburt einer Tochter, nach Palermo absegeln ließ. Inzwischen war Casimir Périer am 16. Mai an der Cholera gestorben, welche im Frühjahr 1832 zum ersten Male Paris heimsuchte. Seine letzte politische Maßregel war die Besetzung Ancona's durch französische Truppen als Gegenstück zur Besetzung Bologna's durch die Oesterreicher, wodurch er bei den Italienern Hoffnungen erregte, welche die französische Regierung von vorn herein nicht zu erfüllen gesonnen war. Die Besetzung dauerte sieben Jahre — bis die Oesterreicher die Romagna räumten. Von Vielen gefürchtet, von Manchen gehaßt, von Wenigen geliebt, ließ Casimir Périer mehr stille Freude, als aufrichtige Trauer über seinen Tod zurück. Selbst der König sprach diese gemischte Stimmung mit den Woten aus: „Die Zukunft wird lehren, ob Périer's Tod ein Glück oder ein Unglück ist."

Im Anfang des Juni vereinigten sich alle der Regierung feindlichen Parteien: die Republikaner, die Legitimisten und die Bonapartisten zu einem directen Angriffe auf die Juli-Monarchie. Die Gelegenheit dazu gab das Begräbniß des Generals Lamarque, eines der heftigsten Wortführer der Liberalen. Während des Zuges (am 5. Juni) kam es zu einem ernstlichen Kampfe zwischen dem Volke und einem Dragoner-Regimente, dessen Ausgang einige Stunden zweifelhaft blieb. Aber der Mangel eines festen Planes und eines anerkannten Oberhauptes einerseits, andererseits das feste, unerschrockene Auftreten des Königs, der den Antrag auf Wechsel seines politischen Systems zurückwies, lähmte das Selbstvertrauen des gefährlichen Aufstandes, dessen Wahlspruch „Republik" nur in einem eng begrenzten Kreise Anklang gefunden hatte. Der blutige Sieg verschaffte der Juli-Regierung auf einige Zeit Ruhe.

Unter dem (ersten) Ministerium Soult
(11. October 1832 bis 22. Februar 1836).

Nach dem Tode Périer's war das bisherige Ministerium ohne einen Premier beibehalten worden bis zur bevorstehenden Eröffnung der Kammern. Am 11. October brachte der Moniteur die Anzeige von der Bildung eines neuen Ministeriums: Marschall Soult behielt das Kriegs-Ministerium und bekam den Titel des Minister-Präsidenten, zwei Doctrinairs traten in das Cabinet: der Herzog von Broglie für die auswärtigen Angelegenheiten und Guizot für den öffentlichen Unterricht, Thiers übernahm die inneren Angelegenheiten. Dieses Ministerium galt als eine Fortsetzung des vorigen und seine Politik wurde mit einem vom Könige selbst zur Bezeichnung der einzuhaltenden Bahn gebrauchten Ausdrucke, als die der „richtigen Mitte" (juste milieu) bezeichnet, der im Munde der Opposition bald als Schmähwort für politische Schwäche galt.

Die Vermählung des Königs der Belgier, Leopold's I., mit der ältesten Tochter Ludwig Philipp's (9. August) gab der französischen Regierung eine neue Veranlassung, die endliche Schlichtung des holländisch-belgischen Streites herbeizuführen. Da der König von Holland sich der Entscheidung der fünf Großmächte, die in den 24 Artikeln des Londoner Protokolls vom 15. November 1831 ausgesprochen war, nicht unterwerfen wollte, und zufolge eines neuen Protokolls vom 1. October 1832 die Ostmächte sich weigerten, an Zwangsmaßregeln gegen Holland sich zu betheiligen, so unternahm Frankreich im Einverständnisse mit England einen Winter-Feldzug nach Belgien, um vor Allem die vollständige Räumung des belgischen Gebietes von holländischen Truppen zu erzwingen. Marschall Gérard, in Begleitung der beiden ältesten Söhne des Königs, der Herzöge von Orleans und Nemours, belagerte die Citadelle von Antwerpen, welche General Chassé nach hartnäckiger Vertheidigung (4. bis 23. December) übergab, aber die Holländer blieben im Besitze von zwei die Schelde beherrschenden Forts (Lillo und Liefkenshoek), Marschall Gérard trat wegen der winterlichen Jahreszeit den Rückzug an, und die holländische Frage war durch die Eroberung der Citadelle von Antwerpen keineswegs gelöst.

Die Sessionen der Kammer im Jahre 1833 und Anfangs 1834 waren ungewöhnlich arm an Ergebnissen. Von wichtigen Folgen aber war ein im März 1834 angenommener Gesetzvorschlag der Regierung, der den politischen Verbindungen ein Ende machen sollte und insbesondere gegen die umfangreichste und einflußreichste derselben, die sog. Gesellschaft der Menschenrechte gerichtet war, zu deren Häuptern General Cavaignac gehörte. Diese trat daher mit anderen Gesellschaften in Verbindung, um dem neuen Gesetze, das ihre Auflösung verhängte, nicht ohne Kampf zu weichen und einen letzten entscheidenden Schlag der republikanischen Partei zu versuchen. In Lyon,

welches nächst Paris der Hauptheerd der republikanischen Verschwörung war, brach der Aufstand zuerst aus (bei Gelegenheit eines Processes gegen einige Fabrikarbeiter als Anstifter von Unruhen), und erst nachdem derselbe hier vollständig unterdrückt war und nachdem die Regierung alle Muße gehabt hatte, die 40,000 Mann der Besatzung von Paris in schlagfertigen Zustand zu setzen, wurden auch hier Barricaden errichtet, hinter denen sich die 3=—4000 Mitglieder, welche die Gesellschaft der Menschenrechte in Paris zählte, sammeln sollten. Es fand sich aber nur eine kleine Anzahl ein, welche von der Uebermacht der Truppen leicht überwältigt wurde (13. und 14. April). Jedes aufrührerische Gelüste war dadurch für lange Zeit erstickt und bei den nächsten Wahlen der Volksvertretung (im Juni 1834) verschwand die republikanische wie die legitimistische Partei fast gänzlich aus der Kammer. Zwar bot der „April=Proceß", d. h. der Proceß gegen die wegen der Unruhen im April Angeklagten, welcher vor der Pairskammer, oder wie dieselbe in ihrer richterlichen Eigenschaft hieß, vor dem Pairshofe, verhandelt wurde, der republikanischen Partei die günstigste Gelegenheit, noch inmitten ihrer Niederlagen durch Angriffe gegen die Regierung eine gefährliche Propaganda zu machen, allein ein gegen den König unternommener Mordversuch beschleunigte den Verfall der republikanischen Partei, welche die Mitverantwortlichkeit für das von ihren Gesinnungsgenossen begangene oder begünstigte Verbrechen vergebens mit dem Ausdrucke des tiefsten Unwillens von sich ablehnte. Als nämlich der König am 28. Juli 1835, dem Jahrestage der Juli=Revolution, eine große Musterung der Linientruppen und Nationalgarden auf den Boulevards vornahm, feuerte ein Corse, Namens **Fieschi**, aus dem Fenster eines Hauses auf dem Boulevard du Temple eine aus 25 Gewehrläufen bestehende „Höllenmaschine" auf den König ab, der jedoch, wie seine Söhne, unverletzt blieb, während 14 Personen aus dem Gefolge, unter ihnen Marschall Mortier und General Lachasse, tödtlich getroffen wurden. Es konnte nicht ausbleiben, daß dieses meuchelmörderische Blutbad der Anlaß oder Vorwand zu einem neuen Anlaufe der Reaction wurde, welche schon in Folge der April=Unruhen in dem Pairshofe ein Tribunal geschaffen hatte, vor welchem man keine Freisprechung politischer Angeklagten mehr zu fürchten hatte. Sofort legte die Regierung drei Gesetzentwürfe über politische Processe und gegen die Ausschreitungen der Presse vor, deren Zweck war, die gesammte Opposition für die That Fieschi's büßen zu lassen. In den Kammern kam man nicht nur den Forderungen der Regierung bereitwillig entgegen, sondern schärfte noch die von derselben beantragten „September=Gesetze".

Bei der Berathung des Budgets für 1837 setzte die sog. Mittelpartei (tiers-parti), mit welcher der König in stillem Einverständnisse stand, aus persönlicher Nebenbuhlerschaft gegen das Ministerium einen Beschluß mit zwei Stimmen Mehrheit durch, welcher die Re-

gierung aufforderte, Vorbereitungen zur Herabsetzung des Zinsfußes der Rente zu treffen. Deßhalb dankte das Ministerium ab und es folgte ein Ministerium der Mittelpartei, jedoch mit dem bisherigen Minister Thiers an der Spitze (zugleich Minister der auswärtigen Angelegenheiten). Fieschi wurde nebst zwei Mitverschwornen (Morey, welcher den Plan der blutigen That entworfen, und Pepin, der Geld dazu hergegeben hatte) vom Pairshofe zum Tode verurtheilt und hingerichtet.

Unter dem (ersten) Ministerium Thiers

(22. Februar bis 25. August 1836).

Ein neuer, ebenfalls mißlungener Mordversuch gegen den König, den ein ehemaliger Unterofficier, Namens **Alibaud**, aus republikanischem Fanatismus und persönlichem Groll unternahm (25. Juni) und zufolge des Urtheils des Pairshofes mit dem eigenen Leben büßte, steigerte die Feindseligkeit der Regierung gegen die republikanische Partei und gab ihr Veranlassung, gemeinschaftlich mit den übrigen Nachbarstaaten der Schweiz, namentlich mit Oesterreich, sich bei der Eidgenossenschaft über das Streben der politischen Flüchtlinge zu beschweren, die vom schweizerischen Boden aus eine revolutionäre Einwirkung auf ihre Heimatländer auszuüben versuchten.

Eine andere Frage der auswärtigen Politik wurde die Veranlassung zu der kurzen Dauer des Ministeriums Thiers. Die Königin-Regentin Christine von Spanien, von Don Carlos hart bedrängt, glaubte die Sache ihrer Tochter Isabella ohne französischen Beistand verloren. Deßhalb ließ sie die Hand derselben einem der Söhne Ludwig Philipp's anbieten und bestürmte zugleich das Cabinet der Tuilerieen mit Bitten um Hülfe, wie England solche schon geleistet habe. Thiers, der schon im vorigen Jahre der eifrigste Fürsprecher der Intervention gewesen, erreichte, unterstützt von dem Ehrgeize und dem kriegerischen Sinne des Herzogs von Orleans, nach mehrfachem vergeblichen Bemühen, endlich vom Könige die Zustimmung zur Absendung eines Hülfscorps von 12,000 Freiwilligen. Als aber in Madrid die exaltirte Partei siegte und die Königin-Regentin zur Wiederherstellung der Verfassung von 1812 nöthigte, nahm Ludwig Philipp diesen Umschwung der Dinge in Spanien zum Vorwande, um seine Einwilligung zur Intervention zurückzunehmen und die Auflösung des Hülfscorps zu befehlen. Das Ministerium nahm in Folge dessen seine Entlassung und an seine Stelle trat am 6. September ein neues Cabinet, worin Molé mit dem Auswärtigen das Präsidium, Guizot das Unterrichtswesen übernahm.

Unter dem Ministerium Molé

(6. September 1836 bis 15. April 1837 und theilweise bis 8. März 1839).

Zunächst zog **Afrika** die Aufmerksamkeit des neuen Ministeriums auf sich. Die Frage, ob Frankreich seine afrikanischen Eroberungen

behaupten oder aufgeben, beschränken oder erweitern solle, war in den ersten Jahren nach der Einnahme Algier's durch Bourmont (s. S. 47) unentschieden geblieben. Unter dem raschen Wechsel der Oberbefehlshaber und der Methoden der Verwaltung und Kriegführung hatten die Franzosen in Algerien nichts gefunden als unfruchtbare Kämpfe und Mühen, ruhmlose Gräber für ihre Soldaten und Verschlechterung ihrer Finanzzustände. Da jedoch eine dahin abgeordnete Commission erklärte, die Ehre und das Interesse Frankreichs gestatte nicht „die französischen Besitzungen in Nordafrika" aufzugeben, so wurde Ende 1835 die Statthalterschaft über Algerien abermals dem Marschall Clauzel anvertraut, den Ludwig Philipp schon gleich nach seinem Regierungsantritte als Nachfolger des Legitimisten Bourmont nach Afrika gesandt hatte. Dieser eroberte Maskara (December 1835), die Residenz des jungen Emirs Abd-el-Kader, der seit 1833 der Hauptgegner der Franzosen war. Dagegen mißlang sein in zu später Jahreszeit (November 1836) unternommener Zug gegen Achmet, Bey von Constantine, der wegen seiner wohlorganisirten Macht und wegen seiner Verbindungen mit dem benachbarten Tunis damals für den gefährlichsten Widersacher der französischen Herrschaft in Afrika galt.

Nachdem Republikaner und Legitimisten (letztere besonders, seitdem Karl X. am 6. November 1836 in Görz an der Cholera gestorben) unschädlich geworden, erhob ganz unerwartet der (seit dem Ableben des Herzogs von Reichstadt 1832) todtgeglaubte Bonapartismus sein Haupt. Ludwig Bonaparte, einer der Söhne der Stieftochter und Schwägerin Napoleon's, der Exkönigin Hortensia, der schon bei den revolutionären Bewegungen in Italien eine Rolle gespielt hatte, hielt sich seit dem Tode des Herzogs von Reichstadt für den verfassungsmäßigen Erben des kaiserlichen Thrones und versuchte im Einverständnisse mit einigen Officieren von der Garnison in Straßburg die Truppen dieser Stadt zu gewinnen. Am 30. October 1836, Morgens 5 Uhr, versammelte Oberst Baudrey sein Artillerie-Regiment im Hofe der Caserne und stellte ihm den Prinzen als Neffen und Nachfolger des Kaisers vor; seine und des Prinzen Anrede wurde von den Artilleristen mit Lebehochs auf den Kaiser erwiedert. Als man aber von dort zur Infanterie-Caserne zog, und die Verschwornen hier im Hofe erschienen, brachten die Anreden des Prinzen und seiner Begleiter nur einen sehr zweifelhaften Eindruck hervor, den die Entschlossenheit und das Pflichtgefühl einiger Officiere bald gänzlich verwischten. Der Lieutenant Pleignier legte zuerst Hand an Ludwig Bonaparte, der von den Artilleristen zwar vertheidigt, aber nach einer kurzen und unblutigen Rauferei festgenommen wurde. Die Regierung glaubte der Sache keine Wichtigkeit beilegen zu dürfen und ließ den Gefangenen nach Cherbourg bringen, um nach Amerika eingeschifft zu werden. Mochten immerhin Gründe der Politik für die Freilassung des Prinzen Ludwig Bonaparte wie früher der Her-

zogin von Berry sprechen, der Masse des Volkes waren dieselben nicht verständlich, das öffentliche Gleichheits- und Rechtsgefühl wurde durch diese verschiedene Behandlung der fürstlichen und der gemeinen Hochverräther höchst empfindlich verletzt, und es war vorauszusehen, daß es sich bei der ersten Gelegenheit rächen werde.

Als Ludwig Philipp am 27. December 1836 zur Eröffnung der Kammer-Session nach dem Palast Bourbon fuhr, feuerte ein liederlicher Handwerksgeselle, Namens Meunier, eine Pistolenkugel auf den Wagen des Königs ab, welche dicht am Gesichte des Königs vorbeifliegend in die Polster des Wagens fuhr; die Herzöge von Orleans und Nemours wurden durch die Splitter des zerschmetterten Fensters im Gesichte verletzt. Der Mörder, der seinem elenden Dasein auf eine auffallende Weise ein Ende machen wollte, wurde vom Pairshofe zum Tode verurtheilt, aber auf die Fürbitte seiner Mutter begnadigt und nach Amerika geschickt. Die Mehrzahl der Mitschuldigen Ludwig Bonaparte's war entflohen, sieben derselben wurden vor das Geschwornengericht in Straßburg gestellt und, wegen angeblich mangelhafter Aufklärung der Sache in Folge der Abwesenheit der Hauptschuldigen, freigesprochen und von der Bevölkerung als Helden des Tages mit lärmenden Huldigungen begrüßt. Vorschläge der Regierung, durch geeignete Abänderung der Gesetzgebung der Wiederholung ähnlicher Fälle vorzubeugen und das unaufhörlich bedrohte Leben des Königs wirksamer zu schützen, fanden bei den Abgeordneten keinen Anklang, dagegen bewilligten sie ohne Schwierigkeit nicht nur die geforderte Verdoppelung der sog. Apanage des Herzogs von Orleans bei seiner Vermählung mit der Herzogin Helene von Mecklenburg, so wie die Kosten der Vermählung (1 Million), sondern auch nachträglich eine Aussteuer (von 1 Million) für die seit mehreren Jahren verheirathete älteste Tochter des Königs, die Königin der Belgier. Im Volke aber machte es den peinlichsten Eindruck, daß der reichste König in Europa die Ausstattung seiner Kinder dem Staate aufbürdete.

Inzwischen war Guizot mit drei seiner Collegen aus dem Ministerium getreten, weil er dem Minister-Präsidenten die tonangebende Stimme im Cabinet streitig machte, und der König, dem dieser Wettkampf der beiden ehrgeizigen Männer nicht fremd sein mochte, gern die Gelegenheit benutzte, sich der Doctrinairs gänzlich zu entledigen. Montalivet, der persönliche Günstling des Königs, erhielt das Innere. Der Glanz des Vermählungsfestes des königlichen Hauses und damit zugleich die freudige Stimmung der Nation wurde erhöht durch eine umfassende Amnestie für politische Verbrecher und durch Eröffnung der historischen Galerie in Versailles, in welcher die bedeutenden Männer und Ereignisse der französischen Geschichte in einer langen Reihe von Gemälden (und Statuen) dargestellt waren. Die Amnestie brachte auch den Exministern Karl's X., die, außer (dem zuletzt auf 20 Jahre verbannten) Polignac, schon auf Ehrenwort aus der Ge-

fangenschaft entlassen waren, die vollständige Begnadigung. Doch ein unglückliches Ereigniß trübte die allgemeine Freude. Als die Menge nach Beendigung eines prachtvollen Feuerwerkes auf dem Marsfelde und in den elyseischen Feldern heimkehrte, entstand an einigen schmalen Durchgängen ein solches Gedränge, daß etwa zwanzig Personen erdrückt und eine größere Anzahl gefährlich verletzt wurden. Der Aberglaube wollte in diesem Unfalle, der an ein ähnliches Ereigniß bei der Vermählungsfeier Ludwig's XVI. und der Marie Antoinette erinnerte, eine böse Vorbedeutung sehen.

Um die Schlappe wieder gut zu machen, welche die französischen Waffen vor Constantine erlitten hatten, rüstete die Regierung eine zweite Expedition gegen Constantine mit verdoppelten Kräften. Damit man aber nicht gleichzeitig im Osten und im Westen Nordafrika's einen gefährlichen Feind zu bekämpfen habe, schloß General Bugeaud, der Befehlshaber in Oran, mit Abd-el-Kader einen Vertrag am Ufer der Tafna, worin dieser freilich die Oberherrlichkeit Frankreichs anerkannte und sich zu einem Tribute (in Getreide und Rindvieh) verpflichtete, aber dagegen den Besitz des größten Theiles der Provinz Oran und des ganzen ehemaligen Deyliks (außer der in Achmet Bey's Gewalt befindlichen Provinz Constantine) eingeräumt erhielt. So im Rücken gedeckt, beschloß General Damrémont, nachdem er vergebens den Weg der Unterhandlung versucht hatte, den Sturm auf das von Natur an drei Seiten feste Constantine (12. Oct.). Die Rücksichtslosigkeit, mit welcher er seine Person Preis gab, flößte seiner Umgebung den Verdacht ein, daß er den Tod suche, um der Verantwortlichkeit für das gefürchtete Mißlingen des Unternehmens zu entgehen. Der Erfolg rechtfertigte den Verdacht. Als man ihn bei der Recognoscirung einer Bresche darauf aufmerksam machte, daß er sich gerade in der Schußlinie des Feindes befinde, antwortete er: „Thut nichts!" und im nächsten Augenblicke streckte ihn eine Kanonenkugel zu Boden. Der Oberbefehl ging nach dem Rechte des Dienstalters auf den General Valée über. Dieser ließ am 13. October die Stadt erstürmen. Eine schonungslose Plünderung derselben erfolgte zunächst durch die Soldaten, dann aber, nachdem die militärische Ordnung völlig wieder hergestellt war, durch die der Expedition beigegebene wissenschaftliche Commission. Alles, was in den Augen dieser Commission Werth hatte, namentlich Bücher und Manuscripte, wurde den Einwohnern genommen. Ohne Rücksicht auf die englische Eifersucht beschloß die Regierung, Constantine den französischen Besitzungen in Afrika einzuverleiben. Der Eroberer der Stadt, Valée, erhielt die Marschallswürde, die Leiche seines Vorgängers Damrémont einen Ehrenplatz im Dome der Invaliden.

In der Kammer-Session von 1839 bildete sich eine sog. „Coalition" aus drei verschiedenen Parteien, deren Führer Thiers, Guizot und Odilon Barrot waren, zum gemeinschaftlichen Zwecke, das Ministerium Molé zu stürzen. In der Adreß-Debatte bot die auswärtige

Politik des Ministeriums: die Räumung Ancona's, die Bedrohung der Schweiz, um die Ausweisung des aus Amerika zurückgekehrten Ludwig Bonaparte zu erzwingen, die Lage Polens, die schließliche Auseinandersetzung zwischen Holland und Belgien (s. Nr. 16) die nächsten Angriffspuncte dar. Obwohl eine mildere Fassung der Adresse auf die Thronrede (mit der verhängnißvollen Stimmenzahl von 221) durchging, so brachte doch der Moniteur vom 1. Februar eine königliche Verordnung, welche die Kammer auflöste. Da die Wahlen zur neuen Kammer aber im Sinne der Opposition auszufallen schienen, so wich das Ministerium der neuen Kammer schon vor Beendigung der Wahlen. Der König gab sich die Miene, als ob er bereit sei, sein neues Ministerium aus der parlamentarischen Mehrheit zu nehmen, doch keiner der Chefs der Coalition wollte den beiden andern nachstehen und so dauerte die Cabinets-Krisis zwei Monate, bis ein Aufstandsversuch der „Gesellschaft der Jahreszeiten", mit Barbès an der Spitze, zum Zwecke der Herstellung der Republik, ihr ein Ende machte und ein neues Ministerium mit Soult als Präsident und Minister des Auswärtigen sich constituirte.

Unter dem (zweiten) Ministerium Soult

(12. Mai 1839 bis 1. März 1840).

Die Thätigkeit des neuen Ministeriums wandte sich vor Allem den orientalischen Angelegenheiten zu. In dem wieder ausgebrochenen Kriege zwischen dem Sultan Mahmud und dem Pascha Mehmet Ali von Aegypten (s. Nr. 28) ergriffen die vier übrigen Großmächte Partei gegen Mehmet Ali: England, weil der Pascha ihm den Weg nach Indien erschwerte, Rußland, weil es den Sultan bereits wie eine Art Vasallen betrachtete, Oesterreich und Preußen, um das türkische Reich und zugleich das Princip der Legitimität aufrecht zu erhalten. In Frankreich dagegen war Regierung und Volk für Mehmet Ali gestimmt, der seit dem Frieden von Kutajah (s. Nr. 28) die Rolle eines französischen Schützlings mit vielem Glücke gespielt und viele Franzosen im ägyptischen Staatsdienste angestellt hatte, der die Verehrung Napoleon's und einen Eifer für Civilisation zur Schau trug. Als daher eine gemeinschaftliche Note der Gesandten der fünf Großmächte in Constantinopel den Vicekönig von Aegypten in seiner siegreichen Laufbahn hemmte durch die Aufforderung, ohne Mitwirkung der Mächte einstweilen keinen entscheidenden Schritt mehr zu thun, rief das französische Ministerium seinen Gesandten (Roussin) aus Constantinopel ab, die Wirkung der von ihm gutgeheißenen Note aber konnte nicht mehr rückgängig gemacht werden.

Der Gegensatz der orientalischen Politik Englands und Frankreichs übte auf das bisherige gute Verhältniß beider Mächte eine sehr ungünstige Wirkung aus. Daher glaubte man auch in Frankreich die Hand Englands im Spiele zu sehen, als sich der Krieg in

Afrika erneuerte. Um die Mitte Octobers 1839 erhoben sich auf den Ruf Abd-el-Kader's die Araber in Masse zu dem heiligen Kriege gegen die Franzosen, plünderten und verwüsteten die ganze Ebene von Algier, aber in einer förmlichen Schlacht zogen sie sich zurück und an den Wällen der französischen Festungen brach sich die Kraft des Aufstandes.

Das Ministerium, welches in seiner Zusammensetzung und in seinem Verhältnisse zu den stärkeren Parteien in der Kammer keinen festen Halt hatte, der ihm Dauer versprach, benutzte die Verweigerung der geforderten Ausstattung des Herzogs von Nemours bei seiner Vermählung mit einer Prinzessin von Coburg, um seine Entlassung zu begehren. Thiers bildete ein neues Ministerium, in welchem er für sich die auswärtigen Angelegenheiten mit dem Präsidium nahm.

Unter dem (zweiten) Ministerium Thiers

(1. März bis 21. October 1840).

Der König mußte sich also als ersten Rathgeber den Mann gefallen lassen, der während der letzten vier Jahre die Maxime: le roi règne, mais il ne gouverne pas am schärfsten betont hatte. Daher beobachtete die eigentliche Regierungspartei die größte Zurückhaltung gegenüber dem neuen Cabinette. Dieses setzte jedoch in den Kammern manche populäre Maßregeln durch (Ausdehnung der Amnestie, Herabsetzung des Rentenfußes, eine Reihe von Eisenbahn-Gesetzentwürfen) und bereitete eine große Nationalfeier vor, indem es mit Einwilligung der englischen Regierung den Prinzen Joinville nach St. Helena absandte, um die Gebeine Napoleon's nach Frankreich zu holen und sie, dem Wunsche des Kaisers gemäß, inmitten des französischen Volkes, „das er so sehr geliebt", beizusetzen. Der Enthusiasmus, der diesen Vorschlag begrüßte, gab dem Prinzen Ludwig Bonaparte einen willkommenen Vorwand, neue Pläne zur Befriedigung seines Ehrgeizes zu schmieden. Seitdem er durch französische Reclamationen genöthigt worden, die Schweiz zu verlassen, lebte er in England. Von hier aus landete er am 6. August mit etwa 60 Begleitern (zum Theil schon beim Straßburger Aufruhr betheiligten Männern) in der Nähe von Boulogne. Ein Versuch, das 42. Linien-Regiment zu gewinnen, mißlang, und auf der Flucht zum Dampfschiffe schlug das Boot, welches der Prinz mit einigen Begleitern in unvorsichtiger Hast bestieg, um, die Flüchtlinge wurden triefend von Seewasser ins Gefängniß, andere Begleiter des Prinzen an verschiedenen Punkten in und außer der Stadt zur Haft gebracht. An Bord des Dampfschiffes fand man unter anderen kaiserlichen Decorationsstücken einen lebendigen Adler, welcher bestimmt gewesen war, irgend eine Effectrolle in dem Napoleonischen Drama zu spielen, und ein Decret, welches den Marschall Clauzel zum Oberbefehlshaber aller französischen Truppen und Thiers zum

Chef der provisorischen Regierung ernannte. Diese auffallende Wahl ließ keineswegs auf eine Mitwissenschaft des Cabinets-Präsidenten schließen, zeugte aber immerhin von richtiger Beurtheilung des Mannes, der im Falle des Gelingens des Aufruhrs wohl ein eben so bereitwilliger und brauchbarer Minister des wiederhergestellten Kaiserthums gewesen wäre, wie des Juli-Königthums. Vor den Pairshof gestellt, gebärdete sich Ludwig Bonaparte als rechtmäßigen Erben Napoleon's, wurde aber, trotz der Fürsprache seines in Florenz lebenden Vaters, des Exkönigs von Holland, zu lebenslänglichem Gefängnisse verurtheilt und im Schlosse Ham eingesperrt, wo man ihm dieselben Zimmer anwies, welche früher der Exminister Polignac bewohnt hatte. Von hier entfloh er am 25. März 1846 in den Kleidern eines Handwerksmannes nach England.

Am 17. October wurde auf den König bei einer Fahrt nach St. Cloud wieder einmal eine Kugel abgefeuert, die, wie gewöhnlich, ihr Ziel verfehlte. Der Thäter, Darmès, welcher erklärte, daß er in Ludwig Philipp „den größten Tyrannen des Alterthums und der Neuzeit" habe vertilgen wollen und ohne Mitschuldige zu sein, ward vom Pairshofe zum Tode verurtheilt und hingerichtet.

Die Behandlung der orientalischen Frage führte zur Isolirung Frankreichs und zur Entlassung des Ministeriums. Thiers wollte nämlich den gegenwärtigen, dem Vicekönige von Aegypten günstigen, Bestand der Dinge im Orient aufrecht erhalten und einen unmittelbaren Vergleich zwischen dem Sultan und dem Vicekönige zu Stande bringen, um dem letzteren günstigere Bedingungen zu verschaffen, als er von einer gemeinschaftlichen Vermittelung der Großmächte hoffen konnte. Daher wich Frankreich jeder europäischen Vermittelung aus, bis die vier übrigen Großmächte, ohne Frankreich, aber mit Hinzuziehung der Pforte, am 15. Juli eine Uebereinkunft unterzeichneten, durch welche dem Vicekönige alle seine Eroberungen in Kleinasien, Arabien und Syrien (mit Ausnahme des Paschaliks Akka, das er auf Lebenszeit behalten sollte) abgesprochen und derselbe zur Räumung jener Länder in einer bestimmten Frist aufgefordert wurde. Das Cabinet der Tuilerieen, welches nicht erwartet hatte, daß die übrigen Mächte sich über einen gemeinsamen Beschluß einigen würden, sah seine ganze auswärtige Politik vereitelt und antwortete auf die Mittheilung jener Uebereinkunft mit Kriegsrüstungen zu Wasser und zu Lande. Der beleidigte Nationalstolz und das Selbstvertrauen der kriegdürstenden Franzosen rechnete mindestens auf das linke Rheinufer als Siegesbeute. Aber die Hoffnung des Ministeriums, durch umfassende Rüstungen die übrigen Mächte einzuschüchtern, schlug fehl, vielmehr eröffnete Napier am 11. September die Feindseligkeiten gegen Mehmet Ali durch die Beschießung von Beirut, welches nach kurzer Vertheidigung von den Aegyptiern geräumt und von den Verbündeten besetzt wurde. Wenige Tage nach dem Eintreffen der Nachricht vom Beginne des Krieges wurde die französische Flotte aus

der Levante nach Toulon zurückberufen, angeblich weil sie hier der Regierung unmittelbarer zu Gebote stehe, in der That aber aus Besorgniß eines Zusammenstoßes zur See, der alle Kunst und Selbstüberwindung der Friedenspolitik zu Schanden machen konnte. Trotz alledem glaubte Thiers immer noch einen Theil der Volksgunst, die er während der ersten Monate seines Ministeriums gewonnen hatte, retten zu können, wenn er in der Thronrede, bei Eröffnung der in aller Eile berufenen Kammern, die bevorstehende Vollendung großartiger Rüstungen ankündige. Da der König diesem Vorhaben seine Zustimmung versagte, so wiederholte Thiers sein (schon einmal eingereichtes) Entlassungsgesuch, welches Ludwig Philipp um so bereitwilliger annahm, als er schon mit Guizot, dem damaligen Gesandten in London, alle Verabredungen über die Bildung eines doctrinairen Friedens-Ministeriums getroffen hatte. So folgte denn am 29. October ein Ministerium, das erst vor wenigen Monaten von der Kammer gestürzt worden war und dessen politische Bahnen offenbar nach einer ganz anderen Richtung führten. Marschall Soult übernahm das Präsidium nebst dem Kriege, Guizot die auswärtigen, Duchatel die inneren Angelegenheiten, Villemain das Unterrichtswesen.

Unter dem Ministerium Soult — Guizot

(29. October 1840 bis September 1847).

Während in den Kammern Guizot und Thiers, der neue und der alte Minister, unter den ärgerlichsten Enthüllungen, einander die Schuld der vorhandenen Verwickelungen zuschoben, nahm der Waffenkampf im Orient einen für die verbündeten Mächte so günstigen Erfolg (s. Nr. 28), daß Mehmet Ali sich mit dem erblichen Besitze Aegyptens begnügen mußte und also der Freundschaft Frankreichs den Verlust Syriens zu verdanken hatte.

Nächst der orientalischen Verwickelung fand das neue Ministerium in der Erbschaft des Ministeriums Thiers zwei Unternehmungen vor, die ihm zu vollenden blieben: die Beisetzung der Gebeine Napoleon's und die Befestigung von Paris. Der Prinz von Joinville langte mit der kaiserlichen Leiche Anfangs December an der Küste der Normandie an, ein Dampfboot brachte dieselbe bis zur Brücke von Neuilly und ein prunkhafter, 50 Fuß hoher Leichenwagen nach Paris, wo der Sarg am 15. December unter großen Feierlichkeiten vorläufig in einem der Gewölbe der Invalidenkirche beigesetzt wurde. — Die Befestigung von Paris war schon früher mehrmals in Anregung gebracht worden, aber wegen des Einspruches der Opposition, die darin ein Werkzeug des Despotismus erblickte, unterblieben; das Ministerium Thiers hatte sie angeblich wegen der drohenden Kriegsgefahr begonnen und die Opposition zum Theil durch Schmeicheleien gegen die Eigenliebe der Nation beschwichtigt. Da nun der Plan der Regierung, Paris mit einer Reihe detachirter Forts zu umgeben, weil diese für eben so viele Zwingburgen ange-

schen wurden, dahin erweitert worden war, daß außer den Forts auch Wall und Graben um die Stadt gezogen würden, so fand sich die Opposition bereit, dieses für ein Gegengewicht der Forts gelten zu lassen. Wie wenig richtig die politische Berechnung der Regierung war, hat sich acht Jahre später gezeigt.

Der unerwartete Tod des Herzogs von Orleans am 13. Juli 1842, der auf der Fahrt nach Neuilly, als die Pferde scheu wurden, aus dem Wagen sprang und vier Stunden später an den Folgen des Falles starb, machte ein Gesetz über die Regentschaft nothwendig, weil der jetzige französische Thronerbe ein unmündiges Kind war und dessen Großvater Ludwig Philipp den Siebenzig nahe stand. Eine von den Kammern genehmigte Regentschafts-Ordnung bestimmte dem freilich wenig beliebten Herzoge von Nemours die Ausübung der Regierung bis zur Volljährigkeit seines Neffen.

Die von außen her vielfach verletzte Eigenliebe der französischen Nation fand einige Entschädigung in einer doppelten Gebietserwerbung im großen Ocean durch Admiral Dupetit-Thouars. Die Häuptlinge der Marquesas-Inseln wurden aus Furcht vor der Rache Nordamerika's, dessen Flagge sie in einem Falle der Nothwehr beleidigt, zur Anerkennung der französischen Oberherrschaft gebracht, eben so die Königin der Gesellschafts-Inseln, Pomare, weil sie eine geforderte Geldentschädigung wegen Verbannung einiger katholischer Missionäre nicht befriedigen konnte. Diese doppelte Erwerbung, mochte sie auch mehr Kosten und Verlegenheiten als Nutzen für Frankreich bringen, schien um so werthvoller, je deutlicher England seine Unzufriedenheit darüber zu erkennen gab. Als die Königin Pomare, angetrieben von englischen Missionären, sich der französischen Schutzherrlichkeit, deren Druck sie selbst empfand, entziehen wollte, sprach Admiral Dupetit-Thouars ihre Absetzung aus und erklärte die Gesellschafts-Inseln für unmittelbares französisches Besitzthum, allein die französische Regierung stellte, um das „herzliche Einverständniß“ mit England nicht zu stören, trotz aller Mißbilligung Seitens der Opposition, das frühere Verhältniß her.

In Afrika führte seit 1841 General Bugeaud den Krieg gegen Abd-el-Kader mit großer Energie, der Emir wurde durch unabläßige Verfolgung gänzlich aus Algerien verdrängt und mußte wiederholt auf marokkanischem Gebiete eine Zuflucht suchen, zuletzt im Mai 1843, nachdem der Herzog von Aumale das wandelnde Hoflager (die Smalah) des Emirs überfallen und erobert hatte. Der Flüchtige trieb nun den Kaiser Abderrhaman von Marokko zum Kriege gegen Frankreich, aber Bugeaud gewann einen blutigen Sieg über die marokkanischen Truppen und besetzte die marokkanische Grenzstadt Uschda. Zur Unterstützung des Landheeres wurde der Prinz von Joinville mit einem zahlreichen Geschwader an die marokkanische Küste abgesandt und zerstörte die Festungswerke von Tanger und Mogador, während General Bugeaud am 14. August 1844 über

welches nächst Paris der Hauptheerd der republikanischen Verschwörung war, brach der Aufstand zuerst aus (bei Gelegenheit eines Processes gegen einige Fabrikarbeiter als Anstifter von Unruhen), und erst nachdem derselbe hier vollständig unterdrückt war und nachdem die Regierung alle Muße gehabt hatte, die 40,000 Mann der Besatzung von Paris in schlagfertigen Zustand zu setzen, wurden auch hier Barricaden errichtet, hinter denen sich die 3=—4000 Mitglieder, welche die Gesellschaft der Menschenrechte in Paris zählte, sammeln sollten. Es fand sich aber nur eine kleine Anzahl ein, welche von der Uebermacht der Truppen leicht überwältigt wurde (13. und 14. April). Jedes aufrührerische Gelüste war dadurch für lange Zeit erstickt und bei den nächsten Wahlen der Volksvertretung (im Juni 1834) verschwand die republikanische wie die legitimistische Partei fast gänzlich aus der Kammer. Zwar bot der „April=Proceß", d. h. der Proceß gegen die wegen der Unruhen im April Angeklagten, welcher vor der Pairskammer, oder wie dieselbe in ihrer richterlichen Eigenschaft hieß, vor dem Pairshofe, verhandelt wurde, der republikanischen Partei die günstigste Gelegenheit, noch inmitten ihrer Niederlagen durch Angriffe gegen die Regierung eine gefährliche Propaganda zu machen, allein ein gegen den König unternommener Mordversuch beschleunigte den Verfall der republikanischen Partei, welche die Mitverantwortlichkeit für das von ihren Gesinnungsgenossen begangene oder begünstigte Verbrechen vergebens mit dem Ausdrucke des tiefsten Unwillens von sich ablehnte. Als nämlich der König am 28. Juli 1835, dem Jahrestage der Juli=Revolution, eine große Musterung der Linientruppen und Nationalgarden auf den Boulevards vornahm, feuerte ein Corse, Namens Fieschi, aus dem Fenster eines Hauses auf dem Boulevard du Temple eine aus 25 Gewehrläufen bestehende „Höllenmaschine" auf den König ab, der jedoch, wie seine Söhne, unverletzt blieb, während 14 Personen aus dem Gefolge, unter ihnen Marschall Mortier und General Lachasse, tödtlich getroffen wurden. Es konnte nicht ausbleiben, daß dieses meuchelmörderische Blutbad der Anlaß oder Vorwand zu einem neuen Anlaufe der Reaction wurde, welche schon in Folge der April=Unruhen in dem Pairshofe ein Tribunal geschaffen hatte, vor welchem man keine Freisprechung politischer Angeklagten mehr zu fürchten hatte. Sofort legte die Regierung drei Gesetzentwürfe über politische Processe und gegen die Ausschreitungen der Presse vor, deren Zweck war, die gesammte Opposition für die That Fieschi's büßen zu lassen. In den Kammern kam man nicht nur den Forderungen der Regierung bereitwillig entgegen, sondern schärfte noch die von derselben beantragten „September=Gesetze".

Bei der Berathung des Budgets für 1837 setzte die sog. Mittelpartei (tiers-parti), mit welcher der König in stillem Einverständnisse stand, aus persönlicher Nebenbuhlerschaft gegen das Ministerium einen Beschluß mit zwei Stimmen Mehrheit durch, welcher die Re=

gierung aufforderte, Vorbereitungen zur Herabsetzung des Zinsfußes der Rente zu treffen. Deßhalb dankte das Ministerium ab und es folgte ein Ministerium der Mittelpartei, jedoch mit dem bisherigen Minister Thiers an der Spitze (zugleich Minister der auswärtigen Angelegenheiten). Fieschi wurde nebst zwei Mitverschwornen (Morey, welcher den Plan der blutigen That entworfen, und Pepin, der Geld dazu hergegeben hatte) vom Pairshofe zum Tode verurtheilt und hingerichtet.

Unter dem (ersten) Ministerium Thiers

(22. Februar bis 25. August 1836).

Ein neuer, ebenfalls mißlungener Mordversuch gegen den König, den ein ehemaliger Unterofficier, Namens Alibaud, aus republikanischem Fanatismus und persönlichem Groll unternahm (25. Juni) und zufolge des Urtheils des Pairshofes mit dem eigenen Leben büßte, steigerte die Feindseligkeit der Regierung gegen die republikanische Partei und gab ihr Veranlassung, gemeinschaftlich mit den übrigen Nachbarstaaten der Schweiz, namentlich mit Oesterreich, sich bei der Eidgenossenschaft über das Streben der politischen Flüchtlinge zu beschweren, die vom schweizerischen Boden aus eine revolutionäre Einwirkung auf ihre Heimatländer auszuüben versuchten.

Eine andere Frage der auswärtigen Politik wurde die Veranlassung zu der kurzen Dauer des Ministeriums Thiers. Die Königin-Regentin Christine von Spanien, von Don Carlos hart bedrängt, glaubte die Sache ihrer Tochter Isabella ohne französischen Beistand verloren. Deßhalb ließ sie die Hand derselben einem der Söhne Ludwig Philipp's anbieten und bestürmte zugleich das Cabinet der Tuilerieen mit Bitten um Hülfe, wie England solche schon geleistet habe. Thiers, der schon im vorigen Jahre der eifrigste Fürsprecher der Intervention gewesen, erreichte, unterstützt von dem Ehrgeize und dem kriegerischen Sinne des Herzogs von Orleans, nach mehrfachem vergeblichen Bemühen, endlich vom Könige die Zustimmung zur Absendung eines Hülfscorps von 12,000 Freiwilligen. Als aber in Madrid die exaltirte Partei siegte und die Königin-Regentin zur Wiederherstellung der Verfassung von 1812 nöthigte, nahm Ludwig Philipp diesen Umschwung der Dinge in Spanien zum Vorwande, um seine Einwilligung zur Intervention zurückzunehmen und die Auflösung des Hülfscorps zu befehlen. Das Ministerium nahm in Folge dessen seine Entlassung und an seine Stelle trat am 6. September ein neues Cabinet, worin Molé mit dem Auswärtigen das Präsidium, Guizot das Unterrichtswesen übernahm.

Unter dem Ministerium Molé

(6. September 1836 bis 15. April 1837 und theilweise bis 8. März 1839).

Zunächst zog Afrika die Aufmerksamkeit des neuen Ministeriums auf sich. Die Frage, ob Frankreich seine afrikanischen Eroberungen

behaupten oder aufgeben, beschränken oder erweitern solle, war in den ersten Jahren nach der Einnahme Algier's durch Bourmont (s. S. 47) unentschieden geblieben. Unter dem raschen Wechsel der Oberbefehlshaber und der Methoden der Verwaltung und Kriegführung hatten die Franzosen in Algerien nichts gefunden als unfruchtbare Kämpfe und Mühen, ruhmlose Gräber für ihre Soldaten und Verschlechterung ihrer Finanzzustände. Da jedoch eine dahin abgeordnete Commission erklärte, die Ehre und das Interesse Frankreichs gestatte nicht „die französischen Besitzungen in Nordafrika" aufzugeben, so wurde Ende 1835 die Statthalterschaft über Algerien abermals dem Marschall Clauzel anvertraut, den Ludwig Philipp schon gleich nach seinem Regierungsantritte als Nachfolger des Legitimisten Bourmont nach Afrika gesandt hatte. Dieser eroberte Maskara (December 1835), die Residenz des jungen Emirs Abd-el-Kader, der seit 1833 der Hauptgegner der Franzosen war. Dagegen mißlang sein in zu später Jahreszeit (November 1836) unternommener Zug gegen Achmet, Bey von Constantine, der wegen seiner wohlorganisirten Macht und wegen seiner Verbindungen mit dem benachbarten Tunis damals für den gefährlichsten Widersacher der französischen Herrschaft in Afrika galt.

Nachdem Republikaner und Legitimisten (letztere besonders, seitdem Karl X. am 6. November 1836 in Görz an der Cholera gestorben) unschädlich geworden, erhob ganz unerwartet der (seit dem Ableben des Herzogs von Reichstadt 1832) todtgeglaubte Bonapartismus sein Haupt. Ludwig Bonaparte, einer der Söhne der Stieftochter und Schwägerin Napoleon's, der Exkönigin Hortensia, der schon bei den revolutionären Bewegungen in Italien eine Rolle gespielt hatte, hielt sich seit dem Tode des Herzogs von Reichstadt für den verfassungsmäßigen Erben des kaiserlichen Thrones und versuchte im Einverständnisse mit einigen Officieren von der Garnison in Straßburg die Truppen dieser Stadt zu gewinnen. Am 30. October 1836, Morgens 5 Uhr, versammelte Oberst Baudrey sein Artillerie-Regiment im Hofe der Caserne und stellte ihm den Prinzen als Neffen und Nachfolger des Kaisers vor; seine und des Prinzen Anrede wurde von den Artilleristen mit Lebehochs auf den Kaiser erwiedert. Als man aber von dort zur Infanterie-Caserne zog, und die Verschwornen hier im Hofe erschienen, brachten die Anreden des Prinzen und seiner Begleiter nur einen sehr zweifelhaften Eindruck hervor, den die Entschlossenheit und das Pflichtgefühl einiger Officiere bald gänzlich verwischten. Der Lieutenant Pleignier legte zuerst Hand an Ludwig Bonaparte, der von den Artilleristen zwar vertheidigt, aber nach einer kurzen und unblutigen Rauferei festgenommen wurde. Die Regierung glaubte der Sache keine Wichtigkeit beilegen zu dürfen und ließ den Gefangenen nach Cherbourg bringen, um nach Amerika eingeschifft zu werden. Mochten immerhin Gründe der Politik für die Freilassung des Prinzen Ludwig Bonaparte wie früher der Her-

zogin von Berry sprechen, der Masse des Volkes waren dieselben nicht verständlich, das öffentliche Gleichheits- und Rechtsgefühl wurde durch diese verschiedene Behandlung der fürstlichen und der gemeinen Hochverräther höchst empfindlich verletzt, und es war vorauszusehen, daß es sich bei der ersten Gelegenheit rächen werde.

Als Ludwig Philipp am 27. December 1836 zur Eröffnung der Kammer-Session nach dem Palast Bourbon fuhr, feuerte ein liederlicher Handwerksgeselle, Namens **Meunier**, eine Pistolenkugel auf den Wagen des Königs ab, welche dicht am Gesichte des Königs vorbeifliegend in die Polster des Wagens fuhr; die Herzöge von Orleans und Nemours wurden durch die Splitter des zerschmetterten Fensters im Gesichte verletzt. Der Mörder, der seinem elenden Dasein auf eine auffallende Weise ein Ende machen wollte, wurde vom Pairshofe zum Tode verurtheilt, aber auf die Fürbitte seiner Mutter begnadigt und nach Amerika geschickt. Die Mehrzahl der Mitschuldigen Ludwig Bonaparte's war entflohen, sieben derselben wurden vor das Geschwornengericht in Straßburg gestellt und, wegen angeblich mangelhafter Aufklärung der Sache in Folge der Abwesenheit der Hauptschuldigen, freigesprochen und von der Bevölkerung als Helden des Tages mit lärmenden Huldigungen begrüßt. Vorschläge der Regierung, durch geeignete Abänderung der Gesetzgebung der Wiederholung ähnlicher Fälle vorzubeugen und das unaufhörlich bedrohte Leben des Königs wirksamer zu schützen, fanden bei den Abgeordneten keinen Anklang, dagegen bewilligten sie ohne Schwierigkeit nicht nur die geforderte Verdoppelung der sog. Apanage des Herzogs von Orleans bei seiner Vermählung mit der Herzogin Helene von Mecklenburg, so wie die Kosten der Vermählung (1 Million), sondern auch nachträglich eine Aussteuer (von 1 Million) für die seit mehreren Jahren verheirathete älteste Tochter des Königs, die Königin der Belgier. Im Volke aber machte es den peinlichsten Eindruck, daß der reichste König in Europa die Ausstattung seiner Kinder dem Staate aufbürdete.

Inzwischen war Guizot mit drei seiner Collegen aus dem Ministerium getreten, weil er dem Minister-Präsidenten die tonangebende Stimme im Cabinet streitig machte, und der König, dem dieser Wettkampf der beiden ehrgeizigen Männer nicht fremd sein mochte, gern die Gelegenheit benutzte, sich der Doctrinairs gänzlich zu entledigen. Montalivet, der persönliche Günstling des Königs, erhielt das Innere. Der Glanz des Vermählungsfestes des königlichen Hauses und damit zugleich die freudige Stimmung der Nation wurde erhöht durch eine umfassende Amnestie für politische Verbrecher und durch Eröffnung der historischen Galerie in Versailles, in welcher die bedeutenden Männer und Ereignisse der französischen Geschichte in einer langen Reihe von Gemälden (und Statuen) dargestellt waren. Die Amnestie brachte auch den Exministern Karl's X., die, außer (dem zuletzt auf 20 Jahre verbannten) Polignac, schon auf Ehrenwort aus der Ge-

fangenschaft entlassen waren, die vollständige Begnadigung. Doch ein unglückliches Ereigniß trübte die allgemeine Freude. Als die Menge nach Beendigung eines prachtvollen Feuerwerkes auf dem Marsfelde und in den elyseischen Feldern heimkehrte, entstand an einigen schmalen Durchgängen ein solches Gedränge, daß etwa zwanzig Personen erdrückt und eine größere Anzahl gefährlich verletzt wurden. Der Aberglaube wollte in diesem Unfalle, der an ein ähnliches Ereigniß bei der Vermählungsfeier Ludwig's XVI. und der Marie Antoinette erinnerte, eine böse Vorbedeutung sehen.

Um die Schlappe wieder gut zu machen, welche die französischen Waffen vor Constantine erlitten hatten, rüstete die Regierung eine zweite Expedition gegen Constantine mit verdoppelten Kräften. Damit man aber nicht gleichzeitig im Osten und im Westen Nordafrika's einen gefährlichen Feind zu bekämpfen habe, schloß General Bugeaud, der Befehlshaber in Oran, mit Abd-el-Kader einen Vertrag am Ufer der Tafna, worin dieser freilich die Oberherrlichkeit Frankreichs anerkannte und sich zu einem Tribute (in Getreide und Rindvieh) verpflichtete, aber dagegen den Besitz des größten Theiles der Provinz Oran und des ganzen ehemaligen Deyliks (außer der in Achmet Bey's Gewalt befindlichen Provinz Constantine) eingeräumt erhielt. So im Rücken gedeckt, beschloß General Damrémont, nachdem er vergebens den Weg der Unterhandlung versucht hatte, den Sturm auf das von Natur an drei Seiten feste Constantine (12. Oct.). Die Rücksichtslosigkeit, mit welcher er seine Person Preis gab, flößte seiner Umgebung den Verdacht ein, daß er den Tod suche, um der Verantwortlichkeit für das gefürchtete Mißlingen des Unternehmens zu entgehen. Der Erfolg rechtfertigte den Verdacht. Als man ihn bei der Recognoscirung einer Bresche darauf aufmerksam machte, daß er sich gerade in der Schußlinie des Feindes befinde, antwortete er: „Thut nichts!“ und im nächsten Augenblicke streckte ihn eine Kanonenkugel zu Boden. Der Oberbefehl ging nach dem Rechte des Dienstalters auf den General Valée über. Dieser ließ am 13. October die Stadt erstürmen. Eine schonungslose Plünderung derselben erfolgte zunächst durch die Soldaten, dann aber, nachdem die militärische Ordnung völlig wieder hergestellt war, durch die der Expedition beigegebene wissenschaftliche Commission. Alles, was in den Augen dieser Commission Werth hatte, namentlich Bücher und Manuscripte, wurde den Einwohnern genommen. Ohne Rücksicht auf die englische Eifersucht beschloß die Regierung, Constantine den französischen Besitzungen in Afrika einzuverleiben. Der Eroberer der Stadt, Valée, erhielt die Marschallswürde, die Leiche seines Vorgängers Damrémont einen Ehrenplatz im Dome der Invaliden.

In der Kammer-Session von 1839 bildete sich eine sog. „Coalition“ aus drei verschiedenen Parteien, deren Führer Thiers, Guizot und Odilon Barrot waren, zum gemeinschaftlichen Zwecke, das Ministerium Molé zu stürzen. In der Adreß-Debatte bot die auswärtige

Politik des Ministeriums: die Räumung Ancona's, die Bedrohung der Schweiz, um die Ausweisung des aus Amerika zurückgekehrten Ludwig Bonaparte zu erzwingen, die Lage Polens, die schließliche Auseinandersetzung zwischen Holland und Belgien (s. Nr. 16) die nächsten Angriffspuncte dar. Obwohl eine mildere Fassung der Adresse auf die Thronrede (mit der verhängnißvollen Stimmenzahl von 221) durchging, so brachte doch der Moniteur vom 1. Februar eine königliche Verordnung, welche die Kammer auflöste. Da die Wahlen zur neuen Kammer aber im Sinne der Opposition auszufallen schienen, so wich das Ministerium der neuen Kammer schon vor Beendigung der Wahlen. Der König gab sich die Miene, als ob er bereit sei, sein neues Ministerium aus der parlamentarischen Mehrheit zu nehmen, doch keiner der Chefs der Coalition wollte den beiden andern nachstehen und so dauerte die Cabinets-Krisis zwei Monate, bis ein Aufstandsversuch der „Gesellschaft der Jahreszeiten", mit Barbès an der Spitze, zum Zwecke der Herstellung der Republik, ihr ein Ende machte und ein neues Ministerium mit Soult als Präsident und Minister des Auswärtigen sich constituirte.

Unter dem (zweiten) Ministerium Soult
(12. Mai 1839 bis 1. März 1840).

Die Thätigkeit des neuen Ministeriums wandte sich vor Allem den orientalischen Angelegenheiten zu. In dem wieder ausgebrochenen Kriege zwischen dem Sultan Mahmud und dem Pascha Mehmet Ali von Aegypten (s. Nr. 28) ergriffen die vier übrigen Großmächte Partei gegen Mehmet Ali: England, weil der Pascha ihm den Weg nach Indien erschwerte, Rußland, weil es den Sultan bereits wie eine Art Vasallen betrachtete, Oesterreich und Preußen, um das türkische Reich und zugleich das Princip der Legitimität aufrecht zu erhalten. In Frankreich dagegen war Regierung und Volk für Mehmet Ali gestimmt, der seit dem Frieden von Kutajah (s. Nr. 28) die Rolle eines französischen Schützlings mit vielem Glücke gespielt und viele Franzosen im ägyptischen Staatsdienste angestellt hatte, der die Verehrung Napoleon's und einen Eifer für Civilisation zur Schau trug. Als daher eine gemeinschaftliche Note der Gesandten der fünf Großmächte in Constantinopel den Vicekönig von Aegypten in seiner siegreichen Laufbahn hemmte durch die Aufforderung, ohne Mitwirkung der Mächte einstweilen keinen entscheidenden Schritt mehr zu thun, rief das französische Ministerium seinen Gesandten (Roussin) aus Constantinopel ab, die Wirkung der von ihm gutgeheißenen Note aber konnte nicht mehr rückgängig gemacht werden.

Der Gegensatz der orientalischen Politik Englands und Frankreichs übte auf das bisherige gute Verhältniß beider Mächte eine sehr ungünstige Wirkung aus. Daher glaubte man auch in Frankreich die Hand Englands im Spiele zu sehen, als sich der Krieg in

Afrika erneuerte. Um die Mitte Octobers 1839 erhoben sich auf den Ruf Abd-el-Kader's die Araber in Masse zu dem heiligen Kriege gegen die Franzosen, plünderten und verwüsteten die ganze Ebene von Algier, aber in einer förmlichen Schlacht zogen sie sich zurück und an den Wällen der französischen Festungen brach sich die Kraft des Aufstandes.

Das Ministerium, welches in seiner Zusammensetzung und in seinem Verhältnisse zu den stärkeren Parteien in der Kammer keinen festen Halt hatte, der ihm Dauer versprach, benutzte die Verweigerung der geforderten Ausstattung des Herzogs von Nemours bei seiner Vermählung mit einer Prinzessin von Coburg, um seine Entlassung zu begehren. Thiers bildete ein neues Ministerium, in welchem er für sich die auswärtigen Angelegenheiten mit dem Präsidium nahm.

Unter dem (zweiten) Ministerium Thiers

(1. März bis 21. October 1840).

Der König mußte sich also als ersten Rathgeber den Mann gefallen lassen, der während der letzten vier Jahre die Maxime: le roi règne, mais il ne gouverne pas am schärfsten betont hatte. Daher beobachtete die eigentliche Regierungspartei die größte Zurückhaltung gegenüber dem neuen Cabinette. Dieses setzte jedoch in den Kammern manche populäre Maßregeln durch (Ausdehnung der Amnestie, Herabsetzung des Rentenfußes, eine Reihe von Eisenbahn-Gesetzentwürfen) und bereitete eine große Nationalfeier vor, indem es mit Einwilligung der englischen Regierung den Prinzen Joinville nach St. Helena absandte, um die Gebeine Napoleon's nach Frankreich zu holen und sie, dem Wunsche des Kaisers gemäß, inmitten des französischen Volkes, „das er so sehr geliebt", beizusetzen. Der Enthusiasmus, der diesen Vorschlag begrüßte, gab dem Prinzen Ludwig Bonaparte einen willkommenen Vorwand, neue Pläne zur Befriedigung seines Ehrgeizes zu schmieden. Seitdem er durch französische Reclamationen genöthigt worden, die Schweiz zu verlassen, lebte er in England. Von hier aus landete er am 6. August mit etwa 60 Begleitern (zum Theil schon beim Straßburger Aufruhr betheiligten Männern) in der Nähe von Boulogne. Ein Versuch, das 42. Linien-Regiment zu gewinnen, mißlang, und auf der Flucht zum Dampfschiffe schlug das Boot, welches der Prinz mit einigen Begleitern in unvorsichtiger Hast bestieg, um, die Flüchtlinge wurden triefend von Seewasser ins Gefängniß, andere Begleiter des Prinzen an verschiedenen Punkten in und außer der Stadt zur Haft gebracht. An Bord des Dampfschiffes fand man unter anderen kaiserlichen Decorationsstücken einen lebendigen Adler, welcher bestimmt gewesen war, irgend eine Effectrolle in dem Napoleonischen Drama zu spielen, und ein Decret, welches den Marschall Clauzel zum Oberbefehlshaber aller französischen Truppen und Thiers zum

Chef der provisorischen Regierung ernannte. Diese auffallende Wahl ließ keineswegs auf eine Mitwissenschaft des Cabinets-Präsidenten schließen, zeugte aber immerhin von richtiger Beurtheilung des Mannes, der im Falle des Gelingens des Aufruhrs wohl ein eben so bereitwilliger und brauchbarer Minister des wiederhergestellten Kaiserthums gewesen wäre, wie des Juli-Königthums. Vor den Pairshof gestellt, gebärdete sich Ludwig Bonaparte als rechtmäßigen Erben Napoleon's, wurde aber, trotz der Fürsprache seines in Florenz lebenden Vaters, des Exkönigs von Holland, zu lebenslänglichem Gefängnisse verurtheilt und im Schlosse Ham eingesperrt, wo man ihm dieselben Zimmer anwies, welche früher der Exminister Polignac bewohnt hatte. Von hier entfloh er am 25. März 1846 in den Kleidern eines Handwerksmannes nach England.

Am 17. October wurde auf den König bei einer Fahrt nach St. Cloud wieder einmal eine Kugel abgefeuert, die, wie gewöhnlich, ihr Ziel verfehlte. Der Thäter, Darmès, welcher erklärte, daß er in Ludwig Philipp „den größten Tyrannen des Alterthums und der Neuzeit" habe vertilgen wollen und ohne Mitschuldige zu sein, ward vom Pairshofe zum Tode verurtheilt und hingerichtet.

Die Behandlung der orientalischen Frage führte zur Isolirung Frankreichs und zur Entlassung des Ministeriums. Thiers wollte nämlich den gegenwärtigen, dem Vicekönige von Aegypten günstigen, Bestand der Dinge im Orient aufrecht erhalten und einen unmittelbaren Vergleich zwischen dem Sultan und dem Vicekönige zu Stande bringen, um dem letzteren günstigere Bedingungen zu verschaffen, als er von einer gemeinschaftlichen Vermittelung der Großmächte hoffen konnte. Daher wich Frankreich jeder europäischen Vermittelung aus, bis die vier übrigen Großmächte, ohne Frankreich, aber mit Hinzuziehung der Pforte, am 15. Juli eine Uebereinkunft unterzeichneten, durch welche dem Vicekönige alle seine Eroberungen in Kleinasien, Arabien und Syrien (mit Ausnahme des Paschaliks Akka, das er auf Lebenszeit behalten sollte) abgesprochen und derselbe zur Räumung jener Länder in einer bestimmten Frist aufgefordert wurde. Das Cabinet der Tuilerieen, welches nicht erwartet hatte, daß die übrigen Mächte sich über einen gemeinsamen Beschluß einigen würden, sah seine ganze auswärtige Politik vereitelt und antwortete auf die Mittheilung jener Uebereinkunft mit Kriegsrüstungen zu Wasser und zu Lande. Der beleidigte Nationalstolz und das Selbstvertrauen der kriegdürstenden Franzosen rechnete mindestens auf das linke Rheinufer als Siegesbeute. Aber die Hoffnung des Ministeriums, durch umfassende Rüstungen die übrigen Mächte einzuschüchtern, schlug fehl, vielmehr eröffnete Napier am 11. September die Feindseligkeiten gegen Mehmet Ali durch die Beschießung von Beirut, welches nach kurzer Vertheidigung von den Aegyptiern geräumt und von den Verbündeten besetzt wurde. Wenige Tage nach dem Eintreffen der Nachricht vom Beginne des Krieges wurde die französische Flotte aus

der Levante nach Toulon zurückberufen, angeblich weil sie hier der Regierung unmittelbarer zu Gebote stehe, in der That aber aus Besorgniß eines Zusammenstoßes zur See, der alle Kunst und Selbstüberwindung der Friedenspolitik zu Schanden machen konnte. Trotz alledem glaubte Thiers immer noch einen Theil der Volksgunst, die er während der ersten Monate seines Ministeriums gewonnen hatte, retten zu können, wenn er in der Thronrede, bei Eröffnung der in aller Eile berufenen Kammern, die bevorstehende Vollendung großartiger Rüstungen ankündige. Da der König diesem Vorhaben seine Zustimmung versagte, so wiederholte Thiers sein (schon einmal eingereichtes) Entlassungsgesuch, welches Ludwig Philipp um so bereitwilliger annahm, als er schon mit Guizot, dem damaligen Gesandten in London, alle Verabredungen über die Bildung eines doctrinairen Friedens-Ministeriums getroffen hatte. So folgte denn am 29. October ein Ministerium, das erst vor wenigen Monaten von der Kammer gestürzt worden war und dessen politische Bahnen offenbar nach einer ganz anderen Richtung führten. Marschall Soult übernahm das Präsidium nebst dem Kriege, Guizot die auswärtigen, Duchatel die inneren Angelegenheiten, Villemain das Unterrichtswesen.

Unter dem Ministerium Soult — Guizot

(29. October 1840 bis September 1847).

Während in den Kammern Guizot und Thiers, der neue und der alte Minister, unter den ärgerlichsten Enthüllungen, einander die Schuld der vorhandenen Verwickelungen zuschoben, nahm der Waffenkampf im Orient einen für die verbündeten Mächte so günstigen Erfolg (s. Nr. 28), daß Mehmet Ali sich mit dem erblichen Besitze Aegyptens begnügen mußte und also der Freundschaft Frankreichs den Verlust Syriens zu verdanken hatte.

Nächst der orientalischen Verwickelung fand das neue Ministerium in der Erbschaft des Ministeriums Thiers zwei Unternehmungen vor, die ihm zu vollenden blieben: die Beisetzung der Gebeine Napoleon's und die Befestigung von Paris. Der Prinz von Joinville langte mit der kaiserlichen Leiche Anfangs December an der Küste der Normandie an, ein Dampfboot brachte dieselbe bis zur Brücke von Neuilly und ein prunkhafter, 50 Fuß hoher Leichenwagen nach Paris, wo der Sarg am 15. December unter großen Feierlichkeiten vorläufig in einem der Gewölbe der Invalidenkirche beigesetzt wurde. — Die Befestigung von Paris war schon früher mehrmals in Anregung gebracht worden, aber wegen des Einspruches der Opposition, die darin ein Werkzeug des Despotismus erblickte, unterblieben; das Ministerium Thiers hatte sie angeblich wegen der drohenden Kriegsgefahr begonnen und die Opposition zum Theil durch Schmeicheleien gegen die Eigenliebe der Nation beschwichtigt. Da nun der Plan der Regierung, Paris mit einer Reihe detachirter Forts zu umgeben, weil diese für eben so viele Zwingburgen ange-

sehen wurden, dahin erweitert worden war, daß außer den Forts auch Wall und Graben um die Stadt gezogen würden, so fand sich die Opposition bereit, dieses für ein Gegengewicht der Forts gelten zu lassen. Wie wenig richtig die politische Berechnung der Regierung war, hat sich acht Jahre später gezeigt.

Der unerwartete Tod des Herzogs von Orleans am 13. Juli 1842, der auf der Fahrt nach Neuilly, als die Pferde scheu wurden, aus dem Wagen sprang und vier Stunden später an den Folgen des Falles starb, machte ein Gesetz über die Regentschaft nothwendig, weil der jetzige französische Thronerbe ein unmündiges Kind war und dessen Großvater Ludwig Philipp den Siebenzig nahe stand. Eine von den Kammern genehmigte Regentschafts-Ordnung bestimmte dem freilich wenig beliebten Herzoge von Nemours die Ausübung der Regierung bis zur Volljährigkeit seines Neffen.

Die von außen her vielfach verletzte Eigenliebe der französischen Nation fand einige Entschädigung in einer doppelten Gebietserwerbung im großen Ocean durch Admiral Dupetit-Thouars. Die Häuptlinge der Marquesas-Inseln wurden aus Furcht vor der Rache Nordamerika's, dessen Flagge sie in einem Falle der Nothwehr beleidigt, zur Anerkennung der französischen Oberherrschaft gebracht, eben so die Königin der Gesellschafts-Inseln, Pomare, weil sie eine geforderte Geldentschädigung wegen Verbannung einiger katholischer Missionäre nicht befriedigen konnte. Diese doppelte Erwerbung, mochte sie auch mehr Kosten und Verlegenheiten als Nutzen für Frankreich bringen, schien um so werthvoller, je deutlicher England seine Unzufriedenheit darüber zu erkennen gab. Als die Königin Pomare, angetrieben von englischen Missionären, sich der französischen Schutzherrlichkeit, deren Druck sie selbst empfand, entziehen wollte, sprach Admiral Dupetit-Thouars ihre Absetzung aus und erklärte die Gesellschafts-Inseln für unmittelbares französisches Besitzthum, allein die französische Regierung stellte, um das „herzliche Einverständniß" mit England nicht zu stören, trotz aller Mißbilligung Seitens der Opposition, das frühere Verhältniß her.

In Afrika führte seit 1841 General Bugeaud den Krieg gegen Abd-el-Kader mit großer Energie, der Emir wurde durch unablässige Verfolgung gänzlich aus Algerien verdrängt und mußte wiederholt auf marokkanischem Gebiete eine Zuflucht suchen, zuletzt im Mai 1843, nachdem der Herzog von Aumale das wandelnde Hoflager (die Smalah) des Emirs überfallen und erobert hatte. Der Flüchtige trieb nun den Kaiser Abderrhaman von Marokko zum Kriege gegen Frankreich, aber Bugeaud gewann einen blutigen Sieg über die marokkanischen Truppen und besetzte die marokkanische Grenzstadt Udschda. Zur Unterstützung des Landheeres wurde der Prinz von Joinville mit einem zahlreichen Geschwader an die marokkanische Küste abgesandt und zerstörte die Festungswerke von Tanger und Mogador, während General Bugeaud am 14. August 1844 über

den Isly ging, der sein Lager von dem der Marokkaner trennte, deren Landheer binnen wenigen Stunden in die Flucht schlug und jenes Lager mit großer Beute eroberte. Diese Siege des Heeres und der Flotte waren im Grunde genommen überflüssig, da Abderrhaman schon vorher auf Englands Rath ein von französischer Seite gestelltes Ultimatum (welches namentlich die Vertreibung Abd-el-Kader's verlangte) angenommen hatte. Daß trotz dieser Thaten zu Lande und zu Wasser die Friedensbedingungen nicht geschärft und namentlich kein Ersatz der Kriegskosten verlangt wurde, wie Bugeaud (jetzt Herzog von Isly) sich äußerte: damit man nicht einen zweiten Krieg führen müsse, um sich für den ersten bezahlt zu machen — erzeugte einen Sturm des Unwillens und der Entrüstung sowohl gegen England, dessen Eifersucht und Neid man die Geringfügigkeit der Ergebnisse des marokkanischen Krieges zuschrieb, als gegen die eigene Regierung, welche auch diesmal wieder die handgreiflichsten Interessen Frankreichs dem Einflusse Englands aufgeopfert habe.

Gegen die Person des Königs wurden im Jahre 1846 zwei neue Mordversuche gemacht, der erste im Walde von Fontainebleau durch einen ehemaligen Förster Lecomte, der sich am Könige wegen seiner Absetzung (in Folge eines groben Dienstvergehens) rächen wollte, der zweite bei der Jahresfeier der Juli-Revolution durch einen über die Zerrüttung seines Vermögens in finstere Schwermuth verfallenen Fabrikanten Jos. Henri, der wegen seiner geringen Zurechnungsfähigkeit zu lebenslänglicher Einsperrung verurtheilt wurde, während Lecomte hingerichtet worden war.

Die um so schweren Preis wieder hergestellte englische Allianz schien der öffentlichen Meinung im Herbste 1846 einem bloßen Familien-Interesse des Hauses Orleans untergeordnet, wo nicht aufgeopfert zu sein, welches der Nation völlig fremd sei. Seit mehreren Jahren hatte die Frage über die Vermählung der jungen Königin von Spanien die Cabinette von Paris und London lebhaft beschäftigt. Das französische Cabinet blieb bei dem früheren Beschlusse Ludwig Philipp's, die ihm von der Königin Christine für einen seiner jüngeren Söhne angebotene Hand Isabella's abzulehnen, proponirte dagegen eine Vermählung der Schwester Isabella's, der Infantin Luise Ferdinande, mit dem jüngsten Sohne Ludwig Philipp's, dem Herzoge von Montpensier. Lord Aberdeen stimmte dieser Verbindung zu, jedoch mit dem Vorbehalte, daß dieselbe erst dann vollzogen werde, wenn die Geburt eines Kindes der Königin Isabella die Erbfolge der Schwester derselben einigermaßen unwahrscheinlich gemacht habe. Die französische Diplomatie ließ sich diese Bedingung gefallen, wobei der unverfänglich scheinende Ausdruck gebraucht wurde: die beiden Heirathen sollten nicht gleichzeitig Statt finden. Am 10. October wurden beide Paare am nämlichen Altare getraut, allerdings nicht „gleichzeitig", sondern nach einander. Die Art, wie Guizot dieses Verfahren sowohl England als den Kammern ge-

genüber (durch unehrliche Verdächtigung des englischen Gesandten Normanby) zu rechtfertigen suchte, entzog ihm die öffentliche Achtung im In- und Auslande.

Als nun im April 1847 drei Mitglieder des Ministeriums, dem sie aus verschiedenen Gründen unbequem geworden waren, austraten, hatte Guizot große Mühe, die dadurch entstandenen Lücken wieder auszufüllen, und kaum war dies durch Berufung von Ersatzmännern aus entlegenen Provinzen (aus Lyon, Nantes) und des französischen Gesandten (Herzogs von Montebello) aus Neapel geschehen, so erklärte Soult ebenfalls seinen Austritt aus dem Cabinette, dem er bei zunehmender Altersschwäche und Launenhaftigkeit längst eine Last gewesen, und Guizot übernahm das Präsidium, welches er factisch von Anfang an geführt hatte, auch dem Namen nach. So hatte der Charakter des Ministeriums keine Aenderung erfahren.

Unter dem Ministerium Guizot
(September 1847 bis Februar 1848).

In der 1846 neugewählten Kammer bildete die ministerielle Mehrheit den eigentlichen Heerd der von Jahr zu Jahr steigenden „Corruption“. Die Mitglieder der Majorität erkauften durch ihre Stimmen jede Art der ministeriellen Gunst: Aemter und Orden, Lieferungs-Contracte und Concessionen für sich, ihre Angehörigen und ihre Freunde, Unterstützungen, Zuschüsse, Straßen, Garnisonen, Kirchen, Schulen u. s. w. für ihre Wahlbezirke; jeder Abgeordnete wurde bestürmt, die zahllosen Wünsche seiner Wähler bei der Regierung zu befürworten und, wenn irgend möglich, durchzusetzen. Da die Opposition vergebens gegen ein solches Corruptions-System ankämpfte, so sah sie kein Heil als in der so oft angeregten und eben so oft verschobenen Wahlreform. Odilon Barrot stellte sich an die Spitze der Reformbewegung. In einer an die Kammer gerichteten Adresse wurden die Nachtheile des bisherigen Wahlsystems geschildert und die große Ungleichheit der Wahlbezirke in Bezug auf Einwohnerzahl (25,000—150,000), Wählerzahl (150—1000) und aufgebrachtes Steuerquantum ($^2/_5$—2 Mill.) hervorgehoben, ohne daß bestimmte Forderungen hinsichtlich der vorzunehmenden Veränderungen ausgesprochen wurden. Als zweites und wirksameres Mittel der Agitation veranstaltete man in der Form von Zweckessen unter dem Namen „Reform-Bankette“ zahlreiche Versammlungen, in denen die Reformfrage erörtert wurde. Während diese Reform-Bankette die Runde durch ganz Frankreich machten, brachte eine Reihe von scandalösen Processen eine Summe von schimpflichen Thatsachen der Corruption: die großartigsten Unterschleife in der Kriegs-Verwaltung und kolossale Bestechungen durch das Ministerium des Innern an Tag. Teste, der frühere Minister der öffentlichen Arbeiten und jetzige Cassationshofs-Präsident, versuchte vergebens, sich dem ihm bevorstehenden Richterspruche durch einen Pistolenschuß zu entziehen

und wurde zu dreijährigem Gefängniß, Confiscation der von ihm (für Ertheilung einer Bergwerks-Concession) empfangenen Bestechungs-summe von 94,000 Frcs. und zu einer Geldstrafe von gleichem Betrage verurtheilt, der frühere Kriegs-Minister, General Cubières, der dieses Geschäft vermittelt hatte, zum Verluste der bürgerlichen Ehren und einer Geldbuße von 10,000 Frcs.

Diese Vorgänge und einige andere Verurtheilungen mehr oder minder hochgestellter Männer rechtfertigten nicht bloß, sondern verstärkten auch die öffentliche Ueberzeugung von dem entsittlichenden Charakter der herrschenden äußeren und inneren Politik. Bald gab ein schimpflicher Vertragsbruch neuen Grund zu bitterem Tadel der Regierung. Der große Feind, welcher den Franzosen den Besitz von Algier siebenzehn Jahre lang streitig gemacht, Abd-el-Kader, hatte sich im Streite mit Marokko, von der Uebermacht gedrängt, auf französisches Gebiet geflüchtet und unter der Bedingung des freien Abzuges nach Syrien und Aegypten dem General Lamoricière ergeben und der Herzog von Aumale, seit einigen Monaten Nachfolger Bugeaud's in der Statthalterschaft, hatte die Bedingung bestätigt. Dennoch ließ die französische Regierung den Emir nach Frankreich führen, wo er vier Jahre lang gefangen gehalten wurde, bis man ihn 1852 gegen das Versprechen entließ, den Rest seines Lebens in Brussa in Kleinasien zuzubringen.

Die nächste Kammersession (Anfangs 1848) begann mit den heftigsten Stürmen gegen das Ministerium wegen der Stellenkäufe, wegen der traurigen Finanzlage (die dem Angreifenden, Thiers, zum großen Theil selbst zur Last fiel), wegen der neutralen Haltung der französischen Politik in Italien im Einverständnisse mit Oesterreich, wegen der Einmischung in die Sonderbunds-Angelegenheiten der Schweiz und wegen der in der Thronrede ausgesprochenen Verurtheilung der Urheber der Reformbewegung, die „feindseliger und blinder Leidenschaften" beschuldigt worden waren. Diese letztere Beschuldigung wurde zwar in der am 12. Februar angenommenen Adresse auf die Thronrede bestätigt, aber das war auch der letzte Sieg, den Ludwig Philipp und sein Ministerium gewannen.

Der Minister Duchatel hatte bei den Adreß-Debatten aufs bestimmteste erklärt, daß die Regierung keine Wiederholung der Reform-Versammlungen gestatten werde, wobei er ein Gesetz vom Jahre 1790 aus dem Staube der Vergessenheit hervorzog, dessen Gültigkeit oder doch Anwendbarkeit vielfach bestritten wurde. Deßhalb ließ die Opposition sich nicht abhalten, einen neuen Reformschmaus auf einem von Mauern eingefaßten Gartenplatze in den elyseischen Feldern auf den 22. Februar anzusetzen. Die Gäste desselben sollten in einem unermeßlichen Festzuge, wozu die Nationalgarde in Masse eingeladen war, von der Place Madeleine aus dahin begleitet werden. Der Minister Duchatel erklärte auf eine Anfrage Odilon Barrot's in der Kammer, daß er die Mitglieder der Opposition und ihre po-

litischen Freunde nicht hindern werde, sich, vorbehaltlich der später zu fordernden gerichtlichen Rechenschaft wegen Verletzung des Gesetzes von 1790, zu dem Locale des Reformschmauses zu begeben, daß er aber entschlossen sei, die angekündigte Versammlung auf der Place Madeleine als Verletzung eines Gesetzes von unbestrittener Gültigkeit zu verhindern. Die parlamentarische Opposition aber wollte jeden Zusammenstoß des Volkes mit der bewaffneten Macht vermeiden, denn der gemäßigte Theil dieser Partei scheute den Sieg des Volkes, der viel weiter gehen konnte, als ihre Zwecke, und die Radicalen wagten nicht, diesen Sieg zu hoffen. So blieb ihr nur die Wahl zwischen dem Bürgerkriege und einer beispiellosen Selbstdemüthigung. Nach einer kurzen Berathung beschloß die Opposition, das Reformfest abzusagen.

Die Februar-Revolution 1848.

Obgleich die Oppositionsblätter vom 22. Februar die dringendsten Mahnungen an das Volk richteten, sich ruhig zu verhalten, der Polizei- und der Militärgewalt keinen Vorwand zu Gewaltmaßregeln zu geben, sammelte sich das Volk, welches zum großen Theile noch nicht wußte, daß das Banket abgesagt war, in großer Menge ohne Waffen vor der Magdalenenkirche und auf den benachbarten Straßen und Boulevards und erwartete vergebens die Führer der Reformbewegung; der Tag ging mit dem Bau einiger Barricaden und einzelnen leichten Straßenkämpfen vorüber. Am 23. Februar wurde der Barricadenbau rüstiger betrieben, lauter und vielstimmiger erscholl der Ruf für die Reform und gegen das Ministerium, worin bald auch die Nationalgarde einstimmte. Das Ministerium gab seine Entlassung ein, die der noch immer sorglose König gewährte. Diese Nachricht wurde mit Jubel aufgenommen, alle Feindseligkeiten hörten auf, denn Alles, was man verlangt hatte, war ein neues Ministerium und irgend eine Wahlreform, und letztere hielt man durch die Entlassung Guizot's für verbürgt, die republikanische Partei gab ihre Sache für diesmal gänzlich verloren.

Mit eintretender Dunkelheit begann eine freiwillige Beleuchtung der Häuser. Die wogende Menschenmasse drängte sich am dichtesten vor dem Ministerium des Auswärtigen zusammen, und auf einige feindselige Rufe gegen Guizot fiel plötzlich, von einer Hand und auf eine Veranlassung, die nicht mit Sicherheit hat ermittelt werden können, ein Schuß. Der Wachtposten (von 50 Mann), welcher zum Schutze der bisherigen Wohnung des eben gestürzten Ministers aufgestellt war, hielt diesen Schuß für den Beginn eines Angriffs und erwiederte denselben, wie es scheint ohne Befehl des commandirenden Officiers, mit einer Salve aus 50 Gewehren. Sofort ertönte das Geschrei: Mord! Verrath! Zu den Waffen! Zahlreiche Leichen von Männern, Weibern und Kindern wurden aufgehoben, bei Fackelschein

und unter wildem Racherufe auf Karren durch die Straßen der Stadt geführt.

Der König, nachdem er vergeblich mit Molé über die Bildung eines neuen Ministeriums verhandelt hatte, beauftragte nach Mitternacht Thiers mit dessen Bildung und willigte mit schwerer Selbstüberwindung in die Zumuthung, worauf Thiers hartnäckig bestand, Odilon Barrot, den Führer der Reformpartei, in sein neues Cabinet aufzunehmen. Eine Proclamation, welche am Morgen des 24. Februar die Bildung des neuen Ministeriums, die Auflösung der unter Guizot's Einfluß gewählten Kammer und die Zustimmung des Königs zur Wahlreform verkündete, blieb ohne alle Wirkung. Der in der Nacht gewachsene Aufstand hatte bereits einen großen Theil von Paris mit Barricaden übersäet, die von Tausenden von Bewaffneten besetzt gehalten und fortwährend verstärkt, vermehrt und in der Richtung nach den Tuilerieen vorgeschoben wurden. Die Linientruppen, durch einen 36stündigen ununterbrochenen Dienst ermüdet, durch das Beispiel der Nationalgarde an der Regierung irre gemacht, hielten sich unthätig und dieses war die stärkste Ermuthigung des Aufstandes. Zwischen 10 und 11 Uhr Morgens wurde das Palais Royal, ein Privateigenthum der Familie Orleans, geplündert. In den Tuilerieen ward der König, eben im Begriffe, nach dem Rücktritte von Thiers, ein neues Ministerium (Odilon Barrot) zu bilden, von dem eintretenden Emile Girardin, dem Redacteur der „Presse", zur Abdankung, als dem einzigen Mittel der Rettung, aufgefordert und willigte, trotz des entschlossensten Widerspruches der Königin, auf das heftige Drängen anderer Familien-Mitglieder, namentlich des Herzogs von Montpensier, zuletzt in die Thronentsagung ein zu Gunsten seines Enkels, des Grafen von Paris, welche er mit fester Hand, langsam und mit lauter Anfangsbuchstaben niederschrieb. Die Verkündigung derselben fand bei dem wilden Toben der Leidenschaften keinen Glauben, oder doch keine Beachtung. Der König begab sich mit seiner Gemahlin, so wie mit der Herzogin von Nemours und deren Kindern, in schwarzem Anzuge und mit rundem Hute, zu Fuß durch den Tuilerieengarten nach der Place de la concorde, wo zwei glücklich aufgefundene Fiaker die königliche Familie aufnahmen und im Galopp nach St. Cloud brachten. Die Herzogin von Orleans, welche auf Befehl des Königs zurückgeblieben war, ging mit ihren Kindern zu Fuß nach der Deputirtenkammer, während der Aufstand sich der Tuilerieen bemächtigte und hier Alles zerstörte und verwüstete. In der Deputirtenkammer machte Dupin, welcher die Herzogin in den Saal begleitet hatte, mit zaghafter Stimme den Vorschlag, den Grafen von Paris zum Könige und die Herzogin von Orleans zur Regentin auszurufen. Inzwischen füllte sich der Saal mit einer lärmenden Volksmenge, und der republikanische Abgeordnete Marie stellte dem Antrage auf Anerkennung der Regentschaft der Herzogin von Orleans die Berufung auf das Gesetz entgegen, welches dem Herzog

von Nemours die vormundschaftliche Regierung übertragen hatte, und schloß mit dem Antrage auf Errichtung einer provisorischen Regierung. Bald langte auch der wilde, zum Theil betrunkene Haufe an, der die Tuilerieen gestürmt hatte, die Mehrzahl der wenigen noch anwesenden Abgeordneten suchte jetzt ihr Heil in der Flucht, die Herzogin von Orleans wurde in dem furchtbaren Menschengedränge mehrmals beinahe erdrückt und nur durch die kräftigsten Anstrengungen einiger Begleiter zunächst in den Garten und dann in die benachbarte Wohnung des Präsidenten Sauzet gerettet. Aber ihre beiden Söhne waren im Getümmel ihr abhanden gekommen. Der ältere wurde den mordlustigen Fäusten eines revolutionären Wütherichs entrissen und der verzweifelnden Mutter zugeführt, der jüngere aber erst am folgenden Tage wieder aufgefunden. Der Herzog von Nemours entkam in ein Hintergebäude des Palastes, wo er Gelegenheit fand, die Uniform eines National-Gardisten anzulegen, die seine weitere Flucht schützte.

Im Sitzungssaale herrschte unterdessen die wildeste Verwirrung: ein Blousenmann zwang den Präsidenten, seinen Sitz zu verlassen, indem er sein Gewehr auf ihn anschlug; ein anderer wollte Lamartine von der Rednerbühne herunterschießen, auf welcher dieser sich behauptete, bis es ihm gelang, einige Ordnung herzustellen dadurch, daß er Dupont de l'Eure auf den Präsidentenstuhl berief, dessen ehrwürdige Greisengestalt der Menge imponirte. Einsehend, daß es nicht mehr Zeit zum Reden, sondern zum Handeln sei, ließ er Abgeordnete, National-Gardisten, Studenten u. s. w. die Namen der Männer aufschreiben, die sich, ihrer Meinung nach, zu Mitgliedern einer provisorischen Regierung eigneten. Lamartine stellte aus diesen Stimmzetteln nach eigenem Ermessen folgende Liste zusammen: Dupont de l'Eure, Lamartine, Arago, Marie, Garnier-Pagès, Ledru-Rollin und Crémieux. Diese wurden mittelst Acclamation von der versammelten Menge angenommen und beeilten sich, das Rathhaus in Besitz zu nehmen, welches, von jeher das Hauptquartier der Revolution, diejenige Gewalt, die sich desselben zuerst zu bemächtigen wußte, zur Beherrscherin von Paris und von Frankreich machte. Der Sitzungssaal der Deputirten wurde alsbald eine Stätte der Zerstörung, die damit begann, daß man das Bild Ludwig Philipp's mit Kugeln durchlöcherte.

So war denn eine Revolution vollbracht, welche noch am Tage zuvor von sehr Wenigen für möglich gehalten oder gar bezweckt wurde. Dieser Erfolg der wilden Leidenschaft mußte viel weniger der Stärke des Angriffs als der Schwäche des Widerstandes, insbesondere der anfänglichen Sorglosigkeit der Regierung zugeschrieben werden. Der König selbst zeigte in den entscheidenden Augenblicken mehr Charakterstärke als Thatkraft. Er behauptete seine Kaltblütigkeit und Seelenruhe bis zum Aeußersten, aber er wußte nicht zu handeln.

14. Guizot.

(Nach Aug. Ludw. von Rochau in Heinr. von Sybel's historischer Zeitschrift, und nach „Männer der Zeit", bearbeitet vom Herausgeber.)

Der französische Staatsmann und Schriftsteller François Pierre Guillaume Guizot, geb. 4. October 1787, stammte aus einer protestantischen Familie in Nimes, die wegen ihres Glaubens von der bourbonischen Regierung und wegen ihrer politischen Gesinnung von der Republik verfolgt wurde. Sein Vater, der Advocat war, endete am 8. April 1794 auf dem Blutgerüste. Die Mutter flüchtete mit dem Sohne nach Genf, wo dieser sich eine gute und umfassende Schulbildung aneignete. Im Jahre 1805 kam er nach Paris, um die Rechte zu studiren, ward schon im nächsten Jahre Hauslehrer bei Stapfer, dem ehemaligen Gesandten der Schweiz bei der französischen Regierung, der ihn zum Studium der deutschen Literatur und Philosophie, namentlich der Kantischen, veranlaßte. Die liberalen Grundsätze, welche er aus der Schweiz mitgebracht hatte, machten ihn von vorn herein zu einem, wiewohl sehr friedfertigen Gegner des Napoleonischen Despotismus. Auch seine Anstellung als Professor der Geschichte an der Sorbonne, der mehrere kleinere literarische Arbeiten vorausgegangen waren, söhnte ihn nicht mit dem kaiserlichen Systeme aus, dessen schwache Seiten er hauptsächlich darin findet, daß dasselbe weder göttliche noch menschliche Grenzen seines Machtgebietes gelten lasse und die moralischen Bedürfnisse der menschlichen Natur vollständig verkenne. „Das Kaiserreich", sagte er, „hatte mir zu viel Uebermuth in seiner Kraft, zu viel Geringschätzung des Rechtes, zu viel revolutionären Geist und zu wenig Freiheit."

Unmittelbar nach der Wiederherstellung der Bourbonen wurde er durch die Empfehlung Royer-Collard's, des liberalen Legitimisten, der jene Stimmung in ihm genährt hatte, zum General-Secretär im Ministerium des Innern ernannt und betheiligte sich an der politischen Gesetzgebung des ersten Jahres der Restauration (1814), besonders durch die in Gemeinschaft mit Royer-Collard übernommene Ausarbeitung des Entwurfs eines Preßgesetzes, welches wegen Beibehaltung der Censur selbst bei sehr gemäßigten Männern heftige Opposition fand.

Durch die Rückkehr Napoleon's von Elba wurde Guizot peinlich überrascht. Für so schwach, wie es sich zeigte, hatte er das wiederhergestellte Regiment der Bourbonen nicht gehalten. Sein General-Secretariat im Ministerium des Innern war durch den Sturz Ludwig's XVIII. von selbst erledigt und er kehrte auf sein Katheder zurück, wobei er sich freilich alle Ansprüche auf einen späteren Wiedereintritt in die politische Laufbahn vorbehielt. Angesichts des über Napoleon und Frankreich hereinbrechenden Sturmes unternahm Guizot

im Auftrage seiner politischen Freunde eine Reise nach Gent, um Ludwig XVIII. von der Nothwendigkeit des Festhaltens an der Verfassung zu überzeugen, ihn zur aufrichtigen Aussöhnung mit dem neuen Frankreich aufzufordern und ihm dringend ans Herz zu legen, daß er, zum Zeichen dieser Aussöhnung seinen im Volke äußerst verhaßten Günstling, den royalistischen Herzog von Blacas, entlasse und dafür den Fürsten Talleyrand als Rathgeber annehme. In Betreff der Herstellung verfassungsmäßiger Zustände erhielt er von Ludwig XVIII. die bereitwilligsten Zusicherungen, aber um den Herzog von Blacas zu entfernen, bedurfte es später des ganzen Gewichtes des englischen Einflusses. Diese Reise ist Guizot während seiner späteren politischen Laufbahn mit Unrecht als ein politischer Verrath vorgeworfen worden, als ob er der Napoleonischen Regierung gegenüber bestimmte Verpflichtungen übernommen und nicht vielmehr von Anfang an sich offen als einen Widersacher ihres Systems erklärt hätte.

In dem neuen Cabinet Ludwig's XVIII. übernahm Guizot den Posten eines General-Secretärs des Justiz-Ministeriums. Als jedoch durch das Drängen der ultraroyalistischen Mehrheit der „unfindbaren" Kammer der Justiz-Minister Marbois schon im October 1815 aus dem Cabinette weichen mußte, trat sein General-Secretär mit ihm zurück, erhielt einen Platz im Staatsrathe und verschwand damit in den Hintergrund des politischen Schauplatzes. Bei den Neuwahlen nach der Auflösung der „unfindbaren" Kammer (Ende 1816) erhielten die gemäßigten Liberalen die Mehrheit. Der Kern dieser Partei aber bestand aus den nächsten Freunden Guizot's, den später sogenannten Doctrinairs, einer mehr moralphilosophischen Secte, als politischen Partei, deren bedeutendstes Mitglied, wenn auch nicht anerkanntes Haupt, Guizot war. Dieser verfaßte als Mitglied des Staatsrathes, auf den Wunsch des Ministers des Innern, den Entwurf zum Wahlgesetze von 1817 mit einem sehr hohen Census, der in allen seinen wesentlichen Bestimmungen angenommen wurde. Auch später (1859) in seinen mémoires verwirft Guizot das allgemeine Stimmrecht mit seinen 10—12 Millionen Wählern. Die Reaction, zu welcher die Ermordung des Herzogs von Berry (1820) den Anlaß gab, kehrte sich sofort auch gegen das Wahlgesetz von 1817; und dessen Urheber, Guizot, ward nebst einigen anderen Häuptern der Doctrinairs aus dem Staatsrathe gestoßen. Die dadurch gewonnene Muße benutzte Guizot, um eine Reihe von politischen Schriften abzufassen, in denen er die Sache der liberalen Opposition unter großem Beifall seiner Meinungsgenossen verfocht.

Im Jahre 1822 verlor Guizot auch die Professur, welche er nach seinem Austritte aus dem Staatsrathe wieder übernommen. Um diese Zeit fing er an, sich vorzugsweise mit dem Studium der englischen Geschichte zu beschäftigen, aus welchem nach und nach die werthvollsten seiner historischen Arbeiten hervorgingen. Erst das Mi-

nisterium Martignac (1828) berief Guizot wieder auf das Katheder und gab ihm auch den Titel eines Mitgliedes des Staatsrathes zurück, wiewohl ohne Sitz und Stimme. Dies ist die Zeit seiner höchsten Popularität. Als Professor bildete er mit Cousin und Villemain das berühmte Dreigestirn, welches einen so hellen Glanz über die Pariser Universität verbreitete und seiner damaligen Wirksamkeit entsprangen die wichtigen historischen Werke: „Cursus der neueren Geschichte“ in sechs Bänden (1828—1830), „Allgemeine Geschichte der Civilisation in Europa“ und „Allgemeine Geschichte der Civilisation in Frankreich“. Die Berühmtheit, die er sich durch seine akademische Wirksamkeit erworben, brachte ihn im Januar 1830 als Abgeordneten für die Stadt Lissieux (die er bis zur Februar-Revolution ohne Unterbrechung vertreten hat) in die Kammer. Die Adresse der 221, von Royer-Collard entworfen, wurde von Guizot mit großem Nachdrucke unterstützt. Er bekämpfte das die ursprüngliche Fassung abschwächende Amendement Martignac's und schloß seine Rede mit den Worten: „Es wird der Wahrheit schwer genug, in die Paläste der Könige einzudringen; sorgen wir dafür, daß sie diesmal nicht allzu blaß und schwächlich auftrete.“

In dem ersten Ministerium Ludwig Philipp's, welches in bunter Mischung aus Männern der verschiedensten Parteien, aus Doctrinairs, Ultraliberalen, Bonapartisten, zusammengesetzt war, übernahm Guizot das Portefeuille des öffentlichen Unterrichts, einen politisch ziemlich unbedeutenden Posten, doch fiel ihm vermöge seiner geistigen Ueberlegenheit und seiner Willenskraft eine der ersten Rollen zu. Er wurde die eigentliche Seele der Partei des Widerstandes gegen fernere Uebergriffe der Demagogen, und in dieser Eigenschaft binnen kürzester Frist einer der unpopulärsten Männer in Frankreich. In der Ueberzeugung, daß der Rücktritt der verhaßten Doctrinairs die Rettung der angeklagten Minister Karl's X. erleichtern werde, entschloß sich Guizot, mit seinen Gesinnungsgenossen vorläufig das Feld zu räumen. Dann aber verdoppelte er als Vorkämpfer der Périer'schen Politik seinen parlamentarischen Ruhm und zugleich seine Unpopularität.

Nach dem Tode dieses Staatsmannes trat Guizot wieder als Minister des öffentlichen Unterrichtes in das Cabinet (11. October 1832), an dessen Spitze Soult stand, und in welchem der Herzog von Broglie, der andere Doctrinair, die auswärtigen, Thiers die inneren Angelegenheiten übernahm. Das Ministerium, das im Innern gegen republikanische Verschwörungen und legitimistische Aufstände zu kämpfen, gegen außen die belgisch-holländische Frage zu lösen hatte, war, weil es im Innern durch den Drang der Verhältnisse sich gezwungen sah, verschiedene Repressiv-Maßregeln zu ergreifen und gegen das Ausland nicht die propagandistische Politik betreiben konnte, für welche die Opposition schwärmte, im höchsten Grade unpopulär und mußte es sich gefallen lassen, seine gemäßigte

Politik mit dem Spottnamen des Juste milieu verhöhnt zu sehen, erhielt sich aber trotzdem vier Jahre. Guizot vertheidigte die unpopulären Maßregeln, zu deren Ergreifung die Umstände zwangen, mit eben so viel Muth als Beredsamkeit. In seinem eigenen Departement erwarb er sich ein großes Verdienst durch die Ausarbeitung und Durchführung des 1833 erlassenen Gesetzes über den Volksunterricht.

Nach dem Abgange des Ministeriums vom 11. October (am 22. Februar 1836) trat Guizot auf einige Monate ins Privatleben zurück, nahm zwar bereits den 6. September im Ministerium Molé sein Portefeuille wieder an, gerieth jedoch in Zwiespalt mit dem Präsidenten, mit dem er um die tonangebende Stimme im Rathe stritt, und führte dadurch die Auflösung des Cabinettes herbei, wodurch die Doctrinairs vor der Hand ganz beseitigt wurden. Gekränkter Ehrgeiz veranlaßte nun Guizot zu einem Bunde mit der dynastischen Linken unter Odilon Barrot und mit dem linken Centrum unter Thiers, mit dem rein persönlichen Ziele, den Sturz des Ministeriums Molé herbeizuführen, denn in ihren politischen Grundsätzen und Tendenzen hatten die drei Fractionen der „Coalition", wie sich das neue Bündniß nannte, sehr wenig mit einander gemein. Dennoch gelang es ihren leidenschaftlichen Anstrengungen, einen vollständigen Sieg über ihre Gegner davon zu tragen, aber die politische Immoralität der Verbindung und der Mittel, welche zum Siege verhelfen mußten, brachte Guizot in solchen Mißcredit bei der doctrinairen Partei, daß sich sein alter Lehrer und Freund Royer-Collard öffentlich von ihm lossagte.

Das nächste Ziel seines Ehrgeizes, selbst ins Ministerium zu gelangen, erreichte jedoch Guizot nicht, da Ludwig Philipp eine sehr entschiedene Abneigung gegen die Coalition gefaßt hatte und sich lieber mit Ministerien aus Capacitäten zweiten Ranges behalf. Selbst als am 1. März 1840 Guizot's ehemaliger Bundesgenosse, Thiers, an die Spitze eines neuen Ministeriums von einem weniger provisorischen Charakter, als die früheren trat, sah sich Guizot in eine Art ehrenvolles Exil nach London als Gesandter Frankreichs verwiesen. Sein Ruf, seine Religion, seine Werke über englische Geschichte und Literatur und die puritanische Würde seiner Haltung verschafften seiner Person Ansehen und Popularität in England. Diplomatische Erfolge aber errang er nicht. Die orientalische Frage, in welcher Frankreich den Vicekönig von Aegypten unterstützte, die anderen Mächte dagegen für die Integrität der Türkei einstanden, drängte damals zu einer Krisis, und Guizot, von seinem Ministerium eben so sehr über dessen heimliches Intriguenspiel, wie von Lord Palmerston über die Gegenmanöver der Diplomatie der vier Mächte im vollkommenen Dunkel erhalten, ward vollständig von den Ereignissen überrascht. Noch am 14. Juli schrieb er nach Paris: „Wir haben noch Zeit vor uns," und schon am 15. war der Vertrag der vier

Mächte unterzeichnet, der Frankreich isolirte und es schließlich zwang, den Vicekönig von Aegypten seinem Schicksale zu überlassen.

Als diese Wendung der Dinge nach einigen Monaten die Entlassung des Ministeriums Thiers herbeiführte, übernahm Guizot unter der nominellen Präsidentschaft des Marschalls Soult am 29. October das Portefeuille des Auswärtigen und thatsächlich den Vorsitz im Ministerium. Die bis zur unbändigsten Kriegslust aufgereizte Volksstimmung zu beschwichtigen, ihr und der mit der bittersten Leidenschaftlichkeit kämpfenden Opposition der Kammern zum Trotze den Frieden aufrecht zu erhalten und Frankreich wieder in das „Concert" der europäischen Mächte zurück zu führen, war die schwierige Aufgabe, die Guizot mit unbeugsamem Muthe und, ohne sich von dem Höhnen der Gegner über seine Politik „des Friedens um jeden Preis" einschüchtern zu lassen, durchgeführt hat. Sieben Jahre lang stand er an der Spitze des Ministeriums, und zwar seit dem September 1847 auch officiel als Chef desselben, mehr und mehr sich mit der persönlichen Politik Ludwig Philipp's identificirend, und zuletzt in der Unpopularität, die ihm in reichem Maße wurde, einen wahren Ruhm suchend. Im Einzelnen aufführen, was er in dieser Stellung einleitete und durchführte, hieße die Geschichte Frankreichs in diesem Zeitraume erzählen.

Der Sturz des Ministeriums Guizot 1848 zog den des französischen Königthums nach sich. Der gestürzte Minister begab sich nach England, während die provisorische Regierung ihn mit seinen Collegen in Anklagestand versetzte. Der Appellationshof fand jedoch keinen Anlaß, auf diese Anklage einzugehen, und schon im Anfange 1849 kehrte Guizot nach Frankreich zurück und bewarb sich vergeblich um eine Abgeordnetenstelle für das Calvados-Departement. Trotz dieses Mißlingens blieb er nicht unbetheiligt an der Tagespolitik und schloß sich der Fusionspartei an, welche die Ansprüche der beiden Zweige des bourbonischen Hauses mit einander zu versöhnen suchte. Auch durch Gelegenheitsschriften ist er für die constitutionelle Monarchie zu wirken bestrebt gewesen.

Hat Guizot als Staatsmann nicht immer die Reinheit seiner Grundsätze von der Unredlichkeit der Mittel, sie durchzuführen, frei halten können, so steht er um so glänzender als Schriftsteller und Redner da. In seinen Geschichtswerken bildet ein hoher Begriff von den Zielen und Bedürfnissen des menschlichen Geschlechtes den Grundton. Der Einfluß, den persönliche Stimmungen und Leidenschaften auf das Geschehende haben, entgeht ihm meistens, und Persönlichkeiten und Ereignisse treten uns daher nie mit dramatischer Lebendigkeit vor Augen. Wir sehen fast nur Interessen, Doctrinen, Systeme sich gegenüber stehen und bekämpfen, und so sehr der Verstand durch die scharfsinnige Nachweisung des inneren Zusammenhanges der Ereignisse und die Aufdeckung ihrer verborgenen Ursachen befriedigt wird, so leer geht das Gemüth aus, da wir uns selten

unter Menschen, sondern meistens unter Abstractionen bewegen. Aber das felsenfeste Vertrauen in den endlichen Sieg des Gesetzes und der Freiheit, die ernste Würde der Gedanken, eine von freisinniger Philosophie gemilderte puritanische Sittenstrenge erzwingen Achtung, wenn sie auch kein Herz gewinnen. Was die Tendenz betrifft, so schlagen hier die sämmtlichen Ansichten durch, die principiel seine Politik geleitet haben. Die wesentlichen Factoren des modernen Staates sind ihm die Würde und Macht des Königthums und die Intelligenz des gebildeten Mittelstandes; die Masse des Volkes betrachtet er mit Mißtrauen, ja, mit kaum verhehltem Widerwillen, und für die wirthschaftlichen Bedingungen des Völkerlebens und der geschichtlichen Entwicklung hat er sehr wenig Sinn. Sein Stil enthält sich absichtlich jedes schmückenden Beiwerks und rhetorischer Zuthat, ist von classischer Reinheit und nur manchmal aus Neigung zu generalisiren der Schärfe und Bestimmtheit entbehrend.

Den Ton der Autorität und der Würde, mit dem Guizot in seinen Büchern spricht, hat er auch auf die Tribune mitgenommen; edle und einfache Geberden verstärkten den Eindruck seiner würdevollen und meistens schmucklosen Rede, und die starre Ruhe seines Aeußeren schien stets von einem Gefühle der Unfehlbarkeit eingegeben und von einer niedergehaltenen und doch herrischen Leidenschaft durchglüht zu sein. Am größten war er stets, wo er mit dem vollen Bewußtsein seines Ichs dem Sturme einer tobenden Menge entgegentrat, wie damals, wo er der Opposition, die ihn stundenlang nicht zu Worte kommen ließ, zudonnerte: „Sie können meine Stimme erschüttern, aber nicht meinen Muth!“ oder zu einer andern Zeit, wo er denjenigen, die ihm die Reise nach Gent vorwarfen, zurief: „Ihre Beleidigungen werden nie die Höhe meiner Verachtung erreichen!“

Guizot ist seit 1832 Mitglied der Akademie der moralischen und politischen Wissenschaften, seit 1833 Mitglied der Akademie der Inschriften und seit 1836 Mitglied der französischen Akademie.

---

15. Adolf Thiers.

(Nach „Männer der Zeit“, zum Theile bearbeitet vom Herausgeber.)

Adolf Thiers, wie Guizot, in der doppelten Stellung als Staatsmann und Geschichtschreiber hervorragend, ward am 16. April 1797 in Marseille geboren, wo sein Vater Schlosser war. In früher Jugend zeigte er viele Hinneigung zum Militärstande; da aber der Sturz Napoleon's den glänzenden Aussichten in diesem Stande ein plötzliches Ende machte, so wählte er die juristische Laufbahn und machte seine Studien in Aix, gleichzeitig mit Mignet. Als Advocat ohne besonderen Erfolg,

hatte er mehr Glück mit literarischen Arbeiten, deren eine von der Marseiller Akademie den Preis erhielt. Dadurch ermuthigt, beschloß er, sich ganz der Literatur zu widmen und kam unter sehr ärmlichen Umständen nach Paris, wo er mit Mignet in einer Dachstube zusammen wohnte. Eine Empfehlung an den berühmten Oppositions-Deputirten Manuel verschaffte ihm eine Stelle als Mitarbeiter am „Constitutionnel". Seine kraftvollen, einschneidenden und doch eleganten Artikel machten bald Aufsehen und führten ihn allmählich in die höheren Kreise der politischen Gesellschaft ein, wo er sich durch sein ausgezeichnetes conversationelles Talent Geltung verschaffte. Von der Natur nicht günstig ausgestattet, unansehnlich von Gestalt, häßlich von Gesicht, ohne Anmuth oder Würde in seinen Bewegungen und Manieren, wußte er doch durch die Vielseitigkeit seiner Kenntnisse, die Bestimmtheit seines Urtheils und die Gewandtheit seiner Rede zu gewinnen und zu imponiren.

In den politischen Kreisen, in welchen sich Thiers damals bewegte, machte sich das Bedürfniß fühlbar, der Revolution, welche die herrschenden Gewalten verdammten, und die durch ihre Ausschreitungen die Mehrzahl des französischen Volkes auch gegen die liberalen Ideen mißtrauisch gemacht hatte, wieder zur Popularität zu verhelfen. Den beiden Studiengenossen, Mignet und Thiers, wurde diese Arbeit aufgetragen, die beide in classischer Weise vollendet haben. Was Thiers betrifft, so wuchs er mit seinem Werke. In den beiden ersten Bänden seiner Geschichte der Revolution, die 1823 erschienen, begnügte er sich, den Moniteur und einige Memoiren als Quelle zu benutzen und den gewonnenen Stoff mit einem Talente für frische und lebendige Erzählung zu verarbeiten, das ihm rasch die Gunst des Publicums gewann. Sein reger Geist begnügte sich bald damit nicht mehr und fühlte den Trieb, tiefer in seinen Gegenstand einzudringen. Er ließ sich von Baron Louis, dem Finanz-Minister Ludwig's XVIII., in die Geheimnisse der Finanz-Wissenschaften einführen, und, an seine früheren mathematischen Studien anknüpfend, nahm er bei den Generalen Foy und Jomini Unterricht in den Elementen der Kriegskunst, machte sogar einen praktischen Uebungs-Cursus in der Ingenieur-Kunst in Vincennes mit. Die Auffassung der kriegerischen und politischen Verhältnisse wird daher mit jedem Bande der Geschichte der Revolution bis zu ihrer Vollendung 1827 umsichtiger und staatsmännischer, während dagegen in der Beurtheilung der Persönlichkeiten ein Cultus der erfolgreichen Macht vorherrscht, welcher die Begriffe von Sittlichkeit und Recht ganz und gar hintansetzt.

Als Karl X. durch die Ernennung des Ministeriums Polignac der liberalen Partei den Krieg erklärte, gründete diese unter der Leitung von Thiers und Armand Carrel im Januar 1830 den „National", der nicht nur constitutionelle Grundsätze vertheidigen, sondern auch auf den Sturz der bestehenden Dynastie und die Er-

setzung derselben durch das Haus Orleans hinarbeiten sollte. Thiers füllte mit Mignet fast allein den politischen Theil des Blattes, das durch die Kraft und Kühnheit seiner Polemik bald großen Einfluß gewann und unter den Kämpfern gegen die Regierung in der vordersten Reihe stand. Im Redactions-Locale des „National“ war es auch, wo sich am 26. Juli nach dem Erscheinen der Juli-Ordonnanzen die Redacteure sämmtlicher Oppositions-Blätter versammelten und eine von Thiers verfaßte Protestation gegen diese Maßregel unterzeichneten, womit die Juli-Revolution begann. An dem Kampfe selbst nahm Thiers nicht Theil und suchte vor drohender Verhaftung ein Asyl in Montmorency. Als die Straßen der Stadt wieder sicher waren, erschien er auch wieder in Paris und entwarf in einer Versammlung in Lafitte's Wohnung die Proclamation, welche durch die Empfehlung des Herzogs von Orleans zum Regenten der Revolution eine monarchische Richtung gab. Auch begab er sich selbst nach Neuilly zu Ludwig Philipp, um im Namen seiner Partei diesen aufzufordern, sich an die Spitze der Regierung zu stellen, und wiederholte diesen Antrag, diesmal mit Erfolg, als Sprecher einer Deputation, als der zukünftige „Bürgerkönig“ am 31. Juli auf dem Stadthause erschien.

Mit der Juli-Revolution begann Thiers' staatsmännische Laufbahn, die er im August 1830 als General-Secretär im Finanz-Ministerium antrat. Bereits im November ward er Unter-Staats-secretär im Ministerium Lafitte und zeigte in der Deputirten-Kammer, für welche ihn Aix gewählt hatte, nach den ersten fehlgeschlagenen Versuchen im feierlichen Stile, ein eminentes Talent als Redner im leichten Conversationston, mit großer Gewandtheit und Vielseitigkeit im Angriffe. Durch diese und seine administrativen Gaben den regierenden Kreisen empfohlen, blieb er im Ministerium Casimir Périer und ward nach Périer's Tode im October 1832 Minister des Innern, als welcher er den Aufstand in der Vendée unterdrückte, die Herzogin von Berry verhaften ließ und mit Eifer für die Expedition nach Belgien wirkte. Seit dem December 1832 Minister des Handels und der öffentlichen Arbeiten, ließ er es sich angelegen sein, neben der Ausführung vieler wirklich nützlichen Bauten durch die Aufrichtung von Napoleon's Standbild auf der Vendome-säule und die Vollendung des Etoile-Siegesthores die Erinnerungen an Napoleon wach zu erhalten. Im Jahre 1834 übernahm er wieder das Ministerium des Innern und zeigte nun nach den demokratischen Aufständen in Paris und Lyon durch strenge Preßgesetze und militärische Zwangsmaßregeln gegen alle Auswüchse der Freiheit, daß er trotz aller liberalen Phrasen recht gut auf die Widerstandspolitik des Königs eingehen konnte. Nur in der äußeren Politik, die er seit Februar 1836 leitete, war er stets für ein stolzes, ja, herausforderndes Auftreten gegen das Ausland, und kam dadurch zwar oft in Widerspruch mit den friedlichen Neigungen Ludwig Philipp's,

erhielt sich aber dadurch eine gewisse Popularität, so sehr seine Repressiv-Maßregeln den Bruch zwischen ihm und seinen früheren Freunden erweitert hatten. So führte ihn sein im August 1836 erfolgender Austritt aus dem Cabinette, nachdem er sich erst zwei Jahre von den Geschäften zurückgezogen und dann zwei Jahre lang an der Spitze der Opposition gestanden, zuletzt doch an die Spitze des Ministeriums vom 1. März 1840. Es mißlang ihm aber vollständig, durch seine militärischen Bravaden die anderen Mächte zu bewegen, ihm in seinem Bestreben, Aegypten von der Pforte unabhängig zu machen, freie Hand zu lassen; im Gegentheile schlossen sie ohne Frankreich am 15. Juli 1840 den Viermächtevertrag ab und machten durch actives Einschreiten dem Kriege Mehmet Ali's gegen die Pforte ein Ende. Umsonst steigerte Thiers seine Demonstrationen, der König genehmigte die Befestigung von Paris, weil sie ihm für seine Pläne paßte, aber nicht die verlangte Kriegsrüstung, weßhalb Thiers am 21. October seine Entlassung nahm. Er zog sich nun eine Zeitlang ganz vom öffentlichen Leben zurück, nahm seinen früheren Plan, die Geschichte des Kaiserreiches zu schreiben, wieder auf, machte vorher Reisen nach Italien und Deutschland, um die Schlachtfelder Napoleon's aus eigener Anschauung kennen zu lernen, und trat endlich 1845 mit dem ersten Bande seiner „Histoire du Consulat et de l'Empire" vor das Publicum. Auch auf dem parlamentarischen Schauplatze erschien er wieder, und war sowohl in der Kammer, wie in dem von ihm beeinflußten Constitutionnel ein eben so beredter als gefährlicher Gegner des Ministeriums Guizot und der persönlichen Politik des Königs.

In dem tollen Wirrwar der Februar-Revolution war für Thiers kein Platz; er erschien erst wieder, als nach dem Juni-Aufstande die große Ordnungspartei sich fester zusammen zu scharen anfing, ward in die National-Versammlung gewählt und schwang sich hier bald zum Haupte einer zahlreichen Partei empor, welche die parlamentarischen Führer zu thatsächlichen Regenten der Nation machen, wohl auch mit der Zeit eine royalistische Restauration im Sinne der Orleans herbeiführen wollte. In Ludwig Napoleon glaubte er ein Werkzeug für seine Pläne zu finden, entdeckte aber bald, wie sehr er sich getäuscht hatte, und trat nun in die heftigste Opposition zu dem Bonapartismus. Das Benehmen Ludwig Napoleon's gegen ihn zeigte, daß er ihn unter seine gefährlichsten Gegner zählte. Thiers war unter den in der Nacht vor dem Staatsstreiche vom 2. December Verhafteten und mußte dann in die Verbannung wandern — ein eigenes Verhängniß für den Mann, der durch seine schriftstellerische Wirksamkeit und durch seine politischen Tendenzen am meisten dazu beigetragen, die Napoleonischen Traditionen im Volke lebendig zu erhalten, zur politischen Ohnmacht durch die Wiederbelebung der Institutionen verurtheilt zu werden, die er als das Herrlichste auf der Welt angepriesen hatte.

Das Verbannungs-Decret wurde nach einem Jahre aufgehoben, aber Thiers hat sich bis auf die jüngste Zeit (1865) von jeder politischen Thätigkeit fern gehalten und sich nur der Vollendung seiner Geschichte des Kaiserreiches gewidmet. Als Geschichtswerk nimmt dieses Buch einen sehr hohen Rang ein. Es ist nicht blos die harmonische Anordnung und Vertheilung des weitschichtigen Stoffes, die durchsichtige Klarheit und zugleich fließende Lebendigkeit des Stils, das eminente Talent für malerische Darstellung und scharfe, mit wenigen Strichen vollendete Charakter-Zeichnung, was uns Bewunderung abzwingt. Wir finden, daß der Geschichtschreiber mit großen Staatsgeschäften durch eigene Betheiligung an denselben vertraut geworden, daß er ein Mann ist, welcher mit praktischem Tacte das wahrhaft Bedeutende, vielleicht Unscheinbare von dem bloß Nebensächlichen, aber Augenfälligeren zu trennen weiß, welcher aus Erfahrung kennt, welche Motive bei Herrschenden am wahrscheinlichsten auf ihre Entschlüsse einwirken, und gegen welche sie am ehesten taub bleiben. Seine Vertrautheit mit den Details der Finanzwirthschaft und der Verwaltung befähigt Thiers ganz besonders, uns in dem Kaiser nicht bloß das kriegerische, sondern auch das administrative Genie würdigen zu lehren, und uns nicht bloß den Glanz seiner die Welt erschütternden Thaten, sondern auch die nichts vergessende Sorgfalt, die das Größte und das Kleinste zugleich überschauende Umsicht bewundern zu lassen, mit der er sich die materiellen Grundlagen seiner Macht schuf. Alle diese Vorzüge sind jedoch von großen Mängeln begleitet. Die Auffassung ist so intensiv französisch, daß Thiers auf Seite seines Helden und seiner Nation niemals eine Verschuldung, sondern nur Fehler in der Ausführung sieht; daß er die Politik des Kaisers zwar oft genug tadelt, aber nicht weil ihre Ziele an sich verwerflich sind, sondern weil sie ohne Rücksicht auf die Möglichkeit des Erreichtwerdens und mit einer Ueberschätzung der eigenen Kräfte gesteckt waren, was einen Rückschlag herbeiführen mußte, welcher die Machtstellung Frankreichs schwächte. Sehr einseitig ist ferner die Quellenbenutzung. Die französischen Archive hat Thiers auf das fleißigste durchforscht und — auch begünstigt durch seine Stellung — viel Neues zu Tage gefördert, so wie auf manche dunkle Stelle ein unerwartetes helles Licht geworfen. Auf die zahlreichen deutschen und englischen Quellen, selbst auf die nächstliegenden, nimmt er dagegen nicht die mindeste Rücksicht, und schon dadurch wird seine Darstellung parteiisch gefärbt. Gilt es aber vollends den Ruhm der französischen Waffen zu rechtfertigen, so hört bei dem Geschichtschreiber alle Achtung vor bewiesenen Thatsachen und Zahlen auf, und die Wahrheit muß zu Gunsten seiner Landsleute dem Phantasiebilde weichen.

---

16. Die belgische Revolution.

(Nach G. G. Gervinus, Geschichte des 19. Jahrhunderts und Wolfgang Menzel, Geschichte der letzten 40 Jahre, bearbeitet vom Herausgeber.)

a) Belgien und Holland vereinigt unter Wilhelm I. (1814 bis 1830.)

Es ist früher (Nr. 2) erwähnt worden, wie die auf dem Wiener Congresse vertretenen Mächte, um gegen die Uebergriffe Frankreichs stärkere Bollwerke an seinen Grenzen zu schaffen, Belgien mit Holland, wie Genua mit Piemont zu vereinigen beschlossen, ohne nach der inneren Möglichkeit und Räthlichkeit der aus bloß äußerlichen Rücksichten geschaffenen Union der südlichen und nördlichen Niederlande, ohne nach der Verschmelzbarkeit der Stämme zu fragen. Die Bewohner beider Länder, durch uralte Stammverschiedenheit in sich getrennt, hatten zu allen Zeiten, wie nahe sie sich auch durch ihre geographische Lage und ihre geschichtlichen Schicksale gestellt waren, in Folge der Selbständigkeit ihrer provinciellen Ordnungen, mehr neben einander als mit einander existirt; in ihren geschichtlichen Entwickelungen waren sie in den weitesten Entfernungen aus einander geschritten. Die belgischen Provinzen waren im Mittelalter an culturhistorischer Bedeutung allen europäischen Ländern, selbst Italien, vorangeeilt, als sie seit dem Beginn der Kreuzzüge die Vermittler zwischen Asien und Europa, wie zwischen dem Norden und Süden unseres Welttheiles, wurden, als Brügge den Mittelpunkt des Welthandels bildete und die kleinen Fürsten dieser Gebiete Jerusalem und Constantinopel, Böhmen und dem römischen Reiche Kaiser und Könige gaben. An dieser glänzenden Laufbahn hatten die nördlichen Provinzen so gut wie keinen Antheil gehabt. Als am Schlusse dieser lebensvollen Epoche beide Staatengruppen im Norden und Süden zusammen unter die Herrschaft Spaniens fielen und durch Philipp's II. Despotismus zum gemeinsamen Aufstande gereizt wurden, war doch selbst in diesem höchsten Momente der Gefahr und des Einheitsbedürfnisses die Union zwischen beiden kaum (1576) geschlossen, als diese erste freiwillige Gemeinschaft auch sofort (1579) wieder aufgelöst ward, um fortan einer schrofferen, äußeren und inneren, staatlichen und institutionellen, bürgerlichen und religiösen Trennung Platz zu machen, die dann durch ein neues Auseinandergehen der geschichtlichen Stellungen, durch den ruhmvollen Aufschwung des bisher zurückgebliebenen, durch die demüthigende Erniedrigung des bisher vorausgeeilten Theiles zu einer immer weniger überschreitbaren Kluft erweitert ward. Belgien behielt den katholischen Glauben und die spanische Herrschaft, unter welcher es den tiefen Verfall des Hauptreiches durch mehr als ein Jahrhundert zu theilen hatte, während die nördlichen vereinigten

Provinzen, wo sich der Calvinismus eine republikanische Stätte gegründet hatte, wurden, was einst Flandern im Mittelalter gewesen war, indem sie in Musik und Malerei die Nebenbuhler Italiens, in den humanistischen Studien die Rivalen Deutschlands, in Seemacht und Colonial-Besitz Spaniens und Portugals furchtbarste Gegner, in politischer Freiheit die Lehrmeister Englands, in Handel und Schiffahrt allen Völkern voraus waren. Im 18. Jahrhundert waren dann die Holländer, von Englands steigender Macht überflügelt und durch innere Unruhen gelähmt, in einen hundertjährigen Schlaf versunken, aber ihren selbstgefälligen Stolz gegen das herabgekommene Brudervolk im Süden hatten sie darum nicht abgelegt. Zuletzt hatten beide Theile das französische Joch gemeinsam getragen, aber die Unterschiede waren nicht verwischt worden. Belgien war durch zwei Jahrzehende einverleibt, die batavische Republik aber und das Königreich Holland waren, wenn auch Unterworfene, doch wenigstens dem Namen nach nur Verbündete Frankreichs gewesen, und während der wenigen (3) Jahre, da auch der Norden mit Frankreich verbunden war, hatte die engere Berührung die Antipathieen mehr geschärft als gemildert. Bei der Befreiung von der gemeinsamen Fremdherrschaft hatte sich die Verschiedenheit der Naturart und der geschichtlichen Lage beider Theile aufs neue geltend gemacht. Kaum einen Monat nach der Schlacht bei Leipzig hatten die Holländer die französische Herrschaft abgeworfen und waren unter die des Hauses Oranien zurückgekehrt; der zurückberufene Sohn ihres letzten Erbstatthalters, Wilhelm's V., war ohne Verzug (30. November 1813) aus England herübergekommen und hatte, in sicherer Entschlossenheit handelnd, die Würde eines souverainen Fürsten angenommen. In einer völlig entgegengesetzten Haltung hatte Belgien, von seinem früheren österreichischen Herrscher aufgegeben, diese große Entscheidungszeit eben so wenig benutzt, wie Polen (1812) und Italien. Nicht einmal in ihren Wünschen war die Nation einig: ein Theil der Aristokraten, der Geistlichkeit und der alten Gemeinde-Vertretungen wünschte unter Oesterreich zurückzukehren, ein anderer Theil, der neue Geld- und Grundadel, die Erwerber von Nationalgütern wären gern mit Frankreich verbunden geblieben; Andere resignirten sich auf den Anschluß an Holland. Diese Rathlosigkeit hatte es den Verbündeten leichter gemacht, über das belgische Land, ohne seine Bevölkerung zu fragen oder zu hören, als über ein erobertes Gebiet zu verfügen und es (nach dem bald bereuten Ausdruck des Pariser Vertrages vom 30. Mai 1814) als einen „Gebietszuwachs“ an Holland zu überweisen. Dem National-Stolze der Holländer ward es dadurch von vorn herein nahe gelegt, ihre alte Republik als den Kern des neuen Staates, die erworbene belgische Masse als ein Unterthanenland anzusehen. Die ersten Symptome dieser Sinnesart aber mußten dann wieder alle Empfindlichkeit der belgischen Eifersucht aufstacheln und in der Verbindung mit Holland eine neue Fremdherrschaft befürchten lassen.

Obgleich nie zu einem einheitlichen Staatsverbande gelangt, hatten die Belgier doch ihre nationale Eigenthümlichkeit gegen Spanien und gegen Oesterreich aufrecht erhalten, und der Versuch Philipp's II. und Joseph's II. die politische Conformität mit ihren Staaten ihnen aufzuerlegen, war beide Male durch einen Aufstand vereitelt worden. Erst unter Frankreich hatten sie die eigentliche Fremdherrschaft ausgekostet, und die Erfahrung hatte sie reizbarer, feiner witternd gegen eine Erneuerung derselben Erfahrung gemacht.

Der bedenklichste der vielen Gegensätze zwischen Belgiern und Holländern war neben der religiösen Scheidung, die sprachliche Kluft, die voraussichtlich in der Ständeversammlung und den Gerichten das Bewußtsein der Getrenntheit immer lebendig erhalten mußte. In handelspolitischer Beziehung verlangten die belgischen Fabrikanten möglichst hohe Schutzzölle, die Holländer möglichst ungebundene Handelsfreiheit. Holland brachte zur Staatsschuld sein Contingent mit zwei Milliarden Gulden, während Belgien aus seinen österreichischen Zeiten nur eine Schuld von drei Millionen einschoß. Holland hatte mit seinen Supremat-Ansprüchen von der Gesammt-Bevölkerung des neuen Staates nur 1/3, Belgien 2/3. Dieses eine Mißverhältniß zeigte schon vor aller Erfahrung die Unmöglichkeit eines friedlichen Zusammenseins an. Denn sollte in der gemeinsamen Stände-Versammlung die Zahl der beiderseitigen Vertreter gleich sein (sie wurde für jeden Theil auf 55 festgesetzt), so war es fast gewiß, daß mit Hülfe einiger übergegangener Belgier alle Maßregeln würden batavisirt werden, sollte sie verhältnißmäßig sein, so war es zweifellos, daß die Ueberzahl der Südländer sie belgisiren würde — der einzige Ausweg wäre die Personal-Union, die getrennte Verwaltung beider Theile gewesen. Diesen neutralen Weg wollte aber weder die großmächtliche Diplomatie, noch der niederländische König und seine Staatsmänner, vielmehr sollte nach dem Londoner Vertrage (vom 20. Juli 1814), welcher die Union aussprach, „die Verschmelzung von Holland und Belgien innig und vollständig sein, so daß beide Länder nur einen Staat bildeten" und das holländische Grundgesetz sollte durch eine Commission aus beiden Stämmen dem Gesammtreiche angepaßt werden. Dieses modificirte Grundgesetz wurde vom Clerus beanstandet, weil dasselbe alle Confessionen gleichstellte und die Schule von der Kirche trennte, um sie allein der Aufsicht des Staates zu unterwerfen. Die holländischen Generalstaaten, denen der König das Grundgesetz zuerst vorlegte, nahmen es einstimmig an, aber eine Versammlung nach Brüssel berufener belgischer Notabeln verwarf es, wobei 126 der Gegner ausdrücklich erklärten, daß ihre Abstimmung nur durch die Artikel veranlaßt sei, welche sich auf den Cultus bezögen, die gerade durch den Londoner Vertrag sanctionirt sein sollten. Der König zog die Stimmen des nicht erschienenen Sechstheils der Notabeln den bejahenden hinzu und die 126, „die verwarfen, was sie nicht verwerfen durften, von den verneinenden ab und erklärte

mit diesem Kunststück die Verfassung für angenommen. Der Erzbischof von Gent, Fürst Moritz von Broglie, der die Geistlichkeit aufforderte, den Eid auf die Verfassung zu verweigern, wurde des Hochverraths angeklagt, in seiner Abwesenheit von den Assisen zu Brüssel zur Deportation verurtheilt und das Urtheil zwischen den Urtheilen zweier gemeiner Verbrecher am Pranger angeschlagen. Die Ausführung der Verfassung indessen stieß auf keinerlei Widerstand, bei allen Ausstellungen verkannte man doch nicht die handgreifliche Verbesserung der Zustände gegenüber der Selbstherrschaft des französischen Imperators.

Zugleich suchte die Regierung durch energische Pflege der geistigen und materiellen Interessen die Zuneigung der Belgier zu gewinnen: das vor 10 Jahren (1806) durch Schimmelpenninck verbesserte Volksschulwesen ward auf das belgische Gebiet übertragen, Mittelschulen allenthalben gegründet und verbessert und die Begründung und Neu-Einrichtung von sechs vollständigen Universitäten schien fast ein zu starker Aufwand. Die Thätigkeit der Regierung für das Verkehrswesen, für Canal- und Straßenbau, für Land- und Bergbau, für Industrie und Handel war allen Theilen des Reiches mit gleicher Sorgfalt zugewendet. Die günstigen Förderungen der ganzen Zeitlage, der Friede, der eine Masse verborgener Capitalien hervorlockte, die Oeffnung der spanischen Colonieen, die Erschütterung des englischen Prohibitiv-Systems, Alles spornte die Holländer zu einer rastlosen Thätigkeit in Belebung ihres Handels und ihrer Schiffahrt, und die unter Frankreichs Herrschaft zur Arbeitsamkeit erweckten Belgier zu einer verstärkten Rührigkeit im Landbau und in der Ausnutzung ihrer Bergwerke und Steinkohlenlager. Antwerpen wurde der glückliche Nebenbuhler von Amsterdam und Rotterdam; in Gent bildete sich, bei dem steigenden Gedeihen der Bevölkerung, der Universität, der Fabriken, zugleich der Kern der treuesten Anhänger der oranischen Dynastie, da der König jede Industrie bereitwillig unterstützte und sich selbst an einer Menge Unternehmungen betheiligte. Auch in dem Zollsysteme, wo die gleichmäßige Berücksichtigung der beiderseitigen Interessen so schwierig war, bewies die Regierung den Belgiern die größte Willfährigkeit, indem sie 1816 nach langen Debatten die Freiheit der Rohproducte und der Consumtions-Gegenstände, dagegen die Besteuerung der verarbeiteten Gegenstände beschloß.

Es begann schon eine gewisse Verschmelzung beider Nationalitäten: Holländer machten sich in Belgien ansässig, namentlich gründeten viele holländische Handlungshäuser Filialen in Antwerpen wegen der Vortrefflichkeit seines Hafens für die Schiffahrt, Familien beider Nationen verschwägerten sich, die belgische Jugend lernte Holländisch, wie die holländische Französisch; dagegen gab es schon 1819 eine Faction, die von Abtrennung sprach. Auch waren zwei Charakterzüge des Königs der vereinigten Niederlande jener Verschmelzung wenig förderlich. Der eine war der Haß gegen alles Französische,

den Wilhelm I. als Prinz unter den Schicksalen seines Hauses und des holländischen Landes durch mehr als 20 Jahre eingesogen hatte und der sowohl durch die fortwährende Verbindung der halbfranzösirten Belgier, namentlich der Liberalen und Clericalen mit französischen Parteigenossen, als durch die unausgesetzten Pläne der Franzosen auf Belgien, die selbst im Ministerium Polignac alles Ernstes besprochen wurden, Nahrung erhielt. Neben dieser Abneigung gegen Franzosen und Franzosenfreunde hatte er auch noch mit alten holländischen Vorurtheilen zu ringen, Er, der eine wahre Personification des holländischen Volks-Charakters war. Zu praktisch, um die holländischen Antipathieen zu nähren, that er doch auch nichts, um die Verschmelzung auch nur in höheren Kreisen irgendwie zu fördern. Er entzweite sich vielmehr mit seinem Sohne, dem Prinzen von Oranien, wegen dessen Vorliebe für Belgien, er stieß den hochmüthigen, leicht verletzlichen belgischen Adel ab; auf guten Füßen war er nur mit den Industriellen, denn er gab sich in unköniglicher Erwerbsucht kaufmännischen und gewerblichen Speculationen hin, durch die er sich ein ungeheueres Privatvermögen erwarb, ohne daß seine Reichthümer in seinem Wesen irgend eine Liberalität entwickelt hätten. Wie alle Oranier schweigsam, verschlossen, ernst prüfend, hatte er in seinen ausgebreiteten, aber trüben Erfahrungen mit Welt und Menschen Mißtrauen gegen Andere, eigenliebiges Vertrauen auf sich selbst, allzuviel Einbildung auf seine persönliche Ueberlegenheit in sich großgezogen. Rechtschaffen und gewissenhaft, fleißig, ordnungsliebend bis zur Pedanterie, zugleich von einem fressenden Ehrgeiz getrieben, von Niemanden abhängig zu sein, wollte er Alles sehen, selbst controliren, Alles selber machen, denn er hielt sich schlechthin für unfehlbar; ihn von einer Meinung abzuleiten, ihn zum Ertragen eines Widerspruches, sei es unter vier Augen, sei es von den Abgeordneten, sei es von der Presse, zu bringen, war unmöglich. Daher schob seine autokratische Natur jedes Talent und jeden Charakter aus seiner Nähe hinweg und wählte sich nur Werkzeuge, die er brauchen, verbrauchen und wegwerfen konnte. Ein solcher war der Justiz-Minister von Maanen, der böse Dämon des Königs, der sein volles Vertrauen besaß. Das ganze Finanzwesen hatte der König in seiner alleinigen Hand. In den Generalstaaten ärgerte ihn die Opposition gegen seine Vorlagen, selbst wenn die Mehrheit für sie war. Ganz unfähig zu der leidenschaftlosen Resignation, die beiden großen Parteien in Belgien (die Liberalen und die Clericalen) ihrem eigenen Ringen zu überlassen, hätte er in einem ehrlichen Bunde mit der einen gegen die andere seine Stärke suchen müssen; da er in der Schroffheit seines Eigensinnes gegen beide angreifend und feindselig stand, lehrte er beide, was er nicht lernen wollte, sich mit einander gegen ihn zu verbinden.

Die Zerwürfnisse, welche zur Trennung der Union führten, lagen in drei Phasen der Regierungsthätigkeit: 1) in den Verhält-

nissen der materiellen Interessen, 2) der Sprache und 3) des Unterrichtswesens in Verbindung mit der Kirche. In Bezug auf die materiellen Interessen war gegen die Theilnahme an der holländischen Schuld, gegen die Wiederaufnahme ihres durch Napoleon ausgelöschten Theiles (²/₃), gegen den Finanzplan zu ihrer Regelung (Eintheilung in active und passive, d. h. aufgeschobene Schuld), gegen die (durch die außerordentlichen Ausgaben bei Rücknahme der Colonieen, für den Feldzug von 1815, für die Herstellung des neuen Vertheidigungs-Systems) gesteigerten Auflagen nirgends Widerspruch erhoben worden. Als aber die Regierung die bisher in Belgien unbekannte und die untersten Klassen am meisten drückende Mahl- und Schlachtsteuer einführte (1821), begann sogleich die systematische Opposition der Belgier in den Generalstaaten, nachdem ihnen das bestrittene Gesetz mit allen holländischen Stimmen gegen fast alle belgische Stimmen auferlegt war. Jetzt und fortan erscholl in jeder Sitzung der Ruf nach Schutzzöllen, nach einer gänzlichen Umwandlung des Zoll-Systems zu Gunsten der belgischen Interessen — also Opposition gerade auf einem Gebiete, wo man am meisten gethan hatte, um zu versöhnen. Auch blickten bereits die Redner in ihren Beschwerden weit über die vorliegenden Gegenstände auf ganz principielle Dinge und feststehende Bestimmungen der Verfassung: auf die Theilnahme an der holländischen Schuld, auf die „absurde Gleichheit der Vertretung", der man solche Maßregeln, wie die neue Steuer, zu danken habe, welche die Spaltung der Staatstheile zu verewigen drohten. Bei der Berathung über eine Personensteuer fiel schon von holländischer Seite die schnöde Herausforderung: „wenn die Abgeordneten der südlichen Provinzen äußern: wir wollen euch nicht, so werden wir antworten: wir brauchen euch nicht!"— Was die Sprachverhältnisse angeht, so war in der ersten Zeit der Restauration die Gegenkehr gegen die französische Sprache populär, da immerhin ²/₃ des Volkes einen dem holländischen verwandten Dialekt reden. Als aber durch ein königliches Edict auch in Südbrabant das Französische aufhören sollte, Amtssprache zu sein, da fand sich nicht nur die höhere französisch gebildete Gesellschaft vor den Kopf gestoßen, sondern auch das Volk, das die Veränderung sonst kaum beachtet haben würde, ward in die Empfindung der Sache hineingezogen durch Einführung des holländischen Militärcommando's und strengere Behandlung der wallonischen Militärpflichtigen. Ein verwandter Beschwerdepunkt war die höchst ungleiche Vertheilung aller höheren Stellen in Civil und Militär zwischen Belgiern und Holländern zu Gunsten der letzteren. — Wenn auch des Königs Maßnahmen für den öffentlichen Unterricht auf der besten Absicht beruhten, für eine höhere Bildung des belgischen Volkes und insbesondere der Geistlichkeit Sorge zu tragen, so erinnerten doch seine Verordnungen (vom Jahre 1825), welche das Unterrichtswesen und selbst die Bildung der jungen katholischen Geistlichen in einem zu Löwen errichteten philosophischen Seminar den Bischöfen

entzog und dem Staate unterordnete, an die ähnlichen Eingriffe Joseph's II. in die geistliche Bildung, als dieser (1786) ebenfalls in Löwen ein General-Seminar errichtete, um die bischöflichen Seminare zu beseitigen, obgleich König Wilhelm's Anstalt nur eine weltliche Vorbereitungsschule, nicht, wie die Josephinische, eine theologische Staatsanstalt war. Es schien doch zu viel, daß ein calvinischer Fürst sich sollte anmaßen dürfen, woran ein katholischer Kaiser gescheitert war, nicht allein den bürgerlichen Unterricht, sondern auch den der katholischen Geistlichen unter seine Leitung zu nehmen. Die Verordnungen wurden in den Generalstaaten durchgesetzt, da die Liberalen in denselben einen Fortschritt sahen und dem Könige ihren Bund gegen die Clericalen so gut wie förmlich antrugen. Da der König aber einen solchen Antrag nicht verstehen wollte, oder konnte, so einigten sich die Katholiken und Liberalen zu einer Verbindung gegen den König — einer Verbindung eben so „monströs", wie die der beiden Nationen. Diese „Union" wurde katholischer Seits durch einen Theil des Adels und der Geistlichkeit, liberaler Seits durch die Stimmführer der den Doctrinen eines Benjamin Constant, Royer-Collard, Guizot u. s. w. huldigenden liberalen Tagesblätter herbeigeführt.

Der König suchte nun die Clericalen zu beschwichtigen durch ein Concordat mit dem Papste Leo XII. (1827), in welchem er einwilligte, die Vorschrift des Zwangsbesuches seines philosophischen Collegiums aufzuheben, dagegen das Recht erlangte, bei allen neuen Bischofswahlen aus der ihm vorgelegten Candidatenliste die mißliebigen Namen zu streichen. Da jedoch die Ausführung des Concordates aufgeschoben wurde, so kehrten die Clericalen in ihre oppositionelle Stellung zurück und schlossen sich den Liberalen an, die den Abschluß des Concordats überhaupt mißbilligten. Die Liberalen verlangten in Massenpetitionen zu Gunsten der Katholiken Freiheit des Unterrichtes und diese zu Gunsten jener Freiheit der Presse. Zu dieser Reformbewegung hatte der wegen eines Preßprocesses verhaftete Literat de Potter von dem Gefängnisse aus aufgefordert. Seine Verurtheilung zu 18 Monaten Haft hatte einen Auflauf in Brüssel zur Folge, wobei dem verhaßten Justizminister van Maanen die Fenster eingeworfen wurden. Durch seinen Proceß an die Spitze der Opposition gestellt, trat de Potter in einer Reihe von Pamphleten als eigentlicher Agitator, als der belgische O'Connell auf, erhöhte seine Popularität bei den Massen durch die Befehdung der Mahl- und Schlachtsteuer und sprach in gefeierten Schriften, die ihn zum Abgott des Volkes machten, zu Gunsten jener Union der heterogensten Parteien, welche durch die gleichzeitige Emancipation der irischen Katholiken Selbstvertrauen gewann.

Als der König im Sommer 1829 die belgischen Städte durchreiste und überall mit großen Ehren und Freuden empfangen wurde, ließ er sich über die eigentliche Stimmung im Volke aufs neue täu-

schen; in Lüttich äußerte er, er wisse nun, was er von den angeblichen Beschwerden zu halten habe, von denen man so viel Lärm gemacht, man danke das alles den Absichten einiger Weniger, die ihre Sonder-Interessen hätten; das sei ein „infames Betragen". Das Wort wurde aufgenommen, und in Flandern, dem großen Heerde der clericalen Opposition, bildete sich ein Orden „der Infamen", dessen Mitglieder eine Medaille trugen, die ein offenes Buch darstellte, mit der Verweisung auf Artikel 151 und 161 der Verfassung und der Aufschrift: fidèles jusqu'à l'infamie. Der König sah die Nothwendigkeit ein, etwas zur Sprengung des höchst gefährlichen Bundes der Liberalen und Clericalen zu thun. In seinem unvertilgbaren Hasse gegen die Liberalen suchte er wiederum die Clericalen zu beschwichtigen, die nicht weniger begierig waren, das aufziehende demokratische Gewitter zu beschwören. Allein die Maßregeln (Besetzung von drei vacanten Bischofsitzen, die Erklärung, daß der Besuch des philosophischen Collegiums facultativ sei), welche er erst bewilligte, als die Flut der Petitionen aufs höchste gestiegen war, machten als erzwungen geringen Eindruck, und selbst dieser Eindruck wurde durch andere Bestimmungen über das Unterrichtswesen wieder zerstört.

Im December 1829 machte der König seinem Unmuthe über die erhobenen Beschwerden in den ungezwungensten Formen Luft in einer Botschaft an die versammelten Generalstaaten, welche auf alle einzelnen Gegenstände der Petitionen und Beschwerden einging und in welcher er in dem naivsten Eingeständniß seines autokratischen Systems alle Verantwortlichkeit auf sich nahm. Die Holländer mit wenigen Ausnahmen freuten sich über die Botschaft, weil sie die Belgier traf; in Belgien sah man mit dieser Acte, die man später die belgischen Juliordonnanzen und die Sturmglocke der Revolution genannt hat, das System eingezogen, welches Polignac in Frankreich vertrat. Die Presse ergoß sich in den heftigsten Ausfällen; van Maanen ward von diesem Tage an das Stichblatt der gehässigsten Anfeindungen. De Potter kündigte geradezu das Bestreben nach abgetrennter Verwaltung Belgiens an, und in den Kammer-Debatten zeigte sich immer deutlicher die Unmöglichkeit, zwei Landestheile vereinigt zu erhalten mit einer Verfassung, die von dem größeren dieser Theile verworfen worden war, und mit einer Vertretung, die den größeren Theil dem kleineren unterwarf. Der König glaubte, sobald das Budget mit genauer Noth bewilligt war, sein System mit aller Strenge durchführen zu sollen. De Potter wurde auf 8, und zwei seiner Freunde auf 7 Jahre des Landes verwiesen und der oberste Gerichtshof von Brüssel nach dem Haag verlegt (21 Juni 1830) zum großen Nachtheile der belgischen Advocaten. Noch war de Potter auf seiner Reise nach Lausanne nicht weiter als Aachen gekommen, als die Zeitungen aus Paris die Nachricht von der Juli-Revolution brachten, welche die Entzündung des in Belgien aufgehäuften Brandstoffes mit Gewißheit voraussehen ließ.

b. Trennung Belgiens von Holland 1830.

Erst vier Wochen nach der Juli-Revolution kam die lang verhaltene Aufregung in Brüssel zum Ausbruche, als am Geburtstage des Königs, 25. August, die damals noch neue Oper „die Stumme von Portici“ aufgeführt wurde, deren Gegenstand der Aufstand des Masaniello in Neapel (im Jahre 1647) bildet. Jede Stelle, die der aufgeregten Leidenschaft schmeichelte, ward von dem überfüllten Hause mit jubelndem Beifalle aufgenommen, und nach dem Schlusse der Vorstellung stürzte sich die rasende Menge nach den Wohnungen des Polizei-Directors und des Justiz-Ministers van Maanen; erstere wurde demolirt, letztere erst geplündert, dann in Brand gesteckt. Am 26. August bildete sich eine Nationalgarde, welche die Anarchie niederhielt; doch am Nachmittage wurde schon über dem Rathhause die schwarzrothgelbe Fahne von Brabant aufgepflanzt, als das erste Zeichen des Strebens nach Unabhängigkeit. Während eine Deputation der vornehmsten Einwohner Brüssels nach dem Haag reiste, um den König mündlich zu ersuchen, den Belgiern die längst gewünschten Concessionen (Entfernung van Maanen's, ein besseres Wahlsystem, Geschwornengerichte, wie zur französischen Zeit, Verantwortlichkeit der Minister, Amnestie für die politisch Verurtheilten) zu gewähren, ahmte ganz Belgien das Beispiel der Hauptstadt nach: allenthalben, besonders in den wallonischen Provinzen, stand das Volk auf, die Arbeiter zerstörten (namentlich in Verviers) die Maschinen, verbrannten die Häuser der verhaßten holländischen Beamten und zogen nach Brüssel, um den Sieg der Revolution entscheiden zu helfen. Der König wollte nicht furchtsam erscheinen und wies die Forderungen der Deputation zurück. Zugleich sendete er seine beiden Söhne nach Belgien: der ältere, Wilhelm von Oranien, sollte mit seiner bekannten Popularität den Weg der Unterhandlungen und Versprechungen versuchen, der jüngere aber, Prinz Friedrich, bei Vilvorde möglichst viele Truppen zusammenziehen. Der Prinz von Oranien wurde zwar von der Nationalgarde freundlich aufgenommen, aber seine Proclamation von dem mißtrauenden Pöbel verbrannt. Diese bedenkliche Lage bestimmte ihn, am 3. September eine legislative und administrative Trennung Belgiens von Holland anzubieten, so daß beide Länder ihre besonderen Kammern und jedes ein eigenes Ministerium haben und nur durch Personal-Union derselben Dynastie angehören sollte. Der König, ohne sich damit einverstanden zu erklären, berief die Generalstaaten nach dem Haag auf den 13. September; die Thronrede berührte zwar den eigentlichen Zweck der Einberufung der Kammern, die Berathung über die Trennung Belgiens von Holland, stellte sie aber nicht als eine unvermeidlich gewordene Nothwendigkeit dar. Diese Unentschiedenheit der Thronrede und der schwerfällige Gang der Verhandlungen erzeugten neues Mißtrauen, und die Belgier glaubten vom Prinzen

von Oranien nur getäuscht worden zu sein. Da es der bewaffneten Bürgerschaft in Brüssel an einem festen und entschlossenen Führer fehlte, so bemächtigten sich die (zum Theil aus Frankreich herbeigeeilten) Demagogen und der Pöbel einen Augenblick des Regiments, entwaffneten die Nationalgarde, setzten die Behörden ab und ernannten eine provisorische Regierung (20. September), an deren Spitze der noch in Paris weilende de Potter treten sollte. Prinz Friedrich, dessen Hauptquartier sich in Antwerpen befand, wurde durch geheime Botschafter von der besitzenden Klasse zum Einrücken in die der Anarchie Preis gegebene Hauptstadt aufgefordert. Anstatt aber die Wiederherstellung der inneren Ruhe in Brüssel als Zweck seines Einzuges anzugeben, drohte er in einem Aufrufe von Antwerpen aus (21. September) den Anstiftern der ganzen Bewegung mit gesetzlicher Ahndung und befahl die brabantischen Farben abzulegen. Diese Maßregel hatte keine andere Wirkung, als daß sich alle Fractionen der Revolution zu gemeinschaftlichem Widerstande gegen die drohende Reaction vereinigten.

Als Prinz Friedrich, unter Niederwerfung der ihm kühn entgegentretenden Freischaaren, mit 6000—7000 Mann in Brüssel einzog (23. Sept.), rechnete er noch auf die Unterstützung oder wenigstens auf die Neutralität eines Theiles der Bevölkerung. Aber alle Parteien und Klassen nahmen an dem erbitterten Straßenkampfe Theil, welcher bis zum 26. September mit abwechselndem Glücke fortdauerte und mit dem Rückzuge der erschöpften holländischen Truppen endete. In denselben und den nächstfolgenden Tagen wurden auch aus beinahe allen anderen belgischen Städten die holländischen Besatzungen vertrieben, welche bald (Mitte October) nur noch Antwerpen in ihrer Gewalt behielten.

Erst nach dem Rückzuge der Truppen aus Brüssel bewilligten die Generalstaaten die legislative und administrative Trennung Belgiens von Holland (29. Sept.). Aber es war zu spät! Die siegestrunkenen Belgier nahmen keine Bedingungen mehr an. De Potter war in Brüssel angelangt und hatte sich an die Spitze der provisorischen Regierung gestellt, welche sofort (5. October) die Unabhängigkeit Belgiens proclamirte, eine Commission zur Ausarbeitung einer Verfassung einsetzte und die Wahlen zu einem Nationalcongresse in Brüssel ausschrieb. Vergebens erließ der Prinz von Oranien eine zweimalige Proclamation, worin er die Miene annahm, als wolle er sich selbst „an die Spitze der Bewegung stellen" und gegen den Willen seines Vaters die belgische Revolution durchführen. Diese Kundgebung verdächtigte nur seinen Charakter, denn er war entweder ein ungehorsamer Sohn und Rebell, oder er handelte im geheimen Einverständnisse mit seinem Vater. Die provisorische Regierung erklärte ihm, er habe sich aller Einmischung in die belgischen Angelegenheiten zu enthalten, worauf er nach dem Haag zurückkehrte. Auch in Antwerpen zogen belgische Truppen ein und die

holländische Besatzung unter General Chassé behauptete sich nur in der sehr festen Citadelle, erwiderte aber einen Angriff der Belgier gegen dieselbe mit einer siebenstündigen ununterbrochenen Kanonade aus 300 Schlünden (26. October). Das Feuer wurde von einer im Hafen liegenden holländischen Flotille unterstützt und hauptsächlich gegen die großen Waaren-Magazine an der Schelde gerichtet, woher der Verdacht entstand, es sei hier Handelseifersucht im Spiele gewesen.

Um diese Zeit nahm auch die Diplomatie die belgische Sache in die Hand und die, zum Theil anderweitig vielfach beschäftigten Großmächte erklärten sich bereit, Belgiens Unabhängigkeit unter der Bedingung anzuerkennen und zu garantiren, daß es weder an Frankreich fallen noch eine Republik werden dürfe. In London wurde am 4. November ein Minister-Congreß eröffnet unter Talleyrand's Leitung, welcher gleich in seinem ersten Protokolle die Holländer und Belgier zu einem Waffenstillstande verpflichtete.

Die Wahlen zum Nationalcongresse fielen durch den Einfluß der Clericalen, obgleich im Sinne nationaler Unabhängigkeit, doch so conservativ aus, daß de Potter selbst nicht gewählt wurde. Als Präsident der noch bestehenden provisorischen Regierung eröffnete er den Congreß (10. November) mit einer Rede, trat dann aber ab und wurde von der Volksgunst gänzlich verlassen. Präsident des Congresses ward Surlet de Chokier, der letzte Sprosse einer alten Lütticher Adelsfamilie, der, wie die Mehrheit, welche ihn gewählt, mit dem Londoner Minister-Congresse Hand in Hand gehen zu müssen glaubte. Am 18. November sprach der Brüsseler Congreß die Unabhängigkeit Belgiens „unbeschadet der Verhältnisse Luxemburgs zum deutschen Bunde" aus; bei der Abstimmung über die Regierungsform stimmten, mit Rücksicht auf die Absichten der Großmächte, 174 Mitglieder des Congresses für die constitutionelle Monarchie und nur 13 für die Republik. Am 24. November entschied der Congreß die Ausschließung des Hauses Oranien vom belgischen Throne und am 16. December genehmigte er den von London aus vorgeschriebenen Waffenstillstand, worauf die Großmächte die Unabhängigkeit Belgiens anerkannten — ein Sieg des revolutionären Princips über das auf den vorhergegangenen europäischen Congressen so unbedingt festgehaltene Princip der Legitimität. Neue Protokolle aus London bestimmten für Holland die Grenzen vom Jahre 1790, gaben ihm aber Luxemburg dazu und verpflichteten Belgien, einen Theil der holländischen Schuld zu übernehmen. Da aber der Brüsseler Nationalcongreß sich weigerte, Luxemburg heraus zu geben, so räumten die Holländer auch nicht die Citadelle von Antwerpen und der holländische Lieutenant van Speyk sprengte sich mit seinem Kanonenboote auf der Schelde in die Luft, als es zufällig den Belgiern so nahe gekommen war, daß er es nicht retten konnte.

Die belgische Verfassung mit einem Könige und zwei Kammern (der Senatoren und der Repräsentanten) ward am 7. Februar

1831 vom Nationalcongresse einstimmig angenommen und deren Beschwörung dem künftigen Monarchen zur Pflicht gemacht. Diesen Monarchen zu finden, war nun die nächste und die schwierigere Aufgabe. Die provisorische Regierung, an deren Spitze Charles Rogier stand, hatte schon im October 1830 eines ihrer Mitglieder (Gendebien) nach Paris geschickt, um bei Ludwig Philipp anzufragen, ob sein zweiter Sohn, der Herzog von Nemours, die Krone annehmen werde. Der König der Franzosen, welcher einsah, daß die übrigen Mächte eine solche Erweiterung des französischen Einflusses nicht zugeben würden, hatte ablehnend geantwortet. Ein Theil des Congresses wünschte den Herzog von Leuchtenberg, Sohn des ehemaligen Vicekönigs von Italien, von dem man wußte, daß er eine auf ihn fallende Wahl annehmen werde. Aber als einen Napoleoniden würde ihn Frankreich nie geduldet haben, und Ludwig Philipp machte dem Congresse die vertrauliche Mittheilung, er sei der Wahl seines zweiten Sohnes nicht mehr entgegen. Diese erfolgte am 3. Februar mit einer Stimme Majorität, doch Ludwig Philipp, der eigentlich nur die Wahl des Herzogs von Leuchtenberg hatte hintertreiben wollen, lehnte abermals die belgische Krone für seinen Sohn ab. Auf Veranlassung des englischen Cabinettes nahm nun der Congreß den Prinzen Leopold von Sachsen-Coburg, Schwiegersohn Königs Georg IV. von England, in Aussicht, der erst eben die Krone des neuen Königreiches Griechenland abgelehnt hatte. Er war durch seine Schwester, die verwittwete Herzogin von Kent, der Oheim der Prinzessin Victoria, der muthmaßlichen Erbin des britischen Reiches. Eine nach London gesandte Deputation ward am 22. April von dem Prinzen freundlich empfangen, erhielt aber den Bescheid, daß von seiner Annahme der Krone nicht die Rede sein könne, bevor eine Festsetzung der Grenzen zwischen Belgien und Holland vereinbart sei. Dies war aber ohne Abtretung von Theilen der Provinzen Limburg und Luxemburg, die sich am Aufstande aufs thätigste betheiligt hatten, nicht möglich, und eine solche von Seiten der Regierung dem Congresse vorzuschlagen, schien schlechterdings unthunlich. Lord Palmerston hatte der Deputation die Annahme des auch von Frankreich angenommenen Londoner Protokolls vom 20. Januar, nach welchem Luxemburg und der größte Theil Limburgs an Holland zurückzugeben sei, empfohlen, aber eine pecuniäre Abfindung in Aussicht gestellt. Nach sehr stürmischen Debatten wählte der Congreß am 4. Juni den Prinzen Leopold zum erblichen Könige der Belgier mit 152 gegen 44 Stimmen (von den letzteren enthielten sich 19 der Wahl überhaupt). Zwei Deputationen gingen nach London: die eine, um dem Prinzen seine Erwählung mitzutheilen, die andere, um mit der Conferenz die Grenzregelung und überhaupt die europäische Stellung des Königreiches festzusetzen. An der letzteren, schwierigeren Mission betheiligte sich Nothomb,*) der die

*) Ueber diese Verhandlungen s. *Nothomb*, essai sur la révolution belge.

gründlichsten historischen Studien über die Grenzverhältnisse der österreichischen zu den vereinigten Niederlanden, wie sie 1790 bestanden, gemacht hatte. Er legte der Conferenz einen Theilungsentwurf vor, der so geeignet befunden wurde, daß die Conferenz ihn mit geringen Abänderungen annahm und in 18 Artikeln redigirte. Prinz Leopold erklärte unter der Bedingung, daß der Congreß die 18 Artikel genehmige, die ihm angebotene Krone annehmen zu wollen. Rogier's Freund, der Minister Lebeau, befürwortete im Congresse die Annahme der 18 Artikel mit fester Haltung, während der Sitzungssaal von tobenden Volksmassen umlagert war, aus denen der Ruf: „Lebeau à la lanterne!" erscholl. Am 9. Juli beschloß der Congreß die Annahme der 18 Artikel, und Lebeau ward zum Mitgliede der Deputation ernannt, welche den Prinzen als König in sein neues Vaterland führte. Am 21. Juli hielt der Erwählte der Nation seinen feierlichen Einzug in Brüssel und beschwor die belgische Verfassung.

Kaum hatte der König sein Ministerium gebildet und seine Rundreise durch das Reich angetreten, als er in Lüttich (2. August) mit der Nachricht überrascht wurde, daß der Commandant der Citadelle von Antwerpen, General Chassé, den Waffenstillstand gekündigt und die Erneuerung der Feindseligkeiten angekündigt habe. Sofort suchte er die Intervention Englands und Frankreichs nach und begab sich selbst nach Antwerpen, um die nöthigen Vertheidigungs-Maßregeln gegen die von zwei Seiten her in Belgien einfallende holländische Armee zu treffen. Allein ein bei Hasselt stehendes, von dem (schwerlich verrätherischen) General Daine befehligtes, wenig disciplinirtes belgisches Armee-Corps ward geschlagen und ergriff schnell die Flucht nach Lüttich. Hollands Hauptmacht unter dem Prinzen von Oranien drang nach Löwen vor, siegte mit Leichtigkeit über das meistens aus Bürgergarden und Freiwilligen bestehende belgische Corps und zwang den von Antwerpen herbeigeeilten König, sich so schnell als möglich nach Mecheln zurückzuziehen. Da aber ein französisches Heer (40,000 Mann) von Maubeuge herbeieilte und England die holländischen Küsten bedrohte, so ertheilte König Wilhelm seinem siegreichen Sohne plötzlich den Befehl, die Feindseligkeiten einzustellen und sich zurück zu ziehen.

Nach diesem „Feldzuge von 10 Tagen" (2.—11. August) führten neue Unterhandlungen mit der Londoner Conferenz die Ersetzung der 18 Artikel durch 24 andere (15. October 1831) herbei, die Belgien sehr harte Bedingungen auferlegten: Abtretung von Territorien und Belastung des Staates mit übermäßigen, drückenden pecuniären Leistungen (jährlich 8,400,000 Gulden) auf alle Zeiten. Zwar wurde durch Nothomb's Einfluß das neue Protokoll von beiden Kammern angenommen, allein da König Wilhelm I. dessen Unterzeichnung verweigerte, Lord Palmerston aber auf die Beendigung der unerquicklichen holländischen Frage drang, so mußten nochmals die Waffen entscheiden. Der abermalige Einmarsch einer französischen Armee in Belgien und die Blocade der holländischen Häfen durch englische

Schiffe wurde zugesagt, falls am 15. November die holländische Besatzung aus Antwerpens Citadelle nicht abgezogen sei. Da dies nicht geschah, so zog General Gérard mit einem Heere vor Antwerpen und nöthigte den General Chassé zur Capitulation, s. S. 145. Das Ministerium (Goblet, Lebeau, Rogier), welches auf Dank rechnen zu dürfen glaubte, wurde in der zweiten Kammer mit großer Heftigkeit angegriffen, als habe es die Verfassung verletzt, welche den Einmarsch fremder Truppen nur mit Bewilligung der Kammern gestatte. Zweimal bot das Ministerium seine Entlassung an, aber da es dem Könige nicht gelang, ein anderes zu bilden, so löste er die Kammer auf — die einzige Auflösung aus politischen Gründen während seiner ganzen Regierung. Mit richtigem Blicke erkannte der König die einzige Möglichkeit, den in den 24 Artikeln Belgien auferlegten schweren Lasten momentan zu entgehen und später vielleicht eine Verminderung derselben zu erlangen, in einem Provisorium, zu dem es auch an formeller Berechtigung für Belgien nicht fehlte, so lange der König von Holland die Uebergabe der die Schelde beherrschenden Forts Lillo und Liefkenshoek verweigerte. Nach langen Unterhandlungen ward am 21. Mai 1833 von den holländischen Gesandten mit England und Frankreich der Vertrag eines immerwährenden Waffenstillstandes abgeschlossen und von Leopold I. genehmigt. So trat eine längere Waffenruhe ein, welche der junge Staat zum innern Ausbaue seiner Verfassung benutzte, s. S. 189. Erst im Jahre 1838 erklärte sich König Wilhelm bereit, die 24 Artikel zu unterzeichnen und verlangte nun die Herausgabe der Holland zugewiesenen, noch im Besitze Belgiens befindlichen Landestheile der Provinzen Limburg und Luxemburg, so wie die Uebernahme der den belgischen Staat mit einer Rente von 8,400,000 Gulden belastenden Schuld. Man hatte hier gehofft, der bisherige Zustand werde unverändert fortbestehen und der Besitz der Territorien durch Verjährung definitiv werden. Deßhalb begannen in der zweiten Kammer abermals die heftigsten Stürme; man fand es grausam, eine durchaus belgisch gesinnte Bevölkerung von 380,000 Seelen den Holländern zu überantworten. Lebeau übernahm zum zweiten Male die gefährliche Rolle, die Kammer zu bewegen, zu einem Abschlusse mit Holland ihre Zustimmung zu geben. Inzwischen hatte die Londoner Conferenz durch ein Schluß-Protokoll vom 22. Januar 1839 die pecuniären Leistungen an Holland auf fünf Mill. Gulden jährlich ermäßigt und das Land von jeder Verpflichtung zu Rückstandszahlungen entbunden; so erfolgte denn die Genehmigung des Vertrages durch beide Kammern im März 1839, und Belgien trat in die Reihe der definitiv constituirten Staaten Europa's. *)

---

*) Die diplomatischen Verhandlungen zum Theile nach *Th. Juste*, les fondateurs de la monarchie Belge, 1865, und nach W. A. Arendt, das Königthum in Belgien 1856.

17. Leopold I., König der Belgier 1831 (—1865).

(Nach Rudolf Gottschall, Unsere Zeit, deutsche Revue der Gegenwart, W. A. Arendt, belgische Zustände und desselben Verfassers das Königthum in Belgien, bearbeitet vom Herausgeber.)

König Leopold, der jüngere Sprosse eines kleinen deutschen Fürstenhauses, schien dazu berufen, als Gemahl der englischen Thronerbin in Großbritannien dieselbe Rolle zu spielen, welche sein Neffe zwanzig Jahre später als Prinz-Gemahl der Königin Victoria so glänzend ausfüllte. Nachdem er seine Staatsklugheit dadurch bekundet hatte, daß er die Königskrone Griechenlands ablehnte, welche für den König Otto zur Dornenkrone wurde, war er während einer mehr als 34jährigen Regierung in Belgien das Muster eines constitutionellen Monarchen und lieferte durch sein Beispiel den Beweis dafür, daß die königliche Würde und die Freiheit eines Volks recht gut neben einander bestehen können. Er verstand das herzogliche Haus Sachsen-Coburg-Gotha zu einem der beneidetsten Fürstenhäuser Europa's zu machen, indem sich in Folge seiner Einwirkung die Thronerbinnen Großbritanniens, Portugals und Brasiliens mit Prinzen dieses Hauses vermählten. Ueberdies hat er 34 Jahre lang im Stillen und öffentlich eine höchst einflußreiche und wohlthätige Einwirkung auf die Geschicke unseres Erdtheils ausgeübt.

Leopold, Georg, Christian, Friedrich, das sechste Kind des Herzogs Franz von Sachsen-Coburg-Saalfeld von dessen zweiter Gemahlin, der Prinzessin Auguste von Reuß-Ebersdorf, wurde am 16. December 1790 geboren. Den Namen Leopold erhielt er zu Ehren seines Taufzeugen, des Kaisers Leopold II., der am 30. September 1790 als Kaiser des heiligen römischen Reichs gekrönt worden war. Als seine dritte Schwester Gemahlin des Großfürsten Konstantin von Rußland ward, schrieb die Kaiserin Katharina II., deren Tod in demselben Jahre (1796) erfolgte, eigenhändig den fünfjährigen Prinzen Leopold als Cadetten in die Listen des Garde-Cuirassier-Regiments ein, dessen Uniform er später als russischer General stets getragen hat. So kam Prinz Leopold in russische Kriegsdienste, während von seinen älteren Brüdern der eine im österreichischen, der andere in preußischen Diensten stand. Er gewann das Vertrauen des ihm verschwägerten Kaisers Alexander I. so schnell, daß er bereits 1808 als russischer General den Kaiser zu dem von Napoleon veranstalteten Fürsten-Congreß in Erfurt begleitete. Im Jahre 1810 mußte er, als Bruder eines deutschen Rheinbundsfürsten, auf Napoleon's Befehl den russischen Dienst verlassen. Er begab sich nach Paris, wo er nach Napoleon's Aussprüchen für einen der schönsten jungen Männer galt. Dort soll er auch in nahe freundschaftliche Beziehung

zur Königin Hortense getreten sein. Der Prinz kehrte bald nach Coburg zurück, wo er seinem Bruder, dem regierenden Herzog, in den Regierungs-Geschäften beistand und 1811 einen Grenz-Vertrag mit Baiern zum Abschluß brachte. Außerdem suchte er durch wissenschaftliche Studien und Reisen seine Bildung zu vervollkommnen. Kaum war im Jahre 1812 in den Schneefeldern Rußlands das französische Heer vernichtet und die Russen in Polen eingerückt, als Prinz Leopold im Frühjahr 1813 dahin eilte, den Befehl über seine Cuirassier-Brigade wieder übernahm und sich an der Spitze derselben in den Schlachten bei Lützen, Bautzen, Kulm, Leipzig durch seine Klugheit und Unerschrockenheit auszeichnete. Namentlich trug er bei Kulm sehr wesentlich zur Niederlage des Generals Vandamme bei, wofür ihm der St.-Georgs- und der Maria-Theresia-Orden verliehen wurde. Im Jahre 1814 gab er in den Gefechten bei Brienne, Arcis-sur-Aube, La Frère-Champenoise neue Beweise der Tapferkeit, zog mit den Verbündeten in Paris ein und begleitete dann nach dem abgeschlossenen Frieden den Kaiser Alexander an den englischen Hof. Bei dieser Gelegenheit lernte er die einzige Tochter des Prinz-Regenten, des nachmaligen Königs Georg IV., kennen, auf welche der schöne Prinz einen solchen Eindruck machte, daß sie die Hand des für sie bestimmten Prinzen von Oranien ausschlug und ihrem Vater erklärte, sie werde nur dem Prinzen Leopold ihre Hand reichen. Es war ein eigenthümliches Geschick, daß der König von Holland 1831 an denselben Prinzen Belgien verlor, der ihm 16 Jahre früher seine Braut abwendig gemacht hatte, denn der Prinzessin Auguste Charlotte gelang es, die Einwilligung ihres Vaters zu ihrer Vermählung mit dem Prinzen Leopold zu erlangen. Durch eine Parlamentsacte vom 27. März 1816 wurde er naturalisirt und ihm außer der Domaine Claremont ein jährliches Einkommen von 50,000 Pfd. St. bewilligt. Der Prinz-Regent ernannte ihn zum Herzog von Kendal, als welcher er englischer Peer wurde und Sitz und Stimme im Oberhause erhielt, zum Mitgliede des Geheimraths und zum Feldmarschall. Am 2. Mai fand die Vermählung in Carlton House Statt. Die Ehe war leider nur von kurzer Dauer, denn am 6. Nov. 1817 wurde die Prinzessin Mutter eines todt geborenen Knaben, welchem sie einige Stunden später nachstarb. Die Sympathieen ganz Englands folgten dem Prinzen nach Claremont, wo er nunmehr seinen dauernden Wohnsitz nahm und in der Einsamkeit und den Studien Trost suchte. Der Prinz-Regent gab ihm neue Beweise seines Wohlwollens dadurch, daß er ihn zum königlichen Prinzen ernannte und ihm die Erlaubniß ertheilte, sich des englischen Wappens zu bedienen. Kurze Zeit nachher vereinigten neue Bande ihn noch enger mit der königlichen englischen Familie, denn eine seiner Schwestern vermählte sich 1818 mit dem Herzog von Kent, deren einziges Kind, die am 24. Mai 1819 geborene Prinzessin Victoria, seit dem 20. Juni 1837 Königin von Großbritannien und Irland ist.

Der Prinz Leopold, der sich ganz den englischen Charakter aneignete, gewann sich durch sein tactvolles Benehmen, seine stets ehrenwerthe Haltung und den verständigen und edeln Gebrauch, welchen er von seinem reichen Einkommen machte, in immer höherem Grade die Liebe und Achtung des englischen Volkes, deren er sich auch sein ganzes Leben hindurch erfreut hat. Nachdem er mehr als 12 Jahre zurückgezogen gelebt, kam die Zeit, wo er im politischen Leben eine Rolle übernehmen sollte. Die drei Schutzmächte Griechenlands, England, Frankreich und Rußland, boten ihm die Krone des neuen Königreiches Griechenland an. Leopold nahm dieses Anerbieten nicht sofort an, sondern erklärte, vor Allem müsse er sich über die Stimmung der Gemüther in Griechenland genau unterrichten und sich davon überzeugen, daß seine Wahl der Nation willkommen sei. Doch selbst dann erscheine ihm die Annahme des Antrags nur möglich, wenn die europäische Conferenz einwillige, die Grenzen Griechenlands durch Akarnanien, durch einen Theil Aetoliens und die Insel Candia so zu erweitern, daß es sich aus eigenen Kräften der Pforte gegenüber halten könne; wenn dem neuen Königreiche die ihm in der ersten Zeit unentbehrliche Finanzhülfe zu Theil werde und die Bürgschaft einer bewaffneten Besatzung, um im Stande zu sein, einen etwaigen fremden Angriff zurückzuschlagen. Die Conferenz glaubte diese Forderungen, so berechtigt sie auch waren, nicht bewilligen zu können, und da sich der Prinz überdies durch persönlich eingezogene Erkundigungen davon überzeugt hatte, daß seine Wahl nicht einem nationalen Wunsche entgegenkomme, den er mit vollem Recht für die Annahme der Krone als unumgänglich nothwendig erachtete, so lehnte er am 21. Mai 1830 die hohe Mission ab, welche die Schutzmächte ihm anvertraut hatten.

Die Gelegenheit, ihn für so viel Seelengröße zu belohnen, bot sich bald dar. Ein paar Monate später brach die Juli-Revolution aus, in deren Folge Belgien, das seit drei Jahrhunderten erst zu Spanien, dann zu Oesterreich, später zu Frankreich und seit 1810 zu Holland gehört hatte, seine Unabhängigkeit wiedererlangte und sich nun einen König suchte, der in den Augen Europa's eine wirksame Bürgschaft für die neue Ordnung der Dinge und dessen persönlicher Einfluß bedeutend genug wäre, um die Schwierigkeiten auszugleichen und die Gefahren aller Art zu vermeiden, die nach einer Revolution stets auftauchen. Einer so schwierigen Aufgabe schien nur der Prinz Leopold von Sachsen-Coburg gewachsen. Seine Erhebung auf den belgischen Thron, sein persönlicher Antheil an dem Kampfe für die Unabhängigkeit des Landes und an den diplomatischen Verhandlungen, um dieselbe zu sichern, ist bereits (Nr. 16) dargestellt worden. Die großen Schwierigkeiten, welche der König fand, die öffentliche Meinung für die Abtretung der Territorien zu stimmen und die Annahme der 24 Artikel in ihrer schließlichen Modification zu ermöglichen, überwand er zuletzt, indem er das rechte

Maß im Nachgeben und im Widerstande mit dem unentbehrlichsten aller Talente des rechten Staatsmannes vereinigte, nämlich mit der Gabe, durch schnellen und sichern Ueberblick das Mögliche zu erkennen und es mit unbeirrter Festigkeit durchzuführen.

Während des Provisoriums (1833—1839) und der dadurch gesicherten Waffenruhe begannen Regierung und Kammern den Ausbau der Verfassung zu vollenden durch eine Reihe organischer Gesetze, für welche die Constitution nur die allgemeinen Gesichtspunkte und die maßgebenden Principien aufgestellt hatte. Bei diesen Berathungen trat der bisher weniger sichtbare Antagonismus der liberalen und katholischen Partei (aus deren Union seit 1829 ja der belgische Staat hervorgegangen war) entschiedener hervor und zeigte sich zunächst bei der Organisation des öffentlichen Unterrichtes, wofür das Ministerium Lebeau-Rogier (1833—1834), wie man es gewöhnlich nannte, eine theilweise aus sog. katholischen Elementen gebildete Commission, mit Gerlache und de Theux an der Spitze, ernannte. Diese Commission entwarf 1834 ein Gesetz über den Universitäts-Unterricht und die Staats-Prüfungen, welches auf eine für die freie Behandlung der Wissenschaft hinderliche Weise durch die damals von der katholischen Partei beherrschte zweite Kammer modificirt und von dem Ministerium de Theux angenommen und als Gesetz publicirt wurde. Doch bewegte sich der Gegensatz der Parteien Anfangs mehrere Jahre vorzugsweise um die Frage des größeren und geringeren Maßes von Demokratie, das in den verschiedenen Abstufungen der Regierungsgewalt herzustellen sei. Die Parteien, obgleich sich äußerlich nach Liberalen und Katholiken spaltend, waren dieser Frage gegenüber doch keineswegs so geschieden, wie sie es nach 1841 wurden. Zwei Systeme standen einander gegenüber. Das eine wollte das Recht auf Autonomie der einzelnen politischen Körperschaften, dem Staate gegenüber, bis zu den letzten Grenzen durchgeführt wissen, und kam so zu Folgerungen und praktischen Anwendungen, welche die Centralgewalt höchst wesentlicher Attribute beraubt haben würden, und, den allgemeinen Verband lockernd, aus dem belgischen Staate einen Bund fast souverainer Provinzen, und aus jeder Provinz ein Agglomerat fast souverainer Gemeinden gemacht hätten. Das andere System wollte die von der Verfassung den einzelnen Elementen des Staates gewährten Rechte und Freiheiten streng geachtet und aufrecht erhalten sehen, daneben aber eine in den gesetzlichen Grenzen starke, zusammenhaltende Centralgewalt herstellen. Die Anhänger beider Systeme gruppirten sich keineswegs ausschließlich nach den Parteien. Unter den Katholiken gab es eine Fraction, welche sich auf das entschiedenste dem System der möglichen Demokratisirung aller innern Staatseinrichtungen zuwandte, während die damals sehr einflußreiche Fraction der liberalen Doctrinaire eben so entschieden das zweite System vertheidigte. Der Kampf beider Ansichten wurde am heftigsten bei der Berathung der organi-

schen Gesetze über Provincial- und Gemeinde-Verfassung, da die Ultras beider Parteien den Provincial- und städtischen Behörden fast souveraine Befugnisse wollten zugetheilt wissen, welche die Rechte der Centralgewalt bis zur Ohnmacht herabgedrückt hätten. Der Kampf dauerte zwei Sessionen hindurch. Das Communalgesetz, dessen Berathung 1834 begonnen war, wurde erst 1836 promulgirt. Die schwierige Angelegenheit ward durch eine Transaction beendet, welche die Hoheits- und Aufsichtsrechte der Krone wahrte, ohne daß die altherkömmliche Selbständigkeit der Provinzen und Gemeinden in Verwaltungssachen verkümmert wurde. Das reiche und volle Leben, welches sich seitdem auf diesem Gebiete entfaltet hat, beweist, daß die Lösung eine glückliche war. Dabei haben die Parteien sowohl im Ganzen, als ihre vorzüglichsten Leiter ohne Ausnahme stets die entschiedensten royalistischen Gesinnungen an den Tag gelegt. Denn der König hat gegen eine jede derselben immer die vollkommenste Gerechtigkeit geübt und ohne irgend einen Rückhalt ihr alle Mittel gegeben, das Regiment zu führen, die sie innerhalb der verfassungsmäßigen Grenzen zu verlangen berechtigt war. So konnte sich jedes System frei entfalten. Was die innere Regierung Leopold's am wesentlichsten charakterisirt, das ist eben seine absolute Verfassungstreue in allen Lagen und Verhältnissen. In keinem Staate des europäischen Continents ist wohl die Constitution so ohne allen Rückhalt, ohne alles Deuteln an ihrem echten Sinn und Geist, ohne allen Versuch, sie zu umgehen oder im überwiegenden Interesse der Krone auszubeuten, in ihrem ganzen Umfange und mit allen ihren Consequenzen eine „Wahrheit" geworden wie in Belgien.

Die katholische Partei regierte das Land zunächst sechs Jahre lang (1834—1840) und zeigte bald das Streben, ihre Herrschaft zu benutzen, um die alten Zustände Belgiens vor Joseph II. herzustellen, so weit dies überhaupt möglich war. Als im Jahre 1840 de Theux (wegen Wiedereinsetzung des 1831 als Rebellen verurtheilten Generals van der Smissen) sich ein Tadels-Votum der Kammer zugezogen hatte und deßhalb zurücktrat, folgte wieder ein entschieden liberales Ministerium Lebeau-Rogier (1840—1841) und da die clericale Partei in der ersten Kammer (Senat) vorherrschend war, so geschah, was noch niemals vorgekommen: der Senat richtete (März 1841) eine Adresse an den König, welche um Modification des Ministeriums, d. h. um die Entfernung Lebeau's und Rogier's, bat. Damit war die 1829 geschlossene Union der Katholiken und Liberalen zu Ende; die katholischen Ultras traten in den Schooß der großen conservativen Partei zurück, von der sie sich eine Zeit lang abgezweigt hatten; die Doctrinaire dagegen constituirten sich als Kern der liberalen Partei und eröffneten unter dieser Fahne einen viel entschiedenern Kampf gegen die Katholiken, dessen eigentliches Ziel weniger die im Wesentlichen vollendete innere Organisation, als die Herrschaft war. So begann die Aera eines leidenschaftlichen, auf gegenseitige

Vernichtung zielenden Kampfes der Parteien, der bis in die neueste Zeit mit steigender Erbitterung fortgedauert hat.

Das Ministerium Lebeau verlangte nach jenem Antrage des Senates die Erneuerung beider Häuser und ward, da es diese nicht erreichte, durch ein sog. gemischtes Ministerium ersetzt, zuerst mit Nothomb (1841—1845), dann mit (dem späteren Gesandten in England) van de Weyer (1845—1846) an der Spitze. Nothomb verfeindete sich durch sein feines Schaukel-System zwischen beiden Parteien mit jeder derselben. Nach einem abermaligen Ministerium de Theux (1846—1847), welches schon in den nächsten Wahlen unterlag, bildete Rogier wieder ein rein liberales Ministerium (1847 bis 1852), welches in den allgemeinen Erschütterungen des Jahres 1848 die Unabhängigkeit des Landes rettete. Nach verschiedenen Versuchen mit gemischten Ministerien kam ein gemäßigtes clericales mit zwei ausgezeichneten Männern, Graf Charles Vilain XIV. und Peter de Decker (1855—1857), ans Ruder, welches mit dem Versuche, durch ein sog. Wohlthätigkeitsgesetz allen Mönchs- und Nonnen-Congregationen Corporationsrechte zu verschaffen, sich selbst stürzte (1857) und damit der Herrschaft der clericalen Partei bis auf den heutigen Tag ein Ende machte, wiewohl diese seitdem alle Mittel aufbot, wieder an die Spitze der Regierung zu kommen, so im Jahre 1864 zu dem, durch das Nichterscheinen der ihr angehörenden Mitglieder in den Kammer-Sitzungen die Verhandlungen und Beschlußnahmen der ihr verhaßten liberalen Majorität unmöglich zu machen, welche Maßregel durch das vollzählige Erscheinen der liberalen Mitglieder, selbst kranker, vereitelt wurde.

Die fortwährende äußere und innere Ruhe seit dem Eintreten des Provisoriums mit dem Jahre 1833 benutzte die Regierung nicht nur, um die Organisation der politischen Institutionen zu vollenden (s. S. 189), sondern auch, um die reichen Keime materieller Entwickelung, die das Land enthält, in den mannichfachen Zweigen seines Handels und Gewerbfleißes mit regem Eifer zu pflegen und demselben einen umfassenden Antheil an dem industriellen Aufschwunge zu verschaffen, der um diese Zeit in Deutschland, Frankreich, England in so großartiger Weise sich zeigte. Die Vereinigung mit Holland hatte Belgien einen ausgedehnten Absatz auf reichen Märkten eröffnet, der jetzt in Folge der gewaltsamen Trennung stockte. Daher war es die Aufgabe der Regierung, auf neue Mittel und Wege zu denken, um dem bereits eingetretenen Stillstande in mehreren der wichtigsten Industriezweige abzuhelfen. Um die natürliche Lage des Landes als eines Entrepots des Handels, welchen Deutschland mit den überseeischen Ländern treibt, zu benutzen und Holland in der Vermittelung zwischen Deutschland und dem Meere eine Concurrenz zu bieten, wurde schon im April 1834 der Bau einer Eisenbahn von Antwerpen bis zur preußischen Grenze beschlossen und sofort in Angriff genommen. König Leopold erkannte zuerst die Wichtigkeit

des großen Unternehmens in ihrem ganzen Umfange, und von einsichtsvollen Männern (Rogier, Lebeau, Rothomb) unterstützt, wußte er das Werk, ungeachtet aller Hindernisse, die sich demselben, wie jedem Unternehmen neuer Art, entgegenstellten, durchzuführen.

So hat Belgien Europa das einzige Schauspiel eines Staates gegeben, der aus erschütternden politischen Convulsionen hervorgegangen, mit Mißtrauen von den Meisten, von Einigen mit Geringschätzung angesehen, durch den gemäßigten Gebrauch großer Freiheiten, strengste Achtung der Gesetze, unermüdliche Thätigkeit auf allen Gebieten der Arbeit, durch ein in Folge von allem dem allenthalben verbreitetes Gefühl des Wohlseins, durch seine bewunderungswürdige Haltung inmitten der schweren, über Europa einherziehenden Krisis vom Jahre 1848, die Anerkennung, die man ihm versagte, im reichsten Maße und mit dem vollgültigsten Rechte erworben hat. Wie verschieden ist in dieser Beziehung der Gang, den Belgien genommen, von demjenigen, den das benachbarte Frankreich, von demselben Punkte ausgehend und nach demselben Ziele, der Befestigung einer neuen Ordnung der Dinge strebend, eingehalten hat! Während hier, sobald die ersten Wirren der Umwälzung vorüber waren, Alles in feste Gleise einzulenken, die errungene Unabhängigkeit zu sichern sich bemühte, während Regierung, Kammern und Volk mit vereinten Kräften an der Organisation des jungen Staates arbeiteten und die Parteien ihre Meinungsverschiedenheiten, ihre Wünsche und Bestrebungen dem höheren Interesse des allgemeinen Wohls zum Opfer brachten, herrschte dort fortwährend gährende Aufregung, welche die gewonnenen Resultate immer von Neuem wieder in Frage stellte, immer neuen Kampf hervorrief, und jeder Förderung des öffentlichen Wohls, jeder Sicherung des allgemeinen Friedens unaufhörlich hemmend in den Weg trat. Während hier Ruhe und öffentliche Ordnung von Tag zu Tag fester sich begründeten, der hart darniederliegende Handel von Neuem sich erhob, die an ihren innersten Lebenspulsen getroffene Industrie durch weise combinirte und glücklich ausgeführte Unternehmungen, durch unaufhörliches Ringen mit der Ungunst der Verhältnisse, endlich den Sieg über alle Hindernisse davon trug und glänzender als zuvor aus den Ruinen erstand, — durchzog dort der Aufruhr die Straßen, gefährdete Leben und Eigenthum der Bürger, trennte der Kampf der Parteien die Gemüther und rief Reactionen hervor, die den Staat bis in seine innersten Grundlagen erschütterten und seine Zukunft auf lange Zeit hin ungewiß und drohend erscheinen ließen. In Belgien umgab den Monarchen, den das Land sich gewählt, bald die Liebe seiner Bürger, ihre Anhänglichkeit an ihn wuchs in dem Grade, wie sein Eifer für das öffentliche Wohl, seine Weisheit, seine reife politische Erfahrung unter den schwierigsten Verhältnissen sich bewährten. Alle Classen des Volkes gaben ihm die unzweideutigsten Beweise ihrer treuen und dankbaren Ergebenheit. In Frankreich lohnte die blinde Wuth

der Revolutionäre, die um eine Chimäre zu realisiren, das Heil Aller, die Ruhe Europa's aufs Spiel zu setzen nicht anstand, dem Fürsten, der mit edler Selbstverläugnung an dem Wohle seines Volkes arbeitete, mit Mordanschlägen auf sein dem Vaterlande geweihtes Leben und stürzte zuletzt (1848) den kaum einiger Maßen befestigten Thron abermals, um Europa von Neuem den Beweis zu liefern, wie wenig ihr Ideal in Frankreich für die Dauer zu erhalten ist.

Aber auch außerhalb der rein belgischen Angelegenheiten fand die politische Wirksamkeit König Leopold's einen entsprechenden Schauplatz in der Betheiligung bei den meisten der großen Fragen, die seit 1840 unter den Cabinetten Europa's verhandelt wurden. Seine persönlichen Verbindungen mit den Souverainen, die hohe Achtung, das unbedingte Vertrauen, welches sein Charakter, sein Urtheil, seine gerechte, in der Regierung des eigenen Landes so glänzend bethätigte Weisheit den Cabinetten einflößte, wurden Veranlassung, daß er mehr als einmal auf das erfolgreichste zur friedlichen Lösung schwieriger und verwickelter Situationen mitwirken konnte. Die Verwickelungen, welche die orientalische Frage im Jahre 1840 herbeiführte, boten eine willkommene Gelegenheit zu dieser vermittelnden Thätigkeit. Von Anfang der Krisis an waren alle seine Bemühungen darauf gerichtet, den tiefen Riß zu heilen, den die Convention vom 15. Juli in die Beziehungen Frankreichs zu den Mächten gebracht hatte. Mit unermüdlichem Eifer benutzte er seine nahen Beziehungen zum Könige Ludwig Philipp, das große Ansehen und Vertrauen, dessen er zu allen Zeiten bei den englischen Staatsmännern genoß, die Ueberzeugung, die man in Wien von seiner Unparteilichkeit, der Richtigkeit seines Blicks und seiner tiefen Kenntniß der Verhältnisse hatte, um die streitenden Parteien zu nähern und die Grundlagen einer Ausgleichung zu finden, die kein wesentliches Interesse eines der Betheiligten verletzte, und es einem jeden von ihnen möglich machte, einen ehrenvollen Ausgang aus der gefährlichen Situation, in der Alle waren, zu finden. Daß eine friedliche Lösung endlich zu Stande kam, daran hatte König Leopold einen Hauptantheil.

Am glänzendsten bewährte sich dieses allgemeine Vertrauen während der durch die Katastrophen des Jahres 1848 geschaffenen Situationen. Die neuere Geschichte hat nicht viele Beispiele aufzuweisen, daß die Leiter der politischen Geschicke Europa's einem unter ihnen eine solche Anerkennung seiner Weisheit, seines überlegenen Blicks und seiner Erfahrung, ein solches Vertrauen in seinen Charakter, eine solche Beeiferung seiner Rathschläge theilhaftig zu werden, gezeigt hätten, als dies in jener Zeit von allen Seiten, selbst den entgegengesetztesten her, dem Könige Leopold zu Theil wurde.

---

18. Die revolutionären Bewegungen in Deutschland.

(Nach Eduard Arnd, Geschichte der letzten 40 Jahre.)

Die Juli-Revolution ist auch für Deutschland ein erfolgreiches Ereigniß gewesen, obgleich sie mehr auf den Umschwung der Ideen als auf die realen Zustände gewirkt hat. In letzter Beziehung hat sie nur für einige deutsche Staaten zweiten und dritten Ranges eine unmittelbare Bedeutung gehabt.

Der Herzog Friedrich Wilhelm von Braunschweig, welcher am 16. Juni 1815 in der Schlacht von Quatre Bras fiel, hatte zwei minderjährige Söhne, Karl und Wilhelm, zurückgelassen, von denen der ältere ihm in der Regierung zu folgen bestimmt war. Der damalige Prinz-Regent von England, nachmalige König Georg IV., hatte, als Haupt des guelfischen Hauses, die Vormundschaft über die beiden Prinzen und die einstweilige Regierung des Herzogthums Braunschweig übernommen. Wegen gewisser übler Seiten im Charakter des Herzogs Karl, die früh hervortraten, wie Hang zur Willkür, Leichtsinn und Gleichgültigkeit gegen die Meinung Anderer, hatte man ihm erst, als eine längere Verzögerung nicht mehr möglich war, die Regierung seines Landes übergeben, und auch dann nur unter der Bedingung, an den bestehenden Einrichtungen während der ersten Jahre keine Abänderung treffen zu wollen. Er aber legte in allen seinen Handlungen einen Hang zu Ungerechtigkeit und Willkür dar. Er erhöhte die Steuern ohne Zustimmung der verfassungsmäßigen Stände, die er gar nicht einberief, stieß die Erkenntnisse der Gerichte um, hielt beliebig die Besoldungen ihm mißfälliger Beamten zurück und bot die Staatsgüter zum Verkaufe aus. Die auf diese Art gewonnenen Gelder verwandte er zu seinen besonderen Zwecken. Besonders verfolgte er die während seiner Minderjährigkeit mit den inneren Landesangelegenheiten beauftragt gewesenen höheren Beamten. Der hannöver'sche Minister, Graf von Münster, der an der Spitze der vormundschaftlichen Regierung gestanden, ward von ihm sogar zum Zweikampfe herausgefordert. So brachte er zuletzt alle Klassen seiner Unterthanen gegen sich auf.

Im Jahre 1830 hatte er eine Reise nach Paris unternommen, war dort von der Juli-Revolution überrascht worden und hatte sich zum Theil zu Fuß über die französische Grenze gerettet. Aber nach Braunschweig zurückgekehrt, setzte er seine Willkürherrschaft in noch erhöhter Weise fort. Er tadelte an Karl X. nur den Mangel an kräftigeren Zwangsmaßregeln, und erklärte, daß er in ähnlichem Falle anders handeln würde. Da er keine Eigenschaften besaß, die seinen Mängeln einiger Maßen das Gleichgewicht hätten halten können, und selbst sein Militär von ihm zurückgesetzt und verletzt worden, so brach zuletzt ein Volksaufstand gegen ihn aus, wobei sein Schloß in

Feuer aufging, und er, von aller Welt verlassen, zur Flucht gezwungen wurde (7. September 1830). In London, wohin er sich um Hülfe gewandt, ward er zurückgewiesen. Er begab sich nach Frankfurt a. M., von wo aus er den Bewohnern des Herzogthums, wenn sie unter seine Herrschaft zurückkehren wollten, Abstellung aller Beschwerden, eine Volksvertretung nach Kopfzahl, Geschwornengerichte, fast gänzliche Steuerfreiheit u. s. w. versprach. Aber Niemand traute diesen Verheißungen. Sein jüngerer Bruder, Herzog Wilhelm, war gleich nach dem Ausbruche der Unruhen in Braunschweig eingetroffen und hatte vorläufig die Regierung übernommen. Am 2. December (1830) erließ die deutsche Bundesversammlung einen Beschluß, vermöge dessen der Herzog Karl für unfähig zur Ausübung seiner Regierungsrechte erklärt und deren Führung seinem Bruder Wilhelm übertragen wurde. Eine von ihm ernannte Commission arbeitete eine Verfassung aus, welche von den früheren Ständen berathen, dann der nach den neuen Bestimmungen gewählten Ständeversammlung vorgelegt, von ihr angenommen und am 12. October 1832 unter dem Namen einer neuen Landschaftsordnung als das Grundgesetz des Landes bekannt gemacht wurde.

In Kurhessen war ebenfalls seit langer Zeit eine allgemeine Unzufriedenheit vorhanden. Der Kurfürst Wilhelm I., der gern nicht nur alle Einrichtungen, sondern auch alle Erinnerungen an die französische Herrschaft mit einem Federzuge ausgelöscht hätte, war 1821 gestorben. Das Volk hatte die willkürliche Regierung dieses Fürsten als einen vorübergehenden Uebelstand angesehen und von seinem Sohne durchgreifende Verbesserungen gehofft. Aber die Last der Steuern wurde unter ihm vermehrt, und die öffentliche Einnahme von ihm beliebig verwandt. Ohne irgend eine Nothwendigkeit, einzig zu seinem Vergnügen, hielt er eine größere Kriegsmacht, als es seine Stellung als deutscher Bundesfürst verlangte. Die polizeiliche Bevormundung und Unterdrückung ward auf das höchste gesteigert und ein förmliches Spähersystem über das ganze Land verbreitet. Während seine Gemahlin, eine Schwester Königs Friedrich Wilhelm III., von ihm gänzlich vernachlässigt wurde, lebte er öffentlich mit einer Geliebten, der er den Titel Gräfin von Reichenbach verschafft hatte, die auf die Regierung verderblich einwirkte. Unter solchen Umständen mußte die in Paris ausgebrochene und in Brüssel fortgesetzte Bewegung in Kurhessen einen Wiederhall finden. Die ersten Unruhen in Cassel kamen von einer Brodtheuerung her (6. September). Das Volk beschuldigte die Regierung des Einverständnisses mit den Bäckern und der Theilnahme an deren Gewinn. Aber bald nahm die Unzufriedenheit einen politischen Charakter an. Eine neue und zeitgemäße Verfassung ward verlangt. Die Casseler Bürgerschaft begann sich zu bewaffnen, und die Aufregung theilte sich bald dem ganzen Lande mit. Der Kurfürst ward zu dem Versprechen, die Landstände einzuberufen, genöthigt, was er nie gethan hatte. Schon am Ende

des Jahres war ein neues Verfassungswerk vollendet, das, im Vergleiche zu den früheren Zuständen, für einen bedeutenden Fortschritt gelten konnte. Am 5. Januar (1831) ward von Wilhelm II. die Verfassungs-Urkunde unterzeichnet. Aber der Kurfürst konnte sich an die Beschränkung seiner Gewalt und die neue Ordnung der Dinge nicht gewöhnen. Er verließ seine Hauptstadt, wo ihm der Aufenthalt verleidet worden, begab sich nach Hanau und von da nach Frankfurt a. M., um mit der Gräfin von Reichenbach ungestört zusammen sein zu können. Da er von einem fremden Gebiete aus sein Land nicht regieren durfte, so ernannte er (September 1831) seinen Sohn, den Kurprinzen Friedrich Wilhelm, zum Mitregenten, der von jetzt an die Regierungsgeschäfte allein besorgte.

Im Königreich Sachsen war es nicht, wie in Braunschweig und Kurhessen, Unzufriedenheit mit der Persönlichkeit, den Sitten und der Lebensweise des Souverains, was den Ausbruch einer politischen Bewegung beschleunigte. Das Privatleben des sächsischen Königshauses konnte für musterhaft gelten. Dort riefen allein die schlechten öffentlichen Zustände den Widerstand hervor. Die Städte standen unter sich selbst ergänzenden Magistraten, die nach oben hin eine sehr unvollständige, nach unten hin gar keine Rechenschaft ablegten. Die Besitzer der sogenannten Rittergüter, meist aus Adeligen bestehend, besaßen Vorrechte, welche das Landvolk in der tiefsten Abhängigkeit von ihnen erhielten. Die Polizei übte gegen die unteren Klassen eine grenzenlose Willkür aus. Die nicht bloß gegen Tagesblätter, sondern auch gegen Literaturwerke ausgeübte strenge Censur beeinträchtigte den Leipziger Buchhandel, eine der vornehmsten Erwerbsquellen des Landes. Die hohen Abgaben bei Einführung von Rohstoffen hinderten den Aufschwung der Industrie. Die Last der Steuern drückte um so mehr, da sie ungleich vertheilt und vorzugsweise dem Mittelstande aufgebürdet waren, der von dem letzten großen Kriege am meisten gelitten hatte. Die Unzufriedenheit mit den bestehenden Einrichtungen war allmählich, mit Ausnahme der privilegirten Klassen, allgemein geworden.

Nachdem ein Tumult in Leipzig vorhergegangen, nahm die Bewegung in Dresden alsbald einen politischen Charakter an. Es ward eine Bürgergarde errichtet, welche den Ausschweifungen des Pöbels ein Ende machte, aber auch die bestimmte Absicht an den Tag legte, die Abstellung der vielen Uebelstände, die Einführung einer zeitgemäßen Verfassung, Umgestaltung des Gemeindewesens, Preßfreiheit u. s. w. durchzusetzen. Bald folgte das ganze Land dem von Leipzig und Dresden gegebenen Beispiele. Die bewaffnete Macht hatte in Sachsen, wie in Kurhessen, der Volkserhebung nicht widerstehen können. Die Polizei war alsbald überwältigt worden und das Militär ohne Nachdruck eingeschritten. Der Hof erschrak. Der erste Minister, Graf Einsiedel, wurde entlassen und in seine Stelle ein durch Freisinnigkeit und Befähigung ausgezeichneter Mann, der

Geheimerath von Lindenau, an die Spitze der Geschäfte gestellt. Prinz Maximilian, Bruder des kinderlosen hochbetagten Königs Anton, hatte den nächsten Anspruch auf die sächsische Krone, entsagte derselben aber zu Gunsten seines ältesten Sohnes, des Prinzen Friedrich August, der bei dem Volke beliebt war und von seinem königlichen Oheim zum Mitregenten angenommen wurde. Die alten Landstände traten im März 1831 zum letzten Male zusammen, und zwar um eine neue Verfassung zu berathen, die im September vollendet und von dem Könige und dem Mitregenten angenommen und vollzogen wurde. Diese Verfassung ward von der Regierung im Wesentlichen treu beobachtet, obgleich im Laufe der Zeit zu wenig an ihren weiteren Ausbau gedacht wurde. Sie genügte indessen damals dem sächsischen Volke, und sollte erst lange nachher von einem über ganz Deutschland hereinbrechenden Sturme erschüttert werden.

Im Königreich Hannover gab es der Mißbräuche und der Veranlassungen zu Unzufriedenheit und zu Wunsch nach Verbesserung eben so viele wie in Sachsen und Kurhessen. Es bestand dort zwar eine Verfassung, welche seit 1819 in Wirksamkeit geblieben war, aber sie schien einzig zur Erhaltung der Vorrechte des Adels bestimmt zu sein. Der Landmann war nach der Auflösung des Königreichs Westfalen wieder unter die Abhängigkeit von den Gutsherren gerathen. Die Abgaben waren von 1814 an unaufhörlich gestiegen, die Städte verarmten, das Volk rechnete so wenig auf Abhülfe seiner Nothstände durch die Kammern, daß ihm die Wahl der Abgeordneten ganz gleichgültig geworden. In mehreren Städten waren schon im September, wegen Theuerung der Lebensmittel und Druckes der Steuern, unruhige Auftritte vorgefallen, die jedoch nicht um sich gegriffen hatten. Die lange im Stillen wirkende Gährung kam endlich in Göttingen zum Ausbruche. Einige Privatdocenten an der dortigen Universität und einige Advocaten, Doctor von Rauschenplatt und Advocat Seidenstücker an der Spitze, rissen die mit der Verwaltung der Gemeindeangelegenheiten unzufriedene Bürgerschaft zu einer allgemeinen Bewaffnung, zur Absetzung des Polizei-Directors und Gemeinderathes und Unterzeichnung einer Adresse fort, in welcher Abstellung der Beschwerden und Ertheilung einer freien Verfassung verlangt wurde. Aber es gelang der hannöver'schen Regierung, diese Bewegung im Entstehen zu ersticken. Ein ansehnliches Truppen-Corps, mit Reiterei und Geschütz versehen, wurde in aller Eile gegen Göttingen aufgeboten. Die Bürgerschaft schien Anfangs zum Widerstande entschlossen. Aber die Drohung, die Universität, die einzige Nahrungsquelle der Stadt, anderswohin zu verlegen, schüchterte die Bevölkerung ein. Am 16. Januar zog der General von dem Busch mit seinen Truppen in Göttingen ein. Die früheren Behörden wurden wieder eingesetzt, die unterbrochenen Vorlesungen an der Universität wieder eröffnet, und Alles kehrte zu der gewohnten Ordnung zurück. Dieses Ereigniß war indessen immer bedeutend genug gewesen, um die han-

növer'sche Regierung von der Nothwendigkeit einiger Verbesserungen zu überzeugen. Aber das Volk wollte sich nicht mehr mit partiellen Reformen abfinden lassen. Fast alle größeren Ortschaften des Landes sandten Petitionen an den König Wilhelm IV., die auf eine Verbesserung der Verfassung und eine wahre Volksvertretung drangen. Eine Commission, zu welcher der Geschichtschreiber Dahlmann gehörte, erhielt den Auftrag, den Entwurf zu einem Staatsgrundgesetz zu entwerfen. Am 30. Mai 1832 trat eine neue Ständeversammlung zusammen, welcher der Commissions-Entwurf vorgelegt wurde. Die erste Kammer und die in ihr vertretene Adelspartei widerstrebte, so viel sie vermochte, jeder Erweiterung der Volksrechte. Erst im künftigen Jahre wurde die neue Verfassung, nachdem sie die königliche Bestätigung erhalten, bekannt gemacht und eingeführt.

In den süddeutschen constitutionellen Staaten, in Baiern, Württemberg, Baden, Hessen-Darmstadt und Nassau, fiel keine gewaltsame Unterbrechung in den bestehenden Verhältnissen vor. Nur in Rheinbaiern erhob sich eine demokratische Bewegung, die zwar zu keiner bewaffneten Empörung führte, deren Ziel aber mit den deutschen Zuständen unvereinbar war.

Die Verbindung mit einer Großmacht hätte vielleicht allmählich, wie man dies bis auf einen gewissen Grad in der preußischen Rheinprovinz gesehen, eine Annäherung zwischen den rheinländischen und den übrigen deutschen Elementen hervorbringen können. Aber Altbaiern mit seinen fränkischen und schwäbischen Zusätzen besaß nicht genug Anziehungskraft, um ein so fernes und verschiedenes Land, wie den Rheinkreis, innerlich an sich fesseln zu können. Dieser hatte sich nie an das baierische Militär- und Beamtenwesen gewöhnen können, welches ihm als ein Werkzeug der Unterdrückung galt. Im Besitze der gesetzlichen Gleichheit und freier Gemeindeeinrichtungen war ihm die baierische Verfassung als keine Wohlthat erschienen.

Am 24. Mai 1832, dem Jahrestage der baierischen Verfassung, wurde auf dem Bergschlosse Hambach, bei Neustadt an der Hardt, eine große Volksversammlung abgehalten. Die Republikanisirung und Einheit Deutschlands, die Volks-Souverainetät als leitender Grundsatz bei der Constituirung der Staaten, wurden von den Rednern mächtig hervorgehoben. Es fehlte manchen unter ihnen, namentlich dem Dr. Wirth, nicht an Kraft der Gedanken und Begeisterung des Ausdruckes, aber an allen Mitteln, nicht nur die gehegten Absichten zur Ausführung zu bringen, sondern sich auch nur vor den Verfolgungen der deutschen Regierungen zu schützen, von denen gar nicht vorauszusetzen war, daß sie der Verbreitung solcher Grundsätze gelassen zusehen würden. Daher bedurfte es weder österreichischer noch preußischer Hülfe, um der Bewegung im Rheinkreise Einhalt zu thun. Die baierische Regierung sandte den Feldmarschall Fürsten Wrede mit einigen Truppen und außerordentlichen Voll-

machten in jene Provinz, wo sich alsbald Alles ohne Widerstand unterwarf.

Die Reaction benutzte die Uebertreibungen und Verirrungen der demokratischen Partei, um neue Ausnahmezustände für Deutschland zu schaffen und jede freie Regung im Keime zu ersticken. Am 28. Juni und 5. Juli 1832 erließ die Bundesversammlung eine Reihe von Beschlüssen, von denen einige nur eine Wiederholung des 1819 in Karlsbad und 1820 in Wien Geschehenen waren. Neu war die Erklärung, daß die Ständeversammlungen in keinem Falle das Recht in Anspruch nehmen dürften, die Steuern zu verweigern, wodurch die Regierungen thatsächlich unumschränkt wurden.

Der Professor Welcker, Abgeordneter der Universität Freiburg am badischen Landtage, hatte den Antrag gestellt, daß, um die Organisation des deutschen Bundes zu vervollständigen, eine deutsche National-Repräsentation geschaffen werden solle — ein Gedanke, der schon auf dem Wiener Congresse hervorgetreten —, bestehend aus Mitgliedern der deutschen Ständeversammlungen und zur Mitwirkung und Entscheidung über alle ganz Deutschland betreffenden Angelegenheiten berechtigt. Diese Volksvertretung wäre zur Bundesversammlung in die Stellung gekommen, welche in den constitutionellen deutschen Staaten die Wahlkammer zur Erbkammer einnimmt. Das monarchische Princip wäre dadurch nicht gefährdet worden, indem die Bundesversammlung, welche die Regierungen vertrat, immer Mittel genug besessen hätte, etwaigen Ueberschreitungen der Volkskammer Grenzen zu setzen. Dieser Gedanke ward aber von der Reaction als revolutionär verschrieen; die zweite badische Kammer wagte es nicht, Welcker's Antrag zu erörtern, der aber großen Anklang in der öffentlichen Meinung fand und dessen Grundgedanke viele Jahre nachher (1848), unter ganz anderen Umständen, aber eben so erfolglos erneuert werden sollte.

Die Reaction hatte in Deutschland abermals einen großen Sieg davon getragen. Die von der Bundesversammlung gefaßten Beschlüsse wurden überall zur Ausführung gebracht. Baden ward, obgleich erst nach einigem Sträuben, gezwungen, das eben erst erlassene Preßgesetz zurückzunehmen und die Censur für alle Druckschriften unter zwanzig Bogen wiederherzustellen. Rotteck und Welcker, welche, als Schriftsteller und Redner, eine weit über die Grenzen ihres engeren Vaterlandes hinausgehende Bedeutung besaßen, wurden ihrer Professuren enthoben, und die Universität Freiburg, an welcher beide gewirkt, für eine Zeit lang geschlossen. Der Bundestag verbot nach und nach alle Zeitschriften, welche liberalen Principien huldigten, und verordnete zugleich, daß die Redacteure derselben während fünf Jahre kein anderes Blatt herausgeben durften. Indessen ließen sich die Ständeversammlungen in mehreren Ländern, ungeachtet der auf ihnen lastenden Beschränkungen, nicht abhalten, gegen die Bundesbeschlüsse von 1832, als die innere Unabhängigkeit der Staaten

verletzend, Verwahrung einzulegen. Es geschah dies nicht nur in Baden, Württemberg, Hessen-Darmstadt, sondern selbst in Kurhessen, wo der Minister Hassenpflug schon damals einen großen Druck ausübte, und auch in Sachsen und Hannover, wo die Formen des Repräsentativstaates noch neu waren.

Der immer fühlbarer werdende Druck der Reaction und das verführerische Beispiel, welches Ausbrüche politischer Gährung in Frankreich, Spanien, Italien, Belgien und Polen, ungeachtet ihres häufig unglücklichen Ausganges, aufgestellt, veranlaßte eine Anzahl meist junger Männer, welche mit dem wahren Stande der Dinge wenig bekannt waren, zu einem bestimmten revolutionären Unternehmen zusammen zu treten, um dadurch dem Volke den Anstoß zu einer entscheidenden Erhebung zu geben. Frankfurt am Main war, da die radicale Partei dort Anhang besaß und es daselbst nur eine schwache Besatzung gab, zum Mittelpuncte der Verschwörung ausersehen worden. Die Verschworenen hofften, daß der Angriff auf Frankfurt, wo sie eine provisorische Regierung errichten, die Bundesversammlung aus einander sprengen und sich der Bundescasse bemächtigen wollten, die Losung zu einer allgemeinen Schilderhebung in Süd- und Westdeutschland geben würde.

Am 3. April 1833 Abends um halb 10 Uhr wurden von den Verschworenen, die nicht über 70 Mann stark waren, die Hauptwache und die Constabler-Wache, unter Anführung des Doctors Gürth und des von den Göttinger Unruhen her bekannten Doctor von Rauschenplatt, angegriffen. Die Aufforderung an das begegnende Volk zum Anschlusse blieb ohne Wirkung; die Verschworenen wurden zerstreut, und diejenigen, welche sich nicht schleunigst auf die Flucht begaben, gefangen genommen und einem außerordentlichen Gerichte übergeben. Man setzte, wie 1819 in Mainz, so jetzt in Frankfurt a. M. eine Central-Untersuchungs-Commission gegen die demagogischen Umtriebe nieder. Nach und nach wurden in den verschiedenen Bundesstaaten an 1800 Personen wegen politischer Vergehen oder verdächtiger Meinungen eingezogen, und manche unter ihnen während der Untersuchung grausam behandelt und dadurch zu Selbstmord oder Wahnsinn getrieben. Die Ueberführten wurden zu mehr oder weniger langer Einkerkerung verurtheilt; die eigentlichen Leiter der Verschwörungen und geheimen Gesellschaften hatten sich, wie fast immer, der Verhaftung zu entziehen gewußt, und fast nur untergeordnete Theilnehmer waren in die Hände der Gerichte gefallen.

Im Sommer 1833 kamen die Minister von Oesterreich, Preußen und Rußland in Töplitz zusammen, um sich über die gegen den deutschen Liberalismus zu nehmenden Maßregeln zu verständigen, und im Herbst fand in München-Grätz, ebenfalls in Böhmen gelegen, eine Besprechung zwischen den Monarchen der drei genannten Länder Statt, wo über die Stellung der nordischen Mächte gegen die Revolution überhaupt und gegen Frankreich insbesondere berathen wurde. Die

aus diesen sechsmonatlichen Verhandlungen hervorgegangenen Beschlüsse waren, theils Früheres bestätigend, theils Neues festsetzend, im Wesentlichen folgende: in allen deutschen Bundesstaaten bleibt die oberste Gewalt ungetheilt in der Person des Regenten vereinigt, welcher nur bei einzelnen Regierungshandlungen an die Mitwirkung der ständischen Versammlungen gebunden ist. — Die Stände dürfen die Bewilligung der Steuern nicht an Bedingungen knüpfen, nicht bestimmte Summen für vorkommende Ausgabeposten festsetzen, sondern können das Budget nur im Allgemeinen aufstellen. In keinem Falle können der Regierung die Mittel zur Erfüllung ihrer Bundespflichten verweigert werden. — Die Stände dürfen nicht über die Gültigkeit der Bundesbeschlüsse berathen oder sie gar verwerfen. — Alle Verordnungen der Regierung haben für die Unterthanen verbindliche Kraft und hangen weder von der Einsprache der Gerichte noch der Anerkennung der Stände ab. Um die unter solchen Umständen einzig möglichen Streitigkeiten, welche zwischen den Regierungen und Ständen sich erheben konnten, nämlich über den Betrag der Steuern, zu schlichten, so weit diese rein innere Ausgaben zum Zwecke hatten, ward ein Schiedsgericht eingesetzt. Dieses sollte aus 34 von sämmtlichen Bundesregierungen ernannten Mitgliedern bestehen. Da die 34 von den Regierungen, ohne Zuziehung der Stände, eingesetzt wurden, welche ersteren, wie sich von selbst versteht, nur ihre erklärten Anhänger zu einer solchen Stellung beriefen, so mußte es diesem Schiedsgerichte an der nöthigen Unabhängigkeit seiner Mitglieder fehlen. Die beschränkenden Preßgesetze wurden noch verschärft, und unter Anderem festgesetzt, daß auch die Mittheilung der ständischen Verhandlungen und der Geschwornengerichte der Censur unterliegen sollte. Diese Bestimmungen wurden von der Bundesversammlung angenommen und auf sechs Jahre hinaus für alle Bundesstaaten verbindlich erklärt. Die Beschlüsse der Wiener Conferenz vollendeten die Maßregeln der Reaction, welche auf dem Minister-Congreß in Karlsbad (1819) begonnen hatten.

Eine neue Bewegung verursachte der hannöver'sche Verfassungsstreit. Wilhelm IV. von England, der zugleich über Hannover herrschte, war am 20. Juni 1837 gestorben. Da in den Stammlanden des guelfischen Hauses das salische Gesetz galt, so ward Hannover von Großbritannien, wo die Krone an eine Frau fiel, getrennt, und Ernst August, Herzog von Cumberland, ein Sohn Georg's III. und Oheim der Königin Victoria, bestieg den hannöver'schen Thron. Dieser war in England nicht nur, wie sein Bruder Georg IV., unvolksthümlich, sondern sogar verhaßt. Er war einer der Führer des Torysmus im Oberhause gewesen und darüber mit seinen Brüdern Clarence und Sussex oft in Streit gerathen. Aber selbst die Tories waren dem Herzoge von Cumberland nie recht hold gewesen, da sie in ihm mehr einen Absolutisten als Aristokraten sehen wollten. Obgleich er sich in seiner Jugend, während

des Krieges gegen die französische Republik, durch persönliche Tapferkeit hervorgethan hatte, so waren doch von der ihm feindlichen Presse äußerst nachtheilige Gerüchte über sein Privatleben in Umlauf gesetzt und von dem Publicum geglaubt worden. Am 28. Juni (1837) hielt der König Ernst August seinen Einzug in seiner Residenzstadt Hannover. Schon am 3. Juli erklärte er, daß er die bestehende Verfassung nicht anerkenne, weil sie ohne seine, des damaligen Thronerben, Zustimmung zu Stande gekommen, er also an dieselbe nicht gebunden sei, und daß er sie für das Wohl seiner Unterthanen nicht für zuträglich halte. Die wahre Ursache aber, warum der bisherige Herzog von Cumberland das Werk seines Vorgängers beseitigen wollte, war die Bestimmung der Verfassung von 1833, welche die Domainen für Staatsgut erklärt und dafür eine Civilliste eingeführt hatte. Ernst August fürchtete dadurch seine Einkünfte geschmälert zu sehen. Die im Vergleiche zu den Ausgaben seines Ranges geringe Dotation, welche ihm als englischem Prinzen ausgesetzt gewesen, hatte ihn in Schulden gestürzt. Diese sollten von dem Ertrage der hannöver'schen Domainen gedeckt werden.

Als der König den Huldigungseid verlangte, verweigerten ihn manche Beamte, andere leisteten ihn nur mit ausdrücklicher Hinweisung auf das Grundgesetz, oder reichten freiwillig ihre Entlassung ein. Sieben ausgezeichnete Professoren der Göttinger Universität: Jakob und Wilhelm Grimm, Dahlmann, Gervinus, Ewald, Albrecht und Weber, verweigerten die verlangte Huldigung, indem sie sich durch ihren auf die Verfassung von 1833 abgelegten Eid für gebunden erklärten. Sie wurden ihrer Stellen entsetzt, und Jakob Grimm, Dahlmann und Gervinus mußten außerdem binnen drei Tagen das Land verlassen. Einer im Februar 1838 mit großer Mühe vollzählig gemachten Ständeversammlung ward der Entwurf zu einer neuen Verfassung vorgelegt, nach welchem die Krone so gut wie unumschränkt gewesen wäre. Die Steuern sollten von der Volksvertretung nie verweigert werden dürfen, die Verhandlungen geheim, die Minister unverantwortlich sein. Die Stände lehnten diesen Entwurf ab, beschlossen eine Eingabe an den Bundestag um Schutz für die Verfassung von 1833, und wurden auf unbestimmte Zeit vertagt. Erst die Ständeversammlung von 1840 nahm den Entwurf der Regierung mit einigen Abänderungen an. Der König hatte jedoch im Wesentlichen seine Absichten, den eigenthümlichen Besitz der Domainen und die Beschränkung der Volksrechte, erreicht. Der Bundestag wies die Klage der hannöver'schen Stände mit neun gegen sieben Stimmen ab. Er hatte sich früher eben so gegen die kurhessische Ständeversammlung, gegen die holsteinischen Prälaten und Ritter, gegen die westfälischen Domainenkäufer u. s. w. verhalten.

---

19. Die politischen und religiösen Kämpfe in der Schweiz.

(Nach Wolfgang Menzel, Geschichte der letzten 40 Jahre, zum Theile bearbeitet vom Herausgeber.)

Die Schweiz war, ohne ihr eigenes Verdienst, durch die Gnade des Wiener Congresses aus den europäischen Stürmen 1815 größer hervorgegangen, als sie vordem gewesen war. Sie hatte zu Napoleon gehalten, sie wollte den siegreichen Allirten sogar noch den Durchmarsch verwehren, und doch, anstatt bestraft zu werden, wurde sie belohnt. Man erweiterte ihre Grenzen und machte sie stärker, um an ihr künftig ein Bollwerk mehr gegen Frankreich zu haben. Deßhalb wurden Genf, Wallis, Graubündten, Tessin und Neuenburg mit der alten Eidgenossenschaft, wie sie vor 1798 bestanden, vereinigt. Eine ewige Neutralität wurde ihr von allen Nachbarn zugestanden. Der Friede goß seine Segnungen über sie aus.

Und doch war die Schweiz nicht zufrieden. Auch sie hatte, wenigstens zum Theil, eine Restauration erlebt. Das wiederhergestellte Patricier-Regiment machte sich in mehreren Cantonen aufs äußerste verhaßt, die Zollgrenzen zwischen den einzelnen Cantonen hemmten die freie Entwicklung der Industrie und des Handels. Unmerklich bildete sich gegen die bestehenden Regierungen eine Opposition, die hauptsächlich von dem unberechtigten und zurückgesetzten Talent, von den Universitäten und Schulen und von den Fabriken ausging, im Gegensatze gegen die berechtigten und alleinherrschenden Familien und gegen den Grundbesitz. Auch die fremden Flüchtlinge, die in der Schweiz Gastfreundschaft genossen, trugen dazu bei, die liberale Opposition gegen die Aristokratie zu nähren.

Die Revolution war lange vorbereitet und wartete nicht einmal auf die in Paris, denn schon am 21. April 1830 wurde die Oligarchie im Canton Tessin gestürzt und die Regierung demokratisirt. Die Züricher Regierung, die des mächtigsten Cantons nächst Bern, trat zuerst freiwillig auf die Seite der Opposition und empfahl, im Widerspruche mit Bern, auch den übrigen Cantons-Regierungen Nachgiebigkeit und zeitgemäße Reformen. Der große Rath von Zürich beschloß eine Umänderung der Verfassung, so daß künftig das Land, das bisher nur 82 Großräthe gewählt hatte, während die Stadt 132 wählte, eben so viele wie die Stadt wählen sollte. Aber die Opposition verlangte mehr und richtete in einer großen Volksversammlung zu Uster die Forderung an die Stadt, nur $^1/_3$ Wahlen zu behalten und dem Lande $^2/_3$ zu überlassen. Da gab die Stadt nach, und am 14. December trat der neue große Rath mit einer Mehrheit vom Lande zusammen.

Die gleichen Scenen folgten nun fast in allen Cantonen. Ueberall setzte die Opposition durch große Volksversammlungen die Verfassungs-

Reformen durch, und überall wurden die bisherigen aristokratischen Stadtregierungen durch die Demokratie des Landvolkes und der kleinen Städte gestürzt. Nur in Basel gab die Aristokratie nicht nach. Bisher hatte die Stadt 90, das Land nur 64 Vertreter in den großen Rath geschickt, jetzt verlangte das Landvolk 5/7 der Wahlen und begann, als die Stadt nicht nachgab, dieselbe zu blokiren. Die Städter machten am 11. Januar 1831 einen Ausfall und nahmen 80 Insurgenten gefangen, erlitten aber am 12. vor Liestal eine Niederlage. Verstärkt kehrten sie am 15. zurück und nahmen Liestal ein, von wo aber alle Einwohner geflohen waren. Vergebens schickte die Tagsatzung eine Commission zur Vermittlung. Erst als die Liberalen der anderen Cantone dem Landvolke zu Hülfe zu kommen drohten, verstanden sich die Städter zu einer Verfassungs-Revision. Diese aber genügte dem Landvolke nicht. Am 18. August versammelten sich die Großräthe vom Lande in Liestal und setzten eine besondere Regierung für das Land nieder. Immer mehr drängte sich der Gedanke einer Theilung des Cantons Basel in zwei auf, was freilich seltsam mit der Tendenz nach Centralisation und Verwandlung des Staatenbundes in einen Bundesstaat, wie sie längst bei den Reformfreunden in der Schweiz vorherrschte, im Widerspruche stand. Während man noch darüber stritt, proclamirte Stadt Basel die Trennung eigenmächtig am 22. Februar 1832, und schon am 18. März constituirte sich andererseits der neue Canton Basel-Landschaft.

In Neufchatel, welches als Erbe des Königs von Preußen zugleich ein Schweizer Canton war, hing die Aristokratie und ein großer Theil der Bevölkerung aufrichtig an Preußen, von dem der Canton nur Wohlthaten genossen hatte; dagegen bildete sich unter der Fabrikbevölkerung von Lachauxdefonds eine revolutionäre Partei, die, mit den Republikanern des nahen Frankreichs sympathisirend, die Rechte des Königs von Preußen nicht mehr anerkennen und den Canton demokratisiren wollte. An der Spitze dieser Partei bemächtigte sich ein gewisser Bourguin des Schlosses von Neufchatel, am 13. September 1831, wurde aber bald durch eidgenössisches Aufgebot und durch den Zuzug der Royalisten von Valengin wieder vertrieben. Unterdeß kam der preußische General v. Pfuel, vom Könige gesandt, den Oberbefehl im Canton zu übernehmen. Bourguin wagte noch einmal, am 17. December, ihn in Neufchatel zu belagern, wurde aber durch einen Ausfall zurückgeschlagen und verließ den Canton.

Da um diese Zeit in Italien, Frankreich, Deutschland, Polen überall die Reaction wieder über die Revolution Meister wurde, so fürchteten die Reformer in der Schweiz um ihre eigene Sache. Man dachte daher auf gemeinsame Vertheidigung, wenn etwa die gestürzte Aristokratie mit dem Auslande und den Ultramontanen im Bunde sich wieder erheben wollte. Die sieben liberalen Cantone Bern,

Zürich, Luzern, Solothurn, St. Gallen, Aargau und Thurgau gelobten sich, in dem sog. Siebener-Concordat, einander mit den Waffen beizustehen, wenn in einem von ihnen die errungenen Freiheiten wieder angetastet werden sollten, und, was noch wichtiger war, sie erklärten, dieses ihr Concordat solle nicht eher erlöschen, als bis der Bundesvertrag der Eidgenossen revidirt sein würde. Am 14. September sanctionirte die Tagsatzung mit geringer Stimmenmehrheit die eigenmächtig von Basel vorgenommene Theilung; dagegen protestirten die Cantone Uri, Schwyz, Unterwalden, Wallis und Neufchatel, zu denen sich noch Stadt-Basel gesellte, und schlossen am 14. November den Sarner Bund als förmlichen Gegenbund gegen das Siebener-Concordat. In der ersten Hälfte des Jahres 1833 beschäftigte sich die Tagsatzung auf Antrieb des Concordats mit dem Entwurfe einer Bundes-Revision, aber als derselbe fertig war, wurde er im Juni durch die Mehrheit der Sarner Verbündeten und der Neutralen verworfen. Mehr als je waren nun die Parteien auf sich selbst angewiesen.

Die Conservativen begingen den Fehler, da sie nur in der Defensive stark waren, zur Offensive überzugehen; sie, die altes Recht schützen wollten, waren die ersten, die Gewalt brauchten. Am 30. Juli 1833 fielen plötzlich die Schwyzer unter Abyberg ins Gebiet von Luzern ein und besetzten Küßnacht, aber die Luzerner wurden sogleich von allen Seiten unterstützt, und Abyberg zog sich beim Anmarsche großer feindlicher Streitkräfte wieder zurück. Gleichzeitig zogen 1400 Stadt-Basler unter Oberst Burckhardt gegen Liestal aus, wurden aber im Dorfe Prattelen von den Land-Baslern, denen viele Freischärler, insbesondere Polen zugezogen waren, von allen Seiten so kräftig beschossen, daß sie mit einem Verluste von 160 Todten und Verwundeten zurückfliehen mußten. Die Tagsatzung ließ Schwyz und Stadt-Basel mit eidgenössischen Executions-Truppen besetzen und stellte die Ruhe her. Auch löste sie am 17. August den Sarner Bund auf und vollzog jetzt erst die bisher noch von diesem Bunde bestrittene Theilung des Basler Staatsgutes zwischen Stadt und Land. Von diesem Zeitpunkte an gewann das Siebener-Concordat, die Partei, die man seitdem die radicale genannt hat, sichtlich die Oberhand. Deßhalb glaubten auch die politischen Flüchtlinge, sich etwas herausnehmen zu dürfen. Schon im Frühjahre 1833 hatten die Polen, die von der französischen Regierung in dem Süden Frankreichs vertheilt worden waren, von Besançon aus einen Zug unternommen, der mit dem Frankfurter Attentate (s. S. 200) in Verbindung stand und dasselbe unterstützen sollte. Der Plan war, Neufchatel zu überfallen, hier die preußische Regierung zu stürzen, sich Waffenvorräthe zu verschaffen und mit so viel Freischärlern, als man anwerben könne, den Rhein abwärts, Alles revolutionirend, gegen Frankfurt zu ziehen. Aber es kam nicht so weit, die Polen verfehlten den Weg und kamen statt auf das Neufchateler Gebiet ins Bernische, wo

sie den guten Rath erhielten, nicht weiter zu gehen. Aber im Vertrauen auf den geheimen Schutz, den sie bei den radicalen schweizer Regierungen fanden, wagten sie eine zweite Demonstration. Außer den Polen und vielen deutschen Flüchtlingen befand sich damals in der Schweiz auch eine große Menge geflüchteter Italiener, unter ihnen Joseph Mazzini von Genua, der schlaueste und verwegenste aller radicalen Parteigänger der Neuzeit. Obgleich es ihm wohlbekannt war, daß einzelne schwache Erhebungen in Italien keinen Erfolg haben konnten, sondern durch Oesterreichs Militärmacht stets rasch wieder unterdrückt werden mußten, so dienten ihm die immer wiederholten Insurrectionen, wenn auch immer mißlingend, doch zu fortwährender Alarmirung Italiens. Er wollte den Oesterreichern keine Ruhe gönnen und die Jugend Italiens in starker Spannung halten. Deßhalb verabredete er einen bewaffneten Einfall in Savoyen, der sich vom Gebirge dann gegen die Ebene der Lombardei ausbreiten sollte. Als Anführer der Expedition ließ sich Ramorino (s. Nr. 21) um 40,000 Franken dingen. Am 1. Februar 1834 sollte Genf überrumpelt und alle Waffenvorräthe dort zur besseren Ausrüstung des Zuges weggenommen werden. Aber die Genfer Regierung war auf ihrer Hut, ließ ein Schiff voll Deutscher vom See her nicht landen und hielt auch die Polen zu Lande ab. Diese, mit Italienern, Franzosen und Deutschen vermischt, brachen nun zwar in Savoyen ein, fanden aber nirgends Anklang und wurden von Ramorino in den Gebirgsthälern irre geführt, bis er selbst keinen Rath mehr wußte und die Seinigen heimlich verließ, die nun wieder umkehrten. Die Tagsatzung sprach ihre Mißbilligung des Savoyer Zuges aus und beschloß, die bekannten Theilnehmer auszuweisen. Die unbekannten aber durften bleiben, und Mazzini stiftete jetzt erst in seinem Asyl zu Grenchen (im Canton Solothurn) die geheime Verbindung des „jungen Europa“; die, aus Flüchtlingen aller Nationen bestehend, alle revolutioniren sollte. Die deutsche Section dieser Verbindung wagte Ende Juli im Steinhölzle bei Bern eine offene Kundgebung, indem hier von 150 deutschen Flüchtlingen und Handwerksgesellen eine ungeheure deutsche Fahne aufgepflanzt, und die zu diesem Zwecke beigebrachten kleinen Fahnen mit den Farben aller bestehenden deutschen Regierungen zerrissen und mit Füßen getreten wurden. Jetzt riß auch der Diplomatie die Geduld, und sie that ernste Schritte, dem Unwesen der Flüchtlinge in der Schweiz zu steuern.

Eine ungleich höhere Bedeutung als diese aus dem Asylrecht entsprungenen Verwicklungen gewannen die religiösen Streitigkeiten, indem die Radicalen den Versuch machten, eine vom Papste unabhängige schweizerische Staatskirche zu begründen. Zu diesem Zwecke traten sieben liberale Cantone (die S. 204 f. genannten, außer Zürich, aber mit Baselland) im Januar 1834 zu einer Conferenz in Baden im Aargau zusammen und beschlossen in 14 Artikeln eine

völlige Unterwerfung der Kirche unter die Staatsgewalt. Der Bischof von Basel protestirte gegen die Badener Beschlüsse, und Papst Gregor XVI. erklärte sie in einem Breve vom 17. Mai 1838 für ketzerisch. Die Aargauer Regierung wies das protestirende Schreiben des Bischofs von Basel zurück, trug auf gänzliche Trennung des Cantons vom Bisthum Basel an und verlangte von den katholischen Priestern einen neuen Eid, worin sie sich zum unbedingten Gehorsam gegen den Staat verpflichten sollten. Da dieser Eid von fast allen Geistlichen verweigert wurde, schickte die Regierung Truppen in die katholischen Bezirke, aber zuletzt zog sie dieselben wieder zurück und modificirte den Eid durch eine authentische Interpretation, die der Bischof gelten ließ. Eben so wenig gelang die Durchführung der Badener Beschlüsse bei der katholischen Bevölkerung des zum Canton Bern gehörigen Jura, obgleich dieselbe auch hier durch Einlagerung von Truppen erzwungen werden sollte. Frankreich, mit welchem in der Napoleonischen Zeit dieser Theil des Cantons Bern verbunden gewesen und welches hier noch Sympathieen hatte, schritt ein und Ludwig Philipp drohte mit der militärischen Besetzung von Pruntrut, wenn die Berner Regierung nicht von der Bedrängung der Katholiken im Jura ablasse und sich mit dem Papste verständige. Da gab die radicale Regierung nach. Auch in Zürich veranlaßte 1839 die Berufung des Dr. Strauß, des Verfassers des „Leben Jesu" (worin das Christenthum als Mythe behandelt wird) als Lehrer der Dogmatik an die (1832) neu gestiftete Universität eine solche Aufregung, daß die Berufung sistirt und dennoch die radicale Regierung gestürzt wurde.

Hatte der Radicalismus Zürich eingebüßt, so gewann er dagegen die Oberhand in Wallis. Hier wurden die conservativen, vorzugsweise deutschen Oberwalliser von den radicalen, vorzugsweise welschen Unterwallisern, deren Haupt Barmann war, damals übervortheilt. Auch in Tessin kam eine radicale Partei unter Franscini empor und stürzte die alte Regierung, 1839. Im folgenden Jahre trat der gesetzliche Termin der Verfassungs-Revision (nach 10 Jahren) in Solothurn und Aargau ein, und in beiden Cantonen siegte der Radicalismus, der hauptsächlich auf Bern sich stützte, weil hier 1841 Neuhaus zum Schultheißen, und sofern Bern gerade Vorort war, auch zum Präsidenten der Tagsatzung erhoben wurde. Als die katholische Minderheit des Volkes im Aargau durch die neue Verfassung die Parität verletzt sah und das sog. Bünzener Comité Maßregeln dagegen berieth, ließ die Regierung die Mitglieder des Comité's im Kloster Muri verhaften. Das katholische Landvolk befreite die Gefangenen und nahm den Regierungs-Commissar Waller selbst in Verhaft, 10. Januar 1841. Aber schon am anderen Tage stand nicht nur die ganze Streitmacht der reformirten Aargauer unter den Waffen, sondern am 12. rückten auch Berner Truppen ins Aargau ein, welche Neuhaus im Interesse der Aargauer Radicalen abschickte.

Vergebens mahnte Zürich zur Mäßigung, am 13. Januar war bereits der ganze katholische Theil des Aargaus (die s. g. freien Aemter) mit 15,000 Mann reformirter Truppen überschwemmt, und im großen Rathe zu Aargau wurde auf Antrag des Seminardirectors Keller der Beschluß gefaßt, sämmtliche Klöster im Aargau aufzuheben. Dem Abte von Muri erklärte man, binnen zweimal 24 Stunden dürfte kein Mönch mehr im uralten, reich begüterten Kloster sein. Die Mehrheit der Tagsatzung erklärte zwar die Aufhebung der Aargauer Klöster für dem Artikel 12 des Bundesvertrages, der die Rechte der Kirche gewährleistet, zuwiderlaufend, und forderte die Aargauer Regierung zur Einstellung ihrer Verfügung auf. Aber diese bequemte sich nur, ein Paar arme Nonnenklöster fortbestehen zu lassen.

Mittlerweile wurde auch die Verfassungs-Revision in Luzern vorgenommen, und am 1. Mai durch eine Mehrheit von 17,000 gegen 1600 Stimmen eine neue Verfassung und eine neue Regierung eingeführt, in welcher, wie in Zürich, die Glaubenspartei siegte. Ein tüchtiger Bauer, Leu von Ebersol, stand an der Spitze des Volkes und trat jetzt in die Regierung ein. Mit ihm Sigwart-Müller, der bisher zu den Radicalen gehalten.

Der Radicalismus erfocht dagegen neue Siege in Genf, wo er durch mehrere Aufstände die Regierung erschütterte, unterlag aber in Wallis, wo Barmann von den Oberwallisern zurückgeschlagen und vertrieben wurde. Nach dreijährigen nutzlosen Unterhandlungen wegen der Aargauer Klöster beschlossen die Radicalen, die sich jedenfalls der Mehrheit sicher hielten, noch kühner vorzugehen. Die 400jährige Feier der Schlacht bei St. Jakob (1844) brachte auf dem Schlachtfelde, unfern von Basel, eine ungeheure Volksmenge zusammen, bei der die radicale Farbe entschieden vorherrschte. Hier reifte der Plan, durch Freischaaren mit Gewalt durchzusetzen, wozu man bei der Uneinigkeit der Stimmen auf der Tagsatzung durch keinen legalen Beschluß gelangen konnte. Der Antrag des Seminardirectors Keller in Aarau, auf Vertreibung aller Jesuiten aus der Eidgenossenschaft, reizte die Luzerner, am 12. September die Berufung der Jesuiten in ihre Stadt zu beschließen, die schon lange eine großartige Erziehungsanstalt zu Freiburg besaßen und auch in Schwyz sich niedergelassen hatten. Die Radicalen beriefen große Volksversammlungen nach Frauenbrunnen (im Berner Gebiete) und Zofingen, wo ein allgemeiner und offensiver Widerstand gegen die Jesuiten beschlossen und ein Centralcomité ernannt wurde, um die Volksmassen zu leiten.

Nachdem das Comité am 26. März 1845 einen Aufruf erlassen, sammelten sich die Freischaaren, großentheils geregelte Milizen aus dem Aargau, Bern, Solothurn und Baselland, angeführt von Ochsenbein und von dem Aargauer Regierungsrath Rothpletz. Am 30. März rückten zwei Colonnen unter jenen beiden Befehlshabern vor Luzern. Rothpletz drang in der Nacht bis in die Vorstadt ein,

wagte aber nicht, weiter vorzugehen und wurde am anderen Morgen mit überlegener Macht angegriffen und zurückgeschlagen. Ochsenbein fand sich in der Nacht nicht zurecht, eine Abtheilung seiner Colonne unter Billo wurde an der Emme von Schwyzern zurückgeschlagen. Am Morgen suchte Ochsenbein ihn mit Rothpletz vergebens und hielt sich allein für zu schwach, zumal rings um ihn schon der Luzerner Landsturm plänkelte. Er befahl also den Rückzug, der bald in eine regellose Flucht ausartete. Billo entkam mit dem Reste seiner Schaar über Sursee. Rothpletz wurde, nachdem seine Colonne sich aufgelöst, mit wenigen Gefährten nahe am Ufer der Emme gefangen.

Die Radicalen trachteten nun, neue Kräfte zu sammeln, um Rache zu üben; sie drohten, das Haupt der Freischärler zum Schultheiß von Bern und somit, wenn Bern Vorort wurde, zum Haupte der Eidgenossenschaft zu erheben. Wessen hatten sich die katholischen Cantone zu versehen, wenn Ochsenbein's Erhebung durchging? Daher verbanden sich die sieben katholischen Cantone: Luzern, Schwyz, Uri, Unterwalden, Zug, Freiburg und Wallis zu gemeinschaftlicher Vertheidigung. Es geschah heimlich, aber bald verbreitete sich die Kunde davon, und augenblicklich wurde dieser sog. Sonderbund von den Radicalen als ungesetzlich und bundeswidrig bezeichnet, obgleich sie selbst früher das bekannte Siebener Concordat geschlossen hatten.

Mit Neujahr 1847 wurde Bern Vorort, aber Funk als Schultheiß und Präsident der Tagsatzung vorgeschoben, und Ochsenbein trat erst am 1. Juli als solcher ein, um von diesem Moment an Schlag auf Schlag gegen die katholische Partei zu führen. Seine Zurückhaltung in der ersten Hälfte des Jahres war darauf berechnet, die Gegner und die auswärtige Diplomatie noch in täuschende Ruhe einzuwiegen. Am 5. Juli eröffnete er die Tagsatzung und am 20. wurde in derselben beschlossen, der Sonderbund sei mit dem Bundesvertrage unvereinbar, mithin aufzulösen. Im August wurden alle Officiere der sieben Orte aus dem eidgenössischen Dienste gestrichen, im September die Vertreibung der Jesuiten aus der ganzen Eidgenossenschaft und die Vollziehung der Execution gegen den Sonderbund beschlossen. Sofort wurden die Rüstungen zum Kriege vorgenommen und von der Tagsatzung der Genfer Dufour zum General und Oberbefehlshaber sämmtlicher Executionstruppen ernannt. Er ließ gegen 100,000 Mann aufbieten, welche zunächst tüchtig exerciren und manövriren mußten. Im Kriegsrathe des Sonderbundes war so viel Besonnenheit und Methode nicht zu finden. Mancher zwar gab den einzig vernünftigen Rath, die Begeisterung des katholischen Volkes zu benutzen und rasch anzugreifen, ehe noch Dufour seine Leute alle versammelt und eingeübt hätte. Allein die Mehrheit wollte sich auf bloße Vertheidigung beschränken.

Man wußte, Dufour werde zuerst über das völlig isolirte Freiburg herfallen. Ein Attaché der französischen Gesandtschaft holte von dort die Jesuitenschüler ab und rettete sie bei Zeiten über die

Grenze. Freiburg wurde von Oberst Maillardoz in ziemlich guten Vertheidigungsstand gesetzt, und das Volk war muthig, aber als die Walliser durch die Waadtländer an einer Hülfeleistung verhindert wurden und Dufour mit 25,000 Mann und vielem Geschütze gegen die Stadt heranzog, entschloß sich die Regierung, nach einem unbedeutenden Gefechte zu capituliren, um die Stadt vor Sturm und Plünderung zu retten. Obgleich Dufour Schonung der Personen und des Eigenthums zugesichert hatte, übte doch die radicale Soldateska schändlichen Unfug, mißhandelte viele Personen, plünderte viele Häuser, vor allen das hoch über der Stadt sich erhebende Jesuiten-Collegium, in dem Alles gestohlen oder zertrümmert wurde, und terrorisirte Tage lang fort. Dufour klagte bitter, die Aufführung seiner Truppen sei eine Schande, „die er einer verlorenen Schlacht gleichsetze", allein er hatte keine Macht, irgend Jemanden zu bestrafen und hinderte nicht, daß unter seinen Bayonnetten im Theater eine neue Verfassung und Regierung des Cantons Freiburg ausgerufen wurde.

Sodann griff Dufour das Hauptheer des Sonderbundes, das sich bei Gislikon verschanzt hatte, am 23. November mit ungeheurer Uebermacht an. Die Ueberzeugung, man sei zu schwach, bemächtigte sich immer mehr der Sonderbundstruppen, die sich auf Luzern und über den See zurückzogen. Die Luzerner Regierung floh davon, der Stadtrath allein blieb als zuständige Behörde zurück und nahm die von Dufour angebotene Capitulation an. Auch diesmal wurde wieder Sicherheit der Person und des Eigenthums versprochen. Die Häupter des Sonderbundes, die Jesuiten von Luzern (darunter der als Missionsprediger nachher berühmt gewordene P. Roh) flohen nach Italien. Die Urcantone Schwyz, Uri und Unterwalden, so wie auch Wallis nahmen Capitulationen an, und der Krieg war zu Ende.

In Luzern wurde sogleich eine neue radicale Regierung eingesetzt, an deren Spitze Steiger trat, um schonungslose Reaction zu üben, wie in Freiburg. Die Mitglieder der alten Regierung und alle besonders compromittirten Freunde des Sonderbundes wurden verfolgt, eingekerkert, ihr Vermögen confiscirt und die Klöster aufgehoben. Auch im Wallis kam eine radicale Regierung unter Barmann auf, der die Klöster einzog und sogar die menschenfreundlichen Mönche aus dem berühmten Hospiz vom St. Bernhard vertrieb. In den Urcantonen fügte man sich den Gewaltmaßregeln des Bundes, doch drang hier wenigstens der Radicalismus nicht in die Regierungen ein. Die Sonderbunds-Cantone mußten die Kriegskosten tragen und schon am 20. December vorläufig 1 Million Franken abzahlen, der Canton Neuenburg, weil er neutral geblieben war, 300,000 Fr., Appenzell-Innerrhoden aus gleichem Grunde 15,000.

20. Die revolutionären Bewegungen in Italien (1831—1832).

(Nach Ed. Burckhardt, allgemeine Geschichte der neuesten Zeit mit Zusätzen nach Herm. Reuchlin, Geschichte Italiens, und Adolf Schmidt, zeitgenössische Geschichten.)

Italien, schon seit langer Zeit der Heerd politischer Intriguen, Umtriebe und Verschwörungen, hatte von Jahr zu Jahr mehr revolutionäre Stoffe angehäuft, und es bedurfte kaum des verlockenden Beispiels der Juli-Revolution und der blutigen Scenen in Brüssel und Warschau, um das leicht entzündliche Blut des Italieners zum schnellen Wagniß anzutreiben. Die Liberalen in den Legationen und in den Marken setzten sich in Verbindung mit ihren Freunden in Paris, und wenn auch die Aussicht auf thätliche Unterstützung von Frankreich schon im Herbste 1830 immer mehr schwand, so setzte man doch seine Hoffnung auf das von Ludwig Philipp ausgesprochene Princip der Nicht-Intervention, welches, dem von Metternich 1820 im Namen der drei nordischen Mächte aufgestellten Interventions-Princip gegenüber, jedem kleineren Staate das Recht zu sichern schien, seine inneren Angelegenheiten selbständig zu entscheiden. Nicht bloß einige französische Gesandte in Italien erklärten sich auf Anfrage dahin, daß Frankreich dieses Princip aufrecht erhalten werde, auch der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Sebastiani, sprach es (27. Jannar 1831) in Betreff Polens der Kammer gegenüber aus. Also zweifelte man nicht, wenn Oesterreich intervenirte, so hatte man ein französisches Hülfsheer.

In Modena — so geht die Sage — wollte sich der Herzog Franz IV. selbst an die Spitze einer Revolution stellen, um eine Vereinigung der getrennten Staaten zu erzielen und eine Krone aus der Hand der siegreichen Revolution zu empfangen. Ein junger Modenese, Ciro Menotti, wurde neben mehreren Anderen von ihm dazu gebraucht, die Stimmung des Volkes für den genannten Plan zu erforschen. Bald erfuhr er jedoch, daß diese ihm keineswegs günstig sei, wohl aber von der Partei der Liberalen eine ähnliche Revolution bezweckt werde; er war deßhalb auf seiner Hut und brach die früher eingegangenen Verbindungen ab. Durch seine Späher erfuhr er, daß sich in der Nacht vom 3. auf den 4. Februar 1831 eine Anzahl junger Männer in Menotti's Hause versammelt habe. Sofort eilte er selbst an der Spitze eines Truppencorps nach der bezeichneten Wohnung und ließ den dort Befindlichen ihre Verhaftung ankündigen. Diese weigerten sich aber, sich zu ergeben, verrammelten die Thüren und vertheidigten sich mit ihren Gewehren so lange, bis die herbeigerufene Artillerie und das Musketenfeuer der Truppen sie überwältigte. Sämmtliche Gefangene wurden hierauf nach der Citadelle abgeführt. Obschon die Stadt sich bei diesem Vorfalle durchaus

ruhig verhalten hatte, ließ der Herzog doch alle nur irgend disponiblen Truppen aus der Umgegend nach Modena rücken. Mit ihnen traf aber auch zugleich die Kunde von einem Aufstande in Bologna ein. Hier hatte man in der Nacht vom 4. zum 5. Februar den Prolegaten Paracciani-Clarelli (der während der Abwesenheit des zum Conclave einberufenen Legaten Cardinal Bernette die Regierung verwaltete) zur Unterzeichnung einer Acte gezwungen, in welcher er eine aus Adligen, Professoren und Rechtsgelehrten bestehende Regierungs-Commission anerkannte und die Errichtung einer Provincial-Garde gestattete. Allerwärts erblickte man am nächsten Morgen die Nationalfarben (weiß, roth und grün); die Bürgerschaft gab ihre Zustimmung zu dem Geschehenen und der Prolegat fand für angemessen, die Stadt zu verlassen, zumal als die Nachricht anlangte, daß am 2. Februar der Cardinal Capellari unter dem Namen Gregor XVI. an die Stelle des am 23. November (1830) verstorbenen Papstes Pius VIII. erwählt worden sei. Wie zu Modena constituirte sich jetzt die Commission als provisorische Regierung und ernannte den Advocaten G. Vicini zu ihrem Präsidenten. Zwar hatte der Herzog in seiner Proclamation (vom 4. Februar) gerühmt: „daß kein Mensch, nicht einmal aus Neugier, an dem Tumulte in Modena Antheil genommen," indessen trug er doch Bedenken, als er Kunde von den neuen Ereignissen erhielt, seinen „treuen und tapferen Truppen, so wie der Anhänglichkeit und guten Gesinnung" der guten Stadt Modena ferner zu vertrauen und begab sich daher, „um seine getreuen Truppen nicht zu compromittiren," mit seiner Familie, seinen Schätzen und seinem Heere nach Novi (6. Februar) und von hier über Mantua nach Wien.

Inzwischen breitete sich die Revolution immer weiter in den Provinzen von Modena und Reggio aus. Die provisorische Regierung verwandelte sich in eine Dictatur und endlich in eine „vereinigte Regierung der Provinzen Modena und Reggio". Diese letztere bemühte sich in der That, das Volk für ihre Sache zu gewinnen, und neben der Verbesserung der inneren Verwaltung verminderte sie Zölle und Abgaben, schaffte die Privilegien in der Gerichtsverfassung ab, stellte die Universität wieder her und verkündigte, daß keine Intervention Statt finden werde. Bald war die ganze Romagna im Aufstande; Imola, Faenza und Forli sprachen sich für den Aufstand aus und trugen dem Obersten Sercognani auf, die päpstlichen Truppen aus den in den Provinzen behaupteten Stellungen zu vertreiben, denn bereits am 8. hatte man die zeitliche Herrschaft des Papstes für beendigt erklärt. Täglich langte die Nachricht von einer neuen Stadt an, die den Gehorsam aufgekündigt hatte. Der ganze Küstenstrich des Kirchenstaates, Ravenna, Rimini, selbst Ferrara, trotz der österreichischen Besatzung seiner Citadelle, steckte die dreifarbige Fahne auf. Am 12. Februar erhob sich Parma, das die Herzogin Marie Louise schleunig verließ, nachdem ihr Minister, Freiherr von

Merklein, entflohen war. Auch sie begab sich über Piacenza nach Wien. Das feste St. Leo ergab sich an Sercognani und bald folgte die wichtige Citadelle von Ancona diesem Beispiele, nachdem sich die Stadt bereits früher für den Aufstand erklärt hatte. Schon drangen die Bürgertruppen bis Rieti und Civita Castellana und bedrohten selbst die Hauptstadt Rom, in welcher der neue Papst alle Mittel aufwendete, um die gährenden Massen in Ruhe zu halten. Zunächst fehlte es aber an Geld und Truppen, um energisch auftreten zu können, und vergebens strengte sich der neue Staatssecretär Bernetti an, Beides herbeizuschaffen. Als nun auch Perugia sich erhoben, Foligno, Spoleto und andere Städte mehr abgefallen waren, als die zur Bewirkung einer Gegenrevolution abgesendeten Cardinäle entweder unverrichteter Sache zurückkehrten, oder von den Insurgenten aufgefangen und festgenommen wurden, da wußte das Cabinet des heiligen Vaters kein anderes Mittel, als seine Blicke nach dem nahen Oesterreich zu richten, das ja immer als Beschützer der Legitimität und Wiederherstellung der Ordnung sich bewährt hatte.

Die erste Versammlung der Abgeordneten der „Provincie unite" Italiens fand am 26. Februar zu Bologna Statt und proclamirte einstimmig: 1) die völlige Emancipation der auf der Versammlung repräsentirten Länder und Provinzen von der zeitlichen Herrschaft des Papstes und 2) die vollkommene Vereinigung der genannten Länder und Provinzen, so wie die Constituirung derselben in einen Staat, eine Regierung, eine Familie. Ein Präsident (G. Vincini), ein Ministerrath und eine gesetzgebende Consulta wurden am 4. März zur Führung der Föderativ-Verwaltung erwählt.

Kaum hatte der österreichische General-Feldzeugmeister Frimont von den Bewegungen in Italien Kunde erhalten, als er auch sofort dem Feldmarschall-Lieutenant Fürsten Bentheim Befehl ertheilte, sich mit mehreren Regimentern marschfertig zu halten, „da die mit den italienischen Fürsten eingegangenen Verträge es der österreichischen Regierung zur Pflicht machten, ihnen in gewissen Fällen ein bestimmtes Contingent zuzuführen und ihre Gerechtsame zu schützen." In den ersten Tagen des März langten die Befehle zum Einmarsch von Wien an, und schon am 5. betrat die Vorhut des österreichischen Heeres unter dem Befehle des Feldmarschall-Lieutenants Geppert das Herzogthum Modena, nachdem sie bei Novi ein kleines Gefecht mit den Bürgergarden bestanden hatte. Schon am 9. traf der Herzog wieder in seiner Hauptstadt ein, aus welcher sich die revolutionären Behörden nach Bologna geflüchtet hatten. Eine Militärcommission richtete über die hochverrätherische Unternehmung; die am meisten Compromittirten waren bereits nebst einem Theile der Bürgergarden dem Beispiele der revolutionären Behörden gefolgt und nach dem Bolognesischen geflüchtet, wo sie unter Anführung des früheren österreichischen Feldmarschall-Lieutenants Zucchi noch einen Widerstand versuchen wollten. Aber auch sie wurden (durch das Decret vom 6. März) entwaffnet, um

keinen Grund zur Klage zu geben. Inzwischen war der österreichische Feldmarschall-Lieutenant Bentheim am 6. über den Po gegangen, und hatte ohne weiteren Widerstand das insurgirte Ferrara besetzt, woselbst zwei Tage später der päpstliche Prolegat Asquini eintraf und sich an die Spitze der Regierung stellte. In Parma rückten österreichische Truppen unter Baron d'Aspre und General Hrabowsky (13. März) ein, aber noch immer wollten die Bolognesen an keine Intervention glauben, bis es endlich zu spät war. Am 21. war Bologna, der Hauptsitz der Insurrection, in österreichische Gewalt übergegangen und der zum Oberbefehlshaber ernannte General Zucchi hatte die Regierung nach Ancona verlegt. Aber auch die Oesterreicher eilten vorwärts längs dem adriatischen Meere; nach einem kurzen aber blutigen Gefechte bei Rimini (25. März), in welchem abermals die Insurgenten der Uebermacht weichen mußten, öffnete auch Ancona (27. März) dem General Geppert seine Thore und hiermit war der Krieg beendigt, denn die Häupter der Insurrection waren entweder schon über das Meer und nach Toscana entflohen oder capitulirten mit dem Cardinal Benvenuti, der früher von den Insurgenten gefangen genommen, jetzt aber von denselben freigegeben und als päpstlicher Bevollmächtigter anerkannt wurde. Am 30. März legte auch Sercognani mit seinem Corps die Waffen nieder und begab sich, da an keinen Widerstand mehr zu denken war, nach Paris. Von Ancona aus schifften sich 98 der am meisten Compromittirten, unter ihnen General Zucchi, mit Pässen des Cardinals versehen, ein, um ein Asyl auf den jonischen Inseln zu finden, allein sie wurden von zwei österreichischen Goeletten unterhalb Loretto angehalten und trotz aller Protestationen als Gefangene nach Venedig geführt, wo nach mehrmonatlicher Haft ein Theil entlassen, ein anderer nach Frankreich gebracht, die Häuptlinge der Schilderhebung aber nach österreichischen Festungen geschleppt wurden.

Die österreichischen Bayonnette hatten abermals im Interesse der Legitimität die Schilderhebung des Liberalismus in Italien unterdrückt, allein die vielen Ursachen und Beweggründe, welche diesen Aufstand hervorriefen, waren durch den Sieg der Gewalt keineswegs unterdrückt oder aufgehoben, nach dem kurzen Freiheitstraume begann eine Reaction, gegen welche selbst die europäischen Großmächte ihre abmahnende Stimme erhoben. — In diesen Aufständen hatten sich zugleich die Bonapartistischen Tendenzen in der unverkennbarsten Gestalt, durch die unmittelbare Theilnahme zweier Neffen Napoleon's I., Söhne der Königin Hortensia, verkörpert. Der ältere, Napoleon Ludwig, war mitten unter den aufreibenden Strapazen und Gemüthsbewegungen von den tödtlichen Masern ergriffen und hingerafft worden. Dem jüngeren, Ludwig Napoleon (später Kaiser der Franzosen), war es nach mannichfaltigen Abenteuern gelungen, als Bedienter verkleidet und hinten aufsitzend, der Wachsamkeit der Oesterreicher zu entrinnen. Er hatte sich, als Agitator und Führer, mit einem Ungestüm in die

italienische Revolution geworfen, welcher nur allzu deutlich in den Farbe der demokratischen Leidenschaft die dynastische zur Schau trug: und diese war so mächtig in ihm, daß sie ihn von Arenenberg, wo er im August 1831 eintraf, unwiderstehlich wieder forttrieb, um sich nunmehr an die Spitze der polnischen Revolution zu stellen, die damals in den letzten Zügen lag. Es war zu spät: auf sächsischem Boden erreichte ihn die Kunde von Warschau's Fall und Polens Untergang.

---

21. Die polnische Revolution (1830—1831).

(Nach Fr. van Smitt, Geschichte des polnischen Aufstandes und Krieges, und Ludwig Mieroslawski, kritische Darstellung des Feldzuges von 1831, bearbeitet von Karl Hagen und dem Herausgeber.)

a. Die Verschwörungen in Polen bis zum Ausbruche der Revolution.

Während das westliche, südliche und mittlere Festland von Europa von revolutionären Bewegungen ergriffen war und die Revolution in Griechenland, Frankreich, Belgien, der Schweiz und einzelnen deutschen Staaten als siegreich anerkannt wurde, trat zuletzt noch die polnische Revolution hinzu. Sie war für die künftige politische Gestaltung Europa's von einer unermeßlichen Bedeutung; einmal schon an und für sich als gegen den mächtigsten Vertreter des absoluten Princips, Rußland, gerichtet, dann aber besonders, weil durch ihren Sieg dem revolutionären Principe in Europa der Schlußstein hinzugefügt worden wäre. Denn ein freies Polen hätte ein festes Bollwerk gegen das absolutistische Czaarenreich gebildet und dessen Einflüsse auf den Westen gehindert.

Schon bald nach dem Wiener Congresse hatten die polnischen Patrioten geheime Verbindungen geschlossen, zum Zwecke, Polen wieder zu einem unabhängigen Reiche zu machen. Sie hatten mit der russischen Verschwörung im Jahre 1825 (s. S. 101) in Berührung gestanden, waren nach deren unglücklichem Ausgange verhaftet (etwa 600 Personen), Anfangs vor eine Militär-Commission gestellt, und als sich die öffentliche Meinung über diese Gesetzesverletzung unzweideutig aussprach, der ersten Kammer (dem Senate) zur Aburtheilung überwiesen worden, welche sie einstimmig freisprach (1828). Von dieser Zeit an erhielt der patriotische Geist in Polen einen neuen Schwung; mit frischer Thätigkeit warf man sich in geheime Verbindungen und Verschwörungen zur Befreiung des Vaterlandes. Doch waren die Polen weder über den letzten Zweck, noch über die zu Erreichung desselben anzuwendenden Mittel einig. Es bestanden viel-

mehr zwei Parteien, von denen jede wieder zwei Abtheilungen bildete. Die eine wollte auf dem Wege der Reformen ihr Ziel erreichen, während die andere nur durch Revolution, durch Anwendung der Gewalt zu ihm zu gelangen hoffte. Die erste Partei trennte sich aber wieder in zwei: eine, aus dem hohen Adel und angesehenen Staatsbeamten bestehend, wollte durch schlaue und kluge Benutzung der diplomatischen Verhältnisse das Endziel ihrer Bestrebungen erreichen. Man nannte sie daher nur die diplomatische. Diese dachte nicht daran, ihre Rechte sich schmälern zu lassen und dem Volke eine Verbesserung seiner socialen Zustände zu verschaffen. Die andere der reformistischen Parteien kann man die constitutionelle nennen. Ihr Streben war darauf gerichtet, die Constitution von 1815 in ihrer Reinheit wieder herzustellen, sie zu verbessern und allmählich dermaßen umzugestalten, daß Polen dem Wesen nach ein unabhängiges Reich bildete. Diese Zwecke glaubte sie vorzugsweise durch parlamentarische Thätigkeit durchsetzen zu können, weßhalb denn der größte Theil derselben aus Landboten oder aus solchen bestand, welche es zu werden gedachten. Die revolutionäre Partei wollte gänzliche Unabhängigkeit von Rußland und Wiederherstellung des alten Polens im früheren Umfange. Auch sie theilte sich wieder in zwei besondere Richtungen: zu der einen gehörten Militärpersonen, zu der anderen Gelehrte, Journalisten und Studenten. Jene glaubten die Umwälzung nur mit Hülfe der Soldaten durchsetzen zu können, weßhalb sie so viel wie möglich Militärs für die Revolution zu gewinnen suchte und sich nach einem Heerführer umsah, der im geeigneten Augenblicke durch kühne und rasche Thaten der Revolution zum Siege verhelfe. Die andere revolutionäre Partei glaubte durch unablässige Bearbeitung des Volkes, durch mündliche Belehrung wie durch politische Schriften, auf jenes Ziel hinsteuern zu müssen. An der Spitze der Diplomaten stand der Fürst Adam Czartoryski, früher ein Liebling Alexander's I., welcher von ihm zum Vicekönige Polens ernannt zu werden gehofft hatte; die Vereitelung dieser Hoffnung war kein geringes Motiv für die spätere oppositionelle Stellung, welche er gegen Rußland einnahm. An der Spitze der Constitutionellen standen die Gebrüder Niemojewski und der Graf Ostrowski. Der Führer der revolutionären Partei, welche aus Gelehrten und Studenten bestand, war Lelewel, früher Professor in Wilna, seit 1824 in Warschau, wo er den Mittelpunkt all' der unzufriedenen Elemente bildete, welche dem gebildeten Mittelstande angehörten. Die militärische Partei setzte ihre Hoffnung auf den General Chlopicki, obschon dieser seiner ganzen Richtung nach mit ihren Bestrebungen keineswegs übereinstimmte.

Der unglückliche Ausgang des ersten russischen Feldzuges gegen die Türkei (1828) erzeugte in den Polen die Hoffnung, wenn sie jetzt losbrächen, ihre Bemühungen von Erfolg gekrönt zu sehen. Die für den Frühling 1829 in Warschau anberaumte feierliche Krönung

des Kaisers Nikolaus zum König von Polen schien eine vortreffliche Gelegenheit zum Ausbruche der Revolution darzubieten. Die Unterfähnriche erboten sich, auf der Parade den Kaiser Nikolaus sammt allen ihn begleitenden Prinzen zu ermorden, die russischen Regimenter zu entwaffnen und sofort die Fahne der Revolution aufzupflanzen. Doch sollten vorher die Landboten auf dem Reichstage Herstellung der Constitution und Zurücknahme aller dieselbe verletzenden einseitigen kaiserlichen Verordnungen verlangen; wenn, wie zu erwarten, diese Bitte verweigert würde, sollten die Landboten das Zeichen zur Revolution geben. Ein Theil der Landboten ging auch wirklich auf diesen Plan ein; in dem Momente der Ausführung aber entfiel der constitutionellen Partei der Muth: sie meinte, es sei die Zeit noch nicht gekommen, gab das verabredete Zeichen nicht, und so unterblieb denn die Ausführung des revolutionären Planes.

Die Juli-Revolution weckte auf einmal wieder die gesunkenen Hoffnungen, und zwar in einem höheren Grade, wie jemals. Nun wurden die geheimen Verbindungen mit erneuertem Eifer in Angriff genommen, eine Menge von Officieren in die Verschwörung gezogen; die militärischen Verschwornen traten in Verbindung mit den Studenten, den Bürgern, den Landboten und der höheren Aristokratie; jeden Tag gab sich der revolutionäre Geist zu erkennen in Maueranschlägen, in Gerüchten, selbst die Tage des Losbrechens wurden öffentlich genannt. Doch erst gegen Ende November, als schon mehrere der eifrigsten Führer eingekerkert waren und das Gerücht umher lief, die Regierung habe Alles entdeckt und nächstens werde die Untersuchung beginnen, da schien man keine Zeit mehr verlieren zu dürfen, und so wurde denn der Ausbruch der Empörung auf den 29. November 1830 festgesetzt.

b. Die Revolution vom 29. November 1830.

Die Verschwornen hatten folgenden Plan entworfen. Abends um 6 Uhr sollte das Zeichen zum Aufstande durch das Anzünden eines Brauhauses am südöstlichen Ende von Warschau gegeben werden. Eine Abtheilung der Verschwornen, meist aus Studenten bestehend, sollte in die Wohnung des Großfürsten Konstantin, das Lustschloß Belvedere, eindringen, um ihn zu ermorden. Ein anderer Theil, aus den Fähnrichen der Militärschule und den polnischen Jäger-Bataillonen bestehend, sollte die in der Nähe sich befindenden Kasernen der russischen Reiter-Regimenter überfallen und die Soldaten entwaffnen. Während dieses im Süden der Stadt geschehe, sollte zugleich im Norden die Entwaffnung der russischen Infanterie vor sich gehen. Zwar gelang weder die Ermordung des Großfürsten Konstantin, indem dieser durch die Geistesgegenwart seines Kammerdieners in einer Dachstube des Palastes verborgen wurde und in der Nacht auf geheimen Wegen entkam, noch die Ueberrumpelung

der russischen Infanterie und Cavallerie, welche, durch die in ihrer Nähe entstandene Bewegung aufgeschreckt, sich bereits vor ihren Kasernen in Schlachtordnung aufgestellt hatten und die (160) angreifenden Fähnriche zurückwarfen und verfolgten. Dagegen gelang die Erstürmung des Zeughauses, aus welchem sofort 40,000 Gewehre unter die Aufständischen, Soldaten und Volk, vertheilt wurden. Was den Verschwornen aber besonders zu Statten kam, war der Umstand, daß mehrere russische Truppen-Abtheilungen im entscheidenden Augenblicke ohne Führer waren. Denn viele höhere Officiere, die aus den Theatern, ihren Wohnungen oder den Häusern, wo sie als Gäste den Abend zubrachten, zu ihren Corps eilen wollten, wurden unterwegs von dem Volke aufgefangen oder niedergestoßen. Eben so blieb der Großfürst Konstantin im Augenblicke der Gefahr unthätig, weil er dieselbe für zu groß hielt, als daß Widerstand erfolgreich sein könnte. Gegen Morgen ruhte der Kampf auf einige Stunden. Um 6 Uhr begann er von Neuem. Die russischen Regimenter wurden nun von allen Seiten durch die Aufständischen angegriffen und mußten zurückweichen. Konstantin blieb noch drei Tage in der Nähe von Warschau, hoffend, durch Unterhandlungen die Dinge wieder ins Geleise bringen zu können. Als dies nicht gelang, die polnischen Regimenter vielmehr den unzweideutigen Wunsch ausdrückten, sich mit ihren Landsleuten zu verbinden, zog er unaufgehalten mit dem Reste seiner Truppen über die polnische Grenze.

Die Revolution vom 29. November war allein durch die revolutionäre Partei vorbereitet und ausgeführt worden. Der diplomatischen wie der constitutionellen kam dieses Ereigniß unerwartet und ungelegen. Sie fürchteten nicht nur einen unvermeidlichen Krieg mit Rußland, dessen unglücklichen Ausgang sie ahnten, sondern auch eine mächtige Rückwirkung auf die inneren politischen Zustände: Auflösung der socialen Ordnungen, Gründung neuer Einrichtungen zum Nachtheil der bisher bevorrechteten Stände, namentlich des höheren Adels, wenn man die Revolution ihren naturgemäßen Lauf gehen lasse. Der Erhaltungspartei blieb daher nichts Anderes übrig, als daß sie sich an die Spitze der Revolution stellte und die Leitung der Geschäfte selber in die Hand nahm. Und dies war gar nicht schwer. Denn die Bewegungspartei, welche die Empörung durchgeführt, bestand zum Theil aus unfähigen Männern, zwar geschickt zu Verschwörungen und zur Leitung eines Straßenkampfes, aber nicht zu höheren Dingen, sie fühlte dies selber und machte daher keinen Versuch, die Herrschaft selbst in die Hand zu nehmen. Unter solchen Umständen kam also die Regierung in die Hände der Erhaltungspartei.

Am 4. December wurde eine provisorische Regierung gewählt, mit Czartoryski als Präsident. Alle Mitglieder derselben, mit Ausnahme Lelewel's, gehörten den beiden Schattirungen der Erhaltungspartei, der diplomatischen oder der constitutionellen, an.

Schon am folgenden Tage änderte sich die Lage der Dinge, indem Chlopicki Dictator ward. General Chlopicki, 1772 in Galizien geboren, hatte die Kriege seines Vaterlandes unter Kosciuszko mitgemacht und sich später in den napoleonischen Kriegen, in Italien, in Spanien und in Rußland ausgezeichnet. Er galt allgemein als der talentvollste polnische General, und da er seinen Abschied genommen, zählte man ihn auch zu den Unzufriedenen, weßhalb die Verschworenen noch vor der Revolution die größten Hoffnungen auf ihn gesetzt hatten. Allein Chlopicki war durchaus nicht der Mann, wie sie sich ihn dachten. Er vertrat vielmehr vollkommen die Erhaltungspartei und war allen revolutionären Entwürfen abgeneigt, weßhalb er sich auch von allen geheimen Verbindungen und Verschwörungen fern gehalten hatte. Um nicht genöthigt zu sein, irgend eine Rolle in der Revolution des 29. November zu übernehmen, versteckte er sich den ganzen anderen Tag, und erst, als er sah, daß die Dinge doch einen ruhigeren Gang nahmen, kam er hervor und übernahm den Oberbefehl der Truppen. Er that aber nichts, um den Großfürsten Konstantin aufzuhalten, räumte vielmehr alle Hindernisse aus dem Wege, die sich ihm auf seinem Marsche entgegenstellen konnten. Als die Bewegungspartei ihn durch eine Deputation wegen seines Verhaltens zur Rede stellen ließ, beschloß er, die Leitung des Staates selber in die Hand zu nehmen. Am 5. December verfügte er sich in die Sitzung der provisorischen Regierung und erklärte sich zum Dictator: „er wolle den Unordnungen ein Ende machen, er werde sich hauptsächlich mit den inneren Feinden beschäftigen, die bei weitem gefährlicher seien als die äußeren." Die provisorische Regierung, erschreckt, willigte sofort in dieses Ansinnen und Chlopicki behielt die bisherigen Mitglieder derselben, mit Ausnahme Lelewel's, als Ministerium bei. Er konnte einen solchen Schritt wagen, ohne fürchten zu dürfen, daß er mißglückte. Denn er war der gefeiertste Mann in ganz Polen. Nicht nur das ganze Heer war ihm treu ergeben, sondern auch die übrigen Klassen des Volkes schauten auf ihn als auf ihren Retter. Man dachte sich ihn als den verkörperten Volksgeist; man setzte Eigenschaften bei ihm voraus, die er entweder gar nicht oder wovon er sogar die entgegengesetzten besaß.

Seine erste Thätigkeit war gegen die Bewegungspartei gerichtet. Er schloß die politischen Clubs, beschränkte die Presse und suchte Ruhe und Ordnung zu erhalten. Er verzweifelte an jedem glücklichen Ausgange eines Krieges mit Rußland. Seine Absicht ging daher auf die Herstellung eines guten Einvernehmens mit dem Kaiser. Zu diesem Ende schickte er den Fürsten Lubecki und den Grafen Jezierski an Nikolaus mit dem Auftrage, nur die Wiederherstellung der Constitution von 1815 zu verlangen. Diesen gelang es mit genauer Noth in Petersburg vorgelassen zu werden, nur dadurch wurde ihnen die Audienz gestattet, daß sie nicht als Abgesandte irgend einer polnischen Behörde, sondern als Privatpersonen zu erscheinen erklär-

ten. Der Erfolg ihrer Unterredung war vorherzusehen. Nikolaus verlangte unbedingte Unterwerfung: er denke nicht daran, mit seinen empörten Unterthanen sich in Unterhandlungen einzulassen. Anfangs Januar 1831 verließ der Graf Jezierski Petersburg — der andere Abgesandte, Fürst Lubecki, blieb daselbst zurück. Am 15. langte jener in Warschau an. Auf dem Wege dahin bemerkte er allenthalben die Märsche der russischen Truppen. Die Nachrichten, welche er mitbrachte, ließen keinen Zweifel mehr übrig, daß eine Aussöhnung mit dem Kaiser nicht mehr möglich sei. Chlopicki berief sogleich den Nationalrath und sein Ministerium, theilte die erhaltenen Nachrichten mit und — schlug die vom Kaiser verlangte Unterwerfung vor. Aber daran war bei der Stimmung der Nation nicht mehr zu denken. Chlopicki erklärte daher, daß er die Dictatur niederlege, und wies den ihm angebotenen Oberbefehl über das Heer ab.

Es war jetzt vor Allem nöthig, einen neuen Feldherrn und eine neue Regierung zu ernennen. Die Kammern waren schon von Chlopicki auf den 19. Januar 1831 einberufen worden. Gleich am 20. Januar beschäftigten sie sich mit der schwierigen Wahl eines Oberfeldherrn. Zuletzt vereinigten sich die Stimmen auf den Fürsten Radziwill, der zwar unbedeutend war, von dem man aber wußte, daß er mit Chlopicki gut stehe und sich von diesem die nöthigen Rathschläge ertheilen lassen werde. Die Nachricht von dem Anmarsche der russischen Truppen benutzte die Bewegungspartei, um den Reichstag zu einem entscheidenden Schritte zu stimmen. Auf den Vorschlag Roman Soltyk's wurde am 25. Januar 1831 vom Reichstage der polnische Thron für erledigt erklärt und eine neue Regierung von fünf unverantwortlichen Männern mit Czartoryski als Präsident ernannt. Von diesen gehörten vier der gemäßigten, nur Lelewel der demokratischen Partei an. Die fünf Herren hatten alle Rechte, welche nach der Verfassung dem Könige zukamen, mit Ausnahme der Bestätigung oder Verwerfung der Reichstagsbeschlüsse, der Entscheidung über Krieg und Frieden, der Ernennung der Mitglieder der ersten Kammer, welche Rechte alle den Landboten vorbehalten wurden, und endlich der Bestimmung der Kriegsoperationen, welche nur dem Oberfeldherrn zukam. Die erste Phase der Revolution war vorüber: jetzt konnten nur noch die Waffen entscheiden.

c. Die Kriegsbegebenheiten.

Die polnische Armee (80,000 Mann), tapfer und begeistert, ersetzte durch die Vaterlandsliebe, von welcher sie erfüllt war, das, was ihr an Stärke und Zahl abging. Aber es fehlte ihr an einer geschickten Leitung. Den Oberbefehl führte dem Namen nach Fürst Radziwill, allein im Wesentlichen leitete Chlopicki die Bewegungen, aber auch er war dieser Aufgabe nicht gewachsen. Er verzweifelte von vornherein an einem glücklichen Ausgange des Krieges und

meinte, die polnische Armee hätte nichts weiter zu thun, als vor den Mauern von Warschau eine Hauptschlacht gegen die Russen zu liefern, um wenigstens die Ehre der Waffen zu retten: die Schlacht würde aber verloren gehen und mit ihr die Revolution. Aus dieser Anschauung Chlopicki's erklärte sich, warum von den Polen gar nichts geschah, um den Russen das Einrücken über ihre Grenzen zu verhindern.

Der russische Anführer, Feldmarschall Diebitsch, hatte den Plan, geradezu auf Warschau loszugehen, wo er die Polen zu sprengen, die Stadt zu nehmen und auf diese Weise den Krieg mit einem Schlage zu beendigen gedachte. Am 5. und 6. Februar 1831 ging das ganze russische Heer (118,000 Mann) auf eilf verschiedenen Punkten über die Grenze, und folgte den sich zurückziehenden polnischen Truppen auf dem Fuße. Am 19. Februar kam es bei Wawer zur ersten Schlacht. Anfangs war der Sieg auf Seite der Polen, doch ward er ihnen wieder entrissen, als die Russen neue Verstärkung erhalten. Am 20. erneuerte sich der Kampf bei Grochow, ohne daß er jedoch zu einer Entscheidung geführt hätte. Die Polen nahmen eine feste Stellung bei Grochow ein.

Diebitsch war inzwischen in der Nähe von Warschau angekommen und gedachte am 25. Februar die Hauptschlacht zu liefern. Er mochte 70,000 Mann stark sein, die Polen 45,000. Der Schlüssel der polnischen Stellung war ein Erlenwäldchen vor Grochow, um welches von früh 9 bis 2 Uhr Nachmittags gestritten wurde. Dreimal nahmen es die Russen, dreimal wurden sie zurückgeworfen. Endlich raffte Diebitsch an 36 Bataillone zusammen und führte sie selber gegen den Feind. Vor dieser Uebermacht mußten sich endlich die Polen, welche bis auf den Tod erschöpft waren, zurückziehen. Diebitsch wollte diesen Augenblick benutzen, um sie vollends auseinander zu sprengen. Er ließ die Reiterei gegen sie voranrücken. Aber der Boden war für dergleichen Evolutionen nicht günstig. Die Sprengung der polnischen Linie mißlang: im Gegentheil, die russische Reiterei erlitt beträchtliche Verluste und die Polen zogen sich noch in guter Ordnung bis Praga und Warschau zurück. Die Schlacht bei Grochow war ungemein blutig gewesen. Die Russen verloren gegen 12,000 Mann, die Polen ungefähr die Hälfte. Letztere konnten sich indessen doch nicht verhehlen, daß sie geschlagen worden seien, und dies verursachte eine augenblickliche Entmuthigung. Ein entschiedenes mächtiges Vordringen Diebitsch's bis Praga noch in derselben Nacht, wie es der Chef des russischen Generalstabs, Graf Toll, angerathen, hätte vielleicht der Schlacht eine entscheidende Folge gegeben. Aber Diebitsch hatte seine guten Gründe, warum er den Kampf nicht fortsetzte. Den Uebergang über die Weichsel konnte er wegen des eingetretenen Thauwetters nicht mehr bewerkstelligen; auch fehlte es ihm an dem nöthigen Schießbedarf: er mußte erst auf neue Zufuhren warten.

Unterdessen hatte sich in dem Lager der Polen Manches verändert. Chlopicki war in der Schlacht bei Grochow, wo er sich mit dem größten Heldenmuthe benommen, so gefährlich verwundet worden, daß er nicht weiter befehligen konnte. Radziwill, der die Stimmung gegen ihn unverhohlen sich äußern sah, dankte selber ab. Die Generäle beriethen sich nun, wen sie an seine Stelle setzen sollten. Unter allen hatte sich in den letzten Schlachten, besonders aber auch in der von Grochow, am meisten Skrzynecki durch Tapferkeit und Kaltblütigkeit ausgezeichnet. Für ihn entschied sich auch die öffentliche Meinung. Die Generäle schlugen ihn vor, die Regierung war damit einverstanden, der Reichstag bestätigte die Wahl. Skrzynecki gab sich sofort außerordentliche Mühe, den Muth der Truppen aufzurichten, die gelichteten Bataillone wieder zu ergänzen, die verlornen Waffen zu ersetzen, Kriegsbedarf herbeizuschaffen, neue Aushebungen zu veranstalten. Auch benutzte er die Zeit der Ruhe, um mit Diebitsch Unterhandlungen anzuknüpfen und zwar in dem Sinne der Politik der Erhaltungspartei; zugleich wollte man Zeit gewinnen. Der letztere Zweck ward am meisten erreicht, denn als um die Mitte März die Feindseligkeiten wieder begannen, war die polnische Hauptarmee bis auf 51,000 Mann angewachsen, abgesehen von den besonderen Corps, welche 25,000 Mann zählten.

Da Diebitsch an dem glücklichen Ausgange eines Kampfes vor Praga und an einer Erstürmung Warschau's von dieser Seite her verzweifelte, so wollte er oberhalb Warschau über die Weichsel setzen, und den Polen in die Flanke kommen. Zu diesem Ende ließ er allmählich seine Corps aus der Nähe von Praga aufbrechen und sich langsam gegen den zum Uebergange auserseh enen Punkt hinbewegen. Um diese seine Seitenbewegung zu verdecken, ließ er das Rosen'sche Corps noch vor Praga zurück, eine Zeit lang war die ganze russische Armee von der äußersten rechten bis zur äußersten linken Spitze in verschiedene kleinere Abtheilungen zerstreut, welche so weit von einander entfernt waren, daß sie sich nicht zu Hülfe kommen konnten. Allein der polnische Heerführer wußte diesen äußerst günstigen Umstand nicht zu benutzen. Mit einiger Energie und Gewandtheit konnte ein russisches Corps nach dem andern von der polnischen Hauptarmee vernichtet werden, wenn diese sich mit Ueberlegenheit auf jedes vereinzelte warf. Allein Skrzynecki war eben so, wie Chlopicki, nur ein guter Divisions-General, aber kein strategisches Genie. Er begnügte sich, eben so wie Diebitsch, sein Heer in entsprechenden Abtheilungen den einzelnen russischen Corps gegenüber zu stellen; nur einzelne Scharmützel erfolgten da und dort, ohne jedoch zu einem Ergebnisse zu führen.

Während nun durch Skrzynecki's Unthätigkeit für die Polen ein höchst günstiger Augenblick unbenutzt vorüberging, sollten die um dieselbe Zeit unternommenen Versuche, in Volhynien und Litthauen einzufallen und dort den Volksaufstand hervorzurufen, ebenfalls

einen unglücklichen Ausgang haben. Denn es war wiederum ein Fehler Skrzynecki's, daß er nicht die nöthige Truppenmasse zu dem Einbruche in jene Provinzen verwendete. So hatte Dwernicki, welcher in Volhynien einfiel, nur 6000 Mann erhalten, während ihm General Rüdiger mit 15,000 Mann gegenüber stand. Gegen diese Uebermacht stritt er mit dem größten Heldenmuthe; auch wurde er nicht geschlagen, aber es war ihm doch unmöglich, seinen Zweck zu erreichen, denn Rüdiger zog immer neue Truppen an sich und verhinderte ihn, in das Innere des Landes vorzudringen. Endlich zog er sich, von Rüdiger gedrängt, über die österreichische Grenze zurück; er selbst mußte als Gefangener in Oesterreich bleiben, dem größten Theile seiner Mannschaft gelang es aber, wieder nach Polen zu entkommen. Zwar versuchte der Adel in Volhynien, Podolien und der Ukraine im Monate Mai einzelne Aufstände, allein ohne gute Leitung und daher ohne Erfolg.

Auch in den nördlichen russischen Provinzen war der Aufstand ausgebrochen. Samogitien erhob zuerst die Fahne der Empörung: bereits im März. Dann folgte Litthauen. Aber derselbe Fehler, welcher die Empörung in den südlichen Provinzen scheitern machte, vereitelte sie auch im Norden. Die Aufständischen vereinigten sich nicht zu großen Massen, um die wenigen Russen mit Uebermacht anzugreifen und zu schlagen. Vielmehr zerstreuten sie sich in vereinzelten Haufen über das ganze Land, um einen Parteigängerkrieg zu führen. Dadurch gewannen die Russen Zeit: sie sammelten allmählich ihre Kräfte und zerstreuten die einzelnen Haufen.

Während diese Aufstände in den südlichen und nördlichen russischen Provinzen sich erhoben, blieb Skrzynecki mit seiner Armee Diebitsch gegenüber stehen, ohne eine Schlacht zu wagen, obschon er eben so stark, ja, noch um etwas stärker, als dieser war und sich ihm mehrere Gelegenheiten darboten, den Russen Verluste beizubringen. Inzwischen gingen die Aushebungen fort und das polnische Heer wurde Anfangs Mai, ohne die Besatzungen von Warschau, Praga, Modlin und Zamosc, auf 76,000 Mann mit 141 Geschützen gebracht. Nie hat ein Land in neuester Zeit, im Verhältniß zu seiner Bevölkerung und seinem Reichthum, zur Vertheidigung seiner Unabhängigkeit größere Anstrengungen gemacht. Aber die Befähigung der Führer entsprach nicht der Begeisterung der Massen. So blieb Skrzynecki 4 Wochen lang fast unthätig und ließ wiederholt die treffliche Gelegenheit vorübergehen, die russischen Garden, welche unter dem Oberbefehl des Großfürsten Michael auf dem äußersten Flügel des Hauptheeres standen, anzugreifen und zu vernichten. Nachdem er seinen Plan mehrmals verändert, stets den rechten Moment zu einem Angriffe auf den Großfürsten versäumt und Diebitsch Zeit gelassen hatte, zur Unterstützung der Garden herbeizueilen, kam es endlich am 26. Mai bei Ostrolenka am linken Ufer des Narew zu einer Schlacht, in welcher Skrzynecki schon gleich von Anfang an, durch

die Aufstellung seiner Truppen zu beiden Seiten des Flusses, den größten Fehler beging. Sodann zog er die Division Gielgud, welche in Lomza stand, nicht an sich heran, war demnach nur 30,000 Mann stark; während Diebitsch deren 40,000 hatte, abgesehen von den Garden, welche ihm auf dem Fuße folgten und sein Heer auf 61,000 Mann verstärkten, mit 270 Geschützen. Um 7 Uhr Morgens greift Diebitsch die Polen auf dem linken Ufer des Narew an. Sie wehren sich hier bis 11 Uhr, dann ziehen sie sich über die Brücke zurück. Zwei Regimenter werden aber von den Russen abgeschnitten, und es gelingt ihnen nur durch die unglaublichste Tapferkeit, sich durch die russische Armee durchzuschlagen und, natürlich unter ungeheuern Verlusten, das jenseitige Ufer zu erreichen. Ein Theil des russischen Heeres rückt sogleich nach. Skrzynecki, jetzt erst von dem Uebergange der Russen benachrichtigt — das Hauptquartier befand sich eine kleine Meile entfernt —, sprengt eiligst heran, verliert aber völlig den Kopf. Er gibt den unsinnigen Befehl, die Brücke wieder zu nehmen und zu zerstören, wobei die polnischen Bataillone das Kreuzfeuer von 140 russischen Geschützen auszuhalten hatten, welche auf dem linken Ufer des Narew auf beiden Seiten der Brücke aufgestellt waren. Die besten Truppen der Polen werden haufenweise niedergeschmettert. Zu allem Ueberflusse geht den polnischen Geschützen die Munition aus. Die Schlacht endete um 8 Uhr. Die Russen hatten 9000 Leute verloren, die Polen 7000. Die polnischen Generäle beschlossen, am folgenden Tage den Rückzug gegen Warschau anzutreten. Diebitsch auf der andern Seite, ebenfalls schwer mitgenommen, dachte nicht daran, seinen Sieg zu verfolgen. Er ließ die Polen ruhig ziehen. Nicht lange indeß überlebte er die Schlacht bei Ostrolenka. Am 10. Juni starb er plötzlich in Pultusk, angeblich an der Cholera. Andere behaupten, es sei ihm Gift beigebracht worden: in Petersburg sei man unzufrieden mit seiner Kriegführung gewesen; man habe ihn auf diese Weise aus dem Wege räumen wollen. So viel ist gewiß: der General-Adjutant des Kaisers, Graf Orloff, war einige Tage vorher bei Diebitsch angekommen, um sich nach dem Zustande der Truppen zu erkundigen, und er verhehlte ihm nicht, daß man schlimme Dinge darüber nach Petersburg berichtet habe. Wenige Tage darauf, am 27. Juni, starb auch der Großfürst Konstantin zu Witepsk, und merkwürdig, ebenfalls kurz nach der Ankunft des Grafen Orloff. Er hatte während des Feldzuges, wobei er eine Abtheilung des russischen Heeres befehligte, eine sonderbare Rolle gespielt. Polnische Schriftsteller selbst erzählen, daß er sich über den Widerstand der polnischen Truppen gefreut habe, vielleicht weil er in ihrer Tapferkeit das Ergebniß seiner fünfzehnjährigen Oberleitung zu erkennen glaubte, vielleicht auch aus anderen Gründen.

Nach der Schlacht bei Ostrolenka stand die Sache der Polen, trotz der erlittenen Verluste, keineswegs so schlecht. Die Hülfsmittel waren noch lange nicht erschöpft: die Lücken des Heeres konnten

wieder ergänzt werden; noch hatte man das Volk in Masse nicht aufgerufen; der polnische Soldat hatte während des Feldzuges eine außerordentliche Tapferkeit bewiesen; fast immer hatten die Polen gegen eine Uebermacht zu kämpfen und doch war es den Russen noch nicht gelungen, ihnen eine entscheidende Niederlage beizubringen. Dagegen hatten die Russen ungeheuere Verluste erlitten. Nicht nur das Schwert der Polen, sondern auch die Cholera hatte ihre Reihen auf eine furchtbare Weise gelichtet. Entbehrten sie doch der nöthigen Verpflegung, welche den Polen in reichlichem Maße zu Theil wurde. Die so stolze russische Armée war um die Mitte des Jahres fast auf die Hälfte ihres ursprünglichen Bestandes herabgesunken. Um diese Lücke auszufüllen, waren die größten Anstrengungen nöthig. Denn auch der Aufstand in Litthauen war noch keineswegs unterdrückt, vielmehr schickte die diplomatische Regierung den General Gielgud, einen der großen litthauischen Grundherrn, auf dessen Einfluß auf Adel und Volk man rechnete, mit seiner ganzen Division so wie den General Dembinski mit 3000 Mann dorthin, und diese Truppen, im Ganzen 12,000 Mann, schienen hinreichend, um der Empörung in Litthauen einen neuen Schwung zu geben.

Aber alle Aussicht auf Unterstützung der Polen Seitens der übrigen Mächte erwies sich immer mehr als eine täuschende: Frankreichs neue Regierung war noch zu wenig befestigt und auch zu friedliebend, um sich mit Rußland zu verfeinden, England war zu sehr mit der Reformbill und der belgischen Frage beschäftigt, um den entfernten polnischen Angelegenheiten eine besondere Aufmerksamkeit zu widmen, Fürst Metternich trat zwar durch den österreichischen Consul in Warschau mit der revolutionären Regierung in Unterhandlung und bot die Hand zur Wiederherstellung der polnischen Nationalität, aber unter der Bedingung, daß Polen einen österreichischen Erzherzog zum Könige wähle und daß der Vorschlag dazu von Frankreich und England ausgehe; bald jedoch traten die Ereignisse in Italien (s. S. 211) dazwischen, um die anfänglich mildere Auffassung des polnischen Aufstandes vollständig zu ändern und Oesterreich in seine alte Stellung, als unbedingten Hort des Bestehenden, zurückzuwerfen. Nur die Pforte, welche in der Unterstützung der Polen eine günstige Gelegenheit erblickte, sich an Rußland für alle in den letzten Jahren erduldeten Kränkungen zu rächen, entschloß sich, trotz der Erschöpfung ihrer Kräfte, einen Augenblick zum Handeln und trat auch mit Persien und den Völkern des Kaukasus in Unterhandlung, um diese gleichfalls zum Kriege gegen Rußland zu bestimmen. Im geheimen Einverständnisse mit dem französischen Gesandten (Guilleminot) in Constantinopel betrieb die Pforte selbst umfassende Kriegsrüstungen, stellte dieselben aber sofort ein, als Ludwig Philipp, um die übrigen Mächte zu beschwichtigen, seinen Gesandten in Constantinopel verläugnete und abberief. Preußen nahm von Anfang an eine offenbar feindselige Stellung der polni-

schen Revolution gegenüber ein, wies alle Unterhandlungen mit den Rebellen zurück, stellte vier Armeecorps an der Grenze auf und verhinderte jede Zufuhr nach Polen, während es dem russischen Heere Lebensmittel, Kriegsbedarf u. s. w. lieferte, und würde dasselbe wohl im Falle einer Niederlage gastfreundlich auf preußisches Gebiet aufgenommen haben.

Unter solchen Umständen waren also die Polen lediglich auf ihre eigene Kraft angewiesen. Diese wurde jedoch unendlich geschwächt durch innere Zerwürfnisse zwischen der (demokratischen) Bewegungspartei und der (aristokratischen) Erhaltungspartei (s. S. 216), deren Gegensätze im Laufe der Zeit immer schroffer hervortraten und die gegenseitige Erbitterung fortwährend steigerten.

Inzwischen hatte, nach dem Tode des Feldmarschalls Diebitsch, Graf Paskewitsch-Eriwanski, der sich sowohl in dem Kriege mit Persien (s. S. 104), als in dem letzten türkischen (s. S. 108) hervorgethan, den Oberbefehl über die russischen Truppen in Polen erhalten. Dieser verlegte den Hauptschauplatz des Krieges auf das linke Ufer der Weichsel, indem er bei Osiek, dicht an der preußischen Grenze, über den Strom ging. Dies geschah deßhalb, weil die Gegenden, welche Diebitsch zu seiner Operationsbasis gewählt hatte, zu ausgesogen waren, um dem russischen Heere den nöthigen Lebensunterhalt zu verschaffen, weil ferner der Kriegsbedarf des Heeres wegen des Aufruhrs der litthauischen Provinzen nicht mehr aus dem Innern Rußlands mit Sicherheit bezogen werden konnte, und endlich, weil die Russen, wenn sie in Folge einer Niederlage gezwungen worden wären, Polen zu räumen, unfehlbar in den aufständischen litthauischen Provinzen ihren Untergang gefunden hätten.

Sowohl während des Zuges des russischen Heeres bis nach Osiek, als beim Uebergange über die Weichsel, und beim Zuge nach Warschau heran, boten sich für die Polen die günstigsten Gelegenheiten dar, die Russen mit Erfolg anzugreifen. Skrzynecki aber ließ die Russen ruhig die Weichsel überschreiten, denn ihm kamen damals gerade Nachrichten der französischen Regierung zu, welche eine glückliche Beilegung der polnischen Frage in etwa zwei Monaten in Aussicht stellten. Skrzynecki verstand die Sache so, daß er sich mit den Russen nicht schlagen solle. Das Heer wußte natürlich von diesen Dingen nichts. Die unbegreifliche Unthätigkeit des Oberfeldherrn warf einen Geist der Entmuthigung, der Unzufriedenheit und wohl auch der Zuchtlosigkeit in das polnische Heer, welches unbeschäftigt bei Warschau stand. Dazu kamen nun noch in jener Zeit die Nachrichten von dem unglücklichen Ausgang der Unternehmung nach Litthauen. Die Schuld trug theils die Unfähigkeit, theils die Uneinigkeit der Führer, die schon jetzt nicht mehr daran dachten, sich ernstlich zu schlagen, obschon sie mit den einzelnen Corps der Aufständischen noch 18,000 Mann stark waren. Ihre Absicht stand danach, über die preußische Grenze zu flüchten. Weil sie aber mit Recht

eine Empörung der entrüsteten Truppen fürchteten, führten sie dieselben noch einmal gegen den Feind, absichtlich so schlecht, daß sie eine Niederlage erleiden mußten. Darauf gingen Gielgud und Chlapowski am 12. Juli bei Memel über die preußische Grenze, um dort die Waffen zu strecken. Gielgud erreichte aber in diesem Augenblicke sein Schicksal. Er wurde von einem polnischen Officier, der längst in ihm einen Verräther gesehen, erschossen. Der einzige Dembinski dachte nicht daran, zu flüchten. Er zog die Reste der Polen, ungefähr 4000 Mann, an sich, und führte diese unter den mühsamsten und schwierigsten Märschen, beständig verfolgt von den Russen, von den äußersten Grenzen Samogitiens durch Litthauen hindurch glücklich bis nach Warschau zurück, wo er am 3. August, begrüßt von dem endlosen Jubel der Bevölkerung, ankam.

Da trotz des beständigen Vorrückens des russischen Heeres Skrzynecki aus seiner Unthätigkeit nicht herauszubringen war, und auf Befragen des Reichstages die größte Anzahl der höheren Officiere ihn als unfähig für den Oberbefehl erklärte, so wurde er seiner Stelle entsetzt und Dembinski, welcher durch seinen glücklich vollendeten Rückzug der Held des Tages geworden, zunächst zum Stellvertreter des Generalissimus ernannt. Dieser, obwohl ein entschiedener Anhänger des Krieges gegen Rußland, war wegen seiner langen Abwesenheit von Warschau über die eigentliche Stellung der Parteien wenig unterrichtet, ließ sich daher leicht täuschen und, da die Erhaltungspartei sich seiner bemächtigt hatte, so erklärte er in die Fußstapfen seines Vorgängers, der ihn dem Heere vorstellte, treten zu wollen. Dadurch verlor er auch das Vertrauen der Truppen, um so mehr, als er deren Rückzug nach Warschau anordnete, ohne eine Schlacht zu liefern.

Unter solchen Umständen, glaubte die Bewegungspartei, sei keine Zeit mehr zu verlieren, um durch eine rasche und kühne That das bisherige System, welches auf den Untergang des Vaterlandes hinarbeite, zu stürzen und die Leitung der Dinge in ihre Hände zu bringen. Am 15. August, gegen Abend, bewegte sich ein zahlloser Haufe gegen das Regierungsgebäude; die Leiter der patriotischen Gesellschaft begaben sich in das Zimmer, wo die Regierungsmitglieder ihre Sitzungen hielten, und stritten sich mit ihnen über das bisher befolgte System herum. Der Auftritt führte zu keinem Ergebniß. Von da zog das Volk gegen das Schloß, wo die angeblichen Verräther eingekerkert waren. Das Schloß wird gestürmt, die Gefangenen herausgerissen und auf das gräulichste ermordet. Es waren mehrere Generäle, ein Beamter des Kriegs-Ministeriums, der Kammerherr des Großfürsten Konstantin und eine russische Frau. Von da begab sich der Haufe in andere Gebäude, wo russische Spione gefangen waren, und mordete Schuldige oder Unschuldige, ungefähr dreißig an der Zahl.

Mitten in diesem Tumult verloren alle Behörden der Hauptstadt

den Kopf: Czartoryski entfloh in das Lager, die meisten übrigen Mitglieder der Regierung versteckten sich. Diese Verwirrung benutzte der General Krukowiecki, um die Gewalt an sich zu reißen. Dieser ehrgeizige Edelmann hatte dadurch, daß er auf Skrzynecki schimpfte und von energischen Maßregeln sprach, die Meinung zu erwecken gesucht, daß er allein der Mann sei, welcher es verstände, das Vaterland zu retten. Man ernannte ihn alsbald zum Gouverneur der Hauptstadt, und die Regierung, von der sich nach und nach drei Mitglieder wieder zusammen gefunden, bestätigte ihn in dieser Würde. Von diesem Augenblicke an stieß Krukowiecki die Bewegungspartei, die ihn gehoben, bei Seite und handelte nach seinem eigenen Plane.

Paskewitsch war inzwischen Warschau immer näher gerückt. Die polnische Armee brannte vor Kampfbegierde, aber die Generäle konnten sich über keinen Plan einigen. Anstatt alle Kräfte zur Vertheidigung zusammenzuziehen, wurden auf Krukowiecki's Veranlassung mehrere polnische Corps von Warschau weggeschickt, angeblich um Lebensmittel aufzutreiben, darunter eins von 20,000 Mann unter dem piemontesischen Abenteurer Ramorino gegen Siedlce. Nur 34,000 Mann blieben in der Hauptstadt zurück.

Am 6. September griffen die Russen die erste Linie der polnischen Verschanzungen an; die einzelnen polnischen Generäle handelten in dieser äußersten Gefahr ein jeder für sich, wie sie im Anfange des Krieges bei Grochow gethan hatten: Krukowiecki, der die Oberleitung der Schlacht an sich gerissen, gab keine Befehle, Rybinski, der angegangen wurde, dem rechten Flügel zu Hülfe zu eilen, gehorchte nicht. Als Paskewitsch die Hand zu Unterhandlungen bot, rieth Krukowiecki zur Unterwerfung und verlangte in der Nacht vom Reichstage die Ermächtigung zur Capitulation. Da diese nicht ertheilt wurde, so begann der Kampf am 7. September von Neuem und die Russen eroberten, ungeachtet aller Tapferkeit der zu wenig zahlreichen Polen, die zweite Linie der Verschanzungen. Trotz dieser Unfälle, welche nur aus der schlechten Führung entsprangen, war das polnische Heer noch kampfbegierig. Die Russen hatten in den beiden Tagen gegen 20,000 Mann eingebüßt. Auch mangelte es ihnen bereits an Schießbedarf, besonders für die Artillerie, während die Polen noch reichlich mit Allem versehen waren. Gelang es ihnen, den Russen nur noch einen Tag Stand zu halten, so konnte mit einem Male eine neue Wendung erfolgen, Ramorino mit seinen 20,000 Mann anrücken und dadurch das Uebergewicht der Kräfte auf die Seite der Polen bringen. Eine Niederlage Paskewitsch's aber bedrohte sein ganzes Heer mit dem Untergange, und es war das letzte, welches Rußland hatte auftreiben können. Die Russen erkannten sehr wohl die Lage der Dinge, und darum betrieben sie so eifrig die Unterhandlungen. Krukowiecki verlangte seine Entlassung und schüchterte den Reichstag dadurch so ein, daß er in seiner Abendsitzung, welcher indessen wenig Mitglieder beiwohnten, dem General

Krukowiecki die Ermächtigung gab, Verträge abzuschließen, um den Krieg zu beendigen. Krukowiecki, eifrigst bemüht, so schnell wie möglich wieder die Gnade des Kaisers zu erhalten, gibt dem russischen General Berg einen Brief an den Kaiser mit, wonach Polen sich ohne irgend eine Bedingung Rußland wieder unterwerfe. Bald darauf befahl Krukowiecki den Rückzug des polnischen Heeres nach Praga. Aber die kräftigeren Mitglieder des Reichstags durchschauten Krukowiecki's Spiel und wollten ihm mit einem Male ein Ende machen. Noch um 10 Uhr Abends versammelt sich der Reichstag und beschließt die Absetzung Krukowiecki's. Als Berg von Paskewitsch mit neuen Vorschlägen nach Warschau zurückkommt, um mit Krukowiecki zu unterhandeln, findet er diesen entsetzt und muß also auf völlige Unterwerfung der Nation verzichten. Das Einzige, was er erreichte, war die Räumung Warschau's durch das polnische Heer, dem später noch die Räumung Praga's beigefügt wurde, wogegen die Russen den Polen 48 Stunden Waffenstillstand zusicherten, um die Stadt zu verlassen und ihre Streitkräfte in Modlin zu vereinigen. Am 8. September zogen die Russen in Warschau ein.

Auch nach dem Falle Warschau's war die Sache der Polen noch keineswegs als eine verlorene zu betrachten. Ihre Streitkräfte betrugen sammt den Besatzungen im Ganzen noch 68,000 Mann. Auch dachte weder der Reichstag, noch die Regierung daran, den Kampf aufzugeben. Vielmehr wurde Ramorino aufgefordert, sich mit der polnischen Hauptmacht in Modlin zu vereinigen. Aber so wenig Ramorino vor der Schlacht bei Warschau gehorcht hatte, so wenig gehorchte er jetzt. Er handelte unter den Einflüssen der Partei Czartoryski's, welche nach ihrem Sturze seit dem 15. August nach irgend einem Werkzeuge suchte, durch welches sie wieder an die Herrschaft käme. Ramorino war indeß ein viel zu unbedeutender Heerführer, um Erfolge erringen zu können. Von den Russen gedrängt, zieht er sich an die österreichische Grenze nach Galizien zurück, und überschreitet endlich diese am 16. September, wo er mit etwa 10,000 Mann, die ihm noch übrig geblieben, die Waffen streckt.

Nachdem die Russen endlich gesehen, daß Ramorino verloren sei, daß das polnische Heer durch Desertion sich verringere, nahmen sie in den Unterhandlungen auf einmal eine andere Sprache an, verlangten unbedingte Unterwerfung und stellten überhaupt so demüthigende Bedingungen, daß die Polen nicht gut darauf eingehen konnten. Jetzt schien es, als wolle sich Rybinski zur Schlacht entschließen. Doch auf die Nachricht vom Ausgange Ramorino's dachte Rybinski an keinen Kampf mehr. Er zog sich an die preußische Grenze, welche er am 5. October mit 21,000 Mann, den Resten der polnischen Hauptarmee, überschritt. Bald darauf ergaben sich die Festungen Modlin und Zamosc. Die Russen waren wieder die Herren von Polen.

d. Die Reaction.

Durch die Unterdrückung der polnischen Revolution war Rußland einer ungeheuren Gefahr entgangen. Denn nicht bloß das Königreich Polen hatte sich erhoben, sondern im Süden Rußlands: Volhynien, Podolien, Ukraine, im Norden Litthauen und Samogitien; selbst Finnland stand im Begriff, die Waffen zu ergreifen. Rußland wurde nur gerettet durch die verkehrte Kriegführung der Aufständischen, dadurch, daß die Bewegungen eine nach der anderen, nicht zugleich, begannen und daß die Kräfte derselben selbst in einzelnen Provinzen sich nicht vereinigten, sondern vereinzelt handelten. Um sich an denen zu rächen, die ihm eine solche Gefahr bereitet, und zugleich die Quelle zu verstopfen, aus welcher eine solche Gefahr entsprungen, wandte Nikolaus ein furchtbares Schreckenssystem an. Die ganze Nation wurde entwaffnet; den Bauern nahm man selbst ihre Sensen, Verheimlichung der Waffen wurde sofort mit dem Tode bestraft. Dann begannen die Urtheile über die Theilnehmer an der Revolution. Mehr wie 800 wurden bestraft, meist mit Verbannung nach Sibirien, die meisten hatten sich aber bereits ins Ausland geflüchtet; doch ihre Güter wurden eingezogen und theils dem Staatsschatze zugewiesen, theils russischen Edelleuten. Unter dem 26. Februar 1832 erließ der Kaiser ein organisches Statut, welches die Verfassung von 1815, die Alexander I. den Polen verliehen, für immer aufhebt und den letzten Rest von Freiheit und Selbständigkeit der Nation vernichtet. Polen verliert sein selbständiges Heer: die Polen werden von nun an in russische Regimenter gesteckt und nach den entferntesten Ländern gesendet, namentlich nach dem Kaukasus, um sich dort aufreiben zu lassen. Der Reichstag wird aufgehoben, es bleibt nur ein Staatsrath, dessen Mitglieder der Kaiser ernennt, und die auch aus Russen bestehen können. An der Spitze der Regierung steht von nun an Paskewitsch, den der Kaiser zum Fürsten von Warschau ernannte.

Aus dieser Verordnung konnte man schon ersehen, daß es auf die Vernichtung Polens als eines besonderen Königreichs abgesehen war, daß es zu einer bloßen russischen Provinz herabgewürdigt werden sollte.

Aber die russische Regierung gebrauchte noch andere Maßregeln, von welchen sie eine dauerndere Unterdrückung des polnischen Nationalgefühls hoffte. Sie hob die Universitäten Warschau und Wilna auf, und überhaupt alle polnischen Schulen. Erst 1833 wurden wieder neue Schulen eröffnet, aber mit Einrichtungen, welche ebenfalls darauf abzielten, die polnische Nationalität zu ertödten. In diesen Schulen war die Erlernung der russischen Sprache, der russischen Geschichte und Lebensverhältnisse der Hauptzweck. Bezeichnend ist, daß zu Directoren der höheren Lehranstalten meist russische Officiere genommen wurden. Und wie durch die Erziehung, wollte der Kaiser auch durch die Religion die polnische Nationalität untergraben,

indem er den Katholicismus durch die griechische Religion zu verdrängen suchte. Ein kaiserlicher Ukas verordnete, daß Kinder aus gemischten Ehen, zwischen Katholiken und Griechen, unter allen Umständen in der griechischen Religion erzogen werden sollten. Mehrere Bischöfe, welche diesen Ukas nicht anerkennen wollten, wurden verhaftet und ihrer Stellen entsetzt. Im Jahre 1835 sprach es der Kaiser Nikolaus in Warschau gegen die Abordnung des Stadtraths selber unverholen aus, daß er keine polnische Nationalität mehr anerkenne. „Sie haben," sagte er zu den Polen, „zwischen zwei Dingen zu wählen. Entweder beharren Sie bei Ihren Täuschungen über ein unabhängiges Polen, oder Sie leben ruhig und als treue Unterthanen unter meiner Regierung. Wenn Sie aber auf Ihren Träumen von einem eigenen Volksthum, von einem unabhängigen Polen und von allen jenen Hirngespinnsten bestehen, so können Sie nur großes Unglück bereiten. Ich habe hier eine Citadelle errichten lassen, und ich erkläre Ihnen hiermit, daß ich beim ersten Aufstande die Stadt Warschau in Grund schießen lassen werde; und wahrlich, nicht ich werde sie wieder aufbauen lassen."

---

22. Preußen und Oesterreich.

(Nach Adolf Schmidt, Zeitgenössische Geschichten, und Anton Springer, Geschichte Oesterreichs seit dem Wiener Frieden 1809, bearbeitet vom Herausgeber.)

Oesterreich nach dem Wiener Frieden von 1809 und der preußische Staat nach dem Frieden von Tilsit 1807 treten in der Erinnerung sehr nahe an einander. Hier wie dort erscheinen alle Hülfsquellen erschöpft, die politische Macht bis an die Grenze der Vernichtung geschwächt; die sittliche Kraft im Volke ist erlahmt, sein Vertrauen zur Regierung vernichtet, der Glaube an eine bessere Zukunft aus seinem Bewußtsein gewichen. Wenn noch bei der Vergleichung die Wagschale günstiger für den einen oder den anderen Staat sich neigte, so war es nicht Preußen, sondern Oesterreich, das seine Waffenehre gerettet hatte, und, wenn auch zuletzt im Kampfe besiegt, doch an einem Tage wenigstens (21. Mai 1809 bei Aspern) den bisher Unbezwinglichen der Welt niedergeworfen zeigte. Auch der öffentliche Geist, auch die Volkszustände erwiesen sich dem unbefangenen Beobachter in Oesterreich besser und hoffnungsvoller. Stein schrieb noch nach der Schlacht bei Wagram über Oesterreich: „Es ist eine Freude, die Bereitwilligkeit, die unter diesem braven Volke herrscht, Alles zu dulden und aufzubieten, um sich vom Untergang zu erretten, zu sehen." In Preußen dagegen wandelt man den Weg der Unentschlossenheit,

des schwankenden Willens, der zum ruhmlosen Verderben führt.“ Nur wenige Jahre später, und das Bild, welches Stein von den beiden Staaten entworfen hatte, paßt nur, wenn man die Namen Oesterreich und Preußen verwechselt. Dieses war der Hort aller vaterländischen Bestrebungen geworden, auf Preußen hatten alle Muthigen ihre Hoffnungen gesetzt, dort zeigte sich die größte Opferwilligkeit, die begeisterte Hingabe an die allgemeinen öffentlichen Zwecke, dort kühne Entschlossenheit und mannhafte Thatkraft; von Oesterreich hoffte das deutsche Volk nichts, es dachte kaum an dasselbe, so sehr und so rasch war es dem deutschen Gemeinwesen entfremdet worden. Wer mit diesem Reiche länger und näher vertraut war, fand nichts Absonderliches in diesen Wandlungen, er entdeckte in ihnen einfach den Rückgang auf die früheren Zustände, in hohem Grade gefördert und gezeitigt durch den Charakter der Personen, welche seit dem Wiener Frieden die öffentlichen Angelegenheiten leiteten.

Preußens König, Friedrich Wilhelm III., hegte lange nicht die Scheu vor Neuerungen, die seinem Bundesgenossen so eigen war. Beide Naturen offenbarten überhaupt sehr große Verschiedenheiten. Kaiser Franz I. war ein durchaus patriarchalischer Fürst im weitesten Sinne des Wortes, der es liebte, unter die Leute des Volkes zu treten, sie aus allen Theilen des Reiches persönlich an sich herankommen zu lassen, sie vertraulich zu empfangen und wohlwollend zu berathen, wie der Vater seine Kinder. Während seiner italienischen Reise 1825 empfing er über 20,000 Menschen; unzählbar vollends ist die Menge, die allwöchentlich an festgestellten Tagen in der Wiener Hofburg bei dem Kaiser Audienz nahm. Er besaß in dieser Hinsicht eine unversiegliche Geduld, fühlte auch durch die breiteste Rede sich nicht gelangweilt, war vielmehr stets bereit, auf das Kleinste und Einzelnste einzugehen, und da er seine Antworten in dem „gemüthlichen“ Volks-Dialekte ertheilte, in nicht politischen Dingen gewöhnlich auch einen freundlichen, wenngleich nichtssagenden Bescheid gab, so gewann er insbesondere durch diese Audienzen den Ruf einfacher, biederer Menschenfreundlichkeit. Friedrich Wilhelm besaß diese Eigenschaft nicht; er nahm weder eine so vertrauliche, noch eine so erhabene Stellung ein; still, wortkarg, unzugänglich, zog er es vor, im engsten Kreise der Familie zu verkehren, oder sich auf sich selbst zurückzuziehen. Im vollen Gegensatz zu Oesterreich, betrat er frühzeitig den Weg der Reformen. Alles, was an volksthümlichen Organisationen in das Volks- und Staatsleben Preußens eindrang, das hat er mit Hülfe Stein's und Anderer geschaffen. Preußen war auf dem Wege, ein zweites England zu werden. Schon im Jahre 1810 war wie für die einzelnen Provinzen, so für das ganze Land eine Repräsentation in Aussicht gestellt worden, die nach den Befreiungskriegen das Gesetz vom 22. Mai 1815 bindender verbürgte. Aber Friedrich Wilhelm III. verfolgte nicht mit gleichmäßiger Entschlossenheit die einmal betretene Bahn der Reform. Das Stocken rührte indeß nicht sowohl von inne-

ren Anwandlungen, als von äußerem Drängen her. Verschiedene Potenzen begannen, besonders aber auch Oesterreich, von hinten immer stärker zurückzuzupfen, während man von vorne allerhand Schreckbilder der Revolution als Hindernisse vorhielt, Anfangs ohne, dann mit Erfolg, und mit immer größerem. So fiel denn die endlich im Jahre 1823 ins Leben tretende Institution der Provinzialstände (s. S. 23) viel knapper und dürftiger aus, als man erwartet hatte; und die Institution des Reichstages, nach langen Berathungen unter dem Vorsitz des Kronprinzen, der dafür schwärmte und sich an Stein um Rath und Gutachten gewendet hatte, unterblieb völlig (vergl. S. 22).

Dennoch gerieth die Maschine nicht in Stillstand; nur bewegte sie sich immer ausschließlicher auf dem socialen und volkswirthschaftlichen Gebiete. Im Jahre 1818 war die bedeutsame Reform zum Abschluß gekommen, vermöge deren in den verschiedenen preußischen Provinzen alle Binnenschranken wegfielen und das ganze Land zu einem einzigen Zollgebiet umgebildet wurde, das mit damals unerhörter Einfachheit und Mäßigung die Mitte hielt zwischen dem Freihandel und dem allbeliebten Prohibitivsystem, mit dem es vollständig brach. Hieran knüpfte sich nun aber der Plan, für die Ausbreitung dieser Reform außerhalb Landes Propaganda zu machen, das preußische Zoll-System über Deutschland auszudehnen. Klüglich versuchte man es mit den kleinsten und kleineren deutschen Staaten zuerst, um von ihnen allmählich auch zu den größeren aufzusteigen. Seitdem aber stieß die preußische Regierung auf immer größere Hindernisse. Klagen und Gehässigkeiten aller Art, zumal von Seiten der benachbarten Staaten, Retorsions-Maßregeln und Beschwerden beim Bundestage waren die Saat, die Preußen ärntete. Trotzdem hielt es mit Zähigkeit an seinen Bemühungen fest, bis es ihm endlich gelang, durch den Vertrag mit Hessen-Darmstadt vom 14. Februar 1828, das preußische Zollgebiet zu einem preußisch-darmstädtischen Zollverein zu erweitern. Nunmehr wurde man aber in Wien auf das Treiben Preußens in dieser Richtung aufmerksamer; es keimte der Verdacht, als verfolge es politische Einheitszwecke; das schon genährte Mißtrauen schwoll zu entschiedener Opposition an. Diese äußerte sich dadurch, daß Metternich die deutschen Regierungen auf das eindringlichste vor dem Beitritt zu dem preußischen Zollverein warnte.

Da trat die französische Juli-Revolution ein. Die Maßregeln zur Erleichterung seiner Furcht vor der Revolution wurden dem Wiener Cabinet so sehr zur Hauptsache, ja, zum ausschließlichen Gesichtspunkte, daß dagegen alles Andere, und namentlich auch die Furcht vor dem Zollverein, wenn nicht verschwand, doch völlig in den Hintergrund trat. Um aber jene Maßregeln mit Sicherheit am Bundestage durchführen zu können, mußte man vor allem Preußens gewiß sein und ihm in anderen Dingen, d. h. in Bezug auf den Zollverein, durch die Finger sehen. Unter diesen Umständen wurden

die Mühen des Berliner Cabinettes jetzt mit den großartigsten Erfolgen gekrönt. Schon 1831 erwuchs der preußisch-darmstädtische Zollverein durch den Beitritt Kurhessens zum preußisch-hessischen, der endlich durch die Verträge des Jahres 1833 mit Baiern, Württemberg und Sachsen in das lang ersehnte Ziel, in den großen deutschen Zollverein überging.

Während Franz I. bisher aus Haß gegen alle Neuerungen dem Volke und dessen Gliedern nichts überlassen hatte, sondern Alles selber prüfen, Alles selber thun wollte, und aus Furcht, daß das Neue unvermerkt in seine eigensten Handlungen hereinschlüpfen könne, mit der Zeit eine große Zähigkeit im Erwägen und Langsamkeit im Entschließen sich angeeignet hatte, mußte er sich doch im März 1829 bei zunehmender körperlicher Schwäche entschließen, um der endlosen Verzögerung kaiserlicher Entscheide einiger Maßen abzuhelfen, einen Theil der Regierungsgeschäfte an den Kronprinzen, den Erzherzog Ferdinand, zu übertragen. Der Zusammensturz der Dinge in Frankreich (1830) und dessen Nachwehen in anderen Ländern erschütterten seine Kraft vollends. Am 2. März 1835, nachdem er eben das 68. Lebensjahr angetreten, schloß er eine Laufbahn, in der Wille und Geschick so oft den schärfsten Contrast gebildet hatten. Seine große Geschäftsthätigkeit war zu ausschließlich auf den Augenblick, zu wenig auf die Zukunft berechnet gewesen, zu sehr auf kleine und kleinste Kreise, zu wenig auf die großen der Völker oder auf den größten der Gesammtheit gerichtet. Bei allen anerkennenswerthen Eigenschaften erschien Franz I. in kleinen Angelegenheiten groß, in großen nur allzu oft klein, er regierte von heute auf morgen, er regierte die Theile eines Ganzen, aber nicht das Ganze, oder richtiger: er regierte nicht, er verwaltete nur.

Der sterbende Kaiser hatte seinem Nachfolger ein angeblich eigenhändiges politisches Testament hinterlassen,*) in welchem er ihn ermahnte, zu regieren, wie er selbst regiert, und in keiner Weise sich auf Neuerungen einzulassen; zugleich empfahl er ihm den Fürsten Metternich als seinen besten Freund und treuesten Diener; ihm möge er ganz vertrauen und ohne ihn nichts unternehmen.

War denn aber die Erbschaft, die Franz I. seinem Nachfolger hinterließ, so vollkommen, daß jeder Versuch einer Verbesserung ein Verderb gewesen wäre? Zunächst war es kein Staat, was er ihm hinterließ, sondern nur eine Sammlung von „Erbländern".**) Auf der Basis der Personal-Union standen dieselben nur lose unter einander verbunden da, ohne einen anderen gemeinsamen Schwerpunkt oder ohne eine andere Einheit, als diejenige, die in der Person des ge-

---

*) A. Springer, Geschichte Oesterreichs seit 1809, S. 443, hält das Testament für unecht, von einem Verehrer Metternich's ersonnen.

**) Czörnig, Oesterreichs Neugestaltung 1848—1858. 1858. S. 2. Dessen Ethnographie der österr. Monarchie. 1857. Bd. I. Abth. I. S. 225.

meinsamen Beherrschers der verschiedenen Länder, des Trägers der verschiedenen Kronen dargestellt war. Welch' eine Fülle von Unzuträglichkeiten mußte allein schon fort und fort aus dieser einen Quelle fließen! Derselbe Fürst sollte zugleich deutsch, czechisch, magyarisch, polnisch, kroatisch, italienisch u. s. w. fühlen und denken können! sollte jedem Volke, jedem Lande, jeder der verschiedenen Culturstufen gegenüber in Stimmung, Einsicht und Urtheil abwechselnd oder sogar gleichzeitig ein Anderer sein! Ferner war es keineswegs eine so streng absolute Regentengewalt, die dem Nachfolger überantwortet wurde. Eine Beschränkung derselben war schon in den ständischen Verfassungen einer Reihe von Ländern oder Provinzen gegeben, die bald einen größeren bald einen geringeren Einfluß in Bezug auf Steuerbewilligung und manche wichtige Verwaltungszweige ausübten, und deren Rechte durch meist periodisch wiederkehrende Landtage in Geltung erhalten wurden. Freilich, Kaiser Franz hatte ihnen nur den möglich geringsten Einfluß auf Verwaltungs-Gegenstände, und beinahe gar keinen auf die Gesetzgebung gestattet. Aber ließ sich dem Nachdruck eines verstärkten Andranges immer die bloße Verneinung entgegensetzen? Hatte man doch noch so eben, im Februar 1835, dem siebenbürgischen Landtag gegenüber sich nur für den Augenblick durch eine Auflösung zu helfen gewußt, weil die hartnäckige Opposition mit ihren siegreichen Mehrheitsbeschlüssen die Regierung in Verlegenheit brachte! Und hatte nicht auch der ungarische Reichstag, der 1832 einberufen und noch immer nicht geschlossen war, so zähe Ansprüche auf Aenderungen an den Tag gelegt, daß es mehr als fraglich sein mußte, ob die neue Regierung es werde wagen dürfen, ihm einen fortdauernden Widerstand entgegenzustellen! Dazu kam nun ein Regierungssystem, welches im Grunde nur als ein Nicht-Regierungssystem gelten durfte, indem das einzige demselben zu Grunde liegende Princip darin bestand, die Souverainetätsrechte ungeschmälert aufrecht zu erhalten und alle Ansprüche der Völker auf Theilnahme an der Regierung zu verneinen. Diese autokratische Tendenz stand aber im Widerspruche mit dem zugleich vom Erblasser geübten und empfohlenen patriarchalischen Charakter des Regierungssystems. Es gehört in der That zu den allergemüthlichsten Widersprüchen, daß dieselbe Regierung einerseits auf Grund der absolutistischen Maxime eine Menge ausländischer Druckschriften verbot, andererseits aber auf Grund der väterlichen Maximen sie zu lesen gestattete. Denn überall waren die verbotenen Bücher zu erlangen; und es gehörte zum guten Ton, sie gelesen zu haben, sie zu loben. So erschöpfte die Regierung aus väterlichem Pflichtgefühl ihre beste Kraft in den kleinlichsten und peinlichsten Vorschriften aller Art, die dann doch großen Theils nicht gehandhabt wurden und unbeachtet blieben oder gar Spott und Murren erregten. Sie glich, sagt der Verfasser der Genesis,*) einem

*) (Graf Hartig) Genesis der Revolution in Oesterreich, 3. Aufl.

gutmüthigen Vater, der seine Kinder beständig meistert, und dennoch ihnen meist durch die Finger sieht. Alle diese Thatsachen und Widersprüche konnten nur dazu dienen, die völlige Unhaltbarkeit des Regierungssystems zu beweisen. Und dennoch sollte an diesem System nichts verändert, der innere und äußere Widerspruch verewigt, und dem Erblasser geglaubt werden: daß es das einzig richtige sei? Und wie das Regierungssystem, so wirkte auch der complicirte Regierungs-Organismus darauf hin, gerade das, was beide erzielten, das Regieren, zu verhindern. Ministerien im eigentlichen Sinne gab es damals nicht, so wenig wie ein Gesammt-Ministerium; an ihrer Stelle, und vereinzelt, fungirten sieben in ihren Competenzen seltsam abgegrenzte „Hofstellen“ (die vereinigte Hofkanzlei für die inneren Angelegenheiten, die allgemeine Hofkammer für die Finanz- und Handelsangelegenheiten, die oberste Justizstelle, der Hofkriegsrath, das General-Rechnungs-Directorium, die Polizei- und Censur-Hofstelle, endlich die geheime Haus-, Hof- und Staatskanzlei für die Geschäfte des kaiserlichen Hauses und die auswärtigen Angelegenheiten). Seitdem Franz I. alle Fäden der Verwaltung in seinen Händen concentrirte, waren die Hofstellen von Theilnehmern an der Staatsregierung zu bloßen Verwaltungs-Behörden herabgesunken, jede bewegte sich in ihrem Kreise ohne auf die Bewegung der anderen Rücksicht zu nehmen; ein solidarisches Zusammenwirken für den allgemeinen Staatszweck unterblieb. Und so wenig die Hofstellen in der Lage waren, einen gemeinsamen Antrag im Interesse des Staates zu stellen, so wenig war der Staatsrath, seitdem er beim Wachsen der Geschäfte und des Personals in Sectionen nach verschiedenen Geschäftszweigen gegliedert worden und diese einzeln gehört wurden, im Stande, solidarisch ein gemeinsames Gutachten abzugeben.

Die Idee eines Gesammt-Ministeriums und eines Gesammt-Staatsrathes war einzig und allein in der Person des Kaisers vertreten, der Alles allein sein sollte und sein wollte und Vieles auf dem „Cabinetswege“ mit einzelnen vertrauten Rathgebern erledigte (die oft nicht einmal Staatsdiener waren), mit gänzlicher Umgehung der betreffenden Hofstellen und Sectionen des Staatsrathes. Auch die sog. „Conferenzen“ der Chefs der Hofstellen traten immer seltener zusammen, indem Franz I. es vorzog, statt der gesammten Conferenz lieber einzelne Glieder derselben zu Rathe zu ziehen.

Zu dem Inventare der Hinterlassenschaft gehörten aber neben den sachlichen Bestandtheilen auch persönliche, die eben so unverändert wie jene aufrecht erhalten werden sollten. Vor allen Fürst Metternich, der, seit 1821 zum geheimen Haus-, Hof- und Staatskanzler erhoben, einen bedeutenden Einfluß auf das Innere erst (October 1826) nach dem Tode des Staats- und Conferenz-Ministers Grafen Zichy-Ferraris gewonnen zu haben scheint, als ihm Franz I. das Präsidium in den Ministerial-Conferenzen für die innern Angelegenheiten übertragen hatte. Um dieselbe Zeit war der bisherige Oberst-

burggraf von Böhmen, Graf Kolowrat-Liebsteinsky, als Staats- und Conferenz-Minister zur besonderen Leitung der innern Angelegenheiten berufen worden und bildete ein nicht ganz unbeabsichtigtes Gegengewicht zu dem Einflusse Metternich's. Von Natur conservativ, war er doch nicht ein Feind des Fortschrittes und der Reform, wohl aber jeder Ueberstürzung abhold und zu sehr ein Mann der Convenienz, um nicht unbedingt das, und nur das anzunehmen und auszuführen, was dem Kaiserhause am zweckdienlichsten erschien. Die dritte Hauptfigur unter den hinterbliebenen Persönlichkeiten bildete Graf Joseph von Sedlnitzky, der Präsident der obersten Polizei- und Censur-Hofstelle, Metternich's vertrauter Freund. Seine Wirksamkeit war die eingreifendste und ausgebreitetste; er sorgte für „gewissenhafte Entfernung aller schädlichen Einflüsse politischer Schwärmerei“ und verhalf dadurch Manchem zu einem Ruheplatze „auf dem Spielberg“. Je einflußreicher aber seine Stellung war, um so mehr mußte sie bedroht sein, falls eine Veränderung des Systems eintrat. Allein dies geschah vor der Hand nicht. Kaum hatte Franz die Augen geschlossen, als sein Nachfolger verkündete: er werde „auf der Bahn fortschreiten, die sein Vorfahr so beharrlich verfolgt“ habe.

Der neue Kaiser Ferdinand zählte bereits 42 Jahre, als er nach dem Tode seines Vaters den Thron bestieg. Unbegrenzte Gutmüthigkeit, unerschöpfliches Wohlwollen, ein milder, stets hülfsbereiter Sinn zeichnete ihn aus und verschaffte ihm sehr bald den Beinamen des Gütigen. So bekannt und anerkannt aber auch diese Eigenschaften waren, eben so genau war man über seine Unfähigkeit unterrichtet, an die Spitze der Regierung zu treten und die Rolle zu spielen, welche in einer absoluten Monarchie dem Fürsten zukommt. Von Natur schwächlich, wurde sein Körper durch wiederholte epileptische Anfälle noch mehr verkümmert. Kurz vor seiner Thronbesteigung, 1830 und 1832, hatten sich die Anfälle so sehr gesteigert, daß für sein Leben eine ernste Gefahr befürchtet wurde. Auch in der ersten Zeit nach seinem Regierungsantritte stellten sie sich häufig ein, und konnten bei dem besten Willen nicht mehr verheimlicht werden. Des Kaisers geistige Thätigkeit war nicht allein während der Dauer der Krankheit stets vollständig gelähmt, auch in den Zwischenzeiten hinterließ das schwere Siechthum tiefe Spuren, die Willenskraft blieb gebrochen, das Auffassungsvermögen gehemmt. Irgend eine feste Bestimmung, wer den Monarchen zu vertreten, an seiner Statt zu regieren habe, bei welchem Organe die höchste und letzte Entscheidung zu suchen sei, mußte getroffen werden. Die militärisch-aristokratische Partei, an deren Spitze des Kaisers General-Adjutant Graf Clam-Martinitz stand, und deren Ideal Rußland war, erreichte so viel, daß der Rath des Kaisers Nikolaus bei einer Zusammenkunft desselben mit Ferdinand zu Teplitz, zu welcher die Enthüllung des Culmer Siegesdenkmals den unscheinbaren äußern Anlaß gab, eingeholt und derselbe in die Verlegenheiten der Wiener Regierung eingeweiht wurde.

Nach langen Berathungen, welche die Abwägung der gegenseitigen Ansprüche der höchstgestellten Personen nothwendig machte, wurde eine Staats-Conferenz eingesetzt, bestehend aus dem Erzherzoge Ludwig, dem jüngeren Bruder des verstorbenen Kaisers, den er schon oft im Cabinette vertreten und der so eine gewisse Geschäftskenntniß erworben hatte, dem Fürsten Metternich und dem Grafen Kolowrat, eine Behörde, welche in Vertretung des Kaisers die höchste Spitze der Regierungsgewalt bildete. Da man ihr aber aus Rücksicht auf die Person des Monarchen nicht die äußere Macht einer Regentschaft verlieh und keine fest begrenzte Wirksamkeit anwies, so paßte sie nicht in den bestehenden Staats-Organismus, welcher durch dieselbe nur um eine berathende und controlirende Behörde reicher geworden war. Eingerichtet, als ob es sich um ein kurzes Provisorium, nur um eine augenblickliche Vertretung des behinderten Kaisers handelte, mußte die Staats-Conferenz, indem sie 12 Jahre die Zügel des Regiments führte, ihre gänzliche Unbrauchbarkeit beweisen, zumal da es auch nicht an Meinungsverschiedenheit und an Rivalität in diesem Triumvirate fehlte. Uebrigens wurde Kolowrat die Seele des Geschäftslebens für das Inland, wie Metternich für das Ausland.

In den ersten Zeiten der Regierung Ferdinand's trat allerdings eine Beschleunigung des Geschäftsganges ein und in allen Fächern der Verwaltung gab sich eine größere Thätigkeit und Regsamkeit kund. Ein geringerer Polizeidruck, eine Amnestie für zahlreiche politische Verbrecher, die bei der Krönung in Mailand (1838) noch eine weitere Ausdehnung erhielt, eine neue Zoll- und Monopols-Ordnung (1835) bewiesen eine mildere Gesinnung der Regierung; eben so zeigte sich in der äußeren Politik das starre Festhalten am Legitimitäts-Princip einiger Maßen zurückgedrängt, namentlich der neuen französischen Regierung gegenüber. Gleichzeitig wurden mit Preußen, welches eben damals den Zollverein durch den Anschluß von Baden, Nassau und Frankfurt a. M. erweitert hatte, Verhandlungen wegen Zollmodificationen getroffen. Man glaubte in der Ausdehnung des Zollvereins, namentlich über süddeutsche Staaten, einen wesentlichen Schritt zur Herstellung der „deutschen Einheit" zu erblicken, die nur dann unbedenklich erscheinen konnte, wenn sie im Interesse Oesterreichs und unter dessen Leitung zu Stande kam. Allein der Anschluß an den Zollverein, der erst 1841 in ernstlichere Erwägung gezogen wurde, war unzertrennlich von der Abschaffung des bisher streng befolgten Prohibitivsystems, und so sehr dazu der im kolossalsten Maßstabe eingerissene Schmuggelhandel auffordern mußte, der so offen betrieben wurde, daß er kaum mehr den Namen des Schmuggels verdiente, so sehr die große Masse der Consumenten die herrschende Zollgesetzgebung verdammte, so hatten doch die Klagen einzelner Fabrikanten, ohne Einfuhrverbote würde ihre Industrie zu Grunde gehen, ein größeres Gewicht, als die Rücksicht auf das Wohl des ganzen Volkes und den

Vortheil der Staats-Finanzen (durch Beseitigung des Schleichhandels). Auch kamen noch politische Gründe hinzu: man fürchtete eine Entfremdung Ungarns und Italiens. Die erstere schien um so bedenklicher, als gerade damals die Abtrennung Ungarns von den übrigen Erbländern von einflußreichen magyarischen Volksführern empfohlen wurde. Was Italien betrifft, so versprach ein italienischer Zollverein unter österreichischem Protectorate nicht geringere politische Vortheile, als der Anschluß an den deutschen Handelsbund. Nach beiden Richtungen hin die österreichische Herrschaft zu begründen, dazu war Metternich's Staatskunst nicht kühn, den größeren Vortheil da oder dort auszuspähen und danach zu wählen, nicht scharfsichtig genug. So begnügte man sich, durch einzelne Zollreductionen den „Anfang einer Einlenkung zum deutschen Zollsysteme" zu machen, die völlige Gleichstellung des Zolltarifs aber als eine Frage der Zukunft vorläufig „im weiten Felde zu lassen". Es war dieselbe Art der Lösung, welche auch der längst beabsichtigten Reform der Gemeindeordnung, des Gewerbegesetzes, des Unterrichtswesens, kurz, allen politischen Neuerungen und Verbesserungen zugedacht blieb. Keine Reform erschien so dringend, daß sie die geräuschvollen Unruhen, die unbehagliche Stimmung gelohnt hätte, welche jede Aenderung alter Gewohnheiten mit sich bringt.

Inzwischen war auch in Preußen ein Regierungswechsel eingetreten. Friedrich Wilhelm III. war am 7. Juni 1840 gestorben, und auch er hatte, wie Franz I., in seinem Testamente seinen Sohn vor Neuerungen gewarnt und zugleich zum Festhalten am österreichisch-russischen Bündnisse ermahnt. Friedrich Wilhelm IV. folgte seinem Vater auf dem Throne, in gleichem Lebensalter (42 Jahre alt), wie Ferdinand I. dem seinigen, ein Fürst von demselben natürlichen Wohlwollen, demselben regen Mitgefühl, derselben nachsichtigen Menschenfreundlichkeit, wie der Beherrscher Oesterreichs, aber in geistiger Beziehung gerade das Gegentheil. Eine lebendig fruchtbare Geisteskraft wurde bei ihm unterstützt durch ein scharfes, treues Gedächtniß, wie durch eine glückliche Combinationsgabe, verbunden mit einem seltenen Einklange von Erfindungsgabe und Studium (unter Delbrück, Ancillon, Niebuhr, Savigny, Lancizolle), von Geschmack und Kenntnissen, von poetischer Auffassung und technischem Urtheil, mit lebendiger Färbung der Gedanken und großer Leichtigkeit des vielgestaltigen Ausdrucks, ohne die in seinem Hause hervorragende Neigung für das Militärwesen zu verrathen, wie denn auch seine äußere Erscheinung mehr eine einnehmende, als eine gebieterische war. Er hatte als 11jähriger Knabe den furchtbaren Schlag gesehen, der 1806 das Reich seines Vaters niederwarf, war ein halbbewußter Zeuge gewesen des Unglücks und der Flucht nach dem Norden (nach Königsberg und Memel) und der darauf folgenden Unfreiheit, ein bewußter Zeuge des zweiten Schlages, der durch den Tod der hochherzigen Königin Louise Haus und Land traf (19. Juli 1810); er hatte als Jüng-

ling Theil genommen an der Begeisterung jener Tage, in welchen der Vater zuerst von allen Fürsten das deutsche Panier erhob, an dem Jubel der Tage, in welchen Arndt's, Schenkendorf's, Körner's Lieder zugleich mit den Heeren Schlachten schlugen. Mitkämpfer in den Schlachten von Großgörschen, Bautzen u. s. w., war er als Sieger mit seinem Vater in Paris eingezogen, wo damals die aus den Kirchen und Palästen des europäischen Continents geraubten Kunstwerke vereinigt waren. Das alte deutsche Reich hatte er untergehen sehen, ruhmlos, in Trümmern zerschlagen von den eigenen Söhnen im fremden Frohndienste; dessen hehres Bild schwebte ihm jetzt vor, als er, kaum zum Throne gelangt, zum Fortbau des größten deutschen Domes den Grundstein legte (4. September 1842) und im ahnenden Geiste schon „die Thore einer neuen, großen Zeit" vollendet sah. Daher auch die mehrfachen (vergeblichen) Versuche (sowohl vor als nach 1848) zur Gewinnung einer das gemeinsame Beste fördernden, somit auch die Interessen seines eigenen Staates nicht beeinträchtigenden politischen Neugestaltung Deutschlands an Stelle derjenigen, die sich im entscheidenden Augenblicke ohnmächtig erwiesen hatte; — daher auch, abgesehen von der mangelnden Befugniß, die Ablehnung der ihm vom Frankfurter Parlament angetragenen deutschen Kaiserkrone (April 1849) und das Bestreben gemeinsamen Vorschreitens mit der großen deutschen Schwestermacht in der Gestaltung deutscher Dinge*).

Friedrich Wilhelm IV. begann seine Regierung mit Handlungen der Gerechtigkeit und Milde, die ihm alle Herzen gewannen: außer vollständiger Amnestie für alle politischen Vergehen der letzten Jahre, wurde der nach den Karlsbader Beschlüssen (s. S. 18) mit Wilhelm von Humboldt 1820 aus dem Ministerium getretene General von Boyen in den Staatsrath zurückberufen und bald nachher zum Kriegs-Minister ernannt, der um dieselbe Zeit wegen Theilnahme an sog. demagogischen Umtrieben von seinem Amte suspendirte Prof. Arndt in Bonn (s. S. 18) seinem Berufe zurückgegeben, die aus Hannover vertriebenen Gebrüder Grimm nach Berlin berufen. Auch tilgte er alsbald die Mißstände, die seines Vaters Regierung auf dem kirchlichen Gebiete hinterlassen hatte. Der Erzbischof von Köln, Clemens Droste von Vischering, welcher 1837 wegen Differenzen mit der Regierung über die Behandlung der gemischten Ehen auf die Festung Minden abgeführt worden war, erhielt wenigstens die Erlaubniß, seinen Aufenthalt an jedem beliebigen Orte außerhalb seiner Diöcese nehmen zu dürfen; der aus ähnlichen Gründen in Haft befindliche Erzbischof von Posen und Gnesen, Martin von Dunin, ward seinem Sprengel zurückgegeben. In der evangelischen Kirche hob er die Zerwürfnisse, zu denen die durch die Union nicht getilgten Gegensätze der lutherischen und reformirten Confession den Anlaß gegeben, und

*) Vorzugsweise nach Alfred v. Reumont's Zeitgenossen, 2. Band.

die katholische Kirche erhielt die freie Bewegung mit ihrem Centrum zurück.

Als aber bei Gelegenheit der Huldigung in Königsberg (October 1840) die preußischen Stände in einer (am 7. September eingereichten) Denkschrift an die 1815 versprochene Errichtung von Reichsständen erinnerten, verpflichtete der König sich nur zur Fortbildung des Instituts der Provinzialstände, und wies die Bitte um Bildung von Reichsständen zurück, eben so die ähnlichen Anträge anderer Provinzialstände in den nächsten Jahren. Doch schon im Laufe des folgenden Jahres (1841) begann man sowohl in Wien als in Petersburg die Festigkeit des Königs zu bezweifeln. Die Reihe schrittweiser, meist unbedeutender Concessionen (Censurfreiheit für Schriften über 20 Bogen, der 1843 die Errichtung eines Obercensur-Collegiums folgte) begann sich zu mehren, und die Reise des Königs zur Taufe des Prinzen von Wales nach England (Januar 1842) erweckte besonders in Petersburg die Besorgniß, der König, der „stets für großartige Eindrücke empfänglich", könne sich für die Institutionen Großbritanniens begeistern. Als nun wirklich nach des Königs Rückkehr die Verordnung vom 21. Juni 1842 über die Bildung der „ständischen Ausschüsse" eine über allgemeine Staatsangelegenheiten gemeinsam berathende Versammlung aller Provinzen und also eine Art von parlamentarischer Einheit ins Leben rief, da war Rußland und Oesterreich zu abmahnenden Vorstellungen entschlossen. In Petersburg, wohin Friedrich Wilhelm sich im Juli zur Feier der silbernen Hochzeit des russischen Kaiserpaares begab, machte Kaiser Nikolaus ihm die nachdrücklichsten Vorstellungen, sowohl wegen seiner Nachgiebigkeit gegen die modernen Verfassungs-Theorieen, als wegen der Begünstigung der polnischen Nationalität und Sprache im Großherzogthum Posen. In entschiedener Mißstimmung kehrte der König aus der russischen Hauptstadt zurück. Am 19. August erschien nun das Decret, welches die ständischen Ausschüsse auf den 18. October nach Berlin berief. Inzwischen (September) reiste der König nach Köln zur Grundsteinlegung für die Vollendung des Domes, und auch Fürst Metternich fand sich am Rheine ein. Bei einer Zusammenkunft mit dem Könige zu Coblenz versuchte der österreichische Staatskanzler, gestützt auf seine langjährigen Erfahrungen, denselben auf die nachtheiligen Folgen für die Regierungsgewalt in Preußen und für das conservative Princip überhaupt aufmerksam zu machen, die aus zu rasch aufeinander folgenden, den politischen Ideen unseres Jahrhunderts gebrachten Concessionen hervorgehen könnten. Doch der König war entschlossen, sich auch von dieser Seite her nicht beirren zu lassen; vielmehr beschäftigte er sich schon im nächsten Jahre (1843) unter Beiziehung des Freiherrn von Bunsen, dem er in Verfassungsangelegenheiten ein besonderes Vertrauen schenkte und der zuweilen von seinem Gesandtschaftsposten in London nach Berlin herüberkam, „mit der Auffindung von Normen, um den preußischen

Provinzial-Versammlungen, ohne Schwächung der königlichen Gewalt, einen größeren Spielraum zu geben". Anstatt einer allmählichen Ausbildung des ständischen Princips wandte er sich der Idee der Verleihung einer eigentlichen Verfassung mit Annäherung an die modernen constitutionellen Formen zu. Die neue Verfassung sollte mit dem Jahre 1845 ins Leben treten. Dagegen erhob sich nun eine gewaltige Opposition, sowohl in der nächsten Umgebung des Königs, als besonders im Wiener Cabinette, wo man fürchtete, das constitutionelle Deutschland möchte darauf hingewiesen werden, sich vorzugsweise an das nun constitutionelle Preußen anzuschließen, welches letztere auf diese Weise mit dem überwiegenden Ansehen, das ihm der Zollverein verleihe, noch eine andere Art von Suprematie verbinden würde. Durch die vielseitige, ferne und nahe Opposition ließ sich der König (auf den am 26. Juli 1844 ein, wie es scheint, nicht aus politischen Absichten hervorgegangenes, meuchelmörderisches Attentat durch Bürgermeister Tschech gemacht worden) bewegen, einstweilen nur die vereinigten ständischen Ausschüsse (nicht, wie beabsichtigt war, den „vereinigten Landtag") zu berufen und ihre Zustimmung zu einer Anleihe für den Eisenbahnbau zu verlangen, um auf diese Weise dem vom verstorbenen Könige 1815 ertheilten Versprechen, ohne Berathung der Reichsstände in Zukunft die Staatsschulden nicht zu vermehren, Genüge zu leisten.

Um diese Zeit zeigten sich auch in Oesterreich die Rückwirkungen der preußischen Reformbewegung immer deutlicher, und nicht nur in Ungarn und Böhmen, sondern allenthalben. Die öffentliche Meinung hatte schon längere Zeit ein zeitgemäßes Recrutirungsgesetz mit kürzerer und allgemeiner Wehrpflicht, mit Aufhebung der Adelsbefreiungen und Einführung des Losens gewünscht. Der Einspruch der Privilegirten trat hemmend dazwischen. Doch wurde mit dem Beginne des Jahres 1845 wenigstens ein Hauptpunkt reformirt, nämlich die Militär-Dienstzeit gesetzlich von 14 Jahren auf 8 im Frieden herabgesetzt. Der bisher kaum beachtete niederösterreichische Landtag drang (schon 1843) auf allgemeine Ablösung sämmtlicher Zehnten und Roboten (zwangsweise Leistung von weiten, tagelangen Fuhren), begehrte in Verbindung mit den böhmischen und mährischen Ständen eine totale Reform des Gemeindewesens, sowie eine Revision der Steuertarife und beschäftigte sich mit der Noth der Arbeiter, welche sowohl im preußischen Schlesien als in Böhmen Unruhen veranlaßt hatte. Die galizischen Stände baten wiederholt die Regierung um die Regelung des Unterthanen-Verhältnisses zwischen den ruthenischen Bauern und den polnischen Edelleuten, aber erst nach dem galizischen Aufstande im Jahre 1846, der einen mittelalterlichen Vertilgungskampf der Bauern gegen den Landadel herbeiführte und mit der Einverleibung des bisherigen Freistaates Krakau, als des Heerdes der Revolution, in die österreichische Monarchie endete, ward die Robotpflicht erleichtert. Ein Anlauf der österreichischen

Stände gegen die Censur blieb ohne Erfolg, dagegen erschien Anfangs 1847 die Verordnung wegen Ablösung der Zehnten und Frohnden in Böhmen und den übrigen deutschen Provinzen der österreichischen Monarchie.

In Preußen hatte der König, in der Ueberzeugung, daß mit unvollständigen Maßregeln nichts gewonnen sei, sich wieder der Idee eines octroyirten Grundgesetzes zugewendet und den einfachsten Weg einer Reichsvertretung durch Vereinigung der Provinzial-Vertretungen gewählt; da auch der Widerstand in seiner nächsten Umgebung aufhörte, so erschien am 3. Februar 1847 das „Patent", welches den „vereinigten Landtag" berief. Man hatte diesen Tag gewählt in Erinnerung an den „Aufruf" Friedrich Wilhelm's III. vom 3. Februar 1813. Die Befugnisse, welche den Ständen durch das Patent eingeräumt wurden, waren allerdings sehr beschränkt: ihre Mitwirkung und Zustimmung sollte nur bei Einführung neuer oder Erhöhung bestehender Steuern und bei Abschluß von Staatsanleihen erforderlich sein; dagegen blieb ihnen bei der Gesetzgebung nur eine begutachtende Stimme, wie sie die früheren Provinzial-Stände gehabt hatten. Der Landtag war in zwei Curien getheilt: die Herren-Curie, welche die großjährigen königlichen Prinzen, so wie die früher reichsunmittelbaren Fürsten und Standesherren enthielt, und die Dreistände-Curie (der Ritterschaft, Stadt- und Landgemeinden). Die im Jahre 1842 errichteten vereinigten Ausschüsse wurden beibehalten und sollten künftig wenigstens alle vier Jahre einberufen werden und alle Befugnisse des vereinigten Landtages, mit Ausnahme des Rechtes der Zustimmung zu Anleihen oder Steuererhöhungen und des Petitionsrechtes in Verfassungs-Angelegenheiten, ausüben. Unter diesen Umständen wurde das Patent mehr mit Ueberraschung als mit allgemeinem Jubel aufgenommen, und sogar die Frage aufgeworfen, ob man dieses Geschenk als die von Friedrich Wilhelm III. versprochene Verfassung ansehen und annehmen dürfe (so in einer Schrift des Breslauer Juristen Heinrich Simon: „Annehmen oder Ablehnen?"). Der vereinigte Landtag ward vom König am 11. April mit einer glänzenden Rede eröffnet, in welcher er seine Grundsätze über das Verhältniß zwischen Regierung und Volksvertretung ausführlich darlegte und sich entschieden gegen die Auffassung erklärte, in dem vereinigten Landtage eine eigentliche National-Vertretung zu erblicken, wiewohl er dabei auf England hinwies, dessen Verfassung ein Werk der Weisheit von Jahrhunderten sei. Die Mißstimmung über die königliche Thronrede war so groß, daß die Abgeordneten der Provinz Preußen den Landtag, weil er nur einzelne Stände und nicht die Nation repräsentire, sofort wieder verlassen wollten, während die rheinischen Abgeordneten noch hofften, daß der entschieden ausgesprochene Wille einer großen Majorität den König zu weiteren Concessionen bewegen werde. Diese Meinung gewann die Oberhand, und in einer von dem ostpreußischen Abgeordneten von Auers-

wald entworfenen und von beiden vereinigten Curien angenommenen Adresse, der selbst die anwesenden Mitglieder des königlichen Hauses, mit einziger Ausnahme des Prinzen von Preußen, zustimmten, wurden „ehrerbietige Bedenken“ gegen mehrere Punkte des Patentes vom 3. Februar und eine Wahrung der ständischen Rechte ausgesprochen (die freilich bisher noch nie wirklich ausgeübt worden waren). Der König, welcher auf Dank gerechnet hatte, fand sich von dem Widerspruche unangenehm berührt und erklärte bei der Uebergabe der Adresse, daß er dem vereinigten Landtage keine anderen Befugnisse zu bewilligen vermöge, als die ihm durch das Patent verliehenen, daß er aber die Gesetzgebung nicht für abgeschlossen halte und Anträge auf ihre weitere Entwickelung anzunehmen und zu prüfen geneigt sei. Zugleich versprach er, den vereinigten Landtag künftig alle vier Jahre, auch ohne außerordentliche Veranlassung (Abschluß von Anleihen oder Steuererhöhung), zu berufen. Die gänzliche Verschiedenheit der Anschauungen des Königs und der Majorität des Landtages trat noch deutlicher bei den Berathungen über die demselben vom Ministerium gemachten Vorlagen hervor. Sowohl bei der Debatte über eine Staatsgarantie für einzurichtende Land-Rentenbanken zur Ablösung bäuerlicher Reallasten, als bei der Verhandlung über ein Anlehen von 30 Mill. Thalern zum Bau einer Eisenbahn von Berlin nach Königsberg trat die Opposition, deren Hauptwortführer der westfälische Abgeordnete von Vincke war, mit dem Grundsatze hervor, daß der vereinigte Landtag, weil ihm nicht alle Befugnisse einer reichsständischen Versammlung zuerkannt worden, sich nicht in der Lage befinde, irgend eine Garantie zu leisten. Beide Vorlagen wurden von der zweiten Curie mit großer Stimmenmehrheit verworfen. Dies machte einen solchen Eindruck, daß auch die erste Curie, in welcher die liberale Partei weniger zahlreich vertreten war, sich der Petition der zweiten Curie um periodische (alle zwei Jahre) Einberufung des vereinigten Landtages und um Beseitigung der ständischen Ausschüsse, deren Befugnisse man auf den Landtag selbst übertragen wissen wollte, anschloß. Der König bestand aber auf der Wahl der ständischen Ausschüsse, die auch, nach heftigen Erörterungen in der zweiten Curie, vollzogen wurde; nur 56 Abgeordnete verweigerten die Theilnahme an der Wahl und 156 wählten unter dem Vorbehalte, daß sie damit keineswegs die den Ausschüssen vom Könige beigelegten Rechte anerkännten. Am 26. Juni 1847 ward der Landtag von dem königlichen Commissarius von Bodelschwingh geschlossen, ohne daß die Versammlung irgend ein erhebliches Resultat erzielt hatte. Mit dem 29. December begannen die Sitzungen der vereinigten ständischen Ausschüsse in Berlin, und noch ehe ihre Berathungen zu Ende waren (der König entließ sie am 6. März 1848), hatte die Februar-Revolution in Frankreich das Signal zu ernsteren politischen Kämpfen gegeben.

Als der vereinigte Landtag einberufen und damit Preußens Stel-

lung, sowohl zu Oesterreich, als zu den übrigen deutschen Bundesstaaten, deren es sich in Folge gleichartiger Institutionen näherte, wesentlich verändert wurde, befürchtete Oesterreich eine neue Art preußischen Uebergewichtes in den deutschen Angelegenheiten neben dem commerciellen, durch welches es selbst, wie bei der Gründung des Zollvereins, völlig isolirt werden könnte. Daher rieth Metternich in der Staats-Conferenz, nunmehr auch die Bahn politischer Reformen zu betreten. Er legte ihr im Februar 1847 einen Entwurf vor, wonach sowohl die Rechte der schon seit Jahrhunderten bestehenden Ständeversammlungen der deutschen Provinzen, als die der im Jahre 1815 geschaffenen „Congregationen" der italienischen Provinzen, und besonders ihre Selbstverwaltung, nach einem allgemeinen Systeme ausgedehnt werden sollten. Dadurch werde Oesterreich, wie Preußen 1823, „die Grundlagen erhalten, auf denen später, wenn es die Umstände erfordern und erlauben, sich eine allgemeine Reichsverfassung aufbauen lasse". Allein Metternich's Reformpläne fanden in der Staats-Conferenz keinen Anklang, am wenigsten beim Erzherzog Ludwig, „dem der letzte Ausspruch zustand". Das Einzige, was geschah, war (außer der Errichtung eines Ober-Censurgerichtes nach der Analogie des preußischen) die Bildung eines besonderen Departements bei der Hof-Kanzlei, welches „das Verhältniß aller Provinzialstände zu der Regierung auf der Grundlage des Rechtes und factischen Bestandes prüfen und die Regelung desselben anbahnen sollte". Es scheint auch hier — nach dem Vorbilde Preußens — einmal eine Erweiterung der Provinzial-Verfassungen und als weiteres Stadium die Bildung vereinigter Ausschüsse der einzelnen Landtage, und zwar zunächst Behufs der Regelung der Finanzen, beabsichtigt gewesen zu sein, so schwierig dies auch bei der Verschiedenheit der Nationalitäten, der Sprachen, der Bildung und der Bedürfnisse sein mußte. Allein das ständische Departement der Hof-Kanzlei hatte noch kein Lebenszeichen von sich gegeben, als die März-Ereignisse des Jahres 1848 ihm, der Hof-Kanzlei und den alten privilegirten Ständen den Todesstoß versetzten.

---

23. König Ludwig I. von Baiern, 1825—1848.

(Nach G. G. Gervinus, Geschichte des 19. Jahrhunderts, und „Die Gegenwart", bearbeitet vom Herausgeber).

Am 13. October 1825 starb König Maximilian I., der Fürst, den man seines gemüthlichen Wohlwollens wegen als den besten Menschen seines Volkes rühmte, den selbst ein Feuerbach wegen Herz und Gesinnung den Heinrich IV. der Baiern nannte. Sein ältester

Sohn und Nachfolger, Ludwig I. (geboren 25. August 1786, seit 1810 vermählt mit Therese, Prinzessin von Hildburghausen), war ein völlig anders gearteter Kopf und Charakter, der schon durch zwei Jahrzehende die Blicke der Menschen beschäftigte. Der Haß des französischen Siegers hatte den Sohn des Rheinbundfürsten, der sich seines „teutschen Sinnes" zu rühmen wagte und sich vom Hofe seines mit Napoleon verbündeten Vaters fern hielt, sogar mit Ausschließung vom Throne bedroht, seine Theilnahme an den Befreiungskriegen aber ihn zum Augenmerk der patriotischen Jugend gemacht. Mehr übrigens als dem Vaterlande, dem Staate und den Geschäften, gehörte der Prinz seit frühen Jahren der Kunst. Wenn Schelling, der nach dem Verluste seiner Professur in Würzburg (1805) unversorgt und unbeachtet in München lebte, in einer Rede vor der Akademie der Wissenschaften, Baierns Beruf für die Pflege der Kunst hervorhob, so kannte er die Kunstliebe des Prinzen, die, von dem erwachenden Kunstinteresse der Romantiker erzeugt, von der Begeisterung für griechische Bildungen und Schöpfungen getragen, seit seinem ersten Besuche Roms (1805) ihm den Gedanken zu seinem Lieblingswerke, der Glyptothek und ihren Sammlungen, eingegeben hatte. Ohne große Bedürfnisse in seinem Privatleben, der Sparsamkeit bis aufs Aeußerste beflissen, bei seinen Ankäufen alle, auch die kleinsten, Vortheile benutzend, war er in jungen Jahren schon im Besitz nicht geringer Mittel, die er ganz auf den einen Zweck verwandte. Mit dem bewußtesten kaufmännischen Geschick benutzte er die Zeit der politischen Wirren nicht nur in den langen Kriegsjahren bis 1814, sondern auch später so vorübergehende Conjuncturen wie 1815 und 1830, um in den günstigen Momenten vortheilhafte Ankäufe zu machen — so namentlich im Jahre 1812 zum Erwerb der aeginetischen Bildwerke. Dieses Geschäftswesen war übrigens nur die eine Seite in dem Kunstleben des Prinzen. Mit den Künstlern in Rom verkehrte er als ein Gleicher unter Gleichen in altdeutscher Tracht, feierte mit ihnen ihre Feste, hüllte sich mit ihnen in ihre Masken und schwärmte mit ihnen im Genusse und Studium der Kunstdenkmale. Er begeisterte sich und sie in dem Gedanken der Wiedergeburt einer vaterländischen Kunst durch Cornelius, Overbeck u. s. w.; er warb schon um 1810 der Fresco-Malerei deutsche Schüler, die er einst als König mit großen Aufgaben zu beschäftigen gedachte. Aber die deutsche Romantik zog ihn nicht nur zu den bildenden Künsten hin, sondern weckte auch in ihm die Liebe zur Dichtkunst. Er trug eine innige Vorliebe für Schiller zur Schau, stand mit Tieck in naher Beziehung, verehrte in Körner einen ausgezeichneten Dichter, machte den bizarren Poeten Maler Müller zum Hofmaler und versuchte im Stillen sich selbst in die Schaar der Poeten einzureihen. Er sang den Griechen ein Gutheil zu, als sie 1821 aufstanden, „den Großen der Erde" zum Trotz.

Als nun der „königliche Dichter" den Thron bestieg, entwickelte

sich auf dem Gebiete der Kunst sofort eine ganz außerordentliche Thätigkeit, die nach einem lange durchdachten und gereiften Plan sich nach drei Seiten hin bewegte: zur Sammlung von Alterthümern, zur Anordnung der Denkmale der Malerei und Sculptur, zur Errichtung monumentaler Bauten, in deren Entwürfen der Gedanke durchbrach, München gleichsam zu einer großen architektonischen Galerie der charakteristischen Baustile aller Zeiten zu machen. Die schon 1816 begonnene Glyptothek, das Meisterwerk des im Rückgang auf die reinen Formen des Alterthums so ausgezeichneten Klenze, nahte sich damals der Vollendung, um alle plastischen Künste: Malerei (Fresken aus der griechischen Götter- und Heldensage von Cornelius u. A.), Sculptur und Baukunst im innigsten Verein erscheinen zu lassen. Der Gedanke zu der Walhalla bei Regensburg war noch früher, schon unter dem Fremdlingsjoche, gefaßt worden; sie sollte ein National-Monument werden, dem später die Befreiungshalle bei Kelheim zur Erinnerung an die Befreiungskriege zur Seite rückte. Am ersten Geburtstage Raphael's, den der König auf dem Throne erlebte (7. April 1826), ward der Grundstein zur Pinakothek gelegt, deren eigentlichen nationalen Theil die alsbald erworbene Boisserée'sche Gemäldesammlung und das Schönste der Wallersteiner Galerie bildet (jene die altrheinische, diese die alte oberdeutsche Malerschule vertretend). Noch in demselben Jahre wurde der Grundstein gelegt zu der „durch ihre Reinheit zum Polykletischen Canon gewordenen“ byzantinischen Hofcapelle; es ward der Königsbau als Erweiterung der königlichen Residenz in Angriff genommen und den Fresken in den Arkaden des Hofgartens derselbe Gedanke zu Grunde gelegt, wie später der Ruhmeshalle auf der Theresienwiese, nämlich durch die Verherrlichung der Vorfahren bei dem gegenwärtigen Geschlechte die Vaterlandsliebe zu erwecken. Daneben beschäftigten den König großartige Kirchenbauten: eine Basilika mit Säulenhallen, die gothische Aukirche, die Ludwigskirche; ferner ein Gebäude für die Akademie der Künste, ein neues Universitätsgebäude, das Odeon, zwei Stadtthore, eins (das Ludwigsthor) im Stil der römischen Triumphthore, ein anderes in dem der Propyläen. Und während die Bauwerke eines Gärtner, Ziebland, Ohlmüller aus dem Boden wuchsen, welche der allem Monopol in der Kunst abgeneigte König an Klenze's Seite gestellt hatte, um dem Wettkampf der Talente die Schranken zu öffnen: entstanden, wie auf einen Zauberschlag, sofort in den verschiedenen Schloßbauten (so wie in den neuen Kirchen) die Wandgemälde eines Cornelius, H. Heß, Jul. Schnorr und des bald Alle an Fruchtbarkeit und genialer Erfindung überragenden Kaulbach, während zur Ausführung der Sculpturen ein Thorwaldsen, Rauch, Schwanthaler herangezogen wurden. Den hier versammelten, nebenbuhlerischen, sich gegenseitig steigernden und stützenden Kräften hatte man zu danken, daß enkaustische und Fresco-Malerei, Glasmalerei, Bronze-

und Eisengießerei einen ganz neuen Aufschwung nahmen und die Schönheit künstlerischer Formen in die verwandten Handwerke eindrang.

Nicht aber die Kunst allein, auch die Wissenschaft sollte eine neue Stätte in Baiern erhalten; München sollte zu einer Musenstadt im vollen Sinne des Wortes werden, in der sich Kunst und Wissenschaft in lebendigster Gemeinschaft die Hände reichten. Die in Landshut verkommene Universität ward nach München verlegt, und sofort ergingen Berufungen an Männer von europäischem Namen: an Tieck, Savigny, Raumer, Mittermaier, Thibaut, Oken, Görres, Schubert; leider gelang es nur, die drei letztgenannten, zwei darunter bis dahin verfolgte Patrioten, und alle drei der wissenschaftlichen Romantik angehörig, zu gewinnen und an die Seite eines Schelling, Thiersch, Niethammer zu ziehen. Indem zugleich die Presse eine größere Freiheit erlangte und der Collegienzwang aufgehoben wurde, hoben sich die baierischen Universitäten auf gleiche Linie mit den übrigen deutschen Hochschulen, ja, München schien selbst den größeren deutschen Metropolen den Rang ablaufen zu wollen und wetteiferte mit Berlin: dem Wirken Schinkel's waren die Leistungen Klenze's entgegengesetzt; der philosophischen Alleinherrschaft Hegel's sollte durch Schelling ein Ende gemacht werden. Die Frequenz der Universität stieg gleich im ersten Winter=Semester auf 1400 Studirende.

Doch gerade auf dem Gebiete der Wissenschaft zeigte sich am ersten, wie viel mehr hier Wunsch als Kraft, wie viel mehr Gelüste als Vermögen vorhanden war. Alsbald traten die schroffsten Gegensätze zwischen den Altbaiern und den „fremden Eindringlingen", zwischen Aufklärung und Unduldsamkeit, zwischen den Schöpfungen und Strebungen im modernsten Zeitgeiste und der Freude an dem Alten hervor. Ja, es dauerte nicht lange, bis von diesen Erfahrungen aus einzelne schärfere Beobachter selbst an der königlichen Munificenz für die Kunst, der glänzendsten Seite seiner Thätigkeit, anfingen, irre zu werden und zu zweifeln, ob nicht die Pflege der idealen Kunst theils in der Vorliebe für untergegangene Culturzustände, theils in dem persönlichen Ehrgeize ihre Hauptwurzel habe. Jedenfalls gab die Hintansetzung aller materiellen, der Gegenwart und dem nächsten Bedürfnisse dienenden Dinge, die Beeinträchtigung ganzer Verwaltungszweige, insbesondere die Vernachlässigung des Volksunterrichtes, der Verfall der Straßen, Gefängnisse, Krankenhäuser, die ganz unverhältnißmäßige Bevorzugung des Isarkreises und besonders der Hauptstadt, auf Kosten der entfernteren Provinzen, Anlaß zu Klagen über die Kostbarkeit der Kunstschöpfungen, die unerträglichen Lasten der Steuerpflichtigen, die innere Noth des Landes. Diese materialistischen Ausstellungen an dem Kunstluxus in Baiern waren aber nicht die einzigen; echte Kunstfreunde wollten auch wissen, daß das Kunstverständniß nicht mit der Kunstbegeisterung des größten Kunstförderers der Zeit im richtigen Verhältnisse stehe, und daß die Masse des Geschaffenen besser gedeihe als dessen Werth, das Gewerbe

besser als die wahre Kunst. Auch die Herausgabe seiner Gedichte (1829) schien die Meinung zu bestätigen, der fürstliche Ehrgeiz strebe vor Allem dahin, den eigenen Namen fortleben zu machen.

Die großen Erwartungen von staatlichen Reformen, welche man im Anfange dieser Regierung aus der unermüdlichen Thätigkeit des Königs und selbst von seinem Ehrgeize, persönlich zu regieren, hergeleitet hatte, dauerten nur einige Zeit. Nach einem kurzen Anlaufe ermattete die Thätigkeit auf diesem Gebiete, und auf den Landtagen wiederholte sich die früher erlebte Erscheinung, daß fast alle wichtigeren Gesetzvorlagen bald bei der ersten Kammer (der Erbkammer der Reichsräthe), bald bei der zweiten (der Wahlkammer) scheiterten oder nur mit sehr unbefriedigenden Ergebnissen (durch Abänderungen) durchgebracht wurden; kurz, im Staatswesen blieb Alles im Wesentlichen, wie vorher. Die Erfahrungen der Juli-Revolution und besonders ihr letztes Nachspiel in dem baierischen Rheinkreise (s. S. 198) drängten die Regierung auf die Bahn der Reaction. Zunächst befolgte dieselbe noch ein System des Schein-Constitutionalismus unter dem Fürsten Oettingen-Wallerstein (nominel Minister des Innern, thatsächlich aber Minister-Präsident, 1832 bis 1837). Dieses System vermochte weder die liberale Opposition durch einige formelle Concessionen zu befriedigen, noch die hohe Aristokratie durch Bevorzugung des Adels im Staatsdienste, noch endlich die sich immer mächtiger erhebende sog. ultramontane Partei, welche Baiern zur specifisch-katholischen Macht Deutschlands machen wollte. Diese letztere Partei, welcher Wallerstein nicht genug Concessionen gemacht, erhielt endlich das Uebergewicht beim Könige und gelangte zur Herrschaft unter dem Ministerium Abel (1837—1847), einem Apostaten des Liberalismus, der noch im Jahre 1831, in den stürmischen Debatten über die Preßfreiheit, „die Censur als eine morsche Krücke einer schwachen Regierung und als eine lähmende Fessel einer starken" bezeichnet hatte. Wie damals in Hannover, so begann gleichzeitig in Baiern eine entschiedene Reaction, die allmählich auch nicht mehr den Schein des Constitutionalismus wahrte, so daß die Regierung und namentlich die Verwendung der Staatseinkünfte nur noch vom persönlichen, unverantwortlichen Willen des Monarchen abhing. Diese Reaction dehnte sich hier aber auch auf das kirchliche Gebiet aus und veranlaßte sowohl mehrfache Beschwerden der Protestanten über Verletzung der ihnen in der Verfassung verbrieften Rechte, als Verwahrungen der zweiten Kammer gegen die weitere Vermehrung der Klöster. Die wichtigsten Unternehmungen zur Förderung der materiellen Interessen waren: der Anschluß an den Zollverein 1833 (s. S. 234), die Ausführung der schon von Karl dem Großen projectirten Verbindung des Mains resp. Rheins mit der Donau vermittelst des (1833 begonnenen und 1847 vollendeten) Ludwigscanales und die Anlage der ersten deutschen Eisenbahn (1835 zwischen Nürnberg und Fürth).

Den Sturz des Ministeriums Abel und das Ende der Regierung des Königs führte in unerwarteter Weise eine in Schottland geborene Abenteurerin von spanischer Herkunft herbei. Die Ballet-Tänzerin Lola-Montez hatte ihren Mann, einen englischen Officier, mit dem sie in Ostindien gewesen, verlassen und war im Herbste 1846 nach München gekommen. Hier wußte sie nun den bereits sechszigjährigen König, den Vater einer zahlreichen Familie, so zu fesseln, daß sie alsbald einen entschiedenen Einfluß auf die Regierung gewann. Zu der ihr seit Monaten versprochenen Erhebung in den Grafenstand bedurfte es des Indigenats und zu dessen Verleihung, wie zu jedem königlichen Erlaß, der verfassungsmäßigen Gegenzeichnung eines Ministers. Es fand sich aber Niemand unter den Ministern, der zur Ausfertigung des Indigenats bereit war, vielmehr nahm das gesammte Ministerium seine Entlassung (Februar 1847). Mit dem Wechsel des Ministeriums, an dessen Stelle ein neues mit v. Maurer, als Verweser des Aeußeren und der Justiz, und v. Zenetti als Minister des Innern trat, schien Anfangs auch ein Systemwechsel verbunden. Allein das sog. neue System beschränkte sich auf einige Versprechungen, die dem Könige in den ersten Wochen abgerungen wurden; Lola erhielt das Indigenat und ward Gräfin Landsfeld. Im September trat der Landtag in außerordentlicher Weise zusammen, um ein Anlehen für den Weiterbau der Eisenbahnen zu beschließen. Aber die Stände besprachen auch die jüngsten Ereignisse am Hofe, zum Theil in schonungslosen Worten; der König, wüthend über seine Minister, die ihn nicht zu decken vermochten, entließ dieselben in ungnädiger Weise (30. Nov.) und bildete ein der Gräfin wohlgefälliges Ministerium Berks-Wallerstein (das „Lola-Ministerium"). Die Frau Gräfin hatte auch inzwischen einen kleinen Kreis von Studenten um sich versammelt und unterhielt mit ihnen die wildesten Gelage; dieser Kreis bildete eine eigene Landsmannschaft, die „Allemannia", welche von den übrigen Studenten verhöhnt und verfolgt wurde, worüber es zu blutigen Raufereien kam. Der König, dem diese Vorfälle von der Gräfin und ihrem Minister Berks als Meutereien gegen seine Person dargestellt wurden, decretirte am 9. Februar 1848 die Schließung der Universität bis zum nächsten Wintersemester. Dies war ein tief einschneidender Eingriff in das Interesse der Münchener Bürger, unter denen die Zustände des Landes schon längst eine gefährliche Mißstimmung erzeugt hatten. Ein Zug der Bürger nach dem Residenzschlosse bewog den bestürzten König, nachzugeben: die Schließung der Universität ward zurückgenommen, die Allemannia aufgelöst und Lola aus Baiern verbannt. Nun wandte sich aller Haß der Einwohnerschaft gegen den Minister Berks, dessen Wohnung nebst einigen königlichen Gebäuden am Abend des 2. März verwüstet wurde, ohne daß das Militär einschritt, und die allenthalben in Folge der Februar-Revolution gestellten „Forderungen des Volkes" wiederholten hier die Studenten. Durch die Zusiche-

rung der Einberufung der Stände (erst auf den 31. Mai, dann auf den 16. März) ließ man sich nicht beruhigen, bis die denselben zu machenden Vorlagen bekannt wurden. Die Armee mußte sofort die Verfassung beschwören und die Ruhe schien hergestellt, die Stadt war mehrere Abende beleuchtet und Feste reihten sich an Feste. Aber der böse Dämon, „die maurische Gräfin“, wie sie der Volkswitz nannte, erschien nochmals in München. Das kaum beschwichtigte Mißtrauen regte sich wieder und man sprach öffentlich von der Nothwendigkeit der Abdankung des Königs. Ueberdies sollte ihm ein volksthümliches Ministerium aufgedrungen werden, dem man den ernsten Willen zutraute, die gegebenen Versprechungen auszuführen. Diese und andere Gründe, welche in der financiellen Lage des Landes beruhen, bewogen endlich Ludwig am 20. März zu Gunsten des Kronprinzen Maximilian auf die Krone zu verzichten, welcher als Maximilian II. (reg. 1848—1864) folgte.

---

24. Die Parteikämpfe in Spanien.*)

(Nach „Spanien seit dem Sturze Espartero's, nebst einer Uebersicht der politischen Entwicklung Spaniens seit 1808“, bearbeitet vom Herausgeber.)

Der Tod der dritten Gemahlin Ferdinand's VII. (1829) und die schon sechs Monate darauf vollzogene vierte Vermählung des 45 Jahre alten, aber bereits hinsiechenden Königs mit Marie Christine von Bourbon, Prinzessin von Neapel, deren Schwester Luisa

---

*) Karl IV. dankt ab 1808,
Gem. Maria Luisa von Parma.

Ferdinand VII., † 1833.	Don Carlos, † 1855.	Franz de Paula, † 1865,
Gemahlinnen: 1. Antoinette v. Neapel, † 1806. 2. Maria Isabella von Portugal, † 1818. 3. Josepha, Prinzessin von Sachsen, † 1829. 4. Christine von Neapel.	2. Gem. Therese von Portugal.	Gem. Luisa Carlotta von Neapel, † 1844.

Kinder Ferdinands VII.:
- Isabella II., Gem. König Franz.
  - Kinder: Isabella, Prinzessin v. Asturien. — Alfons. — Maria del Pilar. — Maria della Paz. — Eulalia.
- Luisa, Gem. Herzog von Montpensier.

Kinder des Don Carlos:
- Karl, Graf von Montemolin, † 1861.
- Johann, Gem. Maria v. Modena.
  - Kinder: Karl. — Alfons.

Kinder des Franz de Paula:
- Franz, verm. mit Königin Isabella II.
- Heinrich.
  - Kinder: Heinrich. — Franz. — Albert.

Carlotta schon 10 Jahre früher Ferdinand's jüngsten Bruder, den Infanten Franz de Paula, geheirathet hatte, bereitete eine entscheidende Wendung in den spanischen Verhältnissen vor. Ferdinand VII., stets von seinen Umgebungen abhängig, unterlag bald völlig dem Einflusse der jungen und ränkevollen Königin. Der Haß gegen seinen Bruder Don Carlos, dessen Parteigänger bis zu offenem Aufruhr geschritten waren (s. S. 63), mochte dazu beitragen, den König zum Umsturze der herrschenden Thronfolgeordnung durch die pragmatische Sanction vom 29. März 1830 zu bewegen. Seit dem Heimfalle der spanischen Krone an das Haus Bourbon war mit Zustimmung der Cortes das salische Gesetz, welches die weibliche Linie von der Erbfolge ausschloß, an Stelle des alten castilischen Rechts in Spanien eingeführt worden. Ferdinand VII. annullirte jetzt eigenmächtig das Haus- und Staatsgesetz, um seiner etwaigen weiblichen Nachkommenschaft die Krone Spaniens zuzuwenden.' Die carlistische Partei vermochte dem Streiche, der alle ihre, auf den voraussichtlich nicht fernen Tod des Königs vertagten Hoffnungen zu zerstören drohte, augenblicklich keinen Widerstand entgegen zu setzen; sie mochte auch abwarten wollen, ob die weibliche Erbfolge thatsächlich in Frage kommen würde. Als aber am 10. October 1830 dem Könige wirklich eine Tochter, die jetzige Königin Isabella, geboren wurde, hatten sich inzwischen durch die Juli-Revolution alle politischen Constellationen geändert. Die Aussichten der liberalen Partei nahmen plötzlich einen neuen Aufschwung, und die Gefahr vor dem gemeinsamen Gegner nöthigte die Regierung und die Carlisten, sich momentan mit einander zu verbinden. In der That rüstete sich auch die zahlreiche liberale Emigration, die in England und Frankreich seit Jahren ein Asyl gefunden hatte, zu einem Einfalle in Spanien, den man ihr auf französischem Boden ungestört vorzubereiten gestattete, da die Juli-Dynastie vom spanischen Hofe noch nicht anerkannt war und zwischen beiden Cabinetten eine fast feindliche Spannung herrschte (s. S. 141). Ehe jedoch das Unternehmen zur Ausführung reif war, erfolgte die Anerkennung Ludwig Philipp's durch Spanien, und die unglücklichen Flüchtlinge wurden jetzt nicht nur auf Befehl der französischen Regierung ihrer zum Zwecke der Expedition aufgebrachten Kriegsmittel beraubt, zum großen Theile von der Grenze entfernt, sondern auch diejenigen, die trotzdem in geringer Zahl in Spanien einzudringen wagten, den dortigen Behörden denuncirt. Sofort von überlegenen Streitkräften angegriffen, wurden sie nach heldenmüthigem, aber fruchtlosem Widerstande zersprengt, die Gefangenen erschossen, die vom Geschicke Begünstigteren über die französische Grenze zurückgetrieben. Die ganze Sache wird stets einer der dunkelsten Flecke in der Geschichte Ludwig Philipp's bleiben.

Im September 1832 verfiel der König in eine Agonie, welche die carlistische Partei benutzte, um ihm durch den Justiz-Minister

Calomarde, einen ihrer heimlichen Anhänger, den Widerruf der pragmatischen Sanction abpressen zu lassen. Die Intrigue scheiterte hauptsächlich an der Entschlossenheit der Infantin Luisa Carlotta; Ferdinand erklärte seinen Widerruf für abgelistet und deßhalb für nichtig; die beiden carlistisch gesinnten Minister, Calomarde und Alcudia, fielen in Ungnade, und der König übertrug seiner Gemahlin für die weitere Dauer seiner Krankheit die Regentschaft. Marie Christine, die nur die Sicherung des Thronrechts ihrer Tochter (sie war übrigens im Januar 1832 zum zweiten Male von einer Infantin entbunden worden) im Auge hatte, gebrauchte die ihr anvertraute Macht, um durch Concessionen an die Liberalen die Sympathieen dieser Partei und deren künftige Unterstützung sich zu sichern. Der Infant Don Carlos begab sich nach Portugal zu seinem Bundesgenossen Dom Miguel und erließ von dort aus einen Protest (29. April) gegen die Aenderung der Thronfolge; Ferdinand versammelte die Cortes por estamentos (29. Juni), welche der Prinzessin von Asturien, als Erbin der Krone, huldigten. Eine gesetzliche Sanction konnte das Thronrecht Isabella's, da ihm die Zustimmung der Agnaten fehlte, dadurch nicht erhalten, und der Nationalwille war in jener Körperschaft nicht vertreten. Der König starb nach langem, qualvollem Todeskampfe (29. September 1833) und ließ Spanien am Rande des Bürgerkrieges zurück. Marie Christine trat nunmehr im Namen ihrer unmündigen Tochter die Regentschaft an, die ihr durch Ferdinand's Testament übertragen worden war.

a. Der Bürgerkrieg wegen der Erbfolge, 1833—1840.

Die Carlisten pflanzten sehr bald die Fahne des Aufruhrs auf. Durch höchst unzeitige Antastung ihrer alten Fueros hatte Ferdinand VII. die baskischen Provinzen verletzt, und die Regentin setzte unbegreiflicher Weise eine Politik fort, welche diese kriegerische Bevölkerung zu Partisanen des Prätendenten machte. Wenige Wochen nach dem Tode des Königs waren die Basken in voller Empörung; in vielen anderen Theilen des Reiches bildeten sich außerdem Guerillas. Die täglich wachsende Macht der liberalen Partei und die Nothwendigkeit einer Anleihe zur Führung des Krieges gegen die Carlisten bewogen Marie Christine, zur Bildung eines gemäßigt-liberalen Ministeriums, mit Martinez de la Rosa als Chef, und zur Ertheilung einer halbliberalen Verfassung, unter dem Namen „estatuto real“ (10. April 1834), die noch weit hinter der französischen Charte von 1830 zurückstand. Das Wahlrecht zur zweiten Kammer (der Procuradores) war indirect und, eben so wie die Wählbarkeit, durch einen sehr hohen Census bedingt. Die Wahlperiode betrug drei Jahre. Die erste Kammer (die Proceres) bestand, außer den Erzbischöfen und Bischöfen, aus erblichen und lebenslänglichen Pairs; erstere waren die Granden von Spanien, welche ein bestimmtes

Einkommen vom Grundbesitz hatten, letztere wurden von der Krone aus gewissen Kategorieen des hohen Adels, der Magistratur, der Beamten 2c. ernannt. Die Kammern besaßen nicht die Initiative der Gesetzgebung, und das Budget wurde nur alle zwei Jahre von ihnen festgesetzt. Die Krone hatte das absolute Veto; die Verantwortlichkeit der Minister und die Preßfreiheit waren nicht ausgesprochen.

Indessen nahm der Bürgerkrieg seinen Fortgang: die baskischen Provinzen wurden zwar bald nach der Erklärung von Bilbao und Vitoria für die Sache des Prätendenten durch militärische Macht occupirt, da man aber den großen Fehler beging, ihre Fueros gänzlich aufzuheben, und überhaupt ein Regiment der strengsten Ahndung gegen sie zu üben, so währte der Guerillakrieg in ihnen fort, der durch das glänzende Talent des carlistischen Chefs, Zumalacarreguy, bald immer größere Dimensionen gewann. Don Carlos selbst bereitete von Portugal aus einen Einfall in Spanien vor, was die Regentin zur Anerkennung Maria da Gloria's veranlaßte. Unter den Auspicien Palmerston's und Talleyrand's wurde hierauf in London die sogenannte Quadrupel-Allianz zwischen England, Frankreich, Spanien und Portugal geschlossen, deren ausgesprochener Zweck die Aufrechterhaltung des constitutionellen Thrones Isabella's und Maria da Gloria's war, deren Politik aber im Allgemeinen ein Gegengewicht gegen das absolutistische Bündniß der nordischen Höfe bilden sollte. Der Einmarsch spanischer Truppen in Portugal und die Vertreibung des Dom Miguel aus diesem Lande war die erste Frucht jenes Vertrages. Der spanische Prätendent begab sich nach England, von wo aus es ihm im Juli 1834 gelang, mit Täuschung der französischen Behörden über die spanische Grenze nach den baskischen Provinzen zu kommen. Seine Ankunft erhöhte den Muth seiner Anhänger, deren Zahl und Organisation durch Zumalacarreguy's außerordentliche Thätigkeit und erfolgreiche Kriegführung bedeutend gewachsen war. In den anderen Provinzen, namentlich in Catalonien und Aragonien, nahmen gleichfalls die carlistischen Guerillas überhand.

Die Madrider Regierung wurde indeß weiter und weiter auf der einmal betretenen Bahn liberaler Zugeständnisse getrieben. Am 23. Juli traten die Cortes zusammen und sofort offenbarte sich die Spaltung in den Reihen der Liberalen, die zwar schon während der Revolution der zwanziger Jahre sich gezeigt hatte, die aber mit der Katastrophe von 1823 und den Leiden eines zehnjährigen Exils wiederum verschwunden war. Die Partei-Unterschiede der Moderados und Progressisten erweiterten sich bald bis zur äußersten Feindseligkeit; die Ausdehnung der constitutionellen Rechte, die Einziehung der geistlichen Güter zum Vortheile des Staates bildeten das Programm der progressistischen Opposition, deren Macht und Anhang in der öffentlichen Meinung mit jedem Tage sich steigerte.

Der Fortgang des Bürgerkrieges und der Fortschritt der Re-

volution gingen Hand in Hand; eine Reihe von Generälen der Königin, selbst der berühmte, aus dem Exil zurückgekehrte Mina, erschöpften fruchtlos ihre Anstrengungen gegen Zumalacarreguy, der die Macht der Carlisten in Navarra und den baskischen Provinzen fest begründete, endlich aber vor Bilbao durch eine feindliche Kugel fiel. Sein Tod erlöste die liberale Sache von einem Gegner, dessen Arm vielleicht Spanien noch einmal in den Despotismus zurückgeworfen hätte. Der Hauptheerd der carlistischen Macht blieben während der ganzen Dauer des Krieges Navarra und die baskischen Provinzen. Unterstützt durch den Eifer der Bevölkerung für die Vertheidigung ihrer Fueros und durch bedeutende Geldsendungen der nordischen Höfe mit den nöthigen Mitteln zur Führung des Krieges ausgestattet, konnte Don Carlos Jahre lang in dieser Position den Waffen der Königin Trotz bieten. Ferner bildete sich in den Gebirgen, welche auf der Grenze der drei Provinzen Aragonien, Catalonien und Valencia gelegen sind, aus den Streifscharen der Guerillas allmählich eine zahlreiche und geordnete Truppe durch die rastlose Thätigkeit Cabrera's, eines jungen Partei-Chefs, der 1834 sein elterliches Haus in Tortosa verlassen hatte, dem geistlichen Rufe entsagend, dessen erste Weihe er schon empfangen. Bald ordneten seiner überlegenen Begabung die anderen Guerilla-Führer sich unter; er nahm einzelne feste Plätze, befestigte andere und organisirte eine Macht, welche die Christinos nöthigte, ihm Jahre lang ein beträchtliches Heer entgegenzustellen. Abgesehen von den Basken, welche die Thronrechte des Prätendenten nur um ihrer Fueros willen vertheidigten, war die Geistlichkeit, welche von der Regierung der Königin und dem Fortschritte der Revolution das Schlimmste zu befürchten hatte, die eifrigste Stütze der Carlisten. Ihrem Einflusse war es zu verdanken, wenn in einigen Provinzen das Landvolk sich unter die Fahnen des Prätendenten schaarte, denen außerdem noch die zahlreiche Menge von Abenteurern zuströmte, die ein Vierteljahrhundert voll innerer Kriege und Erschütterungen überall im Lande erzeugt hatte.

Die Revolution nahm unterdeß ihren unvermeidlichen Verlauf. Martinez de la Rosa trat vom Staatsruder zurück und ward durch den energischeren Toreno ersetzt, unter dessen Verwaltung der Staatsschatz die Zahlung der Zinsen einstellte, d. h. mit anderen Worten, den öffentlichen Bankerott erklärte; ein verhängnißvoller Act, der aber bei den ungeheuren Kriegskosten, welche die Bekämpfung des carlistischen Aufstandes erforderte, während derselbe die Einnahmen beträchtlich verminderte, nicht zu vermeiden war. Das Jahr 1835 sah bereits in den großen Städten der östlichen und südlichen Provinzen den allgemeinen Aufstand der radicalen Partei auflodern. In vielen Orten bildeten sich Junten, deren Losungswort eine liberale Reform der Constitution war. Toreno versuchte umsonst, den Sturm zu beschwören, der sogar in der Hauptstadt in blutigen Emeu-

ten aufbrauste, und trat schon im Herbst von der Leitung der Geschäfte zurück. Sein Nachfolger war Mendizabal, ein progressistischer Staatsmann, der die Preßfreiheit bewilligte und die Güter der Klöster zum Vortheile des Staates einzog. Der Bruch zwischen dem päpstlichen Hofe und dem constitutionellen Königthume war damit erklärt; aber die Erträge der zum Theil sehr schlecht verkauften Nationalgüter fraß der bodenlose Schlund der Kriegskosten. Nicht einmal das Deficit konnte gedeckt, viel weniger die Zinszahlung wieder aufgenommen oder gar an Verminderung der Staatsschuld gedacht werden. In dem neuen Parlamente konnte sich Mendizabal nicht behaupten; er fiel außerdem bei der Regentin in Ungnade und trat im Mai 1836 zurück. Sein Nachfolger war Isturiz, bisher Progressist, dessen Abfall die Erbitterung dieser Partei aufs Höchste steigerte. Das Ministerium löste die ihm feindlich gesinnten Cortes auf, und jetzt entbrannte von Neuem die Flamme des Aufruhrs in den Provinzen; die Constitution von 1812 wurde die Forderung der Aufständischen. Am 12. August 1836 erzwang ein Soldatenaufstand in La Granja, einer königlichen Sommer-Residenz, wo sich die Regentin aufhielt, die Einführung der Constitution von 1812. Isturiz rettete sich mit Mühe vor der Volkswuth; ein progressistisches Ministerium, unter dem Vorsitze Calatrava's und der Theilnahme Mendizabal's, ward gebildet, die constituirenden Cortes nach den Bestimmungen der Constitution von 1812 einberufen. Die Folge dieses Umschwunges war die gänzliche Abbrechung aller Beziehungen mit den nordischen Höfen, die seit Ferdinand's VII. Tode nur noch durch Geschäftsträger in Madrid vertreten waren. Die Wahlen gaben ein besseres Resultat, als man unter den obwaltenden Umständen hätte erwarten sollen, und in der neuen Versammlung, welcher die Revision der Verfassung von 1812 oblag, fanden gemäßigtere Grundsätze Eingang. Die Berathungen zogen sich bis zum Frühjahre 1837 hinaus, wo endlich die neue Constitution vollendet wurde. Sie adoptirte das Zweikammer-System und vereinfachte das Wahlgesetz zur zweiten Kammer, welche Wahl direct war und der ein niedriger Census zu Grunde lag. Die Königin-Regentin leistete am 18. Juni 1837 den Eid auf die Verfassung. Die Nation war damit, und das mußte als kein geringer Vortheil betrachtet werden, in Besitz eines mit der Krone vereinbarten, nicht von letzterer einseitig octroyirten, Grundgesetzes gelangt.

Im Sommer 1836 schickte Don Carlos verschiedene Expeditionen von den baskischen Provinzen aus in die übrigen Theile Spaniens, unter welchen es besonders der des Gomez, welche bis in das Herz von Andalusien eindrang, bedeutende Erfolge zu erringen gelang. Monate lang wurde sie umsonst von den Generälen der Königin verfolgt, während sie brandschatzend und Beute machend umherzog; endlich gelang es dem jungen und energischen General Narvaez, den Nachtrab des Gomez einzuholen, zu schlagen und ihm einen Theil

der Beute wenigstens abzunehmen. Als Narvaez jedoch die Verfolgung des Feindes fortsetzen wollte, verweigerten ihm die Truppen des Generals Alaix, von diesem letzteren, der die Erfolge seines Cameraden beneidete, dazu aufgehetzt, den Gehorsam, wodurch der Carlisten-Chef entkam und die baskischen Provinzen glücklich wieder erreichte. Espartero, der seit einigen Monaten den Oberbefehl der Nordarmee, damals der erste militärische Posten in Spanien, führte, wußte durch seinen Einfluß auf die Minister, Alaix gegen die gerechte Beschwerde des Narvaez zu schützen, worauf der letztere seine Entlassung nahm. Von jener Zeit an datirt die verhängnißvolle Feindschaft zwischen ihm und Espartero. Dieser legte bald darauf (December 1836) den Grund seines Ruhmes und seiner späteren Größe, indem er das zum zweiten Male von den Carlisten belagerte und bis zur äußersten Noth bedrängte Bilbao durch das blutige Treffen von Luchana entsetzte. Im Frühjahre 1837 stellte sich Don Carlos an die Spitze einer großen Expedition, welche unter blutigen Gefechten durch den Norden von Aragonien nach Catalonien, dann über den Ebro ging, sich mit Cabrera vereinigte und in Folge des siegreichen Treffens von Villa de los Navarros bis vor die Thore von Madrid drang. Hier entfiel jedoch den Generälen des Prätendenten der Muth, sie wagten, bedroht von dem herbeieilenden Espartero, nicht, die durch die zahlreiche und entschlossene Nationalmiliz geschützte Hauptstadt anzugreifen, sondern zogen sich mit bedeutenden Verlusten wieder nach den baskischen Provinzen zurück. Diese verfehlte Unternehmung, die den klaren Beweis lieferte, daß Don Carlos im Herzen Spaniens nicht auf zahlreiche und mächtige Sympathieen rechnen dürfe, bildete den Wendepunkt des Bürgerkrieges. Trotz der Erfolge, die Cabrera noch fernerhin auf seinem Kriegstheater erfocht, fingen die Hoffnungen der carlistischen Sache an zu sinken. Die Bevölkerung der Nordprovinzen begann auch endlich des mit so vielen Opfern geführten, endlosen Kampfes müde zu werden. Der Prätendent selbst stand, wie sein Bruder, unter der Herrschaft seiner Günstlinge. Niedrige Cabale verdrängte die fähigsten Generäle und ersetzte sie durch unwürdige Creaturen der Camarilla; ja, im Kerker schmachteten Männer, die, wie z. B. Gomez, für die Sache ihres Fürsten ruhmvoll gefochten hatten, bis endlich denjenigen, der seinen ergebenen Anhängern mit Undank lohnte, in dem Undank eines Verräthers die Nemesis erreichte.

Bald nach der Beschwörung der neuen Verfassung stürzte das progressistische Ministerium (August 1837). Die glücklichere Wendung des Krieges und die Feststellung einer freisinnigen Constitution brachte eine Reaction zu Gunsten der gemäßigten Partei im Lande hervor. Espartero steigerte seinen Einfluß, der sich bald in vielen Cabinets- und parlamentarischen Intriguen fühlbar machte. Die kriegerischen Operationen wurden von ihm ziemlich lässig geführt; dagegen erwarb er sich das unbestreitbare Verdienst, die Organisation und Manns-

zucht des Heeres, welche durch die fortwährenden Militärrevolten und durch die Noth, in welcher man die Soldaten ließ, aufs Tiefste zerrüttet waren, wieder zu heben. Narvaez wurde zum zweiten Male das Opfer der Feindschaft des mächtigen Ober-Generals, der den ungestümen Muth und die Thatkraft des Ersteren als ein Hinderniß für seine weitaussehenden Pläne fürchtete. Da die carlistischen Banden in der Mancha in drohender Weise Ueberhand nahmen, so wurde Narvaez mit der Bildung einer Reserve-Armee beauftragt, die es verhindern sollte, daß sich dort ein neuer Heerd der Insurrection bildete. Narvaez vollzog diesen Auftrag mit dem glücklichsten Erfolge, organisirte dieses Corps in kurzer Zeit und unterdrückte mit siegreicher Strenge das Treiben der Guerilleros. Nunmehr wußte jedoch Espartero die Ernennung von Alaix zum Kriegs-Minister zu bewirken, und Narvaez, der nicht unter einem Manne stehen wollte, der sich so unwürdig an ihm und der militärischen Ehre vergangen, gab seine Entlassung. Einige Monate darauf ließ er sich mit Cordova, Espartero's Vorgänger im Commando der Nordarmee, zu einem Pronunciamento — so ist der gebräuchliche Ausdruck für die Aufstandsversuche in Spanien — in Sevilla verlocken (November 1838), dessen Zweck der Sturz Espartero's und der ihm ergebenen Mitglieder des Ministeriums war. Der Versuch scheiterte indeß völlig, und Cordova wie Narvaez sahen sich genöthigt, über die portugiesische Grenze zu flüchten, wo der erstere einige Zeit darauf in der bitteren Bedürftigkeit des Exils starb, während Narvaez nach Frankreich ging und dort, ohne Mittel und von der Regentin im Stich gelassen, mit dem größten Mangel zu kämpfen hatte.

Don Carlos fiel bald darauf seinem verdienten Schicksale anheim. Nach mehrfachen Wechseln war der Oberbefehl der carlistischen Armee im Norden in die Hände Maroto's gekommen. Das innere Getriebe der Vorgänge, die den Prätendenten zur Flucht aus Spanien zwangen, ist noch nicht genügend bekannt, so viel aber wohl gewiß, daß Maroto von der ersten Stunde seines Befehles an über Verrath brütete. Er trat in directe Unterhandlungen mit Espartero, die durch Vermittlung englischer Agenten geleitet wurden. Zwischen Beiden bestanden alte Beziehungen aus den Zeiten der amerikanischen Feldzüge. Im Monat Mai (1839) begann der Feldzug, in welchem Espartero, dem Maroto nur einen Scheinwiderstand entgegenstellte, in kurzer Zeit Positionen eroberte, an denen bisher die Waffen der Königin vergeblich ihre Anstrengungen erschöpft hatten. Die Hälfte der baskischen Provinzen fiel bis zum August in die Hände der Christinos; da endlich warf Maroto die Maske ab, schloß mit Espartero am 29. August den Vertrag von Bergara; den baskischen Provinzen wurde die Bestätigung ihrer Fueros mit Ausnahme einiger ganz unerläßlicher Modificationen versprochen. Don Carlos stand noch in Navarra an der Spitze einer beträchtlichen Streitmacht; wäre er ein Mann von Muth gewesen, so hätte er seine Sache nicht kleinmüthig

aufgegeben, sondern sich nach Aragonien zu Cabrera durchzuschlagen versucht, der sich damals auf dem Höhepunkte seiner Macht befand. Begleitet von den Generälen, die er Jahre lang mit seiner Ungnade verfolgte und die ihm jetzt in seinem Unglücke ihre Treue glänzend bewiesen, überschritt er mit den ihm gebliebenen Truppen die französische Grenze, wo eine langwierige Staatsgefangenschaft seiner wartete.

Die Vertreibung des Don Carlos aus den Nordprovinzen, welche die nahe Beendigung des langwierigen Bürgerkrieges in Aussicht stellte, hatte dem Ober-General Espartero eine unermeßliche Popularität verschafft. Von der Regierung mit dem pomphaften Titel eines Herzogs de la Vitoria (des Sieges), von den Cortes durch bedeutende Güterschenkungen belohnt, wurde er aller Orten von der Bevölkerung als Retter Spaniens gleich einem Triumphator empfangen. Seine Stellung war eine solche geworden, daß er entweder noch höher steigen oder stürzen mußte; er begann um diese Zeit seinen Uebertritt zur progressistischen Partei vorzubereiten, in der Einsicht, daß seine Macht der Königin-Regentin und den ihr anhängenden Moderados bereits zu gefährlich erschien, als daß sie nicht hätten suchen sollen, sich seiner bald zu entledigen. Die Glücksgöttin, welche ihn später so gänzlich verlassen sollte, gefiel sich noch darin, ihm durch den Zufall oder die Fehler seiner Gegner die glänzendsten Erfolge in den Schoß zu werfen. Cabrera, der ihm vielleicht einen furchtbaren Widerstand geleistet hätte, fiel im Januar 1840 in eine gefährliche typhusartige Krankheit, die Monate andauerte und während welcher ohne sonderliche Gegenwehr die Hauptwaffenplätze der Carlisten verloren gingen. Am 6. Juli 1840 überschritt Cabrera mit den ihm gebliebenen Truppen die französische Grenze, wo das Schicksal seines Fürsten seiner wartete. Der Bürgerkrieg war hiermit zu Ende, nicht aber die Revolution.

b. Die Flucht der Königin-Regentin. Die Regentschaft Espartero's, 1841—1843.

Die September-Revolution 1840. Das (Moderados-) Ministerium legte den Cortes ein Gesetz vor, welches die Befugnisse der Magistrate (Ajuntamientos) im gouvernementalen Sinne beschränkte. Nach mehrmonatlichen Debatten in Folge des heftigen Widerstandes der Opposition wurde dasselbe im Juni 1840 von beiden Kammern angenommen. Espartero forderte die Regentin auf, demselben ihre Sanction zu verweigern, und als diese dennoch gegeben wurde, brach am 1. September 1840 ein Aufstand aus, der sich bald über die Hauptstädte der Provinzen verbreitete. Espartero, zu dessen Unterdrückung aufgefordert, weigerte sich, und die Regentin sah sich genöthigt, ihn zum Minister-Präsidenten zu erheben, mit der Vollmacht, seine Collegen selbst zu ernennen. Der Siegesherzog

wurde bei seinem triumphirenden Einzuge in Madrid mit fürstlichen Ehren empfangen, und er, der bis jetzt zu den Moderados gezählt, trat auf die Seite der Progressisten. Er legte der Königin (die sich nach Valencia begeben hatte, wo der, ihr ergebene, moderirt gesinnte General O'Donnel befehligte) sein Programm vor, welches die Auflösung der Cortes und die Zurücknahme des Ajuntamiento-Gesetzes enthielt. Marie Christine verschmähte es jedoch, den Kelch der Demüthigung bis zur Hefe zu leeren, sie beschloß, einer Macht zu entsagen, deren Schein ihr nur noch geblieben war und die ihr außerdem durch die Abneigung des Volkes gegen sie und die scandalösen Gerüchte, welche über ihr Privatleben verbreitet waren, verleidet wurde. Die Regentin war nämlich sehr kurze Zeit nach dem Tode Ferdinand's VII. eine heimliche Ehe mit einem schönen Leibgardisten, Namens Munoz, eingegangen, den ihre Gunst aus den unteren Reihen der Gesellschaft emporhob. Diese Verbindung wurde von der Bosheit feindlicher Parteien rücksichtslos ausgebeutet. So mußte ihr der Sieg der Revolution eine düstere Zukunft prophezeihen, falls sie es wagte, sich den Händen der ihr aufgedrängten Räthe und einer stürmisch aufgeregten Nation anzuvertrauen. Sie legte demnach am 12. October die Regentschaft nieder, beauftragte das Ministerium bis zur definitiven Entscheidung der Cortes mit deren provisorischen Führung und schiffte sich mit Munoz und ihren Kindern zweiter Ehe nach Frankreich ein, ihre beiden königlichen Töchter der Obhut der Männer, vor deren Sieg sie zurückgetreten war, überlassend.

Die Progressisten in Madrid bildeten ein Ministerium der provisorischen Regentschaft bis zur Wahl neuer Cortes. Erst im März 1841 traten die Cortes zusammen, und beide Häuser wählten in gemeinschaftlicher Abstimmung Espartero zum Regenten Spaniens und zum Vormund der jungen Königin und ihrer Schwester, der Infantin Luisa Fernanda. Seine Lage aber war eine höchst schwierige: die siegreiche progressistische Partei spaltete sich allmählich in eine jung-progressistische, welche sich in den Kämpfen seit dem Tode Ferdinand's VII. gebildet hatte, und die der Altliberalen von 1812, zu denen sich der Regent hinneigte; zu seinem Unglücke konnte er keinen fähigen Finanz-Minister finden, der dem Lande aus dem Zustande des thatsächlichen Bankerotts heraushalf (wozu selbst der Verkauf der [auf 2 Milliarden Realen geschätzten] geistlichen Güter nicht hingereicht hatte) und den Staatscredit herzustellen verstand. Er reducirte zwar das im Bürgerkriege auf 250,000 Mann angewachsene Heer allmählich um die Hälfte, glaubte aber den feindlichen Parteien gegenüber seine Macht nicht zu sehr schwächen zu dürfen, und da er bei dem noch immer großen Bestande der Truppen für deren Sold und Bedürfnisse nicht in ausreichender Weise sorgen konnte, so hatte er an der unzufriedenen Armee ein unzuverlässiges und sogar gefährliches Werkzeug. Aehnliche Rücksichten hinderten ihn an einer energischen Reform des Steuersystems. Jede neue Auf-

lage würde seine Popularität beeinträchtigt haben, denn die Menge erwartete von einer liberalen Regierung Abschaffung, nicht Einführung von Steuern. Daher beabsichtigte er eine Aenderung des Zollsystems. Das bisherige strenge Prohibitivsystem lähmte nicht nur Ackerbau und Handel, sondern machte auch eine kostspielige Grenz- und Küstenbewachung nöthig, die trotz aller Anstrengungen dem ausgedehntesten Schmuggelhandel nicht zu steuern vermochte. Aber sobald das Project der Zollerniedrigung ruchbar wurde, erhoben die bei dem Prohibitivsystem betheiligten Sonder-Interessen, so wie die Espartero feindlichen Parteien das lauteste Geschrei über die Preisgebung der National-Industrie an England, besonders in Catalonien, welches der Hauptsitz der spanischen Industrie ist. Barcelona, die Hauptstadt dieser Provinz und die zweite Stadt des Reiches, zugleich von jeher der Hauptheerd des Radicalismus, erhob (am 15. Nov.) offenen Aufstand gegen den Regenten. Dieser begab sich in Person dahin und unterwarf durch ein Bombardement die Stadt; ihr wurde eine Contribution von 12 Mill. Realen auferlegt, und 14 der Aufrührer büßten ihr Vergehen mit dem Tode, eine Strafe, die nicht hinlänglich gerechtfertigt schien, da es den Haupträdelsführern gelungen war, nach Frankreich zu entkommen. Espartero war seit dem Bombardement von Barcelona den gehässigsten Angriffen in der Presse der Progressisten und der Moderados ausgesetzt, die ihn als Tyrann, als blutigen Unterdrücker u. s. w. brandmarkten. Durch die Maßlosigkeit seiner Gegner wurde er selbst in die Politik der Willkür gedrängt. Bei seiner Rückkehr nach Madrid mit düsterm Schweigen empfangen, löste er die Cortes auf (3. Januar 1843) und regierte ohne Budget. Der Ausfall der neuen Wahlen (im Februar) erschien zweideutig: Regierung und Opposition schrieben sich beide den Sieg zu, doch stellte sich nach den leidenschaftlich geführten Wahlprüfungen und bei der Wahl des Präsidenten (Cortina) die bedeutende Majorität der Opposition unzweifelhaft heraus. Espartero ernannte, nach einem nur achttägigen progressistischen Ministerium (des radicalen Volkstribunen Lopez), ein Cabinet, mit Mendizabal als Chef und Finanz-Minister (20. Mai) und, als dieses sofort ein ganz eclatantes Mißtrauens-Votum von der Opposition unter Olozaga's Führung erhielt, wurden die Cortes vertagt, dann aufgelöst und die neu zu wählenden auf den 27. August berufen. Sofort erhoben sich Aufstände in den südlichen Provinzen, die wegen der catalonischen Unruhen von Truppen entblößt worden waren. Nach dem ganz unterwühlten Catalonien eilte sofort der junge Obrist Prim, wiewohl ein gemäßigter Progressist, und pflanzte die Fahne der Empörung mit einer wüthenden Proclamation gegen Espartero auf. Hier wie in Valencia fielen die Truppen zu den Empörern ab; die Agenten Marie Christinen's streuten mit freigebigen Händen Geld unter ihnen aus, eine Lockung, der eine größtentheils schlecht bezahlte und darbende Armee, die seit einem Jahrhundert in den Strudel

der Meuterei gerissen war, nicht widerstehen konnte. Espartero verlor viel kostbare Zeit mit unnützen Manifesten, während schon Christinische Generäle, von der französischen Regierung ziemlich offen unterstützt, auf allen Seiten dem Aufstande zu Hülfe eilten. Der gefährlichste Gegner des Regenten, Narvaez, verließ am 23. Juni Paris und landete in Valencia, wohin Espartero selbst mit 8000 Mann aufgebrochen war. Ohne sich um diesen zu kümmern, zog Narvaez gegen Madrid, und nachdem er die zum Entsatz der Hauptstadt aus Catalonien zurückkehrenden Truppen zerstreut hatte, hielt er seinen triumphirenden Einzug und bildete eine „Regierung der Nation", d. h. eine aus der National-Erhebung hervorgegangene. Espartero, anstatt seinem Gegner von Valencia aus auf den Fersen zu folgen, hatte nur die Rettung seiner Person im Auge und wandte sich nach Andalusien, wo es ihm gelang, auf ein englisches Dampfschiff zu fliehen und so das Land zu verlassen, welches die schnelle Laufbahn seines Glückes, seine fürstliche Macht und seinen noch schnelleren Sturz gesehen.

c. Isabella's II. (nominelle) Selbstregierung seit 1843.

Narvaez, dessen Persönlichkeit viel zum Abfalle der Truppen von der Sache Espartero's beigetragen, wurde zum General-Capitän von Neu-Castilien, Prim zum Gouverneur von Madrid ernannt. Die nächste Schwierigkeit war, sich mit den unzähligen Junten abzufinden, die sich allenthalben gebildet hatten und keineswegs geneigt schienen, ihrer Gewalt zu entsagen. Von mehreren ward der Ruf nach einer Central-Junta erhoben, und die angesehenste dieser Körperschaften, die Junta von Barcelona, protestirte gegen die Einberufung der Cortes ohne vorherige Bildung einer Central-Junta. Um ihr die Aussicht abzuschneiden, für die Zeit der Minderjährigkeit der Königin eine revolutionäre Regierung zu errichten, ließ Narvaez und das Ministerium (Lopez) am 8. August die Königin, der etwa noch zwei Monate am vollendeten 13. Jahre (d. h. am verfassungsmäßigen Alter der Volljährigkeit) fehlten, für großjährig erklären, welchen Act die Cortes am 7. November genehmigten. In ihrer Versammlung leistete die 13jährige Königin den Eid auf die Verfassung.

Dieses war der letzte Act der angeblichen Aussöhnung zwischen Moderados und Progressisten. Ein kühner Versuch des Ministeriums Olozaga, sich der von den Moderados beherrschten Mehrheit der Cortes zu entledigen, indem der Chef desselben der Königin, angeblich gewaltsam, ein Decret abnöthigte, welches die Auflösung der Cortes enthielt, führte nur seinen eigenen Sturz herbei, und Olozaga, der noch eben die Geschicke Spaniens in seiner Hand zu halten schien, mußte, als geächteter Flüchtling, verkleidet die portugiesische Grenze überschreiten. Damit war die Sache der Progressisten verloren und es folgte mit der Herrschaft der verschiedenen Fractionen der Mode-

rados (1844—1854) eine Zeit der Reaction und ein System der Centralisation, welches alle individuelle Thätigkeit lähmen mußte.

Sofort wurde die Königin Christine zur schleunigen Rückkehr (aus Paris) nach Spanien aufgefordert und das Gesetz über die Befugnisse der Magistrate (Ajuntamientos), dessen Sanction 1840 die September-Revolution hervorgerufen hatte, mit einigen Modificationen wieder hergestellt, Narvaez, welcher, obgleich außerhalb des Cabinettes stehend, der eigentliche Lenker der Regierungsgewalt war, durch ein Decret der Königin zur höchsten militärischen Würde Spaniens, zum General-Capitän der spanischen Heere, erhoben. Neue Aufstandsversuche von Anhängern Espartero's im Südosten Spaniens kamen der Reaction zu Statten: eine große Anzahl der in Madrid anwesenden progressistischen Abgeordneten wurde auf unbestimmten Verdacht hin festgenommen und in Haft gehalten, ganz Spanien in Belagerungszustand erklärt und die National-Milizen entwaffnet; die Aufstände, an deren Spitze wenig geachtete Menschen standen, fanden bei der der ewigen Revolutionen müden Nation keinen Anklang und wurden mit blutiger Strenge unterdrückt. Kaum war Marie Christine in Aranjuez angelangt und ihr Gemahl Munoz (der vorläufig in Paris zurückgeblieben) zum Herzog von Rianzares erhoben, wodurch diese Ehe officiel legitimirt wurde, so erschien ein octroyirtes Preßgesetz, welches hohe Cautionen und Geldstrafen festsetzte, und als das Ministerium (Gonzales Bravo) wegen einer mißlungenen Anleihe zurücktrat, folgte am 4. Mai 1844 ein Ministerium Narvaez, dessen Chef zugleich das Portefeuille des Krieges erhielt.

Narvaez' dreimaliges Ministerium (1844—1852). Das neue Cabinet hob zwar den Belagerungszustand auf, setzte aber die Verfolgungen der Progressisten fort, wobei die Militärbehörden meistens ohne Rücksicht auf die gesetzlichen Bestimmungen verfuhren. Ein Decret vom 10. Juli, welches die Cortes auflöste und die neu zu erwählenden auf den 10. October berief, sprach in der Einleitung die Absicht der Regierung aus, den neuen Cortes eine Revision der Verfassung vorzulegen. Da die progressistische Partei den Fehler beging, sich der Wahlen wegen angeblicher Unfreiheit derselben zu enthalten, so fielen diese fast ausschließlich auf Moderados, und dem Cabinette war eine überwiegende Majorität gesichert. Am 18. October brachte Narvaez die Revisionsvorlagen vor den Congreß. Man konnte sie ihres Umfangs und ihrer Bedeutung halber eher eine neue Verfassung, als nur eine Veränderung der bestehenden nennen. Die wichtigsten Punkte waren: Der Eingang der Constitution, welcher dieselbe als von der National-Souverainetät herrührend darstellte, sollte, weil beleidigend für die Krone, gestrichen werden. Statt des bisherigen Senats sollte ein auf Lebenszeit durch die Krone aus gewissen Kategorieen (Beamten, Adel, Bischöfen) in unbestimmter Zahl ernannter treten. Gestrichen wurde das Recht der Cortes, sich auch ohne die königliche Einberufung jedes Jahr im

December zu versammeln; ferner die Jury für Preßvergehen und, wohl die wichtigste aller Aenderungen, die Institution der National-Miliz, die definitiv aufgehoben blieb. Die Wahlperiode der zweiten Kammer wurde auf fünf Jahre (statt drei) erhöht, übrigens ein neues Wahlgesetz angekündigt. Mit einem Worte, die Constitution von 1837 wurde 1845 in den Hauptpunkten nach dem Muster der französischen Charte von 1830 umgeformt. Der Congreß votirte die Verfassungs-Revision in allen ihren Theilen ohne wesentliche Veränderung. Gesetze, welche die Freiheit der Presse und die Selbständigkeit der Municipal-Verwaltung noch mehr einschränkten, folgten ohne Mitwirkung der Cortes, deren willfährige Majorität die Rechte des Parlamentes gleichsam in die Hände des Ministeriums niederlegte. In blinder Nachahmung der französischen Formen, deren nahen Untergang damals nur Wenige voraussahen, wurde 1845 auch der Staatsrath und das Unterrichtswesen organisirt. Der tüchtige Finanz-Minister Mon legte ein Dotationsgesetz für den Clerus vor, welches die Rückgabe des (allerdings kleinen) noch nicht veräußerten Theiles der geistlichen Güter in sich schloß und die Zustimmung der Cortes erhielt, eben so wie die Einführung einer neuen allgemeinen directen Steuer, welche wenigstens die pünktliche Bezahlung des Heeres und der activen Beamten möglich machte. Das neue Steuersystem und namentlich die bisher ungewohnte rücksichtslose Eintreibung der Steuern führte neue Aufstandsversuche herbei, die ihre Haupttheilnehmer unter der aufgelösten National-Miliz zählten, aber, wie die vorhergehenden, zu weiterer Unterdrückung der progressistischen Partei Veranlassung gaben und die Unpopularität der Regierung, selbst in den Reihen der Moderados, steigerten. Ueberhaupt verfeindete Narvaez (seit dem 19. November Herzog von Valencia) sich das Volk durch sein gewaltthätiges Verfahren, die Großen durch sein hochfahrendes Wesen; nur die Armee war ihm ergeben, wiewohl es auch hier höhere Officiere gab, die ihm sein schnelles Glück und seinen Stolz nicht verziehen. Er sollte erst durch eine Reihe von Enttäuschungen und Demüthigungen dahin gebracht werden, seine Macht in besseren Grundlagen, als nur in Gewalt und Hofgunst (der Königin-Mutter) zu suchen. Nach zweijähriger energischer, aber oft willkührlicher Verwaltung zerfiel das Cabinet Anfangs 1846 durch innere Zwistigkeiten, wie es scheint, in Betreff der Vermählung der jungen Königin mit dem Grafen Trapani (Prinzen von Neapel). Dieses Project sollte durch eine Intrigue ausgeführt werden: Narvaez, welcher darüber mit der Königin Christine einverstanden war, gab scheinbar seine Demission, um seine widerstrebenden Collegen zu zwingen, ein Gleiches zu thun und dann mit gefügigeren Werkzeugen seine Pläne auszuführen. Aber die übrigen Minister, die den Plan durchschauten, weigerten sich, da sie in den Cortes die Mehrheit hatten, ihre Entlassung einzureichen. So sah sich Narvaez genöthigt, vorläufig der Gewalt zu entsagen, und es folgte (14. Febr. 1846) ein Ministerium

aus der moderirten Partei, dessen Präsidentschaft Miraflores neben der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten erhielt, Isturiz die der inneren.

Narvaez und Christine gaben ihre einmal gescheiterten Pläne nicht auf: die gänzlich willenlose Isabella II. ließ plötzlich in der Nacht Miraflores rufen und verlangte von ihm die Auflösung der Cortes, die eben am Tage vorher dem Ministerium ein Vertrauens-Votum gegeben hatten. Der Minister weigerte sich und gab, als die Königin darauf bestand, seine Entlassung. Am nächsten Morgen (17. März) war ein (zweites) Ministerium Narvaez gebildet und die Vertagung der Cortes decretirt. Kaum 14 Tage später brach zwischen Narvaez und Christine ein Zwist aus, dessen wahre Ursachen noch nicht aufgeklärt sind, Narvaez gab (4. April) seine Entlassung und reiste nach Bayonne, Isturiz bildete nicht ohne große Schwierigkeiten ein neues Cabinet, in welches der Finanz-Minister Mon nebst zwei anderen Mitgliedern des vorigen Cabinettes wieder eintrat.

Die ganze Aufmerksamkeit der Regierung wandte sich der Vermählungsfrage zu, die im Geheimen zwischen Paris und Madrid aufs Eifrigste betrieben wurde. Die Candidatur Trapani, deren Unpopularität bei der Nation den Thron Isabella's gefährdet hätte, wurde definitiv aufgegeben. Am 29. August machte die Gaceta von Madrid die bevorstehende Vermählung der Königin mit ihrem Vetter Franz de Assis bekannt; zugleich wurde officiös in Paris und Madrid angekündigt, daß die Infantin Luisa den jüngsten Sohn des Königs der Franzosen, Herzog von Montpensier, zu derselben Zeit heirathen werde. Gegen letztere Heirath erhoben sich im In- und Auslande die heftigsten Einsprüche. England reichte mit Beziehung auf den Utrechter Vertrag wiederholte Proteste gegen die Montpensier'sche Heirath ein und erklärte, daß die englische Regierung die aus derselben entsprossenen Kinder nicht als erbberechtigt erkennen werde. Gleichzeitig erhob sich eine verhängnißvolle Spaltung zwischen den Cabinetten von London und Paris, deren Folgen eine für die Geschicke Europa's traurige Wendung nahmen (s. S. 156). Weder die französische noch die spanische Regierung ließen sich durch die Einsprache Englands von ihren einmal fest beschlossenen Plänen abbringen. Am 10. October, dem 16. Geburtstage der Königin, fand die Doppeltrauung mit großem Pompe Statt, welcher der englische Gesandte, der sich nach Aranjuez begeben hatte, nicht beiwohnte. Schon am 21. October führte Montpensier seine junge Gemahlin in seine Heimat an den Hof Ludwig Philipp's, nicht ahnend, wie bald schreckliche Stürme, die ohne seine Ehe sich vielleicht nie entfesselt hätten, den Thron seines Vaters zertrümmern und ihn selbst zwingen sollten, als Flüchtling in dem Lande eine Zuflucht zu suchen, das er zuerst im Glanze fürstlicher Macht betreten hatte. Franz de Assis empfing von seiner Gemahlin den Königstitel — die

ten aufbrauste, und trat schon im Herbst von der Leitung der Geschäfte zurück. Sein Nachfolger war Mendizabal, ein progressistischer Staatsmann, der die Preßfreiheit bewilligte und die Güter der Klöster zum Vortheile des Staates einzog. Der Bruch zwischen dem päpstlichen Hofe und dem constitutionellen Königthume war damit erklärt; aber die Erträge der zum Theil sehr schlecht verkauften Nationalgüter fraß der bodenlose Schlund der Kriegskosten. Nicht einmal das Deficit konnte gedeckt, viel weniger die Zinszahlung wieder aufgenommen oder gar an Verminderung der Staatsschuld gedacht werden. In dem neuen Parlamente konnte sich Mendizabal nicht behaupten; er fiel außerdem bei der Regentin in Ungnade und trat im Mai 1836 zurück. Sein Nachfolger war Isturiz, bisher Progressist, dessen Abfall die Erbitterung dieser Partei aufs Höchste steigerte. Das Ministerium löste die ihm feindlich gesinnten Cortes auf, und jetzt entbrannte von Neuem die Flamme des Aufruhrs in den Provinzen; die Constitution von 1812 wurde die Forderung der Aufständischen. Am 12. August 1836 erzwang ein Soldatenaufstand in La Granja, einer königlichen Sommer-Residenz, wo sich die Regentin aufhielt, die Einführung der Constitution von 1812. Isturiz rettete sich mit Mühe vor der Volkswuth; ein progressistisches Ministerium, unter dem Vorsitze Calatrava's und der Theilnahme Mendizabal's, ward gebildet, die constituirenden Cortes nach den Bestimmungen der Constitution von 1812 einberufen. Die Folge dieses Umschwunges war die gänzliche Abbrechung aller Beziehungen mit den nordischen Höfen, die seit Ferdinand's VII. Tode nur noch durch Geschäftsträger in Madrid vertreten waren. Die Wahlen gaben ein besseres Resultat, als man unter den obwaltenden Umständen hätte erwarten sollen, und in der neuen Versammlung, welcher die Revision der Verfassung von 1812 oblag, fanden gemäßigtere Grundsätze Eingang. Die Berathungen zogen sich bis zum Frühjahre 1837 hinaus, wo endlich die neue Constitution vollendet wurde. Sie adoptirte das Zweikammer-System und vereinfachte das Wahlgesetz zur zweiten Kammer, welche Wahl direct war und der ein niedriger Census zu Grunde lag. Die Königin-Regentin leistete am 18. Juni 1837 den Eid auf die Verfassung. Die Nation war damit, und das mußte als kein geringer Vortheil betrachtet werden, in Besitz eines mit der Krone vereinbarten, nicht von letzterer einseitig octroyirten, Grundgesetzes gelangt.

Im Sommer 1836 schickte Don Carlos verschiedene Expeditionen von den baskischen Provinzen aus in die übrigen Theile Spaniens, unter welchen es besonders der des Gomez, welche bis in das Herz von Andalusien eindrang, bedeutende Erfolge zu erringen gelang. Monate lang wurde sie umsonst von den Generälen der Königin verfolgt, während sie brandschatzend und Beute machend umherzog; endlich gelang es dem jungen und energischen General Narvaez, den Nachtrab des Gomez einzuholen, zu schlagen und ihm einen Theil

der Beute wenigstens abzunehmen. Als Narvaez jedoch die Verfolgung des Feindes fortsetzen wollte, verweigerten ihm die Truppen des Generals Alaix, von diesem letzteren, der die Erfolge seines Cameraden beneidete, dazu aufgehetzt, den Gehorsam, wodurch der Carlisten-Chef entkam und die baskischen Provinzen glücklich wieder erreichte. Espartero, der seit einigen Monaten den Oberbefehl der Nordarmee, damals der erste militärische Posten in Spanien, führte, wußte durch seinen Einfluß auf die Minister, Alaix gegen die gerechte Beschwerde des Narvaez zu schützen, worauf der letztere seine Entlassung nahm. Von jener Zeit an datirt die verhängnißvolle Feindschaft zwischen ihm und Espartero. Dieser legte bald darauf (December 1836) den Grund seines Ruhmes und seiner späteren Größe, indem er das zum zweiten Male von den Carlisten belagerte und bis zur äußersten Noth bedrängte Bilbao durch das blutige Treffen von Luchana entsetzte. Im Frühjahre 1837 stellte sich Don Carlos an die Spitze einer großen Expedition, welche unter blutigen Gefechten durch den Norden von Aragonien nach Catalonien, dann über den Ebro ging, sich mit Cabrera vereinigte und in Folge des siegreichen Treffens von Villa de los Navarros bis vor die Thore von Madrid drang. Hier entfiel jedoch den Generälen des Prätendenten der Muth, sie wagten, bedroht von dem herbeieilenden Espartero, nicht, die durch die zahlreiche und entschlossene Nationalmiliz geschützte Hauptstadt anzugreifen, sondern zogen sich mit bedeutenden Verlusten wieder nach den baskischen Provinzen zurück. Diese verfehlte Unternehmung, die den klaren Beweis lieferte, daß Don Carlos im Herzen Spaniens nicht auf zahlreiche und mächtige Sympathieen rechnen dürfe, bildete den Wendepunkt des Bürgerkrieges. Trotz der Erfolge, die Cabrera noch fernerhin auf seinem Kriegstheater erfocht, fingen die Hoffnungen der carlistischen Sache an zu sinken. Die Bevölkerung der Nordprovinzen begann auch endlich des mit so vielen Opfern geführten, endlosen Kampfes müde zu werden. Der Prätendent selbst stand, wie sein Bruder, unter der Herrschaft seiner Günstlinge. Niedrige Cabale verdrängte die fähigsten Generäle und ersetzte sie durch unwürdige Creaturen der Camarilla; ja, im Kerker schmachteten Männer, die, wie z. B. Gomez, für die Sache ihres Fürsten ruhmvoll gefochten hatten, bis endlich denjenigen, der seinen ergebenen Anhängern mit Undank lohnte, in dem Undank eines Verräthers die Nemesis erreichte.

Bald nach der Beschwörung der neuen Verfassung stürzte das progressistische Ministerium (August 1837). Die glücklichere Wendung des Krieges und die Feststellung einer freisinnigen Constitution brachte eine Reaction zu Gunsten der gemäßigten Partei im Lande hervor. Espartero steigerte seinen Einfluß, der sich bald in vielen Cabinets- und parlamentarischen Intriguen fühlbar machte. Die kriegerischen Operationen wurden von ihm ziemlich lässig geführt; dagegen erwarb er sich das unbestreitbare Verdienst, die Organisation und Manns-

zucht des Heeres, welche durch die fortwährenden Militärrevolten und durch die Noth, in welcher man die Soldaten ließ, aufs Tiefste zerrüttet waren, wieder zu heben. Narvaez wurde zum zweiten Male das Opfer der Feindschaft des mächtigen Ober-Generals, der den ungestümen Muth und die Thatkraft des Ersteren als ein Hinderniß für seine weitaussehenden Pläne fürchtete. Da die carlistischen Banden in der Mancha in drohender Weise Ueberhand nahmen, so wurde Narvaez mit der Bildung einer Reserve-Armee beauftragt, die es verhindern sollte, daß sich dort ein neuer Heerd der Insurrection bildete. Narvaez vollzog diesen Auftrag mit dem glücklichsten Erfolge, organisirte dieses Corps in kurzer Zeit und unterdrückte mit siegreicher Strenge das Treiben der Guerilleros. Nunmehr wußte jedoch Espartero die Ernennung von Alaix zum Kriegs-Minister zu bewirken, und Narvaez, der nicht unter einem Manne stehen wollte, der sich so unwürdig an ihm und der militärischen Ehre vergangen, gab seine Entlassung. Einige Monate darauf ließ er sich mit Cordova, Espartero's Vorgänger im Commando der Nordarmee, zu einem Pronunciamento — so ist der gebräuchliche Ausdruck für die Aufstandsversuche in Spanien — in Sevilla verlocken (November 1838), dessen Zweck der Sturz Espartero's und der ihm ergebenen Mitglieder des Ministeriums war. Der Versuch scheiterte indeß völlig, und Cordova wie Narvaez sahen sich genöthigt, über die portugiesische Grenze zu flüchten, wo der erstere einige Zeit darauf in der bitteren Bedürftigkeit des Exils starb, während Narvaez nach Frankreich ging und dort, ohne Mittel und von der Regentin im Stich gelassen, mit dem größten Mangel zu kämpfen hatte.

Don Carlos fiel bald darauf seinem verdienten Schicksale anheim. Nach mehrfachen Wechseln war der Oberbefehl der carlistischen Armee im Norden in die Hände Maroto's gekommen. Das innere Getriebe der Vorgänge, die den Prätendenten zur Flucht aus Spanien zwangen, ist noch nicht genügend bekannt, so viel aber wohl gewiß, daß Maroto von der ersten Stunde seines Befehles an über Verrath brütete. Er trat in directe Unterhandlungen mit Espartero, die durch Vermittlung englischer Agenten geleitet wurden. Zwischen Beiden bestanden alte Beziehungen aus den Zeiten der amerikanischen Feldzüge. Im Monat Mai (1839) begann der Feldzug, in welchem Espartero, dem Maroto nur einen Scheinwiderstand entgegenstellte, in kurzer Zeit Positionen eroberte, an denen bisher die Waffen der Königin vergeblich ihre Anstrengungen erschöpft hatten. Die Hälfte der baskischen Provinzen fiel bis zum August in die Hände der Christinos; da endlich warf Maroto die Maske ab, schloß mit Espartero am 29. August den Vertrag von Bergara; den baskischen Provinzen wurde die Bestätigung ihrer Fueros mit Ausnahme einiger ganz unerläßlicher Modificationen versprochen. Don Carlos stand noch in Navarra an der Spitze einer beträchtlichen Streitmacht; wäre er ein Mann von Muth gewesen, so hätte er seine Sache nicht kleinmüthig

aufgegeben, sondern sich nach Aragonien zu Cabrera durchzuschlagen versucht, der sich damals auf dem Höhepunkte seiner Macht befand. Begleitet von den Generälen, die er Jahre lang mit seiner Ungnade verfolgte und die ihm jetzt in seinem Unglücke ihre Treue glänzend bewiesen, überschritt er mit den ihm gebliebenen Truppen die französische Grenze, wo eine langwierige Staatsgefangenschaft seiner wartete.

Die Vertreibung des Don Carlos aus den Nordprovinzen, welche die nahe Beendigung des langwierigen Bürgerkrieges in Aussicht stellte, hatte dem Ober-General Espartero eine unermeßliche Popularität verschafft. Von der Regierung mit dem pomphaften Titel eines Herzogs de la Vitoria (des Sieges), von den Cortes durch bedeutende Güterschenkungen belohnt, wurde er aller Orten von der Bevölkerung als Retter Spaniens gleich einem Triumphator empfangen. Seine Stellung war eine solche geworden, daß er entweder noch höher steigen oder stürzen mußte; er begann um diese Zeit seinen Uebertritt zur progressistischen Partei vorzubereiten, in der Einsicht, daß seine Macht der Königin-Regentin und den ihr anhängenden Moderados bereits zu gefährlich erschien, als daß sie nicht hätten suchen sollen, sich seiner bald zu entledigen. Die Glücksgöttin, welche ihn später so gänzlich verlassen sollte, gefiel sich noch darin, ihm durch den Zufall oder die Fehler seiner Gegner die glänzendsten Erfolge in den Schoß zu werfen. Cabrera, der ihm vielleicht einen furchtbaren Widerstand geleistet hätte, fiel im Januar 1840 in eine gefährliche typhusartige Krankheit, die Monate andauerte und während welcher ohne sonderliche Gegenwehr die Hauptwaffenplätze der Carlisten verloren gingen. Am 6. Juli 1840 überschritt Cabrera mit den ihm gebliebenen Truppen die französische Grenze, wo das Schicksal seines Fürsten seiner wartete. Der Bürgerkrieg war hiermit zu Ende, nicht aber die Revolution.

b. Die Flucht der Königin-Regentin. Die Regentschaft Espartero's, 1841—1843.

Die September-Revolution 1840. Das (Moderados-) Ministerium legte den Cortes ein Gesetz vor, welches die Befugnisse der Magistrate (Ayuntamientos) im gouvernementalen Sinne beschränkte. Nach mehrmonatlichen Debatten in Folge des heftigen Widerstandes der Opposition wurde dasselbe im Juni 1840 von beiden Kammern angenommen. Espartero forderte die Regentin auf, demselben ihre Sanction zu verweigern, und als diese dennoch gegeben wurde, brach am 1. September 1840 ein Aufstand aus, der sich bald über die Hauptstädte der Provinzen verbreitete. Espartero, zu dessen Unterdrückung aufgefordert, weigerte sich, und die Regentin sah sich genöthigt, ihn zum Minister-Präsidenten zu erheben, mit der Vollmacht, seine Collegen selbst zu ernennen. Der Siegesherzog

wurde bei seinem triumphirenden Einzuge in Madrid mit fürstlichen Ehren empfangen, und er, der bis jetzt zu den Moderados gezählt, trat auf die Seite der Progressisten. Er legte der Königin (die sich nach Valencia begeben hatte, wo der, ihr ergebene, moderirt gesinnte General O'Donnel befehligte) sein Programm vor, welches die Auflösung der Cortes und die Zurücknahme des Ajuntamiento-Gesetzes enthielt. Marie Christine verschmähte es jedoch, den Kelch der Demüthigung bis zur Hefe zu leeren, sie beschloß, einer Macht zu entsagen, deren Schein ihr nur noch geblieben war und die ihr außerdem durch die Abneigung des Volkes gegen sie und die scandalösen Gerüchte, welche über ihr Privatleben verbreitet waren, verleidet wurde. Die Regentin war nämlich sehr kurze Zeit nach dem Tode Ferdinand's VII. eine heimliche Ehe mit einem schönen Leibgardisten, Namens Munoz, eingegangen, den ihre Gunst aus den unteren Reihen der Gesellschaft emporhob. Diese Verbindung wurde von der Bosheit feindlicher Parteien rücksichtslos ausgebeutet. So mußte ihr der Sieg der Revolution eine düstere Zukunft prophezeihen, falls sie es wagte, sich den Händen der ihr aufgedrängten Räthe und einer stürmisch aufgeregten Nation anzuvertrauen. Sie legte demnach am 12. October die Regentschaft nieder, beauftragte das Ministerium bis zur definitiven Entscheidung der Cortes mit deren provisorischen Führung und schiffte sich mit Munoz und ihren Kindern zweiter Ehe nach Frankreich ein, ihre beiden königlichen Töchter der Obhut der Männer, vor deren Sieg sie zurückgetreten war, überlassend.

Die Progressisten in Madrid bildeten ein Ministerium der provisorischen Regentschaft bis zur Wahl neuer Cortes. Erst im März 1841 traten die Cortes zusammen, und beide Häuser wählten in gemeinschaftlicher Abstimmung **Espartero** zum **Regenten Spaniens** und zum Vormund der jungen Königin und ihrer Schwester, der Infantin Luisa Fernanda. Seine Lage aber war eine höchst schwierige: die siegreiche progressistische Partei spaltete sich allmählich in eine jung-progressistische, welche sich in den Kämpfen seit dem Tode Ferdinand's VII. gebildet hatte, und die der Altliberalen von 1812, zu denen sich der Regent hinneigte; zu seinem Unglücke konnte er keinen fähigen Finanz-Minister finden, der dem Lande aus dem Zustande des thatsächlichen Bankerotts heraushalf (wozu selbst der Verkauf der [auf 2 Milliarden Realen geschätzten] geistlichen Güter nicht hingereicht hatte) und den Staatscredit herzustellen verstand. Er reducirte zwar das im Bürgerkriege auf 250,000 Mann angewachsene Heer allmählich um die Hälfte, glaubte aber den feindlichen Parteien gegenüber seine Macht nicht zu sehr schwächen zu dürfen, und da er bei dem noch immer großen Bestande der Truppen für deren Sold und Bedürfnisse nicht in ausreichender Weise sorgen konnte, so hatte er an der unzufriedenen Armee ein unzuverlässiges und sogar gefährliches Werkzeug. Aehnliche Rücksichten hinderten ihn an einer energischen Reform des Steuersystems. Jede neue Auf-

lage würde seine Popularität beeinträchtigt haben, denn die Menge erwartete von einer liberalen Regierung Abschaffung, nicht Einführung von Steuern. Daher beabsichtigte er eine Aenderung des Zollsystems. Das bisherige strenge Prohibitivsystem lähmte nicht nur Ackerbau und Handel, sondern machte auch eine kostspielige Grenz- und Küstenbewachung nöthig, die trotz aller Anstrengungen dem ausgedehntesten Schmuggelhandel nicht zu steuern vermochte. Aber sobald das Project der Zollerniedrigung ruchbar wurde, erhoben die bei dem Prohibitivsystem betheiligten Sonder-Interessen, so wie die Espartero feindlichen Parteien das lauteste Geschrei über die Preisgebung der National-Industrie an England, besonders in Catalonien, welches der Hauptsitz der spanischen Industrie ist. Barcelona, die Hauptstadt dieser Provinz und die zweite Stadt des Reiches, zugleich von jeher der Hauptheerd des Radicalismus, erhob (am 15. Nov.) offenen Aufstand gegen den Regenten. Dieser begab sich in Person dahin und unterwarf durch ein Bombardement die Stadt; ihr wurde eine Contribution von 12 Mill. Realen auferlegt, und 14 der Aufrührer büßten ihr Vergehen mit dem Tode, eine Strafe, die nicht hinlänglich gerechtfertigt schien, da es den Haupträdelsführern gelungen war, nach Frankreich zu entkommen. Espartero war seit dem Bombardement von Barcelona den gehässigsten Angriffen in der Presse der Progressisten und der Moderados ausgesetzt, die ihn als Tyrann, als blutigen Unterdrücker u. s. w. brandmarkten. Durch die Maßlosigkeit seiner Gegner wurde er selbst in die Politik der Willkür gedrängt. Bei seiner Rückkehr nach Madrid mit düsterm Schweigen empfangen, löste er die Cortes auf (3. Januar 1843) und regierte ohne Budget. Der Ausfall der neuen Wahlen (im Februar) erschien zweideutig: Regierung und Opposition schrieben sich beide den Sieg zu, doch stellte sich nach den leidenschaftlich geführten Wahlprüfungen und bei der Wahl des Präsidenten (Cortina) die bedeutende Majorität der Opposition unzweifelhaft heraus. Espartero ernannte, nach einem nur achttägigen progressistischen Ministerium (des radicalen Volkstribunen Lopez), ein Cabinet, mit Mendizabal als Chef und Finanz-Minister (20. Mai) und, als dieses sofort ein ganz eclatantes Mißtrauens-Votum von der Opposition unter Olozaga's Führung erhielt, wurden die Cortes vertagt, dann aufgelöst und die neu zu wählenden auf den 27. August berufen. Sofort erhoben sich Aufstände in den südlichen Provinzen, die wegen der catalonischen Unruhen von Truppen entblößt worden waren. Nach dem ganz unterwühlten Catalonien eilte sofort der junge Obrist Prim, wiewohl ein gemäßigter Progressist, und pflanzte die Fahne der Empörung mit einer wüthenden Proclamation gegen Espartero auf. Hier wie in Valencia fielen die Truppen zu den Empörern ab; die Agenten Marie Christinen's streuten mit freigebigen Händen Geld unter ihnen aus, eine Lockung, der eine größtentheils schlecht bezahlte und darbende Armee, die seit einem Jahrhundert in den Strudel

der Meuterei gerissen war, nicht widerstehen konnte. Espartero verlor viel kostbare Zeit mit unnützen Manifesten, während schon Christinische Generäle, von der französischen Regierung ziemlich offen unterstützt, auf allen Seiten dem Aufstande zu Hülfe eilten. Der gefährlichste Gegner des Regenten, Narvaez, verließ am 23. Juni Paris und landete in Valencia, wohin Espartero selbst mit 8000 Mann aufgebrochen war. Ohne sich um diesen zu kümmern, zog Narvaez gegen Madrid, und nachdem er die zum Entsatz der Hauptstadt aus Catalonien zurückkehrenden Truppen zerstreut hatte, hielt er seinen triumphirenden Einzug und bildete eine „Regierung der Nation", d. h. eine aus der National-Erhebung hervorgegangene. Espartero, anstatt seinem Gegner von Valencia aus auf den Fersen zu folgen, hatte nur die Rettung seiner Person im Auge und wandte sich nach Andalusien, wo es ihm gelang, auf ein englisches Dampfschiff zu fliehen und so das Land zu verlassen, welches die schnelle Laufbahn seines Glückes, seine fürstliche Macht und seinen noch schnelleren Sturz gesehen.

c. Isabella's II. (nominelle) Selbstregierung seit 1843.

Narvaez, dessen Persönlichkeit viel zum Abfalle der Truppen von der Sache Espartero's beigetragen, wurde zum General-Capitän von Neu-Castilien, Prim zum Gouverneur von Madrid ernannt. Die nächste Schwierigkeit war, sich mit den unzähligen Junten abzufinden, die sich allenthalben gebildet hatten und keineswegs geneigt schienen, ihrer Gewalt zu entsagen. Von mehreren ward der Ruf nach einer Central-Junta erhoben, und die angesehenste dieser Körperschaften, die Junta von Barcelona, protestirte gegen die Einberufung der Cortes ohne vorherige Bildung einer Central-Junta. Um ihr die Aussicht abzuschneiden, für die Zeit der Minderjährigkeit der Königin eine revolutionäre Regierung zu errichten, ließ Narvaez und das Ministerium (Lopez) am 8. August die Königin, der etwa noch zwei Monate am vollendeten 13. Jahre (d. h. am verfassungsmäßigen Alter der Volljährigkeit) fehlten, für großjährig erklären, welchen Act die Cortes am 7. November genehmigten. In ihrer Versammlung leistete die 13jährige Königin den Eid auf die Verfassung.

Dieses war der letzte Act der angeblichen Aussöhnung zwischen Moderados und Progressisten. Ein kühner Versuch des Ministeriums Olozaga, sich der von den Moderados beherrschten Mehrheit der Cortes zu entledigen, indem der Chef desselben der Königin, angeblich gewaltsam, ein Decret abnöthigte, welches die Auflösung der Cortes enthielt, führte nur seinen eigenen Sturz herbei, und Olozaga, der noch eben die Geschicke Spaniens in seiner Hand zu halten schien, mußte, als geächteter Flüchtling, verkleidet die portugiesische Grenze überschreiten. Damit war die Sache der Progressisten verloren und es folgte mit der Herrschaft der verschiedenen Fractionen der Mode-

rados (1844—1854) eine Zeit der Reaction und ein System der Centralisation, welches alle individuelle Thätigkeit lähmen mußte.

Sofort wurde die Königin Christine zur schlennigen Rückkehr (aus Paris) nach Spanien aufgefordert und das Gesetz über die Befugnisse der Magistrate (Ajuntamientos), dessen Sanction 1840 die September-Revolution hervorgerufen hatte, mit einigen Modificationen wieder hergestellt, Narvaez, welcher, obgleich außerhalb des Cabinettes stehend, der eigentliche Lenker der Regierungsgewalt war, durch ein Decret der Königin zur höchsten militärischen Würde Spaniens, zum General-Capitän der spanischen Heere, erhoben. Neue Aufstandsversuche von Anhängern Espartero's im Südosten Spaniens kamen der Reaction zu Statten: eine große Anzahl der in Madrid anwesenden progressistischen Abgeordneten wurde auf unbestimmten Verdacht hin festgenommen und in Haft gehalten, ganz Spanien in Belagerungszustand erklärt und die National-Milizen entwaffnet; die Aufstände, an deren Spitze wenig geachtete Menschen standen, fanden bei der der ewigen Revolutionen müden Nation keinen Anklang und wurden mit blutiger Strenge unterdrückt. Kaum war Marie Christine in Aranjuez angelangt und ihr Gemahl Munoz (der vorläufig in Paris zurückgeblieben) zum Herzog von Rianzares erhoben, wodurch diese Ehe officiel legitimirt wurde, so erschien ein octroyirtes Preßgesetz, welches hohe Cautionen und Geldstrafen festsetzte, und als das Ministerium (Gonzales Bravo) wegen einer mißlungenen Anleihe zurücktrat, folgte am 4. Mai 1844 ein Ministerium Narvaez, dessen Chef zugleich das Portefeuille des Krieges erhielt.

Narvaez' dreimaliges Ministerium (1844—1852). Das neue Cabinet hob zwar den Belagerungszustand auf, setzte aber die Verfolgungen der Progressisten fort, wobei die Militärbehörden meistens ohne Rücksicht auf die gesetzlichen Bestimmungen verfuhren. Ein Decret vom 10. Juli, welches die Cortes auflöste und die neu zu erwählenden auf den 10. October berief, sprach in der Einleitung die Absicht der Regierung aus, den neuen Cortes eine Revision der Verfassung vorzulegen. Da die progressistische Partei den Fehler beging, sich der Wahlen wegen angeblicher Unfreiheit derselben zu enthalten, so fielen diese fast ausschließlich auf Moderados, und dem Cabinette war eine überwiegende Majorität gesichert. Am 18. October brachte Narvaez die Revisionsvorlagen vor den Congreß. Man konnte sie ihres Umfangs und ihrer Bedeutung halber eher eine neue Verfassung, als nur eine Veränderung der bestehenden nennen. Die wichtigsten Punkte waren: Der Eingang der Constitution, welcher dieselbe als von der National-Souverainetät herrührend darstellte, sollte, weil beleidigend für die Krone, gestrichen werden. Statt des bisherigen Senats sollte ein auf Lebenszeit durch die Krone aus gewissen Kategorieen (Beamten, Adel, Bischöfen) in unbestimmter Zahl ernannter treten. Gestrichen wurde das Recht der Cortes, sich auch ohne die königliche Einberufung jedes Jahr im

December zu versammeln; ferner die Jury für Preßvergehen und, wohl die wichtigste aller Aenderungen, die Institution der National-Miliz, die definitiv aufgehoben blieb. Die Wahlperiode der zweiten Kammer wurde auf fünf Jahre (statt drei) erhöht, übrigens ein neues Wahlgesetz angekündigt. Mit einem Worte, die Constitution von 1837 wurde 1845 in den Hauptpunkten nach dem Muster der französischen Charte von 1830 umgeformt. Der Congreß votirte die Verfassungs-Revision in allen ihren Theilen ohne wesentliche Veränderung. Gesetze, welche die Freiheit der Presse und die Selbständigkeit der Municipal-Verwaltung noch mehr einschränkten, folgten ohne Mitwirkung der Cortes, deren willfährige Majorität die Rechte des Parlamentes gleichsam in die Hände des Ministeriums niederlegte. In blinder Nachahmung der französischen Formen, deren nahen Untergang damals nur Wenige voraussahen, wurde 1845 auch der Staatsrath und das Unterrichtswesen organisirt. Der tüchtige Finanz-Minister Mon legte ein Dotationsgesetz für den Clerus vor, welches die Rückgabe des (allerdings kleinen) noch nicht veräußerten Theiles der geistlichen Güter in sich schloß und die Zustimmung der Cortes erhielt, eben so wie die Einführung einer neuen allgemeinen directen Steuer, welche wenigstens die pünktliche Bezahlung des Heeres und der activen Beamten möglich machte. Das neue Steuersystem und namentlich die bisher ungewohnte rücksichtslose Eintreibung der Steuern führte neue Aufstandsversuche herbei, die ihre Haupttheilnehmer unter der aufgelösten National-Miliz zählten, aber, wie die vorhergehenden, zu weiterer Unterdrückung der progressistischen Partei Veranlassung gaben und die Unpopularität der Regierung, selbst in den Reihen der Moderados, steigerten. Ueberhaupt verfeindete Narvaez (seit dem 19. November Herzog von Valencia) sich das Volk durch sein gewaltthätiges Verfahren, die Großen durch sein hochfahrendes Wesen; nur die Armee war ihm ergeben, wiewohl es auch hier höhere Officiere gab, die ihm sein schnelles Glück und seinen Stolz nicht verziehen. Er sollte erst durch eine Reihe von Enttäuschungen und Demüthigungen dahin gebracht werden, seine Macht in besseren Grundlagen, als nur in Gewalt und Hofgunst (der Königin-Mutter) zu suchen. Nach zweijähriger energischer, aber oft willkührlicher Verwaltung zerfiel das Cabinet Anfangs 1846 durch innere Zwistigkeiten, wie es scheint, in Betreff der Vermählung der jungen Königin mit dem Grafen Trapani (Prinzen von Neapel). Dieses Project sollte durch eine Intrigue ausgeführt werden: Narvaez, welcher darüber mit der Königin Christine einverstanden war, gab scheinbar seine Demission, um seine widerstrebenden Collegen zu zwingen, ein Gleiches zu thun und dann mit gefügigeren Werkzeugen seine Pläne auszuführen. Aber die übrigen Minister, die den Plan durchschauten, weigerten sich, da sie in den Cortes die Mehrheit hatten, ihre Entlassung einzureichen. So sah sich Narvaez genöthigt, vorläufig der Gewalt zu entsagen, und es folgte (14. Febr. 1846) ein Ministerium

aus der moderirten Partei, dessen Präsidentschaft Miraflores neben der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten erhielt, Isturiz die der inneren.

Narvaez und Christine gaben ihre einmal gescheiterten Pläne nicht auf: die gänzlich willenlose Isabella II. ließ plötzlich in der Nacht Miraflores rufen und verlangte von ihm die Auflösung der Cortes, die eben am Tage vorher dem Ministerium ein Vertrauens-Votum gegeben hatten. Der Minister weigerte sich und gab, als die Königin darauf bestand, seine Entlassung. Am nächsten Morgen (17. März) war ein (zweites) Ministerium Narvaez gebildet und die Vertagung der Cortes decretirt. Kaum 14 Tage später brach zwischen Narvaez und Christine ein Zwist aus, dessen wahre Ursachen noch nicht aufgeklärt sind, Narvaez gab (4. April) seine Entlassung und reiste nach Bayonne, Isturiz bildete nicht ohne große Schwierigkeiten ein neues Cabinet, in welches der Finanz-Minister Mon nebst zwei anderen Mitgliedern des vorigen Cabinettes wieder eintrat.

Die ganze Aufmerksamkeit der Regierung wandte sich der Vermählungsfrage zu, die im Geheimen zwischen Paris und Madrid aufs Eifrigste betrieben wurde. Die Candidatur Trapani, deren Unpopularität bei der Nation den Thron Isabella's gefährdet hätte, wurde definitiv aufgegeben. Am 29. August machte die Gaceta von Madrid die bevorstehende Vermählung der Königin mit ihrem Vetter Franz de Assis bekannt; zugleich wurde officiös in Paris und Madrid angekündigt, daß die Infantin Luisa den jüngsten Sohn des Königs der Franzosen, Herzog von Montpensier, zu derselben Zeit heirathen werde. Gegen letztere Heirath erhoben sich im In- und Auslande die heftigsten Einsprüche. England reichte mit Beziehung auf den Utrechter Vertrag wiederholte Proteste gegen die Montpensier'sche Heirath ein und erklärte, daß die englische Regierung die aus derselben entsprossenen Kinder nicht als erbberechtigt erkennen werde. Gleichzeitig erhob sich eine verhängnißvolle Spaltung zwischen den Cabinetten von London und Paris, deren Folgen eine für die Geschicke Europa's traurige Wendung nahmen (s. S. 156). Weder die französische noch die spanische Regierung ließen sich durch die Einsprache Englands von ihren einmal fest beschlossenen Plänen abbringen. Am 10. October, dem 16. Geburtstage der Königin, fand die Doppeltrauung mit großem Pompe Statt, welcher der englische Gesandte, der sich nach Aranjuez begeben hatte, nicht beiwohnte. Schon am 21. October führte Montpensier seine junge Gemahlin in seine Heimat an den Hof Ludwig Philipp's, nicht ahnend, wie bald schreckliche Stürme, die ohne seine Ehe sich vielleicht nie entfesselt hätten, den Thron seines Vaters zertrümmern und ihn selbst zwingen sollten, als Flüchtling in dem Lande eine Zuflucht zu suchen, das er zuerst im Glanze fürstlicher Macht betreten hatte. Franz de Assis empfing von seiner Gemahlin den Königstitel — die

Ausübung der königlichen Prärogative blieb ausschließlich bei Isabella — und die Würde eines General-Capitäns der spanischen Heere. Marie Christine reiste am 8. März 1847 mit ihrem Gemahl, dem Herzog von Rianzares, und ihren Kindern nach Paris. Wenige Tage nach ihrer Abreise wurde deren Ursache, die bisher nur in den engeren Kreisen des Hofes und der Parteien gekannt war, aller Welt klar. Isabella hatte der tief berechnenden Politik Ludwig Philipp's einen Querstrich durch die Rechnung gemacht; nicht der königliche Gemahl war es, dessen Einfluß die Königin bestimmte, sondern der General Serrano, damals 36 Jahr alt und in den Augen der spanischen Frauen ein Musterbild männlicher Schönheit. Serrano, der eng mit den Progressisten liirt war und intime Verbindungen mit dem englischen Gesandten Bulwer unterhielt, war eifrig bestrebt, Isabella zur Annahme einer liberalen und sich auf England stützenden Politik zu bewegen. Das Ministerium suchte den gefährlichen Gegner durch die Ernennung zum Vicekönig von Navarra vom Hofe zu entfernen. Serrano weigerte sich und Isabella entzog der Maßregel ihre Zustimmung. Nun ertheilte ihm die Regierung den Auftrag, zur Inspection der Truppen nach den Nordprovinzen abzugehen, ein Mandat, welches der königlichen Genehmigung nicht bedurfte. Serrano berief sich auf seine Stellung als Senator, beharrte in seiner Weigerung und hielt, mit Verhaftung bedroht, sich verborgen. Am 28. März wurde ein Ministerium eingesetzt, dessen Haupt Pacheco war. Spanien hatte jetzt eine Doppelregierung, die des Günstlings und die der Minister, die nicht einmal unter sich einig waren. Die lebenslustige Isabella entledigte sich in und außerhalb des Palastes des Zwanges der traditionellen Hof-Etiquette. Sie erschien oft zu Fuße auf der Straße, oder in einem von ihr selbst gelenkten Tilbury, wohnte in der spanischen Nationaltracht, der Mantilla, den Stiergefechten bei und gewann eine Popularität, die bisweilen in lärmenden Kundgebungen der Massen ihr entgegenkam. Ein Theil der vornehmen Welt zog sich beleidigt vom Hofe zurück, den der König bereits verlassen hatte, um sich auf das einige Stunden von Madrid entfernte Jagdschloß Pardo zu begeben. Die Trennung der königlichen Ehegatten war zum großen öffentlichen Aergerniß damit erklärt. Am 18. Juli begab sich die Königin nach la Granja, wo sie in Gesellschaft Serrano's und anderer Officiere ihren Hof hielt. Der König, der in ihrer Abwesenheit den Palast in Madrid wieder beziehen wollte, fand ihn auf Befehl der Regierung verschlossen und mußte nach dem Pardo zurück.

Da Pacheco die Palastfrage nicht beilegen konnte, so dachte er nur noch an einen erträglichen ehrenvollen Rücktritt. Er bewog die Königin, nach Madrid zurückzukommen und ersuchte zugleich Narvaez, der schon am 8. April als Botschafter nach Paris in Martinez de la Rosa's Stelle gegangen war, von wo er mit aufmerksamem Auge die Wirren in Spanien verfolgte, zur Rückkehr. Die Versuche Pa-

checo's, den König zu gewinnen, wieder mit seiner Gemahlin zusammenzuleben, scheiterten völlig. Er verlangte die Entfernung Serrano's, die Isabella verweigerte. Narvaez traf am 27. August in Madrid ein, nachdem er zuvor mit Ludwig Philipp und Christine, welche die Noth zu seinen Verbündeten machte, obwohl sie sich gegenseitig weder verziehen noch trauten, in Berathung getreten war. Seine Bemühungen beim Könige waren vergeblich und Isabella verwarf die Liste der Männer, die er Behufs Bildung eines Ministeriums ihr vorlegte. Der schlaue und ränkevolle Banquier Salamanca erhielt den Auftrag, ein neues Cabinet zu bilden, was ihm schon am 1. September gelang. Ein Decret vom 28. September hob die Suspension des Verkaufs der geistlichen Güter wieder auf, eines vom folgenden Tage verordnete den Verkauf der Gemeindegüter, ein drittes änderte die Organisation der Verwaltung um, Alles Acte, welche die vorherige Zustimmung der Cortes erheischten. Jeden Tag erwartete man die Auflösung derselben und die Anordnung neuer Wahlen. Die Hoffnungen der Progressisten schienen der Erfüllung nahe, die Sache der Moderados verloren. Da plötzlich machte am 4. October die Gaceta zum Staunen aller Welt Salamanca's Entlassung und die Einsetzung eines (dritten) Ministeriums Narvaez bekannt. Unter seinen eigenen Collegen hatte jener die Verräther gefunden und Serrano selbst die Hand zum Sturze seines Schützlings geboten. Ueber die näheren Ursachen dieser Katastrophe, die Salamanca selbst am Abend des 3. October ganz unvorbereitet überraschte, schwebt, wie über vielem in der neuesten Geschichte Spaniens, noch ein Geheimniß. War die Königin Serrano's müde oder war das Gerücht begründet, daß diesem einen Nebenbuhler in ihrer Gunst in dem esparteristischen Obersten Gandara setzte, dem er begegnen wollte? Narvaez faßte den trefflichen Entschluß, den Abgrund der Revolution für sein vielgeprüftes Land zu schließen, die Parteien, so weit dies möglich, zu versöhnen, die Constitution endlich zur Wirksamkeit und Ausübung zu bringen. Die ungesetzlichen Decrete Salamanca's wurden sofort zurückgenommen. Serrano verließ Madrid und ging als General-Capitän nach Granada, begleitet von den gehässigsten Beschuldigungen der Progressisten. Der König, bei welchem Narvaez und der päpstliche Nuntius einen gemeinschaftlichen Schritt thaten, kehrte nach Madrid zurück und bezog den Palast wieder. Aeußerlich war das Verhältniß zwischen den hohen Ehegatten hergestellt und ein Aergerniß beseitigt, das den Thron, wenigstens den constitutionellen, in Spanien gefährden konnte. Am 14. October traf Marie Christine, die sofort von Narvaez, ohne Vorwissen Isabella's, dazu aufgefordert war, in Madrid ein. Sicher ist Narvaez nur der unabweislichen Nothwendigkeit bei Zurückrufung der Königin-Mutter gewichen. Er war im Uebrigen nach Kräften bemüht, sowohl ihren, als den französischen Einfluß — er gedachte überhaupt Spanien von der lästigen und kränkenden Vormundschaft der fremden Diplomatie zu befreien

— vom Cabinet fern zu halten. Eine neue Aera des Friedens und der Versöhnung schien über das lange von politischen Stürmen erschütterte, von blutigen Parteikämpfen zerrissene Spanien heraufzuziehen. Vier Jahre verhältnißmäßiger Ruhe und Ordnung hatten bereits den materiellen Interessen eine sichtliche Anregung gegeben; das früher zuchtlose Heer war neu organisirt und wieder mit dem Geiste der Disciplin erfüllt, selbst zur allmählichen Wiederaufrichtung der bis auf einen geringen Rest zusammengeschmolzenen Marine war seit einigen Jahren vieles geschehen. Eine Regierung, die mit aufrichtiger Beobachtung der Verfassung und der Gesetze geführt wurde, die das blutige System der Militärherrschaft und politischen Verfolgung aufgab, schien das Ruder des Staates ergriffen zu haben. Da vernichtete der furchtbare Schlag, der im Februar 1848 den Thron Ludwig Philipp's stürzte und die Revolution auf dem halben Continent von Europa entfesselte, diese glücklichen Aussichten, beschwor den alten Parteihaß wieder herauf und drängte das Land an den Abgrund neuer Umwälzungen.

---

25. Maria II. da Gloria in Portugal 1826 (1833)—1853.

(Nach Emil von Schelhorn, Dom Pedro V. König von Portugal.)

König Johann VI., welcher am 10. März 1826 starb, hatte, mit Umgehung seiner Gemahlin (Carlotta, Tochter Karl's IV. von Spanien), seine (dritte) Tochter, die Infantin Isabella Maria (geb. 1801), zur Regentin Portugals ernannt für die Dauer der Abwesenheit seines ältesten Sohnes Dom Pedro (vgl. S. 67). Donna Isabella übernahm die Regentschaft und erließ alle Beschlüsse derselben im Namen ihres Bruders Dom Pedro IV., welcher die Regierung Portugals nur antrat, um der Nation unterm 29. April 1826 in der Carta de ley eine Constitution zu verleihen, die Ruhe und Zufriedenheit wiederbringen sollte. Schon am 2. Mai verzichtete er auf die portugiesische Krone zu Gunsten seiner siebenjährigen Tochter Maria da Gloria, und that seinen Entschluß kund, dieselbe mit seinem Bruder Dom Miguel (geb. 1802) zu verloben, während seinem Sohne Pedro die Succession in Brasilien verbleiben sollte. Diese Verfügungen waren nach des Kaisers Ansicht nicht nur vollkommen gerecht und billig, sondern auch eben so geeignet, die verschiedenen Interessen seiner Angehörigen mit einander zu versöhnen, und erhielten sofort die Zustimmung der Großmächte. Auch Dom Miguel, welcher bereits in zwei Briefen den ältern Bruder als König anerkannt hatte, genehmigte Alles, beschwor die Constitution, verlobte sich am 29. October 1826 zu Wien feierlichst mit seiner

Nichte*), und wurde am 3. Juli 1827 von Dom Pedro für die Dauer der Minderjährigkeit derselben zum Regenten des Landes ernannt. Nachdem er noch den Ministern von Oesterreich, England, Frankreich, Brasilien und Portugal seine unbedingte Ergebenheit für seinen Bruder betheuert hatte, kehrte er nunmehr nach Lissabon zurück. Er wiederholte dort vor den Ständen des Reiches feierlich seinen Eid auf die Verfassung und übernahm aus den Händen seiner Schwester Isabella die ihm anvertraute Regentschaft, worauf die englischen Truppen, welche bis dahin zum Schutze der Constitution in Lissabon stationirt gewesen waren, Portugal verließen.

Kaum aber hatte er die Gewalt in Händen und die Engländer sich eingeschifft, als des Infanten Loyalität zu Ende ging. Schon am 13. März löste er die versammelten constitutionellen Stände auf; am 3. Mai berief er die alten Cortes von Lamego und ließ durch sie den Umsturz der Carta gutheißen und sich selbst zum absoluten König erklären.**)

Als die nunmehr neunjährige Königin von Rio Janeiro nach Europa kam, verweigerte Miguel seiner Braut und Schutzbefohlenen die Landung an der Küste ihres eigenen Reiches, und den Begleitern Maria's da Gloria blieb nichts übrig, als dieselbe nach England zu führen, von wo sie, da das dortige Ministerium keine Hülfe gewährte, im Jahre 1829 zu ihrem Vater nach Brasilien zurückkehrte.

Unter Dom Miguel trat, nachdem ein Versuch der Constitutionellen, dem Usurpator mit Gewalt entgegen zu treten, überwunden war, ein Verfolgungs-System ohne Gleichen ein. Schrecken verbreitete sich von Lissabon nach allen Theilen des Landes, dessen Gefängnisse sich mit furchtbarer Schnelligkeit füllten. Im Jahre 1831

---

*) Der Kronprinz und spätere Kaiser von Oesterreich, Ferdinand, und die Erzherzöge Franz Karl, Karl und Joseph waren die Verlobungszeugen und Mitunterzeichner des Contractes. Um die Behufs Vermählung mit seiner Nichte nöthigen Dispense zu erhalten, hatte Dom Miguel selbst an den Papst geschrieben.

**) Alphons I. hielt 1143 zu Lamego den ersten Reichstag ab, ordnete auf demselben die Thronfolge, bestimmte die Rechte des Adels und gab eine ständische Verfassung. Dieselbe blieb unter dem Namen „Satzungen von Lamego" Jahrhunderte lang das Fundamental-Gesetz der portugiesischen Monarchie. Die Lamegischen Satzungen bestimmten, daß „die Tochter eines Königs von Portugal Königin sein solle, wenn der König keinen Sohn hinterlasse;" und die Portugiesen haben (daß neuere Schriftsteller die Gesetze von Lamego zur Fabel stempeln, ist hier gänzlich irrelevant) die Substanz dieser Gesetze zu keiner Zeit bestritten, Fürst und Volk faßten sie stets so auf, daß die Tochter dem Vatersbruder vorgehe. Dom Miguel baute übrigens seine Prätendentschaft nicht einmal auf diesen Punkt, sondern er griff die Rechte seines Bruders an, nachdem er sie lange vorher wiederholt und feierlich anerkannt, nachdem er vor und nach dem Ableben Johann's VI. in einer Reihe von Actenstücken selbst die Versicherung ausgedrückt hatte, daß Dom Pedro der gesetzmäßige Thronfolger sei, und nachdem er die eclatanteste Anerkennung der Erbrechte seiner Nichte dadurch von sich gegeben hatte, daß er sich ohne das geringste Widerstreben, ohne die leiseste Verwahrung, von seinem Bruder die Regentschaft übertragen ließ und dieselbe mit einem solennen Eide der Treue für Maria da Gloria inaugurirte.

waren in Portugal mehr als 25,000 politisch Verdächtige inhaftirt, 1600 Menschen wurden nach Afrika deportirt und über 13,000 Verfolgte wanderten freiwillig aus. Nur ein einziges Stück portugiesischen Gebietes gab es, welches sich nicht vor dem Usurpator beugte und welches er nicht zu unterwerfen vermochte: das war die Insel Terceira, eine der Azoren, die mit ihren 40,000 Einwohnern unter dem tapferen General Grafen Villaflor, dem späteren Herzog von Terceira, allen Angriffen Dom Miguel's siegreich widerstand. Sie ist in der Geschichte durch ihre politische Treue berühmt, welche sie am glänzendsten damals bewies, als Portugal 1580 an Spanien fiel. Philipp II. brauchte drei Jahre, sie zu erobern. In allen übrigen Theilen der Monarchie war Dom Miguel nach und nach unbestrittener Herr geworden, und die europäischen Mächte, welche ihn nicht anerkannten, sahen gleichwohl seinem Treiben zu, ohne sich einzumischen.

Da legte plötzlich Dom Pedro am 7. April 1831 zu Gunsten seines Sohnes die Kaiserkrone von Brasilien nieder, mit dem Entschlusse, nunmehr alle Kräfte der Sache seiner Tochter zu widmen. Er verließ am 13. April mit seiner Familie und einigen Getreuen Brasilien, ging vorerst nach England und Frankreich und begann dann, Hülfsmittel zum Kampfe gegen den wortbrüchigen Bruder zu sammeln.

Von den Azoren aus segelte er im Frühjahre 1832 mit einer kleinen Expedition nach Porto ab, welches er in kluger Berechnung zum Stützpunkte seiner Operationen erwählte, denn Porto war durch das Blutgericht Miguel's gegen die Anhänger der Königin am härtesten betroffen worden und hatte durch Auswanderung allein etwa 10,000 Einwohner verloren. Er bemächtigte sich der Stadt am 8. Juli und hielt hier 13 Monate lang alle Angriffe der Miguelisten aus. Als im nächsten Jahre die Unternehmung des in Dom Pedro's Dienste getretenen Sir Charles Napier gegen Algarbien ebenfalls gelang, da dieser Seeheld am 5. Juli beim Cap Sanct Vincent die miguelistische Flotte schlug, erhob sich auch die Bevölkerung des Südens für Königin Maria, und schon am 24. Juli konnte Graf Villaflor, der treue Anhänger und Feldherr Dom Pedro's, in Lissabon einziehen. England und Frankreich sprachen ihre Anerkennung Donna Maria's aus, und am 23. September 1833 kam die nunmehr 14jährige Königin in der Hauptstadt an, um, während Dom Miguel die letzten Anstrengungen machte, sich zu behaupten, aus ihres Vaters Händen die ihr entrissene Krone zu empfangen.

In Folge einer am 22. April 1834 zwischen Portugal, England, Frankreich und Spanien zu London abgeschlossenen Quadrupel-Allianz stieß ein spanisches Hülfs-Corps zu den Truppen des Generals Villaflor, und der Usurpator, zuerst aus Coimbra getrieben, dann bei Pombal unterliegend, endlich aber aus seiner letzten Position zu Santarem gedrängt, unterzeichnete am 27. Mai die Capitulation von Evora-Monte, in welcher er allen Ansprüchen auf den Thron von

Portugal entsagte, außerdem aber versprach, die Ruhe des Landes nie mehr zu stören und dasselbe nie wieder zu betreten. Von dem Manne, der sich durch Verrath und Meineid zum absoluten König gemacht hatte, war zu erwarten, daß die Unterzeichnung einer Capitulation nicht bindend für ihn sein werde. Dom Miguel schiffte sich auf einem englischen Schiffe am 1. Juni 1834 nach Italien ein und hatte in Genua kaum den Fuß ans Land gesetzt, als er sofort gegen die von ihm unterzeichnete Acte protestirte. Er begab sich sodann nach Rom, wo er, als König empfangen und anerkannt, freundlichste Aufnahme fand.

Dom Pedro führte nun wieder, und zwar in verbesserter Form, seine Carta de ley vom Jahre 1826 ein und bestrebte sich, als Vormünder seiner Tochter und Regent, die zerrütteten Verhältnisse des vielgeprüften Landes zu ordnen. Um der furchtbaren Finanznoth der Regierung einiger Maßen aufzuhelfen, hatte er bereits unterm 15. August 1833 den größten Theil der Klöster aufgehoben und ihre Besitzungen für den Staat eingezogen. Als er am 15. August 1834 die Cortes eröffnete, gab er denselben eine umständliche Darlegung seiner ganzen bisherigen Handlungsweise, und seine Regentschaft wurde von ihnen in förmlicher Weise bestätigt. Allein die übermäßigen Anstrengungen hatten seine Kräfte erschöpft und seine Gesundheit im blühendsten Mannesalter gebrochen. Schon am 18. September mußte er den Kammern kundgeben, daß er sich krank und außer Stande fühle, die Regierungsgeschäfte weiter zu führen, worauf die Stände noch am nämlichen Tage die Königin für großjährig erklärten. Nachdem er noch ein Cabinet gebildet hatte, an dessen Spitze die Herzöge von Palmella und Terceira standen, starb der ritterliche Fürst zum Unglücke Portugals, welches des kräftigen Armes noch nicht entbehren konnte, am 24. September 1834, nicht ganz 36 Jahre alt.

Die Parteien waren noch nicht im mindesten versöhnt, die neue Ordnung der Dinge noch nicht befestigt und große Stürme standen noch bevor, bis die durch Dom Pedro's Carta inaugurirte Aera gesunde Wurzeln treiben konnte. Vor Allem mußte die jetzt 15jährige Donna Maria II. an ihre Vermählung denken, und am 25. Januar 1835 wurde sie zu Lissabon mit dem Bruder ihrer Stiefmutter, dem Prinzen August von Leuchtenberg, auf dessen Wahl sie ihr Vater noch auf seinem Sterbebette gelenkt hatte, ehelich verbunden. Aber diese Ehe war von äußerst kurzer Dauer; denn am 28. März, kaum zwei Monate nach ihrer Einsegnung, wurde der Prinz, eine edle und liebenswürdige Persönlichkeit, von der Halsbräune hinweggerafft. Am 9. April 1836 vermählte sich die Königin zum zweiten Male, mit dem Prinzen Ferdinand von Sachsen-Coburg, geboren 29. October 1816, einem der trefflichsten Fürsten unserer Zeit. Derselbe fand jedoch in Portugal keine eben freundliche Aufnahme und wurde als Ausländer mit entschiedenem Mißtrauen betrachtet. Die Cortes verweigerten ihm zweimal die im Heiraths-Contracte zugesagte Ober-

Befehlshaberstelle, und die Königin sah sich dieserhalb schon im Mai veranlaßt, zur Auflösung der Kammern zu schreiten.

Augenblicklich befand sich nun das Land wieder in voller Gährung. Am 10. September 1836 — daher der Name Septembristen — brach zu Lissabon eine Revolution aus, in welcher die Demokraten den Ruf: „Die Constitution von 1822!“ erhoben. Die aufgebotenen Truppen gingen zu den Aufständischen über, und die junge Monarchin sah sich gezwungen, ihr Ministerium zu entlassen und die demokratische Constitution von 1822 anzunehmen. Ein zweimaliger, von den Anhängern der Königin gewagter Versuch zur Contre-Revolution und Herstellung der Carta mißlang. Die Septembristen blieben beidemal Sieger.

Schon im Januar 1837 waren die Cortes einberufen worden, um an einer Vervollständigung der Constitution von 1822 zu arbeiten, und am 4. April 1838 wurde dieselbe von Maria da Gloria sanctionirt. Die neue Verfassung war eine Art von Vergleich zwischen der Constitution von 1822 und der Carta Dom Pedro's, und ihr Hauptunterschied gegen die erstere bestand, neben der Verleihung des Veto und des Rechtes der Kammerauflösung an den Monarchen, in der Wiederherstellung zweier Kammern. Von der Carta aber unterschied sie sich hauptsächlich dadurch, daß jetzt an die Stelle der indirecten die directe Wahl, und an die Stelle der erblichen Pairskammer eine wählbare erste Kammer trat. Aber auch mit der Annahme dieser neuen Verfassung kam es nicht zu Herstellung inneren Friedens. Die geheimen Clubs, deren Mitglieder zahlreicher waren, als die Staatsämter, deren Besetzung sie ambitionirten, veranlaßten schon bei Gelegenheit des Frohnleichnams-Festes 1838 eine neue Revolte, in Folge deren die Nationalgarde aufgelöst werden mußte. Auch die Erhebung Remechido's für Dom Miguel am 2. August dieses Jahres, die miguelistischen Umtriebe überhaupt, endlich die Wühlereien jener Partei, welche auf die Verschmelzung Portugals und Spaniens zu einer iberischen Republik hinarbeitete, ließen das Land nicht ruhig werden. Und zu diesen Verhältnissen kam noch ein trostloser Zustand der Finanzen, dem das Ministerium nicht aufzuhelfen vermochte, obgleich man, um die Zinsen der schwebenden Schuld wenigstens im Inlande zu zahlen, Ende 1837 für etwa 200 Contos Nationalgüter verkauft hatte.

Im Jahre 1839 forderte Großbritannien plötzlich in einer sehr absoluten Weise die strengere Einhaltung der über den Sclavenhandel bestehenden Verträge und drang, als die gegenseitige Feindseligkeit zunahm, auf Zahlung der Kosten für die 1827 nach Portugal geschickte Hülfs-Division. Der Königin blieb, um den Ausbruch eines Krieges mit England zu vermeiden, nichts übrig, als das Ministerium zu wechseln und zuletzt auch noch die Kammern aufzulösen. Nun wurde das Mißverständniß mit Großbritannien zwar friedlich gelöst, aber das Parteiwesen im Innern entflammte zu neuer Gäh-

rung. Die unter dem Eindrucke der Furcht vor einem Kriege mit England im Jahre 1840 vollzogenen Neuwahlen hatten in den Cortes den Cartisten — den Anhängern der Carta Dom Pedro's — die Majorität verschafft. Am 19. Januar 1842 kam es in Porto zu einem neuen Aufstande, dem sich nicht nur die Municipalität von Lissabon anschloß, sondern dessen Seele sogar der im Amte befindliche Justiz-Minister, Antonio Bernardo da Costa Cabral war und welcher am 7. Februar des genannten Jahres mit Wiederherstellung der Carta de ley endete.

Nun bildeten der treueste Anhänger dieser Verfassung, der für seine gewichtigen Dienste zum Herzog von Terceira erhobene Marschall Villaflor, und Costa Cabral, das Haupt der cartistischen Freimaurer, ein neues Ministerium. Der letztere, ein Mann voll Thatkraft und Muth, nahm in demselben das Portefeuille des Innern und faßte mit energischer Hand das Staatsruder. Er hatte vor, mit aller Strenge auf Unterdrückung des unglückseligen Parteiwesens hinzuarbeiten und dadurch den von politischen Stürmen umtobten Thron dauerhaft zu befestigen. Aber seine Strenge artete in unconstitutionelle Willkür aus, und überdies drückte er das Land durch Erhöhung von Steuern und Abgaben, ohne die verzweifelte Finanzlage desselben zu verbessern.

So brach denn endlich nach zwei Jahren, im Frühjahre 1846, in der Provinz Minho eine abermalige Revolte aus, welche sich diesmal schnell über die nördlichen Landestheile verbreitete, von der Regierung nicht mehr bewältigt werden konnte und am 17. Mai den Rücktritt des Ministers erzwang.

Als die Monarchin im October den damals bei allen Parteien mißliebigen Marschall Saldanha, welcher eben von seinem Gesandtschafts-Posten zu Wien heimkehrte, an die Spitze des Cabinettes stellte, bildeten sich überall Juntas, welche die Regierung bedrohten; die Armee sammt ihren Führern spaltete sich, um für oder gegen dieselbe zu kämpfen, und die Aufständischen marschirten unter dem Grafen das Antas und dem aus Spanien zurückgekehrten Bomfim gegen die Hauptstadt. Lissabon blieb zwar durch die Niederlage, welche ihnen Saldanha am 22. December 1846 bei Torres Vedras beibrachte, von ihren Unternehmungen verschont; Porto, den Schauplatz der Revolution, zu nehmen, war jedoch der Marschall nicht im Stande. Die Revolution verbreitete sich vielmehr jetzt auch nach den Südprovinzen, überzog Algarbien und ergriff im Frühjahre 1847 sogar die Azoren. Die Königin war genöthigt, nach dem äußersten Mittel in der Noth zu greifen, nach der Intervention der Mächte, mit welchen Portugal die Quadruple-Allianz geschlossen hatte. Eine solche fand auch Statt. England sandte ein Geschwader zu Hülfe, Spanien stellte ein Hülfs-Corps unter den Generälen Lersundi und Concha. Der Aufstand wurde allmählich bezwungen und zog sich vor den nachrückenden Truppen in immer engeren Kreisen um seinen

Hauptheerd, das hartnäckige Porto, welches beim Beginne der Intervention jede Aufforderung zur Capitulation zurückgewiesen hatte. Erst nachdem die Stadt zur See von den Engländern blokirt, zu Lande aber auf der einen Seite von den Spaniern, auf der anderen von den Truppen Saldanha's völlig cernirt war, entschloß sich die hier tagende Junta suprema endlich zu Unterhandlungen und capitulirte im Juni 1847.

Jetzt trat in den politischen Stürmen, welche das unglückliche Portugal trotz des redlichsten Willens der Monarchin, den Staat in die Bahn des Friedens zu lenken, durchtobten, eine kurze Pause ein. Von den auswärtigen Bewegungen des Jahres 1848 blieb das Land unberührt. Es war die Ruhe der Erschöpfung, in welcher man sich befand. Handel und Gewerbe aber lagen darnieder, die Staats-Cassen waren erschreckend leer, und weder die Cortes noch das Ministerium Saldanha vermochten, aus dieser unglücklichen Lage zu helfen. Noch einmal begann die wirklich schwer bedrängte Königin ihre Hoffnungen auf den Grafen Thomar zu richten, auf den Mann der geistigen Ueberlegenheit, der, wenn die Schroffheit seines Auftretens vielleicht durch seine Erfahrungen gemildert worden war, als die einzige Capacität erschien, welche die Schwierigkeiten der Situation zu bewältigen vermochte. Derselbe wurde von Madrid, wo er zur Zeit den Gesandtschafts-Posten inne hatte, zurückgerufen und trat in der That im Juni 1849, wieder zum Minister des Innern ernannt, anstatt Saldanha's, abermals an die Spitze des Ministerrathes. Er setzte ein rücksichtsloses und hartes Regiment da fort, wo es unterbrochen worden war, machte neue Anlehen und schrieb Steuern aus, ohne die Cortes zu fragen, überwarf sich mit dem ehrgeizigen Saldanha und zog einen wo möglich noch intensiveren Haß aller Parteien auf sein Haupt, als in der früheren Periode seiner Wirksamkeit.

Im Jahre 1851 erhob sich Costa Cabral's nunmehriger Hauptfeind, Marschall Saldanha, zum Sturze des verhaßten Gegners. Von Cintra aus erregte derselbe im April 1851 eine Militär-Revolution, welche ihn bald zum Herrn der Situation machte. Die Königin sah sich gezwungen, dem Grafen Thomar seine Entlassung zu geben, und derselbe floh über Vigo nach England. Saldanha aber zog am 15. Mai gleichsam im Triumphe in Lissabon ein und bildete am Ende dieses Monats ein neues Cabinet, in welchem er den Vorsitz behielt. Fest hielt der ehrgeizige Greis die Zügel, welche er in so gefahrvoller Weise an sich gebracht hatte, und sein Regiment gereichte dem Staate unter den obwaltenden Verhältnissen zum Heile; denn während Saldanha nach und nach zur Beruhigung aller Parteien eine versöhnliche Hand bot, hielt er zugleich mit Energie die Ruhe aufrecht. Im Jahre 1853 klärte sich der politische Horizont fortwährend, und man sah die Morgenröthe friedlicherer Zeiten bereits heraufdämmern. Aber Maria da Gloria, welcher es beschieden war,

die Periode des Ueberganges von der unumschränkten zur verfassungsmäßigen Form der Monarchie durchzukämpfen, sollte die Sonne glücklicher Tage nicht mehr schauen dürfen. Am 15. November raffte ein fast plötzlicher Tod, die Folge schwerer Entbindung, die Königin im 35. Lebensjahre hinweg. König Dom Pedro V., eben erst 16 Jahre alt, bestieg unter väterlicher Vormundschaft den Thron von Portugal.

Donna Maria war eine Monarchin von männlichem Muthe und festem Charakter. Ihre äußere Erscheinung war imposant. Ihre Züge trugen bedeutende Aehnlichkeit mit denen ihrer großen Ahnfrau, der Kaiserin Maria Theresia. Ihre Ansichten, in der Schule des Lebens, ja, man darf sagen, in der Schule des Unglücks gereift, waren conservativ und liberal zugleich; ihre Sorge dem Wohle ihrer Unterthanen stets zugewendet; ihr Gemüth versöhnlich und gütig. Es ist wahr, daß sie bei Lebzeiten nicht gerade im gewöhnlichen Sinne des Wortes „populär" war. Es lag nicht im Wesen Maria's, sich um Popularität zu bemühen. Ihr Herz war voll Wohlwollen, aber um ihre äußere Erscheinung lagerte sich ein gewisser Zug von Kälte, das ganz natürliche Product ihrer Erlebnisse und der Kränkungen, welche ihr in den zahlreichen Revolutionen während ihrer Regierung zugefügt worden waren. Ihre erprobte, freie, aufrichtige, ernste und würdige Anhänglichkeit an die Sache der Reform hatte der Monarchin nicht nur die Werthschätzung und Liebe ihrer Unterthanen im Allgemeinen, sondern auch ihrer principiellen Gegner erworben. Es zeigte sich das bei ihrem Ableben sofort aufs deutlichste. So frei die portugiesische Presse auch ist und so verschieden die politischen Meinungen waren, welche sie eben damals vertrat, in einer aufrichtigen Trauer um ihr Hinscheiden wie im Lobe der Regententugenden Maria's da Gloria waren die Journale aller Farben einig, und alle Parteien ließen der Trefflichkeit ihres Charakters volle Gerechtigkeit widerfahren.

---

26. Die Reformen in Großbritannien unter Wilhelm IV. und Victoria.*)

(Nach Thomas Erskine May, die Verfassungsgeschichte Englands von 1760—1860, übersetzt von O. G. Oppenheim, und Adolf Schmidt, England im Jahrzehend 1830—1840 in Fr. von Raumer's histor. Taschenbuch, bearbeitet vom Herausgeber.)

Während auf dem europäischen Continente im Anfange dieses Zeitraumes Revolutionen die staatlichen Ordnungen umstürzten, die

*) Die wichtigeren Ergebnisse der auswärtigen Politik Englands seit 1830 werden in einem späteren Artikel über Lord Palmerston zusammengestellt werden.

im Westen (Frankreich und Belgien) siegreich waren, im Osten (Polen) und Süden (Italien) dagegen scheiterten und der Reaction in die Hände arbeiteten, blieb das sechshundertjährige Gebäude der englischen Verfassung ohne Erschütterung stehen. Gastlich empfing Großbritannien im Anfange und am Ende dieses Zeitraumes politische Flüchtlinge, Fürsten wie Männer des Volkes. Das freie Wort fand dort eine Stätte, auch wenn es im übrigen Welttheile, mit Ausnahme des Westens, verstummen mußte. Aber auch England blieb nicht beim Hergebrachten stehen, auch hier galt es Kämpfe um Volksrechte, um weitere Freiheiten auf dem Gebiete der Politik, der Religion und der materiellen Interessen. Daß diese Kämpfe aber ohne Gewaltthat und Umsturz zu gedeihlicher Entwickelung führen konnten, ist ein unwiderlegliches Zeugniß für die Festigkeit des englischen Verfassungsbaues.

Bis zum Jahre 1830 hatte sich die Macht der Krone unwandelbar gegen eine freisinnige Politik gerichtet. Die Emancipation der Katholiken (s. S. 120), welche die begabtesten Staatsmänner aller Parteien auf ihre Fahne geschrieben hatten, war lediglich durch den Einfluß der Krone 30 Jahre hindurch verzögert worden, und hätte sich deren Macht nicht damals (1829) in schwächeren Händen befunden, so hätte sie abermals über die weisesten Rathschläge gesiegt und die wichtigsten Staatsinteressen gefährdet. Der Regierungsantritt Wilhelm's IV. brachte in diese Verhältnisse eine wesentliche Veränderung. Die Whigs, welche erst seit Canning's Verwaltung (1822) einen wesentlichen Einfluß gewonnen und seitdem allmählich die Gewalt mit den Tories dergestalt getheilt hatten, daß toryistische und whigistische Ministerien in fast regelmäßigem Wechsel einander ablösten, erhielten seit Wilhelm's IV. Thronbesteigung so entschieden das Uebergewicht, daß sie im Durchschnitt auf je 4 Jahre das Heft der Regierung 3 Jahre in Händen hatten.

Der Antagonismus der beiden leitenden Parteien war in Sir Robert Peel und Lord John Russell verkörpert. Nur schien es, als hätten diese ihre natürlichen Rollen gewechselt: ein Bürgerlicher war Haupt der Tories, ein Hochgeborener das Haupt der Whigs. Russell (geb. 1792), der zweite Sohn des Herzogs von Bedford, in keiner Weise imponirend, klein von Statur, aber von klugem Aussehen, war in der That die Seele des Whigismus und der gesammten Reformbewegung. Grey, Melbourne und andere hervorragende Persönlichkeiten vor, neben und hinter ihm bildeten nur die Staffage oder hatten, wie Palmerston, ihre Talente andern Gebieten als dem der inneren Politik ausschließlich zugewandt. Russell's Natur war eine unermüdliche, aber mehr zäh als kraftvoll. Seine Siege verdankte er minder der Entschlossenheit als der Ausdauer. Gern darauf bedacht, es möglichst Vielen recht zu machen, lief er nicht selten Gefahr, es mit Allen zu verderben. Der Schwerpunkt seines Wirkens lag nicht sowohl in ihm selber, als in den Meinungen, die er ver-

trat. Daher war Russell stets nur dann eine Macht, wenn er die Mehrheit hinter sich hatte. Anders Peel (geb. 1788), der seine Stärke nicht aus seiner Partei, sondern aus sich entnahm und an der Spitze der kleinsten Minderheit eine Größe blieb. Er war schon äußerlich eine stattliche Erscheinung, von hohem Wuchs und ausdrucksvollem Gesicht. Sohn eines reichen Baumwollenspinners, hatte er sich durch seine eminenten Fähigkeiten in die höchsten Regionen der Aristokratie emporgeschwungen, bis er endlich, als Held des Geistes und der Rede, auf gleichem Niveau mit Wellington, dem Helden des Schwertes und der Thaten, stand. Beide bildeten die Brennpunkte der toryistisch-conservativen Kreise. Niemand war von Natur allem Neuen so feind wie Peel, und doch Niemand so befähigt, es durchzuführen. Aus dem Volke hervorgegangen, hatte Peel für seine Laufbahn und sein Wirken dennoch das Motto gewählt: „Wir sollen den Nutzen und keineswegs den Willen des Volkes vor Augen haben". Allein als der höchste „Nutzen" des Volkes erschien ihm der innere Friede; diesem war er daher bereit, die größten Opfer zu bringen. Als eine Hauptbedingung des inneren Friedens galt ihm die Heilighaltung der Gesetze, die Achtung vor den Aussprüchen des Parlaments, auch wenn sie der eigenen Ueberzeugung zuwider seien. In seinen wie in Wellington's Augen erschien anfänglich die politische Reform im whigistischen Sinne als völlig unverträglich mit einer regelmäßigen Regierung. Dennoch war sie ihm, wie Jenem, von dem Momente an, da sie Gesetz geworden, ein unverletzlicher Vertrag, eine „unwiderrufliche Entscheidung", deren Absichten er als Minister auszuführen verpflichtet sei, obwohl er sie ursprünglich nicht gebilligt.

Der aus ständischen Elementen erwachsene Gegensatz der Tories und der Whigs, den die Reformbewegung in den Gegensatz der Conservativen und Reformer umbildete, absorbirte das politische Parteiwesen nicht ganz. Ihm zur Seite entwickelte sich, von jeglichem Standes- oder Sonderinteresse absehend, der politische Radicalismus. Sein Ziel war die Demokratisirung der englischen Verfassung in wesentlicher Analogie zu den Vereinigten Staaten. In den Zwanziger Jahren forderte das Glaubensbekenntniß des Radicalismus: Abschaffung des Oberhauses, mindestens aber allgemeines Wahlrecht für das Unterhaus, geheime Abstimmung und jährliche Parlamente, statt der gesetzlich zulässigen siebenjährigen Dauer. Dies sollten die Grundlagen zu weiteren Umgestaltungen sein. Im Parlamente bildeten die radicalen Mitglieder ein sehr kleines Häuflein. Ihre geringe Zahl und die natürliche Verwandtschaft aller progressiven Bestrebungen bewog sie, sich vor der Hand an die Whigpartei anzulehnen und dieselbe in ihren Reformplänen auf das eifrigste zu unterstützen. Der Boden der Gemeinschaft wurde aber bald genug der Grund einer desto schärferen Sonderung. Denn die Reformbewegung im whigistischen Sinne vermochte eben so wenig die radicale Partei wie die toryistisch-conservative zu befriedigen.

a. Die Parlaments-Reform 1831—1832.

In Folge des Todes Georg's IV. erfolgte die Auflösung des Parlaments. Drei Tage nach dem Ausschreiben der neuen Wahlen brach in Paris die Juli-Revolution aus, und Karl X. kam als Flüchtling nach England. Die Verletzung der Preßfreiheit und der Repräsentativ-Verfassung hatte seinen Sturz herbeigeführt, daher fand die Revolution in Frankreich Sympathie im englischen Volke und gab den freisinnigen Ansichten neue Stärke. Die Aufregung stieg mit der unmittelbar darauf in Belgien ausbrechenden Revolution. Gleich in einer der ersten Sitzungen des unter solchen Verhältnissen gewählten Parlamentes sprach Lord Grey die Hoffnung aus, „die Parlaments-Reform werde nicht, wie die Emancipation der Katholiken, so lange verschoben werden, bis die Regierung sich gezwungen sehen würde, der Verhältnisse wegen zu gewähren, was sie aus Grundsätzen verweigert habe". Der Herzog von Wellington aber äußerte, weniger zurückhaltend, wie sonst die Minister bei allgemeiner Anpreisung der britischen Verfassung zu thun pflegten, das System sei ein an sich vollkommenes und besitze mit Recht das Vertrauen des Landes, daher werde er es stets als seine Pflicht ansehen, jede beantragte Aenderung zu bekämpfen. Sofort meldete Lord Brougham einen Antrag auf Parlaments-Reform an, das Ministerium Wellington (welches bei einer Abstimmung über die Prüfung der Belege der Civilliste unterlag) trat zurück, Graf Grey ward das Haupt eines neuen Ministeriums (1830—1834), Brougham sein Kanzler, Palmerston übernahm das auswärtige Amt, obgleich er sich noch 2 Jahre vorher als grundsätzlichen Gegner der Reformbill bekannt hatte. Dieses Ministerium, welches aus den hervorragendsten Whigs, verbunden mit den Anhängern Canning's bestand, trat vor das neue Parlament mit der Ankündigung einer Vorlage zur Reform des Parlaments, welche die Grenzen einer billigen und rathsamen Mäßigung nicht überschreite. Lord John Russell, der zwar nicht Mitglied des Ministeriums war, aber seit 10 Jahren im Hause der Gemeinen die Reform wie seine eigene Sache unermüdlich angeregt hatte, legte am 1. März 1831 im Auftrage des Ministeriums dem Unterhause die betreffende Bill vor. Durch dieselbe wurden weder jährliche Parlamente, noch geheime Abstimmungen, noch allgemeine und gleiche Wahlen bewilligt; allein es wurde 56 verfallenen Flecken, welche weniger als 2000 Einwohner zählten, aber zusammen 111 Mitglieder zu wählen hatten, das Recht der besonderen Vertretung entzogen, 22 bisher unvertretene Städte empfingen das Recht zwei, 20 andere das einen Abgeordneten zu wählen. Auch nahm die Zahl der Wähler ihr zufolge beträchtlich zu, einer auf je 26 Köpfe, während gleichzeitig in Frankreich nur ein Wähler auf je 206 Einwohner kam. Das Parlament rückte so dem Begriffe einer Volksvertretung näher, ohne ihn zu decken; der aristokratische Anstrich wurde abgeschwächt, aber das Grundeigenthum hörte

so wenig im Unterhause auf, zu herrschen, wie der Grund- und Geburtsadel im Oberhause. Namentlich blieb der passive Census, wonach für die Mitglieder des Unterhauses der Nachweis eines bestimmten Maßes an Grundeigenthum erforderlich war, bestehen. Grafschaftsvertreter mußten ein reines Jahreseinkommen von 600 Pfund, Städte- oder Fleckenvertreter 300 Pfund nachweisen. Nur die schottischen Mitglieder waren von Alters her jeder Vermögens-Qualification überhoben. Für die active Wählerschaft zählte die Reformbill nicht weniger als 58 verschiedene Berechtigungen auf. In den Städten und Flecken wurde sie verliehen, außer den früher Berechtigten, jedem Inhaber eines Hauses oder einer Wohnung von 10 Pfd. jährlicher Rente; in den Grafschaften den Grundeigenthümern mit einer Rente von 40 Shilling u. s. w. Die Reformbill, für deren Sieg Macaulay sechs seiner ausgezeichnetsten Reden eingesetzt hatte, ging im Unterhause erst nach einer Auflösung und neuen Wahl des Parlamentes durch, im Oberhause erst nach einem angedrohten „Peersschub" und unter allen Anzeichen einer herannahenden Revolution.

Verschiedene Regierungen und Parlamente erstrebten eine weitergreifende Reform des Wahlsystems. Einige Jahre hindurch waltete ein natürliches Widerstreben vor, die Regelung zu stören, wie sie erst neuerdings Statt gefunden hatte. Die alte Whig-Partei betrachtete und vertheidigte sie als eine „geschlossene". Erst zwanzig Jahre nach der Regelung beantragte Lord John Russell eine weitere Revision. Die Reform von 1832 vertheilte das Wahlrecht nicht mit Berücksichtigung der Bevölkerung in den verschiedenen Landestheilen, sie hatte die Wahlen den Händen einer kleinen Oligarchie von Peers und Grundherren entrissen und den mittleren Classen zugewendet, die arbeitenden Classen hatten keine Berücksichtigung gefunden.

In den 20 Jahren hatte sich die Bevölkerung und mit ihr Reichthum, Bildung und politische Einsicht mit außerordentlicher Schnelligkeit vermehrt; eine unterrichtetere Generation war herangewachsen, eine merkliche Besserung in der socialen Lage der arbeitenden Classen eingetreten. Es erschien deßhalb billig und rathsam, die Wahlberechtigung so weit auszudehnen, daß sie bisher außerhalb stehenden Classen und insbesondere hervorragenden Männern des Handwerkerstandes zu Theil werde.

Eine von dem Vorkämpfer der ersten Reform, Lord John Russell, neu eingebrachte Reformbill wurde, da er selbst 1851 von den Tories gestürzt worden, vor der zweiten Lesung zurückgezogen. Im Jahre 1854 brachte Russell, als Mitglied des Ministeriums Aberdeen, eine anderweitige, noch umfassendere Vorlage ein, doch bei Ausbruch des russischen Krieges (des Krimkrieges) wurde die Berathung derselben vertagt. Abermals kam die weitere Parlaments-Reform 1859 in Anregung, indem durch das Drängen der öffentlichen Meinung das Ministerium des Lord Derby, der neben Russell einer der muthigsten Mitkämpfer Lord Grey's im Jahre 1832 gewesen, jetzt aber Führer

der Tories war, eine Reformbill einbrachte, die Stadt und Land in Bezug auf das Wahlrecht gleich stellte und die Stellvertretung auf die Bevölkerung und das Vermögen gründete, zugleich aber die Vertretung gewisser Interessen und gewisser Classen des Gemeindewesens (Geistliche, Lehrer, die Graduirten aller Universitäten u. s. w.) berücksichtigte. Diesmal stand Lord John Russell auf Seiten derer, welche in der Gleichheit des Wahlrechtes eine Gefahr erblickten, weil dadurch eine scharfe Grenze zwischen vertretenen und nicht vertretenen Classen gezogen werde. Nachdem die Debatte sieben Nächte gedauert, siegte die Opposition, das Parlament wurde aufgelöst, aber die Neuwahlen führten dem Ministerium keine Mehrheit zu. Unter der zweiten Verwaltung Lord Palmerston's, des beständigen Gegners der Wahl-Reform, brachte John Russell 1860 eine vierte Wahl-Reform-Bill ein, welche, namentlich durch Herabsetzung des Census, die Wähler der Städte und Burgflecken um 200,000 vermehren sollte. Die Bill scheiterte diesmal nicht an feindlichen Majoritäten, sondern an der lauen, zweideutigen Haltung des ersten Ministers und ward in dem Drange anderer wichtiger Geschäfte bei vorgerückter Session (Mitte Juni) vertagt. Erst nach dem Tode des Lord Palmerston († 1865) erhob sich wieder der lange vertagte Ruf nach Reform der parlamentarischen Vertretung und sein Nachfolger Lord John, jetzt Earl Russell, unternahm es, eine zweite Parlaments-Reform durchzusetzen. Er ließ abermals durch den Schatzkanzler Gladstone, gegenwärtigen Hauptvertreter der Regierung im Unterhause, den Entwurf eines neuen Wahlrechts-Gesetzes vorlegen (März 1866), welcher dem Mittelstande in den städtischen wie den ländlichen Bezirken das Stimmrecht im ausgedehntesten Maße verschaffen und das von der Reform-Acte von 1832 behauptete Princip der Ausschließung der arbeitenden Classen beseitigen soll. Der Entwurf wurde (28. April) 1866 im Unterhause mit einer Mehrheit von nur 5 Stimmen angenommen.

Die große Passivität der bestehenden Wahlkörper in der Reform-Frage seit 1832 erklärt sich daher, daß die Volksvertretung, wenn sie auch vom Standpunkte der Theorie eine unvollkommene war, sich doch praktisch bewährte durch Abfassung weiser und wohlthätiger Gesetze, wodurch sie sich im Einklang mit den Interessen und den Sympathieen des Volkes befand. Seit 1832 beruht die politische Macht vorzugsweise bei den Mittelclassen; die Arbeitgeber gebieten über die Volksvertretung und sind nicht geneigt, ihren Einfluß mit den sie an Zahl weit übertreffenden Arbeitern zu theilen, deren Löhne inzwischen auch so gestiegen sind, daß eine große Anzahl den erforderlichen städtischen Wahl-Census erreicht hat. Die Zahl der Wähler ist seit der großen Reform von 1832 um 102 pCt. gestiegen, während die Bevölkerung sich nur um 82 pCt. (also um 20 pCt. weniger) vermehrt hat. Endlich haben auch die Pläne der Radicalen, den Einfluß der Massen erheblich zu fördern, die Classen, welche bereits im Besitze des Wahlrechtes sind, einer größern Ausdehnung des Wahlrechtes abgeneigt

gemacht, und andererseits haben die Urheber dieser Pläne selbst vorgezogen, sich nicht mit Abschlagszahlungen zu begnügen, sondern lieber die ganze Sache auf eine der Annahme ihrer vorgeschrittenen Grundsätze günstigere Zeit zu verschieben.

Die dem Erlasse des Reform-Gesetzes zunächst folgenden Jahre bilden die glänzendste Periode in den Annalen der Whig-Partei, die von jetzt an den Ehrennamen der „Reformer" führte. Ihre Principien hatten gesiegt; sie herrschte wiederum in den berathenden Versammlungen des Staates und bediente sich der neu gewonnenen Macht, um eine Reihe trefflicher legislativer Maßregeln ins Leben zu rufen, zu denen nun unsere Darstellung übergeht.

b. Die Municipal-Reform 1835—1837 (1840).

In der Städte-Verfassung trat das aristokratische Element noch immer in auffallender Weise hervor. Einwohner und Bürger (freemen) waren frühzeitig scharf gesonderte Begriffe; das Bürgerrecht, durch Aufnahme in eine Zunft, durch Ernennung oder Wahl, durch Kauf oder Geschenk erworben, war die Bedingung der Theilnahme am Gemeinwesen. Aber nur selten lag die Regierungsgewalt in den Händen der gesammten Bürgerschaft und eines von ihr gewählten Rathes; meist wurde sie auf Grund willkürlicher Privilegien durch eine Raths-Versammlung (common council) ausgeübt, die sich durch Cooptation selbst ergänzte, den Bürgermeister aus ihrer Mitte wählte, den Einwohnern willkürliche Abgaben auferlegte und der Erlangung des Bürgerrechts hindernd entgegentrat; bisweilen zerfiel dieselbe in einen engeren Ausschuß der Aldermen und einen weiteren der Councilmen. Unter solchen Umständen war denn auch das Bürgerrecht wenig gesucht. In Liverpool zählte man zu Anfang der dreißiger Jahre unter 165,000 Einwohnern nur 5000 Bürger, in Portsmouth unter 46,000 nur 102. Dabei lag oftmals fast die ganze Last der städtischen Abgaben auf den Schultern der Ausgeschlossenen, weil sich in ihren Händen bei Weitem das meiste Eigenthum befand, während nicht selten gerade von den bevorrechteten Bürgern ein großer Theil in Armuth versank.

So mußte denn auf diesem Gebiet ebenfalls eine Reform, und vor Allem der Erlaß einer allgemeinen Städte-Ordnung, dringend erscheinen. Nach heftigem Widerstande des Oberhauses setzte Russell 1835 die Municipal-Reform-Bill für England durch, die 1837 durch Zusätze vervollständigt wurde. Hiernach bildete nunmehr die Gemeindewahl überall die Grundlage des städtischen Beamtenthums, und die Steuerpflichtigkeit die allgemeine Bedingung der städtischen Wahlberechtigung. Die Vorrechte der Bürger blieben bestehen; aber als Bürger qualificirt war nun, außer den alten Freimännern, auch jeder großjährige Inhaber eines Hauses oder Ladens, der drei Jahre hindurch die Armensteuer gezahlt.

Im Jahre 1836 brachte Russell die Municipal-Corporations-Bill für Irland ein, wo die Städte-Verfassung noch kläglicher beschaffen war als in England. Die irischen Corporationen waren fast zu Familiencoterieen zusammengeschrumpft, die Magistrate ergänzten sich durchgängig durch Selbstwahl, die Municipal-Regierung war ein Monopol der Protestanten, die katholische Majorität völlig davon ausgeschlossen. Dennoch setzten sich der vom Unterhause angenommenen Bill wiederum die Lords entgegen. Diese sahen schon im Geiste aus der Volkswahl der irischen Städte lauter „radicale und römisch-katholische Magistrate" hervorgehen. Sie wollten, der Meinung Peel's sich anschließend, statt der Selbstregierung — für die Irland nicht reif sei — die Centralisation eingeführt, demnach die irischen Corporationen ganz abgeschafft, die Städte durch königliche Beamte regiert wissen. Das Ministerium drang nicht durch. In der nächsten Session wurde die Bill von Neuem eingebracht; allein trotz einer großartigen Volks-Versammlung zu Drogheda, wo O'Connell nöthigenfalls nachdrückliche Mittel empfahl, und trotz der Bittschrift an die Krone, worin eine Viertelmillion Irländer auf Verbesserung der irischen Zustände drang, wurde das Princip der Bill nochmals durch das Oberhaus verworfen. Erst im fünften Jahre des Ringens, und nicht ohne bedeutende Concessionen an das Oberhaus, kam sie zu allseitiger Annahme; 1840 erhielt sie Gesetzeskraft. Trotz aller Entstellungen im Einzelnen stimmte sie der wesentlichen Tendenz nach mit der englischen überein. Die Bürger wählten die Räthe, diese die Aldermen; zur Theilnahme an der Bürger- oder Wählerschaft waren aber, nach dem Willen der Lords, außer den alten Bürgern nur diejenigen berechtigt, die bei eigenem Hausstand 10 Pfund jährlichen Reineinkommens von Haus- oder Grundvermögen nachwiesen.

c. Kirchliche Reformen. 1830—1857.

Die Emancipation der Katholiken 1829, durch O'Connell's Agitation und thatsächliche Erwählung zum Mitgliede des Unterhauses veranlaßt, durch ein Whig-Ministerium eingeleitet und durch das Tory-Ministerium Wellington-Peel durchgeführt, gewährte zwar so viel Rechtsgleichheit, daß die Katholiken nunmehr ins Parlament gewählt werden konnten, aber keineswegs eine vollständige Parität. Den katholischen Geistlichen blieb in beiden Häusern der Eintritt versagt, die Ausübung des Patronats-Rechtes und die Bekleidung höherer Staatsämter allen Katholiken verwehrt. Ebenso durften zwar, gemäß der theilweisen Aufhebung der Test- und Corporations-Acte im Jahre 1828 (s. S. 119), auf Russell's Antrag, auch die Dissenters unter jenen Restrictionen fortan an der Gesetzgebung Theil nehmen; aber der Zutritt zu den Landes-Universitäten, mit Ausnahme der freien Londoner, blieb ihnen verschlossen, und der Staatskirche mußten sie nach wie vor, ja länger als die Katholiken, unmittelbare Steuern zahlen.

Das schreiendste Unrecht in Irland besteht darin, daß die aus ihrem alten Kirchengut verdrängte katholische Bevölkerung von 6½ Million Seelen für die reichere Minderheit von 852,000 hochkirchlichen Protestanten, denen an Zahl die irischen Presbyterianer — 650,000 — fast gleichkamen, eine privilegirte und üppig ausgestattete Kirche mit dem Schweiße ihrer Armuth zu erhalten und zu ernähren verpflichtet sein sollte. Hiergegen wandte sich zum Theil die irische Kirchen-Reform-Bill des Ministeriums Grey vom Jahre 1833. Sie beseitigte wenigstens diejenige Kirchensteuer, welche die irischen Katholiken bis dahin für Bau und Unterhaltung protestantischer Kirchen hatten entrichten müssen. Noch drückender indessen war der Kirchenzehnt, den die irischen Katholiken ohne Unterschied den Geistlichen der Hochkirche zu erlegen hatten, und den sie unter den Einwirkungen der O'Connell'schen Agitation offen zu verweigern begannen. Vergebens jedoch wurde 1834 die irische Zehntbill eingebracht, ungeachtet diese das Uebel nicht in seiner Wurzel angriff; denn weit entfernt, die ungerechte Leistung ohne alle Entschädigung aufzuheben, bezweckte sie nur, den Zehnten in eine Geldabgabe zu verwandeln, die nicht den Pächtern, sondern den zum größten Theil allerdings protestantischen Grundeigenthümern zur Last fallen sollte. Die Absicht scheiterte vorzugsweise an der sogenannten Appropriations-Clausel oder der Bestimmung, daß die Ueberschüsse des Kirchenvermögens zu gemeinnützigen Zwecken, namentlich auf das Schulwesen zu verwenden seien; denn das erschien der Hochkirche als ein Raub. Seitdem wurde die Frage alljährlich von Neuem angeregt. Der Russell'sche Entwurf von 1837 wollte noch 30 pCt. ganz erlassen, 60 den protestantischen Geistlichen erhalten, und 10 für Schulen jedes Bekenntnisses verwenden. Aber erst der fünfte Entwurf wurde 1838 durchgesetzt, nicht ohne Verstümmelung und nur mit gänzlicher Aufopferung der Appropriations-Clausel, dergestalt, daß der neue Grundzins statt der beantragten 30 blos 25 pCt. des alten Zehnten nachließ und die übrigen 75 ausschließlich der Geistlichkeit sicher stellte. Die Katholiken wurden meist hiedurch nur scheinbar erleichtert, denn die protestantischen Grundeigenthümer suchten nunmehr ihre Auslagen begreiflicher Weise durch Erhöhung der Pachten wieder einzubringen. Das Uebel war mehr umgeformt, als wahrhaft beseitigt.

Im eigentlichen England führte zwar die englische Zehntbill, 1836 und 1840, ebenfalls zu einer Ablösung der Kirchenzehnten, denen hier die Dissenters unterworfen gewesen, und zur Umwandlung derselben in eine bestimmte Land- oder Rentenentschädigung. Allein alle Versuche, eine Ausgleichung in den Forderungen der englischen Kirche und der Dissenters über die Kirchensteuer herbeizuführen, schlugen fehl. Jene wollte nach wie vor Alle ohne Ausnahme zum Bau und Unterhalt der Kirchen verpflichtet wissen; diese dagegen behaupteten: es liege die Pflicht nur denen ob, die nach ihrem Glaubensbekenntniß zur herrschenden Kirche gehören. Die im Jahre 1837 eingebrachte

Bill über die Befreiung der Dissenters von der Kirchensteuer fiel schon im Unterhause, wiewohl mit geringer Mehrheit, durch, bei der Wiederholung derselben 1858 und 1860 wurde sie von den Gemeinen angenommen, aber von den Lords verworfen.

War auf diese Weise noch nicht einmal die völlige Gleichstellung der christlichen Religions-Parteien errungen worden, so kann es nicht Wunder nehmen, daß man einer Gleichstellung der Juden mit den Christen noch weniger nahe kam. Vor der Aufhebung der Corporations- und der Testacte im Jahre 1828 wurden die Juden gemeinschaftlich mit den Dissenters zu Gemeindeämtern zugelassen, indem die Indemnitäts-Bill (s. S. 120) auch sie schützte. Während jene Aufhebung aber die Dissenters befreite, indem sie eine „Erklärung“ einführte, die „auf den wahren Glauben eines Christen“ abgegeben werden mußte, ein Amendement, wodurch allein die Annahme dieser wichtigen Maßregel vom Oberhause gesichert werden konnte, schloß sie die Juden von jedem Civil- und Militär-Amte aus. Nach der Emancipation der Katholiken suchte nun Robert Grant 1830 auch den Juden die Ausübung aller staatlichen Rechte zu verschaffen; er wurde darin unterstützt von Macaulay, dessen bei dieser Gelegenheit gehaltene Jungfernrede bereits seine künftige Bedeutung erkennen ließ. Die Bill wurde damals schon im Unterhause bei der zweiten Lesung abgelehnt, aber 1833 erneuert und durchgesetzt, jedoch die Lords verwarfen „die Entchristlichung des Staates und seiner Einrichtungen“ mit großer Mehrheit. Eine Bill (Divett's), betreffend die Zulassung der Juden zu Gemeindeämtern ward 1841 von den Gemeinen angenommen, aber ebenfalls von den Lords verworfen, und erst als sie 1845 (durch Lord Lyndhurst) erneuert wurde, auch von diesen angenommen. Dagegen scheiterten die im Jahre 1848 erneuerten Versuche, den Juden auch das Parlament zugänglich zu machen, abermals an dem unerschütterlichen Widerspruche der Lords. Deßhalb wurde ein anderer Weg eingeschlagen, die Frage zur Entscheidung zu bringen, ein ähnlicher, wie vor 20 Jahren bei der Wahl O'Connell's durch die Grafschaft Clare (s. S. 120). Einer der reichsten und wichtigsten Wahlkörper, die City von London, wählte 1847 den Baron Nathan von Rothschild zu einem seiner Vertreter. Er wurde jedoch, als er bei dem Eide die Worte „auf den wahren Glauben eines Christen“ wegließ, angewiesen, sich von dem schon eingenommenen Platze zu entfernen. Erst 1857 gaben die Lords der Ueberredung des conservativen Premier-Ministers Derby so weit nach, daß jedes der beiden Häuser mittelst „Resolution“ die anstößigen Worte aus der Erklärung entfernen dürfe. So waren die Gemeinen in der Lage, einen jüdischen Abgeordneten zuzulassen, die Lords einen jüdischen Peer auszuschließen. Um die dadurch sich jedes Jahr wiederholenden gehässigen Erörterungen zu vermeiden, trat bei den Gemeinen 1859 an die Stelle der „Resolution“, welche in jeder Sitzungs-Periode erneuert werden

mußte, eine „stehende Regel“ (standing order), welche bis zu ihrer Aufhebung in Kraft bleibt.

Die katholische Kirche Englands erhielt 1850 eine neue Organisation, indem Papst Pius IX. durch ein Breve, „um die ordentliche Form des bischöflichen Regimentes in diesem Königreiche zu begründen“, das Land in einen Metropolitan- und zwölf Bischof-Sitze theilte, während bisher acht apostolische Vicare die römische Kirche in England beaufsichtigt hatten. Zum Erzbischofe von Westminster ernannte er den Cardinal Wiseman. Da diese Maßregel ohne vorherige Uebereinkunft mit der englischen Regierung getroffen war, die bisher nicht einmal mit dem Papste als weltlichen Fürsten diplomatische Verbindungen unterhalten hatte, so sah Volk und Regierung in diesem „Uebergriffe des Papstes“, wie man ihn auffaßte, eine schwere Verletzung der herrschenden Kirche, und Russell brachte eine Bill in das Haus der Gemeinen, welche den katholischen Bischöfen die Führung der von ihnen angenommenen Titel (was in Irland seit 1829 gestattet war) untersagte. Die Bill ging mit einigen sie verschärfenden Amendements (die alle Erlasse ähnlichen Inhalts für ungesetzlich erklärten) durch, hatte aber nur die Bedeutung eines Protestes gegen eine Handlung des Papstes; als legislative Maßregel blieb sie ohne Wirkung, denn Cardinal Wiseman und die katholischen Bischöfe, in England wie in Irland, fuhren fort, ohne jede Belästigung die ihnen vom Papste verliehenen Titel zu führen.

d. Reformen der Rechtspflege.

Wie in allen Zweigen der staatlichen Einrichtungen Freiheit und Volksrecht Fortschritte erzielten, so machte sich dieser bessere Geist auch allenthalben auf dem weiten Gebiete der neueren Gesetzgebung geltend.

Die Rechtspflege war bisher langsam, theuer, unsicher, weitaussehend gewesen. So bewundernswürdig die Principien der englischen Rechtswissenschaft sein mochten, so sehr trug die Praxis dazu bei, durch mannichfache Mängel den Endzweck der Rechtspflege zu vereiteln. Die Rechtsverständigen, blind gegen Principien, folgten stets Präcedenzfällen. Aus dem Dunkel rechtlicher Fictionen, alten Formenwesens, verwickelter Vorschriften des Verfahrens zog der Stand der Rechtsgelehrten den meisten Nutzen, während die Parteien nach verzweiflungsvollem Warten und für zu Grunde richtende Kosten zuletzt ihren Proceß gewannen oder verloren nicht durch die Macht der Wahrheit und des Rechts, sondern — wie eine Partie Schach — durch die Geschicklichkeit und Schlauheit der Spieler. Dennoch galt es für eine politische Ketzerei, die Vollkommenheit der englischen Jurisprudenz in Zweifel zu ziehen.

Am 7. Februar 1828 legte Brougham in einer sechsstündigen, meisterhaften Rede die mannichfachen Mißbräuche der Gerichtshöfe

des gemeinen Rechts und die Gebrechen der das Eigenthum betreffenden Gesetzgebung offen dar. Mit Eifer und Energie wurde seitdem an der Verbesserung der Gesetzgebung in allen drei Reichen gearbeitet: die weltlichen und geistlichen Gerichtshöfe erfuhren eine Reorganisation, ihr Verfahren und ihre Competenz wurden geprüft und neu bestimmt. Die das Grundeigenthum betreffende veraltete Gesetzgebung ward abgeändert und der Uebergang von Grundeigenthum aus einer in die andere Hand erleichtert. Während des 18. Jahrhunderts war mit dem zunehmenden Reichthume die Strafgesetzgebung immer grausamer geworden; ein Menschenleben wog wenig im Vergleiche zur Sicherheit des Eigenthums. Dem Verbrechen wurde dadurch zuletzt nicht mehr Einhalt gethan, sondern die Schrecken des Gesetzes wirkten hemmend sowohl auf das Aussprechen als auf die Vollziehung der Todesstrafe (die sogar auf Taschendiebstahl gesetzt war): Geschworene sprachen allen Beweisen gegenüber das Nichtschuldig aus, Richter empfahlen den Schuldigen der Gnade, von 20 Urtheilssprüchen kam nicht einer zur Vollstreckung. Daher entsprang Ungewißheit, einer der übelsten Fehler der Rechtspflege. Verbrecher ließen sich von Verübung des Verbrechens nicht abhalten, so lange die Folgen ein Spiel des Zufalls waren. Die Lords setzten den Bestrebungen Einzelner (Romilly seit 1808, James Makintosh seit 1819, Robert Peel seit 1824), die Todesstrafen zu vermindern, meist einen hartnäckigen Widerstand entgegen, und erst mit der Periode der Parlaments-Reform 1832 begann auch eine neue Aera für die Strafgesetzgebung, die Todesstrafe blieb zuletzt nur für Mord und das seltene Verbrechen des Hochverraths bestehen, ihre gänzliche Abschaffung ward seit 1840 von dem auf diesem Gebiete der Reform (seit 1832) unermüdlich thätigen Ewart wiederholt beantragt, aber nicht genehmigt. Demselben Manne verdankte auch das Strafverfahren die nach vieljährigem Kampfe (1824—1836) erzielte Verbesserung, daß der eines Capital-Verbrechens Angeklagte sich eines Rechtsbeistandes bedienen darf, was ihm bis dahin mit kalter Grausamkeit von der Criminal-Jurisprudenz verweigert worden war. — Neben der Verminderung der Todesstrafen führte Humanität und christlicher Sinn auch zu einer Milderung der untergeordneteren Strafen und zur Verbesserung der Gefängnisse, namentlich zu mannichfaltigen Bestrebungen, die Verbrecher nicht blos zu strafen, sondern auch zu bessern. — Häufig hatten Parlaments-Ausschüsse auf die Mangelhaftigkeit der Polizei aufmerksam gemacht, deren untere Beamte nicht selten Verbündete der Diebe seien; aber erst 1829 ging die Hauptstadt, auf Peel's Vorschlag, mit dem Beispiele der Errichtung einer Schutzmannschaft voran, die seitdem für Erhaltung der Sicherheit und Ordnung in London mehr gethan, als durch jährliche hundert Hinrichtungen (Hängen) in Old Balley erreicht wurde. Zunächst folgten die größeren Städte dem erprobten Beispiele, seit 1839 auch die kleineren Städte und die Grafschaften.

e. Sociale Reformen.

Unter den zahlreichen weisen und wohlthätigen Maßregeln zur Hebung der moralischen und socialen Lage des Volkes steht an Wichtigkeit obenan das verbesserte Armenwesen. Die seit der Königin Elisabeth gesetzlich geordnete Unterstützung hülfloser Armen war durch ungeschickte Ausführung der „große politische Krebsschaden des Landes" geworden. Da die Unterstützung ohne Bedenken jedem, der sie begehrte, gewährt wurde, so beförderte sie die Faulheit und den Leichtsinn, entmuthigte dagegen die ehrliche, unabhängige Thätigkeit und die mit dieser verbundene Sparsamkeit, um so mehr, als man diejenige Arbeit vorzog, welche theilweise aus dem Armen-Fonds bezahlt wurde, weil die Arbeitgeber ohnehin dazu beisteuern mußten. Da die Ausgaben für den auf diese Weise begünstigten Pauperismus in riesigem Maße (in 50 Jahren auf das Vierfache) sich steigerten, so wurde die Armen-Taxe für minder Bemittelte selbst eine Quelle der Armuth. Im Jahre 1833 erreichte sie die ungeheure Höhe von 8²/₃ Million Pfd. und Russell sah sich zu dem Geständnisse genöthigt: „unsere Armen bilden eine Armee, viermal so zahlreich als die, mit welcher wir dem französischen Kaiserreich widerstanden". Diesem Uebelstande sollte das Gesetz vom 14. August 1834 abhelfen, welches die Unterstützung auf wirklich Hülflose beschränkte und durch Errichtung von öffentlichen Arbeitshäusern Gelegenheit zum Arbeiten und Sparen eröffnete. Die Bedürftigkeit wurde bei Gesunden durch die Bereitwilligkeit, ins Arbeitshaus zu gehen, auf die Probe gestellt. Im Jahre 1837 war die Armensteuer bereits auf 3 Millionen herabgesunken, der Ausbreitung des Pauperismus war Einhalt gethan und seitdem ist bereits eine Generation des Arbeiterstandes in Unabhängigkeit und Selbstgefühl herangewachsen.

f. Reform der Handels-Politik.

Die Handels-Politik früherer Zeiten beruhte auf Monopolen, künstlichem Schutz-System und Begünstigungen, welche auf Kosten Vieler zum Nutzen Weniger aufrecht erhalten wurden. Der Handel des Ostens war durch die ostindische Compagnie monopolisirt, der Handel des Mittelmeeres von der Levante-Compagnie bis zu deren Auflösung 1826, der Handel nach Nordamerika zum großen Theil von der Hudson's Bay-Compagnie. Den Handel Irlands und der Colonieen hatte man zu Gunsten der Producenten und Fabricanten Englands in Fesseln geschlagen. Jedes englische Erzeugniß und Fabricat wurde gegen die Concurrenz gleichartiger Artikel durch hohe Eingangszölle oder Einfuhr-Verbote geschützt. Die Ausfuhr vieler Artikel fand durch Prämien und Rückzahlung der Zölle Unterstützung. Diese selbstsüchtige und beschränkende Politik hatte in irrigen Lehren der Volkswirthschaft eine Stütze, ihren eigentlichen Boden aber in eng=

herzigem Eigennutze. Erst eine Volksvertretung auf breiterer Grundlage entriß die ausschließende Macht den Händen der begünstigten Klassen. Die Monopole fielen eines nach dem anderen in schneller Folge. Der Handel nach dem Osten wurde dem Unternehmungs-Geiste der Kaufleute Englands geöffnet, die Navigations-Acte aufgehoben; die Erzeugnisse der ganzen Welt machte man der anwachsenden Bevölkerung zum Verbrauche und zur Bequemlichkeit zugänglich. Das ausschließliche Interesse mußte dem Gemeinwohle weichen. Das schädlichste aller Monopole und das mächtigste Glied des Schutz-Systems wurde durch die Abschaffung der Korngesetze 1846 (s. S. 302) beseitigt. Die Herren des Bodens, einst gebietend im Parlament, hatten sich ein Monopol an der Nahrung des Volkes gesichert. Um hoher Einkünfte willen hatte man beschlossen, die Menge hungern zu lassen. Ein solches Monopol fiel, sobald die öffentliche Meinung die Resultate der Wissenschaft vollständig sich zu eigen gemacht hatte. Der alle Erwartungen übertreffende Erfolg des Freihandels fand den großartigsten Ausdruck in der ersten internationalen Industrie-Ausstellung 1851. Unter dem zweiten Ministerium Lord Palmerston's (1859—1865) vollendete sein Finanz-Minister Gladstone von Jahr zu Jahr den Ausbau der Freihandels-Gesetzgebung, sein consequentester Gegner, Cobden, ging (Mai 1859) nach Paris zum Abschlusse eines Handelsvertrages mit Frankreich (Januar 1860), welchen Gladstone für einen der denkwürdigsten Siege erklärte, den der Freihandel je errungen. Die Einnahmen stiegen von da an so, daß die Steuern ermäßigt werden konnten.

g. Reform der Colonial-Politik.

In der Begründung seines Colonial-Systems hat England vor allen anderen Staaten nicht nur die größte Geschicklichkeit, sondern auch die meiste Liberalität bewiesen. Es huldigte dem Grundsatze: „Jeder Ureinwohner wird wie ein britischer Unterthan betrachtet und behandelt", es war eben sein Geburtsrecht, das der Engländer von seiner Heimat nach allen Welttheilen mitnahm. Daher eröffnete man nach und nach in den Colonieen durch parlamentarische Einrichtungen der Selbstregierung einen Spielraum. Doch haben Regierung und Parlament von England nie den Anspruch auf directe Einmischung in die inneren Verhältnisse der Colonieen aufgegeben, aber sich geneigt gezeigt, dieses Recht mit Vorsicht zu handhaben. Andererseits waren wenigstens die älteren und volkreicheren Colonieen bestrebt, die parlamentarische Regierung zur Wahrheit werden und der englischen Herrschaft kaum mehr als den Schein zu lassen.

England war auch der erste der europäischen Staaten, der in seinen Colonieen die Sklaverei der Neger, die namentlich in Westindien blühte, vollständig und dauernd aufhob. Nach Ueberwindung unsäglicher Schwierigkeiten war die Sklaven-Emancipationsbill 1833

durch das Ministerium beim Parlamente eingebracht und Ende August zum Gesetze erhoben worden. Hiernach sollten vom 1. August 1834 an sämmtliche Sklaven in den britischen Colonieen frei sein, aber um des allmählichen Ueberganges willen verpflichtet bleiben, gegen Lohn ihren bisherigen Herren noch eine Zeitlang fünf Tage wöchentlich zu dienen. Diese „Lehrzeit“ sollte nach späterer Feststellung für Haus-Sklaven am 1. August 1838, für Feld-Sklaven 1840 aufhören. Den Herren wurde dagegen eine Staats-Entschädigung von 20 Mill. Pfund zuerkannt. Nicht weniger als 639,000 Neger wurden nunmehr vollkommen freie Arbeiter, und die Berichte wußten nicht genug die Fortschritte zu rühmen, welche die Neger „in Hinsicht auf Erziehung, Sittlichkeit, anständiges Benehmen und geistige Bildung“ gemacht, seitdem sie aufgehört, als „Mobilien“ zu gelten und „wie Vieh gepeitscht“ zu werden.

Einen ungeheuren Erwerb hatte England an Ostindien gemacht, das allmählich zu einem Reiche von mehr als 50,000 Quadratmeilen mit 130 Millionen Einwohnern angeschwollen war. Nie schuf die Geschichte ein eigenthümlicheres staatsrechtliches Gebilde als diesen großartigen Complex mediatisirter asiatischer Monarchieen unter der Souverainetät einer Privat-Gesellschaft von Actionären. Natürlich wurde Ostindien nur als eine „große Quelle der Bereicherung“ betrachtet und behandelt; das Regiment der souverainen Kaufleute artete daher in Willkür, in Handels- und Steuer-Terrorismus aus, dem die englische Regierung trotz ihres Aufsichtsrechtes nicht zu wehren vermochte. Freilich war schon 1813 der Compagnie ein Theil ihres Monopols entzogen, der sogenannte ostindische Handel oder der Waarenvertrieb nach und von Ostindien her freigegeben worden; allein nach wie vor war ihr der Handelsverkehr mit China, namentlich der gesammte Theehandel, als ausschließliches Vorrecht verblieben, und die Summe wie die Schwere der Mißstände hatte eher zu- als abgenommen. Mit dem Ablaufe des damals auf 20 Jahre erneuerten Freibriefes bot sich nun 1833 die Gelegenheit zu einer gründlicheren Abhülfe dar. Die ostindische Compagnie mit Einem Schlage zu vernichten, erschien allerdings als eine financielle und politische Unmöglichkeit. Aber schrittweise konnte man ihre Herrschaft beseitigen und die Selbstregierung Indiens anbahnen. Die Grund-Idee der Reform ging dahin: den Doppelcharakter der Gesellschaft als einer handeltreibenden und zugleich souverainen zu trennen und erst die eine, dann die andere Eigenschaft erlöschen zu lassen; als Handelsgesellschaft sollte sie sofort verschwinden, als souveraine Autorität über Indien vorläufig noch 20 Jahre (bis 1853) fortdauern. Die weiteren Bestimmungen des Planes waren folgende: das Handels-Privilegium der Compagnie hört auf; der Handel mit China sammt dem Theehandel wird der freien Concurrenz eröffnet; jedem Europäer soll das Recht zustehen, sich in Ostindien niederzulassen, Land zu erwerben und Handel zu treiben; jeder Eingeborene ohne Unterschied

der Farbe, Abstammung und Religion, soll zu allen öffentlichen Aemtern wählbar sein. Der Compagnie verbleiben zur Bestreitung der Verwaltungskosten des Reiches das Salz- und das Opium-Monopol, so wie die Landessteuern und anderweitigen Landeseinkünfte; ihre bisherige Dividende wird aber in eine feste Jahresrente von 630,000 Pfund umgewandelt, die auf die Territorial-Einkünfte Indiens fundirt werden soll. Geht die Regierung des Reiches nach Ablauf von 20 Jahren an die Krone über, so hat die Compagnie das Recht, ihr Capital zurück zu fordern; verlangt sie dies nicht, so dauert die Zahlung jener Jahresrente noch weitere 40 Jahre fort; mit dem Schlusse derselben steht es dem Parlamente frei, nach vorher gegangener dreijähriger Aufkündigung die Annuität zu 100 Pfund für 5 Pfund 5 Sh. zurück zu kaufen. Durch die Parlaments-Acte vom 28. August 1833 wurde der Reform-Plan, in Gestalt eines neuen Freibriefes, in allen seinen wesentlichen Bestimmungen sanctionirt. Das wichtigste und unmittelbarste Ergebniß war die Eröffnung des freien Handels mit China; 1834 wurde auch der Theehandel der allgemeinen Concurrenz übergeben. So hatte sich denn die englische Colonial-Politik in einem und demselben Jahre durch zwei gleich große reformatorische Acte ausgezeichnet: nach der amerikanischen Seite hin durch die Freilassung der westindischen Sklaven, nach der asiatischen durch die Freigebung des ostindisch-chinesischen Handels.

Dies war die letzte Erneuerung der Machtbefugnisse der Compagnie auf die bestimmte Dauer einer Reihe von Jahren. Bedeutsame Veränderungen traten im Jahre 1853 ein: ihre Machtbefugnisse wurden nur bis auf weitere Bestimmung des Parlaments verlängert; den Länderbesitz verwaltete sie für die Krone. Das Directorium wurde neu gebildet; es bestand fortan aus zwölf gewählten und sechs von der Krone ernannten Mitgliedern. Pitt's Doppel-Herrschaft fand endlich 1858 ihre Verurtheilung. Die Befugnisse und der Länderbesitz der Compagnie wurden auf die Königin übertragen; die Verwaltung Indiens einem Staats-Secretär nebst einem Council anvertraut. Von den 15 Mitgliedern des Council wurden sieben von dem Directorium gewählt, acht von der Krone ernannt. Nachdem Indien auf die Krone übergegangen war, trat eine kräftige Verwaltung der weit ausgedehnten Besitzungen ein. Das Heerwesen wurde mit dem Englands vereinigt, eine gesonderte europäische Militär-Macht in Indien hörte auf. Die Zusammensetzung des Council in Indien erhielt eine breitere Grundlage; die Gerichtshöfe wurden reorganisirt, die Verwaltungsstellen vermehrt und die erschöpften Einnahmequellen des Landes ergiebiger gemacht. Für ein Reich unterjochter Staaten und asiatischer Völkerschaften lag Selbstregierung außer dem Gebiete der Möglichkeit. Europäische Civilisation und Staatskunst hat aber auch dort schon ihre Früchte getragen.

Zweimal fand England in dieser Zeit Gelegenheit, seine entscheidende Autorität in den Colonieen geltend zu machen. Aus Anlaß

der Sklaven-Emancipation entstand auf der Insel Jamaica eine heftige oppositionelle Bewegung. Die Pflanzer fürchteten von dem Uebergewichte der Schwarzen (322,000 gegen 37,000 Weiße) den Verfall der Colonie, denn die freien Neger würden sich der Arbeit entziehen oder doch so hohe Löhne fordern, daß die Zucker-Production mit den Sklavenstaaten nicht mehr concurriren könne. Deßhalb sträubte sich die Colonial-Versammlung (assembly) Anfangs gewaltig gegen die Freilassung der Neger, und die Herren benutzten hier, wie anderwärts, das Lehrlings-System (s. S. 289), um den Negern während der sog. Lehrzeit nur desto mehr Arbeit aufzuerlegen. Als jedoch England mit Suspendirung der Colonial-Verfassung drohte, fügte sich die Colonial-Versammlung, und der befürchtete Verfall der Colonie bestätigte sich nicht, da das Mutterland die Einfuhr fremden Sklaven-Zuckers in England verbot und die Neger sich an die freie Arbeit gewöhnten.

Wagte Jamaica nicht, die Linie des passiven Widerstandes zu überschreiten, so hatte dagegen Canada sich bis zu thätlichem Widerstande, zu offener Empörung fortreißen lassen. Ober-Canada hatte eine britisch-protestantische, Unter-Canada eine überwiegend französisch-katholische Bevölkerung. Beide Provinzen waren in Verfassung und Verwaltung geschieden; in beiden war nicht nur Gouverneur und Vollziehungsrath, sondern auch, wie in anderen Colonieen, die erste Kammer oder der Gesetzgebungsrath von der Regierung abhängig, indem dessen Mitglieder von dieser auf Lebenszeit ernannt wurden; die zweite Kammer, das Repräsentanten-Haus oder die Assembly, ging zwar aus Wahlen hervor und übte namentlich das Recht der Steuerbewilligung, vertrat aber mittels des Census nur die Geld-Aristokratie. Die französische Partei ertrug die englische Herrschaft nur mit Unwillen. Die Nachbarschaft der Vereinigten Staaten erweckte die Neigung zur Unabhängigkeit oder zum Anschluß an die Union. Auch trat ein Handels-Interesse ins Spiel: gerade die Zollgrenze gegen die Vereinigten Staaten schien dem Aufschwunge und der Blüte Canada's hinderlich zu sein. Mit der französischen Partei Unter-Canada's stimmte in den wesentlichsten Bestrebungen die Demokratie in Ober-Canada überein. Beide Parteien, geneigt, vom Aeußersten abzustehen, wenn die Regierung die Hand zur Ausgleichung biete, forderten: eine bessere Regelung der Finanz-Angelegenheiten mit ausgedehnterer Competenz der Assembly, namentlich aber Wahl des Gesetzgebungsraths durch das Volk und Verantwortlichkeit der vollziehenden Behörde der Volksvertretung gegenüber. Während die demokratische Partei in Ober-Canada, weil sie nicht die parlamentarische Mehrheit besaß, sich begnügen mußte, ihre Forderungen in die Form von Petitionen einzukleiden, nahm in Unter-Canada die Assembly selbst, von der französischen Partei beherrscht, diese Angelegenheit in die Hand und faßte 1836 den Beschluß, nicht eher eine Steuerbewilligung eintreten zu lassen, als bis jene Forderungen ge-

währt seien. Das englische Unterhaus verwarf die Anträge. Die Assembly von Unter-Canada antwortete mit dem Beschlusse einer allgemeinen Steuerverweigerung. Da löste der Gouverneur sie auf, und nunmehr kam die Revolution zum Ausbruche. Der Zweck der Losreißung und Republikanisirung trat sofort in den Vordergrund. Es bildete sich eine Association, die „Söhne der Freiheit", mit einem Central-Ausschusse zu Montreal; diese organisirten sich zu Guerilla-Banden. Ihnen entgegen erstand der Club der englischen „Loyalisten", die Frei-Corps im Dienste der Regierung ausrüsteten. Bald fanden blutige Zusammenstöße zwischen beiden Theilen Statt. In England drängte sich die Frage auf: ob Gewalt oder Nachgiebigkeit rathsamer sei. Man entschied sich für die erstere; neue Truppensendungen wurden angeordnet. Inzwischen war auch in Ober-Canada die Insurrection erfolgt. Dennoch wurde in beiden Provinzen, namentlich durch den General John Colborne, das Feuer wenigstens innerhalb der Colonial-Grenzen erstickt. Die Insurgenten zogen sich auf das Gebiet der Vereinigten Staaten zurück; dort verschanzten sie sich auf Navy-Island im Niagara, welche Insel zu New-York gehörte. Von hier aus, durch Amerikaner verstärkt und unterstützt, rüsteten sie sich zu neuen Angriffen. Denn starke Sympathieen hatten sich gleich mit dem Beginne des Kampfes in den Vereinigten Staaten für sie geregt. Unter anderen führte ihnen ein nordamerikanisches Privat-Dampfschiff „Carolina" allerhand Bedürfnisse zu. Die Engländer, in ihrer Erbitterung, steckten es in Brand und trieben es den Wasserfall hinab, so daß mit dem Schiffe zugleich der größere Theil der Mannschaft zu Grunde ging; im Januar 1838 vertrieben sie auch aus Navy-Island die Insurgenten. Das englische Ministerium hatte indessen Lord Durham, den kühnen Vorfechter der Reform und der Volksrechte, zum General-Gouverneur aller englischen Besitzungen in Nordamerika und zum General-Commissar in Canada ernannt. Durham fand nur noch einzelne Zuckungen in Canada vor. Am 25. Juni erlag ein größerer Insurgenten-Haufe bei Shortills am Niagarafall; viele geriethen in Gefangenschaft. Damit erloschen die letzten Angriffsversuche. Nun aber trat eine neue Wendung ein. Durham gebrauchte seine außerordentliche Vollmacht, um die in Haft befindlichen Insurgenten-Führer ohne richterlichen Spruch zur Deportation nach den Bermudas-Inseln zu verurtheilen, mit der Drohung, daß sie im Falle ihrer Rückkehr als Hochverräther mit dem Tode bestraft werden sollten. Dieser Act, der allerdings nicht in der Gewalt des Gouverneurs lag und den Durham als eine Sicherheitsmaßregel betrachtet wissen wollte, wurde im englischen Parlamente mit der größten Heftigkeit angegriffen. Das Ministerium, welches eine Indemnität für Durham hätte auswirken müssen, befürchtete bei dieser Gelegenheit eine Niederlage und fand es gerathener, das Verfahren des General-Gouverneurs mißbilligen zu lassen, als solidarisch für ihn einzutreten. Dadurch gekränkt, legte Durham sein Amt nieder. Die nächste Folge

dieses Schrittes war ein allgemeines Mißbehagen selbst unter den Loyalisten und ein erneuerter Ausbruch der Insurrection, gleich nachdem sich Durham eingeschifft. Ganz Unter- und Ober-Canada gerieth in Aufruhr. Schon hatte man die Republik proclamirt und einzelne Erfolge auf verschiedenen Punkten errungen, als zwei Niederlagen den Aufruhr rasch wieder dämpften. General Colborne, provisorisch zum General-Gouverneur ernannt, regierte nun unter der Herrschaft des Kriegsgesetzes. Um die Ruhe der Colonie auf die Dauer sicher zu stellen, brachte das Ministerium in der Session von 1839 die Bill zur Vereinigung beider Canada's ein, welche erst in der Session von 1840 von Lord John Russell durchgesetzt wurde. Ihr zufolge bestand seitdem für beide Provinzen, wie ein Statthalter, so auch ein gemeinsames Parlament; der Gesetzgebungsrath ward nach wie vor auf Lebenszeit von der Krone ernannt; zur Assembly, die alle vier Jahre erneuert werden sollte, wählte jede Provinz 39 Mitglieder. Durch diese Verfassung wurde die Mehrheit in Nieder-Canada unterdrückt, der französischen Partei als solcher die Möglichkeit parlamentarischer Siege abgeschnitten. Eine noch gründlichere Vernichtung steht der französisch-canadischen Nationalität bevor durch die 1864—1865 erfolgte administrative Vereinigung sämmtlicher britischer Besitzungen in Nordamerika (Neu-Braunschweig, Neu-Schottland, Prinz Edward's Insel und Canada) zu einem Bundesstaate mit einem gemeinsamen Parlamente.

b. Reform des Finanz-Wesens.

Das Finanz-System dieser Zeit ging aus demselben Geiste aufgeklärten Freisinnes hervor, wie die übrigen Reformen. Seit dem Jahre 1842 ward eine Steuer nach der anderen aufgehoben oder ermäßigt: die gewöhnlichen Nahrungsmittel, ja, selbst alle zum Genusse des täglichen Lebens dienenden Artikel machte man dem Aermsten zugänglich, man nahm Abstand von der Besteuerung des rohen Materials, an welchem sich die Geschicklichkeit des einheimischen Handwerkes erprobt. Unter den Ermäßigungen verdient die des Porto's (penny postage) von Rowland Hill eine ehrende Stelle. Die Einführung einer Einkommensteuer in Friedenszeiten, auf den Vorschlag Robert Peel's, deckte nebst der zunehmenden Productivität der beibehaltenen Abgaben die Ausfälle der abgeschafften oder ermäßigten und bekundet zugleich die großherzige Gesinnung der höheren und mittleren Klassen, welche sich dieselbe zu Gunsten der ärmeren Klassen auferlegten.

Gerechte Handhabung weiser Gesetze, eine wohlthätige Sorgfalt für das moralische und sociale Wohl des Volkes, Freiheit des Handels und der Gewerbe, leichtere und billigere Besteuerung, — das waren die Früchte fortschreitender Freiheit auf dem Gebiete der Gesetzgebung. Dieses große Ziel zu erreichen, bestrebten seit dem

Reformact Minister und Parlament sich mit rastlosem Eifer. In weniger als 30 Jahren vollendete man die Gesetzgebung eines Jahrhunderts.

---

27. Die sociale Bewegung in Großbritannien.

(Nach Adolf Schmidt, England im Jahrzehend 1830—1840, in Fr. v. Raumer's historischem Taschenbuch, und Thomas Erskine May, die Verfassungsgeschichte Englands, übersetzt von O. G. Oppenheim, bearbeitet vom Herausgeber.)

Die „Sklaverei der Weißen", wie man, nach Abschaffung der schwarzen Sklaverei in den Colonieen Westindiens, den Zustand des Proletariats im Mutterlande nannte, ließ sich durch Arbeitshäuser (s. S. 287) so wenig wie durch Almosen und Armen-Taxen (s. S. 287) beseitigen. In Vielen lag das Gefühl, daß es hierzu umfassenderer und tiefer eingreifender Mittel bedürfe. Das hastige und unstete Suchen danach war der Antrieb zu der gewaltigen socialen Bewegung, von der England in den Dreißiger Jahren ergriffen wurde. Vier Phasen hat diese Bewegung durchlaufen, die sich theils neben-, theils nacheinander entwickelten. Die erste war communistischer Natur und wurde durch den Owenismus vertreten, die zweite (socialistische) durch die Arbeiter-Vereine, die dritte (social-politische) durch die Repeal und den Chartismus, die letzte nahm durch die freihändlerische Agitation, zunächst gegen die Getreidegesetze, einen rein praktischen, den national-ökonomischen Charakter an.

a. Die communistische Agitation.

Der Träger der communistischen Bewegung war seiner Lehre und seinem Wirken nach Robert Owen, von armen Eltern 1771 geboren, früh dem Handelsstande zugewandt, und in Folge einer reichen Heirath Inhaber einer großen Baumwollspinnerei zu New-Lanark in Schottland. Er übernahm das Geschäft unter den ungünstigsten Umständen, die zum Theil durch die Napoleonischen Kriege, mehr aber noch durch die Ungefügigkeit und Rohheit der Arbeiter bedingt waren; dennoch gedieh unter seiner Leitung das Etablissement schon in ein paar Jahren zu einer Musterwirthschaft, welche die Blicke von ganz England und selbst der Fremde auf sich zog. New-Lanark erschien als die auserwählte Stätte des Segens; mit dem Reichthume des Ertrages ging das Glück der Arbeiter Hand in Hand. Das Trucksystem brachte er ohne allen Eigennutz zur Anwendung; nirgends konnten die Arbeiter ein billigeres Obdach finden als in den von ihm erbauten Wohngebäuden, nirgends wohl-

feilere Waare als in seinem Bazar, nirgends reichlichere und wohlschmeckendere Nahrung zu so geringem Preise als in seinem Speisehause; ein bis dahin nirgends erzielter Erfolg stellte sich ein: die Arbeiter konnten sparen. Dann zog er das Ehrgefühl heran; Leistung und Verhalten jedes Einzelnen wurde dem Urtheile der Gesammtheit unterworfen, und das Selbsturtheil hob die Thatkraft und die Sitten. Ein besonderes Augenmerk wandte Owen den Kindern der Arbeiter zu; in einem eigenen Schulhause erhielten sie, nach ihren Kenntnissen und Fähigkeiten im Gegensatze zu den damaligen Landschulen in Klassen eingetheilt, unentgeltlich eine gemeinsame Erziehung; kein Kind unter zehn Jahren durfte arbeiten, keines länger als zehn Stunden. So gab er den Anstoß zur Einführung der Kleinkinder-Schulen und zur Gesetzgebung über die Fabrikarbeit der Kinder. Ohne eine tiefere wissenschaftliche Bildung genossen zu haben, ergriffen von der Idee, ein Reformator der Welt zu werden, warf sich Owen von der Praxis in die Theorie und damit, ihm unbewußt, von dem Gipfel seiner Erfolge in die Mühen eines unendlichen, vergeblichen Ringens. Er forderte Aufhebung aller Religionen, so wie aller bisherigen Staatsformen, Abschaffung jeder Superiorität, auch der des Kapitals und der Intelligenz, Beseitigung des Geldes und der Einzelwirthschaft, Verneinung der unauflöslichen Ehe. Dagegen drang er auf die höchstmögliche Entwicklung der Production, auf absolute Gleichheit der Rechte und Pflichten, auf gleichmäßige Vertheilung der Erträge; denn die Aufgabe sei, gemeinsamen Reichthum für das gemeinsame Bedürfniß gemeinsam zu erwerben und zu vertheilen. Bald genug sah sich Owen durch seine Lehren nach allen Seiten hin in Conflicte verwickelt, besonders mit der hochkirchlichen Geistlichkeit, die von seinen „gottlosen" Kinderschulen, und mit den politischen Radicalen, die von seinen „Utopien" nichts wissen wollten. Er ging, sein Ideal zu verwirklichen, nach Nordamerika, wo er denn auch von 1823—26 etwa 30 communistische Gemeinden ins Leben rief. Der Verlust seines großen in New-Lanark erworbenen Vermögens, der Bankerott und die Auflösung der meisten Gemeinden war das schließliche Ergebniß. An Erfahrungen reicher als an Mitteln, kehrte er nach England mit dem Vorsatze zurück, nunmehr alle seine Kräfte nicht sowohl der Verwirklichung der absoluten Gemeinde, als vielmehr nur der Vorbereitung der Gemüther auf deren künftige Begründung zu widmen. Er entfaltete eine riesenhafte Thätigkeit; zahllose Tractätchen und Volks-Versammlungen verbreiteten seine Lehren. Von 1827—37 hielt er, wie man berechnet hat, mehr als 1000 öffentliche Reden, ohne hierbei die in London veranstalteten Wochen-Versammlungen in Anschlag zu bringen, und schickte 500 Adressen nebst 2000 Journal-Artikeln in die Welt. Verschiedene Zeitschriften waren seiner Lehre dienstbar, oder wurden in ihrem Interesse begründet. Zugleich bahnte er aber auch die zweite Phase der socialen Bewegung an, indem er seit 1827 der Ausgangs- und

Mittelpunkt der nunmehr sich bildenden „Arbeiter-Vereine“ wurde.

b. Arbeiter-Vereine.

Schon 1827 hatte sich, durch Owen selbst und seine Anhänger angeregt, die National-Union der arbeitenden Klassen gebildet, deren Hauptsitz Birmingham war. An ihrer Spitze stand der Schuhmacher Benbow; die nachherigen Partei-Häupter Feargus O'Connor, Lovett, O'Brien, begannen hier ihre Laufbahn. Die Annahme der Reformbill befriedigte die arbeitenden Klassen nicht, weil sie selbst und ihre Interessen unvertreten blieben. Daher bildeten sich, zunächst von Owen angeregt, zahlreiche Arbeiter-Vereine zur Förderung ihrer besonderen Wünsche. Es begann eine offene Fehde der Armuth gegen den Reichthum, der Arbeit gegen das Kapital. Von dem augenfälligen Wahnsinne früherer Jahre, der das Heil in der Vernichtung der Maschinen suchte, war man im Allgemeinen zurückgekommen; man wollte nur der Willkür der Fabrikherren entgegen treten, sich eines angemessenen Lohnes versichern. Allmählich nahmen viele Arbeiter-Vereine in ihre Statuten folgende Bestimmungen auf: 1) Niemand darf in einer Fabrik arbeiten, der nicht zu einem Vereine gehört. 2) Der Verein bestimmt die Höhe des Lohnes nnd die Zahl der Arbeitsstunden. 3) Er bestimmt die Geldbeiträge, die Jeder zu zahlen hat, so wie die Strafen für etwaige Uebertretungen der Beschlüsse. 4) Er verfügt nöthigenfalls eine allgemeine Einstellung der Arbeit. Es konnte nicht unterbleiben, daß sich aus diesem Programme die überspanntesten Forderungen entwickelten. An manchen Orten verlangte man eine Erhöhung des Lohnes um das Doppelte und wollte dafür nur drei Tage arbeiten, und an jedem dieser Tage wiederum nur vier bis fünf Stunden. Zudem artete bald genug die Vereins-Organisation für die Arbeiter selbst in Terrorismus aus. Sogar Mord erreichte den Uebertreter oder Abtrünnigen. Kein Wunder, wenn im Stillen die meisten Mitglieder sich nach Unabhängigkeit und freier Arbeit zurücksehnten. Da kam die Krisis. Im Jahre 1834 verkündeten die Autoritäten der Vereine, vorauf die Schneider, eine allgemeine Arbeitseinstellung, eine sogenannte „heilige Woche“. Die Anwerbung fremder Gesellen und Arbeiter, so wie die Uneinigkeit der Vereine, machte die Maßregel erfolglos. Man sah sich zu Vergleichen genöthigt, und die einzige Errungenschaft für die erlittene Einbuße alles Verdienstes war, daß man von den Arbeitgebern abhängiger wurde denn zuvor. Der Weg unmittelbarer Selbsthülfe hatte sich nicht als praktisch erwiesen.

c. Repeal und Chartismus.

Nunmehr bahnte sich der Uebergang der socialen Bewegung in die dritte, die social-politische Phase an. O'Connell hatte die Ver-

besserung der materiellen Lage Irlands auf politischem Wege erzielt; als das sicherste Mittel war ihm zunächst die Wiederherstellung eines eigenen Parlaments für Irland erschienen; deßhalb forderte er schon 1830 die Aufhebung der Unions-Acte und schuf die Repeal-Association. Auf Grund eines Gesetzes zur Unterdrückung gefährlicher Versammlungen und Vereine in Irland (welches vom März 1829 bis zur nächsten Sitzungs-Periode des Parlaments Geltung hatte) verbot der Lord-Lieutenant dieses Landes alle Demonstrationen zu Gunsten der Repeal, und die ganze Bewegung war vorläufig unterdrückt. Sie begann indessen 1840 von Neuem unter gefährlicheren Formen. Es bildete sich ein Repeal-Verein mit Beamten, welche die Repeal-Rente erhoben; Repeal-Zeitungen, Gedichte, Karten und andere Embleme wurden im Volke verbreitet. O'Connell hielt 1843 zahlreiche Monster-Versammlungen von 100,000 Menschen und mehr, die er aufforderte, „das sächsische Joch abzuschütteln und Irland den Iren wiederzugeben". Er wurde von einem ausschließlich von Protestanten besetzten Gerichtshof nach 25tägigen Verhandlungen wegen Aufruhrs zu einjährigem Gefängniß und 2000 Pfund Geldstrafe verurtheilt, aber die Gesetzmäßigkeit dieser Verurtheilung angefochten und er nach viermonatlicher Haft wieder entlassen. Der alte „Befreier" wurde aus dem Gefängniß im Triumph durch die Straßen Dublins getragen und mit donnerndem Beifall in den Versammlungen empfangen, denen er von Neuem die Aufhebung der Union verhieß; man fuhr fort, die Rente beizutreiben, aber die Agitation hörte auf, staatsgefährlich zu sein, und die Sache der Repeal schlummerte allmählich (nach dem unreifen Aufstandsversuche O'Brien's) ein. Jüngst (1865) hat sie noch einmal ein Lebenszeichen von sich gegeben durch die Verschwörung der Fenier, welche aus Irland eine unabhängige Republik machen wollte, aber rechtzeitig entdeckt wurde und der Regierung um so weniger gefährlich werden konnte, als selbst die katholische Geistlichkeit gegen die Fenier auftrat.

Wie die irische Repeal aus den Arbeiter-Vereinen neue Nahrung zog, so fand auch der Chartismus in denselben den ersten günstigen Boden für seine Zwecke, und wie die Arbeiter-Vereine, so ging auch der Chartismus hervor aus der Enttäuschung über den Ausgang der Reform-Bewegung, deren Resultate nur der Mittelklasse, aber nicht der Masse des Volkes zu Gute kamen. Was die Chartisten forderten, war politische Gleichberechtigung mit den Mittelklassen; durch diese hofften sie mehr als durch irgend ein anderes Mittel ihre ökonomische Lage verbessern zu können. Mit den Chartisten verband sich die radicale Partei, der ebenfalls die Parlaments-Reform, als auf zu wenig breiter Grundlage ausgefallen, nicht genügte. Sie hatte das whigistische Ministerium bei seinen Reform-Bestrebungen unterstützt, in der Hoffnung, daß die Reformbill eine Brücke zu weiteren und tiefer eingreifenden Parlaments-Reformen bilden werde. Als die Radicalen aber jede darauf hinzielende Forderung mit Ent-

schiedenheit zurückgewiesen sahen, trennten sie sich von den Whig-Reformers und lehnten sich an die Volksmassen, an die Arbeiter-Vereine an. So beruhte der Chartismus auf der Berührung zweier bisher wesentlich geschiedener Factoren: des politischen Radicalismus und des socialen Proletariats.

Hatte Owen im Interesse einer einzigen Volksklasse die gesammte Gesellschaft in ganz neue Formen umgießen wollen, so ging der Chartismus von der Absicht aus, nur für die Volksklasse innerhalb der alten Gesellschaft die volle politische Gleichberechtigung zu erkämpfen, damit sie dergestalt in den Stand gesetzt werde, durch Einwirkung auf die Gesetzgebung ihre ökonomische Lage selbst zu heben. Sie hatte ihre Forderungen in der sog. „Volkscharte" (People's charter) aufgestellt, und daher den Namen Chartisten erhalten. Die fünf Artikel der Volkscharte betrafen: Allgemeines Stimmrecht, geheime Stimmabgabe, jährliche Parlamente, Abschaffung aller Vermögens-Qualificationen für die Mitglieder des Unterhauses und Besoldung derselben durch Tagegelder. Erst später kam noch ein sechster hinzu: Eintheilung des Landes in Wahlbezirke nach der Kopfzahl. In einer Conferenz der Häupter zu London, an der auch O'Connell, Hume und andere Radicale Theil nahmen, wurden die fünf Fundamental-Artikel gebilligt und hierauf eine außerordentliche Volksversammlung der arbeitenden Klassen nach Birmingham ausgeschrieben. Am 6. Aug. 1838 traten hier 200,000 Männer, fast durchgängig Arbeiter, zur Berathung über die Volkscharte zusammen. Hauptleiter war der reiche Banquier und Fabrikbesitzer Thomas Attwood, Parlaments-Mitglied für Birmingham, Gründer und Haupt der dortigen „Politischen Union". Ihn unterstützte besonders der irische Advocat Feargus O'Connor, früher Parlaments-Mitglied für die Grafschaft Cork, dessen Wiederwahl 1835 durch den Nachweis unzureichenden Grundbesitzes hintertrieben worden und der seitdem von der irischen Volkspartei mit glühendem Eifer zur Sache der Arbeiter-Agitation in England übergegangen war. Die vorgeschlagenen Beschlüsse in Betreff der fünf Fundamental-Artikel wurden von der Versammlung angenommen und hierauf unter allgemeinem Zuruf eine Bittschrift an das Unterhaus genehmigt, welcher sich nicht weniger als 214 Städte, Grafschaften und Bezirke anschlossen. Dem Birminghamer Meeting folgten zahlreiche ähnliche an allen bedeutenderen Orten Englands und Schottlands auf dem Fuße nach, während gleichzeitig O'Connell seine irische Agitation fortsetzte. In Bath wurde sogar ein Weiber-Meeting veranstaltet; 4000 Frauen unter dem Vorsitze der Mistreß Ballwell sprachen sich zu Gunsten der Volkscharte aus. Die kolossalste Versammlung aber fand zu Manchester unter dem Vorsitze des Parlaments-Mitgliedes und Mühlenbesitzers John Fielden Statt; nicht weniger als 300,000 Zuhörer fanden sich angeblich auf der Ebene Kersal-Moor ein. Alle Meetings zu Gunsten der Volkscharte, auch das von Manchester, ver-

liefen ohne irgend eine Störung der öffentlichen Ordnung. Die fünf Fundamental-Artikel wurden von ihnen sämmtlich genehmigt. Um nun die auf Grundlage derselben beschlossene „Nationalpetition" in Ausführung zu bringen, versammelte sich 1839 ein Chartisten-Ausschuß von 49 Mitgliedern zu London, der unter dem Namen National-Convent tagte. Am 14. Juni wurde die „National-Petition" um Gewährung der „Volkscharte", mit 1,285,000 Unterschriften versehen, dem Unterhause übergeben. Das Ungeheuer mußte auf einem Lastwagen transportirt und von vier Männern in den Saal gewälzt werden. Die Papierrolle, von eisernen Reifen zusammengehalten, maß fünf Fuß im Durchmesser und die Länge des Streifens drei englische Meilen. Mit Recht durfte der Abgeordnete Thomas Attwood die Petition eine „gewichtige" nennen, deren „Grundprincip in 500 öffentlichen Meetings anerkannt" worden. Unterstützt von Hume, O'Connell u. A., stellte er am 12. Juli den Antrag, dieselbe „in Berathung zu ziehen". Der Antrag wurde abgelehnt. Dieser Entscheidung folgte eine ungeheure Aufregung der arbeitenden Klassen; ein offener Aufstand schien unvermeidlich, aber bei den von der Regierung getroffenen umfassenden Sicherheitsmaßregeln kam es nur hier und da zu vereinzelten, meist bedeutungslosen Ruhestörungen. Unbeachtet und geräuschlos löste sich der National-Convent am 14. September auf. Die Aussicht, dem Parlamente den Radicalismus aufzudrängen, blieb einstweilen hoffnungslos. Erst die französische Revolution des Jahres 1848 gab den Chartisten neuen Muth. Der allgemeinen Aufregung und ihrer numerischen Stärke vertrauend, hofften sie nun der Aengstlichkeit des Parlaments zu entwinden, was sie von seinen Sympathieen nicht zu erlangen vermocht hatten. Demgemäß wurde zum 10. April eine Versammlung nach Kennington Common berufen, um eine Chartisten-Petition, welche angeblich 5,000,000 Unterschriften trug, bis an die Pforten des Hauses der Gemeinen zu tragen. Die Regierung aber traf ihre Anstalten, das Parlament vor Einschüchterung und die öffentliche Ordnung vor Störung zu schützen. Am 10. waren die Brücken, die Bank, der Tower und die Umgegend von Kennington Common von Cavallerie, Infanterie und Artillerie besetzt, die Westminster Brücke, die Parlaments-Häuser und die öffentlichen Amtsgebäude von nicht sichtbarem Geschütz beherrscht. Eine überwältigende Militärmacht, achtsam, aber ungesehen, war zum sofortigen Einschreiten bereit. In dem Parlaments-Gebäude befand sich zahlreiche Polizei-Mannschaft; die Straßen standen unter der Obhut von 170,000 besonders vereidigten Constablern. Die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung war dem Volke selbst anvertraut. Alle Schichten der Gesellschaft suchten einander durch Loyalität und Muth zu übertreffen. Der Adel, Advocaten, Kaufleute, Gelehrte, Geistliche, Handwerker und Arbeiter strömten zusammen, um sich einschwören zu lassen und an jenem Tage der Gefahr das Vorrecht in Anspruch zu nehmen, den Con-

stablerstab zu tragen. Die Chartisten, aus den verschiedenen Theilen der Stadt herbeikommend, versammelten sich endlich an ihrem Bestimmungsorte. Man hatte 150,000 Menschen erwartet; es fanden sich aber nur 25,000 ein, welchen etwa 10,000 von der Neugierde herbeigelockte Zuschauer zuzurechnen waren. Der Führer Feargus O'Connor wurde aufgefordert, sich zu dem Polizei-Vorstande Mayne zu begeben. Dieser machte ihm bekannt, daß die Abhaltung der Versammlung geduldet werden solle, wenn er sich für den friedlichen Verlauf verbürge; der Zug nach Westminster werde aber mit Gewalt verhindert werden. Die bestürzten Chartisten sahen ihr ganzes Vorhaben vereitelt. Die Versammlung, welche nur des Zuges wegen veranstaltet worden, war nun zwecklos und ging bald in Verwirrung auseinander. Mißgeschick verfolgte diese Petition selbst bis in das Haus der Gemeinen hinein. O'Connor behauptete bei der Ueberreichung, daß 5,706,000 Unterschriften vorhanden seien. Wenige Tage später wurde aber die wirkliche Zahl 1,900,000 festgestellt, von denen viele dieselbe Hand verriethen, andere fingirt, scherzhafte und unverschämte Nachbildungen waren: die Namen der Königin, des Herzogs von Wellington, der von Sir Robert Peel und anderer waren verschiedene Male von fremder Hand unterschrieben. Das Mißlingen der Chartisten-Agitation lieferte wiederum ein Beispiel der Aussichtslosigkeit einer Sache, welche weder eine Partei im Parlament, noch die aufgeklärte öffentliche Meinung für sich hat.

d. Die Agitation zur Aufhebung der Korngesetze.*)

Die englischen „Korngesetze" waren seit 1815 wiederholt Gegenstand der Discussion geworden. Sie hatten unter der commerciellen und industriellen Bevölkerung eben so entschiedene Gegner, wie in der landbesitzenden Aristokratie eifrige Vertheidiger. Nachdem im Jahre 1773 eine Parlamentsacte den seit Karl II. bestehenden Schutzzoll bedeutend ermäßigt hatte, wurde 1815 an die Stelle des Protections-Systems sogar ein Prohibitivsystem eingeführt, welches für das ohnehin schon schwer besteuerte Volk sich äußerst drückend erwies und 1828 der sog. sliding scale weichen mußte, einer Maßregel, welche den Schutzzoll von der jedesmaligen Höhe der Kornpreise abhängig machte. Nachdem 1832 durch die Reformbill das politische Monopol der Aristokratie gestürzt und ein großer Theil ihrer Macht an die Mittelklassen übergegangen war, glaubten einzelne tiefer blickende Männer auch das ökonomische Monopol der Aristokratie beseitigen zu können, und zwar auf directem Wege, während der Chartismus den indirecten Weg mittelst weiterer Ausbildung der Parlaments-Reform einschlug.

---

*) Zum Theil nach „Unsere Zeit, deutsche Revue der Gegenwart", 1866.

Unter diesen Männern stand in erster Reihe Richard Cobden. Wie Owen (s. S. 294) von armen Eltern geboren (1804 in Sussex, gestorben 2. April 1865), hatte Cobden als Knabe in den drückendsten Verhältnissen gelebt (selbst einige Zeit die Schafe gehütet) und nur den nothdürftigsten Elementar-Unterricht genossen, sich dann im Hause und Geschäfte eines Onkels, der eine Kattundruckerei in London besaß, zum Kaufmann ausgebildet und war seit 1830 Inhaber einer Kattunfabrik in Manchester, die einen sehr raschen Aufschwung nahm. Um seinen geschäftlichen Verbindungen die weiteste Ausdehnung zu geben, unternahm er (1834—35) Reisen nach Griechenland, Aegypten, der Türkei, Nordamerika, deren Eindrücke in Verbindung mit schon vorher gepflegten politischen und national-ökonomischen Studien ihn zur schriftstellerischen Laufbahn veranlaßten. Gleich seine erste Broschüre, unter dem Titel: „England, Irland und Amerika, von einem Manchester-Fabrikanten“ enthielt die Hauptzüge des Programmes der nachmaligen Anti-Cornlaw-League. In mehreren folgenden Schriften zeigte sich der als Autodidakt ausgebildete Schriftsteller und Politiker als einen kühnen und unabhängigen Denker über die Probleme der Politik und National-Oekonomie, und es fehlte nur noch ein äußerer Anstoß, um ihn als Kämpfer für seine Ueberzeugungen ins öffentliche Leben einzuführen. Diesen gab die im Sommer 1838 über England ausbrechende Handels- und Gewerbs-Krisis, veranlaßt durch eine ähnliche Krisis in Nordamerika und verschlimmert durch die gleichzeitige Mißernte in England und Irland. Die Ungerechtigkeit der Korngesetze trat jetzt um so schärfer hervor, je höher Mangel und Noth in den Fabrikdistricten stieg. Bei einem Meeting in Manchester sprach sich Cobden für die sofortige Abschaffung der Korngesetze und für die umfassendste Handelsfreiheit, als einzige Mittel zur Rettung der Industrie, aus. In Manchester bildete sich sofort eine Anti-Cornlaw-Association, die in andern Städten und Fabrik-Districten Nachahmung fand. Als eine (14. Februar 1839) von Lord Brougham und Mr. Villiers, dem jüngeren Bruder Lord Clarendon's, überreichte Petition mit 50,000 Unterschriften im Oberhause ohne alle Abstimmung, im Unterhause mit großer Mehrheit abgelehnt wurde, beschlossen die in London anwesenden Abgeordneten der Localvereine, auf Cobden's Antrag, die bereits gegründete Association unter dem Namen Anti-Cornlaw-League über ganz England auszudehnen und nicht zu ruhen, bis der Zweck der League, die Abschaffung der Korngesetze, erreicht sei. Die Zahl der Anhänger der League mehrte sich jeden Tag und es gab kaum eine Form der Agitation, deren der Erfindungsgeist der leitenden Männer sich nicht zur Förderung der Sache bediente. So zogen z. B. sog. Moving advertisers mit Modellen (großer) amerikanischer und (kleiner) englischer 8 Penny-Brode (mit Aushängeschildern: „englisches 8 Pennybrod und 2 Shillinge Lohn — amerikanisches 8 Pennybrod und 4 Shillinge Lohn!) durch die Straßen. Die Seele und das Haupt der Bewegung aber

war Cobden; keiner kam ihm gleich an enthusiastischem Eifer und organisatorischem Talent, an der Gabe der Rede und dem Einfluß auf die Massen.

Das Whigministerium Lord Melbourne's brachte 1841 eine auf Abänderung der Korngesetze hinzielende Acte in Vorschlag, aber die von Robert Peel geleitete Partei der Protectionisten hatte noch die entschiedene Mehrheit, welche die Kornbill verwarf. Eine Appellation an das Land durch Auflösung des Parlamentes brachte kein besseres Resultat; Melbourne trat daher zurück, Robert Peel und seine Partei kamen an das Ruder (1841—1846). Doch einen wichtigen Erfolg hatte die League errungen: Cobden war als Mitglied für Stockport ins Parlament gewählt worden und an ihm hatte Peel seinen schärfsten Gegner. Um aber zum Ziele zu gelangen, mußte die League größeren Einfluß auf die Parlamentswahlen gewinnen. Die Führer derselben kamen daher auf den glücklichen Gedanken, die Bestimmung der englischen Constitution auszubeuten, derzufolge jeder Besitzer eines Freiguts mit 40 Sh. jährlicher Rente das Recht eines Wählers in den ländlichen Districten besitzt. Sie verhalfen daher aus den bedeutenden, durch Subscription, Lotterieen u. s. w. gebildeten Fonds ihren Anhängern aus der arbeitenden Klasse zu dem Ankauf kleiner Freigüter, wodurch die Zahl der Parlamentswähler in den nördlichen Districten sich bald um 5000 vermehrte. Auch die Religion zog man in den Dienst der Agitation; trotz der Entrüstung der Hochkirche und ihrer conservativen Anhänger hallten die zahlreichen Kirchen und Capellen der Dissenters wider von den Forderungen der League, dem leidenden Volke die Gaben des Allmächtigen nicht länger vorzuenthalten. Im Jahre 1845 vereinigte sich die League mit den Chartisten, welche ja dasselbe Ziel, das Wohl der arbeitenden Klassen, nur auf verschiedenen Wegen (s. S. 297) erstrebten, zum Kampfe für die gemeinsame Sache. Den Ausschlag aber gab eine neue Mißernte in England (1845) und eine gleichzeitige Hungersnoth in Irland. Peel ward zuletzt an seinen protectionistischen Grundsätzen irre und gab seine Entlassung ein, ließ sich jedoch, als Lord John Russell vergebens die Bildung eines neuen Ministeriums versucht hatte, schließlich zur Fortführung des Ministeriums bewegen. Am 28. Januar 1846 verkündete er dem Parlament den in seinen Ueberzeugungen erfolgten Umschwung und seine Absicht, die Politik des Freihandels auch auf die Korngesetze auszudehnen. Seine Haltung gegenüber den erbitterten Protectionisten, die sich von ihrem bisherigen Führer verlassen, oder wie sie meinten, verrathen sahen, führte viele schwankende Gegner auf die Freihandelsseite hinüber. Die Abschaffung der Korngesetze ward von beiden Häusern genehmigt, und wenn Peel in seiner Abschiedsrede (beim Austritt aus dem Ministerium) erklärte, das Verdienst der Durchführung dieser segensreichen Reform, die dem Lande Sicherheit und Frieden und den Armen billiges Brod verheiße, sei vor Allem dem unermüdlichen Eifer, der ausdauernden Energie Cob-

den's zuzuschreiben, so sprach er mit diesen Worten nur die Ansicht des englischen Volkes aus, welches seine Sympathie für den Führer der nun auf unbestimmte Zeit vertagten League, für den Vorkämpfer des Friedens und Freihandels, durch eine National-Subscription (80,000 Pfund) zu erkennen gab, um ihn so für den während der Agitation erfolgten Verfall seines Geschäftes zu entschädigen. Das Anerbieten eines Sitzes in dem neugebildeten Whig-Ministerium unter Lord John Russell (1846—1852) hatte er abgelehnt, wie er auch 1859 das Handels-Ministerium im Palmerston'schen Cabinette ausschlug.

Ein Rückblick auf das England im Anfange der dreißiger und am Ende der vierziger Jahre zeigt einen ungemeinen Umschwung in politischer, national-ökonomischer und sittlicher Beziehung. So groß auch die materielle Macht Englands sein mag, sie wird nicht bloß getragen von der geistigen Tüchtigkeit des englischen Volkes, sondern noch mehr von der Festigkeit der englischen Institutionen. Dreimal bewährt zu Zeiten, wo fast das ganze übrige Europa in Feuer und Flammen stand, dreimal bewährt bei großen inneren, fast gleichzeitigen Bewegungen: der Repeal-Bewegung, der chartistischen und der freihändlerischen, haben jene Institutionen der englischen Macht ihren eigentlichen Rückhalt gegeben und ihr eine wahrhaft entscheidende Stimme in den europäischen Angelegenheiten gesichert.*)

---

28. Der zweimalige Krieg Mehmet Ali Pascha's von Aegypten, mit der Pforte.

(Nach Karl Hagen, Geschichte der neuesten Zeit, bearbeitet vom Herausgeber.)

Erster Krieg 1831—1833.

Mehmet Ali verlangte von dem Sultan zum Lohne für seine Unterstützung gegen die Griechen in den Jahren 1824 bis 1827 (s. S. 82) das Paschalik von Damascus. Er gab ihm aber nur Kreta, das er ihm vorher schon versprochen. Mehmet Ali rächte sich dafür an der Pforte zunächst durch seine Unthätigkeit in dem russisch-türkischen Kriege 1828. Sodann betrieb er große Rüstungen und trat mit allen Feinden des Sultans in geheime Verbindungen, wie er denn namentlich albanesische und bosnische Empörer mit Geld unterstützt und dazu mitgewirkt hat, daß sie um dieselbe Zeit die Waffen gegen die Pforte erhoben, als er seinen Plan auf ganz Sy-

*) Vergl. „die Gegenwart", 6. Bd. S. 222.

rien auszuführen gedachte. Er glaubte, gerade in dem von ihm gewählten Augenblick (1831) um so leichter zu seinem Ziele gelangen zu können, als damals alle Mächte Europa's mit den durch die Juli-Revolution hervorgebrachten Verwicklungen beschäftigt waren und daher keine Zeit hatten, ihre Blicke auf den Orient zu richten, während die Pforte selber mit den bosnischen Unruhen zu thun hatte.

Um einen scheinbaren Rechtstitel aufweisen zu können, machte er eine alte Schuldforderung von 11 Millionen Piaster gegen Abdallah, den Pascha von Akre, geltend, verlangte von ihm die Auslieferung ägyptischer Unterthanen, welche nach Syrien geflohen, und dergleichen mehr. Als Abdallah Mehmet Ali's Forderungen zurückwies, verklagte dieser ihn bei der Pforte. Die Pforte, nur auf einen Punkt des Streites, die Auslieferung der Unterthanen, eingehend, entschied zum Nachtheile Mehmet Ali's. Jetzt rüstete dieser. Die ägyptischen Truppen, unter Anführung Ibrahim Pascha's, nahmen Gaza, Jaffa, selbst Jerusalem ohne Widerstand ein, und schickten sich zur Belagerung Akre's an. Abdallah antwortete der Aufforderung, sich zu ergeben, damit, lieber wolle er sich in die Luft sprengen. Alsbald schickte die Pforte einen Gesandten an Mehmet Ali nach Alexandria, welcher von ihm die Räumung Syriens verlangen sollte. Mehmet Ali aber ließ den Abgesandten der Pforte 30 Tage Quarantaine halten, während Ibrahim Pascha immer weiter vorrückte und auch Tripoli besetzte. Dann versicherte er zwar die Pforte seines Gehorsams, verlangte aber die Paschaliks von Akre und Damascus.

Endlich am 23. April 1832 wurde Mehmet Ali von der Pforte in den Bann gethan, als Verräther am Propheten und am Sultan erklärt, und zugleich setzte sich ein türkisches Heer gegen ihn in Bewegung. Doch nun folgte in Syrien Schlag auf Schlag. Akre wurde von Ibrahim mit Sturm genommen, Abdallah gerieth in seine Gefangenschaft und wurde nach Aegypten geschickt. Der Pascha von Damascus, dem die Einwohner jede Mitwirkung zur Vertheidigung der Stadt abgeschlagen, verließ dieselbe: und gleich darauf nahm sie Ibrahim in Besitz. Endlich erschien das türkische Heer unter dem Oberbefehle Hussein's. Wie so häufig, fehlte es an Subordination. Hussein genoß kein rechtes Vertrauen im Heere: einer seiner Unterfeldherren, Mehmet Pascha, rückte wider seinen Befehl nach Homs vor. Hier wurde er von Ibrahim angegriffen und gänzlich geschlagen. Hussein war wüthend, weil er den Verlust der Schlacht dem Ungehorsam gegen seine Anordnungen zuschrieb. Indessen auch er wurde bei Beylan von Ibrahim angegriffen und vollständig geschlagen, das ganze türkische Heer zersprengt. Hussein wurde der Oberbefehl abgenommen und dem Großvezier Reschid übergeben, dem einzigen Manne im türkischen Reiche, welcher fähig war, Ibrahim Pascha die Spitze zu bieten und die Sache des Sultans wieder herzustellen. Reschid beschloß, gegen Ibrahim nicht in offener Feldschlacht das Glück zu versuchen, sondern ihn im kleinen Kriege, wozu

seine Truppen, meist irreguläre, Bosnier und Albanesen, am meisten taugten, zu schwächen und allmählich aufzureiben. Aber Mahmud, auf Anrathen seines Seraskiers Chosrew Pascha, drängte zur Schlacht, Reschid verlangte nun wenigstens zu diesem Behufe die Reserve, 25,000 Mann, meist ausgesuchte Truppen. Aber auf Chosrew's Rath wurde ihm diese vorenthalten, weil man sie nothwendig zum Schutze Constantinopels brauche. So entschloß sich denn Reschid unter höchst ungünstigen Bedingungen, aber gehorsam dem Befehle des Sultans, zur Schlacht bei Konieh, am 20. December 1832. Diese Schlacht ging für ihn verloren: 3000 Todte, 9000 Gefangene, 46 Stück Geschütze ließen die Türken zurück; Reschid selbst gerieth in die Gefangenschaft Ibrahim Pascha's, dem jetzt der Weg nach Constantinopel offen stand. Er gebot über mehr als 100,000 Mann, während der Sultan im Augenblicke ihm kein einziges Heer mehr entgegenstellen konnte.

Diese Gefahr der Pforte bewog Rußland, ihr seine Hülfe anzubieten, welche der Sultan, bei dem fortwährenden Vordringen Ibrahim Pascha's, annahm, und alsbald lag eine russische Flotte im Bosporus und ein russisches Heer landete in Kleinasien, bei Scutari, während ein anderes sich von der Donau her gegen Constantinopel in Bewegung setzte. Aber der überwiegende Einfluß Rußlands auf das osmanische Reich rief die Eifersucht der französischen und englischen Diplomatie hervor: Frankreich schickte den Admiral Roussin als außerordentlichen Gesandten nach Constantinopel, um den Sultan von der Gefährlichkeit der russischen Hülfe zu überzeugen und letztere zu beseitigen. Roussin suchte zugleich den Vicekönig zum Frieden zu bewegen, allein der französische Consul in Alexandria, von Mehmet Ali eingenommen (wie die öffentliche Meinung in Frankreich), bestärkte diesen in seiner Weigerung, auf die von Roussin vorgeschlagenen Friedensbedingungen einzugehen, und so erhielt der Pascha in Folge des Vertrages von Kutajah (6. Mai 1833) alles, was er wollte, nämlich ganz Syrien und das Gebiet von Adana — und zwar ohne daß Rußland jetzt Widerspruch erhob!

Die Aegyptier räumten das Gebiet der Pforte, Rußland aber wußte, ehe es seine Hülfstruppen zurückzog, den Sultan, durch die Aussicht auf einen neuen Angriff Mehmet Ali's bei der freundlichen Gesinnung der Westmächte, zu einem Schutz- und Trutz-Bündnisse in Unkiar-Skelessi (8. Juli 1833) zu bewegen, dem ein geheimer Artikel beigefügt war, wonach die Pforte in die Schließung der Dardanellen für alle Feinde Rußlands einwilligte. Die Eifersucht Englands und Frankreichs auf diese (inzwischen bekannt gewordenen) günstigen Stipulationen wurde gesteigert durch die Schriften David Urquhart's (vgl. S. 314), welcher in seiner Zeitschrift „Portfolio“ (1835—1837), auseinandersetzte, auf welch verschiedenen, oft entgegengesetzten Wegen Rußland nach eigener Vergrößerung nach allen Seiten hin und nach allmählicher Schwächung seiner Nachbaren strebe und

besonders England auf jede mögliche Weise zu schaden suche. Auch die Pforte wünschte der lästigen Vormundschaft Rußlands los zu werden und, trotz aller Klagen und Drohungen des russischen Cabinettes, gewann bei ihr der Einfluß Englands wieder das Uebergewicht, namentlich seitdem Urquhart als Gesandtschafts-Secretär nach Constantinopel gekommen war.

Zweiter Krieg 1839—1840.

Seit dem Vertrage von Kutajah stieg der Haß des Sultans Mahmud gegen seinen widerspänstigen Vasallen Mehmet Ali von Jahr zu Jahr. Er konnte es ihm nie verzeihen, daß er sich vor ihm hatte demüthigen, daß er, um sich vor ihm zu retten, in die Arme seiner Todfeinde, der Russen, sich hatte werfen müssen. Vom Jahr 1834 an brütete er über Rachegedanken. An die Ausführung derselben war aber vorderhand nicht zu denken, weil in den verschiedenen Theilen des türkischen Reichs unaufhörliche Empörungen ausbrachen: in den Donaufürstenthümern, in Albanien, in Samos, in Trapezunt, in Badgad. Dazwischen wurden Verschwörungen in Macedonien, Thessalien, selbst in Constantinopel entdeckt, deren Zweck kein geringerer, als die Ermordung des Sultans war. Denn die Opposition der „Rechtgläubigen" gegen den Sultan hörte nicht auf, da dieser mit immer größerem Eifer seine europäischen Reformen betrieb, in der Hoffnung, dadurch das sinkende Reich zu neuem Leben wecken zu können. Bei alledem aber suchte Mahmud dem Vicekönige von Aegypten, da er ihn augenblicklich nicht unmittelbar angreifen konnte, eine Menge von Verlegenheiten zu bereiten: so wühlte er ins Geheim die syrischen Stämme, namentlich die Drusen, gegen ihn auf, als er in Syrien sein Handels- und Monopolsystem einführte. Bereits im Jahre 1834 erhoben sich die Drusen gegen Ibrahim Pascha; sie wurden zwar 1835 von ihm besiegt, aber als Mehmet unverhältnißmäßig viel Truppen ausheben ließ, kam es wieder zu neuen Unruhen, die diesmal nur durch einige Zugeständnisse an die Einwohner gedämpft worden zu sein scheinen.

Mittlerweile aber dachte Sultan Mahmud auch an Krieg. Mehmet Ali erkannte zwar äußerlich und mit einer gewissen Ostentation die Oberherrlichkeit des Sultans an, zahlte ihm auch regelmäßig seinen Tribut, man wußte aber, daß er fast mit allen Empörern des türkischen Reiches in geheimen Verbindungen stand, daß er sich unter den Türken selbst eine Partei zu machen suchte, und daß sein Streben unter Anderem auch darauf ging, als der eigentliche Hort und Beschützer des ächten mohamedanischen Glaubens zu erscheinen, im Gegensatze zu Sultan Mahmud, welcher durch seine Reformen sich der Ketzerei schuldig machte. Auch verhehlte er 1838 gegen den französischen und englischen Consul keineswegs die Absicht, sich unabhängig zu erklären und die Oberherrschaft des Sultans abzuwerfen.

Mahmud wurde in seinem Kriegseifer sowohl von Rußland als von England unterstützt. Rußland wußte, daß der Sultan durch seine kriegerischen Unternehmungen die Kräfte des türkischen Reiches nur noch mehr schwächen werde. England aber fand nicht nur Mehmet's Handels- und Monopol-System in Syrien und Aegypten und die mit demselben verbundenen hohen Ein- und Ausfuhrzölle in hohem Grade belästigend für den englischen Handel, sondern sah auch, wie der Vicekönig, durch die Eroberung aller Häfen an der Westküste Arabiens (1839) und der Insel Behre im persischen Meerbusen, die beiden Handelswege nach Indien über Suez und durch Syrien auf dem Euphrat beherrschte. Daher schloß England mit der Pforte (schon 1838) einen Handelsvertrag, worin namentlich die Aufhebung der Monopole und die freie Ausfuhr aus allen Theilen des türkischen Reiches und den Statthalterschaften desselben zugesichert wurde. Dieser Artikel war besonders gegen Aegypten gerichtet und bedeutete Krieg gegen Mehmet Ali, falls er sich den Bestimmungen des Handelsvertrages nicht fügen wollte, und er bedeutete zugleich die Unterstützung Englands, falls die Pforte aus Anlaß eines Ungehorsams gegen eine Bestimmung dieses Vertrags zu den Waffen greifen müßte.

Die europäische Diplomatie, namentlich die französische, versuchte noch zu vermitteln. Auch gab sich Mehmet den Anschein der Nachgiebigkeit: er nahm sogar den Handelsvertrag zwischen England und der Pforte an, und befahl, auf Antrieb des französischen Gesandten Caillé, seinem Sohne Ibrahim Pascha, die Feindseligkeiten einzustellen, wenn sich der türkische Befehlshaber Hafiz ebenfalls dazu verstehe. Mehmet wußte, daß all' seine scheinbare Nachgiebigkeit den Sultan doch auf keine friedlichen Gedanken bringen werde. In der That wies der Sultan alle vermittelnden Vorschläge zurück, erklärte Mehmet Ali für einen Hochverräther, entsetzte ihn aller seiner Stellen und gab Hafiz Pascha den Befehl, vorzurücken. So kam es denn am 24. Juni 1839 zwischen dem türkischen Heere und dem ägyptischen zu der Schlacht von Nisib. Die Türken mochten 37,000 Mann stark sein, Ibrahim 30,000. Anfangs schwankte der Sieg: schon gerieth ein Theil des ägyptischen Heeres in Auflösung und Flucht; Soliman Pascha, der Chef des Generalstabes bei Ibrahim, stellte aber bald das Treffen wieder her und in Kurzem erfocht Ibrahim über die Türken einen glänzenden Sieg; 4000 derselben blieben auf der Wahlstatt oder geriethen in Gefangenschaft; fast das ganze Gepäck ging verloren und der größte Theil der Artillerie. Hafiz, bestürzt über diese schmähliche Niederlage, trat alsobald den Rückzug an. Ibrahim verfolgte ihn bis nach Konieh: wie im Jahre 1832 stand ihm der Weg nach Constantinopel offen.

Dieses Unglück kam aber nicht allein. Um dieselbe Zeit starb auch der Sultan Mahmud und hinterließ die Regierung seinem Sohne Abdul Medschid, einem 16jährigen unerfahrenen Jüngling, der

wahrlich nicht geeignet war, bei diesem äußerst bedenklichen Zustande des Reiches die Zügel der Regierung zu führen. Und nicht lange dauerte es, so kam zu dieser Nachricht noch eine andere nicht minder erschütternde. Der Kapudan Pascha, der am 5. Juli von den Dardanellen ausgesegelt, ging mit der ganzen türkischen Flotte zum Vicekönig von Aegypten über. Die Pforte befand sich in der traurigsten Lage, Mehmet Ali wies alle Vermittlungsvorschläge der Pforte zurück und verlangte für sich nichts Geringeres, als die Erblichkeit in allen seinen Besitzungen, in Aegypten, Syrien und Kreta.

Um nun die einseitige Einmischung Rußlands in Folge des Vertrages von Unkiar-Skelessi abzuwenden, vereinigten sich die vier übrigen Großmächte zu einer Collectivnote vom 27. Juli 1839, in welcher sie erklärten, die orientalische Frage in die Hand nehmen zu wollen. Dieser Note trat auch der russische Gesandte bei, um Rußlands gänzliche Isolirung zu vermeiden und nicht die Ordnung der orientalischen Verhältnisse den übrigen Mächten allein zu überlassen. Aber von dem Augenblicke an, wo die Uebereinstimmung der Mächte öffentlich proclamirt wurde, begann sie zu weichen. Kaiser Nikolaus erlebte den Triumph, daß er die beiden Westmächte entzweite, indem er Englands Eifersucht gegen das revolutionäre Frankreich und dessen Eroberungs-Politik in Afrika aufregte. Sobald Frankreich merkte, daß es in dem Rathe der fünf Mächte mit seiner, dem Vicekönige günstigen Stimmung (s. S. 153) in der Minderheit bleiben werde, versuchte es, im Widerspruche mit der Collectivnote, für sich allein die orientalische Frage zu lösen. Daher schlossen die vier übrigen Mächte mit Hinzuziehung der Pforte den sog. Vierbundvertrag vom 15. Juli 1840, worin die Bedingungen des Friedens zwischen dem Sultan und dem Pascha verabredet wurden. Ohne sich von dem augenblicklichen Kriegslärm des nun isolirten Frankreichs (s. S. 153) täuschen zu lassen, da die Friedensliebe Ludwig Philipp's nur zu bekannt war, begannen die Viermächte die Feindseligkeiten gegen Mehmet Ali, als er sich weigerte, die von ihnen festgestellten Friedensbedingungen anzunehmen. Eine österreichisch-englische Flotte nahm an der syrischen Küste Beirut und darauf einen festen Platz nach dem andern, zuletzt auch Akre (4. November). Mehmet Ali sah, daß längerer Widerstand vergeblich sei und daß die Hülfe Frankreichs, zumal nach Thiers' Sturze, sich als eitle Täuschung erweise. Als nun der englische Commodore Napier Alexandria beschoß, mußte der Vicekönig froh sein, gegen Räumung Kreta's, Syriens, Arabiens und gegen die Herausgabe der türkischen Flotte, wenigstens sein Paschalik Aegypten zu behalten — und zwar noch dazu erblich. Dies verdankte er der englischen Politik, welche die völlige Vernichtung Mehmet Ali's aufhalten zu müssen glaubte und die Vortheile erlangen zu können hoffte, welche bisher Frankreich in Aegypten besessen, namentlich die schon früher verlangte Sicherung der Straße von Suez.

29. König Otto in Griechenland.

(Nach Heinrich Thiersch, Griechenlands Schicksale vom Anfang des Befreiungskrieges und „die Gegenwart“, bearbeitet vom Herausgeber.)

Nach Johann Anton Kapo d'Istrias' Ermordung (s. S. 94) wählte der von ihm geschaffene Senat eine neue Regierung mit Augustin Kapo d'Istrias, dem Bruder des Ermordeten, als Vorsitzendem. Alsbald begannen die Wahlen für die von dem verstorbenen Präsidenten nach Argos berufene National-Versammlung. Augustin's Absicht war, daß sie seine Gewalt befestigen sollte. Welche Mittel hiefür angewendet wurden, das übersteigt alles, was man von Verfälschung der Volksvertretung in anderen Staaten erlebt hat. Bewaffnete Schaaren gingen aus, um die Wahlen im Sinne der Regierung zu leiten. Eine Menge Deputirter verdiente die scherzhafte Benennung ξυλοποίητοι, durch Holz verfertigte, nämlich durch die bei den Wahlen von Regierungswegen angebrachten Prügel. Wo dennoch Oppositionsmänner gewählt wurden, da hatte man einfache Mittel. Man verhaftete einen solchen und ließ den Candidaten der Minorität eintreten, oder man ließ die Vollmacht des Gewählten bei der Prüfung der Legitimation gar nicht zu. Man fingirte Wahlen, und zuletzt, um die nöthigen zwei Drittel aller Stimmen zu erzwingen, ließ Augustin beliebige Beamte und Kaufleute aus der Nachbarschaft holen und ihnen Wahlzeugnisse ausstellen. Den Deputirten der Inseln wurde kein Zutritt gestattet, weil sie im Aufstand seien. So kamen als die einzigen wirklichen Vertreter des Volkes die Abgeordneten aus Rumelien; unter dem Schutze der Capitäne zogen sie ein. Aber wie die Rumelioten das Verfahren Augustin's inne wurden, erhoben sie lauten Protest gegen diese Versammlung und eröffneten eine Gegenversammlung, und als jene den Grafen Augustin zum Präsidenten erwählten, stellten sie Kolettis als Gegen-Präsidenten auf. So hatte Griechenland zwei National-Versammlungen und zwei Präsidenten. Schon neigten sich selbst die Truppen, welche Augustin mitgebracht hatte, zu Kolettis. Da machte Kolokotronis den Vorschlag, Gewalt zu gebrauchen und dadurch die Soldaten an sich zu fesseln. Artillerie und Cavallerie wurde von Nauplia geholt und die Rumelioten wurden in ihren Häusern angegriffen, wo sie sich verschanzten und gegen die Uebermacht vertheidigten, in einer ähnlichen Lage wie die Helden der Nibelungen im Saale Etzel's im Hunnenlande. Die fremden Residenten, wiewohl sie bis dahin den Grafen Augustin, mehr als weise und recht war, begünstigt hatten, erlangten im Namen der Schutzmächte freien Abzug für die Rumelioten.

Am 17. März 1832 kam die Nachricht: die drei Schutzmächte hätten am 13. Februar Griechenland einen König gegeben, den Prin-

zen Otto von Baiern. Wenn je ein Fremder den Griechen willkommen sein konnte, so mußte es der Sohn ihres edelmüthigen Freundes, Königs Ludwig, sein. Die Wahl war von der Art, daß sie den Neid der Großmächte nicht hervorrufen konnte. Dazu hatte ein minderjähriger Prinz den Vorzug, daß er inmitten der Griechen noch ganz einer der Ihrigen werden konnte. Solche Gründe hatten die Mächte zu diesem Entschlusse bestimmt. Eine neue National-Versammlung, die in Pronoia, der neuen Vorstadt von Nauplia, am 26. Juli 1832 eröffnet wurde, nahm im Namen der Nation am 8. August mit freudigem Zurufe den von den drei Mächten ernannten „König Othon“ an. Am 6. Februar 1833 betrat Otto unter unbeschreiblichem Jubel des Volkes in Nauplia die Küste Griechenlands. Eine von englischen Seecadetten geruderte Schaluppe brachte ihn ans Land; die letzten Männer der provisorischen Regierung empfingen ihn und legten ihre Gewalt nieder. Die Nordgrenze war im Laufe des Jahres 1832 endgültig bestimmt worden, so daß sie, vom Meerbusen von Arta nach dem von Volo gehend, auch Euböa einschließt. Die Türken räumten Athen und die anderen bis dahin noch von ihnen besetzten Punkte im Norden. Athen wurde als Hauptstadt erklärt, und am 20. December 1833 nahmen der König und die Regentschaft daselbst ihren Sitz. Bis zum 1. Juni 1835, da er sein zwanzigstes Jahr vollendete, dauerte die Minderjährigkeit des Königs und die Thätigkeit der Regentschaft. Sie bestand aus dem Grafen von Armansperg, dem Herrn von Maurer und General Heidegger von Heydeck; Herr von Abel, der später als Premier-Minister in München hervorragte, war der Regentschaft als Staatssecretär beigegeben; die Ministerstellen wurden an Griechen übertragen.

Ein Anlehen der drei Mächte von 60 Millionen Franken stand ihr zur Verfügung, (wovon freilich 12 Millionen als Entschädigung für die Pforte sogleich subtrahirt werden mußten). Der Friede nach außen war gesichert, im Innern ward die Autorität durch das baierische Truppencorps von 3500 Mann gestützt. Graf Armansperg und Herr von Maurer waren als gute Verwaltungsmänner und zugleich als freisinnig bekannt. Aber die große Schwierigkeit der Aufgabe, welche der Regentschaft gestellt war, bestand darin, daß außer Herrn von Heydeck — ein schweizerischer Officier, der bereits als Philhellene in Griechenland gekämpft und commandirt hatte, — keiner der Regenten bis dahin von dem Lande, der Sprache, den Persönlichkeiten und dem Stande der Parteien eine nähere Kenntniß genommen hatte. Sie trugen die Regierungsweise des Abendlandes und zwar die bureaukratische, in die sie sich eingelebt hatten, auf Griechenland über. Unausführbare Organisations-Versuche und das ganze künstliche Verwaltungssystem zehrten rascher als zu wünschen war an dem Anlehen und an einem noch werthvolleren Capital, dem Vertrauen der Griechen, welche einsichtsvoll genug waren, um das Unangemessene mancher Maßregel zu durchschauen. Am meisten wah-

es und bleibendes Verdienst erwarb sich von Maurer, pfälzischer Jurist, Professor der Rechtswissenschaft, Kenner des französischen und deutschen Rechtes, durch die Herstellung von Gesetzbüchern. Eine Hauptschwierigkeit war, daß weder der König noch einer von den Regenten zur griechischen Kirche gehörte. Um so mehr wäre auf dem kirchlichen Gebiete Schonung des Vorhandenen zu rathen gewesen. Die Diöcesen von Griechenland gehören zum Patriarchat von Constantinopel, und diese Verbindung, durch anderthalbtausend Jahre befestigt, ist den Griechen fast ebenso theuer wie den römisch-katholischen Christen die mit dem römischen Stuhle. Allerdings war es ein mißliches Verhältniß, in geistlichen Dingen einer Autorität unterthan sein zu müssen, welche in notorischer Abhängigkeit von dem Divan sich befand und die man oft durch Eingriffe des Sultans entwürdigt gesehen hatte. Hier wäre es an der Zeit gewesen, ein Abkommen mit dem Patriarchen durch den Vorschlag einer Delegation zu suchen, eine interimistische Einrichtung in Hoffnung auf bessere Zeiten. Aber Herr von Maurer trennte ohne Weiteres die Kirche Griechenlands von dem Patriarchalstuhl, und ließ sie durch eine von der Staats-Regierung ernannte Synode von Bischöfen verwalten. Keine Kirchenpartei auf Erden ist aber so conservativ und so anhänglich an das Alte wie die griechisch-orthodoxe; nirgends sind deßhalb Neuerungen so unrathsam und in ihren Folgen bedenklich als hier.

Fabvier, Sir Richard Church, H. von Heydeck und der französische General Trezel hatten sich durch Herstellung eines taktischen oder regulären Truppencorps Verdienste erworben. Es bestand, an Umfang gering, neben den zahlreichen Irregulären, den Palikaren, welche denn doch das Meiste im Befreiungskriege von Anfang bis zu Ende gethan hatten. Eine Beschränkung des Palikarenwesens und eine Verstärkung des regulären Elementes war nun mit dem Eintritt eines definitiven Friedens höchst zeitgemäß. Die Regentschaft löste alle Palikarentruppen auf, und indem sie ausschließlich reguläres Militär aufzustellen unternahm, ordnete sie für dieses statt der einheimischen Tracht eine mehr oder weniger europäische Uniform an. Dadurch ward den Palikaren der Uebergang in das reguläre Corps erschwert und indem sie sich verabschiedet sahen, war bei ihnen und nicht bloß bei ihnen der Grund zu Mißvergnügen gelegt. Als nun 1843 in Folge des wiederholten Drängens der drei Schutzmächte auf Zahlung der rückständigen Zinsen und Amortisations-Capitalien für die 1833 contrahirte Anleihe die Armee auf 4900 Mann reducirt und eine Menge Civil- und Militärposten aufgehoben wurden, mußte nothwendig eine weitere Anzahl von Unzufriedenen entstehen, meist unter denen, welche durch ihre Thaten im Freiheitskampfe sich Ansprüche auf ein besseres Loos erworben zu haben glaubten. Dessen ungeachtet griffen die Schutzmächte immer tiefer in die Verwaltung ein und gaben eine Menge von Vorschriften über den effectiven Bestand der Beamten, deren Besoldung, Pensionen und Nationalität. Auch wurde der Aus-

bruch einer Revolution dadurch begünstigt, daß in Folge beständiger Reibungen mit dem griechischen Militär und des fortwährenden Drängens der Zeitungspresse die deutschen Truppen Griechenland verlassen hatten. In einer weit verbreiteten Broschüre verlangte man einen König griechischen Stammes und griechischer Religion, Entfernung aller Fremden und eine liberale Constitution.

Im September 1843 beschäftigte sich der Cavallerie-Oberst Kalergis, ein Waffengefährte des (inzwischen verstorbenen) Kolokotronis, mit der Organisation eines Militär-Aufstandes, um der Regierung die langersehnte Constitution abzutrotzen. Die Nachricht, daß die Regierung von dem Vorhaben in Kenntniß gesetzt sei, beschleunigte den Ausbruch. Am 15. September, Morgens 1 Uhr, ließ Kalergis Generalmarsch schlagen, und zog mit den Truppen und dem in großer Menge versammelten Volke nach dem königlichen Palaste; Kalergis erklärte dem Könige, das Volk wolle eine Constitution, die ihm bisher durch die üblen Rathschläge der Umgebung des Königs vorenthalten sei. Man sagte, daß der König sich lange geweigert habe, aber endlich durch die Vorstellungen der Königin (Amalie, gebornen Prinzessin von Oldenburg), welche ihn auf die Nutzlosigkeit eines Widerstandes und die möglichen Greuel entfesselter Volkswuth aufmerksam gemacht, zur Nachgiebigkeit bewogen worden sei. Die ganze Bewegung war fast ohne alles Blutvergießen, ja, in Folge der umsichtigen Anordnungen des Kalergis ohne den geringsten Exceß vorübergegangen. Eine königliche Verordnung berief eine National-Versammlung, um gemeinsam mit dem Könige die neue Verfassung festzustellen. Bei der im Januar 1844 beginnenden Discussion über den von einem Ausschusse des Congresses ausgearbeiteten Verfassungs-Entwurf (mit dem Zweikammer-System) mußte die Kunst der Rede, welche sich bei einem Volke entwickelte, das so lange der wichtigsten geistigen Bildungsmittel entbehrt hatte, wahrhaft Erstaunen erregen. Die imposanten, heldenmäßigen Gestalten der Congreß-Mitglieder, zum Theil hochgefeierte Kämpfer des Freiheitskrieges, auf deren Antlitz man die Fülle von Geist und die Macht der Leidenschaften gewahrte, die sich aber jetzt der Ordnung und der Macht der Rede willig fügten, die Koryphäen der Redner (Kolettis, Mavrokordatos, Metapas, Zographos u. s. w.), die sich ihrer großen Vorfahren würdig zeigten, das Alles machte die griechische National-Versammlung zu einer eben so anziehenden als großartigen Erscheinung. In Bezug auf die Kirche traf man in der Absicht, zwei Parteien zugleich zu befriedigen, die doppelte, einander widersprechende Bestimmung, daß man erklärte, die orthodoxe Kirche von Hellas sei unlösbar mit der großen Kirche in Constantinopel vereinigt, habe aber ihr eigenes Haupt und werde von einer Synode regiert. Dieses Verhältniß wurde später (1852) durch einen Vertrag mit dem Patriarchen von Constantinopel geordnet. Bei den Debatten über die Thronfolge-Ordnung wurde einstimmig festgesetzt, daß jeder Nachfolger auf dem griechischen Throne der

griechischen Kirche angehören müsse, eine Bestimmung, die erst 1852 von der Londoner Conferenz anerkannt wurde. Dadurch entstand eine neue Schwierigkeit, als die Ehe des Königs Otto kinderlos blieb. Denn dem (eine neue Taufe bedingenden) Uebertritte der für diesen Fall zunächst berechtigten baierischen Prinzen (Luitpold und seiner männlichen Descendenten) stand eine Bestimmung des Ehe-Vertrages entgegen und durch diesen Mangel einer geordneten, gegen jeden Einspruch gesicherten Thronfolge verlor König Otto's Thron an Festigkeit. Den Sturz desselben in Folge der Revolution vom Jahre 1862 s. im dritten Zeitraume.

---

30. Die Kämpfe der Russen im Kaukasus 1825—1864.

(Nach Friedrich Steger, drei Bücher neuester Geschichte, mit Zusätzen nach Eduard Arnd, Geschichte der neuesten Zeit und vom Herausgeber.)

Ueber die ganze breite Landenge, welche das schwarze Meer von dem caspischen trennt, zieht sich in der Richtung von Nordwesten nach Südosten eine gewaltige Bergkette, der Kaukasus. In diesen Gebirgen, die dem Menschen einen dürftigen Lebensunterhalt gewähren, wohnen verschiedene Völkerschaften zweifelhaften Ursprungs, die Tscherkessen, die man für die Ureinwohner des Kaukasus hält, die Tschetschenzen, Nachkommen der Alanen, die Osseten, die medischen Sarmaten der Alten, die Lesghier, wahrscheinlich mit den alten Hunnen verwandt, die Suanen, Abassen, Georgier, außerdem Stämme tatarischen Ursprungs. Alle diese Völker sind tapfer und freiheitsliebend, Hirten und Jäger, aber lieber noch Räuber auf Kosten ihrer Nachbarn.

Peter der Große war der Erste, welcher die russischen Waffen in den Kaukasus trug. Er eroberte das wichtige Derbend am caspischen Meere, gab indessen seine Eroberungen wieder heraus, weil er mit dem Perser Nadir Schah nicht in Krieg kommen wollte. Nach ihm gewann Katharina II. die große und kleine Kabardah, die Wohnsitze der Tscherkessen, und legte die sogenannte kaukasische Linie an, eine lange Reihe von Festungen und Forts, welche die Flüsse Terek und Kuban mit einander verbinden. Das schöne Land südlich vom Kaukasus fiel Katharinen zu, als die Fürsten Heraklius von Georgien und Salomo von Imerethi sich als Vasallen ihr unterwarfen (1785). Jetzt konnte mitten durch das Gebirge eine Straße nach dem Norden angelegt werden, deren Hauptfestung den bedeutungsvollen Namen Wladikaukas (Zwingkaukasus) erhielt. In Folge glücklicher Kämpfe mit den Persern eroberten die Russen die caspische Küste bis Baku, der türkisch-russische Krieg von 1828 brachte die Festungen Anapa

und Suchum-Kaleh in ihre Hände, so daß sie jetzt den Kaukasus von allen Seiten einschlossen. Im Frieden von Adrianopel 1829 trat die Pforte an sie den ganzen Küstenstrich ab, welcher von der Mündung des Kuban nördlich bis zum Fort Nikolai an der südlichen Grenze von Imerethi reicht. Auf diesen Friedensschluß stützte Rußland seine Ansprüche an den Kaukasus. Obgleich die Türkei über die freien Völker des Gebirges keine Hoheitsrechte ausübte und also nicht abtreten konnte, was sie nie besessen, so folgerte doch die russische Diplomatie, daß mit dem schmalen Küstenstrich am schwarzen Meere auch das dahinter liegende Binnenland bis zur Küste des caspischen Beckens abgetreten sei. Dieser Anmaßung setzten die Männer des Kaukasus ihr gutes Schwert entgegen. Sieben Jahre dauerten diese Kämpfe schon, und noch wußte Europa nicht, daß eine kleine Schaar muthiger Gebirgsbewohner den Russen die Pässe des Kaukasus verschloß, durch die zu wiederholten Malen die Horden des Nordens in die gesegneteren Gefilde des Südens durchgebrochen sind. Innere Zwistigkeiten, Unerfahrenheit in der Kriegsführung und Mangel an Schießbedarf schwächten die Kaukasier in ihren Kämpfen gegen Rußland. Eine entscheidende Wendung trat ein, als David Urquhart, durch längeren Aufenthalt und eine diplomatische Stellung in Constantinopel mit den Sitten und Verhältnissen des Morgenlandes genau bekannt geworden, 1834 im Gebirge erschien. Diesem merkwürdigen Manne gelang es, die feindlichen Stämme zu einigen. Er gab ihnen ein Symbol ihrer Vereinigung, ein gemeinsames Banner, und wählte Grün, das Kleid der Berge, die Farbe des Glaubens von Mekka. Darauf zeichnete er ein Bündel Pfeile, die Waffe des Volks, und einen Sternenkranz, damit sie im nächtlichen Bivouak das Zeichen ihrer Unabhängigkeit am Himmel wiederfinden möchten. „Diese Sprache, die durch das Auge zum Herzen redete, fand einen Widerhall; der Ruf nach Einheit erhob sich am Euxinus und tönte vom caspischen Meere zurück. Eine neue Nation war in das Leben gerufen, vom Schicksal bestimmt, auf die alte Welt entscheidend einzuwirken.“ *) Durch eine „Unabhängigkeits-Erklärung der Cirkassier“, 1836 im „Portfolio“ abgedruckt, rief Urquhart die Sympathieen Europa's an, das einzige Volk der Welt, das eine Beleidigung der Moskowiten zu rächen wage, zu unterstützen, nicht mit Waffengewalt, sondern durch Zusendung von Pulver und anderen Kriegsbedürfnissen, die der Kaukasus nicht selbst erzeuge. Englische Kaufleute rüsteten ein Schiff mit Munition beladen aus, aber die russischen Kreuzer nahmen das Fahrzeug im schwarzen Meere weg, weil es mit einer blokirten Küste in unerlaubtem Verkehr gestanden habe, und das englische Ministerium ließ sich diese Beleidigung der Nationalflagge gefallen. So war denn also der Kaukasus auf seine eigenen Hülfsmittel angewiesen. Der Kampf der

*) Urquhart in seiner Rede an die Wähler von Glasgow.

Cirkassier erlitt dadurch keine Beeinträchtigung. Sie lernten Pulver bereiten, Waffen mußten ihnen die erstürmten Festungen, die in den Schlachten erlegten Leichen der Feinde liefern. Begeisterte Führer traten an ihre Spitze, vor allen Schamyl, der furchtbare Anführer der Tschetschenzen. Dieser Mann war unermüdlich, von der unüberwindlichsten Klugheit, der todesverachtendsten Kühnheit, allgegenwärtig und, wie kein Anderer, in der Kunst geschickt, die Stämme zum Kampf anzuspornen. Er hat den Tschetschenzen eine Art von Principat verschafft, die größten Bündnisse hervorgerufen und den Aufstand bis in das nördliche und südliche Daghestan ausgebreitet.

Die geringen Erfolge der Russen verriethen sich schon in den häufigen Veränderungen, die sie mit ihrem Operationsplane eintreten ließen. Bald beschränkten sie sich auf die bloße Vertheidigung und suchten die Gebirgsvölker durch Bestechungen, Handelsvortheile und andere friedliche Mittel zu gewinnen, bald drangen sie von allen Grenzlinien gleichzeitig nach der Mitte des Gebirges vor, oder suchten auch südlich und östlich Boden zu gewinnen und durch Anlegung von Festungen zu sichern. In den Jahren 1835—1837 richteten sie ihr Augenmerk dahin, die Küste des schwarzen Meeres durch den Bau von Festungen zu unterwerfen, erreichten jedoch nichts, da die Cirkassier die schwächeren Forts stürmten, die stärkeren so eng einschlossen, daß der Besatzung nur der Raum blieb, den Wall und Graben umzogen. In die Jahre 1838—1842 fallen heiße Kämpfe, bei denen die nach dem Innern des Gebirges vordringenden Russen empfindliche Verluste erlitten. Von allen ihren rasch auf einander folgenden Feldherren ergründete keiner das Geheimniß, wie der Muth eines für seine Freiheit kämpfenden Volkes zu brechen sei. Auch Fürst Woronzow, der 1845 den Oberbefehl übernahm, stritt mit dem auf 160,000 Mann gebrachten Heere unglücklich. Am Ufer des Aksai von Schamyl auf das Haupt geschlagen (August 1845), mied der russische Feldherr fortan die Gebirgspässe des Kaukasus und beschränkte sich auf Einschließung der Hochalpen, die indessen gleichfalls wirkungslos war, da Schamyl die langgedehnte kaukasische Linie häufig durchbrach.

Manche der tapfersten von diesen Stämmen verbluteten sich während dieses langen Krieges, andere wurden durch die russischen Verheerungen zur Flucht nach Persien und der freien Tatarei gezwungen, aber die meisten unterwarfen sich zuletzt, sobald sie sahen, daß sie von den Engländern und selbst von den Türken verlassen blieben, und sogar während des Krimkrieges keine Diversion zu ihren Gunsten unternommen wurde. Als nach dem Pariser Frieden 1856 die Russen ihr Heer in jenen Gegenden auf eine vorher nie dagewesene Höhe gebracht hatten, unterlag der letzte und größte Held des kaukasischen Freiheitskampfes, Schamyl, nachdem er lange der Schrecken der Russen und die Bewunderung des übrigen Europa gewesen, in dem Felsennest Gunib, von hundertfacher Uebermacht eingeschlossen und dem

Hungertode Preis gegeben. Er unterwarf sich aber erst, als seine Getreuen (Müriden) bis auf 47 gefallen, an den russischen Ober-General Fürsten Baryatinski (8. September 1859), der den überwundenen Feind mit Edelmuth behandelte und ihm sogar seine Waffen und Schätze ließ. Der Kaiser Alexander II. bestätigte das Verfahren seines Feldherrn, und wies Schamyl, der damals 63 Jahre alt war, einen ehrenvollen Aufenthalt in Kaluga an. — Im Jahre 1864 (31. März) erfocht der General-Major Heymann einen Sieg über die Ubichen, einen der letzten noch unbesiegten Stämme der Tscherkessen und, wie schon nach Schamyl's Falle die tapfersten unter den kaukasischen Bergstämmen in Masse ausgewandert waren, so erfolgte jetzt eine abermalige massenhafte Auswanderung kaukasischer Bergvölker nach der Türkei. Großfürst Michael, Statthalter im Kaukasus, konnte seinem Bruder, dem Kaiser Alexander II., Anfangs Juni 1864 zur Beendigung des Krieges im Kaukasus Glück wünschen, indem nach Besiegung der Abgo kein nicht unterworfener kaukasischer Völkerstamm mehr existire.

31. Der Antagonismus der russischen und englischen Politik in Asien.

(Nach Adolf Schmidt, England im Jahrzehend 1830—1840 in Fr. v. Raumer's historischem Taschenbuch, und Friedr. Steger, Geschichte der neuesten Zeit.)

Während Rußland von Norden her in universalstaatlichem Triebe sich Wege nach Inner-Asien zu bahnen suchte, den Persern 1827 Eriwan, den Türken 1828 Anapa abnahm und die freien tscherkessischen Bergvölker im Kaukasus zu unterjochen trachtete, bemühte sich England in handelspolitischer Absicht, seine Herrschaft über die südlichen Inseln, Halbinseln und Küsten auszudehnen, um dann seinerseits von Süden her weiter in das Innere vorzudringen. Es rundete seine Besitzungen in Vorder-Indien ab, erwarb im Kampfe mit den Birmanen unter dem Banner der Ostindischen Compagnie 1826 große Strecken von Hinter-Indien, und trachtete in den dreißiger Jahren an den entgegengesetztesten Punkten, ostwärts an den chinesischen, westwärts an den arabischen Küsten, sich festzusetzen. Für die Beraubung schiffbrüchiger Briten ließ man sich 1838 von dem eingeschüchterten Sultan von Yemen im südwestlichen Arabien die Halbinsel Aden mit der Stadt gleichen Namens abtreten und nahm sie, als der Häuptling wieder schwankend wurde, 1839 mit Waffengewalt ein. Damals, trotz seines alten Glanzes kaum 600 Seelen zählend, wuchs die Bevölkerung der eroberten Stadt in wenigen Jahren auf

25,000 an. So gewann England einen festen Stützpunkt zwischen Afrika und Asien, ein Steinkohlen-Depot für die Dampfschiffahrt, einen ausgezeichneten Stapelplatz für seinen ostindischen Handel.

Zwischen der englischen Herrschaft im Süden und der russischen im Norden dehnte sich aber noch immer, in der Quere von Osten nach Westen, durch den ganzen Welttheil ein breiter neutraler Ländergürtel aus, der erst an irgend einem Punkte von den beiderseitigen Kräften durchbrochen sein mußte, ehe ihre entgegengesetzten Bestrebungen an eine gemeinsame Berührungslinie vorrücken und zu unmittelbaren Conflicten Anlaß geben konnten. Dieser Moment eines weltgeschichtlichen Zusammenstoßes der beiden europäischen Hauptmächte im Herzen Asiens schien, wenn auch langsamen, doch sicheren Schrittes heran zu nahen. Der mittlere Theil jenes neutralen Gürtels bestand aus drei gesonderten Schichten. Die eine, das Land der Sikhs mit der Hauptstadt Lahore, lag zunächst an der englisch-ostindischen Grenze; die andere, Turkestan mit der Hauptstadt Khiwa, zunächst an der russischen um den Aralsee; die dritte, Afghanistan mit den Hauptstädten Kabul und Herat, nahm die Mitte zwischen beiden ein und bezeichnete, um den paradiesischen Hindukuh gelegen, den innersten Knotenpunkt Asiens. Wurde Lahore von England, Turkestan von Rußland verschlungen, so mußte Afghanistan der Punkt des Zusammenstoßes, der Schauplatz der größten Entscheidungen werden. Wiewohl es im Interesse der beiden Großmächte lag, weil jede den Sieg der anderen zu besorgen hatte, eine neutrale Scheidewand zwischen sich aufrecht zu erhalten: so konnte doch keine dem Reize widerstehen, innerhalb dieser Zwischenterritorien einen selbstsüchtigen und dem Gegner feindlichen **Einfluß** geltend zu machen. Dieser Streit aber um das Uebergewicht des Einflusses mußte nothwendig über lang oder kurz zu einem Kampfe um die **Herrschaft** sich gestalten.

Im **Lande der Sikhs** war nun der Einfluß Englands schon um die Mitte der dreißiger Jahre so groß, daß Runghit-Singh, der Maharadscha von Lahore, als dessen Verbündeter galt. In **Turkestan** dagegen war Rußland seit dem mißglückten Einfalle Peter's des Großen so völlig alles Einflusses beraubt und so entschieden als natürlicher Landesfeind betrachtet, daß nur die Alternative blieb, entweder die unmittelbare gewaltsame Eroberung Turkestans zu versuchen oder auf einem Umwege, über Persien, gegen die englisch-ostindische Macht zu operiren. Vor der Hand entschied sich Rußland für das Letztere. Deßhalb wurden die Beherrscher Persiens und Afghanistans auf alle Weise gegen England aufgehetzt; von den mediatisirten Fürsten Hindostans war zu erwarten, daß sie bereit sein würden, das englische Joch abzuschütteln.

a. Die Kämpfe in und um Afghanistan.

Die Wirren in Afghanistan waren den Umtrieben günstig. Ehemals von Persien abhängig, hatte es um die Mitte des vorigen Jahrhunderts seine Unabhängigkeit erkämpft. Nur in Herat herrschte noch der Schah Kamran; in Kabul dagegen und den übrigen davon abhängigen Bezirken herrschten die Baraksis unter Dost-Mohammed, nachdem sie Kamran's Oheim, den Schah Schudschah, nach Lahore vertrieben. Rußland stellte sich nun auf die Seite der Baraksis, der rebellischen Usurpatoren, und wollte den Schah Kamran aus Herat vertrieben wissen; England wollte den Schah Schudschah wieder in Kabul hergestellt sehen.

An Herat lag der russischen Politik ungemein viel, weil es die Straße von Persien nach Indien beherrschte. Deßhalb wiegelte sie sowohl den Dost-Mohammed von Kabul, wie den Thronfolger von Persien, Abbas-Mirza, gegen Kamran auf. Wirklich ließ sich Abbas Mirza 1833 zu einem Eroberungszuge gegen Herat überreden; er mißlang, weil Kamran durch die Engländer nachdrücklicher unterstützt wurde, wie Abbas Mirza durch die Russen. Schon 1838 wurde ein zweiter Zug gegen Herat mit einem Heere von 60,000 Mann unternommen, er begann unter Siegeshoffnungen und endete mit einem trostlosen Rückzuge. Diesen Erfolg hatte Herat dem Beistande der Engländer zu danken, die mit Kamran einen Vertrag abschlossen, wonach dieser sich verpflichten mußte, in keine Verbindung mit den westlichen Staaten sich einzulassen und den Schah Schudschah als Beherrscher von Kabul anzuerkennen.

Mittlerweile war zwischen Dost-Mohammed, der sich 1835 zum Könige von Kabul hatte krönen lassen, und Runghit-Singh von Lahore ein Streit über den Besitz von Kaschmir und Peschawer ausgebrochen. Dost-Mohammed wurde von Rußland zum Kriege gegen Lahore angefeuert. Vergeblich suchte Alexander Burnes als englischer Commissar zwischen Sikhs und Afghanen zu vermitteln. Lord Auckland, der General-Gouverneur von Ostindien, erklärte 1838 den Krieg an Dost-Mohammed von Kabul, sich berufend auf die Allianz mit Lahore, auf die feindseligen Absichten der Baraksi-Dynastie gegen Indien und auf die rechtmäßigen Ansprüche Schudschah's auf den ersten Thron von Afghanistan. Unaufhaltsam drangen die Heeres-Colonnen der Ostindischen Compagnie, 26,000 Mann stark, vorwärts. Am Sudledge-Fluß besiegelte Lord Auckland den Bund mit Runghit-Singh durch eine persönliche Zusammenkunft im November 1838; Ende December traf Auckland in Lahore ein. Das nächste Ziel der Operationen war Kandahar. Nach unsäglichen Beschwerden rückte man am 21. April 1839 in Kandahar ein, wo Schah Schudschah gekrönt wurde. Nun setzte man sich gegen Kabul in Bewegung; die Festung Ghizni wurde erstürmt, durch General Keane Kabul eingenommen; Dost-Mohammed, von seinen Truppen verlassen, ergriff die

Flucht; am 7. August hielt Schudschah seinen feierlichen Einzug in die Hauptstadt.

b. Rußland gegen Khiwa; Englands Triumph.

Durch die Nachricht über diese glänzenden Erfolge der englischen Waffen wurde die russische Politik in Petersburg in hohem Grade beunruhigt. Ihre bisherige Absicht, über Persien und Afghanistan der britischen Macht in Ostindien beizukommen, mußte sie als völlig gescheitert betrachten, und sie entschloß sich nunmehr, den anderen Weg zu betreten, der sich ihrer Wahl von vornherein dargeboten, den Weg der Eroberung Turkestans. Gelang diese, so war der Eroberung Afghanistans ein Gegengewicht gegeben, und an den Grenzen beider Länder standen russische und englische Waffen einander gegenüber.

Ein Grund des Angriffes war bald gefunden. Die feindseligen Khane von Khiwa hatten Karavanen und Reisende ohne Unterschied geplündert und auch Russen in die Gefangenschaft geschleppt. Das erforderte Genugthuung, aber nicht auf dem Wege der Unterhandlung, denn man besorgte eine unwillkommene Nachgiebigkeit. Mit größtem Eifer und in tiefstem Geheimniß wurden in Orenburg die Rüstungen betrieben; von hier aus setzte sich am 1. December 1839 die Expedition unter General Perowsky in Bewegung, 20,000 Mann stark, mit 10,000 Kameelen. Das Ziel, eine Straße nach Indien zu gewinnen, wurde jedoch nicht erreicht. Der Zug durch die Steppen zwischen dem caspischen Meere und dem Aralsee hatte mit Kälte und Schneegestöber zu kämpfen; in kurzer Zeit war die Mehrzahl der Kameele gefallen. Kaum halbwegs vorgedrungen, sah sich Perowsky genöthigt, den Rückmarsch anzutreten; nur winzige Trümmer gelangten nach Orenburg zurück. Rußland konnte noch von Glück sagen, daß wenigstens seine Ehre geschont wurde, indem der Khan von Khiwa sich bereden ließ, seinerseits einen Friedensgesandten nach Rußland zu schicken. Dennoch aber mußte es sich Behufs der Uebereinkunft die Vermittelung Englands gefallen lassen, d. h. derjenigen Macht, gegen die eigentlich der Zug gerichtet war. Zum Danke dafür blieb der russischen Diplomatie nichts übrig, als in Persien und Afghanistan von Neuem gegen England zu wühlen.

Inzwischen hatten die britischen Interessen in Asien nach allen Seiten hin einen erhöhten Aufschwung genommen. Südlich von Afghanistan bis zur Meeresküste dehnt sich das Land der Beludschen aus. Diese waren durch den Eroberungszug der Briten, der sich über den Bolanpaß durch ihr Gebiet bewegt hatte, aufgeregt worden. Der Khan von Kelat und als solcher das angesehenste Haupt des Landes, hatte sich zu Feindseligkeiten gegen England verleiten lassen. Als nach den Siegen in Afghanistan ein Theil der britischen Truppen heimkehrte, erfolgte die Vergeltung: die Festung

Kelat wurde 1839 mit glänzender Tapferkeit erstürmt, und hierdurch der Kreis der asiatischen Einwirkungen Englands in bedeutsamer Weise erweitert. Zwar fiel 1840 jener Stützpunkt wieder in die Hände der Beludschen, allein ein neuer Feldzug verdoppelte die Erfolge, wobei der Khan selbst den Tod fand. Die Briten waren Herren von Beludschistan. — Andererseits hatte sich zwar Dost-Mohammed, Rußlands Schützling, plötzlich wieder erhoben; 1840 erschien er in offenem Felde gegen Schudschah. Allein er wurde durch die britischen Truppen bei Bamean unweit Kabul und unter General Sale bei Purwur gänzlich geschlagen; verlassen und bedrängt ergab er sich den Briten als Gefangenen und erkannte die Herrschaft Schudschah's an. Allein diese Unterwürfigkeit war nur der Deckmantel einer allgemeinen Schilderhebung, die mit asiatischer Arglist vorbereitet wurde. Im November 1841 begannen die Afghanen den Angriff mit der Ermordung des englischen Gesandten Sir Alexander Burnes und mehrerer Officiere. Gleichzeitig brach ein allgemeiner Aufstand los, dem die Engländer mit ihren unvorbereiteten, durch weite Entfernungen getrennten, mit Lebensmitteln und Schießbedarf schlecht versehenen Truppen nur durch den schleunigsten Rückzug entgehen konnten. General Elphinstone ließ sich jedoch durch verstellte Unterhandlungen so lange hinhalten, bis die Lebensmittel aufgezehrt waren und die stärkste Kälte begonnen hatte. Auf diesem Rückzuge wiederholten sich alle Schauderscenen der Flucht Napoleon's aus Rußland. Auf unwegsamen Pfaden, bei einer kaum erträglichen Kälte, von Allem entblößt marschirend, mußten die englischen Truppen unausgesetzt gegen die Reiterschwärme ihrer unbarmherzigen Feinde kämpfen. Von den 5000, die aus Kabul zogen, konnten sich nicht mehr als zehn retten, ähnlich erging es den anderen Abtheilungen, behaupten konnte sich bloß General Sale in dem festen Dschellalabad. Um diese Treulosigkeit zu rächen, führten Nott und Pollack 1842 ein neues Heer gegen die Afghanen, die von dem Sohne Dost-Mohammed's, Akbar Khan, befehligt wurden. Furchtbare Grausamkeiten vergalten die Niederlage des vorigen Jahres. Die Städte Kandahar, Ghisni, Estalif, Kabul und so viele Dörfer, als die Engländer erreichen konnten, wurden niedergebrannt, die Fruchtfelder, Weinberge und Gärten verwüstet, nicht bloß die streitbaren Männer, sondern auch die Weiber und Kinder der Afghanen von den wüthenden Seapoys niedergemetzelt. Dann wurde das Land geräumt, doch schleppten die Rächer eine ansehnliche Beute mit sich fort. Zum Ersatz diente Sind, das General Napier nach mehreren blutigen Siegen über die Emirs eroberte, ferner das Land der fünf Flüsse (Pengab), das bis dahin den Siks gehorchte.

Die Siks waren ursprünglich eine Religions-Genossenschaft, deren Stifter Nanak zu Anfang des 15. Jahrhunderts gelebt haben soll. Sie bekannten sich zu einem reinen Deismus, hielten jede Form der Gottesverehrung für gerechtfertigt und erkannten nur die drei Gebote

an: nie über Glaubenssätze zu streiten, häufig zu baden und den Genuß von Schweinefleisch zu vermeiden. Blutige Verfolgungen der Mahomedaner ließen diese friedfertigen Hindu zu den Waffen greifen. Ihr Sieg veränderte ihre Sitten: von nun an betete der Sik nicht anders, als sein Schwert mit beiden Händen umfassend und Gott um Sieg und Verbreitung seines Glaubens bittend. 1675 unterwarfen sie sich das Land der fünf Flüsse, das zwischen dem Indus, dem Setledsch und dem Himalaya liegt. Das Dunkel, welches ihre spätere Geschichte deckt, hellt sich mit der Thronbesteigung des Maharadschah (Oberkönigs) Runghit Sing. Dieser Monarch ließ sein Heer durch ehemalige Officiere Napoleon's nach europäischer Art einüben und hinterließ bei seinem Tode eine furchtbare Macht. Sein Reich verfiel der Anarchie. Die fünf nächsten Herrscher starben nach kurzer Regierung, vier Parteien stritten um den blutbefleckten Thron, auf dem man endlich einen achtjährigen Knaben, Dschulip-Sing, unangefochten ließ. Die siegende Partei faßte den Plan Runghit Sing's wieder auf, die Engländer aus Indien zu vertreiben. In einer viertägigen Schlacht bei Mudki (18.—21. December 1845) gerieth die englische Herrschaft in ernstliche Gefahr. Die Siks kämpften mit Todesverachtung, ihre Artillerie erwies sich der englischen überlegen, und nur nach schweren Verlusten behauptete der englische Ober-Feldherr Hardinge das heiß bestrittene Schlachtfeld. Eine zweite nicht minder blutige Schlacht bei Sobraon löste das Heer der Siks auf. Hardinge konnte nun in Lahore einrücken und die Friedensbedingungen vorschreiben. Diese enthielten unter dem Scheine der Mäßigung nichts weniger als die Vernichtung des Reiches der Siks. England bestellte einen Residenten in Lahore, ließ sich das Heimatland der Siks, das Gebiet zwischen dem Setledsch und dem Rawi, abtreten, schwächte das übrigbleibende Land durch die Abreißung eines selbständigen Staates Kohistan und Kaschmir und behielt sich außerdem das Recht vor, den Umfang des in Besitz zu nehmenden Landstrichs nach dem jedesmaligen Benehmen der Regierung von Lahore zu bemessen. Das Pengab sank zu einem Vasallenstaate Englands herab, welches durch diese Siege die natürliche Grenze Indiens erreichte, die, von dem Indus bis über Attock hinaus, von der an Peschawer sich anlehnenden Gebirgskette und von dem Himalaya gebildet wird.

Zu neuen Kriegen und Eroberungen, zu einer Ausdehnung des englischen Einflusses auf China gaben Handelsverwicklungen mit dem Reiche der Mitte den Vorwand. — In den drei Jahrtausenden der menschlichen Geschichte hat China nicht ein einziges Mal in den Gang der Begebenheiten entscheidend eingegriffen. Seine Cultur, seine Religions-Veränderungen, seine politischen Revolutionen sind auf die anderen Staaten ohne Einfluß geblieben, das merkwürdige Reich hat seine vereinzelte Stellung behauptet bis auf die neueste Zeit, die nicht duldet, daß irgend ein Volk der großen Bewegung

der Menschheit sich entziehe. Das Reich der Mitte erlaubte zwar einen Handelsverkehr mit auswärtigen Nationen, beschränkte ihn jedoch durch die lästigsten Bedingungen, damit die Fremden durch ihr Beispiel die inneren Zustände und Sitten nicht verändern könnten. Wie der Handel China's mit den Russen auf Kiachta, so war derjenige mit den Briten ausschließlich auf Kanton beschränkt; eine Anzahl chinesischer Kaufleute daselbst, die Hongs, waren die einzigen gesetzlichen Vermittler desselben, die privilegirten Zwischenhändler, und der Regierung verantwortlich. Von dem Dasein eines Staates England nahm diese dabei keine Notiz; denn sie hatte es nur mit der Ostindischen Compagnie zu thun, die im Besitze des Alleinhandels mit China war. Als aber im Jahre 1833 dieses Vorrecht aufgehoben, der Handel nach China freigegeben und demgemäß mit der Oberleitung oder Sicherstellung desselben die englische Regierung selbst beauftragt wurde, da mußte auch das bisherige völkerrechtliche Verhältniß beider Länder eine wesentliche Veränderung erleiden. China hatte es nunmehr nicht sowohl mit der Ostindischen Compagnie als vielmehr unmittelbar mit der englischen Regierung zu thun. Der Kaiser Tao-Kwang weigerte sich dessen; Lord Napier, zum Ober-Aufseher für Kanton ernannt, um die Handelsbeziehungen der Engländer zu regeln und die Gerichtsbarkeit über sie auszuüben, wurde so wenig wie seine Nachfolger, Davis und Elliot, in dieser Eigenschaft von den chinesischen Behörden anerkannt. Das war die eine Quelle der Zwistigkeiten. Zu ihr gesellte sich als zweite die unheilvolle Opium-Frage. Die schädlichen Wirkungen des Opiums waren unzweifelhaft festgestellt; die chinesische Regierung hatte daher schon seit dem vorigen Jahrhunderte wiederholt nicht nur gegen den Genuß, sondern auch gegen den Vertrieb desselben Verbote erlassen und Strafen angedroht. Allein gerade der Opium-Handel bildete eine Haupt-Einnahmequelle der Ostindischen Compagnie; er war, als die übrigen Privilegien dahin sanken, der Verwaltung als Monopol verblieben. Diese war nicht gemeint, ihn aufzugeben, d. h. die Versteigerungen des Products in Ostindien zu unterlassen. Und so wurde denn von ihren Abnehmern, den englischen Kaufleuten, trotz der verschärften Verbote China's, das Schmuggelgeschäft im ausgedehntesten Maßstabe und so unbefangen wie zuvor betrieben. Es fruchtete nichts, daß die Opium-Raucher in China mit Brandmarkungen, Geißelhieben und Todesstrafen, die ertappten Vorräthe mit Verbrennung bedroht waren; viele Tausende von Kisten fanden alljährlich Eingang und Absatz. Aber die Vereitelung aller ihrer Maßnahmen in dieser Angelegenheit reizte die chinesische Regierung bis zur höchsten Erbitterung.

Im Jahre 1839 entschloß sich der „Sohn des Himmels“, die ungehorsamen Barbaren fühlen zu lassen, daß er „Alleinbeherrscher der Welt“ sei. Lin, als Gouverneur nach Kanton gesandt, war beauftragt, den Opium-Handel um jeden Preis zu unterdrücken. Er

ergriff die strengsten Maßregeln, forderte sofortige Auslieferung alles in Schiffen und Magazinen gelagerten Opiums, ließ die Hongkaufleute als Hehler mit Ketten belasten, die Factoreien der englischen Kaufleute schließen und diese selbst sammt dem Vertreter der großbritannischen Majestät, dem Oberaufseher Capitän Elliot, verhaften. Die Gewalt drang durch. Elliot wußte sich und seine Landsleute nicht anders zu befreien, als daß er diese gegen die unbefugte Zusage einer Entschädigung zur Ablieferung ihrer Opium-Vorräthe vermochte. Hierauf zogen sich Elliot und die Engländer von Kanton nach Macao zurück. Am 3. Juni wurden 20,291 Kisten im Werthe von 4 Millionen Pfund zu Hamun vernichtet, indem man den Inhalt mit Kalk und Oel versetzte und dann Alles in das Meer warf.

Alle Versuche Elliot's zu gütlicher Uebereinkunft schlugen fehl; von zahllosen Reibungen ging man endlich zu offenen Feindseligkeiten über. Am 3. November geriethen die englischen Schiffe vor Hongkong mit der chinesischen Kriegsflotte heftig an einander, wobei die Chinesen den Kürzern zogen und sechs ihrer Dschonken einbüßten. Die Folge war, daß der Gouverneur Lin allen und jeden Handel mit den Engländern verbot und jeden Briten als außer dem Gesetze erklärte. Aber den Chinesen genügte es noch nicht, ihren Gegnern allen Verkehr abgeschnitten zu haben, sie wollten sich auch ihrer Gegenwart entledigen. Elliot und die Engländer wurden (1840) durch den chinesischen General Yih auch aus Macao vertrieben, und Admiral Kwang machte mit der chinesischen Flotte den Versuch, die englische durch Brander zu vernichten. Der Versuch, und gleich darauf ein ähnlicher, wurde zwar vereitelt; aber der Krieg war nunmehr nicht zu umgehen. Dem verrätherischen Angriff der Chinesen auf die englische Flotte (1841) folgte die Bestürmung Kantons durch die Engländer. Der Vertheidiger der Stadt waren 45,000, der Angreifenden nur 2400, aber trotz dieser zwanzigfachen Uebermacht der Chinesen, trotz der starken Stellung, in der sie fochten, ging Kanton verloren. Die britische Regierung war überzeugt, daß nur der kräftigste, die Integrität des Reiches der Mitte selbst bedrohende Angriff dem Kriege ein Ende machen könne. Heer und Flotte wurden bedeutend vermehrt, die bisherigen Befehlshaber durch Sir Henry Pottinger und Sir William Parker ersetzt, der Angriff gegen den schwächsten Punkt des Reiches gerichtet. Der Norden China's ist arm und unfruchtbar, aber ein großer Canal, der sog. Kaiserstrom, führt ihm die Lebensmittel der reicheren südlichen Provinzen zu. Ein Feind, der diese Wasserstraße besetzt, schneidet mithin dem Norden die Lebensmittel ab und kann den Kaiser durch Aushungern der Hauptstadt zur Nachgiebigkeit zwingen. Das war der Plan, den die Engländer für den Feldzug von 1842 angenommen hatten. Heer und Flotte liefen in den Kaisercanal ein. Die Chinesen ließen von jedem Widerstande ab, seit Tschinkiang (Stromeshut), eine ihrer

stärksten Festungen, von den Europäern im ersten Anlaufe genommen war. Als diese Nanking erreichten, fanden sich chinesische Unterhändler ein, mit denen ein Friedensvertrag verabredet und am Bord des „Cornwallis" unterzeichnet wurde, dessen wichtigste Bestimmungen in der Abtretung der Insel Hongkong und in der Oeffnung der fünf Häfen: Kanton, Amoi, Futscheu, Ningpo und Schanghai für den Handel aller Nationen bestanden.

Dieser Krieg hat die gänzliche Machtlosigkeit des Reiches der Mitte jedem europäischen Feinde gegenüber klar bewiesen. Aber nicht bloß seine äußere Schwäche, auch seine inneren Schäden und Gebrechen sind dabei zu Tage gekommen. Eine verhaßte fremde Dynastie, gegen die sich eine Menge von geheimen Gesellschaften gebildet hat, eine todte Cultur, zum Ruin des Volkes mühsam aufrecht erhalten, in den entlegenen Provinzen Anarchie, in den Mittelpunkten des Reiches zunehmende Verarmung — das ist die Lage, in der China den Kampf mit der europäischen Bildung aufzunehmen hat. Diese läßt sich nicht mehr abweisen, der Vertrag von Nanking hat ihr die Pforten erschlossen. Glaubensboten und Kaufleute vollenden in geräuschloser Thätigkeit das Werk der Zersetzung, das der Krieg zermalmend begonnen hat.

---

32. Die nordamerikanische Union.

(Nach Friedr. Steger, drei Bücher der neuesten Geschichte.)

Von der öffentlichen Gewalt verdrängt (s. S. 136), verlegten die Whigs den Mittelpunkt ihrer Operationen in die Banken, die ganz in ihren Händen waren. Sie gedachten ihre Gegner durch kaufmännische, im kolossalsten Maßstabe ausgeführte Manipulationen, namentlich durch künstliche Geldvertheuerungen zu stürzen. Die 1816 neu errichtete Nationalbank, der die Einziehung der Abgaben überwiesen war und in der die Regierung ihre Reservefonds niederlegte, breitete ihre Zweigbanken über das ganze Gebiet der Union aus und wurde von ihrem Vorsteher Biddle so geleitet, daß die drückendste Geldherrschaft dem freien Lande in Aussicht stand. Der Congreß erneuerte ihr Privilegium, aber Präsident Jackson legte sein Veto ein. Unter diesem Streite kamen die Wahlen von 1833 heran, und abermals ging der Name des berühmten Demokraten aus der Wahlurne hervor. Der Kampf gegen die Bank wurde hitziger; um den Ränken der Wighs mit einem Schlage ein Ende zu machen, entzog Jackson der Nationalbank die Regierungsgelder und bewirkte beim Congresse, daß das Privilegium derselben nicht erneuert wurde, so

daß sie ihre Arbeiten einstellen mußte. Diese Maßregel stürzte die Geld-Aristokratie, brachte aber dem Lande große Verlegenheiten, da durch die Auflösung der Nationalbank der Ruin der Zweigbanken und Privatbanken und zahllose Bankerotte herbeigeführt wurden. Selbst mehrere Staaten erklärten, ihre Verbindlichkeiten nicht erfüllen zu können, der Verkehr stockte, es vergingen Jahre, ehe der nordamerikanische Credit in Europa hergestellt war.

Auf Jackson (1829—1837) folgten die Demokraten van Buren (1837—1841), Tyler (1841—1845), welcher letztere an die Stelle des einen Monat nach seiner Ernennung gestorbenen Whigs Harrison trat, und Polk (1845—1849). Unter ihnen entwickelte sich die äußere Politik Nordamerika's kräftiger denn je; die Vereinigten Staaten überschritten erobernd ihre Grenzen und fügten zu ihrem Ländergebiete noch unermeßliche Gebietsstrecken hinzu. Im Jahre 1836 wurden Arkansas und Michigan, 1846 Jowa und Florida als unabhängige Staaten in die Union aufgenommen. Die zunehmende einheimische Uebersiedelung, vom Norden nach dem Südwesten gehend, verlegte den Schwerpunkt des Reiches aus den alten Staaten am atlantischen Ocean in das Flußthal des Mississippi. Zwei mächtige Parteien der Vereinigten Staaten, die Kriegspartei, aus der Mehrzahl der Demokraten bestehend, und die Abolitionisten, unter den Whigs sehr zahlreich, wünschten auch die Einverleibung Canada's in die Union. Die Demokraten duldeten an den Grenzen des Landes ungern einen Feind, der vermöge seiner Verbindungen im fernen Westen die Greuel eines Indianer-Krieges herauf beschwören konnte; die Abolitionisten strebten nach Canada, um gegen den wachsenden Einfluß der Sklavenstaaten des Südens ein Gegengewicht zu erhalten. In Canada herrschte eine Gährung, die diesen Wünschen förderlich schien, aber ein Aufstand gegen die englische Herrschaft wurde (1837) unterdrückt (S. 290). Im Süden dagegen erlangten die Vereinigten Staaten die Gebietsvergrößerung, wonach sie strebten. Während des südamerikanischen Freiheitskrieges zogen Ansiedler aus der Union nach der mexikanischen Provinz Texas. Ihre Zahl mehrte sich in einem solchen Grade, daß der mexikanische Congreß, durch die englische Diplomatie aufmerksam gemacht, den neuen Ansiedelungen Hindernisse in den Weg legte und die Colonisten durch Bedrückungen und Willkürmaßregeln aller Art auszutreiben suchte. Diese verstärkten sich durch Freiwillige aus der Union und behaupteten ihr gutes Recht mit den Waffen in der Hand. Ein großes mexikanisches Heer, das unter Santa Anna einen Einfall machte, wurde 1836 am San Jacinto bis zur Vernichtung geschlagen, der mexikanische Oberfeldherr gefangen genommen. Einen eben so schlechten Erfolg hatten die kleineren Expeditionen, die Mexiko in den nächsten Jahren ausführte. Texas behauptete seine Unabhängigkeit, der Kampf schlief ein, ohne daß ein förmlicher Friedensschluß Statt gefunden hätte. England und Frankreich beeilten sich, den jungen Staat anzuerkennen,

auch Mexiko erklärte sich dazu unter der Bedingung bereit, daß Texas sich nicht an die Vereinigten Staaten anschließe. Allein die Vortheile dieses Anschlusses waren zu groß, als daß Texas hätte zögern können; 1844 erklärte es seinen Beitritt zur Union und wurde 1845 von beiden Häusern des Congresses zu Washington unter die Vereinigten Staaten aufgenommen.

Die Einverleibung von Texas in die Union gab den Mexikanern Anlaß zu Beschwerden, nordamerikanischer Seits wurde über Willkürmaßregeln geklagt, die dem Handel einen Verlust von mehreren Millionen Dollars zugefügt hatten. Das Cabinet von Washington glaubte zu seinem Ziele zu kommen, wenn es dem Nachbarstaate einige Millionen Dollars für eine angemessene Regulirung der Grenzen bewilligte, die einer Abtretung von Texas und Kalifornien gleichgekommen sein würde. Der mexikanische Stolz wies diese Bedingungen mit Verachtung zurück. Man hoffte in Mexiko auf europäische Unterstützung, und wirklich soll Seitens Frankreichs der abenteuerliche Plan bestanden haben, den Thron Montezuma's zu Gunsten eines französischen Prinzen herzustellen und zu diesem Zwecke ein Bündniß mit England zu schließen, für welchen Staat sich schon anderswo eine Entschädigung gefunden haben würde. Während die Unterhandlungen fortgeführt wurden, sammelte Mexiko an den Grenzen von Texas ein so starkes Heer, daß das Cabinet von Washington gezwungen wurde, ebenfalls Truppen an die Grenze zu schicken, deren Oberbefehl der General Zacharias Taylor übernahm. Ein Ueberfall, von den Mexikanern am 2. Mai 1846 bei Palo alto unternommen, aber blutig zurückgewiesen, eröffnete den Krieg. Ein zweites Treffen bei Reseca de la Palma bewies abermals die Ueberlegenheit der nordamerikanischen Waffen, die Mexikaner lösten sich nach dieser Niederlage auf, die Grenzprovinzen bis tief in das Land hinein dem Feinde preisgebend. Mangel an Mannschaft, um so weit ausgedehnte Gebiete zu besetzen, noch mehr Mangel an Transportmitteln hemmten das Vordringen Taylor's. Erst im September konnte er auf Monterey vorrücken, das er nach heldenmüthigem Widerstande nahm, bis Saltillo vorrückte und ein neues feindliches Heer trotz dessen dreifacher Uebermacht bei Buena Vista schlug. Hier endete seine Thätigkeit, denn in Washington war jetzt ein wirksamerer Angriffsplan ersonnen; man hatte den Beschluß gefaßt, Veracruz mittelst einer Flotte und eines Landungsheeres einzunehmen und von dort auf dem kürzesten Wege gegen die Hauptstadt vorzurücken. Im März 1847 erfolgte die Landung der Hauptarmee bei Veracruz, das nach einer neuntägigen Belagerung eingenommen wurde. Santa Anna versuchte bei Cerro Gordo das Glück der Schlachten und verlor sein Heer. Zwei letzte Gefechte bei Contreras und Churubusco lieferten die feindliche Hauptstadt in die Hände der Amerikaner (14. September 1847). Die Mexikaner sannen noch immer auf Widerstand, auf einen Guerillakrieg, der die gegnerischen Streit-

kräfte im Einzelgefechte aufreibe. Der Congreß rief jeden zum Kampfe auf, der ein Schwert führen könne. Es bildeten sich Guerillas, allein diesen wurde die Ueberlegenheit der Nordamerikaner im kleinen Kriege so verderblich, daß jede Hoffnung auf Erfolg verschwand. Furchtbare Indianer-Aufstände brachen aus, die feindlichen Truppen besetzten die Bergwerksbezirke und erhoben die Hafenzölle für Rechnung der Union, die Zerrüttung der Finanzen, die Lösung aller Bande der Ordnung und Disciplin bedrohten Mexiko mit unvermeidlichem Untergange, wenn es nicht schleunig nachgab. Es trat Neumexiko und Kalifornien ab und erkannte den 32. Breitegrad als Grenze an, die Vereinigten Staaten zahlten eine Entschädigung von 15 Millionen Dollars.



Dritter Zeitraum: Von der Februar-Revolution in Frankreich bis zur Gegenwart, 1848—1865.

---

33. Die zweite französische Republik 1848—1852.

(Nach Aug. Ludw. v. Rochau, Geschichte Frankreichs vom Sturze Napoleon's bis zur Wiederherstellung des Kaiserthums, bearbeitet vom Herausgeber.)

a. Die provisorische Regierung 25. Februar — 10. Mai 1848.

Die in der Deputirtenkammer eingesetzten Mitglieder der provisorischen Regierung (s. S. 161), nachdem sie über Barricaden und blutbeflecktes Pflaster vor dem Rathhause ankamen, fanden dasselbe von einer so dichten Menschenmasse umgeben, daß sie nur mit der größten Mühe in das Rathhaus gelangen konnten, in dessen Innerm das Drängen und Toben noch wilder war als draußen. Bald stellte sich heraus, daß in den Redactionszimmern des „National“ und der „Réforme“ eine zweite provisorische Regierung ernannt worden, deren Mitglieder jedoch der Mehrzahl nach die nämlichen waren, welche Lamartine hatte ausrufen lassen, die fünf anderen Mitglieder der zweiten Regierung wurden einstweilen als Secretäre der provisorischen Regierung zugelassen, traten aber bald factisch in die Rechte ihrer Collegen ein. Die erste Bekanntmachung der provisorischen Regierung war die Proclamation der Republik, jedoch unter Vorbehalt der Bestätigung durch das Volk, welche auch am 27. Februar auf dem Bastilleplatz im Angesichte der Julisäule erfolgte.* Die einzelnen Ministerien wurden theils von den Mitgliedern der Regierung selbst übernommen, theils dem ersten besten Parteimanne übertragen, den man gerade zur Hand hatte. Alle diese und eine Menge ähnlicher Maßregeln wurden inmitten eines Tumultes beschlossen, der jede regelmäßige Berathung unmöglich machte. Jedes Mitglied der Regierung faßte auf eigene Hand Verordnungen in Masse ab. Lamartine war die eigentliche Seele der Regierung; die Kraft, die Ausdauer und der Erfolg, womit er an den beiden ersten Tagen der Revolution den tobenden Leidenschaften und ausschweifenden Forderungen der Volksmassen entgegentrat, gaben ihm ein unbestrittenes Uebergewicht über seine Collegen. Allmählich begannen die Barricaden und die

anderen Spuren des in den drei Februartagen ausgefochtenen Kampfes aus den Straßen von Paris zu verschwinden, draußen rauchten noch die Trümmer des königlichen Schlosses in Neuilly, welches von einem Pöbelhaufen geplündert und in Brand gesteckt war, wobei eine beträchtliche Anzahl der Plünderer, die betrunken in den Kellern liegen geblieben, den Tod gefunden hatte.

Die Mitglieder der königlichen Familie und des Ministeriums Guizot erreichten der Mehrzahl nach ohne besondere Hindernisse das Ausland, nur der Flucht des Königs selbst stellten sich Schwierigkeiten entgegen: er kam mit seiner Gemahlin von St. Cloud nach dem Schlosse zu Dreux, von da, mit erborgtem Gelde und falschem Passe, nach einem kleinen Landhause bei Honfleur, welches einem seiner Ordonnanz-Officiere, dem Grafen Perthuis gehörte. Das stürmische Wetter verzögerte seine Einschiffung auf einem Fischerboote und des Wartens müde, faßte der König endlich den ziemlich gewagten Entschluß sich nach Havre und dort auf das englische Postschiff zu begeben, was ihm auch gelang, obwohl er im Augenblicke der Einschiffung erkannt wurde, wie schon mehrmals auf der Reise und während des Aufenthaltes an der Küste der Normandie. Die provisorische Regierung gab den Behörden hinlängliche Beweise, daß sie die Flucht des Königs nicht zu verhindern beabsichtige. Die Herzogin von Orleans reis'te mit ihren beiden Söhnen durch Belgien nach Deutschland. Die übrigen Mitglieder der königlichen Familie, welche im Augenblicke der Revolution in Paris gewesen, entkamen auf verschiedenen Wegen über die Grenze und fanden sich nach und nach zusammen in dem Schlosse Claremont, dem Eigenthum des Eidames Ludwig Philipp's, des Königs der Belgier. Zwei Söhne des Königs befanden sich damals außerhalb Frankreichs: der Prinz von Joinville auf der Flotte, der Herzog von Aumale in Algerien als Statthalter. Beide legten ihre Commandos nieder, um sich ebenfalls nach England zurückzuziehen.

Nach außen befolgte die provisorische Regierung von Anfang an eine Friedenspolitik, um nicht die Erneuerung der europäischen Coalitionen der Napoleonischen Zeit hervorzurufen und im Falle des Sieges aus diesem eine militärische Dictatur hervorgehen zu sehen. Auch drängte dazu die Zerrüttung der Finanzen, denn die Republik erbte von Ludwig Philipp eine schwebende Schuld von 900 Millionen und eine consolidirte, die binnen den letzten acht Jahren von vier auf fünf Milliarden angewachsen war. Der Finanz-Minister sah sich, außer zu andern bedenklichen Schritten, zu einem Aufschlage von 45 pCt. auf die directen Steuern genöthigt, eine Maßregel, die der neuen Staatsordnung in der Meinung und in dem Wohlwollen des davon am empfindlichsten betroffenen Landvolkes einen Stoß gab, dessen Nachwirkungen bis zum Sturze der Republik bemerklich blieben. Um das durch die, in Folge der Revolution natürliche, Stockung in Handel und Gewerbe verdoppelte oder verdreifachte Proletariat zu ernäh-

ren und dem im Drange des Augenblicks von der provisorischen Regierung anerkannten „Recht auf Arbeit" Geltung zu gewähren, wurden sog. National-Werkstätten errichtet, in denen brodlose Arbeiter Beschäftigung und Lohn finden sollten; diese Beschäftigung bestand jedoch nur in zwecklosen Erdarbeiten, der Lohn war also nichts Anderes als ein Almosen. Die Zahl der so Beschäftigten stieg schnell auf 80—100,000; selbst Schriftsteller, Künstler und andere Männer von höherer Bildung nahmen in großer Menge zu den National-Werkstätten ihre Zuflucht, um wenigstens ihr Leben zu fristen. Natürlich artete diese nutzlose Arbeit bald in einen beschäftigten Müßiggang aus, der auf die Dauer den financiellen Ruin des Staates und den sittlichen Bankerott des Volkes zur Folge haben mußte. Eben so ernstliche Besorgnisse, wie die National-Werkstätten, erregte ein sog. „Arbeiter-Parlament," welches aus Tagelöhnern, Fabrikarbeitern, Handwerksgesellen bestand und sich unter dem Vorsitze von Louis Blanc in dem Sitzungssaale der ehemaligen Pairs-Kammer, im Palaste Luxembourg, versammelte, um über die Mittel der Verwirklichung der gerade nicht sehr bescheidenen socialistischen Wünsche zu berathen, namentlich die sog. „Organisation der Arbeit", als deren Apostel Louis Blanc eine unermeßliche Popularität genoß. Die gebildeten und wohlhabenden Mittelklassen fürchteten früher oder später den offenen und gewaltthätigen Communismus aus dem ehemaligen Sitzungssaale der Pairskammer hervorgehen zu sehen. Ein weiterer Gegenstand lebhafter Unruhe für die Regierung und die conservativ gesinnte Bevölkerung wurden die politischen Clubs, deren sich binnen Wochen mehrere Hundert in Paris bildeten, denn jeder der Männer, welche sich unter der vorigen Regierung in Verschwörungen oder socialistischen Secten einen Namen gemacht, stiftete einen besonderen Club, so Barbès, Blanqui, Cabet, Raspail u. s. w. Viele derselben arbeiteten darauf hin, an die Geschichte von 1793 wieder anzuknüpfen. Diese revolutionären Clubs entfalteten ihre Macht am 16. März, indem sie ihre ganze Mannschaft in den elyseischen Feldern aufboten und von dort nach dem Rathhause zogen, um die Forderungen „des Volks" (Vertagung der Wahlen zur National-Versammlung, Abzug der letzten Truppenreste aus Paris u. s. w.) durch Blanqui's Organ der provisorischen Regierung sofort abzutrotzen. Durch beharrlichen Widerstand gelang es Lamartine, die Deputation dahin zu bringen, daß sie zwar ihre Forderungen nicht fallen ließ, aber auf die augenblickliche Gewährung derselben verzichtete. Die vor dem Rathhause versammelte Volksmenge verlief sich ohne Störung der Ruhe. Einen Monat später, 16. April, berief der „Club der Clubs" (eine revolutionäre Centralbehörde aus den Vorständen und Vertretern der einzelnen Clubs gebildet) die Social-Demokraten (d. h. die vereinigten Ultra-Republikaner und Socialisten) auf das Marsfeld, um von dort in Masse nach dem Rathhause zu ziehen und die provisorische Regierung zu stürzen, weil diese auf eine Vertagung der

Wahlen nur für eine kurze Frist (bis zum 27. April) eingegangen war, während die Clubs Zeit haben wollten, um die Bevölkerung über die Wahlen in ihrem Sinne „aufzuklären"; denn sie setzten Mißtrauen in die republikanische Gesinnung der Mehrheit der Franzosen, namentlich des Landvolkes, und befürchteten eine contrerevolutionäre National-Versammlung. Doch die Nationalgarde, obgleich noch nicht vollständig reorganisirt, erschien in solcher Anzahl zum Schutze der provisorischen Regierung und gab ihre Gesinnung durch Vivat's auf die Regierung und Pereat's auf die Communisten so unzweifelhaft zu erkennen, daß die Anstifter der Versammlung auf dem Marsfelde nicht einmal ihre Forderungen vorzubringen wagten. Paris, ganz Frankreich athmete auf nach dieser ersten Kraftäußerung der Staatsgewalt, nach diesem leichten Siege über die social-demokratische Partei des Umsturzes. Zur weiteren Kräftigung der öffentlichen Ordnung wurde dieser Triumph durch eine großartige Heerschau der Nationalgarde (am 20. April) gefeiert, bei welcher der Kriegsminister Arago diese durch Verleihung neuer Fahnen für die Republik in Eid und Pflicht nahm. Man nannte dieses militärische Schauspiel das Fest der Verbrüderung.

In Bezug auf die Wahlen hatte die provisorische Regierung eine Verordnung erlassen, der zufolge jeder Franzose mit dem 21. Jahre wahlberechtigt, mit dem 25. Jahre wählbar war. Die Zahl der Mitglieder der National-Versammlung war auf 900 (1 auf je 40,000 Einwohner) festgesetzt. Die Wahlen ergaben eine vollständige Niederlage der ultrarepublikanischen und socialistischen Partei. Die National-Versammlung bestätigte in ihrer ersten Sitzung am 4. Mai die am 24. Februar ausgerufene Republik als die Staatsform Frankreichs, die als solche noch einmal im Angesicht des auf der Place de la concorde versammelten Volkes ausgerufen und durch Acclamation angenommen wurde. Die provisorische Regierung erstattete Bericht über ihre Wirksamkeit und legte ihr Mandat in die Hände der National-Versammlung nieder. Nachdem Lamartine den Vorschlag, ihm die gesammte Regierungsgewalt zu übertragen, wegen der zu erwartenden Opposition abgelehnt hatte, wählte die National-Versammlung (18. Mai) eine Vollziehungs-Commission, bestehend aus Arago, Garnier-Pagès, Marie, Lamartine und Ledru-Rollin, welche die Regierung bis zur Vollendung der neuen Verfassung mittelst eines verantwortlichen Ministeriums führen sollte. Arago übernahm als Erstgewählter den Vorsitz in der Vollziehungs-Commission; in dem Ministerium derselben erhielt Cavaignac die Kriegs-Verwaltung.

b. Die Vollziehungs-Commission, 10. Mai bis 28. Juni 1848.

Da die ganze Haltung der National-Versammlung den Ultrarepublikanern und Socialisten keine Hoffnung auf Verwirklichung ihrer

Absichten gab, so entwarfen sie den Plan, die National-Versammlung, deren Wahl und Eröffnung sie nicht hatten hinhalten können, zu sprengen, die von derselben eingesetzte Regierung zu stürzen und eine social-demokratische Dictatur an deren Stelle zu setzen. Zum Vorwande diente die Ueberreichung einer Adresse, in welcher die Wiederherstellung eines unabhängigen Polen verlangt wurde. Am 15. Mai versammelte sich auf dem Bastilleplatze und den benachbarten Boulevards eine Menschenmenge, die auf 100,000 Köpfe geschätzt wurde. Viele von ihnen trugen rothe Abzeichen und unter den Kleidern Waffen. Man zog nach dem Palaste der National-Versammlung, wo die Adresse vorgelesen wurde, aber inmitten des beispiellosen Gedränges und Tumultes war nicht einmal eine scheinbare Berathung oder Beschlußnahme der Abgeordneten möglich. Dennoch bestand die rasende Menge auf augenblicklicher Bewilligung ihrer Forderungen und nach mehreren Stunden erfolglosen Tobens erklärte ein gewisser Huber, einer der berüchtigtsten Verschwörer aus der Zeit Ludwig Philipp's, im Namen „des von seinen eigenen Vertretern betrogenen Volkes" die National-Versammlung für aufgelöst, die Abgeordneten wichen der Gewalt und die zurückbleibenden Social-Demokraten beschlossen sofort die Errichtung einer neuen Regierung. Noch hatten sie sich nicht über die Wahl der Personen geeinigt, als die Nachricht von dem Anrücken von Truppen sie bewog, den Palast zu verlassen und sich nach dem Rathhause zu begeben. Hier wurde eine neue Regierung (Barbès, Albert, Louis Blanc, Blanqui, Ledru-Rollin, Raspail, Proudhon u. s. w.) eingesetzt und eine Kriegserklärung gegen die drei Ostmächte abgefaßt für den Fall, daß dieselben nicht sofort zur Wiederherstellung Polens schreiten würden. Inzwischen hatte sich Lamartine selbst an die Spitze der Nationalgarde gestellt, die ihren obersten Befehlshaber (Courtais) wegen seiner zweideutigen Haltung entsetzt und gefangen genommen hatte. Ledru-Rollin erschien ihm zur Seite und lehnte so die ihm zugedachte Rolle in der neuen Regierung offenbar ab. Der von beiden geführte Zug verstärkte sich unterwegs durch eine große Anzahl Nationalgardisten, und Lamartine, der sein in der Noth angemaßtes Commando an General Bedeau abtrat, feierte in dem wiedereroberten Rathhause und auf dem Rückwege zur National-Versammlung den glänzendsten aller Triumphe. Er konnte sich vor den stürmischen Ausbrüchen der Begeisterung nur mit Mühe in den Palast der National-Versammlung retten. Die gefährlichsten Häupter des Aufruhrs wurden verhaftet; der aus Algier zurückberufene General Cavaignac übernahm das Kriegs-Ministerium und den Oberbefehl über die Truppen von Paris, deren Zahl auf 55,000 Mann (einschließlich der Mobilgarde und der Polizei-Soldaten) vermehrt wurde. Am 21. Mai nahmen 300,000 Bewaffnete Theil an dem zwölf Stunden dauernden „Eintrachtsfeste" auf dem Marsfelde.

In den ersten Tagen des Juni wurden einige Ergänzungswahlen

zur National-Versammlung vorgenommen, wodurch Thiers, Changarnier, Victor Hugo, Proudhon, Leroux in dieselbe eintraten. Aber auch Ludwig Bonaparte war in Paris und in drei Departements zum Abgeordneten gewählt worden, und diese Wahl gab die erste Veranlassung zum Zwiespalt zwischen der Vollziehungs-Commission, welche die 1816 und 1832 beschlossene Verbannung der Familie Napoleon's aufrecht erhalten wollte, und der National-Versammlung, welche die Zulassung des Gewählten beschloß. Die Lage der Regierung wurde dadurch nicht gebessert, daß Ludwig Bonaparte in einem Schreiben an den Präsidenten der National-Versammlung erklärte, daß er, um keinen Vorwand zu (übrigens schon vorgefallenen) Ruhestörungen zu geben, einstweilen nicht nach Frankreich kommen werde.

Am gefährlichsten jedoch wurde für die Regierung die Nothwendigkeit und zugleich die Schwierigkeit der Aufhebung der National-Werkstätten, zu welchen aus den Provinzen eine Menge Arbeiter hinströmten, weil ihnen hier das Nichtsthun mehr Lohn (täglich zwei Fr.) einbrachte, als in der Heimat die ernstliche Arbeit. Die Zahl der Eingeschriebenen stieg Anfangs Juni auf 117,000. Schon als die Regierung einige vorbereitende Maßregeln zur Aufhebung der National-Werkstätten traf, z. B. daß die Arbeit nach dem Stücke bezahlt werden, daß ein Theil der Arbeiter aus Paris entfernt und in entlegenen Provinzen beschäftigt werden sollte, begann der Aufruhr, zu dessen Bekämpfung Cavaignac bereis einen Feldzugsplan entworfen hatte; so sehr war die Regierung aufs Aeußerste gefaßt. Der Kampf begann am 23. Juni an dem Thore St. Denis mit einem Angriffe auf die Nationalgarde, verbreitete sich aber schnell über einen großen Theil der Stadt und nahm trotz des verwegensten Muthes der Truppen erst in der Nacht ein vorläufiges Ende. Am Morgen des 24. erneuerte sich derselbe mit verdoppelter Kraftanstrengung von beiden Seiten. Auf die Nachricht, daß das Rathhaus in die Hände der Aufrührer zu fallen drohe, beschloß die National-Versammlung, daß Paris in Belagerungszustand erklärt und die ganze vollziehende Gewalt dem General Cavaignac übertragen werde, worauf die Vollziehungs-Commission ihr Amt ohne Verzug niederlegte. Dieser gewann im Laufe des Tages so viele Vortheile über den Aufstand, daß am Abend fast das ganze linke Seine-Ufer im Besitze der Truppen war und auch das Rathhaus nicht mehr gefährdet erschien. Am 25. versuchten die militärischen Befehlshaber zunächst Unterhandlungen mit den Aufständischen, aber immer ohne Erfolg. General Brea, der sich zu diesem Zwecke in ihre Mitte begeben hatte, wurde gräßlich ermordet. Der Erzbischof von Paris, welcher auf dem Bastilleplatze erschien, um mit Genehmigung Cavaignac's das Ansehen seines Amtes und die Macht seiner Beredsamkeit an den Aufständischen zu versuchen, ließ die jüngste Proclamation der National-Versammlung, wodurch den Aufständischen, die ihre Waffen freiwillig niederlegen würden, Verzeihung versprochen

wurde, verlesen. Es entspann sich hierauf eine Unterhandlung, namentlich über die Aechtheit der Proclamation und die daraus folgende Amnestie, als plötzlich das Feuern, wie es scheint, in Folge eines mißverstandenen Trommelschlages von Neuem begann. Eine der ersten Kugeln — ob aus dem Gewehre eines Aufständischen oder eines Soldaten, ist zweifelhaft geblieben — traf den Erzbischof, dessen Verwundung die größte Bestürzung und Theilnahme erregte. Er starb in seiner Wohnung am 27. Juni. Cavaignac wies am 26. alle ferneren Anträge zu Unterhandlungen zurück, stellte zur unbedingten Unterwerfung eine Frist bis 10 Uhr Morgens und begann, da die Unterwerfung nicht erfolgte, den Angriff auf die furchtbar verbarricadirte Vorstadt St. Antoine, als den letzten Heerd des Aufruhrs. Nach einer Stunde ergab sich dieselbe auf Gnade oder Ungnade.

Niemals hatte der Aufstand in den Straßen von Paris so lange und so blutig gewüthet, wie diesmal. Die Zahl der während des viertägigen Kampfes Getödteten wurde auf 10,000 geschätzt, die der Gefangenen auf 12,000—14,000, davon wurden die der Theilnahme am Aufstande „Ueberwiesenen" zur Deportation nach einer der transatlantischen Colonieen Frankreichs bestimmt, wohin sie sich von ihren Frauen und Kindern begleiten lassen durften; gegen die Anstifter und Häuptlinge des Aufruhrs wurde ein kriegsgerichtliches Urtheil vorbehalten. Uebrigens muß anerkannt werden, daß der Aufstand, obgleich von zahlreichen entlassenen oder entsprungenen Sträflingen unterstützt, seine vorübergehende Macht keineswegs zu Raub und Plünderung mißbrauchte, vielmehr, wie die Juli- und Februar-Revolution, das Eigenthum unter den Schutz einer blutigen Volksjustiz stellte.

c. Die Regierung Cavaignac's 28. Juni bis 20. Dec. 1848.

Cavaignac erhielt die Verlängerung seiner außerordentlichen Gewalt unter dem Titel eines „Hauptes der Vollziehungsgewalt und Cabinets-Präsidenten". Nach der Bildung eines neuen Ministeriums, zum größeren Theile aus den Mitgliedern des bisherigen, begann die nach den jüngsten Ereignissen unausbleibliche Reaction mit Aufhebung der National-Werkstätten, Unterdrückung der zügellosesten Clubs und Zeitungen und Verlängerung des Belagerungszustandes, zum Theil Dinge, welche unter der im Februar gestürzten Monarchie zu den Unmöglichkeiten gehört hatten.

Am 6. Juli wurde zu Ehren der gefallenen Vertheidiger des Vaterlandes ein großartiges Todtenfest gefeiert: ein riesenhafter Trauerwagen trug unter einer großen Anzahl anderer Leichen die Gebeine von sieben Generälen, die theils im Kampfe getödtet, theils an ihren Wunden gestorben waren. Am folgenden Tage wurde dem Erzbischofe von Paris ein noch glänzenderes Leichenbegängniß

gehalten, ein drittes am 8. Juli dem von seinen Zeitgenossen fast vergessenen Chateaubriand, der am 4. Juli, 80 Jahre alt, gestorben war.

Inmitten aller Reaction wurde jedoch der republikanische Charakter Cavaignac's und seiner Politik keinen Augenblick zweifelhaft. Wie er einerseits den Socialisten (Proudhon) und „den Rothen" mit der entschiedensten Festigkeit entgegen trat, so andererseits den Legitimisten und den Bonapartisten, die sich von Neuem zu regen begannen. Denn bei den Nachwahlen wurden Monarchisten von der unzweideutigen Farbe eines Grafen Molé und Marschalls Bugeaud und mehrfach Ludwig Bonaparte in die National-Versammlung gewählt, in welche er am 26. September eintrat. Am 4. September hatte in derselben die Debatte über die neue Verfassung begonnen, bei welcher die Mehrheit eine große Feindseligkeit gegen alle social-demokratischen Bestrebungen zeigte; so wurde das „Recht auf Arbeit" mit großer Mehrheit verworfen. Außer diesem Puncte rief nur noch die Art der Präsidentenwahl, ob dieselbe durch die National-Versammlung oder unmittelbar durch das Volk geschehen solle, eine lebhafte Debatte hervor. Obgleich der Dichter Felix Pyat in einem lebendigen Bilde die Gefahr ausmalte, welche von der Macht eines aus der Volkswahl hervorgegangenen Präsidenten drohe, beschloß die National-Versammlung, unter dem Eindrucke einer mehr blendenden als gehaltvollen Rede Lamartine's, mit großer Stimmenmehrheit, die Präsidentenwahl dem Volke zu überlassen. Daher setzte keine Angelegenheit nach Verkündigung der neuen Verfassung (am 12. November) so sehr ganz Frankreich in Bewegung, als die auf den 10. December ausgeschriebene Präsidentenwahl. Der einzige Nebenbuhler, der Cavaignac mit Aussicht auf Erfolg entgegengestellt werden konnte, war Ludwig Bonaparte, dessen Candidatur seit dem Tage seines Eintrittes in die National-Versammlung von seinen Freunden und Angehörigen angekündigt und von einem sehr großen Theil des Volkes, namentlich der ländlichen Bevölkerung, mit Gunst aufgenommen wurde. Seine kräftigste Empfehlung war das unter dem Landvolke mit richtiger Berechnung verbreitete Gerücht, daß der Neffe des Kaisers, wenn man ihn zum Präsidenten wähle, die jüngst auf die Grundsteuer geschlagenen 45 pCt. Zuschlag aus eigener Tasche zurück zahlen werde. Zugleich ward Cavaignac beschuldigt, er habe den Juni-Aufstand absichtlich gefährlich werden lassen, um sich zum unentbehrlichen Manne zu machen und er habe Diebe und Mörder (zwei wegen Mordversuchs gegen Ludwig Philipp verurtheilte Leute) zu Nationalbelohnungen empfohlen. Obgleich von den Anhängern Cavaignac's unzählige Schmähschriften gegen Ludwig Bonaparte verbreitet wurden, in denen ihm sogar sein Name, seine Verwandtschaft mit Napoleon und damit der einzige Anspruch zu seinen Gunsten streitig gemacht wurde, indem man die Rechtmäßigkeit seiner Geburt im zuversichtlichsten Tone leugnete, so erhielt derselbe doch von 7,300,000 abge-

gebenen Stimmen 5,430,000 und Cavaignac nur 1,448,000. Die Arbeiterbevölkerung von Paris war zum großen Theil nur aus Haß gegen den Besieger des Juni-Aufruhrs in die Reihen der Bonapartisten getreten. Am 20. December legte Cavaignac seine Gewalt nieder, und Ludwig Bonaparte wurde vom heutigen Tage bis zum zweiten Sonntage des Mai 1852 zum Präsidenten der Republik proclamirt und sofort in Eid genommen. Er verabschiedete sich von Cavaignac mit den Worten: „General, ich bin stolz darauf, der Nachfolger eines Mannes zu sein, wie Sie!“ Cavaignac dankte mit einer stummen Verbeugung, und der neue Präsident bezog das ihm zur Wohnung angewiesene und eingerichtete Elysée Bourbon.

d. Die Präsidentschaft Ludwig Bonaparte's, 20. Dec. 1848 bis 2. Dec. 1852.

Ludwig Bonaparte bildete ein neues Ministerium mit Odilon Barrot als Cabinets-Präsidenten und Drouyn de Lhuys als Minister der auswärtigen Angelegenheiten. Die großen Erwartungen, welche ein großer Theil der Nation auf die neue Regierung gesetzt, und namentlich die Hoffnungen des Landvolks auf eine unmittelbare Erleichterung des Steuerdruckes, wo nicht gar auf Rückzahlung des berüchtigten Zuschlags von 45 pCt., gingen nicht in Erfüllung, wodurch die Stellung des neuen Präsidenten der Republik um so schwieriger wurde, als er auch weder in der National-Versammlung einen festen Rückhalt hatte, noch im Heere, das einstweilen noch an Cavaignac hing. Eben so war keine Partei mehr mit der National-Versammlung zufrieden und dieselbe wurde in Adressen und Anträgen bestürmt, sich aufzulösen, weil sie als eine constituirende ihre Aufgabe vollendet habe, jede Partei hoffte auf einen besseren Erfolg bei den Wahlen für eine neue Versammlung. Nach langem Sträuben beschloß die National-Versammlung, binnen drei Monaten die Wahl einer gesetzgebenden Versammlung vornehmen zu lassen und erließ für diese ein neues Wahlgesetz. Die Vorbereitungen zu den Wahlen wurden von allen Seiten mit dem äußersten Aufwande rechtmäßiger und unrechtmäßiger Mittel betrieben, und das Ergebniß setzte alle Welt in Erstaunen: Legitimisten und Orleanisten bildeten die entschiedene Mehrheit der neuen Volksvertretung, die am 28. Mai ihre Sitzungen eröffnete. Dupin der Aeltere, welcher unter Ludwig Philipp viele Jahre lang den Vorsitz in der Deputirtenkammer gehabt hatte, wurde zum Präsidenten gewählt.

Inzwischen hatte die Regierung den schon früher von Cavaignac entworfenen Plan, zu Gunsten des aus Rom geflüchteten Papstes (Pius IX.) einzuschreiten, ausgeführt und den General Oudinot mit etwa 10,000 Mann nach dem Kirchenstaate abgesandt. Am 30. April war Oudinot mit der Hälfte seiner Truppen im Angesichte von Rom erschienen, wo er eben so wenig Widerstand zu finden glaubte, wie

bei seiner Landung in Civita vecchia. Er sah sich jedoch bald bitter enttäuscht, indem er mit Kartätschenschüssen aus den Gärten des Vatican begrüßt wurde und nach mehrstündigem Kampfe sich mit einem Verluste von 600—700 Mann zurückziehen mußte. Man beschuldigte nun die Regierung, die Verfassung verletzt zu haben, welche die feierliche Erklärung enthielt, daß Frankreich niemals zur Unterdrückung der Freiheit fremder Völker einschreiten sollte, und machte das Ministerium verantwortlich für die Schande, welche die französischen Waffen unter den Mauern Roms erlitten. Der Antrag Ledru-Rollin's, den Präsidenten der Republik und seine Minister in Anklagezustand zu versetzen, wurde von der National-Versammlung zurückgewiesen, und ein Aufstand der Socialdemokraten, der fast ohne Blutvergießen unterdrückt wurde, gab der National-Versammlung Anlaß, auf Antrag der Regierung nicht bloß Paris, sondern auch zehn benachbarte Departements in Belagerungszustand zu erklären, die socialdemokratischen Blätter zu unterdrücken und zufolge eines neuen Clubgesetzes alle politischen Vereine aufzulösen.

In den ersten Tagen des Juli 1849 fiel Rom, nach zweimonatlicher Belagerung, in die Hände des Generals Oudinot, worauf die Wiederherstellung der päpstlichen Regierung ohne Aufschub und ohne Bedingungen erfolgte. Dies gab der Opposition neue Gelegenheit, die römische Politik der Regierung anzugreifen, die National-Versammlung aber bewilligte einen neuen, für die Besetzung von Rom verlangten Credit mit Beseitigung jedes Amendements.

Während zwischen der Mehrheit der National-Versammlung und dem Ministerium das beste Einverständniß obwaltete, war der Präsident der Republik mit beiden unzufrieden, weil beide durch den Anspruch auf Handhabung eines parlamentarischen Regiments sein ehrgeiziges Streben nach einer selbständigen Regierungs-Politik vereitelten. Deßhalb bildete er sich ein neues Ministerium, durchweg aus Männern von unzweifelhafter Mittelmäßigkeit. Schon jetzt zweifelte Niemand mehr, daß die Absicht Ludwig Bonaparte's schließlich auf einen Staatsstreich hinauslaufe, besonders da er bei einer Rundreise durch das Land (im Sommer 1849) nicht sowohl in der Eigenschaft eines ersten Beamten der Republik, als in der des Prinzen, des Neffen Napoleon's, aufgetreten war, und der Anfangs von einzelnen Stimmen leise geäußerte Gedanke der Wiederherstellung des Kaiserreiches in Volk und Heer vielfachen Wiederhall gefunden hatte. Der Staatsstreich wurde das Tagesgespräch, man erwartete ihn schon am Jahrestage des 18. Brumaire. Daher hielt die Regierung für rathsam, zur Beschwichtigung der dadurch entstandenen Aufregung im Moniteur eine Erklärung zu veröffentlichen, welche überströmte von sittlicher Entrüstung über „die heimtückische Verleumdung der Absichten des Präsidenten, eines Mannes, der nie sein Wort gebrochen". Zugleich übte dieser Mann einen großen Gnadenact zu Gunsten der Juni-Aufrührer. Von den 6000 derselben, welche nach dem

Spruche der Militär-Commission über den Ocean geschafft werden sollten, war bereits die große Mehrzahl nach und nach freigelassen worden, nachdem sie einige Monate lang auf Kriegsschiffen, in Küstenfestungen und auf Belle Isle gefangen gehalten worden. Von den noch übrigen 1850 wurden beinahe drei Viertheile begnadigt, nur 500 besonders schwer belastete Juni-Gefangene blieben einstweilen in Haft, um später, statt nach einer transatlantischen Colonie, nach Algier gebracht zu werden. Da die National-Versammlung den, einige Wochen vorher von Jérôme Napoleon Bonaparte gestellten, Antrag auf eine allgemeine Amnestie für die Juni-Gefangenen zurückgewiesen hatte, so konnte man nicht zweifeln, daß diese erste Handlung des nunmehr begonnenen persönlichen Regiments des Präsidenten diesen, auf Kosten der National-Versammlung, bei dem Volke in Gunst setzen sollte.

Bei dem immer zunehmenden Mißverhältniß zwischen dem Präsidenten und der National-Versammlung, die nur in Bekämpfung des rothen Republikanismus gemeinschaftlich handelten, durfte er auf den Beistand der Versammlung nicht rechnen, wenn er, wie mehr als wahrscheinlich war, mit dem Plane umging, seine Präsidentschaft zu verlängern. Um sich daher zu vergewissern, ob er für jenen Plan auf die Unterstützung des Volkes hoffen dürfe, unternahm er eine zweite Rundreise durch Frankreich im Herbste 1851, und die warmen Huldigungen der wohlhabenden Bevölkerung in Lyon, „der zweiten Hauptstadt des Landes", veranlaßten den sonst so verschlossenen Präsidenten, sein geheimes Anliegen zu offenbaren durch die Erklärung: er sei bereit, den Volkswillen zu vollziehen, möge derselbe Entsagung von ihm verlangen — oder Beharrlichkeit. In der Normandie machte er kein Hehl daraus, daß er die Verfassung für fehlerhaft halte. Als Hauptfehler derselben galt ihm und seinem Anhange ohne Zweifel für jetzt die Bestimmung, welche die Dauer der Präsidentschaft auf vier Jahre beschränkte. Deßhalb betrachtete man es auch als einen großen Gewinn für die bonapartistische Sache, als sich die im Herbste versammelten Departemental-Räthe für die Nothwendigkeit einer Revision der Verfassung erklärten.

Der Artikel 45 der Verfassung gestattete die Wiedererwählung des Präsidenten erst nach einer Zwischenzeit von vier Jahren und zur Abänderung eines Artikels der Verfassung bedurfte es eines mit drei Viertheilen der Stimmen gefaßten Beschlusses. Die bonapartistische Partei betrieb nun im ganzen Lande die Abfassung und Unterzeichnung von Adressen an die National-Versammlung zu Gunsten der Verfassungs-Revision. Die Versammlung erklärte sich nach mehrtägigen, mit seltener Ruhe und Mäßigung geführten Debatten am 19. Juli mit 476 gegen 278 Stimmen für die Revision. Die erforderliche Mehrheit von drei Viertheilen war also nicht erreicht und die Abänderung der Verfassung damit abgelehnt. Die Revisions-Freunde eilten nun in die Provinzen, um dort eine große, unwider-

setzliche Bewegung für die Verfassungs-Revision in Gang zu bringen. Vor Allem wandte man sich an die Departemental-Räthe, deren Versammlung, wie gewöhnlich, im Herbste Statt fand und von denen sich schon im vorigen Jahre eine beträchtliche Anzahl für die Revision der Verfassung erklärt hatte. Diesmal sprachen sich nicht weniger als 80 Departemental-Versammlungen für dieselbe aus, hauptsächlich aus Mißtrauen gegen den Bestand der gegenwärtigen Ordnung der Dinge. Bonaparte schien sich seinem Ziele um so mehr zu nähern, als die übrigen Parteien keinen ihm gefährlichen Nebenbuhler bei der Präsidentenwahl aufzustellen hatten; denn die Legitimisten konnten doch nicht ihren „König" als Bewerber um ein republikanisches Amt auftreten lassen, die Orleanisten dachten an den jetzt noch mit seiner Familie verbannten Prinzen von Joinville, die Socialdemokraten waren durch die Flucht Ledru-Rollin's ihres letzten bedeutenden Chefs beraubt. Das einzige Hinderniß gegen die Wiederwählung Ludwig Bonaparte's war der Artikel 45 der Verfassung. Wie aber, wenn das Volk, unbekümmert um diesen Artikel, dem bisherigen Präsidenten dennoch seine Stimmen gab? Ein geeignetes Mittel zur Erlangung dieses Zweckes schien die Ausdehnung des Wahlrechtes durch Beseitigung der demselben durch ein Gesetz vom 31. Mai 1850 auferlegten Beschränkungen (dreijähriger Aufenthalt des Wählers an einem bestimmten Orte und Nachweis desselben durch Steuerquittungen). Um einen desfallsigen Antrag an die National-Versammlung zu bringen, mußte der Präsident sich erst ein neues Ministerium aus noch gefügigeren Werkzeugen seiner persönlichen Politik bilden. Die National-Versammlung lehnte zwar am 13. November den Antrag nach kurzer Verhandlung, jedoch mit sehr geringer Mehrheit ab, schritt aber bei Gelegenheit der Berathung einer neuen Gemeindeordnung zur Aufstellung eines neuen Wahlgesetzes, das freilich zunächst für die Municipalwahlen gelten, aber nachträglich an die Stelle des Gesetzes vom 31. Mai treten sollte. Doch wurde darin die erforderliche Dauer des Aufenthaltes an einem bestimmten Orte nicht auf sechs Monate, wie die Regierung wollte, sondern nur auf zwei Jahre ermäßigt.

Bei den Verhandlungen über das Wahlgesetz hatte die Bergpartei auf Seiten der Regierung gestanden und sie rächte sich für die Ablehnung der Herstellung des allgemeinen Stimmrechtes auf breitester Grundlage dadurch, daß sie einen folgenden Antrag, dem zufolge die National-Versammlung sich gegen eine Verfügung des Kriegs-Ministers St. Arnaud die unbedingte Verfügung über die bewaffnete Macht vorbehalten wollte, durch ihre Stimmen zum Falle brachte. Diesen mit socialdemokratischer Bundesgenossenschaft gewonnenen Sieg benutzte der Präsident zur Ausführung des mit seinen vertrautesten Freunden, dem Kriegs-Minister St. Arnaud, seinem angeblichen (natürlichen) Bruder Morny, dem Polizei-Präfecten Maupas und dem ehemaligen Unter-Officier Persigny (welcher sich in Straß-

burg und Boulogne einen Namen gemacht) in allen Einzelheiten verabredeten Staatsstreiches.

e. Der Staatsstreich und seine Folgen bis zur Wiederherstellung des Kaiserthums, 2. Dec. 1851 bis 2. Dec. 1852.

Unter dem Vorwande einer social-demokratischen Verschwörung wurden am 2. December Morgens vor Tagesanbruch eine Anzahl Mitglieder der National-Versammlung (unter diesen die Generäle Changarnier, Cavaignac, Lamoricière, Bedeau, ferner Thiers, Lagrange u. s. w.), viele Chefs geheimer Verbindungen, Volksmänner aus den Vorstädten, im Ganzen etwa 100 Personen, verhaftet; nur wenige (namentlich die Generäle Bedeau und Lamoricière) versuchten einen erfolglosen Widerstand, der ihnen die rohesten Mißhandlungen zuzog. Durch eine in der Nacht gedruckte Proclamation löste der Präsident der Republik „im Namen des französischen Volkes" die National-Versammlung auf, stellte das allgemeine Stimmrecht, wie es vor dem Gesetze vom 31. Mai bestanden, wieder her, verhängte den Belagerungszustand über Paris und zehn benachbarte Departements und berief die Urversammlungen des französischen Volkes, um über die vorzulegenden Grundlagen der künftigen Verfassung abzustimmen. Diese wurden in folgende Sätze zusammengefaßt, welche der Consular-Verfassung des J. VIII entlehnt waren: Zehnjährige Dauer der Regierungsgewalt, ausschließliche Abhängigkeit der Minister vom Staats-Oberhaupte, Ausarbeitung der Gesetzentwürfe durch den Staatsrath, Nebeneinanderstellung eines gesetzgebenden Körpers und eines Erhaltungssenates. Wenn das französische Volk diese Grundlagen einer Verfassung, welche Frankreich schon einmal beglückt habe und dem Zeitalter der Revolutionen ein für alle Mal ein Ende zu machen bestimmt seien, ablehne, so werde der Präsident seine Gewalten in die Hände einer neuberufenen National-Versammlung niederlegen.

Als die Bevölkerung von Paris am Morgen des 2. December erwachte, fand sie den Staatsstreich vollendet, die Verfassung gestürzt und das Militär-Regiment an ihre Stelle gesetzt. Der Palast der National-Versammlung war frühzeitig mit Truppen abgesperrt, etwa 200 Abgeordnete versammelten sich in der Mairie des 10. Stadtbezirks und erklärten in einer ohnmächtigen Protestation, daß Ludwig Bonaparte sein Amt als Präsident der Republik verwirkt habe und die vollziehende Gewalt von Rechtswegen auf die National-Versammlung übergehe. Doch ihre Widerstandsmaßregeln wurden bald durch das Einschreiten der Truppen vereitelt; da die Versammlung erklärte, sie werde nur der Gewalt weichen, so wurde diese im handgreiflichsten Sinne des Wortes geübt und die Widerspänstigen in Zellenwagen nach verschiedenen Gefängnissen und Forts abgeführt. Eben so wurden einzelne Versuche, Barrikaden zu bauen und zu vertheidigen, am 3. und 4. December von den Truppen, deren in Paris 80,000

Mann concentrirt waren und die man durch Geldvertheilungen und starke Getränke zur Wuth angefeuert hatte, mit blutiger Grausamkeit unterdrückt. Das Erscheinen von 12 politischen Blättern ward durch militärische Besetzung der Druckereien verhindert, die übrigen Zeitungen unter Censur gestellt. Die meisten der am 2. December verhafteten Abgeordneten wurden in den nächstfolgenden Tagen wieder entlassen, einige 80 derselben (Thiers, Emile Girardin u. s. w.) aus dem Lande verwiesen, die Generäle Changarnier, Cavaignac, Lamoricière, Bedeau, Leflo und einige andere der gefährlichsten militärischen und politischen Gegner behielt man einstweilen in Haft, um sie später ebenfalls zu verbannen. Der große Haufe der Gefangenen ward „kraft einer allgemeinen Sicherheitsmaßregel" zur Deportation nach Cayenne oder Algier bestimmt. Die Abstimmung über die Grundlagen der Verfassung am 20. und 21. December ergab, wie sich erwarten ließ, eine unermeßliche Mehrheit (7½ Million gegen 650,000) für die Vorschläge des „Prinz-Präsidenten", wie Ludwig Bonaparte sich seit dem 2. December nannte.

Nachdem der „Prinz-Präsident" den Palast der Tuilerieen, die Residenz der Beherrscher Frankreichs, bezogen, erschien am 14. Januar 1852 die neue Verfassung, welche den Präsidenten auf zehn Jahre mit den ausgedehntesten Regierungsrechten ausstattete, namentlich mit der ausschließlichen Befugniß des Gesetzvorschlages und mit dem Rechte, dem Volke einen Nachfolger „zu empfehlen". Die gesetzgebende Gewalt sollte zwischen dem Präsidenten, einem von demselben ernannten Senate und einem nach dem allgemeinen Stimmrechte gewählten gesetzgebenden Körper getheilt sein, die Berathungen beider Kammern aber in geheimer Sitzung geschehen.

Viel größeres Aufsehen, als das neue Staatsgrundgesetz, welches vom Volke scheinbar gleichgültig aufgenommen wurde, machte eine Verordnung, welche die Confiscation aller der Besitzungen der Familie Orleans aussprach, die Ludwig Philipp vor seiner Thronbesteigung auf seine Kinder übertragen hatte, weil durch diese Schenkung das Staatsvermögen verkürzt worden, dem nach einem Gesetze von 1790 das Privateigenthum des Königs zufallen müsse. Selbst Morny mißbilligte die Verordnung und gab das seit dem 2. December von ihm verwaltete Ministerium des Innern auf; sein Nachfolger wurde Persigny.

Bei den Wahlen zum gesetzgebenden Körper am 29. Februar trugen die von der Regierung aufgestellten und von deren Beamten mit dem äußersten Nachdrucke empfohlenen Candidaten fast allenthalben den Sieg davon. Bei der Eröffnung der Session des Senates und des gesetzgebenden Körpers suchte der Prinz-Präsident vor Allem den Staatsstreich zu rechtfertigen, wobei die Nothwendigkeit einer rettenden That betont wurde. Der einzige Gegenstand für die verfassungsmäßige Thätigkeit des Senates war, das Gehalt des Prinz-Präsidenten festzusetzen; die Einkünfte desselben wurden auf

12 Millionen Francs, das Zehnfache der bisherigen, bestimmt. Der gesetzgebende Körper hatte kaum etwas Anderes zu thun, als die Vorlagen der Regierung über das Budget zu genehmigen. Bei einer dritten Rundreise durch Frankreich wurde der Prinz-Präsident überall, namentlich vom Landvolke, nicht bloß als Neffe, sondern auch als Nachfolger des Kaisers mit Jubel begrüßt. Daher gab er gegen Ende seiner Reise in einer zu Bordeaux gehaltenen Rede in unzweideutiger Weise seine Bereitwilligkeit zu erkennen, sich der Volksstimme zu fügen. Zur Beruhigung des Auslandes wurde dabei das Wort gesprochen: „Das Kaiserreich ist der Friede."

Nach Paris zurückgekehrt, berief der Prinz-Präsident den Senat auf den 4. November, welcher den Antrag auf Wiederherstellung des Kaiserthums genehmigte. Dieses „Senatusconsult" wurde dem Volke zur Bestätigung vorgelegt; diese erfolgte mit 7,800,000 Stimmen gegen 253,000. Unter den Stimmen der Mehrheit war auch die Abd-el-Kader's, welcher einige Tage zuvor gegen das Versprechen der Auswanderung nach Kleinasien der Haft entlassen war, in welcher man ihn vertragswidrig seit 1848 gehalten hatte.

Am Jahrestage des Staatsstreiches wurde „Napoleon III. durch die Gnade Gottes und durch den Nationalwillen zum Kaiser der Franzosen" ausgerufen. Nach einigem Zögern fügten sich die europäischen Mächte in die Nothwendigkeit seiner Anerkennung. Nur der Czar Nikolaus verweigerte ihm (wie früher dem Juli-Könige) den unter gekrönten Häuptern üblichen Titel des Bruders und nannte ihn statt dessen seinen „guten Freund".

---

34. Die Revolutionen in Deutschland im Jahre 1848.

(Nach Eduard Arnd, Geschichte der neuesten Zeit, und Anton Springer, Geschichte Oesterreichs seit dem Wiener Frieden 1809, bearbeitet vom Herausgeber.)

Die Pariser Februar-Revolution im Jahre 1848 unterscheidet sich von den beiden Revolutionen im Jahre 1789 und 1830 wesentlich dadurch, daß ihr Beispiel viel rascher wirkte und viel weiter reichte, als das erste und zweite Mal, weil fast überall dieselbe Unzufriedenheit mit dem Regierungssystem vorhanden war, und die ebenfalls von Frankreich ausgegangenen socialistischen Ideen eine weite Verbreitung gefunden hatten. In Paris ward nur das äußere Zeichen gegeben zum Ausbruch der in Deutschland, Italien und Ungarn vorhandenen Gährung.

Im Großherzogthum Baden, dem in politischer Beziehung beweglichsten Theile Deutschlands, hielten der Advocat Hecker und der Journalist Struve, welcher letztere in Mannheim den in revolutio-

närem Geist geschriebenen „Zuschauer" herausgab, schon im September 1847 in Offenburg eine Versammlung von Gleichgesinnten, in der von Selbstregierung des Volks, allgemeiner Bewaffnung, progressiver Einkommensteuer und Garantie der Arbeit von Seiten des Staates, ungefähr eben so wie später in den Pariser Clubs und in dem sogenannten Arbeiterparlament, wenn auch in etwas gemäßigterer Form, die Rede war. Auf einer Zusammenkunft von liberalen Notabilitäten aus der Opposition verschiedener Kammern, die der badische Abgeordnete von Itzstein im October nach Heppenheim berufen hatte, war lebhaft über eine Vertretung des deutschen Volkes am Bundestage verhandelt worden. Am 12. Februar 1848, also 14 Tage vor der Februar-Revolution, hatte Bassermann aus Mannheim in der badischen Abgeordnetenkammer eine Volksvertretung am Bundestage beantragt. Bei dieser Gelegenheit hatte er die prophetischen Worte ausgesprochen: „An der Seine und an der Donau neigen sich die Tage!" was, besonders der letztere Theil der Aeußerung, überraschend erscheinen mußte.

Bei dieser inneren Vorbereitung und verwandten Stimmung brachte die Kunde von der Februar-Revolution in ganz Deutschland eine ungeheure, seit den Tagen der Reformation daselbst nicht mehr gesehene Aufregung hervor. Die deutschen Regierungen ahneten die Folgen dieses Schlages, ohne zu wissen, wie sie denselben begegnen sollten. Die beiden deutschen Großmächte näherten sich einander, und König Friedrich Wilhelm IV. schickte einen seiner Vertrauten, den General von Radowitz, nach Wien, um die von dem österreichischen Cabinet früher immer abgewiesenen Vorschläge zu einer Bundesreform zu erneuern, auf die Metternich diesmal eingehen zu müssen glaubte. Es wurde am 10. März eine Erklärung Oesterreichs und Preußens veröffentlicht, nach welcher am 15. März in Dresden ein Fürstencongreß zur Berathung über die deutschen Angelegenheiten zusammentreten sollte. Diese diplomatische Zusammenkunft wurde jedoch von den Ereignissen verhindert.

a. Die Bewegungen im südwestlichen Deutschland.

Gleich nach der ersten Nachricht von dem Siege des Pariser Volks wurde am 27. Februar bei Mannheim auf freiem Felde eine große Versammlung unter Itzstein's Vorsitz gehalten, wo die Forderung eines deutschen Parlaments, der Preßfreiheit, der Volksbewaffnung, der Schwurgerichte in eine Adresse zusammengefaßt wurde, die dem Großherzog von Baden überbracht werden sollte. Struve, der in seinen Ansichten weit über Itzstein hinausging, und bei dieser Gelegenheit im socialistischen Sinne von einem gleichen Recht aller Stände auf Wohlstand, Bildung und Freiheit sprach, veranstaltete einen Massenzug nach Karlsruhe, wo das Ministerium in alle Forderungen, mit Ausnahme eines deutschen Parla-

ments, dessen Gewährung außer seiner Macht lag, einwilligte, und die Censurfreiheit nach dem Preßgesetz von 1831 wieder herstellte. An demselben Tage wurde in Württemberg die 1819 eingeführte Censur aufgehoben. Am 28. Februar stellte Heinrich von Gagern in der zweiten Kammer des Großherzogthums Hessen den Antrag auf Einberufung eines deutschen Parlaments unter der Voraussetzung, daß gleichzeitig ein oberstes Haupt der deutschen Nation gewählt werden würde. In Wiesbaden wurden in einer Volksversammlung am 2. März folgende Forderungen des nassauischen Volkes zu sofortiger Erfüllung aufgestellt: allgemeine Bewaffnung mit freier Wahl der Führer; unbedingte Preßfreiheit; Einberufung eines deutschen Parlaments; Vereidigung des Militärs auf die Verfassung; Recht der freien Vereinigung; öffentliches und mündliches Verfahren mit Schwurgerichten u. s. w. Da der Herzog von Nassau abwesend war, sprach sich die Herzogin-Mutter für die Gewährung aller Punkte aus, und der Herzog bestätigte nach seiner Rückkehr nach Wiesbaden sämmtliche in seinem Namen gemachten Zugeständnisse. Vorzüglich war es die Preßfreiheit, welche in allen politischen Versammlungen vorangestellt wurde, was erkennen läßt, woran es bisher am meisten gefehlt hatte. Der Bundestag fand sich deßhalb bereits am 3. März zu der Erklärung bewogen, daß es jedem deutschen Staate frei stehe, die Censur aufzuheben. Der Kurfürst von Hessen, dem schon die von seinem Vater mit den Ständen 1831 vereinbarte Verfassung mißfiel, wollte vollends von einer Verbesserung und Erweiterung derselben nichts wissen, wozu er von den Deputationen, die aus allen Theilen seines Landes seit dem 3. März in Kassel eintrafen, aufgefordert wurde. Mit gewohnter Hartnäckigkeit blieb er bei seiner Weigerung und ließ Truppen gegen Hanau vorrücken, wo sich eine „Volkscommission“ gebildet hatte, die mit bewaffnetem Widerstande drohte. Da aber der Kurfürst Alles um sich her schwanken sah, gab er endlich nach und willigte in alle Forderungen (11. März). Die Ereignisse, welche in Baiern zur Abdankung des Königs Ludwig I. führten, sind bereits Seite 250 f. erzählt worden.

b. Die März-Revolution in Wien.

In Oesterreich hatte Fürst Metternich selbst schon vor einem Jahre die Einführung von Reformen in den ständischen Verhältnissen angeregt (s. S. 245), aber auf die Nachricht von der Proclamirung der französischen Republik kam er mit dem Erzherzog Ludwig, dem Präsidenten der Staats-Conferenz (s. S. 236), überein, nicht nur keine weiteren Concessionen zu machen, sondern auch die bereits beschlossenen Reformen „nicht zu beeilen“, weil fortan jede „Gabe“ als eine erzwungene erscheinen mußte, und das war in seinen Augen das Gefährlichste. Da also freiwillige Zugeständnisse von der Staats-Conferenz, welche die Stelle des Monarchen vertrat, nicht zu er-

warten waren, so empfahl sich ein fortwährendes Drängen mit Adressen und Petitionen. Voran gingen die Buchhändler mit der Bitte um Aufhebung der neuen Censur-Ordnung, sie fanden bei Hofe gute Worte, aber keine Erhörung. Der niederösterreichische Gewerbeverein betonte in einer Adresse mit beinahe zweideutiger Zaghaftigkeit ein festes Anschließen der Regierung an die Stände und Bürger, ohne auf ein bestimmtes Ziel hinzuweisen. Da eine Erledigung der Adresse zweifelhaft war, so galt es, die Vermittelung eines Organs zu gewinnen, welches nicht füglich ohne Antwort gelassen werden konnte, und als ein solches boten sich die niederösterreichischen Stände dar, die zufällig in den nächsten Tagen zu der üblichen Frühlings-Versammlung einberufen und seit einiger Zeit ebenfalls mit Reformentwürfen beschäftigt waren. Von den Führern der liberalen Ständepartei war eine Adresse vorbereitet, welche die Einberufung von Abgeordneten aller Provinzialstände und die Mittheilung des Staatshaushaltes an dieselben erbat. Als Rückhalt dieser ständischen Adresse diente eine Petition des 1841 der Polizei nach langen, schweren Kämpfen abgerungenen juridisch-politischen Lesevereins, dessen Kern Rechtsgelehrte und Universitätslehrer bildeten. Diese Petition formulirte klar, was die ständische Adresse nur schüchtern anzudeuten wagte: die Nothwendigkeit einer österreichischen Gesammtverfassung. Um den gesetzlichen Weg nicht zu verlassen, sollte die Petition in der nächsten Ständeversammlung berathen und vom Landtage auf dem geschäftsmäßigen Wege der Regierung mitgetheilt werden.

Zu Concessionen rieth noch in diesen Tagen das englische Cabinet; auch fanden die ständischen Führer ein offenes Ohr bei einzelnen Erzherzogen und gewannen an den geängstigten Frauen eifrige Verbündete. Selbst die Fürstin Metternich, sonst liberalen Einflüsterungen nicht zugänglich, erkannte die Gefahr im Verzuge; sie führte den Landesmarschall Grafen Montecuccoli ihrem Gemahle zu und sperrte beide in eine Stube ein, um eine Vereinbarung zu erzwingen. So gelang es, die Sprödigkeit der Staats-Conferenz zu brechen. In später Stunde (12. März) wurde ein Cabinetsschreiben entworfen, in welchem der Kaiser versprach, „aus allen Provinzen ständische Mitglieder und zwar aus jedem Stand ein Mitglied“ (diese Beschränkung hatte Erzherzog Ludwig noch durchgesetzt) zu berufen, damit sie „mit einem hierzu bestellten Regierungs-Comite über ihre ständischen Verhältnisse in Rücksprache träten.“ Am bedenklichsten von allen politischen Demonstrationen erschien der Regierung eine Adresse der wiener Studenten, in welcher diese — in ihren Verbindungen eifrige Leser von radicalen Zeitungen — Preß-, Rede-, Lehr-, Lern- und Glaubensfreiheit, so wie allgemeine Volksvertretung forderten. Nur mit Mühe ließen die Studenten sich zu dem Zugeständnisse herbei, daß zwei liberale Professoren dieselbe übergeben sollten. Diese konnten erst nach Abhaltung einer Staats-

rathssitzung zur Audienz beim Kaiser gelangen, der sie leutselig und wohlwollend empfing, aber keine bestimmte Antwort gab.

Am 13. März versammelten sich die niederösterreichischen Stände gegen das Herkommen ohne feierliche Auffahrt, beinahe verstohlen in dem Landhause. Im Hofraume desselben und den anstoßenden Straßen hatten sich schon Tausende von Menschen, meist den besseren Klassen angehörig, eingefunden, doch erst als ein Student Kossuth's Rede vom 3. März (s. Nr. 37) vorlas, durch welche man ein politisches Programm erhielt, wurden revolutionäre Wünsche rege. Von den Fenstern des Saales aus unterhandelten die Stände mit dem Volke und als auf das Gerücht, die Delegirten des Volkes würden im Ständesaale gefangen gehalten, die Menge, Verrath witternd, in den Saal drang, dort Bänke, Stühle, Fenster zertrümmerte, erklärten die eingeschüchterten Stände sich bereit, selbst bei dem Kaiser die Wünsche des Volkes zu befürworten und begaben sich in großer Anzahl, ihren Landmarschall an der Spitze, in die Hofburg. Hier fanden sie die Staats-Conferenz in Berathung über die Tagesereignisse begriffen — der Kaiser blieb an diesem Tage unzugänglich — und erhielten nach langem Hin- und Herreden (wobei die Isolirtheit Metternich's, der allein zu Gewaltmaßregeln rieth, schon bemerkbar war), die Zusage, daß „ein eigens zu ernennendes Comite dasjenige, was die Zeitverhältnisse erheischten, prüfen und dem Kaiser zur Entscheidung vorlegen sollte". Dieser unbestimmte Bescheid genügte der aufgeregten Menge nicht, die, wiewohl unbewaffnet, alsbald mit dem Militär in Conflict gerieth, welches endlich von verschiedenen Seiten heranrückte, um das Landhaus zu säubern und die Zugänge zur nahen Burg frei zu machen. Während einzelne Stimmen über Verrath ertönten, andere zur Vertheidigung aufforderten, drang ein Volkshaufe in die oberen Räume des Landhauses, zertrümmerte die Möbel und warf sie aus den Fenstern auf die Köpfe der Soldaten, die mit einer Doppelsalve antworteten. Bürgerofficiere, gestützt auf ihr Privilegium des freien Eintrittes in die Burg, gesellten sich zur ständischen Deputation, welche seit Mittag die Staats-Conferenz belagert hielt, und wenn es ihnen auch nicht gelang, der Regierung bestimmte Zugeständnisse abzuzwingen, so trugen sie doch wesentlich dazu bei, die Haltung der Minister zu erschüttern. Auf die Nachricht von den (17?) Tödtungen vor dem Landhause hatten die Studenten Waffen verlangt und mit Erstürmung des Zeughauses gedroht. Der alte Rector Magnificus, der sich vor dem Erzherzoge Ludwig auf die Kniee warf und die Folgen der Verweigerung schilderte, erhielt nur die Zusage, daß die Staats-Conferenz „den Gegenstand unmittelbar in Berathung ziehen werde". Als sich die Kunde verbreitete, aus dem Polizeigebäude sei sogar auf uniformirte Bürger geschossen worden, nahm der Aufstand einen so drohenden Charakter an, daß die Staats-Conferenz den Anfang mit bestimmten Zugeständnissen machen zu müssen glaubte, und zwar zunächst mit Bewilligung der Preßfrei-

heit, weil auch in Oesterreich unter allen Klagen der Bevölkerung keine so alt war, wie jene über den Censurdruck. Fürst Metternich entfernte sich aus dem Empfangssaale des Erzherzogs Ludwig in das anstoßende Cabinet, um eigenhändig den Entwurf eines Preßgesetzes niederzuschreiben. In seiner Abwesenheit stellten die Wortführer vor, daß zur Beruhigung des Volkes Fürst Metternich von seinem Posten zurücktreten müsse. Der immer stürmischere Ruf lockte Metternich aus dem Cabinet und als er den Inhalt desselben erfuhr, erklärte er nicht ohne Würde: „Es ist die Aufgabe meines Lebens gewesen, für das Heil der Monarchie von meinem Standpunkte zu wirken; glaubt man, daß das Verbleiben auf solchem dieses Heil gefährde, so kann es für mich kein Opfer sein, meinen Posten zu verlassen.“ Niemand widersprach, Niemand bat um die Rücknahme seiner Erklärung und das Volk faßte die Nachricht von der Abdankung Metternich's in den Worten zusammen: „Es ist Alles bewilligt.“ Wirklich folgte auch nun, allerdings noch mit einigem Zögern, am 14. und 15. März eine Concession nach der anderen: Volksbewaffnung, Preßfreiheit und Einberufung von Abgeordneten aller Provincialstände und der Congregationen des lombardisch-venetianischen Königreiches mit verstärkter Vertretung des Bürgerstandes zum Behuf „der Constitution des Vaterlandes“. Bei der Bildung eines neuen Ministeriums wurden die alten Persönlichkeiten (Kolowrat, Kübeck) zum Theil unter veränderten Benennungen ihrer Stellung beibehalten, weil keine anderen tüchtigeren Kräfte in der von namenlosen Leuten durchgeführten Revolution in den Vordergrund getreten waren. Aber ein großes Zugeständniß an die öffentliche Meinung bildete die Berufung des Freiherrn von Pillersdorff als Minister des Innern; denn dieser galt als entschiedener Reformfreund, als ein bewußter Gegner des alten Systems, unter welchem er 40 Jahre, oft gegen seine bessere Ueberzeugung, an den Regierungsgeschäften Theil genommen hatte. Er besaß aber jetzt bei geschwächter Gesundheit zu wenig Energie, seinen wohlbegründeten Willen unter dem Drucke widersprechender Forderungen durchzusetzen, und erblickte in der Erhaltung der öffentlichen Ruhe, gewöhnlich durch Nachgeben, seine Hauptaufgabe. Das erste verantwortliche Ministerium erlitt schon nach einigen Tagen mannichfache Veränderungen, und an die Spitze der Verwaltung trat Graf Ficquelmont.

Die Minister hofften, die Massen zu befriedigen und somit die Revolution zu schließen, wenn sie die Grundzüge der Constitution feststellten und so dem Zusammentreten eines constituirenden Parlaments vorbeugten. Am 25. April wurde das neue Staats-Grundgesetz, bei dessen Abfassung Pillersdorff die belgische Charte zum Vorbilde genommen hatte, verkündet und — vom Volke mit Gleichgültigkeit aufgenommen. Diese Verfassung sanctionirte förmlich die Theilung des Reiches, indem sie nicht nur von Ungarn, welches schon eine (neue) Constitution erhalten hatte (s. Nr. 37), sondern auch von

den (damals abgefallenen) lombardisch-venetianischen Ländern gänzlich absah, so daß man nicht wußte, ob die Regierung die Lombardei aufgegeben, oder ob sie dieselbe nach der Wiedereroberung absolutistisch regieren wolle. Die Czechen fanden die Autonomie der Provinzen in der Verfassung zu wenig gewahrt, beruhigten sich aber einstweilen in dem festen Glauben, daß die bereits am 8. April 1848 Böhmen verliehene Verfassung (s. Nr. 37) ein Prioritätsrecht besitze.

c. Die März-Revolution in Berlin.

In Preußen war eben so viel Gährungsstoff wie in Oesterreich, wenn auch von theilweise anderer Beschaffenheit und anderem Ursprung, vorhanden. Preußen war durch die ideellen Schätze, in deren Besitz sich seine Bevölkerung befand, eines der am weitesten fortgeschrittenen Länder der Welt, während seine politischen Zustände tief unter dieser geistigen Höhe standen. Allerdings boten auch die öffentlichen Einrichtungen manche ausgezeichnete Erscheinungen dar. Die Verwaltung, namentlich der Finanzen, die Militär-Organisation, die Sorge für die inneren Communicationen und die Landescultur wurden selbst vom Ausland als musterhaft angesehen. Aber der Umstand, daß Preußen, obgleich der größte reindeutsche Staat, sich mit mittelalterlichen Provinzialständen begnügen mußte, während Mittel- und Kleinstaaten constitutionelle Staats-Verfassungen besaßen, gab schon zu erkennen, daß es an zeitgemäßer politischer Entwicklung, anstatt Deutschland voranzugehen, hinter einem Theile desselben zurückgeblieben war. Eine Unzufriedenheit mit dem Bestehenden war schon seit Jahren vorhanden, schien aber mehr in den Provinzen, als in der Hauptstadt verbreitet zu sein, als plötzlich am 6. März eine Versammlung auf einem Platze vor den Zelten, einem Vergnügungsorte im Thiergarten, abgehalten, und daselbst über die Forderungen des Volkes berathen wurde, die in Form einer Petition an den König ausgesprochen werden sollten. Die Polizei verhinderte die Absendung einer Deputation nach dem königlichen Schlosse, ließ aber zu, daß dieses Schriftstück an öffentlichen Orten zur Sammlung von Unterschriften aufgelegt wurde. Der König hatte ein lebhaftes Mißfallen über diese Kundgebungen geäußert. Am 13. März kam wieder eine große Menge Menschen zur Besprechung über die Ereignisse des Tages vor den Zelten zusammen. Beim Nachhausegehen fanden die Tausende von Theilnehmern an dieser Versammlung unter den Linden, in der Nähe des Schlosses und den benachbarten Straßen Truppen aufgestellt und sogar Kanonen aufgefahren. Es kam zwischen einzelnen Volkshaufen und den Infanterie- und Cavallerie-Patrouillen hier und da zu einem Zusammenstoß, wobei einzelne Personen starke Verwundungen erhielten. Am 14. März empfing der König eine Deputation des Magistrats und der Stadtverordneten

der Hauptstadt, welche ihm eine Adresse zur Darlegung der Zustände und Erwartungen des Landes überreichte. Friedrich Wilhelm IV. verwies alle Entscheidung auf den Vereinigten Landtag, der zum 27. April einberufen war. Vielleicht hätte die beginnende Bewegung mit einem Weiterbau des Vereinigten Landtags geendigt, wenn nicht abermals Mißhandlungen des Volkes von Seiten des Militärs vorgefallen wären, welche die Erbitterung der Menge steigerten und Rachegedanken in ihr hervorriefen. Am 15. März wiederholten sich ähnliche Scenen. Das Militär machte an diesem Tage zum erstenmal von der Schußwaffe Gebrauch, während das Volk sich mit Steinwürfen und allerlei zusammengerafften Geräthschaften zur Wehre zu setzen suchte. Seine Reizbarkeit wurde noch durch die Nachricht von der am 13. März Statt gehabten Erhebung Wiens vermehrt, die wie ein Blitzstrahl wirkte. Am 16. März wurde von dem zahlreich ausgerückten Militär auf die unruhigen, aber nicht angreifenden Massen, die besonders auf dem Platze zwischen dem Zeughause und dem Opernhause dicht zusammengedrängt standen, Feuer gegeben, wobei zwei Menschen getödtet und drei andere schwer verwundet wurden. Die Menge flog, die einen mit Angstgeschrei, die anderen mit Aeußerungen des Zorns, auseinander. Am 17. März traf eine Deputation aus Köln in Berlin ein, von der die drohende Lage der Rheinprovinz dem Könige dargelegt und nicht undeutlich zu verstehen gegeben wurde, daß, ohne eine Umgestaltung des preußischen Staatslebens im Sinne der Freiheit, am Niederrhein sich Gedanken der Losreißung von Preußen regen könnten. Friedrich Wilhelm IV. erwiederte, daß die ihm vorgetragenen Wünsche mit seinen eigenen Ansichten übereinstimmten, und daß die Einführung der nothwendig gewordenen Reformen nicht länger verzögert werden solle.

Am 18. März, einem Sonnabend, gab sich in der Berliner Bevölkerung eine große Bewegung kund. In verschiedenen Theilen der Stadt ward über einen großen Zug nach dem Schlosse berathen, der dem Könige die Forderungen des Volkes unmittelbar vorlegen sollte. Diese bestanden vornehmlich in Entlassung des bisherigen Ministeriums, Einführung einer freisinnigen Verfassung und Bürgerbewaffnung. Eine Deputation, welche eine Adresse dieses Inhalts dem Könige überreicht hatte, war mit Geneigtheit empfangen worden, und brachte die Aussicht auf nahe Erfüllung der ausgesprochenen Wünsche zurück. Gegen zwei Uhr hieß es, daß die von dem Könige gemachten Zusagen, in zwei Patenten zusammengefaßt, so eben gedruckt seien. Die beiden Patente enthielten: Aufhebung der Censur, beschleunigte Einberufung des Vereinigten Landtages zum 2. statt 27. April, und Umgestaltung des deutschen Staatenbundes in einen Bundesstaat, die, wie es hieß, eine constitutionelle Verfassung aller deutschen Länder nothwendig erheische. Es war also auf diese Art schon vor dem Ausbruch der Katastrophe von dem Könige alles, was man

in den beiden letzten Wochen laut und öffentlich als höchsten Ausdruck der Volkswünsche bezeichnet hatte, bewilligt worden. Ein frohes Gefühl ging durch die Massen, die sich nach dem Schloßplatze begaben, um dem Könige ihre Dankbarkeit durch ein Lebehoch auszudrücken. Friedrich Wilhelm IV. erschien zweimal auf dem Balkon des Schlosses, und wurde von einem tausendstimmigen Jubel begrüßt. Da regte sich plötzlich mitten unter den Freudebezeugungen in dem Volke die Erinnerung an die Todten und Verwundeten, die es am 15. und 16. März gehabt hatte. Es hieß: „Militär fort! Militär zurück! Der König vertraue sich seinen Bürgern an!“ Denn die Eingänge zu dem Schlosse waren mit Infanterie besetzt, und auf dem Platze vor demselben Dragoner aufgestellt. Der König wies das Verlangen der Menge, das Militär zu entfernen, mit der Bemerkung zurück, daß man ihm einen unehrenhaften Rückzug der Truppen nicht zumuthen könne. Der Ruf: „Militär fort!“ nahm, mit Drohungen und Verwünschungen gemischt, von Neuem überhand. Da ließ der Commandeur des Garde-Dragoner-Regiments seine Mannschaft mit gezogener Waffe gegen das Volk vorrücken. In diesem Augenblick fielen in den Reihen der Soldaten zwei Schüsse, die aber Niemand verwundeten. Eine keineswegs beglaubigte, aber hartnäckig festgehaltene Meinung wollte in diesen beiden Schüssen ein verabredetes Zeichen sehen; die Menge überredete sich, die beiden Schüsse seien das Signal zu einer Niedermetzelung des Volks, und man argwöhnte, die königlichen Verheißungen seien nur eine Lockspeise gewesen, um dasselbe ins Verderben zu stürzen. Unter dem Ruf: „Wir sind verrathen! Zu den Waffen! Zu den Waffen!“ flog die Menge nach allen Richtungen aus einander. Sogleich ward der Bau von Barrikaden angefangen, selbst in den entfernteren Theilen der Stadt. Auf den meisten von ihnen wehte die schwarz-roth-goldene oder deutsche Fahne, welche für das Symbol der Freiheit galt, während die preußischen, schwarz-weißen Farben als das Sinnbild des alten Militär- und Polizeistaates angesehen wurden. Bald nach drei Uhr begann der Angriff der Truppen gegen die Barrikaden. Gegen sieben Uhr Abends war der größte Theil der Königstraße von den Truppen genommen, die, wie dies in Bürgerkriegen und bei Straßenkämpfen leider häufig ist, beim Eindringen in die Häuser, aus deren Fenstern geschossen, oder von deren Dächern mit Steinen geworfen worden, keinen Unterschied zwischen Bewaffneten und Unbewaffneten machten, und auch Wehrlose oder Unbetheiligte als Feinde behandelten. Mehrere Versuche wurden bei dem Könige gemacht, um ihn zur Entfernung der Truppen zu bewegen, aber er verlangte, daß vorher die Barrikaden von dem Volke fortgeräumt würden. Während der Nacht erließ er eine Proclamation an die Bevölkerung, die am Morgen veröffentlicht wurde, und in der er die Menge beschwor, von dem Kampfe abzulassen, und Erfüllung aller rechtmäßigen Wünsche versprach. Am Nachmittag erschien die königliche Verordnung, welche die Ent-

lassung der Minister bekannt machte, den Grafen Arnim-Boytzenburg zum Vorsitzenden eines neuen Ministeriums ernannte, und in dasselbe den Grafen Schwerin und den bisherigen Gesandten in Paris, Heinrich von Arnim, berief. Die neu errichtete Bürgerwehr ward mit Waffen aus dem königlichen Zeughaus versehen. Dies brachte eine beruhigende Wirkung hervor. Die Leichen derer, die auf Seiten des Volkes gefallen, wurden, theils auf Bahren, theils auf offenen Wagen, die Häupter mit Blumen und grünen Zweigen geschmückt, nach dem Schloßhof gebracht, und dort zur Schau ausgestellt, bis der König und die Königin, die beide von dem Anblick tief ergriffen wurden, auf der inneren Galerie des Schloßhofes erschienen, wo in ihrer Gegenwart der Choral: „Jesus, meine Zuversicht!" angestimmt wurde. Am 20. März wurden die in Folge eines im Großherzogthum Posen versuchten Aufstandes seit 1846 in Berlin gefangen gehaltenen Polen auf freien Fuß gesetzt. Mieroslawski, der an ihrer Spitze gestanden, zog unter dem Jubel der Zuschauer mit den Seinigen durch einen Theil der Stadt und sprach, auf einem Wagen stehend, eine schwarz-roth-goldene Fahne in der Hand, während des Zuges zu wiederholten Malen zu der ihn umgebenden Menge von der Verbrüderung des deutschen und polnischen Volkes, und der Wiederherstellung Polens als einer Vormauer gegen Rußland, eine Idee, die damals viele Anhänger zählte. Am 21. März erschien ein Plakat: „An die deutsche Nation" überschrieben, in welchem erklärt wurde, daß Friedrich Wilhelm IV. sich zur Wiedergeburt und zur Rettung Deutschlands an die Spitze des Gesammtvaterlandes stellen werde. Gegen Mittag hielt der König, von den in Berlin anwesenden Prinzen und mehreren Ministern und Generälen begleitet, von seinem Schlosse aus einen Umritt, wobei er und sein Gefolge schwarz-roth-goldene Schleifen am Arm trugen und eine Fahne mit den deutschen Reichsfarben den Zug eröffnete. An der Universität hielt der König still und sagte zu den Professoren, den Studirenden und dem versammelten Volke, daß er zwar Farben trage, die nicht die seinigen wären, daß er aber damit nicht fremde Rechte an sich reißen, sondern nur Deutschlands Freiheit, Ordnung und Einigkeit wiederherstellen wolle. Als in der Nähe des Königs der Ruf erscholl: „Es lebe der Kaiser von Deutschland!", wies er diese Huldigung mit Unwillen zurück. Am Abend desselben Tages erließ der König noch den Aufruf: „An mein Volk und an die deutsche Nation!", in welchem das später so verschiedenartig ausgelegte Wort: „Preußen geht fortan in Deutschland auf" — vorkam. Es wurde darin auch auf eine deutsche Ständeversammlung hingewiesen, in welcher die deutschen Fürsten mit Vertretern des deutschen Volkes über die Wiedergeburt des Gesammtvaterlandes berathen sollten. In einer Proclamation gewährte der König die Forderungen, welche vom Beginn der deutschen Bewegung an in Baden aufgestellt worden waren. Am 22. März fand die Beerdigung der am 18. und 19. März auf Seite des Volks Gefallenen auf dem Friedrichs-

hain, einem zu einer Gartenanlage umgeschaffenen Hügel, Statt, der vor dem Landsberger Thor liegt. Alle Klassen der Bevölkerung betheiligten sich an dieser Todtenfeier, die in würdiger und erhebender Weise vollzogen wurde. Als der an 20,000 Köpfe starke Zug an dem Schloß vorbei kam, stand der König auf dem Balkon, und hielt sein Haupt so lang entblößt, bis die Särge mit den Todten vorüber waren. Mit dieser Feierlichkeit schlossen die großen, aufregenden Scenen jener Tage, die, wie man auch über ihre Rechtmäßigkeit urtheilen mag, immer einen Wendepunkt in der inneren Geschichte Preußens bezeichnen werden.

Die öffentliche Meinung zeigte sich mit dem Ministerium Arnim-Boytzenburg unzufrieden, das außerdem unvollständig war. Um der Regierung in dem Vereinigten Landtage die Majorität zu sichern, mußten einige Führer der ehemaligen Opposition ihr beigegeben werden. Auch glaubte man auf die Stimmung der Rheinlande Rücksicht nehmen zu müssen, da dort die Abneigung gegen das vormärzliche Regiment sich besonders lebhaft geäußert hatte. Graf Arnim-Boytzenburg, der durch Grundsätze und Gewohnheit der alten Bureaukratie angehörte, trat demnach zurück, und am 29. März wurde der Präsident der Kölnischen Handelskammer, Camphausen, mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt, in welchem er den Vorsitz übernahm, und in das Hansemann aus Aachen für die Finanzen, Alfred v. Auerswald für das Innere, General v. Reyher für das Kriegs-Departement eintraten. Graf Schwerin und Heinrich v. Arnim blieben in ihren bisherigen Stellungen. Eine königliche Cabinets-Ordre vom 22. März hatte bestimmt, daß die neue Verfassung nicht von dem Vereinigten Landtage, sondern von einer aus einem neuen Wahlgesetz hervorgehenden Versammlung berathen werden sollte. Nach Beseitigung verschiedener Entwürfe eines Wahlgesetzes wurde beschlossen, eine einzige Versammlung zu berufen und sie aus allgemeinem Stimmrecht hervorgehen zu lassen. Auf dem Vereinigten Landtage, der am 2. April zusammentrat und nur acht Tage versammelt blieb, drang das Ministerium, ungeachtet des von der feudalen Opposition geleisteten Widerstandes, mit allen seinen Anträgen durch.

d. - Die beiden Mai-Revolutionen in Wien.

Die octroyirte Verfassung vom 25. April (s. S. 347), welche von den größeren Provinzen kalt zurückgewiesen wurde, hätte vielleicht in der wiener Bevölkerung einen festen Halt gefunden, wenn die Kundmachung des Wahlgesetzes, die Wahlen selbst und endlich der Zusammentritt des Reichstages sich unmittelbar daran gereiht und dem unklaren Thätigkeitsdrange der Wiener Beschäftigung gegeben hätte. Durch die langen Zwischenpausen kam die Anarchie wieder zur Herrschaft: heute wurde das Kloster der Liguorianer gestürmt, morgen dem

alten Erzbischof eine riesenhafte Katzenmusik gebracht, der Minister-Präsident Ficquelmont wegen vermutheter russischer Sympathieen und wegen Ersetzung des alten Kriegs-Ministers (Zanini) durch den Aristokraten Grafen Latour von den „Volksgesandten“ gewaltsam zur Abdankung gezwungen, nachdem er die Kundgebung der politischen Meinung durch Pfeifen, Trommeln und virtuose Nachahmung von Thierstimmen am Abend vorher nicht verstanden hatte. Sein Nachfolger **Wessenberg** fand das Ministerium in der abwärts gehenden Stellung, in die es der Minister des Innern, Pillersdorff, versetzt hatte, der die Stärke der Regierung nur in der Nachgiebigkeit gegen die Volkswünsche sah.

Da das Ministerium nicht regieren wollte oder konnte, so übernahmen die Vereine und insbesondere die Studenten seine Aufgabe. Am 13. Mai traten Abgeordnete des Studenten-Ausschusses und der Nationalgarde zu einem politischen **Central-Comite** zusammen, um die Rechte des Volkes zu schirmen, die Herrschaft der Verfassung zu befestigen. So lange die verschiedenen „Comite's“ vereinzelt geblieben, waren sie dem Ministerium nicht furchtbar erschienen, aber als sie in Zusammenhang getreten, hielt man sie für bedenklich, und ein Tagesbefehl des Commandanten der Nationalgarde befahl die Auflösung des Central-Comite's, weil die Nationalgarde weder als Gesammtkörper, noch durch Repräsentanten politische Functionen ausüben dürfe. Am 14. Mai wurden in der Aula die heftigsten Reden gegen die Minister gehalten und diese am 15. Mai Abends durch eine Sturm-Petition in der von 15,000 Menschen umlagerten Burg genöthigt, nicht nur die Fortdauer des Central-Comite's, sondern auch die Aenderung des Wahlgesetzes durch Abschaffung des Census zu bewilligen, so wie, daß der nächste Reichstag ein constituirender sein solle, der nur aus **einer** Kammer zu bestehen habe. Man ließ den Ministern, die zur Redaction des Manifestes eine Frist bis zum nächsten Tage verlangten, nur so viel Zeit, um die Unterschrift des Kaisers zu holen, die ohne Widerstreben ertheilt wurde. Noch in der Nacht mußte die Staatsdruckerei das kaiserliche Manifest drucken, am Morgen des 16. Mai lasen die Wiener „die Errungenschaften“ der zweiten Revolution, und am Abend desselben Tages den Rücktritt des Ministeriums.

Einen gänzlichen Umschwung in der Stimmung der Wiener Bevölkerung machte die am nächsten Tage (17. Mai) mit der größten Heimlichkeit unternommene **Flucht des Kaisers** nach Innsbruck, veranlaßt durch die übertriebensten Gerüchte von der zunehmenden Macht der Demokraten und der steigenden Gefahr der Dynastie. Alles athmete jetzt Loyalität, das Central-Comite löste sich auf, alle Corporationen und Stände, alle Vereine, auch die Frauen, unterschrieben Petitionen um die Rückkehr des Kaisers. Dieser verlangte als die erste Bürgschaft geordneter Zustände die Auflösung der akademischen Legion. Das Auflösungs-Decret, in einem überflüssig ge-

neigten Tone abgefaßt, erzeugte Erbitterung und stieß auf Widerstand Seitens der Studenten. Eine Deputation zog am 26. Mai in das Ministerialgebäude, um die Zurücknahme des Decrets zu verlangen. Da inzwischen sich mit Blitzesschnelle Barrikaden erhoben, über deren Festigkeit übertriebene Vorstellungen herrschten, so machte der (einstweilen noch fungirende) Ministerrath um Mittag bekannt, daß er auf der Auflösung der Studenten-Legion nicht beharre, und am Nachmittage folgten neue Zugeständnisse, namentlich die Zurückziehung der Linientruppen in ihre Kasernen. Da der Minister des Innern, Pillersdorff, sich weigerte, die Polizei der Hauptstadt in die eigene Hand zu nehmen, denn „es müsse denjenigen, welche die Bewegung hervorgerufen, auch überlassen werden, sie zu dämpfen und zu bewältigen", so bildete sich aus Gemeinderäthen, Nationalgarden und Studenten ein „Wiener Sicherheitsausschuß". Auf das (blinde) Gerücht vom Anmarsche des Fürsten Windischgrätz an der Spitze der böhmischen Armee ließ man die Barrikaden noch einige Tage bestehen; erst allmählich verschwanden diese „Bollwerke der Freiheit" und die Hauptstadt gewann ihre wohnliche Form wieder.

Der 26. Mai bestätigte die Eroberung des 15. Mai, den constituirenden Reichstag, garantirte den Wienern die Fortdauer der Studenten-Legion und schuf die Dictatur des Sicherheitsausschusses; — trieb aber die meisten Liberalen, namentlich die durch Bildung und sociale Stellung hervorragenden Männer, ins Lager der Reaction. Die namhaftesten Vertheidiger des politischen Fortschrittes in der vormärzlichen Zeit entsetzten sich vor dem Bilde der Freiheit, welches die jüngsten Tage vor ihren Augen entrollt hatten, hielten die ruhige Herrschaft der Verfassung in die weiteste Ferne gerückt und sagten sich von jedem Zusammenhange mit der Bewegung los.

Nach Innsbruck eilten aus allen Provinzen Deputationen, um den Kaiser zu bitten, daß er oder einer der Erzherzoge seinen Wohnsitz in ihrer Mitte nehmen möge, mitunter mit der pharisäerhaften Versicherung, daß ihre Absender nicht so schlimm seien, wie die Wiener. Diese selbstsüchtige Ausbeutung der Ereignisse im Sonderinteresse wurde am weitesten in Prag getrieben. Hier hatten sich die Zustände in ähnlicher Art, wie in Wien entwickelt: eine nicht zahlreiche, aber überaus rührige Partei, zu welcher Studenten, Kleinbürger und Arbeiter gehörten, hatte die Herrschaft an sich gerissen, nur daß die Agitation hier eine national-czechische Färbung annahm.

e. Die Juni-Revolution in Prag.

Kaum war die Nachricht von der Flucht des Kaisers eingetroffen, als die verschiedenen Clubs die Absendung einer Loyalitäts-Adresse beschlossen, in welcher sie den Kaiser baten, den auf den 7. Juni berufenen böhmischen Landtag persönlich eröffnen zu wollen. Die Regierungsbehörden in Prag: der Gubernial-Präsident Graf Leo Thun,

der commandirende General Fürst Windischgrätz, der Chef der Justiz sagten sich von dem notorisch unfreien (von der Aula abhängigen) Ministerium in Wien los und setzten eine provisorische Regierung für Böhmen ein (29. Mai).

Nicht nur die Czechen, sondern die österreichischen Slawen überhaupt glaubten sich der Gefahr der Vernichtung ausgesetzt, sowohl durch den Bau der deutschen Einheit in Frankfurt, als durch den neu errichteten magyarischen Staat (s. Nr. 37). Daher war schon am 1. Mai ein Aufruf an die „Slawenbrüder" erschienen, der seine Spitze wesentlich gegen das Frankfurter Parlament kehrte, aber auch die Slawen außerhalb der deutschen Bundesgrenzen und selbst nicht österreichische Slawen zu einem allgemeinen Slawen-Congreß nach Prag berief, welcher keine panslawistischen Tendenzen zu verfolgen, sondern nur die Gleichberechtigung aller Nationalitäten in Oesterreich anzustreben zum Ziele habe. Am 2. Juni ward der Slawen-Congreß eröffnet. Die 341 Theilnehmer zerfielen in 3 gleichberechtigte Sectionen: die südslawische oder serbisch-croatische (42 Mitglieder), die polnisch-ruthenische (62 Mitglieder) und die czecho-slawische Section (237 Mitglieder). Das einzige officielle Resultat des Congresses ist ein von dem Präsidenten Palazky verfaßtes Manifest an die Völker Europa's, worin zur Beschickung eines allgemeinen europäischen Völker-Congresses aufgefordert wird, „da freie Völker sich über die Ausgleichung aller internationalen Fragen leichter verstehen, als bezahlte Diplomaten". Die Verhandlungen über die anderen Fragen wurden abgebrochen durch das vorzeitige Ende des Congresses in Folge eines am Pfingstmontage (12. Juni) in den Straßen Prags losbrechenden Aufstandes. Fürst Alfred Windischgrätz, dem von den Wiener Märztagen her der Ruf eines Volksfeindes anhing und dem man das charakteristische Wort in den Mund legte: „der Mensch fängt erst bei dem Baron an," hatte nach längerer Abwesenheit wieder das Militär-Commando in Prag übernommen und nach ihm blickten die durch den Slawen-Congreß geängstigten Deutschen hülfesuchend empor. Sie traten zu einem Vereine für Ruhe und Ordnung zusammen und reizten dadurch die czechischen Studenten. Diese verlangten am Pfingstsonntage durch eine Deputation vom Fürsten Windischgrätz eine bespannte Batterie und 60,000 Patronen für die Studenten-Legion, und überhäuften den General, als er das Begehren kurz abschlug, mit Schmähworten. Am zweiten Feiertage verbreitete sich das Gerücht, ein Verbrüderungsact zwischen Studenten und Arbeitern gegen die Deutschen und das Militär werde auf offenem Markte vollzogen; man zog singend und schreiend an dem Hause des Fürsten Windischgrätz vorüber; die im Hofe des Hauses aufgestellte Schutzwache glaubte, daß eine feindliche Demonstration gegen den Fürsten im Werke sei, rückte vor und zerstreute mit Waffengewalt den Volkshaufen, der eilends sich flüchtete und unter dem Rufe: „Man mordet uns!" zum Barrikadenbau aufforderte. Die Fürstin Win-

dischgräz ward, an einem Fenster des Palastes lauschend, von einer Kugel tödtlich getroffen. Dennoch unterdrückte der Fürst das natürliche Gefühl der Rache, und aus Besorgniß für das Schicksal der Deutschen (Graf Leo Thun befand sich schon in der Gewalt der Studenten) ließ er sich auf Unterhandlungen ein, die nur eine Auswechslung der Gefangenen zur Folge hatten. Erst als die Wurfgeschütze ernstlich zu spielen begannen, ein nächtlicher Brand (16. Juni) einen panischen Schrecken verbreitete und die Führer des Aufstandes nach Wien entflohen waren, ergab sich die Stadt ohne Bedingungen dem Fürsten Windischgräz, die Waffen wurden abgeliefert, die czechische Bürgerwehr („Swornost", d. h. Eintracht) aufgelöst und massenhafte Verhaftungen vorgenommen. Der böhmische Landtag, welcher den ersten Schritt zur Einführung der Föderativ-Verfassung bilden sollte, kam nicht zu Stande, und von der Furcht, daß derselbe mit dem Wiener Reichstage in schweren Conflict über Maß und Grenzen ihrer gegenseitigen Rechte gerathe, war die Regierung seit der Pfingstwoche befreit. Die wichtigste unter den Folgen des Prager Aufstandes, gegen welchen die Sprengung der gesammtslawischen Partei, die mittelbare Kräftigung des Centralisations-Systemes zurücktraten, war die Thatsache, daß die Armee, welche seit dem März zu einer demüthigen Rolle verurtheilt war, sich nicht allein als die beste Stütze der Ordnung, sondern auch als der eigentliche Träger der österreichischen Macht und Einheit offenbart hatte.

f. Der September-Aufstand in Frankfurt, s. S. 368.

g. Die October-Revolution in Wien.

Alles, was man in den Märztagen vom „ewigen Völkerfrühling" geschrieben und gesprochen hatte, waren eitle Worte gewesen. Der anfängliche Idealismus der revolutionären Bewegung, die Begeisterung für ein einiges Deutschland, für Freiheit und Menschenrechte war, wie ein Traum, verflogen. Der Gang der Bewegung war selbst für solche Männer abstoßend geworden, welche Jahre lang an dem Sturze der alten Zustände gearbeitet hatten. Die Liberalen, maßvoll in ihren Wünschen, wählerisch in ihren Mitteln, zogen sich allmählich zurück und überließen die Bekämpfung des Radicalismus der wieder Muth gewinnenden reactionären Partei, uneingedenk, daß dann auch die Frucht des Sieges der letzteren in den Schooß fallen werde.

Zunächst ermannte sich das Ministerium gegen die Arbeiter-Associationen, die auch in Wien (wie in Paris, s. S. 330) eine Besoldung für das Nichtsthun in Gesellschaft erzielt hatten, und kündigte eine Herabsetzung des Tagelohnes um 5 Kreuzer für Weiber und Halberwachsene an. Ein darauf folgender Arbeiter-Krawall, der die Stadt und die Vorstädte vier Tage lang in ein förmliches Kriegslager verwandelte, ward durch die Waffen unterdrückt, und das Mi-

nisterium konnte in der Reichstags-Sitzung triumphirend hervorheben, zum ersten Male habe die Regierung einer Volksbewegung nicht nachgegeben; die öffentliche Meinung, wie der Reichstag, billigte die Energie der Regierung. Die seit Monaten verborgen gehaltenen schwarz-gelben Farben wagten sich wieder hervor, conservative Vereine traten ins Leben, und auch in der Presse hörte man nicht mehr ausschließlich radicale Stimmen. Die Demokraten, welche sich durch den Sturz des Ministeriums und die Sprengung des Reichstages rächen und in den Besitz der Gewalt setzen wollten, erlitten bei dem Versuche, den Sicherheitsausschuß (der sich beim vorigen Aufstande selbst aufgelöst hatte) herzustellen, eine neue empfindliche Niederlage, gewannen aber Bundesgenossen an den Ungarn. Diese hatten eine Deputation an den Wiener Reichstag geschickt, um dessen Hülfe für ihre separatistischen Bestrebungen gegen die Politik des Hofes (s. Nr. 37) nachzusuchen. Vom Reichstage (den der Magyarenhaß der Slawen beherrschte) abgewiesen, fanden sie bei der Wiener Demokratie eine desto günstigere Aufnahme, indem diese den Magyaren den Beistand des Wiener Volkes gegen die „Schacher-Politik“ des „Hyänen-Ministeriums“ zusicherte. Daher verweigerten die Wiener Truppen den Gehorsam, als der Befehl an sie erging, gegen die Ungarn auszurücken. Schon das italienische Grenadier-Bataillon mußte unter starker Cavallerie-Escorte (5. Oct.) zur Eisenbahn gebracht werden. Am folgenden Tage sollte ihnen das Grenadier-Bataillon Richter, lauter Landeskinder, nachrücken. Sie traten den Marsch aus der Kaserne in aufgelösten Reihen an, fanden aber die Schienen der Nordbahn schon aufgerissen und die Eisenbahnbrücke zerstört. Das galizische Regiment Nassau mit 4 Kanonen sollte die Grenadiere zum Ausmarsch zwingen; General-Major Bredy befahl die Communication über die Brücke herzustellen, die Grenadiere mit Gewalt voranzutreiben, die hindernden Nationalgarden und Arbeiter zurückzuweisen. In dem Kampfe, der sich darüber entspann, fiel General Bredy, und die Kanonen wurden von der Nationalgarde genommen. Triumphirend zogen Grenadiere und Nationalgarden in die Stadt zurück, den Hut des Generals als Tropäe mitschleppend.

Widersprechende Befehle des Kriegs-Ministers an die Truppen, bald sich nur zu vertheidigen, bald „jeden Widerstand mit Waffengewalt zu unterdrücken“, falsche Dispositionen der einzelnen Commandanten lähmten die Bewegungen der Soldaten, während der Pöbel sich zu einem immer dichteren Haufen zusammenballte, sich aus den Arbeiter-Quartieren verstärkte und sich der Kanonen aus dem bürgerlichen Zeughause bemächtigte. Der Ministerrath wies eine Petition der Studenten, welche den Rückzug des Militärs aus der Stadt verlangte, zurück, sah sich aber bald im Kriegs-Ministerium förmlich blokirt und gab auf einzelnen Papierstreifen den Befehl, das Feuern überall einzustellen. Dies hinderte den Pöbelhaufen nicht, das Gebäude des Kriegs-Ministeriums zu erstürmen, zu plün-

dern und zu verwüsten. Der allein von den Ministern zurückgebliebene Graf Latour ließ sich von einigen Reichstags-Abgeordneten bewegen, seine Stelle niederzulegen. Er erreichte dadurch nichts Anderes, als daß jeder Zweifel über seine Anwesenheit beseitigt wurde. Zwanzig Nationalgarden und Arbeiter, die sich für sein Leben verbürgt hatten, begleiteten ihn die Treppe hinab in den Hof, wo die Wuth des Pöbels sich entfesselte; seine Begleiter wurden gewaltsam von seiner Seite gerissen, der wehrlose Greis mit Kolben, Knitteln, Spießen und Bayonetten zu Boden geschlagen, noch lebend wieder emporgerissen und mit einer bereit gehaltenen Schnur an ein Fenstergitter gehängt. Die Schnur riß, er fiel abermals zu Boden, wurde röchelnd, aus 43 Wunden blutend, über das Pflaster geschleift und an einem Gas-Candelaber aufgeknüpft. Die Mörder Lichnowsky's in Frankfurt, jene Lamberg's in Pesth hatten in Wien ihre Meister gefunden*).

Unter dem Schutze einer ansehnlichen Truppenmacht flüchtete der Kaiser (7. Oct.) aus Schönbrunn und nahm seinen Wohnsitz in Olmütz (14. October), inmitten einer slawischen Bevölkerung. Der Reichstag blieb durch die Flucht der Abgeordneten in Masse (s. Nr. 35) nur noch wenige Tage beschlußfähig, und beschränkte sich im Bewußtsein vollkommener Machtlosigkeit auf Proclamationen an die Völker und Petitionen an den Monarchen. Der Commandant der Wiener Besatzung, Graf Auersperg, führte die Truppen, da sie zu schwach waren, um einen Angriff auf Wien zu unternehmen, aus der Stadt und vereinigte sich mit der Armee des Banus Jellachich, der den österreichischen Boden betreten hatte und durch die October-Revolution eine willkommene Gelegenheit fand, als Schirmer der Dynastie und Rächer der gestörten Staatsordnung aufzutreten. Doch wurde er bald in den Hintergrund gedrängt durch Fürst Windischgrätz, welcher an der Spitze einer großen Armee von Norden (Prag) gegen „die rebellischen Wiener" zog. Der Reichstag und der Gemeinderath in Wien überließen die Leitung der Vertheidigung den demokratischen Vereinen, welche die Wahl eines entlassenen Offiziers, Wenzel Messenhauser, zum provisorischen Commandanten der Nationalgarde durch deren Bezirkschef erzwangen. Den wahren Kern aber des revolutionären Heeres bildete die Mobilgarde, bestehend aus bezahlten Proletariern, und der Rest der akademischen Legion, unter Anführung des Polen Bem, eines alten Napoleonischen Soldaten, der zugleich von Ostrolenka her berühmt war. Das Frankfurter Parlament sandte zwei Mitglieder (Welcker und Mosle) nach Oesterreich, um den Frieden zu vermitteln, diese gingen aber nicht nach Wien, sondern nach Olmütz, und hielten ihre Mission für vollendet, als man ihnen versicherte, die Verfassung sei in Oesterreich nicht bedroht. Dagegen erschien in Wien eine Deputation der „vereinigten

*) Daß dieser Mord nicht vorher planmäßig überlegt und beschlossen, am wenigsten von Batthyány begünstigt worden sei, s. bei Springer a. a. O. II. S. 555 Anm.

Linken" in Frankfurt; die vier Mitglieder derselben, unter denen Robert Blum durch Reden in der Aula („Ihr müßt noch zweihundert Aristokraten latourisiren") und einen Aufruf an die Wiener am einflußreichsten wirkte, sahen sich, um ihren Worten Kraft zu geben, genöthigt, den Bewaffneten sich anzureihen, als aber das corps d'élite, in welches sie eingetreten, nicht zum Polizeidienste im Innern der Stadt, sondern auch zur Abwehr des äußern Feindes im Barrikadenkampfe verwendet werden sollte, gaben sie ihre Entlassung ein — nach viertägiger Dienstzeit.

Als Fürst Windischgrätz seine Anstalten zum Angriffe vollendet hatte, forderte er am 23. October die Stadt auf, binnen 48 Stunden ihre Unterwerfung zu erklären, alle bewaffneten Corps aufzulösen, die Aula zu sperren, die Vorsteher der akademischen Legion und zwölf Studenten als Geisel auszuliefern u. s. w. Deputationen des Reichstages und des Gemeinderaths nach dem Hauptquartier in Hetzendorf suchten vergebens den harten Sinn des Feldmarschalls zu mildern. Auch lehnte er das Gesuch ab, in die schlecht vertheidigte Stadt einzurücken und selbst die Entwaffnung der Mobilgarden vorzunehmen, denn er wollte seine Soldaten keinem Straßenkampfe Preis geben, und zog es vor, Wien zu bombardiren. Der Hauptangriff auf die Vorstädte geschah am 28. October; von diesen waren Landstraße, Rennweg, Jägerzeile am Abend genommen; die Bürger derselben wurden von den Soldaten, deren Rache die Radicalen durch die Bezeichnung „verthierte Söldlinge" unermüdlich heraufbeschworen hatten, mißhandelt, die Häuser geplündert, denn die Truppen waren angewiesen, „in jedem Hause, aus welchem geschossen wird, Alles niederzumachen und das Haus selbst der Zerstörung Preis zu geben". Der Stadtcommandant Messenhauser rieth selbst zur Uebergabe, weil es eben so sehr an brauchbarer Mannschaft, als an Munition fehle. Eine Deputation des Gemeinderathes eilte in das Hauptquartier des Fürsten Windischgrätz, um ihm zuletzt die unbedingte Unterwerfung Wiens anzubieten. Während die Modalität der Entwaffnung berathen und die Punctation der Bedingungen entworfen wurde, trat am 30. October Nachmittags ein plötzlicher Umschwung, ein letztes, fieberhaftes Aufflackern der revolutionären Kräfte ein. Die so lange erwarteten, so oft angekündigten Magyaren rückten endlich zum Entsatze der bedrängten Wiener heran. Doch wurde dieser Zweck verfehlt durch eine Niederlage, welche sie von kaiserlichen Truppen unter Jellachich bei Schwechat erlitten. Wie eifrig nun auch Messenhauser gegen die Wiederaufnahme des Kampfes rieth, das Proletariat, welches allein in Wien noch unter den Waffen stand, zwang ihn, das Commando zu behalten und mit Fenneberg zu theilen. Fürst Windischgrätz, der schon seinen Sieg und die Unterwerfung der Hauptstadt nach allen Seiten hin hatte telegraphiren lassen, sandte eine Heeresabtheilung gegen die ungarische Armee und begann mit den übrigen Truppen um Mittag des 31. October von

den Vorstädten aus den Sturm gegen die innere Stadt. Als eine Granate den Thurm der Augustinerkirche und das Dach der Hofbibliothek entzündete und Bresche in das verbarrikadirte Burgthor geschossen war, warfen die Vertheidiger die Waffen weg und suchten nur die eigene Person zu sichern; die Truppen rückten am Abend in die Stadt, besetzten alle Plätze und zertrümmerten auf dem Hofe den Candelaber, welcher Latour's Leichnam getragen hatte. Am 1. November wehte vom Stephansthurme eine riesengroße schwarzgelbe Fahne, und die Conservativen jubelten, „in Wien sei auch Pesth und Frankfurt besiegt.“

Wien wurde vom Sieger in Belagerungszustand versetzt, „um einen Uebergang von der Anarchie zum constitutionellen Rechtsleben zu machen“, Robert Blum, ohne Rücksicht auf seine Eigenschaft als Frankfurter Deputirter, erschossen, Messenhauser hingerichtet, weil er den Bruch der bereits abgeschlossenen Capitulation herbeigeführt habe; vielleicht galt seine Hinrichtung dem unerreichbaren Reichstage, als dessen Mandatar Messenhauser gehandelt hatte, wie denn auch der Redacteur und ein Mitarbeiter des „Radicalen“ als Sündenböcke für die demokratische Presse den Tod erleiden mußten. Eine zahlreiche Partei in Wien fand alle diese Urtheile und Gewaltmaßregeln, welche der Feldmarschall dictirte, in der Ordnung und dankte ihm in schwungvollen Adressen für seine Milde. In den Provinzen herrschte eine desto trübere Stimmung. Das unglückliche Land schien nur die Leiden der Anarchie, aber nicht die Freuden der glücklich vollendeten Reform genießen zu sollen.

---

35. Die verfassunggebenden Versammlungen in Deutschland, 1848—1849.

(Nach Eduard Arnd, Geschichte der neuesten Zeit, Friedr. Steger, drei Bücher neuester Geschichte, und Anton Springer, Geschichte Oesterreichs seit 1809, bearbeitet vom Herausgeber.)

a. Das Vorparlament in Frankfurt.

Das Vorparlament, welches, nach den Anordnungen der Heidelberger Commission der Sieben, am 31. März in Frankfurt zusammentrat, wurde in der Paulskirche, einer im antiken Stil gebauten Rotunde, unter dem Vorsitze des Heidelberger Professors der Rechte, Mittermaier, eröffnet. Die Mehrheit der Versammlung war constitutionell-monarchisch gesinnt; eine nicht zahlreiche Partei, an deren Spitze Hecker und Struve standen, erklärte sich für die föderalistische

Verfassung der nordamerikanischen Freistaaten, also Aufhebung der erblichen Monarchie. Sie trug auf Ernennung eines Vollziehungs-Ausschusses an, der bis zur Eröffnung der constituirenden Versammlung zusammenbleiben, die erforderlichen Gesetzesvorlagen entwerfen und das große Werk der Wiederherstellung Deutschlands vorbereiten sollte. Die Anträge der republikanischen Partei wurden nach stürmischen Debatten abgewiesen. Dagegen ward mit großer Einmüthigkeit beschlossen, Schleswig, als mit Holstein national und staatsrechtlich unauflösbar verbunden, und Ost- und Westpreußen in den Deutschen Bund aufzunehmen und durch Abgeordnete in der National-Versammlung vertreten zu lassen. Die directe Wahl der Abgeordneten (auf je 50,000 Seelen einer) ward im Princip anerkannt, dabei aber den einzelnen Staaten die Freiheit gelassen, in diesem Punkte nach Bedürfniß zu handeln. Im Uebrigen sollte die Wahl von Census, Glaubensbekenntniß und Standesverhältniß unabhängig sein. An die Stelle des bisherigen Bundestages wollte man ein einheitliches Bundes-Oberhaupt ernennen und demselben eine Reichsversammlung, bestehend aus einem Senate und einem Volkshause, zur Seite setzen.

Die republikanische Partei wollte, weil sie auf dem Wege der freien Berathung und Beschlußnahme mit ihren Grundsätzen nicht durchdringen konnte, ihre Zwecke durch Aufwiegelung der Massen erreichen. Hecker und Struve zogen mit einigen ihrer Anhänger eine Zeit lang in Baden hin und her, und hielten Volksversammlungen, bei denen die Republik ausgerufen wurde, waren aber nicht im Stande, eine bewaffnete Macht aufzubringen, die geeignet gewesen wäre, einen tüchtigen Kern für ein Volksheer zu bilden, um im Nothfalle den Angriffen der süddeutschen Regierungen zu widerstehen. Ein Bruder Heinrich's v. Gagern, der General Friedrich v. Gagern, der früher in niederländischen Diensten gewesen, ward an die Spitze eines hessen-darmstädtischen Corps gestellt, um die Ruhe mit Gewalt wieder herzustellen. Auf die badischen Truppen glaubte man schon damals sich nicht ganz verlassen zu können. Am 20. April stieß Gagern bei Kandern auf Hecker und dessen Freischaaren. Gagern suchte dieselben in persönlicher Ansprache zur Niederlegung der Waffen und Unterwerfung unter die Gesetze zu bewegen. Aber seine Worte brachten keinen Eindruck hervor. Als er im Begriffe war, zu seinen Truppen zurückzukehren, ward von den Freischaaren auf ihn verrätherischer Weise geschossen, und er sank, von drei Kugeln durchbohrt, entseelt nieder. Seine Soldaten rächten den Tod ihres Führers, indem sie auf die Freischaaren eindrangen, die in großer Eile entflohen, aber doch eine Anzahl Todte zurückließen. Hecker entkam, Struve ward bei Säckingen von den bis zum Rheine vorgerückten Württembergern gefangen, die ihn aber bald wieder frei ließen.[1] Die Baiern besetzten Konstanz und machten dort der republikanischen Bewegung ein Ende. Erst als Hecker und Struve mit

ihrem Unternehmen gescheitert waren, langte Herwegh mit einer deutschen Freischaar aus Frankreich an, wurde aber von einer kleinen Abtheilung württembergischer Infanterie, fast ohne Widerstand zu leisten, in die Flucht getrieben. Selbst in diesem erregtesten Theile Deutschlands hatte die republikanische Partei durch ihre verunglückten Schilderhebungen nur ihre Ohnmacht kund gethan.

b. Die deutsche National-Versammlung in Frankfurt a. M. bis zum September-Aufstande, 18. Mai bis 18. September 1848.

Während der Wahlen zur verfassunggebenden National-Versammlung, die schon vor den März-Ereignissen als das eigentliche Ziel der ganzen deutschen Bewegung betrachtet wurde, hatte sich in allen deutschen Ländern, mit Ausnahme Böhmens, dessen czechische Bevölkerung nicht zu Deutschland gehören, sondern eine große slawische Union bilden wollte, eine rein nationale Begeisterung, ohne Parteizwecke und Sonderinteressen, kund gegeben. Die schwarz-roth-goldenen Fahnen wehten von den Kirchthürmen in den einsamsten Thälern der deutschen Alpen, und wo bisher kein Zeichen von volksthümlichem Bewußtsein hervorgetreten war, tauchten alte Erinnerungen an Deutschlands ehemalige Größe empor. Der deutsche Reichstag war der genaueste Ausdruck der öffentlichen Meinung. Die zugleich monarchische und freisinnige Stimmung der großen Volksmehrheit spiegelte sich in den dichtbesetzten Bänken der Centren, die geringe Bedeutung der äußersten Parteien, rechts und links, verrieth sich in den schwachen Colonnen, womit diese Meinungen auf das parlamentarische Feld rückten. Zu der numerischen Ueberlegenheit der Gemäßigten gesellte sich bezeichnend genug auch die geistige. Die berühmtesten Namen, die besten Redner, die größten Intelligenzen gehörten den Centren an. Hier sah man die Märtyrer der Reactionszeit, Arndt, Jordan, Welcker, neben ihnen Heinrich von Gagern aus Darmstadt, Simson aus Königsberg, Riesser aus Hamburg, v. Andrian aus Wien, Bassermann aus Mannheim, v. Beckerath aus Crefeld, Beseler aus Greifswalde, Dahlmann aus Bonn, Droysen aus Kiel, Mewissen aus Köln, v. Raumer aus Berlin, von Sommaruga aus Wien, Biedermann aus Leipzig, Robert v. Mohl aus Heidelberg, Baur aus Augsburg, Stenzel aus Breslau. Die Linke hatte ihre Vertreter gefunden in Federer aus Stuttgart, Raveaux und Venedey aus Köln, v. Reden aus Berlin, Rey aus Darmstadt, Heinrich Simon aus Breslau, Vischer aus Stuttgart, Eisenstuck aus Chemnitz, Ludwig Uhland, denen sich die radicaleren Christ aus Bruchsal, Graf Reichenbach aus Domeczkow, Schüler aus Jena, Vogt aus Gießen, Zimmermann aus Spandau, Blum und Wutzschler aus Sachsen anschlossen; die äußerste Linke vertraten Brentano aus Bruchsal, Fröbel aus Rudolstadt, Ruge aus Leipzig,

Schlöffel aus Halbendorf, Ludwig Simon aus Trier, Wesendonck aus Düsseldorf, Zimmermann aus Stuttgart, Zitz aus Mainz. Auf der äußersten Rechten versammelten sich mehrere ehemalige Liberale aristokratischer Färbung, v. Bruck aus Triest, v. Flottwell aus Münster, Merck aus Hamburg, Detmold aus Hannover, v. Radowitz aus Arnsberg, v. Linde aus Hessen, v. Vincke aus Hagen, Fürst Lichnowsky aus Schlesien. Nie hat es in einer anderen politischen Versammlung so viele Mitglieder gegeben, die mit Theorieen und Systemen, mit den Lehren der Geschichte, mit wissenschaftlichen und literarischen Gegenständen aller Art in dem Grade vertraut gewesen wären, wie es in der deutschen National-Versammlung der Fall war durch die zahlreiche Vertretung des Standes der deutschen Gelehrten, Schriftsteller und höheren Beamten.

Am 18. Mai traten gegen 330 Abgeordnete der deutschen Nation zu Frankfurt a. M. im Kaisersaale des Römers (Rathhaus) zusammen und begaben sich von da, nachdem sie einen Alters-Präsidenten, dessen Stellvertreter und die Schriftführer eingesetzt hatten, in feierlichem Zuge nach der Paulskirche, wo sie sich unter einem dreimaligen Lebehoch für constituirt erklärten. Am folgenden Tage wurde Heinrich v. Gagern, der seine Stelle als hessen-darmstädtischer Minister (die er seit dem 5. März bekleidete) niedergelegt hatte, zum Präsidenten der Versammlung gewählt. Derselbe war durch Persönlichkeit, Ruf, Charakter und Talent zu dieser Stelle wie gemacht, hat die in ihn gesetzten Erwartungen aus eigener Schuld nie getäuscht und würde unter weniger hemmenden Verhältnissen Bedeutendes geleistet haben.

Ueber die brennendste Frage, ob die Versammlung ihre Beschlüsse endgültig fasse, oder ob sie der Beistimmung der Regierungen bedürfe, vereinigten sich die Centren mit der Linken zu dem Beschlusse, daß alle Bestimmungen einzelner deutscher Verfassungen, welche mit dem von der Versammlung zu gründenden allgemeinen Verfassungswerke nicht übereinstimmen, nur nach Maßgabe des letztern zu betrachten seien. Die Consequenzen des hierin ausgesprochenen Grundsatzes der Volkssouverainetät gedachte die Linke auch auf die Executiv-Gewalt zu übertragen und den Reichstag als deren erste und alleinige Quelle hinzustellen. Sie verlangte eine Vollziehungsgewalt, von der National-Versammlung allein ernannt und aus ihrem Schooße entspringend, deren Aufgabe es sei, die Beschlüsse des Reichstages zu vollziehen. Die Debatten darüber dauerten vom 20. bis 27. Juni. Alle Parteien führten ihre besten Kräfte in das Feld, die Secretäre verzeichneten die Namen von 182 Rednern, welche über die Centralgewalt sprechen wollten, auf 40 belief sich die Zahl der gestellten Verbesserungsvorschläge. Die Amendements der Rechten gingen darauf hinaus, daß die Versammlung die Wahl im Einverständnisse mit den Regierungen treffe, die Centren wurden nach und nach für den Antrag der Linken gestimmt: Wahl durch den Reichstag. Die Ent-

scheidung schwankte unentschieden zwischen den Parteien, als Heinrich v. Gagern den Präsidentenstuhl verließ und die Rednerbühne betrat. Seine Rede gab den Ausschlag, als er sagte: „Ich thue einen kühnen Griff, und ich sage Ihnen, wir müssen die provisorische Centralgewalt selbst schaffen. Darum müssen wir sie selbst schaffen: sie muß stark sein, sie muß Vertrauen einflößen. Wir müssen sie aber besonders darum selbst schaffen, weil wir ihrer schnell bedürfen und weil wir nicht gewiß sind, daß sie schnell geschaffen wird, wenn wir eine Mitwirkung der Regierungen in Anspruch nehmen wollten." Am 27. Juni wurde mit großer Mehrheit für einen Reichsverweser entschieden. Am 29. Juni versammelte sich das Parlament zur Wahl des Reichsverwesers; v. Gagern eröffnete die Wahlverhandlung durch wenige Worte, die er in tiefer Bewegung sprach. „Es ist die Stunde gekommen," sagte er, „wo seit Jahrhunderten zum ersten Male wieder das deutsche Volk berufen ist, sich eine Regierung zu geben für seine Gesammt-Angelegenheiten, und an die Spitze dieser Regierung ein Haupt zu setzen. Die Einheit Deutschlands, die in unserem Bewußtsein lag, wird dadurch eine Thatsache, die in die Welt eintritt." Von 546 anwesenden Mitgliedern stimmten 436 für den Erzherzog Johann von Oesterreich, 52 für Heinrich von Gagern, 32 für Itzstein, 1 für den Erzherzog Stephan. „Ich proclamire also hiermit," nahm der Präsident in feierlichem Tone wieder das Wort, „Johann, Erzherzog von Oesterreich, zum Reichsverweser über Deutschland. Er bewähre die allezeit gehegte Liebe zu unserem großen Vaterlande, er sei der Gründer unserer Einheit, der Bewahrer unserer Volksfreiheiten, der Wiederhersteller von Ordnung und Ruhe." In diesem Augenblicke mischte sich das Geläute der Glocken und der Donner der Geschütze in den dreifachen Lebehochruf der Versammlung.

Erzherzog Johann von Oesterreich, geboren zu Florenz am 20. Januar 1782, war der neunte Sohn des Großherzogs von Toscana, welcher 1790 unter dem Namen Leopold II. seinem Bruder Joseph II. in der römischen Kaiserwürde folgte und deßhalb mit seiner Familie nach Wien übersiedelte. Schon früh zeigte der Erzherzog eine besondere Neigung für das Kriegswesen und ein seltenes Talent für Terrainkunde, zugleich aber auch eine entschiedene Vorliebe für die Geschichte und die Naturwissenschaften. In der ersteren unterrichtete ihn der damals im Ministerium des Aeußern zu Wien angestellte Johannes (von) Müller. Auf der Neigung für die Naturkunde beruhte jener Enthusiasmus, den der Prinz von jeher für Gebirgsländer und Gebirgsvölker hegte. Vergebens bat er in den Jahren 1797 und 1799 die erste Kriegsschule unter seinem ältern Bruder, dem Erzherzoge Karl, durchmachen zu dürfen. So mußte er denn, nachdem dieser den Oberbefehl niedergelegt hatte, im Jahre 1800 sogleich das Ober-Commando, und zwar über ein wiederholt geschlagenes und entmuthigtes Heer, an Kray's Stelle, übernehmen und verlor die Schlacht bei Hohenlinden. Seit dem Jahre 1800

besuchte er alljährlich Tirol und Vorarlberg, wobei er nicht nur zuerst die militärische Wichtigkeit dieses Landes als des Schlüssels zu Italien und der Schweiz erkannte, sondern auch wissenschaftliche Sammlungen zusammenbrachte, die später, auf die norischen, julischen und karnischen Alpen ausgedehnt, seinem Johanneum in Gratz zugewendet wurden. Im Jahre 1804 erstieg er den Orteles. Auch das Interesse für die Landesgeschichte wurde durch Hormayr und andere patriotische Freunde von Neuem in ihm angeregt, und die durch ihn veranlaßten Darstellungen vaterländischer Geschichte mittelst der redenden und bildenden Künste überstiegen fast seine beschränkten Mittel. Diese friedlichen Beschäftigungen sollten wiederholt durch neue Kriegsstürme unterbrochen werden. Sowohl 1805 als 1809 befehligte er nicht ohne Glück in Tirol, in Kärnthen, in Oberitalien. Dagegen verlor er die Schlacht bei Raab (14. Juni 1809) gegen den Vicekönig von Italien durch die Schuld der ungarischen sog. Insurrection, und in der Schlacht bei Wagram konnte er den erhaltenen Befehl, sich mit dem Erzherzoge Karl zu vereinigen, nicht ausführen. Im Jahre 1815 erzwang er die Uebergabe von Hünningen und ließ die Festung zerstören. Nach einem Besuche Frankreichs und Englands, wo er den großen industriellen Anlagen besondere Aufmerksamkeit widmete, wählte er, da die Eifersucht des Kaisers Franz auf seine Popularität ihn von den Tiroler Bergen fern hielt, seinen bleibenden Aufenthalt auf der Grenze Oesterreichs und Steiermarks; in der Nähe von Mariazell entstand der Brandhof, wo er, wenn nicht Geschäfte in Wien oder Reisen ihn hinderten, verweilte und fortfuhr, die Landescultur (namentlich auch die steierische Eisen-Industrie) zu fördern und durch sein stilles Glück den Neid seiner Gegner an der Donau erregte, die, wie früher (1813) einen „König von Rhätien", so jetzt den König eines „norischen Reiches" in ihm erblickten. Im Jahre 1828 wählte er sich eine Lebensgefährtin aus dem Volke, die ihm einen Sohn, den Grafen von Meran, gebar. So dem Volke nahestehend, lernte er dessen Zustände mehr als andere Fürsten kennen und erkannte die Gefahr, welche die Verwaltung Metternich's in sich berge, ließ auch wohl gelegentlich in der Form von guten Wünschen mancherlei Andeutungen darüber in die Oeffentlichkeit gelangen. Als er im September 1842 den Festen des Königs von Preußen am Rheine beiwohnte, begeisterte sein Trinkspruch: „Kein Preußen und kein Oesterreich! Ein einiges, großes Deutschland, fest wie seine Berge!" — in welcher Form er freilich erst nachträglich redigirt wurde — die Gemüther der Vaterlandsfreunde. Im Jahre 1843 nahm er Theil an der Versammlung der deutschen Aerzte und Naturforscher in Gratz und tröstete die österreichischen Mitglieder beim Abschiede mit der Verkündigung, daß auch für sie das Morgenroth eines bessern Tages aufgehen werde. Im September 1846 übernahm er auf der Versammlung der deutschen Land- und Forstwirthe zu Gratz das Präsidium und betonte auch hier, daß man in jedem Wir-

tungsweise die deutsche Einheit und Einigkeit als Zielpunkt festhalten müsse. Die Ereignisse des Jahres 1848 entzogen ihn endlich dem stillen Wirkungskreise eines bürgerlichen Lebens und führten ihn noch einmal auf den verhängnißvollen Schauplatz der Weltgeschichte. Zuvörderst erhielt er den Auftrag als Stellvertreter des Kaisers Ferdinand I., seines Neffen, der seine Hauptstadt verlassen hatte (s. S. 353), den constituirenden Reichstag in Wien zu eröffnen. Während er hier mit vielem Erfolge die Aussöhnung der Parteien und die Beruhigung der Gemüther durch sein herzgewinnendes Auftreten betrieb, wählte die deutsche Nationalversammlung zu Frankfurt ihn, als den unabhängigsten und populärsten der deutschen Fürstensöhne, zum deutschen Reichsverweser.*)

Eine Deputation des Reichstags überbrachte dem Erzherzog die offizielle Botschaft seiner Ernennung. Der Reichsverweser antwortete auf die Anrede Heckscher's: „Ich bringe keinen andern Ehrgeiz mit, als den, dem gemeinsamen Vaterlande in meinem vorgerückten Alter meine letzten Kräfte zu weihen." Am 8. Juli trat der Erwählte Deutschlands seine Reise an über Breslau, Dresden, Leipzig, Halle, Eisenach, überall von dem Jubel der Bevölkerung empfangen. Wie er schlicht und offen dem Volk entgegentrat, gewann er sich die Herzen sogar solcher, die in seiner Wahl eine Verletzung des Grundsatzes der Volkssouverainetät hatten sehen wollen. Der Tag, an dem er sich in die Mitte des Reichstags begab, war vermöge eines merkwürdigen Zusammentreffens der Jahrestag des schmachvollen 12. Juli 1806, an dem der Rheinbund geschlossen wurde und in Folge dessen der Bruder des Reichsverwesers, Franz I., die deutsche Kaiserkrone niederlegte, das deutsche Reich sich auflöste. Nun constituirte sich nach 42 Jahren an demselben Tage das Reich neu auf zeitgemäßer Grundlage, schloß nach 33jähriger Wirksamkeit die Thätigkeit des Bundestags.

Wollte die Reichsversammlung ihrem constituirenden Charakter treu bleiben, so mußte sie vor allen Dingen die Rechte der Centralgewalt feststellen, das Verhältniß derselben zu den einzelnen Regierungen ordnen. Dies geschah aber nicht, vielmehr beschloß die Majorität, zuerst die Grundrechte des deutschen Volkes zu berathen. Diese Debatten, die am 2. Juli ihren Anfang nahmen, waren zum Theil so unerquicklich, als möglich. Man stritt hartnäckig um Kleinigkeiten, oft um die bloße Fassung; übereinstimmende, vielleicht in einzelnen Worten abweichende Amendements häuften sich. Da für zwei Lesungen entschieden worden war, so hatte man die Aussicht, dieselben Gründe und Gegengründe zweimal hören zu müssen.

Diese theoretische Beschäftigung des Reichstags mit den Grundrechten wurde durch eine schlimme Nachricht unterbrochen, die vom Kriegsschauplatze in Schleswig-Holstein (s. Nr. 36) kam. Nach einer

*) Vorzugsweise nach „Die Gegenwart", 1. Bd.

Kriegsführung, welche trotz ihrer Halbheit die deutschen Waffen in Vortheil brachte, schloß Preußen am 26. August in Malmö einen Waffenstillstand unter Bedingungen, wie sie sonst nur der Besiegte sich gefallen läßt. Bis zum 1. April 1849, also während der für die Dänen ungünstigen Winterszeit, sollten die Waffen ruhen, mit dem Frühling, also wenn die Verbindung zur See für die Dänen wieder offen sei, die Feindseligkeiten neu beginnen, bis dahin die schleswig'schen Truppen von den holsteinischen getrennt, eine neue Regierung eingesetzt werden, deren Mitglieder der König von Dänemark gemeinschaftlich mit dem König von Preußen erneune. In der Paulskirche ergossen die Radikalen sich in Vorwürfen gegen die „verrätherische Diplomatie". „Preußen hat seinen zweiten Basler Frieden geschlossen," rief Zimmermann von Stuttgart, „und wird ein solcher hier gebilligt, so mögen nur die Glocken geläutet werden, wie damals bei der Verkündigung der Reichsverweserwahl, aber jetzt zum Grabgeläute der deutschen Sache." Für den Antrag Dahlmann's: vorläufige Sistirung der militärischen und sonstigen Maßregeln zur Ausführung des Waffenstillstandes, stimmten 238 Abgeordnete — 221 gegen denselben. Dies war aber nur die erste Phase der Berathung. Alsbald kam die zweite Berathung heran, ob man den Waffenstillstand verwerfen oder bestätigen solle. Zwei Drittheile der Mitglieder mißbilligten den Waffenstillstand in tiefster Seele, aber man fragte sich, was werden solle, wenn man mit Preußen breche, wo der Ersatz zu suchen sei für die Unterstützung, welche dieser Großstaat der Sache der Einigung nach wie vor verspreche. Die Gemäßigten hatten den Gedanken, daß ein Bruch mit den Regierungen der Revolution die Thore weit öffnen werde, zu tief in sich aufgenommen, um in diesem entscheidenden Momente sich davon losmachen zu können. Sie hörten das Toben der Galerien, die wilden Drohungen der Straßendemokraten, und glaubten von zwei Uebeln das kleinere zu wählen, als sie den Beschluß faßten, die Vollziehung des Waffenstillstandes von Malmö nicht länger zu hindern.

Am Abend der Abstimmung über den Waffenstillstand hatten starke Tumulte stattgefunden; diese bis zu einer Revolution zu steigern, ließ sich die Umsturzpartei angelegen sein. Am nächsten Tage (17. September) wurde auf der Pfingstweide eine Volksversammlung abgehalten, zu welcher Abgeordnete aller demokratischen Volksvereine von nah und fern eingeladen waren. Sie trafen von allen Seiten ein, von Offenbach, Mainz und Hanau die meisten, viele mit Pistolen bewaffnet, die rothe Feder am Hut. Die heftigsten Reden wurden mit Jubel aufgenommen, Aufforderungen zur Mäßigung verhöhnt. Alle Hände flogen in die Höhe, als der Antrag gestellt wurde, daß die Anwesenden in Frankfurt bleiben sollten, um sich am folgenden Morgen zur Paulskirche zu begeben und eine Sturmpetition gegen den Waffenstillstand zu überreichen. Beharre das Parlament bei seinem Beschluß, so sei die Mehrheit, als des Landesver-

raths schuldig, nicht mehr als Vertreter der Nation anzuerkennen. Am 18. September versuchte ein Menschenknäuel durch eine der Seitenthüren der Paulskirche einzudringen, fand sich aber preußischem Militär gegenüber. Die Anwesenheit dieser und anderer Reichstruppen kühlte die Wuth ab, doch nicht so weit, daß man nicht Barrikaden aufgeworfen und die Straßenschlacht angeboten hätte. Die Aufrührer zeigten in der Vertheidigung ihrer Bollwerke keineswegs den Muth, den sie gelobt hatten; um so scheußlicher ist die Wuth, womit sie auf zwei Reichstags-Abgeordnete sich stürzten, die auf einem Spazierritt von einigen der wildesten Rotten überrascht wurden. Der General von Auerswald hatte das Glück, von den ersten Schüssen zu fallen, der Fürst Felix Lichnowsky litt eine lange Marter, ehe die Hiebe, Stiche und Schüsse der feigen Angreifer, die ihn sterbend am Heerwege liegen ließen, seinem Leben ein Ende machten.

c. Die Versammlung zur Vereinbarung der preußischen Verfassung, 22. Mai bis 5. December 1848.

Wenige Tage nach dem deutschen Parlament war in Berlin die zur „Vereinbarung der Verfassung berufene“ preußische National-Versammlung, wie es im offiziellen Stil hieß, von Friedrich Wilhelm IV. eröffnet worden (22. Mai). Diese Versammlung besaß weniger berühmte Namen und allgemein anerkannte Capacitäten, als die Frankfurter, was jedoch nicht nothwendig ein Hinderniß zur Lösung ihrer Aufgabe gewesen wäre. Aber auch in ihr regten sich, und zwar noch früher als in Frankfurt, die zersetzenden und zerstörenden Elemente, die in jener Anfangs so hoffnungsvollen, später so traurigen Epoche hervorgetreten sind. Die in Preußen wie in ganz Deutschland so lange zurückgedrängte Entwicklung der staatlichen Zustände rächte sich, als die Schranken endlich gefallen waren, durch die Maßlosigkeit in den Forderungen, den Haß gegen das Bestehende, die zügellose Parteiwuth, das gegenseitige Mißtrauen.

In der Thronrede entschuldigte der König sich gleichsam, neben den in Frankfurt tagenden Vertretern des deutschen Volkes einen preußischen Landtag berufen zu haben; das dringende Bedürfniß baldiger Feststellung des öffentlichen Rechtszustandes in dem engern Vaterlande habe nicht gestattet, das Ergebniß der Frankfurter Berathungen abzuwarten. Die Minister legten sodann einen Verfassungsentwurf vor, der für beide Kammern das allgemeine Wahlrecht zur Norm machte, aber für die erste Kammer die Wählbarkeit an einen hohen Census knüpfte — ein reines Einkommen von mindestens 2500 Thalern jährlich oder Entrichtung von mindestens 300 Thalern directer Steuern — und dem König die Ernennung eines Viertheils der Mitglieder übertrug. Die Regierung erstrebte damit ein praktisches Anknüpfen an die Vergangenheit. Die Versammlung wies, um ihrer Souverainetät nichts zu vergeben, den Verfassungsentwurf der Krone

zurück und ernannte einen eigenen Ausschuß zur Entwerfung des neuen Staatsgrundgesetzes. Der Kampf der Parteien entbrannte, als ein Antrag von Stein zur Berathung gelangte, daß der Kriegsminister einen Erlaß an die Offiziere richten möge, sich reactionärer Tendenzen zu enthalten. Die Veranlassung zu diesem Antrage ungewöhnlichster Art war ein Militär-Exceß in Schweidnitz, wo die Truppen bei Gelegenheit eines Tumults auf die zur Herstellung der Ordnung anrückende Bürgerwehr gefeuert hatten. Der Stein'sche Antrag wurde einstimmig angenommen, und mit der Mehrheit einer Stimme der Zusatz eines andern Abgeordneten, denjenigen Offizieren, welche mit dem neuen Staatsprincip nicht völlig einverstanden wären, es zur Ehrenpflicht zu machen, daß sie aus dem Heere ausschieden. Der Kriegs-Minister erklärte, daß er den Beschluß nicht zur Ausführung bringen könne. „Das Ministerium würde der Ausführungsausschuß eines Convents sein," rief der Minister von Auerswald aus, „wenn der Sitz der Regierung in die Nationalversammlung verlegt wird." „Nein", antwortete die Linke, „wir wollen nicht regieren, aber wir verlangen, daß die Minister die Verwaltung im Einklang mit den Volksvertretern führen, wie das in jedem constitutionellen Lande geschieht." Mit einer Mehrheit von 67 Stimmen entschied die Versammlung für unbedingten Vollzug des frühern Beschlusses durch das Ministerium. Diese Abstimmung ist der entscheidende Wendepunkt in der preußischen Bewegung. Angriff und Widerstand der äußersten Parteien wurde nunmehr auf die Spitze getrieben. Am 30. October gelangte man zur Berathung des vierten Artikels der Verfassung, worin die Aufhebung der Standesrechte ausgesprochen wurde. Die Linke wollte außerdem noch eine besondere Abschaffung des Adels und drang nach einer sehr stürmischen Verhandlung durch, so daß der Artikel nunmehr lautete: „Es gibt im Staate weder Standesunterschiede noch Standesvorrechte. Der Adel ist abgeschafft. Der Gebrauch adeliger Titel und Prädicate in öffentlichen Urkunden ist untersagt." Die über diesen Beschluß und den kurz vorher beschlossenen Verlust des Jagdrechtes furchtbar erbitterte Adelspartei erhielt durch Berliner Tumulte Vorwände genug, ein kräftigeres Auftreten der Regierung zu fordern. Den drohendsten Charakter gewann der Tumult am 31. October, an welchem Tage ein Antrag von Waldeck berathen wurde, den König aufzufordern, bei der Centralgewalt schnelle und energische Schritte für das bedrängte Wien (s. S. 360) zu thun. An diesem Tage wurde das Schauspielhaus von Volksmassen förmlich belagert. Abgeordnete der Rechten wurden mit Schimpfreden empfangen; einzelnen zeigte man unter Drohungen Stricke und Dolche; die Abgeordneten sollten nicht frei gelassen werden, als nachdem sie eine unmittelbare Hülfeleistung für Wien durch ein preußisches Heer beschlossen hätten. Zwar erreichten die Haufen, die erst gegen Mitternacht zerstreut werden konnten, ihren Zweck der Einschüchterung nicht, aber die Reaction konnte

nun von einem Terrorismus sprechen, den der Berliner Pöbel auszuüben anfange. Am 2. November zeigte der Ministerpräsident v. Pfuel der Kammer an, daß er aus Gesundheitsrücksichten seine Entlassung genommen habe, und gleichzeitig lief ein Schreiben des Grafen Brandenburg ein, mit kurzen Worten meldend, Se. Majestät habe ihn mit der Bildung eines neuen Cabinets beauftragt. Der Graf, ein Sohn Friedrich Wilhelm's II. und der Gräfin Dönhof, war als ein aristokratisch gesinnter Mann bekannt, von strengem, aber durchaus rechtlichem Charakter. Die Kammer nahm die Ernennung dieses Mannes, ohne Rücksicht auf die Majorität der Nationalversammlung, als einen Act der Feindseligkeit auf, und entschied fast einstimmig für eine Adresse, worin dem Könige die Gefahren seines Entschlusses für das Land vorgestellt wurden. Eine Deputation von 24 Mitgliedern, welche diese Adresse nach Sanssouci überbrachte, fand die kälteste Aufnahme und kehrte ohne Antwort zurück. Am 9. November verlas der Vorsitzende von Unruh eine Botschaft des Königs, vom Grafen Brandenburg gegengezeichnet: „weil die Versammlung der Freiheit entbehre, weil die Mitglieder in Berlin denjenigen Schutz nicht fänden, der erforderlich wäre, um ihre Berathungen vor dem Schein der Einschüchterung zu bewahren, finde der König sich bewogen, den Sitz der vereinbarenden Versammlung von Berlin nach Brandenburg zu verlegen, wo am 27. November die Verhandlungen beginnen würden. Bis dahin werde die Versammlung vertagt, und aufgefordert, ihre Berathungen sofort abzubrechen." Die Kammer trennte sich nicht, wie ihr geheißen wurde; 290 Mitglieder blieben auf ihren Sitzen, um die Berechtigung der Krone zu der Maßregel der Verlegung zu erörtern. Beschlossen wurde, daß die Versammlung der Krone das Recht nicht zugestehe, einen constituirenden Reichstag zu vertagen, zu verlegen oder aufzulösen, daß sie die Minister, welche zu der Botschaft gerathen hätten, nicht für fähig achte, die Regierung des Landes zu führen. Das Ministerium bezeichnete diese Beschlüsse als nichtig; alle Abgeordneten, welche daran Theil genommen, hätten sich der Anmaßung von Hoheitsrechten und eines Vergehens an der Verfassung schuldig gemacht. Am Mittag des 10. November war die Kammer in ihrem Locale versammelt, Bürgerwehr bildete eine schützende Kette um sie her; um zwei Uhr hörte man die Trommeln der in der Stärke von 15,000 Mann anrückenden Truppen. Sie bildeten den weitern Kreis um das Schauspielhaus, die Bürgerwehr den engern; zwischen diesen Massen eingekeilt, erließ die Kammer einen Aufruf an das Volk, festzuhalten an seinen Freiheiten, aber auch keinen Augenblick den Boden des Gesetzes zu verlassen. Nach diesem Beschlusse kam eine Botschaft von Wrangel, dem Oberbefehlshaber in den Marken (seit 19. Sept.), er kenne keine Nationalversammlung, da der König sie vertagt habe, und werde das Haus so lange besetzt halten, bis sich alle Abgeordneten daraus entfernt hätten, jeden herauslassen, aber

keinem einzigen wieder den Eintritt verstatten. In der That fand die Kammer am folgenden Morgen ihr Local geschlossen, und an den Straßenecken klebte eine Verordnung, welche die Auflösung der Bürgerwehr verfügte. Am 12. November wurde Berlin in Belagerungszustand erklärt, weil die Civilbehörden außer Stand gesetzt seien, dem Gesetze die gebührende Geltung zu verschaffen. Am folgenden Tage genehmigte die Nationalversammlung, die ihre Sitzungen bald hier bald dort hielt, eine Denkschrift ihres Ausschusses über eine Anklage gegen die Minister. Am 15. Abends, als 226 Mitglieder im Mielentz'schen Saale sich eingefunden hatten, um eine Steuerverweigerung zu beschließen, traten Offiziere in den Saal, während Gardegrenadiere die Thür besetzten. Die Vorstellungen des Vorsitzenden bewirkten so viel, daß sich die Militärmacht einen Augenblick zurückzog, und diese kurze Frist benutzte die Kammer zu ihrem letzten Beschlusse — die Steuern zu verweigern. Mit einigen wenigen Ausnahmen fand der Beschluß der Steuerverweigerung nirgends Ausführung; die demokratische Partei selbst mahnte davon ab, als sie die nachtheilige Wirkung auf das Volk sah. Die Frankfurter Reichsversammlung beschloß am 20. November mit 270 gegen 150 Stimmen, „daß der auf Suspension der Steuererhebung gerichtete, offenbar rechtswidrige, die Staatsgesellschaft gefährdende Beschluß der in Berlin zurückgebliebenen Versammlung null und nichtig sei." Dieser Beschluß gewährte der preußischen Regierung eine große moralische Stütze und isolirte die äußerste preußische Linke. Die demokratische Partei deckte ihren Rückzug mit der glücklichen Erfindung des „passiven Widerstandes". In Brandenburg waren bis zum 27. November nicht mehr als 120 Abgeordnete eingetroffen, alle zur Rechten oder zum rechten Centrum gehörend. Am 1. December stellten sich mehr als hundert Mitglieder der Linken ein, schieden aber sogleich wieder aus, da ihr Antrag verworfen wurde, sich drei Tage zu vertagen, damit die noch Fehlenden Zeit erhielten, zu erscheinen. Dieser Vorgang brachte den Entschluß der Krone zur Reife, die Nationalversammlung am 5. December aufzulösen. Motivirt wurde die Maßregel durch die Haltung der Kammer, die, trotz ihrer Vertagung und Verlegung nach Brandenburg, ihre Berathungen in Berlin eigenmächtig fortgesetzt und damit als souveraine Macht über Rechte der Krone entschieden, und durch die an das Volk gerichtete Aufforderung zur Verweigerung der Steuern die Brandfackel der Anarchie in das Land geschleudert habe. Mit dem Decrete, welches die Auflösung aussprach, verbanden sich mehrere andere, namentlich eins, worin dem Lande eine Verfassung verliehen (octroyirt) wurde. Diese ging nicht aus der reinen Willkür des Königs hervor, vielmehr nahm sie theils die wichtigsten Beschlüsse der aufgelösten Kammer, theils die Bestimmungen des Frankfurter Reichstags über die Grundrechte in sich auf, und schloß sich überdies ziemlich eng dem Entwurfe der Verfassungs-Commission der preußischen Nationalversammlung an. Ferner war

sie nur eine provisorische und sollte einer Revision unterworfen sein, so daß die Form der Vereinbarung zwischen Krone und Volk wiederkehrte. Was den Geist dieser Verfassung betrifft, so war sie ein vollständiger Bruch der Regierung mit ihrer Vergangenheit. Vom historischen Recht, von der Gliederung nach Ständen, von den Vorrechten des Adels fand sich keine Spur mehr, selbst das Heer verlor seine Sonderstellung und wurde auf die Verfassung beeidigt. Für die Zweite Kammer wurde das allgemeine Wahlrecht beibehalten, die Erste erhielt eine einigermaßen aristokratische Grundlage, indem die Urwähler und Wahlmänner ein gewisses Einkommen oder Vermögen nachweisen sollten. Von der Befriedigung, welche diese Verfassung allgemein erregte, blieb die Partei ausgeschlossen, die den König zu seinem Einschreiten ermuthigte. Sie hatte den äußeren Sieg davon getragen, aber ihre Grundsätze wurden in der Verfassung verworfen; die Demokraten hatten das Schlachtfeld räumen müssen, aber ihre Ansichten waren es, denen das neue Staatsgrundgesetz seine Huldigungen darbrachte.

d. Der österreichische Reichstag in Wien, 10. Juli bis 22. October 1848.

Unterdessen war die Revolution in Wien fast durch dieselben Stadien gegangen, wie in Berlin. Am 10. Juli 1848 ward der constituirende Reichstag des österreichischen Kaiserstaates in Abwesenheit des Kaisers durch den Erzherzog Johann eröffnet, — ein Reichstag, wie ihn die Welt noch nie gesehen hat. Ein Sprachgewirr ohne Gleichen, in welchem man die deutsche, ruthenische, polnische, böhmische, illyrische und italienische Sprache und verschiedene Provinzial-Dialecte durcheinander hörte, war das äußere Zeichen der innern Zerrissenheit, die zwischen den Repräsentanten des Einheitsstaats trennend herrschte. Die eindringlichsten Reden wurden vor Zuhörern gehalten, die zum Theil kein Wort davon verstanden. Freilich war dies gleichgültig für die galizischen Bauern, die von der Sache so wenig wie von der Sprache verstanden, und erst hätten lesen lernen müssen, um etwaige Uebersetzungen der Anträge und Beschlüsse des polyglotten Reichstages ins Ruthenische und Slowenische gebrauchen zu können. Dazu kam noch, daß die slawischen Idiome einer gangbaren staatswissenschaftlichen Terminologie entbehrten. Anders war es, als die Dalmatiner für die italienische Sprache das gleiche Recht mit der deutschen verlangten; denn dies war eine ebenbürtige Muttersprache, welche überdies schon unter der alten Regierung neben der deutschen einen officiellen Charakter besaß, und dazu waren die dalmatinischen Deputirten gebildete Männer, welche wohl in den Gang der Debatten eingreifen konnten. Nach einer stürmischen Debatte über ihre Petition blieb es zwar bei der thatsächlichen Herrschaft der deutschen Sprache, obgleich die

Majorität der Nichtdeutschen unzweifelhaft war, aber auf das Verlangen von zehn Deputirten sollte jedesmal die Abstimmungsfrage in das Polnische, Ruthenische, Czechische, Walachische übersetzt werden.

In den ersten Verhandlungen des Reichstags fand man Gelegenheit, den Grundsatz der Volkssouverainetät bei der unangemessensten Sache in den Vordergrund zu schieben. Alle Parteien wünschten, daß der Kaiser nicht länger von Wien fern bleibe, und doch stritt man lange und heftig darüber, ob der Reichstag seine Rückkehr erbitten oder fordern solle. Die letztere Fassung erhielt Aufnahme in die Adresse, die von einer Deputation nach Innsbruck überbracht und vom vollständigsten Erfolg gekrönt wurde, indem der Kaiser am 12. August seine Gemächer in der Hofburg wieder bezog. In den nächsten vier Wochen beschäftigte sich die Versammlung mit der Aufhebung der Robot- und Unterthänigkeitsverhältnisse, einem Gegenstande, der durch zahlreiche Verbesserungsanträge kolossale Dimensionen annahm. Man rettete sich aus der Verwirrung durch eine Abstimmung, die den Verpflichteten auf Kosten des Staats ein Geschenk machte. Die Unterthänigkeits- und Robotverhältnisse sollten aufgehoben, den Berechtigten eine billige Entschädigung gewährt und diese vom Staat geleistet werden. — Als die October-Revolution in Wien ausbrach (s. S. 356 f.), erklärte der Reichstag sich permanent, bildete einen Sicherheitsausschuß, welcher für die Herstellung der Ruhe sorgen sollte, und mühte sich mit Deputationen ab, welche die Einsetzung eines volksthümlichen Ministeriums, die Aenderung der ungarischen Politik durch Zurücknahme des Manifestes vom 3. October (s. Nr. 37), die Absetzung des Banus Jellachich u. s. w. verlangten. Jede folgende Deputation erhielt eine kargere Antwort, als die frühere. Die Flucht des Kaisers nach Olmütz (s. S. 358), die Auflösung des ebenfalls größtentheils entflohenen Ministeriums brachte den Reichstag in eine unhaltbare Stellung, die slawischen Mitglieder der Rechten und die hervorragendsten Mitglieder des Centrums verließen in Masse Wien, bildeten in Prag einen parlamentarischen Sonderbund und kündigten dem Wiener Rumpfparlament offen den Krieg an. Die Czechen protestirten gegen alle am 6. October gefaßten Beschlüsse (s. S. 357) so wie gegen das Forttagen des Reichtages in Wien überhaupt; sie schrieben eine Versammlung aller loyalen Abgeordneten in Brünn auf den 20. October aus, mit dem offen ausgesprochenen Vorsatze, dort den Reichstag fortzusetzen. Beim Herannahen des Fürsten Windischgräz (s. S. 358) erschöpfte sich der Reichstag in ohnmächtigen Protestationen, nur erhielt dadurch die Vertheidigung Wiens gegen „Generäle, welche den Willen des Kaisers mißachten“ eine legitime Basis. Die Leitung dieser Vertheidigung aber überließ der Reichstag und eben so der Gemeinderath den demokratischen Vereinen.

c. Der österreichische Reichstag zu Kremsier, 22. November 1848 — 6. März 1849.

Ein kaiserliches Rescript vom 22. October schloß die Sitzungen des Reichstages in Wien und berief denselben auf den 15., später den 22. November nach der erzbischöflichen Sommerresidenz Kremsier in Mähren, um ihn in dieser Isolirung vor allen demokratischen Einflüssen zu sichern. In den ersten Wochen nach seiner Eröffnung fesselten zwei andere Ereignisse so ausschließlich die öffentliche Aufmerksamkeit, daß der Reichstag „im Exil" von Freund und Feind vergessen wurde: am 21. November erhielt Oesterreich ein neues Ministerium, am 2. December begrüßten die Völker einen neuen Herrscher.

Nachdem der Octobersturm das Ministerium Wessenberg verweht hatte, mußte bei der Bildung eines neuen Ministeriums auf die Wünsche der Armee Rücksicht genommen werden, deren herabgedrücktes Selbstgefühl sich schon nach den italienischen Siegen (s. Nr. 38) gehoben hatte, die aber jetzt nach der Eroberung Wiens mit aller Entschiedenheit den Anspruch geltend machte, daß in dem Staate, den ihr Muth und ihre Treue allein gerettet, auch ihre Stimme vorzugsweise gehört werde. Der „Armeediplomat", Fürst Felix Schwarzenberg, welcher in Radetzky's Lager nicht bloß Proben persönlichen Muthes, sondern auch politischer Gewandtheit abgelegt hatte, bei dem Heere beliebt war, bei dem Hofe großes Ansehen genoß, auf verschiedenen Gesandtschaftsposten (in Petersburg, London, Turin, Neapel) mit der Diplomatie vertraut geworden, dabei alles liberale Wesen gründlich verachtete, schien alle wünschenswerthen Eigenschaften eines Ministerpräsidenten zu besitzen. Neben ihm sollte Graf Franz Stadion als Minister des Innern ein Reform-Ministerium verbürgen, denn er hatte schon vor den Märztagen den Verfall der Administration offen bekannt und auf Abhülfe gedrungen. Seinen freien Blick bekundete er schon durch den Eifer, mit welchem er die Berufung Bruck's als Handelsminister betrieb. Dieser ehemalige Bonner Buchhändler galt weithin als das Ideal eines Fachministers, denn man kannte ihn nur als den genialen Schöpfer des Triester Lloyd, als den rastlosen Förderer des österreichischen Handels.

Am 2. December wurde der Kremsierer Reichstag zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen, das Ministerium eilte von Olmütz herbei und der Ministerpräsident eröffnete dem Reichstage zu dessen großer Ueberraschung, Kaiser Ferdinand I. habe abgedankt, sein Bruder der Erzherzog Franz Karl auf sein Nachfolgerecht verzichtet und dessen Sohn als Kaiser Franz Joseph I. den Thron bestiegen, der am Tage vorher für großjährig erklärt worden. Der körperliche Zustand Ferdinand's (s. S. 237), für die geregelte Führung der Staatsgeschäfte stets hemmend, war seit der Revolution geradezu ein

Hinderniß der Regierung geworden. Seine Krankheit wurde als Vorwand benutzt, um unbequeme Regierungsmaßregeln als erschlichen und ohne Vorwissen des, stürmischen Forderungen gegenüber gewöhnlich nachgiebigen, Monarchen getroffen darzustellen. So wurde dieser ein unfreiwilliger Bundesgenosse der revolutionären Parteien. Durch den Regierungsantritt des nächstberechtigten Erben hätte, bei dem allgemeinen Vorurtheile, welches man gegen seine Gemahlin, die Erzherzogin Sophie, hegte, die neue Regierung gleich im Anfange alle Popularität verloren. Es war daher folgerichtig, daß man gleich weiter griff und den Erzherzog Franz Joseph auf den Thron brachte, welcher trotz seiner Jugend des festen Willens und der Thatkraft nicht entbehrte und, was eine Hauptsache war, durch kein Ereigniß der Revolutionsperiode gebunden erschien, namentlich den Magyaren gegenüber, deren Forderungen alle sich auf bestimmte Zusagen des Königs gründeten.

Eine Proclamation des neuen Kaisers betonte als Ziel seiner Regierung die Vereinigung aller Länder und Stämme der Monarchie zu einem großen Staatskörper. Daraus folgte sowohl die Lostrennung vom deutschen Bundesstaate, wie ihn das Frankfurter Parlament construiren wollte („kein Theil des deutschen Reiches darf mit nichtdeutschen Ländern zu einem Staate vereinigt sein"), als die Nothwendigkeit, Ungarn mit Waffengewalt zu unterwerfen und für Oesterreich geradezu von Neuem zu erobern. Ueber die Stellung der Regierung zum Kremsierer Reichstage herrschte aber große Unklarheit. Denn da dieser nur von den deutschen Bundesprovinzen, so wie von Galizien und Dalmatien beschickt war, so konnte die von der Hälfte des Reiches berathene Verfassung doch nicht ohne Weiteres in den ungarischen und italienischen Provinzen octroyirt werden, ohne das Princip der Volkssouveraineität zu mißachten. Unbekümmert um diese Lebensfrage, berieth der Reichstag — die Grundrechte, deren Feststellung in allen constituirenden Versammlungen des Jahres 1848 als der wichtigste Theil ihrer Aufgabe galt und doch die geringsten Früchte brachte.

Während der Reichstag sich mit der Berathung der Grundrechte abmühte, suchte das Ministerium die Stellung Oesterreichs dem Frankfurter Parlamente gegenüber ins Reine zu bringen. Durch ein Programm vom 27. November erklärte es die unbedingte österreichische Staatseinheit als das Ziel der neuen Regierung und machte die Verhandlung über das deutsch-österreichische Bündniß von der Vollendung der österreichischen und deutschen Constitution abhängig. Da es aber unzweifelhaft war, daß die Einsprache gegen den Oesterreich zugemutheten Dualismus viel kräftiger lauten könnte, wenn der österreichische Einheitsstaat bereits als vollendete Thatsache bestände, so entschloß sich das Ministerium, dem immer stürmischeren Drängen des Hofes, der Aristokratie, der Militär- und clericalen Partei nachgebend, den Moment, als Nachrichten von der freilich unbedeuten-

den Niederlage des Revolutionsheeres in Ungarn (bei Kapolna, s. Nr. 37) eintrafen, zu benutzen, um den Kremsierer Reichstag, dessen Wirksamkeit auf die Hälfte des Staates beschränkt war, zu beseitigen und eine Verfassung, datirt vom 4. März, zu octroyiren. Am Morgen des 7. März fanden die Reichstags-Abgeordneten den Schloßhof in ein Soldatenlager verwandelt, die Zugänge zu dem Sitzungssaale mit Wachen besetzt, und lasen an den Straßenecken die kaiserlichen Manifeste, welche den Schluß des constituirenden Reichstages aussprachen und eine Verfassung für Gesammt-Oesterreich octroyirten. Die Grundrechte, in denen die Mehrheit des Volkes den Hauptgewinn der Revolution erblickte, wurden dem Namen nach beibehalten, aber wesentlich verkürzt. Schärfer noch unterschied sich das Patent vom 4. März von dem Entwurfe des constituirenden Reichstages in den Bestimmungen über die eigentliche Verfassung. Dasselbe erklärte jeden Unterschied der einzelnen Provinzen „der untheilbaren und unauflöslichen Erbmonarchie" für aufgehoben; die „Kronländer" bildeten von nun an nur Verwaltungsgebiete und hatten ihre Provinzial-Landtage. Natürlich hielt die octroyirte Verfassung das Zweikammersystem fest, das „Unterhaus" wurde durch directe Wahlen gebildet (ein geringer Census der Wähler war erforderlich), die Mitglieder des „Oberhauses" wurden von den einzelnen Landtagen gewählt. In Bezug auf Ungarn hieß es im §. 71: „Die Verfassung des Königreiches Ungarn wird aufrecht erhalten", aber mit dem Zusatze: „so weit sie nicht der Reichsverfassung und dem Grundsatze der Gleichberechtigung der Nationalitäten widerspricht". Da jene in allen wesentlichen Punkten der octroyirten Charte widersprach, da überdies die Bildung einer serbischen Woiwodschaft in Aussicht gestellt, die Unabhängigkeit Kroatiens und Siebenbürgens ausgesprochen war, so fehlte nichts Wesentliches an der Aufhebung der ungarischen Constitution. Das Ministerium traute sich die Kraft zu, den kühnen Anschlag gegen die alte ungarische Constitution durchführen zu können, verzweifelte aber an der Möglichkeit, die italienischen Provinzen dem Staate organisch einzuverleiben; daher sollte nach §. 76 ein besonderes Statut die Verfassung des lombardisch-venetianischen Königreiches und das Verhältniß dieses Kronlandes zum Reiche feststellen. Der aufgelöste Reichstag wagte gegen diesen Staatsstreich nur einen schüchternen Protest, den bloß 33 Mitglieder der Majorität unterschrieben.

Uebrigens wurde die octroyirte Verfassung, die vom Anfang an „ein todter Buchstabe" blieb, schon am Ende des Jahres 1851 auch formell zurückgenommen, als nach vollständiger Unterwerfung Ungarns und Italiens (s. Nr. 37 u. 38) es sich darum handelte, der thatsächlichen Rückkehr zum Absolutismus auch die formelle folgen zu lassen, und als Grund der Aufhebung gab Schwarzenberg an, weil dieselbe damals in der Eile den Constitutionen anderer Länder entlehnt und ihre Grundsätze nicht selbständig geprüft worden.

f. Ausgang der deutschen Nationalversammlung.

Die revolutionäre Partei ruhte nicht, trotz ihrer Niederlage, welche sie in Frankfurt am 18. September, und überall, wo sie sich regte, erlitten hatte. Drei Tage nach dem Mordtage von Frankfurt überschritt Struve von der Schweiz aus mit einem Haufen Schweizer und deutscher Flüchtlinge die deutsche Grenze. Seine Manifeste versprachen Wohlstand, Bildung und Freiheit für Alle, und erläuterten gleichzeitig die terroristischen Maßregeln, mittels deren dieses Ziel erreicht werden sollte. „Sämmtliches Grundeigenthum des Staates, der Kirche und der auf Seiten der Fürsten kämpfenden Staatsbürger geht provisorisch, unter Vorbehalt späterer Ausgleichungen, an die Gemeinden über, in deren Gemarkung es liegt. Alle waffenfähigen Männer vom vollendeten 18. bis zum vollendeten 50. Jahre ergreifen die Waffen zur Rettung des bedrohten Vaterlandes. Von heute an herrscht das Kriegsgesetz, bis das deutsche Volk seine Freiheit errungen haben wird.“ Dieser terroristische Aufruf erhielt die vollste Anwendung durch Mißhandlung der Beamten, Erpressung von Geld und Mannschaften in den Gemeinden und Plünderung der Kassen. Das Revolutionsheer Struve's schwoll durch solche Mittel zu einem Haufen von 3000 Menschen an, von denen aber neun Zehntel nur durch Furcht vor dem letzten Zehntel bei den Fahnen gehalten wurden. Im freien Felde zu schwach, warf sich Struve nach Stauffen, das nach einem Gefechte von kaum einer Stunde, bei dem der Anführer keineswegs Beweise persönlichen Muthes gab, den Reichstruppen sich ergeben mußte. Die zersprengten republikanischen Schaaren eilten der Grenze zu, Struve ward verhaftet in Müllheim in demselben Saale, wo er wenige Tage zuvor als Präsident der deutschen Republik seine Befehle ertheilt hatte, von einem Kriegsgerichte verhört, später von Geschworenen verurtheilt und in das Gefängniß geführt, wo ihn die Revolution des nächsten Jahres noch fand.

Das Ansehen des deutschen Parlamentes war bereits im Abnehmen begriffen. Der König von Preußen hatte schon Ende Juli, als er in einem Armeebefehl seine Zustimmung zur Wahl des Reichsverwesers erklärte, der Erwählung desselben durch das Parlament mit keinem Worte gedacht, und die Huldigung war nur von den preußischen Besatzungen in den Bundesfestungen geleistet worden. Bei der 600jährigen Feier der Grundsteinlegung des Kölner Doms Mitte August hatte derselbe König eine Deputation des Frankfurter Parlaments daran erinnert, „daß es noch Fürsten in Deutschland gebe, und daß er selbst zu ihnen gehöre“. Vergebens führte man von Frankfurt aus Beschwerde über die Hinrichtung Robert Blum's in Wien (s. S. 360), vergebens tadelte das Parlament die Verlegung der preußischen Nationalversammlung von Berlin nach Brandenburg, vergebens machte es bei der Schweizerischen Eidgenossen-

schaft Vorstellungen wegen Duldung der wiederholten Einfälle von Freischaaren auf deutsches Gebiet. Die endlich durchberathenen Grundrechte des deutschen Volkes wurden gerade von den größten deutschen Staaten (Oesterreich, Preußen, Baiern, Hannover, Sachsen) nicht angenommen oder doch ihre Anerkennung bis zur Vollendung der Reichsverfassung verschoben. Die Berathung dieser Verfassung begann am 20. October und dauerte mit geringen Unterbrechungen den ganzen Winter über fort. Den schwierigsten Punkt bei derselben bildeten das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland und die Oberhauptsfrage. Da das österreichische Ministerium Schwarzenberg-Stadion nach Verlegung des Reichstages von Wien nach Kremsier ein Programm aufgestellt hatte, dem zufolge alle österreichischen Länder in ungetrennter Einheit vereinigt bleiben müßten, so erklärte (mit 261 gegen 224 Stimmen) das Frankfurter Parlament auf Heinr. von Gagern's Antrag, Oesterreich sei nicht als in den Bundesstaat eintretend zu betrachten und sein Unionsverhältniß zu Deutschland sei durch eine besondere Unions-Acte zu ordnen. Von diesem Augenblicke an bildeten sich unter denen, die bisher gemeinsam gegen die Revolution gekämpft hatten, zwei Parteien: die Großdeutschen, welche die Ausstoßung Oesterreichs aus dem deutschen Bunde und die dadurch näher gerückte Hegemonie Preußens mißbilligten, und die Kleindeutschen, welche einen engern Bund unter Preußen, ohne Oesterreich, wollten, indem sie glaubten, ein kleineres Deutschland sei immer noch besser als gar keines. Die politischen Gegensätze vermischten sich noch mit religiösen und dynastischen Interessen, als die Debatten über die Oberhauptsfrage begannen. Der Ausschuß-Antrag ging dahin, daß die Würde des Reichs-Oberhaupts einem der regierenden Fürsten zu übertragen sei, worunter man sich den König von Preußen zu denken hatte. Andere Vorschläge wollten weder ein Ausschließen Oesterreichs, noch eine Bevorzugung eines einzelnen Monarchen. Welcker verlangte einen Wechsel in der höchsten Regierungsgewalt zwischen Oesterreich und Preußen von 6 zu 6 Jahren, Andere wollten ein Directorium errichtet wissen, zu dem die Könige oder auch, wie eine andere Fassung lautete, alle Fürsten durch von ihnen zu wählende Stellvertreter heranzuziehen seien; auch die Idee eines Triumvirats (Oesterreich, Preußen und Baiern) fand ihre Anhänger. Die Linke wollte eine sogenannte republikanische Spitze, das heißt, daß jeder Deutsche zum Reichs-Oberhaupt wählbar sein solle. Die monarchische Einheit der Regierung empfahl sich durch die größere Kraft, die der Einheitsstaat durch sie erhielt; ein Turnus zwischen Oesterreich und Preußen war die schwächste aller Ideen, denn abgesehen davon, daß jedes der beiden seine Zeit zur Vermehrung seiner Hausmacht benutzt haben würde, war eine consequente Politik mit dem Wechsel unvereinbar. Bei der endlichen Abstimmung erhielt das Directorium nur 79, der Welcker'sche Turnus 80 und die republikanische Spitze der Linken 122 Stimmen. Nachdem diese drei Formen

der Centralgewalt in der Minorität geblieben, bejahten 258 gegen 211 Stimmen, daß die Würde eines Reichs-Oberhauptes einem der regierenden Fürsten übertragen werden solle; die Erblichkeit dieser Würde ward zwar damals noch mit 263 gegen 211 Stimmen verworfen, der Kaisertitel aber angenommen. Um den Einzelregierungen einen geregelten Einfluß auf die allgemeinen deutschen Angelegenheiten zu sichern, sollte ein Reichsrath aus den Bevollmächtigten der deutschen Fürsten gebildet werden, der alle Gesetzentwürfe zu begutachten hätte, bevor sie an den Reichstag gebracht würden. Jeder Staat sollte einen Vertreter im Reichsrathe haben. Es war dies eine Nachbildung der alten Bundesversammlung, jedoch bis auf ein Geringstes an Macht und Bedeutung abgeschwächt; sie erhielt nur eine Mehrheit von 11 Stimmen.

Während der Reichstag in seinen Berathungen zum Wahlgesetze überging, gelangten an ihn Erklärungen der meisten Regierungen über das Verfassungswerk. Oesterreich verlangte eine Eintheilung Deutschlands in sieben Kreise, wobei Oesterreich in seinem ganzen Umfange einen Kreis, Preußen den zweiten, Baiern den dritten und die übrigen deutschen Staaten die vier anderen Kreise bildeten. Die Centralgewalt sollte bestehen aus einem Directorium von sieben Mitgliedern, wobei Oesterreich und Preußen je zwei Stimmen und Oesterreich den Vorsitz habe. Preußen wiederholte seinen Vorschlag eines engern und eines weitern Bundes; in dem ersteren beanspruche es keinen andern Antheil an der Leitung der Gesammt-Angelegenheiten, als denjenigen, welchen seine Stellung in Deutschland und seine Bedeutung für die Gesammtheit ihm anweise.

Das Erscheinen der österreichischen octroyirten Verfassung (4. März) machte der Idee des Kaiserthums eine günstige Diversion. Ein bisheriger entschiedener Gegner des Erbkaiserthums, Welcker, stellte nun den Antrag, die ganze deutsche Reichsverfassung durch einen Gesammtbeschluß anzunehmen, und die erbliche Kaiserwürde dem Könige von Preußen zu übertragen. Am 22. März 1849 begann die zweite Lesung des Verfassungsentwurfs; die Versammlung hielt von nun an, bis diese Arbeit beendigt war, doppelte Sitzungen. Das Hauptresultat, das erbliche Kaiserthum, stand von vornherein fest, da Linke und Centren einen Vergleich abgeschlossen hatten. Die Linke ließ sich den Erbkaiser gefallen, die Centren willigten dafür in das Suspensiv-Veto und das allgemeine Wahlrecht. Am 28. März nahm der Reichstag nach kurzer Verhandlung die Reichsverfassung an, und der Vorsitzende, Simson, ließ sodann zum Namensaufruf für die Kaiserwahl schreiten. Von 538 anwesenden Mitgliedern stimmten 290 für den König von Preußen, und 240 erklärten, sich der Wahl zu enthalten. Simson fügte der Verkündigung des Resultates patriotische Wünsche bei, die der Erfolg hat zu Schanden werden lassen.

Die beiden Staatsgrundgesetze, mit deren Erlassung der Reichstag seine Aufgabe erledigt hatte, Grundrechte und Reichsverfassung, enthielten eine völlige Anerkennung der Forderungen der Neuzeit, in so fern diese mit dem monarchischen Grundsatz in Einklang zu bringen waren. Die Grundrechte wahrten allen Deutschen freies Niederlassungsrecht in ganz Deutschland, jedoch beschränkt durch ein allgemeines Heimatsgesetz und eine deutsche Gewerbeordnung, Auswanderungsfreiheit, Gleichheit vor dem Gesetze, gleiche Wehrpflicht für Alle, Unverletzlichkeit der Person, der Wohnung, des Eigenthums, des Briefgeheimnisses, das Recht, durch Wort, Schrift, Druck und bildliche Darstellung seine Meinung zu äußern, volle Glaubens- und Gewissensfreiheit, das Recht, sich zu versammeln und Vereine zu bilden, Schutz des geistigen Eigenthums, Stellung jedes Angeklagten vor seinen natürlichen Richter, Oeffentlichkeit und Mündlichkeit im Rechtsverfahren, Geschworene für die Criminalgerichte u. s. w. — Die deutsche Reichsverfassung theilte die gesetzgebende Gewalt zwischen dem Kaiser und zwischen zwei Kammern, Staatenhaus und Volkshaus genannt, deren zweite aus allgemeinen Wahlen hervorging, während das Staatenhaus durch Wahlen der Regierungen und der Einzel-Landtage zu gleichen Theilen gebildet wurde. In Frankfurt sollte entschieden werden über Krieg und Frieden, über Bündnisse und Verträge mit dem Auslande, über das Gesandten- und Consulatwesen, über die Wehrverfassung, Reichsfestungen und Küstenvertheidigungswerke, über die Seemacht, über die Eisenbahnen und deren Betrieb, über das gesammte Zollwesen, über Handel, Schiffahrt, Gewerbewesen, Postwesen, Münzwesen, dem ein gemeinschaftliches Münzsystem zu Grunde zu legen sei, über Maß und Gewicht, Bankwesen und Papiergeld, endlich über die Erlassung allgemeiner Gesetzbücher für bürgerliches Recht, Handels- und Wechselrecht, Strafrecht und gerichtliches Verfahren.

Eine Deputation von 34 Mitgliedern sollte den Beschluß der Nationalversammlung nach Berlin überbringen. In kleinen Tagereisen näherte sie sich Berlin, damit der König Zeit habe, sich über Annahme oder Nichtannahme zu entscheiden. Am Rheine war der Empfang lau, Köln zeigte sich sogar zum Theil feindlich; mehr im Norden, in Hannover und Braunschweig, zeigte sich einige Begeisterung; Berlin war wieder kalt. Am 3. April empfing der König die Abgeordneten und sprach seinen Dank für das Vertrauen der Nationalversammlung aus, lehnte es aber ab, „ohne das freie Einverständniß der gekrönten Häupter, der Fürsten und freien Städte Deutschlands eine Entschließung zu fassen, welche für sie und für die von ihnen regierten deutschen Stämme die entschiedensten Folgen haben würde.“ Nach der Ansicht der preußischen Regierung würde die Vereinbarung der deutschen Fürsten unter sich und mit der Nationalversammlung die Aufgabe eines Congresses von Bevollmächtigten gewesen sein, der in Frankfurt zusammentreten sollte. Die Theilnahme an einem sol-

chen Congresse und die Annahme der Reichsverfassung überhaupt lehnte zunächst Oesterreich ab, weil der Reichstag nicht in Gemeinschaft mit den Fürsten, sondern eigenmächtig die Verfassung beschlossen und als Gesetz veröffentlicht habe, und weil er sogar ohne Vollmacht Deutschland einen Erbkaiser zu geben beabsichtige; die österreichische Regierung erklärte, sie könne weder die Gültigkeit dieser Beschlüsse anerkennen, noch der Nationalversammlung das Recht auf fernere Thätigkeit zugestehen. Die baierische Regierung lehnte die Verfassung ab, weil sie Oesterreich von Deutschland ausschließe und den Regierungen der Einzelstaaten jede Selbständigkeit raube, indem sie alle wichtigere Zweige der Verwaltung concentrire und nicht einen Bundesstaat, sondern einen centralisirenden Einheitsstaat herstelle. Offener gab der König von Württemberg einen dynastischen Grund an, weshalb er, wenn auch die Reichsverfassung, doch nicht das gewählte Oberhaupt anerkenne: „Dem Hause Hohenzollern", antwortete er einer Deputation der Volksvertreter Württembergs, „unterwerfe ich mich nicht; dem Kaiser von Oesterreich, wenn er gewählt worden, würde ich mich unterworfen haben." Die Könige von Sachsen und Hannover hielten mit ihrer Erklärung noch zurück, dagegen nahmen 24 Regierungen der mittleren und kleineren Bundesstaaten die Verfassung in einer Collectivnote an, „wenn sie auch nicht in allen Punkten den Ansichten der anerkennenden Regierungen entspreche". Auch die Landtage der kleineren Staaten erklärten sich, einer nach dem anderen, für die Verfassung; eben so die Zweite preußische Kammer, die württembergische Deputirtenkammer und beide sächsische Kammern; von der baierischen und hannoverschen Volksvertretung, welche eben vertagt worden waren, erwartete man bei deren Zusammentritt Schritte in demselben Sinne. Die Regierungen beseitigten diese Manifestationen mit einer Uebereinstimmung, die wie verabredet erschien. In Preußen, Hannover und Sachsen wurden die Kammern aufgelöst, die baierischen Stände blieben vertagt, so laut auch die verbündeten Parteien der Altliberalen und der Demokraten auf Einberufung drangen.

Als die erwarteten Zustimmungen der Regierungen nicht eintrafen, faßte die Versammlung weitere Beschlüsse: die Reichsversammlung fordere die deutschen Regierungen, die gesetzgebenden Körper, die Gemeinden der Einzelstaaten, das gesammte deutsche Volk auf, die Verfassung des deutschen Reiches zur Anerkennung zu bringen; sie bestimmte den 15. August für die Eröffnung des neuen Reichstages; sollte Preußen in diesem Reichstage nicht vertreten sein, so trete das Oberhaupt desjenigen Staates, welcher unter den im Staatenhause vertretenen Staaten die größte Seelenzahl habe, unter dem Titel eines Reichsstatthalters in die Rechte und Pflichten des Reichsoberhauptes ein. Nur eine kleine Mehrheit von zwei Stimmen (190 gegen 188) brachte diese Anträge durch. Ihnen entgegen standen die Vorschläge der Linken, welche den König von Preußen ganz be-

seitigt und einen Reichsstatthalter eingesetzt wissen wollten, zu welcher Würde jeder volljährige Deutsche wählbar sein solle.

Die Mitwirkung des deutschen Volkes zur Durchführung der Verfassung, wozu das Parlament aufgefordert hatte, konnte nur dann in wirksamer Weise erfolgen, wenn sie eine gesetzliche war. Jedes Ueberstürzen in diesem Moment war eine Hülfeleistung für die lauernde Reaction. Diese Ueberzeugung durchdrang die liberale Partei bis weit nach links hin; aber hier stand in compacter Stellung eine Partei, die kaum noch des Signals bedurfte, um die äußersten Entschlüsse durchzuführen. Diese Partei der äußersten Linken hatte sich durch lockende Versprechungen der Massen versichert und glaubte selbst des Abfalls der Soldaten versichert zu sein.

Nächst Baden war Sachsen am meisten von radicalen Elementen angefüllt. Die Kammer, welche unter dem Einflusse der in allen größern Städten des Königreiches für Robert Blum abgehaltenen Todtenfeier gewählt worden, hatte sich nicht nur für die schleunige Anerkennung der Reichsverfassung ausgesprochen (s. S. 381), sondern faßte auch eine Reihe so radicaler Beschlüsse (Auflösung des Heeres, Wahl aller Beamten durch das Volk u. s. w.), daß König Friedrich August sie am 28. April auflöste. Deputationen von Gemeinderäthen und Bürgerwehren fast aller Städte Sachsens machten dem Könige vergebliche Vorstellungen zu Gunsten der Reichsverfassung; daher sollte die Einführung derselben mit den Waffen erzwungen werden. Am 3. Mai kam es in Dresden zu einem Zusammenstoße zwischen der Bürgerwehr, Freischaaren aus der Umgegend und Bergleuten aus dem Erzgebirge einerseits und den Truppen auf der anderen Seite; am folgenden Morgen begab sich der König beim Anbruche des Tages mit sämmtlichen Ministern auf den Königsstein; deßhalb vereinigte sich der Sicherheits-Ausschuß der Stadt mit den noch anwesenden Landtags-Abgeordneten zur Wahl einer provisorischen Regierung (Heubner, Todt, Tzschirner). Der russische Flüchtling Bakunin übernahm die Leitung des Aufstandes. Am 5. Mai trafen die herbeigerufenen Truppenverstärkungen ein, unter ihnen die ersten Preußen, und es kam gleichmäßig Zuzug von Volkskämpfern. Ein letzter Versuch zur Vermittlung, vom Dresdener Stadtrath ausgegangen, führte nicht zum Ziel, da die jetzt zurückgekehrten Minister unbedingte Unterwerfung und Auslieferung der Anstifter begehrten. Der Kampf dauerte vom 6. Mai bis zum 9. Morgens. Versteckte und möglichst gedeckte Schützen feuerten von beiden Seiten aus Thüren, Fenstern und von den Dächern, wobei die Zündnadelgewehre und Spitzkugeln der Preußen die Truppen in bedeutenden Vortheil brachten. Angriffe auf die äußerst festen Barrikaden fanden, nachdem die ersten abgeschlagen worden waren, nicht mehr Statt, vielmehr befolgte man die Taktik, seitwärts vorzudringen, die Brandmauern der Häuser zu durchbrechen und so den Barrikaden in den Rücken zu kommen. In der Nacht und am Morgen des 9. Mai er-

stürmten Preußen und Sachsen die letzten festen Stellungen des Aufstandes, nach deren Verlust sämmtliche Hauptstraßen Dresdens mit Geschütz bestrichen werden konnten. Dresden mußte jetzt geräumt werden; in geordneten Reihen bewegten sich die 6000 Aufständischen nach Freiburg hin, auf der einzigen Straße, die noch frei war; der letzte Haufe löste sich vor Chemnitz auf. Die Mehrzahl entkam; die Führer, die nicht, wie Heubner und Bakunin, in die Hände ihrer Feinde gerathen waren, wandten sich nach der Pfalz und Baden wo jetzt die schwarz-roth-goldene Fahne auch zu einem Banner des Aufstandes geworden war.

Eine nach Kaiserslautern ausgeschriebene Volksversammlung (2. Mai) beschloß, die Regierung, die Beamten und die Gemeinden zur Anerkennung der Verfassung aufzufordern, die Steuern zu verweigern, die Landeskassen in Beschlag zu nehmen, sich mit den angrenzenden deutschen Volksstämmen zu verbrüdern, die Volksbewaffnung zu organisiren und einen Landesvertheidigungs-Ausschuß zu bilden. Der Ausschuß trat sofort in Thätigkeit, berief polnische Offiziere aus Frankreich, bestellte 30,000 Gewehre und ordnete allgemeine Wahlen zur Bildung einer Volksvertretung an. Von Kaiserslautern aus decretirten die improvisirten Stände die Lostrennung der Pfalz von Baiern und die Ernennung einer provisorischen Regierung. Das Militär, aus geborenen Pfälzern bestehend, trat in großer Mehrheit über.

Der Aufstand der Pfalz hatte seinen revolutionären Charakter bereits entschieden ausgesprochen, als die Bewegung in Baden sich noch innerhalb der gesetzlichen Schranken hielt. Es fehlte hier der Stachel, der die Pfälzer vorwärts trieb: eine Regierung, die sich den Volkswünschen widersetzte. Die badische Regierung erkannte die Reichsverfassung an und verordnete die Beeidigung der Beamten auf dieselbe; indessen geschah dies so zögernd, so von der öffentlichen Meinung abgedrungen, daß der Verdacht blieb, man handle weder freiwillig, noch aufrichtig. Die „Ganzen" — wie man die extreme Partei der Agitation im Gegensatze zu den Gemäßigten nannte — hielten die Zeit gekommen, offen das Banner der Republik zu entfalten. In Rastatt verbrüderte sich die (fast ausschließlich badische) Besatzung mit den Bürgern; einer der Redner aus dem Soldatenstande erklärte laut, jetzt müsse man mit dem Volke gehen, da die Könige ihren bösen Willen so deutlich verriethen. Dieser Mann wurde am folgen Tage (11. Mai) verhaftet, und nun brach der Sturm los. General Hoffmann, der mit einigen Schwadronen und reitender Artillerie von Karlsruhe herbeieilte, mußte die Flucht ergreifen, Bürgerwehr und Militär vereinigten sich. In der Nacht vom 13. auf den 14. Mai griff der Aufruhr nach Karlsruhe hinüber. Im wilden Tumult zerschlugen die Soldaten alles Geräth in ihrer Kaserne und wollten das Zeughaus erbrechen. Am Abend des 14. Mai zog der Landes-Ausschuß, von Militär aus Rastatt mit schwerem Geschütz be-

gleitet, unter klingendem Spiel und dem lautesten Jubel des Volks in Karlsruhe ein. Eine Executiv-Commission trat in Wirksamkeit. Mit der Pfalz ging man ein militärisches Bündniß ein, der Nationalversammlung wurde Hülfe versprochen.

Diese Versammlung hatte inzwischen immer mehr an Macht verloren. Der Zahl nach war sie schon sehr geschwächt worden, seit dem die österreichische Regierung ihre Abgeordneten abgerufen hatte; eine weitere Lichtung ihrer Reihen erfolgte, als in Folge ihres Beschlusses: das Einschreiten preußischer Truppen in Dresden enthalte einen schweren Reichsfriedensbruch, auch die preußische Regierung die ihrem Lande angehörigen Abgeordneten aus der Paulskirche abrief. Der Reichsverweser, der vergeblichen Anstrengungen seiner Amtsführung müde, sagte sich von den Bedingungen seiner Stellung los und ernannte ein Ministerium, dessen Mitglieder von jeher nicht nur Gegner des preußischen Kaiserthums, sondern auch der deutschen Einheit gewesen. Die Nationalversammlung nahm die Ernennung dieses Ministeriums als Hohn auf und beschloß, einen Reichsstatthalter zu wählen, welcher der Verfassung gemäß den Reichstag einzuberufen habe. Die Führer der Centren sahen endlich ein, daß ihnen nur die Wahl zwischen dem Bürgerkriege oder dem Austritte übrig bleibe. In den nächsten Tagen traten mehr als 130 Mitglieder aus. Auch die sächsischen Abgeordneten waren abgerufen worden.

So war die Nationalversammlung nur noch ein Schatten von dem, was sie früher gewesen; aber es war in ihr noch immer eine Partei vorhanden, die an die Möglichkeit einer allgemeinen Erhebung des Volkes glaubte, wenn demselben das Zeichen dazu von seinen unerschüttert gebliebenen Vertretern gegeben würde. Um freie Hand zu weiteren Unternehmungen zu haben, mußten die, welche die Revolution nicht für völlig gescheitert hielten, an einen anderen Sitzungsort als Frankfurt denken, wo der Reichsverweser und sein Ministerium jedem Beschlusse ihr Veto entgegensetzen, und demselben durch Herbeiziehung von Truppen Nachdruck verschaffen konnten. Nach Baden wollte man nicht gehen, weil dies einer offenen Betheiligung am Bürgerkriege gleichgekommen wäre, und die Nationalversammlung sich immer noch das Ansehen geben wollte, eine über den Parteien stehende gesetzgebende Macht zu sein. Stuttgart wurde als der schicklichste Ort zur Fortsetzung der Sitzungen auserkoren, weil dort die Reichsverfassung anerkannt, zugleich aber der äußere Friede bewahrt war. Die Verlegung war nur mit 71 gegen 64 Stimmen entschieden worden. Die Nationalversammlung hatte sich vorher noch für beschlußfähig erklärt, wenn auch nur 100 ihrer Mitglieder anwesend wären. Am 30. Mai 1849 verließen die letzten Abgeordneten die Paulskirche, um sie nie wieder zu betreten. Am 6. Juni hielten sie ihre erste Sitzung in Stuttgart. Am Abend ernannten sie eine Reichsregentschaft von fünf Mitgliedern: Raveaux, Vogt, Simon aus Breslau, Schüler und Becher. Die Nationalversamm-

lung sprach dann die Absetzung des Reichsverwesers aus, forderte alle deutschen Heere zur Anerkennung ihrer Befehle auf, und verlangte von der württembergischen Regierung mit Geld und Mannschaft unterstützt zu werden. Aber das württembergische Ministerium, obgleich ein zur Nationalversammlung gehörendes Mitglied, Römer, an seiner Spitze stand, war nicht geneigt, diesem Ansinnen zu willfahren, und seine Weigerung wurde von der württembergischen Ständeversammlung gebilligt. Aus Stuttgart selbst und einer großen Anzahl von Gemeinden und Volksvereinen liefen zwar Adressen an die Nationalversammlung ein, welche ihr Schutz und Beistand anboten. Indessen hielten die Truppen zur Regierung, und dies gab derselben den Muth, die Nationalversammlung zur Einstellung ihrer Sitzungen aufzufordern, und das Local derselben schließen zu lassen. Am 18. Juni, Nachmittags um drei Uhr, setzte sich die Nationalversammlung in feierlichem Zuge nach ihrem Sitzungssaal, zu dem neuerdings ein Reithaus eingerichtet worden, in Bewegung. Voran ging der Präsident der Versammlung, Löwe von Kalbe, von dem Dichter Uhland und von dem Procurator Schott, dem ältesten und bewährtesten der württembergischen Freisinnigen, begleitet. Fußvolk und Reiterei hatte die Wege zum Sitzungssaal abgesperrt. Die Abgeordneten mußten, von der vorrückenden Reiterei fort und fort gedrängt, aus einander getrieben und versprengt, zuletzt in einzelnen Häusern Schutz suchen.

Unterdessen waren preußische Truppen unter dem Oberbefehl des Prinzen von Preußen und Reichstruppen (Hessen, Mecklenburger u. a.) unter dem General von Peucker am Mittelrhein erschienen, um den Aufstand auf beiden Ufern zu unterdrücken. Die Reichstruppen wurden bei Mannheim, Ladenburg und Schriesheim mit empfindlichem Verlust zurückgeworfen. Um so entscheidender wirkte in der Pfalz das Vordringen der Preußen. In zwei Colonnen vorgehend, säuberten sie das Land von den zerstreut aufgestellten Freischaaren, entsetzten zu rechter Zeit Landau und waren noch vor den Aufständischen im Annweiler Thal, wo diese zum Kampfe Stellung nehmen wollten. Ohne daß ein eigentlicher Kampf stattgefunden hätte, räumten die Pfälzer ihre Heimat und betraten am 18. Juni, noch 8000 Mann stark, über die Knielinger Schiffbrücke den badischen Boden. Das erste ernstere Zusammentreffen in Baden fand am 21. Juni bei Waghäusel statt; eine preußische Division war zurückgeworfen, als das Eintreffen überlegener Verstärkungen den Sieg der Preußen entschied. Durch einen geschickten Marsch entzog sich Mieroslawski den Folgen seiner Niederlage und stellte sich am 25. bei Durlach zu neuem Kampfe. Wieder wurde lange und blutig gestritten, wieder gewann die Kriegszucht der Begeisterung das Feld ab. Damit ging Karlsruhe verloren, und den Aufständischen blieb nun noch das Oberland mit der Murglinie, Rastatt und den Pässen des Schwarzwaldes. Am 29. entwickelten sich an der Murglinie mehrere Gefechte,

bei denen die Aufständischen mit solchem Muth fochten, daß das preußische Centrum fast gesprengt worden wäre. Es war das letzte Aufflackern, von nun an war die Zuversicht dahin, und der Rückzug hörte erst auf, als die Reste des Heeres, noch 10,000 Mann stark, den neutralen Boden der Schweiz betreten hatten (11. Juli). Rastatt hielt sich noch, des Entsatzes durch Franzosen von der rothrepublikanischen Partei und durch Ungarn harrend, der von den Führern versprochen worden war. Nicht früher als am 29. Juli, nachdem die Besatzung durch ausgesandte Boten sich überzeugt hatte, daß es kein Revolutionsheer in Baden mehr gebe, wehte die weiße Fahne auf den Wällen der Bundesfestung.

f. Die ferneren Unionsversuche, 1849—1851.

Als die preußische Regierung die Abgeordneten ihres Landes aus Frankfurt abrief, hatte der König in einer Proclamation vom 15. Mai erklärt, er habe mit den Bevollmächtigten der größeren Staaten, die sich ihm angeschlossen, das in Frankfurt begonnene Werk der deutschen Verfassung wieder aufgenommen. Diese Verfassung solle auf der Grundlage der von der Nationalversammlung entworfenen Reichsverfassung einem Reichstage, der aus allen sich dem Bundesstaate anschließenden Staaten gebildet werde, zur Prüfung und Zustimmung vorgelegt werden. Bei den deßhalb in Berlin eröffneten Conferenzen erklärte der österreichische Bevollmächtigte (Prokesch-Osten), daß Oesterreich sich an der Berathung über einen engeren Bund, in welchem es keinen Platz finden solle, nicht betheiligen könne; Baiern zog sich ebenfalls zurück, denn es hatte die Reichsverfassung abgelehnt, weil sie Preußen an die Spitze stellte, und verwarf jetzt aus demselben Grunde den engeren Bund. Hannover und Sachsen hielten damals zu Preußen, aber mehr um an demselben bei möglichen revolutionären Bewegungen einen Schirm zu haben, als aus Liebe zur deutschen Sache, und schlossen mit ihm am 28. Mai das sogenannte Dreikönigsbündniß, jedoch nur als Provisorium auf ein Jahr, bis zum 1. Juni 1850. Die Grundbestimmungen desselben waren: Allen Mitgliedern des deutschen Bundes steht der Beitritt zu dem Dreikönigsbündniß frei. Preußen erhält die militärische und diplomatische Leitung des Bundes. Um die öffentliche Meinung in Deutschland für die Dreikönigsverfassung zu gewinnen, hatten die Leiter der ehemaligen Kaiserpartei ihre Gesinnungsgenossen aus der Paulskirche nach Gotha zu einer Besprechung eingeladen. Die Zusammenkunft in Gotha fand am 26. Juni statt, und Alles erklärte sich offen für den engeren Bundesstaat mit Preußen an der Spitze. Auch die übrigen Regierungen schlossen sich endlich an, mit Ausnahme von Baiern und Würtemberg.

Nachdem Erzherzog Johann die Würde eines Reichsverwesers

niedergelegt hatte, suchte Preußen den engeren Bund thatsächlich in das Leben zu rufen. Der Reichstag wurde auf den 20. März nach Erfurt einberufen. Hannover und Württemberg weigerten Anfangs die Theilnahme. Da aber die öffentliche Meinung diese Weigerung so deutete, als wollten die Gegner des Bundesstaates aus Selbstsucht überhaupt gar nichts zu Stande kommen lassen und sich deßhalb zu Preußen hinneigte, weil dieses wenigstens den Willen zu einer politischen Reform an Tag legte, so stellten die 4 Könige außer Preußen einen neuen Verfassungsentwurf (mit einer Bundesregierung von 7 Mitgliedern: Oesterreich, Preußen, die 4 Königreiche und beide Hessen, vereint als eine Stimme) auf, der, wie die österreichische Verfassung vom 4. März (s. S. 376) nie zu einem Anfang von Ausführung gekommen ist.

Unterdessen war das Erfurter Parlament am 20. März 1850 im Rathhause dieser ehemaligen Reichsstadt eröffnet worden. Die bekanntesten Führer der Gothaischen Partei: Vincke, Camphausen, Simson, Heinrich von Arnim, Auerswald, Beckerath, Schwerin, Max Duncker u. s. w., waren gewählt worden. Auch in den übrigen Bundesstaaten hatten die Gothaer einen überwiegenden Sieg erfochten. Aus Baden, Hessen, den thüringischen Fürstenthümern, Oldenburg, den Hansestädten fehlte nicht leicht ein hervorragender Name unter den vormaligen Führern des Centrums in der Paulskirche. Nachdem die Versammlung, ungeachtet des Widerstandes der reactionären Partei, die Verfassung des engern Bundes der Union mit starker Majorität angenommen hatte, wurde der Reichstag, aus Scheu vor Oesterreichs Einsprache, Rußlands Drohungen, und aus Besorgniß vor dem Abfall einiger deutschen Staaten, plötzlich am 29. April vertagt, um nie mehr zusammenzutreten.

Oesterreich glaubte jetzt den Augenblick zu einem kühnen Vorwärtsgehen gekommen. Am 14. August wurden sämmtliche Bundesglieder eingeladen, den engeren Rath am Bundestage in Frankfurt wieder zu beschicken, der auch am 2. September zusammentrat. Preußen antwortete auf die Einladung Oesterreichs mit einer ausführlichen Denkschrift, in der alle Gründe hervorgehoben waren, die gegen eine Wiederherstellung des Bundestages sprechen konnten, insbesondere die im Juli 1848 einstimmig erfolgte Aufhebung desselben. Dieses und Aehnliches blieb ohne Eindruck auf die Reaction. Der einseitig durch Oesterreich reactivirte Bundestag bestätigte nicht nur das Londoner Protokoll (s. Nr. 36), welches Schleswig wieder von Deutschland trennte, sondern sagte auch dem aus seinem Lande entflohenen Kurfürsten von Hessen Unterstützung zur Herstellung seiner Autorität zu.

Der Kurfürst von Hessen hatte nämlich 1849 sich sehr ungern zur Annahme eines freisinnigen Wahlgesetzes herbeigelassen und glaubte, bei der Uneinigkeit zwischen Preußen und Oesterreich seit der Frankfurter Kaiserwahl, der rechte Zeitpunkt sei gekommen, um zu den Zuständen vor 1848 zurückzukehren. Er hatte im Februar

1850 sein freisinniges Ministerium (Eberhard) entlassen und den entschieden reactionären Geheimrath Hassenpflug an die Spitze seiner Regierung gestellt. Nachdem dieser zwei Ständeversammlungen, von denen seine Finanzvorschläge verworfen worden, aufgelöst hatte, ordnete er, ohne sich um die Zustimmung der Volksvertretung zu bekümmern, die Forterhebung aller directen und indirecten Steuern an, und erklärte, als er damit bei den Gerichten auf Widerstand stieß, das ganze Land in Kriegszustand. Hassenpflug, der mit seinen Gewaltmaßregeln nicht durchgedrungen war, indem die gesammte „Staatsdienerschaft" und zuletzt selbst das Militär seine Anordnungen unausgeführt ließ, bewog den Kurfürsten zur Flucht von Kassel nach Frankfurt, um die Hülfe des Bundestags in Anspruch zu nehmen. Von dort begab sich der Kurfürst mit seinem Minister nach Wilhelmsbad, wo er einstweilen den Sitz seiner Regierung aufschlug. Der Bundestag sagte dem Kurfürsten Hülfe zu. Da Kurhessen sich damals vom engeren Bundesstaate noch nicht getrennt hatte, so blieb Preußen nur übrig, entweder sich dem neuen Bundestag zu unterwerfen, oder dessen Dazwischenkunft mit Gewalt entgegenzutreten. Friedrich Wilhelm IV. protestirte gegen den Bundesbeschluß und ernannte den General von Radowitz zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten. Zugleich wurde ein preußisches Truppencorps in Westfalen zusammengezogen. Aber auch Oesterreich hatte ein Heer in Böhmen aufgestellt, über das Graf Radetzky den Oberbefehl übernehmen sollte. Am 11. October kam der Kaiser Franz Joseph mit den Königen von Baiern und Württemberg, die eifrig auf die Politik des österreichischen Cabinets eingegangen waren, in **Bregenz** zusammen, um mit ihnen die Vollziehung des Bundesbeschlusses zu verabreden. Ein baierisches Corps, von einem österreichischen Contingent verstärkt, sollte in Kurhessen einrücken. Die Baiern besetzten Hanau und drangen auf der Straße nach Kassel vor. Da die Preußen die Etappenstraßen besetzt hatten, schien ein blutiges Zusammentreffen unvermeidlich, ward aber durch die Veränderung vermieden, die unterdessen im preußischen Ministerium eingetreten war. Die Friedenspartei hatte am preußischen Hofe die Oberhand gewonnen, der bisherige Minister des Innern, Manteuffel, übernahm die provisorische Leitung der auswärtigen Angelegenheiten. Bei dem Rückzuge der Preußen aus Kassel kam ihre Nachhut mit der baierischen Vorhut bei Bronzell (8. November) in Berührung. Es fielen von beiden Seiten einige Schüsse, ohne daß sich ein Gefecht entsponnen hätte. Um der Wiederkehr so drohender Zerwürfnisse, wie zwischen Oesterreich und Preußen in der letzten Zeit sich erhoben hatten, vorzubeugen, begab sich der Minister von Manteuffel, der jetzt die leitende Hand im preußischen Cabinet geworden war, nach **Olmütz**, um mit dem Fürsten Schwarzenberg die noch streitigen Punkte auszugleichen. Die österreichische Politik trug in der dort geschlossenen Uebereinkunft (29. November) einen vollständigen Sieg davon, indem

Preußen sich zur Anerkennung aller Forderungen Oesterreichs in Betreff der deutschen Verfassungsfrage (Aufgebung der Union), und der Zustände Kurhessens und Schleswig-Holsteins verstand. Die gemeinsamen deutschen Angelegenheiten sollten auf einer von allen deutschen Regierungen zu beschickenden Conferenz in Dresden endgültig entschieden werden. Die nächste Wirkung dieser Beschlüsse sollte in Kurhessen gefühlt werden.

Nachdem das Land mit Hülfe baierischer und österreichischer Truppen wieder unter die unumschränkte Gewalt des Kurfürsten gerathen, schaltete Hassenpflug daselbst wie in Feindesland. Die ihm mißliebigen Beamten wurden entsetzt oder zum Rücktritt gezwungen; manche von ihnen zogen die Flucht in das Ausland einer langen Untersuchungshaft vor. Einzelne wie Gemeinden, die sich den Hassenpflug'schen Anordnungen nicht schnell und unbedingt unterwarfen, wurden mit Einquartierung von Soldaten bestraft, deren Zahl in der Regel zu den Kräften der Belasteten in keinem Verhältniß stand. In dem von der Natur ohnedies nicht begünstigten Lande entstand durch die gewaltsame Unterbrechung der bestehenden Ordnung, den Stillstand aller Geschäfte und die Verpflegung so vieler fremden Truppen bald so große Noth, daß die Auswanderung überhand nahm. Einige Zeit nachher standen ganze Dörfer von allen Bewohnern verlassen da.

Bei der in Olmütz verabredeten Conferenz, die am 23. December in Dresden eröffnet wurde, gab sich das entscheidende Uebergewicht Rußlands kund. Oesterreich und Preußen hätten dem neuen deutschen Bunde gern eine dualistische Spitze gegeben, und sich die Entscheidung über Krieg und Frieden ausschließlich vorbehalten. Dem waren aber die Mittelstaaten entgegen, deren Widerstand von Rußland unterstützt wurde. Oesterreich wiederholte seine Forderung, mit seinem gesammten Ländercomplex in den deutschen Bund aufgenommen zu werden, was Preußen nicht genehm sein konnte, und wogegen sich Rußland, hierbei von Frankreich und England unterstützt, nachdrücklich erklärte. Baiern kam noch einmal auf seine mit besonderer Vorliebe gehegte Trias zurück. Da jede dieser Combinationen auf den von Rußland unterstützten Widerstand eines Theiles der deutschen Regierungen stieß, so blieb zuletzt nichts übrig, als die einfache Rückkehr zur deutschen Bundesverfassung, wie sie vom Wiener Congreß bestimmt worden. Preußen forderte die bisherigen Mitglieder der Union zur Beschickung des Bundestags auf, und am 30. Mai 1851 war der alte deutsche Staatenbund wieder vollständig hergestellt.

36. Der erste Kampf um Schleswig-Holstein, 1848—1850.

(Nach Woldemar Wenck: Der Kampf um Schleswig-Holstein in den Jahren 1848—1850, bearbeitet vom Herausgeber.)

a. Der erste Feldzug und der Waffenstillstand von Malmö, 1848.

Während in Dänemark das Königsgesetz von 1665 aus allen Mitgliedern des herrschenden oldenburgischen Hauses nur die Nachkommenschaft des damaligen Königs Friedrich III., sowohl im Manns- als Weiberstamme für erbfolgeberechtigt erklärte, galten in Schleswig-Holstein auch solche Linien des Hauses, die sich schon vor Friedrich III. von der königlichen abgezweigt, alle Linien aber nur im Mannsstamme, als successionsfähig. Verschiedenheit des Erbfolgerechtes ließ immer die Möglichkeit offen, daß Schleswig-Holstein und Dänemark wieder an verschiedene Fürsten aus einander fielen — ähnlich wie sich 1837 die mehr als hundertjährige Personal-Union zwischen England und Hannover ohne Schwierigkeit gelöst hat. Daß nun im vorigen Jahrhunderte das Bewußtsein der eigenthümlichen Stellung, zu welcher Schleswig-Holstein berechtigt ist, sich in der Masse des Volks nicht allzu lebhaft kund gab, darf Niemand Wunder nehmen. Seit Menschengedenken war kein König gestorben, ohne einen Sohn zu hinterlassen, an dessen gleichmäßiger Nachfolge in Dänemark, wie in einem großen Theile Schleswig-Holsteins (nämlich außer in dem Antheile der Gottorp'schen Nebenlinie des Königshauses) kein Zweifel sein konnte. Dazu hatte das stärkste Zeichen der besonderen Verbindung, in welcher sich Schleswig und Holstein befanden — ihre gemeinsame Ständeversammlung — das Schicksal so vieler alten Ständeversammlungen in Deutschland: seit 1712 wurde sie nicht mehr einberufen. Aber in Verwaltung, im Gerichtswesen, in einer Menge financieller und gemeinnütziger Einrichtungen bestand diese besondere Verbindung fort. Seit dem Anfange des 19. Jahrhunderts trat nun ein Streben der dänischen Regierung hervor, das hergebrachte Recht der Herzogthümer zu verdunkeln und die Möglichkeit einer dereinstigen Trennung von dem Königreiche zu beseitigen. Die Erlernung der dänischen Sprache wurde officiell als ein Mittel rascheren Vorrückens auch in schleswig-holsteinischem Staatsdienste anempfohlen, und in den nördlichen Gegenden von Schleswig suchte man die dänische Sprache, die dort in einem Dialekte von einem Theile der Bevölkerung gesprochen wurde, zur Alleinherrschaft zu bringen. In Schleswig-Holstein aber widersetzte man sich nicht bloß diesen Bemühungen mit Kraft, sondern erhob auch von 1815 an, unter Führung der Professoren Dahlmann und N. Falk, die Forderung auf Herstellung des alten, gemeinsamen Landtags; in Holstein, als deut-

Stammtafel der Linien des Oldenburgischen Hauses.

1. Christian I., Graf von Oldenburg,
zum König von Dänemark erwählt 1448, Herzog von Schleswig und Holstein 1459, † 1481.

- 2. Johann, † 1513.
  - 3. Christian II., abgesetzt 1523, † 1559.
- 4. Friedrich I., † 1533.
  - 5. Christian III., † 1559.
    - 6. Friedrich II., † 1588, Stifter der ältern königlichen Linie.
      - 7. Christian IV., † 1648.
      - 8. Friedrich III., † 1670.
      - 9. Christian V., † 1699.
      - 10. Friedrich IV., † 1730.
      - 11. Christian VI., † 1746.
      - 12. Friedrich V., † 1766.
      - 13. Christian VII., † 1808.
      - 14. Friedrich VI., † 1839.
        - Wilhelmine, geschieden von König Friedrich VII., verm. mit Karl, Herzog von Holstein-Glücksburg.
    - Johann der Jüngere, † 1622, Stifter der jüngern königlichen oder Sonderburgischen Linie.
      - Alexander.
        - Ernst Günther, Stifter der Augustenburgischen Linie, deren Chef jetzt Herzog Friedrich ist.
        - August Philipp, Stifter der Glücksburgischen Linie.
  - Adolf, Stifter der Gottorp'schen Linie.
    - Johann Adolf.
      - Friedrich III.
        - Christian Albrecht.
          - Friedrich IV., Stifter der ältern Gottorp'schen oder russischen Linie.
          - Christian August, Stifter der bischöflichen oder jüngeren Linie.
            - Adolf Friedrich, Stifter der schwedischen Linie.
            - Georg Ludwig, Stifter der großherzogl. oldenburgischen Linie.

Friedrich, Erbprinz, † 1803.
- 15. Christian VIII., † 1848.
  - 16. Friedrich VII., † 1863.
- Charlotte, vermählt mit dem Prinzen Wilhelm von Hessen-Kassel, Witwer seit 1864.
  - Marie.
  - Louise, deren Gem. 17. Christian IX. von Sonderburg-Glücksburg.
    - Friedrich, Kronprinz von Dänemark.
    - Alexandra, verm. mit dem Prinzen von Wales.
    - Wilhelm, als Georg I. König von Griechenland.
    - Dagmar.
    - Thyra.
    - Waldemar.
  - Friedrich, Prinz v. Hessen.
- Friedrich Ferdinand, † 1863.

Die Zahlen 1—17 bezeichnen die Könige von Dänemark.

schem Bundeslande, wendete man sich deßhalb mit einer, freilich vergeblichen, Beschwerde an den deutschen Bundestag (1823). Die nächsten Folgen hiervon waren, dem allgemeinen Reactionsgeiste jener Tage entsprechend, verschärfte Maßregeln von dänischer Seite. Einige Concessionen erschienen indeß doch rathsam; aber statt einer gemeinsamen schleswig-holsteinischen Landesvertretung erhielt man 1834 nur Provinzialstände. Sehr aristokratisch in ihrer Zusammensetzung, sehr beschränkt in ihren Befugnissen, standen dieselben zu den Landeswünschen namentlich dadurch im stärksten Widerspruch, daß es zwei von einander getrennte Versammlungen waren, die für Holstein und für Schleswig tagen sollten. Doch auch diese Versammlungen sprachen energisch das Verlangen nach einer gemeinsamen schleswig-holsteinischen Verfassung aus, führten laute Beschwerde gegen die financiellen Uebervortheilungen des Landes zu Gunsten Dänemarks, gegen die Unterstellung schleswig-holsteinischer Soldaten unter dänische Officiere und unter dänisches Commando und gegen andere Unbilden mehr. Als, gegenüber dem Widerstande der Deutschen, auch die Dänen in ihrem Uebermuthe immer weiter gingen, da gewann eine allmählich sich eröffnende Aussicht eine ungleich größere Wichtigkeit, als sie zu jeder andern Zeit gehabt haben würde.

Christian VIII., der 1839 auf den Thron gekommen war, hatte einen Sohn, Friedrich (VII.), und einen Bruder, Friedrich Ferdinand, — beide kinderlos und auch ohne Hoffnung auf Nachkommenschaft. Wenn sie starben, so war in Dänemark die an Prinz Wilhelm von Hessen-Kassel verheirathete Schwester des Königs, Charlotte, und ihr Sohn Friedrich zur Succession berechtigt. In Schleswig-Holstein dagegen, wo die Abstammung von einer Frau des herrschenden Geschlechtes keinen Erbanspruch verlieh, mußte eben so unzweifelhaft ein viel entfernterer Verwandter Christian's VIII. nachfolgen, Herzog Christian August von der augustenburgischen Linie, welche bereits seit dem 16. Jahrhunderte sich von der regierenden Linie abgezweigt hatte. In Dänemark erschrak man vor der Möglichkeit des Verlustes der schleswig'schen Küste und des herrlichen Kieler Hafens. Dänemark mußte befürchten, in dem großen skandinavischen Reiche aufzugehen, für dessen Idee sich damals in Schweden wie in Dänemark Viele begeisterten. Daher drang die Presse so wie der seeländische Provincial-Landtag zu Röskild in den König, Vorkehrung zu treffen. Der König stellte durch den sogenannten offenen Brief vom 8. Juli 1846 als die allein richtige, aus gründlicher Untersuchung der Actenstücke sich ergebende Ansicht hin, daß ein und dasselbe Erbfolgerecht für Dänemark wie für Schleswig gelte und auch Holstein, wenigstens seinem größern Theile nach, sich nach diesem Rechte zu vererben habe. Die holsteinischen Stände, so wie eine große Volksversammlung zu Neumünster, sprachen sich entschieden gegen die königliche Erklärung aus, und auch der deutsche Bundestag, an welchen die Ersteren sich gewendet, erhob (17. Sept.) seine Stimme; neun

Professoren der Kieler Universität widerlegten in einer gemeinschaftlichen Arbeit nachdrücklich die Staatsschrift, die dem offenen Briefe zur Erhärtung der in demselben aufgestellten Behauptungen beigegeben war. Den Erlaß einer constitutionellen Verfassung, die Dänemark und Schleswig-Holstein umfaßte, hielt man für das beste Mittel, die Herzen der Schleswig-Holsteiner für die Einheit, die durch die Verfassung selbst für alle Zeiten grundgesetzlich festgestellt werden sollte, zu gewinnen.

Ehe jedoch dieser Plan zur Ausführung gekommen, starb Christian VIII., den 20. Januar 1848. Es folgte Friedrich VII., der letzte von dem Mannesstamme Friedrich's III. Sofort verkündete er jene, unter seinem Vater vorbereitete, Gesammtstaats-Verfassung. Hervorgegangen aus den dänischen Regierungskreisen, rief diese durch die Absicht, Schleswig-Holstein in eine bleibende Gemeinschaft mit dem Königreiche zu führen, in den Herzogthümern das stärkste Widerstreben hervor, das sich namentlich auf einer Versammlung schleswig'scher und holsteinischer Ständemitglieder zu Kiel zu erkennen gab. In Dänemark dagegen fand die sog. eiderdänische Partei, welche Holstein Deutschland überlassen, dagegen Schleswig desto vollständiger zu dänischem Lande machen, also „Dänemark bis zur Eider" ausdehnen wollte, die in der Verfassung gegebenen Sicherheiten zur Unterwerfung Schleswigs noch nicht genügend. So hatte denn die Verfassung, statt irgendwo Beifall zu erlangen, nur eine allgemeine Aufregung gegen sich hervorgebracht, als die Kunde von der Pariser Februar-Revolution allen in Europa vorhandenen Zündstoff in helle Flammen setzte.

Am 18. März vereinigten sich die Ständemitglieder der beiden Herzogthümer zu Rendsburg, wo gleichzeitig eine große Volksversammlung tagte; eine Gesandtschaft ging nach Kopenhagen ab mit dem Verlangen einer alsbaldigen Verbindung der Stände von Schleswig und Holstein zur Berathung einer gemeinsamen Verfassung für die Herzogthümer, mit dem Verlangen nach Aufnahme Schleswigs in den deutschen Bund, mit Forderungen von Preßfreiheit, Bürgerbewaffnung u. s. w. Inzwischen wußte die eiderdänische Partei durch den Aufzug einer Masse von mehr als 10,000 Menschen vor dem königlichen Schlosse (20. März) den König so einzuschüchtern, daß er sein Ministerium entließ, und der Führer der Partei, Orla Lehmann, die Seele der Regierung wurde, die sich in den nächsten Tagen bildete. Diese Demonstration beantwortete man in Holstein mit der Bildung einer provisorischen Regierung, zu welcher der Bruder des Herzogs von Augustenburg, Prinz Friedrich von Noer, der ehemalige Advocat Wilhelm Beseler, der Graf Reventlow-Preetz gehörten und welcher der Demokrat Theodor Olshausen für einige Zeit beitrat. Der Herzog von Augustenburg fand sowohl in Berlin bei König Friedrich Wilhelm IV. als bei dem damals in liberalem Sinne neu besetzten Bundestage in Frankfurt bereitwillige Unterstützung. Die preußischen Truppen sollten durch einen Kampf gegen die Dänen

aus der gedrückten Lage und aus der Unpopularität, in der sie sich seit dem Straßenkampfe in Berlin am 18. März befanden, herausgezogen werden. Das Vorparlament in Frankfurt beschloß die Aufnahme Schleswigs in den deutschen Bund, und der Bundestag beauftragte Preußen, im Verein mit den Staaten des 10. Bundes-Armeecorps, Schleswig zu besetzen. Am Charfreitage (21. April) führte der preußische General Wrangel als Bundesfeldherr die um Rendsburg versammelten Truppen über die Eider nach Schleswig. Am 23. April (dem Ostertage) wurden die überraschten Dänen von den Preußen und Schleswig-Holsteinern aus den alten Verschanzungen des Dannewerks vertrieben, am 24. von den Truppen des 10. Armeecorps — Hannoveranern, Mecklenburgern, Oldenburgern und Braunschweigern — auf der Straße nach Flensburg eingeholt; ihr Rückzug verwandelte sich in wilde Flucht nach der Insel Alsen. Am 2. Mai betrat Wrangel in Jütland dänischen Boden. Schleswig war befreit, und überall, nur die Inseln Alsen und Arrö ausgenommen, konnten die Wahlen zur deutschen National-Versammlung Statt finden, durch deren Veranstaltung der Erklärung des Vorparlaments eine thatsächliche Folge gegeben wurde.

Dann aber stand die Bewegung still. Daß die Diplomatie auf die Kriegsführung einwirkte, war bald ein öffentliches Geheimniß. Dänemark hatte sofort bei der ersten Einmischung Preußens auf Grund alter Tractate, die sich freilich auf ganz andere Dinge bezogen, Rußland und Schweden, England und Frankreich um Hülfe angerufen. Während nun die Eifersucht Rußlands und Schwedens gegen Preußen wegen der neuen Stellung, die es an den Pforten der Ostsee zu gewinnen schien, angeregt wurde, und England, um einen starken Bundesgenossen auf dem Festlande zu erhalten, sich zur Vermittelung eines für Deutschland nicht ungünstigen Friedens mit Dänemark erbot: verlor Preußen selbst die Lust am Kriege, theils durch die Lauheit der Staaten des 10. Bundes-Armeecorps, welche nicht die nöthigen Verstärkungen sandten, theils durch die selbständigen Schritte der provisorischen Regierung, welche auf Grund eines Bundesbeschlusses, der dies gestattete, die dänischen Schiffe in den schleswig-holsteinischen Häfen von dem auf sie gelegten Embargo befreit hatte. Deßhalb erhielt Wrangel den Befehl zum Rückzuge aus Jütland; der Feldmarschall aber räumte nicht bloß Jütland, sondern auch das nördliche Schleswig bis in die Gegend von Apenrade, denn durch die Concentrirung der dänischen Armee auf der Insel Alsen war er im Rücken bedroht. Schon landeten 5000 Schweden auf Fünen, um Jütland gegen eine etwaige Wiederholung des preußischen Einrückens zu schützen, und eine russische Flotte — wie man sagte, mit Landungstruppen — kreuzte in der Ostsee. Da man in Berlin den Krieg immer mehr als einen solchen betrachten lernte, mit dessen Führung Preußen sein eigenes Interesse der deutschen Sache opferte (aus den preußischen Küstenstädten ergingen Klagen

über die Beeinträchtigung des Handels durch den Krieg), und da die preußische Regierung sich durch die Haltung der deutschen National-Versammlung, namentlich bei den Debatten über die Herstellung einer provisorischen Centralgewalt, verletzt fühlte, so traten preußische Diplomaten mit dänischen in der schwedischen Stadt Malmö zum Abschluß eines Waffenstillstandes unter Vermittlung Schwedens gegen Ende Juni zusammen. Die Bedingungen sind bereits S. 367 mitgetheilt worden; die ungünstigste derselben war die zuletzt getroffene Bestimmung über die Dauer der Waffenruhe während der ganzen Winterzeit (statt der Anfangs bestimmten 3 Monate). Die Annahme des Waffenstillstandes durch die deutsche National-Versammlung s. S. 367.

b. Der zweite Feldzug, 1849, und der Friede von Berlin, 1850.

Nach dem Waffenstillstande von Malmö ward in den Herzogthümern eine sog. „gemeinschaftliche Regierung" unter dem Vorsitze des Grafen v. Reventlow eingesetzt, welche am 22. October an die Stelle der provisorischen Regierung trat. Sie gewann an dem preußischen General Bonin einen tüchtigen Befehlshaber für die schleswig-holsteinischen Truppen, deren Zahl (14,000 Mann) wenig (um 1000 Mann) verstärkt, deren Kriegstüchtigkeit aber wesentlich erhöht wurde. Während des Winters fanden Unterhandlungen wegen eines definitiven Friedens Statt, wobei „die Selbständigkeit Schleswigs", freilich nicht bloß Dänemark, sondern auch Holstein gegenüber (also die Trennung der beiden Herzogthümer), als Grundlage diente. Doch Dänemark bestand darauf, bei der Selbständigkeit müsse doch „die unauflösliche Verbindung" des Herzogthums mit Dänemark unberührt bleiben. Trotz aller Abmahnungen Englands, Schwedens, Frankreichs gegen die Erneuerung des Krieges, kündigte Dänemark, sobald das Meer den Operationen seiner Flotte günstig war (26. März 1849), die Waffenruhe, ohne von einer jener warnenden und drohenden Mächte behindert zu werden. An die Stelle der nur für die Dauer des Waffenstillstandes eingesetzten „gemeinschaftlichen Regierung", trat jetzt für die fernere Verwaltung der Herzogthümer eine „Statthalterschaft", bestehend aus dem Grafen Reventlow-Preetz und Wilhelm Beseler, den beiden patriotischen Männern, die bereits in der provisorischen Regierung den vorherrschenden Einfluß geübt hatten.

Der zweite dänische Feldzug sollte mit einem glänzenden Seesiege der Deutschen beginnen. Der dänische General v. Krogh hatte eine Landung in der Bucht von Eckernförde angeordnet, um die deutsche, bei Flensburg stehende Armee im Rücken anzugreifen. Am 5. April früh 6 Uhr erschien das dänische Linienschiff „Christian VIII.", die Fregatte „Gefion", die Brigg „St. Croix" nebst drei Kriegs-

dampfern in dem Eckernförder Hafen, welcher von zwei schleswig-holsteinischen Batterieen vertheidigt war, zu denen gegen Mittag noch eine nassauische hinzukam. Alle drei Batterieen schossen mit glühenden Kugeln; eine derselben entzündete das dänische Linienschiff, welches die Flagge strich, aber schon beim Ausschiffen der feindlichen Mannschaft mit 200 Dänen in die Luft flog. Die „Gefion", welche noch kurze Zeit den Kampf fortgesetzt hatte, mußte denselben ebenfalls aufgeben und um 8 Uhr Abends wehte hoch am Maste über dem gedemüthigten Danebrog die deutsche Flagge.

Auch der Landkrieg begann glücklich. Die Reichstruppen drängten die Dänen durch Erstürmung der Düppeler Schanzen ganz von dem Festlande nach der Insel Alsen hinüber. Bonin rückte mit den Schleswig-Holsteinern bis über die jütländische Grenze hinaus. Da landeten die Dänen nördlich von Kolding, um, die an demselben Tage (23. April) des vorigen Jahres beim Dannewerk erlittene Niederlage rächend, die in Jütland eingedrungenen Schleswig-Holsteiner nach Schleswig zurückzuwerfen. Bonin verlor die am 20. besetzte Stadt Kolding an die Uebermacht der Dänen (17,000 gegen 10,000), eroberte sie aber wieder, und der Feind sah sich zum Rückzuge genöthigt. Doch durch bestimmte Befehle gehindert, rückte Bonin nicht in Jütland ein. Man wollte wissen, Rußland habe das Ueberschreiten der jütländischen Grenze als casus belli bezeichnet. Um die vorgeschriebene Unthätigkeit zu maskiren, unternahm Bonin die langwierige Belagerung Fridericia's, welche die Kräfte seiner kleinen Armee überstieg. Einen Monat später, in der Nacht des 5. Juli, wurde er von einer überlegenen dänischen Armee (20,000 Mann) unter General Rye überfallen und nach einem verzweifelten Kampfe, mit einem Verlust von 3000 Mann und 28 Kanonen, geschlagen. Dieser Ueberfall bei Fridericia, welcher lebhaft an den Ueberfall von Hochkirch (1758) erinnert, hatte kaum mehr einen anderen Zweck, als daß die Bedingungen des Waffenstillstandes von Berlin (16. Juli) als Folge eines dänischen Sieges erschienen. Denn in diesem hatte Preußen schon, unter dem Drohen der Großmächte und aus Abneigung gegen die fernere Unterstützung einer revolutionären Erhebung, den russisch-englischen Gedanken adoptirt: Selbständigkeit Schleswigs unbeschadet seiner politischen Verbindung mit Dänemark, Gemeinschaft zwischen Schleswig und Holstein nur in gewissen nicht politischen Verhältnissen.

Schleswig mußte von den deutschen Bundestruppen geräumt werden, nur 6000 Preußen blieben zurück. An die Spitze der besondern schleswig'schen Landesverwaltung trat Herr von Tillich als Vertreter Dänemarks, dem Graf Eulenburg (später preußischer Minister) zur Seite stand. Tillich führte nun eine strenge Reaction in dänischem Interesse durch, hauptsächlich mittels Einsetzung dänischgesinnter Beamten. Nebenher gingen Verhandlungen über einen definitiven Frieden, bei welchem Dänemark, in der Ueberzeugung, daß Preußen

keinen Krieg mehr wolle, hartnäckig auf der Gemeinschaft Schleswigs mit Dänemark in Finanzen, Armee, Volksvertretung und Indigenat bestand. Auch bemühte sich Dänemark, mit Hülfe der europäischen Diplomatie das zu erreichen, was es mit dem offenen Briefe von 1846 vergeblich angestrebt hatte — die Sicherung des dänischen „Gesammtstaates“ vor einem Zerfalle in Folge der verschiedenen Succession. Rußland, Schweden, bald auch England und Frankreich ließen sich bereit finden, in einem am 2. Juni zu London unterzeichneten Protokoll die bleibende Vereinigung der Länder, die Friedrich VII. regiere, als ein europäisches Interesse zu bezeichnen. Als nun Dänemark Aehnliches von Preußen verlangte, und Rußland zu Gunsten des ersteren eine entschiedene Sprache führte, wurde endlich am 2. Juli 1850 zwischen Dänemark und Preußen der Berliner Friede unterzeichnet, worin für Holstein die Rechte des deutschen Bundes (der damals kein allgemein anerkanntes Organ hatte) gewahrt, im Uebrigen aber erklärt wurde, daß jede der Frieden schließenden Mächte sich die Rechte vorbehalte, die ihr vor dem Kriege zustanden. Also blieb das, warum man gestritten, streitig, nur daß man nicht mehr mit den Waffen streiten wollte, vielmehr sollte „die Erledigung des Streites zwischen den Herzogthümern und ihrem Souverain, eventuell durch Waffengewalt, den streitenden Parteien selbst überlassen sein“. *)

c. Der dritte Feldzug, 1850.

Durch den Frieden zu Berlin, den Preußen auch im Namen Deutschlands mit Dänemark abgeschlossen hatte, war Schleswig-Holstein auf seine eigene Kraft angewiesen; denn die Statthalterschaft erkannte den Frieden nicht an. Diese hatte, in der Voraussicht der möglichen Trennung der schleswig-holsteinischen Sache von der preußischen, das Heer bedeutend verstärkt und als Oberbefehlshaber desselben, nach Bonin's Rückzug, einen anderen preußischen General, Wilhelm von Willisen, berufen, der schon in den Kämpfen gegen Napoleon (seit 1806) den Krieg praktisch erlernt und auch in Schleswig-Holstein Beweise persönlicher Tapferkeit gegeben hatte. Als nun die Dänen nach dem Abzuge der Preußen theils von Jütland, theils von Alsen her in Schleswig eindrangen, suchte Willisen die schleswig-holsteinische Armee, deren Reorganisation nach dem Austritte zahlreicher preußischer Offiziere noch nicht vollendet war, zwischen die beiden dänischen Abtheilungen zu bringen. Diese aber vereinigten sich und lieferten, 37,000 Mann stark, den 26,000 Schleswig-Holsteinern die blutige Schlacht bei Idstedt (25. Juli). Selten hat ein Heer den Sieg schon in solcher Weise in Händen gehabt, um ihn plötzlich in eine Niederlage verwandelt zu sehn, wie dies hier die Schleswig-Holsteiner erfahren mußten. Die Hauptursache lag darin,

*) Schreiben des Ministers von Schleinitz an Lord Palmerston.

daß der Oberbefehlshaber, in Ueberschätzung einer feindlichen Bewegung, von der er eine Ueberflügelung befürchtete, den Rückzug anbefahl in einem Augenblicke, wo die Dänen, in Folge schweren Unglücks, das sie an einem andern Punkte betroffen hatte, ihrerseits nahe daran waren, sich zum Rückzuge anzuschicken. Fast ganz Schleswig war den Dänen Preis gegeben; nur ein schmaler Streif des nördlichen Eiderufers wurde noch gegen sie behauptet. In den nächsten Monaten geschah nichts, um den schlimmen Eindruck rasch zu verwischen. Willisen hielt seine Armee um Rendsburg zusammen und erwartete einen Angriff; die Dänen aber verschanzten sich ihm gegenüber und erprobten, „wer das Warten am längsten aushalten könne". Erst nach langem Zögern, und nur mit halbem Nachdruck, führte Willisen einen Stoß gegen den linken Flügel der Dänen, der am 12. September bei Missunde zu vielem Blutvergießen, aber zu keinem Resultate führte. Ein anderer, zu Ende September gegen Friedrichstadt gerichtet, lief in eine Beschießung und Bestürmung aus, welche die Stadt in Flammen setzte, zahlreiche Menschenleben kostete und mit dem Abzuge der Schleswig-Holsteiner endete.

Zu einem Schlag im Felde wollte Willisen, so sehr die Statthalterschaft ihn drängte, keine Gelegenheit finden; die Armee, allmählich bis auf 42,000 Mann verstärkt, blieb in ihren Stellungen um Rendsburg. Die Zusammenkunft des preußischen Ministers v. Manteuffel mit dem Fürsten v. Schwarzenberg zu Olmütz (s. S. 388) brachte auch für Schleswig-Holstein die Entscheidung: es sollte entwaffnet und zum Frieden gezwungen werden. Am 6. Januar 1851 erschienen der österreichische und der preußische Commissar, Herr v. Mensdorff-Pouilly und Herr v. Thümen; sie stellten auf den Fall, daß man sich nicht füge, eine Execution durch 50,000 Oesterreicher und Preußen, für den Fall ruhiger Unterwerfung die Wiederherstellung des Zustandes, der vor dem Kriege geherrscht, in Aussicht. In der Statthalterschaft war jetzt Graf Reventlow, zur Vermeidung der Execution, für unbedingte Unterwerfung, Beseler dafür, kein Recht gutwillig aufzugeben. Die Landesversammlung entschied für Reventlow's Ansicht, und dieser übernahm nun allein die Aufgabe, die Anordnungen der Commissare auszuführen. Die Armee der Herzogthümer ward auf ein Drittel reducirt; insbesondere mußten alle Schleswiger aus ihr entlassen werden. Die Landesversammlung ward vertagt, bald nachher aufgelöst. In größter Ordnung vollzog sich Alles. Für solche Fügsamkeit war Verschonung mit dem Einrücken der Executionstruppen in Aussicht gestellt worden; auch war gegen die Statthalterschaft die Rede davon gewesen, daß Rendsburg und Friedrichsort von den Resten der schleswig-holsteinischen Armee besetzt bleiben dürften. Aber unterdeß war ein österreichisches Corps nach der unteren Elbe herangekommen. Preußische Pioniere schlugen ihnen am (17. Januar) bei Artlenburg eine Brücke über den Strom. Jetzt verlangten die Commissare, daß ihnen die Festung Rendsburg ein-

geräumt, daß die dortigen wie die in Altona aufgehäuften Kriegsvorräthe dem Schutze des deutschen Bundes anvertraut würden, und daß das Rendsburger Kronwerk im Norden der Eider, so wie die Festung Friedrichsort am Eingange des Kieler Hafens, über deren Zugehörigkeit zu Schleswig oder Holstein man von Kopenhagen her Streit erhoben hatte, den Dänen einzuräumen seien! Ehe noch den Forderungen vollständig Folge geleistet war, legte am 2. Febr. 1851 die Statthalterschaft in der Person des Grafen Reventlow-Preetz die Regierung des Landes, die ihr einst die provisorische Centralgewalt des deutschen Reiches übertragen hatte, in die Hände der Bundescommissare nieder und die Erhebung der Herzogthümer hatte ein Ende.

Ein Jahr lang haben dann die Bundestruppen in Holstein gestanden und sind die Unterhandlungen über den künftigen Zustand dieses Herzogthums, einschließlich seiner Beziehungen zu Schleswig, von Oesterreich und Preußen geführt worden. Das Ergebniß war eine Feststellung, wie sie nach dem ganzen Verlauf, den die Dinge genommen, nicht anders erwartet werden konnte. Die alte, grundgesetzliche Verbindung zwischen Schleswig und Holstein in Verfassung, Verwaltung und Rechtspflege ward aufgehoben und nur in gewissen Institutionen besonderer Beschaffenheit, in der Gemeinschaft der Universität Kiel, mehrerer Wohlthätigkeitsanstalten, des Eidercanals, der Ritterschaft, beibehalten. Dagegen ward die Idee des Gesammtstaates jetzt nicht, wie in den ursprünglichen Plänen der eiderdänischen Partei, auf Dänemark und Schleswig beschränkt, sondern auch auf Holstein ausgedehnt. Auf Armee, Finanzen und auswärtige Angelegenheiten sollte sich die Gemeinschaft erstrecken; gegen eine Einverleibung in Dänemark sollte Schleswig auch hinfort gesichert, deutsche und dänische Nationalität in dem Herzogthume gleichmäßig geschützt sein. Besondere Verfassungen Schleswigs und Holsteins für die besonderen Angelegenheiten eines jeden Landes, in diesen Verfassungen Landstände mit beschließender Stimme, Berathung der Gesammtverfassung durch die Landstände Schleswigs und Holsteins — so lauteten die wichtigsten unter den übrigen Bestimmungen.

Am 18. Februar 1852 übergaben die deutschen Bundescommissare die Regierung Holsteins dem dänischen Könige und die Bundestruppen räumten das Herzogthum; das ganze, ungeheure Kriegsmaterial der schleswig-holsteinischen Armee fiel dabei in die Hände der Dänen. Ein Amnestie-Patent wurde erlassen; aber eine große Anzahl angesehener Männer nebst ihren Familien mit Verbannung belegt, unter ihnen der Herzog von Augustenburg und sein Bruder. Das unglückliche Schleswig blieb unter fortdauernder Herrschaft des Belagerungszustandes auch nach dem Ende des Kampfes, daher willkürliche Absetzungen weltlicher und geistlicher Amtsträger, Verhaftungen, Landesverweisungen und Beschlagnahmen, Verhöhnung aller weltlichen und kirchlichen Verhältnisse, sobald es darauf ankam, dänisches Wesen und dänische Sprache auf Kosten der deutschen auszubreiten.

Der Gesammtstaat wäre aber eine Lächerlichkeit geworden, wenn nicht eine gleichmäßige Erbfolge in allen seinen Theilen ihn von der Gefahr befreit hätte, in naher Zukunft wieder in diese Theile aufgelöst zu werden. Der bestimmte Schritt zu einer neuen Erbfolgeordnung geschah unter dem mächtigen Einfluß des russischen Kaisers Nikolaus. Als Abkömmling einer Nebenlinie des in Dänemark regierenden oldenburgischen Hauses, welche einstmals bedeutende Theile von Holstein und Schleswig besessen, 1767 und 1773 aber darauf verzichtet hatte, legte jetzt der russische Kaiser diesen Verzicht so aus, daß dessen Gültigkeit mit dem Tode Friedrich's VII. und des königlichen Oheims Ferdinand erlöschen, daß also dann die Ansprüche des Kaisers wieder in Kraft treten müßten. Er that dies, um sofort durch einen abermaligen Verzicht die Geltendmachung dieser wiedererwachenden Ansprüche aufzugeben zu Gunsten eines neuen „Arrangements" über die Erbfolge. Auch Prinz Friedrich von Hessen, jetzt in Kurhessen der nächste Erbberechtigte, war bereit, auf den dänischen Thron zu verzichten. Die Ansprüche des Augustenburger Herzogs auf Schleswig-Holstein dagegen behandelte man als zweifelhaft und jedenfalls verwirkt durch die Theilnahme des Herzogs an der Erhebung von 1848. Nun ward ein Sproß derjenigen Linie des oldenburger Mannsstammes ins Auge gefaßt, die, nach der augustenburgischen, die nächstberechtigte für Schleswig-Holstein war — der glücksburgischen —; es war dies Prinz Christian. Nicht bloß als der einzige von allen Prinzen der Nebenlinien Augustenburg und Glücksburg, der 1848—50 auf dänischer Seite gestanden, sondern auch wegen seines Zusammenhanges mit dem Weiberstamme schien er sich zu empfehlen; die männlichen Nachkommen aus seiner Ehe mit der Schwester des Prinzen Friedrich von Hessen, so nahm man an, würden gewisser Maßen die Rechte des Manns- und Weiberstammes in sich vereinen. Nachdem noch manches Widerstreben, namentlich Preußens, überwunden war, unterzeichneten am 8. Mai 1852, zu London Oesterreich, Frankreich, Preußen, Rußland und Schweden das Londoner Protokoll, und verpflichteten sich, nach dem Aussterben des Mannsstammes der dermaligen königlichen Linie, den Prinzen Christian von Glücksburg und seine männliche Nachkommenschaft aus der Ehe mit Louise von Hessen als Nachfolger in der Gesammtheit der Staaten Friedrich's VII. anzuerkennen. Mehrere Verzichte von Personen, die dem gesetzlichen Erbgange nach vor Christian von Glücksburg zur Succession in dem Königreich oder in den Herzogthümern berufen waren, hatte man bereits in Händen; andere wurden herbeigeschafft. Das meiste Gewicht legte man darauf, etwas Aehnliches vom Herzog Friedrich von Augustenburg zu erhalten. Seine schleswig'schen Güter, auch sein Mobiliarvermögen wurden mit Beschlag belegt; man drohte ihm Confiscation an; so bewog man ihn, (30. Dec. 1852) gegen einen dargebotenen Preis die Güter abzutreten und zugleich für sich und seine Familie die Verpflichtung zu übernehmen, nichts gegen die

Durchführung der königlichen Absichten auf Regelung der Erbfolge zu unternehmen. Ein neues dänisches Thronfolgegesetz beseitigte die Erbfolge, wie sie für Dänemark das Königsgesetz von 1665 festgesetzt hatte, zu Gunsten Christian's von Glücksburg und seines Mannsstammes aus der Ehe mit der Prinzessin Louise von Hessen. Dasselbe erhielt (24. Juli 1853) die Zustimmung des dänischen Reichstages. Nicht aber hat es die Zustimmung der Stände in Schleswig oder in Holstein erhalten; ihnen ist es gar nicht vorgelegt worden. Und wenn das Londoner Protokoll nach Oesterreich und Preußen auch einige Mittelstaaten Deutschlands, wiewohl zum Theil nur in abgeschwächter und bedingter Weise, anerkannt haben, so ist jede derartige Anerkennung von dem deutschen Bundestage unterblieben. Wohl aber erkennt das Protokoll selbst in einem eigenen Artikel an, daß den wechselseitigen Rechten, die zwischen dem dänischen Könige und dem deutschen Bunde rücksichtlich der Herzogthümer Holstein und Lauenburg bestehen, kein Eintrag geschehen solle.

So war denn die Verbindung Schleswigs mit Holstein in den wesentlichsten Stücken zerrissen, dagegen auch Holstein durch neue, engere Bande an Dänemark gezogen, ferner die rechtmäßige Erbfolge bedroht, freilich nicht mit einer Beseitigung des Mannsstammes zu Gunsten des Weiberstammes, wohl aber mit einer willkürlichen Anordnung im Innern des Mannsstammes, und zwar zur Ausführung eben der Absichten, als deren sicherste Abwehr dem Schleswig-Holsteiner die ausschließliche Geltung der Manneserbfolge in seinem Lande ihren vorzüglichsten Werth gehabt hatte.

---

37. Die ungarische Revolution, 1848—1849.

(Nach Anton Springer, Geschichte Oesterreichs seit 1809, bearbeitet vom Herausgeber.)

Die österreichische Revolution war nicht, wie die französische oder preußische in demselben Jahre, die Erschütterung eines in sich gleichartigen Staatskörpers, welche, von der Hauptstadt ausgehend, sich rasch durch die Provinzen verbreitet, in diesen überall dieselben Forderungen und Parteigegensätze hervorruft und endlich wieder im Mittelpunkte zum Abschluß kommt; vielmehr war schon vor den Märztagen eine Revolution in Ungarn, eine andere in der Lombardei, eine dritte unter den slawischen Stämmen angebahnt, und Metternich's Sturz in Wien hatte nur die Wirkung, alle jene unter einander völlig verschiedenen Kräfte zu entfesseln und ein Chaos von aus einander strebenden Gewalten hervorzurufen.

a. Die separatistischen Tendenzen in Ungarn seit 1830. Ludwig Kossuth.

Die ersten Anzeichen des separatistischen Gelüstes einer Partei in Ungarn fallen in das Jahr 1830. Die Erschütterungen, welche in Folge der Juli-Revolution in Europa Statt hatten und noch erwartet wurden, machten eine Verstärkung der österreichischen Armee wünschenswerth. Der ungarische Landtag bewilligte dazu 48,000 Rekruten, forderte aber die Anstellung bloß ungarischer Officiere bei den ungarischen Regimentern. Dieser erste Versuch, eine ungarische Armee zu schaffen, scheiterte zwar, aber von da an trat das separatistische Drängen bald mehr, bald minder fühlbar hervor. Das Organ dieser Tendenz wurden die lithographirten Berichte über den 40 Monate dauernden Landtag (1832—1836), welche der junge Advocat Ludwig **Kossuth** herausgab. Die Regierung ließ ihm die lithographische Presse wegnehmen, und als er seine Berichte geschrieben verbreitete, ihn gefangen setzen. Der ganze nächste Landtag (1840) drehte sich vorzugsweise um Hochverraths-Processe, und endete damit, daß die Regierung alle diese Processe niederschlug und alle Gefangenen begnadigte. Der befreite Kossuth trat als Redacteur an die Spitze der radicalen Pesther Zeitung (Pesti Hirlap), und da die ersten Männer des Landes sich an dem journalistischen Kampfe betheiligten (Széchenyi durch sein berühmtes Buch: „Die Völker des Ostens", gegen Kossuth — Eötvös eben so kräftig und beredt für Kossuth), so war die Macht der Zeitungspresse anerkannt, das Ansehen Kossuth's fest begründet. Die bisherigen Leiter der Landtags-Opposition (wie Franz Deák, der schon früher Besteuerung des Adels, Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Gerichtsverfahrens, so wie Geschwornengerichte verlangt hatte) waren überflügelt; neue Führer traten auf: Graf Ludwig Batthyány war das Haupt der Magnaten-Opposition, Kossuth lenkte jene der Comitate. Der letztere trat (1844) wegen Streitigkeiten mit seinem Verleger von der Redaction der Pesther Zeitung zurück und mußte, da Metternich ihm die Concession zu einer Zeitung verweigerte, der journalistischen Thätigkeit überhaupt entsagen. Seine Agitation wurde aber dadurch nur in eine andere Bahn gelenkt: er hörte auf, als Schriftsteller die Nation zur Leidenschaft zu entflammen, aber er begeisterte sie von nun an als Redner. Dazu hatte ihn die Natur mit seltener Freigebigkeit ausgestattet: er vereinigte Wohllaut und reiche Modulation der Stimme mit Kraft und Ausdauer derselben auch bei dem anhaltendsten Gebrauche, und ihm standen für die Aeußerung jeder Empfindung und Leidenschaft die entsprechenden Mienen als stetige lebendige Begleiter des Wortes zu Gebote. Der sonderbare, auf dem Reichstage geltende Grundsatz, daß die Stimmen nicht gezählt, sondern durch den Präsidenten, wie das Gesetz sagt, gewogen wurden, wodurch der Präsident in der Lage war, die Stimmen der Minorität als Beschluß der Versammlung

zu verkünden, wenn sie ihm — wie ebenfalls das Gesetz sagt — vernünftiger erschienen, hatte zur Folge, daß eigentlich nur diejenigen Stimmen beachtet wurden, welchen eine Begründung durch eine längere Rede voranging. Diese Sitte hatte die politische Beredsamkeit in Ungarn heimisch gemacht, wie vielleicht in keinem anderen Lande. Aber auch die besten Redner erkannten willig an, daß sie mit Kossuth wohl wetteifern, jedoch nimmermehr ihn überragen könnten. An äußerem Ansehen, an Tiefe des Geistes, an politischer Kenntniß mußte er Manchem weichen; aber wenn Kossuth sprach, und so lange er sprach, vergaßen seine Zuhörer die ganze übrige Welt, erkannten nur ihn als ihren Führer und schwuren nicht höher als auf sein Wort. Freilich, er redete stets nach dem Sinne der Menge, und es geschah nicht selten, daß er mit ganz anderen Ansichten und Rathschlägen seine Rede schloß, als er dieselbe begonnen hatte; so sehr wies der Beifall der Zuhörer ihm den Weg und gab ihm das zündende Wort, den schlagenden Satz an die Hand, und wenn die Zuhörer ihn Anfangs gelenkt hatten, so riß er sie nun seinerseits hin, entrückte sie weit ihrem ursprünglichen Standpunkte, und am Schlusse der Rede war seine Begeisterung auf die ganze Versammlung übergegangen. Mochte auch nachträglich bei ruhiger Ueberlegung der Eine oder Andere sich nicht für überzeugt halten, augenblicklich hätte Niemand den Muth, auch nicht die Fähigkeit gehabt, Kossuth entgegenzutreten.

Der nächste Gegenstand für Kossuth's Agitation war der ungarische Schutzverein, für dessen Zwecke er drei Jahre lang mit dem ganzen Aufgebot seiner rednerischen Kräfte kämpfte. Zwischen Ungarn und den deutschen Provinzen Oesterreichs bestand eine Zwischen-Zolllinie, welche einen starken Schutz der deutsch-österreichischen Industrie auf Kosten Ungarns bezweckte, indem alle ungarischen Rohstoffe, welche auch Oesterreich producirte und die ungarischen Fabricate mit einem erheblichen Ausfuhrzoll belastet, der Bezug ausländischer Rohstoffe erschwert, dagegen die Einfuhr österreichischer Industrie-Artikel nach Ungarn durch überaus geringe Zölle begünstigt waren. Eine Zolleinigung mit Oesterreich schien aber zweierlei politische Bedenken zu haben: einmal befürchtete man durch das Aufgeben der Zolllinie eine allmähliche Germanisirung, und dies um so mehr, als damals über den Anschluß Oesterreichs an den deutschen Zollverein vielfach verhandelt wurde; zweitens gehörte die Feststellung der Zölle zu den Rechten des Reichstages, — hörten also die Zölle auf, sich bloß auf Ungarn zu beziehen, so hatte dieser bestimmende Einfluß des Reichstages ein Ende. Dagegen stand die Gründung eines ungarischen Schutzzollsystems mit den übrigen separatistischen Tendenzen im vollsten Einklang. Da die Regierung die Zollanträge der Stände zurückwies, so entstand unter dem Schutze des Reichstages der ungarische Schutzverein, an dessen Stiftung Kossuth den größten Antheil hatte und der nach zwei Monaten bereits 60,000 Mitglieder zählte.

Jeder „patriotische Ungar“ verzichtete von nun an auf den Gebrauch ausländischer Industrieproducte und begnügte sich freiwillig mit den Erzeugnissen des einheimischen Gewerbfleißes. Man sah jetzt das grobe Tuch, das bisher höchstens Pußtaleute trugen, in dem adeligen Casino, die Frauen und Töchter der Magnaten setzten ihren Stolz in die Nachahmung der Bäuerinnen aus der Theißebene. Die stets leicht entzündbare Phantasie der Magyaren sah bereits das Bild eines großartigen ungarischen Industriestaates vollendet, dessen Producte in der ganzen Welt gepriesen und gesucht wären, während man in Regierungskreisen diese Continentalsperre im Kleinen verlachte, welche eine Industrie beschirmen sollte, die man in einem Ackerbaulande ohne flüssiges Capital, ohne Credit und ohne Arbeitskräfte erst aus dem Boden stampfen wollte. Was aber die Regierung dennoch zu leidenschaftlicher Verfolgung des Schutzvereins antrieb, war, daß derselbe das Volk an politische Agitationen zu gewöhnen suchte.

Dem Beispiele der Ungarn folgten die Kroaten, und ihre Wortführer entlehnten Mittel und Ziel der Bewegung der ungarischen Opposition. Ihr Ziel war, das dreieinige Königreich Kroatien, Slavonien und Dalmatien in ein zweites Ungarn zu verwandeln, eine größere Selbständigkeit zunächst der herrschenden Partei in Ungarn gegenüber, weiterhin aber auch der absoluten Regierung in Oesterreich gegenüber (durch Herstellung einer selbständigen kroatischen Statthalterei) zu gewinnen. Zu schwach, beide Gegner zugleich zu entwaffnen, lag es ihnen nahe, zunächst sich mit einem derselben zum Sturze des andern zu verbinden. Natürlich beeilte sich die ungarische Opposition, sobald sie die Bedeutung der nationalen Bestrebungen der Südslawen erkannte, Gegenmaßregeln gegen dieselben zu treffen. Kossuth, „der ungarische O'Connell“, hatte im Herbste 1845 auf einer Reise durch Kroatien sich von dem allgemein verbreiteten Mißtrauen gegen Ungarn überzeugt, und nach seiner Rückkehr die Absendung einer Deputation nach Wien veranlaßt, um die Beschwerden der Pesther Congregation gegen das verfassungswidrige Verfahren des Agramer Landtages, namentlich die Beseitigung des persönlichen Stimmrechtes des Adels, beim „Könige“ vorzubringen. Die Deputation ward auf Grund einer Verordnung vom Jahre 1770, welche die Entsendung von Deputirten eines einzelnen Comitates an das Hoflager verbietet, nicht vorgelassen und dadurch der Verdacht einer geheimen Verbindung des Wiener Cabinets mit den Kroaten und einer absichtlichen Verhetzung der verschiedenen Nationalitäten nur bestärkt.

Die Krisis wurde noch beschleunigt durch den Tod des Palatinus, des Erzherzogs Joseph (13. Januar 1847), der wenige Wochen nach seinem fünfzigjährigen Amtsjubiläum erfolgte. Obgleich der magyarischen Sprache nicht mächtig, war er doch durch eine gewisse Vorliebe für das ihm anvertraute Land, das seine zweite Heimat geworden, ein geeigneter Vermittler zwischen Ungarn und der

Wiener Regierung gewesen, und dieser „alte Rágóczy", wie man ihn in höfischen Kreisen halb spöttisch, halb ärgerlich nannte, hatte einerseits manche Gewaltanschläge von Ungarn abgewandt, andererseits die Parteien zwar nicht beherrscht, aber doch durch geschickte Behandlung von allzu schroffem Auftreten abgehalten. Sein Tod veranlaßte die schleunige Einberufung des Reichstages zum Behufe einer neuen Palatinuswahl. Vorläufig wurde die Leitung der Verwaltung seinem Sohne, dem 30 Jahre alten Erzherzog Stephan, übertragen, in der Erwartung, daß die Stände ihn auch auf die Dauer wählen würden. Dieser verband auch mit einer großen persönlichen Liebenswürdigkeit und gediegener Herzensgüte mannichfache Kenntnisse, besonders in den beschreibenden Naturwissenschaften, Talent für Malerei und Kalligraphie, das Verständniß vieler Sprachen; aber ihn trieb keine Leidenschaft zur Theilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten, ihn erfüllte nicht das Bedürfniß, zu regieren. Popularität war das letzte Ziel seiner Handlungen. Dazu konnte er durch Anschluß an die Liberalen auch an Machtfülle gewinnen, da die in ihrem Programme ausgesprochene Selbständigkeit des Reiches zunächst dem Palatinus zu Gute kommen mußte. Nichts war daher natürlicher, als daß der Erzherzog den Conservativen wenigstens keine eifrige Unterstützung zuwendete, wenn er auch vorläufig noch nicht offen sich mit ihren Gegnern verband.

b. Der letzte Reichstag in Preßburg 1847—1848.

Der Kaiser eröffnete am 12. Nov. 1847 den Reichstag in Preßburg mit größerm und glänzenderm Gefolge, als sonst üblich war und erweckte durch Ablesen einer ungarischen Thronrede eine gewaltige Begeisterung. Noch in derselben Sitzung stattete der Reichstag seinen Dank für dieses Zugeständniß an den ungarischen Stolz ab, indem er durch einstimmigen Zuruf den Erzherzog Stephan zum Palatinus wählte. Schon bald zeigte sich eine Spaltung zwischen Magnaten und Ständen, als die Abschaffung der Steuerfreiheit des Adels (des „bettelhaften Privilegiums", wie Kossuth sich ausdrückte), die Robotangelegenheit u. s. w. zur Sprache kam. Es schien fast, als ob auch dieser Reichstag (wie der vorige) die Zersetzung der Gewalten, den Verfall der Verfassung nur weiter entwickeln sollte — da trat die März-Revolution dazwischen. Schon am 3. März hielt Kossuth, der im Pesther Comitate als Deputirter gewählt worden, im Preßburger Reichstage jene berühmte Rede, welche mit gutem Grunde als die Taufrede der ungarischen, wie der Wiener Revolution bezeichnet werden darf. „An uns liegt es", sprach er, „die Dynastie zu retten, ihre Zukunft an die Verbrüderung der verschiedenen Völker Oesterreichs zu binden, statt des schlechten Bindemittels der Bayonnette und des Beamtendruckes den festen Kitt einer freien Verfassung zu setzen. Wir bitten daher, den kaiserlichen Thron

mit constitutionellen Einrichtungen umgeben, allen Ländern Oesterreichs eine Verfassung verleihen zu wollen."

Auf die Nachricht von dem Siege der Revolution in Wien (s. S. 347) begab sich eine Deputation des Preßburger Reichstages nach Wien, überreichte dem Kaiser in feierlicher Audienz eine im letzten Augenblicke noch schärfer gefaßte Adresse und kehrte mit der Zusicherung eines verantwortlichen Ministeriums für Ungarn zurück. Auch wurde der Palatinus mit allen wesentlichen Rechten eines Souverains ausgestattet, so daß Ungarn fortan als ein Staat neben dem Staate Oesterreich erscheint. Doch gerade die Selbständigkeit des Reichstages fiel der Revolution als erstes Opfer, denn er gerieth ganz in Abhängigkeit von den Radicalen; nicht nur war die Magnatentafel zu vollständiger Nichtigkeit herabgesunken und registrirte nur noch die ständischen Beschlüsse, sondern auch die Ständetafel fand, aus Furcht vor der Pesther Jugend, die hinter den Wiener Studenten nicht zurückbleiben wollte, und vor dem dortigen Oppositionsclub, weder Zeit noch Muth zur Debatte. Kossuth stellte die Anträge, er motivirte ihre Annahme, er lenkte die Stimmen, er proclamirte die Beschlüsse.

Der Sieg der separatistischen Tendenzen reizte die Czechen in Böhmen und die Polen in Galizien zu dem Versuche, das Beispiel Ungarns nachzuahmen. Auch die Czechen erhielten nach einer zweimaligen Deputation nach Wien ihre Verfassung (die Charte vom 8. April) und Böhmen ward aus einer österreichischen Provinz in einen mit Oesterreich locker verbundenen Staat verwandelt, dem slawischen Elemente das Uebergewicht eingeräumt und hier ein zweites Ungarn geschaffen. Der nächste böhmische Landtag sollte ein constituirender sein. Dagegen hinderte in Galizien das tiefe sociale Zerwürfniß zwischen dem Adel und den Bauern, denen ersterer die Aufhebung der Robot ohne alle Bedingung (Entschädigung) nicht bewilligen wollte, daß hier das Schauspiel des Abfalls sich wiederholte, welches auch in der Lombardei (18. März) in Scene ging (s. Nr. 38).

Am 10. April schloß Kaiser Ferdinand persönlich den Reichstag und bestätigte alle von demselben beschlossenen Gesetze: unabhängiges Ministerium, jährliche Sitzungen des Reichstages, Deputirtenwahl auf Grundlage des allgemeinen Stimmrechtes, Vereinigung Ungarns mit Siebenbürgen, gemeinsame Besteuerung, Aufhebung der unterthänigen Lasten und der grundherrlichen Gerichtsbarkeit u. s. w. Die ungarischen Minister eilten, um die neue Verwaltung des Landes einzurichten, nach Pesth, welches jetzt erst zum vollen Range der Hauptstadt emporstieg.

c. Der Reichstag in Pesth, 1848.

Erzherzog Stephan, der „plenipotentiäre Stellvertreter des Kaisers in Ungarn, Siebenbürgen und den ungarischen Nebenländern"

(mit Inbegriff der Militärgrenze) eröffnete am 5. Juli im Namen des „kranken" Kaisers den neuen Reichstag. Dieser bestand aus zwei Häusern: die 377 Abgeordneten der Ständetafel besaßen alle gleiche Rechte, wie sie auch alle auf dieselbe Weise — durch directe Volkswahl — in das Haus gekommen waren; kein Privilegium galt außer dem der magyarischen Sprache; die Magnatentafel hatte der neuen Zeit sogar ihren Namen zum Opfer bringen müssen, sie hieß von nun an „das Oberhaus". Während sie früher bei allen wichtigen Debatten den Ausschlag gab und die Stände, im Falle beide Theile sich nicht einigten, nachgeben mußten, wurden jetzt die Beschlüsse der Magnaten kaum beachtet, und als sogar ihre Existenz durch einen Antrag auf Reform des Oberhauses bedroht wurde, verließ ein Magnat nach dem andern Pesth, die Einen um bessere Zeiten abzuwarten, die Anderen um den Schutz des Hofes gegen die Revolution anzurufen. Am Hofe sah man ebenfalls in allen Vorgängen zu Pesth nur die fortgesetzte Revolution und war entrüstet über die Rücksichtslosigkeit, mit welcher der ungarische Finanzminister Kossuth über die Finanzen und den Credit Ungarns (durch Ausgabe ungarischer Guldennoten, der sog. Kossuthnoten, und Verbot der österreichischen Banknoten) verfügte, für eine besondere ungarische Diplomatie, für ein unabhängiges ungarisches Heer im Budget Gelder auswarf, als ob Oesterreich nicht mehr existirte. Eben so erblickte das Wiener Ministerium in dem ungarischen Cabinet eine Concurrenz-Regierung, deren längere Dauer mit dem eigenen Bestehen unvereinbar war. Der Angriff gegen die ungarischen Sondergelüste wurde eingeleitet durch ein Gesuch des Wiener Ministeriums (mittelst einer Deputation des Wiener Reichstages) an den Kaiser um seine Rückkehr nach Wien, wodurch seine Stellvertretung in Ungarn durch den Palatinus aufhören sollte. Vergebens setzte der ungarische Reichstag ebenfalls durch eine Deputation diesem Schritte die Bitte entgegen, „der Monarch möge seine königlichen Rechte persönlich in der Mitte seiner getreuen Nation ausüben". Das Wiener Ministerium siegte nicht nur in Innsbruck, sondern schöpfte auch erhöhten Muth aus den gleichzeitigen Siegen Radetzky's in Italien (s. Nr. 38), durch welche der Gedanke eines centralisirten Oesterreichs zunächst in militärischen Kreisen geboren wurde. Wie nämlich in der Armee die verschiedenen Nationalitäten einträchtig neben einander ständen und im Dienste für den Kaiser ihre Einigung fänden, eben so müßten im Gesammtstaate die einzelnen Stämme durch die Idee eines großen und starken Oesterreichs zusammengehalten werden.

Wenige Tage nach der Rückkehr des Kaisers wurden die außerordentlichen Vollmachten des Palatinus zurückgenommen, der unmittelbare Verkehr zwischen dem ungarischen Ministerium und dem Wiener Hofe hergestellt. Die ungarischen Minister Batthyány und Deák eilten nach Wien und verlangten, um Klarheit in die Situation zu bringen, nicht allein die Sanction des vom Reichstage beschlossenen

Finanz- und Rekrutirungsgesetzes, sondern überdies einen Befehl an die in Ungarn garnisonirenden Truppen, der Pesther Regierung zu gehorchen und ein Verbot an den Banus Jellachich (s. S. 358), die begonnenen Rüstungen gegen Ungarn fortzusetzen. Zugleich wiederholten sie die Bitte an den Kaiser, durch seine Gegenwart in Ofen alle Gerüchte von einer zwischen dem Monarchen und seiner Regierung bestehenden Spannung niederzuschlagen. Man erinnerte sich in Wien nur mit Scham der Zugeständnisse, welche die Ungarn der Hülflosigkeit des Hofes abgerungen, und lehnte die Bitten, auch als sie von einer Reichstags-Deputation in Schönbrunn in dringender Weise wiederholt wurden, in glimpflichen Formen ab, nahm dagegen die frühere Absetzung des (sich damals in Innsbruck vergebens rechtfertigenden) Banus Jellachich zurück, so daß dieser seine Rüstungen gegen Ungarn ungehindert betreiben konnte.

Als Jellachich am 11. September die Drau überschritt und in Ungarn eindrang, forderte der Reichstag den Palatinus auf, sich an die Spitze des nationalen Heeres zu stellen. Dieser machte den Versuch, durch eine persönliche Zusammenkunft mit dem Banus auf dem Plattensee den Frieden noch zu vermitteln. Da aber der Banus Bedenken trug, sich auf das dazu bestimmte Dampfschiff zu begeben, so eilte Erzherzog Stephan nach Wien, legte sein Amt in die Hände des Kaisers nieder und begab sich auf sein mütterliches Erbgut in Schaumburg an der Lahn, um nie wieder aus dem Privatleben herauszutreten.

Nach der Flucht des Palatinus erhielt der dem Grafen Batthyány befreundete und mit den ungarischen Verhältnissen wohl vertraute General Graf Lamberg den Oberbefehl über alle Truppen, sowohl die kroatischen als die ungarischen, um so die Waffenruhe herzustellen. Seine Mission war ein Mißtrauensvotum gegen Jellachich, ein Zugeständniß an die Ungarn. Dennoch setzte Kossuth in Batthyány's Abwesenheit beim Reichstage den Beschluß durch, dem General Lamberg zu verbieten, das Commando über die ungarische Armee zu übernehmen, widrigenfalls er ein Verräther an der Constitution sei. Als nun aus dem ungarischen Lager die Nachricht kam, dem Banus sei ein 24stündiger Waffenstillstand bewilligt worden, und die murrende Armee werde von ihren Führern vom Angriffe auf die Kroaten abgehalten, schrie man über Verrath. Der unglückliche Graf Lamberg wurde auf der Schiffbrücke von einem mit Sensen, Aexten und Knitteln bewaffneten Volkshaufen erkannt, aus dem Wagen gerissen und in schmählicher Weise erschlagen. Die Wiener Regierung fand in diesem Morde und in der lauen Verfolgung der Verbrecher durch die ungarischen Behörden eine günstige Gelegenheit zu strengeren Maßregeln. Ein königliches Manifest vom 3. October erklärte den Reichstag für aufgelös't, alle nicht sanctionirten Beschlüsse desselben für ungültig, verhängte über Ungarn das Kriegsgesetz, übergab dem Banus den Befehl über alle Landestruppen und ernannte

ihn zum Statthalter des Königs. Zunächst aber galt es, den Banus, der sich mit seiner schlecht disciplinirten und schlecht verpflegten Armee, statt gegen Ofen und Pesth zu marschiren, an die österreichische Grenze gezogen hatte und dadurch von seiner Reserve (durch ein ungarisches Corps) abgeschnitten war, wieder kampffähig zu machen und zu verhüten, daß er nicht vollständig aus Ungarn herausgedrängt werde. Alles was der Kriegsminister Graf Latour von verfügbaren Truppen zur Hand hatte, dirigirte er an die Grenze, unbekümmert um die Drohungen der Wiener Radicalen, welche den Angriff auf Ungarn gegen die Freiheit der österreichischen Völker überhaupt gerichtet glaubten, ohne Rücksicht auf die Gefahr, welche die Verringerung der Truppenmacht in Wien mit sich führte. Der Marsch aus den Landgarnisonen ging ohne Störung vor sich; als aber der Befehl zum Ausrücken an die Wiener Truppen gelangte, brach die October-Revolution aus (s. S. 357).

Nach dem fast gleichzeitigen Eintreffen des Manifestes vom 3. October und der Nachricht von der Wiener October-Revolution gestaltete sich der Landesvertheidigungs-Ausschuß, welcher am 22. September als Beirath des Ministeriums ins Leben gerufen worden war, zu einer förmlichen provisorischen Regierung, in welcher Kossuth alle Macht in seinen Händen vereinigte.

d. Der Winterfeldzug in Ungarn, 1848—1849.

Nach der Eroberung Wiens durch die kaiserlichen Truppen (s. S. 359) konnte Latour's Plan, Ungarn vollständig zu umzingeln, und von allen Seiten gleichzeitig gegen die Hauptstadt vorzurücken seiner Verwirklichung entgegengehen. Während die Hauptarmee unter Windischgräz an der obern Donau zum Einbruch bereit stand, sollten General Simonich von Mähren, Schlick von Galizien, Puchner von Siebenbürgen, Nugent von Steiermark her vorrücken. Gegen diese überwältigende österreichische Macht (100,000 Mann regulärer Truppen und 30—40,000 Mann aufgebotenen Volkes) blieben die Magyaren wie an Anzahl der Streitkräfte (mehr als um ⅓), so an Bewaffnung und Disciplin bedeutend zurück und mußten dazu ihre Truppen, die wenig besser als ein ungeübter Landsturm waren, zur Deckung der weiten Grenzen zersplittern, während die Oesterreicher nach Belieben hier oder dort die Offensive ergreifen konnten. Doch verhinderten theils nicht vorhergesehene Schwierigkeiten, theils die geringen Fähigkeiten der österreichischen Feldherren die rasche Ausführung jenes Kriegsplanes und gaben den Magyaren Zeit, die nationale Armee besser zu organisiren. Als inzwischen die Abdankung Ferdinand's und die Thronbesteigung Franz Joseph's in Ungarn bekannt wurde, erklärte der Reichstag beide Acte für ungesetzlich, denn ohne Einwilligung des Reichstages dürfe über den Thron Ungarns nicht verfügt werden; doch fand der Plan einiger Radicalen, mit der

Dynastie und der Monarchie abzurechnen, wenig Anklang, und die Erklärung, daß Ungarn nach wie vor an seinem gekrönten Könige in unwandelbarer Treue festhalte, fesselte viele Conservative an die aufständischen Fahnen.

Erst am 15. December überschritt Windischgrätz mit der Donauarmee die Leitha; die Magyaren wurden, zum Theil durch die Uneinigkeit ihrer Feldherren Görgei und Perczel, nach kleinen Gefechten vor Raab und bei Moor, bis unter die Mauern von Ofen zurückgetrieben. Eine Deputation des Pesther Reichstages an Windischgrätz wegen Abschluß eines Waffenstillstandes erhielt die Antwort: „Mit Rebellen unterhandle ich nicht.“ Sofort verlegte der Reichstag mit dem Landesvertheidigungs-Ausschusse seinen Sitz jenseit der Theiß nach Debreczin (1. Januar 1849); das Heer sollte die beiden Hauptstädte Preis geben, sich durch einen rechtzeitigen Rückzug retten und durch seine Theilung Windischgrätz an einem raschen Vorrücken auf Debreczin hindern. Am 5. Januar zog die österreichische Armee in Ofen und von da über die neu erbaute Kettenbrücke in Pesth ein, wo die Communalbehörden dem Kaiser huldigten, und schon verkündete die offizielle Wiener Zeitung (22. Januar) den „glorreichen Schluß des Feldzuges, der sog. Kossuth'sche Reichstag habe die Auflösung der ganzen ungarischen Armee decretirt und man erwarte stündlich die Waffenstreckung des Rebellenchefs Görgei“.

Dieser letztere aber hatte, nachdem Schlick von Norden her siegreich bis Kaschau vorgedrungen war und die Debrecziner Regierung bedrohte, von Kossuth den Auftrag erhalten, Schlick in den Rücken zu fallen und ihn am Uebergange über die Theiß zu hindern. Schlick sah sich, da er auch in der Fronte von Georg Klapka, dem glücklichsten und gediegensten aller Revolutionsgeneräle, bedroht wurde und Gefahr lief, zwischen zwei Feuer zu gerathen, genöthigt, auf seine bisher mit Eifersucht gewahrte Selbständigkeit zu verzichten und, um sein Corps für die Hauptarmee zu erhalten, gab er Kaschau auf, suchte Görgei und Klapka, deren Vereinigung er nicht hindern konnte, auszuweichen und sich dem Feldmarschall zu nähern. Schlick's Armeecorps war verloren, wenn die Gegner aus ihrer Vereinigung den rechten Nutzen zogen und durch eine energische Verfolgung jenem den ohnehin wankenden Muth raubten. Dieses verhinderten aber die Mißhelligkeiten, welche sich bald unter den ungarischen Führern regten durch die Anstellung des Polen Dembinski als Oberbefehlshaber, wozu sich die Debrecziner Regierung aus Mangel an tüchtigen einheimischen Feldherrn, trotz der Abneigung zwischen Polen und Magyaren, entschlossen hatte. Sein Alter, seine Kriegserfahrung, sein Ruhm (s. S. 227) mochte ihn in Kossuth's Augen gegen die Eifersucht der jüngern, improvisirten Generäle sicherstellen: dennoch blieb seine Wahl ein großer politischer Fehler. Mit ihr kamen Zielpunkte in die ungarische Revolution, welche derselben ursprünglich fern lagen, sogar der Mehrheit der Nation widerstrebten. Denn das Ziel

derselben war keineswegs die Befreiung Polens gewesen. Auch führte Dembinski's Unkenntniß des Landes, sein schroffes Wesen, seine Ueberschätzung des eigenen Werthes bald zu vielfachen Reibungen, wodurch die Offensive, zu welcher er auf Befehl des Landesvertheidigungs-Ausschusses schritt, gleich in ihrem Beginne an Kraft verlor. Schon der erste Offensivversuch, auf der Erlauer Straße nach Pesth vorzudringen, scheiterte durch die Niederlage Dembinski's bei Kapólna an der Torna (26. Febr.). Führer wie Soldaten schoben die Schuld auf den fremden Feldherrn, und die ersteren erklärten, nicht länger dessen Befehle annehmen zu wollen, so daß die drohende Meuterei des Heeres die Regierung nöthigte, Dembinski förmlich abzusetzen.

Die entscheidenden Siege der Oesterreicher verwandelten sich aber im März und April 1849 in eine Reihe schmählicher Niederlagen; denn die Unfähigkeit der österreichischen Feldherren wurde nicht mehr, wie früher, theils durch die unverwüstliche Tapferkeit der Soldaten, theils durch die Gunst des Zufalls verdeckt. Zunächst führte Bem an der Spitze des Revolutionsheeres in Siebenbürgen mit eben so merkwürdiger Kühnheit in seinen Entwürfen, als Raschheit in allen seinen Bewegungen einen Guerillakrieg, auf den sich weder die alten österreichischen Generäle verstanden, noch die Soldaten vorbereitet waren. Vergebens rief der alte, kränkliche General Puchner die damals in der Walachei stehenden Russen zu Hülfe; der öfters geschlagene aber schließlich immer siegreiche Bem verjagte sie mit den Oesterreichern zusammen aus Siebenbürgen; Puchner flüchtete nach der Walachei und ganz Siebenbürgen mit Ausnahme der kleinen Festung Karlsburg befand sich Ende März in Bem's Gewalt. Eben so errangen die Magyaren unter Perczel bedeutende Erfolge im Banate. Die Triumphe Bem's und Perczel's waren aber nur das Vorspiel der großen Vortheile, welche die ungarische Hauptarmee dem Feldmarschall Windischgräz abgewann.

Während die Magyaren sich zu einem kräftigen Offensivstoße vorbereiteten, erging sich Windischgräz, der schon 3 Monate im Ofener Schlosse thronte, mit seinem Generalstabe in ewigen Vermuthungen über das wahre Ziel und die ernste Absicht des Gegners. Vor lauter Ueberlegen kam man zu keinem Entschlusse und lähmte den kriegerischen Eifer der Soldaten durch unnütze Hin- und Herzüge. Als nun Ende März vier ungarische Armeecorps (50,000 Mann) unter Görgei's Oberbefehl gegen die Hauptstadt vordrangen, zog Windischgräz seine Armee auf dem Rakosfelde östlich von Pesth zwischen Gödöllö und Isaszeg zusammen, wo die ungarische Reserve unter Aulich den Sieg entschied (6. April). Das Olmützer Cabinet konnte nun die militärische Unfähigkeit des Feldmarschalls, die sich namentlich auch in der Wahl seiner Rathgeber und Gehülfen offenbarte, nicht mehr verkennen, er wurde unter der mildesten Form eines „Urlaubs" abberufen und durch General Welden, den Gouverneur von Wien, ersetzt. Dieser erkannte sofort, daß er vor Allem die Armee retten müßte; er räumte

daher Pesth und trat, mit Zurücklassung einer starken Garnison in der Ofener Festung, den Rückzug aus Ungarn an.

e. Die Unabhängigkeits-Erklärung, 14. April 1849.

Um den militärischen Erfolgen auch einen politischen Ausdruck zu verleihen durch eine Antwort auf die octroyirte Verfassung für Gesammtösterreich (s. S. 376), berief Kossuth am 14. April das Debrecziner Parlament nicht in den gewöhnlichen Sitzungssaal, sondern in die Kirche der Reformirten, bestieg die Kanzel, proclamirte, nach einer glänzenden Rede, „das Haus Habsburg der Herrschaft verlustig, aus Ungarn für ewige Zeiten verbannt", und als er mit gehobener Stimme hinzufügte: „So soll es sein, Amen!", da hallte in der ganzen Kirche das „Amen" nach. Europa zählte seitdem einen neuen Staat, dessen Oberhaupt durch allgemeine Zustimmung Kossuth wurde unter dem Namen eines verantwortlichen Gouverneur-Präsidenten. Ueber die künftige Regierungsform enthielt die Unabhängigkeits-Erklärung nichts Bestimmtes, doch schien die Einführung der Republik die einzige Möglichkeit, da schwerlich ein Mitglied eines europäischen Fürstenhauses die ihm angebotene Krone angenommen hätte. Uebrigens wirkte dieser Schritt auf das Volk und die Armee verwirrend, denn er raubte der Nation das Bewußtsein, nur ihre alte, beschworene Verfassung zu vertheidigen. Der Widerstand gegen die centralisirende Wiener Regierungspolitik fand auch in andern Provinzen zahlreiche Billigung, der Abfall von Oesterreich aber entzog den Ungarn alle Sympathieen. Bei einer vorausgegangenen Berathung Kossuth's mit den Armee-Commandanten hatte Görgei dringend von dem verhängnißvollen Schritte abgerathen; anstatt aber nach der vollzogenen Thatsache seine Entlassung einzureichen, übernahm er vielmehr das Amt eines Kriegs-Ministers in dem demokratischen Ministerium, dessen Präsident Szemere war. Denn er hoffte noch einzelne militärische Triumphe zu erringen, und um diese mit keinem Andern theilen zu müssen, vereinigte er das Obercommando mit dem Kriegs-Ministerium in seiner Person. Wirklich gelang es ihm auch, nach einem zweimaligen blutigen Sturm, die Festung Ofen einzunehmen (21. Mai). Kossuth hielt am 6. Juni seinen feierlichen Einzug in die alte Hauptstadt; das Parlament ward nach Pesth zurückverlegt, zugleich aber auf 2 Monate vertagt, als wäre der Krieg zu Ende und die Rückkehr zu friedlichen Zuständen nahe bevorstehend.

f. Der Sommerfeldzug in Ungarn, 1849.

Kossuth und seine Freunde hofften die Unabhängigkeit Ungarns durchführen zu können, unter zwei Voraussetzungen: einmal, daß die ungarischen Heere keinen anderen Feind, als Oesterreich, zu bekämpfen hätten, und zweitens, daß Oesterreichs militärische Kraft dauernd in

Italien werde gebunden werden. Beiderlei Erwartungen wurden durch die Ereignisse getäuscht. Zur guten Stunde für die abermals „glückliche Austria“ endete im März 1849 der italienische Krieg in unerwartet glänzender Weise (s. Nr. 38). Diesen Umstand benutzte die Wiener Regierung, um die Feldherren aus Radetzky's Schule herbeizuholen und an die Stelle derer zu setzen, die das Vertrauen der österreichischen Armee in Ungarn verloren hatten. Die Oberbefehlshaberstelle, von welcher Welden schon im Mai zurückgetreten war, erhielt Baron Haynau, ein natürlicher Sohn des ersten Kurfürsten von Hessen-Cassel (mit einer gewissen Rebecca Ritter aus Schlesien), der, schon im 15. Jahre in die österreichische Armee eingetreten, sich bald durch Tapferkeit, aber auch durch unbeugsamen Trotz und seine Unfähigkeit, zu gehorchen, bekannt gemacht hatte. Im Jahre 1848 zog Radetzky, der das Maaß seiner Fähigkeiten kannte, ihn aus dem Ruhestande (in Gratz) hervor, übergab ihm das Commando in Verona und im zweiten italienischen Feldzuge die Ueberwachung der unruhigen lombardischen Städte. Sein rücksichtsloses Wesen hatte (namentlich in Brescia) durch Verbreitung unerhörten Schreckens jedes weitere revolutionäre Gelüste im Keime erstickt. Diese Energie verbürgte auch ein möglichst rasches und siegreiches Ende des ungarischen Krieges. Zugleich aber legte das Ministerium eine Art Dictatur in Haynau's Hände, ohne sich durch die treffende Charakteristik warnen zu lassen, welche Radetzky von seinem Cameraden lieferte: „Haynau ist wie ein Rasirmesser; hat man es gebraucht, muß man es sofort in sein Futteral legen.“ Als Gerichtsherr und Administrator entfremdete Haynau Oesterreich die öffentliche Meinung Europa's, und machte es der Regierung unmöglich, im passenden Zeitpunkte die Versöhnung mit der Mehrheit des ungarischen Volkes zu suchen.

Auch die zweite Voraussetzung, woran Kossuth hartnäckig festgehalten, wurde bitter getäuscht. Der russische Kaiser erblickte in dem ungarischen Aufstande ein Glied der allgemeinen europäischen Revolution, zu deren Unterdrückung jede geordnete Regierung verpflichtet sei; hier aber glaubte er die russische Intervention noch besonders dadurch gerechtfertigt, daß „polnische Verräther“ sich den Magyaren beigesellt und der ungarischen Revolution eine feindselige Richtung gegen Rußland verliehen hätten. Das österreichische Ministerium wünschte nur ein russisches Hülfscorps, welches der österreichischen Armee ihre Aufgabe erleichtern, aber keineswegs abnehmen sollte. Nikolaus jedoch wollte eine so beschränkte Rolle nicht übernehmen. Der greise Feldmarschall Paskewitsch führte eine russische Armee herbei, welche, stets concentrirt und auf einer einzigen Linie operirend, gewisser Maßen als die Hauptmacht auftrat. Vergebens bemühte sich die ungarische Diplomatie in Frankfurt, in Paris, in London, in Turin, selbst in Constantinopel um eine Einsprache zu ihren Gunsten oder wohl gar um eine Gegen-Intervention. Kossuth blieb nur noch ein einziges Mittel der Abwehr übrig, die Entflam-

mung des nationalen Fanatismus: jeder gesunde Mann sollte die Waffen ergreifen, die Priester mit dem Kreuze und im gottesdienstlichen Gewande ihre Gemeinde zum Kampfe führen, beim Herannahen des Feindes jedes Dorf verlassen und angezündet werden, u. s. w. Aber es fehlte an Waffen und an Geld (bei der rasch steigenden Entwerthung der ungarischen Banknoten); noch schlimmer aber wirkte die Uneinigkeit zwischen den Führern der Nation: zunächst zwischen Kossuth und Görgei, welcher letztere nach der Eroberung Ofens eine Anti-Kossuth'sche Partei im Parlamente zu gründen suchte, deren Programm die Zurücknahme der Unabhängigkeits-Erklärung und die Wiederherstellung der alten Verfassung in sich schließen sollte, weßhalb Kossuth ihm Bem als Nachfolger im Commando bestimmte, der aber einstweilen noch entfernt (im Banat) war. Auch über den Kriegsplan konnte man sich nicht einigen: der Kriegsminister Görgei widerstrebte dem von Klapka entworfenen Defensivplane und setzte seine Meinung, die Oesterreicher unmittelbar anzugreifen, durch, versäumte aber den zur Offensive geeigneten Zeitpunkt.

Haynau, der jede engere Beziehung mit den hochmüthigen Russen vermied, um selbständig zu handeln, hatte den hartnäckigen Wahn Görgei's, daß die Oesterreicher ihre Operationen auf dem linken Donauufer beginnen würden, dazu benutzt, 60,000 M. auf dem rechten Donauufer zu sammeln und die Ungarn, 10,000 M., aus ihrer festen Stellung bei Raab zu vertreiben. Der junge Kaiser zog an der Spitze seiner siegreichen Truppen in Raab ein, während die Magyaren in dem verschanzten Lager von Komorn Zuflucht suchten. Inzwischen hatte Paskewitsch mit 80,000 Russen die Karpathen überschritten, eine Abtheilung derselben ging über die Theiß und besetzte das wehrlose Debreczin, während die Hauptarmee den Marsch nach der Donau lenkte, um im Rücken Görgei's zu operiren und ihn wo möglich zwischen zwei Feuer zu bringen. Gleichzeitig drangen die Russen sowohl von der Bukowina her, als aus der Walachei in Siebenbürgen ein.

Am 3. Juli machte Haynau einen Angriff auf das verschanzte Lager bei Komorn. Nach langem, blutigem Kampfe bei Acs — oder der ersten Schlacht vor Komorn —, an welchem sich Görgei persönlich betheiligte, kehrten beide Parteien in ihre alten Stellungen zurück. Am 11. Juli machte Görgei einen Ausfall aus dem verschanzten Lager, zersplitterte aber in dieser (zweiten) Schlacht vor Komorn seine Kräfte auf breitem Raume, stellte alle verfügbaren Truppen gleich Anfangs ins Gefecht und dachte nicht an die Aufstellung einer Reserve, während der in der Schlachtenökonomie besser bewanderte Haynau frische Truppen vorrücken ließ, welche den Tag zu Gunsten Oesterreichs entschieden. Görgei ließ Klapka in Komorn zurück und trat einen geordneten Rückzug nach Osten an; die ungarische Regierung flüchtete mit der Banknotenpresse und dem Parlamente nach Szegedin an der Theiß, Haynau aber eilte, den Russen

in der Besetzung der Hauptstadt zuvorzukommen. In dem Augenblicke, in welchem das Dasein der magyarischen Nationalität bedroht war, proclamirte das Parlament in Szegedin noch die Gleichberechtigung aller ungarischen Volksstämme, verlegte dann aber (28. Juli), von den anrückenden Russen bedroht, seinen Sitz nach der damals eroberten Festung Arad an der Maros, ohne jedoch noch einmal zusammenzukommen. Auch das bei Szegedin versammelte ungarische Heer, jetzt unter Dembinski's Führung, zog sich bei Haynau's Heranrücken auf das linke Theißufer zurück, und wurde durch die Schlacht bei Szöreg (5. August) zu weiterem Rückzuge genöthigt. Eben so wenig gelang es dem General Bem, der einen nutzlosen Einfall in die Moldau gemacht hatte, das Szeklerland, diese kräftigste Stütze des Magyarismus in Siebenbürgen, vor der Invasion der Russen zu retten. Er wurde bei Schäßburg (31. Juli) von dem dreifach stärkeren Lüders geschlagen, entging nur wie durch ein Wunder der Gefangenschaft und versuchte noch einmal den ungleichen Kampf mit Lüders, freilich mit noch ungünstigerem Erfolg (bei Groß-Scheuren), worauf er nach dem Banate entfloh. Görgei stieß bei seinem Rückzuge von Komorn schon bei Waitzen auf die Russen und ein Avantgardengefecht endigte zu seinem Vortheile; doch getraute er sich nicht, mitten durch die russische Hauptmacht sich einen Weg zu bahnen und ging daher nordwärts in weitem Bogen, über die Theiß, dann südlich bis Arad. Hier hätte er sich mit Dembinski vereinigen können, wenn dieser nicht durch seinen Rückzug nach Temesvar Haynau Gelegenheit gegeben hätte, sich zwischen die beiden ungarischen Heere zu werfen. Dembinski, der sich, bei seiner fehlerhaften Kriegsweise, in seinem Hochmuthe auch nicht zum Gehorsam gegen die Regierung in Arad verpflichtet hielt, wurde durch Bem ersetzt, und als dieser in einem Treffen bei Temesvar (9. August), das eigentlich nur eine Kanonade war, unterlag, bot die Regierung den Oberbefehl über die Reste des magyarischen Heeres Görgei an, welchen dieser erst annahm, als Kossuth auf das Zureden mehrerer Minister seine Macht und Würde niedergelegt hatte, um den verhängnißvollen Irrthum, der ihn seine agitatorischen Talente mit politischer Begabung verwechseln ließ, in ewiger Verbannung (in England, Italien, der Schweiz) zu büßen.

Görgei übernahm die Dictatur, um schon am 11. August durch die Capitulation von Vilagos dem Kriege ein Ende zu machen: 23,000 M. streckten die Waffen vor den Russen, die 129 Geschütze u. s. w. als Tropäen erhielten. Man muß es der leidenschaftlichen Stimmung der Magyaren in den folgenden Trauerjahren nachsehen, wenn sie nicht Kossuth, der vor der Capitulation im Bewußtsein, daß Alles verloren sei, floh, nicht Dembinski, nicht die selbstsüchtigen, zankenden und nur in der Minderzahl tüchtigen Generäle, nicht die unreife radicale Partei, sondern ausschließlich Görgei als den Urheber des nationalen Unglückes betrachteten und ihm schwarzen Verrath

zur Last legten. Einen nachhaltigen Erfolg hätte er durch Fortsetzung des kleinen Krieges, etwa in Siebenbürgen, nicht erzielen können, denn es fehlte an Geld, an Munition, an Muth bei Soldaten und Officieren, welche letztere ein ähnlicher Geist beherrschte, wie er bei Napoleon's Marschällen in den letzten Jahren seiner Herrschaft anzutreffen war. Aber einen politischen Fehler beging Görgei, daß er seine Unterwerfungs-Anträge an die Russen, und nicht an die Oesterreicher richtete, die allerdings im ungarischen Heere noch verhaßter waren, als die Russen, besonders seit Haynau an ihrer Spitze stand. So weckte der Neid auf den russischen Triumph die Rachsucht Haynau's, der allen Grund hatte, gegenüber der hochmüthigen Meldung Paskewitsch's an seinen Kaiser: „Ungarn liege zu den Füßen des Czaren", hervorzuheben, daß die österreichische Armee es war, welche „den Feind in sechs Schlachten bis zur Vernichtung besiegt und auch die Unterwerfung des Görgei'schen Corps bewirkt hat".

Ein kleiner Rest der Armee (5000 M.), so wie die Führer Kossuth, Bem, Dembinski, Perczel und andere retteten sich auf türkisches Gebiet; die übrigen Heeres-Abtheilungen in Ungarn und Siebenbürgen ergaben sich rasch nach einander theils an die Russen, theils an die Oesterreicher. Auch die Festungen Arad, Munkács, Peterwardein fielen durch Capitulation in die Hände der Sieger; den längsten Widerstand leistete Klapka in Komorn; er capitulirte erst am 27. September unter auffallend günstigen Bedingungen, welche den schroffsten Gegensatz bilden zu der Behandlung, die Haynau sonst den Insurgenten angedeihen ließ.

Alsbald begann Haynau's Schreckensregiment; die Nation sah Tausende ihrer Söhne gewaltsam dem Soldatenstande eingereiht, Hunderte in die Verbannung, wieder Hunderte in langjähriges Gefängniß wandern; unter den zahlreichen Hinrichtungen, welche die Blutgerichte in Pesth und Arad decretirten, machte den tiefsten Eindruck die des Grafen Batthyány, als deren Grund auch seine Wirksamkeit als Premier-Minister, seine mit der Sanction des Königs und des Palatinus vollführten Thaten verkündigt wurden. Görgei verdankte sein Leben der Verwendung des Kaisers Nikolaus und des Großfürsten Constantin.

Haynau's Grimm traf nur Personen und nicht Institutionen, das Volk zitterte vor ihm, aber sah ihn nicht als Feind der Nationalität an. Erst als die sogenannte „Civil-Regierung" in Ungarn ihr Amt antrat, als man das langsame Eindringen fremder Elemente in das nationale Wesen, den gewaltsamen Bruch mit den altgewohnten Einrichtungen beobachtete, als die österreichischen Beamten-Colonieen in Ungarn ihren Einzug hielten, bildete sich die tiefe Kluft zwischen dem ungarischen Volksthum und der Wiener Regierung.

38. Der erste lombardische Krieg, 1848—1849.

(Nach Hermann Reuchlin, Geschichte Italiens, und Jos. Grafen von Mailáth, Geschichte des österreichischen Kaiserstaates, mit einer Einleitung nach J. J. Döllinger, Papstthum und Kirchenstaat, bearbeitet vom Herausgeber.)

Italien war, gleich Polen, auf dem Wiener Congreß als „geographischer Begriff" behandelt worden. Die Nationen, ihre Wünsche, ihre Bedürfnisse hatten dort keine Berücksichtigung gefunden. Oesterreich herrschte nicht allein in seinem Antheil; sein Einfluß, sein Machtwort galt auch in den übrigen italienischen Staaten, nichts sollte in diesen dem Volke an Rechten und Institutionen gewährt werden, was nicht mit den Interessen der österreichischen Beamtenherrschaft, wie man sie damals in Wien verstand, verträglich erschien. Die Folge davon war, daß sich binnen wenigen Jahren Italien mit einem Netze geheimer Gesellschaften bedeckte (vgl. S. 67). Das österreichische Joch abzuschütteln, war der Lieblingswunsch der höheren Klassen. Die Franzosen hatten in Spanien doch eine Partei für sich gewonnen, die Afrancesados; aber Oesterreich brachte es in Italien nicht einmal dahin; mochten auch die Landbewohner im Lombardisch-Venetianischen sich der geordneten Verwaltung und Sicherheit zu erfreuen haben, man fühlte doch den Druck hoher Schutzzölle und der durch Verpachtung sehr belästigenden Verzehrsteuern, durch welche die Massen zu Gunsten des verschuldeten Gesammtstaates ausgesogen wurden; in den Städten vollends war Alles anti-österreichisch, Alles für nationale Unabhängigkeit.

Da nun König Karl Albert von Sardinien und Papst Pius IX. (s. Nr. 39) im J. 1847 den Weg der Reformen betreten hatten, so machten sich in der angrenzenden Lombardei entsprechende Wünsche in Petitionen und Druckschriften geltend. Im Venetianischen formulirten Manin, Morosini, Tommaseo diese Forderungen genauer; von den Versprechungen des J. 1815 ausgehend, verlangte man Schutz der Nationalität durch Anschluß an den italienischen Zollverein, die Aemter sollten nur mit Italienern besetzt werden, die Söhne des Landes ihren nur 5jährigen Militärdienst im Lande leisten, die Congregationen (Provinzialstände) sollten Steuerbewilligungsrecht, die Municipalitäten größere Unabhängigkeit erhalten. Die Krone der veröffentlichten Wünsche war ein unmittelbar unter dem Kaiser stehender Vicekönig mit italienischen Ministern. Metternich, welcher, durch Preußens Beispiel gestachelt, bereit war, die Rechte der böhmischen und österreichischen Stände zu erweitern (s. S. 245), wollte dieses erst später den lombardisch-venetianischen Congregationen gegenüber thun, da ein Zugeständniß jetzt den Schein der Unfreiwilligkeit in sich trüge.

Die Nationalen glaubten, da fortwährend Truppen in Oberitalien angehäuft wurden, ein indirecter Angriff sei klüger, als ein directer, und richteten jenen gegen die österreichischen Finanzen, den Nerv der

Kriegführung. Indem man sich erinnerte, daß die Befreiung Nordamerika's mit dem Verzichten der Colonieen auf den Thee begonnen hatte, wollte man allgemein auf den Tabak und die Lotterie, zwei einträgliche Regierungsmonopole, verzichten. Durch die Insultirung der öffentlichen Raucher kam es in den ersten Tagen des J. 1848 zu Demonstrationen: die Soldaten zogen mit Cigarren im Munde aus der Kaserne, die italienischen Grenadiere hatten sogar in jedem Mundwinkel eine Cigarre und bliesen angeblich den Civilisten die glühende Asche ins Gesicht, wurden aber dafür mit Steinen geworfen, bis sie von den Waffen Gebrauch machten und die angesammelten Volkshaufen aus einander sprengten. Die Provincialstädte säumten nicht, dem Beispiele der Hauptstadt in patriotischen Demonstrationen zu folgen, und da sich die Studenten vorzugsweise daran betheiligten, so wurden die beiden Universitäten Pavia und Padua geschlossen. Der gleichzeitige siegreiche Aufstand in Sicilien (s. S. 427), welcher auch in Frankreich die Februar-Revolution beschleunigte, steigerte die Aufstandsgelüste in der Lombardei um so mehr, als in Piemont, Toscana und Rom die Regierung den Wünschen des Volkes entgegenkam.

Auf die Nachricht von dem Siege der Wiener März-Revolution brach am 18. März der Aufstand in Mailand los. Der 82jährige Feldmarschall Graf Joseph Radetzky, der noch unter Laudon 1788 im Türkenkriege und seitdem in allen Kriegen Oesterreichs mit Auszeichnung gefochten hatte und 1831 Gouverneur der Lombardei geworden war, zog nach einem zweitägigen, erbitterten Straßenkampfe die Truppen aus dem Innern der Stadt heraus, sperrte dieselbe aber ab, um die nicht verproviantirte durch Hunger zur Uebergabe zu zwingen. Er sandte Befehle an die Garnisonen der übrigen lombardischen Städte, in Eilmärschen auf Mailand zu rücken. Allein die Insurrection war schon überall verbreitet, die Brücken zerstört, alle Orte mit Barrikaden geschlossen, so daß die Befehle nicht an die Truppen gelangen konnten. Die Schwierigkeit der Verpflegung, der Abfall von 17 italienischen Bataillonen und die Nachricht, daß ein piemontesisches Heer sich in Bewegung gesetzt habe, bewogen Radetzky, Mailand zu räumen und sich nach dem stark befestigten Verona zurückzuziehen. Hier ankommend, rief er getrost: „Noch ist nichts verloren!“ — Dem Abfalle Mailands folgte der Venedigs, indem der Commandant Feldmarschall-Lieutenant Graf Zichy, ein Verwandter der Fürstin Metternich, mit seinem Protector die Fassung verlor und am 22. März die ganze Civil- und Militärregierung einer provisorischen Regierung, mit Manin als Präsident, übergab. Auch die Städte des venetianischen Festlandes wußten mehr durch List, als durch Gewalt die Oesterreicher zu entfernen.

Durch den siegreichen Aufstand der Lombardei wurden auch die Herzogthümer Parma und Modena, das Großherzogthum Tos-

cana, Rom und selbst Neapel von der Bewegung für die nationale Unabhängigkeit fortgerissen. Nichts aber war so entscheidend, als der Entschluß Piemonts. König Karl Albert hatte, im bitteren Andenken an Metternich's Versuche, ihn durch Verdächtigung bei den Mächten, namentlich bei Rußland, von der Thronfolge auszuschließen, wiederholt seine persönliche Feindschaft gegen Oesterreich, zumal gegen Metternich selbst, durchblicken lassen. Doch erst als man ihm die Gefahr vorspiegelte durch einen republikanischen Aufstand im eigenen Lande die Krone verlieren zu können, entschloß er sich, den Lombarden Hülfe gegen Oesterreich zu leisten und fand einen Rechtsvorwand darin, daß Oesterreich durch Verträge mit den Herzögen sein rechtlich durch den Po beschränktes Gebiet bis an das Mittelmeer ausgedehnt habe. Karl Albert stellte sich selbst an die Spitze der Armee und leuchtete ihr durch kühne Todesverachtung, durch Kaltblütigkeit in der größten persönlichen Gefahr voran; aber er war mehr Soldat als Feldherr, und was den Sieg für Habsburg zuletzt entscheiden mußte, das war, nebst der vortheilhaften Stellung im sogenannten Festungsviereck (dem von Peschiera, Verona, Legnago und Mantua beherrschten Landstrich), die Disciplin des österreichischen Soldaten, seine unverdrossene Standhaftigkeit, so wie die strategische Ueberlegenheit, der Feldherrnblick Vater Radetzky's und der „Barbarenführer" unter ihm (wie Heß und Schönhals).

a. Der erste Feldzug,*) 1848.

Beide Hauptarmeen erprobten zuerst (6. Mai) ihre eigenthümliche Tapferkeit in dem Gefechte bei dem Dörfchen Santa Lucia, südwestlich von Verona: die Oesterreicher ihre zähe Standhaftigkeit, die Italiener große Lebhaftigkeit und Ungestüm. Beide bezogen am Abend ihre Stellungen vom frühen Morgen wieder, aber dieser Rückzug wirkte schlimm auf das piemontesische Heer, dessen Hauptkraft auf hoffnungsvoller Begeisterung beruhte, während das durch den Abfall geschwächte österreichische Heer sein volles Bewußtsein wieder gewann. An diesem Tage bestanden einerseits der jetzige Kaiser von Oesterreich, als noch nicht 18jähriger Erzherzog, und der Erzherzog Albrecht, Sohn des Erzherzogs Karl, die erste Feuerprobe; andererseits setzte sich König Karl Albert persönlich den größten Gefahren aus. Beide Theile hielten es für gerathen, vorläufig keinen größeren Kampf mehr zu versuchen, bis die beiderseits erwarteten Verstärkungen angelangt wären. Karl Albert erhielt bedeutenden Zuzug aus Modena, Toscana und besonders aus dem Kirchenstaate, wo ein förmlicher Kreuzzug gegen die Oesterreicher gepredigt wurde, ohne daß der Papst es ver-

*) Was hier über den italienischen Feldzug gesagt ist, beruht auf Willisen, „Der italienische Feldzug des Jahres 1848".

hindern konnte. Dagegen bot der österreichische Kriegs-Minister Graf Latour Alles auf, um die Armee in Italien zu verstärken; er bildete ein Reservecorps von 17,000 M. unter dem Feldzeugmeister Grafen Nugent, welches das venetianische Festland wieder unterwerfen sollte.

In einem Augenblick von Entmuthigung trug die österreichische Regierung den Lombarden an, sie aus dem Verband der Monarchie loszulassen, gegen die Uebernahme eines bedeutenden Theiles der Staatsschuld und einen günstigen Handelstractat. Die stolzen Lombarden nahmen diesen Antrag nicht an; sie stritten unter sich, ob die Lombardei eine Republik werden, oder ob man Karl Albert zum König wählen sollte; aber die Mittel, den Erfolg ihrer Pläne zu sichern, vernachlässigten sie. Karl Albert wurde nur sparsam mit Geld, noch sparsamer mit Truppen unterstützt. Sie rechneten auf Frankreich und England, die ihre Vermittlung angetragen hatten. Während die Cabinette verkehrten, wie und wo die Verhandlungen statthaben sollten, ging Radetzky zur Offensive über. Durch einen eben so kühnen als vorsichtig eingeleiteten Marsch erschien er vor den feindlichen Verschanzungen am Curtatone; er wollte sie nehmen, dann den Feind zur Schlacht oder zum Verlassen des Mincio zwingen. Elementarhindernisse waren Ursache, daß der Erfolg nur theilweise gelang. Die sehr gut angelegten Verschanzungen wurden erstürmt, 2000 Gefangene und fünf Kanonen fielen den Oesterreichern in die Hände (29. Mai). Die Armee rückte vor, aber ein ungeheurer Regen hielt die ferneren Bewegungen auf; zudem kam die Nachricht, daß Peschiera nach rühmlicher Gegenwehr, durch Hunger gezwungen, capitulirt habe. Der Feind hatte überdies Zeit gefunden, seine ganze Macht zu versammeln. Der Feldmarschall stand also von den Angriffen auf dieser Seite ab; er sandte einen Theil seiner Truppen nach Verona zurück, mit den übrigen wendete er sich nach Vicenza. Die Stadt war gut befestigt, mit einer zahlreichen Garnison versehen; im Lager Karl Albert's glaubte man, die Stadt könne eine Armee von 100,000 Mann 14 Tage aufhalten. Radetzky erschien mit 40,000 Mann an den Mauern und nahm sie in einem Tage. Dem Falle von Vicenza folgte (11. Juni) jener von Padua; Treviso nahm General Welden, Udine hatte Nugent schon früher erobert. So war das ganze venetianische Festland wieder unterworfen, die freie Verbindung mit der Monarchie hergestellt.

Karl Albert schickte sich an, Mantua zu belagern; Radetzky aber beschloß, die Linie des Feindes zu sprengen. In dreitägigen glänzenden Kämpfen (22.—24. Juli) wurden die Piemontesen in der Schlacht bei Custozza (25. Juli) aufs Haupt geschlagen. In grenzenloser Unordnung floh ihre Armee nach Mailand. Dort stand der Pöbel gegen die Piemontesen auf; man schoß gegen den Palast, den der König bewohnte, und hielt ihn in einer Art Gefangenschaft. Nur durch die ausdauernde Treue eines Theiles seiner Truppen ent-

ging er der Volkswuth. Die Piemontesen räumten Mailand, und eine städtische Deputation bat Radetzky um baldmöglichstes Einrücken der kaiserlichen Truppen, weil nur dadurch Mord und Zerstörung gehindert, die Raserei des Volks gezähmt werden könne. Die Oesterreicher rückten ein. Karl Albert schloß (9. August) einen Waffenstillstand; die Lombardei war wieder unterworfen. Der piemontesische Admiral aber, der mit seiner Flotte vor Venedig lag, weigerte unter verschiedenen Vorwänden, sich zurückzuziehen. Es währte lange, bis er das adriatische Gewässer verließ.

Zwar wurde eine allgemeine Amnestie für die Theilnahme an dem Aufstande verkündet, und nach der October-Revolution in Wien sogar die Verleihung einer Verfassung für das lombardisch-venetianische Königreich in Aussicht gestellt; aber die erstere nahm man mit Gleichgültigkeit, ja, mit Verachtung auf, und in Bezug auf die Verfassung und deren Dauer zeigte man wenig Vertrauen. Denn trotz der Amnestie währte der Belagerungszustand unverändert fort, Contributionen und Confiscationen wurden über die Häupter der Revolution verhängt, unbotmäßige Gemeinden mit besonderen Geldstrafen belastet, ja, das ganze Land durch peinliche Einquartierung, Vorausbezahlung der Steuern, außerordentliche Steuern (40 Mill. Lire) und Zwangsanlehen in Mitleidenschaft gezogen. Während nur Venedig den Widerstand fortsetzte, hatte das Elend im übrigen Theile des Königreiches allgemeine Ermattung und Entmuthigung erzeugt, aber auch den Haß gegen Oesterreich nur einmüthiger und tiefer begründet. Die einzige Hoffnung beruhte auf Piemont, wo noch eine Art lombardischer Regierung tagte, und auf der Vermittelung der Westmächte, die Oesterreich drängten, die Lombardei an Piemont abzutreten. Karl Albert hätte den Krieg sofort wieder aufgenommen, wenn es der Zustand des Heeres und die Finanzen irgend erlaubt, wenn er einen Feldherrn gehabt hätte.

Das Heer wurde auf 120,000 Mann gebracht, wovon aber im Felde nur 85,000 Mann verwendbar waren; Radetzky's Mannschaft mochte nicht viel mehr als 70,000 Mann betragen, aber diese waren meist alte Soldaten, gut disciplinirt und verpflegt und voll Vertrauen auf ihre erprobten Führer. Den Oberbefehl des piemontesischen Heeres erhielt der von Czartoryski empfohlene polnische General Chrzanowski, der unter den polnischen Truppen Napoleon's bei Leipzig und Waterloo mit Ehren gedient und im polnischen Revolutionskriege 1831 seine Tüchtigkeit als General bewährt hatte. Die Lombarden, begierig nach Abschüttelung des Fremdenjoches, berichteten, daß beinahe die Hälfte der Oesterreicher krank sei, was vor Venedig richtig war. Auch die Nachrichten von den Siegen der Ungarn wirkten ansteckend. So kündigte denn Karl Albert endlich den Waffenstillstand auf, 20. März 1849.

b. Der zweite Feldzug, 1849.

Radetzky wußte seinen Gegner, der noch keinen Kriegsplan entworfen hatte, gleich im Anfang durch eine Kriegslist zu täuschen, indem er den Schein annahm, als wolle er, wie vor einem Jahre, die Lombardei vorerst räumen. Statt dessen ging er über den Tessino auf piemontesisches Gebiet und trennte durch eine rasch ausgeführte Bewegung den linken feindlichen Flügel von dem bei Mortara stehenden Mittelpunkte. Das mit einbrechender Nacht (21. März) begonnene Treffen bei Mortara wurde schon der entscheidende Wendepunkt des fünftägigen Feldzuges. Die Niederlage der Piemontesen, welche man der schlechten Führung zuschreibt, wirkte entmuthigend auf das Heer, dem zur Erreichung des Kriegszweckes, der Befreiung der Lombardei, eine Reihe von Siegen nöthig gewesen wäre. So war denn die unglückliche Schlacht bei Novara (23. März) nur ein nutzloses, höchstens durch die Waffenehre gebotenes Blutbad. Karl Albert, der einer der Letzten auf dem Schlachtfelde gewesen, sah wohl ein, daß er, seit seiner Jugend (und schon vor 1821) im Hof- und Kriegslager Oesterreichs persönlich gehaßt, das Hinderniß eines erträglichen Waffenstillstandes war; daher berief er noch in später Nacht in Novara seine Söhne und Adjutanten, um ihnen zu erklären, er könne dem Vaterlande nur noch durch seine Thronentsagung nützen, um dadurch bessere Friedensbedingungen zu erzielen. Er legte seine Rechte auf das Haupt des vor ihm auf die Kniee gesunkenen Herzogs von Savoyen und erklärte ihn mit dem bedeutungsvollen Namen Victor Emanuel II. für den rechtmäßigen König. Es ist schon einmal (s. S. 70) darauf hingewiesen worden, wie die Fürsten aus dem Hause Savoyen, dessen Charakter eine eigenthümliche Mischung von Ritterlichkeit und kalter Berechnung, von Zähigkeit und raschem Entschluß bildet, öfters, wenn sie ihre Kraft in der Vertheidigung eines so schwierig gestellten Staates verzehrt hatten, dem Staatswohl auch das Opfer brachten, die Krone freiwillig niederzulegen. Metternich war gestürzt, aber sein Plan von 1821, Karl Albert zu entfernen, war jetzt doch erfüllt. Dieser eilte durch Frankreich und Spanien nach Oporto, wo er schon am 26. Juli in Folge eines (dritten) Schlaganfalles starb, noch nicht 51 Jahre alt. Der neue König schloß bei einer persönlichen Zusammenkunft mit Radetzky (in einem Gehöfte bei Novara) einen Waffenstillstand ab, zögerte aber wegen der hohen Forderungen Oesterreichs mit dem Friedensschluß, weil damals der Kampf in Ungarn eine für die Unabhängigkeit dieses Landes günstigere Gestalt annahm. Erst am 6. August gelang es dem neuen Minister-Präsidenten Massimo d'Azeglio, unter Verwendung der Westmächte, einen erträglichen Frieden zum Abschluß zu bringen: die Grenzen Piemonts blieben unverändert, es zahlte für Kriegskosten und Beschädigungen 75 Millionen Lire.

Venedig widerstand noch den ganzen Sommer; der nordwestliche

Theil der Stadt hielt ein 24tägiges Bombardement aus, wobei man versuchte, mittelst Luftballone Bomben auf die Stadt fallen zu lassen. Während Haynau mit 30,000 Soldaten, die aber von den Sumpffiebern fürchterlich gelichtet wurden, alle Schrecken der Kriegskunst concentrirte, bedrängte auch die Cholera und die Hungersnoth die verarmte, verwitwete „Königin der Meere“. Auf die Nachricht von der Capitulation Görgey's am 13. August, capitulirte auch Venedig am 22. August. Ihr Widerstand hatte seit der Abdankung Karl Albert's keine politische Bedeutung mehr. So war denn Oesterreich, dem Zerstückelung drohte, aus den schweren Revolutionsstürmen äußerlich unversehrt hervorgegangen und besaß denselben Umfang, wie zuvor.

39. Die Revolution in Rom, 1848—1849.

(Nach J. J. Döllinger, Kirche und Kirchen, Papstthum und Kirchenstaat, und Hermann Reuchlin, Geschichte Italiens, bearbeitet vom Herausgeber.)

Schon bald nach der Bewältigung der Revolution in der Romagna 1831 (s. S. 212) durch das Einrücken der Oesterreicher hatte eine Conferenz der Großmächte dem Papste Gregor XVI. (reg. 1831 —1846) ein Memorandum überreichen lassen, welches politische Reformen, namentlich Zulassung von Laien zu den Justiz- und Verwaltungsämtern, Selbstverwaltung der Gemeinden durch gewählte Räthe, Wiederherstellung der unter Pius VII. von Consalvi eingeführten, aber von dessen Nachfolger (Leo XII.) wieder abgeschafften Provinzialräthe u. s. w. empfahl. Aber wenn Gregor XVI. auch das Bedürfniß durchgreifender Reformen nicht verkannte, so traute er sich doch bei seinem hohen Alter nicht mehr die Kraft zu, den gemeinschaftlichen Widerstand derjenigen zu besiegen, die ein Interesse an der Beibehaltung des Herkömmlichen hatten. Auch mochten ihm wohl die rechten Männer zur energischen Durchführung der Reformen fehlen. So erhielten denn beständige Militär-Commissionen zur Aburtheilung politischer Ausschreitungen mit Hülfe der starkvermehrten Schweizer-Regimenter die öffentliche Ruhe, aber die Stimmung des Volkes gegen die fremden Söldner und gegen die exceptionelle und bevorrechtete Stellung des sehr zahlreichen Clerus, besonders seit diesem auch die Verurtheilung und Bestrafung politischer Verbrechen übertragen worden, war eine allgemein verbitterte. Der Ruf nach Reformen wurde zuletzt stürmischer und fand seinen Ausdruck in einem angeblich von Farini verfaßten Manifeste „an die Fürsten und Völker Europa's“ (1845).

Nach dem Tode Gregor's XVI. ging aus einem nur dreitägigen Conclave (welches die Ankunft der fremden Cardinäle absichtlich nicht abwartete, um den österreichischen Einfluß abzuwehren) der 54 Jahre alte Cardinal Mastai Ferretti als **Pius** IX. hervor, den Gregor XVI. selbst zu seinem Nachfolger gewünscht hatte. Als Nuncius in Chile hatte er die Welt außerhalb des Kirchenstaates gesehen und Vergleiche angestellt zwischen anderen Staaten und dem seinigen. Er brachte den reinsten Willen, die unbedingteste Hingebung an seinen Beruf mit auf den Thron; und als diesen Beruf erkannte er, ein Reformator in der Landesverwaltung, ein Versöhner der Regierten mit den Regierenden zu sein. In dem guten Glauben, daß Liebe nur Gegenliebe, Wohlthat nur Dankbarkeit erzeugen könne, begann Pius seine Regierung mit der umfassendsten **Amnestie**, wodurch er sich aufs bestimmteste von der bisherigen Regierungsweise lossagte, aber freilich auch den radicalen Verschwörern, die bis dahin vom Auslande her gewühlt hatten, den Sitz ihres Treibens mitten in sein Land zu verlegen gestattete. Zurückgehend auf das Memorandum der Großmächte von 1831 kündigte er Reformen an und bildete aus den Notabeln der Provinzen eine Staatsconsulta, welche gemäßigte Vorschläge zu denselben machte. Gleichzeitig erhob sich der Ruf nach nationaler Unabhängigkeit, nach einem „freien Italien" von einem Ende der Halbinsel zum andern. Nach einem von dem Philosophen und Cardinal Rosmini ausgearbeiteten und vom Papste gebilligten Plane einer **italienischen Conföderation** (lega federativa) sollte eine Tagsatzung aller italienischen Staaten in Rom über Krieg und Frieden, Zölle, Handelsverträge und einige andere gemeinschaftliche Angelegenheiten berathen und entscheiden, Rom also das Frankfurt des italienischen Staatenbundes werden. Im März 1848, als bereits in Sicilien und Frankreich die Revolutionen ausgebrochen waren, erschien eine Constitution (statuto fondamentale), die sich von den gewöhnlichen modern-constitutionellen Verfassungen dadurch wesentlich unterschied, daß das Cardinals-Collegium als eine besondere, an der Souverainetät betheiligte Körperschaft neben und über den beiden Kammern, (deren eine der Papst ernennt, während die andere gewählt wird) stehen, also eine dritte berathende Versammlung bilden sollte.

Das Widerstreben des Papstes gegen eine Theilnahme am Kriege wider Oesterreich ward von der Umsturzpartei (Sterbini, Ciceruacchio) benutzt, ihm jede Gewalt zu entwinden. Da (17. Sept. 1848) trat der frühere Gesandte Ludwig Philipp's, Pellegrino **Rossi**, an die Spitze des päpstlichen Ministeriums und im vollkommenen Bewußtsein seiner Unpopularität bei den extremen Parteien, ergriff er die Zügel der Regierung mit kräftiger Hand. Es schien, als ob ihm als Minister des Innern und der Polizei die Herstellung eines geordneten Zustandes und die Bewältigung der schon weit vorgeschrittenen Revolution gelingen würde. Am 15. Nov. sollte er die (vertagten) Kammern eröffnen, aber beim Aussteigen aus dem Wagen

traf ihn ein tödtlicher Dolchstoß so sicher, daß er, ohne mehr ein Wort zu sprechen, starb. Noch ehe die Regierung Muth und Kraft faßte, bemächtigte sich der radicale Volksverein (circolo popolare), in welchem die Häupter der Umsturzpartei (Sterbini, Lucian Bonaparte, Fürst von Canino, Ciceruacchio) thronten, der Gewalt, und Calderari, der Oberst der Carabinieri, ging zu ihnen über. Am 16. Nov. strömte das Volk, untermischt mit Soldaten, in großer, stets wachsender Masse nach dem Quirinal, um ein radicales Ministerium zu erzwingen. Lange widerstand der Papst den ungestümen Forderungen, während sein Palast beschossen wurde und die Kugeln bis in sein Vorzimmer einschlugen. Endlich erklärte er, „um ferneres Blutvergießen und größere Verbrechen zu verhindern,“ nachgeben zu wollen; ein neues Ministerium wurde gebildet, worin der frühere Polizei-Gouverneur von Rom die wichtigste Stelle, das Innere, erhielt, während Mamiani und Sterbini, als die dem Papste persönlich Unangenehmsten, die Ruhesitze des Aeußeren und der öffentlichen Bauten einnahmen. Durch eine in Rom zu versammelnde Constituirende sollte die Bundesverfassung Italiens festgestellt werden.

Der Papst, welcher in der Schreckensnacht des 16. Nov. jede Concession für unverbindlich (inferma) erklärt hatte, mußte neue Ausbrüche der Volkswuth befürchten, sobald diese Nichtigkeitserklärung allgemein bekannt wurde. Daher floh er verkleidet nach Gaëta auf neapolitanisches Gebiet. Die „Constituante“ trat auf dem Capitol zusammen und proclamirte die römische Republik, welche sich auch Toscana nach der Vertreibung des Großherzogs einverleibte. Der Papst aber war entschlossen, sich durch einen gemeinsamen „Kreuzzug“ der größeren katholischen Mächte nach Rom zurückführen zu lassen. Frankreich beeilte sich, einer Intervention Oesterreichs, welches eben (März 1849) den Krieg gegen Piemont siegreich beendet hatte, zuvorzukommen. Der Marschall Oudinot landete am 26. April 1849 mit 8000 Mann in Civita-Vecchia und erschien am 30. unter den Mauern Roms (vgl. S. 336). Allein die ihm von den Reactionären verbürgte Erhebung zu Gunsten des Papstes wurde nicht einmal versucht; die Römer, unter dem von Mazzini herbeigerufenen Garibaldi, vertheidigten sich so herzhaft, daß Oudinot sich mit 6000 Mann wieder nach Civita-Vecchia zurückziehen mußte. Auch die heranrückenden Neapolitaner wurden, vor den Thoren von Palestrina, zurückgeschlagen; die an der Tibermündung gelandeten Spanier hielten sich stets aus der Schußweite. Inzwischen erhielt Oudinot so bedeutende Verstärkungen, daß er mit 35,000 französischen Soldaten (gegen 19,000, meist Nationalgarden) den Kampf erneuern und die Belagerung Roms beginnen konnte. Nachdem am Abend des St. Peterstages die Kuppel der Peterskirche beleuchtet gewesen, überfielen die Franzosen in der Finsterniß der Nacht (30. Juni) die Bastionen und rückten am folgenden Tage in die todtenstumme Stadt ein, während auf dem Capitol die eben vollendete Verfassung der Republik

verlesen wurde. Garibaldi ging über Genua nach Nordamerika, wo er sich durch seiner Hände Arbeit und als Schiffscapitain ernährte, bis ihn das Vaterland wieder unter die Waffen rief.

Oudinot übergab in der eroberten Stadt die Gewalt den von Pius gesandten Cardinälen, der selbst erst am 4. April 1850 nach Rom zurückkehrte. Hier kamen nun jene zur Herrschaft, welche das Heil des Staates in der schleunigen Wiederherstellung alles dessen, was gefallen war, erblickten. Cardinal Antonelli regierte in diesem Sinne als Staatssecretair. Das piemontesische Ministerium Massimo d'Azeglio hatte den Grafen Cäsar Balbo nach Gaëta geschickt, der aber den Papst eben so wenig zur Wiederherstellung der Verfassung bewegen konnte, als den König von Neapel. Pius war überzeugt worden, daß die Radicalen, als Feinde aller staatlichen Ordnung und positiven Religion, jede Concession zu ihren Zwecken ausbeuten würden. Durch die Einsetzung der Staatsconsulta erhielten die Laien das Recht, in inneren Angelegenheiten ihre berathende Stimme abzugeben, aber die Entscheidung und fast alle höhern Aemter kamen wieder ganz in die Hände der Prälaten. Doch wurde den Municipien eine gewisse Selbständigkeit zugesagt: die Gemeinderäthe sollten von einem aus der sechsfachen Zahl der Räthe bestehenden Wahlkörper erwählt werden, nur die ersten zu ernennen, behielt der Papst sich vor.

Zehn Jahre (1849—1859) ist die Regierung des Kirchenstaates, gestützt auf die österreichische Besatzung in den Marken und der Romagna (den Legationen) und die französische in Rom und Civita-Vecchia, ihren im Ganzen ruhigen und gleichmäßigen Gang gewandelt. Selten hat wohl eine Regierung unter so entmuthigenden Umständen, umgeben von erbitterten oder selbstsüchtig lauernden Feinden, ohne einen einzigen zuverlässigen Freund, ihr mühevolles Werk fortgeführt.

---

40. Der Aufstand in Sicilien und die Krisis in Neapel, 1848—1849.

(Nach Hermann Reuchlin, Geschichte Italiens, bearbeitet vom Herausgeber.)

Früher noch, als in Ober- und Mittelitalien, ja, selbst noch vor der Pariser Februar-Revolution, kam eine revolutionäre Bewegung im Königreiche beider Sicilien zum Ausbruch. Nachdem die constitutionelle Partei Beweise genug zu haben glaubte, daß der Weg der Güte erfolglos sei, verabredete sie, zuerst solle das Volk in Palermo aufstehen und für Sicilien die Verfassung von 1812 (s. S. 68) verlangen, dann solle man in und für Neapel die von 1820 (s. S. 67 f.)

ausrufen, da beide eigentlich zu Recht beständen. Sicilien sollte vorangehen, weil es eine ganze Reihe bedeutenderer Städte mit kühner Bevölkerung hat, während das Reich auf dem Festlande nur eine, zwar übergroße Stadt hat, die aber unter dem Kreuzfeuer der Citadellen liegt.

In der zweiten Woche des Jahres 1848 wurde in Palermo das Volk durch Placate auf den 12. Januar, den Geburtstag des Königs Ferdinand (geb. 1810), zu den Waffen gerufen. Unbedeutende Straßenkämpfe veranlaßten ein Bombardement der Stadt aus den Forts, einige Concessionen, welche der Generalstatthalter ertheilte, wurden ungenügend befunden und einerseits der Straßenkampf, andererseits das Bombardement erneuert (25. Januar), bis die durch einen 14tägigen Kampf erschöpften und der Lebensmittel entbehrenden Truppen die Burg räumten und auf englischen und französischen Kriegsschiffen die Insel verließen. Das Comite, welches den Aufstand geleitet hatte, nahm den Charakter einer provisorischen Regierung an, deren Präsident der ehrwürdige Contre-Admiral Ruggiero Settimo war, schon 1820 Mitglied der sicilischen Regierungs-Junta. Am 29. Januar wurde die Skizze einer Verfassung nach dem französischen Zuschnitt von 1830 für das gesammte Königreich veröffentlicht, und am Tage der Pariser Februar-Revolution (24. Februar) vom Könige, den Prinzen und den höchsten Beamten in der Kirche beschworen, ja, selbst das Heer auf dieselbe vereidet. Da aber in dieser „aus freiem Willen gegebenen" Verfassung ein besonderes sicilisches Parlament gar nicht erwähnt, vielmehr ein gesetzgebender Körper für beide Länder vorausgesetzt war, so lehnte das sicilische General-Comite dieselbe einstimmig ab und wiederholte sein Verlangen nach einem besonderen sicilischen Parlamente auf Grund der zu reformirenden Verfassung von 1812.

Auf die Nachricht von der Pariser Februar-Revolution berief König Ferdinand seinerseits das sicilische Parlament, ernannte die Mitglieder des revolutionären General-Comite's zu seinen sicilischen Ministern und ihren Präsidenten Ruggiero Settimo zu seinem Generalstatthalter. Allein auf dieselbe Nachricht stellte man jetzt in Sicilien die weitere Bedingung: Ferdinand solle die sicilische Krone an einen seiner Söhne abtreten, wollte sich jedoch später auch mit einer Personal-Union begnügen. Als der König auch diese verweigerte, trat das sicilische Parlament zusammen und erklärte (13. April) den Thron Siciliens für erledigt, von welchem Ferdinand Bourbon und seine Dynastie für immer ausgeschlossen sei; sobald Sicilien seine Verfassung reformirt habe, werde es einen italienischen Fürsten auf den Thron berufen.

In Neapel schürten die Radicalen in der Absicht, die (am 15. Mai zu eröffnende) Kammer zu einer constituirenden zu machen und veranlaßten an diesem Tage den Bau von Barrikaden, welche von den Schweizern innerhalb einer Stunde, wiewohl mit schwerem Ver-

lußte, genommen wurden. Ferdinand war also der erste Fürst Europa's, welcher 1848 die Revolution siegreich niederschlug und auf den niedergeschmetterten Barrikaden seinen Thron befestigte. Er bildete ein neues Ministerium aus neapolitanisch, nicht national-italienisch gesinnten Männern, die ihm gegenüber unbedingt fügsam waren, löste die Kammern auf und rief die gegen Oesterreich nach Oberitalien theils zu Lande, theils zu Wasser gesandten Truppen zurück, so daß also dem Unabhängigkeitskampfe ein Heer entzogen wurde, das vielleicht den Ausschlag für Italien gegeben hätte.

Seitdem die Nachricht von dem Kampfe in Neapel in Palermo angelangt war und zwar ganz nach der radicalen Darstellung, als wäre der König aus Reactionswuth der Schlächter seines Volkes geworden, durfte Niemand mehr wagen, einen neapolitanischen Prinzen als Kroncandidaten aufzustellen. Vielmehr wurde, nachdem die Verfassung in aller Eile im radicalsten Sinne reformirt worden, indem man der Krone die Rechte des Veto's und der Kammerauflösung entzog, der zweite Sohn des Königs von Sardinien, Albert Amadeus von Savoyen, Herzog von Genua, zum Könige von Sicilien gewählt. Der Protest Ferdinand's, welcher mit Krieg drohte, die gleichzeitigen Siege Radetzky's (s. S. 420) und der Mangel an Aussicht auf Englands Unterstützung hinderten die Annahme der sicilischen Krone. Nachdem die Lombardei von Oesterreich wieder unterworfen war, unternahm Ferdinand auch die Wiederunterwerfung Siciliens. Von der Citadelle und den Forts von Messina, die von der Seeseite aus mit immer neuen Truppen und mit Munition versehen wurden, erfolgte ein fünftägiges Bombardement gegen die Stadt, während dessen eine neapolitanische Flotte unter Filangieri Landungstruppen brachte, die nun mit den aus der Citadelle ausfallenden Truppen gemeinschaftlich operirten. Es fehlte den sicilischen Corps an Disciplin, an Führern, zuletzt auch an Brod und Munition; Weiber, Kinder, Greise schleppten ihre beste Habe aus der Stadt; gegen 10,000 füllten die französischen und englischen Kriegsschiffe auf der Rhede zum Erdrücken. Am 7. September besetzten die Sieger die Stadt und plünderten sie, der Brand wüthete trotz der Löschanstalten bis zum 10. September fort, der dritte Theil der Häuser war eingeäschert. Die Admirale der beiden Westmächte hinderten die Fortsetzung der Feindseligkeiten und machten Vermittlungsvorschläge; Ferdinand wollte Sicilien eine Verfassung, besonderes Parlament, eine getrennte Verwaltung und eine Amnestie mit wenigen Ausnahmen bewilligen, aber keine besonderen Minister für Krieg und Aeußeres. Das sicilische Parlament und Ministerium (welches letztere alsdann nicht anerkannt war) verwarfen dieses königliche „Ultimatum“ und der Ruf: „Krieg,“ mit welchem sich die ganze Kammer erhob, fand auf der ganzen Insel jubelnden Wiederhall zu eben der Zeit (März 1849), als der Unabhängigkeitskampf in Oberitalien wieder begonnen hatte. Den Oberbefehl auf der östlichen Hälfte der Insel mit den meisten Streit-

kräften übergab man dem Polen Mieroslawski, welcher keck erklärte, er wolle Messina angreifen. Allein Filangieri hatte hier 20,000 Mann wohlausgerüsteter Truppen concentrirt, und eine imposante Flotte landete am 2. April ihre Truppen südlich von Mieroslawski, dem nichts übrig blieb, als sich auf großem Umwege um den Aetna und dessen Westseite nach Catania zurückzuziehen. In dieser Stadt entspann sich am Charfreitage (6. April) ein heftiger Straßenkampf, die neapolitanischen Truppen waren am Abend aufgelöst, als die Schweizer-Reserve in die brennenden Straßen vorrückte und die angelegten Barrikaden erstürmte. Filangieri zog nun mit seinem Landheere gegen Palermo, wo die Unabhängigkeits-Regierung sich bereits (20. April) aufgelöst hatte, und am 15. Mai erschien auch die neapolitanische Flotte vor dem Hafen. Zur Jahresfeier des 15. Mai 1848 (also des siegreichen Straßenkampfes in Neapel) ward auch in Sicilien die Militärherrschaft eingerichtet, demzufolge die gesammte Bürgerschaft entwaffnet, die drückendsten Steuern wieder eingeführt oder neue aufgelegt wurden; von der noch am 18. April verheißenen Verfassung war keine Rede mehr — das Versprechen hatte seinen Zweck (die Unterwerfung) erreicht.

---

41. Spanien seit 1848.

(Nach „Spanien seit dem Sturze Espartero's bis auf die Gegenwart", und Wolfgang Menzel, Geschichte der letzten 40 Jahre, mit Zusätzen nach den „Grenzboten", bearbeitet vom Herausgeber.)

Der Ausbruch der Februarrevolution in Frankreich schien für den ersten Augenblick kein Land mit einer schnellern Ansteckung zu bedrohen, als Spanien — Italien befand sich schon in einem völlig revolutionirten Zustande —, welches allen Elementen der Anarchie nichts entgegen zu setzen hatte, als eine Regierung, welche weder in ihren militärischen, noch administrativen Mitteln, ja, selbst nicht in der obersten Autorität des Königthums auf sicherem Grunde errichtet war. Doch überstand gerade Spanien die Krisis glänzend und kraftvoll, während große legitime Regierungen, wie Preußen und Oesterreich, stolz auf ihre militärische Stärke und die tiefeingewurzelte Macht ihrer Dynastieen, bis in ihre innerste Basis erschüttert wurden. Denn war gleich Spanien ein revolutionär durchwühltes Land, so mangelten ihm doch die Elemente, welche den reißenden Einbruch der italienisch-französischen Umwälzungen über ganz Mitteleuropa herbeiführten. Hier kam keine nationale Emancipation in Frage, wo eine alte und stolze Nationalität, wenn auch tief herabgesunken von dem Gipfel früherer Größe, unangetastet in ihrem natürlichen Bestande

existirte. Die socialistischen Ideen waren unbekannt, die Nationalmilizen, früher der Hauptthebel jedes neuen Aufstandes, seit 4 Jahren aufgelöst. Kein zahlreiches und hülfsbedürftiges Proletariat bot sich einer Demagogie dar, welche Herzen und Köpfe der Massen mit den Versprechungen einer neuen Weltordnung erhitzen konnte. Der revolutionäre Strom endlich war seit 4 bis 5 Jahren in zunehmendem Versiegen unter einer Regierung, welche, wenn auch oft hart und willkürlich, dem Volke doch die wesentlichen liberalen Institutionen, die Frucht dreißigjähriger politischer Kämpfe, und damit die Aussicht legalen Fortschreitens ließ, und durch die energisch gewahrte äußere Ordnung den lange gedrückten materiellen Interessen Gelegenheit des Aufschwungs gab.

Ein ungestümer Anlauf der Revolution durch einen zweimaligen Aufstand in der Hauptstadt (26. März und 7. Mai) und durch eine noch ernsthaftere Militärrevolte in Sevilla scheiterte an der unbeugsamen Entschlossenheit des Ministerpräsidenten Narvaez. Eben so mißlang ein Versuch Cabrera's in Catalonien, das Banner des Grafen von Montemolin von Neuem aufzupflanzen, denn er konnte keine reguläre Macht zusammenbringen, ähnlich der, womit er früher fast im Centrum Spaniens Jahre lang ganzen Heeren der Königin sowohl hinter seinen zahlreichen Bergvesten als im offenen Felde oft die Stirn geboten hatte. Sein Gebieter, der Graf von Montemolin, wurde nahe der spanischen Grenze von der französischen Polizei entdeckt, verhaftet und nach London, von wo aus er diese fehlgeschlagene Reise in das carlistische Hauptquartier angetreten hatte, zurückgeschickt. Gegen Ende Mai 1849 war Catalonien sowohl von den Trümmern der Carlistenbanden als von den dort 1848 aufgetretenen republikanischen Guerilla's gesäubert. Die Herstellung des lang ersehnten Friedens im Königreiche wurde durch eine **allgemeine Amnestie ohne jede Ausnahme** gefeiert, und dadurch die Reihen der carlistischen Partei sehr gelichtet.

Narvaez stand jetzt auf der Höhe seiner Macht. Er konnte stolz auf den Verlauf einer Amtsführung zurückblicken, die, als die größten Regierungen Europa's sich vor der Revolution in Staub beugten, dieser kühn die Stirn geboten hatte, und zu einer Zeit Gnade und Humanität walten ließ, wo man auf der größeren Hälfte des Continents mit diesen Principien gebrochen hatte. Seine Stellung schien auf lange gefestigt, seine Popularität groß genug, um selbst die Stimme einer berechtigten Opposition zu dämpfen, die Intrigue des Palastes ohnmächtig gegen den gewaltigen, von der parlamentarischen Mehrheit unterstützten Minister. Und doch sollte es sich schon in kurzer Zeit zeigen, wie schlüpfrig der Boden war, der das Gebäude seiner Größe trug, und wie schnell ihr Sturz folgte.

Die Prätensionen der Königin-Mutter und ihres Gemahls, des Herzogs von Rianzares, sich in die Regierungsgeschäfte einzumischen, hatten zwischen diesem hohen Paar und Narvaez ein feindliches Ver-

hältniß herbeigeführt. Christine glaubte, daß die Zeit gekommen sei, die dem Hofe lästige Macht des ersten Ministers zu brechen und geschmeidigere Staatsmänner zu berufen, welche die lange zurückgedrängten, durch die Wendung der allgemeinen europäischen Politik aber wieder aufgenommenen Pläne zur Herstellung der absoluten Gewalt vorbereiten sollten.

Narvaez, der bei dem unbeständigen und lenksamen Charakter Isabella's jeden Augenblick des gegen ihn vorbereiteten Streiches gewärtig sein mußte, beschloß, seinen Gegnern zuvorzukommen und der Demüthigung eines unvermeidlichen Sturzes dadurch zu entgehen, daß er selber seine Entlassung forderte. Isabella verabschiedete sich von ihm unter Thränen. Noch am Abend desselben Tages (11. Januar 1851) verließ Narvaez Madrid, um sich nach Frankreich zu begeben. So trat dieser außerordentliche Mann zum dritten Male vor den Ränken des Palastes zurück. Es war bisher stets sein Loos, nachdem er seine offenen Gegner überwunden, vor den tückischen Streichen seiner heimlichen Feinde zu fallen.

Christine regierte nun eine Weile mit dem neuen Minister Bravo Murillo, und muthete bei der Reorganisation der Finanzen den Staatsgläubigern große Opfer zu, wich aber noch nicht aus der constitutionellen Bahn, bis der Staatsstreich des 2. Dezember in Frankreich ihr erst Muth machte, und die Niederkunft Isabellens mit einer Tochter (am 20. Dezember) auch die Thronfolge sicherte. Die Folge war zunächst ein sehr strenges Preßgesetz, die Entfernung constitutionell gesinnter Männer und das Heranziehen von Carlisten. Im Verlauf des Sommers wurde an dem Plane gearbeitet, die Verfassung im absolutistischen Sinne umzuändern, aber als derselbe den Cortes vorgelegt wurde, fand er Widerstand. Die Moderados vereinigten sich eine Zeit lang mit den Progressisten gegen die Camarilla. Narvaez war zurückgekehrt und wurde von den Progressisten selbst begrüßt. Christine ließ ihn förmlich aus Spanien verbannen (Dezember 1853). Aber es gelang ihr nicht, ihre Autorität zu befestigen. Am meisten schadete ihr die Aufdeckung ihrer Wuchergeschäfte vor den Cortes. Sie hatte fortwährend die Krone und den Staat geplündert, um den Reichthum Spaniens allein ihren illegitimen Kindern zuzuwenden. Auch bemühte sie sich, dem Kaiser Napoleon eine ihre Töchter (von Munoz) anzubieten. Aber das gelang ihr nicht; vielmehr erhob sich Aufruhr gegen sie. Der erste zu Saragossa, im Februar 1854, mißlang. Aber als in Madrid selbst O'Donnell und Serrano das Militär empörten, mußte die junge Königin das Ministerium ändern, und als am 20. Juli vollends das Volk in Madrid sich erhob und gleichzeitig die meisten Provinzen sich „pronuncirten", wurde Christine vollständig gestürzt, gefangen gehalten und bedroht und endlich nur aus Gnade nach Portugal entlassen. An die Stelle des bisherigen Absolutismus trat nun aber wieder der Progressismus.

Die Königin berief Espartero, den alten Führer dieser Partei, welcher in der Zwischenzeit zurückgezogen in Logrono gelebt hatte. Dieser, der nie ein großer Politiker gewesen, beging den Mißgriff, statt das Kriegsministerium für sich zu behalten, es O'Donnell zu überlassen, dessen Anhänger ihn wieder vom Staatsruder ins Privatleben zurückdrängten (1856). O'Donnell wurde, nachdem er die Demokraten in blutigen Kämpfen in Madrid und Barcelona besiegt hatte, durch eine Hof-Intrigue gestürzt, gelangte aber nach einem kurzen vierten Ministerium Narvaez, im Juli 1858 abermals zur Verwaltung (bis 1863). Mit seiner Rückkehr begann ein System der Vermittlung und Versöhnung der Fractionen des gemäßigten Liberalismus. Für die Monarchisten war er der Mann, der die Revolution aufhielt und somit den Sturz des Thrones hinderte, für die Liberalen wurde er der Retter des Repräsentativsystems. Ein glücklicher Krieg mit Marokko (im Winter 1860) eröffnete ihm eine reiche Quelle der Volksgunst, die aber versiegte, als die materiellen Vortheile den großen Menschenopfern keineswegs entsprachen.

Im März 1863 trat O'Donnell von der Verwaltung zurück und der rechte Flügel der Moderados regierte über zwei Jahre in vier rasch auf einander folgenden Ministerien (das letzte war ein fünftes Ministerium Narvaez), die 1857 ausgeführte constitutionelle Reform der Verfassung von 1845 wurde abgeschafft und die letztere in ihrem ganzen Umfange hergestellt (April 1864); die seit 1854 aus dem Lande verwiesene Königin-Mutter Christine kehrte (Sept. 1864) an den Hof zurück. Durch Beschränkung der Presse, des Wahlrechtes u. s. w. feierte der Absolutismus neue Triumphe, dagegen wandte sich die Mittelclasse mehr und mehr entweder den Republikanern zu oder der seit einigen Jahren entstandenen iberischen Partei, welche eine Vereinigung Spaniens und Portugals unter der Dynastie des letzteren Staates erstrebte. Daneben stieg die Corruption in allen Sphären der Verwaltung auf den höchsten Gipfel und politische Industrieritter erwarben sich in der Administration der Colonieen, beim Tabaksmonopol und bei den indirecten Steuern große Reichthümer, während die Finanznoth täglich dringender, die Steuerlast unerträglicher wurde. Vergebens verzichtete die Königin auf drei Viertheile des Kronvermögens zu Gunsten des tiefverschuldeten Staates, hinderte aber dadurch nicht eine Verschwörung in Valencia, welche den Sturz der Dynastie und die Vereinigung Spaniens mit Portugal bezweckte. Zuletzt (Juni 1865) entschloß sie sich, O'Donnell, jetzt Herzog von Tetuan, zu berufen und damit von Neuem in liberale Bahnen einzulenken. Sie mußte die Anerkennung Italiens, den Verkauf der noch übrigen Kirchengüter, eine Erweiterung des Wahlrechts und eine Erleichterung der Presse zugeben, so hart es ihr ankam. Die beiden ersten Maßregeln verletzten die Clericalen, die, als ein Aufstand für den Kronprätendenten „Dom Carlos VII." nicht zu Stande kommen wollte, mit den Socialisten und Republikanern gemeinschaft-

liche Sache gegen die Regierung machten. Ein zweimaliger Versuch des Generals Prim, Grafen von Reus, mit Hülfe einzelner Regimenter O'Donnell, seinen alten politischen Gegner, zu stürzen (Januar und Juni 1866) scheiterte schon nach wenigen Tagen und bewies nur, daß das alte Grundübel in den meisten Heeren der romanischen Völker, der Hang zu Militärrevolutionen, der im germanischen Europa gänzlich unbekannt ist, noch immer fortbesteht. Die Quelle desselben liegt in dem politischen Ehrgeize der höheren Offiziere, deren in Spanien eine ganz unverhältnißmäßig große Anzahl sich in Folge der vielen gelungenen und mißlungenen Militärrevolutionen in Disponibilität befindet.

---

42. Dom Pedro V. von Portugal, 1853—1861.

(Nach Emil von Schelhorn, Dom Pedro V. von Portugal, bearbeitet vom Herausgeber.)

Das Haus Braganza hatte seit seiner Erhebung auf den portugiesischen Thron (1640) das eigenthümliche Geschick erlebt, daß bisher niemals der erstgeborene Sohn auf dem Throne gefolgt war, während zweimal die erstgeborenen Töchter (Maria I. und Maria II.) denselben eingenommen hatten. Von einem gewissen Fatalismus befangen, wie er den südlichen Nationen überhaupt, besonders aber der portugiesischen eigen ist, glaubte Dom Pedro auch nicht, daß er, der erstgeborene von eilf Kindern Dom Ferdinando's von Sachsen-Coburg-Gotha und der Königin Maria da Gloria, zum Throne bestimmt sei. Doch wurde seine Erziehung mit ungewöhnlicher Sorgfalt geleitet und er mit seinem nur um ein Jahr jüngeren Bruder Dom Luiz, dem gegenwärtigen Könige von Portugal, von dem deutschen Geheimrath Dietz unterrichtet, später seine wissenschaftliche Weiterbildung dem früheren Gesandten am französischen Hofe, Vicomte da Carreira, anvertraut. Kaum hatte er das sechszehnte Jahr erreicht, als seine Mutter unerwartet, in der Blüthe ihrer Jahre, starb (siehe S. 275). Dom Pedro bestieg vorerst unter väterlicher Vormundschaft den Thron. Die zwei Jahre, welche noch an seiner Volljährigkeit fehlten, verwandte er mit seinem Bruder Luiz, um die verwandten und befreundeten Höfe von London, Brüssel, Coburg, Berlin, Wien und Paris zu besuchen und auf einer zweiten Reise Italien und die Schweiz kennen zu lernen. Mit vielfachen Anschauungen von den Staatseinrichtungen anderer Länder bereichert, kehrte er im Herbste 1855 ins Vaterland zurück, um selbst die Regierung zu übernehmen.

Seine nur sechsjährige Selbstregierung ist nicht durch wichtige äußere Ereignisse bezeichnet, aber unter ihr begann die eigentliche

Aufgabe des constitutionellen Regimes, nach so langen Wirren glücklichere Verhältnisse für die Nation herbeizuführen. Und Dom Pedro V. gab, wie der ältere Coburger auf dem belgischen Throne (s. S. 192), das Beispiel eines wahrhaft constitutionellen Königs. In gleichem Grade, wie Leopold I. (s. S. 190), besaß auch er die Zuneigung aller Parteien, welche in den beiden Häusern der National-Repräsentation ihre Zerwürfnisse unter sich abmachten, ohne daß der Thron von den Kämpfen zwischen Ministerium und Volksvertretung im Mindesten berührt wurde. Uebrigens hatten diese Kämpfe ihren früheren Charakter erbitterten Parteihasses schon unter König Ferdinand's kluger Regentschaft verloren, und unter des Sohnes Regierung betrafen sie vorzugsweise Gegenstände der öffentlichen Wohlfahrt: Eisenbahnen und Straßen wurden in Angriff genommen, um dem mangelnden Verkehr zu Hülfe zu kommen, und der Staatscredit fing nach und nach an, sich wieder einiger Maßen zu befestigen; der öffentliche Unterricht, durch die persönliche Gönnerschaft des Monarchen geleitet und in fruchtbringender Weise gefördert, hob sich so, daß er als unbezweifelter Nachweis der Befähigung für alle Staatsämter betrachtet zu werden begann, und die Verwaltungsreformen wie die sonstigen Ergebnisse legislatorischer Bemühungen lassen das Königthum Pedro's V. als eine Epoche segensreichen Fortschreitens für den portugiesischen Staat erscheinen.

Zur Zeit der höchsten Gefahr und des tiefsten Elends, als das gelbe Fieber mit furchtbarer Heftigkeit in seiner Hauptstadt wüthete, zeigte er wahre Selbstverläugnung und Pflichttreue. Als es galt, eine von dem mächtigen Frankreich dem kleinen Portugal zugefügte Beleidigung (die verlangte Auslieferung eines in portugiesischen Gewässern mit Beschlag belegten französischen Sclavenschiffes) abzuwehren, erwarb er sich durch seine mannhaft correcte Haltung den Beifall Europa's. Groß erscheint sein Charakter in dem herbsten Momente seines Lebens, als das Schicksal ihm die Gefährtin, Stephanie von Hohenzollern, raubte, an deren Seite er das reine Glück eines innigen Gattenverhältnisses gefunden hatte. Eine hohe sittliche Kraft endlich documentirte er gegenüber den Lockungen der iberischen Partei, welche, nachdem sie vergeblich bei dem Vater angepocht hatte, auch an ihn herantrat. Es mag eine nicht unbedeutende Versuchung für einen zwanzigjährigen Monarchen eines kleinen Staates sein, wenn ihm in Aussicht gestellt wird, der Herrscher eines großen und mächtigen Reiches zu werden. Er wies aber alle derartigen Ideen mit wahrer Indignation von sich, sowohl weil er sie für ein Unrecht hielt, als auch weil er sie als ein Unglück für sein Volk ansah und weil jegliche Art von Egoismus seiner Seele fern stand. Er hielt eine Vereinigung mit Spanien für gleichbedeutend mit dem Untergange der portugiesischen Nationalität, deren Bestand keinem Portugiesen theurer sein konnte, als ihm.

Im Herbste 1861, nach der Vermählung seiner Schwester Antonie

mit dem Erbprinzen Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen, besuchte der König mit seinen beiden jüngsten Brüdern, Dom Fernando und Augusto, den nicht weit von der spanischen Grenze entfernten Stammsitz der Familie, Villa-Viçosa, welcher in einer während des Sommers wegen der stagnirenden Gewässer ungesunden Gegend liegt. Prinz Fernando starb einen Monat später an einem bösartigen Sumpffieber und der Eindruck dieses Ereignisses auf den König erschütterte auch dessen, ebenfalls angegriffene, Gesundheit so, daß er sechs Tage nach seinem Bruder starb (11. November). Abermals mußte König Ferdinand, diesmal für den abwesenden Sohn — der seine jüngst verheirathete Schwester nach Deutschland begleitet hatte — die Regentschaft übernehmen.

Der neue König, Dom Luiz Filippe, bisher Herzog von Porto, geboren den 31 October 1838, bestieg den Thron mit schwerem Herzen. Er hatte seinen Bruder mit aller Innigkeit geliebt, und niemals daran gedacht, daß er zur Regierung berufen sein könnte. Eine jugendlich heitere Natur, und bisher leidenschaftlicher Seemann, war er um seiner Herzensgüte willen ebenfalls beim Volke beliebt. Was er mit dem verewigten Bruder gemein hat, ist eine gleich ernste Anhänglichkeit an die liberalen Institutionen des Landes.

---

43. Der orientalische Krieg (Krimkrieg), 1853—1856.

(Nach Max Biffart, die Kämpfe in Europa in den letzten zwölf Jahren 1848—1859).

Als die Mitte und der Westen Europa's durch die Revolutionsstürme und Kriege der Jahre 1848 und 1849 sich abgeschwächt hatten, schmeichelte sich das Cabinet zu Petersburg mit der gewissen Hoffnung auf die längst beabsichtigte Erbeutung des Orients. Rußland war in den Stürmen der Revolutionen unerschüttert geblieben, hatte Oesterreichs Herrschaft in Ungarn gestützt und konnte, wenn Frankreich in seine Pläne einzugehen sich weigerte, dasselbe durch die deutschen Mächte beschäftigen. Das Jahr 1853 nahte heran, in welchem, einer alten Prophezeihung zufolge, der Halbmond, nachdem er gerade 400 Jahre in Europa geherrscht, für immer erlöschen sollte. Kaiser Nikolaus I. sah in der Türkei nur noch einen „kranken Mann", dessen Tod unvermeidlich und dessen ansehnliches Erbe in die rechten Hände zu bringen, nunmehr die Zeit gekommen sei.

Russische Heere standen längst am Pruth, bereit, in die Donaufürstenthümer hereinzubrechen. Der Hafen von Sebastopol umschloß eine russische Flotte in einer Stärke, wie nie zuvor. Ehe jedoch der Ausbruch der Feindseligkeiten Statt finden sollte, wollte sich Rußland noch mit England verständigen und ließ dieser Macht durch Lord Seymour

Anerbietungen in Betreff der Theilung der Türkei machen: die Donaufürstenthümer, Serbien und Bulgarien sollten als unabhängige Staaten unter russisches Protectorat kommen; Aegypten und Candia sollte England erhalten. England wies diese Vorschläge zurück und eine gleich ungünstige Aufnahme fanden sie im Cabinet der Tuilerieen, wohin sie der russische Gesandte Kisselef gebracht hatte. Beide Großmächte fürchteten, Rußland zu sehr wachsen zu sehen und seine Eroberungslust dadurch zu reizen.

Unbekümmert um die Westmächte und in blindem Vertrauen auf Oesterreich und Preußen, begann Kaiser Nikolaus den Angriff auf die Pforte mit einem diplomatischen Schreckschuß. Sein Admiral, Fürst Menzikoff, erschien als außerordentlicher Gesandter in Constantinopel, um für Rußland nichts Geringeres als das Protectorat über alle griechischen Christen zu verlangen. Dabei zeigte er ein so rücksichtsloses Betragen und eine solche Geringschätzung der Türken, daß er am 2. März in dem festlich gekleideten Divan im Paletot und in schmutzigen Stiefeln erschien. Fuad Effendi aber sagte geistreich: „Der russische Koloß meint, wenn er Schmutz auf den Füßen habe, werde Europa weniger sehen, daß sie thönern sind.“ Der zum Großvezier ernannte, europäisch gebildete Redschid Pascha widerstand den russischen Forderungen energisch, nachdem die Gesandten der Westmächte ihn der kräftigsten Unterstützung ihrer Staaten versichert hatten. Die Westmächte rüsteten ihre Flotten: beide ankerten am 14. Juni in der Besikabai, unmittelbar am Eingang der Dardanellen.

Eine russische Proclamation sicherte den Bewohnern der Donaufürstenthümer Schutz der Rechte und des Eigenthums zu, was jedoch nicht gehalten wurde; im Gegentheil bemächtigten sich die Russen der Vorräthe, der öffentlichen Cassen, steckten die einheimische Miliz unter ihre Regimenter, erhoben unerschwingliche Steuern und trieben den Bauern das Vieh weg. Widerstand war nicht möglich, weßhalb die Hospodare (Ghyka und Stirbey) und Bojaren das Land verließen. Diesem Treiben gegenüber besetzten die Türken das rechte Donauufer und blieben in beobachtender Stellung. Ihr Anführer, Omer Pascha, befestigte Kalafat, den Brückenkopf von Widdin auf dem linken Donauufer; er ging am 4. November über die Donau, verschanzte sich mit einigen Tausend Mann bei Oltenitza und schlug die Angriffe der überlegenen Russen siegreich zurück.

Dagegen benutzte der russische Admiral Nachimoff die Gelegenheit, mit der in Sebastopol liegenden russischen Flotte unter dem Schutze eines Nebels auszulaufen und die bei Sinope liegende türkische Flotte anzugreifen und zu zerstören (am 30. November 1853). Die meisten Türken fielen, Osman, der Commandant der Flotte, ward schwer verwundet und gefangen.

Nun erfolgte am 28. März 1854 die Kriegserklärung der Westmächte gegen Rußland. Auch Oesterreich verlangte den Rückmarsch der russischen Truppen aus den Donaufürstenthümern und stellte ein

Beobachtungscorps an der serbischen Grenze auf, um nöthigenfalls Omer Pascha vor Widdin die Hand zu reichen.

Inzwischen ließ Gortschakoff Kalafat angreifen, um hier durchzubrechen und in Serbien festen Fuß zu fassen, wo der russische Consul schon im März alle Hebel in Bewegung gesetzt hatte, um durch die starke Partei des abgesetzten Fürsten Milosch den russenfeindlichen Fürsten Alexander zu stürzen. Allein der die Expedition gegen Kalafat commandirende General Anrep, obgleich 50,000 Mann stark, erreichte seinen Zweck nicht; der tiefe Koth machte die türkischen Verschanzungen unangreifbar, in denen Achmed Pascha mit 16,000 Mann stand. Unter ihm diente Iskender Bey (der polnische Graf Jelinski), der sich durch kühne Reitergefechte auszeichnete. Er überfiel die Russen bei Cetate vor Kalafat und schlug sie. Sie gingen nun zurück und wagten keine weiteren Unternehmungen, um so weniger, als die Truppen durch die Cholera decimirt waren.

Schilder, einer der genialsten Officiere des russischen Generalstabs, zog die Truppen von Kalafat zurück und ließ ein Armeecorps unter Lüders die Donau in der Nähe des Pruth überschreiten und die von den Türken nicht ernstlich vertheidigte Dobrudscha besetzen. Von dort drang das Armeecorps über den Trajanswall vor und vereinigte sich mit dem Gros der Armee unter Schilder, der weiter oben die Donau überschritten hatte, vor Silistria. Omer Pascha gab die Donaulinie auf und zog sich nach Schumla zurück, vor sich die Festungen Varna, Silistria und Rustschuck, mit denen er Verbindung unterhielt.

Die nächste Folge des Uebergangs der Russen über die Donau war der Abschluß eines Schutz- und Trutzbündnisses der Westmächte mit der Türkei und die sofortige Einschiffung von Landtruppen, welche die Bestimmung hatten, den Türken bei Vertheidigung des Balkan und Constantinopels beizustehen: 20,000 Engländer unter Raglan und 50,000 Franzosen unter St. Arnaud gingen nach dem Orient ab. In der Division des General Canrobert befand sich auch Prinz Napoleon, der Sohn Jerôme's, des ehemaligen Königs von Westfalen. Die Flotten machten indessen einen Angriff auf Odessa und bombardirten die Stadt.

Allein Kaiser Nikolaus wollte nicht nachgeben. Fürst Paskewitsch begab sich nach Silistria, dessen Belagerung schon am 14. April begonnen hatte. Die Stadt wurde von dem Commandanten Mussa Pascha und dem preußischen Artillerie-Officier Grach aufs einsichtsvollste und tapferste vertheidigt und schlug wüthende Stürme vom 27.—29. Mai ab, wobei Schilder beim Rückzug tödtlich verwundet wurde. Paskewitsch selbst erhielt eine Contusion, die ihn nöthigte, das Lager zu verlassen; am 21. Juni gab er die Belagerung Silistria's auf und befahl den Rückzug der russischen Armee hinter den Pruth, denn er war bedroht durch eine in seinem Rücken in Siebenbürgen stehende österreichische Armee, die nur an den Pruth zu marschiren brauchte, um

die Russen von ihren einzigen Zufuhren abzuschneiden. Die Oesterreicher zogen nun in die Walachei und Moldau ein.

Inzwischen hatten die Engländer unter Admiral Charles Napier eine große Flotte ausgerüstet, der sich auch eine französische unter Baraguay d'Hilliers beigesellte, in der Absicht, in der Ostsee bis zum finnischen Meerbusen vorzudringen und die Inselfestung Kronstadt, das Thor von St. Petersburg, zu erobern. Vor Kronstadt angelangt, erkannte der Admiral, diese Festung sei unangreifbar und kehrte mit seiner Flotte im Herbst wieder heim, nachdem französische Landungstruppen unter Baraguay d'Hilliers am 16. August die Festung Bomarsund auf den russischen Alandsinseln erobert und zerstört hatten.

Die Landtruppen der Westmächte waren größtentheils nach Varna versetzt worden, wo sie aber durch schlechte Verpflegung, die Hitze des Klima's, Ruhr und Cholera furchtbar litten und bei einem großen Brande, der am 10. August die Stadt verzehrte, hatten sie kaum ihr großes Pulvermagazin retten können. Durch diese Unfälle gelichtet, war die Armee auch in Vereinigung mit den Türken nicht stark genug, vom Pruth oder von Odessa aus ins Herz Rußlands vorzudringen. In dem großen Kriegsrath zu Varna schlug Ferhad Pascha vor, mit dieser Armee, unterstützt von den Tscherkessen, Rußland in Transkaukasien anzugreifen, wo eben die Türken bei Osurgeti gesiegt, die Festung Bajazet genommen und am 5. August nochmals bei Kuruk die Russen geschlagen hatten. Ihnen hier mit Kraft entgegenzutreten, lag auch entschieden im Interesse Englands, das darin das beste Mittel sah, durch erhöhten Einfluß in Persien sein Indien zu schützen. Aber das wollte gerade Frankreich nicht und so entschied sich St. Arnaud für einen Angriff auf Sebastopol, den großen russischen Kriegshafen in der Krim, um hier die russische Macht rasch und aufs empfindlichste zu treffen. Lord Raglan billigte den Plan, denn es galt ja die Zerstörung der russischen Marine. So wurde denn die Krim-Expedition beschlossen und unternommen.

Schon am 14. September landeten 55,000 Engländer und Franzosen und 6000 Türken in der Nähe von Eupatoria an der Westküste der Krim. Die ganze Halbinsel ist eben, größtentheils unbebaut und wasserarm, nur den Südrand nimmt ein Gebirge ein. In dieses Gebirge läuft von Westen her eine Meeresbucht hinein, in welche das Flüßchen Tschernaja mündet. Auf der Südseite dieser Bucht liegt die befestigte Stadt Sebastopol. Im Hafen derselben befand sich die russische Flotte, welche bei Sinope gesiegt hatte, eingeschlossen, zu schwach, um auszulaufen und sich mit den Flotten der Westmächte auf offener See zu messen. Der commandirende Obergeneral und Gouverneur der Krim, Admiral Fürst Menzikoff, ging den gelandeten Alliirten an die Alma entgegen, wo er am 20. September in blutiger Schlacht geschlagen wurde. Am 27. erschienen die Alliirten vor Sebastopol. Man fand, daß die nördlichen Forts nur mit Belagerungs-

geschützen angegriffen werden können*) und in einem Kriegsrath, dem St. Arnaud zum letzten Male anwohnte, indem ihn die Cholera nach wenigen Tagen wegraffte, wurde beschlossen, eine Stellung südlich von Sebastopol zu nehmen, auf einer Hochebene, die durch das enge Thal der Tschernaja gegen einen Angriff von Osten her geschützt wird, so wie im Süden durch die Bucht von Balaklawa, im Westen durch die Bucht von Kamiesch die Verbindung mit den Flotten offen ließ. In dieser Stellung gegen einen etwaigen Angriff einer Entsatzarmee gedeckt, konnten die Verbündeten hoffen, Sebastopol eher zu erobern, sofern es gerade auf dieser Seite schwach befestigt war. Ein rascher Sturm hätte wahrscheinlich zum Ziele geführt, aber St. Arnaud's tödtliche Krankheit brachte Stocken in die Operationen. Er konnte kaum noch auf ein Schiff gebracht werden und starb am 29. September auf offenem Meere. Sein Nachfolger war General Canrobert (geboren 1809), der sich in Afrika (1832—1850) vielfach ausgezeichnet hatte.

Am 17. October versuchte die alliirte Flotte das erste Bombardement der Festung, aber das mit Erfolg erwiederte Feuer der schweren russischen Geschütze wies den Angriff ab. Dieser mißlungene Angriff ließ auf den Gegenstoß der Russen nicht lange warten. Am 25. October griff General Liprandi die Stellung der Engländer bei Balaklawa an und am 5. November folgte die blutige Schlacht bei Inkerman. Sie entschied wieder, wie die Almaschlacht, der schnellblickende Bosquet, indem er die Russen in der Flanke faßte und durch seine Kühnheit die angegriffenen Engländer rettete. Mit schwerem Verluste mußten die Russen umkehren. Nun aber fiel der Herbstregen in Strömen nieder, setzte die ganze Gegend unter Wasser, füllte die Gräben und machte die von den verbündeten Truppen sehnlichst gewünschte Erstürmung der Stadt um so unmöglicher, als die Russen sich immer mehr verstärkten und die Armee der Alliirten durch Schlachten und Krankheiten geschwächt war. Mit jedem Tage ward die Noth stärker. Auf ein Ueberwintern im freien Felde nicht vorbereitet, stellte sich alsbald Mangel an Allem ein. Die englischen Sendungen von Winterkleidern langten erst an, als die rauhe Jahreszeit schon hereingebrochen war und Hunderte starben in dünner Kleidung und in schlechten Zelten. Die Franzosen standen etwas besser, theils weil die Regierung mehr für sie sorgte, theils, weil sie erfinderisch an

*) Der russische General von Totleben, meint (in seinem Werke: Die Vertheidigung von Sebastopol), ein Angriff von der Nordseite würde nach dem Siege an der Alma nothwendig Erfolg gehabt haben, weil die Werke ganz unvollständig armirt waren. Daß die Nordseite damals nicht angegriffen wurde, weiß von Totleben nur durch die Krankheit St. Arnaud's zu erklären. Die französischen Schriftsteller motiviren es dadurch, daß nördlich von Sebastopol kein Hafen, kein geeigneter Landungsplatz für die Flotte war. Konnte aber Sebastopol sogleich mit Sturm genommen werden, so bot eben sein Hafen dazu die beste Gelegenheit. Mit großer Freude sah daher von Totleben die Franzosen auf den Sturm verzichten und den regelmäßigen Angriff vorbereiten.

Auskunftsmitteln, immer rasch und in unverwüstlicher guter Laune sich zu helfen wußten. Dennoch war eine außerordentliche Sterblichkeit im Lager; alle Lazarethe waren überfüllt und immerwährend gingen Schiffe voll Kranker nach Constantinopel. Trotz aller Noth aber hielten die Franzosen in der Krim den Winter aus und ergötzten sich sogar an einem im Lager improvisirten Theater, bei welchem die Soldaten selbst Schauspieler und Zuhörer abgaben. Was den Engländern an guter Laune abging, das ersetzten sie durch eine stoische Gleichgültigkeit.

Den Winter benutzte die Diplomatie aufs eifrigste, um den Streit womöglich bald auf diplomatischem Wege zu schlichten. Um den Verhandlungen mehr Nachdruck zu geben, stellte Oesterreich ein großes Heer in Siebenbürgen und ein zweites in Galizien auf und ging am 2. December ein Schutz- und Trutzbündniß mit den Westmächten ein. Am 26. Januar trat auch Sardinien auf die Seite der Westmächte und schickte 15,000 Mann unter General Lamarmora nach der Krim. Der Vermehrung der Truppen der Westmächte setzte Kaiser Nikolaus eine allgemeine Bewaffnung des russischen Volkes entgegen und schickte Truppen über Truppen nach der Krim. Aber ganze Bataillone erstarrten im Schnee der südrussischen Steppen. Diese Unfälle und ein mißlungener Angriff auf Eupatoria (16. Febr.), wo Omer Pascha mit einem Theile seines Heeres zur Unterstützung der Alliirten stand, kränkten den schon siechenden Kaiser Nikolaus; er starb unerwartet schnell am 2. März 1855.

Vom Tode des Kaisers Nikolaus hoffte man den Frieden, da sein Sohn und Nachfolger Alexander II., an den früheren Uebergriffen Rußlands keine Schuld tragend, auch leichter, ohne sich zu compromittiren, Frieden schließen konnte, aber er durfte der Ehre seines Vaters nichts vergeben und sein erstes Manifest erklärte: „er werde ganz im System seines großen Vaters, der großen Katharina und Peter's I. handeln.“ Auch für die Westmächte war es zur moralischen Unmöglichkeit geworden, sich aus der Krim zurückzuziehen, ohne Sebastopol erobert zu haben. Der Kaiser der Franzosen schickte daher den General Niel, einen seiner tüchtigsten Ingenieure, nach der Krim, um von den begangenen Fehlern Einsicht zu nehmen und eine wirksamere Methode einzuleiten. Aber Niel fand einen würdigen Gegner in Tottleben, einem genialen Officier, der während der Belagerung vom Hauptmann zum General emporstieg. Gleich beim Beginn der Belagerung hatte er in wunderbarer Schnelligkeit rings um die Südseite der Stadt her neue, zahlreiche, trefflich vertheilte Redouten, Gräben, Minen 2c. angelegt und den Zugang zum Hafen durch Versenkung von sieben großen Schiffen unnahbar gemacht. Auf der neuangegriffenen Seite vervielfältigte er deren Verschanzungen und gestaltete den sogenannten Malakoffthurm zu einem kaum einnehmbaren Bollwerk um. In den allmählich gegen diese Werke vordringenden Laufgräben entbrannte jetzt täglich und nächtlich ein kleiner,

mörderischer Krieg. Die Armee der Alliirten hatte sich indessen ansehnlich verstärkt. Trotz der großen Verluste durch Cholera, Ruhr und die Gefechte zählten die Franzosen vor Sebastopol 100,000, die Engländer 32,000, die Sardinier 14,000, die Türken 28,000, zusammen 174,000 Streiter, die Russen nur 150,000 Mann. Vom 6. April an eröffneten die Alliirten ein 14 Tage dauerndes Bombardement aus 500 Geschützen auf die Stadt, aber das zahlreichere Geschütz der Russen in der Festung antwortete aufs lebhafteste und alle zerstörten Verschanzungen wurden durch Tottleben's Genie in wenigen Stunden hergestellt. Zwar ohne Hoffnung auf Erfolg beschlossen Canrobert und Raglan auf anderen Punkten anzugreifen und schickten die Flotten nach dem asow'schen Meere, um die Hafenstädte und Vorräthe der Russen zu zerstören und die Zufuhren abzuschneiden. Die Flotten nahmen Kertsch, steckten Jenikale, Mariopol, Taganrog und Anapa in Brand, doch war es ihnen nicht möglich, in die labyrinthischen Lagunen des faulen Meeres einzudringen und die Verbindungen des inneren Rußland mit Sebastopol abzuschneiden.

Während es so nirgends recht vorwärts gehen wollte, trat an Canrobert's Stelle der energische Pélissier, der spätere Herzog von Malakoff. Dieser erfüllte die Erwartungen, die man in ihn setzte, vollständig. Die Belagerungs-Operationen nahmen sogleich einen rascheren Fortgang. Schon am 7. Juni nahm er den „grünen Mamelon", wo der französische Oberst Brancion in dem Augenblick fiel, als er die französische Fahne auf dem eroberten Werke aufpflanzte. Ein Hauptsturm jedoch am 18. Juni mißlang gänzlich und kostete den Alliirten gegen 7000 Mann. Der alte Lord Raglan nahm sich diese Unfälle sehr zu Herzen, er litt schon einige Zeit an der Cholera und starb. An seine Stelle trat General Simpson. Die Russen hatten den Verlust des Siegers von Sinope, des Admirals Nachimoff, zu beklagen, der am 11. Juni auf den Mauern der Festung von einer Kugel getroffen wurde. Er hatte die Gewohnheit, eine Flasche Branntwein in der Hand, mit größter Sorglosigkeit die Festungswerke zu inspiciren und, ohne die Nähe feindlicher Scharfschützen zu fürchten, über die Wälle hinauszusehen. Diesmal traf ihn eine Kugel in den Kopf.

Gleichzeitig waren die alliirten Flotten unter Dundas in die Ostsee eingedrungen, brachten aber wiederholt, wie Napier, die Ueberzeugung von der Unangreifbarkeit von Kronstadt mit zurück. Dagegen bombardirten sie am 7. August den Hafen von Sweaborg, ohne den die Felseninseln krönenden Festungswerken Schaden zuzufügen.

Immer näher indessen hatten sich die Franzosen und Engländer in ihren Laufgräben an die Schanzen Sebastopols herangewühlt, und es schien geboten, durch einen kräftigen Flankenangriff ihre Belagerungsarbeiten nachhaltig zu stören. Gortschakoff lieferte die Schlacht an der Tschernaja, wo die Russen mit einem Verlust von 3000 Todten und 5000 Verwundeten geschlagen wurden. Rasch verfolgte

Pélissier seinen Sieg und schon am Morgen des 17. August begann aus allen Batterieen der Belagerer das fürchterliche Feuer, das von da an ununterbrochen bis zum letzten Sturm auf die Festung anhielt. Durch unaufhörlichen dichten Kugelregen wurden die Belagerten in ihren bombenfesten Räumen zurückgehalten und inzwischen ihre Batterieen und Schanzen zerstört. Vom 5. September an verdoppelten die Alliirten aus 800 Geschützen ihr Feuer, und die Sonne des 8. September beleuchtete Sebastopols Fall! Der Verlust der Russen während des Sturmes und der Flucht betrug 13,000 Mann.

Pélissier störte den Rückzug Gortschakoff's nicht. Die Nordseite Sebastopols blieb in den Händen der Russen, Gortschakoff selbst behauptete seine unangreifbare Stellung in den Gebirgen ostwärts von der Stadt, und die Zufuhr über Perekop und das faule Meer blieb immer noch offen. An die französischen Waffen knüpfte sich Ruhm und Sieg und der Ehre der Nation war Genüge geleistet. Ein ferneres Kriegführen ohne weiteren Zweck hätte nur Frankreich erschöpft und dieser Umstand mußte für dasselbe einen Friedensschluß wünschenswerth machen; eben so mußte England den Frieden wünschen, da es die Ueberzeugung mit aus der Krim nehmen konnte, daß seine Landmacht unzulänglich war und seine Flotte nichts Entscheidendes ausgerichtet habe; Rußland endlich, das nach dem Falle von Kars in Kleinasien am 7. November ein hinreichendes Aequivalent für den Verlust von Sebastopol hatte, konnte mit Ehren den Frieden annehmen, der auch am 30. März 1856 zu Stande kam. Rußland trat die Donaumündungen an die Türkei ab, entsagte dem einseitigen Protectorat über die Christen in der Türkei und gab Kars wieder heraus. Dagegen erhielt es Sebastopol wieder zurück, wogegen es sich verpflichten mußte, am schwarzen Meere keine Seearsenale mehr zu errichten und künftig nur so viele Schiffe auf diesem Meere zu halten, als die Pforte. Die Donauschiffahrt wurde unbedingt frei erklärt, die Integrität des türkischen Reiches anerkannt und die Emancipation der Christen in der Türkei garantirt.

Das waren alle Resultate dieses blutigen Krieges; alle Parteien hatten verloren: Rußland seine herrliche Festung und Marine, Menschen und Material in riesiger Masse, dabei einen großen Theil seines Einflusses in Europa und seine Aussichten auf die türkische Erbschaft; England durch seine geringen Erfolge sein Ansehen als Großmacht; Oesterreich hatte sich durch seine Truppenaufstellungen financiel ruinirt und mußte seine Staatsbahnen verkaufen. Frankreich allein hatte sich eines reellen Gewinns zu erfreuen; es hatte diesem Kriege den erneuten Ruhm seiner Waffen und die erste Stelle unter den Großmächten Europa's zu danken; es war, im Bunde mit England, im Kriege wie im Frieden, die tonangebende, bestimmende Macht Europa's geworden!

44. Napoleon III.

(Nach Max Biffart, die Kämpfe in Europa in den letzten 12 Jahren (1848—1859), und C. Wernicke, die Geschichte der Neuzeit, bearbeitet vom Herausgeber.)

a. Die Zeit bis zum Kaiserthum 1808—1852.

Ludwig Napoleon, der zweite Sohn des ehemaligen Königs von Holland von der Königin Hortensie Eugenie, ward am 20. April 1808 geboren. Bei dem Sturze seines Onkels erst 7 Jahre alt, theilte er schon in zarter Jugend das harte Loos der Napoleoniden, das der Verbannung. Anfangs lebte er mit seiner Mutter in Augsburg, später auf ihrem Schlosse Arenenberg im Canton Thurgau; er trat als Capitain in die Armee dieser Republik, nachdem er auf der Thuner Militärschule Artilleriewissenschaft studirt hatte. Dort war sein Lehrer der spätere schweizerische Obergeneral Dufour. Als Dank für die mannichfachen Wohlthaten, die seine Mutter den Armen in der Umgegend von Arenenberg erwies, schenkte ihm der Canton Thurgau das Ehrenbürgerrecht.

Der Schauplatz der ersten Thätigkeit des jungen Prinzen Ludwig Napoleon war Italien, wo er im Februar 1831 sich mit seinem älteren Bruder an der in der Romagna ausgebrochenen Revolution betheiligte (s. S. 214 f.). Während sein Bruder auf der Flucht den Masern erlag (zu Forli), entkam er nach England. Von dort begab er sich bald wieder nach der Schweiz, auf das Schloß Arenenberg, wo er sich mit literarischen Arbeiten beschäftigte, namentlich seine Rêveries politiques schrieb, in welchen er die Nothwendigkeit der Napoleonischen Dynastie für Frankreich darzuthun suchte. Nach dem Tode des Herzogs von Reichstadt (1832) hielt er sich für den gesetzlichen Erben der Napoleonischen Familie. Zweimal versuchte er vergebens, sich zum Herrscher Frankreichs aufzuwerfen, das erste Mal in Straßburg (1836) (s. S. 148), das zweite Mal in Boulogne (1840) (s. S. 152). Sein Gefängniß im Schlosse Ham wurde, wie er selbst sagte, seine Universität, auf welcher er 6 Jahre in einsamer Haft unausgesetzt studirte, bis es ihm am 25. Mai 1846 gelang, als Maurer verkleidet, zu entfliehen und abermals glücklich England zu erreichen.

Als er nach der Februar-Revolution in 3 Departements zum Abgeordneten gewählt worden und Lamartine's Vorschlag, das Verbannungsdecret gegen die Napoleoniden aufrecht zu erhalten, durchfiel, zog er es doch vor, einstweilen in London zu bleiben, um sich mit der provisorischen Executivgewalt nicht zu überwerfen (s. S. 333). Nach Vollendung der Verfassung für die (zweite) französische Republik, trat er als Candidat für die Präsidentschaft auf und siegte über Cavaignac (s. S. 335). Durch den Staatsstreich vom 2. Dec. 1851 stürzte er die Verfassung (s. S. 340) und ließ sich die Präsidentschaft

auf 10 Jahre verlängern, welche sich jedoch schon nach einem Jahre in das Kaiserthum verwandelte (s. S. 342).

b. Napoleon III., Kaiser seit 1852.

England erkannte Napoleon zuerst als Kaiser an; zögernd folgten die Continentalmächte, und erst am 5. Jan. 1853 erfolgte die Anerkennung von Seiten Rußlands, am 6. von Oesterreich und Preußen. Alsbald sah der Kaiser sich nach einer Gemahlin aus fürstlichem Hause um und bewarb sich zunächst um eine Tochter des Prinzen Gustav von Wasa. Als aber seine Bewerbungen erfolglos blieben, wählte er Donna Eugenia Montijo, Herzogin von Theba, eine schöne Spanierin, die bei den großen Treibjagden in Compiègne und Fontainebleau besonders geglänzt hatte. Sein Entschluß fand im Volke den allgemeinsten Beifall und schon am 30. Jan. fand die Vermählung statt. Am 16. März 1856 gebar sie ihm einen Erben, den Prinzen Napoleon Eugen.

Als Kaiser richtete er sein ganzes Streben darauf, zu bewirken, daß die übrigen Souveraine ihn nicht blos als gleichberechtigt anerkannten, sondern sich in ihren Streitigkeiten seine Vermittlerrolle gefallen ließen. Gelang ihm dies, so glaubte er seinen Beruf als Wiederhersteller des französischen Kaiserthums erfüllt und, da er, wie der erste Napoleon, seine Persönlichkeit vollständig mit Frankreich identificirte, das höchste Ziel der patriotischen Wünsche Frankreichs erreicht zu haben. Der orientalische Conflict (s. Nr. 43) gab ihm hierzu eine Gelegenheit, die er klug benutzte. Im Kriege spielte er durch seine überlegene Landmacht die erste Rolle; England ehrte ihn als seinen treuesten Verbündeten, Oesterreich bewarb sich mit Eifer um seine Freundschaft, und das Jahr 1856 sah die Vertreter sämmtlicher Großmächte in Paris, um mit den Vertretern des Kaisers über den Frieden zu unterhandeln. Noch mehr schmeichelte den Franzosen die Zusammenkunft des Kaisers von Rußland mit Napoleon in Stuttgart und ganz Frankreich blickte mit Stolz auf seinen Kaiser, in dessen Hand Europa's Schicksal zu liegen schien. Den Glanzpunkt seiner politischen Größe erreichte vollends Napoleon durch den Feldzug in Italien (s. Nr. 45), der ihn in blendendem Siegesglanze an der Spitze der siegreichen Armee als Schlachtfeldkaiser in seine Hauptstadt zurückführte.

War Napoleon nach außen glücklich, so war seine Regierung im Innern nicht weniger glänzend. Indem er in Paris ausgedehnte Bauten unternahm, die Rivolistraße bis zum Stadthause verlängerte, das Louvre ausbaute ꝛc., beschäftigte er nicht nur die Arbeiter, sondern zerstörte auch die engen Gassen, die bei allen Pariser Revolutionen den Insurgenten zum hauptsächlichsten Stützpunkte gedient hatten. Den Bürgerstand, dem er die freie Presse, die Wahlumtriebe, das Nationalgardenspiel und die Tribune entrissen hatte, suchte er durch Beförderung des Luxus zu gewinnen.

Die Staatsgewalt lag ganz in seiner Hand, der gesetzgebende Körper war nur sein Werkzeug, die Opposition so gut wie verstummt. Nur das Gefühl der Ohnmacht hielt die Republikaner ab vom offenen Auftreten gegen den Absolutismus. Aber im Stillen bereitete ihre bittere Feindschaft Verschwörungen gegen das Leben des Kaisers. Drei Italiener kamen im Sommer 1857, im Auftrage Mazzini's (s. S. 425), nach Paris, um Napoleon zu ermorden, wurden aber ergriffen und zu schweren Strafen verurtheilt. Auch Ledru-Rollin, der sich in London aufhielt, ward als Mitschuldiger in seiner Abwesenheit verurtheilt, aber man vermochte nicht durchzusetzen, daß er des Asylrechtes in England verlustig erklärt wurde. Ungleich größeres Aufsehen machte das Attentat Felix Orsini's, der, wie er selbst bekannte, sich bis 1848 an allen Verschwörungen zur Befreiung Italiens betheiligt hatte und nach dem Sturze der päpstlichen Regierung Mitglied des römischen Conventes gewesen. Als Napoleon am 14. Januar 1858 mit seiner Gemahlin in Paris zur Oper fuhr, platzten drei Handgranaten theils neben, theils unter seinem Wagen. Dem Kaiser war nur der Hut durchschossen, er selbst und die Kaiserin unverletzt geblieben, während eine große Zahl der Umstehenden verwundet, mehrere getödtet wurden. Das Attentat war von den Mazzinisten ausgegangen, welche an Napoleon für die Vernichtung der römischen Republik Rache nehmen und mit ihm das Haupthinderniß der Befreiung Italiens beseitigen wollten. Die Verschworenen waren von Orsini in England geworben worden und mit ihm, ausgestattet mit Londoner Pässen, nach Paris gekommen, sie wurden sofort entdeckt und verhaftet.

Dieser Mordversuch hatte einen wesentlichen Einfluß auf die innere und äußere Politik des Kaisers. Eine große Anzahl verdächtiger und mißliebiger Personen ward verhaftet, die Maßregeln gegen die Freiheit der Presse so wie die Paßcontrole noch verschärft, ganz Frankreich in fünf Bezirke getheilt, in jedem derselben sollte ein Marschall im Falle drohender Gefahr die unbeschränkteste Gewalt ausüben. Durch das Sicherheitsgesetz vom 28. Januar, welches der gesetzgebende Körper mit gewohnter Fügsamkeit annahm, sah sich jeder, der früher wegen mißliebiger politischer Meinungen angeklagt gewesen, mit Polizeiaufsicht, Verbannung, ja, mit Deportation nach Cayenne oder Algier bedroht, und zwar ohne eigentliche Anklage, auf den Ausspruch des Präfecten, des Staatsanwaltes und des commandirenden Generals. Billault, der Minister des Innern, wollte die Vertretung des strengen Gesetzes nicht übernehmen und erhielt den General Espinasse zum Nachfolger, der sich beim Staatsstreiche schon durch blutige Grausamkeit hervorgethan hatte, und sofort mit rücksichtsloser Strenge auftrat. Ein Gesetz vom 1. Februar bestimmte die Kaiserin für den Fall, daß der Thronerbe bei dem Tode des Kaisers minderjährig sei, zur Regentin.

Auch von dem benachbarten Auslande wurden strengere Maßre-

geln gegen die Presse und die politischen Flüchtlinge verlangt und von der Schweiz, Piemont, Belgien bewilligt, in England aber führte Palmerston's Nachgiebigkeit gegen die Wünsche des Kaisers dessen Sturz herbei. Doch konnte die Königin Victoria der Einladung Napoleon's zur Einweihung des Kriegshafens von Cherbourg nicht füglich ausweichen und mußte sich persönlich von der Anhäufung ungeheurer Kriegsvorräthe zur Vertheidigung der französischen Küste gegen England überzeugen. Orsini hatte vor seiner Hinrichtung (14. März) in einem Briefe an den Kaiser denselben aufgefordert, Italien, „dessen Söhne ihr Blut für Napoleon den Großen vergossen", zu befreien, und in einem zweiten Briefe die Italiener ermahnt, dem politischen Morde zu entsagen. Dagegen drohte Mazzini in einem in London veröffentlichten Briefe dem Kaiser „mit dem Dolche, wenn nicht dem eisernen, doch dem der öffentlichen Meinung." In der Alternative, ein Opfer des Hasses der Italiener oder ihr Befreier zu werden, wählte Napoleon das Letztere. Graf Cavour, seit 1852 Ministerpräsident in Sardinien, welches Frankreichs Bundesgenosse im Krimkriege gewesen, war in Bezug auf die verlangten Repressivmaßregeln nach dem Attentate Orsini's den Wünschen des Kaisers bereitwillig nachgekommen. Damit war der Bund zwischen Frankreich und Sardinien gegen Oesterreich angebahnt und bei einer persönlichen Zusammenkunft Cavour's mit Napoleon III. im Bade Plombières im Herbste 1858 wurden die definitiven Verträge abgeschlossen. Um sich die Hülfe Frankreichs völlig zu sichern, vermählte König Victor Emanuel seine 16jährige Tochter Clotilde mit dem Prinzen Napoleon, dem Sohne Jérôme's, und versprach in einem geheimen Vertrage, sein Stammland Savoyen nebst der Grafschaft Nizza an Frankreich abzutreten, für den Fall, daß er mit französischer Hülfe die bisherigen österreichischen Besitzungen in Italien gewinne.

---

45. Der zweite lombardische Krieg, 1859.

(Nach Max Biffart, die Kämpfe in Europa in den letzten zwölf Jahren, mit einer Einleitung nach H. Baumgarten, zur Vorgeschichte der Erhebung Italiens, in den Preußischen Jahrbüchern, bearbeitet vom Herausgeber.)

Seit dem Jahre 1860 ist dasjenige Land wieder in die Reihe der selbständigen Mächte eingerückt, welches seit mehr als tausend Jahren den Rivalitäten der um den Vorsitz in Europa Ringenden zum Tummelplatz dienen mußte, dessen Zerrissenheit und Schwäche unzählige Kriege entzündete.

Im 16. Jahrhundert, als halb Italien von spanischen Vicekönigen regiert wurde und auch die kleinen Staaten, vom spanischen

Drucke niedergehalten, sich weder in Politik noch in Krieg hervorthun konnten, hatten die Italiener jede Spur nationalen Geistes und kriegerischer Tüchtigkeit eingebüßt. Eine lange Erniedrigung, die noch fortdauerte, als Italien in Folge des spanischen Erbfolgekrieges unter die Häuser Bourbon und Oesterreich getheilt war, führte zur Gleichgültigkeit; zuletzt hatten die Italiener nicht nur jede Hoffnung, sondern auch jede Vorstellung von Unabhängigkeit verloren. In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts wurden durch das Eindringen der französischen Literatur, und bald durch einheimische Schriftsteller (wie den Dichter Alfieri), Ideen von nationaler Unabhängigkeit geweckt, die aber am meisten in denjenigen Gebieten Wurzel faßten, welche Bonaparte unter dem Namen eines Königreiches Italien zu einem einzigen Staate verknüpft hatte. Während das französisch gewordene Italien mit französischen Beamten bevölkert und die italienische Sprache hier im officiellen Gebrauche verpönt ward, erhielt Bonaparte im Königreiche Italien die Sprache, schuf eine nationale Armee, gab alle Stellen an Kinder des Landes und duldete keinen Fremden, als den Vicekönig. Dagegen suchte die österreichische Politik in dem lombardisch-venetianischen Königreiche, wie der leere Name lautete, alles Eigenthümliche systematisch zu untergraben und die beiden Provinzen Mailand und Venedig in Gesetzgebung, Verwaltung, Handel, Verkehr eben so eng mit dem Reiche zu verknüpfen, als weit von dem übrigen Italien zu entfernen. Und während Oesterreich im Norden herrschte, wurde auch die übrige Halbinsel seinem Einflusse unterworfen durch Besetzung der Herzogthümer und Toscana's mit Prinzen seines Hauses, durch das Besatzungsrecht in Ferrara und durch die Unterdrückung der wiederholten Revolutionen. Selbst der König von Sardinien sah sich stets bedroht (s. S. 419), seitdem mit der Republik Venedig der einzige Wall zerstört war, der früher Italien gegen die Eroberungsgelüste Oesterreichs schützte. Schon seit 1814 stand bei allen hervorragenden Staatsmännern Piemonts die Ansicht fest, ihre Dynastie, die einzige national-italienische, habe die Aufgabe, das Nationalinteresse gegen Oesterreich zu vertreten und mit allen Mitteln dahin zu wirken, Oesterreich ganz oder doch zunächst theilweise aus der Halbinsel zu verdrängen und sich selber an dessen Stelle zu setzen. Diesen nationalen Beruf Piemonts, aus Sardinien ein großes italienisches Königreich zu machen, welches eine zuverlässige Schutzwehr gegen Frankreich bilde — während es bisher, um vor Oesterreich sicher zu sein, sich nothwendig Frankreich in die Arme werfen müsse —, faßte Joseph de Maistre, seit dem Beginn des Jahrhunderts Gesandter in Petersburg, mit leidenschaftlichem Eifer auf. Daß diese Bestrebungen so lange erfolglos blieben, lag theils in dem erdrückenden Uebergewichte Oesterreichs in Italien (seit 1813), nicht zum geringsten Theile aber auch in dem Umstande, daß Piemont in allen Fragen der Gesetzgebung und Verwaltung sich noch ängstlicher an das Alte klammerte, als der fremde Nachbar, und als 1820, trotz

aller conservativen Künste, die Revolution dennoch ausbrach, sich dem Fürsten Metternich ganz und gar in die Arme warf. Erst als Graf Cavour die Erhebung des Hauses Savoyen mit einer Erhebung der italienischen Nationalität identificirte, und dem von Oesterreich vertretenen Princip der Unbeweglichkeit den Grundsatz freier Volksentwickelung entgegenstellte, konnte jener Beruf Piemonts in Erfüllung gehen. Seinen Vertrag mit Frankreich s. S. 446.

Am Neujahrstage 1859 ward Europa überrascht durch die offene Erklärung des Kaisers Napoleon gegen den österreichischen Gesandten (von Hübner) in Paris, daß seine Beziehungen zu Oesterreich nicht mehr so gut seien, wie bisher, Worte, welche in Turin Wiederhall fanden und den König von Sardinien ermuthigten, in der Thronrede bei Eröffnung der Kammern (10. Januar) zu erklären, „daß er zwar die Verträge respectiren werde, aber auch nicht unempfindlich sein könne für den Schmerzensschrei, der aus so vielen Theilen Italiens heraustöne". Fortwährende Friedensversicherungen und ein am 22. März auf Rußlands Vorschlag berufener Congreß gaben Frankreich und Sardinien Zeit, ihre Rüstungen zu vollenden, und ein Ultimatum Oesterreichs an Sardinien, worin dieses zur Entwaffnung aufgefordert wurde, ward von Cavour (25. April) ablehnend beantwortet, während zugleich die französische Regierung durch ihren Gesandten in Wien eröffnen ließ, daß sie die Ueberschreitung des Tessino als eine Kriegserklärung gegen Frankreich betrachten werde. Noch ehe der Congreß zusammentrat, erschien (29. April) das österreichische Kriegsmanifest. Aber Oesterreich versäumte die sich ihm darbietende Gelegenheit, auf seine diplomatische die energische militärische Offensive gegen die noch vereinzelten Piemontesen folgen zu lassen. Der Feldzug und die Lombardei gingen für die Oesterreicher größtentheils durch dieselben Fehler verloren, durch welche beide 1848 für Piemont verloren gegangen waren. Man wußte eigentlich nie recht, wer den Oberbefehl führte, daher fehlte es an Einheit, an Raschheit und Energie der Leitung, welche bei den Verbündeten herrschten.

Von den drei Abtheilungen des österreichischen Heeres stand eine (30,000 Mann) unter dem Befehle Gyulay's, der seit neun Jahren die Militär-Verwaltung und zuletzt auch die gesammte Civil-Verwaltung des lombardisch-venetianischen Königreiches in Händen hatte; eine zweite, doppelt so starke Abtheilung (60,000 Mann) befehligte Benedek, der 1849 durch Gefangennehmung einer ganzen piemontesischen Brigade bei Mortara den Feldzug entschieden hatte, und die dritte (30,000 Mann) der Feldmarschall-Lieutenant Zobel. — Gyulay besetzte nach Ueberschreitung des Tessino die fruchtbare sardinische Provinz Lomellina, wurde aber an raschem Vordringen auf Turin theils durch die bei Alessandria stehenden Piemontesen, theils durch das unerwartete Eintreffen der Franzosen, theils durch das Austreten der Flüsse in Folge des Schmelzens des Alpenschnees gehemmt. Die Franzo-

sen hatten die großen Schwierigkeiten, welche ihnen die Schneemassen des Mont Cénis und des Mont Genèvre, so wie dichte Nebel und Schneewirbel entgegenstellten, schnell und glücklich überwunden; der größere Theil derselben aber war zur See in Genua angelangt, eben so Kaiser Napoleon, begleitet von 40 Generälen, unter denen Graf Achille Baraguay d'Hilliers, Mac Mahon, Canrobert und Niel aus dem Krimkriege her berühmt waren.

Nach dem Uebergange über den Tessino hatte Gyulay das System der reinen Vertheidigung angenommen und nach zwei unglücklichen Gefechten, bei Montebello (am 20. Mai) und bei Palestro (30.—31. Mai), zog er sich über den Tessino zurück. Die Franzosen folgten ihm auf der Straße nach Mailand mit so raschen Bewegungen, daß sie ihn bei Magenta (4. Juni), freilich mit großem eigenem Verluste, schlugen, noch ehe er sein Heer concentrirt hatte. Der Sieger Mac Mahon erhielt den Titel eines Herzogs von Magenta. Die Folgen der lange zweifelhaften Schlacht, welche beiden Theilen je 12,000 Mann an Todten, Verwundeten und Gefangenen kostete, waren außerordentlich: Mailand mußte geräumt werden, bis zum Gardasee erhoben sich hinter dem abziehenden Heere die Bewohner der Städte und Dörfer, und begrüßten Napoleon III. als Befreier, der am 8. Juni mit dem Könige von Sardinien unter endlosem Jubel seinen Einzug in Mailand hielt und in einer Proclamation erklärte, den Krieg nicht aus persönlichem Ehrgeize oder gar zur Vergrößerung des französischen Gebietes unternommen zu haben; sein Ziel sei vielmehr die Befreiung eines der schönsten Theile Europa's von einem unerträglichen Joche. Gyulay aber räumte nicht nur Mailand, sondern die ganze Lombardei, obgleich er Piacenza befestigt und zur Aufnahme einer Besatzung von 30,000 Mann in Stand gesetzt hatte, die eine doppelt so große Anzahl der feindlichen Kräfte vor der Festung gebannt hätte. Er ließ die Vorräthe und Geschütze theils in den Po werfen, theils auf Dampfschiffen wegführen und befahl den Rückzug des vor Unwillen wüthenden Heeres. Dieser wurde nur gestört durch einen Angriff, den Marschall Baraguay d'Hilliers auf Benedek bei Melegnano (8. Juni) machte, woraus sich ein blutiges Gefecht zum Nachtheile der Oesterreicher entwickelte. Am Mincio angekommen, fand die österreichische Armee ihren Kaiser, der mit dem Erzherzog Wilhelm Wien verlassen hatte, um den Oberbefehl über das ganze Heer zu übernehmen; Gyulay, der durch Unentschlossenheit und mangelhafte Führung den Unmuth und die Erbitterung der braven Armee heraufbeschworen hatte, ward durch den beliebten Reitergeneral Graf Schlick ersetzt.

Mit dem Rückmarsch aus der Lombardei waren die Oesterreicher auch gezwungen, ihre sämmtlichen Stellungen im Kirchenstaate aufzugeben und ihre Besatzungen zu Bologna, Ferrara und Ancona zur Hauptarmee heranzuziehen. Wo die Oesterreicher abzogen, brach hinter ihren Fußstapfen die Revolution los. Der päpstliche Legat von Bo-

logna verließ mit den österreichischen Truppen die Stadt, die sofort eine provisorische Regierung einsetzte und unter allgemeiner Zustimmung der Bevölkerung den Anschluß der Romagna an die Revolution verkündete. Auch der Herzog von Modena und die Regentin von Parma verließen ihre Staaten, und ihre Truppen gingen auseinander. Ganz Mittelitalien war im Aufstand. Unter diesen Umständen ging die österreichische Armee am 23. Juni über den Mincio und nahm innerhalb des Festungsvierecks eine gesicherte Stellung. Das Hauptquartier wurde nach Verona verlegt, wo Franz Joseph den Palazzo Carli bewohnte. Hier wurde der fernere Operationsplan erwogen. Es lag die doppelte Möglichkeit vor, den Feind innerhalb des Festungsvierecks zu erwarten, oder ihm entgegen zu gehen. Die Ungeduld, die früheren Schlappen wieder gut zu machen, so wie der Umstand, daß der Kaiser die Truppen in den verschiedenen Lagern, die er inspicirte, durchaus nicht entmuthigt fand, bestimmten ihn zu dem Plane, den Alliirten entgegen zu gehen.

Schlacht bei Solferino am 24. Juni. Die Gegend, in der die blutige Schlacht geschlagen werden sollte, ist das von Hügelketten — Ausläufern der Tiroler Berge — durchzogene Land zwischen dem oberen Mincio und der Chiese. Der hervorragendste Punkt in der ganzen Gegend ist der Hügel, um den herum die Häuser von Solferino erbaut sind. Durch Recognoscirungen hatten die Oesterreicher am 23. erfahren, daß das französische Hauptquartier noch hinter der Chiese sei. Der Kaiser beschloß daher, den Mincio an vier Stellen zu überschreiten, concentrisch gegen Castiglione vorzurücken und am 25. an der Chiese den Alliirten eine Schlacht zu liefern. Der Plan war gut angelegt und hätte sicher das günstigste Resultat erzielt, wären nicht die Franzosen durch zuverlässige und zahlreiche Kundschafter auf's Genaueste von den österreichischen Heeresbewegungen unterrichtet gewesen. Zum Ueberfluß ließ Napoleon den Luftschiffer Godard mit einem Luftballon aufsteigen, um die Stellungen der Oesterreicher zu recognosciren. Die Oesterreicher hatten in der Nacht an den vier Punkten den Mincio überschritten und sich der festen Stellungen bei Solferino bemächtigt, von wo aus sie Morgens 9 Uhr die Franzosen angreifen wollten. Napoleon aber hatte schon um 2 Uhr Morgens seine Truppen aufbrechen lassen und kam mit den Spitzen seiner Colonnen vier Stunden früher vor den österreichischen Stellungen an. Bis 11 Uhr Vormittags hatten die Franzosen neunmal die Höhe erklommen und waren eben so oft zurückgewiesen worden. Vergebens stellte sich Baraguay d'Hilliers mehrere Male persönlich an die Spitze seiner Division, um sie zum Sturme zu führen. Von dem feindlichen Gewehrfeuer furchtbar gelichtet, erlagen die braven Truppen fast der Hitze und der Anstrengung. So stand die Schlacht Vormittags 11 Uhr, als die Franzosen und Oesterreicher Verstärkungen an sich zogen. Die Franzosen setzten Alles daran, die Position von Solferino zu nehmen. Ihre Batte-

rieen bereiteten den Sturm vor, indem sie Solferino auf 3000 Schritte Entfernung mit Granaten bewarfen, wobei sich ihre gezogenen Kanonen wegen ihrer größeren Tragweite als äußerst vortheilhaft erwiesen. Die österreichischen Geschütze, auf den Bergsprüngen postirt, konnten mit der Tragweite der französischen nicht wetteifern und ihre Kugeln fielen, meist unschädlich, eine ziemliche Strecke vor den französischen Batterieen zu Boden. Nun begann die ganze französische Schlachtlinie im Centrum und auf den Flügeln den Sturm. Der Kaiser Napoleon stellte sich im dichtesten Kugelregen an die Spitze seiner Garden und setzte sich so sehr der Gefahr aus, daß österreichische Husaren ganz in die Nähe seines Generalstabs kamen. Ströme von Hagel und Regen, vom Winde gepeitscht, trafen die Franzosen im Rücken und schlugen den Oesterreichern gerade ins Gesicht.

Auch der österreichische Kaiser setzte sich dem heftigsten Kugelregen aus und begab sich im entscheidenden Augenblick vor die Front eines zum Angriff vorrückenden Grenzerbataillons, es mit den Worten aufmunternd: „Vorwärts, ihr Braven, auch ich habe Weib und Kind zu verlieren!“ Allein die glänzendste Tapferkeit der Soldaten vermochte das nicht gut zu machen, was ungeschickte Disposition verdorben hatte; die Oesterreicher zogen sich langsam von Höhe zu Höhe zurück, während ihre Geschütze den nachfolgenden Feind zurückhielten.

In der blutigen Schlacht hatten 300,000 Mann mit 500 Kanonen gegen einander gekämpft. Der Verlust der Alliirten betrug 20,000 Mann, ein Regiment Turcos hatte mit Ausnahme eines Hauptmannes alle seine Officiere verloren. Die Oesterreicher geben ihren Verlust auf 2470 Todte und 9660 Verwundete an. Die Zahl ihrer Gefangenen betrug nach französischen Angaben 6000 Mann.

Mit Solferino war für Oesterreich die Lombardei verloren, deren Grenze die Truppen am Morgen nach der Schlacht überschritten. Schon am 28. setzten die Verbündeten über den Mincio und erhielten eine wesentliche Verstärkung durch das 35,000 Mann starke Corps des Prinzen Napoleon, das dieser in Toscana gesammelt hatte, und mit dem Hauptheere der Alliirten vereinigte. Eine französische Flotte mit schwimmenden Batterieen war am 16. vor Venedig erschienen und hatte 10,000 Mann Landungstruppen auf der kleinen Insel Lussin piccolo ausgeschifft. Während ganz Europa in athemloser Spannung auf die Nachricht von einer großen Schlacht innerhalb der österreichischen Festungen harrte, ward es plötzlich am 8. Juli mit der kaltblütigen Meldung überrascht, daß zwischen Napoleon und dem Kaiser von Oesterreich zu Villafranca ein Waffenstillstand geschlossen, und bereits Unterhandlungen über Friedenspräliminarien im Gange seien.

Was Napoleon veranlaßt haben konnte, in seiner Siegeslaufbahn einzuhalten, war die Lage der beiden Gegner. Oesterreich war zwar geschlagen, aber das Heer nicht entmuthigt, es hatte seine militärischen Hülfsquellen zur Hand und Deutschland als Deckung hinter sich,

da Preußen und Deutschland bei der bevorstehenden Verletzung der deutschen Grenzen durch Garibaldi die Neutralität brechen mußten. Auch war das österreichische Heer innerhalb seiner Festungen in fast unangreifbarer Stellung. Die Lage des Siegers Napoleon war weit weniger günstig. Seine Armee war geschwächt, fern von der Heimat, erschöpft durch harte Kämpfe, hatte Mangel an Pferden und gar kein Belagerungsgeschütz zur Hand. Zudem drohten noch zwei furchtbarere Feinde: Preußen mit Deutschland, als österreichische Alliirte, und endlich die ihm bereits über den Kopf gewachsene, von ihm heraufbeschworene Revolution in Italien. Unter solchen Umständen mußte wohl der Friede für Napoleon wünschenswerth sein, und er konnte diesmal das kaiserliche Wort nicht erfüllen: „er werde Italien bis zur Adria befreien."

Im November 1859 folgte dem Waffenstillstande von Villafranca der Züricher Friede (mit Sardinien), durch Frankreichs Vermittlung abgeschlossen. Alle Hauptfragen wurden zum Nachtheile Oesterreichs entschieden: dieses verlor die Lombardei bis an den Mincio mit ungefähr 3/5 seiner italienischen Bevölkerung, welche die Volkszahl des tödtlich gehaßten Nachbarstaates vermehrten; von seiner ursprünglichen Geldforderung als Betheiligung der Lombardei sowohl an der lombardisch-venetianischen Schuld, als an der Gesammtschuld des Staates erhielt es nur den sechsten Theil (60+40 Mill. Frcs.); sein Besatzungsrecht in Ferrara, Comacchio und Piacenza mußte es aufgeben. In einem harmlosen Artikel des Vertrages wurden die Rechte der Mitverbündeten Oesterreichs, des Großherzogs von Toscana, der Herzöge von Modena und Parma „vorbehalten".

---

46. Die Kämpfe in Mittel- und Unter-Italien, 1860—1862.

(Nach C. Wernicke, die Geschichte der Neuzeit, bearbeitet vom Herausgeber.)

Mit dem Züricher Frieden war keine der Parteien in Italien befriedigt: Sardinien mußte die Hoffnung auf Venetien aufgeben, der Rückkehr der vertriebenen Fürsten von Toscana und Modena setzte die Bevölkerung die Proclamation ihrer Absetzung entgegen. In Bologna erklärte eine Nationalversammlung (6. Sept 1859), daß sie die weltliche Herrschaft des Papstes nicht mehr anerkenne und trug dem Könige Victor Emanuel die völlige Vereinigung der Provinz mit Sardinien an; Napoleon forderte den Papst auf, freiwillig auf die abgefallenen Provinzen zu verzichten, was dieser entschieden ablehnte. Durch Volksabstimmungen erklärten sich (11. und 12. März 1860) Toscana, Modena, Parma und die sog. Emilia (im nördlichen Kirchenstaate) für den Anschluß an Sardinien und als Gegen-

gewicht gegen dessen Vergrößerung, erhielt Frankreich (April 1860) das Stammland der Dynastie, Savoyen, nebst der Grafschaft Nizza.

Gleichzeitig war ein Aufstand in Sicilien (in Palermo am 4. April, in Messina am 8. April) ausgebrochen gegen den trotz aller Warnungen der Großmächte fortdauernden, strengen Absolutismus der neapolitanischen Regierung, in welcher der junge König Franz II. seinem Vater Ferdinand II. (22. Mai 1859) gefolgt war. Die Aufrührer wurden von den königlichen Truppen aus den Städten gedrängt und zogen sich ins Innere zurück. Diesen Aufstand benutzte Garibaldi, um die Einheitsbestrebungen auch im Süden Italiens zu verbreiten. Am 5. Mai 1860 schrieb er Victor Emanuel, er habe seinen Brüdern in Sicilien nicht den Rath zum Aufstande ertheilt; da sie sich aber erhoben hätten, so zögere er nicht, die Leitung der Erhebung zu übernehmen; erreiche er seinen Zweck, so werde er stolz darauf sein, die Krone des Königs mit einem neuen Juwel zu schmücken. In der folgenden Nacht verließ er mit mehr als 1000 Freiwilligen Genua, zum Schein ohne Wissen und gegen den Willen der sardinischen Regierung, und landete am 11. unter dem Schutze zweier englischer Corvetten bei Marsala an der Westküste Siciliens, zog die zerstreuten Schaaren der Insurgenten an sich und unternahm, durch fortwährende Zuzüge verstärkt, die Belagerung von Palermo gegen die fünffach überlegene Macht (25,000 Mann) des Generals Lanza, welche den Hafen und alle festen Punkte der Stadt in Besitz hatte. Aber das Volk in der Stadt erhob sich für Garibaldi. Vergebens begannen die Citadelle und die (8) Kriegsschiffe im Hafen ein furchtbares Bombardement, welches einen großen Theil von Palermo in einen Trümmerhaufen verwandelte. Lanza mußte capituliren und sich mit allen Truppen nach Neapel einschiffen, ebenso General Clary, der Befehlshaber von Messina.

Nachdem Garibaldi die Eroberung Siciliens vollendet hatte, ging er, ungehindert durch die in der Meerenge kreuzende neapolitanische Flotte, mit 5000 Mann nach dem Festlande von Neapel über. Ueberall flohen die königlichen Truppen oder gingen zu ihm über, überall erhob man die Fahne der Revolution mit dem Rufe nach einem einigen Italien. Dem Könige Franz II., der zu spät ein freisinniges Ministerium berufen und die Verfassung von 1848 hergestellt hatte, blieb nichts übrig, als seine Hauptstadt zu verlassen und sich unter dem Schutze einer kleinen spanischen Escadre nach Gaeta einzuschiffen. Nur eine neapolitanische Fregatte begleitete ihn, alle übrigen zur Flotte gehörigen Schiffe, die im Hafen lagen, hatten sich geweigert, ihren König aufzunehmen. Am folgenden Tage (7. September) traf mit einem Extrazuge Garibaldi in Neapel ein, wie immer in einer rothen Blouse, den Filzhut auf dem Haupte; das Volk empfing ihn mit allgemeinem Jubel, von allen Häusern wehte die dreifarbige Fahne mit dem savoyschen Kreuz, drei Tage lang dauerten die glänzendsten Feste. Garibaldi übernahm, wie in Sici-

lien, die Dictatur im Namen Victor Emanuel's, „des Königs von Italien“, behielt den Minister des Innern, Liborio Romano, der schon vor seiner Ankunft mit ihm in Verbindung getreten, bei und überwies alle neapolitanischen Kriegs- und Handelsschiffe dem vom Admiral Persano befehligten Geschwader des „Königs von Italien“, welches bereits vor Neapel lag. Von einer sofortigen Annexion Neapels und Siciliens an Sardinien wollte er nichts wissen, erst in Rom, auf der Höhe des Quirinals, sollte das Königreich Italien proclamirt werden. Dort aber standen noch immer die französischen Truppen zum Schutze des Papstes, und Cavour wollte auf jede Weise einen Conflict mit Frankreich vermeiden, auch den Dictator nicht zu mächtig werden lassen.

Inzwischen waren im Kirchenstaate allenthalben Aufstände ausgebrochen und provisorische Regierungen eingesetzt worden, die den Schutz des Königs von Sardinien anriefen. Die sardinische Armee rückte in zwei Abtheilungen in den Kirchenstaat ein: ein Corps unter Fanti besetzte Umbrien, das andere unter Cialdini vertrieb in wenigen Tagen die päpstlichen Truppen aus den Marken und rückte nach Ancona vor. Um den Besitz dieser Festung entspann sich ein blutiges Gefecht (18. Sept.) bei Castelfidardo mit dem General Lamoricière, der die päpstlichen Truppen reorganisirt hatte. Nach kurzem Kampfe wurde das päpstliche Heer zersprengt, Lamoricière warf sich mit wenigen Begleitern nach Ancona, wo er schon am 29. September capituliren und sich mit der 7500 Mann starken Besatzung kriegsgefangen geben mußte.

Franz II. stellte sich nun selbst an die Spitze der ihm noch treu gebliebenen Truppen und griff Garibaldi an, der sein Hauptquartier in Caserta hatte, erlitt aber eine vollständige Niederlage. Auch Victor Emanuel erschien persönlich mit piemontesischen Truppen im Königreiche Neapel und besetzte die Provinz Terra di Lavoro, welche Franz II. bisher noch behauptet hatte. Mit ihm vereinigte sich Garibaldi, sie nahmen Capua nach kurzer Belagerung, schlossen Franz II., nachdem dessen Heer auf römisches Gebiet übergetreten, in Gaeta ein und hielten gemeinschaftlich einen feierlichen Einzug in Neapel, wo der Minister des Innern dem Könige das Resultat der am 21. Oct. erfolgten allgemeinen Volksabstimmung zu Gunsten der Annexion überreichte und der Dictator seine bisherige Gewalt in die Hände des Königs niederlegte, da auch die Marken und Umbrien sich durch Volks-Abstimmung für den Anschluß an das Königreich Italien erklärt hatten. In einer Proclamation nahm Garibaldi von seinen Waffengefährten Abschied und versprach bald wieder zu kommen, um mit „den Soldaten der italienischen Freiheit“ ihre Brüder (in Rom und Venetien) von der Herrschaft der Fremden zu befreien. Jede Auszeichnung, jede Belohnung zurückweisend, vielmehr mit geliehenem Gelde die Ueberfahrt bestreitend, zog er sich in die Einsamkeit seines kleinen Landgutes auf der Insel Caprera an der

Nordküste Sardiniens zurück. Der einzige Punkt, der Franz II. von seinem Reiche noch übrig geblieben, die Festung Gaeta, hielt, so lange eine französische Flotte im Hafen lag, angeblich um den Rückzug des Königs zu decken, die Belagerung von der Landseite aus. Erst als der Kaiser Napoleon, von England gedrängt, welches bis dahin allein das neue Königreich Italien anerkannt hatte, seine Flotte zurückrief und die (ehemals) neapolitanische an ihre Stelle trat, ward die Festung, in der auch Krankheiten, so wie Mangel an Lebensmitteln und Munition sich eingestellt hatten, gezwungen, zu capituliren (13. Februar 1861). Der König schiffte sich mit seiner Gemahlin (Maria von Baiern), die heldenmüthig alle Gefahren und Drangsale der Belagerung mit ihm getheilt hatte, auf einem französischen Dampfschiffe ein und landete in Terracina, wo seiner eine französische Dragoner-Abtheilung wartete, die ihn nach Rom begleitete.

Victor Emanuel eröffnete am 18. Februar 1861 das erste „italienische Parlament" und nahm mit dessen Genehmigung den Titel eines „Königs von Italien" an. Doch war das ruhige Bestehen des Königreiches noch keineswegs gesichert, namentlich strebte man in Neapel mehr nach Selbständigkeit des eigenen Landes als nach der Einheit Italiens. Diese Stimmung suchten sowohl Franz II. als der Prinz Lucian Murat, der wiederholt als Prätendent auf den Thron von Neapel auftrat, in ihrem Interesse zu benutzen. Der erstere organisirte kleinere und größere Banden, angeblich irreguläre Truppen in seinem Dienst, die aber in Wirklichkeit nichts anders als Räuberbanden waren, in der Basilicata (dem ehemaligen Lucanien) einen förmlichen Guerillakrieg eröffneten, Dörfer und Städte überfielen und die Fahne der Bourbonen aufpflanzten. Noch lästiger für das Land als diese royalistischen Räuberbanden war die Camorra, eine geheime Verbindung zu räuberischen Zwecken, deren Mitglieder durch Terrorismus in den Spielhäusern einen Antheil am Gewinn, von den Victualienhändlern einen Tribut u. s. w. zu erpressen wußten, weil man sich vor ihrem Dolche fürchtete oder sich ihren Schutz sichern wollte. Dazu kamen die republikanischen Bestrebungen der Mazzinisten, welche namentlich die Arbeitervereine für ihre Zwecke zu gewinnen suchten. Bald traf Staat und Volk ein unersetzlicher Verlust durch den Tod Cavour's (6. Juni 1861), der, wenn man auch die Wahl seiner Mittel nicht immer billigen mag, jedenfalls seinem Streben ein hohes Ziel gesteckt und mit großer Klugheit alle Hindernisse zu überwinden verstanden hatte. Sein Nachfolger Ricasoli ließ durch den General Cialdini das immer mehr um sich greifende Brigantenwesen in Neapel mit aller Entschiedenheit bekämpfen, bis Kaiser Napoleon gegen die Grausamkeit der italienischen Truppen Einspruch erheben ließ. Dessen Nachfolger Ratazzi (1848 Unterrichts-Minister, unter Cavour erst Justiz-Minister, dann Minister des Innern) erklärte die Versöhnung aller Parteien für das Wichtigste und suchte die sog. Actionspartei dadurch zu gewinnen, daß er die

Reste der ehemaligen Freiwilligen Garibaldi's mit der regelmäßigen Armee verschmolz. Diese Maßregel genügte der revolutionären Partei nicht, und Garibaldi glaubte selbst die Lösung der römischen Frage in die Hand nehmen zu müssen. Unbeirrt dadurch, daß die Regierung in Turin sein Unternehmen für Rebellion erklärte und ein Heer nach Süditalien entsandte, erschien er auf Sicilien, sammelte in Catania etwa 3000 Freiwillige um sich und landete in Calabrien. Bei einem Zusammenstoß mit dem Oberst Pallavicino bei Aspromonte (29. August 1862), den Garibaldi vergebens zu vermeiden gesucht hatte, wurde er am rechten Fußgelenk gefährlich verwundet und mußte sich mit den Seinigen ergeben. Sein Geschick erregte nicht nur in Italien, sondern auch in anderen Ländern die allgemeinste Theilnahme, und die Regierung sah sich genöthigt, ihn und seine Genossen, mit Ausnahme der Deserteurs von Heer und Flotte, zu entlassen. Lange schwebte er in Lebensgefahr, bis es endlich einem französischen Arzte in Pisa gelang, die Kugel aus der Wunde zu ziehen. Im December schiffte sich Garibaldi, geistig und körperlich gebrochen, wieder nach Caprera ein*).

Nach der Besiegung Garibaldi's glaubte die Regierung in der römischen Frage entschiedener vorgehen zu können, und forderte von Frankreich die Räumung Roms; doch erst am 15. September 1864 kam ein darauf bezüglicher Vertrag zu Stande, worin Frankreich versprach, seine Truppen allmählich und längstens binnen zwei Jahren aus Rom zurückzuziehen, wogegen Italien sich verpflichtete, das dem Papste noch gebliebene Gebiet (Rom mit der Comarca, die Provinzen Viterbo, Civita-Vecchia, Velletri und Frosinone — im Ganzen 214 Quadratmeilen mit 700,000 Einwohnern) nicht anzugreifen und gegen jeden Angriff von außen zu schützen, auch einen verhältnißmäßigen Theil der Staatsschuld zu übernehmen. In einem besondern Protokoll ward von Victor Emanuel die Verlegung seiner Residenz zugesagt. Die Kunde von der Abschließung des September-Vertrages rief in Turin gewaltige Aufregung hervor, die zu blutigen Straßentumulten führte. Das Ministerium (Minghetti) ward entlassen und durch General Lamarmora (Präfect von Neapel 1862) ein neues Ministerium gebildet, welchem das Parlament die Verlegung der Hauptstadt nach Florenz mit großer Majorität bewilligte. Seit dem April 1865 bewohnt der König Florenz als Residenzstadt, und im October 1865 verließen die ersten französischen Truppen Rom.

---

*) Ein charakteristisches Zeichen der Stimmung unserer Zeit sind die zahlreichen und mannichfaltigen Huldigungen für Garibaldi: er ist zum Ehrenbürger von 90 Städten, Flecken und Dörfern ernannt worden, zum Ehrenpräsident von 120 Gesellschaften, er besitzt 21 Ehrendegen, worunter 11 vom Auslande, und hat über 2000 Adressen erhalten. Etwa 2000 Knaben sind auf seinen Namen getauft worden.

47. Die zweite und dritte Verfassungskrisis in Oesterreich, 1860—1865.

(Nach „Unsere Zeit. Deutsche Revue der Gegenwart", bearbeitet vom Herausgeber.)

Nach dem Abschlusse des Waffenstillstandes von Villafranca hatte der Finanz-Minister Bruck in einer dem Kaiser übergebenen Denkschrift zuerst einen weitgehenden Systemwechsel für nothwendig erklärt. Diese Denkschrift soll beim Kaiser eine ausnehmend günstige Aufnahme gefunden haben; aber bei den einflußreichen Persönlichkeiten, welche die österreichische Regierungsweise, statt in neue Bahnen, möglichst in die alten zurückführen wollten, erregte sie nur Anstoß, und Bruck's Gegner, besonders die Schutzzöllner, jubelten, als seine letzte Finanzmaßregel, die Anleihe vom 22. März 1860, fast gänzlich mißlang, indem diese statt 200 Mill. Fl. nicht viel über 76 Mill. einbrachte. Als er nun am 23. April seinem Leben durch Selbstmord ein Ende machte, brachte man seinen plötzlichen Tod in ursächlichen Zusammenhang mit Processen wegen Unterschleifs bei den Lieferungen für die Armee. Diese Untersuchungen hatten bereits ein Opfer gefordert, den General Eynatten, der sich im Gefängnisse entleibte. Die amtliche „Wiener Zeitung" bezeichnete den Finanz-Minister als „Zeugen und Mitbeschuldigten" im schwebenden Processe des Creditanstalt-Directors Richter, der beschuldigt war, durch schlechte Qualität und unzureichende Quantität des Gelieferten die tapferen Soldaten im italienischen Feldzuge dem Hunger Preis gegeben zu haben. Eine Ehrenrettung Bruck's, für dessen Schuld sich nicht der geringste Beweis finden wollte, erfolgte später in Form eines kaiserlichen Handschreibens an seine Witwe, worin die treue Amtsverwaltung des Verblichenen gerühmt wurde.

Der erste Schritt zu einer Verfassungsreform war die Verstärkung des (im Jahre 1849 gebildeten) Reichsrathes (5. März 1860) um eine ansehnliche Anzahl von Mitgliedern und die Zusicherung seiner periodischen Berufung zur Feststellung des Budgets, so wie zur Berathung von Gesetzentwürfen und der Vorlagen für die in Aussicht gestellten Landesvertretungen. Die erste Session des „verstärkten Reichsrathes" (Juni bis September 1860), dessen (58) Mitglieder eine Notablen-Versammlung des Adels und der Geistlichkeit mit spärlicher Vertretung des Bürgerthums darstellten, beschäftigte sich vorzugsweise mit den financiellen Zuständen der Monarchie, deren Berathung auch zu positiven, freilich wenig bestimmten Vorschlägen zur Verbesserung der Lage führte. Die Majorität des Reichsrathes forderte, an die (längst überwundenen) historischen Zustände der einzelnen Kronländer anlehnend und mit besonderer Rücksicht auf die Wünsche der Ungarn, Anerkennung der Autonomie der einzelnen Länder in der Verwaltung und inneren Gesetzgebung. Auch die Re-

gierung entschied sich in diesem Sinne: das sog. kaiserliche October-Diplom (vom 20. October 1860) enthielt den Bruch mit der Bach'schen Centralisation durch die ausgesprochene Scheidung der Regierungsgeschäfte und der Gesetzgebung in Reichs- und Länder-Angelegenheiten, und zwar in den zur ungarischen Krone gehörigen Ländern im Sinne ihrer frühern Verfassungen, in den übrigen Theilen der Monarchie in Gemäßheit ihrer (noch zu erlassenden) Landesordnungen. Als diese veröffentlicht wurden, befriedigten sie keineswegs, da sie auf altständischer Grundlage ruhten, daher dem erbeingesessenen Adel und dem Prälatenstande den Hauptantheil an der Gesetzgebung zuerkannten. Der erste Sturm, der sich allseitig gegen sie erhob, wurde durch Verbesserung des angeblichen Druckfehlers (!) „berathende" Landtage — in „mitwirkende" beschwichtigt. Aber auch so befriedigte das Diplom in Ungarn noch weniger als in den westlichen Provinzen, denn dort stellte man sich auf den Rechtsboden von 1848 mit einem selbständigen ungarischen Ministerium und verweigerte sowohl Steuern als Rekruten. Die Comitate zeigten nicht übel Lust, den Kaiser Franz Joseph abzusetzen, indem sie die Abdankung Kaiser Ferdinand's ignorirten. Daher kamen die Centralisations-Ideen am Hofe wieder zu Ehren und die Macht der öffentlichen Meinung brachte v. Schmerling ins Ministerium des Innern (13. Decbr. 1860). Dieser hatte durch seinen Austritt aus dem Cabinet Schwarzenberg-Bach und seine bleibende Entfernung von den Staatsgeschäften während der Bach'schen Periode des Absolutismus sich ein gutes Andenken — wenn auch nicht beim Hofe — bewahrt. Die Einen erblickten in ihm den Retter der monarchischen Einheit, die Anderen den Erlöser vom Drucke einer fremden Nationalität, die Dritten eine Bürgschaft für den Schutz der Interessen der Bildung. Alle diese Erwartungen gingen nicht in Erfüllung. Er behielt vielmehr die Verwaltungspraxis und die Aemter-Organisation der Bach'schen Reactions-Periode bei.

Damals machten sich im Schooße der Regierung zwei Ansichten geltend: die eine wollte vor Allem einen Ausgleich mit den Ungarn, die andere die deutsch-slawischen Reichstheile durch Concessionen so weit gewinnen, daß sie gemeinschaftliche Sache mit der Regierung machten. Der Minister v. Schmerling zog den letzteren Versuch als den leichteren vor. Durch ein Gesetz über die Reichsvertretung, insgemein als Februar-Patent (vom 26. Februar 1861) bezeichnet, welches der Form nach als die Ausführung des October-Diploms gelten sollte, indem es, wie dieses, Reichs- und Länder-Angelegenheiten unterschied, wurde neben dem bisherigen allgemeinen Reichsrathe ein sog. engerer Reichsrath (ohne die Ungarn) eingesetzt, zur Entscheidung der bloß den deutsch-slawischen Erbländern gemeinsamen Angelegenheiten. Die gemeinsame Behandlung solcher Angelegenheiten durch den Reichsrath ohne die Ungarn war im October-Diplom als Vorbehalt des Kaisers, im Februar-Patent aber als Regel ausge-

sprochen. Der allgemeine Reichsrath wurde jetzt ein förmliches Parlament mit zwei Kammern: einem Herrenhause, aus Mitgliedern, deren Ernennung sich die Krone vorbehalten hatte, und einem Abgeordnetenhause, bestehend aus 343 durch die Landtage der einzelnen Kronländer aus ihrer Mitte gewählten Mitgliedern. Der ungarische Landtag aber wollte sich eine Unterordnung unter einen Reichsrath in Wien nicht gefallen lassen.

Dem zufolge tagten nun im Frühjahre 1861 der Reichsrath in Wien und der ungarische Landtag in (Ofen, dann, wie 1848, in) Pesth neben einander. Im Abgeordnetenhause des Reichsrathes waren die Deputirten aus Ungarn, Siebenbürgen, Kroatien, Venetien nicht erschienen. Auch unter den Anwesenden zeigte sich schon bei der Adreßdebatte der Gegensatz zwischen zwei Parteien: die Majorität, in Uebereinstimmung mit der Regierung, betrachtete sich als Vertreter des Gesammtreiches, die Minorität (Böhmen, Galizien) behauptete, als von den Landtagen gewählt, hätten sie nur ihre Länder zu vertreten, deren Autonomie durch die schwankenden Stimmungen der Reichsraths-Majorität gefährdet werden könne, wenn diese Landesinteressen als Reichsinteressen behandle, da die grundgesetzlichen Bestimmungen über den Wirkungskreis der verschiedenen Vertretungskörper eine mehrfache Deutung zuließen. Der ungarische Landtag verlangte vor Allem die Anerkennung der Gesetze von 1848, obgleich er in deren Sinne nicht einmal der legale Landtag war, denn die Vertreter aus Siebenbürgen und Kroatien, wie sie das Gesetz vom Jahre 1848 erheischt, fehlten. Da also weder eine Beschickung des Reichsrathes, noch eine Anerkennung des Februar-Patents zu erwarten war, so ward der Wiener Reichsrath zum engern erklärt (5. Juni 1861), und bald nachher die Anerkennung der 1848er Gesetze entschieden abgelehnt, denn die von den Ungarn behauptete „Rechtscontinuität“ sei durch die Revolution verwirkt worden. Der ungarische Landtag wiederholte die Forderung der Anerkennung der 1848er Gesetze und protestirte im voraus gegen alle financiellen und anderen Beschlüsse, welche der Reichsrath für die Gesammtmonarchie fassen würde. Darauf ward der Landtag aufgelöst; eben so, um jede Spur verfassungsmäßiger Wirksamkeit dort auszutilgen, die Stadt- und Comitatsvertretungen suspendirt, die Verwaltung den gewählten Beamten entzogen und Werkzeugen der Regierung übertragen. Aber nicht allein in Ungarn war ein gänzlicher Stillstand der Gesetzgebung eingetreten, sondern auch der Wiener Reichsrath, dessen Majorität der Regierung treu zur Seite stand, ging den wichtigsten Fragen des staatlichen Lebens scheu aus dem Wege und beschränkte seine Thätigkeit fast auf Finanzfragen und Besteuerungs-Angelegenheiten, zu welchem Zwecke (Behandlung des Budgets) er sich (December 1861) abermals die Befugnisse des Gesammtreichsrathes Seitens der Regierung übertragen ließ und auch von einem siebenbürgischen (auf Grund octroyirter Wahlordnungen berufenen) Landtage beschickt wurde.

Die Machtlosigkeit einer Versammlung, welche nicht viel mehr als das halbe Reich vertrat und nur durch einen Machtspruch der Regierung zum Vertreter des ganzen befördert war, mußte die Nothwendigkeit der Aussöhnung mit der andern Reichshälfte immer dringlicher erscheinen lassen. Die Lösung der ungarischen Frage wurde sowohl diesseit der Leitha vom Reichsrathe als Lebensbedürfniß des Staates betont, als jenseit der Leitha durch freundlicheres Entgegenkommen der Ungarn eingeleitet. Anfangs Juni 1865 that der Kaiser selbst durch eine Reise nach Pesth den ersten Schritt, um die Ungarn zu gewinnen. Dem glänzenden Empfange in Pesth folgte bald nach der Rückkehr des Kaisers die Entlassung des ungarischen Hofkanzlers (Zichy) und mit der Berufung des Grafen v. Mailáth, dem alle ungarischen Parteien ihr Vertrauen schenkten, der Sturz des Schmerling'schen Centralisations-Systems, welches ein stetes Hinderniß des Ausgleichs mit den Ungarn gewesen war. Nach einer vierwöchentlichen Krisis trat Graf Belcredi an die Spitze des österreichischen Ministeriums, in welchem Graf Mensdorff-Pouilly (für das Aeußere) verblieb. Am 27. Juli 1865 erfolgte der Schluß des Reichsrathes, am 20. Septbr. die „Sistirung" der Februar-Verfassung und die Ankündigung der bevorstehenden Landtagsberufungen Behufs Vereinbarung eines neuen Verfassungswerkes auf Grundlage einer Modificirung der verschiedenen Grundgesetze, d. h. der ungarischen Gesetze von 1848, des October-Diploms und des Februarpatentes.

So hat denn derjenige Staat, welcher seit Menschengedenken als die verkörperte Stabilität galt, in der jüngsten Zeit nur die beständigen Verfassungs-Veränderungen als das Bleibende und regelmäßig Wiederkehrende aufzuweisen*).

---

48. Preußen seit der Verleihung der Verfassung, 1848.

(Nach William Pierson, Preußische Geschichte, und R. Haym's „Preußische Jahrbücher", bearbeitet vom Herausgeber.)

a. Unter Friedrich Wilhelm IV.

Als König Friedrich Wilhelm IV. am 5. December 1848 die „Versammlung zur Vereinbarung der preußischen Verfassung" schloß, verlieh er zugleich seinem Staate eine Verfassung, welche von dem

*) Vgl. A. Springer in den Preuß. Jahrbüchern, 1865, S. 595 ff.

historischen Recht, von der Gliederung nach Ständen, von den Vorrechten des Adels keine Spur enthielt. Wie sehr auch die kleine, aber mächtige Partei, welche den König zur Auflösung der National-Versammlung ermuthigt hatte, zur einfachen Umkehr zu den Zuständen vor 1848, zur Wiederherstellung des monarchischen Absolutismus und der aristokratischen Vorrechte hindrängte, so erlaubte doch dieselbe Scheu vor formellem Rechtsbruch, die den König zur Ablehnung der deutschen Kaiserkrone bewogen hatte (s. S. 380), es ihm nicht, die Constitution, die er kaum erst gegeben, wieder zurückzunehmen. Er beschloß daher, dieselbe so zu gestalten, daß dabei eine starke Monarchie bestehen bleibe. Da die Actionspartei ihre Macht auf die besitzlose Klasse stützte, so galt es, den Besitzenden in der Volksvertretung die Mehrheit zu sichern, denn sie schienen die natürlichen Verbündeten der Krone zu sein. Daher schied ein neues Wahlgesetz für die zweite Kammer (vom 30. Mai 1849) die Urwähler nach Maßgabe ihres Steuerbetrages in drei Klassen, erkannte einer jeden Klasse die gleiche Zahl von Wahlmännern zu und hielt diese mittelbaren Wahlen dadurch der Controle des Staates und der Besitzenden offen, daß es die Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Abstimmung vorschrieb. Die demokratische Partei lehnte es ab, auf Grund des Dreiklassensystems zu wählen, und die Folge ihres passiven Widerstandes war, daß der neue Landtag, der am 7. August 1849 (also bald nach Unterdrückung der badischen und pfälzischen Revolution) zusammentrat, bei der Revision der octroyirten Verfassung die wesentlichsten demokratischen Elemente aus derselben entfernte. Doch enthielt auch die revidirte Verfassung, welche am 31. Januar 1850 als preußisches Staatsgrundgesetz verkündet und am 6. Februar vom Könige vor den vereinigten Kammern beschworen wurde, noch immer ein beträchtliches Maß von Volksfreiheit. Einzelne wichtige Bestimmungen waren der Zukunft vorbehalten: namentlich fehlte noch ein Unterrichtsgesetz, ein Gesetz über die Verantwortlichkeit der Minister, eine Gemeindeordnung und ein Gesetz über die Bildung der ersten Kammer.

Der weitere Ausbau der Verfassung geschah nun unter dem Ministerium Manteuffel-Westphalen mit Hülfe der conservativen Majorität des Landtages, der ein kleines Häuflein von Altliberalen (v. Schwerin, v. Patow, v. Vincke u. s. w.) entgegenstand, in keineswegs liberalem Sinne: die politischen Processe wurden den Geschworenen entzogen, welche über Staatsverbrechen nicht einerlei Meinung mit der Regierung bekundet hatten (wie im Processe Waldeck's); der Cultus-Minister v. Raumer setzte die drei von Stiehl ausgearbeiteten „Regulative" durch, welche für die Volksschule eine streng religiös-conservative Grundlage herstellten; denn, sagte Stahl, der Professor des Staatsrechts, „wer die Schule hat, hat die Zukunft".

Auf die bald nach Beschwörung der Verfassung erlassene liberale Gemeinde-, Kreis-, Bezirks- und Provincial-Ordnung (vom 11. März 1850), die geeignet war, die letzten Reste des Feudalstaates zu be-

seitigen, geschah schon nach einem Jahre (am 4. März 1851) ein Angriff nicht von der Regierung, sondern von der ersten Kammer, der eine Suspension der Gemeinde-Gesetzgebung zur Folge hatte (Juni 1852). Es entspann sich nun ein 5jähriger parlamentarischer Kampf über die von der Regierung vorgelegten neuen Gesetzentwürfe, deren Abänderung, Zurückziehung und Wiedervorlegung in veränderter Gestalt. Die Regierung wurde aus einer Vertheidigerin zur Gegnerin ihrer eigenen Gesetzgebung. Der Widerstand der zweiten Kammer, schon bisher immer schwächer, wurde durch die Neuwahl des Abgeordnetenhauses im October 1855 völlig gebrochen. Der Minister des Innern, zu dessen Wirkungskreis die Anordnung der Wahlen gehört und in dessen Hände seit dem Frühjahre 1851 die alleinige Leitung der innern Politik allmählich übergegangen war, hatte alle ihm zu Gebote stehenden Mittel zur Beeinflussung und Leitung der Wahlen (anderweitige Zusammensetzung vieler Wahlbezirke, Einwirkung auf die Beamten und auf die durch Concessionen von der Regierung abhängigen Gewerbtreibenden) in Bewegung gesetzt. Das Ergebniß der Wahlen lohnte die aufgebotene Mühe: das neue Haus zählte unter 352 Abgeordneten 215 active Beamte (72 Landräthe). Ihm zur Seite stand das durch königliche Verordnung vom 12. October 1854 neugebildete „Herrenhaus", welches überwiegend aus conservativen und aristokratischen Elementen zusammengesetzt war; denn es bestand fortan aus den königlichen Prinzen, aus 49 erblichen Herren (mediatisirten und anderen vornehmen Grundbesitzern), 17 hohen Kronbeamten, 3 protestantischen Domstifts-Vertretern, 8 von den Grafenverbänden, 11 von den vornehmen ansässigen Adelsfamilien, 75 von dem „alten und befestigten" Grundbesitz, 6 von den Universitäten und 28 von den größern Städten auf Lebenszeit Bestallten und einer Zahl königlicher Vertrauensmänner, welche die Krone jeder Zeit nach Belieben vermehren konnte. Die erste Kammer erhielt (durch Gesetz vom 30. Mai 1855) den Namen „Herrenhaus", während die zweite „das Haus der Abgeordneten" hieß. Dieses, damals im Wesentlichen ein ministerielles Haus, stellte die gutsobrigkeitliche Gewalt der Rittergüter wieder her und beschloß Gemeinde-Ordnungen für die 6 östlichen, wie für die beiden westlichen Provinzen, welche der Bevormundung durch die Regierungs-Organe den weitesten Spielraum gewährten.

Dagegen fand das Ministerium mit seiner Forderung neuer Steuern theils zur Verbesserung der Beamtengehälter, theils zur Wiederherstellung der dreijährigen, früher beschränkten, Präsenzzeit der Mannschaften des stehenden Heeres bei den Fahnen einen unerwarteten Widerstand, indem die parlamentarische Opposition der Linken nachwies, daß es noch andere, natürliche und zweckmäßige Mittel zur Deckung der Staatsbedürfnisse gebe, als die Einführung neuer Steuern, — die ständische Opposition der äußersten Rechten aber vor Allem die Interessen des eigenen Standes berücksichtigte und z. B. in der vorgeschlagenen Gebäudesteuer schon einen Anfang der ihr verhaßten

Grundsteuer-Ausgleichung sah (während die Linke darin umgekehrt eine Umgehung der verheißenen Ausgleichung erblickte)*).

Auch der Versuch, die seit 1848 verlorene preußische Landeshoheit im Canton Neuenburg herzustellen, mißlang. Eine kleine royalistische Partei unter den Neuenburgern, geführt von dem alten Grafen Pourtalès, pflanzte im September 1856 das hohenzollern'sche Banner auf, wurde aber von den Republikanern leicht bezwungen, und als der König mit Krieg drohte, deutete Frankreich an, daß es die Schweizer unterstützen werde, und auch Oesterreich nahm eine feindliche Haltung an. Daher entschloß sich der König, sein Land nicht für seine rein persönlichen Interessen (denn die Landeshoheit in Neuenburg war ein persönliches Besitzthum) in einen schweren Krieg zu stürzen, sondern verzichtete auf Neuenburg (1857). Nicht durch Personal-Union, sondern durch förmliche Einverleibung wurden die beiden Fürstenthümer Hohenzollern-Sigmaringen und -Hechingen mit dem preußischen Staatsgebiet verbunden (1849), welche die bisherigen Besitzer gegen ein Jahrgehalt abtraten.

Eine glänzende Lichtseite der Regierung Friedrich Wilhelm's IV. bildet das, was er für die geistigen Interessen der Nation that. Er sammelte die vorzüglichsten Meister der Kunst um sich, ehrte sie und sich durch seine Freundschaft. Berlin und Düsseldorf wurden die Sitze berühmter Malerschulen, Peter von Cornelius und Kaulbach vom Auslande herbeigezogen; die Bildnerei schuf unsterbliche Werke, die, wie Rauch's Reiterstatue Friedrich's des Großen, selbst Schadow's (Directors der Akademie der Künste) vortreffliche Leistungen (Brandenburger Thor) noch übertrafen; die Baukunst hielt sich auf der Höhe, die Schinkel ihr gegeben. Allenthalben wandte sich die Fürsorge des Königs der Erhaltung und Wiederherstellung vorzüglicher historischer Monumente zu, wie des Marienburger Ordenshauses und besonders des Kölner Domes, dessen Vollendung unter seinem besondern Schutze (seit 1842) ein Symbol deutscher Einigung sein sollte. Um berühmte Gelehrte zu erobern oder festzuhalten, überwand er oft genug selbst seine politischen und kirchlichen Antipathieen, und so ist es nicht zum geringen Theile sein Verdienst, daß in Preußen die Wissenschaft so würdig vertreten war, wie fast nirgendwo in der Welt. Hier lehrten die (aus Hannover vertriebenen) Brüder Jakob und Wilhelm Grimm, Bopp, Pott als die Begründer der vergleichenden Sprachforschung; Böckh, Lobeck, Welcker, Ritschl als Vertreter der classischen Philologie; Lachman als Kritiker auf dem Gebiete der classischen und altdeutschen Philologie zugleich; Lepsius, der Aegyptologe; Ehrenberg, der Entdecker der Infusorienkunde; Dove, der Begründer der Meteorologie; der Astronom Encke; Karl Ritter, der Vater der vergleichenden Erdbeschreibung; Gräfe, der erste Augenarzt der Welt; als ebenbürtige Genossen Ranke's und Fr. v. Raumer's

*) Die innere Politik vorzugsweise nach den Preußischen Jahrbüchern, 1858.

die Historiker Droysen, Mommsen, Giesebrecht, Duncker, Dahlmann, Leo; hier wirkte Leop. von Buch, einer der ersten Geognosten, und vor Allen Alexander von Humboldt, der Nestor der Naturwissenschaften, die verwaist schienen, als er (6. Mai 1859 in Berlin) starb.

Die evangelische Kirche erhielt eine von der Staatsgewalt unabhängigere Stellung durch Gründung des „evangelischen Oberkirchenrathes“ (1850) als oberster Behörde für die selbständige Verwaltung ihrer Angelegenheiten. Zugleich förderte der König in jeder Weise die Bemühungen der alljährlich anwachsenden Partei, welche in der Nation selbst auf Belebung des christlichen Glaubens drang. Die „innere Mission“ wählte Armen- und Krankenpflege, Gründung von Rettungshäusern und christlichen Erziehungs-Anstalten u. s. w. als Mittel zur Erreichung ihres Zweckes, bei den Erwachsenen beider Geschlechter das christliche Element so zu stärken, wie die Volksschule bei der Jugend. — Handel und Industrie nahmen einen riesenhaften Aufschwung, namentlich seitdem das Vorurtheil gegen den Bau der Eisenbahnen beseitigt war, und der Staat denselben theils selbst übernahm, theils durch Zinsgarantieen unterstützte. Wie die Anlage von Eisenbahnen, so war auch die schnelle Ausdehnung des elektromagnetischen Telegraphen-Netzes wegen der Ueberwindung der großen räumlichen Entfernungen in dem langgestreckten und zerrissenen preußischen Staatsgebiete von besonderem Vortheile. Dazu kam die Erweiterung des Zollvereins durch den Beitritt von Hannover und Oldenburg, die Einführung eines gleichen Landesgewichts, die Beförderung von Associationen, die Vereinbarung eines Münzgesetzes mit den deutschen Regierungen, die Ablösung des Sundzolles u. s. w. Was dem preußischen Seehandel hauptsächlich noch fehlte, war der Schutz einer Kriegsmarine, und für diese ein Nordseehafen. Friedrich Wilhelm IV. machte einen guten Anfang damit, ihm beides zu verschaffen: er ließ in Danzig, Stettin, Stralsund Marine-Etablissements, in Berlin ein Seecadetten-Institut errichten, kaufte die besten Schiffe der im Jahre 1848 entstandenen, aber wieder aufgelösten deutschen Flotte an und ernannte seinen Vetter, den Prinzen Adalbert, zum Admiral der bis auf 57 Fahrzeuge (mit 292 Kanonen) gebrachten jungen Marine. Zugleich erwarb er (für ½ Mill. Thaler) durch Staatsvertrag mit Oldenburg (1853) das Hafengebiet am Jahdebusen.

Im Jahre 1857 verfiel der König, dessen lebhafter und leicht reizbarer Geist durch die Aufregung der letzten 9 Jahre hart angegriffen war, in ein Gehirnleiden und mußte sich von den Geschäften der Regierung zurückziehen. Deren Leitung übernahm sein Bruder, der Prinz von Preußen, am 23. October 1857, zunächst als Stellvertreter, und, da sich die Geistesstörung beim Könige als unheilbar ergab, ein Jahr später (October 1858) selbständig als Regent.

b. Die Regentschaft, 1858—1861.

Friedrich Wilhelm Ludwig, geboren am 22. März 1797, der zweite Sohn Friedrich Wilhelm's III., war in seiner frühesten Jugend (wie er wenige Tage nach dem Tode seines ältern Bruders selbst seinen Generälen gegenüber äußerte) „so viel schwächlicher als sein Bruder, daß nach den Gesetzen der Natur seine Nachfolge auf dem Thron außer aller Berechnung lag“. Als er das Jünglingsalter erreichte, schwanden allmählich jene Spuren der Kränklichkeit, und sein Körper entwickelte sich zu großer Rüstigkeit. Mit dem Kronprinzen erhielt er den ersten Unterricht von dem Geheimenrath Delbrück, und als der Kronprinz zu seiner weiteren Ausbildung dem Oberst v. Gaudi anvertraut wurde, übergab man die Erziehung des Prinzen Wilhelm dem Professor Reimann, später (in Königsberg) dem Major von Pirch und zuletzt dem Major von Minutoli. Beim Beginn des großen Befreiungskrieges 1813 wollte auch Prinz Wilhelm seinen Arm der gerechten Sache widmen, allein der König erlaubte ihm wegen seiner körperlichen Schwäche erst nach der Schlacht bei Leipzig, ihn im Felde zu begleiten, und seitdem blieb er bis zum Einzuge in Paris und bis zur Rückkehr nach Berlin stets in der Nähe des königlichen Vaters und im Verkehr mit den bedeutendsten Persönlichkeiten jener Zeit. Durch die Theilnahme an der Schlacht bei Bar-sur-Aube (27. Februar 1814) erwarb er sich das eiserne Kreuz. Im Jahre 1815 war er auch Zeuge des zweiten Einzuges der Verbündeten in Paris.

Die große Vorliebe für den kriegerischen Beruf, die thätige Betheiligung an allen Zweigen des Dienstes ließen den Prinzen rasch zu den höchsten Aemtern in der Armee emporsteigen (1825 zum General-Lieutenant). Am 11. Juni 1829 vermählte er sich mit der 17jährigen Prinzessin Augusta von Sachsen-Weimar, die ihm 1831 den Kronprinzen Friedrich Wilhelm und 1838 die Prinzessin Louise (jetzt Großherzogin von Baden) gebar. Unmittelbar nach der Thronbesteigung seines kinderlosen Bruders (1840) erhielt er als muthmaßlicher Thronerbe den Titel „Prinz von Preußen“. Beim Ausbruch der Februar-Revolution in Paris (1848) übertrug Friedrich Wilhelm IV. seinem ältesten Bruder die wichtige Stellung eines Wächters des Rheines, indem er ihn (9. März) zum General-Gouverneur der Rheinprovinz und Westfalens ernannte. Aber ehe er dahin abreiste, brach die Revolution in Berlin aus. Die Wuth des Volkes gegen die Armee (s. S. 350) richtete sich auch vorzugsweise gegen den Prinzen von Preußen als den eifrigsten Freund und Beförderer des militärischen Wesens; sein Palast entging nur dadurch der Zerstörung, daß man „National-Eigenthum“ darauf schrieb. Auf den Wunsch des Königs verließ er am 19. März die Hauptstadt und begab sich über Hamburg nach England, von wo er im Juni zurückkehrte. Als Abgeordneter für den Wirsitzer Wahlkreis ge-

wählt, erschien er nur einmal in der Nationalversammlung und sprach seine Uebereinstimmung mit dem vom Könige betretenen Wege aus. Im Jahre 1849 führte er den Oberbefehl über die zwei preußischen Armeecorps, welche den Aufstand in der baierischen Pfalz und im Großherzogthum Baden unterdrückten (s. S. 383 f.).

Sobald der Prinz mit dem Antritte der Regentschaft die selbständige Leitung der Staatsgeschäfte übernommen hatte, entließ er das Ministerium Manteuffel, dessen auswärtige Politik ihm zu wenig energisch schien, und berief (5. November 1858) ein neues, aus Altliberalen, dessen Vorsitz zunächst der General Fürst Anton von Hohenzollern-Sigmaringen erhielt. Das Vertrauen zu „der neuen Aera" war so groß, daß die Neuwahlen zu dem Abgeordnetenhause (im November 1858) unter großer Betheiligung des Volkes entschieden ministeriel ausfielen; selbst die Demokratie, welche inzwischen die Unfruchtbarkeit ihres passiven Widerstandes erkannt hatte, stimmte, ohne eigene Candidaten aufzustellen, für die Gemäßigten. Es kam denn auch bald ein liberaler Geist in die Verwaltung: Presse und Vereine durften sich freier bewegen. Den meisten Dank aber verdiente sich die kurze Regentschaft durch ihr Verhalten dem Auslande gegenüber. Als Oesterreich in dem zweiten lombardischen Kriege, uneingedenk des Tages von Olmütz (s. S. 388), Preußens Hülfe als selbstverständliche Pflicht verlangte, ließ sich der Prinz-Regent durch die Phrase, Deutschland müsse den Rhein am Po vertheidigen, eben so wenig irre machen, als durch die Prophezeiung, nachdem Rußland durch den Krimkrieg, Oesterreich durch den Verlust der Lombardei von Frankreich gedemüthigt worden, werde die Reihe an Preußen kommen. Auf die Nachricht von den großen Niederlagen der Oesterreicher bei Magenta und Solferino (s. S. 450) rüstete er zwar gegen Frankreich und beantragte beim deutschen Bunde die Mobilisirung der deutschen Bundesarmee, aber er nahm auch für sich die Oberleitung des Krieges in Deutschland in Anspruch, den ja hauptsächlich Preußen auszufechten hatte. Oesterreich jedoch zog es vor, den Frieden mit dem Verlust der Lombardei zu erkaufen, als Preußen zu der ihm gebührenden Stellung in Deutschland gelangen zu lassen, und behauptete, es habe jenen ungünstigen Frieden annehmen müssen, weil es von Preußen im Stiche gelassen worden — eine Anklage, die durch Veröffentlichung der Verhandlungen Seitens Preußens leicht widerlegt war.

Die dem zweiten lombardischen Kriege folgende Einigung Italiens zu einem großen Reiche weckte auch in der deutschen Nation wieder die alte Sehnsucht nach Einheit, und Preußen schien hier eine ähnliche Rolle spielen zu müssen, wie Piemont in Italien. Zwar dachte die Masse der Bewohner selbst des kleinsten unter den Kleinstaaten nicht daran, auf ihr politisches Dasein jemals zu verzichten, aber bei unbefangenen Vaterlandsfreunden nicht bloß in Mittel- und Norddeutschland, sondern auch im Südwesten brach sich mehr und mehr

die Ueberzeugung Bahn, Preußen müsse die militärische und diplomatische Führung der Nation übernehmen. Diese Ueberzeugung immer weiter zu verbreiten und für dieselbe mit allen gesetzlichen Mitteln zu wirken, machte sich zur Aufgabe der im Juli 1859 unter R. v. Bennigsen's Leitung gebildete Nationalverein, der seinen Hauptsitz in Coburg wählte und unter der Protection des freisinnigen Herzogs Ernst von Coburg sich in zahlreichen Filialen über Deutschland (mit Ausnahme von Oesterreich und Baiern) verbreitete. Seine Gegner, besonders in Süddeutschland, nahmen von einem mißliebigen Umschwunge in der preußischen Politik den Vorwand, Preußen überhaupt den Beruf zur Einigung Deutschlands abzusprechen.

c. König Wilhelm I., seit 1861.

Am 2. Januar 1861 starb nach schweren Leiden König Friedrich Wilhelm IV. ohne Leibeserben, und so folgte ihm der bisherige Regent als König Wilhelm. Es war das zweite Mal, daß in der Dynastie Hohenzollern ein Bruder dem ältern Bruder folgte (wie 1470 Kurfürst Albrecht Achilles seinem Bruder Friedrich II.).

König Wilhelm begann seine Regierung mit einer umfassenden Reorganisation des Kriegsheeres. Denn ihn leitete die Ueberzeugung, wenn man große Leistungen von Preußens auswärtiger Politik verlange, so müsse man auch die Mittel wollen und die Opfer nicht scheuen, welche eine verbesserte Einrichtung des Heeres erheische. Er selbst war im Militärwesen ergraut, hatte es seit 50 Jahren fast ausschließlich als seinen Lebensberuf angesehen und konnte daher sich für einen competenten Beurtheiler der Vorzüge und Mängel des Heeres halten. Aber bei der Ausführung der Reorganisation, die sein eigenstes Werk war, fand er Widerstand bei der Volksvertretung; selbst der ministeriel gesinnte Landtag von 1858 bis 1861 behandelte jene Einrichtung nur als ein Provisorium und genehmigte die Kosten nur in diesem Sinne. Man wendete gegen dieselbe ein, sie überbürde das Land mit Steuern und schmälere zugleich die Bedeutung der Landwehr. Als nun der König das altliberale Ministerium, welches für die Reorganisation in der zweiten Kammer keine Majorität erwirken konnte, durch ein Ministerium von der Heydt ersetzte, da glaubte die Volkspartei, „die neue Aera" sei zu Ende und die Reaction in vollem Zuge. Allerdings wurde die Handhabung der Preß- und Vereinsgesetze strenger, und da nach der Auflösung des Abgeordnetenhauses die Neuwahlen wieder eine Mehrheit gegen die Reorganisation ergaben, so folgte zuletzt (October 1862) ein Ministerium aus entschiedenen Gegnern des parlamentarischen Regiments, mit Bismarck-Schönhausen (früher preußischer Bundestags-Gesandter) an der Spitze. Inzwischen war die neue Heereseinrichtung thatsächlich durchgeführt, das Linienmilitär durch stärkere Rekrutirung und Heranziehung der ersten Jahrgänge der

Landwehr auf fast die doppelte Zahl seines bisherigen Bestandes gebracht. Außerdem wurden Militär-Conventionen mit Coburg-Gotha, Sachsen-Altenburg, Waldeck geschlossen.

Das Handelsgebiet des Zollvereins erhielt eine sehr bedeutende Erweiterung durch Abschluß eines preußisch-französischen Handelsvertrages (1862) und eines ähnlichen mit Belgien. Nachdem, wie im Westen, so auch im Osten Preußen eine sicherere Stellung gewonnen hatte durch eine Convention mit Rußland (1863) bezüglich des damals im russischen Polen ausgebrochenen Aufstandes, versuchte es die Lösung der schwierigsten Frage, des Verhältnisses zu Oesterreich und zu dem deutschen Bunde. Minister Bismarck hatte schon dem Landtage gegenüber die Aeußerung gethan: die deutsche Frage werde nie durch Reden, sie könne nur durch Blut und Eisen gelöst werden, und in einer diplomatischen Note Oesterreich den Rath gegeben, seinen Schwerpunkt außerhalb Deutschland (in Ofen) zu suchen, wo er sei. Kaiser Franz Joseph antwortete mit einem Reformplan vom 18. August 1863, dem zufolge Oesterreich an Deutschlands Spitze und Preußen auf eine Stufe mit Baiern gestellt werden sollte. König Wilhelm lehnte jede Betheiligung an diesem Plane ab und weigerte sich, dem deßhalb vom Kaiser nach Frankfurt berufenen Fürstentage beizuwohnen.

Der Tod des Königes von Dänemark (November 1863) eröffnete Preußen eine Gelegenheit, durch bewaffnete Einmischung in den bevorstehenden Erbfolgestreit nicht nur den Flecken von Olmütz gänzlich zu tilgen, sondern auch seine Stellung in Norddeutschland, namentlich in Bezug auf seine Marine, wesentlich zu stärken. Aus demselben Grunde konnte Oesterreich die Abtretung der Herzogthümer Schleswig und Holstein vom dänischen Staate nur sehr ungern sehen, und es schien gewiß, daß, wenn Preußen sich dieses Ziel offen stecke, es sowohl bei Oesterreich und den zu ihm haltenden Regierungen, als bei den übrigen Großmächten, die auf Deutschlands Erstarkung eifersüchtig sind, Widerstand finden werde. Dagegen ließen sich bessere Erfolge erwarten, wenn es gelang, Oesterreich als Hülfsmacht ins Feld zu bringen, wodurch jeder Argwohn beschwichtigt werde; andererseits hielt Oesterreich es für vortheilhaft, Preußens Schritte im Norden zu beobachten, und so wurden denn beide deutsche Großmächte Bundesgenossen in dem zweiten Kampfe um Schleswig-Holstein 1864 (s. Nr. 49). Noch ahnete man nicht, daß über die Theilung und Verwaltung der gemeinsam eroberten Herzogthümer ein zwar kurzer, aber äußerst blutiger Krieg (1866) ausbrechen und dieser die Lösung der deutschen Frage zu Gunsten Preußens entscheiden sollte. Das Nähere s. Nr. 60.

---

49. Der zweite Krieg um Schleswig-Holstein, 1864.

(Nach Th. Fontane, der Schleswig-Holsteinische Krieg im Jahre 1864, bearbeitet vom Herausgeber.)

Während der Jahre 1851—1863, die eine schwere Prüfungszeit für die Herzogthümer waren (vergl. S. 399), drangen die sog. Eiderdänen immer energischer auf Verwirklichung ihres Programms: „Dänemark bis zur Eider", also Einverleibung Schleswigs. Als Vorläufer derselben erschien das sog. Märzpatent (vom 30. März 1863), welches die Verfassungs-Verhältnisse Holsteins und dessen künftige Stellung zur übrigen Monarchie ordnete, den Namen Schleswig aber geflissentlich verschwieg. Deutlicher trat die Absicht hervor in einem am 29. September dem Reichstage vorgelegten Entwurf einer neuen gemeinsamen Verfassung für Dänemark und Schleswig. Der Entwurf ward am 13. November angenommen und dadurch die Einverleibung Schleswigs ausgesprochen. Noch fehlte die Unterschrift des Königs, und dieser starb (15. November), ehe er unterzeichnet hatte. Sein Nachfolger Christian IX. unterzeichnete (18. November) die neue Verfassung zögernd und widerwillig — denn die Unterschrift entschied den Krieg mit den deutschen Großmächten, welche, da sie das Londoner Protokoll unterzeichnet hatten, nicht die Erbfolge umstoßen konnten, aber wohl die Incorporation Schleswigs zu hindern sich verpflichtet erachteten. Das Drängen der übermächtigen eiderdänischen Partei in Kopenhagen ließ dem Könige kaum eine Wahl, und er zog es vor, in Folge eines Krieges eine halbe Krone einzubüßen, als in Folge eines Aufstandes die ganze.

Die Mehrzahl der deutschen Mittel- und Kleinstaaten und mit ihnen der deutsche Bund hatten das Londoner Protokoll vom 8. Mai 1852 (s. S. 400) nicht unterzeichnet und also die neue Erbfolge nie anerkannt, daher legten sie alles Gewicht auf die Successions-Frage, mit deren Erledigung in ihrem Sinne die Incorporation von selbst zu Boden fallen mußte. Sie waren daher in der glücklichen Lage, erklären zu können: der Tod Friedrich's VII. hat beide Herzogthümer von Dänemark gelöst, und der nächste Erbberechtigte aus dem Mannesstamme der Oldenburger tritt nunmehr sein Erbe an. Es blieb nur übrig, festzustellen, wer dieser nächste Erbberechtigte sei. Der deutsche Bund beschloß die Execution, und am 23.—25. December rückten 12,000 Mann Sachsen und Hannoveraner in Holstein ein. Die Dänen zogen sich zurück und nahmen Stellung hinter der Eider. Die beiden deutschen Großmächte, welche der Succession zugestimmt hatten, konnten nur die Incorporations-Frage betonen, verlangten daher die Zurücknahme der Verfassung vom 18. November, und als diese dennoch am 1. Januar 1864 für Gesammt-Dänemark publicirt wurde, verließen die Gesandten der beiden Mächte Kopenhagen. Feldmarschall Wrangel forderte den dänischen Oberbefehlshaber de

Meza auf, Schleswig zu räumen und auf dessen Weigerung überschritten die inzwischen nach dem Norden Holstein's vorgerückten österreichisch-preußischen Truppen (45,000 Mann) am 1. Februar die Eider. Eine weiße Binde, welche von allen Soldaten der verbündeten Armee ohne Ausnahme um den linken Oberarm getragen wurde, erinnerte an ein gleiches Erkennungszeichen der Waffenbrüderschaft in den Jahren 1813 und 1814.

a. Das Dannewerk und dessen Räumung.

Das berühmte Dannewerk, ein vielleicht schon im 5. Jahrhundert durch Wall und Graben befestigter Damm, der (etwa 11 Meilen lang und 1 Meile breit), zwischen einem Meeresarm im Osten und dem von Westen her bis in die Mitte des Landes vordringenden Sumpfgebiet, gleichsam eine Brücke aus dem deutschen Süden in den dänischen Norden bildet, hatte seit der Ueberwältigung im Jahre 1848 (s. S. 394) noch eine Reihe von Schanzen und Forts erhalten und war von dem bei weitem größeren Theile der dänischen Armee (25,000 Mann) und mit 80 Geschützen besetzt. Das österreichische Corps nebst den preußischen Garden unternahmen es, das Dannewerk in der Fronte anzugreifen und den Feind hier zu fesseln, während das preußische Corps die Stellung der Dänen im Osten beim Fischerdorfe Missunde an der Schlei „öffnen" sollte. Eine dreistündige Kanonade gegen die Schanzen von Missunde (2. Februar) und ein Versuch, dieselben zu erstürmen, hatten, zum Theil durch Nebel gehindert, keinen anderen Erfolg, als daß man die Stärke der feindlichen Stellung erprobte. Das österreichische Armeecorps unter dem Feldmarschall-Lieutenant Freiherrn v. Gablenz (1814 zu Dresden geboren), der sich früher (1848—49) in Italien und Ungarn ausgezeichnet hatte, war unter kleineren Gefechten bis zum Dannewerk vorgedrungen, fand dasselbe aber von den Dänen verlassen. Denn de Meza hatte die Instruction, den Kampf um die keineswegs ganz fertige Vertheidigungsstellung nicht so weit zu führen, daß dadurch „das Dasein des Heeres compromittirt werde". Da aber seine Armee, abgesehen von der mangelhaften Organisation, viel zu schwach war, und die Eroberung des Dannewerks nur eine Frage der Zeit sein konnte, so zog er es vor, sich mit ungeschwächtem Heere in die zweite Vertheidungslinie (Düppel) zurückzuziehen. Auf dem Rückzuge entspann sich unweit Flensburg — kaum 1½ Meile nördlich von Idstedt, wo sich 1850 die Geschicke des Landes entschieden hatten (s. S. 397) — ein Arriere-Garden-Gefecht bei Oeversee (6. Februar), welches zu Gunsten der Oesterreicher endete.

b. Belagerung und Erstürmung der Düppeler Schanzen.

Die Ostküste Schleswigs hat mehrere tiefe Meereseinschnitte, durch welche vorspringende Halbinseln gebildet werden; die nördlichste derselben, zwischen dem Flensburger und Apenrader Meerbusen, heißt

das Sundewitt. Ihre abgestumpfte Spitze (im Südosten) am Alsensund enthält die Düppelberge, einen von einzelnen Kuppen überragten Höhenzug (250'), welche schon 1849 (s. S. 396) den Sachsen und Baiern so viel Blut gekostet hatten, daß die Soldaten sie das „Blutloch" nannten. Seitdem war der Rücken dieses von Natur festen Höhenzuges durch eine Doppelreihe von (7 und 3) Schanzen mit außerordentlicher Kunst fester gemacht und mit allerlei Annäherungshindernissen (Pallisadenreihen, Eggen, Wolfsgruben, Spitzpfählen, Drahtnetzen) ausgestattet worden. Beide Flügel dieser „Düppelstellung" waren an das Meer gelehnt und durch die Flotte (Kanonenboote) geschützt, auch deckten im Rücken derselben zwei Brückenköpfe die Schiffbrücken zwischen dem Sundewitt und der Insel Alsen. Bei der geringen Ausdehnung der Linie (3000 Schritte) war die Durchbrechung ungleich schwieriger, als bei der (11 Meilen langen) Dannewerk-Position, die Vertheidigung ungleich leichter.

Am 9. Februar rückten die ersten preußischen Bataillone unter dem Prinzen Friedrich Karl, Sohn des Prinzen Karl von Preußen, in das Sundewitt vor; aber bald überzeugte man sich, daß die Düppelstellung durch keinen Handstreich zu nehmen sei. Daher begann man am 29. Februar die Belagerung, zuerst mit Beschießung aus der Flanke, mittels Feldgeschützes, einen Monat später durch Frontal-Angriff, mittels allmählich herbeigeschafften Festungsgeschützes. Ein Versuch, nach Alsen überzugehen und den Feind von Sonderburg her in den Rücken zu fassen, scheiterte an der Ungunst von Wind und Wetter. Am 18. April erfolgte der Sturm: in unaufhaltsamem Vordringen wurden in erster Linie die 10 Düppeler Schanzen, in zweiter Linie das sog. Retranchement (400—500 Schritte hinter den Schanzen) und in dritter Linie, unmittelbar am Alsensund, die beiden Brückenköpfe genommen. Um 2 Uhr Nachmittags war das Festland Schleswigs vom Feinde frei. Seit dem glorreichen 18. Juni 1815 hatte Preußen keinen Tag erlebt wie diesen: er hatte den Dänen den siebenten Theil ihrer gesammten Streitkräfte (fast 5000 Mann an Todten, Verwundeten und Gefangenen) gekostet; der Verlust der Sieger belief sich auf 1188 Mann (darunter 70 Officiere). König Wilhelm eilte selbst nach dem Sundewitt, um bei einer feierlichen Parade den Truppen persönlich seinen Dank auszusprechen. Drei Tage verweilte er im befreiten Lande und kehrte mit den Trophäen von Düppel (118 dänischen Kanonen u. s. w.) und einem Ehrengeleit von 127 der Tapfersten unter den Siegern in seine jubelnde Hauptstadt zurück.

c. Der Krieg in Jütland.

Das österreichische Corps nebst den preußischen Garden war nach dem Gefechte bei Oeversee an die jütische Grenze gerückt und hatte hier in Folge eines glücklichen Vorpostengefechtes, welches sich über die Grenze hinaus fortspann, Kolding besetzt (18. Februar). Dann

theilte sich das Corps: die Garden zogen ostwärts gegen Fridericia, die Oesterreicher besetzten Veile. Ein Theil der Garden (9 Bataillone) war südwärts gezogen und hatte an der Belagerung der Düppeler Schanzen Theil genommen, der Rest begann mit den Oesterreichern das Bombardement von Fridericia, welches die Dänen auf die Nachricht von der Erstürmung der Düppeler Schanzen (von wo auch die preußischen Garden nach Jütland zurückgekehrt waren) in der Nacht vom 27. auf den 28. April freiwillig räumten, indem sie sich unter Zurücklassung sämmtlichen Kriegsmaterials nach Fühnen zurückzogen. Während die Oesterreicher die Festung Fridericia schleiften und sprengten, so daß nur Trümmer übrig blieben, setzten die Preußen ihren Marsch nordwärts bis Aalborg fort und waren am Limfjord eingetroffen, als die Nachricht vom Abschluß einer „Waffenruhe" (am 12. Mai) ihrem weiteren Vordringen ein Ziel setzte.

d. Der Krieg zur See.

Wie der Landkrieg auf zwei Schauplätzen, im Sundewitt und in Jütland, geführt wurde, so hatte auch der Krieg zur See zwei Schauplätze: die Ostsee und die Nordsee. Den Kampf in der Ostsee führte ausschließlich die preußische Marine, den in der Nordsee, wenigstens vorwiegend, die österreichische. Jede der beiden Marinen bestand ein Treffen gegen den gemeinschaftlichen Gegner: die preußische (am 17. März) bei der Insel Rügen, die österreichische 3 Tage vor der Waffenruhe (9. Mai) bei der Insel Helgoland. In dem ersteren Gefechte, an der Ostküste von Rügen, griffen die preußischen Corvetten „Arcona" und „Nymphe", unterstützt von einer Division Dampf-Kanonenboote, unter dem Befehle des Seecapitäns Jachmann, sechs dänische Schraubendampfer an, zogen sich aber nach einem dreistündigen Gefechte nach Swinemünde zurück. An dem Seegefechte bei Helgoland gegen zwei dänische Fregatten und eine Corvette nahmen die österreichischen Fregatten „Schwarzenberg" und „Radetzky" nebst zwei preußischen Kanonenbooten und dem Avisodampfer „Adler" Theil, sahen sich aber nach zweistündigem Kampfe durch den Brand des „Schwarzenberg" gezwungen, nach der Elbmündung zurückzukehren.

e. Der Uebergang nach der Insel Alsen und der Ausgang des Krieges.

Am 25. April waren die fünf Großmächte, so wie Dänemark, Schweden und der deutsche Bund (vertreten durch den sächsischen Staats-Minister von Beust) in London zu einer Conferenz zusammengetreten und hatten sich geeinigt, eine einmonatliche Waffenruhe (12. Mai bis 12. Juni) eintreten zu lassen, die später um 14 Tage, also bis zum 26. Juni verlängert ward. Da auch bei Ablauf der verlängerten Frist noch keine Einigung erzielt war, indem Däne-

mark die proponirte schleswig'sche Theilungslinie Apenrade-Tondern verwarf, so begannen die Feindseligkeiten von Neuem. Es wurden drei Meeresarme überschritten: der Alsensund, der Limfjord und die friesische See, deren Ueberschreitung gleichbedeutend war mit der Eroberung von Alsen, Nordjütland und den nordfriesischen Inseln.

Den schwierigsten dieser drei Uebergänge, den aus dem Sundewitt über den (in seiner nördlichen Hälfte 800—1000 Schritte, in der südlichen 500—600 Schritte breiten) durch 32 Batterieen gedeckten Alsensund auf die mit 12 Bataillonen besetzte Insel Alsen leitete der General der Infanterie, Herwarth von Bittenfeld, der an die Stelle des Prinzen Friedrich Karl getreten war, als dieser das Obercommando über die alliirte Armee, an Stelle des Feldmarschalls Wrangel, übernommen hatte. Der Uebergang geschah am 29. Juni vor Tagesanbruch mittels 160 Kähnen am nördlichen Ausgange des Alsensundes, wo der Feind ihn am wenigsten erwartete. Vergebens versuchte das dänische Panzerschiff „Rolf Krake", welches aus der Augustenburger Föhrde nach dem Nordausgange des Alsensundes segelte, durch sein Kartätschenfeuer die Boote in Grund zu schießen; man schoß zu hoch, that daher nur geringen Schaden und mußte, als das Schiff unter das concentrische Feuer von 16 gezogenen Geschützen gerieth, den Rückzug antreten. Die Einnahme von Alsen, dessen Westküste nur mit einem einzigen dänischen Regimente besetzt war, gelang weniger durch die Fehler des dänischen Commandanten von Steinmann, welcher Verstärkung von Fühnen aus eigensinnig abgelehnt hatte, als durch die sich jeder Berechnung entziehende Kühnheit des Angriffs. Sie kostete den Siegern 373 Mann an Todten und Verwundeten; der Verlust der Dänen aber war wieder außerordentlich stark, sie geben ihn selbst, die 2500 Gefangenen eingerechnet, auf 3200 Mann an. Schwerer noch als die unmittelbaren Verluste wirkte die moralische Niederlage: die Vereinigung der preußischen und österreichischen Flotille stand bevor, und gelang es einem so vereinigten Geschwader, nur die dänische Flotte zurückzuhalten, so war Kopenhagen selbst (durch einen Uebergang über den großen Belt) bedroht.

Noch drei Wochen lang währte der Krieg: der Limfjord im Norden Jütlands wurde fast gleichzeitig an zwei Stellen überschritten, im Osten von Aalborg aus durch die Preußen, im Westen von Skive aus durch die Oesterreicher; die ganze Cimbrische Halbinsel von Altona bis Cap Skagen war in den Händen der Alliirten. Zuletzt wurden auch die friesischen Inseln (Sylt, Föhr u. s. w.) genommen, deren Bevölkerung wegen ihrer vorwiegend deutschen Gesinnung von dem Capitän Hammer lange mißhandelt worden war und nun durch dessen Gefangennehmung befreit ward.

Das Gefühl der Unsicherheit in der eigenen Hauptstadt machte die dänische Regierung zum Frieden geneigt, der schon am 1. August in Wien vorläufig verabredet und am 30. October 1864 unterzeichnet

wurde. Der König von Dänemark entsagte allen seinen Rechten auf die Herzogthümer Schleswig, Holstein und Lauenburg zu Gunsten des Kaisers von Oesterreich und des Königs von Preußen. Lauenburg ging in den alleinigen Besitz Preußens über, wogegen Oesterreich eine Entschädigung in Geld erhielt. Ueber die gemeinsame Regierung der beiden anderen Herzogthümer stellte eine Convention der Vertreter beider Monarchen in Gastein (1865) vorläufig fest, daß Oesterreich die Verwaltung Holsteins, Preußen die Schleswigs erhielt.

---

50. Maximilian II., König von Baiern, 1848—1864.

(Nach J. von Döllinger, König Maximilian II. und die Wissenschaft, bearbeitet vom Herausgeber.)

Baiern hat das seltene Glück erlebt, zwei Regenten auf einander folgen und zusammen einen fast vierzigjährigen Zeitraum hindurch die Geschicke des Königreiches lenken zu sehen, von denen der eine die großartigste Förderung und Beschützung der Kunst sich zur Lebensaufgabe wählte (s. Nr. 23), während der andere den Wissenschaften eine wahrhaft fürstliche Pflege angedeihen ließ, deren bedeutende Resultate nach seinem frühzeitigen Tode immer mehr hervorzutreten beginnen. Vater und Sohn haben, wie einst Cosimo de Medici und sein Enkel Lorenzo, gezeigt, zu welchem Ruhm und Glanz eine einzelne Stadt als geistige Metropole, als Sitz der Kunst und Wissenschaft unter weisen Fürsten erhoben werden kann.

In neuester Zeit haben einzelne Regierungen, die französische, die englische, zeitweilig auch die österreichische und preußische, für die Herausgabe bedeutender Werke große Summen aus Staatsmitteln gespendet; aber unter den Fürsten ist Maximilian II. der einzige gewesen, der mit persönlicher Liebe und persönlichen Opfern seinem Volke, ja, der Mitwelt und in noch höherem Maße der Nachwelt eine reiche, geistige Ernte bereitet hat. Es war besonders Schelling, der durch seine Rathschläge in der Seele des jungen Prinzen bereits den Entschluß geweckt und befestigt hatte, die Pflege der Wissenschaft nicht bloß für Baiern, sondern für ganz Deutschland in die Hand zu nehmen. Die Stiftung des Maximilians-Ordens für Wissenschaft und Kunst, einer Gesellschaft der fünfzig ausgezeichnetsten Gelehrten und Künstler von ganz Deutschland, mit dem Rechte sich selbst durch Neuwahlen des Ordenscapitels zu ergänzen, war gleichsam ein Programm dessen, was der König zu erstreben gedachte. Dann erweiterte er den Wirkungskreis der Akademie durch die Stiftung und Ausstattung zweier ihr einverleibten Commissionen, der historischen und der natur-wissenschaftlich-technischen. Die Aufgabe der letzteren, zuerst errichteten,

war: dafür zu wirken, daß das weite Gebiet der Technik allmählich wissenschaftlich durchdrungen, und damit die bisher großentheils sich selbst überlassene, von keinem wissenschaftlichen Sinne getragene Praxis vergeistigt werde. Arbeiten von streng wissenschaftlichem Charakter, aber zugleich mit vorherrschend praktischer Tendenz, sind mit den Mitteln dieser Commission ausgeführt worden. Mit Hülfe einer reichlichen königlichen Subvention stellte z. B. Pettenkofer einen höchst sinnreichen und gelungenen Respirations-Apparat mit einer Dampfmaschine her, um durch denselben die stündliche und tägliche Ausgabe des menschlichen und thierischen Körpers an Kohlensäure, diesem wichtigen Factor des Athmens, zu untersuchen. Und wirklich ist es bereits gelungen, die erste, vollständige Gleichung zwischen Einnahme und Ausgabe eines lebenden Körpers während vierundzwanzig Stunden festzustellen. Der König hatte beachtet, wie die wissenschaftliche, dem technischen Talente beigesellte Begabung in der Verbindung dreier Männer: Fraunhofer, Reichenbach und Utzschneider, jene bis dahin nicht erreichten Instrumente zu Stande gebracht habe, durch welche im Beginne dieses Jahrhunderts eine neue Epoche der beobachtenden Astronomie angebahnt wurde. Damals hatten die Sternwarten aller Länder wetteifernd mit Instrumenten aus dem Münchener optischen Institute sich versehen. Nun ließ der König auf Jolly's Empfehlung und unter dessen Leitung mittels einer jährlich dafür ausgesetzten Summe feine physikalische Instrumente von Mechanikern der Hauptstadt ausführen, die dann an die Lehranstalten des Landes vertheilt wurden. Die Folge war, daß, während früher alle feineren Instrumente aus dem Auslande bezogen werden mußten, München nun nicht nur das Inland mit Instrumenten versieht, sondern sie bereits nach England, Rußland, Amerika versendet.

Bei aller wissenschaftlichen Unparteilichkeit fühlte sich doch Maximilian II. persönlich am stärksten zur Geschichte hingezogen und verfolgte die bedeutenderen Erscheinungen auf diesem Felde mit erhöhtem Interesse. Seine erste That auf dem geschichtlichen Gebiete galt Baiern speciel. Er schuf im Jahre 1855 eine Commission für die Veröffentlichung der in den Archiven und Bibliotheken des Königreichs vorhandenen, noch ungedruckten Quellenschriften. Diese Commission, die nur wenige Jahre bestand, bis sie in die für die deutsche Geschichte gebildete Commission überging, hat in der kurzen Zeit ihres Wirkens eine Fülle werthvoller Geschichtsquellen eröffnet. Gerade der Aufschwung, den die deutsche Geschichte seit der Herausgabe der Pertz'schen Monumenta, also seit etwa dreißig Jahren, genommen hat, machte die zahlreichen Lücken, an denen sie noch litt, erst recht fühlbar. Man erkannte, daß noch eine große Menge von vorbereitenden Arbeiten, von monographischen Leistungen Noth thue, bis nur einmal daran gedacht werden könne, eine der Nation würdige deutsche Geschichte zu schreiben. Der König rief daher die historische Commission ins Leben, welche unter ihrem Vorstande, Leopold Ranke, die

angesehensten Historiker Deutschlands umfaßt und in ihren, jedes Jahr wiederkehrenden Sitzungen über eine Dotation von jährlich 15,000 Gulden zu verfügen hat. Schon bei der ersten Versammlung der Commission, Ende September 1859, ward sie durch eine weitere königliche Gabe überrascht: 25,000 Gulden wurden ihr neben der schon bestimmten jährlichen Summe zur Verfügung gestellt. So war die Möglichkeit gegeben, Werke hervorzurufen, die sich an Werth und Bedeutsamkeit für die ganze Nation wohl den glänzendsten, jüngst in Frankreich und England durch Staatsmittel ausgeführten historischen Publicationen an die Seite stellen durften. Professor Hegel erhielt den Auftrag, unter Beihülfe jüngerer Kräfte eine Sammlung der deutsch geschriebenen Chroniken der deutschen Städte, besonders während ihrer Blüthezeit im 15. und 16. Jahrhundert, herauszugeben. Die deutschen Reichstags-Acten seit dem Erscheinen des Reichsgrundgesetzes, der goldenen Bulle (1356), eine große, schon vorläufig auf zehn Bände berechnete Publication, werfen ein helles Licht nicht nur auf die deutsche Geschichte des 14. bis 16. Jahrhunderts, sondern auch auf die europäische überhaupt. — Die „Jahrbücher der deutschen Geschichte“ von der Theilung des römischen Reiches bis zur Zeit der Hohenstaufen, versprechen ein Fundamentalwerk von solch kritischer Sorgfalt und trefflich verarbeiteter Fülle des Stoffes zu werden, daß wohl kein anderes Volk einen nationalgeschichtlichen Bau von gleichem Umfange, gleicher Gründlichkeit und Dauerhaftigkeit diesem Werke deutscher Forschung an die Seite zu setzen vermögen wird. Als eine Fundgrube für künftige Geschichtschreiber Deutschlands und zugleich als eine Uebungsschule für jüngere Forscher ist mit königlichen Mitteln eine Zeitschrift „Forschungen zur deutschen Geschichte“ gegründet worden. Mit ganz besonderer Freude, mit gespannter Erwartung hatte der König den Plan eines Werkes begrüßt und ergriffen, welches er sich als ein großartiges, deutscher Forschung und Gelehrsamkeit zu errichtendes Monument dachte: eine Geschichte der deutschen Wissenschaft, zerfallend in 23 Einzelwerke, jedes von einem namhaften Gelehrten des Faches ausgearbeitet. Er hat die bedeutende Summe von 50,000 Gulden dafür bewilligt. Auch dem biographischen Fache, diesem für einen weiteren Leserkreis anziehendsten Theile der Geschichte, hatte der König seine fürsorgende Aufmerksamkeit zugewendet. Auf seinen Wunsch erließ die historische Commission Preisausschreibungen für Biographieen berühmter Deutscher und für eine zweite biographische Reihenfolge berühmter oder verdienter Baiern. Tüchtige Werke sind dadurch bereits erzielt worden und zahlreiche, wie bedeutungsvolle Bereicherungen unserer historischen Literatur, durch des Königs Munificenz ermöglicht, sind in nächster Zeit zu erwarten. Der König war es auch, der zuerst den Gedanken eines Werkes wie die Bavaria faßte, und nicht bloß den Plan im Allgemeinen, sondern auch im Detail entwarf. Das Werk umfaßt die

Geschichte und Naturkunde, die Ethnographie, die Klimatologie, die Volkssitte, den Gesundheits- und Krankheitszustand, die Volksbildung und die Sagenwelt Baierns, und nur die Theilnahme von nahezu 40 Mitarbeitern aus den verschiedensten Ständen und Gegenden des Landes hat die glückliche Durchführung eines so umfassenden Unternehmens möglich gemacht. — Wenn der Verdienste Maximilian's II. um die Wissenschaft gedacht wird, darf vom baierischen National-Museum nicht geschwiegen werden. Denn der Gewinn aus dieser einzigen Sammlung kommt doch auch der Geschichte zu gut, und wer immer Baierns, ja, ganz Deutschlands frühere Sitte, Cultur und Kunstthätigkeit in dem Jahrtausend von der Karolingischen bis zur Napoleonischen Zeit anschaulich kennen und studiren will, der muß fortan nach München zu diesem Museum wandern und an dieser überraschenden Fülle künstlerischer Erzeugnisse Geist und Herz erfrischen. Wie Vieles und Kostbares ist hier vom sichern Untergange gerettet — wie Vieles, das in seiner Verborgenheit bisher unbeachtet, in seiner Vereinzelung bedeutungslos geblieben, hat hier erst durch seine Einfügung in ein großes symmetrisches Ganzes, durch seine örtliche Verbindung mit Verwandtem Leben und Gedankengehalt empfangen! Selten hat ein Fürst aus seiner Privatcasse mit solch einsichtsvoller Liberalität die wissenschaftlichen Forschungen und literarischen Erzeugnisse in ihren mannichfaltigen Verzweigungen unterstützt und gefördert, wie König Maximilian II. Da finden sich zuerst wahrhaft königliche Unterstützungen zu wissenschaftlichen Reisen; dann Stipendien für Studirende und angehende Gelehrte zum Besuche auswärtiger Universitäten, oder auch Gaben an fremde Gelehrte zum Aufenthalte in München; Summen für Anschaffung wissenschaftlicher Instrumente, für Herstellung von Apparaten oder für Verfertigung verschiedenartiger Karten; großartige Unterstützungen für Anstellung von Forschungen im Auslande; beträchtliche Beiträge zur Herausgabe der Werke von lebenden oder verstorbenen Gelehrten. Nirgends zeigt sich dabei eine Nebenabsicht, eine Bevorzugung dieser oder jener Richtung oder Partei; vielmehr ist durchweg nur der reine, objective Sinn für das, was der Wissenschaft wahrhaft frommt, für Baierns und Deutschlands geistige Bereicherung zu erkennen.

51. Wilhelm I., König von Württemberg, 1816—1864.

(Nach „Unsere Zeit, deutsche Revue der Gegenwart", bearbeitet vom Herausgeber.)

Ein Fürstenleben, unscheinbar in seinen Anfängen, groß in seiner Entfaltung, schloß am 25. Juni 1864 mit dem Tode des Nestors der deutschen Souveraine, von dessen 83 Lebensjahren fast 48 seiner

segensreichen Regierung zufallen, die sich also beinahe durch den ganzen in diesem Bande behandelten Zeitraum hinzieht. Fern von dem Stammlande, als ein unbedeutender Prinz geboren, der niemals Aussicht zu haben schien, je auch nur den Mantel eines regierenden Herzogs umzuhängen, bestieg er den Thron eines Königreiches, das sich aus einem Feudalstaate entwickelt hatte. Furchtlos hat er in jungen Jahren auf dem Schlachtfelde gestanden, furchtlos in den politischen und diplomatischen Kämpfen für seines Landes Ehre und Unabhängigkeit, wie für die beste Ueberzeugung, die er sich errungen, ausgeharrt, vor Allem den deutschen, aber auch den europäischen Vormächten gegenüber. Wie ehedem Württemberg die Reichssturmfahne den deutschen Heeren vorantrug, so ging es bald nach dem Anfange der Regierung Wilhelm's I. dem übrigen deutschen Lande in freiheitlicher Entwicklung voran.

a. Wilhelm als Prinz, Kurprinz und Kronprinz.

Zu Lübben in Schlesien, wo sein Vater, der nachmalige König Friedrich I., als preußischer General-Major und Chef eines Dragoner-Regiments seinen Wohnsitz hatte, wurde Friedrich Wilhelm Karl am 27. September 1781 geboren. Es war ein Mansardenstübchen, in welchem dies glorreiche Leben begann: in einfachem Rahmen hing das Bild dieses Hauses stets seinem Lieblingssitze gegenüber, und er deutete gern auf die kleinen Anfänge seines Lebens. Seine Mutter war eine braunschweig-wolfenbüttelsche Prinzessin, Auguste Caroline Friederike Mathilde. Des Vaters anspruchsvoller, heftiger Charakter duldete ihn nicht lange in preußischen Diensten: er trat in russische Kriegsdienste, wo er ein rascheres Avancement erwartete und fand. Kaiserin Katharina ernannte ihn zum General-Lieutenant und Statthalter von Finnland und übertrug ihm später das Gouvernement Cherson. Aber auch in dieser Stellung harrte der ehrgeizige Prinz nicht aus: er verließ den russischen Dienst und ging 1786 nach Lausanne, dann nach Bodenheim bei Mainz und 1790 in die Heimat, wo er sich in Ludwigsburg niederließ. Seinem Vater Friedrich Eugen (Wilhelm's I. Großvater), der nach dem Ableben zweier Brüder ohne männliche Nachkommen 1795 in Württemberg zur Regierung gelangt war, folgte er schon im Jahre 1797 als Herzog Friedrich II. von Württemberg, 1803 erhielt er die Kurfürstenwürde und 1806 von Napoleon den Königstitel. Sein Sohn Wilhelm, mit der ganzen Denk- und Handlungsweise des Vaters zerfallen, trat 1800 als Freiwilliger in das österreichische Heer und legte in der Schlacht von Hohenlinden die ersten Proben seiner Tapferkeit ab — ein Umstand, der ihn auch später bis ins hohe Alter an Oesterreich fesselte. Die französische Politik, welcher der Vater schon seit dem ersten Einfall französischer Truppen in sein Land sich angeschlossen und bei der er bis zum Sturze Napoleon's beharrte, widerstrebte

seinem Sinne; aber als Napoleon 1812 den Krieg gegen Rußland unternahm, mußte der Kronprinz die Führung des württembergischen Contingents auf Befehl seines Vaters übernehmen. Seine politische Gesinnung und die Renitenz gegen diesen Befehl war so bekannt, daß man die Krankheit, welche ihn in Witebsk befiel und nach Stuttgart zurückzukehren zwang, allgemein für eine fingirte hielt, obgleich er wirklich lebensgefährlich am Typhus daniederlag. Der Prinz kehrte wieder zu seinen Studien zurück, mit blutendem Herzen die Siege Napoleon's verfolgend, bis sich der Zauber, der die Lorbern der französischen Heere umschwebte, auf dem Schlachtfelde von Leipzig brach und König Friedrich durch den Vertrag von Fulda am 2. November 1813 den gegen Napoleon verbündeten Mächten sich anschloß. Nun war es dem Kronprinzen vergönnt, sich ganz dem Zuge seines Herzens, das für nationalen Ruhm schlug, hinzugeben. Er übernahm mit Freuden den ihm übertragenen Oberbefehl über die aus Württembergern, Oesterreichern und Russen bestehende vierte Abtheilung des verbündeten Heeres, betheiligte sich mit demselben an fast allen wichtigeren Gefechten des Jahres 1814, wie bei Epinal, Chaumont, Bar-sur-Aube, Brienne, Montereau, Arcis-sur-Aube, Fère-Champénoise, Montmartre, und hielt mit den verbündeten Monarchen den siegreichen Einzug in Paris. Im Jahre 1815 beschloß er seine kriegerische Laufbahn mit einem Zuge über den Rhein nach Straßburg, dessen Blokade durch den zweiten pariser Frieden abgebrochen wurde.

Der Kronprinz machte mit den verbündeten Monarchen eine Reise nach England. Dort lernte er die Witwe des Prinzen Georg von Oldenburg, Katharina, die Tochter des Kaisers Paul von Rußland und der Maria Feodorowna, der Schwester seines Vaters, kennen, welche einen glühenden Haß gegen Napoleon hegte und die Trauerkleider, die sie um ihr Vaterland getragen, erst nach dem Sturze des französischen Kaisers ablegte. Kein Wunder, daß sich ihre Blicke auf den Prinzen von Württemberg richteten, dessen Arm das Vaterland mit seine Befreiung verdankte. Aber auch der Prinz, der sich im Jahre 1814 von seiner ersten Gemahlin hatte scheiden lassen, fühlte sich von dem hohen Geiste mächtig gefesselt, und nachdem er auf dem Wiener Congreß wieder mit ihr zusammengetroffen, verlobte er sich mit ihr am 9. Januar 1816 zu Petersburg, wo am 24. desselben Monats die Vermählung Statt fand. Am 30. October wurde dem Prinzen die erste Tochter Marie (1840 mit dem Grafen Neipperg vermählt) geboren. Unerwartet schnell starb am selben Tage König Friedrich I.

b. Wilhelm als König.

Schon am Tage seiner Thronbesteigung stellte er in einem Manifeste eine dem Zeitgeiste und den Bedürfnissen des Volkes entspre-

chende Verfassung in sichere Aussicht. Welcher langwierige Streit sich darüber mit den bereits vorhandenen Ständen, als den Vertretern des „alten guten Rechts“, entsponnen, ist bereits oben (Nr. 3, b) dargestellt worden. Erst im September 1819 kamen die Verfassungswirren zu einem gedeihlichen Ende. Kaum aber war die Verfassung mit ihren freisinnigen Bestimmungen (Gleichheit aller Stände in Hinsicht auf Recht, Besteuerung und Volksvertretung, Religions- und Preßfreiheit, Steuerbewilligungsrecht, Minister-Verantwortlichkeit u. s. w.) ins Leben getreten, so sah sich der König durch die Karlsbader Beschlüsse genöthigt, die bereits 1817 gewährte Preßfreiheit wieder aufzuheben. Andere auf die Verfassung gerichtete Angriffe wußte er entschieden abzuwehren, und bei einer Zusammenkunft mit den Kaisern von Rußland und Oesterreich nebst dem Könige von Preußen in Warschau kämpfte er mit eben so großem Erfolge auf dem diplomatischen Boden, wie auf dem Schlachtfelde. Erst als ihm Bundes-Execution drohte, fand er sich bewogen, nachzugeben und die Karlsbader Beschlüsse durchzuführen.

Auf seiner constitutionellen Laufbahn durch Einflüsse von außen vielfach gehemmt, wandte er seine Fürsorge der Erhöhung der materiellen Wohlfahrt des Landes zu, als deren Grundlage ihm eine tüchtige Landwirthschaft erschien. Der Eifer und die Sachkenntniß, mit welcher er nicht nur durch Verordnungen und Einrichtungen, sondern auch durch sein eigenes Beispiel als Gründer der besten Musteranstalten wirkte, erwarben ihm den Namen des „Königs der Landwirthschaft“. Schon im Jahre 1818 stiftete er die landwirthschaftliche Akademie zu Hohenheim, an die sich eine Ackerbauschule, eine Forstschule und in Stuttgart eine Thierarzneischule schloß. Ein ganz besonderes Augenmerk schenkte er der Pferdezucht; die Gestüthöfe wurden seine Lieblingsplätze, die sich auch im Auslande eines großen Rufes erfreuen. Im Favoritepark begründete er den ersten Acclimatisationsgarten, von dem wir in Europa Kunde haben. Hand in Hand damit ging die Förderung des Gewerbewesens durch die Stiftung des ersten Gewerbevereins (1818), durch periodische Ausstellungen (seit 1824) u. s. w., so wie des öffentlichen Verkehrs durch Anlage herrlicher Straßen, worin Württemberg anderen Ländern voranging, durch Einführung der Dampfschifffahrt (seit 1823 auf dem Bodensee), vor Allem aber die Förderung des Handels durch Anbahnung eines gemeinsamen Zoll- und Handelssystems, dessen Schöpfung er schon seit 1819 (zunächst mit Hohenzollern und Baiern) betrieb. Erst später (seit 1850) wurde das ackerbauende Land auch ein industrielles Land, dessen gewerbliche Bildungsanstalten ein Muster für Deutschland geworden, dessen Fabriken in vielen Zweigen mit den bedeutendsten des Auslandes rivalisiren, dessen Finanzen die glänzendsten sind.

Während die Pariser Juli-Revolution ohne besondern Einfluß auf Württemberg vorübergegangen war, entzündete der Sturm, der

im Februar 1848 von Frankreich über die deutschen Länder hinbrauste, auch hier die Gemüther. Der König sah sich genöthigt, ein Ministerium aus „Sr. Majestät getreuer Opposition“ zu bilden, mit Römer, Pfizer, Duvernoy, Goppelt, Männern, die er bisher als seine entschiedensten Feinde angesehen. Er hinderte sie jedoch nicht, den Wünschen seines Volkes gerecht zu werden: alle Erlasse und Gesetze, die von der Paulskirche ausgingen, wurden als für Württemberg rechtskräftig anerkannt, die Grundrechte schon Ende December 1848 promulgirt, die Reichsverfassung nach kurzem Sträuben angenommen, und Württemberg blieb zuletzt der einzige Staat, der sie anerkannte. Das Frankfurter Rumpfparlament siedelte daher nach Stuttgart über; aber die von ihm hier eingesetzte provisorische Regentschaft ward auf den Befehl des Königs aufgehoben (s. S. 384). Auf die späteren Unionspläne ging der König nicht ein, sprach sich vielmehr in der Thronrede 1850 (ohne Vorwissen seiner Minister) so energisch gegen jede Unterwerfung unter einen Hohenzollern aus, daß darüber die diplomatischen Verbindungen zwischen Preußen und Württemberg abgebrochen wurden. So war er denn auch ein hervorragender Theilnehmer an der gegen Preußens Hegemonie gerichteten Zusammenkunft süddeutscher Monarchen in Bregenz, im October 1850 (s. S. 388), und wie er in der Thronrede erklärt hatte: „Ich unterwerfe mich keinem Hohenzollern“, so rief er hier: „Ich folge meinem Kaiser, wohin er mich ruft.“

Zwei politische Lichtpunkte traten noch in den Abend seines Lebens. Der eine war, als in den Septembertagen 1857 die beiden Kaiser von Rußland und Frankreich das Hoflager des Nestors der deutschen Fürsten wählten, um sich die Hand zu bieten. Napoleon trug ihm damals die ganze Verehrung des jüngern vor dem greisen Regenten, den er „bon père“ nannte, entgegen, und es war ein stattlicher Anblick, als der ritterliche König zwischen seinen beiden Gästen zu Pferde auf dem Volksfeste zu Cannstadt erschien. Obgleich sich hier ein Freundschaftsbündniß zwischen beiden Monarchen schloß, stand der König doch keinen Augenblick an, als die deutschen Grenzen bedroht waren, die Mobilmachung der Armee aufs energischste zu betreiben und für Deutschlands Ehre mit Wort und That einzutreten. — Der letzte Lichtpunkt war der Besuch des Kaisers von Oesterreich und des Königs von Baiern, als sie zum Frankfurter Fürstentage gingen und sich Rath bei ihm über das Reform-Project (s. S. 468) holten, der sie nicht mehr begleiten konnte. Mit Freuden begrüßte er den Gedanken der Bundesreform, die er sich freilich nicht ohne Volksvertretung denken konnte. Der Abend seines Lebens, über den er sich gern Illusionen hingab, da er seinen Kräften mehr zumuthete, als sie zu leisten im Stande waren, blieb nicht ohne Zeugnisse seines unermüdlichen Bemühens für das Glück seines Volkes, und es bleibt merkwürdig, wie er seine Kreise enger und enger zog, die Residenz zu seinem Wirkungskreise erlas und sich hier ein steinernes

Monument um das andere — in großartigen Bauten — setzte, die seinen Namen auf späte Zeiten tragen müßten, wenn es nicht seine segensreichen Thaten thun würden.

Das überaus regelmäßige Leben des Königs, dem eine jährliche Sommercur kräftigend zur Seite stand, hatten ihn bis ins hohe Alter vor Krankheit geschützt; erst im Jahre 1855 befiel ihn eine so heftige Grippe, daß er den Winter darauf in Nizza zubringen mußte, von wo er im April gekräftigt zurückkehrte. Im Jahre 1862 wurde eine zweite Reise nach Nizza beschlossen, und auch dieser Aufenthalt im südlichen Klima schien gut anzuschlagen. Die Zügel der Regierung hatte er auch während der zweimaligen Abwesenheit nicht aus der Hand gelegt. Ende März 1864 übergab er aber einem Ministerialrathe, dessen Vorsitz der Kronprinz führte, die Leitung der Regierungsgeschäfte, nicht ohne indeß in täglichen Conferenzen sich mit seinem Sohne über Alles zu berathen; er nahm an Allem den regsten Antheil, machte Baupläne für viele Jahre und bereitete sich zu einer Badecur in Wiesbaden vor. Die Lenormand hatte ihm vor vielen Jahren ein Alter von neunzig prophezeit; er hielt an dieser Prophezeiung fest. Auf einer Fahrt nach dem Gestüt Weil erkältete er sich, und ehe das Publikum etwas davon erfuhr, war der König zum Tode erkrankt und starb am Morgen des 25. Juni in den Armen seines Leibarztes, der allein um ihn war. Mit tiefgerührtem Herzen las der Württemberger, ja, ganz Deutschland jenes Blatt, das er schon im Jahre 1844 „zur Eröffnung nach seinem Tode“ niedergeschrieben und das schließt mit den Worten: „Ich habe für die Einigkeit, die Selbständigkeit und den Ruhm von Deutschland gelebt und mein Württemberg über alles geliebt. Heil meinem Vaterlande für alle Zukunft!“

---

52. Rußland unter Alexander II.

(Nach E. Henoumont in den Preußischen Jahrbüchern, und Anderen, bearbeitet vom Herausgeber.)

Der während des Krimkrieges auf dem russischen Throne gefolgte Kaiser Alexander II. wandte nach dem Pariser Frieden (1856) seine ganze Sorgfalt der Hebung der innern Wohlfahrt seines Reiches zu. Der Bau großartiger Eisenbahnlinien nach allen Richtungen des europäischen Rußland wurde in Angriff genommen, Schifffahrts- und Handelsverträge abgeschlossen (mit Japan schon während des Krimkrieges), der Volksunterricht gehoben, das öffentliche Gerichtsverfahren eingeführt, die Körperstrafe abgeschafft, die Lage der Soldaten verbessert u. s. w. Was aber am meisten dem ganzen Osten Europa's

eine andere, der Civilisation des Westens sich nähernde Gestalt gab, das war die Aufhebung der Leibeigenschaft.

a. Entstehung und Entwicklung der Leibeigenschaft in Rußland.

Der eigentliche Bauernstand im alten Rußland war frei und hatte in einigen Gegenden das Recht des Grundbesitzes; in den meisten jedoch erhielten die Bauern von dem gutsbesitzenden Adel Land zugewiesen, wogegen sie sich zu persönlichen Dienstleistungen bei Bebauung des Herrenlandes verpflichten mußten. Die einzige Beschränkung, welcher der freie Bauer bei Verfügung über seine Person unterlag, war die dem Herkommen entsprungene Verpflichtung, das einmal in Bebauung übernommene Land nicht vor einem bestimmten Tage nach der Erntezeit zu verlassen, damit dem Gutsherrn die Vollendung der Feldarbeiten gesichert sei. Den kleinen Grundbesitzern war es aber schwer, hinreichende Kräfte zur Bebauung ihres Landes zu gewinnen und zusammenzuhalten, da die größeren Bojaren und die Geistlichkeit den Bauern eine bessere Stellung und sicherern Schutz gewähren konnten. Diesem Uebelstande ward gründlich abgeholfen durch Herbeiführung eines viel größeren, indem ein kaiserlicher Ukas den Bauern verbot, den einmal eingenommenen Grund und Boden zu verlassen. Da die Bauern sich diesem Zwange vielfach durch die Flucht zu entziehen suchten, so wurden eine Reihe Polizeimaßregeln nöthig, die, später dem Gutsherrn übertragen, dessen Gewalt über die Bauern immer mehr verstärkten; namentlich ging auch die Gerichtsbarkeit mit dem Rechte der körperlichen Züchtigung vollständig in seine Hände über. Endlich wurde durch einen kaiserlichen Ukas von 1730 das Recht des Grundbesitzes ausschließlich dem Adel zugesprochen, und nach einer bald darauf erfolgenden Bestimmung alle im Besitz von Grund und Boden befindlichen Bauern gezwungen, denselben ihren Gutsherren käuflich zu überlassen. Die frühere milde Auffassung des Leibeigenenverhältnisses, daß der Bauer dem Gutsherrn diene, damit dieser seine Dienste dem Staate widmen könne, hörte vollends auf, als ein Ukas von 1762 es dem Adel anheimstellte, zu dienen oder nicht. Die Bauern in der Meinung, daß, wenn der Adel von seinen Verpflichtungen gegen den Staat befreit sei, auch ihre Verpflichtungen gegen den Adel aufgehoben seien, kündigten an vielen Stellen den Gutsherren den Gehorsam auf und riefen dadurch nur strengere Maßregeln der Regierung hervor. Sogar Petitionen an die Kaiserin (Katharina II.) mit Klagen gegen die Gutsherren wurden (laut Ukas von 1767) mit Knute und lebenslänglicher Zwangsarbeit in Sibirien bestraft. Das von Peter dem Großen erlassene Gesetz, die Familien durch Verkauf einzelner Glieder nicht aus einander zu reißen, wurde nicht mehr beobachtet, das Klagerecht der Bauern war aufgehoben und das Verschenken der Bauern zu Tausenden an kaiser-

liche Günstlinge stellte sie fast vollständig in die Kategorie einer leblosen Waare. Erst unter Paul I. (1796—1801) trat eine Reaction zu Gunsten des Bauernstandes ein, und unter seinen Nachfolgern, namentlich unter Nikolaus I., der in dem nationalen Adel seinen gefährlichsten Feind erblickte, erfolgten einzelne Reformen. Zunächst gewannen die Kronbauern eine bessere Stellung, indem sich mit der Erweiterung der Macht der russischen Krone der Begriff der privaten Hörigkeit der Kronbauern in den des Angehörens an den Staat auflöste. Die endlich durch Kaiser Alexander II. ausgeführte Aufhebung des Leibeigenschaftsrechtes war im Wesentlichen eine Gleichstellung des gutsherrlichen Bauernstandes mit dem der Kronbauern.

b. Die Aufhebung der Leibeigenschaft, 1861.

Bald nach seiner Krönung in Moskau bildete Alexander II. ein geheimes Comite zur Behandlung der Bauernfrage, dessen Mitglieder jedoch dem Gegenstande wenig geneigt, zum Theil feindlich gesinnt waren. Als er im Frühjahre 1857 von einer längeren Reise ins Ausland zurückkehrte, zeigte er sich höchst unzufrieden über die Unthätigkeit des Comite's in seiner Abwesenheit und, um ein belebendes Element in dasselbe zu bringen, ernannte er seinen Bruder, den Großfürsten Constantin, zum Mitgliede. Während der Adel die aufkeimende Umgestaltung mit Mißtrauen betrachtete, erhielt dieselbe eine kräftige Vertheidigung in der damals zum ersten Male sich freier bewegenden russischen Tagespresse. Von der öffentlichen Meinung, wie von der Regierung gedrängt, mußte der Adel endlich selbst die Hand bieten zur Lösung der Bauernfrage auf Grundlage der von der Regierung aufgestellten Bedingungen. Durch kaiserlichen Ukas von 1857 wurde den bisherigen Militär-Colonieen ihr militärischer Charakter genommen und die Colonisten in Privatbauern der kaiserlichen Familie verwandelt, 1858 alle Privatbauern der kaiserlichen Familie in Kronbauern umgeschaffen und allen Kronbauern das Recht der Freizügigkeit ertheilt. Nach Ueberwindung aller Schwierigkeiten, die der Emancipations-Entwurf in den Adels-Versammlungen gefunden, gelangte derselbe endlich im Januar 1861 zur Berathung im Staatsrathe. In einer energischen Rede, mit besonderer Betonung seines unumschränkten gesetzgeberischen Rechtes, paralysirte der Kaiser im voraus den Widerstand, den er hier vielleicht noch zu erwarten hatte, erbat sich aber über die Details ein freies Urtheil. Am 19. Februar erfolgte das kaiserliche Manifest, dem zufolge die Leibeigenen innerhalb 2 Jahre die vollen Rechte freier Bauern erhielten, bis dahin blieben sie „temporär Verpflichtete". Die gutsherrlichen Bauern konnten ihr Gehöfte (Ucabdos, d. h. Haus, Stallung und umzäunten Garten), das Ackerland und die sonstigen Nutzungen, die sie inne hatten, als Eigenthum erwerben; die landlosen Leibeigenen (Haussclaven und Gewerbtreibende) sollten nach Ablauf von 2 Jahren

aller Verpflichtungen gegen ihre Herren entledigt sein. Die temporär Verpflichteten sollten sich zu Landgemeinden vereinigen mit einem aus allen Familienhäuptern bestehenden Gemeinderath und einem von diesem gewählten Starosten.

Mit diesen Reformen, die im größten Reiche Europa's der ganzen niederen Schicht der Gesellschaft nicht nur die Freiheit, sondern auch eine gesicherte Existenz verschafft haben, ist die den Erdkreis bewegende sociale Frage bei unseren östlichen Nachbarn vorläufig gelöst.

c. Der jüngste Aufstand in Polen, 1863.

Seitdem das Nationalitäts-Princip in Italien den Sieg errungen und die Fremdherrschaft in dem größten Theile der Halbinsel gestürzt hatte, erwachten auch in anderen Ländern wieder die Hoffnungen der unterdrückten Völkerschaften (über die der Griechen auf den ionischen Inseln s. Nro. 54). Insbesondere die Polen gaben sich noch nicht verloren, wenn auch ihre Erhebungsversuche wiederholt (1831, 1846, 1848) gescheitert waren. Kaiser Alexander II. hatte Anfangs eine versöhnliche Politik gegen die Polen befolgt und mehrfache Verbesserungen in der Verwaltung theils ausgeführt, theils vorbereitet; aber diese befriedigten nicht eine Nation, welche ein Recht auf eine eigene, unabhängige Stellung in dem europäischen Staaten-Systeme zu haben glaubte. In der Hoffnung, Frankreich werde, wie für Italien, so auch für Polen die Rolle eines natürlichen Beschützers der Nationalitäten übernehmen, träumte der polnische Adel von der Wiederherstellung des Königreiches Polen in seinem alten Umfange (vor 1772). Schon seit dem Winter 1860—1861 stieg die Gährung um so mehr, je nachsichtiger Anfangs die Regierung war, und äußerte sich in verschiedenartigen Demonstrationen: Verhöhnung und Mißhandlung der russischen Soldaten, Wallfahrten nach dem Schlachtfelde von Grochow am Jahrestage der Schlacht (25. Februar 1861), Anlegung von Trauerkleidern, so wie nationaler Farben und Abzeichen, Trauergottesdienst für den in Paris verstorbenen Fürsten Czartoryski und für die bei einzelnen Tumulten Gefallenen, Geldsammlungen zu patriotischen Zwecken. Im October 1861 ward ganz Polen in Belagerungszustand erklärt und dieser, da die Demonstrationen nicht aufhörten, mit großer Consequenz gehandhabt; zahlreiche Verhaftungen, selbst in den Kirchen (wo revolutionäre Lieder gesungen wurden), vorgenommen, viele für schuldig Erklärte (auch katholische Geistliche) nach Sibirien verbannt, Andere ins Heer eingereiht. Vergebens versuchte die russische Regierung zugleich durch weitere Reformen die Gährung zu beschwichtigen und durch Beförderung beliebter Persönlichkeiten (des Priesters Felinski zum Erzbischof von Warschau, des Grafen Wielopolski zum Chef der Civil-Verwaltung neben dem Statthalter, Großfürsten Constantin) eine Vermittlung anzubahnen; der Adel und die städtische Bevölkerung verharrte in ihrem (meist) passiven Widerstande, während die Landbevölkerung sich gleichgültig verhielt.

Endlich warf die Regierung sich einer Politik der Verzweiflung in die Arme. Zur Unterdrückung der fortwährend zunehmenden Bewegung benutzte sie eine im September 1862 für das ganze Reich angeordnete Aushebung. Plötzlich in der Nacht des 14. Januar 1863 wurden in Warschau alle als warme Patrioten bekannte Polen, vorzugsweise die Reichen und Gebildeten, welche nach dem dortigen Gesetze vom Kriegsdienste frei sind, unter endlosen Scenen des Jammers ausgehoben. Sofort constituirte sich das bisher geheime revolutionäre Comite als provisorische Nationalregierung, rief das Volk unter die Waffen, erklärte die Bauern für freie Eigenthümer der von ihnen bisher bebauten Grundstücke und ernannte Mieroslawski zum Dictator, der aber schon bald, nach einer Niederlage der von ihm angeführten Insurgenten, auf preußisches Gebiet floh; eben so sein Nachfolger Langiewicz (Dictator seit 10. März) auf österreichisches Gebiet. Darauf übernahm die Nationalregierung wieder die obere Leitung des Aufstandes. Vergebens bot die russische Regierung Alles auf, um die Mitglieder der geheimen Regierung zu entdecken, die unter ihren Augen in Warschau ihre Proclamationen und Befehle ergehen ließ, ebenfalls Steuern eintrieb und jeden bedrohte, der solche an den Gegner entrichten würde, auch willige Arme genug fand, um ihre Todesurtheile auf offener Straße, ja, in der Citadelle selbst zu vollstrecken. Erst gegen Ende des Jahres 1863, nachdem die Russen allmählich 200,000 Mann nach Polen gezogen hatten, gelang es dem General-Statthalter Grafen Berg, dem Nachfolger des Großfürsten Constantin in der Statthalterschaft seit 31. October, die Insurrection so weit zu unterdrücken, daß nur noch einzelne bewaffnete Banden in den Wäldern umherstreiften. Die Nationalregierung mußte im Februar 1864 ihre Thätigkeit einstellen, mehrere Mitglieder derselben fielen den Russen in die Hände, einige wurden erhängt, andere nach Sibirien verbannt. Der Adel erlitt, außer den schlimmen Folgen des Krieges an sich (Tod im Kampfe, Verbannung, Verarmung), noch einen herben Verlust durch den kaiserlichen Ukas vom 2. März 1864 zur Regelung der bäuerlichen Verhältnisse, welcher die Zutheilung des bisherigen Besitzes an die Bauern als Eigenthum, die Entschädigung der Grundherren durch eine mäßige Grundsteuer und aus Staatsfonds, die Auflösung jeder Verbindung zwischen Adel und Bauern, so wie die Errichtung (vom Grundadel) gänzlich unabhängiger Gemeinden anordnete. Der katholischen Geistlichkeit hatte der General Berg schon vorher (15. December 1863) eine außerordentliche Einkommensteuer von 12 pCt. auferlegt.

Noch härter war das Schicksal der übrigen ehemals polnischen Länder, welche sich an der Insurrection betheiligt hatten. In Podolien und der Ukraine ward der Adel massenweise eingekerkert; in Litthauen versuchte der General-Gouverneur Murawieff das polnische Element völlig auszurotten, indem er die russische Sprache unter

Androhung schwerer Strafen für die ausschließlich officielle erklärte, griechische Kirchen und russische Schulen gründete, die Einwanderung der Russen begünstigte, dagegen die Polen nach dem Innern Rußlands zu verpflanzen suchte.

Abermals hatten die Polen die bittere Erfahrung gemacht, daß die Wiederherstellung ihres Reiches ohne thatkräftige auswärtige Unterstützung ein erfolgloses Unternehmen ist. An einem diplomatischen Feldzuge der übrigen Großmächte (außer Preußen, welches durch eine Convention vom 8. Februar gebunden war, s. S. 468) gegen Rußland hatte es diesmal nicht gefehlt. Denn schon im März 1863 hatte Napoleon III. den Plan für ein unabhängiges Polen entworfen und Oesterreich, das für den Verlust des polnischen Theiles von Galizien reichlich entschädigt werden sollte, zu gewinnen gesucht. Allein Oesterreich wünschte vor allen Dingen den Frieden erhalten zu sehen, und verstand sich nur dazu, gemeinschaftlich mit Frankreich und England zweimal Noten in Petersburg über die Beruhigung Polens übergeben zu lassen, die aber um so weniger zum Ziele führen konnten, als Englands auswärtiger Minister, Earl Russell, offen genug erklärte, daß England um Polens willen keinen Krieg führen werde. Daher konnte der russische Minister, Fürst Gortschakow, leicht antworten: von Zugeständnissen könne erst nach Unterdrückung der Bewegung die Rede sein, auf einen Waffenstillstand mit Aufrührern könne die russische Regierung nicht eingehen und wenn ein Congreß über die Lage Polens Statt finden sollte, so könne er nur aus den drei Theilungsmächten bestehen. Als sich nun England ganz von dieser diplomatischen Intervention zurückgezogen hatte, ließ Fürst Gortschakow dem französischen Minister Drouyn de Lhuys bedeuten, Rußland müsse sich jede Einmischung in seine inneren Angelegenheiten entschieden verbitten. So war diesmal Napoleon's III. Versuch, als Schiedsrichter in den europäischen Verhältnissen aufzutreten, gescheitert.

---

53. Die Türkei nach dem Krimkriege.

(Nach E. Wernicke, Geschichte der Neuzeit, und Heinr. von Sybel's histor. Zeitschrift, bearbeitet vom Herausgeber.)

In dem Pariser Frieden waren die Donau-Fürstenthümer Moldau und Walachei nicht nur dem russischen Protectorate entzogen und unter den Schutz sämmtlicher Großmächte gestellt, sondern ihnen auch eine zeitgemäße Reorganisation zugesichert worden. Um nun dem wachsenden Einflusse Oesterreichs im Osten entgegenzutreten, wurde

von Frankreich, Rußland und England eine Union beider Fürstenthümer unter einem gemeinschaftlichen Fürsten betrieben und, trotz des Widerspruches Oesterreichs und der Türkei, durchgesetzt. Im Januar 1859 ward der Oberst Alexander Kusa (Cuza) für die Moldau und am 5. Februar auch für die Walachei zum Hospodar erwählt und am 10. November die Constitution für beide Fürstenthümer, aber erst am 23. December 1861 ihre Vereinigung unter dem Namen Rumänien proclamirt, nachdem die Union von der Pforte für die Lebensdauer Kusa's anerkannt worden. Alsbald entstand in der Moldau eine lebhafte Agitation gegen die Union, bei der sie sich der Walachei gegenüber benachtheiligt glaubte, und in der (Januar 1862 eröffneten) gemeinsamen Nationalversammlung trat eine Partei hervor, die ganz offen auf Verdrängung des Fürsten hinarbeitete, während dieser darauf bedacht war, nicht nur seine Souverainetät dem Volke und der Pforte gegenüber zu befestigen, sondern auch eine Erb-Dynastie zu begründen. Schon im Sommer 1863 machte er den Vertretern der Garantie-Mächte in Constantinopel die Anzeige, daß er mit der Verfassung von 1858 nicht regieren könne. Da die Nationalversammlung 1864 sich weigerte, ein von ihm vorgelegtes neues Wahlgesetz mit allgemeinem Stimmrecht ohne Wahlcensus zu berathen, so ward sie durch ein Decret des Fürsten aufgelöst und das Wahlgesetz durch allgemeine Volksabstimmung angenommen. So erhielt er denn so gefügige Kammern, wie er sie nur wünschen durfte. Da diese aber, statt einer vom Ministerium geforderten Anleihe von 40 Millionen Francs, vorläufig nur 6 bewilligten, und ein Deputirter der oppositionellen Minorität die gewissenlosen Verschwendungen der Regierung offen besprach, so nahm der Hospodar die Adresse der Zweiten Kammer, obwohl sie von Ergebenheits-Phrasen überströmte, ungnädig auf, und die Kammer entschloß sich, die 40 Millionen zur Deckung des Deficits zu bewilligen. Aber in der Nacht vom 23. bis 24. Februar 1866 ward Fürst Kusa plötzlich in seinem Palaste überfallen und zur Abdankung gezwungen. Noch ehe die Unterzeichner des Pariser Vertrages von 1856 sich über die abermalige Lösung der rumänischen Frage einigten, ward der Prinz Karl von Hohenzollern-Sigmaringen zu Kusa's Nachfolger in beiden Fürstenthümern gewählt.

Obgleich der Sultan Abdul-Medschid durch den Hattischerif von Gülhane vom 3. November 1839 allen seinen Unterthanen, ohne Unterschied des Glaubens, Sicherheit des Lebens und des Eigenthums und Gleichheit vor dem Gesetze zugesichert hatte, so fehlte es nicht an vielfachen Bedrückungen, die sich besonders mehrten, als 1852 mit dem Sturze der Reformpartei, deren Seele Reschid Pascha war, die alttürkische Partei zur Macht gelangte. Diese setzte den Beschluß durch, die kleine kriegerische Völkerschaft der Montenegriner, die seit längerer Zeit, gestützt auf das Protectorat des glaubensverwandten Rußland, mit ihrem Wladika als geistlichem und weltlichem Ober-

haupte an der Spitze, sich factisch von der Oberhoheit der Pforte losgesagt hatte, wieder unter türkische Botmäßigkeit zurückzubringen. Der Seraskier Omer Pascha, ein österreichischer Renegat, schickte sich 1853 an, die Vollziehung dieses Beschlusses mit bedeutender Heeresmacht zu versuchen, was jedoch durch die Einsprache Oesterreichs unterblieb. Doch im Jahre 1862, als die Montenegriner Erweiterung ihrer Grenzen und Anerkennung der Unabhängigkeit ihres Landes erstrebten, drang Omer Pascha an der Spitze eines bedeutenden Heeres in Montenegro ein, und der Fürst Nikolaus I. mußte die von jenem gestellten Bedingungen ihrem ganzen Umfange nach annehmen und die Besetzung einzelner Punkte mit türkischen Truppen zugeben.

Gegen Ende des Krimkrieges erfolgte auf den starken Antrieb Englands und seines Botschafters Lord Redcliffe ein vollständiger Umschwung in der Lage der Christen durch den sog. Hat Hümayun vom 18. Februar 1856. Nach diesem Gesetze soll zwischen den Unterthanen des Sultans wegen der Religion keine Verschiedenheit der bürgerlichen Rechte weiter Statt finden. Jeder Eigenthümer soll gleiche Sicherheit des Eigenthums, der Rechtspflege, des Bekenntnisses genießen. Es werden Verwaltungsämter und Gerichtshöfe mit türkischen und christlichen Beisitzern gebildet; vor Gericht soll das Zeugniß eines Christen dieselbe Bedeutung haben, wie jenes eines Türken. Es sollen ferner die Christen keine anderen und schwereren Steuern zahlen, als die Türken, dafür aber die Christen zum Kriegsdienste zugelassen und ein Theil des Heeres aus christlichen Regimentern gebildet werden. Der christliche Clerus, welcher bisher neben der geistlichen auch einen bedeutenden Theil der weltlichen Rechtspflege und eine gewisse Polizeigewalt hatte, soll, nach Einsetzung der Laienbehörden, auf seine kirchlichen Privilegien beschränkt werden. Allein diesem Gesetze steht eins entgegen — die Ausführbarkeit. Wie die türkische Bevölkerung die Vollziehung des Hattischerif von Gülhane verhindert hat, so steht sie auch dem Hat Hümayun entgegen. Die gemischten Gerichtsbehörden sind eingerichtet worden, aber nicht zur Thätigkeit gekommen; kein türkischer Richter nimmt bei seinem Urtheil Notiz von dem Zeugnisse eines Christen; noch ist kein Christ zum Kriegsdienste ausgehoben worden, und in diesem Punkte sind Ausgeschlossene und Ausschließende vollkommen einig gegen das Gesetz. Die Osmanen würden in der Waffengenossenschaft der Ungläubigen ihre eigene Entehrung und eine Beschimpfung der wahren Religion erblicken; die Christen aber haben wenig Neigung, zum Schutze des Halbmondes die Last des Waffendienstes zu übernehmen, und ziehen vor, als Ablösungssumme die Kopfsteuer fortzuzahlen. Ihr einflußreichster Stand, der Clerus, mißbilligt den Hat so gut wie die Alttürken, weil er ihm den größten Theil seiner politischen, richterlichen und financiellen Vorrechte entziehen würde. Kurz, das Gesetz, so sehr es die Forderungen richtiger Grundsätze erfüllt, entspricht nicht der

Culturstufe der Bevölkerung. Es proclamirt die unterschiedlose Vermischung der verschiedenen Racen und Religionen, diese aber, so stark sie sonst von einander abweichen, verabscheuen alle solche Vermischung. So ist denn der Hat ein wirkungsloses Papier geblieben, und schon wenige Jahre später sah sich Frankreich zur Intervention in Syrien genöthigt, wenn dort nicht eine vollständige Ausrottung der Christen eintreten sollte.

Am Westabhang des Libanon und am Antilibanon wohnen die Drusen, ein freiheitliebendes Volk, dessen Religion in einem wunderlichen Gemisch christlicher, jüdischer und mohammedanischer Lehren mit Ueberresten altorientalischen Naturdienstes besteht; namentlich glauben sie auch an eine Seelenwanderung und an wiederholte Menschwerdung der Gottheit. Diese überfielen mehrmals die christlichen Maroniten, tödteten die Männer, schleppten Weiber und Kinder in die Sclaverei und verübten überhaupt die ärgsten Greuel. So entstand im Jahre 1841 und wieder 1845 ein fürchterlicher Bürgerkrieg; in letzterem gingen die von dem türkischen Pascha den Maroniten zu Hülfe gesandten Truppen größtentheils zu den Drusen über und plünderten mit ihnen gemeinschaftlich. Am furchtbarsten aber entbrannte der Kampf im Frühjahre 1860, namentlich in Damascus, und dehnte sich über ganz Syrien aus. Auch diesmal machten die vom Pascha zur Unterdrückung des Kampfes geschickten türkischen Soldaten gemeinschaftliche Sache mit den Mördern, Brandstiftern und Räubern, bis Fuad Pascha vom Sultan nach Syrien gesandt wurde und eine Anzahl Christenmörder erhängen, andere erschießen ließ. Dennoch erneuerten sich die Ermordungen der Christen an verschiedenen Orten und veranlaßten das Einschreiten der europäischen Großmächte. Gemäß Verabredung auf einer Conferenz in Paris besetzten französische Truppen Syrien fast 10 Monate lang (August 1860 bis Juni 1861).

---

54. Der Dynastiewechsel in Griechenland.

(Nach Heinr. Thiersch, Griechenlands Schicksale, bearbeitet vom Herausgeber.)

Schon seit der Befreiung vom türkischen Joche war es ein Lieblingswunsch der Hellenen gewesen, das griechische Reich über alle griechisch redenden Stämme auszubreiten. Im Jahre 1842, als die griechenfeindliche Verwaltung Izzet-Mehmet Pascha's Veranlassung zu vielfachen Klagen der noch nicht befreiten Griechen gab und an mehreren Stellen des türkischen Reiches, in Serbien, in Bulgarien, im Libanon, Aufstände der christlichen Bevölkerung ausgebrochen waren

(s. S. 306), welche die kriegerischen Kräfte der Türken in Anspruch nahmen, da glaubten die Griechen, wenn ein Krieg zwischen Griechenland und der Pforte ausbreche, so sei es nicht unwahrscheinlich, daß die ganze griechische Bevölkerung von der Grenze des Königreiches bis nach Constantinopel die Fahne der Empörung erheben werde, und ihre Hoffnungen verkleinerten die Schwierigkeiten eines solchen Krieges. Aber König Otto hielt es damals für angemessen, anstatt, dem Enthusiasmus des griechischen Volkes, den Gründen der Besonnenheit, den entschiedenen Vorstellungen der Londoner Conferenz, dem ausdrücklich ausgesprochenen Willen seines Vaters, des Königs von Baiern, zu folgen und wenigstens keinen Angriffskrieg gegen die Türken zu unternehmen.

Abermals schien 1854 der rechte Augenblick gekommen zu sein, den 1829 abgebrochenen Befreiungskrieg fortzusetzen, um Epirus, Thessalien und Macedonien ebenfalls zu befreien, als der Krieg Rußlands gegen den „kranken Mann“, wie man die türkische Macht nannte, eröffnet war und die Russen, wie 1828, den Pruth und die Donau überschritten hatten. Nicht für Rußland wollte man sich anstrengen, wie damals die öffentliche Meinung in England die Griechen und ihren König fälschlich beschuldigte; als selbständige Macht wollten die Griechen von Süden her vordringen und mit den Russen zugleich vor Constantinopel anlangen, um dann für sich den gebührenden Theil der Beute in Anspruch zu nehmen. Die Begeisterung in Griechenland erinnerte an die schönsten Zeiten des Freiheitskampfes. Jung und Alt war freudig bereit, für das Vaterland zu kämpfen und zu sterben. Aber die englische und französische Politik war höchst unzugänglich für Gefühle dieser Art. Rußland sollte nicht anwachsen; Griechenland eben so wenig; die Türkei sollte bleiben ohne Abbruch. Englische Dampfer brachten die türkischen Truppen nach Volo in Thessalien, um die griechischen Insurgenten daselbst niederzuwerfen. Griechische Fahrzeuge, die mit Nahrungsmitteln, Wein und Verbandzeug für die thessalischen Griechen ausgelaufen waren, wurden von den Franzosen weggenommen. — Sebastopol fiel. Der Kampf der Westmächte gegen Rußland war zu Ende. Im Pariser Frieden 1856 ward von Seite Englands und Frankreichs die Integrität der Türkei garantirt, und versprochen, daß durch Reformen, zu denen sich die Pforte verbindlich machte, die Stellung der christlichen Unterthanen, unter gemeinsamer Protection aller Großmächte, verbessert werden sollte (vgl. S. 442).

Die neueste Revolution in Griechenland. Der König und die Königin hatten im Herbste 1862 auf einer Seefahrt von zehn Tagen die Küsten des Peloponnes besucht; als sie am 23. October im Piräeus wieder landen wollten, erfuhren sie, daß eine Militärempörung in der Hauptstadt ausgebrochen sei; fremde Gesandte beschworen den König, bei der unverkennbaren Gefahr für seine Person nicht ans Land zu steigen. Meuterei zeigte sich unter den eige=

nen Seeleuten, und auf fremdem Schiffe verließ der König, der einst mit Sehnsucht erwartete und mit Freudenthränen empfangene, verrathen, tiefgekränkt, schweigend die Küsten seines Reiches.

Fragt man nach den Beweggründen der That: hat etwa König Otto als ein Tyrann wie Kapo d'Istrias geherrscht? so bekennen die Männer der provisorischen Regierung: er hat verfassungsgemäß regiert, nur eins sei ihm vorzuwerfen, er habe Griechenland nicht vergrößert. Die tiefer liegenden Ursachen, durch die ein solches Ereigniß möglich wurde, sind aus der Geschichte klar genug; über die nächsten Veranlassungen und die geheimen Vorgänge ist noch ein Nebel gebreitet. Mit unzulänglichen, widernatürlichen Grenzen und mit einer nicht geordneten Thronfolge stand der griechische Thron nicht sicher, zumal da ihm, statt aufrichtiger Unterstützung, von Seiten der Großmächte Verlegenheiten bereitet wurden. Vollendung des Befreiungswerkes, Herstellung des großgriechischen Reichs ist das Zauberwort, das alle Parteien vereinigt, wenn auch aus verschiedenen Motiven. Den Einen ist es religiöse Pflicht, das Kreuz auf Justinian's Tempelgebäude in Byzanz wieder aufzurichten; bei Manchen überwiegt das Gefühl für die orthodoxe Kirche so sehr alles Andere, daß sie sich mit ganzer Seele zu der nordischen Großmacht hinneigen, die auf ihre Weise dasselbe Ziel anstrebt. Den Anderen ist es nicht so sehr um das orthodoxe Kaiserthum in Byzanz zu thun; Freiheit, Nationalität, Bildung, Fortschritt im Sinne des Occidents sind ihr Ideale. Diese zwei Strömungen haben vereinigt die erste Erhebung im Jahre 1821 hervorgerufen, sie ziehen sich durch die ganze Geschichte der letzten 40 Jahre; auch die neueste Revolution ist ihr gemeinsames Werk. Doch alle diese Ursachen, die von lange her bestanden, sind nicht der ausreichende Erklärungsgrund für die Katastrophe vom 23. October. Aeußere Veranlassungen und geheime Ränke haben hier mitgewirkt. Seit dem Kriege in Oberitalien 1859 und Garibaldi's Zug nach Sicilien und Neapel 1860 blieb Griechenland von der Aufregung, die Italien ergriffen hatte, nicht unberührt, und, wie einst in Folge der Juli-Revolution, wuchs die griechische Opposition an Unruhe, Thätigkeit und Einfluß. Im Frühjahr 1862 fanden die Vorbereitungen statt zu einem neuen Zuge Garibaldi's. Alles Land an der Ostküste der Adria sollte in Aufstand versetzt werden bis an Oesterreichs Grenzen, um dieses zum Einschreiten zu veranlassen und für den Revolutionskrieg in Ungarn und Venetien freie Hand zu gewinnen. Wirklich brach im April 1862 die Militäremeute in Nauplia aus, aber zu früh, vereinzelt, unhaltbar; Otto siegte und behandelte die Empörer mit gewohnter Milde. Garibaldi erlahmte bei Aspromonte, mit ihm für jetzt die italienische Revolution. Aber schon war in Griechenland die zweite, größere Mine gelegt; sie sprang in Vonizza, Patras und Athen. Es war ein Militär-Aufstand, durch unwissende und bestochene Soldaten und Unteroffiziere ins Werk gesetzt — es war nicht eine That der Nation. In Abwesenheit des Kö-

nigs war Alles eingeleitet worden. Da er das Land verließ, so sahen die Königlichgesinnten kein Haupt, um das sie sich schaaren könnten. Die Königin, so heißt es, gab den Rath, da man in Athen nicht landen konnte, in der Maina, wo die Majestäten eben mit Jubel empfangen worden waren, ans Land zu steigen. Von jenen Bergen aus sollte der König sein Reich wieder gewinnen. Wir kennen die Gründe nicht, welche der Ausführung dieses heldenmüthigen Vorschlages entgegenstanden.

Griechische Notabilitäten entwanden die Leitung des Aufstandes den Anstiftern desselben, und in der Ueberzeugung, daß die Vergrößerung Griechenlands sowohl gegen als ohne England unmöglich sei, daß aber mit England wenigstens die Vermehrung durch die ionischen Inseln in Aussicht stehe, erklärte die National-Versammlung am 3. Februar 1863 den Thron Griechenlands für erledigt und daß Prinz Alfred von England, der zweite Sohn der Königin Victoria, mit 230,016 Stimmen unter 241,202 zum Könige von Griechenland gewählt sei. Als England für seinen Prinzen ablehnte, ward am 30. März Prinz Wilhelm Georg von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg, der zweite Sohn des damaligen Kronprinzen (jetzigen Königs) von Dänemark (geboren 1845), unter dem Namen Georg I. zum Könige von Griechenland ausgerufen. Nach der Einwilligung der drei Schutzmächte nahm der König von Dänemark für den Prinzen Wilhelm die Krone Griechenlands an unter der Bedingung, daß die ionischen Inseln mit dem Königreiche Griechenland vereinigt würden. England brachte dem Nationalitätsprincip dieses Opfer, wenn es als ein solches bezeichnet werden darf; das ionische Parlament gab seine Zustimmung. Der junge König Georg landete am 30. October im Piräeus, hielt seinen Einzug in Athen und leistete am folgenden Tage den Eid auf die Verfassung vor der National-Versammlung, die ihn vorher für volljährig erklärt hatte. Eine zur Revision der Verfassung berufene constituirende Versammlung beschloß (19. Sept. 1864) die Abschaffung des Senates und die Einführung des Einkammersystems mit allgemeinen, directen Wahlen, bewilligte aber mit geringer Majorität dem Könige, statt des aufgehobenen Senates, einen Staatsrath. Nachdem der König (28. Nov. 1864) die neue Verfassung beschworen hatte, löste sich die constituirende Versammlung auf. Mit reißender Schnelligkeit folgte seit Georg's Thronbesteigung ein Ministerium dem anderen, die Räuberbanden wurden immer dreister und die Anarchie ist gegenwärtig so groß, daß ein Einschreiten der drei Schutzmächte nicht auffallend wäre.

55. Lord Palmerston, 1784—1865.

(Nach Reinhold Pauli, in den Preußischen Jahrbüchern, mit einer Einleitung nach „Unsere Zeit, deutsche Revue der Gegenwart", bearbeitet vom Herausgeber.)

Die Geschichte unseres Jahrhunderts hat keinen Staatsmann aufzuweisen, der eine so einflußreiche politische Wirksamkeit während einer so langen Dauer entwickelte, wie Lord Palmerston. In der größern, zweiten Hälfte einer 58jährigen politischen Laufbahn, und zwar in einer Zeit vielfacher, bedeutungsvoller Ereignisse und Entwickelungskämpfe, war er der rüstige, selbst durch das Greisenalter ungebrochene Lenker der Geschicke eines Weltreiches, das ein Sechstheil der Menschheit umfaßt. Dazu kommt, daß Palmerston nicht, wie Metternich, der beständige Vertreter einer von Anfang an fertigen, unabänderlichen Politik war, sondern daß er, unter den wechselnden Kämpfen parlamentarischer Parteien, aus einem Lager ins andere, von den Tories zu den Whigs, von der Bekämpfung eines politischen Problems zu dessen Befürwortung übergehend, den leitenden Gedanken seiner Politik — die Weltstellung Englands dem Auslande gegenüber zur Geltung zu bringen — durchzuführen hatte.

Wie Burke, Wellington und Castlereagh, stammt John Henry Temple Viscount Palmerston (geboren am 20. October 1784 in Broadlands, dem Landsitze seines Vaters in Hampshire) aus Irland, und das irische Element, welches vor dem angelsächsischen Wesen durch größere Lebhaftigkeit des Naturels, treffenden Mutterwitz und Humor ausgezeichnet ist, hatte einen unverkennbaren Einfluß auf die Charakterbildung des englischen Staatsmannes. Was jedoch weniger beachtet worden, ist die uraristokratische Herkunft, deren er sich, wie wenige andere britische Staatsmänner, rühmen darf. Seine angelsächsischen Vorfahren besaßen das Gut Temple in der Grafschaft Leicester schon vor der normannischen Eroberung Englands. Auch das Talent für Politik war in seiner Familie erblich. Das Andenken seines berühmten Ahnherrn Sir William Temple verewigt die Geschichte der Tripleallianz, wie die Ehestiftung zwischen dem Oranier und der Tochter Jacob's II. Die Whigs zählen dieselben Minister Wilhelm's III. zu den Vätern ihrer politischen Doctrin, und zu den Whigs hielt auch seine Familie traditionel. Nach ihm zählt Macaulay nicht weniger als 12 Abkömmlinge der Temple's, darunter Pitt und Lord Grenville, welche hervorragende Posten im Staatsdienste bekleideten, ehe Lord Palmerston in der politischen Arena erschien. Uebrigens stammen die Palmerston nicht von Sir William, sondern von dessen Bruder Sir John Temple ab, dessen Enkel — der Großvater des 1865 verstorbenen Premiers — 1722 durch Walpole als Viscount Palmerston of Palmerston in der Grafschaft Dublin in die irische Pairie erhoben wurde.

Ueber die Lehrjahre des jungen Viscount ist auffallend wenig an

die Oeffentlichkeit gedrungen. In den Jahren 1802—1805 studirte er an der von den Whigs bevorzugten Universität Edinburgh, ohne den Enthusiasmus seiner whigistischen Comilitonen für die philosophischen und national-ökonomischen Lehren des damals berühmten Professors Stewart zu theilen, noch an dessen Debattir-Club („der speculativen Gesellschaft"), welcher eine Schule für die späteren Staatsmänner (Brougham, Sidney Smith, John Russell u. s. w.) war, Antheil zu nehmen. Nach dem Tode seines Vaters verließ er Edinburgh, das er als John Henry Temple betreten, schon als Lord Palmerston. Bei der unter dem zweiten Ministerium Pitt's geringen Aussicht für die Whigs, demnächst wieder auf längere Zeit das Heft der Regierung an sich zu bringen, ließ er mit leichtem Blute die alte Tradition seiner Familie fahren und schlug sich zu den Tories, die den Krieg mit Napoleon führten. Nicht als einer der 28 irischen Peers durch die Wahl seiner Standesgenossen ins Oberhaus zu gelangen, war sein Streben, sondern er suchte und fand einen Sitz im Hause der Gemeinen, welches seitdem ohne Unterbrechung der Schauplatz seiner Wirksamkeit geblieben ist. Schon im Jahre 1807, unter dem Tory-Ministerium des Herzogs von Portland, erhielt der junge Viscount den Posten eines Lords der Admiralität, denselben, den ehedem sein Vater bekleidet hatte, dann im Jahre 1809 die wichtigere Stelle des Unterstaats-Secretärs im Kriegsamte, die er unter allem Wechsel der Ministerien 20 Jahre (bis 1828) behauptet hat. In dieser Stellung hat er in unverdrossener Bureau-Thätigkeit, die ihm, trotz seines lebenslustigen Wesens, zur anderen Natur geworden war, die Armeen ausgerüstet und verpflegt, welche Jahre lang gegen die Streitkräfte Napoleon's in Portugal und Spanien rangen, bis sie unter ihrem sieggekrönten Feldherrn (Wellington) die Befreiung Frankreichs vom Joche des Imperators erkämpfen halfen.

a. Das erste Decennium seines auswärtigen Ministeriums, 1830—1841.

Als in Folge von Castlereagh's Selbstmord (s. S. 115) Canning auswärtiger Minister geworden und England draußen wieder zu Ehren brachte, wendete sich Palmerston allmählich diesem leuchtenden Genie zu, und nach Canning's Tode gehörte er zu denjenigen Anhängern desselben, die noch ein Paar Monate in Wellington's Ministerium aushielten, aber, sobald ihr Führer, Huskisson, sich mit diesem überwarf, sämmtlich zurücktraten. Er erkannte, daß die alte exclusive Herrschaft der Tories ihrem Ende nahe sei, kehrte daher zu den Whigs zurück und trat bei der Bildung des liberalen Ministeriums unter Lord Grey, dem Haupte der Whigs, als Minister des Auswärtigen in das neue Cabinet (1830). So hatte er das hohe Ziel erreicht, das sich sein Ehrgeiz schon während der 23 Jahre einer untergeordneten Stellung gesteckt haben mochte. Von

nun an lernte ihn auch Europa kennen, und nach wenigen Jahren galt er den Einen im In- und Auslande als Abgott jeder kühnen, liberalen Politik, den Anderen als Inbegriff des leichtfertigsten Truges und vaterlandsfeindlichen Verrathes!

Zu solchen schroffen Extremen der Beurtheilung, wie die Engländer sie lieben, gab schon gleich die belgisch-holländische Frage Veranlassung. Zwar behaupteten bei den langwierigen Verhandlungen, diesem „erbärmlichen Protocoll-Kriege", die englischen Anschauungen stets das Uebergewicht. Weder gelang es der geriebenen Kunst des alten Fürsten Talleyrand, die Barrièren-Plätze an der Nordgrenze Frankreichs zu beseitigen und damit die Neutralität des neu entstehenden Königreichs von vornherein zum Trugbilde zu machen, noch ließ man der Begierde der Belgier auf Limburg und Luxemburg den Zügel schießen, sandte ihnen aber den zum Könige begehrten Fürsten. Als jedoch Palmerston den Theil der von Holland für die Erwerbung Belgiens übernommenen Schuld, welchen England 1815 Rußland garantirt hatte, auch nach dem Verluste Belgiens zu zahlen fortfuhr, weil die Kronjuristen aus dem Wortlaut der Wiener Verträge die Abtragung der Schuld als unerläßlich erwiesen, da entblödeten die Tories sich nicht, dies in einem Athem als Vertragsbruch und als eine schmähliche Unterstützung Rußlands zum Kriege gegen die armen Polen zu bezeichnen. Freilich stimmte die Beschuldigung, daß der auswärtige Whig-Minister ein Agent des Kaisers Nikolaus sei, schlecht zu der sonstigen auswärtigen Politik des Whig-Ministeriums Grey's und des ihm folgenden Melbourne's, in welches Palmerston überging. Denn der Lord schloß 1834 die Quadrupel-Allianz (s. S. 154) mit Frankreich, Königin Christine von Spanien und Dom Pedro von Brasilien zur Beseitigung der absolutistischen Prätendenten in Spanien und Portugal, wodurch er alles Vertrauen bei der osteuropäischen Diplomatie einbüßte und sich bei den carlistisch gesinnten Peers in England den Vorwurf zuzog, als habe er sich von Frankreich bethören lassen und dessen dynastischen Interessen in der Halbinsel gedient. Seit 1835 nahm sogar eine britische Legion von 10,000 Mann, gleich einem französischen Freicorps, an dem Kampfe gegen Dom Carlos Theil, und die entschiedene Parteinahme der liberalen englischen Regierung hat wesentlich zu dem schließlichen Ausgange des gräßlichen Bürgerkrieges auf der Halbinsel beigetragen.

Wiederholt hatte der Minister des Auswärtigen sich mit der orientalischen Frage zu befassen, welche für England geographisch vom Hämus bis zum Himalaya reicht, politisch aber auf der Sicherung der Türkei vor den Eroberungsgelüsten Rußlands und insbesondere Aegyptens vor französischen Plänen beruht. Keine von diesen beiden Großmächten darf den Weg nach Indien versperren; um die große Productenstraße der Erdkugel für England offen und die Welt als seinen Abnehmer zu erhalten, muß im Osten des Mittel-

meeres möglichst Alles beim Alten bleiben. Im ersten Kampfe Mehmet Ali's mit der Pforte (s. S. 303 ff.) wandte sich letztere nach der Niederlage bei Konieh (December 1832) um schleunige Hülfe nach London, wo die Fortschritte der Aegyptier zu den ernstlichsten Bedenken Anlaß geben mußten. Allein die Whig-Regierung war damals zu sehr mit Irland, den Niederlanden und der pyrenäischen Halbinsel beschäftigt, um andern Beistand, als diplomatischen, leisten zu können. Daher warf die Pforte sich zuletzt Rußland in die Arme und untersagte zufolge eines geheimen Artikels des Vertrages von Unkiar-Skelessi (1833, s. S. 305) zum Vortheil Rußlands allen anderen fremden Kriegsschiffen die Einfahrt in die Dardanellen. Da England diesen Vertrag nicht mit Waffengewalt zu vernichten vermochte, so benutzte das britische Cabinet die nächste Verwicklung (1838), um demselben einen britisch-türkischen Handelsvertrag entgegenzustellen, durch welchen den britischen Kauffahrern das Einlaufen in das schwarze Meer und alle Vorrechte der meist begünstigten Nationen gestattet wurden. Wie die englische Politik im zweiten Kriege Mehmet Ali's gegen die Pforte mit der französischen in Conflict gerieth und wie Palmerston durch den sogenannten Vierbundvertrag vom 15. Juli 1840 Frankreich, das den Pascha von Aegypten begünstigte, isolirte, ist bereits oben (S. 308) erzählt worden. Rußland stand vom Vertrage von Unkiar-Skelessi ab, so daß die Dardanellen und der Bosporus in Friedenszeiten wieder, wie vor Alters, den Kriegsschiffen aller Mächte versperrt sein sollten. Da der Pascha von Aegypten, welcher zufolge jenes Vertrages Syrien räumen sollte, an Nachgeben nicht dachte, so mußte Gewalt gegen ihn angewendet werden. Die der französischen an Zahl der Schiffe und Geschütze beträchtlich nachstehende Mittelmeerflotte trennte sich von jener in der Besika-Bai, wo sie schon eine Weile argwöhnisch bewacht gewesen; unterstützt von einigen türkischen und österreichischen Schiffen, bombardirte sie Beyrut und St. Jean d'Acre, bis beide genommen waren; der Pascha, verlassen von der Macht, der er zugleich nachahmte und diente, mußte sich mit dem erblichen Besitze Aegyptens begnügen und als Vasall der Pforte auch den britisch-türkischen Handelsvertrag (von 1838) annehmen. So verdankte England der Kunst und Festigkeit Palmerston's, daß der Ueberlandweg vor den lüsternen Griffen des alten Nebenbuhlers gesichert war. Auch hatte er schon 1839 Aden, das Gibraltar des rothen Meeres, erstürmen lassen und ein Räubernest, das sich an der britischen Flagge vergriffen, in eine der wichtigsten Stationen ihres Welthandels verwandelt.

Dennoch ruhten persönliche Feindschaft (namentlich des von Constantinopel zurückberufenen und desavouirten Legations-Secretärs Urquhart) und Parteileidenschaft nicht, um den der ganzen übrigen Welt ganz besonders englisch erscheinenden Staatsmann als größten Feind der nationalen Wohlfahrt darzustellen. Die Schutzzöllner aller politischen Farben rechneten es ihm zum Verbrechen an, daß er in-

nerhalb 10 Jahre unermüdlicher Arbeit eine Reihe von (mehr als 20) Verträgen abschloß, die bald diesen, bald jenen Staat gegen die Negersclaverei verpflichteten und Reduction der Tarife, wie gegenseitige Oeffnung der Handelsbahnen bezweckten. Wie er die canadischen Unruhen 1838 beizulegen verstand, s. S. 293, und wie er den englischen Einfluß in Asien, als er von dem russischen während 10 Jahre überholt war, herstellte, s. S. 316 ff.

Als im August 1841 das Whig-Ministerium Melbourne den Tories unter Peel (1841—1846) weichen mußte (wegen Verwerfung einer Bill, die der Freihandels-Agitation der Manchester-Partei halbwegs entgegenkam), war Englands Wille in Spanien, Portugal, Neapel, Syrien, Aegypten, Persien, Indien, China wenigstens für den Augenblick durchgesetzt worden, und zwar mit sehr verschiedenen, unermeßlichen Mitteln, durch die, allerdings vom Glücke unterstützte, rastlose Thätigkeit und das vielseitige Talent seines auswärtigen Ministers.

b. Die zweite Verwaltung des auswärtigen Amtes, 1846—1851.

Als am 29. Juni 1846 Sir Robert Peel sein Amt als erster Minister niederlegte und für das Bewußtsein, den Armen billigeres Brot gesichert zu haben (s. S. 302), das Vertrauen der Tories verscherzt hatte, da kehrte auch Palmerston, nunmehr unter dem 8 Jahre jüngeren Lord John Russell, auf seinen Posten in Foreign Office zurück. Als im Jahre 1848 Aufstand und Verfassungskämpfe den Continent Europa's von der Südspitze Italiens bis nach Skandinavien hin erfüllten, während das Inselreich in stolzer Haltung der Ruhe und des Friedens genoß, da hat Lord Palmerston überall sein Augenmerk gehabt und mehr oder minder nachgeholfen, wo das constitutionelle Princip Wurzel zu fassen schien, so namentlich in Neapel, wo die Anfangs klug verhüllte Mission Lord Minto's die alte Whigpolitik vom Jahre 1812 wieder aufnahm. Dagegen hat er in der schleswig-holsteinschen Angelegenheit durch Unterzeichnung des Londoner Protokolls vom Jahre 1850 sich dem Willen der übrigen wieder erstarkten Cabinette, besonders auch dem sehr deutlich ausgesprochenen Willen der englischen Nation gefügt, um einen europäischen Krieg zu vermeiden. Denn nicht an jeder Stelle war er der europäische „Feuerbrand" oder, wie ihn der liberale Roebuck noch witziger genannt hat, „das diplomatische Allerwelts-Schwefelholz", weil die Völker in der Revolutions-Periode auf England als auf eine befreundete Macht hinblickten, die im entscheidenden Augenblicke nöthigenfalls zu activem Beistande gegen die Regierungen bereit sein werde.

Während die Gegner im Parlamente seine auswärtige Politik bei jeder Gelegenheit anzufeinden nicht müde wurden, schmeichelte der Masse des englischen Volkes die Vorstellung, daß England

allenthalben den Unterdrückten gegen die Unterdrücker beistehe, die Freiheit gegen den Despotismus schütze. Einen der glänzendsten Triumphe errang er in der Session von 1850 bei einer Debatte über seine auswärtige Politik, die seinen Sturz herbeizuführen bezweckte. Don Pacifico, ein Jude von den ionischen Inseln und also englischer Unterthan, hatte bei einer Emeute in Athen einige unbedeutende Verluste an seinem Eigenthum erlitten und deßhalb vergebens von der griechischen Regierung Schadensersatz verlangt. Die Sache war beinahe vergessen, als Lord Palmerston plötzlich im Herbste 1849 eine Flotte an die griechische Küste schickte, griechische Schiffe capern ließ und mit einem Bombardement Athens drohte. Die Führer der Tories wußten im Oberhause ein Mißbilligungsvotum gegen Palmerston's gesammte auswärtige Politik, bei der Zweck und Mittel des Verfahrens im grellsten Mißverhältniß ständen, mit einer großen Majorität durchzusetzen. Im Unterhause dauerten die Debatten vier Nächte hindurch; Lord Palmerston selbst sprach von Mitternacht bis zur Morgendämmerung volle 5 Stunden. Sein Vortrag schien belebter, sein Humor glänzender, sein Witz treffender, seine Herrschaft über die Stimmung seiner Zuhörer vollkommener, als je zuvor, und als er seine Rede mit dem berühmten Vergleiche des englischen und römischen Bürgers schloß — wie einst diesem die einfachen Worte civis Romanus sum auf der ganzen Erde Schutz gewährt, so solle auch jenem die Hinweisung auf sein englisches Bürgerthum gleichen Schutz gewähren — da hallte das Haus von dem stürmischen Beifall aller Parteien wieder, und sein Sieg war entschieden. Die Worte Robert Peel's: „wir alle sind stolz auf ihn", fanden, als von einem Gegner gesprochen, im Volke ein doppeltlautes Echo, und statt des Mißtrauensvotums gewann ein Vertrauensvotum die entscheidende Majorität (von 46 Stimmen). Die Erklärung John Russell's, daß sein College Palmerston stets nur als Minister Englands und keiner anderen Macht handle, deutete darauf hin, daß dessen Verfahren in Athen ein Wink für den griechischen Hof gewesen, der russischen Diplomatie kein zu willfähriges Ohr zu leihen.

Die Bemühungen um die Unterdrückung des Sclavenhandels, die er bereits während seiner ersten auswärtigen Amtsführung begonnen hatte, setzte er während der zweiten, trotz vielfacher Opposition, mit unermüdlicher Beharrlichkeit fort, indem er eine englische Flotille an der afrikanischen Küste stationiren ließ und zu demselben Zwecke eine Reihe von Verträgen, theils mit europäischen und amerikanischen Staaten, theils mit afrikanischen Häuptlingen abschloß.

Sein abermaliger Sturz wurde Ende 1851 herbeigeführt durch einen eigenmächtigen Eingriff in die Rechte der Krone. Durch lange Gewohnheit im Amte und gestützt auf seine Erfolge, hatte er sich eine gewisse Dictatur angeeignet. Beim Staatsstreiche Napoleon's am 2. December 1851 sprach er dem französischen Botschafter seine Billigung der That aus, während seine eigene Regierung noch keinen

Beschluß gefaßt hatte. Die Königin, an deren (seit ihrer Verheirathung halb deutschem) Hofe er kein Vertrauen hatte gewinnen können, schrieb, von dem Prinzen-Gemahl berathen, zur Wahrung ihrer Prärogative einen Brief an den Premier, voll Tadel über seine Verwaltung. Dies führte seine Entlassung herbei — doch hatte er die Genugthuung, in Folge seines tiefen Blickes in die Weltverhältnisse gleich in der ersten Stunde dasjenige angerathen zu haben, wozu alle Mächte Europa's nach einander gutwillig oder gezwungen sich bequemen mußten.

c. Palmerston als Minister des Innern, 1852—1855.

Schon nach wenigen Wochen übte Palmerston an Lord Russell, der ihn so schnöde bei Seite setzte und sich selbst dadurch der wesentlichsten Stütze beraubte, Wiedervergeltung, indem er mit den Tories im Bunde das Whig-Ministerium (durch ein Amendement in der Milizbill) stürzte. Aber wie er dazu beigetragen, den Grafen Derby an das Ruder zu bringen, so war er auch wieder eins der thätigsten Werkzeuge, um noch vor Ablauf des Jahres 1852 das Tory-Ministerium zu Falle zu bringen. In dem darauf folgenden, aus Tories, Whigs und Peeliten gebildeten Coalitions-Ministerium unter Lord Aberdeen, seinem alten Hauptgegner in der auswärtigen Politik, begnügte er sich mit dem Ministerium des Innern; denn, wiewohl fast 70 Jahre alt, wünschte er doch irgend eine directe Theilnahme an der Regierung lieber als gar keine, lieber eine Stelle auf der Ministerbank als auf den Bänken der Opposition. Auch hier bewährte er die erstaunliche Elasticität des Geistes, die sich bei ihm im hohen Alter eher steigerte, als abnahm, dieselbe Lust, eine ungeheure Masse der verschiedenartigsten Geschäfte zu bewältigen, wie früher. Er sprach über wissenschaftlichen Ackerbau, über die beste Anwendung des Düngers, brachte Bills zur Einführung dampfverzehrender Schornsteine, zur Vervollkommnung der Wasserleitung, zur Beschränkung der Kirchhöfe innerhalb der Grenzen der Städte ins Parlament, discutirte Maßregeln zur Verhütung des Ausbruches der Cholera u. s. w., kurz das Detail der inneren Verhältnisse schien ihm eben so geläufig, als das der äußeren. Der Erfolg, der seine Verwaltung des Innern begleitete, gewann ihm eine neue Popularität und bahnte ihm den Weg zu der höchsten Stufe der Macht, die ihm noch zu erreichen übrig war.

d. Palmerston's erstes Premier-Ministerium, 1855—1858.

Der Krimkrieg führte den Sturz des Ministeriums Aberdeen herbei. Wahrscheinlich würde der Czar Nikolaus Bedenken getragen haben, in die Donau-Fürstenthümer einzurücken und die osmanische Flotte zerstören zu lassen, wenn im Jahre 1853, statt des von Frie-

den träumenden Aberdeen, Palmerston der leitende Minister gewesen wäre. Erst als der Krieg vor Sebastopol wie in der Ostsee weder glücklich, noch klug geführt wurde und die Mängel der Kriegsverwaltung im Winter 1854 bis 1855 zu Tage gekommen, wehte ein Sturm der öffentlichen Meinung das Coalitions-Ministerium über den Haufen, und die Königin mußte die Siegel des ersten Lords der Schatzkammer an Palmerston übertragen, in welchem das Land allein den Retter aus der Noth erblickte. Wie vor 16 Jahren, so behauptete er auch diesmal die Integrität des osmanischen Reiches. Das Einvernehmen mit Frankreich dauerte auch nach dem Pariser Frieden von 1856 fort, und er wußte Frankreich auch zu fernerer gemeinsamer Thätigkeit in allen Theilen der Welt zu verpflichten. Trotz seiner energischen Haltung im Kriege mit Persien und während eines furchtbaren Aufstandes in Indien mußte Palmerston die Beschuldigung hören, er habe aus Vorsorge für die Türkei es unterlassen, dem Vordringen der Russen südlich vom Kaukasus oder fern im Osten am Amur einen Riegel vorzuschieben. Der Krieg, den er in China wegen Wegnahme eines unter britischer Flagge segelnden Fahrzeuges führen ließ, veranlaßte Cobden, den Friedensfreund, zu einem Tadelsvotum, welches mit 16 Stimmen Majorität durchging; aber die Neuwahl des Parlaments brachte die Koryphäen der Opposition (Cobden, Bright, Layard) um ihre Sitze und dem Premier eine überwältigende Majorität. Doch noch einmal (wie 1851) führte seine Rücksicht auf Napoleon III. seinen Sturz herbei. Als er nach dem Attentate Orsini's 1858 (s. S. 445) das Asylrecht politischer Flüchtlinge, worauf England seit Jahrhunderten stolz war, verkürzen wollte, um die Genossen Orsini's zur verdienten Verantwortung zu ziehen, da wurde seine „Verschwörungsbill" bei der zweiten Lesung im Unterhause verworfen. Es folgte das zweite, kurze Ministerium Derby's, den jedoch Palmerston schon im Juni des nächsten Jahres ablöste, da sich die Nation nach dem Ausbruche des Krieges in Italien nicht ferner den Tories anvertrauen mochte.

e. Palmerston zum zweiten Male Premier, 1859—1865.

Nachdem das Ministerium Derby durch eine ihm von der öffentlichen Meinung abgerungene, aber in ihren Bestimmungen ungenügend befundene Reformbill gefallen war, bewog der 76jährige Palmerston die bedeutendsten seiner Gegner, Russell und Gladstone, als Minister des Auswärtigen und der Finanzen, in das Cabinet einzutreten, dem er bis an seinen Tod, noch über 5 Jahre, vorgestanden hat und das allein durch ihn diese in jüngster Zeit selten gewordene Dauer gewann. Der Hauptgrund lag in dem Umstande, daß er als Premier das Ministerium des Auswärtigen nicht selber übernahm und so nicht nur dem Argwohn leichtfertiger Einmischung in die Angelegenheiten anderer Staaten entging, sondern auch für die in diesem

Zweige der Staatsverwaltung am schwersten zu vermeidenden Fehler einen Anderen verantwortlich machte, während alle namhafteren Erfolge auch ferner ihm zugeschrieben wurden. So wurde die Annexion Nizza's und Savoyens an Frankreich, die Preisgebung der Polen (1863) von dem rasch fertigen Urtheile der Kurzsichtigkeit Russell's zugeschrieben, dagegen die Sympathieen für die nationalen Bestrebungen und die Einheit Italiens, die Erhaltung des Friedens während des nordamerikanischen Krieges, so wie die guten Beziehungen zu Frankreich dem Premier als Verdienst angerechnet. Und wenn im deutsch-dänischen Streite — wo übrigens jeder Interventionslust von Frankreich gesteuert wurde — die Niederlage der englischen Politik (mit Palmerston's Theilungsvorlage vom Jahre 1850) vollständig war, so tröstete man sich zuletzt mit dem Glauben, daß alles geschehen sei, was unter Umständen hätte geschehen können, und Lord Palmerston, wie sehr er auch die Hand im Spiele haben mochte, blieb merkwürdig verschont von dem nationalen Ingrimm, der auf allen Seiten des Parlaments und in den Blättern aller Farben losbrach.

Bald nach den letzten Parlamentswahlen (von 1865), die von Neuem die Stärke seiner Popularität bekundeten, befielen ihn die Leiden des hohen Alters häufiger, doch arbeitete er noch, wie gewöhnlich. Erst als er nicht mehr zum täglichen Spazirritt auf das Pferd steigen konnte, da nahte in der ländlichen Stille des Landsitzes Brocket Hall der Tod. Unmittelbar vor dem Eintritte in das 82. Jahr endete ein Leben, dessen politische Wirksamkeit sich über zwei Menschenalter erstreckte, in deren Mitte eine alle Verhältnisse Englands ergreifende Umwandlung (s. Nr. 26 und 27) fiel. Einen vollkommeneren Engländer mit allen seinen Tugenden und Schwächen hat es selten gegeben, daher denn auch, da er beständig vor Aller Augen und in Aller Munde lebte, seit mehr als einem Jahrhundert keinen so populären Mann, als Lord Palmerston. Er war einer der glücklichsten und vielleicht mächtigsten Staatsmänner des Jahrhunderts, ein Feind des Sclavenhandels, ein Freund der Katholiken-Emancipation, ein Förderer constitutioneller Grundsätze im Ausland, und in diesen drei Beziehungen hat er dauernde Erfolge erzielt.

---

56. Der Aufstand der einheimischen Truppen in Indien.

(Nach Eduard Arnd, Geschichte der neuesten Zeit.)

Die ganze ungeheure Ländermasse vom Himalaya nördlich bis zum Cap Komorin südlich war dem Anschein nach den Engländern

unbedingt und für immer unterworfen. Aber die Verschiedenheit des Glaubens, der Sitte, der Sprache war noch eben so groß, wie hundert Jahre vorher, als Lord Clive (1757) mit seinen Abenteurern in Vorderindien zum erstenmal Fuß faßte. Der Hochmuth und das Unterdrückungssystem der Briten hatten den Haß der einheimischen Bevölkerung gegen die fremde Herrschaft immer lebendig erhalten. Dieser Haß war in allen Klassen derselbe. Die eingeborenen Fürsten, zuletzt noch der König von Oude (Audh), waren, je nach den Umständen, vertrieben, entsetzt, pensionirt worden, oder befanden sich, wenn ihnen eine nominelle Gewalt übrig geblieben, bei deren Ausübung in der größten Abhängigkeit von den Civil- und Militäragenten der Ostindischen Compagnie, die das anglo-indische Reich für ihre Rechnung verwaltete und deren Directoren ihren Sitz in London hatten. Ein großer Theil des höheren Lehnsadels war durch frühere Confiscationen, durch Geldstrafen und kostspielige Processe in seinen Vermögensverhältnissen herabgekommen, sah sich bei dem geringsten Verdacht der Auflehnung in seinem Eigenthum und seiner Freiheit bedroht und mußte sich das willkürliche Eingreifen der Eroberer in alle seine inneren Verhältnisse gefallen lassen. Die kleinen Besitzer und die arbeitende Menge wurden von der Last der Abgaben und noch mehr von der Art ihrer Erhebung zu Boden gedrückt, bei der besonders die einheimischen Steuereinnehmer, im Vertrauen auf den Schutz ihrer englischen Vorgesetzten, sich oft die größten Ungerechtigkeiten und Härten erlaubten. Der Unterschied der Religion zwischen den Engländern und den Eingeborenen dauerte in seiner ganzen Stärke fort. Die englische Herrschaft hatte im Ganzen wenig zur Verbreitung des Christenthums in Indien gethan, und die etwaigen Bemühungen ihrer Missionäre waren fast ohne Erfolg geblieben. Die Anhänger des Brahmaismus fühlten sich von der Geringschätzung verletzt, welche die Briten gegen ihre Kastenunterschiede bewiesen; die zahlreichen Anhänger des Islam, unter ihnen viele Abkömmlinge der mongolischen Eroberer des Landes, deren religiöser Eifer durch die häufigen Pilgerfahrten nach Mekka und die Berührung mit ihren Glaubensgenossen immer wieder aufgefrischt wurde, ertrugen mit äußerster Ungeduld das ihnen auferlegte Joch. Der exclusive Charakter des Engländers, die Geringschätzung, mit der er auf Alles Fremde herabsieht, die starre Entfernung, in der er sich von den Eingeborenen in den ihnen unterworfenen Ländern hält, machte jede Annäherung zwischen den beiden Racen unmöglich, und flößte dem Hindu, je nach seiner Stellung, Furcht oder Haß ein. Die Anhänger des Brahmaismus und des Islams traten einander in einem großen Theile Indien's durch Boten und geheime Zeichen näher, die den Engländern unbekannt blieben oder unverständlich waren. Vergebens hatte einige Zeit vorher der geniale General Napier bei seiner Anwesenheit in Indien (1851) sich mit bitterem Tadel über die Mißbräuche der Verwaltung, über die Demoralisirung der Truppen ge-

äußert, und seine Besorgnisse vor dem unter den Einheimischen herrschenden Geiste zu erkennen gegeben. Seine Warnungen waren an dem Uebermuth und dem Sicherheitsgefühl seiner Landsleute gescheitert. Um eine Bevölkerung von 180 Millionen Seelen zu beherrschen, bedurfte es eines großen Heeres, das ganz aus Engländern und Europäern zusammenzusetzen unmöglich war. Unter den 250,000 Soldaten, die von der ostindischen Compagnie unterhalten wurden, gab es (1857) nur 30,000 Briten, die übrigen waren Eingeborene, auf welche die englischen Officiere keinen moralischen Einfluß ausübten, indem sie sich um dieselben außerhalb des Dienstes nicht im entferntesten bekümmerten. Um so ungestörter konnten die Sipahis (die aus den Landeseingeborenen gebildete Infanterie) ihre Vorbereitungen zum Aufstande treffen. Als Vorwand zu demselben diente die Einführung neuer Patronen, die mit Rinder- oder Schweinefett eingerieben sein sollten, wovon ersteres die religiösen Gefühle der Hindus, letzteres die der Mohammedaner beleidigte. Die Erregung moralischen Scrupels und physischen Abscheus war bei der rohen und abergläubigen Menge der äußere Hebel zu der Bewegung, deren erste Ursachen aber tieferer und allgemeinerer Natur waren.

Der Aufstand der einheimischen Truppen brach zuerst in der bengalischen Armee aus, während die Madras- und Bombayarmee noch eine Zeit lang ruhig blieb. Am 9. Mai 1857 verweigerten die in Mirut bei Delhi liegenden Sipahis die Annahme der neuen Patronen, tödteten die englischen Officiere, deren Frauen und Kinder und zündeten die Kaserne an. Zwei Tage später erhob sich Delhi, die alte Hauptstadt des mongolischen Reichs. Die Engländer hatten die Wichtigkeit dieses Centralpunkts übersehen, und es lagen daselbst nur wenige europäische Truppen. Die Sipahis bemächtigten sich in Delhi eines Artillerieparks von 150 Kanonen, unermeßlicher Kriegsvorräthe und eines Schatzes von 2 Mill. Pfd. Sterling. Die englische Besatzung ward überwältigt, und die gesammte europäische Bevölkerung, Männer, Weiber, Kinder, meist unter gräßlichen Martern umgebracht. Der ehemalige Kaiser oder Großmogul, Akbar, ein Nachkomme Timur's, der in seinem Palast zu Delhi von einer englischen Pension lebte, wurde zum rechtmäßigen Beherrscher von Indien ausgerufen. Da er 92 Jahre alt war, so traten seine Söhne und Enkel für ihn ein, die sich an den Vorbereitungen zu der Empörung betheiligt hatten, und, wie wenigstens die Engländer behaupteten, auch an den begangenen Gräueln nicht schuldlos waren. Gleichzeitig brach der Aufstand in allen bengalischen Garnisonsstädten aus. Die erfinderische Grausamkeit des Orientalen übertraf an Menge und Mannichfaltigkeit der Unthaten alles, was in Europa Unmenschlichkeit und Verruchtheit in einzelnen Fällen verübt haben mag. Die Gefangenen und Wehrlosen wurden lebendig verbrannt, in Stücke gehauen, es wurden ihnen die Augen ausgerissen, die Finger und Zehen langsam abgeschnitten, die Haut abgezogen, die Frauen wurden öffentlich ge-

schändet, die Kinder auf dem Pflaster zerschmettert und alle erfinnlichen Gräuel verübt. Der Aufstand verbreitete sich über Nordindien wie ein Lauffeuer und war überall von denselben Freveln begleitet. Die Engländer waren im ersten Augenblick von der Kunde über diese entsetzlichen Vorfälle wie erstarrt. Aber bald ermannten sie sich, und die Beamten und Officiere, die bis dahin meist an ein schwelgerisches Leben gewöhnt und in Weichlichkeit versunken gewesen, erhoben sich im Moment der höchsten Gefahr zu einer Thätigkeit, einem Muth, einer Todesverachtung, die einen glänzenden Beweis von der Kraft des englischen Volkscharakters geben. Das Verhalten ihrer Feinde kam ihnen dabei zu Hülfe, indem diese ohne Plan, Zusammenhang und Uebereinstimmung handelten, und nur auf Befriedigung ihres Rachegefühls bedacht waren. Zum großen Glück für die Engländer blieben ihnen die Regimenter, die sie unter den Ghorkas, einem kriegerischen Stamm, der im Himalaya seinen Sitz hat, und die, welche sie unter den ebenfalls tapferen Sikhs angeworben hatten, aus Haß gegen die Sipahis treu und leisteten gegen dieselben wesentliche Dienste. Von den indischen Fürsten schloß sich, mit Ausnahme der kaiserlichen Prinzen in Delhi und Nana Sahib's, aus Furcht vor den Engländern, aus innerer Uneinigkeit und gegenseitiger Eifersucht, keiner sonst dem Aufstand an. Das eigentliche Volk betheiligte sich nur hier und da an den Plünderungen und Metzeleien, schlug sich aber nicht, und die Sipahis blieben auf sich beschränkt. Auf diese Weise ward es dem General Wilson möglich, nach einer Belagerung von drei Monaten, bei der die Engländer, welche, außer mit einem verzweifelten Feinde, noch mit einer glühenden Sonnenhitze und der Cholera zu kämpfen hatten, eine seltsame Ausdauer und Tapferkeit bewiesen, Delhi, bei einem Verlust von 66 Officieren und 1178 Soldaten, mit Sturm zu nehmen. Selten hat die moralische und militärische Ueberlegenheit europäischer über orientalische Truppen sich mehr, als bei diesem Kampfe, bewährt. Denn die Aufständischen, welche Delhi vertheidigten, waren nicht mit Pfeil und Bogen bewaffnete Wilde, sondern Soldaten, die Jahre lang unter den Engländern gedient hatten, und eben so gut mit dem Feuergewehr wie diese umzugehen wußten. Dennoch unterlagen sie zuletzt gänzlich, weil sie nach einem wilden Aufschwung bald in eben so große Ermattung verfielen. Der alte Kaiser Akbar wurde aus seinem Palast gefangen nach Kalkutta abgeführt, und zwei Söhne und drei Enkelsöhne von ihm, die sich der Empörung angeschlossen hatten, wurden erschossen. Das Heer, welches Delhi vertheidigt hatte, ergoß sich in regelloser Flucht an beiden Ufern der Jumna hin, ward aber von den Engländern erreicht und vollends aus einander gesprengt. Einem Theil gelang es, sich mit den Aufständischen im Königreich Oude zu vereinigen, dessen von der Ostindischen Compagnie pensionirter König neutral blieb, während die ganze Bevölkerung sich gegen die Engländer erhob. Dort hatten sich die Engländer mit 400 Frauen

und Kindern in die Citadelle von Lucknow, der Hauptstadt des Landes, geworfen, die Tag und Nacht von den Rebellen beschossen und unaufhörlich bestürmt wurde. Die englische Besatzung unter Sir Henry Lawrence schlug alle Angriffe ab und war entschlossen, sich im schlimmsten Fall sammt der weiblichen Bevölkerung eher in die Luft zu sprengen, als den Sipahis in die Hände zu fallen. Als die Noth am größten war und man in der Citadelle glaubte, nur noch 24 Stunden leben zu können, rückte General Havelock, der sich unterwegs mit seinem Collegen Outram vereinigt hatte, zum Ersatz heran. Von Zorn über die von den Aufständischen begangenen Gräuel und von Liebe zu ihren bedrängten Landsleuten erfüllt, griffen die Engländer die fünffach stärkere Belagerungs-Armee mit solchem Nachdruck an, daß sie deren dichteste Reihen durchbrachen und in die Citadelle einzogen (25. September 1858), nachdem sie den vierten Theil ihrer Mannschaft verloren hatten. Aber die Stadt Lucknow selbst, wo 50,000 Sipahis lagen, konnte von Havelock nicht eingenommen werden, der froh sein mußte, die Citadelle erreicht und die Besatzung mit seinen und Outram's Truppen verstärkt zu haben. Am 16. November wurde Havelock durch den von Kalkutta herbeiziehenden Ober-General Campbell entsetzt und glücklich aus dem Bereiche des Feindes gebracht. Havelock, der eben so menschlich als tapfer und hochherzig war, starb bald nachher an der Cholera. Sein Name wurde im ganzen britischen Reiche mit Bewunderung genannt.

In England waren unterdessen die gewaltigsten Anstrengungen gemacht worden, um die Truppen in Ostindien zu verstärken. Ueberall meldeten sich Freiwillige zum Eintritt in die Armee, und alle Parteien und Klassen waren fest entschlossen, die englische Herrschaft in Ostindien um jeden Preis aufrecht zu halten. Nach und nach wurden über 100,000 Mann europäische Truppen nach Ostindien geschickt. Außerdem ward das englische Heer von 20,000 Gorkhas und 15,000 Sikhs verstärkt. Im December 1857 und Januar 1858 siegten Campbell und Outram über den Feind in mehreren Schlachten. Am 13. März ward Lucknow nach einem dreitägigen Sturm genommen. Die Streitmacht der Rebellen schmolz von jetzt an rasch zusammen, und der Krieg löste sich in viele einzelne Guerillakämpfe auf, in denen die Engländer ebenfalls Meister blieben. Die letzten Siege über größere Massen der Aufständischen wurden im Sommer 1858 von General Hope Grant bei Nawabgunge, und im Herbst von General Michel bei Bohahg erfochten. Bei dieser Gelegenheit wurde der Maratte Tantia Topi, einer der fähigsten und tapfersten Leiter der Empörung, gefangen genommen und am 18. April (1859) in Sipri hingerichtet. Unter den hervorragenden Führern entging nur Nana Sahib der Rache der Engländer. Außer den fünf Prinzen der kaiserlichen Familie wurden unzählige aus dem Volk erschossen, häufig in der Art, daß man sie, nicht um ihre Qual, sondern den Schrecken bei den Zuschauern zu vermehren, an die Mündung der

Kanonen band, oder gehenkt, aber in der Regel nur solche, die des Mordes an Gefangenen und Wehrlosen schuldig waren. Sehr viele Verhaftete, unter ihnen offenbar Schuldige, ließ man später frei. Der General-Gouverneur von Indien, Lord Canning, ein Sohn des berühmten englischen Staatsmannes dieses Namens, trug durch seine weise Mäßigung viel zur Stillung der Unruhen bei. Am 28. Juli 1859 wurde ein großes Dankfest für die Besiegung des Aufruhrs begangen.

Das wichtigste Ergebniß dieses Kampfes, bei dem die englische Herrschaft einen Augenblick lang auf dem Spiele stand und bei größerer Einheit unter ihren Feinden vielleicht gestürzt worden wäre, oder wenigstens eine tödtliche Wunde erhalten hätte, war die Aufhebung des Privilegiums der Ostindischen Compagnie. Die Verwaltung der ungeheuren Ländermassen zwischen dem Himalaya und dem Kap Komorin ging wieder an die Krone und deren verantwortliche Rathgeber zurück. Damit hat für Indien und sein Verhältniß zu Großbritannien eine neue Epoche begonnen, von der man hofft, daß sie zu wesentlichen Verbesserungen in der Lage der einheimischen Bevölkerung führen werde.

---

57. Der zweimalige Kampf der Westmächte gegen China.

(Nach „Unsere Zeit“, bearbeitet vom Herausgeber.)

Das Reich der Mitte war zum ersten Male durch den sog. Opiumkrieg (1840—1842, s. Nro. 31) von der europäischen Kriegskunst gedemüthigt worden. England hatte mit einer Handvoll Menschen ein Land, fast so groß wie Europa, mit einer Bevölkerung von 400 Millionen mit unerhörtem Erfolge bekämpft und dem Handel ein neues, unermeßliches Gebiet geöffnet. Mit großer Selbstverleugnung hatte die britische Regierung durch einen Supplementar-Vertrag (vom 8. October 1843) die fünf Häfen (s. S. 324) auch allen anderen Nationen geöffnet, worauf Frankreich (24. October 1844) einen selbständigen Vertrag mit China schloß, der unter Anderem auch den eingeborenen Christen die freie Ausübung ihrer Religion sicherte. So lange Kaiser Tao-kuang regierte, wurden die einzelnen Bestimmungen der Verträge ziemlich treu von den Chinesen eingehalten. Als jenem aber 1850 sein 20jähriger, vierter Sohn Tschu folgte, der den Titel Hienfung (Glückesfülle) annahm, ertönten bald vielfache Klagen über Vertragsbrüche, religiöse Verfolgungen, Unsicherheit der Personen und des Eigenthums, ohne daß sich die chinesischen Behörden auch nur den Anschein gegeben hätten, als wollten sie Abhülfe gewähren. Die

im Juni 1856 auf Befehl eines Mandarins erfolgte qualvolle Ermordung eines französischen Missionärs (Chapdelaine), durch welche eine Bestimmung des französischen (die religiöse Freiheit vorzugsweise schützenden) Vertrages verletzt wurde, gab dem Kaiser Napoleon III. den lange gewünschten Grund, sich direct in die chinesischen Verhältnisse zu mischen, und führte zu einer Allianz Frankreichs mit England, deren Zweck auf eine kategorische Genugthuungsforderung für die erlittene Unbill hinauslief. Auch England erhielt bald Grund zu einem neuen Kriege.

a. Der erste Krieg, 1856–1858.

Nach den englischen Schifffahrtsgesetzen ist es für fremdländische Fahrzeuge nicht schwer, auf eine bestimmte Zeit ein sog. Register zu erhalten, d. h. das Recht, die englische Flagge anzunehmen und damit des englischen Rechtes und Schutzes theilhaftig zu werden. Ein chinesisches Schiff, welches ein solches Register besaß, das jedoch seit einem Monat abgelaufen war, wurde auf Befehl Yeh's, des Gouverneurs von Canton, plötzlich im Hafen von Canton überfallen (8. October 1856) und seine aus 12 chinesischen Matrosen bestehende Besatzung, als der Seeräuberei verdächtig, gefangen genommen. Da der Protest des englischen Consuls in Canton zum Theil erfolglos blieb, indem zwar die 12 Matrosen zuletzt herausgegeben wurden, Yeh aber, gestützt auf das Erlöschen des Registers, die verlangte Genugthuung entschieden verweigerte, so segelte Admiral Seymour den Perlfluß hinauf und erstürmte ohne eigenen Verlust die Außenwerke von Canton und, als Yeh bei seiner Weigerung beharrte, schritt er zum Bombardement der Stadt, die er, bei dem schwachen Widerstande der Chinesen, mit dem Verluste weniger Mann einnahm, (29 October). Aber weder die Einnahme der Stadt, deren Vorstädte größtentheils in Flammen aufgingen, noch die Zerstörung der chinesischen Flotte (von 30 Dschonken) auf dem Flusse, beugte den Starrsinn des Gouverneurs, der in 5 Monaten 70,000 Rebellen oder der Rebellion Verdächtige hatte hinrichten lassen. Am 15. December standen plötzlich die fremden Factoreien in Flammen und brannten an 20 Stellen zugleich; Admiral Seymour vermochte sich gegen die täglich besser organisirten Angriffe der Chinesen nur schwer zu halten und sein Versuch, zum zweiten Male in die Stadt einzudringen, mißlang gänzlich.

Im Anfange des Jahres 1857 verbanden sich nun England und Frankreich zu gemeinschaftlichen Operationen in China. Lord Elgin und der Contreadmiral Rigault de Genouilly befehligten die Flotillen der Verbündeten. Der letztere fand bei seiner Ankunft in Singapore (17. Juni) Lord Elgin bereits eingetroffen, aber ohne Truppen. Denn inzwischen war der Aufstand gegen die englische Herrschaft in Indien ausgebrochen, und die für China bestimmten Truppen hatten

in der Sundastraße Befehl zur Umkehr nach Kalkutta erhalten. Erst in den letzten Tagen des Jahres, als Verstärkungen von England, vom Cap, von Australien eingetroffen waren, konnte man zum Angriffe auf Canton schreiten. Yeh hatte das verflossene Jahr benutzt, um die Stadt so stark als möglich zu befestigen und, durch seine Spione von der geringen Anzahl der Alliirten (6000 Mann) unterrichtet, die Aufforderung der Admirale, die Stadt von allem chinesischen Militär zu räumen, eben so höhnisch und ausweichend beantwortet, wie alle früheren Zumuthungen. Am 28. December begann die Beschießung der Stadt und dauerte 27 Stunden, während indessen die Truppen landeten. Schon am folgenden Tage erstürmten die Engländer und Franzosen die Mauer, und die von panischem Schrecken ergriffenen Chinesen stürzten in wilder Flucht nach den Höhen im Norden, die nach kurzem Bayonnet-Angriff ebenfalls genommen wurden. Am Nachmittage des 29. lag die „uneinnehmbare, kriegerische Stadt des Südens" mit einer Besatzung von 32,000 Mann und einer Million Einwohner zu den Füßen von 6000 Europäern! Yeh stand gerade im Begriffe, zu entfliehen, als er von dem englischen Consul (Parkes) erkannt und von den ihn aufsuchenden Engländern festgenommen wurde, die ihn auf eine englische Dampfcorvette brachten und später als Kriegsgefangenen nach Kalkutta sandten, wo er 1859 gestorben ist. Die Eroberung Cantons war für die Verbündeten hauptsächlich deßhalb von großem Werthe, weil sie die stolzen Chinesen eben so von der Ueberlegenheit der europäischen Kriegskunst, als von der Nichtigkeit ihrer geträumten Unüberwindlichkeit überzeugte. Auch besaßen die Sieger jetzt ein Pfand, das ihren Forderungen einen ganz besonderen Nachdruck geben mußte.

Dessen ungeachtet stießen ihre Forderungen, denen sich auch Rußland und Amerika anschlossen, beim chinesischen Kaiser auf Widerstand, namentlich erklärten dessen Commissare, „der Sohn des Himmels" werde nie dulden, daß europäische Gesandte in Peking residirten, und eben so wenig sei es zulässig, daß die großen Flüsse des Landes dem europäischen Handel geöffnet würden. So blieb denn nichts übrig, als den Krieg fortzusetzen und den Kaiser selbst in seiner Residenz zu bedrohen. Am 20. Mai erschienen die Geschwader der Verbündeten in der Mündung des Peihoflusses, an welchem Peking liegt, und zwei Stunden genügten, um die die Mündung beherrschenden Forts auf beiden Ufern mit geringem Verluste, aber außerordentlichen Trophäen (284 Geschützen) zu zerstören. Die Verbündeten versuchten nun den seichten Fluß so weit hinaufzusegeln, als es dessen Wassertiefe irgend gestattete. Mit Ueberwindung aller natürlichen Hindernisse — denn künstliche zu schaffen, hatten die Chinesen in ihrem blinden Selbstvertrauen (der Hauptquelle ihrer bisherigen Niederlagen) nicht für nöthig gehalten — gelangte ein Geschwader von 6 flachen Kanonenbooten zu der 13 Meilen von der Mündung entfernten Stadt Tien-tsin, dem Schlüssel von Peking und dem Kaisercanal (der den

Peiho mit dem Yang-tse-kiang verbindet). Dadurch gelang es endlich den vier Bevollmächtigten, ihren Forderungen theilweise die so lange verweigerte Geltung zu verschaffen. Doch erklärten die chinesischen Commissare auch jetzt noch, daß ihr Kaiser nie die permanente Residenz der fremden Gesandten in Peking zugeben werde, und da Rußland und Amerika in ihren am 1. und 18. Juni abgeschlossenen Verträgen auf diesen Punkt verzichtet hatten, so verstanden sich auch Lord Elgin und der französische Gesandte Baron Gros zu der Fassung, daß fremde Gesandte in der Hauptstadt wohnen oder Zutritt zu ihr haben sollten, wenn wichtige Angelegenheiten ihre Anwesenheit daselbst erforderten. Dagegen wurde die Eröffnung sechs neuer Handelshäfen bewilligt, England sollte 8 Millionen, Frankreich 4 Millionen Thaler Kriegsentschädigung erhalten und bis zu deren Bezahlung Canton von ihnen besetzt bleiben. In Bezug auf die Religion wurde in diesem Frieden von Tien-tsin (27. Juni 1858) bestimmt, daß Missionäre, unter dem Schutze der chinesischen Regierung, das Innere des Reiches ungefährdet durchreisen, daß jeder Chinese frei das Christenthum annehmen und ausüben könne. Kein Franzose oder Engländer sollte nach chinesischen Gesetzen bestraft, sondern im Falle eines von ihm begangenen Verbrechens seinen Behörden ausgeliefert werden.

So hatte China zum zweiten Male die Uebermacht der „Barbaren" gefühlt; dennoch bedurfte es eines abermaligen Feldzuges und der Eroberung der Hauptstadt, um endlich den Hochmuth des kaiserlichen Hofes bis in den Staub zu beugen und chinesischer Anmaßung den Todesstoß zu versetzen.

b. Der zweite Krieg, 1860.

Am 8. Juli 1858 verließen die Alliirten Tien-tsin: Admiral Seymour nahm mit seinen Schiffen Station in verschiedenen Häfen, Admiral Rigault de Genouilly aber konnte jetzt den schon im Januar erhaltenen Befehl seines Kaisers ausführen, das Königreich Anam (ebenfalls wegen Christenverfolgungen) zu erobern und in Cochinchina eine französische Colonie zu gründen.

Als die Bevollmächtigten der vier Mächte Anfangs October mit den beiden chinesischen Commissaren der Verabredung gemäß in Schanghai zusammenkamen, um die Zollfragen zu regeln, zeigte sich bald wieder die alte chinesische Politik, sich unter allerlei nichtigen Vorwänden vertragsmäßigen Verpflichtungen zu entziehen. Gerade wie Yeh in Canton, stellten die Commissare auch in Peking den Ausbruch einer Revolution in Aussicht, sobald sich europäische Gesandte dort zeigen würden.

Da Lord Elgin nur auf dem würdigen Empfange der im nächsten Jahre zur Auswechselung der Ratificationen nach China kommenden Gesandten bestand und die Verzichtleistung auf den späteren Wohnsitz der Gesandten in Peking in Aussicht stellte, so betrachteten die Chi-

nesen diese Concession als ein Zeichen der Schwäche und Furcht, und rüsteten sich zum neuen Kriege (dem dritten gegen England). Als nun im Juni 1859 die englisch-französischen Gesandten im Flusse Peiho erschienen, um sich nach Peking zu begeben, und sich die Weisung, den Landweg (über Petang) einzuschlagen, nicht gefallen lassen wollten, fanden sie den Fluß mit eisernen Ketten, Bäumen und Pfählen gesperrt und wurden mit einem wohlgerichteten und verderblichen Feuer aus den hergestellten Forts empfangen und mit empfindlichem Verluste zurückgewiesen.

Um den Bruch der Verträge zu rächen, ward eine neue und stärkere englisch-französische Expedition nach China gerüstet. Ihr Ziel war Peking, unter dessen Mauern oder auf dessen Trümmern man einen dauernden Frieden dictiren wollte. Als die ersten Truppen in China anlangten, richtete Bruce eine nochmalige Aufforderung an die kaiserliche Regierung, die 1858 geschlossenen Verträge genau auszuführen, die darin stipulirten Kriegskosten sofort zu bezahlen und die permanente Residenz der fremden Gesandten in Peking zu gestatten. Als darauf vom großen Rath in Peking eine hochmüthige, ja, verächtliche Antwort erfolgte, liefen die englischen und französischen Kanonenboote in den nördlich vom Peiho mündenden Petangfluß ein und nahmen ohne Widerstand die Stadt Petang an der Mündung des Flusses. Beim weiteren Vorrücken zu Lande gegen die berühmten Peiho-Forts dagegen leisteten die Chinesen Anfangs einen so tapfern Widerstand, wie nie zuvor, streckten aber zuletzt die Waffen, in dumpfer Resignation ihren Tod erwartend; denn daß den Wehrlosen freier Abzug gestattet würde, das stand mit ihrem eigenen Kriegsgebrauch in völligem Widerspruche. Die Forts wurden durch Capitulation übergeben, und es zeigte sich, daß sie von der Seeseite uneinnehmbar waren, aber an einen Angriff zu Lande hatten die Chinesen nicht gedacht. Als die Verbündeten nun unter schwierigen Märschen in dem durch Regen morastigen Boden am Peiho aufwärts vordrangen, stellten sich (18. September) zum ersten Male Chinesen auf offenem Felde den Europäern zum Kampfe entgegen, während sie bis dahin fast nur hinter Mauern und Wällen gefochten hatten. Mit 100 Geschützen und 20,000 Mann (die Hälfte Cavallerie) standen sie 5000 Engländern und 1200 Franzosen mit nur 20 Geschützen entgegen. Aber die Armstrong-Geschütze richteten sowohl in den feindlichen Batterieen, als unter der Tataren-Cavallerie furchtbare Verheerungen an, und die Cavallerie der Verbündeten, welche zum Theil aus verwegenen Sikhs bestand, die in ganz Indien als Reiter berühmt sind, jagte eine zehnfache Anzahl der chinesischen Reiter vor sich her. Eine Flankenbewegung und ein Angriff im Rücken entschied die allgemeine Flucht der Chinesen. Drei Tage nach diesem glänzenden Siege (21. September) gewannen die inzwischen verstärkten Verbündeten einen zweiten über das chinesische Heer, welches sich wieder gesammelt hatte und nun bis in die Nähe von Peking verfolgt wurde.

Der Kaiser war bei der Annäherung der Alliirten nach Jeho in der Tatarei entflohen; sein Bruder, der Prinz Kung, bot Unterhandlungen an. Lord Elgin forderte die Auslieferung aller in Peking gefangen gehaltenen Engländer und Franzosen, und drohte im Weigerungsfalle mit der Zerstörung der Hauptstadt. Kung wollte darauf nicht eingehen, bis der Friede unterzeichnet sei. Am 7. October stießen die Franzosen auf den prächtigen kaiserlichen Sommerpalast (Yün-ming-yün, die Perle des Reiches) und plünderten mit einem beispiellosen Vandalismus die reichen und seltenen Kostbarkeiten und Kunstschätze, die hier seit Jahrhunderten aufgehäuft waren. Fast keiner der 3000 Franzosen erschien mehr in Uniform; alle hatten entweder Pelze oder gestickte seidene Kleider angelegt und Mandarinenhüte aufgesetzt. Das Lager glich einer Maskerade. Drei volle Tage dauerte die Plünderung, an der die Engländer keinen Antheil nehmen durften, denn ihr General Grant hatte noch nicht die demoralisirenden Folgen vergessen, welche die Plünderung von Delhi auf die englischen Truppen ausgeübt hatte; nur die Officiere durften den Palast besuchen und sich ein Andenken mitnehmen; doch mußten sie später ihre Beute abgeben, welche versteigert und deren Erlös (200,000 Thlr.) an die Armee so vertheilt wurde, daß die Officiere 1/3, die Soldaten 2/3 (jeder etwa 25 Thlr.) erhielten. Einzelne französische Officiere sollen Perlen und Juwelen im Werthe von 20- bis 30,000 Thlrn. mit nach Frankreich gebracht haben und General Montauban mit einer halben Million dorthin zurückgekehrt sein. — Am 10. October stellten die Oberbefehlshaber der Alliirten dem Prinzen Kung eine Frist bis zum 13. Mittags für die Oeffnung eines der Hauptthore von Peking, widrigenfalls sie mit einem Bombardement drohten. Im letzten Augenblicke der Frist, als schon alle Batterieen bereit waren, auf den ersten Befehl das Feuer zu beginnen, öffnete sich das Thor, und nach wenigen Minuten wehten die englische und die französische Flagge auf den Zinnen der weltberühmten Hauptstadt China's. Zur Strafe für die über allen Begriff grausame Behandlung der gefangenen Engländer und Franzosen ward der (von den Franzosen bereits ausgeplünderte) Sommerpalast von den Engländern in Asche verwandelt; denn sie wollten nicht das chinesische Volk, sondern dessen Herrscher züchtigen. Endlich verstand sich Prinz Kung zur Ratification der Verträge von Tien-tsin und deren Zusatz-Artikel, so wie zur Zahlung von 600,000 Thlrn. Entschädigung für die Familien der gemordeten Engländer und Franzosen und einer Kriegsentschädigung von 16 Millionen Thaler. Die fremden Gesandten durften seitdem nach Belieben in Peking oder anderwärts ihren Wohnsitz aufschlagen. England hatte sich außerdem noch die Abtretung der Halbinsel Kaulung, Hongkong gegenüber, ausbedungen.

Die Oeffnung neuer Häfen und des Yang-tse-kiang führte bald eine vielseitigere Berührung zwischen Fremden und Chinesen herbei, erschloß der Landwirthschaft und dem Gewerbefleiße neue Absatz-

Canäle, belebte dadurch den Binnenhandel und steigerte mit dem Wohlstande die geistige Kraft des aus tausendjähriger Abgeschlossenheit befreiten Volkes.

---

58. Der Bürgerkrieg in Nordamerika, 1861—1865.

(Nach Constantin Sander, Geschichte des vierjährigen Bürgerkrieges in den vereinigten Staaten von Amerika, bearbeitet vom Herausgeber.)

Zwischen den nördlichen und den südlichen Staaten der Union hatten sich schon längst politische und sociale Gegensätze ausgebildet. Im Süden war unter dem Einflusse des heißeren Klimas und des leichten, durch den Vegetations-Reichthum des Bodens stets gesicherten Lebensunterhaltes, neben einer wenig zahlreichen, aber mächtigen Klasse von Grund- und Plantage-Besitzern, die große Masse des Volkes (zum Theil französischer und spanischer Abkunft) träge und geistig unregsam geblieben, indem sie die Arbeit in den Plantagen den Sclaven überließ, deren sie nicht entbehren zu können glaubte. Dagegen hatte sich in den Nordstaaten eine arbeitsame, intelligente Bevölkerung (germanischer Abstammung) entwickelt und, weil der Strom der europäischen Auswanderung sich vorzugsweise dem Norden zuwandte, rasch zugenommen. Da aber im Norden das Streben nach Gewinn und Staats-Aemtern alle höheren Interessen verdrängte und die Partei-Streitigkeiten zwischen den Republikanern (Radicalen) und Demokraten (Gemäßigten) das wahre Wohl der Union außer Acht gerathen ließen, so fiel es den Sclavenstaaten leicht, trotz der Minderzahl ihrer Bevölkerung, durch Einigkeit und Entschiedenheit in Verfolgung ihrer Zwecke einen Sieg nach dem anderen über die bei weitem bevölkerteren und gebildeteren freien Staaten zu erringen. Schritt für Schritt bemächtigten sie sich des Präsidenten-Stuhles, des Senats, des Repräsentantenhauses und der Regierungsgewalten der Einzelstaaten, indem sie alle diese Organe nur mit Leuten zu besetzen verstanden, welche den südlichen Interessen vollkommen ergeben und die Macht der Sclavenhalter durch dem Geiste der Humanität widersprechende Gesetze (wie das berüchtigte Sclaven-Einfanggesetz) zu sichern bemüht waren. Zuletzt aber siegte die vom Zeitgeiste unterstützte Opposition gegen die maßlose Herrschsucht der Sclavenstaaten. Nachdem diese schon mehrmals bei wichtigen Abstimmungen im Repräsentanten-Hause in der Minorität geblieben waren, erlitten sie 1860 durch die Wahl des Advocaten Abraham Lincoln (des Candidaten der republikanischen Partei) zum Präsidenten eine so entschiedene Niederlage, daß sie sich rasch zur Lossagung von der Union entschlossen.

Einen Monat vor dem Amtsantritte Lincoln's, nämlich am 4. Februar 1861, constituirten sich zunächst 7 Sclavenstaaten in Montgomery im Staate Alabama als neuer Staatenbund unter dem Namen conföderirte Staaten von Amerika, wählten den früheren Kriegs-Minister Jefferson Davis zum Präsidenten und entwarfen eine provisorische Verfassung. Bald traten noch 4 Südstaaten zu der neuen Conföderation, die also 11 Staaten (Virginien, beide Carolina, Tennessee, Arkansas, Georgia, Florida, Alabama, Mississippi, Louisiana und Texas) umfaßte mit 5½ Million Weißen und 3½ Million Sclaven, denen die 23 Nordstaaten (einschließlich des Districts Columbia) nebst den sog. Territorien mit einer auf 22½ Million Weiße und ½ Million Sclaven geschätzten Bevölkerung gegenüberstanden. Um so weniger glaubte man in den Nordstaaten, wie in Europa, daß eine Handvoll Pflanzer, welche noch dazu befürchten müßte, von den eigenen Sclaven ermordet zu werden, einen ernsten Kampf gegen die Uebermacht der Nordstaaten wagen würde; selbst Lincoln hielt es nicht für schwierig, den Aufstand der übermüthigen Sclavenhalter binnen wenigen Wochen zu unterdrücken. Der Norden verwendete daher zu diesem Zwecke nur einen kleinen Theil seiner Mittel, fuhr in eigenthümlicher Unterschätzung seines Gegners in den gewohnten Beschäftigungen fort, während der Süden sich wie ein Mann erhob und von Anfang an alle Mittel zur Organisation eines kräftigen Widerstandes aufbot.

Der Krieg in den Jahren 1861 und 1862.

Durch kluges Zusammenhalten ihrer Kräfte, so wie durch rasche und geschickte Operationen wußten die Conföderirten ihre Gegner während des ganzen ersten halben Jahres auf die Defensive zu beschränken. Am deutlichsten trat die Unzulänglichkeit der Rüstungen des Nordens und die Halbheit seiner Kriegsführung in der mehr komischen, als blutigen Niederlage an Tag, welche die sog. Potomac-Armee am Bache Bull-Run (der sich in einen Nebenfluß des Potomac ergießt) in Virginien erlitt (21. Juli 1861). Diese steigerte die Zuversicht des Südens und nöthigte den Norden zur Entfaltung größerer Streitkräfte. Lincoln decretirte daher ein neues Aufgebot von 500,000 Freiwilligen (zu früheren 42,000), und mit diesen wurden im Winter wenigstens im Westen unter General Fremont und später unter den Generälen Buell und Grant einige Vortheile gewonnen; doch im Sommer 1862 folgte eine neue Reihe von Unfällen und Niederlagen, und gegen Ende des Jahres 1862 schien es, als ob der Sieg der Conföderirten ziemlich wahrscheinlich und die vom Norden her angestrebte Wiederherstellung der Union mehr als zweifelhaft sei.

Die Gründe, warum der schwächere Theil das Uebergewicht über den stärkeren Gegner zu erhalten drohte, waren Seitens der Unirten

die all zu große Zersplitterung ihrer Kräfte in Folge eines zu umfassenden Kriegsplanes, dem zufolge die Grenzen der Conföderation von allen Seiten überschritten und durch allmähliches Vordringen nach dem Innern die Rebellion immer enger umschlungen, zuletzt erdrückt werden sollte, die Ueberschätzung der eigenen, die Unterschätzung der feindlichen Kräfte und Mittel, die bisherige Vernachlässigung des Heerwesens, endlich die innerlichen Parteikämpfe der Abolitionisten (welche die Sclaven-Emancipation entschieden durchführen wollten), der Republikaner (aus deren Mitte die damalige Regierung hervorgegangen war) und der Demokraten (der nördlichen Anhänger der Sclavenstaaten, welche die Kriegführung der Unirten auf jede Weise, selbst durch Verrath ihrer Operationspläne, lähmten). Im vollsten Gegensatze hierzu standen die Maßregeln der Conföderirten: die Concentrirung ihrer Streitkräfte, die geschickte Benutzung der ihnen zu Gebote stehenden Mittel (Anlage der fehlenden Etablissements zur Erzeugung der Kriegsbedürfnisse, die im Falle der Blocade der Häfen nicht mehr vom Auslande bezogen werden konnten), rücksichtslose Verfügung über alles öffentliche und Privateigenthum zum Zwecke des Krieges, glücklichere Wahl der Generäle. Im Verlaufe des Kampfes glichen sich jedoch diese Gegensätze immer mehr aus, und der Krieg gewann eine veränderte Gestalt, sobald die Unirten die anfänglich begangenen Fehler erkannten und beseitigten.

Nach den Niederlagen, welche die Unions-Generäle im Sommer 1862 auf sämmtlichen Kriegsschauplätzen erlitten hatten, blieb der Regierung in Washington nichts übrig, als alle nur irgend disponiblen und in der Nähe befindlichen Truppen in und um Washington zu concentriren (Anfangs September 1862), deren Anführung General Mac Clellan erhielt, obgleich er im März 1862 einen erfolglosen Feldzug gegen Richmond gemacht hatte, wohin der Sitz der conföderirten Regierung von Montgomery verlegt worden war. Mac Clellan bestand mit der unter den Generälen Lee und Jackson über den Fluß Potomac in Maryland vorgedrungenen conföderirten Armee einen 14stündigen Kampf bei Sharpsburg (16. September), in welchem die Unirten 14,000 Mann, die Conföderirten 12,000 Mann verloren, ohne daß eine Entscheidung bei eintretender Dunkelheit erfolgt war. Zwar zog sich Lee über den Potomac zurück, aber Clellan verfolgte ihn nicht, sondern begnügte sich damit, die Grenze von Maryland gegen neue Einfälle zu sichern. Als er auf den kategorischen Befehl der Washingtoner Regierung, den Potomac zu überschreiten und sofort die Offensive zu ergreifen, zwar mit Widerwillen gehorchte, aber den eigentlichen Angriff von Neuem verschob, indem er auf die Unvollständigkeit der Reorganisation der Unions-Armee hinwies, während sein Gegner Lee die so verstrichenen 40 Tage aufs trefflichste zur Beendigung seiner Vorbereitungen benutzte, gab der Präsident Lincoln der allgemeinen Erbitterung über Clellan's schwankende und zögernde Kriegsführung nach und entzog ihm (8. November)

den Oberbefehl über die Potomac-Armee, indem er diesen dem General Burnside übertrug.

Wie auf dem östlichen Kriegsschauplatze, so waren auch auf dem mittleren und westlichen die Conföderirten wieder in die Defensive zurückgedrängt worden. Schon in Kentucky und Tennessee vorgedrungen, hatten sie sich gegen Corinth im Staate Mississippi in Bewegung gesetzt; aber hier erlitten sie durch den General Rosencrans eine entschiedene Niederlage (4. October). Eben so wenig gelang es den conföderirten Generälen (Hindman und Reuns), welche von Arkansas aus in Missouri eingefallen waren, sich dort zu behaupten. Rosencrans erhielt nach seinem Siege bei Corinth den Oberbefehl über die Cumberland-Armee und rechtfertigte das in ihn gesetzte Vertrauen vollständig sowohl durch die schnelle und umsichtige Reorganisation seiner Armee, als durch den Entsatz der hart bedrängten Stadt Nashville.

Burnside, der neue Befehlshaber der östlichen oder Potomac-Armee, entwarf den Plan, bei Fredericksburg den Fluß Rappahannock zu überschreiten, und durch rasches Vorgehen gegen Richmond seinen Gegner Lee zum Rückzug bis an die James-Linie zu nöthigen. Allein dieser hatte auf den Höhen bei Fredericksburg eine vortreffliche Defensiv-Stellung eingenommen; Burnside's Angriff auf dieselbe führte die Schlacht bei Fredericksburg herbei (13. December), in welcher er mit einem Verluste von 13,000 Mann geschlagen wurde und sich in Folge dessen über den Rappahannock zurückziehen mußte.

Die gedrückte Stimmung, welche sich des Nordens durch die Schreckenskunde von dieser Niederlage bemächtigt hatte, wurde einiger Maßen wieder gehoben durch die Resultate, welche General Rosencrans im mittlern Tennessee durch den Sieg bei Murfreesborough (30. December) und die Einnahme dieser kleinen Stadt (4. Januar 1863) gewonnen hatte. Doch der große eigene Verlust (11,500 Mann) hinderte ihn, den Sieg zu verfolgen, und es trat auf diesem Centrum der weiten Angriffslinie in Folge der winterlichen Jahreszeit und der Nothwendigkeit, die beiderseitigen Heere wieder zu ergänzen, eine Waffenruhe ein bis zum 25. Juni 1863, welche nur zuweilen durch Unternehmungen von untergeordneter Bedeutung unterbrochen wurde.

Auf dem westlichen Schauplatze hatte General Grant von der Washingtoner Regierung den doppelten Auftrag erhalten, einmal Tennessee und Kentucky gegen feindliche Unternehmungen zu sichern und deßhalb die Operationen des Generals Rosencrans zu unterstützen, sodann Vicksburg im Staate Mississippi einzunehmen, um die Stromfahrt frei zu machen. Die erste Aufgabe suchte er dadurch zu lösen, daß er die Conföderirten so weit wie möglich nach Süden zurücktrieb, die andere übertrug er dem General Sherman, dessen Angriff auf Vicksburg jedoch erfolglos blieb.

Das Jahr 1863.

Mit dem Beginn des neuen Jahres schien der Präsident Lincoln

dem bisher befolgten Systeme des Zauderns entsagen zu wollen. Schon am 22. September 1862 hatte derselbe in einer an die conföderirten Staaten gerichteten Proclamation, nach einer kurzen Aufzählung alles dessen, was man ihnen bereits angeboten hatte, angekündigt, daß er ihnen eine neue hunderttägige Frist zur Rückkehr in die Union bewilligen wolle, und daß er, wenn auch diese unbenutzt bliebe, am 1. Januar 1863 die Befreiung sämmtlicher in den feindlichen Staaten befindlicher Sclaven verkünden werde. Lincoln blieb seinem Versprechen getreu, und die Proclamation erschien am Neujahrstage 1863. Daß sie nur den im feindlichen Gebiete befindlichen Sclaven die Wohlthat der Befreiung zu Theil werden ließ, während sie dieselbe den Sclaven in den unter der Botmäßigkeit der Union stehenden Staaten (wie Missouri, Kentucky, Maryland) vorenthielt, erklärt sich daher, daß der Präsident die Wirkung seiner Proclamation als einer rein kriegerischen Maßregel zunächst nur auf das feindliche Gebiet ausdehnen durfte, da zu einer vollständigen Beseitigung der Sclaverei im ganzen Gebiete der Union nicht bloß die Mitwirkung des Congresses, sondern auch die Zustimmung von mindestens drei Viertel sämmtlicher Staaten erforderlich war — eine Majorität, auf die er vorläufig nicht rechnen konnte. Auch nahmen, wie Lincoln wohl voraussah, einige Staaten, welche von der Emancipation ausgenommen waren, diese aus eigenem Antrieb in die Hand. Noch im Jahre 1863 beschloß die Legislatur von West-Virginien, welches sich vom alten Mutterstaate Virginien losgesagt hatte und als selbständiger Staat in die Union eingetreten war, eine allmähliche Befreiung der Sclaven eintreten zu lassen, und 1864 schafften Missouri und Maryland die Sclaverei für immer ab, um sich der Reihe der freien Staaten anzuschließen. Am 1. Januar 1865 war bereits der Umschwung der öffentlichen Meinung zu Gunsten der Sclavenfrage ein so vollständiger geworden, daß Lincoln zur Ergänzung seiner Proclamation dem Congreß einen Gesetzentwurf über die völlige Abschaffung der Sclaverei im ganzen Gebiete der Union vorlegen konnte.

Die Emancipations-Proclamation blieb indessen nicht der einzige Beweis einer radicalen Aenderung des in Washington bisher befolgten Systems. Um die Mittel zur Fortsetzung des Krieges zu schaffen, ermächtigte der Congreß den Finanz-Minister zu einer 6procentigen Anleihe von 900 Millionen Dollars, zur Ausgabe verzinslicher Schatzscheine (400 Millionen) und zur Vermehrung des Papiergeldes, so wie den Präsidenten zur Anwerbung von Negern für den Land- und Seedienst — eine Maßregel, die um so wichtiger war, als schon jetzt die Verluste, welche die Unions-Heere durch Schlachten, Krankheiten und namentlich auch durch Desertion (125,000 Mann) erlitten hatten, auf 300,000 Mann angegeben wurden und zudem im Mai und Juni 1863 die Dienstzeit von 130 Regimentern ablief, von denen kaum zu erwarten stand, daß sie sich zu einer zweiten Anwerbung bereit finden ließen. Doch in Folge der sehr geringen Meinung von der

militärischen Brauchbarkeit der Neger und des Widerwillens der weißen Soldaten gegen die ihnen aufgedrungene Waffenbrüderschaft zählte die Unions-Armee am Ende des Jahres 1863 nur 35,000 bewaffnete Neger, aber am Ende 1865 schon über 100,000, weil die Anwerbung der Weißen, trotz der bis über 600 Dollars gestiegenen Werbegelder, mit dem Sinken des Enthusiasmus, der Anfangs die Freiwilligen zu den Fahnen geführt hatte, immer schwieriger geworden war.

Die Proclamation der Sclaven-Emancipation und das Negerbewaffnungsgesetz erzeugten im ganzen Gebiete der Conföderation die tiefste Erbitterung. Man beschloß, alle künftig gefangenen Unions-Officiere bis zum Widerruf der Emancipation zu Zwangsarbeiten zu verwenden, die in Negerregimentern dienenden aber, sobald sie gefangen würden, ohne Weiteres niederzuschießen. Uebrigens erfüllten sich die im Norden von der Emancipations-Erklärung gehegten Hoffnungen nur zum geringen Theile, weil der größte Theil der Sclaven die Gewißheit, im Dienste ihrer meistens menschlichen Herren ihren Lebensunterhalt zu finden, dem Geschenk einer Freiheit vorzog, welche sie genöthigt haben würde, selbst für sich zu sorgen. Andere wurden von den Sclavenhaltern tiefer ins Innere gesandt und so den Einwirkungen der Proclamation entzogen.

Die Potomac-Armee, von welcher man vorzugsweise die Herbeiführung der Entscheidung erwartete, wurde durch den General Hooker reorganisirt. Es gelang diesem durch einen Scheinübergang die Aufmerksamkeit seines Gegners Lee von den oberen Furthen des Rappahannock abzulenken und hier mit dem Gros der Potomac-Armee den Uebergang zu gewinnen. Dann wollte er, mit Umgehung der Fredericksburger Stellung, Lee in Flanke und Rücken angreifen und auf Richmond zurückwerfen. Bei dem Gehöfte Chancellorsville (westlich von Fredericksburg) trafen die beiden Armeen auf einander, und es erfolgte (2.—4. Mai) eine dreitägige Schlacht (auch die zweite Schlacht bei Fredericksburg genannt), in welcher die Conföderirten zuletzt siegten, aber ihren tüchtigsten und gefeiertesten Führer, Jackson, verloren (10. Mai). Die Unionisten unter General Hooker kehrten in der Nacht vom 5.—6. Mai über den Rappahannock zurück, nachdem sie in dem 9tägigen Feldzuge 17,000 Mann und 120 Geschütze verloren hatten.

Auch der Sieger, Lee, konnte wegen Erschöpfung (er hatte 18,000 Mann, aber wenige Geschütze verloren) den Sieg nicht sofort benutzen, sondern erst im Anfang des Juni zur Offensive übergehen. Ein Corps unter dem General Ewell drang gegen Norden vor, griff die Unionisten in Winchester (West-Virginien) an und nahm die Stadt mit Sturm, deren Besatzung sich nach Harpers-Ferry (nordöstlich) zurückzog. In den nächstfolgenden Tagen machten die Conföderirten ihren zweiten Einfall in Maryland und Pennsylvanien, ohne jedoch hier die Sympathieen, welche ihnen die Demokraten vorgespiegelt hatten, zu finden.

Bei Gettysburg in Pennsylvanien erfolgte wieder eine dreitägige Schlacht (1.—3. Juli), diesmal aber zum Nachtheile der Conföderirten, deren Anstrengungen an den Terrain-Schwierigkeiten und an dem zähen Widerstande des Unions-Generals Meade (Hooker's Nachfolger) scheiterten. Am Abend des dritten Tages machte Lee dem nutzlosen Kampfe ein Ende, indem er seine Truppen auf die entfernteren Hügel und in die schützenden Wälder zurückzog. Aber auch Meade war zu erschöpft und hatte viel zu schwere Verluste (23,000 Mann, die Conföderirten verloren 28,000 Mann) erlitten, als daß er sich nicht gern mit dem Ruhme der gewonnenen Defensiv-Schlacht begnügt hätte. Da Lee auf Verstärkungen nicht rechnen konnte, deren sein Gegner täglich erhielt, so kehrte er mit seiner nur zurückgewiesenen, nicht geschlagenen, am wenigsten aber desorganisirten Armee über den Potomac zurück in seine alte Stellung hinter den Rappahannock.

Gleichzeitig mit dem bei Gettysburg erfochtenen Siege, welcher den Norden aus der bedenklichsten Lage befreite, liefen von allen Seiten des Kriegsschauplatzes glückliche Nachrichten ein: Vicksburg und Port Hudson waren nach hartnäckiger Gegenwehr eingenommen worden, jenes vom General Grant, dieses vom General Banks; ein kühner und gefahrdrohender Streifzug des conföderirten Reiter-Generals Morgan durch die Staaten Kentucky, Indiana und Ohio hatte mit der Gefangennahme des Generals und der Vernichtung seines Corps geendet, und endlich waren die schmählichen, in mehreren größeren Städten durch die Intriguen der demokratischen Partei gegen die Ausführung der Conscription angezettelten Emeuten erfolgreich unterdrückt worden. In New-York hatte die Emeute vier Tage lang (13.—16. Juli) unter den entsetzlichsten Gräuelscenen fortgedauert, und erst nach den blutigsten Straßenkämpfen konnte durch die herangezogenen Regimenter die Ordnung hergestellt und die Aushebung unter dem Schutze der Militärmacht durchgesetzt werden.

Eine Episode des Krieges, welche lange Zeit die Augen von Amerika, selbst von Europa auf sich zog, war die Belagerung von Charleston in Süd-Carolina durch die Unionisten. Sie hatte indeß keinen wesentlichen Einfluß auf den Gang des Krieges, weil sie sich am äußersten Rande des weiten Kampfgebietes abspann. Die Nordstaaten hielten aber die Eroberung von Charleston für eine nationale Ehrensache, weil hier (beim Fort Sumter) der erste Schuß gegen die Union gefallen und damit das erste Zeichen zum Beginn des blutigen Kampfes gegeben worden war.

In der zweiten Hälfte des Feldzuges von 1863 war vorzugsweise Tennessee der Schauplatz des Krieges. Das längst und laut geforderte Vorgehen des Generals Rosencrans mit seiner Armee wurde während der Monate Juli und August mit so vollständigem Erfolge gekrönt, daß die feindliche Armee Tennessee verlassen mußte, und ein glücklicher Anlauf zur Wiedereroberung des Verlorenen durch einen Sieg über General Rosencrans in der zweitägigen blutigen Schlacht

am Chickamauga (19.—20. September) war nur von vorübergehendem Erfolge; denn General Grant, welcher jetzt den Oberbefehl in Tennessee übernahm, ging nach Vereinigung mit General Hooker zur Offensive über und trieb nach einem viertägigen Kampfe bei Chattanooga (23.—26. November) die Conföderirten aus ihren Stellungen bis zum Chickamauga zurück, und nun trat auf dem mittleren Kriegsschauplatze eine mehrmonatliche Waffenruhe (bis zum Mai 1864) ein.

Die zunehmende Erschöpfung der Conföderirten war nicht nur im Verluste von Tennessee zu Tage getreten, sondern zeigte sich auch darin, daß es ihnen nicht gelingen wollte, auf den von ihnen am meisten bevorzugten Kampfplätzen von Virginien die erlittenen Verluste wieder auszugleichen. Nach der verhängnißvollen Schlacht bei Gettysburg und dem Rückzuge über den Potomac war Lee nicht stark genug, um abermals zur Offensive überzugehn, und statt ihm Verstärkungen gewähren zu können, hatte die Regierung zu Richmond sich genöthigt gesehen, eine Abtheilung seines Heeres auf den mittleren Kriegsschauplatz (Tennessee) zu senden. Eben so wurden andererseits dem Befehlshaber der Potomac-Armee ein Theil seiner Truppen entzogen, theils um die Emeute in New-York zu dämpfen, theils um die Belagerung von Charleston zu betreiben, theils um Rosencrans in Tennessee zu unterstützen. So beschränkten sich die Kriegsereignisse in Virginien auf einige Schachzüge am Rappahannock und Rapidan, und es trat auch hier eine mehrmonatliche Waffenruhe ein; erst im Mai 1864 nahmen beide Heere die Operationen wieder auf, um sie dann fast ein volles Jahr hindurch ununterbrochen und bis zur Beendigung des Krieges fortzuführen.

Das Jahr 1864.

Beim Beginn des Feldzuges von 1864 mochten die Unions-Heere 400,000—450,000 Mann (außerdem 40,000 Marine-Soldaten und Matrosen), die der Conföderirten 200,000—240,000 Mann zählen. Die letzteren konnten, trotz der größten Rücksichtslosigkeit in der Durchführung der Conscription, welche zuletzt alle Alters-Classen vom 18.—50. Jahre umfaßte, die Lücken ihrer Heere nicht mehr ausfüllen. Sie sahen sich daher, um den Krieg fortsetzen zu können, gezwungen, auf die Entlassungs-Termine ihrer ausgedienten Regimenter keine Rücksicht zu nehmen, und diese zu zwingen, weiter zu dienen, eine Maßregel, welche eine beständige Zunahme der Desertionen veranlaßte.

Der Norden war dagegen durch die Erfolge, welche General Grant am Mississippi und zuletzt auch in Tennessee erzielt hatte, endlich zur Erkenntniß aller der Vortheile gelangt, welche aus einer einheitlichen Leitung der kriegerischen Operationen entspringen, und legte den Oberbefehl über alle Heere in die Hand des Generals Grant, dessen Glück

und Geschicklichkeit ihm das allgemeine Vertrauen in hohem Grade erworben hatten. Ehe dies geschah, zeigten sich noch einmal die Nachtheile der Zersplitterung der Kräfte in recht schlagender Weise bei drei vereinzelten Expeditionen in den ersten Monaten des Jahres 1864, von denen die eine gegen Florida, die zweite gegen Alabama resp. Mobile und die dritte gegen das Quellgebiet des rothen Flusses in der Nordwestecke von Louisiana gerichtet war.

Als General Grant den Oberbefehl über die ganze Kriegsmacht des Nordens erhalten hatte (Anfangs März), stellte er die Operationen auf den untergeordneten Kriegsschauplätzen gänzlich ein und zog die Truppen nach den entscheidenden Punkten zusammen, um zwei größere Unternehmungen auszuführen: dies war einmal die Ueberwältigung der Armee des Generals Lee und die Einnahme von Richmond durch die Potomac-Armee in Verbindung mit einer neu gebildeten, die sich bei Chattanooga unter dem Befehl des Generals Sherman sammeln sollte; sodann der Durchbruch des feindlichen Centrums, durch das Vordringen der Armee von Georgien in die bisher noch vom Kriege verschont gebliebenen Staaten am Golf von Mexico, wo die militärischen Etablissements zerstört und so dem Süden die Mittel des Krieges entzogen werden sollten.

Grant hatte der Potomac-Armee für den bevorstehenden Feldzug die Hauptaufgabe zugedacht. Er überschritt mit derselben den Rapidan, gegenüber der mit dichtem Buschwerk bedeckten sog. „Wilderneß“, wo er glaubte, daß Lee am wenigsten einen Uebergang erwarten würde; aber des letztern Feldherrntalent bewährte sich aufs Neue in glänzender Weise dadurch, daß er die Absicht des Gegners sofort erkannte und ihn nöthigte, sich mitten in der Wildniß, in einem Terrain zu schlagen, in welchem er seine Ueberlegenheit nicht verwerthen konnte. So begann denn am 5. Mai jene Reihe von Schlachten, welche den Mai 1864 zu dem denkwürdigsten Monate des ganzen Krieges gemacht haben.

Vom 5.—12. Mai dauerten die Kämpfe fast ununterbrochen fort in einem schwer zu durchdringenden Gebüsch, wo von der beiderseits starken Artillerie nicht einmal Gebrauch gemacht werden konnte. Dennoch war der Verlust, bloß durch Gewehrfeuer, auf beiden Seiten außerordentlich (der der Unirten 25,000 Mann, der der Conföderirten 18,000 Mann) und stand in gar keinem Verhältnisse zur Erfolglosigkeit dieser Kämpfe. Grant zog die Besatzungen der nördlich vom Potomac gelegenen Plätze an sich und ging, so verstärkt, schon am 18. wieder zur Offensive über, Anfangs ohne Erfolg, doch bald (20.—24.) zwang er die Conföderirten durch Umgehung ihres rechten Flügels, ihre Stellung bei Spottsylvania aufzugeben und eben so durch einen zweiten Flankenmarsch ihre befestigte Stellung zwischen North- und South-Anna zu verlassen. Unter endlosen, meist blutigen, aber wenig entscheidenden Gefechten gelangte er bis vor Petersburg (im Süden von Richmond), vertrieb auch die Conföderirten aus den

äußeren Vertheidigungs-Linien dieser Stadt, wurde aber (18. Juni) bei wiederholtem Angriff auf die inneren Werke mit großem Verluste zurückgeschlagen. Dadurch ermuthigt, wagte Lee nochmals die Offensive, indem er 25,000 Mann durch das Shenandoah-Thal in Maryland einrücken und sie näher als je an die Werke von Washington vordringen ließ, wodurch auch Grant genöthigt wurde, eine Abtheilung nach dem Potomac zurückzusenden. Doch bestand der Vortheil der Conföderirten hauptsächlich nur in reicher Beute, die sie dem erschöpften Süden zubrachten; denn als General Sheridan mit einer Armee von 30,000 Mann sich bei Winchester aufstellte, mußten sie Maryland räumen.

Die zweite Aufgabe, welche sich Grant gestellt hatte, in das Innere Georgiens vorzudringen und da die seit dem Beginn des Krieges errichteten Fabriken und Militär-Etablissements, welche die Mittel zur Fortsetzung des Kampfes boten, zu zerstören, war dem General Sherman (früher Commandant von Vicksburg) zugefallen. Diese Aufgabe war eine der schwierigsten, welche einem der Unions-Generäle bisher gestellt worden war; denn er mußte mitten in ein ihm unbekanntes, unwegsames, sparsam bevölkertes und unfruchtbares, von vielen Flüssen durchschnittenes Land eindringen, ohne zu wissen, ob es der Regierung zu Richmond nicht möglich sein werde, die Bevölkerung des Südens zu einer allgemeinen Erhebung zu bewegen.

Zu Grant's Nachfolger im Commando über das Mississippi-Departement ernannt (14. März), concentrirte Sherman die drei Armeen des Centrums, und zwar die Cumberland-, die Tennessee- und die Ohio-Armee, in der Umgegend von Chattanooga (etwa 80,000 Mann). Unter meist siegreichen Gefechten (bei Resaca 14. Mai, bei Dallas 28. Mai) drang er gegen Atlanta vor, einen wichtigen Knotenpunkt mehrerer Eisenbahnen. Die Unzufriedenheit der conföderirten Armee mit ihrem Führer, Johnston, hatte einen so hohen Grad erreicht, daß die Regierung zu Richmond es für geboten erachtete, den Oberbefehl dem General Hood zu übertragen, dessen Unternehmungsgeist ihm die besondere Zuneigung der Armee erworben hatte. Sherman hatte aus wiederholten Recognoscirungen die Ueberzeugung gewonnen, daß ein directer Angriff auf die feindlichen Werke von Atlanta von zweifelhaftem Erfolge sein werde und selbst eine regelrechte Belagerung nur wenig Aussicht auf Erfolg habe, so lange sich sein tüchtiger Gegner im Besitz der südlich von Atlanta sich vereinigenden Eisenbahnen (nach Montgomery und nach Macon) befinde. Von Ende Juli bis Ende August dauerten die hartnäckigen Kämpfe um den Besitz der Bahnen. Als Hood erfuhr, daß es Sherman gelungen war, beide Bahnen zu zerstören, gab er am 1. September den Befehl, Atlanta in der folgenden Nacht zu räumen und sämmtliche Pulvermagazine in die Luft zu sprengen; eben so ließ er die noch vorhandenen (83) Eisenbahnwaggons mit Munition beladen und anzünden, die Locomotiven aber dadurch zerstören, daß man sie mit

voller Dampfkraft gegen einander trieb. Sherman wies, um sich gegen Verrath zu sichern, sämmtliche Einwohner an, die Stadt zu räumen, da diese nur noch ein großes militärisches Lager bilden sollte.

Der starke Verlust, welchen die Armeen beider Parteien während der Sommerfeldzüge erlitten hatten, machte auf beiden Seiten neue Conscriptionen und einige Waffenruhe nöthig. Die Werbungen lieferten selbst im Norden wenig brauchbare Truppen, da sich nur solche Leute anwerben ließen, die den Kriegsdienst als letztes Mittel der Existenz ergriffen; bei den Conföderirten aber blieben selbst die strengsten Maßregeln zur Ergänzung der Armeen erfolglos, da die waffenfähige Bevölkerung längst erschöpft war und die Deserteure nicht bewogen werden konnten, in ihre Regimenter zurückzukehren.

Der Mittelpunkt der Operationen auf dem östlichen Schauplatze, welche Grant Ende Juli wieder aufnahm, war Petersburg. Grant wußte durch eine Demonstration, welche er gegen die Ostseite von Richmond unternahm, seinen Gegner Lee zu täuschen und zu veranlassen, den größeren Theil seiner Truppen von Petersburg nach Richmond zu ziehen, dagegen mißlang sein Versuch, durch eine Mine die Verschanzungen vor Petersburg zu durchbrechen (30. Juli). Wohl aber wußte er nochmals Lee zu dem Glauben zu verleiten, daß der Schwerpunkt der Unionsarmee nach dem linken Ufer des James verlegt sei, und während Lee deßhalb den größeren Theil seines Heeres bei Richmond concentrirte, konnten die Unirten (unter Warren) den sehr geschwächten rechten Flügel Lee's überrumpeln und sich der südlich von Petersburg auslaufenden Eisenbahn (Welton-Bahn) bemächtigen. Um den Besitz dieser Bahn wurde am 19., 21. und 25. August hartnäckig gekämpft, den Grant, trotz eines Verlustes von 12,000 Mann, zuletzt behauptete und so den Conföderirten die directe Verbindung mit dem Süden abschnitt.

Da Lee einsah, daß seine Kräfte zur Bekämpfung seines Gegners in offener Feldschlacht nicht mehr hinreichten, so beschränkte er sich vom Herbste an auf die Defensive, indem er Alles aufbot, um Petersburg und Richmond uneinnehmbar zu machen und Grant zu verhindern, den Conföderirten die unentbehrlichsten Zufuhrstraßen abzuschneiden. Grant war dagegen vom October an unabläßig darauf bedacht, seinen Gegner immer mehr seiner Verbindungen mit den Südstaaten zu berauben und ihn so lange festzuhalten, bis die Unternehmungen Sherman's und die Entkräftung der Conföderation so weit gediehen sein würde, um den letzten entscheidenden Schlag gegen Lee führen zu können.

Auf dem Kriegsschauplatze in Georgien hatte Sherman nach der Einnahme von Atlanta (s. S. 522) sich mit der Befestigung des Besitzes dieser Stadt beschäftigt und den Plan seines Gegners Hood, ihn durch Mangel an Lebensmitteln (in Folge der Zerstörung seiner

Eisenbahn-Verbindungen) zur Räumung von Atlanta zu zwingen, dadurch vereitelt, daß er sich durch Anlage von Magazinen und Depots auf vorübergehende Unterbrechungen gefaßt machte. Daher beschloß Hood entscheidendere Maßregeln anzuwenden und ging, trotz seiner numerischen Schwäche (30,000 Mann gegen 80,000 Mann), zur Offensive über, indem er, mit Preisgebung des südlichen Georgien, Atlanta im weiten Bogen umging und sich in den Rücken Sherman's warf. Deßhalb brach dieser letztere zur Verfolgung Hood's nach dem Norden von Georgien auf, und, als er nach einem glücklichen Gefecht bei Allatoona sich überzeugt hatte, daß Hood ihm nicht Stand halten wolle, überließ er dessen Verfolgung dem General Thomas, und kehrte selbst nach Atlanta zurück. Von hier aus unternahm er um die Mitte November mit seinem der leichteren Verpflegung wegen in zwei Colonnen getheilten Heere jenen kühnen Streifzug durch das feindliche Land (Georgien) bis nach Savannah an der Küste des atlantischen Oceans, um sowohl alle innern Communicationslinien des Feindes zu zerstören, als eine neue und gesicherte Operationsbasis zu gewinnen, von welcher aus er Grant für die Folge die Hand zu bieten vermochte und die Golfstaaten von den Staaten an der atlantischen Küste trennen konnte. Atlanta wurde unmittelbar vor seinem Aufbruche mit allen seinen Befestigungswerken der Erde gleich gemacht. Da die Regierung zu Richmond der bestürzten Bevölkerung Georgiens nicht einmal so viel Truppen schicken konnte, um den Kern einer Volkserhebung zu bilden, so blieben ihre zahlreichen Aufforderungen zu einer solchen wirkungslos. Daher stieß Sherman fast nirgends auf directen Widerstand; er ließ beide Colonnen die auf ihrem Zuge berührten Bahnen zerstören, die Brücken verbrennen oder in die Luft sprengen, die Schienen glühend machen und verbiegen, in den Städten alle öffentlichen Gebäude verbrennen, das Privat-Eigenthum aber schonen. Indem er die wenigen, mit Mühe zusammengerafften Truppen der Conföderirten stets über seine Marschdirection zu täuschen wußte, gelangte er am 22. December nach Savannah, welche Stadt in der nächsten Nacht von der Besatzung geräumt wurde. So hatte Sherman innerhalb 27 Tagen etwa 80 Meilen zurückgelegt, 50 Meilen Eisenbahngeleise zerstört, für mehrere Millionen Dollars Baumwolle vernichtet, 15,000 Pferde erbeutet und mehr als 10,000 Neger befreit. Inzwischen war Hood's Feldzug nach Tennessee vollständig gescheitert.

Beide kriegführende Parteien beschäftigte auch die am 8. November Statt findende Präsidentenwahl in hohem Grade: denn wenn der Candidat der demokratischen Partei, Mac Clellan, den Präsidenten-Stuhl im März 1865 besteigen würde, so konnte man mit ziemlicher Sicherheit darauf rechnen, daß den Conföderirten in kurzer Zeit ein, wenn nicht vortheilhafter, doch wenigstens sehr billiger Friede zugestanden werde; siegten dagegen die Republikaner durch die Wiedererwählung Lincoln's, so mußte sich der Süden darauf gefaßt machen,

den Frieden nur unter der Bedingung vollständiger Unterwerfung und der Anerkennung der Sclaven-Emancipation erlangen zu können.

Die Wiedererwählung Lincoln's mit einer Majorität von mehr als 400,000 Stimmen hatte den günstigsten Einfluß auf die energische Fortführung des Krieges und drückte die Hoffnungen des Südens so tief hinab, daß es den Leitern desselben nur noch durch den äußersten Terrorismus möglich wurde, den Widerstand fortzusetzen und die einzelnen Staaten zu verhindern, wegen ihres Rücktrittes in die Union Separatverhandlungen mit Washington anzuknüpfen. Am Schlusse des Jahres 1864 standen der Conföderation nur höchstens noch 150,000 Mann zur Verfügung, wovon kaum 100,000 auf den entscheidenden Kriegsschauplätzen zur Verwendung gelangen konnten und alles Vertrauen zu ihrer Sache verloren hatten, während der Norden über 350,000 Mann alt gedienter Truppen verfügte und Lincoln durch ein neues Aufgebot weitere 300,000 Mann vom Lande verlangte. Die Staatsschuld des Nordens war bis auf 2200 Millionen Dollars gestiegen, allein bei dem Reichthum des Landes besaß er Credit, während der Süden erst 1550 Millionen Dollars Schulden, aber weder im Inlande, noch im Auslande Credit hatte und sein Papiergeld gänzlich entwerthet sah.

Das Jahr 1865.

Ein Versuch zu Friedens-Unterhandlungen am Bord eines Schiffes (3. Januar) blieb ohne Erfolg, da Lincoln zunächst Rückkehr zur Union und Anerkennung ihrer Gesetze verlangte, die (drei) Gesandten des Südens dagegen die Anerkennung ihrer Unabhängigkeit zur Grundlage der Unterhandlungen machen wollten. Somit dauerte der Krieg fort, jedoch im Wesentlichen nur auf dem östlichen Schauplatze zwischen dem Potomac und dem Savannah.

Um die Mitte Januar nahm Sherman in Savannah seine Operationen wieder auf, um Süd-Carolina in gleicher Weise, wie Georgien, zu durchziehen, Charleston durch Abschneiden aller seiner Verbindungen zur Uebergabe zu nöthigen, dann in Nord-Carolina vorzudringen und sich zuletzt mit Grant zu vereinigen und in Gemeinschaft mit diesem durch ihre Uebermacht die Lee'sche Armee zu erdrücken. Lee suchte diesem Plane gegenüber sein Heil in der Concentrirung aller noch vorhandenen Kräfte, indem er alle außer seinem Wirkungskreise liegenden Punkte Preis gab, um wenigstens die Besatzungen zu retten und dem Vordringen Sherman's eine Abtheilung (unter Beauregard, später unter Johnston) entgegenstellen zu können. Diese Maßregel erklärt die scheinbar übereilte Räumung von Columbia, Charleston, Georgetown, Kingston und anderer wichtiger Punkte in beiden Carolina's. Die Kreise, welche die Uebermacht und das Kriegsglück der Unirten um die Lee'sche Armee zogen, wurden immer enger, doch die Ehre der Entscheidung des Krieges war der Poto-

mac-Armee vorbehalten, gleichsam als Entschädigung für ihr früheres Mißgeschick.

Lee setzte den Widerstand nur noch fort, weil er hoffte, unter den Waffen leichtere Friedens-Bedingungen und eine vollständigere Amnestie zu erhalten, als wenn man sie niederlegte. Er versuchte das Centrum Grant's zu durchbrechen; aber sein Angriff (25. März) wurde mit großer Entschiedenheit zurückgewiesen und Grant ging zur Offensive über, indem er die Verschanzungen von Petersburg in ihrer ganzen Ausdehnung gleichzeitig angreifen ließ. Eine fünftägige Schlacht bei Petersburg (29. März — 2. April) entschied den Fall der Stadt, und gleichzeitig wurde auch Richmond geräumt (3. April). In beiden Städten wurden die einziehenden Unionstruppen von der meist aus Negern bestehenden Bevölkerung mit Jubel empfangen; sie erbeuteten gegen 500 schwere Geschütze, eine Menge Locomotiven und Eisenbahnwagen und machten 20,000 Gefangene. Lee wurde mit seiner in voller Auflösung begriffenen Armee verfolgt und, nachdem sein letzter Versuch sich durch Sheridan's Corps einen Weg nach Lynchburg zu bahnen, ohne Erfolg geblieben war, schloß er bei einer persönlichen Zusammenkunft mit Grant (9. April) eine Capitulation ab unter milderen Bedingungen, als er sie in seiner traurigen Lage hatte hoffen dürfen. Seinem Beispiele folgte General Johnston in Nord-Carolina, da er nicht bloß in der Fronte, und zwar von Osten her, durch die 90,000 Mann starke Armee des Generals Sherman gedrängt wurde, sondern auch einen Angriff von Norden her durch die nun disponibel gewordene Armee des Generals Grant erwarten mußte. Am Tage von Lee's Capitulation erfolgte auch die der Festung Mobile, und dieser in rascher Reihenfolge die Capitulationen aller östlich vom Mississippi zerstreut stehenden kleinen Corps, welchen sämmtlich die Lee'schen Bedingungen gewährt wurden. Eine kurze Zeit hindurch schien es, als ob der Krieg noch ein Nachspiel, westlich vom Mississippi, haben sollte, da die hier unter General Kirby-Smith concentrirten Streitkräfte, so wie die Bewohner von Texas die Absicht zu erkennen gaben, den Widerstand auf eigene Faust fortzusetzen. Als jedoch General Sheridan dahin beordert wurde, kam auch für die westlich vom Mississippi stehenden Truppen in New-Orleans (25. Mai) eine Capitulation zu Stande.

Damit war denn der Krieg, welcher mehr als eine halbe Million Streiter (325,000 Mann Unionstruppen und 200,000 Conföderirte) weggerafft hatte, nach vierjähriger Dauer thatsächlich beendet.

Es galt nun die Zwecke des Krieges, Wiederherstellung der Union und Emancipation der Sclaven, zu verwirklichen. Lincoln schien entschlossen zu sein, dem besiegten Gegner die Rückkehr in die Union und die Unterwerfung unter ihre Gesetze durch Milde und Nachsicht so viel als möglich zu erleichtern. Allein die rastlose Thätigkeit der Regierung zu Washington wurde durch ein scheußliches Attentat unterbrochen und gelähmt. Lincoln ward im Theater zu Washington von

dem Schauspieler Wilkes Booth, einem fanatischen Anhänger des Südens, durch einen Schuß in den Hinterkopf derartig verwundet, daß er am Morgen des folgenden Tages starb. Zur selbigen Stunde machte ein gewisser Payne einen Mordanfall auf den Staats-Secretär Seward, dem er in seiner Wohnung mehrere, jedoch nicht tödtliche Dolchstiche beibrachte. Andere Mordanschläge scheiterten theils daran, daß zufälliger Weise die auserkorenen Opfer nicht in ihren Wohnungen anwesend waren, theils daß die betreffenden Verschworenen im entscheidenden Moment vor der Ausführung der That zurückschreckten. Die Untersuchung ergab, daß eine große Anzahl von Personen in die Verschwörung verwickelt gewesen war, deren Zweck kein anderer sein konnte, als durch Beseitigung der hervorragendsten Persönlichkeiten unter den Leitern der Union der bereits verlorenen Sache der Conföderirten einen neuen Aufschwung zu geben. Der Mörder des Präsidenten war in der ersten Verwirrung aus dem Theater entkommen, aber einige Tage nachher ward er aufgespürt und, nachdem er sich selbst durch einen tödtlichen Schuß verwundet hatte, verhaftet; vier der Schuld überführte Verschworene wurden zum Strang, die übrigen zu schweren Kerkerstrafen verurtheilt, und die meisten Mitglieder der conföderirten Regierung als Mitwisser des scheußlichen Complottes verhaftet. Der Verfassung gemäß, übernahm der bisherige Vice-Präsident Andrew Johnson (früher Schneider, später Gouverneur von Tennessee) die Präsidentschaft. Er war augenscheinlich bestrebt, an den bisher von Lincoln befolgten Grundsätzen wenigstens für die nächste Zeit festzuhalten; alle Beschränkungen des Binnenhandels, so wie die Ausfuhrverbote von Waffen, Munition, Pferden, Rindvieh wurden aufgehoben, um durch eine möglichst rasche Wiederherstellung des Verkehrs den im Süden herrschenden Nothstand schnell zu beseitigen und die Gemüther zu versöhnen. Zu diesem letzteren Zwecke erschien am 29. Mai die Proclamation einer Amnestie, allerdings mit zahlreichen Ausnahmen; aber allen von derselben Ausgeschlossenen wurde es freigestellt, ein Begnadigungsgesuch an den Präsidenten zu richten, wovon General Lee und andere hervorragende Leiter der Conföderation Gebrauch machten, und sie wurden ohne Weiteres begnadigt. Zugleich ward die Unionsarmee vermindert und nur 100,000 Mann zur Besetzung der Südstaaten beibehalten; die Flotte war schon seit Anfang des Jahres von 530 auf 117 Schiffe reducirt worden. So konnte denn das Kriegsbudget von 516 auf 33 Mill. Dollars verringert werden. Im März 1866 hat der Congreß das Gesetz angenommen, welches allen Bürgern aller Staaten ohne Unterschied der Race den vollen Genuß der Civilrechte sichert. Dieser Beschluß macht alle Bürger gleich vor dem Gesetz, mit Ausnahme des Wahlrechtes.

---

59. Der Krieg der Franzosen in Mexico, 1862.

(Nach C. Wernicke, Geschichte der Neuzeit, bearbeitet vom Herausgeber.)

Kaum hätte Juarez die Präsidentschaft der mexicanischen Republik angetreten (1861), als er sich mannichfache Kränkungen der europäischen Mächte und Rechtsverletzungen aller Art erlaubte: Europäer wurden gewaltsam zum Kriegsdienste ausgehoben, europäische Consuln willkürlich verhaftet und ein Beschluß des Congresses verkündet, dem zufolge alle Zahlungen an das Ausland auf zwei Jahre suspendirt seien. Deßhalb vereinigten sich Spanien, Frankreich und England zur gemeinsamen Intervention in Mexico; Spanien besetzte von Cuba aus den mexicanischen Hafen von Veracruz, wo bald auch französische und englische Truppen erschienen und, da sie kein Unterkommen in der kleinen, ungesunden Hafenstadt finden konnten, so wurden ihnen vom mexicanischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten die in einem gesunderen Klima gelegenen Städte Cordova, Orizaba und Techuacan eingeräumt, bis weitere Unterhandlungen über die Ausgleichung des Streites Statt gefunden hätten. Die Franzosen und Spanier rückten sogleich in jene Städte, während die Engländer sich wieder einschifften, um den Einflüssen des mörderischen Klimas zu entgehen. Napoleon aber hatte mit dem von Juarez verbannten mexicanischen General Almonte den Plan verabredet, in Mexico eine Monarchie zu gründen und die Krone dem österreichischen Erzherzoge Ferdinand Maximilian (dem ältesten Bruder des Kaisers Franz Joseph, geb. 1832) anzubieten, wozu aber Spanien und England ihre Mitwirkung versagten. So blieben die Franzosen allein zurück, entschlossen, die Feindseligkeiten sofort zu beginnen.

Der französische General Lorencez rückte mit nur 5000 Mann, die ihm nach Abzug der Kranken und der in Veracruz und Orizaba zurückgelassenen Besatzungen geblieben waren, gegen Puebla vor und rechnete dabei auf eine allgemeine Erhebung der Landeseinwohner. Da diese nicht erfolgte und die mexicanische Armee unter Zaragoza 12,000 Mann stark war, so zog er sich nach wiederholten Gefechten nach Orizaba zurück, um Verstärkung aus Frankreich abzuwarten. Die Aufforderung zur Capitulation lehnte er ab und schlug einen Angriff des mexicanischen Generals Ortega auf Orizaba zurück. Kaiser Napoleon sandte den General Forey mit einer so bedeutenden Verstärkung nach Mexico, daß dieser über 45,000 Mann (mit Einschluß der Flotte) verfügte. Doch fiel Puebla, welches Ortega heldenmüthig vertheidigte, erst nach einer Belagerung von zwei Monaten. Nun aber war auch die Kraft der Mexicaner erschöpft; Juarez verließ die Hauptstadt (31. Mai 1863) und zog sich nach San Luis Potosi zurück, Forey aber hielt mit etwa 15,000 Mann seinen Einzug in Mexico und berief eine Versammlung der Notabeln, welche einstimmig die Einführung einer beschränkten Erbmonarchie beschloß und,

nach dem Wunsche des Kaisers Napoleon, den Erzherzog Ferdinand Maximilian von Oesterreich zum Kaiser wählte.

Zu Anfang des October 1863 kehrte Forey nach Europa zurück und überließ die völlige Unterwerfung des Landes dem General Bazaine, der zwar nirgends ernstlichen Widerstand fand, aber Juarez nicht zur Unterwerfung oder zur Räumung des Landes zwingen konnte, obgleich dieser Luis Potosi den Franzosen überlassen mußte. Erzherzog Maximilian entschied sich für die Annahme der wenig Anlockendes bietenden Krone und schloß mit Frankreich einen Vertrag, dem zufolge 25,000 Mann französischer Truppen vorläufig im Lande bleiben und dasselbe erst in dem Maße räumen sollten, als er selbst die zu ihrem Ersatze nöthigen Truppen würde organisiren können. Die von Mexico zu erstattenden Kosten für die französische Expedition, bis zum 1. Juli 1864, wurden auf 270 Millionen Francs festgesetzt; von da ab sollten alle Ausgaben für die Armee Mexico zur Last fallen. Sogleich sollten 66 Millionen in Anleihescheinen an Frankreich gezahlt werden, dann aber jährlich 25 Millionen baar.

Kaiser Maximilian, der am 12. Juni 1864 seinen Einzug in Mexico hielt, trat die Regierung unter äußerst mißlichen Verhältnissen an: mehr als die Hälfte des Reiches war noch Republik, im Norden stand Juarez als gesetzlicher Präsident derselben und auch im Süden zählte er noch Anhänger genug; selbst das von den Franzosen besetzte Gebiet wurde beständig von Guerillas beunruhigt. Dazu kam die schlimme Finanzlage des Landes: die Republik war unter Juarez nicht im Stande gewesen, den Engländern, Spaniern und Franzosen die Zinsen der ihnen schuldigen Capitalien zu bezahlen; jetzt sollte sie eine mindestens dreifach so große Schuld verzinsen und daneben noch ein Heer von französischen, österreichischen, belgischen und einheimischen Truppen besolden! Dies war eben so unmöglich, als die beiden im Lande vorhandenen Parteien zu befriedigen, die clericale und die liberale, die namentlich in Bezug auf die von Juarez vorgenommene Säcularisirung der unermeßlich reichen Kirchengüter einander schroff gegenüber standen, indem jene (wie auch der Papst in einem Schreiben vom 18. October 1865) den Widerruf der Säcularisation, diese deren Aufrechterhaltung verlangte. Der Kaiser ordnete eine Revision derselben an, durch welche der in gutem Glauben erworbene Grundbesitz anerkannt werden sollte. Nicht minder aber drohte dem neuen Kaiserthum Gefahr von Seiten der Vereinigten Staaten von Nordamerika, welche sich weigerten, „eine unter den Auspicien einer europäischen Macht auf den Trümmern der republikanischen Staatsform errichtete monarchische Regierung“ anzuerkennen und sich gegen eine fortgesetzte Einmischung Frankreichs in die Angelegenheiten Mexico's erklärten.

Nachtrag.

60. Der Krieg in Deutschland und Italien, 1866.

(Vorzugsweise nach den „Amtlichen Nachrichten“, bearbeitet vom Herausgeber.)

In dem Streben der beiden deutschen Großmächte nach der Hegemonie in Deutschland, wie dasselbe bereits 1849 und wieder seit 1863 (s. S. 468) hervorgetreten, liegt der tiefere Grund, in den Verwickelungen der schleswig-holsteinischen Frage der nächste Anlaß des Zwiespaltes zwischen Preußen und Oesterreich.

a. Schleswig-Holstein seit dem Wiener Frieden 1864.

Nachdem die beiden Herzogthümer durch den Wiener Frieden (s. S. 473) in den gemeinsamen Besitz der beiden deutschen Großmächte übergegangen waren, beantragte Oesterreich (5. December 1864) bei Preußen zunächst die vorläufige Uebergabe der Herzogthümer an den Erbprinzen Friedrich von Augustenburg, vorbehaltlich der Untersuchung der Erbansprüche. Allein Preußen hatte schon während des Krieges durch eine (erst am 1. Juli 1865 veröffentlichte) Unterredung des Erbprinzen mit dem Minister v. Bismarck erfahren, wie wenig der erstere geneigt sei, sich den preußischen Anforderungen in Bezug auf die Stellung des schleswig-holsteinischen Heeres zum preußischen zu fügen, indem er äußerte, die Herzogthümer hätten Preußen nicht gerufen und der deutsche Bund würde vielleicht mit mehr Leichtigkeit und weniger lästigen Bedingungen die Befreiung der Länder bewirkt haben. Preußen lehnte daher (12. Januar 1865) den österreichischen Antrag eines Provisoriums unter dem Erbprinzen ab, und es erfolgte die Bildung einer beiden Mitbesitzern untergeordneten, gemeinsamen schleswig-holsteinischen Landesregierung, die am 1. Februar ihren Sitz auf dem Schlosse Gottorp bei Schleswig nahm. Allein neben dem österreichischen und preußischen Civil-Commissar behielt der Erbprinz in Kiel seine herzogliche Neben-Regierung bei. Am 22. Februar übersandte Preußen Vorschläge nach Wien zur Herbeiführung eines „Definitivums“, welche auf die Constituirung

eines schleswig-holsteinischen Mittelstaates unter dem Prinzen von Augustenburg im bundesstaatlichen Anschlusse an Preußen hinausliefen. In seiner Antwort (vom 5. März) trat Oesterreich der Schöpfung eines „halbsouverainen Staates" entgegen, dessen Fürst so wesentlicher Hoheitsrechte ermangeln würde, daß er nicht Mitglied des deutschen Bundes sein könne; es vindicirte diesem letztern das Recht, dem neuen Staate seine den deutschen Interessen entsprechende Stellung anzuweisen, und erklärte nur in diejenigen Forderungen Preußens einwilligen zu können, welche die Erhebung Rendsburgs zur Bundesfestung, die freie Benutzung des Kieler Hafens und das Oberaufsichtsrecht Preußens über den Nord-Ostsee-Canal betreffen. Der Antagonismus der Mitbesitzer und die Herrschaft der Augustenburger Neben-Regierung machte das Provisorium der gemeinsamen Regierung immer unerträglicher, um so mehr, als es auch an einzelnen Conflicten zwischen den beiden Civil-Commissarien (z. B. über die von Preußen angeordnete Verlegung der preußischen Marine-Station für die Ostsee von Danzig nach Kiel) nicht fehlte.

Während der Monate April und Mai 1865 wurden Verhandlungen über die Modalitäten einer Berufung der schleswig-holsteinischen Stände gepflogen. Preußen forderte während ihrer Versammlung die Entfernung des Erbprinzen, weil dessen Haltung und die Gehässigkeit seiner Presse gegen alle Freunde des bundesstaatlichen Anschlusses fortwährend Demonstrationen zu seinen Gunsten veranlaßte. Oesterreich ging darauf nicht ein, trat aber in Unterhandlung mit Preußen über eine neue Organisation des Provisoriums. Der zu diesem Zwecke speziell bevollmächtigte österreichische Gesandte, Graf v. Blome, kam mit dem preußischen Minister-Präsidenten, v. Bismarck, in Gastein zusammen und schloß mit demselben am 14. August die Gasteiner Convention ab, welche am 19. August bei einer persönlichen Zusammenkunft des Kaisers Franz Joseph mit König Wilhelm in Salzburg ratificirt wurde. Dieselbe constatirt zunächst die Fortdauer der durch den Artikel 3 des Wiener Friedens gemeinsam erworbenen Rechte beider Mächte an die Gesammtheit beider Herzogthümer, theilt aber die Ausübung dieser Rechte fortan geographisch der Art, daß dieselbe in Bezug auf das Herzogthum Schleswig von dem Könige von Preußen, in Bezug auf das Herzogthum Holstein von dem Kaiser von Oesterreich bewirkt werde. Beide Fürsten werden am Bunde die Herstellung einer deutschen Flotte in Antrag bringen und für dieselbe den Kieler Hafen als Bundeshafen bestimmen. Bis dahin wird das Commando und die Polizei über denselben von Preußen ausgeübt, welches berechtigt ist, daselbst die nöthigen Befestigungen und Einrichtungen anzulegen und dieselben von preußischen Truppen besetzen und bewachen zu lassen. Es werden die Garnisons-Verhältnisse für Rendsburg, das eventuel Bundesfestung werden soll, so wie preußische Militärstraßen durch Holstein &c. geregelt und schließlich die Auflösung der bisherigen gemeinsamen Landes-

Regierung auf den 15. September festgestellt. In Betreff des Herzogthums Lauenburg aber ward ein Definitivum geschaffen, indem der Kaiser von Oesterreich gegen Zahlung einer Abfindungssumme von 2,500,000 dänischen Rthlrn. seine Ansprüche dem Könige von Preußen abtrat, so daß die alleinige Herrschaft über dieses Herzogthum endgültig auf den König von Preußen überging. Herr v. Bismarck wurde von seinem Könige in den Grafenstand erhoben.

Die förmliche Besitzergreifung des Königs von Preußen im Herzogthum Lauenburg, dessen Stände schon im October 1864 mit 14 gegen 4 Stimmen in diesem Sinne sich ausgesprochen hatten, wurde am 15. September von dem Commissarius Grafen Arnim-Boytzenburg in Ratzeburg vollzogen. Auf den Wunsch der Stände erfolgte dann am 26. und 27. September noch die Entgegennahme der Erbhuldigung persönlich durch den König, doch ohne daß die von der Ritterschaft gehoffte Bestätigung der veralteten Stände-Privilegien dabei erreicht wurde. Die gemeinschaftliche Regierung für Schleswig-Holstein wurde wirklich am 15. September aufgelöst und es traten an diesem Tage Freiherr v. Gablenz als österreichischer „Statthalter" von Holstein in Kiel, und Freiherr v. Manteuffel als preußischer „Gouverneur" von Schleswig in Flensburg die Regierung an.

Die Gasteiner Convention war nur ein neues Provisorium, dessen Verwandlung in einen definitiven Zustand um so dringender geboten erschien, als einerseits fortwährend lebhafte Agitationen zu Gunsten des angeblichen Erbrechtes des Prinzen Friedrich von Augustenburg Statt fanden, andererseits 19 Mitglieder der holsteinischen Ritterschaft, an ihrer Spitze v. Scheel-Plessen, eine Adresse an den Grafen Bismarck richteten für Personal-Union der Herzogthümer mit Preußen. Als nun in einer Versammlung von 3-—4000 Männern aus beiden Herzogthümern in Altona (23. Januar 1866), welcher auch mehrere politische Notabilitäten aus Süddeutschland (wie Metz, Mitglied des Nationalvereins-Ausschusses) beiwohnten, zwar keine förmliche Resolutionen gefaßt wurden, weil diese von der Landesregierung verboten waren, aber man sich energisch für die Einberufung der schleswig-holsteinischen Stände ausgesprochen hatte, richtete Graf Bismarck (26. Jan.) eine Beschwerde nach Wien über die gesammte Regierungspolitik Oesterreichs in Holstein, welche beabsichtige, „dieses Land dem Prinzen von Augustenburg thatsächlich zu überantworten, der kein Recht auf dasselbe habe und dessen Ansprüche früher von Oesterreich selbst entschieden bestritten worden". Die Depesche bezeichnete dieses Verfahren als eine Schädigung des monarchischen Princips, und stellte, falls Oesterreich bei demselben beharre, einen Bruch der bisherigen Allianz in Aussicht. Alsbald sprach die preußische Regierungs-Presse die Erwartung aus, daß „Preußen nicht dulden werde, daß es von Oesterreich durch einen Bund mit der Revolution um seine wohl erworbenen Rechte gebracht werde". Der österreichi-

sche Minister, Graf Mensdorff, wies die Anklage seiner Politik zurück (7. Februar) mit der Andeutung, daß er, selbst auf die Gefahr eines Bruches der Allianz mit Preußen, dabei zu verharren entschlossen sei. Nach einer Reihe von Sitzungen des Marschalls-Rathes in Wien, unter dem Vorsitze des Kaisers Franz Joseph (7.—13. März), wurden Truppen aus Ungarn und anderen Provinzen nach Böhmen beordert (15. März), und auch in Sachsen begannen die Rüstungen; dagegen wurden von preußischer Seite Vorbereitungen zur Armirung der schlesischen und sächsischen Festungen getroffen und mit dem in Berlin (10. März) angekommenen italienischen General Govone Unterhandlungen über ein Bündniß Preußens mit Italien gegen Oesterreich gepflogen, zum Zwecke der Eroberung Venetiens für das Königreich Italien. Als dieses Bündniß gegen Ende März zum Abschluß gelangte, begann auch die italienische Regierung in aller Stille umfassende Rüstungen zu Lande und zur See. Nach einer erfolglosen, vermittelnden identischen Note des baierischen Ministers v. d. Pfordten (vom 31. März) an beide Großmächte, trafen auch Baiern und Württemberg, „zur Wahrung des Friedens im Bunde", militärische Vorbereitungen, während jede der beiden Großmächte gegenseitig versicherte, daß ihr nichts ferner liege, als ein Angriffskrieg gegen die andere, und von derselben sofortige „Abrüstung" verlangte.

Plötzlich brachte Graf Bismarck noch ein anderes Element in den Streit. Schon in einer Circular-Depesche an die deutschen Regierungen (vom 24. März), in welcher er unter Verzichtleistung auf die Hülfe des deutschen Bundes die Frage stellte, in welchem Grade Preußen auf ihren guten Willen als Einzelstaaten rechnen dürfe, hatte er die Nothwendigkeit einer Reform der Bundesverfassung betont. Am 9. April stellte er nun am Bundestage den förmlichen Antrag auf Einberufung eines deutschen Parlamentes auf Grund directer Wahlen und allgemeinen Stimmrechtes, welches die Neugestaltung der Bundesverfassung nach den Vorlagen der deutschen Regierungen berathen solle. Ueber die Art der beabsichtigten Reform erfuhr man einige Tage später aus der officiösen Provincial-Correspondenz, daß die Absicht Preußens dahin gehe, „die militärischen Kräfte Norddeutschlands und Mitteldeutschlands zu wirksamer That um sich vereinigen zu können" und dadurch zugleich die Lasten der Armee-Organisation, die der Gegenstand des ganzen inneren Conflictes in Preußen sei, für den eigenen Staat zu vermindern. Die Mittelstaaten sahen sich dadurch in ihrer bisherigen Stellung und Bedeutung bedroht. Neun derselben (Baiern, Württemberg, Sachsen, Baden, Nassau, Hessen-Darmstadt, Sachsen-Weimar, Coburg-Gotha und Meiningen) besprachen sich in Conferenzen zu Augsburg und Bamberg über gemeinsames Handeln, und stellten (19. Mai) — mit Ausnahme Sachsens — am Bundestage den Antrag auf gleichzeitige Abrüstung sämmtlicher Bundesglieder, welcher von der Bundesversammlung einstimmig angenommen ward; Oester-

reich und Preußen behielten sich eine Mittheilung vor, unter welchen Voraussetzungen sie abrüsten wollten. Ein Versuch des Kaisers Napoleon III., den Conflict der drei Mächte, Oesterreich, Preußen und Italien, durch Conferenzen der Großmächte, mit Hinzuziehung eines Bundestags-Gesandten, zu Paris auszugleichen, scheiterte an dem Vorbehalte Oesterreichs, welches die Einladung zur Friedens-Conferenz nur unter der Bedingung annehmen wollte, „daß keine Combination auf derselben zur Verhandlung komme, welche einem der eingeladenen Staaten eine territoriale Vergrößerung oder einen Machtzuwachs verschaffe", worauf Frankreich und England erklärten, daß diese Vorbehalte die Conferenz unmöglich machten.

An demselben Tage (1. Juni), an welchem Oesterreich diese „vorläufige Bürgschaft gegen ehrgeizige Ansprüche" zur Bedingung seines Eintrittes in die Conferenz machte, stellte es die Entscheidung der schleswig-holsteinischen Frage „den Entschließungen des Bundes anheim, welchen von seiner Seite die bereitwilligste Anerkennung gesichert sei", und erklärte zugleich, daß der kaiserliche Statthalter in Holstein die Ständeversammlung des Herzogthums auf den 11. Juni nach Itzehoe berufen werde. Diese Ueberantwortung der schleswig-holsteinischen Sache an den Bund, welcher derselben seit dem letzten Kriege fern geblieben, erklärte Preußen für einen Bruch der Gasteiner Convention. In Folge dessen und auf Grundlage des früheren Condominats rückte der preußische Gouverneur von Schleswig, General v. Manteuffel, mit Truppen in Holstein ein (7. Juni), besetzte Rendsburg, Kiel und Itzehoe und richtete an den österreichischen Statthalter v. Gablenz die Aufforderung, mit ihm wieder eine gemeinsame Regierung für beide Herzogthümer zu bilden. Dieser lehnte das Anerbieten ab und zog sich unter Protest mit seinen Truppen (nur 3000 Mann), der Landesregierung und dem „Herzoge" Friedrich nach Altona zurück. Am 10. Juni löste v. Manteuffel die bisherige holsteinische Regierung auf und ernannte den Freiherrn v. Scheel-Plessen zum „Ober-Präsidenten" beider Herzogthümer mit dem Wohnsitze in Kiel. Der Zusammentritt der Stände in Itzehoe ward gewaltsam verhindert, dagegen die Berufung einer Gesammtvertretung beider Herzogthümer nach dem Princip ihrer Zusammengehörigkeit in Aussicht gestellt. Am 12. Juni verließ v. Gablenz mit seinen Truppen Holstein und begab sich über Hannover, Kassel zum österreichischen Hauptheere in Böhmen. Auch der Prätendent Friedrich verließ sein „Erbland", das von jetzt an gänzlich in den Hintergrund der Ereignisse tritt.

b. Die Auflösung des deutschen Bundes, 14. Juni 1866.

Auf die Nachricht von den Vorgängen in Holstein erklärte Oesterreich die Besetzung dieses Herzogthums durch Preußen für einen Vertragsbruch und beantragte die Mobilmachung des gesammten Bundes-

Heeres, mit Ausnahme des preußischen Contingents, weil Preußen einen Act gewaltsamer Selbsthülfe vollzogen, den die Bundes-Versammlung gemäß Artikel 19 der Wiener Schlußacte zu verhindern verpflichtet sei. Dieser Antrag wurde schon in der Sitzung vom 14. Juni, trotz des Protestes des preußischen Bundestags-Gesandten (von Savigny) gegen jede geschäftliche Behandlung des Antrages als eines materiell und formell bundeswidrigen, mit 9 Stimmen gegen 6 angenommen. Zur Majorität gehörten Oesterreich, Baiern, Württemberg, Sachsen, Hannover, beide Hessen, Nassau und die 16. Curie, deren Vertreter, Victor von Strauß, beschuldigt wird, seinem Mandate eine falsche Auslegung gegeben zu haben*). Baden enthielt sich der Abstimmung. Nachdem diese erfolgt war, erklärte der Vertreter Preußens, daß Preußen den bisherigen Bundesvertrag für gebrochen und deßhalb nicht mehr als verbindlich ansehen und denselben als erloschen behandeln werde. Zugleich legte der Gesandte den ausführlichen Entwurf einer Neugestaltung des Bundes vor, welcher mit dem zu berufenden Parlamente zu vereinbaren sei. Von dem Gebiete des neuen Bundes sollten die kaiserlich österreichischen und die königlich niederländischen Landestheile ausgeschlossen sein. Die Majorität der Bundes-Versammlung erklärte Preußens Austritt aus dem Bunde für ungesetzlich, während die Staaten der Minorität dem Beispiele Preußens folgten und ihre Vertreter von Frankfurt abberiefen. Am folgenden Tage (15. Juni) bot Preußen seinen unmittelbarsten Nachbarn unter den Gegnern, Sachsen, Hannover, Kurhessen und Nassau, nochmals die Hand zum Frieden unter sehr gemäßigten Bedingungen: unverzügliche Abrüstung und Ausschreibung der Wahlen für das Parlament gleichzeitig mit Preußen, dagegen sollten ihr Besitzstand und ihre Souverainetäts-Rechte nach Maßgabe der Reform-Vorschläge gesichert sein. Da die Antworten bei allen ablehnend lauteten, so ließ Preußen schon am 16. Juni Truppen in die 3 Mittelstaaten des Nordens einrücken: unter Vogel v. Falckenstein und von Manteuffel in Hannover, unter dem Prinzen Friedrich Karl und Herwarth von Bittenfeld in Sachsen und unter von Beyer in Kurhessen. „Oesterreich hatte die Initiative der Rüstungen ergriffen", sagen die amtlichen (Berliner) Nachrichten, „Preußen erfaßte die des Handelns."

*) Graf Bismarck bemerkt in einer Depesche (vom 22. Juni) an die Vertreter Deutschlands im Auslande: „Von den sechs kleinen Staaten der 16. Curie hatten drei (Lippe, Waldeck und Reuß-Schleiz) dem Repräsentanten der Curie vorgeschrieben, gegen den österreichischen Antrag zu stimmen. Der vierte Staat, Schaumburg-Lippe, hat sich, nach einer officiellen Mittheilung des Fürsten, der Abstimmung enthalten. Es war also nur das 6000 Einwohner zählende Liechtenstein, welches seine Instructionen zu Gunsten Oesterreichs abgegeben, und Reuß-Greiz, dessen Abstimmung noch nicht verificirt worden; in jedem Falle war die Majorität der Curie für die Verwerfung des österreichischen Antrages. — Dazu kommt noch, daß das von Braunschweig und Nassau gemeinschaftlich abgegebene Votum von der Majorität hätte abgezogen werden müssen, weil beide entgegengesetzter Meinung waren. So hätte sich dann Stimmengleichheit ergeben."

c. Die Besetzung der Mittelstaaten des Nordens.

Widerstand mit Waffengewalt fanden die Preußen nur von den Hannoveranern. Von Holstein und Lauenburg aus überschritten sie bei Harburg und Lauenburg die Elbe, nahmen durch Capitulation die Elbefestung Stade, wo ein sehr ansehnliches Kriegs-Material (15 gezogene Kanonen, 14,000 neue Gewehre) in ihre Hände fiel und besetzten die Hauptstadt, aus welcher der König sich zu seinem im Süden des Landes, bei Göttingen, versammelten Heere geflüchtet hatte. Zugleich rückte von Minden her General Vogel von Falckenstein mit der 13. Division in Hannover ein und vereinigte sich mit den Occupations-Truppen unter v. Manteuffel, nach rascher Besetzung des ganzen Königreiches, zur Verfolgung der hannover'schen Armee, die ihren kurzen Aufenthalt bei Göttingen benutzte, um ihre Rüstung zu vervollständigen, und sich nach Baiern durchzuschlagen versuchte. Da ihr der Weg nach Süden durch die inzwischen erfolgte Besetzung Kurhessens verlegt war, so nahm sie ihre Richtung nach Südosten, durch preußisches Gebiet über Heiligenstadt, Mühlhausen und Langensalza in das Gebiet von Coburg-Gotha und Weimar, um über Gotha und Eisenach den Durchbruch durch die preußischen und die mit diesen vereinigten coburg-gothaischen Truppen zu den Baiern zu gewinnen, welche sich südlich von Coburg und südwestlich von Eisenach gesammelt hatten. Nach mehrtägigen vergeblichen Unterhandlungen unter Vermittlung des Herzogs von Coburg und nachdem der König Georg V. das nochmalige Anerbieten eines Neutralitäts-Bündnisses auf Grundlage des Reform-Projectes und unter Garantie des hannover'schen Besitzstandes abgelehnt hatte, auch schon baierische Truppen im Rücken der preußischen Stellung erschienen waren, erhielt die Avantgarde der von Manteuffel'schen Division, unter Führung des Generals von Flies, den Befehl zum Angriff der bei Langensalza stehenden hannover'schen Armee, welche sich nordwärts zu bewegen begann, in der Absicht, auf hannover'sches Gebiet zurückzukehren. Die Preußen (6000 Mann) nahmen mit stürmender Hand die von den Hannoveranern besetzten Höhen von Langensalza und behaupteten sie bis Mittag (27. Juni), mußten dieselben aber wieder räumen, als die ganze feindliche Armee (18,000 Mann mit 56 Geschützen) sich gegen sie wandte. Der Rückzug geschah einem dreifach überlegenen Feinde gegenüber in vollkommener Ordnung; der Zweck, die hannover'sche Armee zum Stillstehen zu bringen, war erreicht, der Verlust auf beiden Seiten bedeutend. Als nun am 28. v. Manteuffel von Norden gegen Langensalza heranrückte und das Netz schloß, capitulirten die Hannoveraner (am 29.). Der König erhielt die Befugniß, seinen Aufenthalt außerhalb seines Landes nach Belieben zu nehmen, die Truppen wurden entwaffnet in die Heimat entlassen, alles Kriegsmaterial verblieb den Preußen.

Beim Vordringen des Generals Herwarth v. Bittenfeld über die sächsische Grenze beschränkte sich das sächsische Militär auf die

Zerstörung der Brücken über die Elbe bei Riesa und bei Meißen, und zog sich theils auf der Eisenbahn durch das Elbthal, theils über die Höhen des Erzgebirges nach Böhmen zurück. Am 18. Juni hielt General Herwarth seinen Einzug in Dresden, während die sog. erste Armee unter dem Prinzen Friedrich Karl aus der Lausitz in das östliche Sachsen einrückte. An dem nämlichen Tage (23. Juni) überschritten beide Armeen die böhmische Grenze, die des Prinzen Friedrich Karl von Zittau her in der Richtung nach Reichenberg, die des Generals v. Herwarth ebenfalls auf dem rechten Elbufer in der Richtung nach Böhmisch-Leipa. In einer Woche war das ganze Königreich Sachsen, mit Ausnahme der, die Elbe und die nach Böhmen führende Eisenbahn beherrschenden, kleinen Festung Königstein und des Voigtlandes, ohne Widerstand besetzt und einer preußischen Verwaltung (des Generals v. d. Mülbe und des Landraths v. Wurmb aus Weißenfels) untergeordnet. Dadurch waren für den Beginn des Krieges kaum berechenbare strategische Vortheile gewonnen; die anfängliche Fronte-Ausdehnung von 25 Meilen war auf 7 verkürzt.

Das härteste Loos traf den Kurfürsten von Hessen. Er war nach Verwerfung des preußischen Ultimatums in seiner Residenz Wilhelmshöhe geblieben, als General-Major von Beyer mit einer Division der spätern Main-Armee von Wetzlar her in Eilmärschen heranrückte, aber den mobilisirten Theil der hessischen Armee (etwa 5000 Mann) nicht hindern konnte, nach Fulda zu entkommen, wo dieser sich später mit dem Bundes-Armeecorps vereinigte. Der General v. Beyer erklärte in einer Proclamation vom 21. Juni die Gewalt des Kurfürsten für aufgehoben, ließ den Kriegs-Minister v. Meyerfeldt, da er das Versprechen, während des Krieges nichts Feindliches gegen Preußen zu unternehmen, verweigerte, nach Minden abführen, den Kurfürsten selbst aber nach Stettin bringen. Die Civil-Verwaltung des Kurfürstenthums übernahm der Regierungs-Präsident v. Möller aus Köln, die des Königreichs Hannover der Landrath v. Hardenberg.

d. Der Krieg auf dem östlichen Schauplatze, gegen Oesterreich.

Die Oesterreicher hatten im östlichen Böhmen ein Heer unter dem Oberbefehl des Generals v. Benedek aufgestellt, welches nach der Vereinigung mit den (etwa 30,000) Sachsen ungefähr 280,000 Mann stark sein mochte. Diese sog. Nord-Armee bestand aus 7 Armee-Corps unter den Erzherzögen Ernst und Leopold, den Grafen Clam-Gallas, Thun, Festetics und den Feldmarschall-Lieutenants v. Ramming und v. Gablenz. Der preußische Angriff auf Böhmen erfolgte gleichzeitig von drei Seiten. Herwarth v. Bittenfeld rückte mit der Elb-Armee südöstlich in der Richtung von Münchengrätz und suchte die Verbindung mit dem Centrum (1. Armee) unter dem Prinzen Friedrich Karl zu erreichen; er stieß hinter Niemes auf feindliche Vor-

posten, die, zurückgedrängt, bei Hünerwasser (im Kreise Jungbunzlau) noch einmal Stand zu halten versuchten (27. Juni), jedoch vergebens. Am 28. Juni rückten sowohl die 1. Armee unter Prinz Friedrich Karl, welche bei Turnau und bei Podol glückliche Gefechte bestanden hatte, als die Elb-Armee gegen Münchengrätz, letztere warf das 1. österreichische Corps (Clam-Gallas), die Brigade Kalik und die sächsische Armee zurück, nahm die Stadt (5 Meilen von der Elblinie) und beide Armeen vereinigten sich; doch bog die Elb-Armee wieder rechts ab, während die des Prinzen Friedrich Karl auf der Straße gegen Königgrätz weiter vordrang, dort ein glückliches Gefecht bei Gitschin bestand und diese Stadt erstürmte.

Die schlesische (sog. 2.) Armee unter der Führung des Kronprinzen bewegte sich auf zwei Straßen vorwärts: theils von der Grafschaft Glatz aus, sowohl über Nachod als über Braunau, theils auf der Landshuter Straße über Liebau nach Trautenau. Bei dem letzteren Orte angelangt, erhielt man von dem Bürgermeister Dr. Roth die Versicherung, daß keine Oesterreicher in der Nähe seien. Beim Durchzuge der Preußen aber wurde auf dieselben nicht nur von Musketieren und Jägern aus den Häusern geschossen und durch Bürger von den Dächern Ziegel auf sie geworfen, sondern die wüthenden Czechen gossen auch kochendes Wasser und siedendes Oel auf die verhaßten Deutschen, wogegen diese nun in den Straßen wie in den Häusern alles, was nicht flüchtete, sowohl Civil- als Militär-Personen, niedermachten. Jenseit Trautenau stieß das 1. preußische Armeecorps unter General von Bonin am 27. Juni auf das österreichische unter Baron v. Gablenz (30,000 Mann), wurde bis Goldenöls dicht an der preußischen Grenze zurückgedrängt, hielt aber hier Stand, bis die Garde von Braunau her in der Nacht zur Unterstützung kam (28. Juni), die Oesterreicher schlug und zurückwarf; der Verlust der Kaiserlichen betrug 2000 Mann an Todten und Verwundeten und fast 5000 Gefangene. So war Bonin der weitere Vormarsch ermöglicht.

Die schwierigste Aufgabe war dem linken Flügel der Armee des Kronprinzen, dem (aus der Westecke der Grafschaft Glatz) vordringenden 5. Armeecorps unter General v. Steinmetz, vorbehalten. Dasselbe schlug am 27. Juni bei Nachod das 6. österreichische Armeecorps unter Feldmarschall-Lieutenant v. Ramming, so wie die schwere Reserve-Cavallerie-Division des Prinzen von Schleswig-Holstein und nahm 8 Kanonen und 5000 Gefangene, dann am folgenden Tage (28.) bei Skalitz das (8.) österreichische Armeecorps des Erzherzogs Leopold und 3 Brigaden des Corps Festetics, wobei wieder 8 Geschütze und 3000 Gefangene in die Hände des Siegers fielen, der allerdings auch schwere Verluste erlitten hatte. Am 29. Juni schlug dasselbe 5. Armeecorps auf dem Wege nach Königinhof bei Jaromierz ein frisches, ihm gegenübergestelltes Corps (des Feldmarschall-

Lieutenants Festetics), welches die Vereinigung des Steinmetz'schen Corps mit dem Gardecorps verhindern wollte.

Durch die wohl combinirten Bewegungen war am 29. Juni die Vereinigung der drei preußischen Armeen auf dem rechten Ufer der obern Elbe bewirkt, und da auch die Oesterreicher, nach den für sie unglücklichen Gefechten der letzten Tage, durch Heranziehung der gegen Prag hin stehenden Theile des 1. Corps und der Sachsen, ihre Hauptmacht concentrirten, so stand eine entscheidende Schlacht bevor.

Schlacht bei Königgrätz, 3. Juli. Nachdem König Wilhelm am 2. Juli im Hauptquartier zu Gitschin angekommen, erfuhr das preußische Obercommando, daß die österreichische Armee (180,000 Mann) über die Elbe gegangen sei und eine feste Stellung zwischen der Elbe und der Bistritz eingenommen habe. Sofort beschloß man, den günstigen Umstand, daß Benedek diesseit der Elbe schlagen zu wollen scheine, zu benutzen, und ihn am nächsten Morgen mit allen Kräften (200,000 Mann, einschließlich 50,000 Mann Reserven, mit 500 Geschützen) anzugreifen und zwar mit der 1. Armee, unter Prinz Friedrich Karl, im Centrum, während die vom Schlachtfelde am weitesten entfernte 2. Armee, unter dem Kronprinzen, ihm in die rechte Flanke, die Elb-Armee unter Herwarth v. Bittenfeld durch Ueberschreiten der Bistritz in die linke Flanke fallen sollte. Bis zum Eintreffen der 2. Armee, das voraussichtlich nicht vor Mittag zu erwarten war, führte die 1. Armee ein hinhaltendes Gefecht gegen die furchtbare österreichische Artillerie (600 Geschütze), welche auf den hinter der Bistritz sich amphitheatralisch erhebenden Höhen gleichsam in mehreren Etagen aufgestellt war. Der schwere, durch Regenwetter aufgeweichte Lehmboden und die vielen steilen Hänge setzten dem Vorgehen des Kronprinzen, namentlich seiner Artillerie, große Hindernisse entgegen und nur durch die größten Anstrengungen gelang es der 2. Armee (wie einst Blücher bei Waterloo), noch rechtzeitig in die Schlacht einzugreifen. Gegen 12 Uhr konnte das Gardecorps die 1. Armee und namentlich das 4. Armeecorps, welches seit 8 Uhr im Gefecht stand, aus einer sehr schwierigen Lage befreien, da die Artillerie schon ihre Reserve-Munition zum Theil ausgegeben hatte und das Infanterie-Gefecht hin und her schwankte. Das Gardecorps, zum Theil unterstützt vom 1. und 6. Armeecorps, warf den Feind aus drei auf einander folgenden Positionen bei Horenowes, Masloweb und **Chlum**, von denen die letzte als Schlüssel der ganzen österreichischen Aufstellung bezeichnet werden darf, deßhalb auch durch alle Mittel der Feldbefestigungskunst (eingeschnittene Batterieen, Schützengräben, Verhaue u. s. w.) verstärkt war. Der König, an der Spitze der Reserve-Cavallerie der 1. Armee, ging gegen 4 Uhr (zwischen Sadowa und Masloweb) zur Verfolgung des Gegners vor, die bald eine allgemeine wurde und, nach einem letzten harten Kampfe mit der vorbrechenden österreichischen Reserve-Cavallerie, bis zum Ein-

brechen der Dunkelheit fortgesetzt wurde; 11 Fahnen, 174 Geschütze, etwa 18,000 Gefangene fielen in die Hände der Sieger, die ihren Verlust auf 10,000 Mann, den der Oesterreicher auf 40,000 Mann berechnen. Eine solche Niederlage hatte die österreichische Armee bisher nie erlitten, einen solchen Sieg einer einzelnen Macht, ohne alle Mitwirkung von Bundesgenossen, hat kaum die ganze Weltgeschichte aufzuweisen.

Eine einzige Woche (26. Juni — 3. Juli) hatte hingereicht, um den Krieg auf seinem Hauptschauplatze zur Entscheidung zu bringen, von jetzt an verfolgten die Sieger die fliehende, aufgelöste Armee, ohne kaum irgendwo ernsten Widerstand zu finden, in der Richtung gegen Wien, bis in die Nähe der Donau. Die 1. Armee unter dem Könige und dem Prinzen Friedrich Karl zog nach Brünn, die 2. Armee unter dem Kronprinzen auf Olmütz und das Elbcorps unter Herwarth v. Bittenfeld über die mährische Grenzstadt Iglau und Znaym auf dem geradesten Wege gegen Wien, während der General-Major v. Rosenberg-Grusczynski Prag besetzte (8. Juli). Die 1. Armee hatte in Mähren unbedeutende Gefechte bei Saar (10. Juli) und Tischnowitz (11. Juli) zu bestehen; die 2. Armee erbeutete in einem ernsteren Gefechte bei Tobitschau südlich von Olmütz (15. Juli) 18 Geschütze und gelangte durch ihren Sieg in den Besitz der Eisenbahn von Prerau bis Lundenburg, so daß die noch bei Olmütz stehenden österreichischen Truppen von Wien abgeschnitten wurden. Das königliche Hauptquartier ward von Brünn nach Lundenburg und zuletzt nach Nikolsburg (12 Meilen von Wien) verlegt, wo die Unterhandlungen über einen Waffenstillstand und über die Friedens-Präliminarien gepflogen wurden. In dem Augenblicke, wo eine vorläufige 5tägige Waffenruhe zum Abschluß gelangte (22. Juli), entspann sich noch ein letzter Kampf bei dem Dorfe Blumenau, unweit Preßburg. Prinz Friedrich Karl war nämlich schon am 16. Juli über die March auf deren linkes oder ungarisches Ufer gegangen. Dort traf man am 21. Juli einige Bataillone Oesterreicher nebst 10 — 12 Escadrons und 2 — 3 Batterieen. General-Lieutenant v. Fransecky unternahm es am 22. mit 3 Divisionen, den Gegner in der Fronte so lange festzuhalten, bis General v. Bose mit seiner Brigade denselben auf wenig betretenen Gebirgswegen (in den kleinen Karpathen) umgangen habe und in der rechten Flanke oder im Rücken angreifen könnte. Gelang dies bis 12 Uhr Mittags, wo die Waffenruhe beginnen sollte, so war eine der Hauptstädte Ungarns in den Händen der Preußen. Doch ehe das Ziel erreicht war, wurde das Eintreten der Waffenruhe verkündet; um aber zu constatiren, daß die Preußen nur in Folge höherer Anordnung ihren Rückzug von den Thoren Preßburgs in die festgesetzte Demarcations-Linie nahmen, blieb die Brigade Bose, welche nach lebhaftem Gefecht die Oesterreicher wirklich umgangen hatte, für die Nacht auf demjenigen Punkte stehen, den sie eingenommen hatte und erlebte das eigenthümliche

Schauspiel, das feindliche Corps durch ihre Fronte hindurch in Preßburg einrücken zu sehen.

Die Unterhandlungen über einen Waffenstillstand hatten unmittelbar nach der Schlacht bei Königgrätz begonnen. Zwar wurde v. Gablenz, der zweimal als Parlamentär im preußischen Lager erschien, mit seinen Vorschlägen Behufs einer Waffenruhe abgewiesen. Aber plötzlich traf die überraschende Nachricht ein: der Kaiser von Oesterreich, nachdem er die Ehre seiner Waffen in Italien gewahrt hat, tritt Venetien an den Kaiser der Franzosen ab und nimmt die Vermittlung desselben zur Herbeiführung des Friedens zwischen den kriegführenden Theilen an. So konnte Oesterreich seine Süd-Armee aus Italien abberufen und im Norden gegen Preußen verwenden. Daher weigerte sich Preußen, auf einen Waffenstillstand einzugehen, ohne zugleich die Friedens-Präliminarien festzusetzen. Unter französischer Vermittlung kam nun zunächst eine 5tägige Waffenruhe (22.—27. Juli) zu Stande, und an diese reihte sich unmittelbar ein Waffenstillstand, dessen Bedingungen zugleich die Friedens-Präliminarien enthalten. Im 2. Artikel derselben „erkennt der Kaiser von Oesterreich die Auflösung des bisherigen deutschen Bundes an und gibt seine Zustimmung zu einer neuen Gestaltung Deutschlands ohne Betheiligung des österreichischen Kaiserstaates. Eben so verspricht der Kaiser, das engere Bundesverhältniß anzuerkennen, welches Preußen nördlich von der Linie des Mains begründen wird, und erklärt sich damit einverstanden, daß die südlich von dieser Linie gelegenen deutschen Staaten in einen Verein zusammentreten, dessen nationale Verbindung mit dem norddeutschen Bunde der näheren Verständigung zwischen beiden vorbehalten bleibt." Oesterreich tritt Venetien an Italien, seinen Mitbesitz von Schleswig-Holstein an Preußen ab und zahlt 40 Millionen Thaler Kriegskosten, wovon die Hälfte als frühere Kriegs- und Verpflegungskosten wegen der Occupation Schleswig-Holsteins in Abrechnung kommt. Es erkennt die in Norddeutschland vorzunehmenden Besitzveränderungen an, nur Sachsen ist in den österreichisch-preußischen Friedensschluß einbegriffen und behält seinen Länderbesitz, vorbehaltlich weiterer Bestimmungen über dessen Stellung im norddeutschen Bunde und zu Preußen.

e. Der Krieg auf dem westlichen Schauplatze, mit der sog. Bundes-Armee.

Während die Hauptentscheidung auf dem östlichen Kriegsschauplatze erfolgte, wo die Dimensionen der Kämpfe und die Raschheit der Erfolge so sehr das Staunen aller Welt auf sich zogen, daß darüber die Thätigkeit der preußischen Main-Armee fast übersehen wurde, hat diese doch im Verhältnisse zu ihrer Stärke nicht minder bedeutende Erfolge erzielt, und ihre Aufgabe, die Bundestruppen mehr durch die Kunst des Manövrirens, als durch ernstliche Kämpfe zu

beschäftigen, zu theilen und über die Mainlinie hinaus zu drängen, vollständig gelöst. Sie bestand aus den 3 Divisionen, welche Hannover und Kurhessen besetzt hatten. Diesen drei Divisionen standen fast drei Bundes-Armeecorps (das 7. und 8., ein Theil des 9. und des 10.) gegenüber. Die einheitliche Leitung und die Raschheit des Handelns auf preußischer Seite mußte dieses Mißverhältniß, gegenüber der Zersplitterung, Unschlüssigkeit und Langsamkeit auf der andern Seite, ausgleichen.

So wurde schon gleich im Anfang der Plan der Hannoveraner, in Vereinigung mit den Süddeutschen eine feste Stellung zur Trennung der beiden preußischen Landestheile einzunehmen, durch die Schnelligkeit der preußischen Bewegungen und die Langsamkeit der Baiern vereitelt (s. S. 536). Nach der Capitulation der Hannoveraner vereinigten sich die drei Corps der Generäle v. Manteuffel, v. Goeben und v. Beyer unter dem Oberbefehl des General-Lieutenants Vogel v. Falckenstein. Diese Main-Armee ging unter fortwährenden kleinen Gefechten von Eisenach westwärts über Fulda nach dem Main, warf die baierische Cavallerie bei Hünfeld zurück und drängte das baierische Hauptcorps am 4. Juli bei Dermbach zwischen Eisenach und Fulda zur Seite, zog dann zwischen den beiden feindlichen Corps (dem gemischten Bundes-Armeecorps unter Prinz Alexander von Hessen und den Baiern) nach Fulda und wandte sich am 9. nach Unterfranken. Am 10. forcirte die Avantgarde des Generals v. Manteuffel (die Division Goeben) die Uebergänge über die fränkische Saale und schlug die Baiern, welche hinter der Saale Stellung genommen hatten, an fünf Punkten: bei Hausen an der fränkischen Saale, bei Waldaschach (nördlich von Kissingen), bei Friedrichshall, bei Kissingen und bei Hammelburg; an den beiden letzteren Orten war der Kampf am hartnäckigsten; die Baiern zogen sich am 11. Abends auf das linke Mainufer zurück. Die siegreiche Division Goeben aber wandte sich westwärts auf der den Spessart durchschneidenden Linie Gemünden-Aschaffenburg gegen das Armeecorps des Prinzen Alexander von Hessen, um dessen Vereinigung mit den Baiern (unter Prinz Karl) zu verhindern. Nachdem die Brigade Wrangel (von der Division Goeben) am 13. Abends die darmstädtische Division bei Laufach (nordöstlich von Aschaffenburg) zurückgeworfen hatte, erfolgte am 14. das scharfe, aber siegreiche Treffen bei Aschaffenburg gegen die (unter dem General Neipperg) vereinigten Oesterreicher, Kurhessen und Darmstädter. Aschaffenburg ward von den Preußen erstürmt und auch hier die Bundestruppen über den Main zurückgedrängt, die nun Frankfurt und Hanau aufgeben mußten. Am 16. Abends zog General Vogel v. Falckenstein mit der Brigade Wrangel in Frankfurt ein, von wo der Ueberrest der Bundestags-Gesandten einige Tage vorher seinen Sitz nach Augsburg in den Gasthof „zu den drei Mohren“ verlegt hatte. Die Stadt Frankfurt, durch deren Besetzung nun das ganze rechte

Mainufer im Besitz der Preußen war, wurde für die früher kundgegebene preußenfeindliche Gesinnung mit einer starken Kriegs-Contribution bestraft, die kurhessischen Provinzen Hanau und Fulda durch den preußischen Administrator Kurhessens, v. Möller, für Preußen in Besitz genommen, am 20. auch Darmstadt und Biberich in Nassau besetzt, nachdem schon am 11. ein preußisches Corps von Coblenz aus einen Theil dieses Herzogthums occupirt hatte, das nun unter preußische Verwaltung (des Landraths v. Diest aus Wetzlar) gestellt wurde. In Frankfurt traf den General v. Falckenstein seine Ernennung zum Gouverneur Böhmens, und den Oberbefehl über die Main-Armee erhielt General v. Manteuffel.

Nachdem die Main-Armee sich durch die oldenburg-hanseatische Brigade und andere Truppentheile verstärkt hatte, suchte sie die Bundestruppen jenseit des Mains auf. Die drei Tage vom 24.—26. Juli bildeten eine Reihe nur während weniger Stunden der Nacht unterbrochener Gefechte, durch welche die Bundestruppen von Höhe zu Höhe zurückgedrängt wurden. Am 23. Juli schlug man die Badenser bei Hundheim, am 24. die Oesterreicher, Württemberger, Hessen-Darmstädter und Nassauer bei Tauberbischofsheim und eroberte die beiden, einander gegenüberliegenden, von Badensern besetzten Dörfer Hochhausen und Werrbach an der Tauber; Bischofsheim ward gegen einen fünfmaligen Angriff sehr überlegener württembergischer Truppen siegreich behauptet. Am 25. Juli traf die Division von Beyer bei Helmstadt die baierische Armee und warf sie in fünfstündigem Kampfe nach Uettingen zurück, während die Division Goeben die Bundestruppen bei Gerchsheim angriff und sie gegen Würzburg zurücktrieb. Am 26. wurden die Baiern nochmals bei Roßbrunn geschlagen, die Main-Armee rückte am 27. Juli gegen Würzburg vor und eröffnete ihr Feuer gegen die Feste Marienberg auf dem linken Mainufer. Die wegen Uebergabe der Festung angeknüpften Unterhandlungen wurden durch das Eintreffen der Nachricht von dem Abschlusse eines Waffenstillstandes zwischen Preußen und Baiern unterbrochen (2. August); v. Manteuffel hielt an demselben Tage seinen Einzug in Würzburg und konnte von hier aus seinen Soldaten der Main-Armee (in einem Armeebefehl vom 2. August) verkünden, daß sie nach 20 größeren und kleineren, stets siegreichen Gefechten nicht bloß die Länder nördlich des Mains genommen, sondern auch die Gewalt ihrer Waffen über Hessen-Darmstadt hinaus nach Baden (Mannheim und Heidelberg) und Württemberg (Mergentheim) hineingetragen und (durch ihre Annäherung) einen ferngelegenen Theil preußischen Bodens (die Hohenzollern'schen Länder) vom Feinde befreit hätten.

In das östliche Baiern rückte der Herzog von Mecklenburg-Schwerin mit dem 2. Reservecorps ein und drang über Baireuth bis Nürnberg vor, wo das Hauptcorps (30,000 Mann) kurz vor Eintritt des Waffenstillstandes einrückte.

f. Der Krieg in Italien, zur See und in Süd-Tirol.

An demselben Tage (23. Juni), an welchem die Preußen die Nord- und Nordostgrenze Böhmens überschritten, gingen verschiedene Divisionen der italienischen Armee über den Mincio und einzelne Bataillone über den untern Po. Daher kam es in Venetien noch früher zu einem Hauptkampfe, als in Deutschland, freilich mit entgegengesetztem Erfolge.

Der Plan des Generals Lamarmora ging dahin, die Festungen Peschiera und Verona gleichzeitig einzuschließen und in Vereinigung mit der Armee des Generals Cialdini, die über den unteren Po in Venetien einrücken sollte, das österreichische Heer im freien Felde zur Schlacht zu zwingen und wo möglich zwischen zwei Feuer zu bringen. So erfolgte denn am 24. Juni, dem Jahrestage der Schlacht bei Solferino, die Schlacht bei Custozza, in welcher die Italiener, kaum 50,000 Mann stark, den ungleichen Kampf 14 Stunden lang aushielten gegen die Oesterreicher unter Erzherzog Albrecht, welche, von Anfang mindestens 60,000 Mann stark, durch die fortwährend aus den Festungen herangezogenen Verstärkungen zuletzt bis auf 80,000 Mann vermehrt worden waren. Der Verlust an Todten und Verwundeten mochte auf beiden Seiten ziemlich gleich (4000—5000 Mann) sein. Der Rückzug auf das rechte Ufer des Mincio, welcher von den siegenden Oesterreichern nicht gehindert wurde, hatte auch die Einstellung jedes Vorrückens Cialdini's so lange zur Folge, bis die österreichische Regierung, nach den preußischen Siegen im Norden, Venetien aufgab (s. S. 541). Dann überschritt Cialdini den Po und nahm Stellung südöstlich von dem Festungsviereck, so daß Oesterreich nur einen Theil seiner Südarmee nach Norden ziehen konnte. Zuletzt ging er über die Etsch und schob seine Vorposten in die Thäler der Piave, der Brenta (bis Pergine, 2 Meilen von Trient) und des Bacchiglione vor, während er zugleich die ganze adriatische Küste von Chioggia über Mestre bis zum Isonzo besetzte.

Noch weniger glücklich als zu Lande war der erste Kampf, den die italienische Flotte zur See wagte. Admiral Persano erschien mit 23 Kriegsschiffen, unter welchen 12 Panzer-Fregatten waren, im adriatischen Meere bei Lissa, um die Insel durch Bombardement der Festung zu nehmen und dieses „kleine Gibraltar" dauernd zu besetzen. Nachdem von der Besatzung von Lissa (1000 Mann) drei Landungsversuche zurückgeschlagen worden, erschien zum Entsatz eine österreichische Escadre, unter dem Contre-Admiral v. Tegetthoff, und es entspann sich ein heißer Kampf, in welchem eine italienische Panzer-Fregatte in Grund gebohrt, eine andere in die Luft gesprengt wurde (20. Juli). Die Flotte zog sich nach Ancona zurück; ihr Führer schob die Schuld auf die schlechte Ausrüstung der Flotte, also auf die italienische Marine-Verwaltung.

Eine besondere Episode des italienischen Krieges bildet der An-

griff auf Tirol durch die Freischaaren unter Garibaldi, denen man bald zwei, zuletzt drei Bataillone Bersaglieri beigab, ohne auch so einen bedeutenden Erfolg zu erzielen. Der Plan Garibaldi's scheint gewesen zu sein, die Oesterreicher auf mehrere Grenzpunkte Tirols hinzulocken und sie dadurch zu schwächen, daß sie eine lange Linie (von der Adda bis zum Gardasee) decken mußten, indem die Freischaaren auf drei Wegen vordrangen: 1) westlich durch das Thal der Adda über die höchste aller Alpenkunststraßen, die über das Stilfser-Joch ins Etschthal führt; 2) in der Mitte durch das Thal des Oglio nach dem Monte Tonale, jenseit dessen man durch das Sulzberg- und Nonsthal ebenfalls ins Etschthal gelangt; 3) östlich durch das Thal der Chiese bis oberhalb des Idrosees, dann rechts durch das Ampola- und Ledrothal nach dem Gardasee. Diesen östlichen, kürzesten Weg wählte Garibaldi für sich, und hier war der Kampf einigermaßen lebhaft und von abwechselndem Kriegsglücke begleitet, während auf den beiden ersten Straßen die Oesterreicher ihre Stellungen im Ganzen behaupteten. Garibaldi war im Chiesethale bis zur Grenze Tirols vorgedrungen, als er (3. Juli), selbst verwundet, auf Anfo am Idrosee zurückgeworfen wurde und sich genöthigt sah, das dritte Bersaglieri-Bataillon zu sich zu berufen. Erst 11 Tage später konnte er die Offensive wieder ergreifen und durch das Ampolathal bis zum Ledrosee vordringen; aber 6000 österreichische Jäger überschritten den hohen Berg Pichea und bemächtigten sich wieder des Ledro-Thales; eine andere Abtheilung Oesterreicher drang in das obere Chiesethal ein und hinderte hier ebenfalls das Vorrücken der Freischaaren. Deren geringer Erfolg (sie überschritten nur an einem Punkte die Tiroler Grenze) veranlaßte Cialdini, von Osten her die Division Medici durch das Brentathal (auch Suganerthal) gegen Trient zu senden, welche nach harten Kämpfen bis in die Nähe Trient's gelangt war (s. S. 544), als der Waffenstillstand eintrat. Um diesen zu erlangen, mußte Tirol sowohl von den Italienern, als von den Freischaaren wieder geräumt werden.

So bildet der italienische Krieg im Sommer 1866 einen merkwürdigen Gegensatz zu dem gleichzeitigen deutschen Kriege: der angreifende Theil erreicht, trotz seiner Niederlage zu Lande und zur See und ohne einen irgend nennenswerthen kriegerischen Erfolg, seinen Hauptzweck durch den desto großartigeren, von keiner Niederlage unterbrochenen Siegeslauf seines Bundesgenossen, welcher nicht allein für sich eine ansehnliche Erweiterung des eigenen Gebietes (außer Schleswig-Holstein: Hannover, Kurhessen, Nassau, Frankfurt am Main) erringt und durch den am 26. Juli zu Nikolsburg vorläufig abgeschlossenen Frieden unbestritten an die Spitze Nord- und Mitteldeutschlands tritt, sondern auch noch mittelbar für den Verbündeten — an der Elbe Venetien erobert hat.

Zu verbessern:

Seite 6, Zeile 9 lies: die seit 5. Mai 1821 verwitwete Erzherzogin.
„ 12, „ 1[illegible] von unten lies: seine, statt: eine.
„ 16, „ 15 lies: Boyen, statt: Boien.
„ 64, in der 2. Zeile der Stammtafel lies: Isabella Maria, statt Maria.
„ 110, Zeile 12 von unten und Seite 111, Zeile 20, lies: Cobbet, statt Cobbett.
„ 136, am Ende lies: abgesehen von zwei kurzen Unterbrechungen im Jahre 1841 und 1849—1850.
„ 186, Zeile 2 streiche: Rudolf Gotschall.
„ 216, „ 23 lies: glaubte.
„ 288, „ 14—13 von unten streiche die Worte: es war — mitnahm.
„ 297, „ 28 zum Worte Fenier setze hinzu: (benannt nach einem sagenhaften irischen Häuptling Fionn oder Finn, woher die irischen Krieger Finn's Männer, englisch Fenians, also s. v. a. bewaffnete Männer, hießen).
„ 303, „ 13 von unten streiche das Komma nach: Aegypten.
„ 336, „ 13 lies: 1851, statt: 1852.
„ 340, „ 27 „ und die dem.
„ 388, „ 12 von unten lies: von Manteuffel.
„ 400, „ 6 und 5 von unten zum Worte Augustenburg setze hinzu: (dem ältesten Sohne des Herzogs Christian August — siehe S. 392 — der durch den Verzicht seines Vaters gegenwärtig Chef der Augustenburgischen Linie ist).
„ 420, „ 7 von unten lies: Nach dreitägigen.
432, „ 2 „ „ „ „Don Carlos VII."

Druck von M. DuMont Schauberg.



